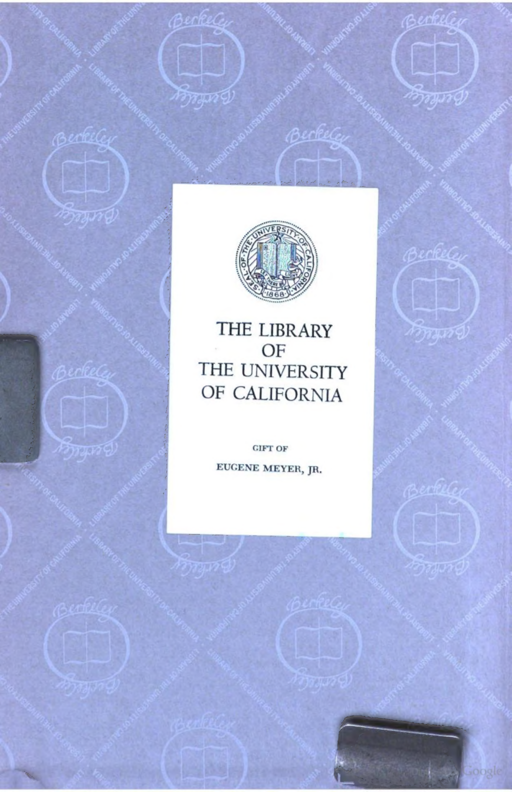
Unter Friedrich Wilhelm IV.: bd. 1851-1854

Heinrich Poschinger (Ritter von)


THE LIBRARY
OF
THE UNIVERSITY
OF CALIFORNIA
GIFT OF
EUGENE MEYER, JR.

Unter Friedrich Wilhelm IV.

Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten

Otto Frhrn. v. Manteuffel

Herausgegeben

von

Heinrich v. Poschinger

Zweiter Band: 1851–1854

Berlin 1901
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstrasse 68–71

Unter Friedrich Wilhelm IV.

Denkwürdigkeiten des Ministers

Otto Freiherrn v. Manteuffel.

Zweiter Band: 1851—1854.



Unter Friedrich Wilhelm IV.

Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten

Otto Freiherrn v. Manteuffel.

Herausgegeben

von

Heinrich v. Poschinger.



Zweiter Band: 1851—1854.

Berlin 1901.

Ernst Siegfried Mittler und Sohn

Königliche Hofbuchhandlung

Kochstraße 68—71.

Inhaltsverzeichniß.

Fünfter Abschnitt.

Von der Erneuerung des Bundestags bis zur Aufrollung der orientalischen Frage.

I. Kapitel.

Von der Erneuerung des Bundestags bis zur Herbstsession der Kammern. (10. Mai bis 27. November 1851.)

1. Auswärtige Politik.

Oesterreich hatte, wie erinnerlich, behufs der Bekämpfung der preußischen Union bereits auf den 10. Mai 1850 alle deutschen Staaten zur erneuten Beschickung des Bundestags eingeladen, die dann von den vier Königreichen, von Kurhessen, Liechtenstein und Hessen-Homburg sowie von Dänemark und Niederland (für Holstein, Luxemburg und Limburg) vollzogen worden war. Diese Rumpfversammlung (weiterhin durch Hessen-Darmstadt, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe verstärkt) war es, welche die Exekution gegen Schleswig-Holstein und Kurhessen verfügte und Preußens Verzicht auf seine Union erzwang. Erst nach diesen Erfolgen wurde die Bundesversammlung vollzählig, am 2. Mai 1851 durch den Eintritt von Baden, am 10. von Nassau, beiden Reuß und den freien Städten, sodann am 14. von Mecklenburg-Schwerin und Preußen, dem sich bald auch die noch übrigen bisherigen Verbündeten Preußens anschlossen.

Es liegt von der Hand König Friedrich Wilhelms IV. ein für den Minister Manteuffel bestimmtes Aktenstück vor, bestimmt, den Entschluß Preußens zur Wiederbeschickung des Bundestags zu verkünden. Es lautet:*)

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

In Betracht, daß Wir auf offiziellem Wege die Ueberzeugung gewonnen, daß diejenigen teutschen Staaten, mit welchen Wir seit dem Mai 1849 in engerem

*) Welcher Gebrauch damit gemacht wurde, hat nicht festgestellt werden können.

Bündniß stehen, mit Uns dahin übereinstimmen, »daß das alte Centralorgan des deutschen Bundes, wie solches durch ꝛc. ꝛc., de dato Wien 1815 festgestellt worden, wiederhergestellt werde«,

in Betracht ferner, daß eine Anzahl von Bundesstaaten und in Sonderheit S. K. K. M. von Oesterreich bereits seit dem Monat Sept. v. Js. die Wiederherstellung des gedachten Bundes-Organes thätig anstreben,

erkennen Wir Unsres Theils durch gegenwärtigen Akt den Bundestag zu Frankfurt a/M., wie derselbe vor dem ꝛc. ꝛc. 1848 bestanden, als wiederhergestellt und haben den pp. beauftragt, Uns auf gedachtem B. T. zu vertreten.

Friedrich Wilhelm."

Eine Geschichte des restaurirten deutschen Bundestags ist noch nicht geschrieben worden. Nur die Jahre 1851 bis 1859 sind in Preußen nicht mehr mit dem Schleier des Staatsgeheimnisses versehen, seitdem Fürst Bismarck mir die Herausgabe seiner Frankfurter diplomatischen Korrespondenz anvertraut hat. In dem vierbändigen Werke „Preußen im Bundestage" habe ich mir die Aufgabe gestellt, Bismarcks Wirksamkeit in Frankfurt a/M. an der Hand der amtlichen Berichte und vertraulichen Briefe zu schildern, welche derselbe an seinen Chef in Berlin, den Minister v. Manteuffel, gerichtet hat. Am Schlusse habe ich fast durchweg in Form von Anmerkungen den Standpunkt verzeichnet oder doch wenigstens angedeutet, den Manteuffel den Bismarckschen Vorschlägen gegenüber eingenommen hat. Da sich diese Politik durchweg als eine geschickte und erfolgreiche zeigte, so kann man wohl sagen, daß durch diese Publikation das Ansehen Manteuffels als Politiker in der bisher ganz im Dunklen tappenden öffentlichen Meinung wesentlich gestärkt wurde.

Bereits in den ersten Tagen des April 1851 wurde in der Umgebung des Königs die Frage erörtert, wer den Frankfurter Gesandtenposten erhalten solle. Alvensleben, an den man zuerst gedacht hatte, hatte abgelehnt. Gegen Bonin hatte der König protestirt, der seinerseits den Grafen Bernstorff in Wien halten wollte, was Manteuffel für eine Kriegserklärung ansah. „Ich," so schrieb Gerlach*) am 3. April, — „würde Bismarck gar nicht übel finden." Gerlach dachte auch an die Kombination Bismarck und Küster, diesen als Alvensleben second in Dresden, Bismarck als seinen Begleiter, der dann in Frankfurt allein zurückgelassen werden könnte. Am 17. April notirt Gerlach: „Praktischer Gedanke, Rochow nach Frankfurt zu schicken, der hoffentlich realisirt werden wird, Bismarck und Eberhard Stolberg oder einer von beiden soll mit." Und am 23. April: „Rochow und Bismarck gehen nun nach Frankfurt; auf Rochow ist der König, auf Bismarck bin ich gekommen."**)

*) Gerlach, „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 616.

**) Unter dem 7. Juni schreibt Gerlach, a. a. O. S. 637, Bismarcks Anstellung sei „ganz sein Werk"; Hermann Wagner hatte sich einreden lassen, Manteuffel sei gegen Bismarcks Ernennung gewesen, wovon nicht ein Wort wahr, a. a. O. Bd. I, S. 652. Hermann Wagner notirt in seinem Tagebuch unterm 9. Jan. 1851: „Ueber Manteuffels Stellung zu Herrn v. Bismarck kann ich noch immer nicht recht ins Reine kommen. Er macht mir etwas den Eindruck eines Huhnes, welches Enteneier ausgebrütet hat." „Deutsche Revue" 1889, Januarheft.

Manteuffel rieth von der Ernennung Rochows zum einstweiligen Bundestagsgesandten nicht ab, nicht weil er Rochow für den geeigneten Mann gehalten hätte, sondern weil er keinen geeigneteren vorzuschlagen wußte. Rochow selbst bezweifelte seine Befähigung und hatte den Posten aus Patriotismus übernommen. Nichtsdestoweniger hielt Manteuffel dafür, daß Bismarck dereinst mehr leisten werde als Rochow (1. Juli).

Am 10. Mai theilt Manteuffel dem General v. Rochow die Gesichtspunkte mit, nach welchen derselbe sein Verhalten in Frankfurt a/M. abmessen sollte.*)

Rochows Adlatus Bismarck erhielt gleich nach seiner Uebersiedlung nach Frankfurt von Manteuffel einen selbständigen Wirkungskreis, da ihn Manteuffel mit der Leitung der Preßstation in Frankfurt a/M. betraute (4. Mai) und ihm die Aufgabe zuwies, die Frankfurter Presse, zunächst in Bezug auf die schwebenden Handelsfragen, geeignet zu benutzen.

Rochow war, als er nach Frankfurt kam, vom Geiste der Versöhnlichkeit beseelt, er mußte aber bald gewahr werden, daß dem dort herrschenden preußenfeindlichen Geiste gegenüber die stärkste Thatkraft und die größte Wachsamkeit zu beobachten sei. Er rieth zum möglichst Hand in Hand Gehen mit dem österreichischen Kabinet in allen Bundesfragen. „Die preußische Politik, soll sie Nachdruck haben, kann nur wie aus einem Gusse betrieben werden." Ein schönes Wort, aber schwer auszuführen im Hinblick auf die Camarilla Friedrich Wilhelms IV. Den Angelpunkt für Preußens europäische Politik erblickte Rochow in dem Anschluß an das mächtige Nachbarreich Rußland.

Am 11. Juni berichtete der Regierungsassessor Rudloff privatim dem Minister Manteuffel über seine Wahrnehmungen in Frankfurt a/M., wohin ihn der Ministerpräsident aus Magdeburg versetzt hatte:

„Um die hier am Bundestage von der preußischen Regierung unverkennbar gewonnene günstige Stellung haben die Herren v. Rochow und v. Bismarck durch ihr kräftiges und doch versöhnliches Auftreten das entschiedenste Verdienst; ich höre über ihre ansprechende Persönlichkeit und geistige Tüchtigkeit allerseits das größte Lob.

Von den in der heutigen Bundestagssitzung vorkommenden Geschäften sind Eure Excellenz bereits durch die gestrige telegraphische Depesche unterrichtet; mit Bezug auf dieselbe erlaube ich mir Herrn v. Rochows Ansicht anzuzeigen, daß Fürst Schwarzenberg mit seinen Instruktionen an Graf Thun rückhaltend ist und dadurch einen schnellen Fortgang der Verhandlungen hindert. Da die Mehrzahl der Bundestagsgesandten matt, charakterlos und unbedeutend, überdies Partikularinteressen ergeben und kleinlichen Intriguen zugänglich ist, so kann und wird die Versammlung nur dann Erhebliches schaffen und bessere Zustände im Vaterlande herbeiführen helfen, wenn ihr von Berlin und Wien aus ein einheitlicher Geist zukommt. Auf die Herren v. Scheele (Hannover), v. Marschall (Baden), v. Eisendecher (Oldenburg) und v. Oertzen (Mecklenburg) dürfte preußischerseits

*) Abgedruckt in „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 1.

am meisten zu rechnen sein. Der bayerische Legationssekretär Dr. Siegmund wird als gescheut und intriguant bezeichnet, wogegen der Gesandte v. Xylander seiner Aufgabe nicht vollständig gewachsen erscheinen soll.

Die Stimmung der Frankfurter Bewohner ist getheilt zwischen Neigung zu Oesterreich und zur Demokratie. Der gebildete, richtiger ausgedrückt reichere Stand ist österreichisch gesinnt, weil er durch die Metalliques sein Vermögen erworben hat, die gewöhnliche untere Bürgerklasse ist dagegen demokratisch, weil die Stadtbehörden in diesem Sinne regieren.

General v. Rochow stattete vorgestern dem in Homburg anwesenden Grafen Bernstorff, früheren Gesandten am Wiener Hofe, einen Gegenbesuch ab. Herr v. Rochow, welcher mich gütigst mitgenommen, hat nach seiner unmittelbar gemachten Mittheilung den Grafen noch sehr erbittert gefunden, Alles tadelnd und ganz unzufrieden mit dem gegenwärtigen Gange der Politik. Graf Bernstorff will in Berlin die Wahrnehmung gemacht haben, daß das Ministerium sich nicht lange mehr halten könne, solches Urtheil auch von konservativen Leuten dort gehört haben!? Auf eine Personalveränderung baut er seine Hoffnungen. Er ist speziell erbittert auf S. M. den König, auf Eure Excellenz und Herrn v. Lecoq. Des Königs Majestät habe ihn gefragt, welchen Posten er wünsche? Obgleich nicht geneigt, im Staatsdienste eine Stelle seiner Wirksamkeit zu erbitten, habe er der Königlichen Aufforderung doch durch Bezeichnung des Londoner Postens als des ihm konvenirendsten genügen zu müssen geglaubt. S. M. habe darauf erwidert, »daß, so lange das jetzige englische Ministerium bestehe, die Abberufung Herrn Bunsens einer Kriegserklärung gleichkomme«. Graf Bernstorff fügte dieser Mittheilung die Bemerkung hinzu: soweit er wisse, wolle Lord Palmerston Herrn Bunsen gern los sein. — Der Graf fühlt sich ferner zurückgesetzt, daß, nachdem er Ew. Excellenz bei persönlicher Aufwartung nicht angetroffen und hinterlassen habe, Hochdieselben möchten ihn aus seinem namhaft gemachten Logis rufen lassen, Eure Excellenz keine weitere Notiz von ihm genommen hätten. — Graf Bernstorff verdenkt Herrn v. Lecoq, daß dieser ihm den Gesandtenposten in Petersburg angeboten habe, welcher gar nicht vakant gewesen sei. Die Gereiztheit des Grafen ist schon in seinem kranken Aeußern erkennbar.*)

Herr v. Bismarck, welcher vorgestern von Karlsruhe zurückgekehrt ist, will bemerkt haben, daß die in Baden anwesende Prinzessin von Preußen milder über Berlin wie Frankfurt denke, als er selbst vorausgesetzt habe. Ueber die in Coblenz gegen das Ministerium und namentlich gegen Ew. Excellenz sehr thätige Coterie hat mir Major Deetz, bekannt von unserem gemeinschaftlichen Aufenthalte in Magdeburg, ebenso umfassende wie interessante Mittheilungen gemacht. Gestützt auf eine Reihe von Thatsachen, erklärt er im Interesse des Königlichen Dienstes die schnellste Aenderung der obersten Civil- und Militärbehörden in Coblenz für eine dringende Nothwendigkeit; ja, da auch die meisten Mitglieder der König-

*) Am 14. Okt. 1851 suchte Gerlach Manteuffel mit Bernstorff auszusöhnen. Von Bunsen behauptete Manteuffel, daß derselbe bei dem englischen Kabinet nichts ausrichten könne. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 675.

lichen Regierung gewissen Regionen blindlings zuneigten, so müßten auch sie, namentlich aber der Oberpräsidialrath Brunnemann, in die alten Provinzen versetzt werden. Nach Major Deetz' Beobachtung leidet bereits die Rheinprovinz unter dem Einfluß dieser antipreußischen Infektion, und je länger sie geduldet, um so schwerer würde es halten, die dort stehenden Truppen rein zu bewahren."

Am 14. Juli meldete Manteuffel dem König, daß nach einer soeben ihm zugehenden telegraphischen Depesche Bismarck abends 10 Uhr in Berlin eintreffen würde. Manteuffel sah dem Allerhöchsten Befehle darüber entgegen, zu welcher Stunde der König Bismarck am folgenden oder nächstfolgenden Tage zu empfangen geruhen wollte.

Darauf antwortete der König eigenhändig am 14. Juli 1851:

„Wenn Sie, bester Manteuffel, mich morgen mit Bismarck und Bodelschwingh sprechen wollen, so erwarte Ich Sie alle drei zum diner. Ich jage morgen von 12 bis 2 Uhr, d. h. ich bin, sollten Sie es wünschen, von 2 Uhr an bereit, Sie allein oder à drei zu empfangen. Der Nachmittag, versteht sich von selbst, ist Ihnen Allen oder Einzelnen geweiht, so lange Sie es begehren.

Friedrich Wilhelm."

Die Mission Rochows war von Hause aus als ein vorübergehendes Kommissorium gedacht. Bismarck begleitete ihn cum spe succedendi und hatte schon vor Antritt der Mission die Königliche Zusicherung der Ernennung erhalten. Rochow hat sich in Frankfurt a/M. auch keineswegs heimisch gefühlt und den Augenblick ersehnt,*) da er die Leitung der Geschäfte an Bismarck abgeben konnte.

Auch Manteuffel wünschte den baldigen Abgang v. Rochows, der die Schwierigkeiten nicht besiege, sondern umginge. Auf einen Brief Manteuffels vom 9. Juli antwortet Gerlach, er sei völlig damit einverstanden, daß Bismarck sofort Bundestagsgesandter würde. „Wer schwimmen lernen will, muß in das Wasser gehen; wir sind viel zu ängstlich mit Anstellungen gewesen, wo die Hauptsache vorhanden ist, wird sich das Andere schon finden."**)

Unter dem 11. Juli schrieb Manteuffel an Bismarck, daß der König seine Ernennung zum Bundestagsgesandten genehmigt habe.***) „Es versteht sich dabei von selbst", schrieb der Minister, „daß man Herrn v. Rochow nicht brusquement wegschicken kann; ich beabsichtige daher, ihm heut noch einige Worte darüber

*) Abweichend schreibt Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen": „Herr v. Rochow mit weniger Ehrgeiz als Liebe zum Behagen, des Klimas und des anstrengenden Hoflebens in Petersburg müde, hätte lieber den Frankfurter Posten, in dem er alle seine Wünsche befriedigt fand, dauernd behalten, arbeitete in Berlin dafür, daß ich zum Gesandten in Darmstadt mit gleichzeitiger Akkreditirung bei dem Herzog von Nassau und der Stadt Frankfurt ernannt werde, und wäre vielleicht auch nicht abgeneigt gewesen, mir den Petersburger Posten im Tausch zu überlassen. Er liebte das Leben am Rhein und den Verkehr mit den deutschen Höfen. Seine Bemühungen hatten indessen keinen Erfolg."

**) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 640 und 648.

***) 15. Juli 1851. Von Manteuffel kontrasignirte Allerhöchste Vollmacht für den Bundestagsgesandten v. Bismarck. — „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 5 und 6.

zu schreiben, und glaube Ihres Einverständnisses gewiß zu sein, wenn ich in dieser Sache mit aller Rücksicht auf Herrn v. Rochows Wünsche verfahre, dem ich es in der That nur Dank wissen kann, daß er die schwierige und undankbare Mission angenommen hat, im Gegensatz zu manchen andern Leuten, die immer mit der Kritik bei der Hand sind, wenn es aber auf das Handeln ankommt, sich zurückziehen. Daß ich Sie damit nicht meine, brauche ich nicht zu versichern, denn Sie sind ja auch mit uns in die Bresche getreten und werden sie, so denke ich, auch allein vertheidigen."

Am 29. August löste Bismarck Rochow ab und übergab dem österreichischen Präsidialgesandten Grafen v. Thun-Hohenstein seine Vollmacht, der sie seinerseits in das Bundesarchiv niederlegte.

Die Instruktionen, die Manteuffel zu den einzelnen am Bundestage schwebenden Fragen an Bismarck, theils ex officio, theils in Beantwortung seiner politischen Berichte sandte, sind in meinem Werke „Preußen im Bundestag" zu finden. Es muß genügen, hier auf diese Quelle zu verweisen,*) um Raum für bisher nicht veröffentlichte Urkunden und Mittheilungen zu gewinnen, die geeignet sind, die wichtigsten Momente der damaligen Geschichte in ein neues Licht zu rücken.

In der Herzogthümerfrage forderte Oesterreich am 30. Juli, Preußen am 4. Aug., Dänemark möge gemäß der im Berliner Frieden übernommenen Verpflichtung sich ihnen und dem Bunde gegenüber baldmöglichst über eine befriedigende Ordnung der Verfassungsverhältnisse und über Bürgschaften für die Achtung der Bundesrechte in Holstein und Lauenburg erklären, eher könnten diese beiden Länder dem König nicht zurückgegeben werden. Am 26. Aug. erwiderte ihnen der Minister v. Reedtz mit allgemeinen Zusicherungen, welche die beiden Großmächte in keiner Weise befriedigten. Schwarzenberg antwortete am 9. Sept., er wünsche zu wissen, ob Dänemark zu dem bestehenden Recht auch die Verfassung von 1831 bis 1834 rechne, und ob das Zollgesetz von 1838 je rechtlich außer Kraft getreten sei. Der von den holsteinschen Vertrauensmännern einstimmig zurück-

---

*) 27. August: Erlaß Manteuffels wegen Aufstellung eines Bundeskorps zum Schutze der Bundesversammlung. Vergl. „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 6, Note 2. — 11., 19. und 29. Sept. und 6. Okt.: Erlasse Manteuffels, betr. die Verhandlungen zwischen der dänischen Regierung und dem Herzog von Augustenburg; a. a. O., S. 16 und 19, Note 2; 26, Note 1 und 3. — 14. Sept.: Erlaß Manteuffels, betr. die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle der Bundesversammlung; a. a. O., S. 13, Note 1. — Erlaß Manteuffels, betr. den Erlaß von Bundesbestimmungen zur Verhinderung des Mißbrauchs der Preßfreiheit; a. a. O., S. 14, Note 1. — 19. Sept. und 3. Okt.: Erlasse Manteuffels, betr. die Theilnahme Preußens an den Verhandlungen über die Vorlagen der dritten Dresdener Kommission zur gemeinsamen Förderung der materiellen Interessen; a. a. O., S. 11, Note 1. — 25. Sept.: Erlaß Manteuffels, betr. die Besorgnisse vor einer revolutionären Krisis im Jahre 1852; a. a. O., Bd. IV, S. 38. — 1. Okt.: Instruktion Manteuffels, betr. die Umlage zur Anschaffung von Kasernen- und Hospitaleinrichtungen der Bundesfestung Rastatt; a. a. O., Bd. I, S. 24. — 28. Okt.: Erlaß Manteuffels, betr. Sendung des Geheimraths Delbrück nach Frankfurt a. M.; a. a. O., S. 33, Note 1. — 6. und 25. Nov.: Erlasse Manteuffels, betr. das Verhalten in der Flottenangelegenheit; a. a. O., S. 35, Note 1 und S. 41, Note 1. — 13. Nov.: Telegramm Manteuffels, betr. die Liquidation der Kosten der Exekution des Deutschen Bundes in Kurhessen; a. a. O., S. 42, Note 1.

gewiesene Entwurf der Neuordnung könne unmöglich zur Versöhnung führen, um so weniger, je einseitiger und parteiischer die schleswiger Notabeln ausgesucht seien. Der verfassungsmäßige Weg müsse auch für Schleswig eingehalten werden, mit dessen Ständen die holsteinschen durch die Ritterschaft zusammenhingen. Schärfer noch verwarf er jeden Versuch einer thatsächlichen oder rechtlichen Einverleibung Schleswigs, wie er auch in dem Notablenprojekt stecke, und forderte die Wiedereinführung der schleswigschen wie der holsteinschen Provinzialstände. Das seien die Bedingungen für die Räumung Holsteins und die Anerkennung der neuen Erbfolge. Dasselbe verlangte Manteuffel am 14. Sept., schon als Gegengewicht gegen die dänische Demokratie und als ein befriedigendes Abkommen mit Deutschland. Ueber das in Holstein bestehende Recht äußerte er sich ebenso wie Schwarzenberg, nur wies er noch ausdrücklich auf die Erbansprüche der Augustenburger Linie hin.*)

Der Antagonismus, der sich nach der Wiederherstellung des deutschen Bundestags zwischen Oesterreich und Preußen zeigte, offenbarte sich besonders scharf in der Offensive Oesterreichs gegen den wesentlich unter Preußens Schutz stehenden deutschen Zollverein.**) Die in Dresden und dann in Frankfurt angekündigten Absichten, die deutsche Zollpolitik aus der Hand des Zollvereins in jene des Bundestags, d. h. des Wiener Kabinets, zu verlegen, hatten in Preußen die ernstesten Erwägungen hervorrufen müssen. Der Gedanke lag nahe, den bisher noch nicht zum Zollverein gehörigen Norden von Deutschland, vor Allem Hannover, für sich zu gewinnen, um für alle Fälle einen territorialen Zusammenhang für den Handelsverkehr zwischen den eigenen zerstückelten Provinzen und damit einen Ersatz für den Süden zu erlangen, falls dieser wirklich auf Oesterreichs Betreiben aus dem Verein ausscheiden sollte.

Zunächst richtet Manteuffel eine geheime Mittheilung nach Hannover: Man wünsche eine Verhandlung über den Eintritt des Steuer- in den Zollverein anzuknüpfen, werde dieselbe aber erst dann beginnen, wenn man vorher die vertrauliche Versicherung eines raschen Abschlusses nach den hier beiliegenden Bedingungen erhalten habe. Diese waren denn in der That für Hannover und Oldenburg äußerst vortheilhaft, die Einräumung alles dessen, was bei den früheren Verhandlungen Preußen stets als unmöglich abgewiesen hatte, eine starke Herabsetzung der Zölle auf Thee, Kaffee, Wein, Franzbranntwein, zollfreie Einfuhr von Schienen für die hannoverschen Eisenbahnen, ein Präzipuum von 75 Prozent bei der künftigen Vertheilung der Zollvereinseinnahmen. In Hannover griff man ohne langes Bedenken zu, sandte den Steuerdirektor Klenze nach Magdeburg, wo er in tiefem Geheimniß mit dem preußischen Geheimrath Delbrück die einzelnen Artikel des Vertrages ausarbeitete, welcher auf den 1. Jan. 1854 den Eintritt Hannovers und Oldenburgs in einen Zollverein mit Preußen und dessen Zollverbündeten festsetzte.

*) Jansen-Sammer, „Schleswig-Holsteins Befreiung", S. 9.

**) Zu dem Streit über die Nordseeflotte verweise ich auf die mein Werk „Preußen im Bundestag" ergänzende Schrift: „Die deutsche Flotte von 1848 bis 1852. Nach den Akten der Staatsarchive zu Berlin und Hannover dargestellt von Dr. Max Bär, Leipzig 1898".

Das Hauptverdienst für den Abschluß dieses hochpolitischen Vertrages fällt dem Minister v. Manteuffel zu, dem es gelang, alle volkswirthschaftlichen wie finanziellen Einwendungen gegen denselben zu beseitigen. Schon am 16. Aug. erfolgte in Hannover durch Manteuffel ein vorläufiger Abschluß,*) wovon der Finanzminister v. Bodelschwingh erst am Abend des 18. Aug. Kenntniß durch v. Lecoq und v. Philipsborn erhielt. An demselben Tage fuhr Manteuffel von Hannover mit dem Zollvertrag in der Tasche nach Stolzenfels zum König.

Am folgenden Tage (19. Aug.) beeilte sich Bodelschwingh, dem Minister Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben sein Einverständniß zu dem hochwichtigen Abschluß auszusprechen,**) da es ihm nicht nur nutzlos, sondern auch in Erwägung des von Philipsborn mitgetheilten Ganges der in Hannover gepflogenen Verhandlungen sogar ungerecht erschien, an einzelnen Ausdrücken und Wendungen in dem vertraulichen aber doch offiziellen Schreiben des Ministers Manteuffel an den hannoverschen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frhrn. v. Münchhausen irgendwie zu mäkeln.

Lecoq und Philipsborn hatten befürchtet, daß der Handelsminister v. der Heydt die Sache anders auffassen werde, gaben sich aber der Hoffnung hin, es werde Bodelschwingh vielleicht gelingen, seine Bedenken zu heben.

„In ersterer Beziehung", schreibt Bodelschwingh, „haben sie nicht geirrt, ob auch in letzterer nicht, muß ich dahingestellt sein lassen. Bei einer ausführlichen Besprechung zwischen Herrn v. der Heydt und mir am heutigen Morgen, traten allerdings des Ersteren sehr erhebliche Bedenken gegen das fragliche Schreiben und die dadurch für das diesseitige Gouvernement entstehenden Verpflichtungen in Bezug auf Ermäßigung mehrerer Schutzzölle, namentlich des Eisenzolls, hervor, die Herr v. der Heydt so ernst ansah, daß er sehr bedenklich war, ob ihm möglich sein werde, den Vertrag zu unterzeichnen und Theil zu nehmen an dessen Durchführung unter den im fraglichen Schreiben gegebenen Zusicherungen.

Zu meiner Freude konnte ich mit voller Ueberzeugung den oben angedeuteten Bedenken entgegentreten, da Ew. Excellenz nur ausgesprochen, daß die Schutzzölle

---

*) Am 23. Aug. 1851 wußte die „Nat.-Ztg." (No. 391) zu melden: „Die Unterredung, welche der Ministerpräsident v. Manteuffel in Hannover mit den dortigen Ministern hatte, soll sich, wie das »C. B.« mittheilt, vor allem Anderen auf ein paralleles Auftreten Hannovers mit Preußen am Bundestage bezogen haben. In zweiter Linie erst standen die Verhandlungen über die Zollangelegenheiten, und zwar nicht nur über das Verhältniß des Zollvereins zum Steuerverein, sondern und vornehmlich über die Stellung Deutschlands gegenüber den immer wieder aufs Neue angeregten österreichischen Vorschlägen hinsichtlich einer deutschen Zoll- und Handelseinigung. In diesen vertrauten, in Hannover gepflogenen Verhandlungen soll, wie das »C. B.« ferner wissen will, eine vollkommene Uebereinstimmung erzielt worden sein."

Nach Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 667, „hatte der König von Hannover Manteuffel aufgefordert, ihm das Ehrenwort zu geben, daß er durch den Beitritt zum Zollverein nichts von seiner Souveränität verliere.

**) Die nachstehenden Mittheilungen ergänzen das, was wir aus Weber, „Der deutsche Zollverein, Geschichte seiner Entstehung und Entwickelung", 2. Aufl., Leipzig 1871, S. 292f., wissen.



nicht zu erhöhen, sondern vielmehr beabsichtigt werde, auf eine allmähliche mit einer gleichmäßigen Berücksichtigung der Gesammtinteressen vereinbarte Verminderung derselben Bedacht zu nehmen, wobei insbesondere rücksichtlich des Eisens verschiedene Umstände zusammenträfen, welche die Möglichkeit der Tarifsätze für diesen Artikel in Aussicht stellen, und da hierin unmöglich für Herrn v. der Heydt eine Verpflichtung erkannt werden könne, unbedingt sofort beim Eintritt Hannovers in den Zollverein oder auch später unbedingt sich für Ermäßigung der fraglichen Zölle auszusprechen, sondern vielmehr dem diesseitigen Gouvernement unbenommen sei, bei den infolge des mehrerwähnten Schreibens seiner Zeit zu eröffnenden Verhandlungen über die fragliche Schutzzollfrage die Gesammtinteressen, also auch die industriellen, zur Erwägung zu bringen, und dann nach eigener bester Ueberzeugung sich zu entschließen, ob auf eine Zollermäßigung, event. auf welche, einzugehen sei, und wann solche zur Ausführung zu bringen.

Herr v. der Heydt verließ mich, wie es mir schien, wesentlich beruhigt und, wie ich hoffe, auch überzeugt, äußerte aber doch, daß er Ew. Excellenz schreiben wolle, und gerade diese Aeußerung war es wesentlich, welche mich zu dem Entschluß brachte, auch meine Auffassung der Sache und meine Unterredung mit Herrn v. der Heydt sofort ganz ergebenst mitzutheilen.

Bis zu Ew. Excellenz Rückkehr wird der Vertragsabschluß ausgesetzt bleiben müssen, die Zeit auch ziemlich nöthig sein, um die Schriftstücke auszuarbeiten und zu revidiren."

Der Minister v. der Heydt führte seine Absicht, Manteuffel in der Angelegenheit und zwar privatim zu schreiben, noch an demselben Tage (19. Aug.) aus. Zunächst drückte er dem Ministerpräsidenten seine Freude über das Zustandekommen des Vertrages mit Hannover aus und betrachtete diesen sowohl für die politische als für die kommerzielle Stellung Preußens als das glücklichste Ereigniß, sofern der Zweck, die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein, wirklich dadurch erreicht würde. Der Handelsminister glaubte aber dem Ministerpräsidenten ebenso wenig die Bedenken vorenthalten zu dürfen, die infolge der vorhergegangenen Verhandlungen das vertrauliche Schreiben Manteuffels an Münchhausen und dessen Antwort ihm eingeflößt hatten:

„Es sind diese Bedenken theils allgemeiner, theils persönlicher Natur.

In ersterer Beziehung kann ich mich der in dem von mir in Gemeinschaft mit dem Finanzminister abgegebenen offiziellen Votum niedergelegten Bedenken nicht entschlagen. Ich besorge, daß auf die ertheilten Zusicherungen hannöverscherseits weitergehende Forderungen gestützt werden können, als im Interesse der diesseitigen Industrie darauf wird eingegangen werden dürfen. Insbesondere aber besorge ich, daß unsere Industriellen nicht nur, sondern auch die Zollvereins-Regierungen in den ausgetauschten Erklärungen, die doch nicht werden verborgen bleiben können, ein Bündniß gegen die Interessen der Industrien erblicken, und daß sie daraus ein Mißtrauen schöpfen werden, das leicht das Zustandekommen der bezweckten Vereinigung gefährden könnte. Ich wünsche indeß von ganzem

Herzen, daß diese Besorgnisse sich nicht bewahrheiten mögen, und dann kann man in der That das Werk nur als ein segenbringendes betrachten.

Wie ungern ich meine Person erwähne, so werden Ew. Excellenz es, wie ich zuversichtlich vertraue, mir nicht verargen, wenn ich über meine persönlichen Bedenken bei diesem wichtigen Anlaß mich offen ausspreche. Ew. Excellenz wissen, daß ich die Meinung derer nicht theile, welche die Industrie in Preußen für entbehrlich oder gar für nachtheilig erachten, und die deshalb die Industrieerzeugnisse lieber vom Auslande nehmen als der inländischen Industrie einen Schutz gewähren möchten. Ich halte dafür, daß Preußens Wohlstand nur durch sorgsame Pflege und Erstarkung der eigenen Industrie gehoben werden kann, und wenn ich auch nicht in Prohibitiv- oder unmäßigen Schutzzöllen das geeignete Mittel dazu erkenne, so halte ich es für weit thörichter, durch allmähliche Aufhebung der Industriezölle bei den gegebenen faktischen Verhältnissen das theoretische Ideal des Freihandels zu verfolgen. Ich glaube, daß die im Zollgesetze von 1818 zum Schutze der inländischen Gewerbsamkeit angenommenen Grundsätze auch jetzt noch festgehalten werden müssen, und ich würde zu einem Aufgeben dieser Grundsätze beim besten Willen die Hand nicht bieten können. Auf der andern Seite würde ich, wenn ein Aufgeben derselben in der Konsequenz der ausgetauschten Erklärungen liegen sollte, es nicht für loyal erachten, bei der Ausführung in jedem einzelnen Falle durch meine Opposition in den Weg zu treten, abgesehen davon, daß ich, nachdem ich Ew. Excellenz, so lange ich im Amte bin, stets nach Kräften unterstützt, niemals eine andere Stellung im Ministerium einnehmen mag. Es liegt mir also sehr daran, mich über die Auffassungen jener Erklärungen mit Ew. Excellenz zu verständigen und mir in Beziehung auf meine persönliche Stellung die weitere Entschließung vorzubehalten, wenn die Ausführung zu Konsequenzen führen sollte, die ich mit meiner Ueberzeugung nicht vereinbarlich finden möchte. Ich will nun Ew. Excellenz nicht verhehlen, daß ich unseren Herren Kollegen Simons und v. Bodelschwingh meine persönlichen Bedenken vertraulich mitgetheilt habe, daß Beide aber diese Bedenken insofern nicht begründet erachtet haben, als sie ungeachtet der ausgetauschten Erklärungen mich nach wie vor für vollkommen berechtigt und in keiner Weise behindert erachten, in jedem einzelnen Falle die in der bisherigen Gesetzgebung niedergelegten Grundsätze zu vertreten und zur Geltung zu bringen, namentlich bei jeder vorgeschlagenen Tarifermäßigung die Opportunität in Frage zu stellen. Es kommt nun darauf an, wie weit Ew. Excellenz diese Auffassung theilen. Darin werden Sie mit mir einverstanden sein, daß das vertrauliche Schreiben für uns alle bindend ist, soweit darin überhaupt bestimmte oder moralische Verpflichtungen enthalten sind.

Ew. Excellenz dürfen versichert sein, daß nur der Wunsch, redlich und in Uebereinstimmung mit Ihren Absichten zu handeln, mich leitet, wenn ich Sie bitte, mir mit kollegialischer Offenheit auf diese Bedenken zu antworten. Und da Ew. Excellenz mir mittheilen, daß die Erklärung mit ausdrücklicher Genehmigung Sr. Majestät des Königs abgegeben ist, so darf ich mir vielleicht die weitere Bitte erlauben, daß Sie Sr. Majestät auch von meinen Bedenken Kenntniß zu geben die Gefälligkeit haben möchten."

In seiner Rückäußerung vom 12. Sept., die gleichfalls einen privaten Charakter hatte, bat Manteuffel den Minister v. der Heydt zunächst wegen der verspäteten Rückäußerung um Entschuldigung:

„Ew. Excellenz wollen in diesem Unterlassen, darum bitte ich dringend, keinenfalls eine Nichtbeachtung der mir zur Erwägung gestellten Betrachtungen erkennen, vielmehr kann ich versichern, daß ich den Inhalt des gedachten geehrten Schreibens nicht nur meinerseits reiflich und gewissenhaft erwogen, sondern auch des Königs Majestät darüber ausführlichen Vortrag gehalten habe.

Der Grund, weshalb ich Ew. Excellenz nicht während der Reise noch geantwortet habe, hat einzig darin bestanden, daß ich zu einer eingehenden Erwiderung — und nur auf eine solche konnte es doch ankommen — nicht die Zeit und Muße gefunden habe.

Nachdem ich gegenwärtig die Ehre habe, mit Ew. Excellenz an demselben Orte zu sein, bin ich zu jeder Explikation bereit und werde zu dem Ende um die Erlaubniß bitten, Ihnen vielleicht morgen oder übermorgen meine Aufwartung machen zu dürfen.

Hier beschränke ich mich auf die allgemeine Bemerkung, daß ich — wie ich überhaupt kein Ideolog zu sein glaube — auch in der Handelspolitik nichts weniger als das theoretische Ideal des Freihandels verfolge, daß ich aber an alle Steuern den Maßstab anlege, inwiefern sie im allgemeinen Interesse gerechtfertigt sind.

Ich bin also mit Ew. Excellenz darin ganz einverstanden, daß bei den einzelnen Steuern die Opportunität zu prüfen ist, und werde ich mich einer solchen Prüfung gewiß ebenso wenig entziehen, als ich in jedem einzelnen Falle die Gründe für meine Ansicht darzulegen bemüht sein werde.

Daß bei einem solchen Austausch der Meinungen von Anfang an immer volle Uebereinstimmung herrschen werde, läßt sich gewiß nicht erwarten, aber ebenso wenig ist zu bezweifeln, daß durch Abwägung der Gründe und durch das allseitige Bestreben, das dem Vaterlande Heilsame zu erwählen, dennoch ein Einverständniß zu erzielen sein werde.

So hoffe ich denn auch, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ein Zusammenwirken fortan möglich sein wird, für welches ich Ew. Excellenz zu so großem Dank verpflichtet bin, und auf welches ich so hohen Werth lege. Meinerseits werde ich eifrig bemüht sein, ein solches Zusammenwirken zu fördern." *)

Die Unterzeichnung des Vertrages war bereits am 7. Sept. 1851 in Berlin durch die Minister Manteuffel, Bodelschwingh, v. der Heydt, Münchhausen und

*) Am 14. Juli dankte v. der Heydt mittelst eigenhändigen Privatschreibens dem Minister Manteuffel für die Offenheit, mit der er ihm einen (nicht näher bezeichneten) „elenden Kundschaftsbericht" vorgelegt hatte. „Es muß mich dieser Bericht um so mehr indigniren, als ich die Beruhigung für mich habe, mich nicht nur grundsätzlich, sondern auch in Uebereinstimmung mit meiner Denkungsweise allen Intriguen ferngehalten zu haben. Ich habe nie eine Stellung ambitionirt, sondern mich darauf beschränkt, in der Stellung, von der Ew. Excellenz selbst am besten wissen, unter welchen Umständen ich sie übernommen und bis dahin behalten, meine vollen Kräfte ungetheilt den mir anvertrauten Berufsgeschäften zu widmen, daß die meine Person berührenden Hinterbringungen auf der gehässigsten Erdichtung beruhen, werde ich Ew. Excellenz nicht erst zu versichern brauchen."

Hammerstein erfolgt.*) Am 11. Sept. wurde er den übrigen Regierungen des Zollvereins mitgetheilt.

So sehr nun Manteuffel der Vertrag vom 7. Sept. am Herzen lag, so ging dies doch nicht so weit, daß er darum das liberale Ministerium Münchhausen in Hannover um jeden Preis hätte stützen wollen, welches dadurch in Verlegenheit gerathen war, daß mehrere der ritterschaftlichen Verbände sich beschwerend an den Bundestag gewandt hatten mit dem Gesuch um Herstellung und Sicherung ihrer alten Rechte. Und so schrieb Manteuffel am 13. Okt. an Bismarck, Klenze habe bereits in Berlin jene Aeußerungen gethan, daß die Ritterschaften dem Vertrage feindlich seien, also der Sturz Münchhausens demselben Gefahr bringen würde. Aber diese Auffassung sei rein individuell. Abgesehen von den finanziellen Vortheilen des Vertrages für Hannover würden doch die Ritterschaften aus politischen Motiven in dem Vertrage mit dem konservativen Preußen eine wesentliche Bürgschaft für ihre eigene Zukunft erkennen. Auch seien der alte König und der Kronprinz für die Erhaltung des feierlich sanktionirten Vertrages. Es sei nur zu wünschen, daß der Bundestag gegenüber der hannoverschen Regierung mild und schonend auftrete, so daß ihren Maßregeln der Charakter freier Entschließung bleibe. Mehr dürfte unsererseits nicht erforderlich sein, um die immer peinliche Wahl zwischen Unterstützung eines politisch unsicheren (durchstrichen: liberalen) Ministerii und Gefährdung des Vertrages vom 7. Sept. zu vermeiden."**)

Bismarck bemerkt in seinen „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 93, Manteuffel habe das Ungeschick gehabt, den Grafen Robert Goltz schlecht zu behandeln. Die dadurch stellungslos gewordene Kapazität sei der Impresario für die Truppe geworden, welche zuerst als höfische Fraktion und später als Ministerium des Regenten auf der Bühne erschien und im „Preußischen Wochenblatt" auf den Sturz Manteuffels hinarbeitete. „Die ›Finanzirung‹, wie die Börse sich ausdrückt, wurde durch die großen Vermögen Bethmann-Hollwegs und der Grafen Fürstenberg-Stammheim und Albert Pourtalès, und die politische Aufgabe, als deren Ziel zunächst der Sturz Manteuffels gestellt war, von den geschickten Händen der Grafen Goltz und Pourtalès besorgt. Beide schrieben ein elegantes Französisch in geschickter Diktion, während Herr v. Manteuffel in der Herstellung diplomatischer Aktenstücke hauptsächlich auf die hausbackne Tradition seiner Beamten von der französischen Kolonie in Berlin angewiesen war. Auch Graf Pourtalès war von dem Ministerpräsidenten im Dienste verstimmt und von dem Könige als Rivale Manteuffels ermuthigt worden. Goltz wollte ohne Zweifel," so fährt Bismarck fort, „wenn nicht der unmittelbare Nachfolger Manteuffels, doch früher oder später Minister werden. Er hatte auch das Zeug dazu, viel mehr als Harry v. Arnim, weil er weniger Eitelkeit und mehr Patriotismus und Charakter

*) Vgl. den genauen Inhalt des Vertrages bei Weber, a. a. O., S. 294.

**) Sybel, „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.", Bd. II, S. 159. Die an Bismarck in der Zollvereinskrisis ergangenen Erlasse Manteuffels d. d. 6. Okt., 6. u. 22. Nov. 1851 findet man in „Preußen im Bundestag" Bd. I. S. 32 und 142, Note 1, Bd. IV, S. 57.

besaß; freilich auch mehr Zorn und Galle, die sich vermöge der ihm innewohnenden Energie als Subtrahenda von seiner praktischen Leistung geltend machten."*)

Die Behandlung, die Manteuffel Goltz zu Theil werden ließ, würde Bismarck gewiß nicht als „Ungeschick" bezeichnet haben, wenn er gewußt hätte, was Alles vorausgegangen war. Durch eine Protektion von Goltz hätte Manteuffel einfach den Ast abgesägt, auf dem er saß und, wohl bemerkt, auch sitzen bleiben wollte. Goltz hatte in Frankfurt a/M. vor dem Eintreffen Rochows nur eine kommissarische Stellung seitens des auswärtigen Ministeriums erhalten, das Kommissorium mußte nach der Besetzung der Bundestagsgesandtschaft mit Rochow und Bismarck zurückgenommen werden. Manteuffel schritt indessen zu dieser Maßregel erst, nachdem er sich aus einer Korrespondenz mit Goltz überzeugt hatte, daß mit diesem Beamten ein gedeihliches Zusammenwirken nicht zu erwarten sei.

Die Korrespondenz Manteuffel-Goltz ist uns leider nur einseitig, und zwar in Gestalt eines eigenhändigen Privatschreibens erhalten, das Goltz unterm 10. April 1851 noch aus Frankfurt a/M. an seinen Chef richtete:

„Ich muß aufrichtig bekennen," so leitete Graf Goltz die Auseinandersetzung ein, „daß ich nicht umhin kann, eine tiefe und überaus schmerzliche Demüthigung meines Nationalgefühls zu empfinden, wenn ich die Stellung, welche Preußen einerseits und Oesterreich andererseits gegenwärtig in Deutschland einnehmen, und die Erwartungen, welche sich hieran wenigstens für die nächste Zukunft knüpfen, mit derjenigen Aufgabe, deren Erreichung sich die Politik der Königlichen Regierung vorgesetzt, und mit der Grenze der Nachgiebigkeit vergleiche, welche dieselbe sich den Ansprüchen des österreichischen Kabinets gegenüber gestellt hatte.**) . . . Ich kann aber offenbaren Thatsachen nicht mein Auge verschließen, schwere Niederlagen nicht als Siege ansehen und mich den schmerzlichen Gefühlen nicht entziehen, welche dieselben in jedem, für das Vaterland warm schlagenden Herzen hervorrufen müssen. Ich glaube, daß dieses Gefühl erlittener Demüthigung von vielen Patrioten empfunden wird, und ich muß sogar hoffen, daß dies der Fall ist; denn eine Unempfindlichkeit in diesem Punkte würde eine derartige Indifferenz in Beziehung auf den Ruhm und die Macht unseres Königshauses, welche von der Größe und der Ehre Preußens unzertrennlich sind, verrathen, daß man in der That nur mit Furcht und Zagen der drohenden Revolution entgegensehen könnte. Selbst die neupreußische Partei erkennt die Berechtigung jenes Gefühls an, für welches sie eine besondere euphemistische Bezeichnung »Bußthum« erfunden hat. Daß gleichzeitig auch eine andere Partei, zu deren konstitutionellen Grundsätzen ich mich niemals bekannt habe, und welche allerdings solange revolutionär war, bis die Regierung Sr. Majestät des Königs der Revolution die nationale Fahne entriß und die letztere kühn und siegreich gegen die Revolution führte, eine Partei, welche auch wahrscheinlich, soweit sie sich nicht aufgelöst, jetzt

*) Eine auf dasselbe herauslaufende Schilderung von Robert Goltz findet sich in meinem Werk: „Preußen im Bundestag", Bd. IV, S. 3.

**) In einem Briefe von Goltz an Bismarck vom 22. Dez. 1863 nennt Ersterer den Londoner Vertrag „das schmählichste der Manteuffelschen Vermächtnisse." (Kohl, „Bismarck-Jahrbuch", Bd. V, S. 232.)

nach dem Fallenlassen dieser Fahne leider wiederum der Revolution anheimfallen wird; daß gleichzeitig auch diese sogenannte Gothaer Partei ein gleiches, also meines Erachtens neben anderen unberechtigten auch ein richtiges Gefühl empfindet, das kann ich zwar bedauern, weil es dieser Partei, wie Ew. Excellenz auch bemerken, eine mächtige Waffe in die Hand giebt und weil es viele aufrichtige Patrioten dahin führt, sich einer verschiedenen, mit den Thatsachen und den Anforderungen echt preußischen Ehrgefühls leider nur zu wenig in Einklang stehenden Auffassung hinzugeben; es kann mich dies aber nicht abhalten, diesem Gefühle nachzugeben und da, wo es nicht zum Nachtheile des Staats gereicht, auch Worte zu leihen.

Wenn Ew. Excellenz mir nun die Frage vorlegen:

»Wie ich zu Hochderselben und Ihrem System stehe, und welche Haltung ich in dieser Beziehung einzunehmen gedenke?« so glaube ich diese Frage nicht dahin verstehen zu sollen, daß Ew. Excellenz von mir eine ausführliche Darlegung meiner Ansichten über die auswärtige Politik Preußens verlangen, und würde ich eine solche meinerseits für eine Anmaßung halten.

Ew. Excellenz ist es bekannt, daß mich Herr v. Radowitz auf meinen hiesigen Posten gestellt hat, und ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß Ew. Excellenz mir weder zutrauen, meine Ansichten von einem Tage zum andern zu wechseln, noch diejenigen Personen, welchen ich Dank schuldig bin, nachdem sie die Macht verloren, zu verleugnen.

Ew. Excellenz werden aber auch nicht bezweifeln, daß ich meine Pflichten als auswärtiger Agent der Königlichen Regierung kenne und mit der strengsten Gewissenhaftigkeit auffasse, daß ich mich daher nicht für berufen halten kann, sei es für meine Aeußerungen nach außen, sei es für meine sonstigen Handlungen irgend eine andere Richtschnur mir vorzuzeichnen als diejenige, welche sich aus den mir bekannt werdenden Intentionen der Königlichen Regierung ergiebt, daß ich mit anderen Worten als Beamter nur meine Instruktionen kenne. Die letzteren sind bisher mit meiner inneren Ueberzeugung nicht in Widerspruch getreten. Seit Ew. Excellenz das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten übernommen, sind mir, soviel ich mich erinnere, nur zwei politische Aufträge zu Theil geworden: Die Einladung zur Beschickung der Dresdener Konferenzen und diejenige zur Beschickung des Bundestags. Beide entsprachen meinen eigenen Ansichten. Wenn mich ferner die von Ew. Excellenz anerkannte Unehrlichkeit der Absichten Oesterreichs in Beziehung auf uns mit gerechter Indignation erfüllt, so habe ich darum nie die Zurückhaltung vergessen, welche die Stellung eines diplomatischen Agenten im Auslande erfordert und welche durch die gegenwärtige Situation doppelt geboten war. Die ganz dem Interesse des Königlichen Dienstes entsprechende Folge hiervon ist, daß ich mit sämmtlichen hiesigen Agenten Oesterreichs auf dem besten Fuße stehe. Im Uebrigen habe ich es für meine Pflicht gehalten, Ew. Excellenz gegenüber aus meiner Auffassung nie ein Hehl zu machen. . . . Sollte die Politik der Königlichen Regierung einen Gang annehmen, welcher mich zu der Besorgniß berechtigen könnte, daß meine Mitwirkung zu Handlungen in Anspruch genommen werden möchte, welche nach meiner pflichtmäßigen, durch keinerlei Drohungen zu erschütternden Ueberzeugung verderblich für die Interessen Sr. Majestät

und des Vaterlandes wären, so können Ew. Excellenz versichert sein, daß ich, ohne meine Entlassung abzuwarten, meinerseits schleunigst bitten würde, mich von der Stellung zu entbinden, welche mir das Vertrauen der Königlichen Regierung übertragen hat. So lange ich Beamter bin, werde ich der Pflicht eingedenk sein, zu gehorchen. Ich werde aber nie einen Augenblick Anstand nehmen, selbst meine Existenz auf das Spiel zu setzen, wo meine Pflichten als Organ eines verantwortlichen Ministerii mit meiner inneren Ueberzeugung und somit mit meiner Auffassung der Pflichten gegen König und Vaterland in Kollision kommen könnten. Auf diesem Wege hoffe ich mir mit Gottes Hülfe ein gutes politisches Gewissen zu bewahren."

Man kann es Manteuffel wahrlich nicht verübeln, wenn er nach dem Empfange dieses Briefes — man muß in demselben, besonders zu Anfang, auch zwischen den Zeilen lesen — die Lust verlor, Goltz eine einflußreiche Stelle in seiner Nähe zu geben. Das Beste schien, ihn durch die Verleihung eines exotischen Postens „kalt zu stellen". Er bekam den Posten in Chile. Goltz wird wohl hierin eine Art consilium abeundi erblickt haben. Dem Prinzen von Preußen kam die Sendung von Robert Goltz nach Chile wie eine Ironie vor, und er trug keinen Anstand, dies dem Ministerpräsidenten mit dürren Worten zu sagen.

Zur Rechtfertigung seines Vorgehens antwortete Manteuffel (1. Juli), Graf Goltz sei bisher nur kommissarisch im auswärtigen Dienste beschäftigt gewesen.

„Wie Graf Goltz einen Anspruch auf eine Geschäftsträgerstelle — denn eine Anstellung als Legationssekretär will er nicht annehmen — begründen will, ist mir völlig unklar. Es kommt dazu, daß mehrere sehr tüchtige Männer, z. B. Herr v. der Schulenburg, bisher in Paris, und Herr v. Arnim, früher in Baden, mit denselben Ansprüchen, gestützt auf langjährige Dienstleistungen im diplomatischen Fache, hervortreten, während in diesem Augenblicke keine derartige Stelle erledigt ist. Einen Beamten aber, bloß um ihm Wartegeld zu geben, in das Departement zu nehmen, wäre ein Verfahren, welches ich weder den Kammern noch dem Finanzminister gegenüber verantworten könnte. Graf Goltz hat mir seine politische Auffassung von Frankfurt aus schriftlich dargelegt; diese Auffassung weicht von der meinigen sehr wesentlich ab; dies nehme ich ihm durchaus nicht übel; indeß wird auch von mir nicht zu verlangen sein, daß ich mich deshalb seiner vorzugsweise als Organ bediene. Man verlangt immer eine kräftige Politik, vergißt aber häufig, daß die Bedingung der Kraft die Einheit der Wirkenden ist. Ich fasse, das kann ich versichern, die Sache ganz kalt und ruhig auf, ohne den von vielen Seiten mir zugetragenen Gerüchten über Graf Goltz und seine Meinung von mir irgend Gewicht beizulegen, sage mir vielmehr, daß es in mancher Beziehung vortheilhaft wäre, ihn nicht unter der Zahl der Unzufriedenen zu sehen; gleichwohl aber glaube ich nicht anders handeln zu können, als ich es thue."

Graf Robert Goltz, mit dem Bismarck aus der Jugend her befreundet war, versuchte in Frankfurt auch diesen für die Fraktion Bethmann-Hollweg zu gewinnen. Bismarck lehnte den Beitritt, soweit Mitwirkung zum Sturze Manteuffels*) von

*) Daß Robert Goltz auf Manteuffels Sturz hinarbeitete, nachdem derselbe ihm ein Amt verweigert, bestätigt auch Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 690.

ihm gefordert würde, mit der Motivirung ab, daß er, wie damals der Fall war, mit vollem Vertrauen Manteuffels den Posten in Frankfurt angetreten hätte und es nicht für ehrlich halten würde, seine Stellung zum Könige zum Sturze Manteuffels zu benutzen, solange Letzterer sich nicht in die Nothwendigkeit versetzte, mit ihm zu brechen, und daß er in dem Falle ihm die Fehde und den Grund derselben vorher offen ansagen würde.*) —

Am 18. Nov. war der König Ernst August von Hannover gestorben. Sein Nachfolger war blind, und scharf entgegengesetzte, nach der Gewalt strebende Parteien umgaben ihn. Die preußische Politik konnte aus dieser Sachlage große Vortheile ziehen. Nach einem Gutachten, welches der Geheime Legationsrath Küpfer am 19. Nov. Manteuffel einreichte, kam es für Preußen hauptsächlich darauf an, allein, ohne Mitwirkung Oesterreichs, des Bundes oder gar der europäischen Mächte, die hannoverschen Verhältnisse zu ordnen.

„Für diesen Zweck würde Preußen zu Wien, zu Frankfurt und zu Petersburg zu erklären, bezw. zu insinuiren haben, daß, bevor irgend eine fremde Intervention in den hannoverschen Verhältnissen stattfinden könne, man zuvörderst abwarten müsse, ob Hannover selbst nicht die Krise mit eigenen Kräften zu vollenden vermöge; da jede ernstliche Gefahr schon durch die Nähe und Bereitschaft Preußens beseitigt erscheine. — Gleichzeitig ertheilte Preußen dem neuen Könige von Hannover die Versicherung, daß es die ganze preußische Macht zu seiner Verfügung stelle, um alle seine Königlichen Rechte unter allen Umständen unbedingt zu wahren und ungeschmälert aufrecht zu erhalten. Es handelt sich nämlich vor Allem darum, zuvörderst das vorzugsweise und ausschließliche Vertrauen des neuen Königs und seiner persönlichen Rathgeber zu gewinnen.

Unter anderen Umständen möchte es sehr zu untersuchen sein, welcher der beiden in Hannover kämpfenden Parteien Preußen seine Unterstützung zu gewähren hätte. Bei den heutigen politischen Konjunkturen kann dies nur die konservative sein. Preußen darf dabei die Dinge ja nicht halb thun, sondern muß die konservative Partei zu Hannover vollständig zu organisiren, sie in den Besitz des vorwiegenden Einflusses auf den König sowie des Staatsruders zu setzen und darin zu erhalten trachten.

Um der von Preußen einmal begünstigten Partei den Sieg zu verschaffen, dürfte kein Mittel zurückzuweisen und nöthigenfalls selbst bewaffnete preußische Hülfe zu leisten sein, vorausgesetzt, daß dieselbe im Namen des Königs in Anspruch genommen würde. — Als allgemeine Regel möchte es indeß zu gelten haben, daß eine solche bewaffnete Intervention nur im Falle wirklicher Noth geleistet würde, und daß man die Zahl der dazu zu verwendenden preußischen Truppen sowie die Zeit ihres Verweilens auf hannoverschem Gebiete thunlichst beschränkte. Bei der geographischen Lage Hannovers dürfte das Paradiren preußischer Bajonette zu Minden und Magdeburg und nöthigenfalls die Cirkulation einiger preußischer

*) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 94.

Regimenter zwischen diesen beiden Festungen auf der Eisenbahn und also ihr Passiren durch die Stadt Hannover, wo man sie allenfalls ein paar Stunden rasten ließe, wahrscheinlich schon das erforderliche Maß des preußischen Druckes zu gewähren genügen.

Die Aufgabe bleibt, alle Parteien zu Hannover von der Ueberzeugung zu durchdringen, daß die Rolle des politischen Fatums für dieses Land einmal Preußen gehört, neben diesem Eindruck aber dennoch dort in Bezug auf Preußen die Gereiztheit zu vermeiden, welche das Verweilen fremder Truppen in einem Lande hervorzubringen pflegt.

Die Sprache Preußens zu Hannover, allen Parteien gegenüber, wäre dabei: Daß nach der Gesammtlage Europas und Deutschlands das Gelangen der konservativen Partei ans Ruder auch zu Hannover heute unvermeidlich sei. Daß Preußen sehnlichst wünsche, die Krise, die daraus entstehen möchte, mit bloßen hannoverschen Kräften sich vollenden zu lassen. Daß es selbst daher zu Hannover bloß im äußersten Falle und, von der Regierung gerufen, dann einschreiten werde, wenn nur auf diese Weise andere Interventionen abgewendet werden könnten, die es natürlich im protestantischen Norddeutschland höchst ungern sehen würde.«

Bei den großen Kabinetten hebe Preußen hervor, daß die geographische Lage Hannovers eine ganz eigenthümliche sei; daß jede politische und soziale dort stattfindende Bewegung auf die Grenzprovinzen Preußens zurückwirke; daß Preußen daher bei derartigen hannoverschen Fragen und den damit in Verbindung stehenden Verhältnissen als Nächstbetheiligter erscheine und demnach vorzugsweise gehört zu werden beanspruchen könne.

Es dürfte rathsam sein, die Einwirkung des Prinzen Friedrich von Preußen auf seinen Königlichen Stiefbruder nicht bleibend, sondern nur bei wichtigen Umständen in Anwendung zu bringen, damit dieser Einfluß sich nicht abzunutzen ausgesetzt wäre. Ein Minister, auf den man zählen kann, als Handhabe eines fortgesetzt auszuübenden Einflusses erregt weniger Eifersucht und kompromittirt nicht so leicht als ein Mitglied des Königlichen Hauses."

Am 4. Juni verabschiedete sich der ancien Colonel au service de Sa Majesté Britannique White von Manteuffel in einem eigenhändigen, in französischer Sprache abgefaßten Briefe unter dem Ausdruck des Dankes für das ihm während seines Berliner Aufenthaltes von Seiten des Ministerpräsidenten gewährte Wohlwollen. Daran knüpfte White den Ausdruck der Bewunderung für den Staatsmann, der, nachdem er sein Vaterland aus der Anarchie und aus den Händen befreit, welche auf ein Haar die Monarchie zu Grunde gerichtet hätten, es durch seine Weisheit und Hingebung verstanden habe, dasselbe zu retten. White fährt sodann fort:

„Ich bin allen Ereignissen eifrig gefolgt, welche sich in Preußen seit meiner Ankunft im April 1848 — dem Jahre traurigen Andenkens — zugetragen haben. Dies Jahr bot nur einen Lichtpunkt, das war der Tag, an dem Ew. Excellenz und der Herr Graf von Brandenburg sich in die von den Feinden der sozialen und monarchischen Ordnung gegrabene furchtbare Bresche stürzten.

Gott, der Preußen so oft und so wunderbar beschützt hat, hat Ihre Hingabe gesegnet. Die Folgen geben Zeugniß davon — und die Geschichte widmet Ihnen eine schöne und prächtige Seite dafür, daß Sie fast allein das vollbracht haben, was nicht ein Einziger von den heut so Machtbegierigen zu unternehmen wagte.

Die Größe und Macht Preußens sind nicht nur für das Wohlergehen Deutschlands, sondern auch für die Ruhe Europas nothwendig. Sie sind es auch für das materielle Gedeihen Englands. Möge also die Vorsehung auch ferner über Ihren Werken walten und Ihnen Kraft und Gesundheit geben, um das von Ihnen begonnene große Werk zu vollenden.

Möge Preußen, für das wir Engländer ein großes Interesse hegen, niemals neuen Erschütterungen ausgesetzt sein — und wenn Gottes Wille anders ist, möge es einen festen und patriotischen Staatsmann besitzen, der wie Sie, Herr Baron, es versteht, den Sturm zu bändigen, indem er jene weisen und vernünftigen Freiheiten gewährt, welche ein Bedürfniß, wenn nicht eine Nothwendigkeit für die Völker geworden sind.

Ew. Excellenz haben in einer vor Kurzem in der Kammer gehaltenen Rede gesagt, die widersprechenden Urtheile der Welt hätten schließlich zur Folge, die Staatsmänner gleichgültig gegen das Lob der Einen wie gegen die Verleumdungen der Anderen zu machen. Das war ein großes und wahres Wort. Denn ein zu großes Vertrauen auf Lobeserhebungen würde vielleicht zu einem zu großen Selbstvertrauen führen, während eine zu große Nachgiebigkeit gegen die Kritik zum Kleinmuth verleiten würde, und oft sind beide nur die Aeußerungen eines Parteigeistes, der die politischen Handlungen nur nach seinen Interessen beurtheilt.

Indem ich mir erlaube, in dieser Weise an Sie, Herr Baron, zu schreiben kann ich nicht erwarten, daß Ew. Excellenz zu meinen Gunsten eine Ausnahme machen. Indeß habe ich für mich den Vortheil, vollständig unbetheiligt, vollkommen unparteiisch zu sein und einem Lande anzugehören, in welchem wir bei hoher Achtung vor den Gesetzen, der staatlichen Ordnung und den monarchischen Institutionen von Geburt an eine aufrichtige Anhänglichkeit für jene gerechten und zugleich großen Freiheiten empfinden, die Ew. Excellenz in Preußen einführen wollen, indem Sie zugleich der Zügellosigkeit entgegentreten und dem Mißbrauch jener kostbaren Gaben vorbeugen."

Manteuffel beantwortet dieses Schreiben am 24. Juni, wie folgt:

„J'ai été infiniment touché du témoignage de Vos sentiments pour moi que renferme Votre lettre du 4ième de ce mois. — Vous y rappelez Monsieur, un de mes discours où j'ai avoué mon indifférence pour les éloges et le blâme que l'on m'a en effet prodigués alternativement. — Mais ce que j'ai dit alors ne s'applique aucunement ni à Vous ni à un peu d'autres personnes qui dans une position parfaitement indépendante et à l'abri de tout esprit de parti, savent apprécier le caractère et les véritables motifs des hommes auxquels échoit la rude tâche de diriger les affaires gouvernementales dans un temps de crise et de pénible anxiété. Je sais avec quel intérêt bienveillant vous avez suivi la marche du ministère

dont j'ai accepté avec feu M. le Comte de Brandenbourg la responsabilité; je connais le zèle et la constance que Vous avez mis à éclairer l'opinion publique en Angleterre sur l'état où mes collègues et moi avons trouvé les affaires et sur les efforts que nous avons dû faire pour rétablir l'action régulière du Gouvernement. Permettez-moi Monsieur, de Vous exprimer ma sincère reconnaissance de ce que Vous avez fait dans ce but."

Die günstige Entwickelung, welche die inneren Verhältnisse in Preußen im Laufe des Jahres 1851 dank der geschickten und energischen Hand seines leitenden Ministers nahmen, blieb anderen deutschen Staaten noch lange vorenthalten. Ein Spiegelbild für die demokratisch angehauchten Verhältnisse in dem Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen liefert die Korrespondenz, die der dortige Landtags-Abgeordnete v. Holleuffer mit dem ihm nahestehenden Minister Manteuffel geführt hat. Nachstehend zwei Auszüge aus seinen Briefen:

Sondershausen, 4. Juni 1851: „Ich bin bei den jetzt hier auf breiter demokratischer Grundlage stattfindenden Wahlen zum Landtage die Person geworden, die als Vertreter des Prinzips einer konservativen Politik vorgeschoben wurde. An meine Person knüpfte sich der Gedanke im Volke, statt des demokratischen Unsinns endlich wieder vernünftige Zustände hervorgerufen zu sehen. Schon aus der ersten im Lande stattgehabten Wahl, am 2. d. Mts., ging ich, trotz aller Machinationen und Gesetzwidrigkeiten des Ministerii, mit absoluter Stimmenmehrheit als Landtagsabgeordneter hervor. Sechs Stunden später reichte Herr Chop beim Fürsten seine Entlassung ein, weil er sah, daß er sich nicht mehr halten konnte. Und der Fürst? — hat bis jetzt die Entlassung nicht angenommen, ist heute auf mehrere Tage verreist, und die Demokratie entwickelt nun alle ihre Kräfte zu Demonstrationen für ihr liebes Kind, Herrn Chop! — Wie das endet, weiß ich bei der Persönlichkeit des Fürsten nicht; sehr leicht möglich, der Herr Chop bleibt zur Schande aller Zustände.

Ich weiß nicht, welche Wichtigkeit Du den Verhältnissen der inneren Politik in den Diminutivstaaten beilegst. Ich selbst schätze sie im Interesse Preußens vielleicht zu hoch. Bei des Fürsten Persönlichkeit kenne ich aber nur ein durchschlagendes Mittel, zum endlichen Ziele zu gelangen, und ich rechne auf Deine wohlwollenden Gesinnungen, wenn ich es hier unverhohlen ausspreche. Es ist ein Brief von Dir an den Fürsten, worin Du ihm Deine Theilnahme und Freude ausdrückst, daß auch hier die Rückkehr zum Richtigen angebahnt ist. Alsdann wäre zu hoffen, daß nicht wieder ein demokratisches Ministerium ans Ruder kommt. Mehr läßt sich freilich zur Zeit noch nicht garantiren. Die hiesigen Verhältnisse sind zu verdorben! ...

Von Gotha habe ich zuverlässig erfahren, daß die Herzogin entschiedene Feindin von Preußen und Rußland ist, infolge ihrer Familien- und persönlichen Verhältnisse. Der Herzog ist aber durchaus preußisch, allein ganz in den Händen des in einem seiner Schlösser wohnenden Radowitz.

Von Weimar habe ich Näheres noch nicht erfahren können. So lange Watzdorf und Wydenbruk dort an der Spitze stehen, wird es in Weimar schwerlich vernünftig werden. Altenburg und Meiningen scheinen ja endlich Kraft zu gewinnen."

Sondershausen, 13. Juni 1851: „Was ich in meinem letzten Briefe als Besorgniß hinsichts des hiesigen Ministerwechsels ausdrückte, hat sich leider bestätigt. Nach langem Besinnen hat der Fürst nicht den Muth gehabt, die nachgesuchte Entlassung des Herrn Chop anzunehmen, hat denselben vielmehr gebeten, auch fernerhin im Amte zu bleiben. Die Demokratie ist dadurch wieder so übermüthig wie je im Lande.

Darüber kann man nicht mehr zweifelhaft sein, daß ohne einen Einfluß von außen der Fürst nicht mehr im Stande ist, sich den zersetzenden Klauen der Demokratie zu entziehen."

Groß ist die Zahl der Auszeichnungen von Potentaten, die Manteuffel in dieser Periode zu Theil wurden. Am 6. Juni schrieb Fürst **Schwarzenberg** aus Wien an ihn:

„Ew. Excellenz kann ich mir das große Vergnügen nicht versagen, vorläufig und in unoffizieller Form anzuzeigen, daß der Kaiser, mein Allergnädigster Herr, mittelst Entschließung vom heutigen Tage Ew. Excellenz das Großkreuz Seines Stephans-Ordens verliehen hat. Mögen Hochdieselben in diesem Akte einen Beweis erkennen, wie sehr der Kaiser die aufrichtigen Bestrebungen Ew. Excellenz zu würdigen weiß, das während einiger Zeit durch unglückliche Verhältnisse getrübte gute Einvernehmen zwischen Oesterreich und Preußen in die richtige, für beide Länder sowie für ganz Deutschland allein heilsame Bahn zu leiten, und welch hohen Werth Seine Majestät auf das glücklich erreichte Resultat legt. Indem ich Hochdenselben meinen ergebensten Glückwunsch darbringe, bitte ich zugleich die erneuten Versicherungen der ausgezeichnetsten Hochachtung und aufrichtigen Anhänglichkeit zu genehmigen, mit welchen ich die Ehre habe zu verbleiben Ew. Excellenz ganz ergebener **Fürst Schwarzenberg.**"

Am 19. Juni schrieb darauf der Kaiserliche Gesandte in Berlin, Frhr. v. **Prokesch** an Manteuffel:

„Von Sr. M. dem Kaiser, meinem allergnädigsten Herrn beauftragt, Ew. Excellenz die Insignien des St. Stephans-Ordens*) zu übergeben, bin ich ausdrücklich angewiesen, Ew. Excellenz zur Kenntniß zu bringen, daß Se. M. durch diese Auszeichnung die Achtung an Tag legen wollen, welche Höchstihm der von Ew. Excellenz in schwer zerrütteter Zeit für das allgemeine Interesse der gesetzlichen Ordnung sowie für das besondere der Macht und Würde des Königlichen Thrones bewiesene Muth, Einsicht, Klugheit und entschlossene Leitung eingeflößt haben, so wie Se. M. dankbar die Verdienste erkennen, welche Ew. Excellenz sich um das gesammte Deutschland durch Ihr redliches Beiwirken zur Wiederherstellung des alten guten Verhältnisses zwischen Oesterreich und Preußen erworben haben. Glücklich, der Dolmetsch dieser Gesinnungen meines Allerhöchsten Herrn und Kaisers

*) Dankschreiben **Manteuffels** vom 24. Juni 1851. Bei einem Diner des österreichischen Gesandten v. Prokesch wurde am 21. Juni Manteuffels Gesundheit als Stephans-Ritter mit einem speech des Wirths ausgebracht, worin Manteuffels Verdienste um das deutsche Vaterland besonders hervorgehoben wurden. Westmoreland wollte statt dessen Europa setzen. **Gerlach**, a. a. O., Bd. I, S. 644.

zu sein, schließe ich die Insignien bei und unterzeichne mich in warmer Verehrung und Ergebenheit."

Am 11. Aug. schrieb der Kurfürst von Hessen aus Wilhelmshöhe an Manteuffel:

„Werthgeschätztester Herr Ministerpräsident! Die verdienstvollen Bemühungen Ew. Excellenz um die Wiederherstellung eines gesicherten, den Verhältnissen entsprechenden Rechtszustandes in Deutschland sowie insbesondere um die befriedigende Lösung der in Meinem Lande zu Tage gekommenen Verwickelungen haben jederzeit Meine vollste Anerkennung gefunden, und indem Ich Ihnen zu den segensreichen Erfolgen Ihrer Bemühungen aufrichtig Glück wünsche, gereicht es Mir zum besonderen Vergnügen, Ihnen als Beweis Meiner dankbaren Anerkennung die Insignien des Großkreuzes Meines Hausordens vom goldnen Löwen hierneben zu übersenden. Zugleich ist Mir diese Gelegenheit sehr angenehm, Sie der vorzüglichen Werthschätzung zu versichern, womit Ich verbleibe Ew. Excellenz freundwilliger Friedrich Wilhelm."

Am 16. Aug. richtete der König von Hannover an Manteuffel aus Hannover das nachstehende Handbillet:

„Um Ihnen einen Beweis zu geben Meiner Hochachtung und Anerkennung der großen Verdienste, welche Sie haben nicht nur in den preußischen, sondern den deutschen Interessen erworben, schicke ich Ihnen das Großkreuz Meines Guelphen-Ordens, welche ich hoffe, Sie werden lange in Wohlsein und fortdauernder Thätigkeit tragen, welchen Wunsch Ich überzeugt bin, wird Ihr König völlig mit Mir theilen."

Am 19. Juli gratulirte Gustav Prinz zu Hohenlohe, Prälat Sr. H. des Papstes Pius, Manteuffel schriftlich zur Verleihung des Pius-Ordens durch den heiligen Vater, „der in Ihnen gewiß einen der verdienstvollsten und ausgezeichnetsten Männer unserer Zeit sieht". Am folgenden Tage übersandte der Unterstaatssekretär Lecoq dem von Berlin abwesenden Chef die Dekoration, auch seinerseits einen Glückwunsch aussprechend:

„Der Herzog von Ratibor ist heut in Begleitung seines jüngeren Bruders, des Prinzen von Hohenlohe, bei mir gewesen, um das Packet zu Dero Händen zu bringen. Der junge Prinz ist Geistlicher und der Person des Papstes attachirt; er wollte im Auftrage des Papstes den Orden selbst überreichen und bedauerte sehr, Ew. Excellenz nicht zu finden. Ohne Zweifel sind Ew. Excellenz der erste preußische Minister, welcher einen päpstlichen Orden erhält. Mir ist aber dadurch der Besuch eines Mannes und noch dazu eines Prinzen erwachsen, welcher schwarze Gamaschen mit Penséeknöpfen trug, welches befremdliche Schauspiel mich sehr in Erstaunen gesetzt hat. Leider verbot mir die Höflichkeit nach der Bedeutung dieser Tracht zu fragen."

Am 15. Okt. ernannte der Kaiser von Rußland Manteuffel zum Ritter des Alexander Newsky-Ordens in Anerkennung seiner „beständigen Anstrengungen

zur Wahrung des Friedens in Deutschland und zur Befestigung der gesetzlichen Ordnung in Preußen".

Am 17. Okt. verlieh **Friedrich Wilhelm IV.** Manteuffel das Groß-Komthurkreuz des Hausordens von Hohenzollern.

Weitere Dekorationen trafen ein von Darmstadt (Großkreuz des Ludwigs-Ordens, 27. Juni), Dresden (Hausorden der Rautenkrone, Ende Oktober) und Turin (Großkreuz des Sardinischen St. Mauritius- und Lazarus-Ordens).*)

2. Innere Politik.

Wenn wir uns hiermit den Fragen der inneren Politik**) zuwenden, so wüßten wir keine Kundgebung, die mehr verdiente, an die Spitze gestellt zu werden, als das nachstehende, ein Regierungsprogramm in großen Zügen enthaltende **Königliche Handbillet**, d. d. Potsdam, 13. Mai 1851:

„Mein lieber Ministerpräsident, Frhr. v. Manteuffel! Mit dem Schlusse der Kammersitzungen beginnt ein Zeitraum verhältnißmäßig größerer Muße. Diesen Zeitraum zu einem planmäßigen und organischen Vorschreiten in den inneren Regierungsangelegenheiten zu benutzen, ist um so mehr eine Pflicht, als dies vielleicht die letzte Periode der Ruhe ist, und als unter allen Umständen die nächste Kammersitzung eine stürmische sein wird, in die Meine Regierung mit vollendeten Thatsachen eintreten muß.

In mancher Beziehung wird in dieser Zeit Meine Regierung zu bestimmt nachweisbaren Resultaten nicht gelangen können. Es ist dies namentlich der Fall bei allen solchen Maßregeln und Einrichtungen, deren Durchführung eines Gesetzes bedarf, und bei denen also die Regierung für sich nicht weiter gelangen kann als zur gründlichen Vorbereitung der demnächst den Kammern vorzulegenden Gesetzentwürfe. In mancher anderen Beziehung wird man formell nicht einmal so weit gelangen können. Es kommt indessen weit weniger darauf an, in dieser kurzen Frist bestimmte einzelne Resultate zu erlangen, als Prinzipien festzustellen und Anhaltspunkte für das weitere Handeln zu gewinnen.

Was Ich erstrebt haben will, ist in kurzen Worten, Wiederbegründung einer festen Basis für die Regierung Meines Landes.

Hierzu ist vor Allem erforderlich: Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staats; Herstellung der Autorität und Disziplin überall, wo sie gelitten haben; Rettung aller bisher verschont gebliebenen korporativen Elemente und Ausbildung aller Keime zu korporativen

*) Dankschreiben **Manteuffels** vom 21. Nov. 1851.

) Bei der Warschauer Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser von Rußland (18. bis 27. Mai) war Manteuffel im Gefolge und sprach sich auch Nesselrode gegenüber über den weiteren Gang der inneren Politik aus. Auch rechtfertigte Manteuffel die scheinbare Inkonsequenz bei der Mobilmachung vom 3. und 6. Nov. **Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 631. Etwas früher, unter dem 17. Mai, notirt Gerlach, Manteuffel habe die verkehrte (?) Idee, der König von Preußen müsse, um mit Rußland und Oesterreich gleich zu stehen, Kaiser werden (S. 626).

Bildungen, die in den neuen Formen liegen; feste Begrenzung der Befugnisse der Kammern auf das verfassungsmäßige Maß; endlich Heilung der dem Rechtsbewußtsein geschlagenen Wunden, soweit dies ohne eine Umwälzung der neugebildeten Verhältnisse möglich ist.

Was die Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts zwischen den Staatseinnahmen und -Ausgaben betrifft, so will ich zuvörderst bemerken, daß diese unter keinen Umständen durch Verringerung des schon zu knapp bedachten Militäretats erzielt werden darf, daß vielmehr darauf Bedacht genommen werden muß, nicht allein die Mittel zur Deckung des Defizits zu beschaffen, sondern auch zu einer wesentlichen Erhöhung des Militäretats. Diese Mittel werden sich theilweise in dem aus der Einkommen- und neuen Klassensteuer zu erwartenden Mehrbetrage, in den mit Beginn der neuen Schuldentilgungsperiode eintretenden Ersparnissen an Zinsen, in dem später erfolgenden Aufhören der aus der Seehandlungs-Prämienanleihe herrührenden Zahlungen sowie in dem Wegfall der Baugelder für Ulm und Rastatt finden. Es können aber Meines Erachtens auch noch andere Mittel flüssig gemacht werden. Zur Tilgung der Staatsschuldscheine wird fortwährend ein Prozent der ursprünglichen Schuldsumme verwandt. Die Tilgung ist dadurch unverhältnißmäßig viel stärker als im Anfange und stärker, als es wahrscheinlich erforderlich ist, um den Cours der Staatsschuldscheine zu erhalten. Es könnte daher ohne Schaden die Tilgungssumme für die die nächsten 10 Jahre erwachsenden Zinsersparnisse herabgesetzt und die dadurch jährlich ersparte bedeutende Summe zu den allgemeinen Staatsbedürfnissen verwandt werden. Ferner könnte ohne Nachtheil für die Förderung des Eisenbahnbaues der Eisenbahnfonds in der Art ermäßigt werden, daß nicht mehr die Mehreinnahme aus dem Salzmonopol demselben zugewandt, sondern das bisherige Fixum um einen mäßigen Betrag erhöht würde. Hauptsächlich aber wird durch eine zweckmäßige Regulirung der Zuckerabgaben, sei es durch Erhöhung der Rübensteuer, sei es durch Ermäßigung der Steuer von Rohrzucker, namentlich von Raffinade, sei es endlich durch beide Maßregeln zugleich, nicht allein der bisherigen Abnahme der Zuckereinnahmen Einhalt gethan, sondern auch eine erhebliche Steigerung derselben erreicht werden können. Ob nicht durch Ermäßigung anderer Eingangsabgaben, namentlich derjenigen von Kaffee, die Staatseinnahmen werden erhöht werden können, wird einer besonders sorgfältigen Erwägung bedürfen, namentlich mit Rücksicht auf die dadurch herbeigeführte Erleichterung eines Anschlusses der norddeutschen Staaten an den Zollverein. Durch diese Maßregeln, verbunden mit den oben angeführten, von selbst eintretenden Ersparnissen, werden mehrere Millionen gewonnen werden können, und werden diese Mittel, wenn nicht außerordentliche Ereignisse dazwischentreten, sicherlich genügen, um nicht allein das Defizit zu decken, sondern auch eine erhebliche Erhöhung des Militäretats möglich zu machen.

Ich erkenne gern an, daß durch die neueste Gesetzgebung, namentlich durch das Preßgesetz und die Disziplinargesetze, ein wesentlicher Schritt vorwärts zur Herstellung der Autorität im Lande und der Disziplin unter den Beamten gethan ist, und daß Meine Minister und die Mehrzahl Meiner Behörden in dieser Richtung mit rühmlicher Thätigkeit und mit Erfolg gewirkt. Ich vertraue auch darauf, daß

die Ausführung jener Gesetze in dem Geiste erfolgen wird, in dem sie gegeben sind. Meine Minister werden aber auch nicht verkennen, daß damit noch nicht genug geschehen ist. Eine stets gesteigerte Sorgfalt bei der Stellenbesetzung ist erforderlich, um überall treue und zuverlässige Werkzeuge zu erhalten und unter den Beamten den Geist der Ehre zu erhalten und da, wo er erlahmt gewesen ist, zu wecken. Es wird aber auch unerläßlich sein, den Unterthanen überall die Personen der Beamten näher zu bringen, und die Betreibung ihrer Angelegenheiten bei den Behörden ihnen zu erleichtern. In dieser Beziehung ist die Ausführung des Systems von Gerichtskommissionen, welches das Gesetz wegen Ergänzung der Verordnung über Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit ꝛc. aufgestellt, zu beschleunigen. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, unbesoldete Kreisamtmänner aus der Zahl der Gutsbesitzer anzustellen da, wo hierzu vorzugsweise geeignete Personen sich vorfinden und wo ein Bedürfniß obwaltet.

Die Rettung aller bisher verschont gebliebenen korporativen Elemente und Ausbildung aller Keime zu korporativen Bildungen, die in den neuen Formen liegen, wird das wichtigste, wenn auch nicht das leichteste Beginnen sein. In letzterer Beziehung möchte es vornehmlich darauf ankommen, bei Ausarbeitung der neuen Wahlgesetze für die Kammern nach festen Prinzipien zu verfahren. Es wird namentlich für die zweite Kammer dann gelingen, statt einer Kopfzahlvertretung eine Vertretung der großen Städte und der Kreiskorporationen zu schaffen. Auch die Ausbildung des Zunftwesens in konservativer Richtung, namentlich durch Zurückführung der Gesellen auf ihr richtiges Verhältniß, kann benutzt werden, um dem Gemeindeleben eine gesundere Grundlage zu geben.

Die Rettung der bisher verschont gebliebenen konservativen Elemente kann nur durch deren Umbildung gelingen. Es werden in dieser Beziehung zunächst die Provinzialstände in ihrer Eigenschaft als Kommunalstände da, wo sie diese besitzen, konvocirt werden müssen, um wegen der Verwaltung der kommunalständischen Institute die nöthigen Beschlüsse zu fassen. Diese Gelegenheit wird benutzt werden können, um von ihnen Gutachten über ihre Umbildung, über die Umbildung der Kreisstände und über die nöthigen Modifikationen der Gemeindeordnung zu erfordern. In gleicher Weise ist mit den Kreisständen zu verfahren, für deren Erhaltung ungleich mehr Anhaltspunkte gegeben sind als für die der Provinzialstände. Bei der Umbildung dieser verschiedenen ständischen Korporationen wird es nächst der Zusammensetzung hauptsächlich darauf ankommen, ihrer Thätigkeit einen genügenden und würdigen Inhalt zu geben, damit sie einestheils eine geachtete und einflußreiche Stellung erhalten, anderestheils nicht in die Versuchung kommen, sich in Dinge einzumischen, die sie nichts angehen. Die Wahl der Landräthe, — wenn auch vielleicht erst für spätere Zeit, — Mitwirkung bei den Steuerumlagen, bei der Aushebung, bei der Besetzung der Kreisamtmannsstellen möchten vorzüglich hierher gehören.

Es bedarf wohl nicht erst der ausdrücklichen Bemerkung, daß eine gleichmäßige Provinzial- und Kreisverfassung für die ganze Monarchie vermieden werden muß, und daß den Provinzen und Kreisen ihre Stände nur dann lieb werden können, wenn sie mit möglichster Rücksicht auf die Lokaleigenthümlichkeiten eingerichtet werden.

Zur festen Begrenzung der Befugnisse der Kammern giebt zunächst nur das Verhältniß der zweiten Kammer zum Budget Anlaß. Ich wünsche, daß bei der nächsten Etatsvorlage kein Zweifel darüber gelassen wird, daß nur der Hauptetat — namentlich in Beziehung auf das Militärbudget — Gegenstand der Beschlußnahme der Kammer ist, die Spezialetats nur als Materialien zur Erläuterung dienen sollen und daher die Regierung freie Hand hat, innerhalb der Titel des Hauptetats die einzelnen Spezialtitel gegeneinander zu übertragen.

Um das verletzte Rechtsbewußtsein herzustellen, bedarf es vor Allem einer strengen und unerschütterlichen Rechtspflege, und es wird in dieser Beziehung namentlich auf Herstellung einer Disziplin bei den Geschworenengerichten ankommen. Man wird aber auch eine Revision der Gesetzgebung der neuesten Zeit, namentlich der Kommunalordnung und der Ablösungsgesetze, vorbereiten und den Mißständen, welche bei der Ausführung dieser Gesetze sich ergeben, besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Für eine spätere Zeit möchte noch zu erwägen sein, ob nicht eine successive Vermehrung der Provinzen und der Regierungsbezirke zweckmäßig sein möchte, theils um ein näheres persönliches Verhältniß zwischen den Beamten und den Regierten herbeizuführen, theils um eine größere Berücksichtigung der provinziellen und lokalen Eigenthümlichkeiten möglich zu machen, und namentlich den Provinzialständen gesunde und historische Grundlagen zu geben. Die Mehrkosten können nicht bedeutend sein, da die Zahl der Beamten nicht erheblich wird vermehrt zu werden brauchen, und werden vielleicht zum Theil durch anderweite Ersparnisse, namentlich Einziehung der Kreiskassen, gedeckt werden können. Auch würde in Ueberlegung genommen werden können, ob nicht in ganz kleinen Regierungsbezirken die Bildung größerer Regierungskollegien wird ganz entbehrt werden können, und in gewissen Fällen, namentlich in Disziplinarsachen, die nöthige Verstärkung des Kollegiums durch Zuziehung der Landräthe des Bezirks erreicht werden kann. — Ich wünsche, daß Sie dem Inhalte dieses Handschreibens Ihre volle Aufmerksamkeit schenken und entweder gleich im Staatsministerium dasselbe zum Vortrag bringen oder aber zuvörderst Ihre persönliche Meinung darüber Mir vortragen. Friedrich Wilhelm."

Gerlach erwähnt in seinen „Denkwürdigkeiten" diese Allerhöchste Kundgebung nicht, ein sicherer Beweis, daß er ihrer Abfassung fremd war. Auch Manteuffel hat dabei nicht die Feder geführt; er war kein Freund von Regierungsprogrammen in so großem Stil, zog es vielmehr vor, die einzelnen aktuellen Fragen von Fall zu Fall zu entscheiden. So liegt die Vermuthung nicht fern, daß der Kabinetsrath Niebuhr das Schriftstück verfaßt hat, nachdem er in mündlichen Vorträgen sich der Allerhöchsten Wünsche und Dispositionen vergewissert hatte.

Der Schwerpunkt des Programms lag in dem finanziellen Theil, und hier stand der alsbaldigen Verwirklichung desselben der Umstand im Wege, daß der Finanzminister v. Rabe wenige Tage vorher (9. Mai) wegen eines Konfliktes mit der ersten Kammer den Entschluß kundgegeben hatte, sein Portefeuille dem König zur Verfügung zu stellen.*) Der Oberpräsident v. Witzleben in Magdeburg, dem

*) Vergl. Bd. I. S. 404.

Manteuffel dasselbe in erster Linie anbot, lehnte ab, indem er dem Minister präsidenten am 13. Mai privatim zurückschrieb:

„Wenn die Bedenken, welche ich meiner im Dezember v. Js. beabsichtigten Berufung ins Staatsministerium entgegenzustellen wagte,*) inzwischen theilweise beseitigt sind, indem der Konflikt zwischen den Kammern und dem Ministerium, der nach meiner Auffassung damals drohte und durch meinen Eintritt in das letztere leicht hätte befördert werden können, glücklich vermieden ist, so ist doch andererseits die an Haß grenzende Abneigung der linken Seiten der Kammern gegen mich nicht geringer geworden, und man wird mir meine Thätigkeit in Beziehung auf den Denpinschen Antrag wegen der Gemeindeordnung und die interimistische Leitung der Fraktion Alvensleben nicht leicht vergessen und vergeben. Es ist mir daher mehr als zweifelhaft, ob ich mit meinen politischen Ansichten und Bestrebungen, die ich zu ändern nicht vermag, selbst unter der Voraussetzung, daß dieselben von den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums getheilt und gebilligt werden sollten, den Kammern und dem Lande gegenüber schon jetzt durchkommen würde, und ich halte dafür, daß es auch heute noch zu früh und ein Mißgriff ist, Männer meiner Gesinnung ins Ministerium zu rufen.

Ein nicht minder wichtiges Bedenken liegt in meiner mangelhaften persönlichen Befähigung zur Verwaltung des mir jetzt zugedachten Fachministeriums. Ich besitze von der indirekten Steuerverwaltung weder theoretische noch praktische Kenntnisse und Erfahrungen, bin während meiner 23jährigen Dienstzeit in der Domänen- sowie in der Etats- und Kassenverwaltung nur aphoristisch beschäftigt gewesen und habe deshalb auch in diesen Fächern nur lückenhafte und ungenügende Kenntnisse. Am wenigsten besitze ich diejenige Bekanntschaft mit dem größeren kaufmännischen Geldverkehr, welche da, wo es sich um Deckung außerordentlicher Staatsbedürfnisse handelt, kaum zu entbehren ist. Man kann darauf hinweisen, daß schon einmal das Finanzministerium einem Manne, der bis dahin der Finanzverwaltung fremd gewesen, übertragen und dadurch doch ein günstiger Erfolg erzielt worden sei. Aber abgesehen von den ungewöhnlichen praktischen Talenten des Grafen Alvensleben, die mir durchaus nicht eigen sind, waren damals im Jahre 1835 ganz andere Zeiten, in denen selbst ein Minister noch Muße genug behielt, sich in ein ihm neues Fach einzuarbeiten, während jetzt jeder Augenblick jeden Beamten ganz für sich in Anspruch nimmt. Mit frischem Muthe und Selbstvertrauen und mit der beruhigenden Zuversicht, Gutes und Nützliches dabei leisten zu können, kann und darf ich hiernach das Finanzministerium nicht übernehmen und in solcher Stimmung in ein neues Amt einzutreten, bringt selten erfreuliche Früchte. —

Nach diesen offenen und wahrhaften Bekenntnissen mag Se. M. der König in Seiner Weisheit darüber entscheiden, ob in mir wirklich der geeignete Mann für jenes Ministerium zu erkennen sei. Sollte der König aus dem Grunde, weil alle Versuche fehlgeschlagen, einen qualifizirten Nachfolger für Herrn v. Rabe zu finden oder zur Annahme der Stelle bereit zu machen, ausdrücklich befehlen, daß ich das Finanzministerium übernehme, so würde ich zwar als treuer Diener

*) Vergl. Bd. I, S. 404.

und Unterthan dem Befehle gehorchen müssen, aber ich würde es mit innerstem Widerstreben und nur unter dem Vorbehalte thun, daß mir gestattet werde, doch noch vor definitiver Erklärung über die Annahme des Amtes

1. mich von dem gegenwärtigen Zustande unserer Finanzen und den Anforderungen, die an dieselben in der nächsten Zeit werden gemacht werden, näher zu unterrichten, damit ich wenigstens den Umfang der von mir zu übernehmenden Verantwortung übersehen kann;

2. mich mit Ew. Excellenz und den übrigen Herren Staatsministern über die in Betreff einzelner Maßregeln der Regierung zu befolgenden Grundsätze zu vernehmen und zu verständigen.

Zum Schlusse kann ich nicht umhin, mein schmerzliches Bedauern darüber auszusprechen, daß ein an sich so unbedeutender Vorgang, wie der Beschluß der ersten Kammer vom 9. d. Mts. wegen des Schuldenwesens des vormaligen Freistaates Danzig Veranlassung zu einer Veränderung in der Leitung der Finanzverwaltung hat werden können, und ich kann meinen Unmuth darüber nicht verbergen, daß man in Berlin und selbst hier schon anscheinend nicht absichtslos die völlig unbegründete Behauptung zu verbreiten sucht, jener dilatorische Beschluß sei nur aus persönlichen Gründen gegen den Minister v. Rabe von vielen Mitgliedern der rechten Seite der ersten Kammer herbeigeführt und namentlich auch durch mich in diesem Sinne befördert worden. Ew. Excellenz werden es begreiflich finden, daß dieser Umstand die Situation für mich noch peinlicher macht, in welche mich das Schreiben vom 12. d. Mts. versetzt hat."

v. Witzleben begleitet dieses an Manteuffel in seiner Eigenschaft als Minister gerichtete Privatschreiben noch mit einigen Zeilen an den Freund:

„Wie der König und andere Leute jetzt nochmals an mich denken mögen, ist mir unbegreiflich. Ich halte mich ohne alle Redensarten für ganz unfähig, und Du erweist dem Könige, Dir selbst, dem Lande und mir einen wahren Dienst, wenn Du den Kelch an mir vorüberführst. Meine Ansicht ist klar — ich sage entschieden und bestimmt Nein und unterwerfe mich eventuell nur dem Allerhöchsten Befehle, um nicht renitent oder ungehorsam gegen den König zu erscheinen, dem ich in Treue ergeben bin, und um nicht augenblicklich eine Verlegenheit zu bereiten, die ich vielleicht von hier aus nicht übersehen kann. Wäre nicht Costenoble, der kleine Pommer-Esche oder einer der Präsidenten oder Provinzial-Steuerdirektoren besser? Der tüchtigste Fachminister wäre v. Bonin, wenn er sonst ginge.

Zur Erläuterung der Schlußbemerkung sub 1 Folgendes: Rabes Benehmen ist mir mehr als auffallend und erweckt mir den Argwohn, daß Dinge im Finanzministerium eingerührt sind, die Du und die übrigen Minister vielleicht selbst nicht kennen und die schwer auszuessen sind. Daß der, der das Finanzministerium übernehmen soll, sich erst ganz genau informiren will und sich Bedingungen stellt wegen des Grundsteuergesetzes, wegen der Zollfragen, der Rübensteuer u. dergl. mehr, wirst Du unter allen Umständen vernünftig finden.

Das absichtlich verbreitete Gerücht, das von Rabe und einzelnen Räthen seines Ministeriums ausgegangen und mir selbst hierher gefolgt ist, eine persönliche

Intrigue gegen Rabe habe den Beschluß vom 9. veranlaßt, man wolle Rabe verdrängen, mich als Aristokraten an die Stelle bringen, ich hätte den wesentlichsten Theil an der Intrigue ꝛc., hat mich seit vier Tagen so geärgert, daß ich recht unwohl bin. Es ist ein neuer Belag für meine alte Erfahrung, gewisse Leute halten einem sogenannten Aristokraten gegenüber nichts für unerlaubt, was sonst kein rechtlicher Mann einem andern zufügt. Aber wie könnte ich unter solchen Verhältnissen und mit den Organen, die ich im Finanzministerium vorfinden würde, irgend etwas Gutes wirken."

Nunmehr (6. Juni) bot Manteuffel das erledigte Portefeuille dem Regierungspräsidenten v. Düesberg in Münster an:*)

„Der Minister v. Rabe hat seine Entlassung begehrt, und des Königs Majestät haben die Absicht, ihm solche nicht vorzuenthalten, verlangen aber von mir, daß ich Allerhöchstdemselben zunächst Vorschläge wegen des Ersatzes mache. Mein nächste Frage ist nun, ob ich Ew. Excellenz unter denjenigen Männern, welche bereit wären, das durch jenen Abgang erledigte Ministerium zu übernehmen, Sr. M. nennen darf. Sollten Ew. Excellenz diese Frage von vornherein und unbedingt verneinen, so wird es eines weiteren Eingehens darauf überhaupt nicht bedürfen, anderenfalls aber kann ich mir wohl denken, daß Ihre Erklärung eine bedingte sein möchte, und zwar in doppelter Beziehung, einmal mit Rücksicht auf die Lage und das Programm des Gesammtministerii, sodann aber auch mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Finanzministerii. Um Bedenken, welche aus der einen oder anderen Rücksicht hergenommen sein möchten, zu beseitigen, dürfte es am zweckmäßigsten sein, wenn Ew. Excellenz hierher kämen und von den Dingen, wie sie wirklich liegen, Kenntniß nähmen. Indeß nehme ich keinen Anstand, in beiderlei Beziehung schon jetzt einige Worte zu sagen. Die Stellung des Ministerii ist, was man auch darüber verbreiten möge, durchaus eine verfassungsmäßige, d. h. wir wollen die zu Recht bestehende Verfassung nicht verletzen, halten deren gewissenhafte Beobachtung vielmehr ebenso für Pflicht wie im allgemeinen Interesse für heilsam. Dagegen verkennen wir die Mängel dieser Verfassung nicht und werden unablässig bemüht sein, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln auf deren Abstellung, namentlich in dem Sinne hinzuwirken, daß den eigenthümlichen Verhältnissen des preußischen Staates sowie individuellen Bedürfnissen seiner Bestandtheile möglichste Berücksichtigung zu Theil werde. Wir glauben in diesem Bestreben schon einige Resultate erreicht zu haben und werden uns darin von nichts abwendig machen lassen. In der äußeren Politik halten wir die größte Offenheit und Ehrlichkeit für die größte Klugheit, wir wollen die Kraft und die Selbständigkeit Preußens in jeder Beziehung wahren, halten aber dafür, daß dies am besten durch innere Kräftigung und ernstes Handeln, nicht aber durch Erörterung von Eitelkeitsfragen und durch Worte, denen man keine Folge geben kann, geschieht.

Was das Finanzministerium betrifft, so ist dessen Lage in diesem Augenblick wohl eine günstige zu nennen; die Generalstaatskasse hat bedeutende Be-

*) Nach Gerlach wollte der König einen bürgerlichen Finanzminister. — A. a. O., Bd. I, S. 637.

stände, welche die für die Kriegslieferungen zu machenden Leistungen ansehnlich übersteigen, auch der Staatsschatz ist nicht leer. Die Einkommensteuer stellt ansehnliche Einnahmen in Aussicht, und der Staatskredit ist in guten Umständen. Dagegen verkenne ich nicht die auf diesem Felde sich findenden großen Schwierigkeiten. Dahin gehört namentlich die Erledigung der Grundsteuerfrage, die Aufgabe, das vollständige Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe wiederherzustellen, das bevorstehende Ablaufen der Zollvereinsverträge u. dergl.

Eine zweite Frage, die ich jedoch nur eventuell an Ew. Excellenz richte, ist die, ob Sie, sofern Sie selbst entschieden abgeneigt sind, das Ministerium zu übernehmen, einen anderen geeigneten Kandidaten zu nennen im Stande sind, und was Sie namentlich von der Befähigung des Präsidenten v. Bodelschwingh in Arnsberg für dieses Amt halten. Eine matte Seele können wir unter keinen Umständen brauchen, und wenn bis auf die Landräthe hinuntergegriffen werden sollte."

v. Düesberg antwortete, daß er die an ihn gerichtete Frage wegen seiner Bereitwilligkeit zur Uebernahme des Finanzministeriums nicht vorweg verneinen wolle, er bat aber den Ministerpräsidenten zunächst um eine mündliche Besprechung, die am 13. Juni in Berlin erfolgte. Das Ergebniß war ein negatives; Düesberg gefiel nicht.*)

Nun drängte aber die Entscheidung, da Rabe am 8. Juni Manteuffel ersucht hatte, einen baldigen Beschluß des Staatsministeriums über die gänzliche Demobilmachung der Armee mit Rücksicht darauf herbeiführen zu wollen, daß bei dermaligen politischen Verhältnissen es sich nicht rechtfertigen lasse, die Armee ferner in ihrer gegenwärtigen, den Etat bedeutend übersteigenden Stärke zu belassen und dadurch eine von den Kammern nicht genehmigte fortlaufende Mehrausgabe gegen den Staatshaushaltsetat herbeizuführen. „Jedenfalls muß ich dringend wünschen, der Verantwortlichkeit für eine solche, nach meiner im Staatsministerium wiederholt ausgesprochenen Ueberzeugung nicht erforderliche, das allgemeine Vertrauen lähmende und somit nicht nur die Staatskasse, sondern auch den allgemeinen Verkehr beeinträchtigende Maßregel sobald als möglich enthoben zu sein, und bitte daher auch aus diesem Grunde, die Allerhöchste Entscheidung über mein an Ew. Excellenz remittirtes Immediatgesuch um Entbindung von meinem Amte baldigst herbeiführen zu wollen."**)

Gegen Costenoble, an den Manteuffel in dritter Linie gedacht hatte, war besonders Gerlach.***) Am 16. Juni schrieb der Letztere aus Sanssouci an Manteuffel: „Ich habe heute, aber wie es bis jetzt scheint, ohne Erfolg, nochmals gegen Costenoble gesprochen. Abgesehen von seiner Unzuverlässigkeit, ist mir auch die Art, wie er mit dem Könige umgeht, dieses Behandeln und Gewährenlassen, sehr unangenehm, und habe ich auch darauf Se. M. aufmerksam gemacht."

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 639.

**) Am 8. Juli erneute v. Rabe das frühere Enthebungsgesuch.

***) Mit Bezug auf diese Kandidatur schreibt Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 639, Manteuffel seien die Menschen ebenso gleichgültig als dem König, auch er sehe dieselben für Maschinen an.

Am ernsthaftesten waren nunmehr die Chancen des mit der Verwaltung der Provinz Westfalen betrauten Bruders des früheren Ministers v. Bodelschwingh, in Gerlachs „Denkwürdigkeiten" kurzweg mit „Bodelschwingh II." bezeichnet. Am 16. Juli von Manteuffel dem Könige vorgestellt, schrieb er (am 18. Juli) an den von Berlin abwesenden Ministerpräsidenten:

„Das Vertrauen des gesammten Staatsministeriums und des Königs, welches den unerwarteten Ruf an mich gelangen ließ, erfreut und beschämt mich: — daß aber dieses Vertrauen durch meine Bedenken, die ich offen dargelegt,*) nicht so geschwächt, daß sofort von meinem Eintritt ins Ministerium ganz abgesehen wurde, sondern daß des Königs Majestät die Gnade hatten, meine Bestallung zu vollziehen, damit sie mir ausgehändigt werden könne, sobald zum Ja — welches Se. M. und Ew. Excellenz von mir ausgesprochen wünschen,**) ich mich entschlossen — das ist wahrlich zu viel Glück und Gnade.

Und dennoch sind meine großen Bedenken nicht verschwunden. Es tritt mir immer noch gleich stark vor die Seele und quält mich Tag und Nacht, — ob ich bei meiner schwachen Kraft und in Erwägung der vielen mir fehlenden, aber für einen Minister dringend wünschenswerthen Gaben, Eigenschaften und Kenntnisse, nicht pflichtwidrig handeln würde, wenn ich dem hohen und ehrenvollen Rufe folge.

Ew. Excellenz wollen, da Sie mir so unbegrenztes Vertrauen zeigen, dies gütigst auch darin bewähren, daß Sie die Schilderung meiner Schwäche und nicht genügenden Tüchtigkeit als völlig wahr annehmen und nicht etwa glauben, ich übertreibe oder beurtheile selbst mich zu strenge. Das ist wahrlich mein Fehler nicht, im Gegentheil bin ich oft viel zu nachsichtig gegen mich selbst, auch bin ich gewiß nicht frei von Ehrgeiz, der jedoch Gottlob nicht so arg sich gesteigert, daß ich mir je ein Amt gewünscht, welches meine vielfach schwachen Kräfte übersteigt.

Daß ich als Unterthan und insbesondere als Beamter dem Ruf und Befehl des Königs zu folgen habe, darüber kann ich natürlich nicht zweifelhaft sein, — aber auch darüber nicht, daß es heilige Pflicht, mich offen und ehrlich auszusprechen, so lange ich gefragt werde. Und da in dieser Lage ich noch bin, so bitte Ew. Excellenz ich erwägen zu wollen, ob wirklich *mein* Eintritt ins Ministerium für dieses und für die Sache unseres Königs und Vaterlandes gut, oder ob es nicht besser, wenn ich ruhig fortfahre, in Westfalen zu wirken und dort mit Entschiedenheit für das Gouvernement zu handeln. Hält man mich mit Recht für energisch und wirklich treu ergeben meinem Könige und Herrn sowie seinen treuen Räthen, so glaube ich, mit dem mir nur beschiedenen Maß von Wissen und Kraft viel mehr in der heimathlichen Provinz, deren Beamtenwelt leider auch sehr, sehr viel zu wünschen übrig läßt, nützen zu können, als hier in höchster amtlicher Stellung. Dort würde ich fortwirken können mit dem beruhigenden Gefühl, in Etwas meine Stelle auszufüllen, hier nur zu beginnen vermögen in dem lähmenden und erdrückenden Bewußtsein nicht genügender Befähigung und Tüchtigkeit.

*) Nach *Gerlach*, a. a. O., S. 652 wollte er nicht annehmen, weil er von den Finanzen nichts verstehe.

**) Dies geschah am 17. Juli. *Gerlach*, a. a. O., S. 654.

Darf ich wagen, Männer zu nennen, die in Treue, Festigkeit und Lauterkeit der Gesinnung, worauf es vor Allem gewiß ankommt, mir sicher nicht nachstehen, sondern voraus sind, so wäre es, — ohne daß ich Anderen zu nahe treten will, — der Oberpräsident v. Witzleben und v. Kleist*) und der Präsident v. Manteuffel,**) — deren Befähigung auch nicht zu bezweifeln, jedenfalls viel höher als die meinige. Freilich würde ich sehr bedauern, wenn Herr v. Kleist nicht nach Coblenz käme, da ich zu Gott hoffe, es werde gerade ihm gelingen, in der dortigen schweren Stellung sich zu behaupten und segensreich wirksam zu zeigen. Allein auch Düesberg, auf den ja zunächst die Wahl gefallen, wird, da er sich willig erklärt, dem Rufe zu folgen, gewiß ganz Hand in Hand mit dem Ministerio gehen und bereit sein, auf dem von des Königs Majestät am 16. d. Mts. mir angedeuteten verfassungsmäßigen und ruhig besonnenen Wege voran oder, wie die »Cölner Zeitung« sagen würde, zurückzuschreiten. Er hat vor Vielen für sich, daß er das Finanzministerium durch und durch kennt, und das Staatsministerium gewinnt in ihm einen tüchtigen, altpreußischen Juristen, worauf meines Erachtens großes Gewicht zu legen. Ein treuer Preuße ist er, nach meiner innigen Ueberzeugung, und klebt, wie ich nach vielen Gesprächen mit ihm sicher annehmen zu dürfen glaube, nicht mehr an Erfurter Irrthümern, vor denen er freilich mit vielen Ehrenmännern nicht bewahrt geblieben sein mag.

Auch in Bezug auf den bevorstehenden Provinzial-Landtag bezweifle ich, daß es gut, wenn ich diesem und den Wahlen wegen meines Herkommens nicht sollte beiwohnen können. In der Ritterschaft, sowohl der evangelischen als katholischen, besitze ich Gottlob Vertrauen und glaube nicht ohne Einfluß auf sie zu sein, was um so wichtiger, als wesentlich auf die Ritterschaft gezählt werden muß; auch kenne ich viele Deputirte des dritten und vierten Standes genau, so daß mir vielleicht vor manchem Andern gelingt, günstig auf sie zu wirken.

Der Weisung des Königs folgend, unterließ ich übrigens nicht, mit Herrn v. Rohr und den andern hier anwesenden Herren Ministern ausführliche Rücksprache zu nehmen, und habe von Ersterem mehrere schwebende Fragen, namentlich die der Grundsteuer und des Militäretats, näher erfahren, welche so wichtig, daß ein Uebereinstimmen des neuen Finanzministers mit dem Staatsministerium unabweisbar nothwendig sein dürfte, um nicht von vornherein die Stellung des Finanzministers wesentlich zu erschweren und zu gefährden.

Bis zu Ew. Excellenz Rückkehr, die beeilen zu wollen ich nicht erbitten oder irgend veranlassen mag, werde ich mich noch etwas näher zu informiren suchen und am 21. d. Mts. abends oder, falls die Rückkehr zu spät erfolgt, am 22. d. Mts. früh bei Ew. Excellenz zu näherer Besprechung einfinden.

Verzeihen Ew. Excellenz die Belästigung durch diese Zeilen. Sie sind im Bewußtsein treuer Liebe und Anhänglichkeit an den König und dienstwilligen Gehorsams gegen Ihn und Sein Gouvernement geschrieben und dürfen deshalb auf wohlwollende Aufnahme auch wohl sicher rechnen."

---

*) Am 3. Juli war Kleist zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt worden.

**) Der Bruder des Ministerpräsidenten.

Bodelschwinghs Ernennung zum Finanzminister zog sich nur noch kurze Zeit hinaus. Fast gleichzeitig damit erfolgte die Ernennung des Bruders des Ministerpräsidenten zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern.*) In dieser letzteren Personalfrage hatte v. Gerlach am 21. Juli aus Sanssouci an einen unbekannten Adressaten geschrieben:

„Ich halte es für ein großes Unglück, wenn der Präsident v. Manteuffel nicht in das Ministerium des Innern eintritt, obschon ich die Motive, die ihn davon abhalten, nicht mißbilligen kann. Genirt nach oben, genirt nach unten, kann er bei einer interimistischen Anstellung leicht in unangenehme, kompromittirende Lagen kommen. Meines Erachtens liegt hier der Fehler an Herrn v. Westphalen. Ueber Personalien seines eigenen Ministeriums muß ein Minister, bei aller Anerkennung der Königlichen Machtvollkommenheit, auf freie Hand dringen.

Ich habe heute über dies und mehreres Andere an den Ministerpräsidenten geschrieben und hoffe, daß er und Herr v. Westphalen die Sache noch in Ordnung bringen werde, die mit Herrn v. Bodelschwingh sehe ich wie abgemacht an. Hier ist auch wieder ein unsicherer Friede zu Stande gekommen. Das ist aber durchgesetzt, daß die Flügeladjutanten nach der Rückkunft aus Preußen wechseln."

Die Anstellung Manteuffels II. als Unterstaatssekretär erklärte Gerlach für eine wichtige Sache: „Sie ist ein neuer Kitt für das Ministerium und bei dem Ständischen Experiment unentbehrlich."

Zu einem Ehrentage von ganz besonderer Art gestaltete sich für Berlin der 31. Mai 1851 durch die Enthüllung des Denkmals des Königs Friedrich II. Unter den Linden,**) bei welcher Gelegenheit Manteuffel folgende Ansprache an den König hielt:

„Elf Jahre — Jahre von schwerer Bedeutung — sind verflossen, seit an dieser Stelle der Grundstein zu einem Denkmale für Friedrich II. gelegt wurde. Des hochseligen Königs Majestät hatten es zu errichten befohlen, daß es eine Forderung der Dankbarkeit erfülle und ein Denkmal sei für künftige Zeiten. Aber schon wenige Tage nach der Grundsteinlegung hatten die getreuen Unterthanen Friedrich Wilhelms III. den Verlust eines frommen und tapfern Königs und Herrn, der Freud und Leid getreulich mit ihnen getheilt, mit herbem Schmerz zu beklagen. — Es folgten Jahre einer friedlichen, einer für dieses Land so reich gesegneten Entwickelung, bis über Europa jenes Jahr der Zwietracht und der Verwirrung hereinbrach, jenes Jahr, welches auch die Monarchie, die von der Kraft der Hohenzollern gegründet, von ihrer Weisheit gemehrt und durch ihre Pflichttreue wie durch die Treue und Ausdauer eines fleißigen und tapferen Volkes groß und mächtig

*) Am 8. Juni regte der Minister des Innern v. Westphalen bei dem Ministerpräsidenten in einem eigenhändigen Privatschreiben die oft schon erwogene Angelegenheit der Besetzung des landwirthschaftlichen Ministeriums an.

**) Am 5. Mai hatte der preußische Gesandte in Hannover, Graf v. Nostitz, Manteuffel gegenüber die Bitte ausgesprochen, den König zu veranlassen, ihn zu dieser Feier nach Berlin kommen zu lassen. „Es würde mir als einem der ältesten Generale der preußischen Armee und dreißigjährigen Adjutanten des Königs schmerzhaft sein, an diesem Nationalfest nicht theilzunehmen."

geworden war, an den Rand des Verderbens brachte. — Wie aber unser Königlicher Herr der ererbten Pflicht der Dankbarkeit gegen den großen Ahnherrn auch in den verhängnißvollsten Zeiten eingedenk war, wie die Künstlerhand des greisen Meisters auch in trüben und bösen Tagen an dem Bilde des großen Königs und seiner ihn umgebenden Getreuen mit Fleiß gearbeitet, so hat auch in den Jahren des Unheils der Geist Friedrichs, so hat der altpreußische Sinn nicht geruht, bis dieses Land aus Nöthen und Gefahren gerettet war. — Der altpreußische Sinn — das ist das Selbstgefühl, mit dem Friedrich II. jeden Preußen dadurch erfüllt hat, daß er dieses Königreich zu einem selbständigen politischen Dasein unter den großen Staaten Europas erhob; der altpreußische Sinn — das ist die opferwillige, die unerschütterliche Treue des Volkes zu seinem angestammten Fürstenhause; das ist die Freudigkeit, mit der sich alle Interessen dem einen Interesse des Vaterlandes unterordnen, — das ist die tiefe Ueberzeugung, wie nur dann sein Wohl und das Glück seiner Bürger gedeihen und blühen kann, wenn, wie zu Friedrichs II. Zeit, Fürst und Volk treulich zusammenstehen, stolz, dem Gesetze zu gehorchen; wenn sie in Zucht und Ordnung mit ausdauerndem Fleiß und weiser Sparsamkeit vorwärts streben.

Dieser altpreußische Sinn, der in der Armee seinen lebendigsten und treuesten Ausdruck findet, hat dieses Land von dem Drucke eines fremden Eroberers befreit und durch unvergleichliche Anstrengungen zu neuem Glanze und Ruhme emporgehoben. An ihm, an dem alten militärischen Geiste, hat sich auch in unseren Tagen die finstere Macht der Verführung, der Selbstsucht und der Untreue brechen müssen.

So weit das schwarz-weiße Banner weht, wird die dankbare Erinnerung an den König, der sich ebenso durch die Thaten des Krieges wie durch die Werke des Friedens unsterblichen Ruhm erworben, in Aller Herzen lebendig, und wird dieser Tag gefeiert werden als ein preußischer Fest- und Freudentag.

Alle Theile dieses Reiches, alle Stände und Berufskreise des Volkes, die Städte und das Land, die Künste und die Wissenschaften, Handel und Gewerbe haben daher Zeugen zu dieser ernsten und schönen Feier hierher gesandt, denn sie Alle wissen, was Preußen, was sie selbst dem großen Könige noch heute zu danken haben. Das Heer ist hier vertreten in allen seinen Abtheilungen, das Heer, dessen Treue und Gehorsam zur Zeit einer fast allgemeinen Verwirrung der Begriffe keinen Augenblick wankten, das Heer, welches glänzende Beweise gegeben hat, daß auch in seiner neuen Organisation der alte Geist des ruhmgekrönten königlichen Feldherrn nicht erstorben, sondern lebendig und mächtig ist. Mit stolzer Freude sehen die ehrwürdigen Veteranen Friedrichs des Großen dieses Heer um das Standbild ihres unvergeßlichen, erhabenen Kriegsfürsten versammelt.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König und Herr!

Das unter Gottes Hülfe vollendete Denkmal Allerhöchst Ihres Königlichen Ahnherrn soll und wird der Dankbarkeit dieses Volkes eine sichtbare Erinnerung an den Monarchen sein, der ihm durch die treue und unermüdliche Erfüllung seines Königlichen Berufes für alle Zeiten ein leuchtendes Beispiel geworden ist. Dieses Denkmal soll und wird eine Mahnung sein, welche uns Allen verkündet, wie Preußen

groß geworden und wie seine Größe erhalten werden muß. Ich bitte daher allerunterthänigst, Ew. Majestät wollen gnädigst gestatten, daß die Hülle falle, und somit dieses Denkmal dem jetzigen und den kommenden Geschlechtern, den Herrschern und den Unterthanen in diesem Lande als ein Wahrzeichen preußischer Treue, Ehre und Größe übergeben werde."

In das Jahr, dessen Schilderung diesem Kapitel vorbehalten ist, fallen nicht weniger als drei Abschiedsgesuche des Kriegsministers v. Stockhausen. Das erste war begründet mit Krankheit, wozu noch eine Verstimmung darüber kam, daß der König den Kriegsminister bei Gelegenheit seiner eben erfolgten Reise nach Warschau bei dem Kaiser verklagt hatte. Am 11. Juni*) theilte Gerlach dem Minister Manteuffel mit, sein Vetter Edwin Manteuffel habe ihm soeben einen Brief gezeigt, den ihm Stockhausen über sein Abschiedsgesuch geschrieben hatte. „Hiernach scheint es, daß dieses Gesuch im Laufe des Vormittags nach Sanssouci abgegangen ist.**) Nach näherer Ueberlegung und nach dem, was ich mit Ihrem Herrn Vetter gesprochen habe, möchte ich Ew. Excellenz unmaßgeblichst anheimgeben: 1. gegen Se. M. die Initiative zu ergreifen und 2. Sr. M. zu rathen, dies auch mit Stockhausen zu thun, oder mit anderen Worten, dem Könige zu sagen, Stockhausen hätte eine so zerrüttete Gesundheit, daß er die Geschäfte nicht länger fortführen könnte; Se. M. möchten ihm daher einen Urlaub auf zunächst drei Monate ertheilen und ihn auffordern, sofort Vorschläge über seine Vertretung zu machen. Ich möchte sogar rathen, eine solche Kabinets-Ordre sogleich mitzunehmen, wenigstens im Konzept. Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß der König sich weigern sollte, auf diese Idee einzugehen. Die Kabinets-Ordre müßte auch aussprechen, daß Stockhausen nicht entbehrt werden könnte, und glaube ich, daß, wenn dies geschieht, er sich ohne Widerrede dieses Verfahren gefallen läßt; denn Stockhausen hängt sehr an dem Dienst und tritt sehr ungern aus der Armee, wird aber jetzt von seinem beschwerlichen Amte befreit und ermächtigt, sofort etwas für seine Gesundheit thun zu können."

In einem zweiten Schreiben vom 12. Juni empfahl Gerlach Manteuffel noch einmal dieses Procedere: Stockhausen sei begreiflich zu machen, „daß in diesem Augenblick die Stelle des Kriegsministers nicht zu besetzen ist, und daß, wenn er kein Interimisticum zu Stande bringt, er nolens volens vielleicht noch 6 Wochen im Amte bleiben müßte, bis sein Nachfolger im Amte wäre, der doch erst gesucht werden muß. Ich wiederhole daher meinen Rath, Sr. M. heute eine Kabinets-Ordre vorzulegen, wonach Stockhausen vier Monate Urlaub erhält, vor dem Antritt dieses Urlaubs aber Vorschläge über seine Vertretung zu machen hat. Wenn Ew. Excellenz diese Kabinets-Ordre ihm zusenden, wird sich das Weitere

*) Kurze Zeit vorher sprach Manteuffel noch zu Gerlach begeistert von Stockhausen. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 637. Einen heftigen Angriff gegen Stockhausens Haltung vor Olmütz findet man in der Broschüre: „Der Kriegsminister in der letzten Krisis. Von einem Preußischen Patrioten." Leipzig 1851.

**) Diese Annahme traf zu. Stockhausens erstes Abschiedsgesuch datirt vom 11. Juni.

finden; vor allen Dingen ist er dann genöthigt, an seine Vertretung, vielleicht an seinen Ersatz selbst zu denken."*)

Da Manteuffel den Vorschlag billigte, so wurde sofort an dessen Ausführung geschritten, und so kam Stockhausen noch an demselben Tage in den Besitz eines Königlichen Handschreibens, das, nach dem Manteuffelschen Konzept, wie folgt, gelautet haben dürfte:

„Ich halte es im allgemeinen Landesinteresse für sehr wichtig, daß im gegenwärtigen Augenblicke kein Personenwechsel in der oberen Leitung der Militärangelegenheiten eintritt. Ueberdies haben Sie Mir Vorschläge in Aussicht gestellt, welche auf umfassende Veränderungen in dem Institute der Landwehr abzielen. Diese können aber nur von einem mit den Verhältnissen der Armee genau vertrauten und mit organisatorischen Talenten begabten Mann zweckmäßig und erfolgreich ausgeführt werden. — Beides findet sich bei Ihnen vereinigt. Solange der Nachweis nicht geführt ist, daß Ihr körperlicher Zustand Ihnen die Fortführung der Geschäfte des Ihnen übertragenen Kriegsministerii ganz unmöglich macht, kann Ich Mich daher nicht entschließen, Ihnen die wiederholt nachgesuchte Dienstentlassung zu gewähren; diesen Nachweis erachte Ich aber nicht für geführt, bevor nicht der Versuch gemacht worden, Ihre zu Meinem wahren Bedauern erschütterte Gesundheit durch eine längere Entfernung von den Geschäften wiederherzustellen. Ich ertheile Ihnen zu dem Ende hierdurch einen viermonatlichen Urlaub und überlasse Ihnen, denselben sofort anzutreten.

Sie werden das große Gewicht der Gründe, welche Meine Entschließung bestimmen, nicht verkennen, und Ich rechne daher darauf, daß Sie derselben Ihrerseits nicht entgegentreten werden.

Darüber, wie in der Zwischenzeit Ihre Vertretung zu regeln sein möchte, um die Geschäfte ganz nach Ihren Absichten weitergeführt zu sehen, erwarte Ich Ihre Vorschläge und empfehle Ihnen namentlich, Mir einen geschickten und zuverlässigen Offizier zu empfehlen, welchem die Funktionen eines Unterstaatssekretärs zu übertragen sein würden und welcher Ihnen noch nach Ihrem Wiedereintritt in Ihr Amt Erleichterung und Unterstützung gewähren kann."

Am 12. Juni sandte Stockhausen das an ihn ergangene Königliche Handbillet an Manteuffel, indem er bemerkte:

„Wenngleich ich die gnädige Form des ersteren gebührend anerkenne, so vermag ich dennoch, aus Ueberzeugungs- und Erfahrungsgründen, den Inhalt nicht zu acceptiren, denn der König übersieht:

1. daß, wenn ich auch wirklich nach vier Monaten bedeutend gebessert wäre, was mehr wie unwahrscheinlich ist, ich doch, bei einem so angestrengten Treiben, wie die Kammerzeit es ist, nach wenigen Wochen wieder zusammensinken würde, und zwar in einer gewiß recht unbequemen und ungünstigen Zeit;

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 639 f.

2. daß heutzutage nicht in einem Ministerio, am wenigsten aber in dem des Krieges, ein viermonatliches Vakuum eintreten könne, da jeder Tag seine große Arbeit und Verantwortlichkeit hat, und daß mit dieser letzteren ein etwa bestallter Stellvertreter sich nicht belastet und befaßt, sondern alle verantwortlichen Sachen, welche natürlich zugleich auch die wichtigsten sind, liegen läßt, worauf dann der wiederkehrende Verwaltungschef einen Augiasstall vorfindet, den er ausräumen, und eine stockende, verrostete Maschine, die er wieder in Gang bringen soll;

3. daß, wenn ein chiffonirter Minister sich aus Infirmität auf vier Monate (d. i. in jetziger Zeit ein unermeßlicher Raum) zurückziehen muß, die Bestrebungen für sein Amt und die Verleumdungen gegen ihn auf die Zinnen des Tempels treten und daselbst Erfolge und Triumphe feiern.

Ich werde dem Könige in Kürze in dieser Weise antworten. Wäre es denkbar, daß ich mich wieder aufrichtete, so könnte Allerhöchstderselbe mich im Bedarfs- oder Nothfalle ja verwenden.

Ew. Excellenz bitte ich aber angelegentlichst, mich in Betreff meines Abschiedsgesuchs im Sinne dieses Briefes vorkommendenfalles bei Sr. M. zu vertreten, mir auch geneigtest zu gestatten, mich bei Allerhöchstdemselben auf Sie zu berufen.

Es ist jetzt die günstigste Zeit zu einem Kriegsministerwechsel, da der Neueintretende bis zum Wiederzusammentritt der Kammern Zeit hätte, sich zu orientiren, auch habe ich für die letzteren sowohl als in Armeeangelegenheiten alles Wichtige und viele Details bereits vorbereitet und resp. vorgearbeitet."

Der König konnte sich jedoch zu einer Trennung von Stockhausen nicht entschließen; die vorläufige Ablehnung seines Abschiedsgesuches am 14. Juni als eine politische Nothwendigkeit bezeichnend, bewilligte er dem Kriegsminister demnächst einen zweimonatlichen Urlaub, nach dessen Verlauf eventuell die Nothwendigkeit eines Rücktrittes nachzuweisen sein würde. Noch bevor diese zwei Monate verflossen waren, erneuerte Stockhausen (29. Aug.) aus Kösen sein Abschiedsgesuch, da er trotz der wohlthätigen Wirkungen seiner Badekur diejenigen Kräfte nicht wiedergewonnen zu haben glaubte, die durchaus erforderlich seien, um dem Amte, mit dessen Verwaltung der König ihn seit dem Februar 1850 beauftragt hatte, genügend und nachhaltig vorzustehen.

Nach wie vor geneigt, Stockhausen zu halten, schrieb der König am 6. Sept. aus Erdmannsdorf:

„Anliegenden Brief Stockhausens bitte Ich Sie, bester Manteuffel, zu lesen und dann bei seiner Rückkehr zu sehen, was Sie gegen sein Abschiedsgesuch machen können. Vale! Friedrich Wilhelm."

Bei den Verhandlungen, die Manteuffel hierauf mit dem nach Berlin zurückgekehrten Kriegsminister einleitete, zeigte sich, daß dessen Amtsmüdigkeit doch auch sachliche Differenzen mit dem Könige zu Grunde lagen. Das Nähere erhellt aus folgendem, von Stockhausen am 9. Sept. an Manteuffel gerichteten Privatschreiben:

„In Betreff meines gestrigen Vortrags werde ich wohl kaum ergänzend aussprechen dürfen, daß alle in demselben von mir vorgebrachten Motive, mit einziger Ausnahme dessen, was von meiner Gesundheit handelte und welches allein schon vollwichtig genug ist, um meinen Rücktritt zu begründen und zu rechtfertigen, nur in vertraulichster Weise Ew. Excellenz gewidmet waren, aus Pflicht und aus Herzensbedürfniß; sie müssen gegen Jedermann verschwiegen bleiben, auch gegen den König, weil sie — besonders durch ihn — sonst bekannt werden, auch dem fremden Gesandten, was ein großes Uebel wäre, weil die Sache dann eine politische Bedeutung erhielte, welche im Uebrigen mein Ausscheiden jetzt nicht annehmen würde, nachdem ich zuvor den — erfolglosen — Versuch zur Wiederherstellung meiner Gesundheit gemacht habe. Bekäme der König Kenntniß von jenen besonderen Motiven, so würde das zu Explikationen zwischen ihm und mir führen, welche nothwendig das Resultat einer großen Verstimmung herbeiführen würden, ohne einem Scheiden vorzubeugen, welches unvermeidlich ist. Es ist durchaus erforderlich, daß der König einen Kriegsminister wählt, zu dem er entweder größeres Vertrauen oder gegen den er größere Rücksichten hat, als zu mir und bezw. gegen mich. Wenn der Kriegsminister nicht ein Mann ist, dem der König Vertrauen und Achtung zu zollen das Bedürfniß hat, dann ist er nichts als das Lastthier, welches die riesenhaften Akten des Kriegsministeriums trägt und dieser unwürdigen Bürde würdelos bald erliegt. Der König widersetzt sich allen meinen Vorschlägen, ebenso denen, die sehr dringend und wichtig, als denen, die unbedeutend aber doch nöthig sind; mit gleicher Beharrlichkeit fordert er Dinge von mir, die entweder unausführbar oder schädlich sind. Jene Widersetzlichkeit ist Abneigung oder Privatrache gegen meine Person, diese Forderungen sind Eingebungen von ganz unwissenden oder böswilligen Leuten, zuweilen Generale und Stabsoffiziere, mit denen seine Umgebungen korrespondiren, oder wachhabende Leutnants in Sanssouci u. s. w., oder Kammerièren, Stadträthe, Polizeibeamte 2c. — Der Kriegsminister ist der veritable Plastron dieser Leute, auf den sie durch den Arm des Königs fortwährend stoßen. Außerdem vertritt der König niemals den Kriegsminister gegen die ungehorsamen Generale,*) hört vielmehr deren bornirtes Geklätsch gegen denselben bereitwillig an."

Auf das Zureden des Königs ließ sich Stockhausen gleichwohl noch einmal bestimmen, im Amte zu bleiben.**) —

Im Jahre 1851 hatte sich in Berlin ein Komitee zur Errichtung eines Denkmals für den verewigten Grafen Brandenburg gebildet, das sich auch an den Königlichen Chefpräsidenten Rintelen in Münster mit der Bitte wandte, in seinem Bereiche Sammlungen dafür zu machen. Rintelen konnte sich hierzu nicht verstehen und schrieb unterm 13. Juni an Manteuffel:

„Ich hätte gewünscht, diesen Antrag nicht zu bekommen. Jedenfalls aber, da ich ihn einmal erhalten habe, muß ich den Auftrag ausführen oder dem Komitee

*) Bereits früher hatte sich Stockhausen bei Gerlach über Dohnas Ungehorsam beklagt. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 637.

**) Nach Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 666, geschah dies um den 11. Sept.

kund thun, daß ich seinen Wünschen nicht entsprechen könne. Das Letztere ist gewiß in Betracht der hohen Achtung, die der Verewigte von jedem Braven und Patrioten sich gewonnen hat, etwas höchst Peinliches. Aber ich befinde mich allerdings in der Lage, diese Ablehnung aussprechen zu müssen, aus Motiven, die ich am geeignetsten Ew. Excellenz mittheile. Ob der Anspruch des Grafen v. Brandenburg auf die Ehre eines Nationaldenkmals begründet, ob der Prozeß darüber zum Wahrspruch schon reif sei, lasse ich dahin gestellt. Eben an Ew. Excellenz aber darf ich zunächst die Frage richten, ob der Graf v. Brandenburg jene Ehre wohl für andere Verdienste zu fordern hätte als für die, welche er seinem Könige und seinem Vaterlande in und mit dem November-Ministerium geleistet hat.

Allerdings — das November-Ministerium hat das Land von dem scheußlichsten und zugleich furchtbarsten Feinde befreit, den es jemals hatte, es *hat* die Monarchie gerettet, unter dem Scepter seines Königs — und der Graf v. Brandenburg, mit seinem hohen Muthe, stand an der Spitze dieses Ministeriums. Aber nach *meinem Gefühle* dürfen eben die Männer, welche mit ihm dieses Ministerium bildeten, nicht das Wort für solche Beehrung *ihrer* Thaten führen — denn nicht der Graf v. Brandenburg allein oder vorzugsweise, sondern das vereinigte Ministerium hat das Werk vollbracht, dem das Denkmal gelten soll, und an diesem Werke, an den raschen und glücklichen Erfolgen der ebenso kräftigen und überzeugungstreuen als schlichten und ehrlichen Politik, welche das Ministerium mindestens während meiner Theilnahme an demselben, nicht nur während der Permanenz im Kriegsministerium und der Tage in Brandenburg, sondern auch noch bei den nächstfolgenden entscheidenden Schritten befolgte, an diesen Erfolgen, namentlich an der vollständigen Beschwörung des inneren Sturmes, woran, wenn Ew. Excellenz sich dessen noch erinnern wollen, Sie noch selbst am 5. Dez. besorgt zu zweifeln schienen, für die aber bald das ganze Land von lautem Danke wiederhallte, an diesen Erfolgen bin ich gesonnen, meinen vollen Antheil, so weit es an mir ist, zu behaupten und geltend zu machen.

Sie, Herr Ministerpräsident, und gleich Ihnen der Graf v. Brandenburg, sowie die Herren v. Ladenberg und v. Strotha haben zwar die Ehre jener heißen Tage für sich *ausschließlich* hingenommen. Indem Sie *allein* aus den Händen des Königs die äußeren Zeichen derselben *acceptirten*,*) ohne Ihres fünften Kampfgenossen zu gedenken, haben Sie einen treuen Kampfgenossen — verleugnet, noch sprechender, wie schon vorhin, durch die Form und Art, in welcher Sie, nachdem die Zeit der Angst und Gefahr vorüber war, mein Scheiden aus dem Kabinet bewirkten und geschehen ließen. Aus vollstem Herzen sage ich, ja, ich war in sehr wesentlichen Stücken kein Mann für die seitdem befolgte Richtung desselben.

Aber nicht vereinbaren mit der Wahrheit der Thatsachen läßt es sich, daß der November-Minister nur vier gewesen.

*) Im Jahre 1850 stiftete der König eine besondere Auszeichnung, ausschließlich für die vier November-Minister bestimmt. Allen Klassen ihrer Ehrenzeichen sollten dieselben Krone und Scepter hinzufügen, als ein Zeichen, daß die Inhaber Demjenigen, welcher von Gott berufen ist, Krone und Scepter zu führen, in Treue gedient hatten zu einer Zeit, da Verbrechen und Wahnsinn vermeinten, es lasse sich der König von Gottes Gnaden beseitigen durch — Abstimmung!

Wenn gerade die hingebungsvollste Treue und Liebe, der tapfere, todverachtende Muth, womit er für den König und das Vaterland in den Kampf schritt, die edelsten von den Tugenden waren, wofür der Graf v. Brandenburg jene Bezeichnung trug und wofür auch Sie noch immer den stolzen Namen November-Minister führen, — wohlan! was hatte denn mich bestimmt, am 11. jenes Monats die so Vielen angebotene und von Allen ausgeschlagene Stelle in dem erst soeben erstandenen Ministerium anzunehmen? War die Gefahr am 11. Nov. minder brennend als am 9.? Ist die Angst und Noth, die damals herrschte, ist der Dank, die Anerkennung, die mich empfing und mein Streben und Wirken begleitete, so bald und so ganz vergessen?

Sagt denn nicht jetzt der König und sagen es nicht durch die That auch meine vier Kollegen, ich sei wenig der Mann für jene Zeit der Gefahren, so ungleich sei ich ihnen, so nichtsbedeutend gegen diese Kollegen gewesen, daß für sie keins der höchsten vorhandenen Ehrenmäler genüge, daß für sie ganz neue Auszeichnungen hervorgerufen seien — mir aber gebühre nicht einmal die, wie früher, so auch jetzt, nach meinem Austritt wieder ganz gewöhnlich gewordene Anerkennung für abgehende Minister.

Ja! nur zu klar ist es, für die werthvollste That meines Lebens, für die treueste Hingebung habe ich die stärkste Beleidigung erfahren, die mir je widerfahren konnte, eine Beleidigung, die ich nimmer vergessen kann; denn öffentlich, vor meinem Vaterlande ist es erklärt, daß ich der Ehren, die in jener Zeit zu holen auch ich berufen war, unwerth sei — allen gleich Berufenen sind sie ertheilt — nur mir, mir allein sind sie abgesprochen, sogar das übliche Gedenkzeichen der getragenen Würde ist mir genommen.

Doch genug! Degradirt und von denen verleugnet, an deren Seite ich den heißesten Gefahren trotzte, habe ich mich dennoch, vor Gott und meinem Bewußtsein, sogar eines Vorzugs zu freuen. Ich habe mit keinem Freunde in der Gefahr — gebrochen, ihm nicht an seiner Ehre weh gethan."

Manteuffel antwortete dem Chefpräsidenten Rintelen am 13. Aug.:

„Ew. Hochwohlgeboren haben in dem Schreiben vom 13. d. Mts. aus dem Umstande, daß Ihnen — übrigens ohne mein Zuthun — eine Aufforderung zur Sammlung von Beiträgen für das Brandenburg-Denkmal zugegangen ist, Veranlassung genommen, einmal Ihr Bedenken gegen meine Betheiligung bei dieser Angelegenheit und dann Ihren Unmuth über die Verletzung auszusprechen, die Ihnen dadurch widerfahren sein soll, daß man nur von vier November-Ministern spricht, und daß Ihnen die Auszeichnungen nicht geworden sind, deren sich diese vier seitens Sr. M. zu erfreuen gehabt haben.

Was zuvörderst meine Betheiligung bei dem Brandenburg-Denkmal betrifft, so habe ich geglaubt, einer Bitte, die von einem Kreise von Verehrern meines verewigten Freundes an mich gerichtet wurde, um so weniger die Erfüllung versagen zu dürfen, je mehr ich selbst den Grafen als ein Muster nachahmungswerther Pflichttreue und unermüdlicher Hingebung für unseren König und Herrn zu betrachten gewohnt war und je tiefer ich selbst den Verlust fühlte, den in ihm

der König und das Vaterland erlitten hatten. In diesen Beweggründen werden Ew. Hochwohlgeboren schwerlich einen Mangel an Bescheidenheit zu entdecken vermögen, wie denn auch die Ihrige die erste Stimme ist, die sich in dieser Weise über meine Betheiligung geäußert hat. Noch weniger glaube ich, daß die Vorwürfe über die angebliche Hintenansetzung Ihrer Verdienste an mich zu richten waren. Einmal habe ich selbst dem Umstande, daß ich im Nov. 1848 dem Rufe des Königs folgte, niemals die Bedeutung beigelegt, daß aus jener That eine Berechtigung auf äußere Ehren und Auszeichnungen gefolgt wäre, deren Nichtgewährung eine Verletzung enthielte, ich bin vielmehr überzeugt, daß sich auch damals noch viele Stimmen in Preußen zu gleicher Hingebung hätten bereit finden lassen, ohne einen solchen Lohn als ein Recht in Anspruch zu nehmen. Ohnehin würde ich, wenn es überhaupt meiner Natur entspräche, für die Erfüllung von Pflichten einen anderen Dank, Ehre und Ruhm zu erwarten, als den, welchen das Gewissen giebt und den keine Macht der Erde uns nehmen kann, weniger für mein Leisten im Nov. 1848, als vielmehr für spätere Mühen und Kämpfe einen derartigen Lohn beanspruchen zu können glauben. Dann glaube ich aber Ew. Hochwohlgeboren niemals Veranlassung zu der Annahme gegeben zu haben, daß ich das Verdienst, das Sich Ew. Hochwohlgeboren durch Ihren damaligen Eintritt in das Ministerium erworben, nicht dankbar anerkannt hätte und nicht noch heute bereit wäre, jede sich mir darbietende Gelegenheit zu einer thatsächlichen Bezeugung dieser Gesinnung zu benutzen. Daraus, daß ich Auszeichnungen seitens Sr. M., welche ich weder erstrebt noch gefordert habe, angenommen, werden Ew. Hochwohlgeboren bei einer unbefangenen Erwägung mir ebenso wenig einen Vorwurf machen, als von mir erwarten wollen, daß ich Sr. M. in Angelegenheiten dieser Art einen Rath zu geben mir anmaßen sollte. Das aber dürfen Ew. Hochwohlgeboren überzeugt sein, daß auch Se. M. die Verdienste der Freunde in der Gefahr vollkommen zu würdigen verstehen und es zur rechten Zeit und in der rechten Weise an dankbarer Anerkennung nicht fehlen lassen." –

Am 18. Juni schrieb der König aus Sanssouci an Manteuffel:

„Ich höre, daß Fürst Paskewitsch*) darauf rechnet, heut mit Ihnen in Charlottenburg zu diniren. Ich halte diese Zusammenkunft mit Ihnen nicht für unwichtig. Sonst hätt' ich zum diner auf Sie hier gerechnet, für den Fall nämlich, daß Reedtz**) angekommen und meine Einladung für 3 Uhr angenommen. Da Paskewitsch, wie es verlautet, erst spät zu Charlottenburg dinirt, so wird Ihre Herüberkunft wohl unthunlich für 6 Uhr. Dagegen bin ich bereit, morgen zu Bellevue mit Ihnen zu konferiren. Ist das Wetter gut, so exerzire ich die Berliner Garnison von 11 bis gegen 1 Uhr und kann zu Bellevue oder sicherer vielleicht auf dem Bahnhof noch mit Ihnen arbeiten bis 2 Uhr. Verbietet mir das schlechte Wetter die Theilnahme am Exerziren, so werde ich Sie in Bellevue von 11 Uhr an erwarten." —

*) Der russische General, der die Division Panintin den Oesterreichern ohne Autorisation des Kaisers zu Hülfe schickte, um Wien zu retten.

**) Dänischer Minister.

Von der Annahme ausgehend, daß die neuen konservativen Gesetze nichts helfen, wenn die Vollzugsorgane anderen politischen Ansichten huldigen, drang das Staatsministerium vor Allem auf ein durchgreifendes Revirement in den höchsten Verwaltungsstellen. Der Erste, auf dessen Enthebung das Staatsministerium antrug, war der Oberpräsident v. Auerswald.

Am 23. Juni schrieb der **König** aus Sanssouci:

„Theuerster Manteuffel. Mir ist der neulich zu Bellevue schon vorgetragene Staatsministerial-Antrag wegen Beseitigung des Oberpräsidenten v. Auerswald heut im Kabinetsvortrage vorgelegt. Ich lobe den Antrag und seine Motive, wünsche aber, daß Sie im Pleno des Staatsministerii in meinem Namen die Frage zur Beantwortung bringen:

Ob dieser Fall schon jetzt übersichtlich der einzige wäre, in welchem gegen Oberpräsidenten wegen Opposizion gegen die gegenwärtigen großen Umkehrmaßregeln einzuschreiten ist?

Sollte diese Frage **verneint** werden, so erscheint mir eine Kollektivmaßregel wirksamer als die gegen einen Einzelnen zu sein. Friedrich Wilhelm."*)

Am 30. Juni wurden Auerswald und Bonin entlassen, Ersterer ungeachtet des Widerspruchs des Prinzen von Preußen; am 3. Juli wurden Kleist-Retzow und Puttkamer als Oberpräsidenten für den Rhein und Posen ernannt.

Ueber den Eindruck, den die Maßregel auf den Prinzen von Preußen machte, schrieb der Bundestagsgesandte v. **Rochow** aus Frankfurt a/M. an Manteuffel unterm 12. Juli: „Die Zurdispositionsstellung der beiden Oberpräsidenten kommt dem Prinzen für zu durchgreifend vor; Beide hätten allerdings gefehlt, so daß ihnen eine ernstliche Rüge habe zu Theil werden müssen. Herrn v. Bonin halten S. K. H. für schuldiger und strafbarer als Herrn v. Auerswald, dem auch noch Manches aus einer früheren liberalen Zeit ankleben möchte, was nachträglich einen schlechten Einfluß ausübe, thatsächlich habe er sich aber doch Ansehen in der Rheinprovinz verschafft. Ueber den Oberpräsidenten v. Kleist-Retzow äußerten Sich S. K. H. mit voller Anerkennung, dessen Ritterlichkeit und Ehrenhaftigkeit hochachtend, er scheine indessen zu sehr den Standpunkt der alten Provinzen zu verfolgen. Ich unterstand mich, den Prinzen an eine frühere Aeußerung zu erinnern, daß man für die Rheinprovinz keiner besonderen Behandlung bedürfe, sondern nur der altpreußischen."

Daß der neue Oberpräsident in Posen v. **Puttkamer** nicht auf Rosen gebettet war, entnehmen wir einem Privatschreiben, das dieser am 21. Sept. aus Posen an Manteuffel richtete:

*) **Gerlach** fand, daß der die Entlassung des Oberpräsidenten v. Auerswald vorschlagende Bericht des Staatsministeriums nicht gut abgefaßt war: „Der König bemerkte, daß Massenbach ebenfalls verabschiedet werden müßte, und schrieb einen blauen Brief an Manteuffel, so nöthig er im Allgemeinen eine solche Maßregel hielte und so triftig auch die Gründe wären, die sie angeführt, wäre er der Meinung, daß gleichzeitig alle oppositionellen Oberpräsidenten (es kamen noch ferner in Betracht Bonin und Flottwell) verabschiedet werden müßten." „Denkwürdigkeiten." Bd. I, S. 644.

„Ew. Excellenz haben in den öffentlichen Blättern — »Kreuzzeitung« vom 21. d. M. — gelesen, daß der Fürst Sulkowski sich in einer noch dazu auswendig gelernten Rede soweit vergessen hat, zu erklären, er sei kein Preuße und kenne kein Gesetz, welches ihn verpflichte, es zu sein. Ich würde solche Erklärung aus solchem Munde gar nicht beachten, wenn sie nicht in Verbindung stände mit einem Satze, welcher in derselben Rede ebenfalls zu lesen ist und der die Absicht hat, meine Stellung zu untergraben. Ich meine den aus den weiland v. Schönschen Agitationen bekannten abgedroschenen Satz: der König denke und wolle ganz anders, sein Wille werde aber durch die Minister und ihre Organe entstellt. Diese völlig unstatthafte Einmischung Sr. M. ist es, die ich um so mehr bekämpfen muß, als sie ihre Wurzel in gewissen dem Könige persönlich nahestehenden Mitgliedern des hiesigen Landtags hat. Ich nehme Ew. Excellenz Mitwirkung dafür in Anspruch, indem ich bitte, daß Sie den König dringend ersuchen, dem Fürsten Wilhelm Radziwill, welcher nach beendigtem Manöver am 25. d. Mts. hierher geht, um seinen Bruder Boguslaw abzulösen, über diese Sulkowskische Rede recht ordentlich und nachdrücklich seine Meinung zu eröffnen. Es wird dies von der ersprießlichsten und entscheidendsten Wirkung sein und den excedirenden Polonismus, welcher durch die freundliche Begegnung Sr. M. in Kreuz und Bromberg schon wieder ganz haltlos geworden ist, sogleich in seine Schranken zurückweisen. Es ist aber auch unerläßlich nothwendig, weil sonst der oben erwähnte Schönsche Lehrsatz ohne Weiteres bei den Polenfreunden Eingang finden dürfte. Und dies wäre gerade jetzt recht bedenklich, wo die von der famosen Adresse von 1843 her wohlbekannte Koalition der Polen und Demokraten sich eben recht entfalten will, um dem System der Regierung Opposition zu machen. Ich kann und werde dieser Koalition die Spitze bieten, muß aber bitten, mich dabei zu unterstützen. Wollen Ew. Excellenz auch noch ein Wort gegen Fürst Wilhelm Radziwill fallen lassen, sei es auch schriftlich, so wäre es gewiß vortrefflich. Se. M. der König muß es aber jedenfalls thun; Er würde sonst die Behauptung des Fürsten Sulkowski legalisiren. Meine Rede, gegen welche derselbe kämpfte, finden Ew. Excellenz im »Staatsanzeiger« vom 9. oder 10. d. Mts. Sie können jede Silbe auf die Goldwage legen."

Drei Tage später (24. Sept.) überreichte der Oberpräsident v. Puttkamer Manteuffel privatim Abschrift eines vom Grafen Königsmark gehaltenen Vortrages, welcher eine möglichst gemäßigte Erwiderung auf die Auslassungen des Fürsten Sulkowski enthielt.

„Sie hat die preußische Partei im Allgemeinen zufriedengestellt und wird wohl nur die euragirtesten Polen, Kraszewski und Niegolewski, zu einer Entgegnung zwingen, welche die Gemäßigteren zu vermeiden wünschen. Ueberhaupt sind diese sehr entzweit. Fürst Radziwill ist heute früh abgereist, auf die Nachricht von der Erkrankung seines Sohnes. Er wird gewiß einen Versuch gegen mich beim Könige und auch bei Ew. Excellenz machen und denselben auf den Satz gründen, ich hätte die Polen gereizt, und es wäre besser gewesen, die Nationalität gar nicht zu erwähnen. Ich weiß sehr wohl, daß dies auch für mich viel wohlfeiler gewesen

wäre. Allein wohin diese sich in Schweigen hüllende Halbheit führt, haben wir gesehen. Es ist durchaus nothwendig, daß die Regierung dem Polonismus gegenüber eine feste und prononcirte Stellung einnehme. Denn er ist und bleibt ein ihr feindliches Element, mag er auftreten, in welcher Gestalt er wolle. Ihn versöhnen, ist unmöglich, ihn ausrotten, inhuman (und nebenbei auch unmöglich, wenigstens gehören Generationen dazu), also bleibt nichts übrig, als ihn energisch in der ihm zukommenden untergeordneten Stellung halten. Und wie will man das thun, wenn man es nicht einmal wagt, zu sagen? Also: man sage es frei und entschieden, damit Niemand sich mit Unwissenheit und Mißverstehen entschuldigen kann wie im Jahre 1848. Und jedesmal wenn es gesagt ist, in dem Landtagsabschied von 1841 und in meiner Rede vom 7. d. Mts., haben die Polen wie ein widerspenstiges Pferd auf die Stange gebissen, aber sich hernach dem Zügel gefügt, wenn man ihn nicht selbst muthwillig hat schießen lassen. Und das wollen wir diesmal hoffentlich nicht thun. Verschweigen kann ich nicht, daß die hiesige, sehr verbreitete liberale Partei, besonders die dumpf grollende Beamtenopposition, sich im Geheimen freut, daß mir in Berlin etwas eingebrockt werden möchte. Ich habe eigentlich nur das Militär und die wenigen ganz Schwarz-Weißen für mich. Wenn ich aber Recht behalte, so fällt der ganze große Haufe mir wieder zu, und auch die liberalen Regierungsräthe rufen: »So ist's Recht!« und Jeder will dann ein Pommer gewesen sein. Es kommt allein darauf an, daß Ew. Excellenz mir bei Sr. M. die Stange halten; dann wird diese Krise hier die allerheilsamsten Folgen haben."

Der Bescheid, den Manteuffel am 28. Sept. an Puttkamer ertheilte, liegt nicht vor, wohl aber ein dritter Brief des Letzteren vom 5. Okt. aus Posen, worin er sich bei dem Ministerpräsidenten und noch mehr bei dem König für die überaus zweckmäßige Weise bedankte, in welcher der Letztere seiner Bitte entsprochen hatte:

„Die Medizin hat trefflich gewirkt. Leider war Fürst Radziwill bei Eingang des Allerhöchsten Schreibens bereits abgereist, und ich fürchte, daß die Königliche Willensmeinung dem Fürsten Sulkowski nicht ganz rein, sondern mit einigen Milderungen wird zugegangen sein. Nichtsdestoweniger ist er sehr kleinlaut, und noch mehr sind es die Herren Potorowski und Comp., welche ihn aufgehetzt haben. Seit gestern sucht Fürst Sulkowski zu verbreiten, sein Zerwürfniß mit dem Hofe sei beigelegt, und er werde nächstens nach Berlin gehen. Sollte er wirklich so kühn sein, dies zu thun, bevor er den von Sr. M. befohlenen öffentlichen Widerruf ausgesprochen, so wäre es freilich unerläßlich zur Wahrung der Allerhöchsten Autorität, daß die Verwarnung — Nichtannahme bei Hofe — realisirt würde. Leider ist es auch hier wieder die hohe Fürstin in Babelsberg, welche von der Opposition vorgeschoben wird, denn der Fürst Sulkowski spricht ganz laut von dem Rückhalt, welchen er dort zu finden hoffe. Auch das Unternehmen der Herren v. Bethmann-Hollweg und des Robert Golz — Gründung einer antigouvernementalen Zeitung der sogenannten konservativen Partei — in Verbindung mit dem Wahlprotest des Ersteren, soll auf dieselbe Quelle zurückführen. Ew. Excellenz

kennen ohne Zweifel das gedruckte Cirkular ohne Unterschrift und Datum, welches vor Kurzem vom Rhein aus an einzelne Mitglieder der konservativen Partei gesandt wurde, um ihre Theilnahme für jene Zeitschrift anzuregen. Ich unterlasse deshalb dessen Beifügung. Wohl aber erlaube ich mir, die Antwort eines jener Adressaten — Ew. Excellenz erkennen sofort den Legationsrath ..... an der sozialpolitischen Färbung des ersten Alinea — abschriftlich beizulegen. Sie repräsentirt im Allgemeinen die Gesinnung der allerdings kleinen Schar, auf welche mit Sicherheit im Lande zu rechnen ist, welche aber doch, wo sie von der Regierung gehörig unterstützt wird, die öffentliche Meinung beherrscht. Ew. Excellenz befehlen meine vertrauliche Aeußerung über Herrn v. Waldow. Nun, derselbe ist eben nicht viel besser und viel schlechter als die meisten seiner Herrn Kollegen. Diese liberalen Doktrinäre müssen nun einmal in ihrer Sphäre verbraucht werden. Sie sind wenigstens dazu gut, um die Spitzen der Verwaltung in Aufmerksamkeit und Spannung zu erhalten. Man muß sie nur nicht zu einflußreichen Stellungen befördern und außerdem darauf Bedacht nehmen, sich aus der jüngeren Generation gesundere Elemente zu erziehen. Uebrigens hat Herr v. Waldow den Vorzug, klug zu sein, und ich wenigstens habe die klugen Gegner lieber wie die bornirten. Sie durchschauen die Situation und vermeiden den fruchtlosen Kampf, wo sie überlegene Energie wahrnehmen. Die Dummen aber sind unberechenbar.

N. S. Ich darf doch der Trauer unbeschadet des Königs Geburtstag durch ein großes Ballfest feiern? Diese Manifestationen sind hier noch nothwendiger als anderswo." —

Am 27. Juni schrieb Niebuhr aus Sanssouci eigenhändig und privatim an Manteuffel:

„Ew. Excellenz wage ich mit einer persönlichen Bitte zu nahen, die auf den ersten Anblick vielleicht unverschämt klingt, die ich aber doch glaube, mit gutem Gewissen vortragen zu können.

Meine jetzige Stellung kann einem an strenge Arbeit gewöhnten und nach Weiterbildung strebenden Menschen nicht genügen. In ihr auszuharren, war mir nur möglich, solange ich volles Vertrauen genoß und dadurch Manches neutralisiren konnte. Dieser Einfluß ist seit dem November 1850 zerstört, und ich bin jetzt nur noch ein für meine Gewohnheiten wenig beschäftigter Sekretär, ohne darum Herr meiner Zeit zu sein.

Wenn die Gefahr da wäre, daß ein bedenkliches Subjekt an meine Stelle träte, so würde ich ohne Bedenken alle meine Wünsche opfern und bleiben. Aber ich denke, daß Reumont mir folgen würde, und der ist glaube ich, ehrlich, hat auch zur politischen Intrigue keinen Hang.

Also darf ich wohl an mich denken und bitten, bei Gelegenheit mich in die Verwaltung zurückzunehmen.

An sich bin ich mit jeder Landrathsstelle oder jeder Stelle in einem Kollegium zufrieden. Aber ich besorge, daß eine Versetzung ohne alle Beförderung Gerüchte hervorrufen könnte, die meiner Wirksamkeit und meinem Rufe nachtheilig sein

würden, und darum wage ich es, geradezu um eine Versetzung mit Beförderung zu bitten.

Und da ist keine Stelle für mich wünschenswerther als die Landvogt- oder Landesdirektorstelle in Höhenzollern. Sie wird vollauf zu thun und zu schaffen geben, giebt mir eine Beförderung, aber keine, die Neid erregt oder auf mir als völlig unverdient lasten würde.

Ich weiß nicht, welche Absichten man mit dieser Stelle hat, wenn aber kein besserer Kandidat für dieselbe vorhanden ist, so bitte ich Ew. Excellenz, meine Bitte in Erwägung ziehen zu wollen. P. S. Der König weiß von meinem Wunsche nichts."

Die Antwort Manteuffels liegt nicht vor.

Am 27. Juni klagte Manteuffel in einem Briefe an Gerlach über die „Kreuzzeitung", die einen Krieg mit Rhino Quehl begonnen hatte, und Gerlach ahnte sogleich, daß sich aus diesem Wölkchen ein Gewitter des Ministers gegen ihn bilden würde. Von zwei Briefen, die Gerlach in dieser Angelegenheit, die Manteuffel außerordentlich ernst nahm, mit dem Letzteren wechselte, ist nur der folgende, d. d. Sanssouci, den 6. Juli, erhalten:*)

„Ueber das, was mir Ew. Excellenz über den Dr. Quehl schreiben, möchte ich Ihnen vorwerfen, daß Sie, statt mich direkt zu fragen, wie ich mich zu dieser Sache verhalte, mir gewissermaßen andeuten, daß mit meinem Zuthun oder wenigstens mit meinem Wissen gegen den p. Quehl, also mittelbar gegen Ew. Excellenz selbst, gehandelt wird. Dies ist aber nicht der Fall, und werden mir Ew. Excellenz gestatten, als wenn ich direkt gefragt worden wäre, selbst auf die Gefahr hin, langweilig zu werden, Ihnen mein Verhältniß zur Presse und zu dieser speziellen Angelegenheit auseinandersetzen zu dürfen.

Ew. Excellenz wissen, daß ich und meine Freunde unmittelbar nach den Märzereignissen die »Kreuzzeitung« gegründet habe. Wir wählten den Assessor Wagner zum Redakteur, weil wir ihn als einen zuverlässigen, treuen und gläubigen Mann kannten, gestatteten ihm aber von Anfang an eine vollständige Unabhängigkeit, indem wir dies als erste Bedingung des wirksamen Bestehens der Zeitung ansahen. Um die Detailleitung bekümmerte sich, soviel ich weiß, keiner der damaligen Stifter, wenn auch viele derselben Mitarbeiter wurden. Bare Einnahmen haben die Aktionäre nie gehabt, auch hat die Zeitung, soviel als ich weiß, nie etwas von Sr. M. dem König erhalten.

Der Erfolg der Zeitung und ihre feste Haltung ist Ew. Excellenz bekannt, auch daß sie sich oft, und mehrmals durch ihre Schuld, den Unwillen des

*) Nach Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 648 bemerkt Manteuffel in einem seiner Schreiben: „Lieber weiche ich selber." Rhino Quehl war, wie Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 131 bemerkt, „ein Journalist, durch den Manteuffel schon während des Erfurter Parlaments seine Politik in der Presse hatte vertreten lassen, voller Ideen und Anregungen, richtigen und falschen, eine sehr geschickte Feder führend, aber mit einer zu starken Hypothek von Eitelkeit belastet."



Ministeriums zugezogen hat. Ich will nicht Alles rechtfertigen, was die Zeitung vorgebracht hat und was vorliegt, obschon ich mich fortwährend offen zur sogen. Kreuzzeitungspartei bekenne.

Die Hauptdifferenz der Zeitung mit der Regierung seit dem Nov. 1848 war zur Zeit der Unionspolitik, und ist Ew. Excellenz nicht unbekannt, daß sie sich damals den Unwillen Sr. M. in hohem Grade zugezogen hat. Dieser Unwille besteht leider noch so entschieden, daß der König Wagner und die »Kreuzzeitung« fast nie ohne harte Epitheta nennt. Se. M. sahen in dieser Zeitung einen Hauptgrund des Sturzes von Radowitz. Radowitz erkannte dies selbst an und läßt noch in seiner neuesten Schrift*) seinen Zorn gegen dieselbe aus.

Mit dem Detail der »Kreuzzeitung« bin ich auch jetzt noch völlig unbekannt. Ich kenne keine ihrer untergeordneteren Mitarbeiter persönlich, die meisten nicht einmal den Namen nach, und viele Dinge in ihr sind mir ganz unverständlich, so daß ich z. B. die Polemik gegen den Dr. Quehl ganz übersehen und sie auch kaum verstanden hätte, wenn ich nicht durch Ew. Excellenz darauf wäre aufmerksam gemacht worden. Den Dr. Vollmer habe ich durch Ew. Excellenz gestriges Schreiben zuerst nennen gehört, und des p. Sommer erinnere ich mich nur von der Zeit unmittelbar nach den Märztagen her, wo ich mich über seine Artikel in Berliner Zeitungen, die ersten, die in gutem Sinne geschrieben waren, freute.

Ew. Excellenz werden aus dieser Auseinandersetzung entnehmen, daß die Angriffe gegen den Dr. Quehl von mir gewiß nicht und, wie ich fast mit Sicherheit sagen kann, überhaupt von Sanssouci aus weder influirt noch unterstützt werden. Dazu kommt, daß Hinckeldey und seine Untergebenen sowie andere Personen die hier verkehren, entschieden Feinde der »Kreuzzeitung« sind.

Von dem Dr. Quehl habe ich zuerst reden gehört, als im August und September v. Js. die Zeitungsartikel über Ew. Excellenz und Radowitz' Stellung in den Ministerialkonferenzen in der »Vossischen Zeitung« erschienen, die damals hier, wie ich überzeugt bin, mit großem Unrecht, dem p. Quehl zugeschrieben wurden. Man schilderte damals den Mann als unzuverlässig. Se. M. waren sehr gegen ihn aufgebracht und sind es auch noch, ohne daß ich den Grund dieser Stimmung kenne."

Nach dieser Auseinandersetzung söhnten sich nun zwar Gerlach und Manteuffel am 7. Juli aus, die Zeitungsfehde hörte aber damit noch nicht auf, da die „Kreuzzeitung", aller Gegenvorstellung ungeachtet, nach wie vor den Dr. Quehl zum Gegenstand ihrer Angriffe machte.**) Erst später wurde der Streit mit Wagner

*) Die Radowitzschen Gespräche.

**) Unterm 13. Juli notirte Gerlach: „Der Streit der »Kreuzzeitung« gegen Manteuffel und Quehl stellt sich sehr ubel. Manteuffel ist sehr aufgebracht und das mit Recht, da Wagner in seiner Hartnäckigkeit es nicht lassen konnte, ihn selbst anzugreifen und sogar zu drohen, wenn er sich des Quehl nicht entledigte. Quehl bedient sich unter Manteuffels Aegide des Mittels, die Partei zu spalten und die Zeitung von den bedeutenden Leuten derselben zu trennen. Der König, wahrscheinlich durch Hinckeldey und Sägert, oder ich weiß nicht wen, gereizt, sieht eine Kreuzzeitungspartei, die uns Alle uberbietet. Dies ist ein trostloser Zustand, der wieder zu einer Vernichtung kostbarer Kräfte und zu halben Maßregeln führen wird."

und Quehl oder vielmehr mit Wagner und Manteuffel durch Bismarcks und Kleists Vermittelung beigelegt. Gerlach entwarf folgenden Friedenstraktat: „Die »Kreuzzeitung« widerruft ihre Nachrichten von Spaltungen im Ministerium, die »Preußische Zeitung« die ihrigen von Spaltungen in der konservativen Partei; beide Zeitungen schweigen übereinander.“ Auf ähnlichen Bedingungen wurde die Sache auch abgeschlossen. Die revocirenden Artikel der „Kreuzzeitung“ waren folgende. „Wie uns aus bester Quelle versichert wird, herrscht im Staatsministerium die völligste Uebereinstimmung, sowohl in Betreff der Ständischen Angelegenheiten, als auch in Ansehung der neuesten Ernennungen. Alles was auswärtige Blätter darüber gefabelt, entbehrt jeglicher Begründung“ — und dann „Wir haben inzwischen nähere Erkundigungen eingezogen und dürfen danach als feststehend annehmen, daß die beiden von uns abgedruckten polemischen Artikel der »Preußischen Zeitung« nichts sind, als leicht erklärliche Zornesausbrüche einer an sich unbedeutenden, in der letzten Zeit über die Gebühr in den Vordergrund gestellten Persönlichkeit, über welche wir hiermit zur Tagesordnung übergehen.“ Gerlach konstatirt, Manteuffel habe sich hier wie überall sehr nobel und mit vieler Selbstverleugnung benommen. Wagner besuchte demnächst Manteuffel, und es ging Alles gut ab.*)

Als der berühmte Publizist im Nov. Paris einen Besuch abstattete, hatte Manteuffel die Güte, ihn als Kabinetscourier resp. parleur de depêches reisen zu lassen**) und ihn bei dem Gesandten Grafen Hatzfeldt mit folgenden eigenhändigen Zeilen vom 27. Oktober einzuführen:

„In dem Ueberbringer dieser Zeilen erlaube ich mir, Ew. Hochgeboren den Assessor Wagner, Redakteur der »Neuen Preußischen Zeitung« vorzustellen.

Es sind Ihnen, Herr Graf, die Verdienste dieses Blattes namentlich in der kritischen Zeit der Jahre 1848 und 1849 bekannt; damals schon wurde dasselbe von Herrn Wagner, einem Manne von bedeutendem Talent und sehr festem Willen redigirt. Ich nehme daher keinen Anstand, Ew. Hochgeboren Herrn Wagner zu empfehlen, und Sie namentlich zu bitten, ihm Gelegenheit zu verschaffen, sich von den dortigen Zuständen so gut als es in kurzer Zeit geschehen kann, zu unterrichten.“ —

Bereits seit längerer Zeit machten sich in der Umgebung des Königs Bestrebungen geltend, welche die Verfassung von 1850 am liebsten wieder aus der Welt geschafft hätten. An die Stelle einer vertragsmäßig vereinbarten Verfassung sollte ein Königlicher Freibrief, an die Stelle der, wie man sich ausdrückte, unorganischen Kopfzahlwahlen sollten die Organe der historischen Stände treten; für das Interesse des Staats hätte der König, die Stände aber für ihre ständischen Interessen zu sorgen; nicht auf eine Nachahmung des napoleonischen Despotismus, sondern auf eine Rückkehr zu dem Systeme des Vereinigten Landtages von 1847 nahm man Bedacht. Da dieses der Ausdruck der eigensten Anschauungen Friedrich

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 648 und 652f. Aber bereits unterm 2. Okt. 1851 notirt Gerlach a. a. O., S. 672, Manteuffel und Wagner stehen sich wieder einander gegenuber. Ich habe deswegen an Massow geschrieben, will mich aber selbst nicht in die Sache mischen.

**) Vergl. Herman Wagners „Erlebtes“, S. 53.

Wilhelms gewesen, so war die Versuchung für den Monarchen stark,*) denn an eine revolutionäre Auflehnung gegen die Maßregel wäre damals in Preußen so wenig wie in Oesterreich zu denken gewesen. Auf der anderen Seite war hier kein augenblicklicher Nothstand vorhanden, keine Unruhe im Lande; kein schwerer Streit mit den Kammern; es fehlte an jedem Anlaß und Vorwand zum Staatsstreich, außer der persönlichen Ansicht einiger einflußreicher Männer, daß die Verfassung von 1847 besser sei als die von 1850. Nun aber hatte bei dem Erlaß der letzteren der König in feierlicher Weise den Kammern für die verbessernde Revision der Verfassung gedankt, ihnen erklärt, daß sie ihm dadurch ein Königliches Regiment auf Grund der Verfassung möglich gemacht, und dann durch eidliches Gelöbniß der Verfassung seine Sanktion ertheilt. War es denkbar, daß er zwei Jahre nachher diese Erklärungen als offenbare Irrthümer zurücknähme und daraufhin sich von seinem Eide lossagte? Der König wünschte auch einen seiner liberalen Freunde darüber zu hören und ließ seinem Gesandten in London, Bunsen, die Frage vorlegen. Wie zu erwarten war, rieth Bunsen auf das Dringendste von einem Staatsstreich ab, der mit einem Eidbruch beginnen und durch seine Schöpfungen den inneren Frieden von Grund aus aufwühlen müßte.**)

Auch an Manteuffel schrieb Bunsen in diesem Sinne:***) Man dürfe die Mühen und Kämpfe nicht scheuen, welche auf dem Gebiete der Regierung mit einer parlamentarischen Verfassung bei uns liegen. „Aller Anfang ist schwer, und vieles Unbequeme und Unangenehme floß doch auch aus der bisherigen Art der Zusammensetzung der Kammern sowie aus der Nothwendigkeit, grundgesetzliche Bestimmungen zu erörtern zu haben. Ich sehe es hier deutlich vor Augen, welche Kraft die Regierung, finanziell und politisch, in den parlamentarischen Formen hat, und wie viel leichter sind die Preußen zu regieren als die Engländer!"

Wie Manteuffel dachte, ersehen wir aus einem Briefe, den er am 11. Juli an Bismarck nach Frankfurt a./M. schrieb:

„Was unsere inneren Verhältnisse, namentlich die ständischen Dinge, betrifft, so würde die Sache ganz leidlich gehen, wenn man darin mit etwas mehr Maß und Geschick verführe. Westphalen ist in der Sache vortrefflich, ich schätze ihn sehr hoch, und wir sind im Wesentlichen einverstanden; die Fehde von Klützow†) scheint mir keine recht glückliche zu sein, und es sind in der Form wohl manche nicht nothwendige Verstöße vorgekommen. Weit schlimmer aber noch ist die Attitude, welche dabei die »Kreuzzeitung« einnimmt. Nicht allein triumphirt sie in ungeschickter und aufregender Weise, sondern sie will auch zu Extremen drängen, die

*) Am 22. Sept. 1851 klagte der König Gerlach, Brandenburg und Manteuffel hätten ein Unrecht begangen, ihn zur Vereidigung der Verfassung zu bewegen, die nun wie ein Kadaver erhalten werden müsse. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 670 ff. Vergl. auch Manteuffels Erzählung darüber, a. a. O., S. 673.

**) Sybel, a. a. O., Bd. II, S. 105 f.

***) Das Datum dieses Privatschreibens läßt sich nicht feststellen.

†) Es handelte sich um Meinungsverschiedenheiten in der Frage über die Bildung der ersten Kammer.

ihr wahrscheinlich selber nicht behagen würden. Wenn es z. B. möglich wäre und gelänge, den Vereinigten Landtag mit allen seinen Konsequenzen pure wieder her zustellen — und weiter könnte man doch nicht gehen — was wäre damit wohl gewonnen? Ich finde die Position der Regierung viel günstiger, wenn sie, bis eine gründliche organische Umgestaltung sich als nothwendig ergeben hat, die Sache gewissermaßen in der Schwebe hält. Ich hoffe und wünsche, daß man dann auch von den Provinzialständen bis etwa auf Kommunalstände nach alten historischen Begrenzungen, die auch in der Rheinprovinz noch nicht verwischt und in allen alten Provinzen noch sehr erkennbar sind, zurückkommen und aus diesen die Landesvertretung hervorgehen lassen wird. Das sind aber Dinge, die man nicht im Sprunge machen kann, wenigstens nicht ohne große Stöße, die man doch zu vermeiden Anlaß hat. Die »Kreuzzeitung« hat mir nun förmlich Fehde ankündigen und als Preis und Zeichen der Unterwerfung die Entlassung des ꝛc. Quehl fordern lassen, ohne zu bedenken, daß selbst, wenn ich einen fleißigen und aufopfernden Menschen preisgeben wollte, was nicht meine Absicht ist, ich es unter solchen Verhältnissen gar nicht könnte."

Deutlicher noch entnehmen wir die Ziele, die Manteuffel vorschwebten, aus seiner Korrespondenz mit dem Abgeordneten der zweiten Kammer v. Eynern aus Barmen. Am 14. Juli hatte dieser in längerer Ausführung dem Ministerpräsidenten alle die Bedenken dargelegt, welche die beabsichtigte Einberufung der alten Provinzialstände*) bei ihm hervorgerufen hatte.

„Noch ist die Einberufung der alten Provinzialstände von dem Könige nicht angeordnet, noch haben Ew. Excellenz dazu nicht konzedirt. Führen Sie deshalb das Vorhaben nicht aus, verhüten Sie, ich beschwöre Sie darum, Konflikte, deren Folgen nicht abzusehen sind und unsägliches Unheil über unser Vaterland bringen können. Schaffen Sie keine hessischen Zustände in Preußen. Erschüttern Sie aber auch das Vertrauen derer nicht, welche trotz alles oppositionellen Geschreis an dem Glauben festgehalten haben, daß in Preußen das Gegebene solle erhalten werden, und daß die Verfassung vom 31. Jan. 1850 das Fundament bilde, auf dem unsere inneren Zustände fortgebaut, geordnet und vervollkommnet werden sollen."

Hierauf antwortete Manteuffel am 21. Juli:

„Ew. Hochwohlgeboren haben mir durch Ihr Schreiben vom 14. d. Mts. einen sehr schätzenswerthen Beweis Ihres Vertrauens gegeben, den ich nicht unerwidert lassen darf, wenn mir auch meine Zeit nicht vergönnt, ausführlicher auf die einzelnen Punkte einzugehen.

Ew. Hochwohlgeboren dürfen völlig überzeugt sein, daß wir weder hessische Zustände in Preußen herbeiführen, noch überhaupt den Weg einer verfassungsmäßigen

*) Am 25. Juni hatte der Handelsminister v. der Heydt Manteuffel eigenhändig und privatim aus Düsseldorf mitgetheilt: „Was die Protestationen gegen Kreis- und Provinzialstände betrifft, so scheinen diese nur auf einer übel angebrachten Furcht vor einer etwa später eintretenden Vertretungsverbindlichkeit zu beruhen. Dieselben erscheinen bei einem festen, umsichtigen Gange nicht sehr gefährlich."

Entwickelung verlassen wollen. Es ist daher zu beklagen, daß irgend welche Gründe — sei es nun eine mißverständliche Auffassung der Motivirung derjenigen Schritte, welche der Herr Minister des Innern, nach meiner Ueberzeugung durchaus in den Grenzen seiner gesetzlichen Befugnisse that, oder sei es der ungerechtfertigte Jubel, den man auf manchen Seiten über die vermeintliche Restauration der alten Provinzialstände erhebt*) — Veranlassung zu einer sehr irrigen Auffassung der in Rede stehenden Verfügungen gegeben haben.

Schon die einfache, mit einer etwas tieferen Betrachtung der Verhältnisse sicher verbundene Erkenntniß, daß von der Wiederherstellung der Kreis- und Provinzialstände in ihrer unveränderten früheren Wirksamkeit und Bedeutung — ganz abgesehen von der Gesetzmäßigkeit dieses Schrittes — nur ein sehr zweifelhafter Gewinn für eine gesunde Entwickelung unserer inneren Zustände zu erwarten sein möchte, hätte die Annahme, als sei hierauf die Absicht der Regierung gerichtet, ausschließen müssen. Daß dies nicht der Fall sei, beweist überdies schon der Weg, welcher hierbei eingeschlagen worden. Denn es liegt auf der Hand, daß zur Durchführung einer solchen Maßregel sowohl, um den Erfolg zu sichern, als um die öffentliche Meinung zu gewinnen, eine feierliche Erklärung der obersten Staatsgewalt und nicht der Verwaltungsakt eines einzelnen Ministers zweckmäßig und erforderlich gewesen wäre. Hierum handelte es sich aber gar nicht, es galt vielmehr nur die Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses, wie es durch die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes, ebenso wie durch den Zustand, in dem sich die Verwaltung einiger Kreis- und Provinzialinstitute befindet, erzeugt worden war, wie denn die alten Provinzialstände wenigstens zum größten Theil auch kommunalständische Befugnisse und Verpflichtungen hatten, deren Fortdauer bis zum Erlaß eines neuen Gesetzes nach der Bestimmung der Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung unzweifelhaft ist.

Ob die unter diesen Umständen getroffenen Maßregeln das Zweckmäßigste waren, was geschehen konnte, darüber mögen allerdings selbst die Ansichten sonst Gleichgesinnter auseinandergehen, aber sie sollten es — wie Ew. Hochwohlgeboren selbst so treffend anerkennen — nie so weit, daß man sich zu einer mit dem Wohle des Landes unverträglichen Agitation gegen die Regierung hinreißen läßt und über der Differenz in einer einzelnen Frage die sonstige Gemeinsamkeit des Zieles und Strebens vergißt. Wenn man aber, namentlich gegen den jetzt eingeschlagenen Weg,

*) Am 8. Juli schrieb der Königliche Gesandte Graf Arnim in Wien privatim an Manteuffel: „Erlauben mir Ew. Excellenz nun noch, daß ich Ihnen ausdrücke, wie sehr ich mich freue, jetzt in unsern inneren Angelegenheiten einen Weg eingeschlagen zu sehen, der allein zu einem guten Ende führen kann. Die Herstellung der Kreis- und Provinzialstände, an denen das Land als alten angestammten Einrichtungen festhält, hat allgemeine Zufriedenheit hervorgebracht, und die Energie, mit der Ew. Excellenz Ihre Pläne durchführen, erregt Vertrauen.

So wird auch gewiß die Absetzung der beiden renitenten Oberpräsidenten allgemeine Zustimmung finden und andere Beamte zur Disziplin zurückführen. Ich hoffe nun zuversichtlich, daß die Kammern für die Umgestaltung der Gemeinde- und Bezirksordnung ohne starke Opposition votiren werden. Vielleicht gelingt es auch, eine Revision der Verfassung durchzusetzen.

Erlauben Ew. Excellenz mir, es auszusprechen, wie sehr ich dem von Ihnen eingeschlagenen Wege zustimme, und wie sehr ich mich über die dabei bewiesene Energie freue."

die früher in dieser Angelegenheit von mir erlassenen Anordnungen über die Bildung der Kreiskommission anführt, so darf ich Ew. Hochwohlgeboren nicht verhehlen, wie sich auch ihr in vielen Fällen so mannigfache und erhebliche Hindernisse entgegengestellt haben, daß sich sichere Erfolge von einem Weitergehen auf diesem Wege nicht erwarten ließen und daß die gemachten Erfahrungen gerade den Beweis geliefert haben, wie schwer, ja fast unmöglich es ist, vor Konstituirung neuer Organe, abweichend von den früheren Normen ein geeignetes Interimisticum zu treffen.

Thatsache ist es, daß die eigenthümlichen Verhältnisse der einzelnen, namentlich der östlichen Provinzen eine verschiedene Anordnung fast für jede der östlichen Provinzen erforderlich gemacht hätten, wenn man nicht den Ausweg der Benutzung der alten Elemente ergriffen hätte.

Schließlich erlaube ich mir, Ew. Hochwohlgeboren daran zu erinnern, wie z. B. die Kommissionsberathungen in der ersten Kammer (Denzinscher Antrag) gezeigt haben, daß es wohl leicht wird, eine Uebereinstimmung darüber zu erreichen, daß Bestimmungen nicht zweckmäßig sind, wie schwer sich aber ausführbare Vorschläge und eine Uebereinstimmung über dieselben erzielen lassen.

Wie ich hoffe, wird es dem vereinten Streben der Regierung und umsichtiger Patrioten gelingen, auch in diesem schwierigen Stadium der inneren Entwickelung den rechten Weg zu behaupten, und wir werden nicht zu beklagen haben, daß unbesonnene Versuche, subjektive Bedenken und vermeintliche Uebelstände zu beseitigen, den Grund zu wahrem Uebel legen."

Manteuffels Standpunkt war also nach wie vor der, daß sich der auch von ihm erstrebte Bruch mit der Revolution auch unter dem Fortbestand der Verfassung von 1850*) mit einiger Geschicklichkeit erreichen lasse.**)

---

*) Mitte Sept. richtete Schwarzenberg ein seltsames Schreiben an Prokesch, worin es hieß: „Der König und sein erster Minister haben mit den freundschaftlichsten Glückwünschen dieses Ereigniß begleitet (Aufhebung der Konstitution), durch welches dem Kaiserreich die Bedingungen seiner Festigkeit und Wohlfahrt zurückgegeben worden sind, »auch für das preußische Königthum sei ein unentbehrlicher Stützpunkt wieder gewonnen.« Man dürfe glauben, mit Preußen hier in keiner tiefer gehenden Differenz sich zu befinden, »auch viele andere deutsche Regierungen gaben uns ihre Genugthuung, ihre Freude über die Erhaltung der Staatsgewalt in den Händen des Kaisers unverhohlen zu erkennen. In der Beseitigung des sogenannten Repräsentativsystems in Oesterreich erblicken sie einen wesentlichen Schritt zur Konsolidirung der politischen Zustände auch außerhalb des Kaiserstaats und verleugnen nicht den Wunsch — Vortheil davon zu ziehen. Sie sagen uns aber, daß sie die Kraft zu entschiedenem Auftreten nur aus dem gleichmäßigen, wenn auch in der Form verschiedenen Beispiele der beiden deutschen Großmächte zu schöpfen vermögen.« — Hoffnungen der Umsturzpartei einen Gegensatz hervorzurufen u. s. w. Theilen Ew. Exc. Herrn v. Manteuffel diese Depesche mit." Manteuffel beschloß, die österreichische Depesche nicht zu beantworten. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 670.

**) Unter dem 25. Sept. 1851 notirt Gerlach, Manteuffel habe Sehnsucht nach einer Auflösung der Kammer, um, wenn mit derselben kein neues Wahlgesetz zu Stande komme, eines zu oktroyiren, nach diesem oktroyirten dann zu wählen und durch die nach demselben gewählten das Wahlgesetz konstitutionell festzustellen. Mit der Pairskammer wird ebenso verfahren; daß auf sie bezügliche Gesetz wird oktroyirt und hernach durch sie selbst festgestellt.

Später dachte Manteuffel an ein Wahlgesetz, wonach die Wahlen auf die Kreistage gegründet werden sollten. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 672 und 674.

Am 23. Nov. hatte der König Manteuffel erklärt, er sei nicht einverstanden mit den Entwürfen über Gemeindeordnung, Kreisordnung und Provinzialstände. Mit Bezug auf diese Entwürfe, deren Wortlaut der Prinz von Preußen kennen lernte, schrieb derselbe tags darauf an Manteuffel: „Apropos. Werden Sie nicht darauf antragen, wenn die alten Landtage zur Ueberführung der alten zur neuen Provinzialvertretung pp. berufen werden, daß der zweite und dritte Stand verstärkt erscheint? Das würde der Kammer die Pille etwas versüßen.“*)

Zwischen den beiden Systemen: gänzliche Beseitigung der Kammern und Regieren mit denselben unter dem Vorbehalt einer verfassungsmäßigen Modifikation der Verfassung in konservativem Sinne kam noch eine dritte Auffassung zu Wort, welche weder den konstitutionellen, noch den absoluten, noch den christlichen, noch selbst den ständischen Staat als dem Gefühl der altpreußischen Bevölkerung entsprechend erachtete, vielmehr alles Heil von dem Militärstaate erwartete, welch letzterer auch für die dynastischen Interessen des Hauses Hohenzollern die festeste Grundlage bilden sollte. Den präzisesten Ausdruck für dieses letztere politische System fand der Geheime Legationsrath Küpfer in zwei für den Minister Manteuffel bestimmten Denkschriften, die hier eingefügt werden sollen. Der erste Aufsatz vom 6. Nov., der den Militärstaat als politisches Schiboleth für Preußen verlangte, ging von folgenden Voraussetzungen aus:

„Die ganze Geschichte lehnt sich gegen die in jüngster Zeit oft aufgetauchte Ansicht auf, alle Staaten gewissermaßen nach einer und derselben Schablone organisiren zu wollen. Sie zeigt uns vielmehr Staaten sehr abweichender Art, wie Militärstaaten, Fabrikstaaten, Handelsstaaten 2c., deren innerstes Wesen und Natur durch die verschiedenartigen Verhältnisse, durch ihren eigenthümlichen Entwickelungsgang, den Volkscharakter ihrer Bewohner, ihre geographische Lage und ihre Nachbarschaft bedingt wurden.

Der Militärstaat erschien dabei als eine Nothwendigkeit dort, wo in einem Staate eine außerordentliche Entwickelung der Militärkraft erforderlich war, um dessen Selbständigkeit übermächtigen Nachbarn gegenüber zu bewahren, dort, wo eine in der Bildung begriffene Macht ihre zur Durchführung der ihr zugefallenen Rolle nothwendige territoriale Gestaltung noch nicht erhalten hatte und gewissermaßen naturgemäß noch nach einer größeren territorialen Ausdehnung und Abrundung streben mußte. Endlich dort, wo der Geist der Bevölkerung und die allgemeine Richtung einen Staat in die Laufbahn des Eroberers geworfen hatten, die meist keinen Stillstand zuläßt.

Welches sind nun das eigenthümliche Wesen des Militärstaats und die daraus herfließenden Bedingungen seiner Existenz? Der Militärstaat, wie schon sein Name andeutet, muß wesentlich mit Rücksichtnahme auf das Kriegführen organisirt sein. Er muß daher seine Hülfsmittel wesentlich auf die Herstellung einer möglichst kräftigen Armee verwenden, das heißt einer Armee, welche mit der

*) Am 26. Nov. hielt Manteuffel eine Anerkennung der Provinzialstände durch die Kammern für unwahrscheinlich. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 696.

erforderlichen numerischen Stärke zugleich, was noch wichtiger als die Zahl ist, eine militärisch sehr feste Organisation, eine strenge Disziplin und eine vollkommene Ausrüstung verbindet und von echt militärischem, d. h. Berufsgeiste, durchdrungen ist. Die Mittel müssen daneben gesichert sein, um diese Armee rasch mobilisiren und in die Schlachtlinie bringen, sowie um mindestens die Kosten von ein paar Feldzügen bestreiten zu können. Also erheischt der Militärstaat zuvörderst und gebieterisch eine sehr strenge Sparsamkeit und Ordnung in den Finanzen und womöglich die Ansammlung eines Kriegsschatzes.

Die Herstellung und gute Erhaltung der nothwendigen Festungen und Militäretablissements nehmen ferner im Militärstaate folgerecht die erste Stelle unter den öffentlichen Bauten ein und gehen in der Regel allen anderen vor. Der Militärstaat muß daneben in denjenigen Theilen seines Gebiets, die Kriegsschauplatz zu werden oder demselben nahe zu liegen ausgesetzt sind, alle bedeutenden Kommunikationswege, Eisenbahnen, Kanäle, Chausseen, thunlichst den Forderungen des Militärinteresses entsprechend, nie aber im Widerspruche mit denselben, leiten.

Der Militärstaat ist durchaus nicht einer wesentlichen Begünstigung der Entwickelung der Industrie und des Handels entgegengesetzt, wie dies z. B. das naheliegende Beispiel der Regierung Friedrichs II. sattsam beweist. Der Militärstaat muß aber bei allen Maßregeln seiner Regierung stets die Eventualität des Krieges vor Augen haben; er muß daher bei der Auswahl der zu begünstigenden Industrie- und Handelszweige sowie bei der Regelung seiner Geld- und Cirkulationsverhältnisse die Wirkungen wohl erwägen, die ein ernster Krieg oder eine allgemeine Mobilmachung des Heeres darauf ausüben könnten, um zu vermeiden, daß die mannigfachen Verwickelungen, die ein Krieg oder eine allgemeine Mobilmachung ohnedies schon für den Staat herbeiführen, nicht durch eine damit zusammenfallende, tief eingreifende industrielle Handels- oder Geldkrise zu einer gefahrbringenden Höhe gesteigert zu werden drohen.

Neben diesen und vielleicht noch anderen materiellen Forderungen, welche der Militärstaat an seine Regierung stellt, hat er zugleich seine unabweisbaren moralischen Bedingungen. Die vollziehende Regierungsgewalt in demselben muß eine durchaus einheitliche und sehr kräftige sein, die bei eintretenden Krisen sofort die Diktatur zu übernehmen befugt ist. Selbst bei den Verwaltungsbeamten der verschiedenen Grade muß ein im Vergleich mit anderen Staaten strengerer, ja fast militärischer Gehorsam gefordert werden können. Der Militärstaat erheischt eine gewisse Stetigkeit im Personale der oberen Regierung, welche allein diese wirkliche Kraft geben kann. Er verträgt nicht wohl häufige Wechsel der Minister und Generale. Die Stellung, die in einem Militärstaat das Heer einnimmt, gestattet nicht, dessen Existenz periodisch von Kammern, wo solche bestehen, abhängig zu machen. Das Militärbudget muß also prinzipiell, mindestens hinsichtlich der festen Verwendungen, ein eisernes sein, oder die Kammern müssen sich selbst grundsätzlich die Regel vorschreiben, am normalen Militärbudget nicht zu markten. Das Haupt des Militärstaats kann nicht immer ein Feldherr, muß aber äußerlich Militär sein. Es muß den Militärstand gewissermaßen als den ersten Stand des Staates betrachten und bei vorkommenden Gelegenheiten als solchen

auszeichnen. Die Adjutanten, mit denen es sich umgiebt, muß die Armee in der Regel zu ihren ausgezeichnetsten Offizieren zählen. Der Hof selbst muß eine gewisse militärische Färbung haben und den Unterschied von dem Hofe des Palast-Souveräns hervortreten lassen; das Epaulette muß dort dem Kammerherrnschlüssel voranstehen.

Die äußere Politik des Militärstaats ist durch dessen allgemeine Lage bedingt. Diese kann erheischen, daß sie in gewöhnlichen Verhältnissen und im Allgemeinen eine äußerst vorsichtige, wesentlich abwartende, ja scheinbar neutralisirte ist. Kommt aber einmal, vielleicht spät, der Augenblick zum Handeln, so muß dieses Handeln nach außen auch ein sehr entschiedenes sein, wie es in den inneren Angelegenheiten in der Regel sein soll. Der Militärstaat fordert eine geschickte, gut geschulte Diplomatie.

Die Militärstaaten waren in der Regel Monarchien, wie Macedonien ꝛc. Sie haben aber zuweilen auch eine republikanische Form gehabt, wie Rom und die souveränen Ritterorden; aber diese Republiken hatten stets eine aristokratische Natur. Sobald das demokratische Element darin die Oberhand erhielt, fielen sie sofort den Imperatoren anheim. Militärmonarchien, die Kammern einen wesentlichen Antheil an der Führung der äußeren Politik und der allgemeinen Staatsangelegenheiten einräumten und dadurch einen mehr oder weniger republikanischen Charakter annahmen, sanken stets rasch. Friedrich der Große bezeichnet in seinen Schriften wiederholentlich das Eintreten dieses Verhältnisses als den eigentlichen Grund des raschen Sinkens der schwedischen Macht nach dem Tode Karls XII. Schweden verdankt es nur seiner isolirten geographischen Lage, wenn es dabei noch eine gewisse äußere staatliche Selbständigkeit bewahrte.

Was nun die Frage: ob Preußen ein Militärstaat ist und bleiben muß, betrifft, so kommt dabei zuvörderst seine geschichtliche Entwickelung wesentlich in Betracht. Als Macht angesehen, war seine Wiege die Armee, welche Friedrich Wilhelm I. gründete, und der große Friedrich vervollkommnete, verstärkte und gebrauchte. Bis 1806 war Preußen durch und durch Militärstaat im vollen Sinne des Wortes.

Als es 1814 wieder in territorialer Beziehung rekonstruirt war, fühlten seine Leiter sowohl in der Militär- wie in der Civilpartei lebhaft, daß es einer besonderen einem Militärstaate entsprechenden Organisation bedürfe. Diese Ueberzeugung drückte sich tief in der Militärorganisation von 1814 aus. Ob diese Militärorganisation militärisch richtig gegriffen war und nicht, nach dem Ausspruche der Erfahrung, einer durchgreifenden Reform bedarf, ist hier zu erörtern nicht der Ort. Wir konstatiren nur, daß sie gewissermaßen alle Menschenkräfte des Staates für dessen Militärsystem in Anspruch nahm. Daß während eines tiefen 33jährigen Friedens manche Federn des Militärstaats in Preußen erschlafften, und daß die Umwälzung von 1848 mehrere seiner wesentlichen Institutionen untergrub, beweist nichts gegen dessen Nothwendigkeit. Um diese kategorisch zu begründen, werfen wir einen Blick auf die wirklich vorhandene Lage Preußens.

Preußen hat den wahrlich nicht zu beneidenden Vorzug, zugleich Grenzstaat jeder der anderen drei großen Militärmächte des festen Landes zu sein, deren jede

ihm in Bevölkerungs- und finanzieller Hinsicht, mindestens um das Doppelte und mehr überlegen ist. Preußen besitzt selbst daneben fast nirgends natürliche feste Landgrenzen und ist wesentlich ein plattes und offenes Land. Ein bedeutender Theil der Bevölkerung Preußens, die konfessionell in Verhältnisse von $^3/_5$ und $^2/_5$ gespalten ist, wurde erst in neuerer Zeit dem Staate einverleibt, mit dem sie zum Theil noch nicht moralisch verschmolzen, ja dem sie hin und wieder offen widerstrebend ist. Diese an sich schon unendlich schwierigen Verhältnisse werden noch außerordentlich durch die territoriale Gestaltung erhöht, die Preußen in Folge der Rekonstruktion von 1814 enthielt. Wenn es sich 1806 von Memel bis Cleve erstreckte, dehnt es sich jetzt von Memel bis Saarlouis aus. Dabei hat es Oesterreich als früheren Besitzer Belgiens in der sehr schwierigen und lästigen Rolle, Barrierestaat Deutschlands gegen Frankreich zu bilden, ablösen müssen. Rußland, welches 1806 seine Grenzen am Niemen und seine Depots an der Düna und dem Dnjepr hatte, hat erstere bis zur Warthe und Prosna und letztere bis an die Weichsel vorgerückt. Dem mächtigen Frankreich gegenüber ist Preußen in dem Falle, seine Kriege weit vom Mittelpunkte seiner Hülfsquellen führen zu müssen. Von den Pässen des so schwer angreifbaren und stets wieder einen gesicherten Rückzugspunkt darbietenden Böhmens, hat Oesterreich bis Berlin nur etwa 28 Meilen durch eine Gegend zurückzulegen, die keine nennenswerthe Vertheidigungslinie besitzt.

Die Armeen Rußlands können in der Entfernung von nur etlichen vierzig Meilen von Berlin debouchiren. Wenn Oesterreich gegen Preußen eine ausgesprochene Invasion unternehmen will, kann die preußische Armee, falls sie nicht Berlin ohne Schlacht aufzugeben gewillt ist, die Annahme einer großen entscheidenden Schlacht nicht über acht Tage hinaus vermeiden, sowie Rußland gegenüber nicht über vierzehn Tage hinaus.

Will Preußen unter diesen unendlich schwierigen Verhältnissen ein wirklich selbständiger Staat bleiben, d. h. seine Selbständigkeit nöthigenfalls mit seinen eigenen Kräften aufrecht zu erhalten vermögen, so bleibt ihm nur übrig, seinem Vertheidigungssystem durch die Organisation der Monarchie als Militärstaat die nöthige Verstärkung zu schaffen, die es von nirgend anderswoher zu nehmen vermag. Diese Sachlage ist zu evident, um weiterer Beweise zu bedürfen.

Man könnte zwar einwenden, daß Preußen, da es doch nur eine künstliche europäische Großmacht sei, statt sich in Anstrengungen für diesen Zweck zu erschöpfen, lieber freiwillig diese Stellung aufgeben und wie die deutschen Mittelstaaten fortan seine Sicherheit nur in dem Schutze des europäischen Völker- und deutschen Bundesrechts suchen solle. Uebersehen wir aber nicht, daß in diesem Falle das protestantische Deutschland und der sächsisch-deutsche Name ihrer Autonomie und Vertretung im Areopag der europäischen Großmächte verlustig gingen, daß dann Oesterreich oder Rußland faktisch in Berlin nicht Einfluß ausüben, sondern gebieten würden, daß dann Friedrich der Große und die Kämpfer von 1813 umsonst gearbeitet hätten!!! — Wer möchte in Preußen einen solchen Vorschlag wirklich zu machen wagen?

Von einer anderen Seite her könnte bemerkt werden, daß Preußen in seiner Militärverfassung von 1814, in der Wehrhaftmachung seines ganzen Volks bereits die nöthigen Mittel besitze, um seinen Nachbarn erfolgreich die Spitze bieten zu können, und daß es dazu keiner anderen außerordentlichen Maßregeln bedürfe. — Wie schon oben angedeutet wurde, befindet sich Preußen durch seine ungünstige territoriale Lage in dem Falle, einer österreichischen Invasion gegenüber binnen acht Tagen, einer russischen Invasion gegenüber aber binnen vierzehn Tagen eine große entscheidende Schlacht, wenn der Feind diese sucht, annehmen zu müssen. Preußen bedarf also einer sehr festen Armee, die den feindlichen Linien Armeekorps sogleich in der Schlacht entgegenzustellen vermag. Dies erheischt aber, wie jeder Kriegskundige einräumen wird, andere Truppen als Milizentruppen, wie sie nicht der Enthusiasmus des Augenblicks, sondern nur die feste Kriegszucht des Militärstaats schafft."

Die zweite, die Stellung der Regierung zu den Kammern ins Auge fassende Küpfersche Denkschrift (Berlin, Mitte Nov. 1851) lautet:

„Wesentlich infolge eines irrig verstandenen Strebens nach Popularität in Deutschland, dem Preußen schon vor 1848 das Opfer von fünf zum Bau von Ulm und Rastatt beizutragenden Millionen Gulden, während die gesprengten Werke von Schweidnitz und Breslau in Ruinen blieben, brachte, hat der Militärstaat Preußen auch noch 1850, als er bereits wieder Herr seiner Bewegungen geworden war, ein seinem innersten Wesen widerstrebendes System von aus Wahlen hervorgegangenen Kammern angenommen.

Das Heil des Staates erheischt gebieterisch, diese Hauptmaschinerie der jeden inneren Halts entbehrenden Bourgeoisieherrschaft, die mit dem Militärstaate, welcher selbst centrale ständische Versammlungen nur in einem sehr beschränkten Maße verträgt, recht eigentlich Gegensatz bildet, wieder zu beseitigen. — Umstände mögen indeß veranlassen, in dieser Hinsicht vorerst noch zu temporisiren.

Welche Haltung, fragt es sich, hat nun bis dahin, daß eine gründliche Umgestaltung des Kammersystems stattfindet, das Königliche Ministerium den jetzt bestehenden Kammern gegenüber einzunehmen.

Die allgemeine Beantwortung dieser Frage könnte wohl nur lauten: »Den Wirkungskreis und die Thätigkeit der Kammern thunlichst zu beschränken. Dann stets eine imponirende Haltung der Regierung den Kammern gegenüber zu behaupten und diese letzteren in eine untergeordnete Stellung hinabzudrücken zu suchen. Endlich das Land über das Maß der wirklichen Leistungen der Kammern in seinem Interesse möglichst aufzuklären.«

Im Einzelnen schienen sich dabei folgende besondere Direktivnormen darzustellen:

Das Ministerium, auf den Buchstaben der Verfassung gestützt, verweigerte systematisch den Kammern gegenüber jede Auslassung über die auswärtigen Angelegenheiten, die deutschen Bundesangelegenheiten mit einbegriffen, und verwahrte sich gegen jedes Ergehen der Kammern auf diesem Felde, als völlig außer-

halb ihrer Kompetenz liegend. Es wäre in diesem System wohl zu wünschen, daß in der Eröffnungsrede der Kammern jede Auslassung über die äußere Politik der Regierung, ja selbst die banale Phrase von den zufriedenstellenden Beziehungen mit den »fremden Mächten«, durch einen anderen, die äußere Politik nur indirekt mit einbegreifenden Ausdruck wie: »Die allgemeine Lage des Staats ist beruhigend und durchaus zufriedenstellend« ersetzt würde.

Hinsichtlich der Militärausgaben und überhaupt der die Armee berührenden Fragen dürfte es zweckmäßig sein, den Kammern frei und offen, ja allenfalls in der Eröffnungsrede, den Grundsatz: »daß Preußen ein Militärstaat sei und bleiben müsse« entgegen zu halten sowie, daß Regierung und Kammer gleichmäßig den Grundbedingungen dieser Lage sich fügen müßten. Zu diesen Grundbedingungen zählte man dann, daß die Existenz der Armee und des ganzen Militär-Etablissements nicht periodisch von den Eindrücken der Kammer abhängig gemacht werden könnte, daß also das Militärbudget faktisch als eisern zu betrachten sei, und ebenso, daß alle dauernden Ueberschüsse der Einnahme prinzipiell dem Militärwesen zuzuwenden wären. Daß also die Kammern sich mit der Armee und ihren Bedürfnissen nur dann zu beschäftigen hätten, wenn für letztere neue Auflagen oder Anleihen nothwendig würden. Machten dennoch die Kammern Miene, gegen die Erhöhung des Militäretats zu remonstriren, so könnte man ihnen vielleicht die Verpflichtungen Preußens gegen den deutschen Bund, insofern »das Bundeskontingent von den im Lande einbegriffenen Provinzen und in fest organisirten Truppen zu stellen wäre«, entgegenhalten. Nähme aber dennoch die Opposition der Kammern über diesen Gegenstand einen faktiösen Charakter an, so biete dies vielleicht die beste Veranlassung, mit ihnen definitiv zu brechen und sie als dem Wohle des Staats gefährlich zu quieszиren. Etwaigen sogenannten Interpellationen der Kammern in Bezug auf Militärangelegenheiten würde systematisch die Beantwortung versagt, mit dem Bemerken, »daß das Interesse des Dienstes deren Beantwortung untersage.«

Machten die Kammern ferner Anträge, welche Geldausgaben erheischten, und wären diese Anträge nicht von einem ganz evidenten Nutzen, so wiese die Regierung dieselben ganz kurz mit dem Bemerken zurück, daß die Kammern wohl wegen Beschränkung der Ausgaben, nicht aber hinsichtlich ihrer Vermehrung die Initiative zu nehmen befugt wären.

Am Schlusse jeder Kammersession hätte man Sorge, in der nicht offiziellen Presse die wirklichen Leistungen der Kammern in derselben genau analysiren und würdigen, vor Allem aber dabei Alles hervorheben zu lassen, was bewiese, daß die Kammern wenig sparsam mit den Staatsgeldern umgingen. Alle neuen und lästigen Steuern, wie namentlich die Einkommensteuer, würden dabei hinsichtlich ihres Ursprungs, auf erste Anregungen in Betreff derselben durch die Kammern zurückgeführt, deren Widerwille gegen indirekte Steuern die Regierung zu direkten Steuern hindränge. Die Beendigung einer sogenannten Legislaturperiode böte auch eine natürliche Veranlassung dar, auf die Leistungen der eben verblichenen Kammern während ihres dreijährigen Bestehens einen Rückblick im obigen Sinne zu werfen.

Im nächsten Jahre wäre vielleicht bei dieser Gelegenheit das Erscheinen eines streng wissenschaftlich gehaltenen Werkes zu veranlassen, in welchem zuvörderst dargethan würde, daß Kammern in die Leitung der Politik und der Militär-angelegenheiten eines großen Staats nur störend einzugreifen vermöchten, und dann untersucht würde, welches die Natur und Folgen ihrer Einwirkung auf die Finanzwirthschaft, die Verwaltung und die Gerechtigkeitspflege eines solchen Staates wären?"

Niemand wird bestreiten wollen, daß sich in beiden Küpferschen Exposés mancher beachtenswerthe politische Gedanke findet, indessen muß man doch zugeben, daß die Art, wie Manteuffel das Kammersystem behandelte, staatsmännischer war. Nur wer, wie er, mitten in den Geschäften stand, konnte die Methode finden, die den Rechten der Krone ebenso gerecht wurde als den von dem neunzehnten Jahrhundert erkämpften freiheitlichen Institutionen. —

Zu den Maßregeln, mit denen Manteuffel das Königliche Regiment auf Kosten der Kammern stärken wollte, zählte auch die Wiederbelebung des Staatsraths.*) Am 11. Juli schrieb der Prinz von Preußen aus Frankfurt a/M. an Manteuffel:

„Es ist mir das Allerhöchste Anerbieten gemacht worden, das Präsidium des zu reaktivirenden oder neu zu organisirenden Staatsraths zu übernehmen. Ich verkenne nicht einen Augenblick die Wichtigkeit dieses Anerbietens und das Vertrauen, welches für mich in demselben liegt. Außerdem halte ich die Reaktivirung des Staatsraths für unerläßlich und vollkommen mit der Verfassung vereinbar, wenn ihm der Charakter der höchsten im Staate bestehenden begutachtenden Behörde genommen wird und er lediglich als vorbereitende Behörde für die den Kammern vorzulegende Gesetzgebung instituirt bleibt. Was die Uebernahme des Präsidiums dieser so wichtigen Behörde betrifft, so muß ich dabei verschiedene Rücksichten in Betracht ziehen, und zwar zunächst meine Fähigkeit zu diesem Amte. Ich muß mir dieselbe durchaus absprechen.

Ich bin mir wohl bewußt, in meiner früheren Stellung als Mitglied des Staatsministerii, des Staatsraths und selbst als Vorsitzender der Ständigen Kommission mich insoweit mit den Geschäften bekannt gemacht zu haben, daß ich ein selbständiges Urtheil abgeben und somit auch in die Debatten eingreifen konnte. Die Gesetzgebung aber in dem Maße und Umfange zu studiren, um die Diskussionen über neue Gesetze zu leiten in einer so großen Versammlung, wie es der Staatsrath ist, dazu fühle ich bei mir durchaus die Fähigkeit nicht. Das Beispiel des Herzogs Carl von Mecklenburg, der eine sehr selten anzutreffende Geschäftsorientirung, ein angeborenes Talent zum Präsidiren und überhaupt ein savoir faire in den verschiedenartigsten Verhältnissen besaß, paßt gar nicht auf mich, und selbst dem Herzog

*) Der durch Verordnung vom 27. Okt. 1810 als berathende Behörde ins Leben gerufene Staatsrath war erst am 30. März 1817 in Wirksamkeit getreten, in seiner Thätigkeit aber durch die Ereignisse des Jahres 1848 unterbrochen worden. Durch Erlaß vom 12. Jan. 1852 genehmigte der König, daß er wieder in Wirksamkeit gesetzt werde.

Carl hat es seine Gesundheit gekostet, wie er selbst oft äußerte, weil die gewissenhafte Orientirung in dem ihm unbekannten Geschäfte ihn so absorbirte, daß er ganze Nächte schlaflos zubrachte.

Eine andere Rücksicht, die ich in Anschlag bringen muß, ist meine Stellung im Staate. Mit derselben finde ich es nicht passend und nicht vereinbar, das Präsidium über eine Staatsbehörde zu übernehmen,*) die dem Könige Gesetze vorlegt, die öfters durch Majoritätsbeschlüsse, ganz gegen die Ansichten ihres Präsidenten, der präsumtiver Thronerbe ist, ausfallen können. Als Mitglied einer begutachtenden Behörde ist meine Stellung weit weniger kompromittirend.

Noch viel beachtenswerther ist meine Stellung als Präsident des Staatsraths gegenüber den Kammern. Es streitet mit meinem Gefühl und mit meiner Ansicht, daß der Thronerbe den Kammern als ein Geschäftsmann gegenüber und als solcher überhaupt in Verbindung tritt, namentlich aber als Vertreter von Gesetzen, die vielleicht gegen seine Ueberzeugung laufen oder die von den Kammern verurtheilt werden. In solche Konflikte darf man den Thronerben nicht bringen. Seine Stellung als Mitglied der ersten Kammer wird ihn oft genug in schiefe Lage bringen. Doch ist er hier aber nur wie im Staatsrath Mitglied der Versammlung und deshalb die Stellung weniger den Konflikten ausgesetzt.

Außer allen diesen Gründen, die mich bestimmen müssen, der Stelle als Präsident des Staatsraths überhoben zu werden, tritt noch der Grund hinzu, daß ich sie nicht mit meiner militärischen Stellung am Rhein verbinden könnte und in Berlin mir keine dergleichen anzubieten ist. Es ist mir aber unmöglich, ohne militärische Anstellung zu existiren. Dazu kommt, daß meine Einwirkung auf meinen militärischen Wirkungskreis eben erst beginnt einflußreich und einwirkend zu werden, nachdem man anfängt zu wissen, wie ich den Dienst gehandhabt wissen will. Außerdem aber ist das Kommando über jene zwei Armeekorps bis nach ausgemachten Konflikten im kommenden Jahre in Frankreich durchaus nöthig und höchst wichtig, so daß ich glauben darf, in meiner Stellung am Rhein gerade in der nächsten Zeit Nutzen stiften zu können.**) Graf Alvensleben wäre der rechte Mann zum Staatsrathspräsidenten."***)

*) Es darf daran erinnert werden, daß der Kronprinz Friedrich Wilhelm in den letzten Regierungsjahren des Kaisers Wilhelm I. auf Bismarcks Veranlassung die Stelle des Vorsitzenden im reaktivirten Staatsrath übernahm.

**) Auf der anderen Seite fehlte es nicht an Stimmen, die dringend riethen, daß das Hoflager des Prinzen von Preußen aus den westlichen Provinzen nach der Hauptstadt zurückverlegt werde. „Es scheint demnach wünschenswerth," so schrieb der Minister des Königl. Hauses, Graf zu Stolberg, am 24. Juni an Manteuffel, „dem Prinzen eine militärische Stellung in den alten Provinzen zu geben, seinen baldigen Abgang vom Rhein durch den Mangel an Zahlungsmitteln zu motiviren, und Se. M. zu vermögen, je eher je lieber das rheinische Verhältniß aufzulösen."

***) Gerlach erwähnt, a. a. O., Bd. I, S. 646, unter dem 4. Juli: „Stolberg hat mit dem Prinzen von Preußen ein langes Gespräch gehabt, um ihm den Entschluß des Königs anzukündigen, ihn, den Prinzen, vom Rhein abzurufen und zum Präsidenten des neu zu errichtenden Staatsraths zu machen. Der Prinz hat diesen Plan abgewiesen, er sei unfähig zu dieser Stelle, außerdem müsse er jedenfalls eine militärische Stellung haben. Am Rhein sei er sehr nützlich gewesen rc. Meine Meinung ist auch, daß man dem Prinzen ein wichtiges Militärkommando geben muß. Mit der inneren Politik hat sich Se. K. H. einverstanden erklärt, die äußere müsse er aber noch immer verdammen."

Auf die Bestrebungen, den Staatsrath zu reaktiviren, werden wir im nächsten Kapitel zurückkommen. —

In sehr feierlicher Weise fand am 23. August*) in Hechingen die Huldigung der Hohenzollern-Deputirten vor dem König von Preußen statt. Nachdem die Festlichkeiten durch Gottesdienst eröffnet und sich der König mit den Geladenen auf der Burg versammelt hatten, nahm derselbe zuerst die Huldigung der drei Standesherren, der Fürsten v. Fürstenberg, Thurn und Taxis und Hohenlohe-Schillingsfürst entgegen. Hierauf trat Manteuffel vor und hielt die Anrede an die sämmtlichen Landesdeputirten:

„Sie haben jetzt den Akt der Huldigung zu leisten. Dieser Akt ist ernst für das lebende wie für das kommende Geschlecht des Landes. Nicht das Schwert des Eroberers ist es, was Ihnen eine neue Herrschaft bringt, sondern der freie Wille der früheren Fürsten, welche einen längst bestehenden Vertrag zur Geltung brachten. Hier an der Wiege eines tausendjährigen Fürstengeschlechtes haben Sie dem Oberhaupte der preußischen Monarchie, die nach Gottes Rathschluß zu einem mächtigen Reiche herangewachsen ist, den Eid der Huldigung zu leisten. Darin besteht Preußens Macht und Einheit, daß es seine Völker treibt, ihren höchsten Stolz darein zu setzen, ihrem Könige treu und gehorsam zu sein. Diese Treue bilde das Band, das auch diese Lande, obgleich entfernt von dem Reiche, an dasselbe unauflöslich knüpft. Darum mit Gott für König und Vaterland! Schlagen Sie ein in diese brüderliche Hand; die Treue ist für die Fürsten, besonders aber für die Völker wohlthätig. Der Gott, dem unser König mit seinem ganzen Hause als frommer Knecht dient, hört Ihren Schwur." **)

Die gerichtliche Verfolgung des Verfassers der Schrift: „Vier Monate auswärtiger Politik" ***) wollte in dieser Periode nicht von der Stelle rücken. In dem Antrage des Staatsanwalts waren sieben Punkte in jener Schrift als erdichtet und entstellt bezeichnet worden.

In Betreff des Punktes Nr. 7 des Antrages des Staatsanwalts war bereits ein Beweisstück in dem Arnimschen Prozesse beigebracht worden, und die Behauptung, „daß Manteuffel zu einer Zusammenkunft mit dem Fürsten Schwarzenberg nach Olmütz gereist sei, ohne eine Antwort des Letzteren abzuwarten, ob er in eine solche Zusammenkunft willige", dadurch widerlegt worden, daß eine darauf beigefügte Notifikation selbst mitgetheilt wurde.

Eine gleiche Beweisführung in Betreff der anderen Punkte war indeß unmöglich. Nach Manteuffels Dafürhalten mußte es sowohl der Staatsanwaltschaft

*) Am 14. August kam eine Einladung des Königs von Bayern an den König nach Hohenschwangau. Manteuffel war von Haus aus dagegen, stellte aber die Sache auf die Form der Einladung.

**) Im August unterbreitete Niebuhr aus Hechingen Manteuffel ein 30 Seiten langes eigenhändiges Promemoria, betreffend die preußische Einverleibung von Hohenzollern. Niebuhr bespricht die Maßregel vom politischen, kulturhistorischen und wirthschaftlichen Standpunkt und macht Vorschläge hinsichtlich der Organisation des Landes.

***) Vgl. Bd. I, S. 419.

als den Richtern genügen, daß er in seiner amtlichen Stellung die unter 1 bis 6 angeführten Thatsachen für erdichtet erklärte, und es mußte dem Anzuklagenden in seiner Rechtfertigung überlassen bleiben, das Gegentheil zu beweisen.

Wenn z. B. behauptet wurde: „Daß von Oesterreich im Juni Anerbietungen zur Ausführung unter für Preußen vortheilhaften Bedingungen gemacht worden seien und Manteuffel gegen sie gestimmt hätte", so konnte der Letztere, da ihm solche Anerbietungen und vortheilhaften Bedingungen nicht bekannt waren, ein Beweisstück in dieser Beziehung nicht beibringen.

Ebenso wenig konnte Manteuffel durch ein Beweisstück die Behauptung der inkriminirten Schrift widerlegen: „Daß Herr v. Schleinitz bei der Niederlegung seines Amtes die unter 2 aufgeführten Erklärungen gegeben habe." In gleicher Linie standen die unter 3, 4, 5 und 6 angeführten Behauptungen der inkriminirten Schrift: Sie waren sämmtlich erdichtet, und der Beweis, daß sie es nicht waren, konnte nur von dem Angeklagten erwartet werden.

Bei dieser Sachlage kam vorübergehend zur Frage, die Anklage auf den unter 7 hervorgehobenen Punkt zu beschränken; später versuchte es aber Manteuffel doch noch, zehn Punkte aus der Broschüre herauszugreifen, von denen er bestimmt behaupten konnte, daß sie erdichtet seien. Als sich die gerichtlichen Verhandlungen immer weiter hinauszogen, beschloß Manteuffel am 7. Nov. 1852, mit Rücksicht auf den langen Zeitverlauf seit der polizeilichen Beschlagnahme der Schrift, und um die Aufmerksamkeit des Publikums nicht von Neuem auf diese Angelegenheit zu lenken, von der gerichtlichen Verfolgung des Professors Duncker in Halle Abstand zu nehmen. —

In ein schiefes Verhältniß zu dem Präsidenten der Seehandlung Bloch wurde Manteuffel durch die Angriffe versetzt, die die Broschüre des Redakteurs der „Neuen Preußischen Zeitung", Hermann Wagner, betitelt: „Die Rhederei der Königlich Preußischen Seehandlung und der Verkauf der Seehandlungsschiffe unter der Verwaltung des Präsidenten Bloch" enthielt. Die Broschüre besprach den Verkauf der Seehandlungsschiffe als eine Verschleuderung; sie sagte, die öffentliche Versteigerung sei durch ein auffallendes Manöver umgangen worden, und die ganzen Manipulationen des An- und Verkaufs der Schiffe seien zwischen Beamten der Seehandlung untereinander gemacht worden, und der Geheime Kommerzienrath O'swald zu Hamburg insbesondere bei diesen Manipulationen betheiligt, indem er die Brigg „Elisabeth Louise" für das unverhältnißmäßig billige Kaufgeld von 13 750 Mk. unter der Hand erstanden habe, während bei einer offenen, rechtlichen Versteigerung des Schiffes im Staatsinteresse ein weit höherer Preis zu erzielen gewesen wäre. — Ebenso sei die Brigg „Kronprinz von Preußen" auf unzurechtfertigende Weise verschleudert worden und auch hierbei O'swald als Schiffsmakler bezw. Seehandlungsagent thätig gewesen.

Infolge dieses Angriffes sah sich O'swald, der zugleich die Stelle eines preußischen Generalkonsuls in Hamburg bekleidete, veranlaßt, bei seinem Ressortminister, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Manteuffel, den ausdrücklichen Antrag zu stellen, wegen der ihm zur Last gelegten Handlungen eine Untersuchung von Amts wegen eintreten zu lassen. Der Ministerpräsident schien jedoch den Behauptungen der „Neuen Preußischen Zeitung" nicht einmal soviel Glaubwürdigkeit beizumessen,

um irgend welche Ermittelungen für nöthig zu halten, wie aus folgender, an Herrn O'swald erlassenen Verfügung vom 11. Sept. 1851 hervorgeht:

„Ich habe Ew. Hochwohlgeboren beide Berichte vom 14. und 16. v. Mts. nebst den dazu gehörigen Anlagen, betreffend die als Manuskript gedruckte Schrift: »Die Rhederei der Königlich Preußischen Seehandlung und der Verkauf der Seehandlungsschiffe unter der Verwaltung des Präsidenten Bloch« seiner Zeit erhalten und daraus mit lebhaftem Bedauern die gegen Sie gerichteten Angriffe ersehen. Je fester aber in mir die Ueberzeugung von Ihrer Vaterlandsliebe und oft bewährten Pflichttreue gegründet ist, um so weniger kann dieselbe durch derartige Anschuldigungen erschüttert werden. Ich muß daher Anstand nehmen, auf Ew. Hochwohlgeboren Antrag: von Amts wegen eine Untersuchung wegen der in der angezogenen Schrift erhobenen Anklagen anzuordnen, näher einzugehen, und glaube mich der zuversichtlichen Hoffnung überlassen zu dürfen, daß Ew. Hochwohlgeboren in diesem Zeugniß eine vollständige Beruhigung finden werden. Ob und welche Schritte Ew. Hochwohlgeboren etwa zur Ahndung der gegen Sie gerichteten Angriffe sonst zu thun sich veranlaßt finden sollten, kann ich nur Ihrer Erwägung anheimstellen.

Manteuffel."

Daraufhin beantragte der Generalkonsul O'swald die Bestrafung des rc. Wagner bei den Berliner Gerichten. Auf den Verlauf dieses Prozesses werden wir in dem folgenden Kapitel zurückkommen. —

Von dem Wunsche beseelt, wieder eine Anstellung zu erhalten, hatte sich der vormärzliche Minister Ernst v. Bodelschwingh brieflich an Manteuffel mit dem Bemerken gewandt, er sei bereit, den Posten des Regierungspräsidenten in Arnsberg anzunehmen, den des Konsistorialpräsidenten aber nur unter der Bedingung, daß die Vorschläge der westfälischen Synode angenommen würden. Am 23. Sept. sandte Gerlach*) aus Sanssouci Manteuffel diesen ihm zugänglich gemachten Brief Bodelschwinghs zurück, hinzufügend:

„Ich habe ihn Sr. M. vorgelesen, und war der König sowohl für seine Anstellung als Regierungspräsident in Arnsberg, als für die als Konsistorialpräsident. Die erste fand ich ganz unbedenklich, keineswegs aber die zweite. Bodelschwingh galt als Oberpräsident in Westfalen für einen kirchlichen Despoten. Ew. Excellenz wissen, daß dort schon von der vorigen Regierung her eine sehr freisinnige, man kann sagen, radikale Kirchenordnung gilt. Jetzt sind auf einer

*) Am 22. Sept. schrieb Gerlach aus Sanssouci an Manteuffel: „Was die von Ew. Excellenz gewünschte Audienz anbetrifft, so lassen Se. M. Sie für morgen zur Tafel um 3 Uhr einladen. Der Hof wird wahrscheinlich denselben Tag in das Theater gehen und Ew. Excellenz würden alsdann zwischen 5 und 6 Uhr eine ruhige Vortragsstunde im grünen Kabinet des Eisenbahnwagens haben. Außerdem haben mir Se. Majestät befohlen, Ew. Excellenz zur Jagd in der Schorfhaide einzuladen. Der König wird den 28. Sonntags abends dahin abgehen und spätestens am 1. wieder hier sein. Ich bemerke noch vertraulichst, daß die Anwesenheit Ew. Excellenz bei dieser Jagd auch an sich sehr wünschenswerth ist, indem der »Gothaische« Herzog von Gotha daselbst sein wird."

Synode, auch unter Bethmann-Hollwegs Einfluß, bedeutende, im Ganzen gute Modifikationen dieser Kirchenordnung durchgesetzt worden, welche die Synode herschickte, um sofort dieselben bestätigt zu erhalten. Der Minister Raumer hielt diese Bestätigung für bedenklich, da immer noch Forderungen gemacht wurden, die er nicht glaubte vertreten zu können, wie z. B. Vorschlag der Mitglieder des Konsistoriums ꝛc. — Nunmehr macht Bodelschwingh die Bestätigung dieser Vorschläge zur Bedingung seiner Annahme des Präsidiums des Konsistoriums. Liegt es da nicht sehr nahe, daß er, wie das bei früherer Despotie und bei seiner Prinzipienlosigkeit nicht unwahrscheinlich, ganz in die Unabhängigkeitsgelüste der dortigen Kirche eingehen wird. Se. M. sagten, als ich diese Bedenken vortrug, man müsse mit Bodelschwingh über diese Vorschläge sprechen und seine Meinung hören, und bemerkten, es sei doch wichtig, einen Konsistorialpräsidenten für Westfalen und zwar einen solchen zu haben, welcher der dortigen Kirche angemessen wäre. Man solle daher Bodelschwingh zum Präsidenten in Arnsberg und zum interimistischen Konsistorialpräsidenten ernennen.

Ich kann der Ansicht Sr. M. nicht geradezu widersprechen und erkenne auch an, daß Bodelschwingh als Konsistorialpräsident weniger bedenklich ist, wenn er zugleich Regierungspräsident ist, möchte aber doch Ew. Excellenz anheimgeben, dem Minister v. Raumer, der jetzt eben vom Elberfelder Kirchentag zurückgekehrt ist und daher wohl genau den Stand der dortigen Kirchensache kennt, sowohl den Bodelschwinghschen Brief als dieses mein Schreiben mitzutheilen."

Ernst v. Bodelschwingh wurde im Jahre 1852 zum Regierungspräsidenten in Arnsberg ernannt. —

Aus Versehen hatte Manteuffel am 15. Okt. Gerlach einen Brief des Königlichen Gesandten in Petersburg, v. Rochow, mitgetheilt, worin dieser den Minister bat, Gerlach nur die Anlage des Briefes bekannt zu geben, und dann fortfuhr: „Ich liebe diesen trefflichen, uneigennützigen und gescheuten Mann von ganzem Herzen, aber er ist auch in sehr vieler Beziehung ein Doktrinär und überklug. In Hinsicht der »Kreuzzeitung« und der gar nicht mehr zeitgemäßen »Rundschau« theile ich seine Ansicht nicht. Es wäre nicht übel, ihn zu überzeugen, daß die »Kreuzzeitung« doch auch sehr taktlos ist. Eine gewisse Klasse sehr achtbarer Männer in unserem Vaterlande glaubt sich allwissend und steigert sich in ihrem Hochmuth."

Am 17. Okt. schickte*) Gerlach diesen Brief an Manteuffel zurück und fügte bei:

„Es ist eine sonderbare Sache, daß man von einer Zeitung einen großen Takt erwartet. Der Redakteur der »Kreuzzeitung« ist ein ausgezeichneter Mann, aber doch am Ende nicht in der Lage, wie ein an einem Kaiserlichen Hofe akkreditirter Minister. — Würde man eine solche unabhängige Zeitung zu scharf beaufsichtigen, so würde dieselbe, wenn sie es sich gefallen ließe, ihren Einfluß ver-

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 675.

lieren oder man würde sich mit ihr kompromittiren. Die Dienste, welche die »Kreuzzeitung« gegen Hansemann, Pfuel, Radowitz geleistet, sind, wie das in der Ordnung ist, schon wieder vergessen. Daß dieselbe und die sogenannte Kreuzzeitungspartei aber jetzt dem Ministerium entgegensteht, glaube ich nicht. Bethmann-Hollweg und sein Anhang werfen ihr eben vor, daß sie der von ihnen angefeindeten Politik des Ministeriums folgt. — Man muß seinen Weg gehen und sich nicht irre machen lassen, und ich freue mich, da ich noch in einem Amte bin, daß ich von Herzen und mit Ueberzeugung der Politik folgen kann, die Ew. Excellenz Ministerium verfolgt. Rochow sollte aber (am wenigsten in Rußland), nicht von Verlegenheiten sprechen, welche die konservative Partei dem Ministerium bereitet, besonders da er nicht einmal gründlich unterrichtet ist. So habe ich ihm auch geschrieben."*)

Noch bevor Rochow in St. Petersburg diese etwas gereizten Zeilen des Generaladjutanten erhielt, klagte er (17. Okt.) in einem an Manteuffel gerichteten Briefe noch einmal über das Organ der kleinen aber mächtigen Partei: „Die »Kreuzzeitung« ist noch immer taktlos. Es bleibt ein Jammer, daß bei uns Männer von Talent, Ehre und Muth sehr gut zwar die korrekten Prinzipien mit Entschiedenheit und Ausdauer vertheidigen können, sich aber doch nicht über einen gewissen politischen Horizont erheben. Sie bekämpfen ihre Gegner nicht mit Geschick, wie anständige Leute, sondern schlagen gleich grob und plump darauf los, wodurch sie der guten Sache gewaltig schaden. Es ist ein wahres Unglück, daß im Allgemeinen unsere Zeitungsredakteure äußerst wenig Takt und noch weniger politische Einsicht haben." —

Als beim Herannahen der neuen Kammerdiät die Minister an die Aufstellung ihrer Etats gingen, verlangte der Kriegsminister etwa vier Millionen: 1. zur Augmentation der Offiziere und dann 2. zur Erhöhung des Soldes und zur besseren Verpflegung. Das Erste wollte Bodelschwingh einräumen, das Andere hielt er für unnütz und außerdem nicht zu beschaffen. Man könne den Kammern, nachdem die Einkommensteuer bewilligt, nicht mit neuen Forderungen und mit einem neuen Defizit kommen; das Ministerium habe sich mit großer Majorität für ihn erklärt, Stockhausen thäte aber, als sei noch gar kein Beschluß gefaßt. Am 16. Okt. kam Niebuhr auf den Gedanken, das für die Armee nöthige Geld aus anderen Fonds zu nehmen, z. B. aus dem Eisenbahnfonds. Acht Meilen weniger Eisenbahn würden für ein Jahr das Ganze decken, sodann eine verminderte Schuldentilgung. Gerlach trug der Hauptsache nach diese Gedanken dem König als das Resultat einer Ueberlegung zwischen Niebuhr und ihm vor. Nachdem der Plan den Allerhöchsten Beifall gefunden hatte, entwarf Niebuhr das erforderliche Königliche Schreiben an das Staatsministerium.**) Am 16. Okt. schrieb der König aus Paretz:

*) Inhalt bei Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 677.
**) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 675 f.

„Ich habe dem Staatsministerio in einem sogenannten Handschreiben einen Wink zur Beilegung der Differenzen des Kriegsministers mit dem Finanzminister gegeben. Sollte etwa die neue Wendung, die ich der Sache zu geben wünsche, die Conseils-Sitzung (morgen um 11 Uhr) überflüssig machen, so erwarte ich bis heut Abend ein avertirendes Wort von Ihrer Hand, bester Manteuffel. Können Sie mir das erst mit dem letzten Bahnzuge geben, so bitt' ich Sie, dasselbe an Generalleutnant v. Gerlach, sonst aber an mich zu adressiren, aber beide Adressen müssen »in Paretz« sein. Ist also etwa morgen kein Conseil in Bellevue, so bleib' ich in Sanssouci und erwarte Generalleutnant v. Stockhausens Vortrag daselbst um 12 Uhr. Vale! Friedrich Wilhelm."

Der Niebuhrsche Finanzvorschlag wurde demnächst zur Diskussion gestellt, jedoch von Bodelschwingh zurückgewiesen, weil die Kammern sich nie würden gefallen lassen, daß Eisenbahngelder ihrer Bestimmung entfremdet würden; auch der König behandelte denselben lau, weil er fürchtete, daß infolge desselben der die Eisenbahnen verwaltende Handelsminister v. der Heydt sein Abschiedsgesuch einreichen würde.*) Am 18. Okt. legte Bodelschwingh dem Ministerpräsidenten dringend ans Herz, Stockhausen noch vor der Sitzung des Staatsministeriums zu bewegen, von der generellen Solderhöhung-Forderung abzusehen und überhaupt die Ansprüche für den Militäretat mit Rücksicht auf die disponiblen Mittel und auf die dringenden Bedürfnisse aus den übrigen Ressorts thunlichst zu ermäßigen.**)

Da Stockhausen nicht nachgab, so beauftragte der König zunächst Gerlach, den Streit durch persönliches Zureden auszugleichen. Da er bei Bodelschwingh nichts erreichte, so versuchte er sein Glück zunächst mit v. der Heydt, der wohl bereit war, Rath zu schaffen, indessen es doch für gefährlich erachtete, in diesem Moment das Militärbudget zu erhöhen.***)

Am 26. Okt. schrieb der König aus Sanssouci:

„Ich habe v. der Heydt zum Mediateur in der Kriegs- und Finanz-Differenz ernannt. Ich bitte Sie, theuerster Manteuffel, ihm darin behülflich zu sein. Er darf, der Natur der Sache nach, nur Ihr Instrument sein. Lesen Sie daher den Brief, den ich ihm heut Abend geschrieben habe. Er enthält alles Nöthige für Sie, bester Manteuffel, und für ihn selbst.

Die zu lösende Aufgabe ist 1. Beilegung des persönlichen Echauffements beider vortrefflicher Minister, 2. eine solche, bei der ein Jeder von ihnen Recht behält, 3. (und hauptsächlichst), daß die Truppen faktisch pro 52 étatsmäßig, aber von 53 an die Solderhöhung erhalten.†) Die zwei ersten Punkte sind durch die Entscheidung, die ich gestern in Ihrer Gegenwart getroffen, abgemacht. Nr. 3 müssen Sie durch v. der Heydts Mediation machen. Gott segne es! Vale! Friedrich Wilhelm."

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 680.

**) Am 18. Okt. 1851 sprach Manteuffel mit Gerlach über die Differenz und klagte gegen Niebuhr, daß Bodelschwingh die Etats sehr unrichtig behandele. Gerlach, a. a. O., S. 680.

***) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 681.

†) Auch Gerlach erwähnt diesen Vorschlag des Königs, wonach die Leute also 1852 noch hungern sollten. „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 682.

Am 28. Okt. richtete Manteuffel, der sich mehr und mehr auf Seite Stockhausens stellte,*) an den Finanzminister v. Bodelschwingh das nachstehende Privatschreiben:

„Der Minister v. der Heydt hat mir den Wunsch zu erkennen gegeben, daß die Angelegenheit wegen Festsetzung des Etats pro 1852 in ihrer Allgemeinheit in seiner Gegenwart nochmals im Staatsministerium besprochen werde, und hat dabei bemerkt, daß, wenn er vollkommen die Befugniß Ew. Excellenz, die einzelnen Etatspositionen der verschiedenen Verwaltungen zu prüfen, anerkenne, er andererseits doch auch für die übrigen Herren Verwaltungschefs den Anspruch geltend machen müsse, genaue Kenntniß von den Unterlagen zu haben, auf welchen die finanzielle Lage des Staates beruhe; er wünscht also namentlich eine Darlegung der einzelnen Einnahmequellen, der Bestände der Generalstaatskasse und der Einnahmen des laufenden Jahres, soweit sie überhaupt gegeben werden kann. Meinerseits glaube ich dem Verlangen, die allgemeine Berathung über diesen Gegenstand in Gegenwart des Herrn v. der Heydt nochmals aufzunehmen, mich nicht entziehen zu dürfen, und stelle anheim, inwiefern es Ew. Excellenz genehm ist, diese Berathung schon morgen in der Staatsministerialsitzung eintreten zu lassen und die erforderlichen Materialien dazu vorzubereiten. Ich bin übrigens auch an jedem der folgenden Tage und zu jeder beliebigen Zeit bereit, das Staatsministerium zu dem bezeichneten Zwecke zu versammeln."

Bodelschwingh antwortete noch an demselben Tage, gleichfalls privatim, er sei selbstredend gern bereit, da Manteuffel dem Wunsche des Ministers v. der Heydt entsprechen zu müssen geglaubt habe, im Staatsministerium erneut Vortrag über die finanzielle Lage des Staats zu erstatten, — obschon er nicht glaube, daß dadurch etwas Wesentliches erreicht werde.

„Bis Morgen vermag ich aber beim besten Willen die Zusammenstellungen nicht fertig zu schaffen, deren Anfertigung ich sofort nach Empfang des Schreibens anordnete, und die ich machte, um meinen Vortrag durch annähernd genaue Zahlen unterstützen und dem Staatsministerium eine thunlichst genaue Kenntniß der Sachlage geben zu können. Ganz ergebenst stelle ich deshalb anheim, in der Sonnabendssitzung die Berathung über den Etat und alle in dieser Beziehung leider noch schwebenden Fragen stattfinden zu lassen.

Die wohlgemeinten Finanzvorschläge des Herrn Kabinetsraths Niebuhr erscheinen mir vielfach bedenklich, und sind sie, selbst wenn ich mich zu ihrer Ausführung entschließen könnte, gewiß nicht geeignet, um mir die vom Herrn Kriegsminister begehrte Feldzulage für die Armee möglich zu machen. Ew. Excellenz dürfen sich versichert halten, daß diese Angelegenheit mich unausgesetzt beschäftigt,

*) Nach Gerlach gab Manteuffel Bodelschwingh die ganze Schuld, weil er sich anmaßte in der Frage selbst gegen den Kriegsminister zu entscheiden. Am 1. Nov. sagte Manteuffel zu Gerlach, Bodelschwingh sei von einem unüberwindlichen Eigensinn in seiner Differenz mit Stockhausen. Sie hätten eine Ministerialsitzung ohne jedes Ergebniß gehabt. „Denkwürdigkeiten", Bd. 1, S. 685 f.

und daß es mich tief betrübt und schmerzlichst berührt, außer Stande zu sein, dem Verlangen des von mir hochgeschätzten Herrn Kriegsministers entsprechen zu können und zu dürfen, und dadurch eine Differenz zu beseitigen, die selbst des Königs Majestät bald und befriedigend beseitigt zu sehen wünschen. Meinerseits sehe ich durchaus keinen anderen Ausweg, als daß der Herr Kriegsminister sich mit den sehr erheblichen Mehreinnahmen begnügt, welche ich auf den Etat zu bringen mich bereit erklärt habe."

Da Stockhausen diese Erwartung nicht erfüllte, so suchte der König noch einmal zu vermitteln. Am 1. Nov. schrieb Stockhausen nach einer völlig ergebnißlosen Ministersitzung privatim an Manteuffel:

„Das mir mittelst Ihres Schreibens von heute übersandte Königliche Handbillet*) erfolgt anbei mit Dank zurück. Ich will gern einräumen, daß eine noch verbindlichere Form, unter welcher ein Monarch den Brief seines Ministers verhorreszirt, kaum denkbar ist, als diejenige, welche Se. M. der König in dem rückgehenden Handbillet in Betreff meiner gewählt haben; nichts destoweniger ist die Perhorreszenz perfekt. — Uebrigens bezog ich mich gestern Nachmittag auch noch auf den Inhalt eines anderen Königlichen Handbillets, welches einige Stunden älter zu sein schien als das rückgehende.

Es kommt zwar jetzt auf die von dem Grafen Stolberg in Rede gestellten Königlichen Geldfonds nicht mehr an, man wird aber bei Betrachtung der letzteren unwillkürlich zu dem Resultat geführt, daß, wenn die Apanage des seligen Prinzen Wilhelm nicht heimgefallen wäre, in dem Kronfideikommißfonds nicht ein Groschen sein würde, ein Zustand, der auch wohl einen sehr viel bescheideneren Namen noch vertrüge als jener es ist. Daß Se. M. nun noch dadurch aus der Sache herauszukommen hoffen, daß den Kammern gar kein Spezialetat vorgelegt werden und die erstere dadurch unerkannt durchschlüpfen soll, ist kein Ausweg, denn auch in dem Hauptetat heißt es: ein Infanterie-Regiment kostet xx, 45 Infanterie-Regimenter kosten xxx und ebenso bei der Kavallerie, kostet aber ein Regiment mehr wie jedes der übrigen, so muß der Gegenstand zur besonderen Erörterung kommen. Ich vermag übrigens nicht mit Worten auszudrücken, wie tief und innig mich das Wohlwollen Ew. Excellenz rührt! Ich bin vom wärmsten Danke dafür durchdrungen und beklage auf das Lebhafteste, daß selbst diese mächtige und edle Hand mich nicht mehr aus der Nacht der widerwärtigsten Verhältnisse zu ziehen vermag, welche Se. M. auf mein Haupt und auf meine Seele zu häufen kein Bedenken getragen haben. Ich bin ganz geknickt, vollständig fertig, geistig wie körperlich. Unter der Notiz eines Unwohlseins habe ich heute den General v. Wangenheim ersucht, die Geschäfte des Ministeriums einstweilen zu führen! Ich bin auch in der That sehr leidend, heftige Leberschmerzen belästigen mich, ich werde wohl eine drastische Blutentziehung eintreten lassen müssen.

Daß der genannte General mich vertritt, werden Ew. Excellenz wohl Sr. M. mittheilen. Ebenso lege ich den beigehenden Immediatbrief in Ihre Hände, von

*) Der Wortlaut liegt nicht vor.

dem eine Abschrift hier gleichfalls beiliegt. Ich bitte damit zu verfahren, wie ich gestern gebeten. Der Inhalt ist lakonisch, wie sollte er wohl anders sein?"

Der 2. Nov. verging unter fortgesetzten Bemühungen Gerlachs, einen neuen Vermittelungsvorschlag zu finden. Als Vergleichsvorschlag rieth er anzunehmen: Dem Kriegsminister wird außer seinem jetzigen Extraordinarium, in Betracht der gefährlichen Symptome des Jahres 1852, noch ein Extraordinarium von 600 000 Thalern bewilligt, d. h. von der Summe, die er inklusive des alten Extraordinariums als Ordinarium fordert. Nach der Kammersitzung wird alsdann der Militäretat einer genauen Durchsicht und Revision unterworfen und definitiv festgestellt werden. Nachdem der König am 3. Nov. eine dementsprechende Ordre an Manteuffel und ein für ihn bestimmtes Begleitschreiben*) gezeichnet hatte, bot Gerlach alle seine Ueberredungskünste auf, um Stockhausen den Ausweg annehmbar erscheinen zu lassen.**)

Am 4. Nov. suchte der Finanzminister v. Bodelschwingh noch einmal den Ministerpräsidenten von der Richtigkeit seiner Haltung zu überzeugen:

„Ich irre vielleicht in der Annahme nicht, daß Ew. Excellenz nach der ausführlichen Darlegung meiner Ansicht und der Beweggründe meines Verhaltens in dieser mich in die peinlichste Lage bringenden Angelegenheit, wozu vorgestern bei Ihrem Besuch sich mir erwünschte Gelegenheit bot, die Ueberzeugung geschöpft haben werden, daß ich die vom Herrn Kriegsminister begehrte Soldzulage ohne Verletzung meines Gewissens und meiner Pflicht nicht zu gewähren vermag, und daß deshalb Se. M. der König und Ew. Excellenz mir gewiß nicht entfernt zumuthen werden, darauf einzugehen.

Es ist das wahrlich ungesucht und ungewünscht mir anvertraute hohe Amt von vornherein so ernst an mich und meine vielfach für dasselbe zu schwachen Kräfte herangetreten, daß ich Alles aufzubieten genöthigt war, um unter Gottes Beistand, den ich erflehe, mir von meinen Pflichten, besonders für Regelung des Haushaltsetats, eine bestimmte Vorstellung zu machen, und habe ich diese nur dahin zu erfassen vermocht, daß der Finanzminister, da er für die ordnungsmäßige Führung des Staatshaushalts prinzipaliter verantwortlich, auch zum Widerspruch gegen Etatspositionen befugt sein muß, und daß dieser Widerspruch nur durch Gründe, welche zur Rücknahme derselben veranlassen, beseitigt werden kann. — Ew. Excellenz erkannten dies als im Prinzip richtig, unbestreitbar richtig an und werden deshalb auch, wie ich hoffe und vertraue, Sr. M. dem Könige im Verfolg unserer oben gedachten ausführlichen Besprechung meine Stellung und das aus ihr und meiner gewissenhaften Ueberzeugung resultirende Verhalten in der fraglichen Etatssache so vorzustellen die große Güte haben, daß Se. M. mich nicht irrig beurtheilen können, und vor allen Dingen mich nicht eines ungerechtfertigten Beharrens auf einmal gefaßter Ansicht, oder gar des Widerstrebens gegen die Intention Sr. M. des Königs fähig halten. Gott ist mein Zeuge, daß das Eine wie das

*) Wortlaut nicht bekannt; ebenso wenig jener der Kabinets-Ordre vom 3. Nov.

**) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 686 f.

Andere mir fernliegt, und daß ich wünsche, den bisher selbst in recht bösen Tagen Gottlob mir bewahrten Ruf der Treue gegen meinen König und Herrn unausgesetzt und unangetastet zu behalten. Ich kann es aber nur als mit der eidlich gelobten Treue und mit meiner Amtspflicht vereinbart, ja von beiden geboten, erkennen, — daß ich nicht in die Solderhöhung willige, und daß ich mich einem entgegenstehenden Beschlusse des Staatsministeriums nicht füge, — Letzteres nicht, weil dann, nach meiner Auffassung von den Pflichten und damit eng verbundenen Rechten des Finanzministers, dessen Stellung eine ganz unhaltbare und überhaupt ein Finanzminister entbehrlich sein würde, — Ersteres nicht, weil es gegen meine gewissenhafteste Ueberzeugung, und weil ich nur dieser mit Rücksicht auf mein Amt in einer so wichtigen Sache wie der vorliegenden folgen darf.

Daß auch ich die Kräftigung der Armee unendlich wichtig und deshalb für die Befriedigung ihrer von mir als nothwendig erkannten Verstärkung vorzugsweise zu sorgen mich verpflichtet erachte, habe ich bei der Bearbeitung des leidigen Etatswesens gewiß bewiesen, indem ich ohne jeden Anstand und freudig dem Herrn Kriegsminister alle seine Forderungen für die Verstärkung seines Effektivbestandes bewilligt, sogar mich bereit erklärt habe, die Summe (440 000 Thaler) auf das Ordinarium des Etats zu bringen, welche er ohne Wissen der Kammern und ohne Einverständniß des Finanzministers seit Dez. 1848 zur Gewährung erhöhter, jedoch nicht fixirter, sondern wechselnder Viktualienzulagen verwendet hat. — Ich bin sogar, um das Maß der Nachgiebigkeit übervoll zu machen, wie Ew. Excellenz ich gestern mündlich mitzutheilen mich beehrte, bereit, — die letztgedachte Summe bis auf 500 000 Thaler zu erhöhen und als ordinäre Ausgabe zum Etat zu bringen, mit der Bedingung jedoch, daß sie nicht zu dauernden Sold- und Verpflegungszulagen verwendet werden darf, sondern nur von dem Herrn Kriegsminister nach Bedürfniß für die verschiedenen Truppentheile vorübergehend und wechselnd zu Verpflegungszwecken verwendbar ist. Ew. Excellenz Wunsch gemäß habe ich den Herrn Ministerialdirektor Horn ersucht, womöglich heute mit dem Herrn General v. Wangenheim zusammenzutreten, um auch diesen Weg zur Herbeiführung der gewiß wünschenswerthen Verständigung zu betreten — und ihn ermächtigt, meine Bereitwilligkeit zu der vorgedachten Etatserhöhung durchblicken zu lassen, wenn irgend davon ein Erfolg zu erwarten.

Scheitert auch dieser Versuch, und gelingt Ew. Excellenz nicht, den Herrn Kriegsminister zu überzeugen, daß er seine Etatsforderungen, wenn auch nicht wegen meiner gegen die Solderhöhung angeführten Gründe, so doch wegen der Größe des Defizits in der von mir vorgeschlagenen Weise ermäßigen dürfte, ohne sich und der Armee etwas zu vergeben, — mithin ähnlich zu verfahren, wie die übrigen Departementschefs gestern im Staatsministerium sämmtlich es gethan, da Ew. Excellenz die Güte hatten, in Anerkennung des oben entwickelten Prinzips und der unendlich schwierigen und odiösen Stellung des Finanzministers, mich kräftig zu unterstützen: — so muß ich bei meiner letzten, dem Herrn Kriegsminister gegebenen schriftlichen Erklärung, welche Ew. Excellenz vor deren Absendung vorzulesen ich mir erlaubte, stehen bleiben, und sehe dann keine andere Lösung der mich tief betrübenden Differenz, als daß Ew. Excellenz die Gewogenheit haben, Sr. M. meine schleunigste Ent-

bindung von der Leitung des Finanzministeriums und die ungesäumte Ernennung eines Amtsnachfolgers vorzuschlagen, der mit eigener Ueberzeugung nicht nur die von mir bewilligten Erhöhungen des Militäretats, sondern auch die weiter vom Herrn Kriegsminister wegen der Solderhöhung begehrten zugestehen kann und sich getraut, sie zu beschaffen und mit ihren Folgen zu vertreten.

Ew. Excellenz und gewiß auch des Königs Majestät werden mir vertrauen, daß, wie auch Allerhöchst über mich verfügt werden mag, ob mir event. mein früheres Amt etwa wieder anvertraut oder das Loos beschieden werden soll, mich auf mein Gut vorläufig oder ganz zurückziehen zu müssen, dadurch meine Treue und Liebe zu Sr. M. nicht entfernt erschüttert oder ich verleitet werden könnte, dem Gouvernement irgendwie als Opponent entgegenzutreten. Verzeihen Ew. Excellenz, daß ich mit diesem vertraulichen Schreiben belästige; ich glaubte es noch heute absenden zu müssen, weil es vielleicht die Mittheilung der anliegenden Allerhöchsten Ordre an das Staatsministerium, da solche nur auf Ew. Excellenz Wunsch ergangen, und dann auch eine Erörterung abschneidet, die für mich peinlich und in Bezug auf eine Aenderung meines Entschlusses erfolglos sein würde."

In einem zweiten Privatschreiben von demselben Tage (4. Nov.) versicherte Bodelschwingh dem Ministerpräsidenten noch einmal, daß er keinen leichten Kampf gekämpft, und daß ihm besonders seine Liebe und Hingebung für den König es unendlich schwer gemacht, nicht nachgeben und den Wünschen des Kriegsministers sich fügen zu können. „Wäre ich, gegen meine Ueberzeugung, zu einem anderen Entschlusse gekommen, so würden Ew. Excellenz in mir nur noch einen ganz unselbständigen und deshalb meines Erachtens durchaus werthlosen Gehülfen im Staatsministerium gewonnen haben, dessen Ausscheiden viel besser und das Bleiben des Ministeriums wohl nicht entfernt gefährdet, wenn für Ersteres nur die richtige Form gefunden wird. Mir ist jede recht, welche Ew. Excellenz Sr. M. vorschlagen und von Allerhöchstdemselben beschlossen wird, indem ich gewiß bin, daß es keine unehrenhafte sein kann, da Ew. Excellenz mitwirken und mein König entscheidet."

Als der König am 4. Nov. nach dem Souper von diesen Briefen Bodelschwinghs, die Manteuffel an Gerlach nach Sanssouci geschickt hatte, Kenntniß erhielt, war der hohe Herr darüber sehr aufgebracht, daß sein Wille nicht befolgt werde, und er erklärte, daß er ihn jetzt durchsetzen werde.*) Bereits aus Berlin hatte er dem Finanzminister geschrieben:

„Mein theuerster Bodelschwingh: Die Differenz des Finanz- und Kriegsministeriums über die Soldzulage der Armee hatte eine solche Physiognomie angenommen, daß eine Entscheidung meinerseits unabweislich geworden ist.

Diese Entscheidung habe ich getroffen. Der Ministerpräsident wird dieselbe Ihnen, dem Kriegsminister und dem Staatsministerio mittheilen.

Durch dieselbe gebe ich Ihnen darin nach, daß der Betrag der Soldzulage für das kommende Jahr noch nicht auf das Ordinarium gebracht zu werden braucht.

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 687.

Dagegen ist auf dem nächsten Landtag als Beschluß des Conseils zu erklären, daß das beim Budget des Jahres 1853 geschehen werde.

Die Ueberzeugung aber habe ich gewonnen, daß die nöthige Summe bereits in diesem Jahre zu beschaffen ist.

Nun, mein lieber Bodelschwingh! in Ihre Hände ist jetzt viel gelegt. Wollen Sie meine Entscheidung nicht annehmen, so sprengen Sie das Kabinet angesichts der Kammerberufung. Das wäre ein Unglück im strengsten Sinne des Wortes, welches zu vermeiden in anderen Regierungen die größten Opfer gebracht werden. Und Sie ermessen, welche Kammersitzung uns bevorsteht.

So vertraue ich denn von ganzem Herzen und von ganzer Seele Ihrem Patriotismus und Ihrer Einsicht, ja ich setze hinzu auch Ihrer Freundschaft zu mir, daß Sie dies Unglück nicht über uns herbeiführen werden. Gott leite Ihre Entschlüsse. Vale! Friedrich Wilhelm."

Außerdem schrieb der König, nachdem er die letzten Entschließungen Bodelschwinghs erfahren hatte, noch in derselben Nacht an Manteuffel:*)

„Ich höre durch Gerlach, daß der Finanzminister Anstoß an dem Ausdruck »gewünscht« in meinem gestrigen Begleitschreiben an Sie,**) bester Manteuffel, nimmt. Dies Begleitschreiben habe ich im moment des Aufstehens und Anziehens vollzogen (da ich früh zum Grunewald fuhr) und dasselbe als Nebensache nicht einmal gelesen. Es soll aber selbstredend nichts Anderes heißen, als daß Sie gewünscht hatten, im Besitze der Entscheidungs-Ordre zu sein, ehe denn das gestrige Conseil begönne. So hatte Sie eventuell Gerlach verstanden. Uebrigens wissen Sie besser als irgend Jemand, daß meine Entscheidung recht eigentlich unverfälscht und uninfluenzirt aus meiner eigenen Anschauung der Lage hervorgegangen und wie ich mich gefreut, einen Ausweg zu finden, durch welchen ich dem Minister v. Bodelschwingh für die nächste Finanzperiode Recht gebe. Ich darf meine Entscheidung nicht zurücknehmen und dieselbe höchstens dann nochmals erwägen, wenn das gesammte Staatsministerium mich dazu auffordert. Stockhausen kennt meine Entscheidungs-Ordre, glaube ich, noch nicht. Ich war vielmehr besorgt, daß er sie verwerfen könnte. Gerlach hat nach vorläufiger Besprechung mit ihm aber verstanden, daß er sich derselben fügen wird. Gebe Gott, daß dem also sei und daß Bodelschwinghs »Patriotismus«, »Einsicht« und »Freundschaft zu mir« ihn denselben Weg leite! Vale! Friedrich Wilhelm."

Zur Orientirung schrieb auch noch Gerlach nach dem Souper aus Sanssouci an Manteuffel:***)

„Ew. Excellenz Schreiben von heute erhielt ich während des Soupers. Se. M. waren sehr unwillig, als ich Allerhöchstihnen den Inhalt desselben mittheilte, und befahl mir endlich, Ihnen zu schreiben.

*) Bereits in Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 687f publizirt.

**) Vgl. oben S. 68, Note*).

***) Erwähnt bei Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 687.

Die getroffene Entscheidung vom 3. d. Mts., also auch die dadurch veranlaßte Ordre sei von Sr. M. aus allereigenstem Entschluß hervorgegangen, so daß man nicht sagen könnte, daß sie von Ew. Excellenz gewünscht worden sei. Außerdem habe Se. M. noch heute schriftlich den Minister v. Bodelschwingh auf das Dringendste ersucht, sich in Gemäßheit dieser Ordre mit dem Kriegsminister zu einigen, und darauf aufmerksam gemacht, wie gefährlich eine Spaltung im Ministerium unmittelbar vor dem Zusammentritt der Kammern sei.*) Der Minister v. Bodelschwingh möge erwägen, daß nach der Ordre Sr. M. der von dem Kriegsminister geforderte Soldzuschuß für jetzt nur ein extraordinärer Verpflegungszuschuß wird, welcher erst im Jahre 1853 etatsmäßig und definitiv festgestellt werden soll, daß ihm also im Prinzip nachgegeben worden ist.

Soeben sendet mir Se. M. noch das beiliegende Handbillet,**) um es meinem Schreiben an Ew. Excellenz beizulegen.

Obschon die Dinge sehr übel stehen, kann ich doch noch nicht an einem guten Ausgange verzweifeln. Nach dem, was mir Stockhausen heute und gestern gesagt hat, wird er ja die verlangten Summen nicht bloß formell, sondern reell als extraordinären Verpflegungszuschuß behandeln. Er sagte mir, und meiner festen Ueberzeugung nach mit voller Richtigkeit, er könne ja jetzt der bevorstehenden Theuerung gegenüber die geforderte Summe nicht als allgemeinen Soldzuschuß behandeln und verwenden, indem er sich die Disposition darüber zu extraordinären Verwendungen und Zuschüssen vorbehalten müsse. — Er ist ja also, was den Hauptpunkt betrifft, mit Bodelschwingh einig. Die ganze Differenz zwischen den beiden Ministern dreht sich um die Höhe der zu bewilligenden Summe, also höchstens um 500 000 Thaler. Um sich aber hierüber zu einigen, müssen sich viele Vergleichspunkte finden, z. B. dem Kriegsminister werden zunächst 500 000 Thaler bewilligt und noch ebenso viel unter Verantwortlichkeit des Staatsministeriums oder des Finanzministers bereit gehalten, oder der Kriegsminister wird für dieses Jahr mit den 500 000 Thalern auf seine zu machenden Ersparnisse, die wegen des nicht sofort erhöhten Offizieretats eintreten müssen, angewiesen. Diese Ersparnisse erkennt Stockhausen selbst als wahrscheinlich, ja fast als gewiß an. Auch kann nach Herrn v. Bodelschwingh die Zusicherung ertheilt werden, daß erst nach der Kammersitzung in einer gemeinschaftlichen Konferenz der Militäretat definitiv festgestellt werden wird.

Die beiden Briefe von Herrn v. Bodelschwingh***) werde ich Ew. Excellenz, wenn Sie es erlauben, erst morgen zurückschicken, indem ich Sr. M. noch Einiges daraus vortragen möchte; ebenso den Frantzischen Brief.

Die diesjährige Krisis ist doch nicht so angreifend als die im vorigen Jahre um diese Zeit, so daß wir immer noch Grund genug haben, Gott zu danken, daß wir so weit sind."

Am 5. Nov. brachte Manteuffel Gerlach die Nachricht, daß die beiden Minister sich geeinigt hätten. —

*) Vgl. oben S. 71.
**) Vgl. oben S. 71.
***) Vgl. oben S. 68 u. S. 70.

Der König hatte an Bethmann-Hollweg, der wiederholt eine Audienz nachgesucht hatte, einen Brief geschrieben mit Vorwürfen, daß er die Spaltung in das Königliche Lager gebracht habe. Mit Bezug hierauf schrieb der König am 18. Okt. aus Sanssouci:

„Bethmann-Hollweg wollte mich sprechen. Ich hab es nicht gethan, hoffe aber durch das, was ich ihm geschrieben und heut durch Niebuhr habe sagen lassen, daß er bald wieder der Unsrige sein wird. Ich habe ihn auf Unterredungen mit Ihnen, bester Manteuffel, und Minister v. Westphalen verwiesen. Kommen Sie beide (denn dies Blatt ist für Sie Beide) ihm mit vollem Vertrauen entgegen und theilen Sie ihm unumwunden Ihre Pläne mit, beehren Sie ihn auch mit dem Verlangen um seine Meinung. Sie wägen das große Gewicht seiner Bekehrung und öffentlichen Umkehr. Vale! Friedrich Wilhelm.

P. S. Die Beilagen sub petit. remiss."

Das Antwortschreiben von Hollweg lautete: „Was ich seit Wochen gethan, war nicht bestimmt, die Guten zu theilen, Zwietracht in Ew. M. Lager dem drohenden Feinde gegenüber zu streuen, sondern eine seit mehr als Jahresfrist vorhandene tiefe Spaltung zwischen den Wenigen,*) die als usurpirte Vertreter der Guten im Lande das große Wort führen und den Vielen, die in tiefem Unmuth schweigen, durch ein geringes, nur durch die Kraft des Gewissens starkes Zeugniß zu offenbaren. Nicht in Ew. M. Rath berufen und abgesagter Feind der sich zudrängenden geheimen Rathgeberei, die ich für eines der größten Uebel eines öffentlichen Zustandes halte, glaubte ich auch erst dann damit vortreten zu müssen, als der öffentliche Beruf in meiner Zurückgezogenheit dazu nöthigte."

Am 22. Okt. richtete der Prinz von Preußen nachstehende Zeilen an Manteuffel:

„Gestern war der Herausgeber der »Rheinischen (Düsseldorfer) Zeitung« bei mir, den Sie auf meinen Antrag subventioniren. Jetzt ist ihm die Vorschußsumme abgeschlagen, wodurch sein Blatt eingehen muß, und er soll mit 1300 Thalern abgefunden werden. Somit würde also das letzte konservative Blatt in der Rheinprovinz eingehen! Man will die »Kölnische Zeitung« kaufen. Das wird nie gelingen, und ein gekauftes Blatt ist nie sicher, schon weil es keinen Anklang findet, wenn es rein ministeriell ist. Eine kleine Nüance von Opposition muß in der Provinz gestattet sein, wenn es gelesen werden soll. Darum hat die »Rheinische Zeitung« auch ihre Leser in neuester Zeit von 600 auf 900 vermehrt und dabei doch in konservativem Sinne günstig gewirkt. Kleist-Retzow will dieselbe**) aber evangelisch-konfessionell redigirt wissen, — das geht in der katholischen Provinz niemals an — und scheint ihm dieserhalb seinen Beistand entziehen zu wollen. Ich muß Sie also von Neuem dringend ersuchen, diese Zeitung nicht fallen zu lassen und einen Mann nicht ins Unglück zu stürzen, der sein eigenes Vermögen

*) Gemeint ist die „kleine aber mächtige Partei".

**) Im Original steht „es" (scil. das Blatt).

bereits zugesetzt hat aus Patriotismus. Wir würden ganz ohne Organ am Rhein sein, wenn er im Stich gelassen wird."

Manteuffel antwortete am folgenden Tage:

„Ew. K. H. verpflichten mich durch das lebhafte Interesse, welches Höchstdieselben in dem gnädigen Schreiben von heute für die rheinische Presse von Neuem bekunden, zu dem gehorsamsten Danke. Mit den Ansichten, welche Ew. K. H. im Allgemeinen über die Behandlung dieser Angelegenheit in der Rheinprovinz äußern, vollständig einverstanden, hoffe ich, daß Höchstdieselben auch den in Betreff der „Rheinzeitung" nach den sorgsamsten Erwägungen in zwei Ministerien gefaßten Beschlüssen Ihre Billigung nicht versagen werden, sobald Ew. K. H. die Motive dieser Beschlüsse mit der Darstellung des Bötticher zu vergleichen die Gnade haben werden. Ew. K. H. muß ich mich für heute darauf beschränken mitzutheilen, daß der p. Bötticher bereits über 10 000 Thaler an Subventionen erhalten hat, daß man über seine persönliche Nichtbefähigung zur gedeihlichen Fortsetzung dieses Unternehmens allerseits einverstanden ist, daß ich übrigens in Anerkennung seines guten Willens und seines Patriotismus Se. M. noch in diesen Tagen habe bitten lassen, ihm persönlich noch eine außerordentliche, seine Verlegenheit beseitigende Unterstützung zu gewähren, wenn ich auch die mit lawinenartig wachsenden Kosten verbundene Fortsetzung eines verfehlten Unternehmens nicht der Staatskasse aufbürden kann, und daß endlich v. Kleist-Retzow — mit dessen Auffassung der Preßangriffe am Rhein ich keineswegs überall einverstanden bin — in dem vorliegenden Falle den Wünschen des p. Bötticher jede mögliche Berücksichtigung angedeihen läßt. Ich bin aber bereit, Ew. K. H. noch selbst die Sache ausführlicher vorzutragen oder Höchstihnen durch den betreffenden Beamten sowohl über diese spezielle Angelegenheit als über die Beziehungen des Gouvernements zur Presse des In- und Auslandes und namentlich über die in Betreff der Rheinprovinz vorhandenen Absichten Vortrag halten zu lassen, und sehe hierüber Ew. K. H. weiteren Befehlen entgegen."

Vorstehendem Schreiben war lose beigelegt das folgende offizielle Dementi Manteuffels:*)

„Von gewisser Seite wird seit einigen Tagen das Gerücht verbreitet, daß zwischen Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen und dem Ministerpräsidenten Frhrn. v. Manteuffel vor acht Tagen ein Gespräch stattgefunden habe, in welchem Se. K. H. in der heftigsten Weise seine Mißbilligung über die Politik der Regierung Sr. M. ausgesprochen und namentlich Herrn v. Manteuffel persönlich für diese Politik in den härtesten Ausdrücken verantwortlich gemacht habe. Wir sind veranlaßt und ermächtigt, dieses allerdings à deux mains zu gebrauchende Gerücht in allen seinen Theilen für eine boshafte Erfindung zu erklären, und hoffen, daß diejenigen, die so wenig Urtheil hatten, dieselbe zu verbreiten, auch jetzt zur Widerlegung derselben das Ihrige beitragen werden."

*) In welchen Zeitungen dasselbe zum Abdruck gelangte, ist nicht ersichtlich.

Noch liegen folgende Briefe des Prinzen von Preußen an Manteuffel vor:

„Berlin, den 7. Nov. Nach der vortrefflichen Schlußrede auf dem ostpreußischen Landtage des Grafen Dohna-Lauck sah ich mich veranlaßt, ihm meine volle Anerkennung auszusprechen. Was er mir auf meine Auffassung unserer nächsten Kammersession, wie Sie sie von mir kennen, antwortet, wollen Sie, confidenciel, aus der Anlage ersehen, weil es Sie erfreuen wird. Auch er drängt auf offene, bestimmte Vorlage des Plans im Ganzen, den das Ministerium gehen will, damit die jetzige Ungewißheit über diese Pläne endlich verschwinde. Dazu gehört also vor Allem, daß ein solcher Plan ganz festgestellt sei, denn nur alsdann kann man mit Sicherheit vorgehen! Ich komme immer auf diesen Punkt zurück. Auf diesen Punkt appuyiren Alle, so auch Geppert (den ich vorgestern zum ersten Male in meinem Leben sprach, in Rechtskonsulentsachen, wo sich dann eine politische Unterredung anknüpfte). Er denkt wie Graf Dohna, aber nur offenes, bestimmtes Verlangen dessen was man will, Konsequenz, dann railliiren sich die Stimmen zur Majorität. Nochmals, verständigen Sie sich mit den Führern der Centren jetzt und während der Session, damit nicht ein Schnupfen Ihnen ein Majoritätsvotum entreißt!

Wollen Sie mir morgen um 10 Uhr den Beamten senden, der mir Vortrag hält über die (Düsseldorfer) »Rheinische Zeitung«."*)

Berlin, den 8. Nov. „Einer Vergeßlichkeit mich anklagend, muß ich den Vortrag des Herrn N. N. (ich kann den Namen nicht lesen) für heute absagen, indem ich eine militärische Besichtigung angesetzt habe. Ich werde in nächster Woche eine Stunde bestimmen können.

Wenn Sie sagen,**) daß man zeitweise auch ohne Kammer regieren könne, so ist es richtig für die laufenden Geschäfte, aber in der Gesetzgebung, die so nöthig ist zu reformiren, kommt man nicht weiter."

Berlin, den 15. Nov. 1851. „Des Sonntags bin ich stets in Potsdam, so daß ich Sie und Herrn v. Stockhausen ersuchen muß, einen anderen Tag gütigst aussuchen zu wollen. Ich bin von morgens 8 Uhr jeden Vormittag zur Disposition, natürlich den 19. nicht."

Berlin, den 22. Nov. 1851. „Sollten Sie mich noch zu sprechen wünschen, da ich morgen abreise, so bin ich bis 2 Uhr hier; müßte es sein, so würde ich Sie erst zwischen 5 bis 7 Uhr nachmittags erwarten und dann das Diner in Potsdam aufgeben." —

Neben Westphalen war es besonders der wegen seiner pietistischen Richtung angefeindete Kultusminister v. Raumer, der dem Ministerium Manteuffel gewissermaßen den Stempel aufdrückte. Im Oktober widersetzte sich der Oberkirchenrath den von ihm vorgeschlagenen Ernennungen von Kundler und Appuhn für das Pommersche und Magdeburger Konsistorium; außerdem wies ein Artikel in der „Konstitutionellen

*) Vgl. oben S. 73 f.

**) Manteuffels Schreiben an den Prinzen von Preußen ist nicht erhalten.

Zeitung" auf die katholisirende Richtung des Kultusministers hin.*) Gerlach, bemüht, Raumer zu halten, schrieb am 26. Okt. aus Sanssouci an Manteuffel:

„Ich entnahm aus mehreren Dingen, daß sich eine Partei oder eine Clique gegen Raumer rüstet. Ich möchte Ew. Excellenz anheimgeben, mit Raumer über die Dinge, welche er vorhat, und bei denen man ihm, wie ich fürchte, entgegentreten will, zu sprechen. Auch möchte ich Ihnen vorschlagen, mit Götze**), zu dem Sie ja Vertrauen haben, über die Kirchensachen zu reden. Er ist ja genau mit diesen Dingen bekannt. Es ist meines Erachtens sehr wahrscheinlich, daß die Kirchensachen bald ganz in den Vordergrund treten werden."

Die Partei Gerlach fühlte sich so siegesgewiß, daß keine ihr verdächtige Persönlichkeit auf Schonung rechnen durfte. Dies ging so weit, daß sogar der ihr keineswegs angehörige Thronfolger für seine abweichende Meinung bei mehrfachen Anlässen mit kleinen, aber empfindlichen Unannehmlichkeiten heimgesucht wurde.***)

Einem Privatbriefe, den der Königliche Gesandte in Frankfurt a. M., v. Rochow, über den daselbst erfolgten Besuch des Prinzen an Manteuffel unterm 11. Juli schrieb, entnehme ich folgende Stelle: „Eine Besorgniß sprachen Se. K. H. noch aus, die, daß das pietistische Element in den preußischen Regierungshandlungen wiederum einen vorwiegenden Einfluß gewonnen habe; man habe Ihm am Tage seiner Abreise berichtet, daß der Herr Minister v. Raumer kürzlich eine Verfügung dahin erlassen, bei Beurtheilung der Beamten auch darauf besonders Rücksicht zu nehmen, ob dieselben auch dreimal zum Tisch des Herrn gegangen seien. Ich bat Se. K. H. in dieser Beziehung sich beruhigen und erwägen zu wollen, daß die wahrhaft gläubigen Menschen auch die treuesten und gewissenhaftesten Anhänger des Königs und des Königlichen Hauses seien."

Auch mit den weitgehenden Rechten, die der Staat unter Raumer der katholischen Hierarchie einräumte,†) konnte sich der Thronfolger nicht befreunden. Am 26. Juni hatte sich ein Anonymus (die Eingabe ist datirt von Adelaide und gezeichnet R.) an den Prinzen von Preußen mit nachstehenden Ausführungen gewandt: „Obwohl die Demokratie besiegt ist, so sind dennoch noch nicht alle Feinde besiegt. Ja, es giebt sogar einen Feind, der bei Weitem schlimmer ist als alle Demokraten. Dieser Feind ist die römische Partei. Fürchten Ew. K. H. diese Partei, fürchten Sie dieselbe und noch einmal. Welche Pläne geschmiedet worden sind und noch geschmiedet werden — das brauche ich hier nicht mitzutheilen.

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 681 f.

**) Vicepräsident des Obertribunals.

***) Sybel, a. a. O., Bd. II, S. 109.

†) Die Bildung und die amtliche Stellung des Pfarrklerus, die Verwaltung des Kirchenvermögens der Gemeinden, die kirchlichen Zuchtmittel über die Laien, das Alles wurde fortan der freien Verfügung der Bischöfe überwiesen. Klöster aller Orden, nicht zum wenigsten der Jesuiten, erfüllten das Land und gewannen mächtigen Einfluß bei allen Ständen. In beiden Konfessionen wurde die lokale Aufsicht über die Volksschule ein für alle Male dem betreffenden Pfarrer übertragen.

Ew. K. H. sind ja näher an der Quelle aller römischen Umtriebe als ich. Nur das kann ich sagen, diese Pläne sind keine anderen, als Preußen in so kurzer Zeit als möglich zu vernichten. Ehe 20 Jahre dahin sind, muß Preußen gestürzt sein."

Auf dem Kopf dieser Eingabe findet sich von der Hand des Prinzen Wilhelm von Preußen folgender eigenhändige Vermerk:

„Sr. Excellenz dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel, bemerkend, daß mir der Briefsteller unerrathbar ist, jedoch seine Angaben mir sehr richtig und sehr wichtig erscheinen. Prinz von Preußen."

Baden, 20. Aug. 1851.

Selbst das Ausland fing an, über die Begünstigung der katholischen Kirche in Preußen sich seine Gedanken zu machen. Am 2. Nov. überreichte der Polizeipräsident v. Hinckeldey Manteuffel mittelst Privatschreibens Ausschnitte aus dem gelesenen englischen Blatte „The Leader" nebst einer (ziemlich flüchtigen) Uebersetzung der betreffenden Stellen dieses Blattes. „Der Aufsatz ist ein Pamphlet auf unseren König und überschrieben: »Ist der König von Preußen ein Protestant?« Merkwürdig ist bei der Sache eine geschickte Ausbeutung der kirchlichen Richtung, welche jetzt angeblich herrschen soll. Mir scheint mehr hinter der Sache zu liegen, als der Erguß einer böswilligen demokratischen Laune." —

Am 31. Okt. berichtete der Schriftsteller C. Frantz aus Paris Manteuffel über das Ergebniß seines fünfwöchentlichen Aufenthalts in Frankreich*) und schloß: „Ich höre, daß die Zeitungen mich zum österreichischen Legationsrath gemacht haben, und brauche Ew. Excellenz wohl kaum zu sagen, daß dies von Anfang bis zu Ende eine Fabel ist — erfunden und verbreitet von den Agenten des Herrn v. Radowitz, die mich dadurch diskreditiren wollen, weil ihnen meine Kritik anfängt, einigermaßen unangenehm zu werden. Komme ich aber nach Berlin, so werde ich den Leuten noch etwas aufspielen, daß sie die Beine zum Himmel kehren."

Ueber diesen Literaten, der uns noch wiederholt begegnen wird, hatte sich der Gesandte v. Rochow aus Frankfurt a/M. am 23. Juli dem Minister Manteuffel gegenüber privatim, wie folgt, ausgesprochen:

„In jüngster Zeit befand sich auch hier auf der Durchreise der Dr. Frantz aus Halberstadt,**) dessen Bekanntschaft zu machen mir ein wahrer Genuß gewesen. Ich kann nur aufrichtig wünschen, daß man diesen Mann, dessen ehrenhafter Charakter, Gesinnung und Talent, erprobt sind, nicht unbenutzt lasse. Sehr vortheilhafte Anerbietungen, so man ihm neuerdings in Wien gemacht, hat er abgelehnt. Es scheint vornehmlich darauf anzukommen, ihm in der Heimath einen bestimmten Wirkungskreis und eine feste Anstellung zu verschaffen. Dieser Mann wird, gut geführt und richtig verwendet, unserer Politik dasjenige leisten, was zu seiner Zeit Genz der österreichischen Politik war, das Ideenmagazin, der Wetzstein, an dem sich der Geist der Staats-

*) Bereits am 21. Sept. 1851 hatte Frantz aus Genf Manteuffel in einer 32 Seiten langen Denkschrift die Beobachtungen und Reflexionen, wozu ihn sein Aufenthalt in der Schweiz veranlaßte, unterbreitet.

**) Vergl. darüber „Preußen im Bundestag", Bd. IV, S. 8, 21, 22, 113, 298.

männer schärft, und die allezeit rüstige und scharfe Feder. Damit Dr. Frantz aber eine solche Aufgabe lösen kann, ist ihm unumgänglich nöthig theils Ew. Excellenz Hülfe, theils Hochdero Leitung, denn es kommt wesentlich darauf an, daß er seine geistige Thätigkeit nicht zersplittere, sondern dieselbe konzentrire, sein Talent nicht vergeude, den Ruf und die Autorität, welche er seinem Namen erworben, nicht aufs Spiel setze; doch dies Alles ist unvermeidlich, wenn er, um zu leben, schreiben muß und nicht auf ein bestimmtes Ziel steuert, wo seiner Arbeit der Lohn gesichert ist.

Wenn Ew. Excellenz mir eine unmaßgebliche Meinung auszusprechen verstatten, so sind für den Dr. Frantz zwei Wege denkbar: entweder er bewegt sich auf dem Boden der allgemeinen Fragen, z. B. der sozialen oder derjenigen, die das Gesammtdeutschland angehen, oder er hält eine mehr einseitige und praktische Richtung ein, etwa die national-ökonomischen Handels- und Verkehrsinteressen. Für Beides hat er die nöthigen Vorkenntnisse und Fähigkeiten. Würde es meine Bestimmung gewesen sein, Sr. M. dem Könige in Deutschland zu dienen, ich würde sehr gewünscht haben, Herrn Dr. Frantz in meiner Umgebung zu sehen, da ich ihn dazu angehalten haben würde, die Zustände Deutschlands in ihrer Gesammtheit zu studiren und fortwährend beobachtend zu verfolgen und mir gelegentlich seine Feder für praktische Fragen herzugeben. Es wird überflüssig sein, Ew. Excellenz den ausgezeichneten Dr. Frantz noch mehr zu empfehlen. Der Fürst Metternich hat seine Bekanntschaft zu machen gewünscht, um ihm sehr schmeichelhafte Empfehlungen an die Herren Guizot und Waldegang nach Paris mitzugeben. Zu Baden wird er dem Prinzen von Preußen vorgestellt werden, da Se. K. H. mir versprochen haben, den Dr. Frantz zu empfangen." —

Am 11. Nov. 1851 überreichte unter Vortritt des Grafen v. Redern eine Deputation dem Minister v. Manteuffel eine von 2400 Berlinern aus allen Ständen unterzeichnete Adresse. Es ward darin der Dank ausgesprochen für die „Beendigung des wüsten Treibens im Jahre 1848" und für das unablässige Bemühen des Ministerpräsidenten, „Zustände zu begründen und zu befestigen, unter denen allein die Wohlfahrt eines Volkes gedeihen kann, das durch die Weisheit seiner Fürsten in Zucht und Ordnung groß geworden ist." Auf die Ansprache des Grafen Redern antwortete Manteuffel:

„Ich danke Ihnen aufrichtig und verbindlich für Ihr Kommen und für die Adresse, welche Sie mir gebracht haben, Sie haben mir dadurch eine große Freude bereitet; es ist das, wie Sie mir wohl zutrauen werden, keine Freude geschmeichelter Eitelkeit, es ist die Freude, die man empfindet, wenn man beim großen und schweren Streben gleichgesinnten treuen Freunden begegnet. Das Vergessen, das leichte Vergessen schwerer Dinge ist eine Krankheit unserer Zeit und eine wesentliche Stütze der Revolution. Sie aber scheuen es nicht, sich heute an den Zeitpunkt zu erinnern, auf dem wir uns vor drei Jahren befanden, an das zu denken, was wir seit jener Zeit erlebt haben. Damals stellte eine sogenannte National-versammlung das Königthum in Preußen in Frage, ja die Minister des Königs selbst zweifelten an der Macht und dem Rechte unseres Königs. Da hat mein

verewigter Freund Graf Brandenburg — und sein ist, wie ich gern anerkenne, das größte Verdienst — die Fahne des Königthums in Preußen unter mancherlei Gefahren kühn und unerschrocken erhoben, und wie Spreu ist Alles davor auseinandergefahren. Wir haben unter diesem Banner gekämpft, wir sind dabei nicht frei von Irrthümern geblieben, aber wir haben es immer festgehalten und sind deshalb vor schmählichem Verfalle bewahrt worden. Dieses Banner, ich betrachte es als eine theure Erbschaft, die ich mit Blut und Leben zu vertheidigen habe; ich fühle mich frei und unabhängig von allen Parteibestrebungen und habe keinen anderen Stolz, als den, des Königs von Preußen Diener zu sein. Ja, wenn Preußen bestehen soll, und es kann wahrhaftig kräftig und herrlich bestehen, so muß es eine starke Monarchie sein; die will ich aufrecht halten nach dem Befehle meines Königlichen Herrn, zum Heil und Segen seiner Unterthanen. Es ist eine gewöhnliche Redensart, die Regierung fürchte sich: ich glaube keinen Beweis von Furcht gegeben zu haben; aber es ist eine andere schlimmere Eigenthümlichkeit unserer Zeit, daß sie die, welche die Gefahren sehen und bezeichnen, als solche betrachtet, welche die Gefahren fürchten. An Gefahren fehlt es uns noch heute nicht, wir sind davon umgeben; ich kenne sie, und Sie werden sie mit mir kennen, aber deshalb fürchte ich sie nicht, gehe ihnen vielmehr getrost entgegen. Wenn wir uns nur nicht selbst verlassen, so sind wir des Sieges gewiß, und so lange Gott mir Kräfte verleiht — davon können Sie überzeugt sein — werde ich nicht müde werden, die Monarchie Preußen und das Königthum in Preußen hochzuhalten, den Feinden aber mit aller Macht entgegenzutreten." —

Bei der Revision der Militäretats für die Jahre 1849 und 1850 hatte die Central-Budgetkommission in Beziehung auf das höhere Gehalt und die Tafel- und Kleidergelder, welche die Offiziere des 1. Garde-Regiments zu Fuß und das Regiment Garde du Corps bezogen, den Antrag gestellt: „In Rücksicht der veränderten Verhältnisse im Interesse beider Regimenter, die dadurch ihre exceptionelle Stellung der Armee gegenüber verlieren würden, sowie im Interesse der Gerechtigkeit die pekuniären Vorrechte der beiden Regimenter aufzugeben, alle jene höheren Gehälter und Zulagen auf den Aussterbe-Etat zu bringen und diese Regimenter, in Bezug auf ihren Etat dem 2. Garde-Regiment zu Fuß und dem Garde-Kürassier-Regiment gleich zu stellen."

Zugleich erkannte die Kommission das Bedürfniß an, die Subaltern-Offiziere in Berlin, Potsdam und Charlottenburg — für den größeren Dienstaufwand sowie für die größere Theuerung aller Lebensbedürfnisse durch eine Zulage zu entschädigen, wozu die vom Etat successive abzusetzenden Beträge der höheren Gehälter der obengedachten beiden Offizierkorps zu verwenden sein würden.

Bei der Diskussion des Gegenstandes in den Kammern war man auf die Erklärungen des Kriegsministers v. Strotha und des damaligen Ministers des Inneren, v. Manteuffel: „daß man diese Angelegenheit der Regierung überlassen und das nächste Budget erwarten möge" zur Tagesordnung übergegangen.

Bei dem Herannahen der nächsten (also der vorigen) Kammerdiät hatte Stockhausen bei dem Könige die Erledigung der Sache beantragt. Er erklärte

jedoch, dazu noch nicht im Stande zu sein; seine Absicht sei, die betreffenden Offiziere für die ihnen bevorstehenden pekuniären Verluste aus der Königlichen Schatulle zu entschädigen; die letztere sei aber momentan noch nicht leistungsfähig. Um die Zahlung zu ermöglichen, wollte der König die den verschiedenen Theatern bisher gewährten Subventionen zurückziehen und dadurch die Königliche Schatulle zu Gunsten der betreffenden Offiziere zahlungsfähig machen. Der König befahl also dem Kriegsminister, der zweiten Kammer hierüber Eröffnungen zu machen und sie dadurch zu bestimmen, auch ferner noch von sofortiger Regelung des Gegenstandes abzustehen, da jene von der Regierung bestimmt bewirkt werden würde, wenn diejenigen Fonds, deren Zurückfließen in die Königliche Schatulle in naher Aussicht stehe, wirklich verwendbar würden.

Auf dies hin wurde für den erkrankten Kriegsminister von dem Wirklichen Geheimen Kriegsrath Messerschmidt in der General-Budgetkommission die vertrauliche Erklärung abgegeben: „Daß die Staatsregierung den fraglichen Gegenstand keineswegs aus dem Auge verloren, vielmehr die Aussicht habe, daß der König die Gewährung der Residenzzulage für die Subalternoffiziere in den Residenzen dadurch ermöglichen würde, daß Allerhöchst dieselben den Offizieren des 1. Garde-Regiments zu Fuß und des Regiments Garde du Corps aus Allerhöchst Ihrer Schatulle eine angemessene Entschädigung zu Theil werden lassen wollten, sobald die gegenwärtig noch mit Subventionen für verschiedene Institute belastete Königliche Schatulle in letzterer Beziehung eine Erleichterung erfahren werde.“ Die Kommission beschloß, bei dieser Lage des Gegenstandes von einer Erinnerung ganz abzusehen und die in Aussicht gestellte Beseitigung des abnormen Verhältnisses zu erwarten.

Bei Gelegenheit eines Immediatvortrages vom 13. Nov. erklärte der Kriegsminister Stockhausen dem Könige, die Angelegenheit müßte nunmehr durch die Regierung ihrem wiederholten Versprechen gemäß geregelt werden. Der König wollte jedoch davon nichts hören*) und befahl, daß es um so mehr beim Alten zu bleiben habe, als die Theatersubventionen noch nicht aufgehört hätten; damit schnitt derselbe jeden weiteren Vortrag des Kriegsministers bestimmt ab. Um den Ministerpräsidenten von der Billigkeit seiner Forderung zu überzeugen, ließ Stockhausen ein Promemoria ausarbeiten, worin die Streitfrage an der Hand der früheren Kammerverhandlungen beleuchtet war, und bemerkte in seinem Uebersendungsschreiben vom 15. Nov.: „Ich muß mich außer Stande erklären, noch einmal vor die Kammer mit einer unerledigten Sache zu treten, an der ein zweimal feierlich gegebenes, aber unerfüllt gebliebenes Versprechen haftet; ich muß, wenn dieses letztere nicht irgendwie zur Erfüllung gebracht wird, Sr. M. ungesäumt meine Entlassung einreichen und kann, wenn letztere sich etwa bis nach Eröffnung der Kammern verzögern sollte, in denselben nicht mehr erscheinen. — Ich darf gewiß auf die Zustimmung Ew. Excellenz, daß die Ehre mir eventuell diesen Schritt gebietet, rechnen.“

*) Der König ignorirte dabei eine eigenhändige Korrespondenz, die er in der Sache mit dem Kammerpräsidenten Grafen Schwerin und dem Vorsitzenden der General-Budgetkommission, Abgeordneten von Bodelschwingh-Hagen, geführt hatte.

Am 17. Nov. ließ sich der König die Sache durch Niebuhr, in Gegenwart Gerlachs, vortragen,*) worauf der Letztere aus Potsdam an Manteuffel schrieb:

„Ich habe leider wiederum ohne Erfolg eine sehr lebhafte Unterredung mit Sr. M. über die Garde-Etatsfrage gehabt. Es ist mir gelungen, den König zu überzeugen, daß im vorigen Jahre ganz nach seinen Vorschriften verfahren worden. Dann habe ich ausgeführt, wie die höchste Summe, welche man Sr. M. zumuthen könnte, auf das Kronfideikommiß zu übernehmen, 30 000 Thaler betrüge, welche nach den eigenen Bestimmungen des Königs ebenso allmählich, wie durch den Abgang der berechtigten Offiziere die Ausgaben entstehen, durch Ersparnisse von dem Etat der Theater beschafft werden könnte. Gleichzeitig habe ich noch einen anderen Ausweg vorgeschlagen, diese Zulagen zwar aussterben zu lassen, dagegen aber den Regimentern dafür wiederum den freien Tisch zu geben, was, wenn den Regimentern die Verwendung des Geldes überlassen würde, noch keine 10 000 Thaler kosten würde.

Wenn Ew. Excellenz morgen über diese Sache Sr. M. Vortrag machen, möchte ich anheimgeben, es jedenfalls ohne Stockhausen zu thun. Sollte Se. M. von einem Ersatz des jetzigen Kriegsministers reden, so würde ich mir an Ew. Excellenz Stelle die Bemerkung erlauben, ob denn Majestät schon wüßten, daß der Nachfolger es sich nicht auch zu einer Pflicht machen würde, einem durch drei Jahre geleisteten, wenn auch nur unbestimmten Versprechen endlich nachzukommen.

Mich hat diese Sache sehr affizirt und an die vorjährige Leidenszeit erinnert."

Als die nächsten Tage keine Entscheidung brachten, sagte der König zu Gerlach, er müsse Stockhausen von seiner Absicht, zu demissioniren, abbringen, das wäre seine Pflicht als Sr. M. General, Generaladjutant und wegen seines Pflichteides. Indessen fruchtete auch dieses Zureden nicht, denn am 26. Nov. erklärte Stockhausen dem Könige, derselbe könne zwar über sein Leben jeden Augenblick gebieten, eines aber müsse sein Eigen bleiben, die Ehre, welche er daher unter allen Verhältnissen und Ereignissen bewahren werde, dieselbe würde jedoch durch ein nicht gehaltenes Versprechen zertrümmert werden und ein solches habe er auf Allerhöchsten Befehl in der bewußten Angelegenheit in der vorigen zweiten Kammer gegeben, nicht auf eine in weiter Ferne möglich werdende Erfüllung, sondern auf eine nahe Zukunft hin. Die sämmtlichen Staatsminister hätten seiner Auffassung der Sache beigestimmt, und der Ministerpräsident habe dem König hiervon Meldung gemacht; doch sei es dem Letzteren leider nicht gelungen, die Allerhöchste Zustimmung zu dieser Auffassung zu gewinnen. — Er habe daher für seine Entschlüsse keine andere Wahl. — Er vermöge in den Kammern nicht zu erscheinen und könne daher auch der am folgenden Tage stattfindenden Eröffnung derselben nicht beiwohnen. Da die Armee bei den Kammerberathungen aber vertreten sein müsse, so rechtfertige sich der Vorschlag, in die von ihm bis jetzt wahrgenommene Stelle bald einen Andern zu ernennen.**)

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 694.
**) Ebenda, S. 699.

Am Rande dieses Schreibens verfügte der König eigenhändig:

„An den Ministerpräsidenten Freiherrn v. Manteuffel mit der Bemerkung, daß Ich soeben an Graf Gröben wegen Uebernahme der Hausminister-Funktionen geschrieben habe. Friedrich Wilhelm.“

Am 26. Nov. schickte Manteuffel zu Gerlach, sehr betrübt über Stockhausens Erklärung, und ließ sagen, das Ministerium könne doch jetzt nicht wegen dieser Sache abtreten.*)

Wie sich die Krisis weiter entwickelte, bleibt der Schilderung im nächsten Kapitel vorbehalten.

Auch als Ministerpräsident setzte Manteuffel seine Besuche bei dem Volke**) fort. So besuchte er am 11. Mai verschiedene Vergnügungslokale an der Pankower Chaussee und auf dem Windmühlenberg.***) Bald darauf erfuhr er, daß die als ganz demokratisch bekannten Maschinenbauer, welche in dem Hertzogschen Lokal, Linienstraße, verkehrten, bei ihren Zusammenkünften viel politisirten, was zu mancherlei Wühlereien Veranlassung gebe. Manteuffel beschloß, sich selbst von der Richtigkeit dieser Mittheilungen zu überzeugen. Unerwartet erschien er daher eines Abends in diesem Lokal, zu einer Zeit, wo eben die Maschinenbauer sich versammelt hatten. Doch der Grund ihrer gewöhnlichen Versammlungen war nicht die Politik, sondern Angelegenheiten ihrer Kranken- und Sterbekasse und ihres Krankenpflegevereins. Die ganze Gesellschaft erhob sich. Dankend bat er, sich nicht stören zu lassen, mit den Worten: „Behalten Sie Platz, meine Herren, ich komme nicht, um zu horchen, sondern um zu hören!“ Als er sich anschickte, das Lokal zu verlassen, und Alle einer Antwort entgegensahen, äußerte er noch: „Meine Herren, verlangen Sie von mir kein Urtheil, denn um dies abgeben zu können, wäre es nothwendig, genau die Sachlage der Verhältnisse zu wissen. Doch eins versichere ich von ganzem Herzen, daß ich gern bereit bin, zu helfen und zu unterstützen nach Kräften, wenn ich mich überzeugt habe von der Nützlichkeit und Nothwendigkeit!“ Da das Lokal nicht sehr weit entfernt war von dem Schluderschen Lokal, in welchem der Minister zuerst unter das Volk getreten, kehrte er daselbst ein, und nicht wie früher ungekannt als Herr Müller, sondern sofort erkannt, wurde er begrüßt und mit dem größten Jubel empfangen. Manteuffel sagte zu den dort anwesenden Bürgern: „Ich habe versprochen, einmal wieder zu erscheinen, und so sehen Sie mich denn hier, meine Herren! Es hat zwar etwas lange gedauert, doch ich habe Wort gehalten!“ Von da wandte er sich nach einem anderen Stadttheil, nach der Prenzlauerstraße zu Schneider, einem Versammlungsorte echt konservativ gesinnter Bürger. Man bat ihn, am sogenannten Raisonnirtisch Platz zu nehmen, was auch geschah. Erst nach seiner dringendsten Mahnung kam das Gespräch in Gang. Ein weiterer Besuch galt einem Lokale der Frankfurterstraße, wo die Demokratie allein vertreten war.

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 698.

**) Vgl. Bd. I, S. 184 f.

***) Ebenso erschien der Minister auch häufig in den sogenannten Bezirksversammlungen, theils geladen, theils ungeladen, wie zahlreiche Zeitungsnotizen beweisen.

II. Kapitel.

Aus der Zeit der dritten Session der II. Legislaturperiode. (27. November 1851 bis 19. Mai 1852.)

1. Auswärtige Politik.

Frankreich war seit 1815, zuerst unter der Restauration und dann auch unter Ludwig Philipp, in seiner politischen Einwirkung auf das allgemeine europäische System wesentlich neutralisirt, indem sowohl die ältere wie die jüngere Linie der Bourbonen, fester Wurzeln im Boden Frankreichs ermangelnd, fast ausschließlich durch das Bestreben in Anspruch genommen wurden, sich durch das lähmende Schaukelspiel der parlamentarischen Regierung im Besitze der Regierungsgewalt zu erhalten. Behauptete sich, wie es zu Anfang des Jahres 1851 den Anschein hatte, Ludwig Napoleon und setzte er, wenn auch zuerst nur unter dem Präsidententitel, das System des „Kaiserreichs" fort, so lag in dem Wesen dieses Systems schon eine große Kraftentwickelung nach außen. Man durfte voraussetzen, daß Frankreich alsdann auf die politischen Angelegenheiten des festen Landes einen Druck ausüben werde, der dem Drucke Rußlands gleichkam, wenn er ihn nicht übertraf. Ein wesentlicher Umschwung im politischen System des festen Landes mußte um so mehr die unabweisliche Folge davon sein, als zugleich das System der demokratischen Revolution zu Boden geworfen war und das Bündniß der Regierungen gegen dieselbe folglich in den Hintergrund trat, um dem früheren Systeme der territorialen und Einflußfragen wieder den Vordergrund der politischen Bühne einzuräumen. Jede Macht mußte dem neuen Verhältnisse, es mochte ihr nun erwünscht oder unerwünscht sein, Rechnung tragen, vorzüglich aber Preußen, das infolge seiner geographischen Lage durch alle ernsten Verwickelungen und Kriege der europäischen Landmächte gewissermaßen direkt berührt wurde und besonders scharf die sich bildenden Kombinationen des europäischen Kontinentalsystems zu beobachten und zu berechnen angewiesen war. Die Vorsicht rieth Preußen an, Ludwig Napoleon gegenüber vorerst und bis die Frage seiner Konsolidirung als ganz entschieden angesehen werden konnte, eine die Zukunft vollkommen offen haltende, aber dabei doch nur wesentlich expektative Stellung einzunehmen.

Angesichts des baldigen Endes seiner vierjährigen Präsidentschaft benutzte Louis Napoleon den 2. Dez. 1851 als einen Tag guter Vorbedeutung (am 2. Dez. war Napoleon I. zum Kaiser gekrönt worden, und ein 2. Dez. war es, wo er die Schlacht bei Austerlitz gewann), um sich durch einen Staatsstreich in der Präsidentschaft zu befestigen und den Weg zum französischen Thron zu bahnen. Durch Volksabstimmung vom 20. und 21. Dez. wurde Napoleon auf zehn Jahre Präsident

der Republik; am 12. Jan. publizirte er die neue französische Verfassung (eine Kopie derjenigen vom 23. Dez. 1799) und durch Dekret vom 22. Jan. verfügte er, daß die Güter, die König Louis Philipp bei seiner Thronbesteigung an seine Familie abgetreten hatte, eingezogen würden.

Nach dem Bekanntwerden des Napoleonischen Staatsstreichs vom 2. Dez. brachte ein Berliner Blatt die alarmirende Nachricht von einer preußischen Mobilmachung. Manteuffel erklärte in der ersten Kammer dies Gerücht für vollständig unbegründet. „Wir machen jetzt nicht mobil, auch nicht ein Armeekorps oder einen Theil desselben. Die Versicherung kann ich Ihnen geben, daß wir die möglichen Gefahren nicht übersehen und auf sie vorbereitet sind. Wenn Preußen angegriffen oder ernstlich bedroht wird, dann werden seine Kräfte auf dem richtigen Platze bereit sein. Bis jetzt aber ist weder das Eine noch das Andere der Fall.“*)

Mit Bezug hierauf schrieb der Prinz von Preußen am 12. Dez. aus Coblenz an Manteuffel:

„Ihre pazifiquen Erklärungen haben vortrefflich gewirkt. Hier ist Alles ruhig, dennoch müßte Stockhausen den Moment ergreifen, um die Bataillone auf 678 Mann zu bringen, als Extraordinarium, um künftiges Jahr diesen Etat als Ordinarium um so leichter durchzuführen; es ist dies dringend nöthig.“

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Staatsstreichs fertigte der Geheime Legationsrath Küpfer am 7. Dez. für Manteuffel eine Denkschrift an, in der er die Frage beantwortet, welches für Preußen die Folgen seien, wenn es Louis Napoleon glücke, sich im Besitze der obersten Gewalt in Frankreich zu behaupten. Diese Folgen waren nach Küpfers Ansicht doppelter Natur.

1. In Bezug auf die Wiederbefestigung des Prinzips der obrigkeitlichen Autorität auf dem festen Lande von Europa überhaupt.

2. Hinsichtlich der veränderten Stellung Frankreichs zum europäischen Staaten- und Gleichgewichtssystem.

„Was den ersten Punkt betrifft, so ist heute wohl schon klar, daß Louis Napoleon seine Herrschaft wesentlich auf die Militärgewalt und auf die Erinnerungen des Kaiserreichs stützen wird, welches ihm unbezweifelt als das zu erreichende Ziel und Muster vorschwebt. Es ist dies eigentlich der Autokratismus in den Formen, welche ihm die Sitten und Gefühle der heutigen Franzosen auflegen. Louis Napoleon ist der gegebene Feind der sogenannten parlamentarischen Regierung, ebenso wie der sogenannten »Bourgeoisie-Herrschaft«. Er sagt so den Grundinteressen der aus der Feudalität hervorgegangenen alten Dynastien weit mehr zu als ein orleanistisches Regiment in Frankreich, vielleicht selbst mehr als die Rückkehr der älteren Bourbonen, die allerdings legitim sind, aber ohne Sympathien in der Masse der Nation und vorzüglich in der Armee, sich, wenn sie nochmals zur Gewalt gelangten, wie 1814 und 1815, wieder auf ein parlamentarisches Regiment stützen müßten und bei der Persönlichkeit des Grafen Chambord schließlich sich doch kaum dauernd befestigen dürften. Allerdings bleibt Louis Napoleon, und

*) Sten. Bericht, Bd. I, S. 22, Rede vom 4. Dez. 1851.

man darf sich nicht darüber täuschen, der Repräsentant der Revolution, das heißt des Systems der formellen Rechtsgleichheit und des abstrakten Prinzips der Volkssouveränität. Diese Lehren aber haben bereits moralisch Deutschland durchdrungen, und sie dürften, von der parlamentarischen Regierung getrennt und in der Gestalt, wie sie sich im Kaiser-»Reiche« verpuppt halten, nicht mehr ein sehr zu fürchtendes Propagandamittel darbieten.

Was den zweiten Punkt betrifft, so ist vorherzusehen, daß, sobald Louis Napoleon sich nur einigermaßen in der obersten Gewalt in Frankreich befestigt hat, Letzteres in den europäischen Angelegenheiten eine höhere und entschiedenere Stellung, als dies seit 1815 der Fall war, einnehmen wird. Es ist dies eine aus der Lage Louis Napoleons herfließende Nothwendigkeit. Selbst ein innerhalb gewisser Grenzen beschränkter Krieg, wie z. B. in Italien, würde ihm willkommen sein, um die Armee zu beschäftigen und sich bei derselben beliebt zu machen. Einen allgemeinen Krieg mit dem, was man Europa nennt, kann er inzwischen nicht wünschen, da Frankreich kein Allianzsystem in Spanien und Italien und, wenn auch eine tüchtige Armee, doch keinen erprobten Feldherrn besitzt. Louis Napoleon dürfte daher vorerst weit mehr eine einigermaßen imponirende politische Stellung, die der Nationaleitelkeit der Franzosen schmeichelt und deren er sich so zu seiner politischen Konsolidation bedient, als wesentliche Eroberungen anstreben, die ihn mit Europa überwürfen und ihn in einen ungleichen Kampf stürzten. Es ist daher unwahrscheinlich, daß er alsbald einen Angriffskrieg gegen Belgien oder an der Saar begänne, der das Signal zu einem allgemeinen Kriege abgeben würde.

Das Wiedereintreten Frankreichs als ein wesentliches Gewicht ins europäische Gleichgewichtssystem, so lange es dieses Letztere nicht ernstlich bedroht, wovon es heute noch weit entfernt ist, und so lange es keinen revolutionären Propagandakrieg macht, bleibt aber für Preußen ein sehr erwünschtes Ereigniß. Die Stellung Preußens den drei anderen europäischen Großmächten gegenüber besserte sich dadurch wesentlich, indem England wie Oesterreich, ja selbst Rußland mehr sich um seine Freundschaft zu bewerben in den Fall gesetzt würden. Preußen hat aber vorerst den Eroberungsgeist des jetzigen Frankreichs wenig zu fürchten. Sollte Frankreich an eine Ausdehnung seiner Grenzen nach dem Rheine zu denken, so liegt es in seinem Interesse, diejenigen preußischen Landestheile, nach denen es für diesen Zweck strebte, nicht um den Preis eines langwierigen Krieges mit Preußen, sondern durch einen Preußen zusagenden Austausch gegen ein Gebiet nach dem rechten Rhein-Ufer zu erwerben. Ein kräftiges Frankreich dürfte z. B. sehr geneigt sein, einen Plan aufzunehmen, der das Königlich sächsische Haus auf das linke Rhein-Ufer versetzte und dagegen Sachsen Preußen einverleibte. Nur mit der Hülfe Frankreichs kann Preußen hoffen, die wirklich grausame Abgrenzung zu verbessern, welche der tief berechnende geheime Neid seiner Alliirten ihm 1815 auflegte.

Die Ansicht, daß Frankreich ein natürlicher Alliirter Preußens sei, welches dieser Allianz die Erwerbung Schlesiens und der durch den Reichsdeputations-Receß gewonnenen Länder verdankte, durchdrang stets die Staatsmänner der alten preußischen Schule. Friedrich II. war schmerzlich durch die Schwäche berührt, worin Frankreich in dem zweiten Theile der Regierung Ludwigs XV. und unter

Ludwig XVI. versunken war. Jene Ansicht leitete das Königliche Kabinet bei dem Baseler Frieden und bei der Stellung, die es darauf gegenüber von Frankreich bis 1805 nahm. Diese Politik wurde nur dadurch eine fehlerhafte, weil das Königliche Kabinet wie fast alle übrigen großeuropäischen Kabinette zu lange die durch ein ungeheures Feldherrntalent getragene Eroberungslust Napoleons verkannte.

Ich erinnere mich noch sehr deutlich, wie die gewiegtesten preußischen Politiker nach 1815 lebhaft den Augenblick herbeiwünschten, wo Frankreich wieder eine effektive Macht würde. Als nach dem spanischen Feldzuge von 1823 dieser Augenblick herangekommen schien, wurde der verstorbene Kabinetsminister Graf Goltz 1824 zum Gesandten nach Paris designirt, um die politische Annäherung der beiden Mächte einzuleiten. Prinz Metternich beseitigte augenblicklich diesen Plan durch eine Intrigue, deren Handhabe der verstorbene Fürst Hatzfeldt war. Dennoch bereitete 1829, als die orientalische Krisis angebrochen war, das Königliche Kabinet sich vor, der sich damals anbahnenden Allianz zwischen Rußland und Frankreich, deren Zustandekommen nur der Adrianopeler Friede und der sich nähernde Sturz der älteren Bourbonen vom französischen Throne vereitelte, sich anzuschließen.

Aus dem Gesagten dürfte folgen, daß Preußen dem Unternehmen Louis Napoleons einen glücklichen Erfolg zu wünschen hätte und, falls er sich behauptete, mit demselben ein so freundschaftliches Verhältniß anzubahnen suchen müßte, als die Erhaltung der Beziehungen des Königlichen Hofes zu Rußland nur irgend gestattete — mit einem Worte dem Neffen gegenüber, und aus noch weit entscheidenderen Gründen, die nämliche Politik befolgte, die das Königliche Kabinet von 1800 bis 1804 dem Onkel gegenüber zu befolgen sich veranlaßt sah.

Man wird hier vielleicht einwenden, daß, falls Frankreich wieder eine aktive Macht würde, eine Allianz zwischen Rußland und Frankreich sich zu bilden nicht lange säumen würde. Allerdings ist dies wahrscheinlich. Vermuthlich wird dann Preußen sich veranlaßt sehen, sich, wie 1829, den beiden Mächten anzuschließen, statt das Hauptgewicht des Kampfes, um sie auseinander zu halten, vorzugsweise auf sich zu nehmen. Die Bedingungen eines solchen Anschlusses würden sich aber für Preußen weit günstiger stellen, wenn dieses dabei nicht bloß vom guten Willen Rußlands abhängig wäre, sondern daneben auch zu Paris eine warme Unterstützung der preußischen Interessen fände. Rußland hat das Interesse, allenfalls die westliche, nicht aber die östliche Gebietsmasse Preußens zu verstärken. Frankreich dagegen, wenn Preußen einmal mehr gekräftigt werden soll, muß wünschen, daß die Vergrößerung vorzugsweise der östlichen Kernmasse Preußens zu Theil werde. Frankreich hat das bestimmte Interesse, daß Preußen eine dem Gewichte Oesterreichs sich annähernde Mittelmacht zwischen ihm und Rußland bilde."

Die von Manteuffel inspirirte preußische Presse billigte denn auch den Napoleonischen Staatsstreich;*) dagegen sahen die „Kreuzzeitung" und ihr Anhang,

*) Unterm 16. Dez. schreibt Gerlach, Manteuffel und Quehl seien vom Bonapartismus befangen, „Manteuffel fürchtet, daß Preußen am Hofe des Elysée isolirt bleiben könnte." Am 29. Dez.

z. B. die „Preußische Wehrzeitung", sehr schwarz. Bezeichnend ist ein Schreiben, das der diesem feudalen Blatte nahestehende General v. **Gerlach** aus Charlottenburg am 5. Dez., also gleichfalls unter dem unmittelbaren Eindruck des Staatsstreichs, an Manteuffel richtete, worin er der Erwägung des Ministers anheimstellte, ob es nicht bei der Lage der Dinge in Frankreich an der Zeit wäre, vorläufige militärische Verabredungen und Vorbereitungen zu treffen.

„Ich rechne dahin:

1. Verabredungen mit Oesterreich und dem deutschen Staat über die Punkte, wo Armeen konzentrirt werden müßten. 2. Vorläufige eventuelle oder wirkliche Ernennung der kommandirenden Generale dieser Armeen mit ihren über gewisse Landestheile verliehenen Vollmachten, die Zusammenziehung, Mobilmachung 2c. gewisser Truppen anzuordnen, für gewisse Fälle den Belagerungszustand proklamiren zu können 2c. 3. Verabredung gewisser Operationen.

So erregte es 1830 einen großen Streit, inwiefern sich die württembergischen und bayerischen Truppen im Fall eines überlegenen Angriffs von Frankreich her auf Oesterreich oder auf Franken repliiren sollten.

Ich glaube, daß man keine Zeit verlieren darf, dergleichen Verabredungen zu treffen, damit im Fall der Noth Alles seine gewiesenen Wege geht."

Man hätte meinen können, die französischen Adler stünden schon bereit, über den Rhein zu fliegen. Vortheilhaft sticht hiervon eine Kundgebung des **Prinzen von Preußen** ab, die in einem von Coblenz am 12. Dez. an Manteuffel gerichteten Schreiben bemerkt:

„Louis Napoleons coup d'État hat glücken müssen, da er vortrefflich vorbereitet und energisch durchgeführt ward. Vom Rechtspunkt muß man schweigen und sich freuen, daß die Anarchie vorläufig beseitigt ist. Auf wie lange, das weiß Gott allein."

Von einer Sorglosigkeit war aber auch er entfernt. Am 3. Febr. schrieb der **Prinz von Preußen** an Manteuffel:

„Der Erbgroßherzog von Weimar hat mir geschrieben, daß er aus ganz sicherer Quelle aus Paris erfahren habe, wie der Plan feststehe, Belgien und die Rheinprovinz, d. h. überhaupt die Rheingrenze, bei erster Gelegenheit in Anspruch zu nehmen, und daß sogar ein Dekret existire, welches dies con temps en bien öffentlich aussprechen solle. (Letzteres erscheint etwas fabelhaft.) Da mein Schwager mir einen Expressen mit dieser Mittheilung sendet, so muß ich annehmen, daß er besonders Gewicht auf die Quelle legt, aus der er schöpft. Ich wollte daher bei Ihnen anfragen, ob Ihnen etwas der Art bekannt geworden ist, oder ob

berechnete Manteuffel die große vereinte Macht von Oesterreich und Frankreich und fürchtete Preußens Isolirung. (Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 714.) Anfang Jan. (2.) war Manteuffel in seinem Bonapartismus doch etwas „irre gemacht" (S. 716). Er und der König waren indignirt über ein österreichisches Promemoria, welches verlangte, daß sich Oesterreich, Rußland und Preußen über ihr Verhältniß zu Frankreich einigen möchten. (S. 717.)



ich meinem Schwager versichern kann, daß an eine nahe Gefahr nicht zu denken sei. Zwei Worte von Ihnen genügen mir."

Auch Graf Pfeil beurtheilte in einer aus Hausdorf in Schlesien an Manteuffel unter dem 26. Febr. 1852 gerichteten Zuschrift die durch den Napoleonischen Staatsstreich geschaffene Lage nichts weniger als pessimistisch.

„So sehr ich im Allgemeinen die Ansichten der »Neuen Preußischen Zeitung« theile, so wenig ist dieses in der französischen Frage der Fall. Nach meinem Urtheil hat Louis Napoleon wohl gethan, indem er Leben und Freiheit einsetzte in dem Versuch, Frankreich vor der heillosen Anarchie, mit der es bedroht ist, zu bewahren. So scheint auch ganz Frankreich die Sache angesehen zu haben. Uebrigens ist Louis Napoleons Verfahren wie nach dem Buche, und wollten Ew. Excellenz die betreffenden Kapitel des Machiavell nachlesen, so würden Sie dasselbe dort wörtlich angezeigt finden. Die angewendeten Mittel sind übrigens nirgends grausamer, als es für den Erfolg nöthig war, und insbesondere die Konfiskation des kolossalen Orleansschen Vermögens war ein unerläßlicher Akt der Nothwendigkeit. Dieses Vermögen hat die Jugend Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. sowie die Regierungen Ludwigs XVI., Ludwigs XVIII. und Carls X. erschüttert oder umgestürzt; diesem Vermögen gegenüber war die Behauptung einer neu erlangten, schwachen Herrschaft so gut wie unmöglich, und es läßt sich schwerlich »Raub« nennen, daß Louis Napoleon seinen Feinden die Mittel entzog, ihm selbst zu schaden und Frankreich in neue Konvulsionen zu stürzen. Am wenigsten dürfen wir Deutschen den Splitter richten mit dem Balken in unserem Auge. Man hat in Preußen und zumal in Oesterreich wohl mehr und verletzender konfiszirt, als Louis Napoleon es gethan hat, und daß hier die Konfiskationen nur die getreuesten Unterthanen trafen, verbessert unseren Ruhm wenig.

Ob übrigens Louis Napoleon sich behaupten wird, hängt wesentlich von seinem ferneren Verfahren ab. Ein legitimer Monarch dürfte in dem gegenwärtigen Zeitpunkt vielleicht am wenigsten in der Lage sein, das Land zu ordnen, denn die Königliche Legitimität ist nur ein Theil der Legitimität, welche in Frankreich überhaupt mangelt. Der Theil kann das Ganze nicht ersetzen, und das gestörte Recht läßt sich nicht herstellen, wenn nicht große Macht mit der größten Einsicht geübt wird. Ueberhaupt ist die Herstellung gesunder Formen in einem in den Fundamenten kranken Staat ungemein schwierig. Aus dem Mittelalter und der neueren Zeit ist mir kein derartiger Versuch bekannt. Vielleicht ist ein Gelingen unter monarchischen Formen noch am ersten möglich.

Die Bourbonen tragen die Schuld ihrer Vorfahren, und wir Preußen haben wohl am wenigsten Ursache, Sympathien für sie zu hegen. Ludwig XIV. und Ludwig XV. waren wahrlich nicht Ursache, daß Preußen sich über den Rang eines deutschen Kurfürstenthums erhoben hat, und die Schwäche Ludwigs XVI. würde man vielleicht noch härter anklagen, hätte dieser unglückliche Fürst nicht so schaudervoll gebüßt. Ein bourbonisches Frankreich würde sich an Oesterreich anlehnen und wahrscheinlich nicht zum Vortheil Preußens. Die etwaigen Vergrößerungsgelüste süddeutscher Fürsten erscheinen, damit verglichen, weit weniger gefährlich."

Es war mit Sicherheit vorherzusehen, daß Louis Napoleon die von ihm infolge des Staatsstreichs vom 2. Dez. erfaßte Herrschaft einfach als die Fortsetzung des 1814 und 1815 durch die Waffengewalt Europas gestürzten Kaiserreichs ansehen und an diesem letzteren wieder anknüpfen würde. Die Folgen seines Systems drängten ihn dabei unabweisbar zur Annahme des Kaisertitels und zum Versuche der Fortsetzung der Napoleonischen Dynastie.

Bei dem tiefen Eingreifen Frankreichs in alle Verhältnisse des europäischen festen Landes war es daher, und besonders für Preußen, das von den Kontinentalmächten die einzige an Frankreich unmittelbar angrenzende war, von der höchsten Wichtigkeit, im voraus die wahrscheinlichen Folgen jenes Ereignisses vollkommen klar ins Auge zu fassen.

Dieser Aufgabe unterzog sich der Geheime Legationsrath Küpfer in einer dem Minister Manteuffel am 10. März 1852 überreichten Denkschrift, die nachstehend im Auszug mitgetheilt werden soll:

„Es ist unmöglich, sich zu verbergen, daß gerade die Verfassung des Kaiserreichs den an sich schon so reichen Mitteln Frankreichs eine große Konzentration giebt und Letzteres daher bedeutend dem Auslande gegenüber kräftigt, ferner daß die heutige Militärverfassung Frankreichs, die noch als ein Werk Napoleons anzusehen ist, eine große Festigkeit und Spannkraft besitzt, endlich daß Louis Napoleon ein Mann von festem Willen ist. Dagegen fällt in die andere Wagschale, daß das Frankreich Louis Napoleons nicht die Allianzen der Bourbonen unter Ludwig XIV. und Ludwig XV. (Spanien, Neapel ꝛc.) besitzt. Daß England, der natürliche Gegner Frankreichs, heute eine weit größere Macht als dies von 1660 bis 1750 der Fall war, besitzt; daß vom Nordmeere bis zur Schweiz gegen Frankreich ein weit fester organisirtes Festungssystem als während des achtzehnten Jahrhunderts besteht; endlich daß Louis Napoleon, wenn er gleich ein charakterfester Mann ist, doch bis jetzt kein Feldherrntalent gezeigt hat, und daß Feldherren wie Napoleon doch nur in langen Zwischenräumen zu erscheinen pflegen.

Alles dies erwogen, dürfte es vorherzusehen sein, daß Frankreich, wenn Louis Napoleon sich behauptet, als die bedeutendste Kontinentalmacht in Mitteleuropa vielleicht mit ungefähr dem militärischen Gewichte, welches es unter Ludwig XIV. entwickelte, auftreten wird, daß es aber durchaus unwahrscheinlich bleibt, daß Louis Napoleon die Eroberungszüge seines Onkels auch nur in einem annähernden Maße wieder aufzunehmen im Stande wäre; Preußen mit seiner wesentlich balancirenden Politik und keineswegs als natürlicher Gegner Frankreichs gegenübergestellt, dürfte daher vorerst die Entwickelung der militärischen und politischen Haltung Louis Napoleons aufmerksam zu beobachten, sich aber sorgfältig zu hüten haben, demselben gegenüber in ein allgemeines Bündniß, wie solches gegen Napoleon I. abgeschlossen wurde, von vornherein und bevor nicht eine wirkliche, auch Preußen wesentlich berührende Bedrohung des europäischen Gleichgewichts durch den jetzigen Beherrscher Frankreichs sich ergäbe, einzutreten.

Dies vorausgeschickt, gehen wir zur Beleuchtung der Frage über, was zu thun ist, wenn Louis Napoleon, vielleicht bald, den Kaisertitel annähme?

Die europäischen Mächte haben Bernadotte und vorzüglich Ludwig Philipp, der, direkt aus den Barrikaden hervorgehend, den legitimen König Frankreichs verdrängte, anerkannt. Eine Verweigerung der Anerkennung des Kaisertitels Louis Napoleons würde, vorzüglich mit Rücksicht auf die Traktate von 1815, einer faktischen Erneuerung der politischen Aechtung der Familie Bonaparte gleichkommen und, wenn auch vielleicht erst etwas später, doch unvermeidlich den Krieg im Gefolge haben. Louis Napoleon, so auf die Revolution als einzigen Bundesgenossen zurückgeworfen, könnte allerdings dem alten Europa gegenüber nicht die Propaganda der parlamentarischen Regierung und der Herrschaft des Bürgerthums, kurz dessen was das Stichwort »Liberté« bezeichnet, anwenden, wohl aber bliebe es ihm bei seinem System unbenommen, das Prinzip der Gleichheit und die Vertretung der unteren Klassen (Egalité et Fraternité) als Waffe zu gebrauchen. Die Wechselfälle, die daraus für die Nachbarstaaten Frankreichs, insbesondere für Deutschland und Italien, möglicherweise hervorgehen möchten, dürften nicht reiflich genug erwogen werden können, bevor man einen neuen Prinzipienkampf hervorriefe, in dem Preußen sich als Avantgarde gestellt befände und wahrscheinlich das Schlachtfeld abgäbe.

Entschiede man sich demzufolge für die Nichtverweigerung der Anerkennung des Kaisertitels Louis Napoleons, so entstände die weitere Frage, ob man sich auf diesen von einer kalten Zurückhaltung begleiteten Schritt beschränken oder dann sofort die neue Dynastie als ebenbürtig zu betrachten und sie gewissermaßen mit den alten Dynastien zu verschmelzen streben solle?

Diese Frage ist von einer großen Tragweite, und die Art ihrer Lösung kann unter gewissen Umständen die Zukunft des Kontinents in sich schließen.

Die Gefühle der alten Dynastien sowie die Bestrebungen der beiden Linien der Bourbonen dürften der Beförderung einer solchen Verschmelzung unbedingt entgegen sein. Die Politik würde aber vielleicht andere und nicht so absolute Rathschläge ertheilen. Wäre Louis Napoleon überzeugt, daß ungeachtet der formellen Anerkennung seines Kaisertitels die alten Höfe ihn doch nur gewissermaßen als einen Eindringling betrachten, den man bloß duldete, so lange die Umstände dazu nöthigten, so würde er sich wohl hüten, die revolutionären Waffen, über die er noch verfügen kann, aus den Händen zu geben. Es würde zwischen den alten Höfen und ihm nur ein bewaffneter Waffenstillstand, während dessen Dauer die von Frankreich im Geheimen genährte Propaganda der „Egalité und Fraternité" fortwucherte, aber kein Vertrauen bestehen. Ein solcher Zustand dürfte den Nachbarhöfen Frankreichs noch gefährlicher als selbst der offene Krieg bleiben.

Das Vorbild Louis Napoleons, sein Onkel, entfernte sich von der Revolution und kehrte zu den Traditionen der alten Monarchie in dem Maße zurück, als er sich verwandtschaftlich mit den alten regierenden Häusern versippte. Täuscht nicht Alles, so wird auch Louis Napoleon weit mehr vom persönlichen Interesse, von dem Verlangen, eine Dynastie zu gründen, als von abstrakten politischen Prinzipien geleitet. Die Grundsätze der Revolution sind ihm nicht Zweck, sondern Mittel. Hat er sich einmal davon überzeugt, daß die alten Dynastien Europas ihn ohne Rückgedanken in ihre Reihen aufgenommen haben, so ist vorherzusehen, daß er sich immer mehr

und mehr der revolutionären Grundsätze entäußern und seine Herrschaft und Dynastie auf wirklich monarchische Institutionen zu begründen suchen wird.

Nur durch die monarchische Umwandelung des Bonapartismus dürfte es möglich werden, den Schlund der französischen Revolution bleibend zu schließen. Dies vermögen weder der Graf v. Chambord, noch das Orleanssche System, noch die Fusion beider. Die Macht des Bonapartismus liegt nämlich darin, daß er im innersten französischen Nationalgefühle als die lebendige Protestation gegen die nationale Besiegung Frankreichs in den Jahren 1814 und 1815 gilt. Tiefe Politiker sahen es daher als einen großen politischen Fehler von Seiten der alten Dynastien an, daß man 1814 sich nicht damit begnügte, die Person Napoleons als Geisel zu verlangen, dagegen aber seinen Sohn in Frankreich fortherrschen ließ und so dem Wiederaufleben der beruhigten Revolution vorbeugte. Man fürchtete den Bonapartismus mehr als die Revolution und trachtete vor Allem nur den ersteren auszurotten. Besiegt und aufs Tiefste gereizt, beschwor er nun im Stillen die Revolution wieder herauf und fand für dieses Beginnen die besten Waffen in den Regierungssystemen, wodurch die ältere wie die jüngere bourbonische Linie ihre Herrschaft in Frankreich zu begründen trachteten. Zwischen 1815 und 1848 besteht ein enger Zusammenhang.

Man wird hier einwenden, daß die Politik, welche man hier, wenn auch nicht gerade für Preußen empfiehlt, doch zur ernstesten Erwägung unterbreitet, ja ganz die nämliche sei, welche das Kabinet des hochseligen Königs bei dem Emporsteigen Napoleons und bei seiner Annahme des Kaisertitels befolgte, wo Preußen Letzteren gar zu diesem Schritte aufmunterte, zuerst anerkannte und ihm den Schwarzen Adler-Orden übersandte. Die Folgen jener Politik lägen aber in den Ereignissen von 1806 vor Augen. Wir erwidern darauf, daß die alsbaldige Anerkennung Napoleons als Kaiser 1804 mindestens damals eine politische Nothwendigkeit für Preußen war. Dieser Nothwendigkeit glaubte selbst Oesterreich, der rastlose Bekämpfer der französischen Revolution, sich nicht entziehen zu können. Es handelte sich nur darum, ob Preußen jene Anerkennung, wie es that, mit guter Miene oder mit übler gewähren solle? Die Politik, welche Preußen von 1800 bis 1805 Napoleon gegenüber befolgte, war die natürliche, den Verhältnissen angemessene.

Wenn Preußen mit derselben nicht der Katastrophe entging, welche damals alle Nachbarstaaten Frankreichs befiel, so lag die Ursache davon, neben dem maßlosen, mit einem unermeßlichen Feldherrntalente gepaarten Eroberungsgeiste Napoleons darin, daß Preußen selbst nicht 1803 Hannover und die Nordseeküste besetzte und so Frankreich den Vorwand dazu nahm, dann aber in dem unseligen politischen Schwanken, welches 1805 und 1806 das preußische Kabinet ergriff. Uebrigens liegen die Dinge heute wesentlich anders als 1804. Wenn einerseits Louis Napoleon den Nachbarn Frankreichs heute bei Weitem nicht so drohend als Napoleon damals schon gegenüber steht, so hat andererseits die Napoleonische Familie sich seitdem mit vielen regierenden Familien durch Heirathen verbunden und ist mindestens mehr wie eine Privatfamilie geworden."

Nachdrücklich warnte Küpfer vor halben Maßregeln. „Entweder volle und rücksichtslose Anerkennung, oder offene und bestimmte Verweigerung, wobei man sich natürlich sofort zum Kriege vorbereitete."

Auch Manteuffel fürchtete den Kaisertitel nicht. „In unserer an Redensarten reichen Zeit kommt es nicht auf ein Wort an, wohl aber auf Macht. Die Analogien mit dem Onkel sind doktrinär!"*)

* * *

Am 6. Dez. 1851 hatte der dänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Bluhme, endlich die Septembernoten Oesterreichs und Preußens beantwortet. Er wies die Begründung der Einmischung in die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten und Manteuffels besondere Erklärung zurück, gab aber gleichzeitig beruhigende Erklärungen über die dänischen Absichten.**)

Oesterreich und Preußen zeigten sich in ihren Antworten durch die bloße Ankündigung Königlicher Absichten nicht befriedigt, wennschon sie sich nicht abweisend verhielten. Das Nähere ersieht man aus dem nachstehenden Erlasse Manteuffels an den Königlichen Gesandten in Kopenhagen, Frhrn. v. Werther, vom 30. Dez. 1851:***)

„Die uns von Ew. Hochwohlgeboren in Aussicht gestellten Mittheilungen des Königlich dänischen Ministeriums sind nunmehr in Form eines an den Grafen Bille-Brahe gerichteten, mit zwei Beilagen versehenen Erlasses des Herrn Ministers Bluhme vom 6. d. Mts. an uns gelangt. Ich füge eine vollständige Abschrift dieser Schriftstücke hier bei. Dieselben sind, wie ich Ew. Hochwohlgeboren kaum zu versichern brauche, Gegenstand eingehender, von dem aufrichtigsten Wunsch der Verständigung getragener Erwägung und Prüfung gewesen. Sie haben namentlich Veranlassung gegeben, sich diejenigen Punkte zu vergegenwärtigen und dieselben zusammenzustellen, über welche allseitiges Einverständniß als bereits vorhanden anzusehen ist. Auch diese Zusammenstellung finden Ew. Hochwohlgeboren in der Anlage.†) Die darin aufgenommenen Punkte bilden natürlich unter sich und mit dem Inhalt dieses Erlasses ein zusammengehöriges Ganzes, dessen einzelne Theile sich als Bedingungen voraussetzen und ergänzen. Indem ich Ew. Hochwohlgeboren ersuche, diese Anlage zur Kenntniß des Herrn Ministers Bluhme zu bringen, bleibt mir nur noch übrig, mit wenigen Worten derjenigen Punkte Erwähnung zu thun, hinsichtlich welcher eine Einigung bisher noch nicht förmlich stattgefunden hat, welche aber auch theils weniger erheblich, theils mehr transitorischer Natur sind und nicht sowohl organische Einrichtungen selbst, als vielmehr die Art und den Zeitpunkt ihrer Ausführung betreffen.

*) Bemerkung gegenüber Gerlach. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 75.

**) Abgedruckt findet sich die Depesche Bluhmes in dem Urkundenbuch Holstein-Lauenburgs S. 4.

***) A. a. O., S. 26.

†) Die Anlage zu der obenstehenden Depesche findet sich abgedruckt in dem erwähnten Urkundenbuch, S .26.

Hierher gehört zuvörderst die Absicht der Königlich dänischen Regierung, die durch die Regierungsvorgänger Sr. Maj. des Königs von Dänemark eingeführte Gemeinschaft der Verwaltungsbehörde und des Oberappellationsgerichts für die Herzogthümer Holstein und Schleswig nicht wieder herzustellen. Es kann wohl nicht bezweifelt werden, daß, je lebhafter die Unterthanen Sr. dänischen Majestät in Schleswig und Holstein die Vorzüge dieser ihnen von ihrem Landesherrn gewährten gemeinsamen Einrichtungen empfunden hatten, sie um so schmerzlicher durch deren Entziehung berührt werden.

Wir geben uns daher der Hoffnung hin, daß das Königlich dänische Gouvernement bei der erfolgten Aufhebung jener gemeinschaftlichen Oberbehörden, in wohlwollender Fürsorge für die Beruhigung der Gemüther, der Rechtspflege und der Verwaltung eine mit den allgemeinen Wünschen möglichst übereinstimmende Organisation geben werde.

Mit voller Zuversicht glauben wir voraussetzen zu dürfen, daß es die Absicht der Königlich dänischen Regierung ist, den noch fortdauernden Ausnahmezustand im Herzogthum Schleswig aufzuheben, bevor die Wahlen zu den dortigen Provinzialständen stattfinden. Wenn diese Wahlen dann unter der Leitung eines Ministers erfolgen, der das Vertrauen des Landes genießt, so wird Letzteres sich frei und zuversichtlich an denselben betheiligen und seine erwählten Vertreter als wahrhaft berechtigte Organe der Landesinteressen begrüßen. Es ist von hohem Werth und erfreulichster Vorbedeutung, daß es nicht an ausgezeichneten Persönlichkeiten fehlt, welche in jeder Beziehung die gewünschten Bürgschaften darbieten würden und welche, zuverlässigen Nachrichten zufolge, auch bereit sind, dem Rufe Sr. Maj. des Königs von Dänemark zu dieser schwierigen, aber eine überaus segensreiche Wirksamkeit versprechenden Stellung zu folgen.

Ist die Leitung der schleswigschen Angelegenheiten solchen Händen anvertraut und steht auch für Holstein ein Staatsmann von gleich ausgezeichneten Eigenschaften an der Spitze der Verwaltung, so wird in der Stellung dieser Minister als Mitglieder des den ausgesprochenen Interessen Sr. dänischen Majestät gemäß zu bildenden Gesammtministeriums für die baldige Ausführung der landesväterlichen Absichten Sr. Maj. des Königs-Herzogs eine hohe Garantie liegen, deren Gewicht auch von den deutschen Mächten in vollem Maße gewürdigt werden muß. Die Ausschreibung der Wahlen zu den Provinzialständen und deren Zusammentritt in einer möglichst nahen Zukunft würde dann die jetzt den Deutschen Bund vertretenden Regierungen veranlassen, der Bundesversammlung diejenigen Maßregeln zur Genehmigung vorzulegen, die als zur Wiederherstellung der vollen landesherrlichen Gewalt im Herzogthum Holstein erforderlich angesehen werden müßten. Wir bedauern aufrichtig, daß die Arbeiten der in Rendsburg zusammengetreten gewesenen Grenzregulirungs-Kommission nicht ein Resultat geliefert haben, das geeignet erscheint, eine baldige Feststellung der Territorialgrenze zwischen beiden Herzogthümern daran zu knüpfen. Bei den divergirenden Aufstellungen der beiderseitigen Kommissarien und bei dem allseitig empfundenen Bedürfniß, diese Frage zum Austrag zu bringen, scheint sich der Ausweg einer schiedsrichterlichen Entscheidung durch eine dritte europäische Regierung darzubieten. Vorausgesetzt, daß ihn sowohl der Deutsche

Bund als Dänemark annähme, würde die Entscheidung freilich erst nach Verlauf eines nicht genau vorher zu bestimmenden Zeitraums in Aussicht stehen. Um indessen die Räumung Holsteins durch die Bundestruppen nicht so lange auszusetzen, würde dieselbe auch schon dann erfolgen können, wenn, wie dies seitens der deutschen Mächte bestimmt und als sich von selbst verstehend vorausgesetzt werden kann, an die Stelle der jetzt in Rendsburg befindlichen Bundestruppen nur Bestandtheile des holsteinischen Bundeskontingents daselbst verwendet und, wie nicht minder als den Verhältnissen entsprechend von der Königlich dänischen Regierung anerkannt werden wird, in dem zeitigen fortifikatorischen Zustand der Festung vor der definitiven Erledigung der Grenzfrage keine Veränderungen vorgenommen würden. Ew. Hochwohlgeboren wollen sich im Sinne der vorstehenden Bemerkungen gegen den Herrn Minister Bluhme äußern, demselben auch, wenn er es wünscht, Abschrift dieses Erlasses mittheilen. Manteuffel."

Als die Großmächte, vor Allem Rußland, ungeduldig auf den Abschluß der Sache drängten, erging endlich am 28. Jan. die entscheidende dänische Bekanntmachung,*) worin den beiden Herzogthümern vertragsmäßig zugesichert wurde:

„1. Selbständigkeit innerhalb der Gesammtheit und Gleichberechtigung mit den andern Landestheilen, insonderheit Selbständigkeit Schleswigs neben Dänemark,

2. Schutz und Gleichberechtigung der deutschen Nationalität in Schleswig,

3. Gehör bei Berathung der Gesammtstaatsverfassung,

4. eigene Minister für Rechtspflege, Kirche und Schule, Verwaltung, Domänen und Landeseinkünfte, Handel und Gewerbe,

5. beschließende Stände für die Sonderangelegenheiten,

6. Erhaltung des nicht politischen Gemeinbesitzes: Ritterschaft, Universität, Kanal, Brandversicherungswesen, Straf-, Taubstummen- und Irrenanstalten."

War somit die Gemeinschaft der Verwaltung und Rechtspflege von den deutschen Mächten aufgegeben, so hatte doch auch Dänemark die in dem Erlaß vom 24. März 1848 ausgesprochene Inkorporation Schleswigs zurücknehmen und jede dahingehende Absicht unzweideutig verschwören müssen. Die Zukunft Schleswig-Holsteins war nothdürftig gesichert.

Am 18. Febr. 1852 übergaben die Bundeskommissare Holstein an Dänemark. Die Oesterreicher verließen das Land, die schleswig-holsteinsche Flotte wurde ausgeliefert.

Oesterreich und Preußen berichteten am 29. Juli 1852 dem Bunde über die Verhandlungen, die „nach Beseitigung des unberechtigten Widerstandes im Herzogthum Holstein" stattgefunden hätten, und empfahlen das Ergebniß „der ruhigen Würdigung wirklicher Rechte und gegebener Verhältnisse". Und der Bundestag genehmigte die von den beiden Mächten bewirkte Beilegung des Streites, indem er die dänische Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852 als dem Bundesrecht entsprechend anerkannte. Die Auslieferung der Herzogthümer an Dänemark war vollzogen.

*) Das Nähere in dem Werke: Jansen Sammer, „Schleswig-Holstein", S. 13 f.

Oesterreichs erster Gegenzug gegen den mit Hannover am 9. Sept. abgeschlossenen Zollvertrag*) bestand nun darin, daß es auf Anfang Jan. 1852 die Regierungen sämmtlicher deutschen Bundesstaaten zu Unterhandlungen über einen Zoll- und Handelsvertrag nach Wien berief, gleichzeitig aber, als Preußen die Theilnahme ablehnte, neben diesen offenen Erörterungen eine geheime Verhandlung mit Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, beiden Hessen und Nassau führte. Sein Ziel war die vollständige Zolleinigung Gesammtösterreichs mit dem deutschen Zollverein; der erste Schritt dazu sollte ein Oesterreich vor allen anderen Nationen begünstigender Handelsvertrag sein, welcher für eine nahe Zukunft den Abschluß der großen Zolleinigung zugleich faktisch vorbereiten und vertragsmäßig stipuliren würde. Da die Ablehnung eines solchen Planes durch Preußen vorauszusehen war, so schlug das Wiener Kabinet jenen sieben Staaten einen eventuellen Vertrag zu einem Zollverein mit Oesterreich ohne Preußen vor. Es war die energisch aufstrebende Politik des Fürsten Schwarzenberg, der damit die Axt an eine der wichtigsten Wurzeln des preußischen Einflusses in Deutschland zu legen suchte.

Die süddeutschen Staaten verständigten sich mit Oesterreich ohne Schwierigkeit über den Inhalt eines bedeutungsvollen Handelsvertrages und über die Wünschbarkeit der vollständigen Zolleinigung; bindende Versprechungen aber zu geben, hatten sie um so mehr Bedenken, als den meisten unter ihnen der eventuelle Wiener Vorschlag eines Zollvereins ohne Preußen schlechthin unthunlich erschien. Sie waren gut österreichisch, so lange und so weit sie eine preußische Hegemonie fürchteten, hatten aber gar keine Neigung, durch einen österreichischen Zollverein ohne Preußen lediglich den Herrn zu wechseln. Politisch erwünscht wäre ihnen eine Zolleinigung mit zwei Großmächten in derselben gewesen, um das im deutschen Bundestage gewohnte Schaukelsystem dorthin zu übertragen; nur stand leider auf dem handelspolitischen Gebiete das materielle Interesse ihrer Bevölkerungen der Verwirklichung des politischen Traumbildes zu massiv im Wege, da die Einigung mit Oesterreich die schwersten ökonomischen Inkonvenienzen zeigte, die Fortdauer des preußischen Zollvereins aber ein Lebensbedürfniß für die deutschen Industriellen war. Preußen, sicher auf diesem festen Boden operirend, erklärte denn auch sogleich, daß von der Unterhandlung über einen österreichischen Handelsvertrag erst dann die Rede sein könne, wenn der Zollverein auf Grund des Septembervertrages neu konstituirt sei — während Oesterreich und die unterdeß in Darmstadt koalirten sieben Staaten die Gleichzeitigkeit der beiden Unterhandlungen begehrten. An dieser Formfrage entzündete sich zunächst die diplomatische Aktion.

Der an den Königlichen Gesandten in Wien, Grafen Arnim, gerichtete Erlaß Manteuffels, mittelst dessen dieser vor der Rekonstruirung des Zollvereins Verhandlungen mit Wien ablehnte, anerkannte im Eingang die große Bedeutung des Schrittes, welchen die kaiserliche Regierung durch Einführung eines neuen Zollsystems zu thun im Begriffe stand, und theilt die Ueberzeugung, daß die Wirkungen dieser großartigen Maßregel sich über die Grenzen des Kaiserstaats und selbst über

*) Zwei darauf bezügliche Schreiben Manteuffels an Bismarck, d. d. 18. Dez. 1851 und 15. April 1852, finden sich in „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 52, Note 2 und Bd. IV, S. 69.

die Grenzen Deutschlands hinaus in segensreicher Weise fühlbar machen werden. Dann heißt es weiter:

„Die Königl. Regierung erblickt in dieser Reform, deren große, nur durch die tiefe Ueberzeugung von der unabweisbaren Nothwendigkeit und dem segensreichen Resultate derselben zu überwindende Schwierigkeit keinem unbefangenen Auge hat entgehen können, einen folgenreichen Schritt zur Ausgleichung der Verschiedenheiten in den Interessen und Zuständen, welche der Vereinigung von ganz Deutschland zu einem gemeinsamen Zoll- und Handelsgebiete zur Zeit noch entgegenstehen, also zu einem Ziele, welchem sich zu nähern die Königl. Regierung seither schon bemüht gewesen ist und ferner bemüht sein wird. Sie kann aus allen diesen Rücksichten der Kaiserl. Regierung nur aufrichtigst zu einer Maßregel Glück wünschen, welche, wie sie das Ergebniß reiflicher Erwägung und unwandelbarer Erkenntniß ist, so auch nicht verfehlen wird, das Vertrauen auf eine allseitig befriedigende Fortentwickelung der volkswirthschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu kräftigen. Nicht minder hat die Königl. Regierung aus jenen Mittheilungen mit lebhafter Befriedigung ersehen, daß die durch den Vertrag vom 7. Sept. d. Js. eingeleitete Gebietserweiterung des Zollvereins und eine entsprechende Modifikation der bestehenden Zollvereinsverträge von den aufrichtigen Wünschen der Kaiserl. Regierung begleitet wird. Es kann der Königl. Regierung nur zur wahrhaften Genugthuung gereichen, den Schritt, welchen sie durch Abschluß dieses Vertrages gethan hat, gerade in dem Sinne aufgefaßt zu sehen, in welchem derselbe von ihr geschehen und unabläßig aufgefaßt ist, nämlich als eine, keinem einseitigen oder ausschließlichen, sondern dem allseitigen und gemeinsamen deutschen Interesse entsprechende That. Die Königl. Regierung legt um so mehr Werth darauf, einer mit ihren Gesinnungen so vollständig übereinstimmenden Würdigung ihrer Handlungsweise zu begegnen, je weniger ihr das Bestreben verborgen geblieben ist, ihrem Verfahren in dieser Angelegenheit Motive zuzuschreiben, welche ihr stets ferngelegen haben. Daß der definitive Abschluß der Tarifreform in Oesterreich und die durch den Vertrag vom 7. Sept. d. Js. getroffene Einleitung zur Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollvereine fast in dem nämlichen Augenblicke zusammentreffen, ist für die volkswirthschaftliche Zukunft Deutschlands offenbar von größter Bedeutung. Von den beiden wesentlichsten Hindernissen, welche einer umfassenden Verständigung auf dem handelspolitischen Gebiete entgegenstehen, die kommerzielle Absonderung Oesterreichs von dem übrigen Deutschland und die Zersplitterung des letzteren in mehrere Zollgebiete, wird das eine in demselben Momente prinzipiell beseitigt, in welchem der erste Schritt geschieht, um das andere, wenigstens für den größten Theil von Deutschland, hinwegzuräumen. Je zuversichtlicher die Königl. Regierung sich der Hoffnung hingiebt, daß eine, die gegenseitigen Handels- und Verkehrsverhältnisse im weitesten Umfange umfassende, die Bedürfnisse der Gegenwart, wie die Anforderungen der Zukunft gleichmäßig wahrnehmende Uebereinkunft zwischen dem handelspolitisch neugestalteten Oesterreich und dem erweiterten und neugestalteten Zollvereine auf eine dem besonderen wie dem allgemeinen Interesse entsprechende Weise zu Stande zu bringen sein wird, um so ernstlicher hat sie die Frage in Erwägung ziehen müssen, ob der gegenwärtige Augenblick der geeignete sei, um die Unterhandlung einer solchen Uebereinkunft zu beginnen. Es würde zur lebhaften Befriedigung gereicht haben, auch in Beziehung auf diese ihre Frage, sich mit den Ansichten der Kaiserl. Regierung im Einverständniß befinden zu können, sie hat jedoch, nach gewissenhafter Prüfung, sich außer Stande gesehen, dieselbe zu bejahen. In welcher Lage sich die Verhandlungen wegen der Neugestaltung des Zollvereins befinden, ist bekannt. Der Vertrag vom 7. Sept. d. Js. ist von Preußen und Hannover allein abgeschlossen, und auch in dieser Beschränkung entbehrt er zur Zeit noch der vorbehaltenen Sanktion durch die beiderseitigen Landesvertretungen. Von den Zollverbündeten Hannovers ist das Fürstenthum Schaumburg-Lippe dem Vertrage beigetreten; wegen des Beitritts des Herzogthums Oldenburg schweben noch die Verhandlungen. Die Zollverbündeten Preußens werden erst bei den Verhandlungen über Fortsetzung des Zollvereins in der Lage sein, ihre definitive Entschließung zu erkennen zu geben. Bei dem hiernach noch obwaltenden Mangel an formeller Gewißheit über den künftigen Umfang des durch Zutritt des Steuervereins erweiterten Zollvereinsgebietes und bei der unbedingten Abhängigkeit, in welcher sich die handelspolitischen Interessen von diesem Umfange befinden, ist die Königl. Regierung ferner nicht im Stande, zu ermessen,

welche Aenderungen in der Gesetzgebung und den Einrichtungen des Zollvereins aus den wegen Fortdauer des letzteren einzuleitenden Verhandlungen hervorgehen werden. Sie befindet sich inmitten einer Entwicklung, welche jedenfalls neue Verhältnisse hervorbringen wird, deren sonstiger Verlauf und Ergebniß aber von ihrem Willen allein nicht bestimmbar und deshalb zur Zeit unberechenbar ist. Wie die Königl. Regierung ihrerseits den Augenblick zur Eröffnung von Unterhandlungen erst dann gekommen glaubte, als sie die Umgestaltung ihres handelspolitischen Systems abgeschlossen hatte, indem erst in diesem Augenblicke klar zu Tage gelegt werden konnte, was von ihr zu erwarten sei, und eine feste Grundlage für die Verhandlungen von ihrem Standpunkte aus gewonnen war: so glaubt die Königl. Regierung ihrerseits in solche Unterhandlungen nicht eher eintreten zu können, bevor nicht die jetzt eingeleitete neue Gestaltung des Zollvereins zum Abschluß gediehen ist. Bis dahin würde es, wie die vorstehend dargestellte und allgemein bekannte Lage der Verhältnisse ergiebt, an derjenigen Grundlage fehlen, welche ganz vorzugsweise bei handelspolitischen Verhandlungen umfassender Art unentbehrlich ist, nämlich an der Gewißheit über den zum Ausgangspunkte der Unterhandlungen zu nehmenden faktischen Zustand. Indem sich die Königl. Regierung hiernach außer Stande sieht, der von der Kaiserl. Regierung an sie gerichteten Einladung zur Zeit zu entsprechen, kann sie zugleich ihre volle Bereitwilligkeit zu erkennen geben, nach Abschluß der Verhandlungen über die Fortsetzung des Zollvereins an Verhandlungen über die Gestaltung der kommerziellen Verhältnisse des letzteren zu Oesterreich und anderen deutschen Staaten unter den alsdann zu verabredenden Modalitäten theilzunehmen. Sie glaubt diese Bereitwilligkeit nicht entschiedener bethätigen zu können, als dadurch, daß sie die mit ihren Zollverbündeten einzuleitenden Verhandlungen so bald als möglich eröffnet und den Verlauf derselben, soweit es die Umstände irgend gestatten, beschleunigt. Ew. ꝛc. wollen sich im Sinne dieses Erlasses gegen den Kaiserlich österreichischen Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg aussprechen und demselben eine Abschrift dieses Erlasses zurücklassen."

Das lebhafte Interesse des Prinzen von Preußen an der von Manteuffel inaugurirten Handelspolitik bekundet ein von ihm am 12. Dez. 1851 aus Coblenz an den Premierminister gerichteter eigenhändiger Brief, welcher lautet:

„Mit besonderer Satisfaktion habe ich die Entschließung Preußens vernommen, daß es Wien bei der Zollkonferenz nicht beschicken wird. Dies ist der richtige Weg, um uns nicht auch noch aus unserer letzten Position in Deutschland drängen zu lassen. Ich habe mich in Karlsruhe gegen den Großherzog und seine Brüder, gegen Minister v. Dalwigk in Darmstadt, in Frankfurt a. M. gegen viele Personen, gegen den Herzog von Nassau sehr entschieden und bestimmt über unsere Stellung zu den Zollverbündeten ausgesprochen und immer die Unterschiede hervorgehoben, die zwischen unser Aller Wunsch, in einen vernünftigen Handelsvertrag mit Oesterreich zu treten, liegen und in einer Zollunion, die für jetzt noch ein Unding sei. Die Antworten lauteten, daß man unbedingt die Zollunion nach wie vor wolle, daß man aber doch auch hören müsse, was man in Wien wolle. Ich erwiderte dann immer, sie würden dort hören, daß Preußen durch die jetzige erweiterte Zollunion die Mediatisirung der übrigen deutschen Staaten wolle, was Oesterreich bereits vor 18 Jahren ihnen gesagt habe; was seit jener Zeit nicht eintrat, werde auch jetzt nicht eintreten, indessen stünde es bei Jedem, uns zu verlassen, wenn man bessere Bedingungen bei Oesterreich erhielte, — Preußen werde nicht zu kurz kommen, da unsere Einnahmen notorisch steigen würden, — wie aber das gesammte Deutschland die Sache vertragen würde, das wäre freilich eine ganz andere Frage. Ich fürchte, ich fürchte, Hannover wird eine Vermittelungsstellung einnehmen! Vermittelungsanträge machen, die unbedingt zu Preußens Nachtheil politisch führen

würden!! Unbedingtes Festhalten am Zollverband oder Zurückziehen auf uns selbst ist allein unserer würdig, — wird zum Ziel führen; der Mittelweg ist hier unser Ruin!"

Bei der Berathung des Septembervertrages*) erklärte Manteuffel am 16. Dez. in der zweiten Kammer:**)

„Der Abgeordnete v. Patow hat angeführt, daß namentlich das Präcipuum ein so hohes geworden sei durch die Fehler der Regierung, und hat auf die Tage von Olmütz und Dresden dabei angespielt. Die Angelegenheit wegen Vereinigung des Zoll mit dem Steuerverein hat allerdings ihre politische Seite, ich gehe aber hierauf deshalb nicht ein, weil ich glaube, daß dies dem Lande nicht heilsam sein würde. Wir haben den Vertrag geschlossen, weil wir glaubten, daß er sowohl der Bevölkerung von Hannover als den Zollvereinsverbündeten heilsam sein würde. Die Frage, die Ihnen vorliegt, ist die, zu entscheiden, ob auf diesem Wege vorzuschreiten sei oder nicht. Es würde mir leicht sein, zu beweisen, daß, wenn wir im vorigen Jahre einen Krieg geführt hätten, es keinen Zollverein mehr gäbe, ich gehe aber darauf nicht ein und erinnere nur an eine sehr alte Geschichte, die viel erzählt worden ist, lange ehe es Bestrebungen um die deutsche Einheit gab, an die Geschichte von den sibyllinischen Büchern. . . .

Der Abgeordnete Milde hegt den lebhaften Wunsch, daß der Zollverein erhalten bleiben möge, und auch ich theile diesen Wunsch vollkommen. Aber es scheint mir, als wäre Manches in der Rede gewesen, was diesem Ziele nicht entspricht. Ich kann hier nur so viel versichern, daß das Geheimniß über den Abschluß des Vertrags bewahrt worden ist, nur weil wir glaubten, es wäre das einzige Mittel, zum Ziele zu kommen. Wir glauben vollkommen loyal gegen unsere Zollvereinsverbündeten gehandelt zu haben. An dieser Stelle nationalökonomische Theorien zu entwickeln, scheint nicht mein Beruf zu sein; die Regierung wird es sich angelegen sein lassen, alle materiellen Interessen zu fördern, namentlich auch die des Ackerbaus."

Und demnächst am 13. Jan. in der ersten Kammer:***)

„Der Abgeordnete Degenkobel hat angegeben, ich hätte durch die von mir öffentlich proklamirte Freihandelstheorie†) den süddeutschen Zollvereinsstaaten den Absagebrief geschrieben; er hat mich bei dieser Gelegenheit den besten Alliirten

*) Vorlage des Vertrags durch Manteuffel in der zweiten Kammer am 1. Dez. 1851. Sten. Bericht, Bd. I, S. 13. Erklärung am 4. Dez. in der ersten Kammer über baldige Berathung des Vertrags. Sten. Bericht, Bd. I, S. 22.

**) Sten. Bericht, Bd. II, S. 31, 34, 42.

***) Sten. Bericht, Bd. I, S. 118. Mitte Dez. 1851 empfing Manteuffel eine Deputation von neun Mitgliedern der zweiten Kammer, an der Spitze der Abgeordnete Bormann, fast alle Schlesier, welche dem Ministerpräsidenten die Linnenfabrikation ans Herz zu legen suchte. Sie wünschte einen „mäßigen Schutzzoll" für die deutsche gegen die böhmische Leinwand. Der Ministerpräsident erkannte die Wichtigkeit der Sache in ihrem vollen Umfange an und entließ die Deputation mit dem Versprechen, die Angelegenheit in die wohlverdiente Erwägung zu nehmen.

†) Am 18. April auf einem Diner bei Budberg focht Manteuffel recht gut gegen Prokesch für den Freihandel. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 752.

Oesterreichs genannt, und alles dies auf Grund eines Zeitungsartikels. Ich habe es an einer anderen Stelle schon einmal angedeutet, daß ich es nicht für sehr ersprießlich halte, Zeitungsartikel zum Gegenstande der Debatte in der hohen Kammer zu machen.

Ich will mich deshalb nicht ausführlich darüber auslassen, nur die Versicherung kann ich geben, daß ich nie Jemandem versprochen habe, eine nackte abstrakte Theorie zur Ausführung zu bringen. Dies liegt meinem ganzen Wesen fern, und ich würde es sehr schädlich für den preußischen Staat halten; im Gegentheil glaube ich, daß eine vernünftige, besonnene, umsichtige Berathung und die Beachtung aller Interessen bei dem bevorstehenden Zollvereinskongresse dahin führen wird, daß sowohl die süddeutschen Staaten dem Zollvereine, der ihnen so wesentliche Dienste geleistet hat und ferner zu leisten im Stande und bereit ist, erhalten bleiben, als auch unseren neuen Alliirten diejenige Befriedigung gewähren wird, die sie zu verlangen Anspruch machen. Eine Befriedigung, auf die unser Land auch Anspruch macht. Wenn der Herr Abgeordnete mich als Alliirten von Oesterreich bezeichnet hat, so hat er Recht, denn so viel ich weiß, steht Preußen in diesem Augenblick in einer Alliance mit Oesterreich.

Ich gehöre auch keineswegs zu denjenigen, welche glauben, jeder Schaden, den Oesterreich erleidet, sei ein Gewinn für Preußen. Im Gegentheil glaube ich, daß beide Staaten große gemeinsame Interessen haben, daß vor jedem von beiden ein großes segensreiches Feld der Wirksamkeit sich ausbreitet, daß sie sich aber in ihren besonderen Beziehungen nicht stören und gegenseitig anfeinden dürfen. Wo das geschehen sollte, werde ich dergleichen Angriffe, soweit es an mir liegt, auf das Entschiedenste und Kräftigste zurückweisen; auf der anderen Seite werde ich sehr gern bereit sein, mit dem großen Kaiserstaat in Freundschaft und Frieden zu leben."*)

Am 16. Dez. übersandte Niebuhr aus Charlottenburg dem Minister Manteuffel zwei Briefe des Kammerherrn v. Luck zu Stuttgart, worin eine ausführliche Revelation der Zollpläne Württembergs enthalten war, die mit den Reden des Prinzen August von Württemberg ziemlich übereinstimmten:

„Hiernach will Württemberg als Preis seines Verbleibens im Zollverbande Aufhebung aller Uebergangsabgaben, aller Monopole und dafür Einführung einer gemeinschaftlichen Steuer auf Tabak, Salz und dergleichen Artikel — also Umwälzung unseres ganzen Finanzsystems und Darangabe von etwa 6 Millionen jährlich, gegen Einführung ganz ungewisser Einnahmequellen. Erhöhte Steuern auf einen Artikel, Tabak, dessen Preisherabsetzung Hannover eben erst als unerläßliche Bedingung seines Beitritts bezeichnet hat. Wenn wir darauf nicht eingehen, droht es. — Zugleich beklagen sich die Württemberger, daß ihnen von hier aus nichts über die beabsichtigten Tarifänderungen mitgetheilt werde. Nächstens werden diese Herren einen Antheil an unserer Branntweinsteuer verlangen, wenn es so fortgeht."

*) Beide Kammern nahmen den Septembervertrag an. — Sonst sprach Manteuffel noch zu handelspolitischen Fragen in der zweiten Kammer: am 5. Jan. zu dem niederländischen Handelsvertrag, Sten. Bericht, Bd. I, S. 63. 64; am 29. Jan. zu dem Handel mit Garnabfällen rc., S. 196; am 23. Febr. zu dem belgischen Handelsvertrag, S. 456.

Ueber die handelspolitische Strömung in Hannover berichtete der dorthin entsandte Regierungsassessor Dr. Rudloff am 20. Dez. privatim an Manteuffel:

„Die Minister haben wegen des Vertrages vom 7. Sept. freilich gute Hoffnungen, wünschen aber doch dringend, daß die Eisenbahnfrage möglichst bald und eher — im hannoverschen Sinne und Interesse natürlich — entschieden werde, als sie von den Ständen zur Sprache gebracht werde. Die Minister fürchten namentlich seit Stüves Eintritt in die zweite Kammer, daß die Stände die Ratifikation des Vertrages an das Zugeständniß des Betriebes auf der 3½ Meilen langen Eisenbahnstrecke knüpfen werden; sie meinen ferner, eine bedingte Genehmigung könne doch augenblicklich keinen Werth haben und vermehre nur die Schwierigkeiten. Auf Herrn Windthorsts und des General-Steuerdirektors Klenze Wunsch bitte ich Ew. Excellenz, auf eine baldige, den diesseitigen Ansichten günstige Entscheidung einwirken zu wollen; ich halte mich verpflichtet, Ew. Excellenz die Aeußerung sehr einflußreicher Ministerialbeamten und Kammermitglieder zu berichten, daß der Vertrag vom 7. Sept. fallen müsse, wenn Preußen nicht nachgebe. Ob die Hannoveraner recht und billig in solcher kategorischen Forderung handeln, kann ich nicht beurtheilen — ich glaube meine Pflicht zu erfüllen, wenn ich Ew. Excellenz die wahre Sachlage darstelle und konstatire, daß Ministerium und Opposition in diesem Verlangen einig sind. Herr General-Steuerdirektor Klenze verliert nach eigener Aeußerung den Muth und die Kraft zu weiterem Wirken, da man in Berlin so wenig geneigt scheine, die großen hier obwaltenden Schwierigkeiten anzuerkennen; die proponirte gemeinschaftliche Betriebsdirektion auf der bewußten Eisenbahnstrecke müsse zu fortwährenden Konflikten führen und könne hannoverscherseits nicht eingegangen werden. Man glaubt, daß von dem früheren Ministerium (Münchhausen) ein Versehen beim Abschlusse des Vertrages begangen sei, dessen Befestigung dem Lande gegenüber nicht zu verantworten sei, weshalb eine möglichst günstige Lösung dieser Eisenbahnfrage mit der Genehmigung des Vertrages vom 7. Sept. verbunden werden müsse.

Da Herr Klenze auch darauf aufmerksam machte, daß Minister Windthorst am meisten unter seinen Kollegen den Abfall der süddeutschen Staaten vom Zollverein und somit die Isolirung Hannovers in materieller Hinsicht vom übrigen Deutschland besorge, so nahm ich bei einem Besuche eine sich darbietende Gelegenheit wahr, um unter Berufung auf die mir persönlich in Frankfurt a/M. zugekommene Kenntniß der süddeutschen Zustände und mit Spezifikation einzelner Daten die Zuversicht auszusprechen, daß diese Staaten aus finanziellen Gründen beim Zollverein verbleiben würden. Den vom Minister Windthorst geäußerten Wunsch, den Zollverein in seiner bisherigen Ausdehnung zu erhalten, suchte ich als ein auch von der preußischen Regierung gehegtes Bestreben durch die von Ew. Excellenz mir kommunizirte Thatsache zu bekräftigen, daß Preußen in dem eben mit Holland abgeschlossenen Vertrage namentlich für die süddeutschen Staaten sehr günstige Bedingungen stipulirt habe. Diese Nachricht war dem Minister eine sehr erfreuliche, welcher als Katholik und durch ultramontane Verbindungen leichter als die übrigen Minister den von Oesterreich gegen Preußen ausgesprengten Verdächtigungen selbstsüchtiger Absichten zugänglich ist.

Da der frühere Minister Stüve nach der in meiner Gegenwart ausgesprochenen Ansicht die Genehmigung des Vertrages an die Gewißheit bindet, daß die süddeutschen Staaten vom Zollverein nicht abfallen, so stelle Ew. Excellenz höherem Ermessen ich anheim, ob mir vielleicht in dem Privatschreiben eines Ministerialbeamten einiges Material geliefert werden könnte, um solches hier gesprächsweise benutzen zu können. Es kommt darauf an, durch Zahlen die Unwahrscheinlichkeit einer Trennung zu verdeutlichen.

Herr Klenze wünscht übrigens, daß die Bevollmächtigten des Zollvereins möglichst bald nach Berlin berufen werden, um durch solche Thatsache hier ein compelle zur Beschleunigung der Verhandlungen zu geben.

Minister Bacmeister hat sich zu großem Dank gegen das preußische Ministerium verpflichtet erklärt für dessen Verhalten seit dem Regierungsantritte des jetzigen Königs von Hannover Majestät. Auch erkennt Minister Bacmeister mit besonderer Erkenntlichkeit an, daß die Königl. preußische Regierung wegen Beschickung zu der Handelskonferenz in Wien keine Schwierigkeiten bereitet habe. Gleichzeitig hoffte er noch, daß wenn die Wiener Zusammenkunft auf einen anderen Termin verlegt würde, Preußen einen Kommissarius entsende, denn es scheine ihm für die Zollvereinsinteressen bedenklich, daß die Abgeordneten der kleineren Staaten ohne Surveillance und ohne einen Halt an Preußen in der Kaiserstadt versammelt wären. Als Hauptsitz der österreichischen Intriguen bezeichnete Minister Bacmeister geradezu Dresden und speziell den Minister v. Beust, meinte aber gleichzeitig, daß alle Machinationen fruchtlos bleiben würden, wenn Preußen die Staaten behalten wolle, was er auch für Hannover wünsche. Die Genehmigung des Vertrages sei für ihn, den Minister, übrigens auch eine Sache moralischer Nothwendigkeit, da er nicht zugeben könne, daß ein vollgültig abgeschlossener Kontrakt in Frage gestellt, wie früher in Hannover, und somit Treue und Glauben verletzt werde.

Ueber eine eventuelle Auflösung der Stände sprach Minister Windthorst als wahrscheinlich, durch die Nothwendigkeit geboten, um die erforderlichen Verfassungsänderungen durchzubringen und — Geld zu bekommen, welches diese Versammlung verweigern dürfte. . . . Ew. Excellenz wollen erwägen, daß die Stände bis zum 16. d. Mts. vertagt sind, die Kommission zur Prüfung des Vertrages freilich fortarbeiten wird. Die Verhandlungen beginnen also in den Ständen auf Grund der Kommissionsarbeiten erst Mitte Januar. Wenn dann das Ministerium von der gesetzlich zulässigen Befugniß einer Auflösung Gebrauch machte, weil namentlich durch Stüves Eintritt die Opposition an Bedeutung gestiegen ist, so würde die Ratifizirung nicht nur sehr in die Länge gezogen, sondern auch bedenklich gegenuber den österreichischen Intriguen, welche neue Zeit und Raum gewinnen. Es liegt im preußischen Interesse, augenblicklich die versammelten Stände zu behalten."

Die österreichische Auffassung über die handelspolitische Lage vermöchten wir nicht besser zu schildern als durch die Wiedergabe eines Gespräches, das der österreichische Gesandte in Berlin, Freiherr v. Prokesch-Osten, am 1. März 1852 mit dem Verfasser der Schrift: „Preußen und die deutsch-österreichische Zolleinigungssache", Dr. Theodor Toegel, führte. Dr. Toegel wußte dem Preußenhasser Prokesch

seine Offenherzigkeit nicht besser zu lohnen, als indem er sich nach der ihm gewährten Audienz sofort hinsetzte, um für Manteuffel ein ausführliches Referat über alles das aufzusetzen, was ihm der österreichische Diplomat verrathen hatte. Hiernach äußerte sich der Freiherr v. Prokesch:

„Die preußische Regierung habe in ihren amtlichen Ausdrücken stets die Uebereinstimmung mit den österreichischen in der Zolleinigungsfrage behauptet; im schroffsten Kontraste mit diesen amtlichen Akten stehe aber ihr anderweitiges Benehmen. Was man öffentlich behauptet, habe man privatim desavouirt, sei nicht ehrlich gewesen, habe vielmehr zur Lüge und Intrigue seine Zuflucht genommen.

Die preußische Politik nannte Prokesch eine Leutnantspolitik, die sich heute in ihrem Machtgefühl aufblase, morgen Treu und Glauben verleugne. Dr. Toegel solle auf den Septembervertrag blicken, der trotz der bündigsten Versprechen von Oesterreich wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen sei, solle das Benehmen der »Preußischen Zeitung« würdigen und mit Herrn v. Manteuffels Noten vergleichen, denn es sei allbekannt, daß Herr Dr. Quehl mit Herrn v. Manteuffel die preußische Politik zurecht-{quäle / quehle.*)

Ob das nicht eine fides punica sei, wenn man in einem offiziellen Blatt, das von dem Faktotum des Ministerpräsidenten redigirt werde, solche Artikel bringe wie zu Anfang des Jahres 1852?**) Die österreichische Regierung stehe zu keinem Organe der Presse in dem Verhältniß, wie die »Preußische Zeitung«. Die Wiener Presse namentlich bewege sich viel selbständiger, wie Dr. Toegel daraus erkennen möge, daß der »Lloyd« der österreichischen Regierung in der so wichtigen Bankfrage Opposition mache.

Oesterreich habe von Anfang an die Idee der Zolleinigung offen und ehrlich verfolgt, es suche keinen Gewinn dabei und bedürfe deshalb keiner Mittel der Intrigue. In einer der schwierigsten Perioden der österreichischen Geschichte, als Ungarn und Italien in hellem Aufstande waren, habe man sich in Wien für eine deutsche Politik entschieden, obgleich dasselbe Oesterreich, das sich stets für Deutschland geopfert, stets nur Undank von Deutschland geerntet habe. Im Jahre 1848 und 1849 hätten Deutschland und Preußen keinen Mann für Oesterreich gehabt, als man im Jahre 1813 aber bei Bautzen und Lützen geschlagen gewesen, da hätte man sich an Oesterreichs deutsche Abkunft erinnert.

Er wisse nicht, ob die gegenwärtige deutsche Politik der Kaiserlichen Regierung zum Segen Oesterreichs ausschlagen werde, das dürfe er dem Dr. Toegel aber versichern, daß man unter allen Umständen fest daran halten und deshalb auch die

*) Am 19. April sagte der König zu Gerlach, Manteuffel werde sich, und dazu sei schon der Anfang gemacht, durch seine Litteratenumgebung, Rino Quehl, Malméné ꝛc. um sein Amt bringen. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 752.

**) Am 6. Jan. 1852 erzählt Manteuffel Gerlach, Schwarzenberg habe bittere Klage über die ministerielle „Adlerzeitung" geführt, da habe ihm Arnim erwidert, die ministeriellen österreichischen Zeitungen machten es ebenso. Darauf Schwarzenberg, er wolle diesen Zeitungen alles Schreiben über die preußische Politik verbieten, und so sei jetzt Zeitungs-Waffenstillstand. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 720.

Zolleinigung mit größter Beharrlichkeit verfolgen werde, wenn dieselbe auch erst in 50 Jahren erreicht sein sollte. Oesterreich bedürfe einer Stärkung seines deutschen Elements und würde sich schon deshalb einen Ausschluß aus Deutschland niemals gefallen lassen. Bei der Union seien noch Verpflichtungen gegen die deutschen Alliirten hinzugekommen. Man hätte in Wien nicht dulden können, daß die Könige von Bayern und Sachsen Königlich preußische Generalgouverneure geworden wären. Die preußische Habsucht habe die Union am meisten gestürzt, bei mäßigen Ansprüchen würde dieselbe Bestand gehabt haben. Aber eine Mediatisirung unter der Firma eines Fürstenkollegiums sei zu plump, um durchführbar zu sein.

Wie der Union, so müsse und werde es auch dem Zollverein gehen, in dem die preußische Politik nur eine Fortsetzung der Union erblicke. In München und Stuttgart sei man nicht in der Lage, sich der preußischen Botmäßigkeit beugen zu müssen. Man habe der österreichischen Regierung oft die Absicht untergeschoben, den Zollverein sprengen zu wollen. In Wien denke man daran nicht, sondern erstrebe nur Einigung mit dem ganzen Zollverein. Deshalb habe man den Süddeutschen, die durch den einseitigen Abschluß des Septembervertrages gekränkt seien, aufs Eindringlichste empfohlen, sich nicht an die Form zu stoßen und jeder Veranlassung zum Bruche auszuweichen. Nur wenn Preußen der Dinge bis aufs Aeußerste treibe und aus dem Zollverein eine Handhabe seiner Herrschaft über Deutschland machen wolle, werde sich Süddeutschland vom Zollverein trennen. Die Tragweite der materiellen und finanziellen Interessen habe ihre Grenze, in München und Stuttgart werde man dieselben gewiß eher opfern als seine wohlbegründeten dynastischen Rücksichten."

Frhr. v. Prokesch würde wohl mit seinen ganz für eine Volksversammlung berechneten Tiraden weiß Gott wie lange fortgefahren haben, hätte sich nicht im Laufe der dem Dr. Toegel gewährten Audienz der preußische Bundestagsgesandte v. Bismarck-Schönhausen bei ihm angemeldet. Er wird ihm gegenüber wohl eine etwas andere Tonart angeschlagen haben.

Am 6. März erließ Manteuffel die Einladung zu den in Berlin bevorstehenden Zollkonferenzen. Das an die preußischen Bevollmächtigten bei den Zollvereinsstaaten gerichtete Cirkularschreiben verwies im Eingange auf die Mitte November 1851 an die Zollvereinsstaaten erlassene Einladung; aus den hierauf ergangenen Erwiderungen entnahm man mit Befriedigung nicht nur die bereitwillige Zusage wegen Entsendung der Bevollmächtigten, sondern auch den übereinstimmenden Wunsch, daß die Verhandlungen thunlichst zeitig, im Februar oder doch gegen das Frühjahr, hier begonnen werden möchten. Mit Rücksicht hierauf brachte die Königl. Regierung den 14. April als Zeitpunkt für den Beginn der Verhandlungen in Vorschlag. Das Cirkularschreiben fährt hierauf fort:

„Die wesentlichen Gesichtspunkte, von welchen die Königl. Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen ausgehen zu müssen glaubt, beruhen darin: daß es sich nicht handelt um Schließung eines neuen Vereins mit neuen Grundsätzen, Einrichtungen und Gesetzen, sondern nur um die Fortsetzung bezw. Erweiterung des bestehenden Vereins auf Grund der vorhandenen Grundsätze, Einrichtungen und Gesetze, in dem Sinne, daß alle bestehenden Verhältnisse, so weit nicht deren Aenderung beantragt wird, als unverändert fortbestehend vorausgesetzt werden.

Nach diesen Gesichtspunkten hat die Königl. Regierung die nach ihrer Ansicht zur Sprache zu bringenden Anträge bemessen, welche sie sich beehrt, in der Anlage*) vorzulegen; solche beziehen sich

1. auf diejenigen Abweichungen von den bisherigen Grundverträgen und organischen Gesetzen des Zollvereins, welche sich aus dem am 7. Sept. v. Js. wegen der Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein abgeschlossenen Vertrage ergeben.

Es ist dazu zu bemerken, daß in Ansehung dieses Vertrages — welchem, wie den Vereins-Regierungen seiner Zeit mitgetheilt worden, Schaumburg-Lippe bereits am 25. Sept. v. Js. beigetreten ist — nach erfolgter Zustimmung der beiderseitigen Landesvertretungen von Seiten der Königl. hannoverschen Regierung mittelst Note vom 23. v. Mts. die Erklärung abgegeben ist,

daß dieselbe — die Ermöglichung der Ausführung des Separatartikels 11 durch die Zustimmung Oldenburgs vorausgesetzt — den bei der Vollziehung des Vertrages vom 7. Sept. v. Js. in Betreff der ständischen Zustimmung gemachten Vorbehalt ihrerseits für erledigt annehmen werde, sobald der Austausch der Ratifikationen des Eisenbahnvertrages vom 27. Jan. d. Js. erfolgt und der Königl. preußischerseits zu demselben gemachte Vorbehalt in Betreff der Zustimmung der preußischen Landesvertretung erledigt sein wird.

Der Beitritt Oldenburgs zu dem Vertrage vom 7. Sept. v. Js. ist erfolgt, und es darf darüber auf die heute ergehende besondere diesfällige Mittheilung an die Mitglieder des Zollvereins Bezug genommen werden. Nicht minder hat der Austausch der Ratifikationen des oben erwähnten, zwischen Preußen und Hannover über die Ausführung der Eisenbahnen von Emden nach Münster und von der Köln-Mindener Eisenbahn über Osnabrück bis zur niederländischen Grenze abgeschlossenen Vertrages stattgefunden, und wegen Zustimmung der preußischen Kammern, insoweit solche zur Ausführung desselben erforderlich, ist bereits Einleitung getroffen.

Ein fernerer in der Anlage enthaltener Punkt betrifft

2. die Bildung verbindlicher Beschlüsse unter den Vereinsregierungen; außerdem werden
3. anderweite Verabredungen wegen des Verkehrs mit Getreide rc. in Theuerungszeiten, endlich
4. die Errichtung von Zollvereinskonsulaten in Vorschlag gebracht.

Die fernerweite Fortdauer des Zollvereins würde nach der bestimmten Ansicht der Königl. Regierung, dem gleich in den ersten Vereinsverträgen angenommenen Grundsatze gemäß, wie im Jahre 1841, so auch jetzt wieder auf eine Reihe von 12 Jahren zu verabreden sein, mit einer zweijährigen Kündigungsfrist und mit der Maßgabe, daß, wenn in der Zwischenzeit eine Zolleinigung aller deutschen Staaten zur Ausführung kommt, der Zollvereinsvertrag gleichzeitig mit dem Beginn der letzteren erlischt. Für den Fall, daß sich nach diesseitiger Ansicht die Nothwendigkeit ergeben sollte, weitere Anträge zu stellen, wird solches vorbehalten.

Ausgehend von den oben erwähnten und bei den diesseitigen Anträgen leitend gewesenen Gesichtspunkten, sowie in Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtung, hat die Königl. Regierung auch die Königl. hannoversche und die Großherzoglich oldenburgische Regierung zur Theilnahme an den Verhandlungen eingeladen. Es wird ferner nicht erst der Versicherung bedürfen, daß man bei diesen Verhandlungen das Augenmerk auch darauf zu richten haben wird, daß eine engere Vereinigung mit Oesterreich auf dem Gebiete der materiellen Interessen in Aussicht zu nehmen bleibt; die Königl. Regierung hält fest an den von ihr in dieser Beziehung wiederholt abgegebenen Erklärungen und Zusicherungen, aber sie vermag es nach sorgsamer und reiflicher Erwägung nicht für zweckmäßig zu erachten, daß man in dieser Hinsicht anders verfahre, als unter allmählichem Vorschreiten; sie ist der Ansicht, daß es zunächst darauf ankomme, den Zollverein in seiner durch die Vereinigung des Steuervereins zu erweiternden Gestalt wieder fest zu begründen und dann zu den sich als zweckmäßig darstellenden weiteren Gestaltungen überzugehen, wobei natürlich über den Zeitpunkt des Beginnes und über den Umfang derartiger Verhandlungen erst nach gemeinsamer Berathung wird Beschluß gefaßt werden können.

Die Königl. Regierung glaubt schließlich sich darüber im Einverständniß mit sämmtlichen Vereinsregierungen zu befinden, daß es sich empfehlen wird, die bevorstehenden Verhandlungen zugleich zur Erledigung der für die Berathung auf den gewöhnlichen Generalkonferenzen des Zoll-

*) Man findet dieselben auszugsweise abgedruckt in der „Nat.-Zg." Nr. 124 v. 13. März 1852.

vereins geeigneten Gegenstände zu benutzen, sie wird die Mittheilung der für diesen Zweck sich eignenden Anträge folgen lassen.

Ew. Hochwohlgeboren wollen hiernach unter Mittheilung der Anlage eine Note an das dortige Ministerium richten und darin um eine baldgefällige Rückäußerung wegen der Bezeichnung des jenseitigen Bevollmächtigten, sowie wegen Mittheilung der dortseits für die Verhandlungen zu machenden Anträge ersuchen."

Die unter demselben Datum an den preußischen Gesandten in Wien erlassene Instruktion lautet:

„In der Anlage übersende ich Ew. Excellenz ergebenst eine Abschrift des Circularschreibens, mittelst dessen die Königl. Regierung nunmehr die Zollvereinsstaaten zu den bevorstehenden Verhandlungen wegen Erneuerung und Erweiterung der Zollvereinsverträge hierher eingeladen hat.

Die Königl. Regierung glaubt diesen Zeitpunkt nicht vorübergehen lassen zu dürfen, ohne sich nochmals über ihre Stellung in der Sache, über ihre Ansichten und Bestrebungen mit voller Offenheit gegen die Kaiserl. österreichische Regierung auszusprechen.

Die Motive, welche uns bei Kündigung der Zollvereinsverträge geleitet haben, sind bekannt. Sie erfolgte nicht in der Absicht, den von segensreichen Wirkungen begleiteten Verein zu lösen oder an die Stelle des durch vieljährige Erfahrung Erprobten und Bewährten eine neue Schöpfung zu setzen: sie beruhte nur auf der Nothwendigkeit, für die Fortbildung und Erweiterung des Bestehenden eine freie Bahn zu gewinnen. Der Wunsch nach einer Fortbildung war durch manche von den bisherigen Vereinsgenossen gemachte Erfahrungen veranlaßt, die Erweiterung hatte in dem durch den Vertrag vom 7. Sept. v. Js. eingeleiteten Hinzutritt neuer Genossen ihren Ausgangspunkt. Wenn nunmehr, nachdem die Zustimmung der beiderseitigen Landesvertretungen und der Beitritt von Oldenburg und Schaumburg-Lippe zu jenem Vertrage erfolgt ist, die Berathungen wegen Fortsetzung des Zollvereins eröffnet werden, so ist nicht unsere Absicht, neue, ungewohnte Bahnen zu betreten; ebenso wenig kann die Meinung dahin gehen, daß es sich handle um ein Zusammentreten von Bevollmächtigten deutscher Staaten zu freien, von bisherigen Grundlagen absehenden Berathungen; vielmehr ist auszugehen von dem Zollverein in seinen bisherigen Grundsätzen, Einrichtungen und Gesetzen; es wird daran auszubilden sein, was nach erfolgter Berathung und Beschlußnahme im Interesse aller betheiligten Staaten für zweckmäßig befunden werden wird; Alles, was nicht geändert wird, bleibt wie bisher und findet auf die neu eintretenden Vereinsgenossen seine Anwendung. Es sind Verhandlungen über die weitere Fortsetzung des Zollvereins unter dem Hinzutritt neuer Mitglieder, in welche wir eintreten.

Bereits in meinem Erlasse vom 5. Dez. v. Js. ist unsere volle Bereitwilligkeit ausgesprochen, nach dem Abschluß dieser Verhandlungen, an Verhandlungen über die Gestaltung der kommerziellen Verhältnisse des Zollvereins zu Oesterreich und andern deutschen Staaten theilzunehmen. Indem wir nicht nur diese Bereitwilligkeit, sondern auch die zuversichtliche Hoffnung wiederholt aussprechen, daß es solchen Verhandlungen gelingen werde, eine, dem Interesse aller Betheiligten entsprechende, für die Gegenwart und für die Zukunft gleichmäßig vorsorgende Verständigung über die gesammten Handels- und Verkehrsverhältnisse zwischen Oesterreich und dem erweiterten und neubegründeten Zollverein herbeizuführen, glauben wir von vornherein jede Besorgniß darüber auszuschließen, daß die Verhandlungen, welchen wir uns jetzt zuwenden, in irgend einer Beziehung zu Ergebnissen führen könnten, welche geeignet wären, eine solche Verständigung auch nur zu erschweren. Unser eigenes Interesse würde dem entgegenstehen; der Inhalt unserer Propositionen gewährt dafür eine weitere Bürgschaft.

Ew. Excellenz wollen Sich ohne Verzug hiernach gegen den Kaiserlichen Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg, gefälligst äußern und, wenn es gewünscht wird, Abschrift gegenwärtiger Depesche sowie des beifolgenden Circularschreibens nebst dessen Druckanlage mittheilen."

Auch dieser zweite Erlaß ist von Manteuffel gezeichnet.*)

*) Die Veröffentlichung erfolgte zuerst (11. März 1852) in der „Kreuzzeitung". Am 17. Mai beantwortet Manteuffel die Interpellation der Abgg. Baumgarth und Genossen betr. die

Wer möchte voraussagen, wie sich die handelspolitische Frage weiter entwickelt hätte, wenn Fürst Schwarzenberg, der kräftigste und energischste Träger der bisherigen aktiven österreichischen Politik, die Geschicke Oesterreichs weiter gelenkt hätte. Die am 5. April 1852 mitten während der Berathung seiner deutschen Alliirten in Darmstadt eingetroffene Nachricht seines plötzlichen Ablebens wirkte auf die dort versammelten Minister erschütternd. Daß das Ausscheiden des kräftigen Impulses, den seine Persönlichkeit der österreichischen Politik gegeben hatte, auch der zollpolitischen Krisis eine neue Wendung geben werde, war auch dem Prinzen von Preußen sofort klar. Am 5. April schrieb er aus Coblenz eigenhändig an Manteuffel:

„Die Zeitungen bringen alarmirende Gerüchte über eine süddeutsche Zollkoalition contra Preußen.*) Ist daran etwas Wahres?? An Kämpfen wird es nicht fehlen, da man versichert, daß sich Bayern völlig an Oesterreich verkauft hat, mit Aussicht auf einstige Vergrößerung!! Daß ich Sie auf diesem Zollpunkt so völlig korrekt und energisch fand, ist mir ein großer Trost, daß wir aus dieser allerwichtigsten Position nicht gedrängt werden."

Und eine Woche später (Coblenz, 13. April):

„Der erste Gedanke, welcher mich durchzuckte, als ich den Tod Schwarzenbergs erfuhr, war, daß seine offene und energische Opposition gegen Preußen vielleicht weniger persönlich gewesen sei, als es die sein könne, welche nun ein Nachfolger desselben unter milderen Formen auszuüben suchen werde. In derselben Stunde schrieb ich diese meine Ansicht dem König; vielleicht sprach er Ihnen von derselben. Seitdem haben viele Personen dieselbe Auffassung getheilt. Daher drängt es mich, auch Ihnen meinerseits diese sehr ernste Angelegenheit vorzuhalten. Es sollte mich nicht wundern, wenn frühere intime Freunde Schwarzenbergs jetzt sich bemühen werden, ihn uns als den Hemmschuh einer Verständigung mit uns darzustellen, um gerade nunmehr unter der Maske besserer Formen um so eher zum Ziele zu gelangen, d. h. uns wieder auf die Bahn der Konzessionen zu drängen. Der erste Angriffspunkt in diesem neuen Gewerbe wird die Zollkonferenz sein; Nachgiebigkeit, Auswege, Mittelwege 2c. werden vielfach vorgeschlagen werden, — da der Hemmschuh Schwarzenberg nicht mehr existire. Ich weiß, daß dieses die Ansichten sind, welche in Darmstadt prädominirt haben, und daß man zwar nicht auf Sie rechnet, wohl aber auf Einflüsse, die den König zum Nachgeben auf dem Zollgebiet und auf vielen anderen Punkten bewegen würden!! Sie werden mich lästig finden, daß ich immer auf dies Thema zurückkomme, aber ich kann nicht oft genug wiederholen, wie der Erfolg jedesmal zu unseren Gunsten ausschlägt, wenn wir energisch und konsequent bleiben. Die Flottenfrage hat dies eklatant von

Erhaltung des Zollvereins, dahin, daß er, da die Verhandlungen schwebten, darüber keine Erklärung abgeben könne. Indessen werde die Regierung den Standpunkt behaupten, den sie beim Beginn der Berliner Zollverhandlungen eingenommen habe. Sten. Bericht, Bd. III, S. 1476.

*) Die Beschlüsse der in Darmstadt vom 4. bis 6. April 1852 versammelten Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen-Nassau wurden durch eine Indiskretion alsbald in der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht. Das Nähere bei Weber, a. a. O., S. 304.

Neuem bewiesen. Die Frage sollte Preußen Nachtheil bringen, — und sie schlägt ganz zu unserem Vortheil aus, denn Deutschland kann nun nur von Preußen noch etwas auf diesem Gebiet erwarten, um dessen Flotte sich dereinst eine deutsche noch sammeln kann. — Also auf dem Zollkongreß nur eisern fest und konsequent geblieben, und unsere Aktien steigen 100 pCt. Der Ueberbringer dieser Zeilen hat mir ganz klaren Wein eingeschenkt über Napoleons Absichten; Vollbracht*) ist ganz für den österreichischen Plan gewonnen, und seine Unionserfahrung scheint hauptsächlich den Gedanken reifen zu lassen, daß der König nachgeben werde. Da sogar die Kreuzzeitungspartei auf dem Zollterrain korrekt ist, so dürfte es nicht schwer sein, den König festzuhalten auf dem rechten Wege! Vom ersten Auftreten hängt unendlich viel ab; der 16. möge Sie energisch finden!

Also nochmals, trauen Sie den einschmeichelnden österreichischen Kunstgriffen noch weniger als den brusquen, wenn dazu auch noch mehr savoir faire und Zähigkeit gehört.

Die sehr interessanten Depeschen aus Petersburg und Wien haben mich nun einigermaßen wieder orientirt. Danach erschien Niebuhrs absprechende Mittheilung über englische Neutralitätsideen wegen Belgien bei einem französischen Anfall völlig aus der Luft gegriffen, da D. Darby ja gerade sehr entschieden gegen Brunnow das Gegentheil aussprach.

Ich werde den 8. Mai in Berlin eintreffen. Bis dahin rechne ich noch auf Mittheilungen, die ich vielleicht auch mit wenig Worten über die ersten Eindrücke des Zollkongresses erhalten kann.

»Erst den Zollverband hergestellt und dann mit Oesterreich über Handelsvertrag verhandelt« — das ist unsere Losung; wer uns verlassen will, mag gehen — sie kommen doch wieder. Ihr Prinz von Preußen."

Ganz auf dem Standpunkt wie Manteuffel stand in der handelspolitischen Frage der Kabinetsrath Niebuhr. Am 9. April übersandte er aus Charlottenburg dem Ministerpräsidenten einen zweiten Brief des Kammerherrn v. Luck in Stuttgart**) über dessen Unterredung mit dem Minister v. Neurath, die Ergebnisse der Bamberger Konferenz betreffend:

„Sr. M. habe ich den Brief auszugsweise vorgelesen. Allerhöchstdieselben hielten es für gut, wenn gleich ein konziliauter und zuverlässiger Mann nach Wien geschickt würde, um dort Etwas zu Stande zu bringen zu versuchen, da man bei schlechtem Ausgange der Zollkonferenz, welchen Se. M. für sehr wahrscheinlich hielten, später doch gezwungen sein werde, nach Wien sich zu wenden, und dann unter viel ungünstigeren Umständen. Se. M. befehlen mir, diese Meinung Ew. Excellenz zu berichten, und da Allerhöchst mir befehlen, gleichzeitig auch das zu melden, was ich Ihm replizirt, unterstehe ich mich, dies auch zu thun.

Ich bemerkte: An Unterhandlungen, gegenwärtig in Wien angeknüpft, würden alle Böswilligen und alle Aengstlichen sich anknüpfen, und so die Zollvereins-

*) Graf Vollbracht, Präsident der nassauischen Ministerialabtheilung seit 1850.
**) Vgl. oben S. 99.

rekonstruktion ins Unendliche sich fortschleppen — um so mehr, als gar kein greifbares Objekt für jene Unterhandlungen vorhanden sei. Ueberdem aber habe Preußen bereits in seinen Einladungen zur Konferenz und den betreffenden Mittheilungen allen möglichen guten Willen in Bezug auf eine künftige Handelseinigung mit Oesterreich zu erkennen gegeben, und auf mehr als eine Bezeigung guten Willens würden gegenwärtig die Unterhandlungen in Wien doch nicht herauskommen. Ich könne aber auch nicht zugestehen, daß ein Scheitern der Zollvereinsrekonstruktion ein Gehen nach Wien unter ungünstigeren Umständen nothwendig machen werde. Scheitere der Zollverein, was ich im Interesse der Bewahrung Deutschlands vor französischem Einfluß und der Bildung eines neuen Rheinbundes tief beklagen würde, so würden wir vielmehr gar nicht nach Wien zu gehen brauchen. Die handelspolitische Einigung mit Wien werde durch zwei Interessen geboten: 1. das deutschpolitische, 2. das materielle — freilich großentheils eingebildete der süddeutschen Staaten. Sei das Ende der Zollkonferenz das, daß Preußen allein oder doch allein mit den norddeutschen Staaten stehen bleibe, so falle das zweite Interesse ganz weg, und das erste sei so tief verletzt, daß das Bißchen Charpie in die klaffende Wunde nichts helfen werde, und es viel besser sei, wenn wir unsere Position uns ganz rein bewahrten.

Meiner Ueberzeugung nach dürfen und brauchen wir uns keine Vorbehalte, Bedingungen, Ratifikationszurückhaltungen und dergl. gefallen lassen. Pure Abschließen — dabei mögen die kleineren Regierungen Wünsche aussprechen, welche sie wollen, und Preußen hat ja immer gezeigt, daß es die Wünsche seiner Verbündeten ehrt und ihr Gelingen nach Möglichkeit zu fördern sucht. Zudem hat es ja, was die österreichische Handelseinigung betrifft, sein Wort offen und frei gegeben."

Manteuffel bemerkte auf diese Piece, er sei für seine Person entschieden gegen die Meinung Sr. Majestät. „Wir würden durch eine Sendung nach Wien unsere Position verfälschen und schwächen, mithin das von Sr. Majestät befürchtete Mißlingen wahrscheinlicher machen. Ganz etwas Anderes wäre es, wenn man österreichischerseits uns erklärte, man habe die bisherige Position aufgegeben, und wünsche über andere bessere mit uns zu sprechen. Eine solche Erklärung liegt aber nicht vor."

Am 17. April überreichte Niebuhr aus Potsdam Manteuffel einen dritten Brief des Kammerherrn v. Luck, betr. die politischen Konsequenzen des Darmstädter Sonderbundes in der Zollvereinsfrage:

„Ich bin heute Nachmittag einigermaßen entsetzt gewesen über die große Leidenschaftlichkeit, die der König in die Auffassung der Zollvereinsangelegenheit legte, und die in auffallendem Kontrast steht zu Seiner früheren Aengstlichkeit. Außer dem Aerger und dem gerechten Zorn über die süddeutschen Intriguen scheint auch eine kleine Mischung Rachsucht wegen des Nov. 1850 obzuwalten: der unbewußte Wunsch, zu beweisen, daß nach dem Scheitern der Unionsprojekte Alles auseinandergehe. Dies ist mehr als Vermuthung von mir.

Meiner Ueberzeugung nach kann Leidenschaftlichkeit uns nur schaden. Auch möchten die kleinen Staaten jetzt schon so bestimmt wissen, daß wir event. entschlossen sind, sie laufen zu lassen, daß es vielleicht besser ist, diesen unseren event. Entschluß gar nicht zu erwähnen und damit Wohlmeinende nicht zu erschrecken.

Wenigstens habe ich es für meine Pflicht gehalten, Se. M. dringend zu bitten, den Zollvereinsbevollmächtigten persönlich gar nichts Politisches zu sagen, und hoffe ich damit Ew. Excellenz Intentionen nicht entgegen gehandelt zu haben.

Vom König der Belgier hatte ich heute einen Brief, in dem Se. M. mir unter Anderem mittheilen, daß Sie Beweise einer guten Gesinnung und eines richtigen politischen Verständnisses seitens Württembergs hätten. Ich werde diesen Anknüpfungspunkt benutzen, um den König Leopold zu bitten, dem Könige von Württemberg die nothwendigen politischen Folgen der Kollektivstellung der süddeutschen Staaten ans Herz zu legen. Der alte Herr in Packen wird sich das größte Vergnügen daraus machen, und der Sieger von Brienne wird vielleicht für die vorsichtigen Deduktionen des Siegers von Culm ein Ohr haben.

Es kommt m. E. nach unendlich viel darauf an, in diese Koalition eine Lücke zu machen und Zwietracht hineinzubringen. Und auch darum halte ich Stillesein und Geduld jetzt für sehr gut. Wenn wir sie zwingen, mit positiven Anträgen zu kommen, und dann Spezialisirung verlangen, werden nicht Zweie einig bleiben."

Am 19. April eröffnete Manteuffel die Berliner Zollkonferenz mit nachstehender Ansprache:

„Im Auftrage Sr. M. des Königs, unseres Allergnädigsten Herrn, haben wir, meine anwesenden Kollegen und ich, die Ehre, Sie hier zu begrüßen, und heißen Sie herzlich willkommen.

Die Königl. Regierung hätte dringend gewünscht, das Werk, welches uns hier zusammengeführt hat, früher mit Ihnen beginnen zu können. Sie kennen aber die Umstände, welche diesem Wunsche entgegenstanden. Es wird auch keiner näheren Bezeichnung der Schritte bedürfen, welche wir gethan haben, als mit dem Schluß des verflossenen Jahres der Zeitpunkt herannahte, in welchem ein Beschluß wegen des Uebergehens der Zollvereinsverträge in eine neue Periode zu fassen war. Uns mußte hierbei der Gedanke fern liegen, ein Band zu lösen, das allen Staaten, die es umschlang, eine Quelle des Segens geworden war; wir wünschen vielmehr, den Verein in erweiterter und neu befestigter Gestalt unter Festhaltung seiner wesentlichen Grundlagen in eine neue Periode übergehen zu sehen. Fern von ausschließlichen Bestrebungen sind wir von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das gemeinsame materielle Interesse, welches das Band knüpfte, auch für die Erneuerung und Erweiterung des Vereins seine volle Kraft üben wird, und daß die bis jetzt mit uns zollverbündeten Staaten auch ihrerseits dazu beitragen werden, daß die Vortheile, welche die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollvereine für die materielle Wohlfahrt darbietet, und welche durch den von uns geschlossenen Vertrag den Vereinsgenossen, so viel an uns lag, gesichert worden sind, zu voller Entwickelung gelangen. In dieser Ueberzeugung ist Preußen durch alle die Bedenken und Schwierigkeiten nicht wankend geworden, welche sich erhoben haben, und deren

Lösung Aufgabe der jetzt beginnenden Verhandlungen ist. Die Lösung aber wird um so sicherer und um so leichter erfolgen, wenn, wie wir zuversichtlich vertrauen, die zu erörternden Fragen allseitig einer unbefangenen, von Nebenrücksichten absehenden Prüfung unterworfen und praktische Bedürfnisse ins Auge gefaßt werden.

Die Gesichtspunkte, von welchen die Königliche Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen ausgeht, und die Anträge, welche sie für selbige gestellt hat, sind in den Mittheilungen niedergelegt, welche sie seit den letzten Monaten des verflossenen Jahres an die mit ihr zum Zollverein verbundenen Regierungen gerichtet hat. Darin ist schon ausdrücklich ausgesprochen, daß die Verhandlungen, zu deren Eröffnung Sie, meine Herren, sich auf Preußens Einladung hier versammelt haben, als Berathungen über die fernere Fortsetzung des Zollvereins unter Hinzutritt derjenigen neuen Mitglieder, welche sich bereits vertragsmäßig zum Eintritt verpflichtet haben, anzusehen sind.

An diese Arbeiten lassen Sie uns mit Freudigkeit gehen. Ist deren Ziel erreicht, erst dann werden wir mit Aussicht auf Erfolg unsere Berathung auf andere uns Allen gleichmäßig am Herzen liegende Fragen richten und ins Auge fassen dürfen, wie zwischen dem neu begründeten Zollverein und den anderen, Deutschland ganz oder für einen Theil ihres Gebiets angehörigen Staaten umfassende Handelsverträge zu schließen sein werden.

Wir rechnen darauf, daß Sie das Vertrauen, mit welchem wir Ihnen gern und bereitwillig entgegenkommen, in gleicher Weise erwidern. Wir werden dann das uns vorgesteckte Ziel erreichen und ein segensreiches Werk zum Heil und Frommen aller Theilnehmer aufrichten.

Es bleibt mir nur noch übrig, Ihnen die hier anwesenden Kommissarien der Königl. Regierung, nämlich den Generaldirektor der Steuern, Herrn v. Pommer-Esche, den Herrn Geheimen Legationsrath Philipsborn und den Herrn Geheimen Regierungsrath Delbrück*) vorzustellen."

Am 22. April schrieb der Prinz von Preußen aus Saarlouis an Manteuffel:

„Im Augenblick der Abreise von Coblenz empfing ich Ihr Schreiben und seine Beilage. Diese hat mich außerordentlich über unser Verhalten auf der Zollkonferenz beruhigt, sowie auch Ihre Eröffnungsrede, die ich heute in der Zeitung las. Der König schrieb mir in einem gestern erhaltenen Briefe, Sie hätten ihm gesagt, ich habe Ihnen meine Unzufriedenheit und meine Furcht über unser Verhalten zu diesem Kongreß ausgesprochen. Ich erinnere mich nicht, Ihnen von Unzufriedenheit geschrieben zu haben, wohl aber von Befürchtungen. Diese sind sehr lebhaft bei mir gewesen, weil ich hier in der Nähe die Anstrengungen sehe, die gegen die Zollunion gemacht werden, wenn Oesterreich nicht aufgenommen wird. Indessen Ihr Brief, das Protokoll und des Königs Brief beruhigen mich vollkommen, da ich nicht einsehe, wie man von diesem Wege ablassen könnte nunmehr, ohne die furchtbarste Inkonsequenz. Daß es an Schreckschüssen nicht fehlen wird, ist sehr gewiß; es kommt aber eben darauf an, daß man dergleichen auch für

*) Der spätere Staatsminister Delbrück; bereits 1851 die bedeutendste Kraft im Handelsministerium.

Schreckschüsse erkennt; dann sind sie nicht gefährlich, sondern werden ihre Ohnmacht erweisen, während wir siegreich bestehen werden. Preußen muß seine Gegner auf das Terrain werfen, worauf sie uns werfen wollen, d. h. den Worten keine konsequente That folgen lassen. Die vielen Konzessionen, welche Preußen seit 1849 macht, haben den Gegnern Muth gemacht, daß wir den Mund voll nehmen und zuletzt doch klein beigeben. Dies wird auch jetzt versucht werden. Unser Feststehen ist in unserer Position sehr leicht, weil wir die Sympathien der Völker für uns haben, deren materieller Wohlstand im Verbande mit uns sich so sichtbar hob. Ich bin daher sehr guten Muthes, wenn wir nur konsequent und entschieden bleiben. Ich bin ganz mit Ihnen einverstanden, daß des Königs Plan, jetzt gleich mit der Auflösung zu drohen, nicht gut gewesen wäre; man muß seinen Trumpf sich aufbewahren. Ebenso erfreut bin ich, daß Sie von einem konziliianten Entgegenkommen nach Wien abgerathen haben. Ich fühle, woher der Wind bläst!! Die mir zuletzt mitgetheilte Depesche Arnims nach seiner ersten Unterredung mit Graf Buol ist ganz mit solchen beschwichtigenden Ansichten erfüllt, wie ich sie sofort voraussah; traurig, daß Arnim sich scheint beschwatzen zu lassen. Er ist nicht für die Stelle gemacht!

Ueber die Gefahren der Rheinbunds-Velleitäten und über die des Katholizismus sehe ich Ihren mündlichen Unterredungen entgegen.

Einige Gefahr scheint mir von Rußland zu drohen, welches die Zoll- und Flottenfrage ꝛc. als Nebensachen betrachtet, über die wir uns mit Oesterreich nicht brouilliren möchten! Da muß Nesselrode belehrt werden."

Während auf den Berliner Zollkonferenzen ergebnißlos über die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins und den Handelsvertrag mit Oesterreich verhandelt wurde,*) richtete Manteuffel eine Mittheilung nach Wien, in der mit vielem Geschick unter Hinweis auf die Zustände in Frankreich das Bedenkliche eines Zerwürfnisses in Deutschland hervorgehoben und gleichsam ein einleitender Schritt zu einer direkten Verständigung mit Oesterreich gemacht wurde. Die für die Entwickelung der Krisis höchst bedeutungsvolle Depesche vom 8. Mai 1852 besagt:**)

„Dies sind die Erwägungen, welche dem Königlichen Kabinet die jetzige Lage der Verhandlungen über die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands aufdrängt.

Wir glauben das erste Wort zu einer Verständigung mit Oesterreich mit um so größerer Zuversicht auf bereitwillige Aufnahme sprechen zu dürfen, als wir unsererseits nur die Erhaltung und Befestigung längst bestehender Institutionen, nicht die Gründung neuer, noch nicht erprobter Verhältnisse uns als Ziel vorgesteckt haben.

Der Zollverein, dessen Kern vor beinahe 25 Jahren entstand, hat für Preußen weder finanzielle Vortheile geschaffen, noch eine politische Bedeutung gehabt. Was die finanziellen Resultate des Zollvereins für Preußen gewesen sind, liegt offenkundig vor. Nicht Preußen, wohl aber die anderen Zollvereinsstaaten haben durch den Verein ihre Einnahmen über das Maß der steigenden Bevölkerung hinaus vermehrt. Von dem erweiterten und unbeschränkten Verkehr im Innern des

*) Das Nähere in Weber, „Der deutsche Zollverein", S. 311 f.

**) Nach der Mittheilung bei Weber, a. a. O., S. 312.

Gesammtterritoriums aller Vereinsstaaten haben preußische Unterthanen einleuchtend den relativ geringsten Nutzen gezogen; Preußens eigenes Gebiet, seine Lage am Meere und an den großen norddeutschen Strömen, seine Beziehungen mit dem Auslande gewährten seinen Unterthanen Mittel zum ungehinderten Verkehr, welche seine Hinterländer entbehrten. Was aber die oft und bis zum Ueberdruß wiederholte Behauptung anbetrifft, daß Preußen durch den Zollverein seine politische Stellung in Deutschland zu stärken suche, so haben die Jahre seit der Gründung des Vereins, namentlich aber die letzten Jahre seit 1848, eindringlich dargethan, daß ein solches Bestreben absolut fruchtlos geblieben wäre. Man wird uns daher wohl endlich glauben, daß ein jeder politische Gedanke der Stiftung des Zollvereins fremd war. Was das Kabinet seit 20 und mehr Jahren stets gesagt, hat die Zeitgeschichte fast täglich bestätigt.

Der wahre Zweck, der wahre Sinn des Zollvereins ist für Preßuen nur einer gewesen, nämlich durch eine Kombination gemeinschaftlicher Interessen der Staaten, welche im Innern von Deutschland sich auf die mannigfaltigste Weise, zum Theil ganz zerstückelt begrenzen, einen freien Verkehr herzustellen und dadurch die Schranken zu beseitigen, welche aus der vereinzelten Territorialvertheilung unter eine große Anzahl von Landeshoheiten hervorgingen."

Nach einer Erörterung des Vertrages vom 7. Sept. 1851, insbesondere der Gründe, welche dessen Geheimhaltung motivirten, ging die Depesche auf das Zustandekommen einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handelseinigung über, die Preußen zu jeder Zeit und namentlich bei dem Abschluß der Zollvereinsverträge als Ziel im Auge gehabt und vorbehalten habe.

Es wurden sodann die Verhältnisse zu Oesterreich und die Bestrebungen des Fürsten Schwarzenberg bei den Wiener Konferenzen sowie die Gründe besprochen, welche Preußen an der Theilnahme verhinderten, und zwar mit einer Offenheit und Ungenirtheit, wie sie sonst in diplomatischen Depeschen ziemlich selten war. Alsdann zu den im April eröffneten Berliner Konferenzen übergehend, wurde die preußische Erklärung in der Sitzung vom 1. Mai mitgetheilt und wiederholt versichert, daß, sobald der Zollverein rekonstruirt und sein künftiges Gebiet festgestellt sein werde, es die eifrigste Sorge der preußischen Regierung sein würde, Verhandlungen mit Oesterreich über die wechselseitigen Handels- und Verkehrsverhältnisse beider Ländermassen auf der weitesten Grundlage zu eröffnen. Der Zeitpunkt der Eröffnung hänge aber nicht von Preußen, sondern von dem Fortschreiten und dem Abschluß der mit den bisherigen Zollverbündeten eingeleiteten Verhandlungen ab und werde durch die Forderung gleichzeitiger Verhandlung nur aufgehalten. Der Gegensatz, welcher, zur Zeit wenigstens, anscheinend zwischen den zur Fortsetzung des Zollvereins entschlossenen Gruppen und denjenigen Staaten bestehe, die möglicherweise ihre Stellung zum Zollverein gegen ein noch näher festzustellendes Verhältniß zu Oesterreich zu vertauschen geneigt seien, bringe sowohl außerhalb wie innerhalb Deutschlands den Eindruck einer Spaltung im Innern des deutschen Bundes hervor, ja es müsse der Wahn entstehen, als ob die beiden deutschen Großmächte aus einer gewissen Eifersucht gegeneinander sich in Handels- und Zollangelegenheiten ihre Bundesgenossen wechselseitig entziehen wollten und

dadurch, wenn auch unbewußt, den Keim zu einer politischen Differenz legten.

Den Schluß der Depesche machte der Ausdruck der Hoffnung von Seiten der preußischen Regierung, das Kaiserl. Kabinet wolle seinen Einfluß auf die zu ihm in näheren Beziehungen stehenden deutschen Regierungen dahin anwenden, daß die Vorfrage über den Fortbestand des Zollvereins bald erledigt und damit Preußen der Weg eröffnet werde, mit Oesterreich neue Bande zu knüpfen.

Einen direkten Erfolg hatte diese mit großem Talent verfaßte Depesche nicht, sie bildet aber gleichwohl die Grundlage, auf der im Dez. 1852 die direkten Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich eingeleitet wurden.

Die überaus feindliche Haltung, welche die „Kreuzzeitung" der österreichischen Zollpolitik gegenüber einnahm, hatte mehrfache Konfiskationen derselben zur Folge: „Ich stelle nicht in Abrede," so schrieb Graf Pfeil von seiner schlesischen Besitzung Hausdorf aus an Manteuffel, „daß die Konfiskationen der »Neuen Preußischen Zeitung« in Beziehung auf die Zollverhandlungen von Nutzen waren, indem sie der österreichischen Partei um so bestimmter die Ueberzeugung verschafften, daß die sehr heftigen Angriffe gegen die Zolleinigung nicht von der Regierung ausgingen, vielmehr diese, indem sie der Zolleinigung auf der österreichischen Basis widerstrebt, sich im entschiedensten Einklang mit allen wohl verstandenen Interessen des Landes befindet. Dennoch möchte ich die Konfiskationen, wie ich sie überhaupt im Prinzip verwerfe, so insbesondere in allen den Fällen für unangemessen halten, wo die Angriffe hauptsächlich gegen die Regierung und insbesondere gegen die Person Ew. Excellenz gerichtet sind. Ew. Excellenz werden stets die Möglichkeit haben, sich gegen öffentliche Angriffe gehörigen Ortes zu vertheidigen, und Sie können sicher sein, daß gerade die heftigsten Angriffe Ihre zahlreichen Anhänger um so mehr befestigen. Dagegen würden Angriffe, denen man die Oeffentlichkeit verschließt, stets einen oder den anderen Weg finden, um Ew. Excellenz in der Meinung derer zu schaden, deren Urtheil Ew. Excellenz vorzugsweise wichtig ist. Ew. Excellenz haben es ja selbst erlebt, wie Ihr Ansehen und Ihre Popularität in Preußen nicht nur, sondern in ganz Deutschland, ja in ganz Europa gegenüber den scham- und sinnlosesten Angriffen unermeßlich gewachsen ist, und wenn solche Angriffe in den radikalen und eigentlichen Blättern jetzt verstummt sind, so vermag ich einen Vortheil darin keineswegs zu erkennen. Wohl kein Gegenstand der Staatskunst scheint durch tausendfache Erfahrung so bestimmt entschieden zu sein als der Grundsatz, Angriffe in der Presse gewähren zu lassen. Sind sie begründet, so kann man mit um so größerer Leichtigkeit ein unrichtiges Verfahren gegen das richtige vertauschen; sind sie unbegründet, tragen sie zumal das Gepräge der Leidenschaft, so erzeugen sie von selbst die Reaktion, welche sie zu verstummen zwingt. In solcher Weise wirken beispielsweise jetzt die österreichischen Blätter in der Zollangelegenheit. Was die gründlichste diesseitige Kritik nicht vermochte, das predigen in beredter Weise die österreichischen Schimpfreden: »Wir haben unser Spiel verloren.«"

Die Berathung des Antrages der Abgeordneten Beseler und Genossen, betr. das Verhältniß der Bundesversammlung zur preußischen Verfassung, gab

Manteuffel Veranlassung, sich über verschiedene Fragen der auswärtigen Politik auszusprechen.*) Zunächst bestritt er, daß Preußen seit Einsetzung des Bundestages bis zum Jahre 1848 sich im Zustande fortdauernder Erniedrigung befunden habe.

„Das ist m. E. niemals der Fall gewesen und soll, so Gott hilft, nie der Fall sein. Ob das Zustandekommen des Bundestages als ein Sieg von Oesterreich oder als ein Sieg von Preußen zu betrachten sei, darüber zu streiten ist sehr unfruchtbar. Ich glaube, daß österreichischerseits damals etwas Anderes angestrebt als erreicht worden ist. Genug, wir sind jetzt in Frankfurt auf Grund der alten Verträge wieder vereinigt, und so weit ich davon entfernt bin, den Bundestag als das wünschenswerthe Ziel zu bezeichnen, so kann ich doch versichern, daß die Lage Preußens dort eben keine so ungünstige ist. Die Fälle, in welchen die Majoritätsbeschlüsse binden, sind genau bezeichnet. Wo die Bundesverfassung es nicht ausdrücklich vorschreibt, wird man sich durch solche Majoritätsbeschlüsse nicht binden lassen. Dies ist der Standpunkt, den wir festhalten wollen.

Daß es Besseres für Deutschland geben könnte als den Bundestag, wer möchte es bezweifeln, aber die Frage ist, ob es erreichbar ist, und die bisherigen Bestrebungen scheinen dargethan zu haben, daß Besseres jetzt nicht erreicht werden kann, wenigstens nicht ohne große kriegerische Katastrophen.

Ob Oesterreich wirklich feindselige Gesinnungen gegen uns hegt, dies hier zu untersuchen, dürfte nicht am Orte sein. Daß zwei große Staaten, die, wie Preußen und Oesterreich, nebeneinander stehen, in gewissen Punkten zu Konflikten, Meinungsverschiedenheiten und verschiedenen Bestrebungen kommen müssen, liegt auf der Hand; ich halte es aber nicht für die Aufgabe des Staatsmannes, hieraus weitergehenden Hader zu suchen, ich glaube vielmehr, daß es seine Aufgabe ist, diese Umstände in verständiger und vernünftiger Weise zu vermitteln.

Ich glaube nicht, daß Oesterreich auf dem Deutschen Bundestage das günstigste Terrain hat, uns zu bekämpfen. Auch mag ich die Absicht dazu bei ihm um deswillen nicht voraussetzen, weil ich annehme, daß die Umstände viel eher dazu führen könnten, daß Oesterreich Preußens, als daß Preußen Oesterreichs bedarf. Natürlich wird und darf man sich nicht im voraus die Hände binden, aber ich halte allerdings Fälle für möglich, in denen man kein Unglück darin sehen könnte, wenn unsere braven Grenadiere an der Seite der Oesterreicher kämpfen.

Wenn ich mich aber nun in die Lage eines österreichischen Ministers denke, der Preußen vernichten, schwächen, demüthigen wollte, so, glaube ich, würde es einen andern Weg geben als den Bundestag. Ich würde in der Stelle eines solchen preußenfeindlichen Ministers meinem Gesandten ungefähr folgende Instruktion ertheilen. Ich würde ihm sagen: Suchen Sie das parlamentarische Regiment in Preußen recht stark zu machen, wirken Sie darauf hin, daß die Kammern jahraus, jahrein versammelt sind, bemühen Sie sich, Leute mit starker Brust und starker Stirn zu finden, die bei jeder Gelegenheit die Autorität angreifen, schwächen und herabziehen. Das gerade liegt im Interesse der Feinde Preußens.

Ueber jede Thatsache lassen sich verschiedene Urtheile bilden. Man hat uns die Anwesenheit der Oesterreicher im Norden Deutschlands zum Vorwurf gemacht; ich bin fest überzeugt, wenn der Moment kommt, und er wird nicht mehr fern sein, wo sie fortgehen werden, so wird man uns das wiederum zum Vorwurf machen.

Man hat uns ferner den Vorwurf gemacht, daß die östlichen Provinzen aus dem Bunde ausgetreten sind; ich glaube, man würde es uns auch zum Vorwurfe gemacht haben, wenn dies nicht geschehen, denn es lassen sich manche Gründe dafür anführen, diese Maßregel als eine vernünftige und dankenswerthe anzunehmen, als eine Maßregel, welche die Weltstellung Preußens auf unverkennbare Weise bezeichnet. Diese Stellung wahrzunehmen, wird sich die Königl. Regierung immer zur Aufgabe machen und sich hierin nicht beirren lassen, durch, wenn auch noch so wohl

*) Reden in der zweiten Kammer am 29. und 30. Jan. 1852. Sten. Bericht, Bd. S. 215 u. 216, 222 u. 230.

gemeinte, aber übereilte und leidenschaftliche Bestrebungen. Das Ministerium wird sowohl bei der Wahl seiner Vertreter in Frankfurt als auch bei den Instruktionen, die ihnen von hier aus ertheilt werden, niemals vergessen, daß, wie die Lage der Dinge gegenwärtig ist, es am besten für Deutschland sorgen heißt, wenn man für Preußen sorgt. . . .

Ich habe nicht gesagt, wie mir in den Mund gelegt worden, daß das parlamentarische Leben zum Verderben Preußens führe, sondern daß das parlamentarische Regiment dazu führt. Dies ist auch noch meine Ansicht. Das parlamentarische Leben, um mich auch darüber Ihnen gegenüber offen auszusprechen, ist, glaube ich, ein Vorzug, den Preußen haben kann und den es sich nicht entgehen lassen darf. Das parlamentarische Regiment aber kann nicht bestehen. Ich will Ihnen aber auch das parlamentarische Regiment zugeben, doch muß ich dies Zugeständniß an eine Bedingung knüpfen, nämlich an die, daß die getrennte und zerrissene Lage des Staats zu einer konzentrirten gemacht werde, und daß man ihn mit einem Ocean umgebe, dann würden wir ein solches Regiment vielleicht ertragen können.

Auf die Erörterung der Dinge, die in der Nationalversammlung zu Frankfurt vorgekommen sind, gehe ich nicht ein; einmal habe ich dieser Versammlung fern gestanden, zweitens glaube ich, es ist in Frankfurt und von Frankfurt genug gesprochen worden.

In einem Punkte nur möchte ich dem Vorredner entgegentreten, in einem Punkte, der einen schweren Vorwurf für die Regierung enthält. Er sagt nämlich, er und seine Freunde treten der Regierung entgegen, weil sie den Absolutismus wolle. Wer sagt Ihnen das? Das, was wir nicht wollen, ist, daß Sie, meine Herren (zur Linken deutend), und vielleicht die Minderheit des Hauses den Areopag bilden, darüber zu urtheilen, was Recht ist und was Recht war.

Wir sind uns bewußt, das Rechte im Lande zu üben; das ist unsere Pflicht, der wollen wir treu sein, auch wenn wir verkannt werden."

Als ein Redner in der zweiten Kammer Manteuffel den Vertrag von Olmütz vorhielt, bemerkte er:*)

„Ich habe mich bereits verschiedentlich darüber ausgesprochen. Ich räume ein, daß ich mich lebhaft für die Union interessirt habe; später, als ich sah, daß die Union nicht nur Schwierigkeiten herbeigeführt, sondern auch Preußen in eine parlamentarische Zwangsjacke gesteckt haben würde, wollte ich für einen solchen Zweck nicht Tausende auf das Schlachtfeld führen. Ich danke es daher dem verstorbenen Fürsten Schwarzenberg, daß er die Hand zur Verständigung geboten hat. Ich bin frei von pharisäischer Selbstgenügsamkeit und behaupte nicht, immer das Rechte zu finden; wenn man aber die Geschicke des Landes zu leiten berufen ist, so hat man zu thun das, was im Interesse des Landes ist."

* * *

In der zweiten Hälfte des Jan. 1852 fand zwischen Berlin und Wien ein Depeschenwechsel statt darüber, daß Oesterreich das Eigenthum des reaktivirten Bundes an der Deutschen Flotte von 1848 bestritt, trotzdem aber den Bund über die Flotte bestimmen ließ, und über das Bestreben Oesterreichs, Preußen durch Mehrheitsbeschluß zur Betheiligung an der Flottenumlage vom 8. Juli 1851 zu verpflichten. Mit Bezug hierauf richtete der Minister Manteuffel am 31. Jan. 1852 einen Erlaß**) an den Königl. Gesandten Grafen Arnim in Wien, in welchem es heißt:

*) Sten. Bericht über die Sitzung vom 10. Mai, Bd. III, S. 1339. Vgl. auch S. 1347, ferner die Rede Manteuffels vom 11. Mai, Bd. III, S. 1363.

**) Veröffentlicht in dem Werke von Dr. Max Bär, „Die deutsche Flotte von 1848–1852." Leipzig 1898.

„Zwei Punkte waren es, über die in meinem Erlaß vom 15. d. Mts. Beschwerde geführt wurde:

1. daß Oesterreich einerseits das Eigenthum des Bundes an der Flotte und die daraus hervorgehenden Verpflichtungen sämmtlicher Bundesglieder bestreitet, andererseits aber, ohne daß bisher irgend etwas geschehen wäre, um diesen streitigen Punkt zur Entscheidung zu bringen, nichtsdestoweniger gleichzeitig dem Bunde das Recht vindicirt, völlig unbeschränkt über die Flotte zu disponiren;

2. klagten wir über das Bestreben, uns durch einen Majoritätsbeschluß zu der Betheiligung an der Umlage vom 8. Juli v. Js. zu verpflichten.

Zu 1. Was den ersten Punkt, das Rechtsverhältniß der Flotte und die Disposition über dieselbe, anbelangt, so haben wir schon seit der Zeit, in welcher General v. Rochow das bekannte Separatvotum abgab, behauptet, daß die Flotte Eigenthum des Bundes geworden sei.

Die Konsequenz hieraus für Oesterreich hat Fürst Schwarzenberg in dem Erlaß an den Grafen Thun vom 16. Juli v. Js. selbst gezogen. . . .

Während Oesterreich jedoch diese Eigenschaft der Flotte als Bundeseigenthum in Abrede stellte, waren wir mit demselben darüber einverstanden, daß sie jedenfalls für die Zukunft in jener Eigenschaft nicht fortbestehen könne.

Daß dann aber ihre bisherige Organisation aufgehoben, daß sie aufgelöst werden mußte, folgte hieraus von selbst, wenngleich damit nicht gesagt war, daß ihr Material für die Interessen Deutschlands verloren gehen sollte.

Es schien uns wünschenswerth, zu einer Verständigung zu gelangen, wonach die Nordseestaaten und die sonst bei der Sache interessirten Bundesregierungen die Flotte übernommen hätten. Aber wir mußten es auch für nothwendig erachten, daß, wenn dergleichen Unterhandlungen nicht binnen kürzester Frist und spätestens bis zum 1. Sept. v. Js. zum Ziel zu bringen wären, alsdann zu völliger Auflösung geschritten werde.

Daß, wenn ein solches Arrangement zu treffen war, dabei einstweilen die Frage in Betreff des für die Vergangenheit bestehenden Rechtsverhältnisses unerörtert bleiben konnte, leuchtet ein.

So hat die Kaiserl. Regierung in der That unsere Ansicht früher aufgefaßt und sie hat dieselbe getheilt. . . .

Demgemäß wurden die von Preußen und Oesterreich konzertirten Anträge bei dem Bunde gestellt. Seitdem hat jedoch Oesterreich diese Basis völlig verlassen.

Während es früher bevorwortet hatte, daß die bestehende Unklarheit der Verhältnisse endlich aufhören müsse und daß die in Betreff des Nordseegeschwaders zu ergreifenden Maßregeln nicht von Erörterung der Pläne zu künftiger Organisation eines Bundesflottenwesens abhängig gemacht werden könnten, trat das Kaiserl. Kabinet in der Depesche an den Frhrn. v. Prokesch vom 19. Sept. plötzlich mit entgegengesetzten Vorschlägen auf, und obgleich wir uns in unseren Erwiderungen vom 1. und vom 20. Okt. v. Js. entschieden gegen die Verbindung der beiderlei Fragen erklärt haben, so hat Oesterreich hierbei nicht nur beharrt, sondern infolgedessen auch die Befugniß der Bundesversammlung behauptet, im Interesse der Forderung eines Nordsee-Flottenvereins, ohne vorgängige Feststellung des Rechts-

verhältnisses, Bestimmungen über die Substanz der Flotte zu treffen, wie sie aus den letzten Beschlüssen des Bundestages hervorgegangen sind.

Daß Oesterreich hiernach von den früher aufgestellten Ansichten nicht abgegangen, daß es bei der mit uns getroffenen Abrede geblieben sei, möchte sich ebenso wenig bei diesem Punkte behaupten lassen, als

zu 2. in Betreff der speziellen Frage wegen der Umlage vom 8. Juli v. Js.

Wir hatten gegen die von dem Ausschusse vorgeschlagene Umlage sofort protestirt und vielmehr verlangt, daß die Rückstände der älteren Matrikularumlage von 6 Millionen Thalern eingezogen und daraus die laufenden Bedürfnisse der Flotte bestritten werden möchten. . . .

Nur aus Rücksichten der Konvenienz glaubte Oesterreich für den Antrag des Ausschusses stimmen zu müssen und uns eine gleiche Entschließung empfehlen zu sollen.

Das läßt sich also nicht in Abrede stellen, daß Oesterreich selbst früher die Frage aus einem anderen rechtlichen Gesichtspunkte aufgefaßt hat als gegenwärtig.

Indessen können wir nicht gemeint sein, auf die konsequente Festhaltung der früher ausgesprochenen Ansichten das alleinige und entscheidende Gewicht zu legen, wenn anders die von dem Kaiserl. Hofe jetzt verfolgten Ansichten an und für sich als rechtlich begründet betrachtet werden müßten. . . .

Die Flotte ist ein im Namen des gesammten Deutschlands unternommenes Werk. Wir dürfen hinzusetzen: Sie ist ein solches gemeinsam deutsches Institut, unter der speziellen Einwirkung und Leitung österreichischer Organe zuerst ins Leben gerufen und bisher fortgeführt. Aber wie wollte Oesterreich den Widerspruch lösen, in welchem es sich befindet, wenn es einerseits für die Unterhaltung eines Bundeswerkes Sorge tragen will, während es andererseits dessen Eigenschaft als Bundeswerk fortwährend bestreitet und eben deshalb diejenigen Leistungen verweigert, die es, seinem eigenen Anerkenntniß nach, unabweisbar gewähren muß, falls das Werk Bundeswerk sein soll.

Es soll ferner dem Bunde »ein nicht wenig herabwürdigendes Schauspiel erspart werden«. Wir könnten uns deß nur freuen; aber man darf sich bei so löblichem Entschluß auch nicht verhehlen, daß derselbe eben nur erreichbar ist, wenn sämmtliche Bundesglieder sich bereit finden lassen, die Verpflichtungen zu übernehmen, welche der Anerkennung der Flotte als einer Bundeseinrichtung entsprechen. Oesterreich beharrt jedoch dabei, weder zu den Kosten der ersten Einrichtung, noch zu den Unterhaltungskosten irgend das Geringste beisteuern zu wollen. Was es einstweilen gezahlt hat, fordert es vollständig zurück. Soll jener schöne Zweck auf Kosten einzelner Regierungen erreicht werden?

»Der Bund« — heißt es ferner — »muß sich der auf der Flotte haftenden Verbindlichkeiten ehrenhalber annehmen, — für die Sicherheit und den vollen Ersatz der aus Bundesmitteln geleisteten Vorschüsse sorgen, die gestörte Ordnung im Haushalt des Bundes dadurch wiederherstellen.«

Es setzt dies freilich als schon entschieden voraus, daß die Flotte mit ihren Kosten und Lasten nicht Bundessache sei. Aber auch dies angenommen, der Zweck würde nicht sonderlich durch ein Verfahren erreicht werden, welches bei fortlaufender

Anhäufung nutzloser Unterhaltungskosten nur die Schuldenlast zu steigern geeignet ist. Gerade diese Rücksicht müßte je eher je lieber zu der von uns verlangten Auflösung führen, bei welcher die Rechte der Gläubiger vollkommen gewahrt werden könnten.

Durch das Einschreiten der Bundesversammlung soll ferner möglicher Uneinigkeit oder gar Selbsthülfe zwischen Bundesgliedern vorgebeugt werden. Wir bekennen aufrichtig, daß wir nicht wissen, von welcher Seite Anlaß zu einer solchen Besorgniß gegeben und wie eine Anwendung der diesfälligen bundesgesetzlichen Bestimmungen zu motiviren wäre.

Als letzter Rechtfertigungsgrund endlich wird der Zweck angegeben, durch allseitiges Einverständniß, soweit solches nöthig und möglich, eine dem Geiste des Bundesvertrages entsprechende Lösung der ganzen Frage herbeizuführen.

Wie die Kaiserl. Regierung ein solches allseitiges Einverständniß über eine Lösung im Geiste des Bundesvertrags, d. h. nach dem Grundsatz gleicher Verpflichtung für alle Bundesglieder, zu erreichen hofft, während sie entschlossen bleibt, ihrestheils nichts beizutragen, das vermögen wir nicht zu übersehen.

Wir glauben daher nicht zu weit zu gehen, wenn wir in allen den vorstehend besprochenen Motiven keinen zu Recht bestehenden Grund für die Bundesversammlung erkennen, vor Feststellung des Bundeseigenthums an der Flotte ohne freie Zustimmung aller Betheiligten in der bisher beliebten Weise über dieselbe zu disponiren.

Man scheint im Grunde österreichischerseits derselben Ansicht zu sein; denn es wird schließlich zugegeben, daß die vollständige Erfüllung jener Zwecke nur durch die freiwillige Mitwirkung Aller möglich sei. . . .

Es wird uns endlich noch entgegengehalten, man habe unsererseits Schwierigkeiten gegen die Umlage vom 8. Juli um so weniger erwarten dürfen, als wir kurz zuvor den Wunsch ausgesprochen hätten, daß die Flotte erhalten bleiben möge, und als wir noch jetzt uns für eine in ein Bundeskontingents-Verhältniß eintretende Nordseeflotte interessirten, diese aber nach Auflösung der jetzt vorhandenen Flottille nicht möglich sei.

Wie unserem, sofort in der Sitzung vom 20. Juni pr. dem Ausschußantrage entgegengestellten Protest gegenüber ein Zweifel in Bezug auf die Geldfrage hätte bleiben können, will uns nicht einleuchten. Daß aber eine Auseinandersetzung in Betreff der gegenwärtig das Nordseegeschwader bildenden Schiffe von künftiger Organisation einer Bundesflotte unabhängig ist, scheint uns um so zweifelloser, als selbst nach den Plänen der technischen Kommission keineswegs das ganze jetzige Nordseegeschwader für die künftige Nordseeflotte verwendet werden würde.

Was sollen wir hiernach dazu sagen, wenn Oesterreich, statt unsere gerechte Beschwerde vom 15. d. Mts. anzuerkennen, uns die Klage über die von uns eingeschlagene Richtung zurückgiebt und sie zu der Behauptung steigert, daß jene Vorgänge nur einzelne Aeußerungen der allgemeinen Politik Preußens in den Bundesangelegenheiten seien?

Findet der Kaiserl. Hof seine Beschwerde darin, daß wir nicht eine unberechtigte Majoritätsherrschaft gegen uns zur Anwendung bringen lassen wollen, so sind wir dabei im Bewußtsein unseres guten Rechts und können davon nicht lassen.

Ew. Excellenz sind die Ansichten nicht unbekannt, von denen Fürst Schwarzenberg zur Zeit der Dresdener Konferenzen in Beziehung auf die Frage ausging, welches Gewicht den Stimmen der einzelnen Bundesglieder, den wahrhaften Machtverhältnissen gegenüber, einzuräumen sei. Wir haben damals das gute Recht auch der minder mächtigen Genossen im Bunde gewahrt. In gleicher Weise müssen wir aber auch, im wahren Interesse des gesammten Bundes, der entgegengesetzten Richtung wehren.

Indem ich Ew. 2c. ergebenst ersuche, dem Kaiserl. Königl. Ministerpräsidenten diese unsere Ansichten vertraulich mitzutheilen, hoffen wir, daß der dem freundschaftlichen Verhältniß beider Mächte geziemende freimüthige Ausdruck derselben die rechte Würdigung finden und zu vollem Einverständniß führen werde." . . .

* * *

Ueber die Vorgänge in dem Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen wurde Manteuffel nach wie vor durch den dortigen Landtagsabgeordneten v. Holleuffer auf dem Laufenden erhalten. Am 2. Dez. schickte dieser seinem Gönner in Berlin ein Referat über eine höchst selbstgefällige Rede des Ministers Chop*) und bemerkt sodann:

„Der Wunsch, daß von Berlin aus etwas geschehe, um in Thüringen die Märzwirthschaften zu beseitigen, ist allgemein und durch alle Stände verbreitet. Ich glaube auch, daß durch direkte Forderung bei den Höfen die Beseitigung der Minister zu erreichen wäre, allein diese würden dann leicht in den Augen der Menschen als Märtyrer preußischer Politik erscheinen, und mit den Personen gewönne am Ende auch das Prinzip wieder Anhänger. Dagegen wird wahrscheinlich ebenso viel erreicht, wenn indirekt von Berlin aus influirt wird.

Die Lage der Dinge ist folgende: Weimar war bekanntlich stets der Vorort der thüringischen Staaten. Die Politik der Vergrößerung ist in Weimar eine stehende. 1848 und 1849 hoffte man mit Hülfe der Frankfurter Versammlung die übrigen thüringischen Staaten zu verschlucken, und um dies zu erleichtern, schlug das weimarische Ministerium den übrigen Staaten eine gemeinsame Justiz- und Verwaltungsorganisation vor. Nur die beiden Schwarzburg gingen in diese Falle, die übrigen thüringischen Staaten durchschauten den Plan und gingen auf das Projekt nicht ein. Seitdem ist Kälte eingetreten zwischen Weimar und den übrigen sächsischen Herzoghäusern; auch die preußischen Fürsten halten sich wohl etwas ferner, obgleich es mir zweifelhaft ist, ob man sich dort des weimarischen Mediatisirungsplanes ganz bewußt ist. Die Schwarzburger sind heute noch ganz abhängig von Weimar. In Rudolstadt scheint die jetzt in der Entwickelung befangene Ministerkrise das Zeichen

*) Sie findet sich abgedruckt in der Zeitung „Der Deutsche", Nr. 273 vom 20. Nov. 1851. Chop sagte am 19. Nov. einer Deputation aus Sondershausen, daß der Staatsmann, der es mit dem Lande, dessen Verwaltung er vertrete, wohlmeine, jetzt nur darauf bedacht sein müsse, aus dem allgemeinen Schiffbruche, welchen die freie Entwickelung der Völker erlitten, möglichst viel zu retten.

zu sein, daß man auch dort zur Einsicht kommt. In Sondershausen aber ist man noch tief mit Weimar verwachsen. Chop holt sich seine Weisheit daselbst; der Fürst, dem am weimarischen Hofe sehr geschmeichelt wird, fühlt sich persönlich dorthin-gezogen. In Weimar hält Watzdorf sich durch seine persönlichen Eigenschaften; er ist Liebling des Großherzogs, der sich ihm überdies zu Dank verpflichtet fühlt für das, was derselbe 1848 gethan habe. Wydenbruch hält sich durch Watzdorf. Nach meiner Ansicht kommt es darauf an, Weimar in den thüringischen Staaten zu isoliren. Die Eifersucht der anderen Höfe wäre das beste Mittel.

In Sondershausen steht die Sache so, daß der Fürst sich danach sehnt, sein demokratisches Ministerium los zu werden. Bei seiner Befangenheit weiß er es nicht anzufangen; er hat nicht den Muth, die Initiative zu ergreifen, und wird hierin von den Familienkoterien bestärkt, deren jede den Wechsel brauchen möchte, um ihre Puppe ans Regiment zu bringen, und daher die Veränderung so lange hinausgeschoben sehen will, bis sie des Erfolges sicher ist.

Spräche Se. M. der König Dich, und sprächest Du Dich einmal entschieden gegenüber dem Prinzen Leopold, Leutnant bei den Garde-Kürassieren, aus, so daß dieser seinem Vater darüber schreiben müßte, so wäre die Veränderung sehr viel näher gerückt, und machte dann irgend ein General oder Präsident am Hofe in Sondershausen einen Besuch und spräche ebenso entschieden mit dem Fürsten, so wäre die Sache gemacht, ohne daß es einen offiziellen Anstrich hätte."

Die weitere Entwickelung der Dinge in Sondershausen ergiebt sich aus der nachstehend im Auszug mitgetheilten Privatkorrespondenz v. Holleufers mit Manteuffel:

5. Jan. 1852. „Heute Morgen hat endlich der Minister Chop seine Entlassung erhalten. Eine Sitzung des Landtags reichte hin, um ihn vollständig zu vernichten. Wer seine Stelle einnehmen wird, ist noch nicht bekannt. Allein schon die Entlassung dieses jämmerlichen Märzministers (Graf Alvensleben behauptet, derselbe hätte den marasmus juvenilis) wird Dich interessiren."

24. Jan. 1852. „Sondershausen ist ein nicht erst seit 1848, sondern seit dem Regierungsantritt des jetzigen Fürsten revolutionirtes Land. Du erinnerst Dich vielleicht, daß 1835 der hochselige Fürst auf Andringen des Pöbels der Regierung entsagte; nach der Abdikation wurde er nicht bloß als Fürst, sondern auch als Mensch schlecht behandelt.

Der jetzige Fürst hat eine bedauerliche und verhängnißvolle Lust nach unaufhörlichen Veränderungen in den Personen, Sachen und Verhältnissen. Redliche Diener hat er noch nicht länger als zwei Jahr um sich geduldet. Wer nicht mit ihm fortstürmt auf den Wegen der Veränderung, der fällt ebenso wie der, welcher ihm durch seinen moralischen Halt, seinen Verstand oder sein Wissen imponirt.

Diese Veränderungspassion hat sich leider auch auf die Gesetzgebung und die Landeseinrichtungen übertragen, und zwar in dem Maße, daß ohne Uebertreibung kein Mensch im Lande mehr daran glaubt, daß irgend ein Zustand oder ein Gesetz länger als ein paar Jahre dauern könne. Daß dieses Gefühl, um nicht zu sagen Bewußtsein, sich seit 1848 nicht abgeschwächt haben kann, ist klar. Dazu kommt

der verhängnißvolle Einfluß des Märzministers Chop, welcher die Situation drei Jahre lang gründlich für seine persönlichen Zwecke ausgebeutet hat. Er weiß, wie sehr sich der Fürst vor Volksdemonstrationen fürchtet, wie sehr demselben Adressen und Deputationen imponiren. Diese Sachen waren früher ganz organisirt. Als Chop in diesem Frühjahr seine — nicht bewilligte — Entlassung forderte, wurden alle Manöver gemacht, um zu seinen Gunsten eine Pöbeldemonstration zu provoziren; seine Bediensteten und selbst die Gendarmen waren thätig. Dies gelang nicht; nun mußte wenigstens eine Adresse beschafft werden, und diese besorgte der Minister des Innern in eigener Person. Die Bauernadresse kam, und Chop blieb. Als Chop vor einigen Wochen fühlte, daß sein Ende nahe sei, ließ er durch seine Agenten Volksversammlungen abhalten und die Volksvereine wieder aufleben, um Adressen für sich unterschreiben zu lassen. Dies Manöver gelang jedoch nicht. Als er jetzt seine Entlassung forderte, warnte er den Fürsten vor der Emeute, die durch die Bewilligung seines Abschieds hervorgerufen werden würde. Drei Tage vorher hatte er aber das Militär auf 16 Mann per Kompagnie reduzirt. An demselben Abend, wo er seine Entlassung einreichte, wurden Fuß- und reitende Boten ins Land abgefertigt, um rasch die Kunde zu verbreiten und Aufregung zu erzeugen. Noch jetzt geht diese Wühlerei durch das Land, und die Wühler holen sich in Chops Wohnung die Ordres. Erst vorgestern hat der Fürst wieder eine Adresse in Empfang genommen, wo ihm von Bauern vorgeschrieben wird, wen er zu seinem Minister machen solle.

Chops revolutionäre Thätigkeit hat sich aber in fast noch verderblicherer Weise nach anderer Seite hin entwickelt. Je demokratischer ein Schullehrer oder ein Pfarrer war, desto eher erhielt er eine bessere Stelle oder zum mindesten eine Zulage. Mit Ausnahme von ein paar Individuen sind alle Schullehrer verdorben, unter den Pfarrern sind gewiß dreiviertel revolutionär. In gleicher Weise ist bei den Beamten verfahren worden. Die revolutionären Schreier des Jahres 1848 sind sämmtlich angestellt und haben Zulagen über Zulagen erhalten. Die Beamten, welche dies Getreibe verabscheuten, ihren Treuschwur heilig hielten und ihre Pflicht thaten gegenüber der Unzucht der Schreier, wurden zurückgesetzt, ja chikanirt.

Die Gesetzgebung von Dessau, Weimar, Rudolstadt ist nichts gegen die hiesige Gesetzgebung. An allen Ecken guckt der Kommunismus und die Demokratie heraus; dahinter steht dann freilich auch stets der Despotismus der Ministerialwillkür, eingehüllt in das Kleid der Gesetzlichkeit. Zu dem Allen tritt noch die auf das Vollkommenste ausgebildete Intrigue am hiesigen Hofe. Die Anschauung des Fürsten angesichts der jetzigen Lage der Dinge tritt erkennbar zu Tage aus einer Aeußerung die er dieser Tage über mich gethan hat: ich hätte zwar alle Eigenschaften zum Nachfolger Chops, aber ich sei zu reaktionär. Wer weiß, ob er nicht bald Despot aus Neigung wird!

Dieser Lage der Dinge im Lande und am Hofe gegenüber hat nun der Fürst bei Entlassung des Chop erklärt, er werde fürs Erste den Ministerposten nicht wieder besetzen, und hat das zweite Mitglied des bisherigen Ministerii mit dem Vorsitz im Ministerio bis auf Weiteres beauftragt. Also ein Wechsel in der Person aber nicht im System. Und weshalb dies? Hier tritt meine Person in

den Vordergrund. Die Demokratie, die schlechten und anrüchigen Beamten fürchten mich; dem Fürsten bin ich zwar persönlich nicht unangenehm, aber er ist sich bewußt, mir früher Unrecht gethan zu haben! Sogar die Eifersucht spielt eine Rolle: eine hochgestellte Dame an Hofe ist eifersüchtig auf die sehr schöne und liebenswürdige Mutter meines Mündels und fürchtet — ganz mit Ungrund — sie möchte dieselbe, würde ich Minister als Frau Minister begrüßen müssen. Nun ist man sich aber im ganzen Lande und, wie ich glaube, der Fürst selbst, bewußt, daß ich der Einzige im Lande bin, der den Ministerposten jetzt übernehmen könnte. Einen Ausländer will der Fürst nicht nehmen, weil er bereits vier pensionirte Minister hat, und man im Lande sehr aufgebracht ist, daß diese vier Männer unnütz 12 000 Mark verzehren. Die Intrigue hat daher, um mich nicht heranzulassen, dem Fürsten das Mittel des Interimisticums untergeschoben und arbeitet mit allen Kräften, daß ich nicht an das Ziel komme; man duldet nicht einmal, daß der Fürst mich spricht, weil man recht wohl weiß, daß eine Unterredung alle Machinationen vereiteln würde. Alle möglichen Schlechtigkeiten dichtet man mir beim Fürsten an.

Ich selbst stehe diesem ganzen Getriebe gegenüber durchaus indifferent da, weil es nicht im Entferntesten mein Wunsch ist, im hiesigen Lande wieder eine Thätigkeit zu bekommen. Ohne die entfernteste Unterstützung seitens des Hofes und des Beamtenthums habe ich Chop gestürzt und den konservativen Sinn im Lande wieder zur Geltung gebracht. Dies genügt mir. Wie sehr ich mich auch nach einer praktischen Thätigkeit sehne, hier würde ich sie nur annehmen, wenn Pflicht und Ehre es mir geböten. Diese Möglichkeit ist durch die jetzigen Intriguen glücklich in die Ferne geschoben; ich werde nichts thun, um sie wieder näher zu rücken. Es liegt mir dies um so ferner, als jeder Verständige im Lande mit mir die Ueberzeugung theilt, daß der nächste Minister, ist er ein energischer Mann, binnen zwei Jahren wieder der Intrigue am Hofe fallen wird.

Das Interimisticum hinsichts des Ministeriums ist deshalb höchst bedauernswerth, weil der Landtag, welcher jetzt versammelt ist, und dessen Mitglied ich bin, sehr glücklich zusammengesetzt ist und schon jetzt eine feste konservative Majorität hat. Hätten wir einen definitiven, konservativ gesinnten Minister, so wäre mit diesem Landtage sehr viel zu machen. Eine Einwirkung von außen würde den Entschluß des Fürsten zur Wiederbesetzung des Ministerpostens beschleunigen."

26. Jan. 1852. „Daß Du Chop auf seine Abschiedselegie nicht geantwortet hast, freut mich sehr, denn dieselbe war nur darauf berechnet, von Dir eine, wenn auch noch so allgemein gehaltene Beileidsantwort zu erhalten, womit Chop dann seine Ostentation getrieben und dem Fürsten zu imponiren gesucht hätte. Denn noch ist es von Chop und seiner Partei nicht aufgegeben denselben wieder ans Ruder zu bringen, und leider ist zur Zeit in Sondershausen Alles möglich."

24. Febr. 1852. „Watzdorf hat unverkennbar einen Stein im Brette beim Prinzen von Preußen, den ich vor meiner Abreise von Berlin zu sprechen das Glück hatte, indessen glaube ich, den hohen Herrn soweit von dessen unklarer und

schwankender Stellung von 1848 bis jetzt überzeugt zu haben, daß höchstderselbe Watzdorfs Rücktritt gewiß nicht hinderlich ist. Als er mich entließ, sagte er mir: ich werde in Weimar in Ihrem Sinne wirken.

Watzdorfs Kokettiren nach links und rechts, wie gerade der Wind geht, kannst Du aus seinem neuen Wahlgesetze sehen. Um den Hof und die am Hofe wieder zur Geltung gekommene Ritterschaft zu beschwichtigen, giebt er den Reichsunmittelbaren und dem großen Grundbesitz 5 Stimmen, den großen Industriellen 4 Stimmen und 22 Abgeordnete läßt er aus den beliebten allgemeinen Wahlen hervorgehen. Windsegler sind meines Erachtens heut zu Tage viel gefährlicher als selbst die Rothen, denn sie lassen die Ueberzeugung, daß die Letzteren uns nur Unglück bringen, im Volke nicht zum Durchbruch kommen. Watzdorf ist aber die großartigste Windfahne, die ich kenne.

Die Hoffnungen, die ich für Sondershausen darauf stützte, daß der Prinz von Preußen den Fürsten in Weimar sprechen würde, haben sich leider nicht verwirklicht, weil der Fürst, zum ersten Male seit einigen zwanzig Jahren, diesmal nicht zur Gratulation nach Weimar gegangen ist.

Ich habe mir neulich erlaubt, mündlich darauf hinzudeuten, wie sehr die österreichische Partei sich um die thüringischen Staaten, diesen bis jetzt noch preußischen, zwischen Sachsen und Hessen eingeschobenen Keil, bemüht. Hierzu bemerke ich: der österreichische Gesandte ist schon wieder in Meiningen gewesen; der Herzog von Gotha hat nach Wien nicht seinen preußischen Adjutanten mitgenommen, sondern hat sich von Sachsen speziell zu dieser Reise einen Adjutanten erbeten: der Herzog ist in Wien mit Auszeichnungen überhäuft. Der König von Sachsen hat kürzlich dem Minister Beust in Altenburg den Albrechts-Orden verliehen, während bisher Sachsen nie Großkreuze an die Minister der herzoglichen Häuser verlieh. Ich weiß nicht, ob ich falsch sehe; allein, so lange Thüringen zu Preußen hält, können Sachsen und Hessen nichts gegen den Zollverein unternehmen, haben sie Thüringen gewonnen, dann ist der ehemalige Mitteldeutsche Handelsverein mit Sachsen wieder herzustellen, und die Schwerkraft fällt ganz auf österreichische Seite! Die österreichischen Gesandten treiben sich gewiß nicht umsonst fortwährend an den kleinen Höfen herum.

In Sondershausen geht es in dem unseligen Zwitterzustand fort. Das interimistische Ministerium, in welchem noch zwei Demokraten sitzen, horcht nach dem Winde, der aus dem Landtage kommt, und der Landtag hat sich mit Hand und Fuß zu wehren, daß die Verhältnisse ihn nicht wider seinen Willen zum Konvent machen.

Die Umgebungen des Fürsten lassen es nicht zu, daß er Jemand spricht, der ihn über die wahre Sachlage aufklären könnte. Kommt nicht Unterstützung von außen, so sehe ich hier kein Ende."

Die Stellung, die Manteuffel in unserer Periode den am Bundestag verhandelten Fragen gegenüber einnahm, ist aus meinem Werke „Preußen im Bundestag" bekannt.*)

*) Ich verweise auf die Erlasse Manteuffels an Bismarck vom 23. und 27. Dez. 1851 betr. die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen, Bd. I. S. 48 Note 1 und S. 52

2. Innere Politik.

Der Tag, an welchem die Kammern eröffnet wurden, fiel auf den Tag des Begräbnisses des Königs Ernst August von Hannover. Mit Bezug hierauf schrieb der König am 22. Nov. aus Potsdam an Manteuffel:

„Ich habe die Frage über meine Anwesenheit entweder bei der Bestattung meines Onkels »und meiner Tante« von Hannover, oder bei der Landtagseröffnung mit Mühe und Noth und vielem innern Widerspruch lange erwogen und bin endlich zu dem Schluß gekommen,

»nach Hannover zu gehen«.

Ich erfülle dadurch nicht allein ein Herzensbedürfniß, sondern ich finde einen Vorwand, zwischen Ihrer und anderer Staatsminister Ansicht zu entscheiden.

Der Vortheil, der erreicht wird, ist entschieden, denn 1. verlieren die Rechten und Linken und die Keinsvonbeidigen den Vorwand zum Zeitverlust der Adreßdebatte und 2. nöthigen wir die Ueblen, ihre Themata Oppositionis sich selbst zu suchen, und reichen sie ihnen nicht auf dem Credenz-Teller dar! Die Verdachtsuchenden und (in meiner Abwesenheit) -hindernden müssen Sie, theuerster Manteuffel, durch Ihre Eröffnungsrede beschwichtigen. Dieselbe sei freundlich und fest, kein Détail berührend, die Kurzangebundenheit jedoch vermeidend. Ich glaube, daß die Ursache meines Nichterscheinens und zwar mit meinem Bedauern der Abhaltung ausgesprochen werden muß.

Ich gehe, wenn Sie nicht dagegen petizioniren, Dienstag demnach nach Braunschweig zur Nacht; früh am Mittwoch nach Herrenhausen, abends desselben Tages nach Braunschweig zurück und suche zum Mittagbrot wieder in Potsdam am Donnerstag zu sein. Habe ich bis heut Abend keinen Protest von Ihnen, so gehen dann meine Anmeldebriefe die Nacht durch nach Braunschweig und Hannover. (Für den Fall bitt' ich, Nostiz zu avertiren). Vale!

Friedrich Wilhelm.

P. S.: Als Material zu Ihrer Rede erinnere ich daran, daß König Ernst August zu des Höchstseligen Königs Bestattung hierher geeilt ist. Je ne fais donc que lui rendre la pareille."

In der Eröffnungssitzung der beiden vereinigten Kammern am 27. Nov. begann Manteuffel seine Rede,*) wie folgt: „Se. M. der König, unser Allergnädigster

Note 1 — 25. Dez. 1851, betr. die Haltung Oesterreichs und der Majorität der Bundesversammlung, Bd. I, S. 58 Note 1 — 18. Febr. 1852, betr. die Einigung Dänemarks mit dem Herzog von Augustenburg, Bd. I, S. 80 Note 2 — 12. März 1852, betr. die Bildung einer Festungsabtheilung als Nebenbehörde der Militarkommission, Bd. I, S. 87 Note 1 — 4. April 1852, betr. den Beitritt des Bundes zur Londoner Konferenz für die Regelung der Thronfolge in Dänemark und die holsteinische Frage, Bd. I, S. 89 Note 2 — Telegramme vom 30. u. 31. Dez. 1851, 5. Jan. u. 13. Febr. 1852 und Erlaß vom 4. Febr. 1852, betr. die Behandlung der deutschen Flottenangelegenheit, Bd. I, S. 69 Note 1, S. 70 Note 1, S. 74 Note 1, S. 79 Note 1.

*) Sten. Bericht der zweiten Kammer, Bd. I, S. 1.

Herr, sind durch die Erfüllung einer Allerhöchstdemselben so schmerzlichen wie theuren Pflicht verhindert, Sie heute bei dem Beginn Ihrer wichtigen Arbeiten willkommen zu heißen. Wie des dahingeschiedenen Königs von Hannover Majestät zu dem Leichenbegängniß unseres hochseligen Königs Friedrich Wilhelm III. hierher nach Berlin gekommen waren, so haben auch Se. M., unser Allergnädigster Herr, nicht unterlassen wollen, durch Allerhöchstihr persönliches Erscheinen bei dem Begräbnisse eines erlauchten Bundesgenossen und langjährigen Freundes ein öffentliches Zeugniß von der aufrichtigen Verehrung der hohen Tugenden dieses Monarchen und von der Theilnahme zu geben, welche Se. M. dem schmerzlichen Verluste widmen, der in gleichem Maße das hannoversche Königshaus und Land getroffen hat."

Sogleich nach der Eröffnung der Kammern theilte Manteuffel dem König mit, daß wegen der Bestimmung, wonach die Abgeordneten nur in Uniform morgen zur Königlichen Tafel erscheinen sollten, auch bei Wohlgesinnten einige Bestürzung sei, weil manche die Uniform nicht mit zur Stelle haben.

Der König unterstrich das Wort „Wohlgesinnten", setzte an den Rand ein Fragezeichen und schrieb zurück:

„In großer Eil — die Nichtuniformirten mögen morgen, aber nur morgen — im Frack kommen. Die Wiederholung derselben Unschicklichkeit jetzt ins 3. Jahr sieht mir doch, trotz bestem Wollen, nicht als »Wohlgesinnt« aus. Ich gedenke morgen 8 Uhr zur Stadt aufs Schloß zu kommen, kann also bis um 3 Uhr sehen, wer will."

Am Tage ihrer Eröffnung konstituirten sich die Kammern unter ihren Alterspräsidenten und bildeten ihre Abtheilungen; am 29. Nov. wählte die zweite Kammer den Grafen v. Schwerin zum ersten Präsidenten. Darauf schrieb der König am 29. Nov. aus Potsdam an Manteuffel:

„Schwerins Ernennung zum 1. Präsidenten zweiter Kammer ist nichts als ein Zeichen rohester Opposizion gegen mich und mein Gouvernement. Und zwar darum, weil im Winter, bei seiner zweiten Wiedererwählung, die sauberen Patrone recht gut wußten, daß das eine Ohrfeige in das Gesicht des Königs war. — **Sie wußten es!!!** Und jetzt? — Aber das ist eine Ursache mehr, die Versammlung mit sammetnen Handschuhen und pedantischer Verfassungsbeobachtung anzufassen, so lange, bis auch die Blinden sehen und sagen — »Es geht nicht mehr!« — Also sei es!"

Keine andere Frage hat in der beinahe sechs Monate dauernden Kammersession, in deren Verlauf Manteuffel 59mal in der zweiten Kammer und zehnmal in der ersten Kammer das Wort ergriff, dem König und den Ministern so viel Mühe und Sorge bereitet, als die der Errichtung der Preußischen Pairskammer.*)

*) In einem an Manteuffel gerichteten Schreiben vom 3. Jan. 1852 sprach sich der frühere Minister Graf Arnim-Boitzenburg lebhaft gegen die Absicht der Regierung aus, das bisherige Wahlgesetz der ersten Kammer zu prolongiren. Er erblickte in dieser Maßregel, gleichviel ob die Prolongation nur auf einen gewissen Zeitraum oder gar in indefinitum gelten solle, „einen politischen Bankerott".

Am 4. Jan. 1852 überreichte der Minister des Innern v. Westphalen Manteuffel mittelst eigenhändigen Privatschreibens den Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung der Verfassungsparagraphen, betreffend die Bildung der ersten Kammer, und zwar durch Königliche Verordnung.

„Ob die Zahl 30 der Universitäten und Städte beizubehalten oder zu viel sei oder unbestimmt zu lassen, ist fraglich. Daß ich überhaupt gewisse Bestimmungen in den Entwurf aufgenommen habe und nicht Alles ganz allgemein der Königlichen Verordnung überlassen, beruht, nach weiterer Ueberzeugung in der schwierigen Materie, theils in der Erwägung, daß durch die bestimmte Fassung des Art. 65 sub a und b doch ein gewisses Recht schon gegeben oder in Aussicht gestellt ist, — theils in der Rücksicht, daß die Kammern um so eher bereitwillig sein möchten, auf den Vorschlag einzugehen, je mehr einige Grundzüge — sofern sie auch den Intentionen Sr. M. unpräjudizirlich — beibehalten werden."

Im Gegensatz hierzu wünschte der König durchaus die Vollmacht zu erhalten, das Herrenhaus selbst zu formiren, gleichviel ob diese Vollmacht aus den Händen der Rechten oder der Linken kam.*)

Ganz unglücklich über diesen Entschluß des Königs schrieb Gerlach am 15. Jan. aus Charlottenburg an Manteuffel: „Se. M. der König wird Ew. Excellenz sehr gern heut Nachmittag empfangen. Ich habe ein langes Gespräch mit dem Könige über die erste Kammer gehabt. Se. M. waren voller Mißtrauen gegen die »Junkerpartei« und die »rechte Seite«, ganz wie im Jahre 1850. Ich sehe sehr schwarz in diesen Dingen und möchte Ew. Excellenz dringend bitten, recht einig mit Ihren Kollegen Sr. M. gegenüber aufzutreten, auch dabei recht vorsichtig zu sein. Die Bagatelle mit den Gardezulagen hat Stockhausen aus dem Ministerium gebracht, und es ist nicht zu verkennen, daß dasselbe dadurch locker geworden ist. An der jetzigen Formation der ersten Kammer, d. h. an der, wie sie die Verfassung festsetzt, liegt nicht viel. An sich halte ich es für unbedenklich, dem Könige die Formation derselben zu überlassen, aber ein Dekomponiren der Parteien, ein Gehen des Ministeriums mit einem Theile der Linken wäre schon ein großes Uebel, das Durchfallen einer Königlichen Proposition ein größeres, die Auflösung der Kammer in einer Zeit, wo sich die Linke danach sehnt, um mit einem leichten, in den Augen der Freunde ehrenvollen Märtyrerthum gut aus der Fechtschule zu kommen, ein noch größeres; das größte aber der Fall eines Theiles oder des Ganzen des Ministeriums; letzteres der größte Triumph aller Schlechten. Ich möchte noch anheimgeben, den König auf zwei Dinge aufmerksam zu machen: 1. daß er seine Pläne im künftigen Jahre

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 724. Augenscheinlich im Zusammenhang mit der Herrenhausfrage steht ein Schreiben des Ministers v. Westphalen an Manteuffel vom 8. Jan. 1852, mittelst dessen er dem Ministerpräsidenten mittheilt, er habe auf das Handschreiben des Königs, wonach derselbe die Entbindung von seinem Amte nicht genehmigt, demselben gegenüber die Bereitwilligkeit ausgesprochen, das ihm übertragene Amt weiterzuführen „mit der Bitte jedoch, keinem Dritten zu gestatten, sich zwischen Se. Majestät und Ihren Minister mit Rath zu stellen, ohne meine Ansicht und Verantwortung zu hören, bevor Allerhöchstdieselben Entschließungen fassen, auch von mir nicht fordern zu wollen, daß ich mit der Linken gehen soll, indem ich jede Verbindung mit dieser Partei für verderblich halte".

wahrscheinlich leichter als in diesem wird durchsetzen können, d. h. mit der einen ganz zuverlässigen ersten Kammer leichter als mit der jetzigen, wo eine aus drei Fraktionen zusammengesetzte unsichere Majorität Alles ist; 2. daß allenfalls ein Amendement der Verfassung eingebracht werden könnte, wo das Ernennungsrecht des Königs ein illimitirtes ist &c."

Bei einer tags darauf (16. Jan.) erfolgten Unterredung Gerlachs und Manteuffels nahm der Letztere die Sache viel leichter als der Generaladjutant des Königs. Westphalen sei der Einzige, der im Ministerium so dächte wie der König. Da er, Manteuffel, aber auf den Pessimismus spekulire, so mache er sich nicht viel aus einer Auflösung und die dadurch eintretende Verwirrung.*)

Am 19. Jan. schreibt der König:

„Bester Manteuffel. Ich wünsche zu wissen, ob Ihnen der morgende Tag zur Conferenz ganz besonders erwünscht ist oder nicht? Wegen eigener Geschäfte und Spazierdranges, die aber durchaus aufschiebbar sind und **selbstredend** nachstehen, wäre mir ein anderer Tag lieber. Ueberdem hat mich ein Artikel von Tante Voß heut früh frappirt. Es bereitet sich etwas in Dingen der ersten Kammer anscheinend vor, und es ist die Frage, ob man dem Reifen der Sache entgegensieht oder, zuvorkommend, die Iniziative ergreift? Ich neige für Ersteres. Ueberlegen Sie sich das und entscheiden Sie danach für oder gegen die morgende Conferenz. Vale! Friedrich Wilhelm."

Die Nachricht in der „Vossischen Zeitung", worauf der König hier hinwies, betraf den an diesem Tage von dem Abgeordneten Heffter in der ersten Kammer eingebrachten Antrag, die Kammer wolle beschließen: im verfassungsmäßigen Wege die Artikel 107, 62 und 64, 65 der Verfassungsurkunde abzuändern und dahin zu fassen: Die erste Kammer besteht: a) aus den großjährigen Königl. Prinzen b) aus den Häuptern der Hohenzollernschen Fürstenhäuser, c) aus den Häuptern der ehemals unmittelbaren reichsständischen Häuser in Preußen, d) aus den Häuptern derjenigen Familien, welchen das nach der Erstgeburt und Linealfolge zu vererbende Recht auf Sitz und Stimme in der ersten Kammer vom Könige beigelegt wird. In der Verleihungsurkunde werden zugleich die Bedingungen festgesetzt, an welche die Ausübung dieses Rechts geknüpft ist, e) aus solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernennt. Die Zahl der Mitglieder ist nicht beschränkt.**)

Ein weiterer Brief des Königs, d. d. 20. Jan., lautet:

„Theuerster Manteuffel. Ich habe mir Hinkeldey kommen lassen und von ihm gefordert, mit der ihm zu Gebot stehenden Presse jetzt mit Macht vorwärts zu gehen für Wiedergewinnen des geraubten Thronrechtes, »der **alleinigen Anordnung** der ersten Kammer«.

Er versichert mich, gar keinen Einfluß auf die Presse zu haben, und ich könnte meinen Willen nur durch Sie, bester Manteuffel, ausführen. Diese Ohnmacht der

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 725.

**) Drucksachen der ersten Kammer Nr. 66.

Presse gegenüber ist ein großer Fehler Hinkeldeys, der reparirt werden muß. Unterdessen gebe ich Ihnen, theuerster Manteuffel, förmlich auf, »die Presse **sogleich** für das **unveräußerliche Thronrecht auftreten zu lassen**. Der Sinn muß sein, daß dem Könige keine Schranken da gesetzt werden dürfen, wo den Souveränen von England, Griechenland, Spanien und Portugal, jetzt dem Präsidenten der französischen Republik keine entgegenständen. Und daß diese Frage allein eine Frage des echten Preußengefühls, des Patriotismus, der **Geltung** und **Zukunft**, ja der Ehre der preußischen Krone sei. Auf Wiedersehen! Friedrich Wilhelm.

P. S. Appuyiren Sie darauf, daß damit die Ernennung von erblichen und persönlichen Mitgliedern der ersten Kammer gemeint sei, sowohl als die Fragebestimmung der städtischen, gelehrten und landsässigen Corporazionen, die Mitglieder zur ersten Kammer zu ernennen haben."

Am 25. Jan. schrieb der König zwei Briefe an seinen Premierminister. Der erste von 2 Uhr nachmittags lautet:

„Die kurze Sonntagsmuße, theuerster Manteuffel, hat mir die reifliche Ueberlegung unserer kurzen Unterredung über das Auftreten meiner Regierung beim Einbringen des Hessterschen Antrags gestattet, und ich gebe Ihnen hier ihr Resultat. Meine Manier ist die, wenn ein großer Entschluß gefaßt werden soll, denselben nie allein, sondern in unauflöslicher Verbindung mit der ganzen Lage zu betrachten, und ich muß meine Reue erklären, daß ich diesem Grundsatz und dieser Manier nicht ganz treu im letzten Conseil geblieben bin. Ich glaube, die Vehikel des Hessterschen Antrags und seine Folgen wohlüberlegt und am Freitag vor Ihnen und Ihren Collegen auseinandergesetzt zu haben. Es ist mir aber erst jetzt klar geworden, daß ich dessen Zusammenhang mit dem ganzen Schauspiel, welches die Kammern uns bieten, **nicht** erschöpfend überlegt hatte. Welch Schauspiel bieten aber die zwei Kammern jetzt? Ein Ringen, aus **gefährdeten** Zuständen nach rechts oder **links** herauszukommen. Es sind sehr erfreuliche Symptome nicht zu leugnen und um Gotteswillen nicht zu verkennen. Die Besseren bilden sicher im Ganzen eine Majoritaet in den zwei Kammern. Trotz eines gewissen dumpfen Mißtrauens in manchen Schichten der Kammern ist ein muthiges Vorwärtsstreben zu Verbesserungen im Sinne der preußischen Geschichte thatsächlich vor Augen. Es sind in der ersten Kammer vortreffliche Anträge in diesem Sinne gemacht und im Machen begriffen. Der Sinn im Allgemeinen ist ein guter, die Atmosphäre gereinigt, die politischen Umstände mächtig helfend. Auch der Hessterche Antrag gehört in die erwähnten Erscheinungen, und ich vermag denselben von dieser Erscheinung nicht zu trennen. Beim letzten Conseil entging mir noch dieser Zusammenhang. Jetzt nicht mehr. Sie kennen die Grundsätze, die mich bewogen, es damals in Bellevue auszusprechen, welchen großen Werth ich auf die Iniziative von Seiten der Kammern legte. Jetzt, nach Betrachtung des Ganzen der Bewegung, erstarken diese Grundsätze aufs Neue. Aus dem Allen geht mein Schluß hervor: »Warten wir die Entwickelung dieser Erscheinungen, warten wir das Schicksal der verfassungsumbildenden Anträge aus dem Schoße der Kammern ab, ehe denn wir selbst zur Iniziative schreiten.«

Demzufolge thue die Regierung beim Einbringen des Hefſterſchen Antrags nichts als eine kurze Billigung des monarchischen Geistes desſelben.

In dieſem Schluß beſtärkt mich mächtig der Ihnen im letzten Conseil von mir vorgetragene Gedanke über die Um-Redigirung der Verfaſſungsurkunde (welcher Gott in Bälde ein ſeeliges Sterbeſtündlein ohne Auferſtehung verleihe!). Es iſt mir nämlich heut klar geworden, daß das mögliche Durchgehen aller oder mancher der eingebrachten Anträge aus dem Gremio der Kammern die neue Redaczion des Ganzen faſt nothwendig, nicht bloß rechtfertigt, ſondern bedingt. Es wird dann nur eines leiſen Anſtoßes der Regierung bedürfen, um die neue Redaczion zum Beſchluß in ihre Hände zu bringen. Der Vortheil leuchtet ein, vorausgeſetzt die Annahme des größten Theils der erwähnten, bereits eingebrachten und bald einzubringenden Anträge auf Veränderungen in der Verfaſſungsurkunde. Meine Aufgabe iſt jetzt, die Entwickelung und das Schickſal dieſer Anträge inclusive des Heffterſchen, **durch Nichts zu ſtören. Eine Billigung** im rechten Augenblicke derogirt dieſem Prinzipe nicht, und die **erwarte ich,** nicht bloß beim Heffterſchen, ſondern bei allen loyalen Anträgen, die die Gelegenheit dazu bieten werden.

Sollten mich nun auch meine Hoffnungen betrügen, fallen dieſe Anträge vor Majoritäten dieſer oder jener Kammer, ſo iſt für die Regierung wenig verloren, und ſie kann dann noch immer die Initiative ergreifen und, ſollte ſie unglücklich ſein (was ich nicht glaube), dann »nach den Umſtänden verfahren«.

Friedrich Wilhelm."

Der zweite, 1/2 12 Uhr nachts geſchriebene Brief des Königs lautet:

„Nur ein flüchtiges Wort auf Ihre Bedenken, theuerſter Manteuffel, Sie irren ſich ſehr, wenn Sie glauben, ich wolle durch die momentane Passivität der Regierung mir eine erſte Kammer ohne Wahlgremien octroyiren laſſen. Dies nicht zu leiden, ſteht jeden Augenblick in der Regierung Hand. Nur ſcheint mir die Entwickelung der vielen Anträge auf Reform gewiſſer Paragraphen der Urkunde abgewartet werden zu müſſen. Wir ſehen dann heller und mehr und können, wenn der Moment günſtig, die Iniziative ergreifen, ob dann auf dem mich anlächelnden Weg der Redaczion oder auf anderem, wird zu ſeiner Zeit zu überlegen ſein. Soviel für heut. Schlafen Sie recht ſanft! Friedrich Wilhelm."

Dem Wunſche des Königs entſprechend, unterblieb die Einbringung einer bereits vorbereiteten Regierungsvorlage*) in Sachen der erſten Kammer; indeſſen

*) Die Genehmigung zu deren Einbringung in der Kammer hatte der König dem Miniſter Weſtphalen am 25. Jan. 1851 ertheilt. Der Wortlaut dieſer Miniſterialvorlage iſt nicht bekannt geworden. Welches die Intentionen des Königs waren, erhellt aus ſeiner folgenden eigenhändigen, für Manteuffel beſtimmten Aufzeichnung (ohne Datum): „Der Artikel von der erſten Kammer würde lauten: Die erſte Kammer beſteht 1. aus erblichen Mitgliedern, 2. aus ſolchen, die der König auf Lebenszeit wählt, 3. aus Gewählten durch zu bildende Wahlkörper großer Landbeſitzer, 4. aus ſolchen, die von ſelbſtändigen Corporazionen (große Städte, Univerſitäten ꝛc.) gewählt ſind. Friedrich Wilhelm."

zeigte sich bald der von der Majorität des Staatsministeriums mit Ausnahme des Finanzministers besorgte Nachtheil, daß in der Kammer Unsicherheit und Mißtrauen über die ungewisse Haltung der Staatsregierung in dieser Angelegenheit zu Tage trat. Einflußreiche Abgeordnete erklärten, daß sie außer Stande seien, eine Stelle in der zur Berathung des Heffterschen Antrags niedergesetzten Kommission anzunehmen, weil sie einen bestimmten Gang der Staatsregierung vermißten. Bei dieser Sachlage rieth der Minister v. Westphalen dringend, keinen Augenblick mehr mit der Einbringung der von dem König vollzogenen Vorlage in den Kammern zu verlieren, falls nicht der andere Ausweg beliebt würde, durch Einwirkung der Regierung Abgeordnete der Rechten zu veranlassen, von Seiten der Rechten selbst einen dem Regierungsentwurf gleichlautenden Antrag einzubringen.

Einige Tage später (1. Febr.) theilte der Minister Westphalen Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben mit, der Oberpräsident v. Kleist-Retzow, Stahl und Bethmann-Hollweg hätten ihn infolge einer tags vorher bei dem König stattgefundenen Besprechung*) über das Gesetz, betr. die Bildung der ersten Kammer, besucht:

„Ich habe die Herren angenommen und mich darauf beschränkt, ihre Mittheilungen entgegenzunehmen, ohne meinerseits in eine Erörterung noch in irgend eine Erklärung über die An- und Absichten des Ministerii näher einzutreten. Es ergab sich aus den Mittheilungen der drei Herren, daß Se. Majestät zwar sich für den Heffterschen Antrag ausgesprochen, jedoch denselben für unvollständig erklärt habe,**) daß Stahl die Zusicherung von Wahlberechtigungen für wesentlich hält, daß alle, auch Bethmann-Hollweg, der Meinung sind, daß ein ganz kurzer Entwurf, welcher die Bildung der ersten Kammer bloß in das Ermessen Sr. Majestät legt, nicht durchgehen würde; daß der Wunsch wohl allgemein ist, daß die Regierung die Sache wenigstens in der Kommission in die Hand nehmen möge."

Um dieser neuen Lage gerecht zu werden, übersandte Westphalen tags darauf (2. Febr.) dem Minister Manteuffel mit eigenhändigem Privatschreiben, auf Grund einer Rücksprache mit ihm den Entwurf einer veränderten Redaktion des betreffenden Gesetzentwurfs. Letzterer ging von dem Prinzip aus, die Bildung der ersten Kammer in die Hände des Königs zu legen, und fügte nur zur Verständigung eine allgemeine Bezeichnung von Kategorien hinzu, welche dabei gemäß den Allerhöchsten Intentionen Berücksichtigung finden dürften. Er schloß mit einigen nothwendig sich ergebenden Modalitäten anderer Verfassungsartikel, die sich aus dem sich verändernden Charakter der Zusammensetzung ergaben. Es war dieser Entwurf nur eine Vervollständigung des Heffterschen Antrages; aber er entsprach zugleich genauer der Absicht des Königs und enthielt diejenigen Versicherungen, die nöthig waren, um auf die Unterstützung der Majorität der ersten Kammer rechnen zu können.

„Die angestellten Erkundigungen und erhaltenen Aufschlüsse" — so fuhr Westphalen fort — „haben jetzt die Gewißheit ergeben, daß der Hefftersche An-

*) Vgl. darüber Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 731.
**) Die Richtung, nach welcher der König eine Ergänzung wünschte, s. Gerlach a. a. O., S. 730.

trag in der ersten Kammer mit entschiedener Majorität verworfen werden wird. Sie haben ferner ergeben, daß der allgemein gefaßte Entwurf, welchen Se. M. bereits unterm 25. v. Mts. genehmigt hatten,*) ebenfalls keine Aussicht hat, in der ersten Kammer angenommen zu werden, in der zweiten Kammer noch weniger. Es bleibt also nur übrig, einen die Mitte haltenden Vorschlag zu machen, der allen Seiten Rechnung trägt, und das ist der beigefügte, — um die Absicht Sr. M. womöglich noch zu erfüllen.

Anlangend den Weg, die Form, so ist es nach den angestellten Erkundigungen und erhaltenen Aufschlüssen für entschieden zu erachten, daß der Vorschlag, überhaupt jede materiell einige Aussicht darbietende Verbesserung der betreffenden Verfassungsbestimmungen, unvergleichlich viel eher durchzubringen sein wird, wenn eine förmliche Einbringung als Gesetzvorlage seitens der Staatsregierung erfolgt, als wenn das Mittel der Amendements oder der Vorschläge in der Kommission gewählt wird. Es deutet dies allemal auf Unsicherheit, Schwäche ꝛc. der Regierung hin, wogegen das Erstere auf Ueberzeugung, Entschiedenheit, Kraft. Je länger die Regierung zögert, in dieser Sache hervorzutreten, je mehr sie mit den Parteiführern sich bespricht, desto mehr wird das Vertrauen zu ihr, zu ihrem festen Wissen, was sie wolle, dahinschwinden, desto mehr werden die Chancen, die Absicht Sr. M. durchzubringen, verfliegen. Zuletzt wird eben nichts übrig bleiben, als Art. 65 der Verfassungsurkunde; denn einen Staatsstreich**) will man doch nicht. Wäre der erste Entwurf, der unbedingten Uebertragung an die Krone (der vom 25. v. Mts.) sogleich offen eingebracht worden, vielleicht, ja wahrscheinlich hätte er eine Majorität erhalten oder wäre doch mit einigen leichten, zuzugestehenden Amendements durchgegangen. Jetzt ist es damit zu spät. Wird meine anliegende Vorlage jetzt als Gesetzentwurf eingebracht, so geht sie, wie ich glaube, durch; wird sie als Kommissionsamendement vorgeschlagen, gewiß weit schwieriger, wird damit überhaupt gezögert, so wird sie später noch weniger Beifall finden, denn je länger es dauert, desto mehr tauchen von verschiedenen Seiten Vorschläge und Amendements auf, kurz, die Aktien für den Verfassungsparagraphen 65 werden mit jedem Tage steigen.

Ew. Excellenz bitte ich daher, die Entscheidung und womöglich die Genehmigung Sr. M. des Königs, daß nach der Anlage eine Gesetzvorlage eingebracht werden dürfe, befürworten zu wollen; denn meine im Konseil vom 23. geäußerten Besorgnisse gehen mehr und mehr in Erfüllung."

Die nächsten Wochen vergingen unter fortwährenden Verhandlungen***) des Königs mit Manteuffel, Westphalen und hervorragenden Abgeordneten. Positive Vorschläge enthielt ein am 8. Febr. in der ersten Kammer eingebrachter Antrag des Grafen v. Alvensleben, Stahls und des Frhrn. v. Gaffron, der lautete:†)

*) Vgl. oben S. 128.

**) Nur Gerlach imputirte Manteuffel eine solche Absicht. Vgl. a. a. O., Bd. I, S. 730.

***) Ueber die einzelnen Phasen s. Gerlach, a. a. O., S. 731 bis 736.

†) Drucks. Nr. 96.

„Die Kammer wolle beschließen, im verfassungsmäßigen Wege die Verfassung vom 31. Jan. 1850 dahin abzuändern:

1. An die Stelle der Art. 65, 66, 67 und 68 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 tritt die Bildung der ersten Kammer durch Königliche Verordnung.

2. Die erste Kammer soll bestehen: a) aus den großjährigen Prinzen des Königl. Hauses; b) aus den Häuptern der Hohenzollernschen Fürstenhäuser; c) aus den Häuptern der früheren reichsständischen Geschlechter in Preußen; d) aus den Häuptern der Familien, denen das Recht auf Sitz und Stimme in der ersten Kammer in Linealerbfolge verliehen wird; e) aus Abgeordneten solcher korporativen Verbände des alten und des befestigten Grundbesitzes, welchen der König das Recht auf Vertretung in der ersten Kammer außer den mit Virilstimmen Beliehenen beilegt; f) aus Abgeordneten solcher Städte und Universitäten, welchen das Recht auf Vertretung in der ersten Kammer vom Könige verliehen wird; g) aus solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit oder auf die Dauer ihres Amtes ernennt.

3. Die Bildung der ersten Kammer nach § 1 tritt am 7. Aug. 1852 ein. Bis zu diesem Zeitpunkte verbleibt es bei den Wahlgesetzen für die erste Kammer vom 6. Dez. 1848 und 30. April 1851."

Am 20. Febr. schrieb der König an Manteuffel:

„Auf wiederholte Bitte von Zander, Bethmann-Hollweg und Schmückert hab' ich erlaubt, daß diese 3 Personnagen heut Abend ½7 mir aufwarten »in Angelegenheiten de replatrage amical des Risses, welchen Graf Alvenslebens ‚Antrag'*) in Dingen erster Kammer gemacht hatte.« Ich sage Ihnen das für den Fall, daß Sie in diese Quasi Conferenz hinein etwa eine charmante Surprise machen oder sich davon fern zu halten gesonnen wären. Ich lade Sie weder ein, noch mahn' ich Sie ab, bester Manteuffel. Bei den lebenden Bildern sehen wir uns wohl auf jeden Fall. Vale! Friedrich Wilhelm."

Abends 7 Uhr schrieb der König einen zweiten Brief an seinen Premierminister:**)

„Diese Zeilen gelten sowohl Ihnen, theuerster Manteuffel, als in specie Herrn v. Westphalen und dem gesammten Staatsministerio.

Das anliegende Blatt ist — ohne blaue Tinte — das Resultat der Berathungen der 3 Herren (v. Zander, Schmückert und Bethmann-Hollweg) unter sich — mit blauer Tinte aber das Resultat des eben gepflogenen Rathes mit jenen 3.***) Ich für meine Person finde die Bezeichnung der Mitglieder erster Kammer vollkommen genügend und meinen Wünschen entsprechend. Der Sinn des

*) Ueber diese Audienz der drei Kammermitglieder vgl. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 737.

**) Gerlach erwähnt diesen Brief a. a. O., Bd. I, S. 737.

***) Nach Gerlach kam der nunmehr verabredete Antrag darauf hinaus: „der König beruft Personen vom größeren Grundbesitz, von den größeren Städten und von den Universitäten in die erste Kammer."

Wortes: »berufen« ist der, auf den es hier vor Allem ankommt. Nach sehr ausführlicher An- und Ausführung meiner alten und festen Grundsätze und Projecte, haben alle 3, unisono meine Erklärung und Auffassung angenommen und so betrachte ich dieselbe als fest. Die Erklärung ist die: Wie der Britische Souverain 1. jährlich die Lords, 2. oft die ältesten Söhne derselben beruft (calls up to the house of Lords), so muß dieses Berufen auch verstanden werden.

Die Corporazionen von Stadt, Land und Hochschulen, die ich privire, Männer für die erste Kammer zu wählen, wählen sie darum aber nicht in die erste Kammer. Meine Berufung macht sie erst zu Mitgliedern und (nach meinem Sprachgebrauch) gesellt sie erst dem Herrenstande. Daß diese Berufung der Wahl wie der Donner dem Blitz folgt, will ich der »Rechten« assecuriren. Mein Recht, nicht zu berufen, würde ich nur dann in Anspruch nehmen, wenn ähnlich den Wahlen von 49 latente Hochverräther 2c. gewählt werden sollten. Die gewählte, von mir amendirte und von uns 4 soeben beschlossene Form der Fassung giebt der Krone aber die schöne Freiheit, allmählich mit dem Kronrecht in erster Kammer vorzugehen, worauf ich einen besonderen Werth lege und nicht gewillt bin, mich stoßen und treiben zu lassen.

Jetzt gilt's die »Rechte« zu beruhigen und womöglich dem neuen dritten Antrage zu gewinnen. Die billigen Wünsche der »Rechten« werden von mir erfüllt, darauf kann sie Häuser bauen, und zwar so, wie ich es Mitgliedern derselben wiederholt ausgesprochen habe. Jetzt kommt Alles auf das Vertrauen auf mein Wort und auf meine Dankbarkeit an. Möge diese (nicht leichte!) Aufgabe Ihnen, bester Manteuffel, und meinem wackeren Westphalen gelingen.

Der unschätzbare Werth der neuen Fassung ist die hohe Wahrscheinlichkeit ihres Sieges in zweiter Kammer. Das gebe Gott!

Friedrich Wilhelm.

P. S.*) Noch eine Bemerkung. — Der Umstand, daß Herr v. Katte-Roskow einen unerfreulichen Zusatz zum Alvenslebenschen Antrage durchgesetzt hat, giebt dem Minister v. Westphalen die glückliche Gelegenheit, aus jeder Verlegenheit herauszukommen. Er kann jetzt den dritten Antrag unterstützen mit der Bemerkung, daß der Alvenslebensche mit dem Zusatze ihn dazu veranlasse."

Am 21. Febr. schrieb der Prinz von Preußen an Manteuffel:**)

„Der König hat mir Mittheilung von der letzten Fassung eines durch (unleserlich) einzubringenden Amendements in der ersten Kammerfrage gemacht und geäußert, daß das Ministerium erneut auf die Einbringung einer Königlichen Botschaft dringt. Dies halte ich im Sinne jener Fassung für das Allererwünschteste, und habe ich den König in dieser Ansicht bestärkt, und erscheint er nicht mehr so opponirt wie früher gegen dieselbe zu sein; er will Sie und Westphalen nach dem Diner sprechen."

*) Vgl. über das Postskriptum Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 737.

**) Ein Brief des Prinzen von Preußen an Münster, die erste Kammerfrage betr., Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 753.

Die Unterredung fand zu dieser Zeit statt, und es gelang den beiden Ministern, bei dem König das Einbringen eines ministeriellen Antrags durchzusetzen, wenn die Kammer darauf antrüge.*)

Am 22. Febr. schrieb der König an Manteuffel:

„Viel Dank für den Telegraphen mit Russel und Derby.
Könnte morgen wohl das Ministerium sich um 10 bei mir versammeln?
Ich möchte Verhaltungs-Regeln berathen über die Dinge erster Kammer und über das Auftreten den Denzinschen ꝛc. Proposizionen gegenüber wegen Kreis- ꝛc. Ständen. Vale! Friedrich Wilhelm."

Inzwischen war zu dem Heffterschen und Alvenslebenschen Antrag noch ein dritter des Abgeordneten Koppe hinzugetreten, welcher lautete:

„Die Kammer wolle beschließen: 1. über den Antrag des Abgeordneten Dr. Heffter und Genossen nicht zur Tagesordnung überzugehen, vielmehr in Berücksichtigung beider Anträge, sowohl des Abgeordneten Dr. Heffter als des Abgeordneten Grafen v. Alvensleben und Genossen, Beschluß zu fassen; 2. zu Nr. 2 Lit. e u. f die von der Kommission in Vorschlag gebrachte folgende Fassung zu substituiren: e) aus Mitgliedern, welche der König aus dem größeren Grundbesitze, aus den größeren Städten und aus den Landesuniversitäten beruft."

Mit Bezug hierauf schrieb der König am 29. Febr. aus Charlottenburg:

„Theuerster Manteuffel. Das Tripottiren in erster Kammer für und wider § 65 (dem ich den Tod geschworen) verwickelt sich, und ich fürchte, mein vortrefflicher, wackrer Westphalen kommt selbst dadurch in arge Verlegenheiten. Die Discussion war auf morgen angesetzt. Wilhelm schrieb mir gestern Abend, sie sei wieder abgesetzt, und der Präsident v. Gerlach sagte mir gestern mit rücksichtsloser aber respectabler Offenheit: seine Freude und seine Absicht sei, lediglich bei § 65 zu verbleiben!!!! Da bedank' ich mich aber vor. Ich will die Sache Ihrer geschickten Leitung anvertrauen, machen Sie, theuerster Manteuffel, daß sie jetzt nicht mehr verschleppt werde und honett durchgeführt werde. Ich lege den allergrößten Werth darauf. Ich habe mich frei und entschieden für Koppes Vorschlag erklärt, und den muß Westphalen energisch unterstützen oder **Sie selbst**, falls es irgend möglich ist, da Westphalen leider in diesem Capitel etwas abgetragen ist. Wir müssen aber **bald** wissen, woran wir mit den Abstimmungen in den **zwei** Kammern sind, damit am Ende die Regierungs-Iniziative — unsere Ultima ratio — nicht physisch unmöglich wird. Also noch einmal: Nehmen Sie die Sache ernst in die Hände und sehen Sie darauf, daß durch so viele divergente Einflüsse hinfort kein Schwanken in meinem Gouvernement zu spüren sei. Vale!
Friedrich Wilhelm."

Manteuffel antwortete darauf,**) die Minister hätten eigentlich sämmtlich ihren Abschied nehmen müssen, weil der König mit ihren Gegnern (Bethmann-

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 737.
**) Gerlach bekam am 1. März diesen Brief des Königs zu lesen, a. a. O., Bd. I, S. 740.

Hollweg und Genossen von der Linken) unterhandle; dieselben hätten diesen Schritt nur deshalb nicht gethan, weil sie noch hofften, die großen Maßregeln durchzuführen.*)

Hierauf schrieb der König am 1. März aus Charlottenburg zurück:

„Noch ein Wort, eh' wir uns sehen, theuerster Manteuffel. Kein Mensch kann Westphalen mehr lieben und ehren als ich. Wenn aber der Weg, den er in Liebe und Treue zu mir zu wandeln hat, durch fatale Umstände anfängt etwas beschwerlicher in parlamentarischer Hinsicht zu werden, und vor Allem, wenn Sie, lieber Manteuffel, das auch glauben sollten, so ist nichts natürlicher, als daß Sie, als das Haupt meiner höchsten Räthe, ihm Ihre mächtige Hülfe beweisen und mir selbst zugleich helfen, indem Sie die Unterstützung des Koppeschen Antrags durch die Krone selbst aussprechen. Unsre Einigkeit muß jetzt frei ans Licht treten. Diejenigen, die an der guten Sache Preußens zu zweifeln vorgeben und das Gegentheil von Einigkeit herbeiführen möchten, müssen éclatant ad absurdum geführt werden. Und ein brillanter Sieg ist gesichert. Jetzt heißt's Vorwärts. Golz und Pourtalès müssen vor der Realität zu Schanden werden.

Die Schlußandeutungen Ihres Briefes nehm' ich als nicht gelesen an, und ich hoffe, daß Sie als mein treuer und bewährter Freund das gern sehen werden. Vale! Friedrich Wilhelm."

Und sodann am folgenden Tage (Charlottenburg 2. März):

„In aller Eil', theuerster Manteuffel, nur ein Wort — aber zur Vermeidung jedes Mißverständnisses.

Nach meiner gestrigen, sehr klaren Erklärung erwarte ich, daß Eins nicht, das Andere aber geschehe. 1. Daß das Staatsministerium Zeit und Mühe der mir angekündigten Arbeit wegen des »vierten Antrags« oder »der Iniziative« spare, da ich dem, von mir selbst herbeigeführten Versöhnungs-Antrag Koppes nicht entgegen sein **darf**, ohne nicht alle Considerazion als Mensch und Fürst zu verlieren. 2. Aber daß nunmehr der § 65 **unfehlbar** gleich nach Abmachen der jetzigen Arbeit erster Kammer **vorgenommen werde!** Das ist mein ernster Wille. Sie allein, mein theuerster Manteuffel, können das durchsetzen, da hinter Westphalen manche Mächte zu spielen scheinen, die anfangen stärker als er zu werden. Ich vertraue diese Sache, die großentheils eine Sache meiner persönl. Considerazion vor dem Publikum ist, Ihren geschickten und treuen Händen an. Ich zähle nur auf Sie. Vale! Friedrich Wilhelm."

Auch der Prinz von Preußen war für die Annahme des Koppeschen Antrages und schrieb am 5. März an den Minister v. Westphalen:

„Morgen**) ist also die wichtige Debatte. Da der König Ihrem, des Staatsministeriums und meinem Wunsch nicht folgte, durch eine Königliche Botschaft

*) Nach Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 740.

**) Der Prinz irrte sich hier in dem Berathungstage; derselbe fiel nicht auf den 6., sondern den 5. März.

die Sache selbst in die Hand zu nehmen, wodurch die Parteien railliirt worden wären, — so bleibt nichts übrig, als daß das Staatsministerium wie ein Mann morgen für den Koppe-Antrag einsteht, als die Willensmeinung des Königs repräsentirend.

Bei voraussichtlich ungünstigem Resultat müßte das Staatsministerium sich mit mehreren Mitgliedern verständigen, daß noch zum rechten Moment während der Diskussion ein Antrag gestellt würde, über die Frage zur Tagesordnung überzugehen und eine Königliche Botschaft zu erbitten.

Ihr Staatsraths-erstes Kammerprojekt finde ich nach weiterer Prüfung durchaus nicht unverträglich mit einer Konstituirung der ersten Kammer, wie sie jetzt vom König und mir gewünscht wird. Ihr Projekt ist nicht sofort ausführbar; gehandelt muß aber werden vor dem 7. August, und somit muß ich als Thronerbe auf Unterstützung der Königlichen Willensmeinung morgen bestehen.

Ihr Prinz von Preußen."

Den Weisungen des Königs entsprechend, vertrat Manteuffel am 5. März in der ersten Kammer mit gewohnter Meisterschaft den Koppeschen Antrag.*)

„Dies hohe Haus" — so bemerkte er — „steht vor der Erörterung einer wichtigen Frage, der einer Umgestaltung derjenigen Verfassungsartikel, welche sich auf die Bildung der ersten Kammer beziehen. Diese Frage ist nicht von der Regierung angeregt, sie konnte daher auch, den weiteren Verlauf der Debatte abwartend, ihre Ansicht noch zurückhalten und später erst den Standpunkt bezeichnen, welchen sie zu dieser Angelegenheit einnimmt. Dennoch bitte ich um die Erlaubniß, schon beim Beginn der Erörterung über diesen Gegenstand einige Worte sagen zu dürfen. Es geschieht in der Erwartung, daß dieselben vielleicht zur Verständigung und Abstumpfung mancher Spitzen beitragen dürften, welche die Ausführung des Baues, der doch nach Aller Absicht zum Besten des Vaterlandes bestimmt sein soll, erschweren und hindern könnten.

Die Verhältnisse, unter denen die Verfassung vom 5. Dez. erlassen wurde, sind bekannt; es galt damals, einen Abschluß unter schwierigen, noch lange nicht entwirrten Verhältnissen herbeizuführen, nicht um dabei stehen zu bleiben, sondern um einen Boden und Organe zu gewinnen, auf und mit denen man weiter bauen könnte.

Daß das Ministerium dies unternahm, daß es im Einklang mit der wieder erwachenden Besinnung des Volkes, bei der demnächst vorgenommenen Revision der Verfassung zu solideren Grundlagen zurückzukehren sich für verpflichtet erachtete, ist ihm vielfach als Inkonsequenz und Unzuverlässigkeit ausgelegt, vielfach zum Vorwurf gemacht worden. — Es hat diese Vorwürfe ertragen, in dem Bewußtsein, für das wahre Wohl des Vaterlandes zu wirken und nicht sich selbst und die Aufrechthaltung einer eisernen Konsequenz als das Ziel seiner Bestrebungen betrachten zu müssen.

Auch die Botschaft vom 7. Jan. findet darin ebenso wohl, wie die daran geknüpften Vorwürfe, ihre Erklärung. Auf Grund dieser Botschaft und der sie modifizirenden Kammerbeschlüsse ist die erste Kammer, wie sie die gegenwärtige Verfassungsurkunde im Artikel 65 hinstellt, festgesetzt worden. Es ist darin, wie mir scheint, ein wesentlicher Fortschritt gegen frühere Bestimmungen zu erkennen, auf deren nähere Entwickelung es hier nicht ankommen kann.

Auf Grund dieser Festsetzungen ist unsere gegenwärtige Verfassung, wie sie von uns beeidigt und mit dem eidlichen Gelöbniß Sr. Majestät des Königs versehen, vorliegt, zu Stande gekommen. Es würde aber eine große Verkennung derjenigen Lebenskraft, die in unserem Staate liegt, enthalten, wollte man um deshalb die Verfassung in allen Theilen für abgeschlossen und vollendet betrachten. Im Gegentheil scheint es mir, je gewissenhafter man das gegebene unzweifelhafte

*) Sten. Bericht, Bd. I, S. 694. An demselben Tage suchte auch der Prinz von Preußen den Minister des Innern, Westphalen, für den Koppeschen Antrag zu gewinnen.

Staatsrecht unseres Landes aufrecht erhalten will, um so mehr muß man es, in den gegebenen Formen, der Veränderung und weiteren Entwickelung für fähig erachten. Die hohe Versammlung, in deren Mitte ich mich befinde, ist, das kann gewiß Niemand verkennen, in einer sehr exzeptionellen Lage. Die erste Kammer in ihrer gegenwärtigen Komposition hat dem Lande — das erkennt Niemand dankbarer an als ich selbst — wesentliche und große Dienste erzeigt. Es würde mir schlecht anstehen, sie Ihnen hier vorzuzählen oder darüber eine Kritik zu üben. Die hohe Versammlung steht indeß, wie Sie einräumen werden, auf einer ziemlich rohen Basis, im Wesentlichen auf dem Census der Zwanzig-Silbergroschen-Monatssteuer. Es ist dies wiederum ein Beweis, wie stark und mächtig in Preußen, auch auf wenig vorbedachten und geeigneten Grundlagen, die Monarchie und das leitende Prinzip unseres Staates zur Geltung kommen. Diese Kammer, der ich wiederholt meine lebhafte Anerkennung zolle, sie steht an der Grenze ihrer Existenz; sie wird nach dem 7. August nicht mehr bestehen. In diesen kritischen Momenten sind nun von verschiedenen Seiten des hohen Hauses Anträge zur Regelung der bevorstehenden Nachfolge, zur Abänderung der verfassungsmäßigen Bestimmungen, aus dem Schoß dieser Kammer selbst hervor gegangen. Diese Anträge haben, einmal wegen der Anerkennung, welche die bisherigen Leistungen der Kammer sich erworben, zweitens aber auch wegen der vollständigen Nichtbetheiligung der darüber beschließenden Versammlung bei dem Erfolge, einen doppelten Werth.

Fasse ich diese Anträge nun in ihrer Gesammtheit zusammen, so erkenne ich darin — wenn ich nicht die Unterschiede, sondern das Zusammenstimmen herauszusuchen mich bemühe — ein leitendes Prinzip; es ist das, daß man der Krone eine erweiterte Befugniß, in Beziehung auf die Bildung der ersten Kammer, einräumen will.

Der Weg, auf welchem dieses Ziel erreicht werden soll, ist ein verschiedener, je nach den verschiedenen politischen Standpunkten; dennoch aber werden Sie mir, meine Herren, gestatten, von jener Uebereinstimmung Akt zu nehmen.

Alle diese verschiedenen Vorschläge haben also das Gemeinsame, daß sie die Rechte der Krone in Bezug auf die Kammerbildung erweitern, von der in der Verfassung enthaltenen Beschränkung befreien wollen. Freilich finden die verschiedenen Vorschläge verschiedene Auffassungen, und wenn man im Allgemeinen sagt, daß die Gedanken frei sind, so kann man hier gewiß hinzufügen, daß auch die Hintergedanken und deren Präsumtionen frei sind. Die Einen meinen, man beabsichtige nur eine des Gewichts entbehrende, von der Krone allzu abhängige erste Kammer zu bilden; Andere glauben, in gewissen Vorschlägen eine Waffe der Reaktion erkennen zu müssen.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, diese verschiedenen Ansichten bis in ihre Spitzen zu verfolgen und in ihrer ganzen Schärfe sich gegenüberzustellen; dies wird, wie ich nicht bezweifle, im Laufe der Debatte genugsam geschehen; ich beschränke mich darauf, **den Standpunkt der Regierung zu bezeichnen.** In deren Interesse liegt es nicht, die Gegensätze auseinander zu treiben, vielmehr wünscht sie dieselben zum gedeihlichen Ergebniß zu vereinigen, nicht, als würde sie damit das Endziel alles Vortrefflichen erreichen, aber sie erachtet es als ihre Pflicht, jeden Fortschritt zum Besseren entgegenzunehmen als Anfang zu noch Besserem. Es scheinen hiernach, wie erwähnt, alle Seiten des hohen Hauses sich dahin zu einigen — und das ist auch die Ansicht der Regierung — daß der Krone Preußens eine Beschränkung nicht zieme, welcher minder mächtige und einer starken Macht der Krone viel minder bedürftige Staaten nicht unterworfen sind. Man wendet aber ein, daß es sich nicht um eine abstrakte Verfassung handle, sondern um eine Verfassung für Preußen; daß die Garantien, welche man durch die erste Kammer erlangen wolle, wenn sie von Gewicht sein sollten, in den Eigenthümlichkeiten des preußischen Staates begründet sein müßten, falls sie überhaupt die hinreichende Gewähr und Kraft haben sollen.

Ich theile diese Ansicht; bezweifeln Sie aber, daß die Regierung, welche das nächste Interesse dabei hat, diese Rücksicht auch zu würdigen wissen werde? glauben Sie nicht, daß das Urtheil der Regierung in dieser Beziehung ein unbefangeneres sein werde als das einer Versammlung (ich sage das, ohne irgend einer Seite des Hauses einen Vorwurf machen zu wollen), welche von mannigfachen Leidenschaften bewegt ist? Das Gouvernement hat das nächste Interesse, in der ersten Kammer eine wirkliche Macht des Landes vertreten zu sehen; die letzten Jahre haben Gelegenheit gegeben, wahrzunehmen, wo diese Macht, auf welche die Regierung sich stutzen kann, liegt; halten Sie die Regierung für verblendet genug, dies zu mißkennen?

Ich weiß nicht, wie Ihr Beschluß ausfallen wird, das aber weiß ich, daß die Regierung bei Prüfung der einzelnen Vorschläge sich zu fragen haben würde, ob dieselben nicht nur scheinbare Erweiterungen ihrer Befugniß enthalten, ob nicht noch eine mit den eigenthümlichen Verhältnissen Preußens unverträgliche Beschränkung darin zu finden ist; oder ob darin wohlgemeinte und unseren besonderen Umständen zusagende Hinweisungen enthalten sind, welchen sie sich gern und bereitwillig fügt. Von diesem Standpunkte aus und in der sicheren Voraussetzung allseitig guter, patriotischer Intentionen weist die Regierung keinen der gemachten Anträge zurück, aber sie kann sich nicht für den Antrag, der den Namen des Abgeordneten Heffter an der Spitze trägt, erklären, weil derselbe, wie bei der Spezialdebatte sich näher ergeben wird, Sr. Majestät dem Könige nicht diejenige Freiheit gewährt, deren er, nach unserer Ansicht, um das Werk gedeihlich auszuführen, bedarf. Diese Freiheit findet die Regierung in dem zu dem Kommissionsberichte gemachten Antrage des Abgeordneten Koppe genügend gewahrt, und sie wird sich diesem daher anschließen.*)

Es hat neulich ein ausgezeichneter Redner dieses hohen Hauses bei einer anderen Gelegenheit von einem Auseinanderzerren des Volkes gesprochen. Es ist dies ein gefährliches Bild. Jeder Organimus setzt verschiedene Theile voraus, und es ist die Möglichkeit gegeben, diese Theile sich im Zwiespalt zu denken; aber ohne Organismus giebt es kein Leben, und das gesunde Leben besteht in dem geordneten Zusammenwirken dieser Theile.

Kein Staat weniger als Preußen kann ein inneres Zerwürfniß ertragen. Legen Sie, darum bitte ich, Zeugniß davon ab, daß bei dieser wichtigen, die Gestaltung unserer Verfassungsverhältnisse betreffenden Angelegenheit, nach allem Kampf der Meinungen und Ansichten, durch Einigkeit, Kraft und Anstrengung, im verfassungsmäßigen Wege zu einem Resultat zu gelangen ist, welches einen weiteren Schritt zur segensreichen und kräftigen Entwickelung Preußens bezeichnet."

Kaum hatte nun der Ministerpräsident namens der Regierung sich gegen den Heffterschen Antrag und für das Koppesche Amendement erklärt, so erhob sich Koppe und veränderte sein Amendement dadurch wesentlich, daß er die Berufung der Vertreter des größeren Grundbesitzes, der Städte und der Universitäten auf Lebensdauer vorschlug und sowohl ausdrücklich als durch seine Motivirung erklärte, sich dem Heffterschen Antrage anzuschließen. In dieser Motivirung legte er seinem Amendement hinsichtlich der Berufung aus dem größeren Grundbesitze zur ersten Kammer einen Sinn bei, der mit der Allerhöchsten Intention, so wie Westphalen sie verstanden hatte, nicht übereinzustimmen schien.

Während Westphalen im Zweifel war, ob er und die beiden anderen Minister, die mit ihm Abgeordnete der ersten Kammer waren, für das also veränderte Amendement Koppe noch würden stimmen können, erschien unerwartet der Graf Fürstenberg-Stammheim im Hause und überbrachte im Angesichte der versammelten Kammer dem Ministerpräsidenten ein Handschreiben des Königs,**) in welchem dieser sagte:

„Theuerster Manteuffel — Eben stürzt Graf Fürstenberg in größter Hetz und Angst, um mir zu sagen, daß der Koppesche Antrag fällt, wenn die Be-

*) Vgl. noch Manteuffels Bemerkung, Sten. Bericht, Bd. II, S. 697, daß sich die obige Erklärung nur auf die ursprüngliche Fassung des Koppeschen Antrages beziehe.

**) Das Schreiben erging am 5. März aus dem Königl. Schlosse zu Berlin, wohin sich der König zur Parade der beiden Garde-Regimenter begeben hatte. Gerlach schreibt über den Vorgang in seinen „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 740 ff.: „Auf das Schloß kommt Fürstenberg gelaufen, läßt sich durch den Flügeladjutanten bei Sr. M. einführen, bringt einen Brief an Manteuffel mit heraus. Ich war empört über diese Formlosigkeit."

rufenen »aus dem großen Grundbesitz« nicht als: »auf Lebenslang« bezeichnet werden.

Da sich das Lebenslängliche ihres Berufens ohne Weiteres von selbst versteht, so kann ich nichts dagegen haben. In Eil'. Friedrich Wilhelm."

Ohne daß es möglich gewesen wäre, über das zu beobachtende Verhalten mit dem Staatsministerium in Berathung zu treten, da die Minister der Justiz, der Finanzen, des Handels und des Krieges gerade in der zweiten Kammer beschäftigt waren, und die eintretende Abstimmung keine Berathung mehr gestattete, somit auch außer Stande, dem König noch eine Gegenvorstellung zu machen,*) stimmten die drei Minister für das abgeänderte Koppesche Amendement.

Der Eindruck der Umstände, unter denen die Schlußrede des Ministerpräsidenten**) und die Abstimmung der Minister erfolgten, war von der Art, daß der

*) Ob jene Abänderung des Koppeschen Amendements „auf Lebenszeit" eine weitergehende Beschrankung der Freiheit des Königs in der Bildung der ersten Kammer, als zweckmäßig war, zur Folge haben würde, ob der dem Ausdruck „berufen" von ihm beigelegte Sinn einer bloßen Ernennung ohne irgend eine Wahlberechtigung in der Absicht des Königs lag, konnte wirklich sehr zweifelhaft sein.

**) Nach einer längeren Rede des Dr. Stahl bemerkt Manteuffel kurz vor der Abstimmung (Sten. Bericht, Bd. V. S. 708): „Ich würde dem Redner in vielen seiner Folgerungen beistimmen, wenn ich ihm seine Prämissen zugeben könnte. Er grundet seine Meinung darauf, daß die Grundaristokratie in Preußen mit Annahme des Vorschlages, über den ich heute Morgen gesprochen habe, von der Vertretung in der künftigen ersten Kammer ausgeschlossen sei. Diese Voraussetzung kann ich nur als eine nicht zutreffende bezeichnen. Ich glaube, wenn in der Weise, wie es beabsichtigt wird, die Bildung der ersten Kammer in die Hand der Krone gelegt wird, dann wird sie sich zu fragen haben, welche wirklich vorhandenen Mächte in Preußen sind, und es wird in ihrem Interesse und in dem des Landes liegen, daß sie in richtiger Wahl keine dieser Mächte in der ersten Kammer ohne entsprechende Vertretung lasse. Ich räume vollständig ein, daß auch die Grundaristokratie, von welcher der Abg. Stahl gesprochen hat, ein Recht auf die Vertretung und auf starke Vertretung hat; eben deshalb aber habe ich vollen Grund zu glauben, daß dieses Recht nicht verkümmert werden wird. Aber noch einer andern Bemerkung des Herrn Abgeordneten möchte ich meine abweichende Ansicht gegenüberstellen. Er sagt und schließt sich damit in gewisser Weise an das an, was der Abg. Camphausen angeführt hat, die politischen Extreme seien bei uns gegenwärtig auf die höchste Spitze getrieben, es sei im Lande eine unverkennbare, sehr erhebliche Spannung der Gemüther vorhanden. Es ist nicht zu verwundern, daß, wenn man mehrere Monate lang in einem Saale, wie dieser hier, mit parlamentarischen Kämpfen zu thun hat, diese Vorstellung sich bildet. Ich bezweifle, daß eine solche Stimmung im Lande im großen Ganzen vorhanden ist. Ich glaube auf Grund meiner Wahrnehmungen und Nachrichten, daß im Lande Frieden und Ruhe herrscht, und daß die Mehrzahl damit zufrieden ist, daß Recht und Gerechtigkeit gehandhabt wird. Der Abg. Camphausen sagt, man würde ihn nicht zeihen können, daß er durch ein gefärbtes Glas sähe, wenn er die Rechtszustände des Landes im höchsten Grade gefährdet glaubt. Ich kann das nicht einräumen; so lange wie es Könige von Preußen giebt, wird es auch Recht in Preußen geben. Daß die Auffassungen der Politiker verschieden sind, räume ich ein, namentlich bei den Männern, die sich in dem sogenannten parlamentarischen Leben bewegen, die machen aber nicht das Land. Allerdings hat das Jahr 1848 manche Belehrung gebracht, indessen so schmerzlich Manches daraus zu beklagen ist, so hat es doch auch die Nerven der Regierung gestärkt. Es werden jetzt, so glaube ich gewiß, nicht wieder Fälle vorkommen, wo Deputationen vom Rheine kommen und mit Abfall der Provinz drohen. Sollten Fälle dieser Art aber dennoch wieder eintreten, so werden wir wissen, wie wir derartige Gesandte zu behandeln haben."

innere Widerspruch, in welchem sich besonders der Minister v. Westphalen befand, offen hervortrat.

Am Mittage bei dem Diner im Berliner Schlosse kam die Nachricht, der Koppesche Antrag sei angenommen, mit 82 gegen 56 Stimmen. Nach Tische äußerte Manteuffel sehr unzufrieden: „Alle Gutsbesitzer haben dagegen gestimmt, und der König hat uns durch Fürstenberg noch das Amendement aufgedrungen »auf Lebenszeit«."

Sogleich nach der Kammersitzung*) reichte der Minister v. Westphalen dem Könige sein Entlassungsgesuch ein. Seine Stellung war allerdings besonders schwierig geworden; er hatte dem Alvenslebenschen Vorschlage in der Kommissionssitzung den Vorzug vor dem Heffterschen Antrage gegeben, in dem Glauben, damit der Willensmeinung des Königs zu entsprechen. Erst später überzeugte er sich, hierin geirrt zu haben, und suchte die Berichtigung durch Empfehlung derjenigen nachträglichen Modifikationen, welche der König ihm bezeichnet hatte, herbeizuführen. Nachdem der König befohlen, das Koppesche Amendement zu unterstützen, hatte sich der Minister Abgeordneten der Rechten gegenüber für dasselbe ausgesprochen, und nun mußte er, der höheren Weisung sich fügend, mit demjenigen Theile des Hauses stimmen, der in seiner überwiegenden Mehrheit bisher alle Grundsätze und Maßregeln, die der Minister vertreten, eifrig bekämpft hatte, und entgegenstimmen dem Theile des Hauses, der bisher die Regierung gestützt und gestärkt hatte und in welchem seine politischen Freunde saßen. Die Lage war verworren genug, um bei dem Minister die Ueberzeugung zu erwecken, daß er dem ihm anvertrauten Amte nicht mehr mit dem Ansehen und der festen Zuversicht vorstehen könne, die erforderlich seien, um es zum Nutzen des Königl. Dienstes und des Vaterlandes zu führen.

Am 6. März trat das Staatsministerium zu einer Beschlußfassung zusammen, ohne zu einem Endergebniß zu gelangen;**) der einzige Gewinn war, daß Westphalen auf die Beschwichtigung des Königs hin sein Entlassungsgesuch zurückzog.***) Am gleichen Tage schrieb der Prinz von Preußen an Manteuffel:

„Dem gestrigen Siege fehlt nichts zu seiner Vollständigkeit als das Votum — der Rechten! Ich gratulire zu Ihrer Rede, die vortrefflich war.

---

*) Gerlach schreibt in seinen „Denkwürdigkeiten": „Die Schilderungen aus der Kammer waren traurig; wie Fürstenberg mit weißer Binde und blauem Couvert kommt, Manteuffel den Brief bringt und das von dem Könige eigenhändig korrigirte Koppesche Amendement überall herum reicht. Das wäre also ein Sieg der Linken über die Rechte und über das Ministerium unter Anführung des Königs, und dabei glaubt der König noch viel erlangt und durchgesetzt zu haben, während er bei beiden Parteien Vertrauen verloren hat. Wahrscheinlich werden die großen Maßregeln dieser Sitzung nicht durchgehen. Was ist nun zu thun, um dem Ministerium eine Satisfaktion zu verschaffen, Titel und Orden können zu Nichts helfen."

**) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 743.

***) „Infolge der gestrigen Ministerialberathung" — schrieb Westphalen am 7. März an Manteuffel privatim — „muß ich mir bis auf die Beschlußnahme, welche vorbehalten ist, es versagen, für jetzt meinerseits einen weiteren Entschluß zu fassen. In der Sache selbst aber stellen sich mehr und mehr Bedenken heraus, deren Erledigung durch einen entscheidenden Gesammt-Staatsministerialbeschluß noch zeitig vor der zweiten Abstimmung in der ersten Kammer dringend nothwendig erscheint."

Ueber den Berg sind wir indessen noch nicht. Die 21 Tage bis zur 2. Lesung sind gefährlich wegen des Geschreies der Rechten und des Adels, was vorherzusehen ist. Es ist daher von der höchsten Wichtigkeit, daß das Staatsministerium sich solidarisch verpflichtet, offiziell und privatim die betretene Richtung zu verfolgen, damit nicht die geschlagene Partei durch Zwischenträgereien nach 21 Tagen sich verstärkt durch gouvernementale Unsicherheit.

Nun kann man schon an die Ausführung denken. Ich glaube aber, daß es nicht gut wäre, daß davon irgend etwas bekannt würde, um die 2. Kammer nicht zu indisponiren; dies scheint mir sehr wichtig."

Obwohl die durch die parlamentarische Lage hervorgerufene Ministerkrisis seit der Nichtbewilligung des Westphalenschen Abschiedsgesuchs als beseitigt angesehen werden konnte, wollten doch die Gerüchte über Ministerveränderungen nicht zur Ruhe kommen. Am 11. März stellte Westphalen in später Nachtstunde in einem eigenhändigem Privatschreiben der Erwägung des Ministerpräsidenten anheim, ob nicht durch die Morgenblätter (die „Preuß. Zeitung") ein die Gerüchte über Wechsel des Ministeriums beseitigender Artikel zu veröffentlichen sein dürfte. „Es scheint nämlich, daß die Linke alle möglichen Manöver versucht, um auf die morgen stattfindende wichtige Hauptabstimmung über die Gemeindeordnungsgesetze, insonders über die rheinischen und westphälischen, zu influiren, um womöglich wenigstens einige schwache Mitglieder der Rechten und des Centrums zum Linksabmarsch herüberzuziehen, um dadurch jene verhaßten, reaktionären Gesetze zu Falle zu bringen.*) Leider giebt es auch unter den Beamten einige, die neulich schon wankten und leicht das Hasenpanier ergreifen, wenn man ihnen von einem neuen Ministerio erzählt. Daher möchten einige beruhigende Zeilen in Beziehung auf diese wichtige Abstimmung sehr a tempo sein."

Daß das Gerücht einer Ministerkrisis selbst bis zu den Stufen des Thrones drang, erhellt aus folgendem Handbillet des Königs an den Minister Manteuffel aus Charlottenburg vom 12. März:

„Ich halte heut Parade ab in Berlin und geh' dann aufs Schloß. Sollten Sie, bester Manteuffel, wünschen, mich dort zu sprechen, so geben Sie mir nur Ihre Stunde. Ich kann bis ½3 drinn bleiben. Abends gehen wir vielleicht in die »Danaïden«.

Dies Avertissement gilt Alles nur für den Fall, daß Sie Ihr Amt fortführen, bis Fürst Solms-Lich**) Ihr Präsidium und Graf Robert Golz Ihr

---

*) Am 12. März wurde die Landgemeinde-Ordnung für die Provinz Westfalen in der ersten Kammer mit 83 gegen 47 Stimmen, und die Landgemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz mit 76 gegen 51 Stimmen angenommen.

**) Am 22. März schrieb Niebuhr aus Charlottenburg an Manteuffel: „In der »Köln. Zeitung« Nr. 70 finde ich, daß die »Konstit. Zeitung« vom 18. d. Mts. die Frage stellt: »Wird es etwa auch in Abrede gestellt, daß der Fürst Solms überhaupt telegraphisch hierher berufen wurde, und zwar nach dem betreffenden Beschlusse der ersten Kammer?« Möchte die Sache nicht wichtig genug sein, um zu recherchiren: ob überhaupt eine solche telegraphische Berufung stattgefunden hat, event. von Wem? Es möchte sich dabei herausstellen, daß Graf . . . oder ein ähnliches

Ministerium einnehmen, auch Camphausen, Vincke und Brünneck ꝛc. die anderen Ministerien besetzen.

Sie lassen mich wohl im Schloß die Nachricht finden, ob ich Sie heut Vormittag in Berlin oder Nachmittag hier oder gar nicht erwarten soll. Vale! Friedrich Wilhelm."

Am 22. März 1852 erklärte sich der König in einem an Manteuffel aus Charlottenburg gerichteten Schreiben*) gegen das Vorhaben des Letzteren,**) die Absichten, die der König mit dem Koppeschen Antrag hatte, offen in der zweiten Kammer auszusprechen:

„Theuerster Manteuffel. Ich antworte flüchtig und vorläufig zwar, aber nicht ohne Nachdenken und nicht ohne den Calcul, der hier entscheidend ist, auf die Staatsministerialeingabe, die ich gestern Abend spät erhalten und die auf die Dinge in § 65 Bezug hat. Meiner Berechnung nach ist das Aussprechen unseres Verständnisses über die Folgen, die die Regierung dem Koppeschen Antrage geben muß, ein mathematisch sicheres Mittel, den Antrag der zweiten Kammer fallen zu machen. Dem dürfen wir uns aber ebensowenig aussetzen, als unsere Auslegung auch nur antasten zu lassen. Schon viele Tage vor Empfang besagten Schreibens war meine Absicht, ja mit der Zweck des von mir auf morgen angesetzten Conseils folgender: »Das Staatsministerium aufzufordern, die zweite Lesung des Koppeschen Antrags sowohl als die beiden Verhandlungen über denselben in zweiter Kammer ohne Parteinahme und (wenn ich mich so ausdrücken darf) ganz gelassen geschehen zu lassen. Unsre Rolle erwacht erst im Augenblicke, wo die Beschlüsse beider Kammern uns zur Annahme vorgelegt werden. Dann erklärt die Krone: »sie acceptire dankbar die Abrogazion des § 65 und schlage vor, statt des Herzählens im Koppeschen Antrage eine kurze Phrase zu setzen. Diese kurze Phrase ist die vortreffliche Fassung des Ministers v. Westphalen, die im Februar an den Exigeanten der Rechten erster Kammer scheiterte! Der Moment des Mürbeseins, den ich immer empfohlen habe, um von unsrer Seite die Iniziative zu ergreifen, ist dann gekommen, und ich zweifle nicht am glatten Durchgehen der Westphalenschen Fassung. Zum Todesurtheil des Koppeschen Antrags in zweiter Kammer kann ich mich aber nicht entschließen. Viel halten ohne Versprechen wird uns die Ritterschaft besser und sicherer gewinnen als das Geben von Hoffnungen durch schöne Worte — un »tiens«

Subjekt allerdings den Fürsten Solms hergerufen hat. Wird dies bekannt gemacht, so wird der Charakter der Bestrebungen dieser Menschen in das rechte Licht gestellt, und würden sie wagen zu behaupten, daß sie den Auftrag von Sr. M. dazu erhalten, dann würde auch der König sich überzeugen, daß er den nichtswürdigsten Intriguen wider Willen Hülfe geleistet hat."

Der Minister Manteuffel ging der Notiz in der „Köln. Zeitung" auf die Spur. Die stattgehabte Recherche ergab, daß in der Zeit vom 1. bis 12. März eine telegraphische Depesche an den Fürsten Solms weder auf der Kölner Telegraphenlinie noch auf der von Frankfurt a. M. von Berlin abgeschickt worden war.

*) Auszugsweise ist dieser Brief bereits bei Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 746 veröffentlicht.

**) Vgl. Gerlach, a. a. O., S. 745.

vaut mieux que deux »tu auras.« Das wollen wir praktisch üben. — Den einigen und 50 Herren, welche, mein Königliches Wort in der Hand, auch am 5. d. Mts. (dasselbe für unzureichend erklärend) frech ins Gesicht geschlagen haben, kraft ihres Votums, verspreche und halte ich hinfort **nichts mehr.** Was ich thun werde, wenn ich es kann (d. h. wenn durch unsere Schuld die ganze Sache nicht vor zweiter Kammer fällt) werde ich lediglich darum thun, weil es meiner 20jährigen Ueberzeugung entspricht.

Nach dem offenen Bekenntnisse, das Präsident v. Gerlach gegen mich am 28. v. Mts. mir gemacht, »daß die Rechte nichts wolle und nichts gewollt habe und nichts wollen werde als den ungeänderten § 65 (!!!)«, kann weder über die Absicht des Alvenslebenschen Antrags noch über den jetzt auf und aus der Rechten« stark angeregten Wunsch einer ‚günstigen' Erklärung der Regierung über ihre Ausführung des Koppeschen Antrags«, ein Zweifel mehr bestehen. Jener sollte, dieser soll vor zweiter Kammer fallen und — dann bleibt § 65 in integro. Das ist des Pudels Kern. Vale!

Friedrich Wilhelm." *)

Nachdem der Koppesche Antrag in der ersten Kammer am 27. März auch in der zweiten Lesung mit 83 gegen 51 Stimmen angenommen war, hatte der Gesetzentwurf**) auch noch die zweite Kammer zu passiren. Am 19. April schrieb der Prinz von Preußen aus Coblenz an Manteuffel:

„Mit Bangigkeit sehe ich den Verhandlungen der zweiten Kammer über die Pairie- und Kommunalordnung entgegen. Nach Allem, was ich höre, werden beide so hochwichtige Fragen fallen. In der ersten steht meine Ansicht prinzipienmäßig unerschütterlich fest, und ich werde dem König zum Aeußersten rathen. Die zweite wäre höchst nachtheilig durch einen einjährigen Aufschub, denn ein Aufschub darf es nur sein."

Am 20. April schrieb Manteuffel an Bismarck:***)

*) Am 23. fand ein Ministerkonseil statt, in dem der König sehr ausführlich im Sinne dieses Briefes sprach und die Rathschläge der Minister entgegennahm. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 746.

**) Er lautete nunmehr:

Art. 1. An die Stelle der Art. 65, 66, 67 und 68 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 tritt die Bildung der ersten Kammer durch Anordnung des Königs.

Art. 2. Die erste Kammer soll bestehen: a) aus den großjährigen Prinzen des Königl. Hauses; b) aus den Häuptern der Hohenzollernschen Fürstenhäuser; c) aus den Häuptern der früheren reichsständischen Geschlechter in Preußen; d) aus den Häuptern der Familien, denen das Recht auf Sitz und Stimme in der ersten Kammer in Linealerbfolge verliehen wird; e) aus Mitgliedern, welche der König aus dem größeren Grundbesitze, aus den größeren Städten und aus den Landesuniversitäten auf Lebenszeit beruft; f) aus solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernannt.

Art. 3. Die Wirksamkeit der ersten Kammer (Art. 1, 2) beginnt am 7. Aug. 1852. Bis zu diesem Zeitpunkt verbleibt es bei den Wahlgesetzen für die erste Kammer vom 6. Dez. 1848 und 30. April 1851.

***) Der Brief ist aufgenommen in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", Bd. IX, S. 139.

„Bunsen hetzt den König immer mehr in die Pairie hinein. Er behauptet, die größten Staatsmänner in England glaubten, daß in wenigen Jahren der Kontinent in zwei Theile zerfallen würde: a) protestantische Staaten mit konstitutionellem System, getragen von den Säulen der Pairie, b) katholisch-jesuitisch-demokratisch-absolutistische Staaten. In die letzte Kategorie stellt er Oesterreich, Frankreich und Rußland. Ich halte das für ganz falsch. Solche Kategorien giebt es gar nicht. Jeder Staat hat seinen eigenen Entwickelungsgang. Friedrich Wilhelm I. war weder katholisch noch demokratisch, nur absolut. Aber dergleichen Dinge machen großen Eindruck auf Se. M. Das konstitutionelle System, welches die Majoritätenherrschaft proklamirt, halte ich für nichts weniger als protestantisch."

Am 25. April theilte der Minister des Innern, v. Westphalen, Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben mit, daß nach den Unterredungen, die er tags vorher mit Mitgliedern der zweiten Kammer gehabt, das Ergebniß der Abstimmung über die auf den 26. zur Berathung anstehende Vorlage über die Bildung der ersten Kammer als ganz ungewiß erscheine, indem nicht nur der größte Theil der Rechten, sondern auch ein erheblicher Theil der Linken gegen das Projekt stimmen, bezw. der Abstimmung sich enthalten werde.

„Ich habe wiederholt erklärt, daß es der Wille Sr. M. Regierung sei, daß das Projekt angenommen werden möge, — auch, da ich erfuhr, daß mehrere Mitglieder hierüber sich in völliger Unkenntniß befänden, noch gestern Abend den Präsidenten v. Geyr ersucht, in der Fraktionsversammlung der Rechten dafür zu sorgen, daß es bekannt werde, daß es der Wunsch Sr. M. Regierung sei, daß dem von der ersten Kammer angenommenen Beschlusse auch in der zweiten zugestimmt werden möge, und er hat sich dessen auch durch Mittheilung meiner an ihn gerichteten Zeilen entledigt. Gleichwohl ist die Stimmung überwiegend dagegen geblieben. Ich weiß nicht, wie es gekommen sein mag, daß man noch ungewiß ist, welches die Meinung der Regierung sei, da ich bereits in der Kommission der zweiten Kammer mit Bestimmtheit mich für den Beschluß erklärt und auf die von dem Vorsitzenden an mich gerichtete Frage, ob die Staatsregierung, wenn derselbe in zweiter Kammer angenommen werde, ihre Zustimmung ertheilen würde, entschieden bejahend geantwortet habe, was auch der gedruckte Kommissionsbericht und die Zeitungen schon gebracht haben.

Um so nothwendiger erscheint es, daß morgen das Ministerium vor der Berathung sich bestimmt in demselben Sinne aussprechen und namentlich diejenigen Mitglieder des Ministerii, welche Abgeordnete der zweiten Kammer sind, jedenfalls anwesend sein und bei der Abstimmung bejahend auftreten mögen.

Von Wichtigkeit für das Resultat der Abstimmung würde es nämlich sein, wenn die Staatsregierung sich bestimmt über den Sinn und Zweck des Punktes 2 Lit. e »aus Mitgliedern, welche der König aus dem größeren Grundbesitze, aus den größeren Städten und aus den Landesuniversitäten auf Lebenszeit beruft« ausspräche.

Nach meiner Ansicht ist es recht und zweckmäßig, dies zu thun, indem dadurch späterer Anzweifelung der Interpretation begegnet und ein Theil der Rechten bestimmt werden würde, dem Beschlusse zuzustimmen."

An demselben Tage (25. April) schrieb der König aus Charlottenburg an Manteuffel:

„Ich erfahre, daß die »erste Kammer«-Sache doch schon morgen in zweiter Kammer zur Verhandlung kommt. Der Kommissionsbericht erklärt sich, wenn ich ihn recht verstehe, gegen § 65. Das ist die erste Bedingung zu allem Guten. Die zweite aber die Annahme des ersten Artikels vom Koppeschen Antrag »der König ordnet ꝛc. — Der Rest ist parfaitement indifférent, ja ich gestehe, ist es möglich, daß diese zwei Punkte allein durchgehen, so ist mir's am allerliebsten. Für diese beiden ersten Artikel bitte ich meine Minister um tapfersten Kampf. Ist dann der Sache die von mir gewünschte Wendung zu geben, nämlich: sich mit diesen beiden Artikeln zu begnügen, so legt das einen großen Vortheil in die Hand des Gouvernements. Beide Kammern haben dann die Abrogazion des § 65 ausgesprochen. Nimmt die erste Kammer die beiden Artikel ohne Koppeschen Schwanz etwa nicht an, oder verbietet die Zeit, den Beschluß zweiter Kammer in erster zur Verhandlung zu bringen, so steht dem Gouvernement zweifellos das Recht zu, ein Interimisticum einzusetzen. Das muß, nach meiner Ansicht, aber die Fortdauer des jetzigen Wahlmodus zur ersten Kammer sein, vielleicht mit einigen Verbesserungen. Die nächste Diaet eröffnet dann meine Regierung mit der Iniziative und Westphalens Redaczion. Ueberlegen Sie das, bester Manteuffel, mit Ihren Kollegen. Vale!

Friedrich Wilhelm."

In der Sitzung vom 26. April ergriff Manteuffel mehrmals das Wort,*) zuerst sich gegen v. Vincke wendend:

„Ich hätte kaum geglaubt, daß es nöthig sein würde, in dieser Frage meinerseits das Wort noch zu ergreifen.

Ich habe mich darüber in dem anderen Hause ausgesprochen, und die Ansichten für und wider sind in den Tagen, die der gegenwärtigen Debatte vorangegangen sind, so vielfach ausgetauscht worden, daß es fast überflüssig erscheint, darüber noch zu sprechen.

Die Anführungen, welche ich gehört habe, nöthigen mich indeß, doch noch Einiges zu sagen, was vielleicht geeignet sein möchte, die vorliegende Frage mehr ins Klare zu stellen.

Fürchten Sie nicht, daß ich dem letzten Redner folgen werde auf denjenigen Gang, den er eingeschlagen hat. Ich werde weder von Olmütz noch von Erfurt sprechen, wennschon ich glaube, auch in Olmütz meinem Lande Dienste erzeigt zu haben. Ich werde auch nicht den verschiedenen Zeichnungen des vorhergehenden Redners folgen, die ich von meinem Standpunkte aus als Karrikaturzeichnungen betrachte. Bekanntlich kann man Alles karrikiren; es giebt auch Karrikaturen des Heiligen.

Ich wende mich nun zu den Ansichten, welche gegenwärtig der vorliegenden Proposition entgegengestellt werden. Man sagt, vorzugsweise die gegenwärtig zu Recht bestehende Verfassungsurkunde garantire eine gute, den Thron wahrhaft stützende erste Kammer; man sagt ferner: diese Ansicht stütze sich nicht auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen, man habe die Wählerliste

*) Sten. Bericht, Bd. III, S. 1162 und 1165. Vgl. S. 166 kurze Berichtigung Manteuffels. Gerlach behauptet in seinen „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 756, die obenstehende Manteuffelsche Rede, welche die ferneren Pläne des Königs durchblicken ließ, habe Viele in die Opposition gebracht: „Manteuffel hat Recht gehabt, aber der König könnte ihm das leicht übel nehmen".

in der Hand, und das seien die Leute, von denen man die erste Kammer gebildet haben wolle; aus dieser Wahl würden Vertreter hervorgehen, wie sie im Interesse des Landes und des Thrones zu wünschen seien. Man nimmt Anstand, diese solchergestalt verfassungsmäßig feststehende Kammer aufzugeben, man will ein Gegengewicht haben gegen etwaige Ueberfluthungen, die aus dem Schoße der zweiten Kammer oder aus dem weiteren Schoße des Volkes hervorgehen können. Man sagt, wie auch der Kommissionsbericht anführt, selbst die englische Pairie beruhe zum Theil auf der Wahl. In sehr vielen Punkten stimme ich diesen Argumentationen bei; ich bitte nur zu bedenken, daß es sich nicht darum handelt, eine möglichst gute Kopie der englischen Einrichtung zu reproduziren, sondern darum, für Preußen eine dem Sachverhältniß entsprechende erste Kammer zu schaffen. Ich muß es nun als ein Vorurtheil betrachten, so oft ich es auch schon hier habe vortragen hören, wenn man der Meinung ist, es sei die Bestimmung der ersten Kammer, nur als der Hemmschuh der zweiten Kammer, welche die eigentlichen Elemente der Bewegung repräsentirt, angesehen werden zu müssen. Ich stimme mit der Ansicht des Abgeordneten für Königsberg, welche er vor Kurzem hier in der Versammlung vorgetragen hat, darin überein, daß der Kern des Bedürfnisses sich darauf zurückführen lasse, daß die Interessen des Landes, namentlich die Gesetzgebung und Besteuerung, unter Mitwirkung des Volkes, d. h. durch die Besten im Volke und durch die, auf welche das öffentliche Vertrauen sich wendet, geregelt werde. Darin weiche ich vielleicht von dem gedachten Herrn Abgeordneten ab, daß er, wie es mir schien, annahm, es sei dieses Bedürfniß erst in den letzten Jahren hervorgetreten. Ich vielmehr nehme es als ein altes Recht der Deutschen Nation in Anspruch, als ein Recht, welches vielleicht im Drange welthistorischer Begebenheiten und des staatlichen Entwickelungsprozesses zurückgedrängt wurde, das aber immer, so lange es deutsche Gesetzgebung giebt, wieder hervortreten wird. Darin aber wird man mir vielleicht nicht widersprechen, wenn ich behaupte, daß die Art, wie dies Recht auszuüben ist, verschieden sein kann und muß, je nach der verschiedenen Gestaltung des staatlichen Lebens. Wir in Preußen haben ein staatliches Leben, und wenn es auch nicht viele Jahrhunderte alt ist, so ist es vielleicht, und dessen getröste ich mich, desto kräftiger und lebensfähiger. Von dem sogenannten Gleichgewicht der Gewalten, von dem Balancirsystem, welches das non plus ultra moderner Staatstheoretiker ist, habe ich nie viel gehalten. Unser Land ist durch seine Herrscher, durch die Einheit ihres Handelns, durch die Kraft ihrer Nation das geworden, was es heute ist, und es wird das nur bleiben und zu weiterem Fortschritt gedeihen, wenn dies nicht verkannt wird.

Aus diesem Gesichtspunkte nun finde ich in dem Vorschlage der Verfassungsänderung einen Fortschritt, eine Besserung im preußischen Sinne insofern, als durch dieselbe die Bildung der ersten Kammer, d. h. die Bildung der legislativen Versammlung, welche der Krone zunächst des Landes Rechte zu wahren hat, nur von der Krone ausgeht. Ich will hier auf die Rücksichten des Anstandes, wenn ich mich so ausdrücken darf, kein Gewicht legen, und es nicht als geschichtswidrig bezeichnen, dem Könige von Preußen ein Recht zu versagen, welches die Könige von Portugal und von Griechenland üben; ich wende mich vielmehr den Einwendungen zu, welche dem sonstigen Inhalte des Beschlusses der ersten Kammer entgegengestellt werden.

Man sagt, eine solchergestalt gebildete erste Kammer würde jedes Gewichtes im Lande entbehren, denn sie würde ja nur aus Ernennung der Krone hervorgehen, etwa mit Ausschluß der Reichsunmittelbaren, welche aus eigener Kraft in die Kammer kommen. Was die Letzteren anbetrifft, so ist es bekanntlich bereits die Verfassung in ihrer jetzigen Fassung, welche dieses Recht anerkennt, und dasselbe ist, so viel ich weiß, von keiner Seite bestritten worden.

Betrachten wir also die Frage, ob die Autorität der Kammer dadurch leide, daß ein Theil ihrer Mitglieder ihren Sitz in derselben Sr. M. dem Könige verdankt. Sollten Sie wirklich annehmen, daß ein Institut, was von der Krone ausschließlich ausgeht, in Preußen um deshalb schwächere Geltung haben sollte? Mir scheint, daß solch eine Annahme der Geschichte unseres Vaterlandes geradezu widerspräche. Oder glauben Sie, daß die Krone in Preußen, so vom Lande getrennt wäre, daß sie dasjenige, was dem Lande wahrhaft gedeihlich wäre, verkümmerte, daß sie die Person nicht mehr zu finden vermöchte, welche im Lande wirklich Geltung habe? Wenn dies der Fall wäre, so wäre es tief zu bedauern. Ich glaube aber keinen Grund zu haben, dieses anzunehmen. Denn selbst, wenn ich in die letzten schweren Jahre zurückblicke,

so finde ich, daß es die Macht und die Kraft der Krone gewesen, welche das Land aus dem tiefen Sturz, in den es durch das Jahr 1848 gerichtet war, wieder emporhob. Es könnte nur noch eingewendet werden, mit der Annahme des vorliegenden Abänderungsvorschlages ist die Krone nicht frei, sie ist gebunden durch die lebenslängliche Ernennung und durch die lebenslängliche Berufung. Ich gebe Ihnen zu, daß hierin ein Bedenken liegt, und daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn der Beschluß des anderen Hauses bei dem ersten Gesetzvorschlag stehen geblieben wäre. Allein ich gebe zu bedenken, daß die Krone wohl im eigenen Interesse dem von ihr aufzuführenden Gebäude diejenige Stärke zu geben im Stande sein wird, deren es bedarf, und daß die verschiedenartigen Worte „Ernennung" und „Berufung" ihr den ganz bestimmten Anhalt geben, und sie Mittel und Wege finden lassen werden, um nach vollständig geregelten Grundsätzen die Berufung auf die besten Kräfte des Landes zu lenken. Die lebenslängliche Berufung kann sehr füglich an Bedingungen geknüpft werden, welche die Befürchtung ausschließen, daß die erste Kammer künftig nur eine Beamtenkammer oder, wie hier gesagt wurde, eine Bedientenstube werden könne. Ich bitte Sie daher, dehnen Sie die zu große, vielleicht wohlgemeinte Aengstlichkeit nicht zu weit aus, vertrauen Sie in diesem Punkt der in dieser Frage ja am höchsten interessirten Krone, deren Interesse von dem des Landes nicht verschieden ist. Lassen Sie uns nicht über einzelne Worte, nicht über einzelne Ausdrücke rechten, fassen Sie den Beschluß der ersten Kammer, wie er vor uns liegt, als Thatsache ins Auge. Als Männer, welche das Beste des Landes wollen, fragen wir nicht wie und woher er entstanden ist, sondern wir fragen, wohin er führen wird. Ich bin überzeugt, daß er zu etwas Besserem führt; deshalb bitte ich Sie, dafür zu stimmen, und deshalb werde auch ich meinerseits dafür stimmen."*)

Bei der namentlichen Abstimmung stimmten 125 Mitglieder mit Ja, 142 mit Nein; der Antrag der ersten Kammer war also von der zweiten Kammer nicht angenommen worden.

Manteuffel und v. Westphalen kamen abends nach Charlottenburg, dies Ergebniß dem König zu melden; beide schlugen vor, eine Botschaft in beide Kammern einzubringen nach Art der früheren: „Die Bildung der ersten Kammer geschieht durch Königliche Verordnung."**)

Am 27. April schrieb der König aus Charlottenburg:

„Alles wohlüberlegt und um jedem Zeitverluste möglichst vorzubeugen, erwarte ich Sie, lieber Manteuffel, und sämmtliche Herren Staatsminister heut Nachmittag in Bellevue. Um 7 Uhr fahre ich nach Potsdam. Ich kann bequem schon ½5 Uhr in Bellevue sein und, würde es gewünscht, auch früher. Lassen Sie mich bald wissen, welche Stunde zwischen ½5 und 6 Uhr Ihnen und den anderen Herren am meisten zusagt und ob etwa eine frühere?

*) Im Laufe der Diskussion bemerkte Manteuffel noch gegenüber dem Abgeordneten Grafen Dyhrn: „Ich glaube an den Genius Preußens, an seine Kraft und Stärke, und ich meine auch, daß es unsere Aufgabe ist, durch unsere Beschlüsse dahin zu wirken, daß diesem Genius Preußens die Wege geebnet werden in friedlicher Entwickelung, damit er nicht andere einzuschlagen hat. In einer solchen Berathung sind wir gegenwärtig begriffen, und ich ersuche Sie, fern von aller Leidenschaft, die vorliegende Frage zu prüfen. Der Herr Redner hat ferner gesagt, man könne die Verfassung nicht ändern, weil der Versuch, die Verfassungsbestimmung auszuführen, noch nicht gemacht sei. Es wäre leichter, den Versuch zu machen und hinterdrein Schäden aufzuzählen; es fragt sich nur, ob sie dann so leicht zu heilen sein würden. Es giebt ein medizinisches Sprüchwort: fiat experimentum in anima vili. Für anima vilis halte ich den Preußischen Staat nicht."

**) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 756.

Die neue Botschaft*) muß morgen, 28. April, unfehlbar in beiden Kammern angebracht sein, damit wir in drei Wochen den Landtag schließen können. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Nachdem in dem Ministerkonseil vom 27. April der Vorschlag, betr. die Einbringung einer Botschaft über die Bildung der ersten Kammer, durch Königliche Verordnung Beifall gefunden hatte,**) schrieb der König am folgenden Tage aus Charlottenburg an Manteuffel:

„Ich danke für die Nachrichten aus München. Sie sind recht traurig über meinen armen Vetter Eduard.

Ihren Zusatzvorschlag finde ich sehr gut und ganz unbedenklich. Daß man aber einen solchen himmelklaren Unsinn als Vorwand zu einer Frage braucht, bestätigt mir meine Furcht, daß ungemein böser Wille vorhanden. Anliegender Brief Bodelschwinghs sen.***) wird Ihnen zeigen, warum ich gestern Abend meine Bedenken von gestern früh nicht aufgeben konnte. Leider habe ich die traurigsten Nachrichten von dem verstärkten Mißtrauen gegen mein Kabinett seitdem bekommen.

*) Der König verstand darunter den am 28. April eingebrachten Regierungsentwurf, betr. die erste Kammer.

**) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 757.

***) Am 27. April richtete der frühere (1848) Minister des Innern v. Bodelschwingh die nachstehende Eingabe an den König, worin er erklärte, er habe der in dem gnädigsten Handschreiben vom 22. d. Mts. an ihn gestellten Forderung, für die Vorschläge der ersten Kammer bezüglich ihrer künftigen Bildung zu stimmen und seine Freunde zu gleichem Voto zu bewegen, Folge geleistet, weil er es mit seinem Gewissen für vereinbar hielte, und es stets als seine Pflicht erkennen würde, in entscheidenden Fragen soweit mit seinem Könige und Seiner Regierung zu gehen, als nicht das Gewissen solches verbiete. „Der Erfolg schien vorzugsweise durch diejenige Partei, auf welche ich einigen Einfluß übe, gesichert; er ist gescheitert, weil derjenige Theil der linken Seite des Hauses, welcher aus Abneigung gegen die Grundaristokratie für den Vorschlag der ersten Kammer stimmen wollte, im letzten Augenblick den Verdacht schöpfte, es werde dieselbe auch auf diesem Wege faktisch eine gewisse Geltung erlangen. Nachdem dies einmal geschehen, bitte Ew. K. M. ich zunächst, die Sache nicht schlimmer anzusehen, als sie wirklich ist, und vor Allem nicht zu vergessen, daß diejenigen Mitglieder der zweiten Kammer, welche Allerhöchstdieselben für Ihre getreusten Diener halten, gegen die Vorlage gestimmt haben, aus einem Irrthum, aber jedenfalls aus einem verzeihlichen, den, wenn ich mich nicht täusche, selbst die Räthe der Krone in ihrer Majorität theilen, und daß eine solche Niederlage, welche die Freunde bereitet, vielfache Vorzüge hat vor einem mit Hülfe der Feinde erfochtenen Siege! — Obgleich das Mischsystem der Verfassung auch nach meiner Ueberzeugung ein fehlerhaftes ist, so wird es doch bei der ersten Anwendung zu einer durch und durch konservativen Kammer führen. Die eine Hälfte der Mitglieder ernennen Ew. K. M.; von der anderen Hälfte werden drei Viertel aus den Höchstbesteuerten, das heißt durch die großen Gutsbesitzer — gewählt, und diese Wahlen werden zuverlässig konservativ ausfallen. Es bleibt dann noch ein Viertel der zweiten Hälfte, also ein Achtel des Ganzen, übrig, welches aus den Gemeinderäthen der großen Städte gewählt werden soll — ein Element, welches zwar wahrscheinlich liberal, zum Theil ultraliberal ausfallen kann, in solcher Gesellschaft aber völlig unschädlich sein muß. Sollte nun bei den bevorstehenden Neuwahlen auch die zweite Kammer, wie zu hoffen, in ihrer Majorität konservativ bleiben, so wird innerhalb der nächsten Legislatur Zeit und Terrain gewonnen werden, die Frage über Bildung der ersten Kammer in einer, Ew. K. M. Wünschen und dem Wohle des

Das unverantwortliche Betragen und „Rathgeben" von Männern wie Klützow, Scheerer, Quehl und Anderen gestaltet sich bei den Leuten als Ministerialdoppelzüngigkeit. Gott leite Alles zum Guten. Fällt meine Botschaft, so wackelt das Ministerium, welches heut schon erschüttert ist!!!! Nur der Sieg kann es wieder befestigen. Dazu gehört aber als erstes Erforderniß, daß dasselbe seinen Beamten gegenüber das Rauhe nach außen kehrt und hinfort deren opposizion und ihr Verlassen der Regierungssache nicht mehr aufnimmt comme si de rien n'étoit. —

Zum Siege gehören Waffen. Geppert muß gewonnen, Arnims Partei gänzlich auseinandergesprengt, mit Jägert vertrauensvoll gesprochen, Alvensleben zu Muth und Energie in meinem Namen aufgefordert, den zwei „rechten Seiten" ein ernstes Wort gesagt und ihr Ehrgefühl angeregt werden und was weiß ich Alles. — Das erwarte ich aber vertrauensvoll von Ihnen, bester Manteuffel, und Ihren Herren Kollegen. Vale! Friedrich Wilhelm."

Der von Manteuffel am 28. April in der zweiten Kammer eingebrachte und demnächst einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesene Gesetzentwurf lautete:

„§ 1. Die Artikel 65, 66, 67 und 68 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 treten mit dem 7. August 1852 außer Wirksamkeit. § 2. Von diesem Zeitpunkt an erfolgt die Bildung der ersten Kammer auf Grund Königlicher Anordnung."

Am 2. Mai machte ein Mitglied der zweiten Kammer, Geppert, Manteuffel Vorschläge zu der in der Kommission dieser Kammer berathenen Vorlage, betr. die Gestaltung der ersten Kammer:

„Wenn wir in die Verfassung hineinsetzen, die Mitglieder der ersten Kammer werden vom Könige ernannt, so sind folgende Formen der Ernennung möglich: 1. mit erblichem Recht, 2. auf Lebenszeit, 3. auf die Dauer eines Amtes, mit welchem etwa nach dem Willen Sr. M. des Königs das Recht auf einen Sitz in der ersten Kammer verbunden wird.

Gegen diese Formen ist natürlich von meinem Standpunkte aus nichts zu erinnern. Es ist aber auch möglich und gewiß bedenklich: »4. daß zur Erreichung eines bestimmten politischen Zweckes eine Anzahl von Mitgliedern auf Zeit er-

Landes entsprechenden Weise zu lösen. An diese Betrachtung knüpfe ich noch zwei Bitten, dahin gehend, daß

1. Ew. K. M. keine anderweitigen Versuche machen wollen, noch eine Aenderung der Verfassung über den fraglichen Punkt herbeizuführen, da sie, theils wegen der vorgerückten Zeit, theils nach der Stimmung der Kammer schwerlich durchgehen und dann nur dazu dienen würden, die Regierung zu kompromittiren. Am wenigsten würde es möglich sein, noch eine Verlängerung des jetzigen Wahlmodus der ersten Kammer durchzusetzen.

2. Allerhöchstdieselben bei der ersten Ernennung der Pairs dahin sehen wollen, daß nur unabhängige, ehrenhafte, patriotische und tüchtige Männer — eher zu scharfe Frage nach ihrer Parteistellung — zu dieser Ehre gelangen. Eine solche Wahl wird Vertrauen zu einer ganz von der Krone zu berufenden Pairskammer erwecken und die Ueberführung in das von Ew. K. M. geforderte System anbahnen. Das Gegentheil könnte diese Ueberleitung auf lange Zeit unmöglich machen."

nannt wird, die nachher wieder aus der Kammer verschwindet.« Gegen diese Eventualität läßt sich erinnern, daß die Krone im eigenen Interesse von einer solchen Maßregel keinen Gebrauch machen wird; sollten aber nicht wirklich Fälle vorkommen, in denen die Erreichung eines großen politischen Zweckes auch durch Aufopferung des Ansehens der ersten Kammer für eine geraume, schwer zu berechnende Zeit nicht zu theuer gekauft erachtet werden möchte? Und ist es wohl zu rechtfertigen, wenn wir eine solche Möglichkeit verfassungsmäßig statuiren? Erheblicher ist jedoch das Bedenken, welches ich gegen die fünfte Form der Ernennung hege, nämlich gegen die »Ernennung auf Zeit«, so auf Legislaturperioden oder sonst auf gewisse Fristen, mit oder ohne wiederkehrenden regelmäßigen Turnus. Ich glaube nicht, daß die Form ad 5 als eine unwahrscheinliche bezeichnet werden wird. Wenn man eine Präsentation und nicht zugleich lebenslängliche Ernennung will, so ist sie meines Erachtens gar nicht zu vermeiden: sie bringt aber das betreffende Mitglied zwischen die beiden Rücksichten, sich so zu verhalten, daß es einerseits die neue Wahl oder richtiger Ernennung von Seiten der Krone nach Ablauf seiner Funktionszeit und gleichzeitig auch die neue Präsentation von Seiten seiner Standesgenossen hoffen darf. Die Unzuträglichkeit einer solchen Institution scheint mir ebenso klar als die Unangemessenheit der Ernennung ohne Präsentation auf gewisse Fristen, die denjenigen, der wieder ernannt zu sein wünscht, offenbar abhängig macht.

Nach allen diesen Erwägungen halte ich es für mich unmöglich, dem Kommissionsvorschlage zuzustimmen, und bin auch überzeugt, daß er die Krone in eine Lage bringt, die keinen nachhaltigen Vortheil, wohl aber Schwierigkeiten herbeiführen wird. Ist ein aus den Ernennungsarten ad 1 bis 3 allein gebildetes System nicht durchzubringen oder stehen ihm Bedenken von erheblichem Gewichte entgegen, so bleibt meines Erachtens nur ein gemischtes System übrig, wie ich es in meinem Vorschlage*) skizzirt habe. Aenderungen im Einzelnen gebe ich gern zu, im Wesentlichen aber glaube ich, daß der Vorschlag das Richtige trifft, daß er zu einer völlig konservativen Kammer führen wird und daß er auch die Macht der Krone der ersten Kammer gegenüber sichert. Endlich halte ich mich auch überzeugt, daß er in der Kammer durchzubringen ist, vorausgesetzt natürlich, daß Se. M. der König ihn für annehmbar erklärt.

Mögen Ew. Excellenz die redliche Absicht nicht verkennen, die Regierung vor einer völligen Niederlage in der Kammer zu bewahren."

*) Der Vorschlag lautete: Der Artikel 65 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 wird aufgehoben. An die Stelle desselben tritt folgende Vorschrift: Die erste Kammer besteht: a) aus den Königl. Prinzen, b) aus den Häuptern der ehemals unmittelbaren reichsständischen Häuser in Preußen und aus den Häuptern derjenigen Familien (rc. wie in der Verfassung), c) aus solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernennt, d) aus den Inhabern derjenigen Aemter, mit denen das Recht auf Sitz und Stimme in der ersten Kammer durch Königl. Verordnung verbunden wird, e) aus 60 Mitgliedern, welche in Wahlbezirken (rc. wie ad d der Verfassung), f) aus 20 nach Maßgabe des Gesetzes von den Gemeinderäthen gewählten Mitgliedern aus den größeren Städten des Landes. Eine Auflösung der ersten Kammer bezieht sich nur auf die aus Wahl hervorgegangenen Mitglieder.

Am 6. Mai legte Manteuffel in der zweiten Kammer bei Berathung des Kommissionsvorschlages den Standpunkt der Regierung in längerer mit Beifall begleiteter Rede dar:*)

„Gestatten Sie mir, daß ich bei dem Beginn der wichtigen Diskussion, in welche wir einzutreten in Begriff stehen, Ihnen meine Auffassung von der dermaligen Sachlage vorführe.

Der Moment rückt heran, wo eine Bestimmung in unserer zu Recht bestehenden Verfassung, welche bisher noch nicht ins Leben getreten war, zur Ausführung zu bringen ist. Es handelt sich um die Bildung eines von den drei Faktoren der Gesetzgebung, um die Bildung der ersten Kammer.

Gegen die Bestimmung der Verfassungsurkunde walten gewichtige Bedenken ob. Sie enthält ein gemischtes System dergestalt, daß die erste Kammer gebildet wird aus Personen, die darin Platz haben, theils aus eigenem Recht, theils kraft Königlicher Ernennung, theils auf Grund von Wahlen.

Der Moment, in dem wir uns gegenwärtig befinden, ist um deshalb als ein kritischer zu bezeichnen, weil wir gegenwärtig zum letzten Mal in der Lage sind, diesen Gegenstand ins Auge zu fassen, ohne daß der Faktor der Gesetzgebung, um dessen Umgestaltung es sich eben handelt, mitzusprechen hätte, ohne daß er in die Lage gebracht wäre, in dem Fall, daß eine Verfassungsänderung beliebt werden sollte, sich selber gewissermaßen das Todesurtheil zu sprechen; eine Sache, die an sich immer Schwierigkeiten hat, die aber, namentlich wenn es sich um gewählte Mitglieder handelt, mit Beziehung auf die Wähler fast zur Unmöglichkeit wird. Hierin dürfte eine dringende Veranlassung liegen, diesen Gegenstand vor dem Inslebentreten der künftigen ersten Kammer noch in Erwägung zu ziehen. Bekanntlich ist ein Vorschlag zur Abänderung der in Rede stehenden Verfassungsbestimmung von Mitgliedern des anderen hohen Hauses ausgegangen, welcher dort die Majorität erlangt hat. Die Regierung hat sich sowohl dort als in diesem hohen Hause für jenen Antrag ausgesprochen, wiewohl sie nicht verkannte, daß in der Fassung Manches zu wünschen übrig blieb. Es ist also konstatirt, daß zwei Faktoren der Gesetzgebung eine Aenderung in dem gegenwärtig verfassungsmäßig bestehenden Zustande wünschen, etwas Anderes dem jetzt Bestehenden vorziehen. In diesem Hause ist eine Majorität für den Aenderungsvorschlag nicht zu erlangen gewesen; wohl aber hat sich eine ansehnliche Minorität dafür ausgesprochen, und es ist sogar zu zwei verschiedenen Malen konstatirt, daß auch hier eine Majorität dafür zu finden gewesen wäre, wenn nicht mehrere Mitglieder aus Gründen, die hier nicht näher zu erörtern sind, abgehalten worden wären, ihrer ursprünglichen Absicht gemäß zu stimmen.

Unter solchen Umständen hat die Regierung sich veranlaßt gesehen, mit einem Vorschlage zur Abänderung der Verfassung hervorzutreten. Man könnte ihr den Vorwurf machen und hat ihr diesen Vorwurf auch gemacht, daß sie es unterlassen habe, früher mit einem solchen Vorschlage vorzutreten. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß es meine Ansicht von Hause aus gewesen ist, die Regierung müsse bei den Verfassungsänderungen die Initiative ergreifen. Ich will Ihnen aber auch eben so offen den Grund sagen, weshalb dies unterblieben ist. Weil rechts und links Verfassungen, und zwar ohne zu große Schwierigkeiten, über Bord geworfen wurden, deshalb, gerade deshalb wollte die Regierung ihrerseits in einem solchen Momente an unserer Verfassung nicht rütteln, denn wir trauen unserem Lande, unserem Staat die Gesundheit und die Kraft zu, dasjenige, was ihm in unserer Verfassung nicht zusagt, im organischen Wege umzugestalten.

Im gegenwärtigen Moment kommt es aber auf diese Erwägungen weniger an. Die Proposition der Regierung liegt thatsächlich vor. Die Regierung glaubte ihre Pflicht zu erfüllen, indem sie unter den angedeuteten Umständen damit nicht zurückhielt. Ich begegne damit zugleich einem Vorwurf, den man ebenfalls der Proposition gemacht hat und den man voraussichtlich im Laufe der Debatte noch machen wird, nämlich den Vorwurf, daß eine Verletzung der der Kammer gebührenden Achtung darin läge, indem man eine Frage, über welche sie vor wenigen Tagen abgestimmt hat, wieder zu ihrer Entscheidung bringt. Indeß die Regierung glaubte den gegen-

*) Sten. Berichte, Bd. III, S. 1271, 1278, 1285.

wärtigen Moment nicht vorübergehen lassen zu dürfen, ohne ihrerseits den Versuch zu machen, in dieser Angelegenheit doch noch eine Entscheidung herbeizuführen. Uebrigens ist der Gegenstand, der gegenwärtig zu ihrer Debatte vorliegt, nicht derselbe, welcher früher vor dem hohen Hause zur Abstimmung gebracht worden ist. Er erscheint jetzt als endgültige Regierungsvorlage, und hierin schon liegt ein wesentlicher Unterschied. Sodann aber weicht das, was jetzt vorgeschlagen wird, in der That wesentlich ab von dem, worüber früher abgestimmt worden ist, und hier komme ich auf einen anderen Vorwurf, der ebenfalls nahe liegt und theilweise schon gemacht worden ist, theilweise noch gemacht werden wird. Man sagt, der Vorschlag ist zu allgemein, es fehle ihm der Inhalt, er giebt der Krone eine zu unbeschränkte Gewalt.

Ich frage aber: Sollte die Regierung und durfte sie dieselben Differenzpunkte vor die hohe Kammer bringen, welche das Resultat der neulichen Abstimmung herbeigeführt haben? Weil die Regierung etwas Mögliches vorschlagen wollte, deshalb befand sie sich in der Nothwendigkeit, eine allgemeine Fassung zu proponiren. Freilich mußte sie sich selbst sagen, daß diese allgemeine Fassung den verschiedensten Angriffen ausgesetzt sein könne, gerade wegen ihrer Allgemeinheit. Denn Jeder kann das dahinter suchen, was er eben fürchtet; ich glaube indessen, es giebt einen Grund, der in dieser Beziehung Beruhigung gewähren kann. Wenn es im Allgemeinen oft und, wie ich glaube, mit Recht hier ausgesprochen worden ist, daß die Interessen der Krone von denen des Landes nicht gesondert seien, so dürfte dies vor Allem hier Platz greifen. Ich meine, es wird von keiner Seite bestritten werden können, daß die Krone dabei interessirt ist, eine starke, kräftige, im Lande wurzelnde erste Kammer zu haben. Eine solche aber wollen auch Sie, meine Herren, das bezweifle ich nicht. Sie können also in diesem Falle wohl der Krone vertrauen, da sie über den Parteien steht und innig mit dem Lande verbunden ist. Ich habe hier einen Punkt berührt, von dem ich weiß, daß er Widerspruch hervorrufen wird und den ich daher auch nicht weiter verfolgen will, da es nicht meine Absicht ist, Leidenschaften anzuregen, sondern zur Versöhnung und Verständigung beizutragen. Man wird mir einwenden, die Krone sei hier gar nicht im Spiele; es handele sich um die jeweilige Regierung; das in Anspruch genommene Vertrauen gewähre man am besten, wenn man seiner Ueberzeugung gemäß stimme; man vernichte sich selbst, wenn man solche unbedingte Vollmacht ertheile. Ein solches Ansinnen sei noch nie gestellt worden, und dergleichen mehr. Nun, wäre es denn das erste Mal, daß in Preußen die Landesfürsten selbständig den richtigen Weg gefunden hätten? Sollte unsere Verfassung dem entgegenstehen? Sollte, selbst wenn es noch nicht dagewesen wäre, es nicht in Preußen möglich sein? Ich antworte, wie gesagt, nicht auf alle diese Fragen; ich glaube, daß die Sache durch die Proposition der Regierung vollständig ins Klare gestellt ist. — Wer sehen will, kann sehen; wer dies nicht will, dem dürften meine Worte nicht die Augen öffnen. Nur das Eine konstatire ich — und darin glaube ich keinen Widerspruch zu finden — nämlich, daß die Krone in jedem Augenblicke in der Lage ist, ihr Ministerium zu ändern, und daß die Tragweite des vorliegenden Gegenstandes weit über die Personen der jetzigen Minister hinausreiche. Sie werden durch Ihr Votum eine für das Land wichtige Frage entscheiden. Ich wünsche und bitte, daß Sie die Regierungsvorlage annehmen. Ich thue dies nicht in meinem Interesse oder im Interesse einer Partei; denn ich fühle mich frei von jedem Privatinteresse und jeder Parteinahme. Ich thue es, weil ich glaube, Sie würden damit unserem theueren Vaterlande einen Dienst erzeigen und Nutzen stiften, sowohl im Inlande als auch im Auslande.

Ueber die verschiedenen Verbesserungsvorschläge mich auszusprechen, verschiebe ich bis dahin, daß sie vollständig motivirt sein werden. Ich bemerke aber im Allgemeinen im voraus, daß nach dem Standpunkte, den die Regierung einnimmt, sie keine Zusätze wünschen kann, und namentlich nicht solche, welche in ihren Meinungsdifferenzen neulich noch Gegenstand der Abstimmung gewesen sind. Was den Vorschlag der Kommission betrifft, so hält die Regierung denselben zwar nicht für eine Verbesserung, sie glaubt aber, daß er ungefähr dasselbe sagt, was der Regierungsvorschlag bestimmt, und deshalb würde ich keinen Anstand nehmen, dafür zu stimmen."

Im Laufe der Sitzung bemerkte Manteuffel noch:

„Der Abgeordnete Dr. Simson hat ein besonderes Gewicht darauf gelegt, daß durch die Annahme der Proposition eine erste Kammer entstehen würde, welche in jedem Augenblick in ihrer

Komposition geändert werden könnte, und er hat daraus deduzirt: eine solchergestalt gebildete erste Kammer würde ein Schattenbild sein und sie würde außerdem noch die zweite Kammer vernichten. Vor Allem glaube ich, daß ein Schattenbild dies nicht vermag; indessen bin ich der Ansicht, daß ein Grund doch gegen diese Annahme sprechen möchte, nämlich der, daß, wie ich bereits angeführt habe, die Krone das stärkste Interesse hat, eine mächtige erste Kammer zu haben. Inzwischen bin ich ermächtigt, schon gegenwärtig aussprechen zu können, daß es nicht Absicht ist, diese Bildung der ersten Kammer als etwas Veränderliches hinzustellen; daß die Krone sich selbst die Regel auflegen wird, sie nicht anders, als auf verfassungsmäßigem Wege zu ändern. Man kann den Gang, den die Regierung in dieser Sache gegangen ist, tadeln; auf diesem Wege war es unmöglich, die Bestimmungen über die Bildung der ersten Kammer als integrirenden Theil in die Verfassung aufnehmen zu lassen; aber es wird möglich sein, daß die Krone sich selbst diese Bedingung auflegt. Der Abgeordnete Simson hat die Kammer ganz besonders gewarnt, auf die Vorlage einzugehen, und ihr vorgehalten, sie würde sich dadurch selber zu Grunde richten. Er hat die lex regia citirt, doch darum handelt es sich hier nicht, sondern, wie wir wissen, handelt es sich ganz bestimmt um die erste Kammer. Er hat gesagt, es würde dann nur noch übrig bleiben, aus Schamgefühl die Verfassung zu beseitigen; ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß der Herr Redner, wenn ich nicht irre, schon zweimal seine Argumente mit dem Grunde unterstützt hat: die Kammer würde, wenn sie das oder jenes annähme, sich selbst zu den Akten schreiben, und, wenn mein Gedächtniß mich nicht trügt, so wurden gerade jene Sätze, gegen welche er sprach, angenommen, und die Kammer hat sich, seines Einwandes ungeachtet, nicht zu den Akten geschrieben, sie besteht heute noch."

Später verwahrte sich **Manteuffel** gegen die Folgerung des Abgeordneten Grafen Arnim, daß Manteuffel für ein Gleichgewicht der Gewalten nach theoretischer Abmessung stimme:

„Ich habe mich zu einer andern Zeit darüber bereits ausgesprochen, es ist das nicht meine Ansicht, ich glaube aber auch, daß, wenn ich von einer starken ersten Kammer gesprochen habe, sie sehr wohl stark sein kann, so wie es in Preußen möglich ist, denn ohne Kraft wird sie dem Lande keinen Dienst leisten."

Dieses Mal fruchteten aber alle Manteuffelschen Ueberredungskünste nichts. Die Vorlage der Regierung, der Antrag der Kommission und die Verbesserungsanträge (Boltz und Quehl, Reck und Reuter) wurden in fünf namentlichen Abstimmungen abgelehnt. Als der **König** dies Resultat vernahm, schrieb derselbe sichtlich erzürnt*) am 6. Mai abends aus Breslau an Manteuffel:

„Aus Ihrem Berichte lese ich nichts heraus als die Nachricht, daß das Vertagungsdekret **nicht erlassen worden** ist.

Ich habe unzählige Mal ausgesprochen: Nach dem Fall **dieser** Proposizion muß das Vertagungsdekret wie der Schlag auf den Schlag folgen; der niederstreckende Streich muß unmittelbar auf die Ohrfeige folgen. —

*) Nach **Gerlach**, a. a. O., S. 757, war Manteuffel wegen der ersten Kammer-Frage bereits am 3. Mai in Ungnade. In dem Umstande, daß kein Nachfolger für ihn da war, lag sein Halt. Vgl. auch S. 759 einen von Manteuffel am 4. Mai Gerlach vorgelegten Operationsplan wegen Bildung einer provisorischen ersten Kammer.

Am 6. Mai 1852 schrieb **Gerlach** aus Charlottenburg eigenhändig an Manteuffel: „Der König befiehlt jedenfalls, daß Ew. Excellenz ihm noch die beiden Blanketts zur Zeichnung auf dem Bahnhofe vorlegen. Der König will zunächst eine Vertagung der Kammern und nur dann, wenn das ganze Staatsministerium darüber einig ist, sie zusammen lassen. P. S. Der König denkt um 10½ von Berlin abzufahren."

Das nenne ich regieren unter solchen Umständen. Da nun der Sache keine Erwähnung geschieht, so muß ich annehmen, daß mein Wille unerfüllt geblieben ist. Von der Schuld der Folgen sage ich mich hier förmlich los. Die volle Discreditirung der Regierung ist, fürchte ich, die nächste, aber nicht die schlimmste.

Da die Hauptsache verloren ist, nämlich der Schlag auf den Schlag — kürzer gesagt: das Apropos — so werde ich selbst jetzt bestimmen, was geschehen soll.

Friedrich Wilhelm."

Am 8. Mai empfing der König indessen Manteuffel ganz freundlich, und es gelang demselben, den König davon zu überzeugen, daß er nichts mit den Kammern anfangen dürfe (der König dachte, wie erwähnt, an einen sofortigen Schluß der Session), sondern sie ruhig müsse ausspielen lassen.*) Gleichwohl war die Situation des Ministeriums eine prekäre, und Manteuffel war noch am 9. Mai entschlossen, den König zu einer bestimmten Erklärung über Sein oder Nichtsein des Ministeriums aufzufordern. Auf die Ankündigung dieses Entschlusses schrieb ihm Gerlach am 10. Mai zurück:

„Se. M. sind bereit, Ew. heut um 6 Uhr zu empfangen. Ich fürchte nichts so, als eine Spannung im Ministerium, die aber leider nach Ihrem Schreiben unvermeidlich zu sein scheint. Ich bitte Ew. dringend, sich die Sache noch einmal gründlich zu überlegen.**) Bedenken Sie, was in die Bresche einrücken kann, es mag so oder so kommen. Ew. schreiben auch von den Ministern: »ich glaube, wir sind einig mit Ausnahme von Bodelschwingh«. Sie sind also auch der übrigen Einigkeit nicht ganz gewiß. Wenn ich einen Rath geben darf, so würde ich, bevor ich zu einem Entschluß käme und bevor ich ein Wort Sr. M. oder Herrn v. Bodelschwingh sagte, zunächst das Ende der Kammern abwarten. Dann wäre es an der Zeit, ein ganz neues Programm aufzustellen und zuerst mit den Ministern und dann mit Sr. M. sich darüber zu einigen. Ich sehe sehr schwarz, und mir kommt es so vor, als wenn sich die Dinge immer mehr verwirrten, nicht wegen der ersten Kammer, die relativ gleichgültig ist, sondern wegen der immer mehr auseinandergehenden Gedanken über Bonapartismus, Konstitutionalismus, Freihandel und in ferner Zukunft über die Stellung der Landeskirche und den Katholizismus &c."

Am 14. Mai finden wir den König nach einem Ministerkonseil mit seinen sämmtlichen Berathern wieder versöhnt;***) es wurde beschlossen, die Frage wegen der ersten Kammer in der nächsten Session einer Lösung entgegenzuführen. —

---

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 760.

**) Gerlach konnte sich nicht entschließen, an Manteuffels Sturz zu arbeiten, „wenn er auch dem König Blößen gegeben hat, aber die guten Eigenschaften sind überwiegend". A. a. O., Bd. I, S. 763.

***) An demselben Tage erklärte Manteuffel in der zweiten Kammer, das Staatsministerium wolle auf die Interpellation von Vincke, betr. die Bildung der ersten Kammer, antworten. Sten. Bericht, Bd. III, S. 1437.

Abgesehen von der Bildung der ersten Kammer, trug sich der König noch mit verschiedenen anderen Verfassungsreform-Plänen, die aber zunächst nicht zur Ausführung gelangten.*) Hierauf bezieht sich das nachstehende, für Manteuffel bestimmte Allerhöchste Handbillet:

„Dringende Verbesserungen der Verfassung
(abgesehen von jeder Revision).

1. Zwei- oder Dreijährigkeit des Parlaments. 2. Aufhebung des Lehrsatzes: die Wissenschaft und ihre Lehrer sind frei. 3. Aufhebung der Volkswahlen in der ersten Kammer. 4. Aenderung der Kammernamen in Erstes und Zweites Haus des Landtages und offizielle Annahme der Bezeichnung Landtag. 5. Streichung des Paragraphen über Lehen und Fideikommiß.**)

Dringend zu erfüllen. Das Gesetz über das höchste Gericht.

Friedrich Wilhelm."

Am 16. Jan. hatte die Linke in der zweiten Kammer bei der Abstimmung über den Sauermarschen Antrag, betr. eine Generalrevision der Verfassung, durch Votirung der einfachen Tagesordnung gesiegt. Manteuffel sprach gegenüber Gerlach sofort von Auflösen — Gerlach setzte hinzu: „Also immer absolutistische Gelüste!"***)

Den Versuch der zweiten Kammer, eine Art Verdikt über das Verhalten eines Ministers gegenüber der Presse zu provoziren, wies Manteuffel durch die Verlesung der nachfolgenden ministeriellen Erklärung†) scharf ab:

„Das Staatsministerium hat die formelle Seite des Antrags der Abgeordneten Claessen und Genossen zum Gegenstand ernstester Erwägung machen zu müssen geglaubt. Indem ich von dem Resultat derselben der hohen Kammer Mittheilung mache, bezeichne ich zugleich die Stellung, welche die Regierung Sr. M. zu allen gleichartigen Anträgen einnehmen wird.

Die Königl. Regierung hält sich nicht für unfehlbar, sie verkennt nicht, daß man z. B. über die gegenwärtig vorliegende Sache verschiedener Ansicht sein kann. Selbst Manche, welche mit der Regierung darüber einverstanden sind, daß der Verwaltung (in gewissen Fällen) das Recht zustehen müsse, den in § 1 des Preßgesetzes vom 12. Mai v. Js. genannten Kategorien von Gewerbetreibenden die Konzession, oder staatsfeindlichen Zeitungen den Debit durch die Postbeamten zu entziehen, möchten vielleicht wünschen, daß dieses Recht und die Fälle seiner Anwendung genauer

*) Manteuffels Pläne Mitte Dez. 1851. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 705, 708. Am 16. Dez. 1851 sagte Manteuffel zu Gerlach, er fände es ganz gut, daß man die Provinzial-Landtage dem Konstitutionalismus entgegengestellt hätte, aber es sei unmöglich, den Preußischen Staat auf Ständische Institute zu gründen, derselbe sei wesentlich ein Beamten- und Militärstaat! „Hinc illae lacrymae!" — bemerkt Gerlach hierzu, a. a. O., Bd. I, S. 707: — „Stände sind Manteuffel ein willkürliches Institut, wie etwa eine Ressource, daher geht ihm der Bonapartismus so leicht ein".

**) Bemerkung Manteuffels in der zweiten Kammer am 24. März bei Berathung der Anträge der Abgeordneten v. Kleist-Tychow, betr. die Abänderung der Art. 40 und 41 der Verfassung (Bestimmungen über Lehen und Fideikommisse). Sten. Bericht, Bd I, S. 953.

***) A. a. O., Bd. I, S. 726. Am 30. Jan. klagte der König gegen Gerlach, daß man allgemein glaube, Manteuffel wolle einen Staatsstreich; er müsse dies auch selbst glauben, da Manteuffel vor dem Prinzen von Preußen und anderen Personen solche Reden geführt, es sei Rino Quehl, der ihn dazu treibe. A. a. O., S. 730.

†) In der Sitzung der zweiten Kammer vom 12. Jan. 1852. Sten. Bericht, Bd. I, S. 83. Weitere Erklärungen Manteuffels zu dieser Frage S. 89 und vom 13. Jan. S. 117, 121.

präzisirt werden mögen, können zugestehen, daß die Fassung des Gesetzes vom 12. Mai v. Js. Zweifeln Raum gebe. Andere können der Meinung sein, daß ein solches Recht der Verwaltung in keinem Falle eingeräumt werden dürfe.

An Veranlassungen zur Geltendmachung dieser verschiedenen Ansichten wird es nicht fehlen, sei es bei der Prüfung von Petitionen oder bei Ergreifung der Initiative zur Vervollständigung der Gesetzgebung.

Die Regierung wird gern bereit sein, bei jeder solchen sich darbietenden Gelegenheit ihr Verfahren, ihre Auffassung, ihre Gründe darzulegen.

Die Antragsteller und nach ihrem Vorgange auch die Kommission haben aber keinen dieser Wege eingeschlagen. Sie fordern von der hohen Kammer, daß sie das Verfahren eines Ministers Sr. M. für ein ungesetzliches erkläre, daß sie über Verwaltungsmaßregeln der Regierung eine Anklage erhebe, die Untersuchung führe und ein Urtheil fälle.

Zu einem solchen Urtheilsspruch räumt kein Paragraph der Verfassung den Kammern ein Recht ein, und die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung legt uns daher die Pflicht auf, von jeder Betheiligung an einer Berathung über die materielle Seite solcher Anträge uns fern zu halten, weil wir in einer solchen Berathung den Versuch erkennen müßten, die verfassungsmäßige Kompetenz der Kammern zu überschreiten.

Die Königliche Regierung vertraut, daß die Mehrheit der hohen Kammer sie in der Zurückweisung solcher Versuche unterstützen und daher im Interesse des Landes wie in ihrem eigenen über den Antrag zur Tagesordnung gehen werde."

Gegen den Vorwurf, die Regierung habe zur Unterdrückung mehrerer kleiner Blätter theils gesetzliche, theils ungesetzliche Mittel angewendet, verwahrte sich Manteuffel*) und begründet das Bedürfniß der Einstellung einer Etatsposition für die Centralstelle für Preßsachen, zu deren Leitung er den Dr. Quehl ausersehen hatte.**)

Im Zusammenhang mit dem Antrag auf Bewilligung der für die höhere Polizei geforderten 80 000 Thaler bestritt Manteuffel den Einwand, die neueren Verwaltungsmaßregeln hätten erst die Demokratie hervorgerufen.

„Das ist unrichtig, denn die Hauptentwickelung der Demokratie, die von den früheren Regierungen unbeachtet blieb, datirt von 1844. Durch die Ruhe auf den Straßen von Berlin darf man sich nicht sorglos machen lassen; es giebt leider noch verlorene Subjekte genug, die das schlimme Gewerbe treiben, auf den Umsturz zu spekuliren, und da muß man immer des Goetheschen Wortes eingedenk sein: »Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte«."***)

Am 15. Febr. wurde im Ministerkonseil über den Ankauf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn durch den Staat berathen. Der König erkannte hierbei das Prinzip an, daß in den Finanzfragen die Stimme des Finanzministers entscheiden

*) Sitzung der zweiten Kammer vom 23. April, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1123.

**) Sitzung der zweiten Kammer vom 7. Febr., Sten. Bericht, Bd. I, S. 353. Eintreten Manteuffels für die Zeitungssteuer in der zweiten Kammer am 22. April, Sten. Bericht, Bd. III, S. 115 und in der ersten Kammer am 15. Mai, Sten. Bericht, Bd. II, S. 1213, 1216, 1218. Erklärung Manteuffels über die Herausgabe der Kammerverhandlungen in der zweiten Kammer am 27. Febr., Sten. Bericht, Bd. II, S. 520, 521, 522.

***) Sitzung der zweiten Kammer vom 7. Febr. 1852, Sten. Bericht, Bd. I, S. 337, vgl. S. 339. Reden Manteuffels in der zweiten Kammer vom 6. Febr. 1852 über die Polizeiverwaltung in Berlin und die Einführung Königl. Polizeiverwaltungen in gewissen Städten, Sten. Bericht, Bd. I, S. 314, 318, desgl. vom 7. Febr., Empfehlung des Postulats für Gendarmerieoffiziere, Sten. Bericht S. 347.

müßte, unterzeichnete aber gleichwohl wegen der großen Majorität im Ministerium (Raumer war allein mit Bodelschwingh) die Vollmacht zur Vorlage eines Gesetzes für Heydt, um die Niederschlesische Eisenbahn zu erwerben. Bodelschwingh war höchst aufgebracht über die Königliche Entscheidung und sprach von Abschiednehmen. Es sei unerhört, 20 Millionen Schulden zu übernehmen, ohne einmal den Finanzminister zu hören, wie er es zu machen gedächte.*)

Nachts 11 Uhr schrieb der König noch an Manteuffel:

„... Auf drei Tage kann es unmöglich ankommen. Bodelschwingh, der einen wichtigen principiellen**) Sieg errungen, muß sich bis Dienstag Abend dadurch beruhigen, daß v. der Heydt morgen seinen Antrag nicht in die Kammer bringt. Mein Befehl, ihn erst Mittwoch einzubringen, schützt v. der H. vor jedem Compromiss. Brauen Sie mir das zurecht und kommen Sie, wenn Sie's für nöthig halten, morgen um 10 Uhr zu mir. Gute Nacht!

Friedrich Wilhelm."

Ein weiteres Handbillet, d. d. 27. Febr., besagt:

„Bester Manteuffel! v. der Heydt ist in großem und gerechtem Bedrängnißgefühl soeben 1/2 11 vorm. bei mir und erklärt, daß morgen der letzte Termin zur Einbringung der bewußten Eisenbahnsache ist, welches übrigens mathematisch als richtig nachzuweisen ist. Ermahnen Sie Bodelschwingh und zwar ausdrücklich in meinem Namen, die Opposizion gegen eine abgemachte Sache doch jetzt und mit um meinetwillen fahren zu lassen! Die Theilnahme, die v. der Heydt dem Finanzminister einräumt, geht sehr weit, nach meinem Gefühle vielleicht zu weit. Da ich eine solche aber befohlen habe, so ist ihre Präzisirung weit besser nach der Vorlage zu machen und kann zehnmal gemacht werden, ehe die Sache durch beide Kammern durch ist. Arrangez moi ça. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Bei Berathung der bewußten Verstaatlichungsvorlage hielt Manteuffel in der zweiten Kammer eine große Programmrede, die wiederum für seinen weiten Blick ein sprechender Beweis ist. Manteuffel zeigte sich hier als der Vorläufer des Bismarck-Maybachschen Verstaatlichungsprinzips. Der Ministerpräsident bemerkte:

„Die Eisenbahnen sind in den letzten Jahrzehnten in dem Staate aufgetreten und haben ein neues Element in denselben gebracht. Als das Gesetz vom Jahre 1838 erschien, war diese Entwickelung erst im Beginn.

Es war unmöglich, im Wege der Gesetzgebung auf dasjenige Rücksicht zu nehmen, was spätere Jahre gebracht haben. Heute beurtheilen wir die Sache aus einem anderen Standpunkte, als es der Gesetzgebung damals möglich war. Es sind nun zwei ziemlich schroff sich entgegenstehende Prinzipien, die in diesen Dingen zur Geltung kommen. Die Einen meinen nämlich, es sei gut, wenn man der Privatindustrie dieses Feld ganz überlasse. Sie weisen auf England hin, der Staat dürfe sich in solche Unternehmungen überhaupt nicht einlassen; es sei besser, wenn hier die Kräfte der Unterthanen, geeinigt vielleicht durch Associationen, eine von der Staatsregierung

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 735.

**) Mit dem Worte „prinzipiell" suchte auch Gerlach Bodelschwingh zu beruhigen. A. a. O., Bd. I, S. 736.

ganz unabhängige Thätigkeit entwickelten. Die Anderen sind der Ansicht, es sei gut und nothwendig, daß der Staat die Eisenbahnen, deren Bau und Verwaltung, für sich in die Hand nehme; dann aber müßte dies nach einem großen allgemeinen Systeme geschehen.

Sie werden um so weniger erwarten, daß ich diese beiden Systeme gegeneinander abwäge, als es jetzt nicht darauf ankommt, sich für das eine oder das andere zu entscheiden, wir vielmehr thatsächlich in einem gemischten Verhältnisse uns schon befinden, und der Beschluß über die Erwerbung einer bestimmten Eisenbahnlinie für Staatsrechnung zu fassen ist. Aber die eine Betrachtung erlaube ich mir bei dieser Gelegenheit doch anzustellen, daß es für die Staatsverwaltung, namentlich für eine solche, wie wir sie in unserem Lande haben, bedenklich ist, wenn sie sich mit ihrer Thätigkeit zu sehr in den Mittelpunkt zurückzieht, so daß die Thätigkeit des Staates in der Peripherie ganz verschwindet. Der Organismus des Preußischen Staates ist immer von der Art gewesen, daß die Regierung in allgemeinen großartigen Unternehmungen mehr oder weniger vorangegangen ist. Ich glaube, daß, wie die Regierung das Postinstitut in die Hand genommen, wie sie die Chausseebauten vorzugsweise gefördert, auch Vieles dafür spricht, daß sie auch von dem inneren großartigen Verkehrsmittel, von den Eisenbahnen, ihre Hand nicht zurückziehe.

Komme ich auf den speziellen Fall, so handelt es sich darum, eine sehr wichtige Eisenbahnstrecke, die, welche die beiden größten Städte der Monarchie verbindet, die Provinz Schlesien mit dem Herzen des Staates in Berührung setzt, zu erwerben. Die Veranlassung dazu ist ein gütliches Abkommen, welches mit der Gesellschaft, welche die Bahn errichtet hat, abgeschlossen werden soll. Die Gesellschaft selbst hat den Wunsch zu erkennen gegeben, sich auf diese Weise zu arrangiren, von einem der Gesellschaft zugefügten Zwange, von einem Abschrecken von ähnlichen Unternehmungen, ist also überall nicht die Rede. Nun ist gegen dieses Arrangement ein Bedenken geltend gemacht, welches ich für außerordentlich wichtig halte; es ist das, welches sich auf die Finanzen und den Kredit des Staates bezieht.*)

In dieser Beziehung erkläre ich ganz offen, daß ich meinerseits diesen finanziellen Bedenken ein ganz besonderes Gewicht beilege. Ich bin der Meinung, daß die Kraft des Preußischen Staates wesentlich in einer geordneten Finanzverwaltung liegt. Ich würde also, wenn ich glaubte, daß diese geordnete Finanzverwaltung durch das, was Ihnen jetzt vorgeschlagen wird, beeinträchtigt würde, unbedingt dagegen stimmen und würde selbst die Vortheile, die sich etwa sonst dabei finden möchten, geringer anschlagen als das Hauptmoment, welches ich anzudeuten mir erlaubt habe. Ich glaube indessen, wenn der Staat ein solches Aktivum erwirbt, wie die Berlin-Breslauer Eisenbahn ist, er sich dadurch nicht in finanzielle Verlegenheit versetzt. Man hat darüber gestritten, ob es sich hier um ein Kaufgeschäft handelt, ob die Kaufsumme inklusive oder exklusive der Prioritätsaktien zu berechnen sei. Ich lasse diese Berechnung und die Charakterisirung des Geschäfts dahingestellt. Thatsache ist, daß diese Eisenbahn eine Lebensader für den Staat ist, daß sie mit großen und wichtigen Staatsinteressen innig verwachsen, daß sie ein gesundes, in fortschreitender Entwickelung begriffenes Glied desselben geworden ist und immer mehr wird, daß das Unternehmen also jede mögliche Sicherheit gewährt.

Finanzielle Nachtheile werden also, nach menschlicher Voraussicht, so lange der Staat selbst nicht verfällt, nicht mit dem Einzelnen verbunden sein. Mir scheint es eine zu weit getriebene Aengstlichkeit zu sein, wenn man annimmt, die Vermögenslage des Staates werde verschlechtert dadurch, daß er einen nicht nur höchst werthvollen und nutzbaren, sondern auch für den Staatsgebrauch außerordentlich wichtigen Gegenstand sich aneignet, weil neben der überwiegenden Wahrscheinlichkeit finanzieller Vortheile doch auch die sehr geringe Gefahr eines Schwankens und Sinkens der Einnahme vorhanden ist.

Man hat gesagt, es handele sich hier um ein Spekulationsgeschäft. Meiner Ansicht nach handelt es sich um das Gegentheil: Es wird diese Eisenbahn vielmehr aus dem Bereiche der Spekulation herausgenommen; sie wird, sobald sie Staatseigenthum ist, nicht mehr Gegenstand der Privatspekulation sein, und ihre Bedeutung ist meiner Ansicht nach von der Art, daß man das im allgemeinen Staatsinteresse wünschen muß.

— —

*) Sten. Bericht über die Sitzung vom 26. März 1852, Bd. II, S. 968 f.

Es ist dagegen angeführt worden, es sei ja im Eisenbahngesetz selbst und auch in dem Privilegium, welches die Berlin—Breslauer Eisenbahn hat, der Fall vorgesehen, daß, wenn die Gesellschaft der Aktionäre einmal zahlungsunfähig würde, dann die Eisenbahn zur Subhastation gestellt werden, und dann der Staat sie für einen weit geringeren Preis würde ankaufen können. Ich glaube, auf solche Eventualität braucht man nicht gefaßt zu sein; wenn man sie aber als wirklich vorhanden betrachtet, dann würde es meiner Ansicht nach wesentlich im Interesse des Staates liegen, es gar nicht dazu kommen zu lassen.

Es ist sodann angeführt worden, es sei die Möglichkeit eines Krieges vorhanden. Ich kann die Möglichkeit eines Krieges zu keiner Zeit in Abrede stellen; ich glaube aber, daß in diesem Augenblicke die Aussichten sehr friedlich sind. Indeß, wenn ein Krieg entstände, dann würde, glaube ich, diese Eisenbahn für den Staat erst recht unentbehrlich sein; dann würden die größten Anforderungen, die der Staat sonst mit Geld bezahlen müßte, an diese Eisenbahn gemacht werden; dann könnte der Staat diese Eisenbahn am allerwenigsten entbehren. Wenn nun die Befürchtung ausgesprochen worden ist, daß man mit der Erwerbung dieser Bahn nur einen Anfang zu weiteren Erwerbungen mache, so hat der Herr Handelsminister bereits angedeutet, daß diese Befürchtungen in dem Maße, wie sie ausgesprochen werden, wohl kaum begründet sind. Immer wird es nothwendig sein, den einzelnen Fall ins Auge zu fassen. Außerdem ist in dem Gesetzentwurfe selbst vorgesehen, daß der Finanzpunkt gehörige Berücksichtigung bei dergleichen Erwerbungen findet; daß man diese Befürchtung ins Auge faßt, finde ich sehr recht, wenn man sie aber in dem vorliegenden, genau erörterten und geprüften Fall für unbegründet erachten muß, dann darf man sich auch dadurch nicht abhalten lassen, zu einem dem Lande nützlichen Geschäfte die Zustimmung zu ertheilen, und deshalb glaube ich Ihnen die Annahme des Regierungsvorschlages empfehlen zu dürfen."*)

Am 30. März sprach Manteuffel in der zweiten Kammer zu dem Gesetz, betr. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, und bemerkte hierbei:**)

„Ich bin allerdings der Meinung, daß der Beschluß, der gestern von dem hohen Hause gefaßt ist, die Gründe noch mehr ins Licht stellt, daß dem Staatsministerium als einheitlicher, oberster Behörde über die Verwaltungsbeamten die Entscheidung über die Dienstentlassung nicht entzogen werden darf. Es macht sich in unserer Zeit häufig ein gewisser weichlicher Optimismus geltend. Man lobt sich selbst und unsere Zustände, man sagt auch, wir haben vortreffliche Beamte, wir sind stolz auf sie, wir müssen sie ganz säuberlich behandeln. Aber man übersieht die Erfahrung, welche gezeigt hat, daß wir auch recht schlechte Beamte haben. Es ist unrecht und schädlich, diese Wahrheit zu mißkennen. Wenn wir wirklich im Ganzen einen vortrefflichen Beamtenstand haben, wie ich anerkenne, wenn die schlechten Beamten die Ausnahmen bilden, so fragen wir doch zunächst, wie wir dazu gekommen sind. Unseren Beamtenstand danken wir dem großen König Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., die haben Zucht in den Beamtenstand hineingebracht und haben nicht mit Disziplinarhöfen, sondern mit ganz anderen und unmittelbaren Mitteln regiert, ohne daß dadurch etwas verdorben worden wäre. Sie wußten ihren Dienern das Gefühl ihrer Abhängigkeit beizubringen; unsere Zeit glaubt, das Gefühl könne die Beamten inkommodiren. Das Staatsministerium hat sich bisher der schweren Pflicht, die Disziplinarentscheidungen zu fällen, unterzogen und, wie ich glaube, mit Gewissenhaftigkeit unterzogen. Es hat das auch das Gute gehabt, daß Alles, was auf dem Felde dieser Urtheile zur Sprache kam, in den verschiedenen Ressorts, dem einheitlichen Bewußtsein des Staatsministeriums zugeführt wurde. Ich erwarte den Beweis, daß wir in irgend einem Falle nach Gunst oder mit Parteilichkeit entschieden haben. Es ist gesagt worden, das Ministerium müßte eine Parteistellung haben, es müßte seine Gegner bekämpfen,

*) Weitere Reden Manteuffels in der zweiten Kammer am 12. März, betr. den Bau einer Eisenbahn durch den Kreis Wittgenstein, Sten. Bericht, Bd. II, S. 720, 721, am 22. März den Bau einer Eisenbahn von Emden nach Münster und von Köln—Minden über Osnabrück und Rheine bis an die niederländische Grenze, Bd. II, S. 904.

**) Sten. Bericht, Bd. III, S. 1024.

also auf ungerechte Weise verurtheilen. Ja, wenn das Staatsministerium es als seine Aufgabe betrachtete, zu zanken, zu streiten und zu raufen, dann wäre dieser Grund, ihm jede Disziplinargewalt zu entziehen, richtig. Ein solches Staatsministerium ist aber nicht vorhanden und wird hoffentlich niemals vorhanden sein. Man hat mir häufig den Vorwurf gemacht, daß ich ein Bureaukrat sei. Das können Sie lesen in verschiedenen Zeitungen, namentlich in den österreichischen und wer weiß in welchen anderen allen. Ich halte es aber für meine wesentlichste Aufgabe, dem schlechten Bureaukratismus entgegenzutreten. Ich glaube, daß man dadurch sich den Dank des Volkes verdient, denn es ist ein Irrthum, wenn man glaubt, es liege dem Volke daran, für jeden Beamten eine feste Burg eingerichtet zu sehen, wo er ganz unantastbar sitzt und sich in der Ueberzeugung wiegt, daß er und seine Existenz die Hauptsache sei, die Interessen des Königs und des Landes aber nur nebenher in Betracht kämen.

Deshalb ersuche ich Sie, dieser Bestimmung, auf deren Wichtigkeit, wie bereits angeführt worden ist, das Gesetz beruht, ohne welche es nicht würde bestehen können, dieser Bestimmung bei der gegenwärtig bevorstehenden Beschlußnahme Ihre Genehmigung nicht zu versagen."*)

Man ersieht bereits aus den wenigen Beispielen,**) daß Manteuffel keineswegs gesonnen war, sich auf sein Ressort als auswärtiger Minister zurückzuziehen; er war ein Ministerpräsident im vollsten Sinne des Wortes, der sich für alle Ressorts interessirte und mit seiner großen Beredsamkeit jedem seiner Kollegen im Parlament hülfreich beisprang.

Auch in seiner Eigenschaft als Abgeordneter der zweiten Kammer nahm Manteuffel einmal daselbst das Wort und wies eine ungebührliche Zumuthung des Kollegen v. Vincke recht kräftig zurück.***)

Bei Berathung der Kreis- und Provinziallandtage sowie der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung vom 11. März 1850 bemerkte Manteuffel am 17. Febr. 1852 in der ersten Kammer:†)

„Der Abgeordnete v. Bethmann-Hollweg hat weniger die rechtliche Deduktion des Ministers des Innern berührt als vielmehr die sittliche Seite hervorgehoben, die der vorliegende Gegen-

*) Schließlich bestätigte Manteuffel unter dem Beifall der Rechten das Weiterbestehen des Staatsraths.

**) Sonst sprach Manteuffel noch zu den Gesetzentwürfen, betr. die Strafmandate, Sitzung der zweiten Kammer am 29. April 1852, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1199; betr. die Militärpflicht der Mennoniten, Sitzung derselben Kammer am 4. Febr. 1852, Sten. Bericht, Bd. I, S. 301; betr. die Zusammenberufung der Kreis- und Provinzialstände, Sitzung derselben Kammer am 10. Febr. 1852, Sten. Bericht, Bd. I, S. 386; über verschiedene landwirthschaftliche Fragen, Sitzung der zweiten Kammer vom 6., 12., 19. und 20. März, Sten. Bericht, Bd. II, S. 643, 720, 859, 872; über die Hebung des Konsulatswesens, Sitzung der zweiten Kammer vom 30. April, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1225; über die Errichtung von Kreditinstituten, Sitzung der zweiten Kammer vom 19. Mai, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1490; desgl. über die Besoldung der Schullehrer, a. a. O., S. 1491.

***) Sten. Bericht über die Sitzung vom 20. März, Bd. III, S. 877, 878. Manteuffel bemerkte als Abgeordneter zu dem Antrage des Frhrn. v. Vincke, betr. die Beseitigung der höheren Gehälter der Offiziere des ersten Garde-Regiments und des Regiments der Garde du Corps, daß sich die Abgeordneten hüten sollten, einen schlimmen Gebrauch von ihrem Rechte zu machen, gewisse Erwartungen auszusprechen. Darauf forderte Vincke den Abgeordneten Manteuffel auf, näher anzugeben, wie er dazu komme zu sagen, daß er (v. Vincke) eine schlimme Sache vertrete. Manteuffel erwiderte, daß er als Abgeordneter das Recht habe, seine Abstimmung zu motiviren; die Gründe dafür dem Abg. v. Vincke anzugeben, sei er nicht verpflichtet.

†) Sten. Bericht, Bd. I, S. 346.

stand haben mag. Fragt man nun ganz einfach: wie hat die Regierung in dieser Angelegenheit ihr Verfahren eingerichtet, wie und wodurch hat sie die Sittlichkeit verletzt? so würde folgende Antwort zu geben sein: In einer Zeit, wo alle Verhältnisse zerrüttet waren, wo es galt, einen Halt zu gewinnen, da hat sie zuerst die Verfassung vom 5. Dez. 1848 oktroyirt und hiernächst dieses Gemeindegesetz vorgelegt, welche beide niemals Anspruch auf absolute Vollkommenheit machen konnten; sie hat sich an die Ausführung dieses Gesetzes begeben; sie hat dabei die ernstesten und schwersten praktischen Bedenken gefunden; das Gesetz selbst gab ihr nach der Auffassung der Regierung die Mittel, diesen Bedenken Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen und die nachtheiligen Folgen derselben für das Land nicht eintreten zu lassen. Mit Rücksicht auf die bei dem Ausführungsgeschäft ermittelten Unzuträglichkeiten und weil ihr das Gesetz selbst den Weg zeigte, diese nicht unmittelbar eintreten zu lassen, hat sie einzelne Vorschriften des Gesetzes nicht ausgeführt; sie hat die Grundlage, die das Gesetz verlangt, zu finden sich bemüht, sie hat sodann, weil es nothwendig war, die Organe der Provinzen und Kreise zu hören, weil es nothwendig war, sie in größerer Vollständigkeit zu versammeln, als es gewisse vorläufige Ministerialbestimmungen einstweilig vorschrieben, auf Grund der ihr durch das Gesetz beigelegten Befugniß, die Provinzialvertretung einberufen; sie hat über wichtige Fragen, welche die Provinzen betreffen, zur Erörterung kommen mußten, die Gutachten dieser Versammlungen, von denen man doch nicht sagen kann, daß sie kein Interesse zur Sache hätten, eingefordert; die Regierung weiß, von wem diese Gutachten ausgehen, und sie ist daher ganz im Stande, sie objektiv und subjektiv zu würdigen. Sie hat aber die Vertreter der Provinzen und Kreise nicht ungehört lassen wollen. In dieser Lage befindet sich die Sache gegenwärtig; die Regierung tritt jetzt offen mit dem Bekenntniß vor Sie, daß sie einsieht, in der Gemeindeordnung sei Manches, was unserem Lande nicht zusagt, was sie daher im allgemeinen Interesse ins Leben zu rufen Anstand nehme, sie macht über die zu erzielenden Aenderungen den Kammern ausführliche Vorlagen, und Sie werden in den nächsten Tagen darüber zu berathen und zu beschließen haben, ob die Bedenken des Gouvernements gegründet, die vorgeschlagenen Verbesserungen wirklich solche sind. Ich glaube nicht, daß man der Regierung in dieser Beziehung irgend einen versteckten, verdeckten Weg vorwerfen kann. Nun ist aber behauptet worden, es sei im Lande ein tiefes Mißtrauen hierdurch erweckt worden. Man könnte wohl fragen, wer hat dieses Mißtrauen erweckt? Es ist aber mit dem Vertrauen eine eigene Sache; als ich unter schwierigen Umständen mein Amt übernahm, da kamen von allen Seiten haufenweis die Mißtrauensadressen, ich habe dieselben aber bei Seite geworfen und mich bemüht, meine Schuldigkeit zu thun. Ich bin meinen Weg drei Jahre gegangen, und ich glaube, daß man im Lande in diesen drei Jahren etwas vorwärts gekommen ist.

Es wird freilich gesagt, die Personen des Ministeriums hätten wechseln sollen; das ist ein Rath, den ich für meine Person sehr gern acceptire, es ist kein Vergnügen, an diesem Platz zu stehen; aber das sage ich Ihnen, ich stehe hier nicht als das Organ einer Partei, ich stehe nicht hier auf Grund eines Beschlusses der Majorität, sondern weil es Se. M. der König befohlen hat, und so lange, als er es befiehlt, werde ich hier stehen."

Nachdem bald darauf den Kammern die neue Gemeindeordnung vorgelegt worden war, bemerkte Manteuffel am 10. Mai in der zweiten Kammer:*)

„Was die Gemeindeordnung betrifft, so habe ich sie vorgelegt; ich glaube auch, daß man mit dem Gesetz regieren konnte. Aber die Ausführung ergab, daß sie manche Mängel hatte, und diesen sollte abgeholfen werden. Das Reskript des Ministers des Innern ist auf einen Gesetzesparagraphen gestützt erlassen worden. Der Abgeordnete für Königsberg hat neulich eingeräumt, es sei jetzt besser und ruhiger im Lande als im November 1848; es könnte aber noch viel besser sein, wenn man das parlamentarische System nur recht konsequent durchführen wollte. Der Abgeordnete für Prenzlau hat andererseits von krummen Wegen gesprochen, auf denen wir gehen.

*) Sten. Bericht, Bd. III, S. 1339, vgl. S. 3141 und 1354. Kurze thatsächliche Berichtigungen Manteuffels.

Die beiden Redner mögen auf sehr großen Höhen der Betrachtung stehen, unser Weg führt im Thale; die Kritik müssen wir uns gefallen lassen, wir thun aber unsere Schuldigkeit. Ich bin mit dem Vorredner einverstanden, daß ein einiges, starkes Preußen Noth thut, aber durch fortwährende Diskreditirungen erreicht man das nicht; ich gehe mit Zuversicht der Zukunft entgegen; mag sie uns bringen, was sie wolle, sie wird uns auf unserem Platze finden."

Am 12. Mai 1852 lenkte der Minister des Innern, v. Westphalen, in einem eigenhändigen Privatschreiben die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf die Art und Weise, wie seit den letzten Tagen im Plenum der zweiten Kammer über die Gemeindeangelegenheiten debattirt wurde.*) Bei den gedachten Debatten sei durchaus nicht das wirkliche Interesse der Gemeinden leitend gewesen; es hätten sich die gehässigsten, persönlichen Verdächtigungen und Verletzungen wiederholt; bei der offenbar sich steigernden Animosität, ja Erbitterung der beiden Hauptparteien, könne irgend ein nützlicher Zweck durch diese Diskussionen um so weniger mehr erreicht werden, je gewisser sich absehen lasse, daß die Gesetze in der ersten Kammer in dieser Session doch nicht mehr zur schließlichen Berathung gelangen könnten. „Ja, ich muß es nunmehr selbst als nachtheilig, nicht nur im Allgemeinen, sondern wesentlich auch für die weitere administrative Entwickelung der Grundsätze, erkennen, wenn diese Debatten noch weiter fortgesetzt werden. Ew. Excellenz Ermessen submittire ich daher, ob nicht die unverzügliche Schließung der Kammersitzungen zu verfügen und Sr. Majestät Ermächtigung dazu nachzusuchen sein dürfte."

Der Schluß der Kammern fand thatsächlich sehr bald (19. Mai 1852) statt.**)

Bevor wir von den Kammern Abschied nehmen, möge noch eine dieselben betreffende Aussprache zwischen Manteuffel und dem ihm sehr nahestehenden Königlichen Gesandten Grafen Hatzfeld in Paris erwähnt werden. Am 10. März schrieb der Letztere privatim an seinen Chef: „An und für sich halte ich den Parlamentarismus für eine verderbenbringende Regierungsform. Er führt schließlich immer zur Revolution. Das einzige Land, welches bisher sich bei dem Parlamentarismus wohl befand, ist, fürchte ich, gegenwärtig auch sehr krank. Ich suche die Erklärung der letzteren Erscheinung darin, daß bis zur Reformbill die englische Konstitution keine Wahrheit war. Die Aristokratie war allmächtig, und so lange ging es gut. Jetzt, wo die Volksrepräsentation dort eine wirkliche geworden ist, werden die englischen Zustände, glaube ich, sehr gefährlich. Für Preußen admittirte ich stets den Konstitutionalismus nur höchst ungern und einzig und allein dann, wenn er als Mittel dargestellt werden konnte, die territoriale Vergrößerung zu erleichtern. Hierzu eignen sich aber jetzt die Verhältnisse nicht, und deshalb finde ich, daß man ernstlich darauf bedacht sein sollte, die Institutionen des Jahres 1848 zu modifiziren. Die Behauptung, man dürfe jetzt nichts thun, weil es für eine Nachahmung des Staatsstreiches vom 2. Dez. gelten könnte,

*) Vgl. die Sten. Berichte der Sitzungen vom 10., 11. und 12. Mai, S. 1333 ff.

**) Ankündigung durch Manteuffel in der zweiten Kammer am 17. Mai. Sten. Bericht, Bd. III, S. 1475. Rede Manteuffels bei Schließung der Kammern, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1494.

erscheint mir ganz absurd. Wir hätten uns hüten sollen, das, was 1848 in Frankreich geschah, nachzuahmen; aber gute Beispiele muß man stets nachahmen, gleichviel von wem sie ausgehen."

Hierauf antwortete Manteuffel am 2. April gleichfalls privatim:

„Ew. Hochgeboren könnte ich manche Noth klagen; indeß, wenn man so wenig Zeit hat, wie ich in diesem Augenblicke, so thut man wohl, nichts Unnützes zu schreiben, und als unnütz muß ich das Klagen über Unabänderliches bezeichnen.

Im Allgemeinen kann ich indeß doch sagen, daß wir hier aller Irrlichtsprünge ungeachtet im Ganzen ziemlich feststehen und manche Dinge, die wie eine drohende Woge aussehen, aus der Nähe betrachtet, die ich einzunehmen bereit bin, doch weiter nichts sind als Schaum. Dahin gehört die ganze Geschichte mit unserer zweiten Kammer. Ich bin in diesen Dingen einmal passionirt und denke: je toller je besser.

Das gesunde Leben in unserem Lande, von welchem in den Kammern nur ein Abdruck schwacher Extraktion sich findet, wird dies und mehr überwinden.

Unsere Kammern, die das Verdienst haben, sich mehr und mehr zu ruiniren, werden Ende Mai geschlossen werden müssen; was dann fertig ist, wird als abgemacht betrachtet, und was nicht fertig ist, dient zum Beweis, wie weit man sich ohne Kammerbeschlüsse helfen könne, und dies Feld ist, Gott sei Dank, noch ziemlich groß.

* * *

Im Folgenden wenden wir uns den außerhalb der Sphäre der Kammern gelegenen Begebenheiten zu und geben die Daten, wie üblich, in chronologischer Reihenfolge.

Die zwischen dem König und dem Kriegsminister v. Stockhausen bestehende Differenz wegen des Gehaltes der beiden Garde-Regimenter hatte, wie erinnerlich, am 26. Nov. zu einem Abschiedsgesuch Stockhausens geführt.*) Der König, darüber in hohem Grade indignirt, wollte anfangs kurzen Prozeß machen, dasselbe annehmen und den Grafen v. der Groeben zu seinem Nachfolger ernennen.*) Dieser Willenskundgebung folgte alsbald ein etwas einlenkender Brief des Königs an Manteuffel, d. d. Potsdam, 27. Nov. 1851, ½3 Uhr:**)

„Eben aus Hannover und Braunschweig heimgekehrt, ist es meine erste Pflichterfüllung, das Staatsministerium an eine heilige Pflichterfüllung seinerseits durch Sie, theuerster Manteuffel, auf das Allereindringlichste mahnen, dazu auffordern zu lassen; die nämlich: »dem Generalleutnant v. Stockhausen das Gewissen zu schärfen und es demselben frei, offen und mit größter Wärme (wie die Gefahr des Augenblicks es heischt) auszusprechen, daß sein Beginnen gegen meine Person zu vollster Unverantwortlichkeit wächst, wenn er nicht augenblicklich einlenkt und die bewußte Sache, gleich mir, in scharfer Consequenz

*) Vgl. oben S. 81.

**) Fast vollständig in Gerlachs „Denkwürdigkeiten" Bd. I, S. 699 f. abgedruckt.

seiner vorjährigen officiellen Erklärung aufnimmt und fortführt«, »ferner, daß das Staatsministerium ein Recht an ihn habe, zu verlangen, daß er gerade im gegenwärtigen Moment seine Ansicht dem allgemeinen Wohle der Krone und der Regierung unterwerfe«.

Zum Ueberfluß vielleicht setz' ich hier die Erklärung, die Messerschmidt auf Stockhausens Befehl vor der vorjährigen Budget-Commission abgegeben hat. Sie lautet: »Es sei Aussicht vorhanden, daß ich die quest. Gelder auf meine Schatulle (soll heißen: Kronfideikommiß) übernehmen werde, wenn die- (das-) selbe von der Last der Unterhaltung gewisser Institute erleichtert sei, welche Last mir die sofortige Uebernahme noch versagte.« Niemand zweifelt, en parenthese, daß damit das 200 000 Rthlr. Großstadt-Theater gemeint ist. Die Sache steht also einfach so, daß Niemand (**als ich allein**) von der Sache wieder anzufangen berechtigt ist. Wenn nicht die zweite Kammer ihr gutes (?) Recht mißbrauchen will und »die 46 000 Rthlr. Zulage« streicht. Dann übernehme ich die Last augenblicklich und cassire die Königl. Schauspiele selbigen Tages. Das steht felsenfest.

Was Stockhausen in seinem Briefe an mich von seiner Ehre! und von gegebenem Worte! sagt, ist mir völlig unverständlich, denn die Messerschmidtsche Erklärung ist zu klar. Hätte der General wirklich sein Wort gegeben, daß die Uebernahme auf das Kronfideikommiß bereits im laufenden Jahre vollbracht sein werde, so sag' ich, die Hand aufs Herz, daß niemals das Wort eines Dieners, in so vollem Bewußtsein, wider den Befehl des Souverains zu handeln, gegeben worden ist.

Ein trauriger Zufall bringt mich der Erfüllung meines Vorhabens vielleicht näher, als ich und er es im vorigen Jahre nur ahnen konnten: der Tod meines theueren Onkels Wilhelm. Wenn nämlich: 1. bis September kommenden Jahres 80 000 Rthlr. an die Erben ausgezahlt sein können (was die ganze Apanage für ein Jahr aufzehrt), 2. wenn ich dann nicht genöthigt werde, einen oder gar zwei meiner Neffen zu etabliren und einer Nichte die Mitgift von 100 000 Rthlr. zu geben, so kann ich und will ich dann mit Anfang 1853 die Gardezulage in Voll übernehmen. Aber der vielen »Wenn« wegen kann ich als ehrlicher Mann mich nicht binden. Der Zuschuß zum Theater im letzten Quartal war allein 20 000 (das macht für ein Jahr wahrscheinlich 80 000 ! ! ! !). Sie und das Ministerium werden meinen redlichen Willen erkennen. Machen Sie und Ihre Kollegen nun, daß der Kriegsminister seine schöne Reputation nicht durch eine Deserzion — und in welchem Momente! — und um **welcher** Ursach Willen! trübe. Lesen Sie Ihren Kollegen (versteht sich ohne Stockhausen!) dies Blatt vor. Ich halte dasselbe, aufrichtig und wahr, für unwiderleglich. Dem galligsten Eigensinn eines Ministers gebe ich aber nicht nach. Das steht fest. Gott mit Ihnen.

Friedrich Wilhelm."

Zunächst gab sich Gerlach alle Mühe, den Streit zu schlichten; am 27. Nov. richtete derselbe zwei Briefe an Manteuffel.

In dem ersten heißt es: „Die Sache ist sehr betrübend und kann sehr üble Folgen haben. Das Schreiben an mich beweist, daß der König sehr erbittert über

den Widerstand ist, den er erfahren hat. Jetzt muß man sich Alles gefallen lassen, selbst Groebens Eintritt in das Ministerium, was aber wahrscheinlich nicht zu Stande kommt. Auch muß die Königliche Marginalbemerkung in Betreff Groebens für jetzt noch ganz geheim gehalten werden."

Und in dem zweiten Briefe: „Es ist wohl zu spät, bei Stockhausen darauf noch etwas zu veranlassen, und würde auch schwerlich sein Entschluß dadurch geändert werden."

Am folgenden Tage (28. Nov.) glaubte Gerlach einen Ausweg gefunden zu haben; die Richtung desselben erhellt aus einem Schreiben, mittelst dessen er Manteuffel eine [nicht näher ersichtliche*)] Anlage zurücksandte.

„Ich glaube, auf dieser Basis kann Stockhausen der sehr bösen Spaltung ein Ende machen. Er spricht mit Graf Stolberg und fragt ihn, ob er darauf rechnen kann, daß Se. M. 1853 die Gardezulagen auf das Kronfideikommiß übernimmt. Es ist nach dem Briefe des Grafen Stolberg an Se. M., den er uns am Tage der Abreise nach Hannover zeigte, anzunehmen, daß diese Frage bejaht wird. Dann tritt der Kriegsminister vor die Kammer und erklärt bei kommender Veranlassung:

»Der König habe erklärt, vom Jahre 1853 an die Gardezulagen auf das Kronfideikommiß übernehmen zu wollen, wenn es ihm irgend möglich sei. Er habe darüber mit dem Hausminister konferirt, und dieser bezweifle diese Möglichkeit in keiner Weise. Die Zulagen würden also vom Jahre 1853 vom Etat abgesetzt und von da an die Residenzzulage der Berliner, Potsdamer und Charlottenburger Offiziere eingeführt werden. Da Se. M. die Gnade haben wollten, alsdann die Zulagen zu übernehmen, so würden dann auch sofort die vollen Residenzzulagen eintreten.«

Der Himmel gebe seinen Segen, daß Alles im Guten endet und Ihnen nicht neue Schwierigkeiten kommen."

Am 29. Nov. schrieb der König aus Potsdam:

„Was Sie, theuerster Manteuffel, mir soeben über die »sehr schwermüthige« Conseilsitzung zukommen lassen, klingt tröstlich, dürfte es aber gar nicht sein. Der treue, tapfre, kluge, von mir verehrte, aber kranke Stockhausen muß auch in der Krankheit gewisse Schranken gegen seinen Kriegsherrn und Souverain respectiren. Wozu schreiben??? Er kann mit der Qualificazion eines Versprechens »zu bleiben« so unangenehm werden, daß ich, bereits aufs Aeußerste gebracht, ein Holla rufen dürfte, welches ihm, dem Ministerio und mir selbst gleich unangenehm sein dürfte. Ueberlegen Sie selbst: Ich habe mit ihm »actenmäßig« **gar nichts** zu verhandeln. Die Beleidigung von vorgestern hab ich durch die Milde, die mir einem Helden gegenüber Pflicht ist, gottlob gestern abgethan. Was hat er mir noch zu sagen, die Feder in der Hand? da im Bereich der Feder (also aktenmäßig) gar nichts zu demeliren ist. Das Allerbeste ist nur Eins: Daß er die Stellung annimmt, nach meinem gestrigen

*) Auch Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 700, klärt das Verhältniß nicht vollkommen auf.

Briefe ruhig auf seinem Posten zu verharren. Das erwarte ich. Und wenn das geschieht, so ist Alles in Regel, Ordnung und Gleis. — Keinen Brief des theuern kranken Mannes!! Denn bei aller Verehrung, Anerkennung und Liebe kann gerade ein Kranker Worte brauchen und Dinge **thun** oder **lassen** wollen, in die ein Souverain sich nicht als nachgiebiger, die Schwäche des Freundes pflegender Mann einmischen **darf**, eben weil er nicht Freund allein, sondern Landesherr »Von Gottes Gnaden« ist und ein offenes Auge für die webenden und werdenden Dinge in der Welt hat. Also noch einmal, theuerster Manteuffel, reden Sie ihm das Schreiben aus, beweisen Sie ihm, daß ich seit gestern völlig beruhigt wäre und an nichts weniger als an seinen Abgang dächte. Er möge die Sache todt sein lassen. (Hélas! bis zur Auferstehung der Galle!) Vale!

Friedrich Wilhelm."

Spät abends (9 Uhr) ließ der König noch ein zweites Schreiben folgen:

„Eben bekam ich anliegenden Brief von Stockhausen.*) Geben Sie, theuerster Manteuffel, denselben (wenn irgend möglich) selbst in Stockhausens Hände in meinem Namen. Sagen Sie ihm die Gründe, die ich Ihnen soeben entwickelt habe, und lassen Sie ihn selbst entscheiden. Sagen Sie ihm, es bedürfe hinfort gottlob! keiner Erklärung mehr zwischen ihm und mir. Sein Entschluß, zu bleiben, erfülle mich mit Rührung und Dank. Fragen Sie ihn, ob er nicht selbst vorziehe, die größte Stille eintreten zu lassen? Es versteht sich von selbst, daß mir's nicht einkommt, »einen Brief meines Kriegsministers und bewährten Freundes zu refüsiren«. Ich frage nur. Er soll allein entscheiden. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Weniger aussichtsvoll waren die an Manteuffel gerichteten Zeilen des Kriegsministers: „Was die Apothekerrechnung in dem rückgehenden P. M. und das votum paupertatis des Grafen Stolberg betrifft, so vermag ich nicht zu begreifen, wie der Letztere daran den Schluß knüpfen kann, daß mich dasselbe beschwichtigen werde. Es ist wirklich die Geschichte vom griechischen Kalender; denn erst im Jahre 1854 soll der Königliche Gedanke Sr. M., mit einem Zauberschlage den alten Zustand verschwinden zu machen und einen neuen erscheinen zu lassen, zur Wahrheit werden — wenn nichts dazwischen kommt, füge ich hinzu. Nun bleibt natürlich nichts weiter übrig, als daß Se. M. den Aussterbeetat adoptiren, was ohnehin der vernünftigste Gedanke in der Sache ist, wo nicht, so bin ich unmöglich.

Noch am 30. Nov. war Stockhausen zum Rücktritt entschlossen und schrieb deshalb an Manteuffel: „Da der Konflikt zwischen Sr. M. und mir nun so weit gediehen, wie es wirklich der Fall ist, so erscheint es nicht angemessen, daß ich die Geschäfte des Kriegsministeriums so fortführe, als sei der regelmäßige Verlauf der Dinge nicht alterirt. Ich werde mich daher morgen früh krank melden und den

*) Stockhausen verwahrte sich darin gegen die Annahme, in seinem Abschiedsgesuche vom 26. behauptet zu haben, der König verlange (gewissermaßen wissentlich) etwas Entehrendes von ihm.

General v. Wangenheim mit den Geschäften beauftragen und bitte ich Ew. Excellenz, Beides dem Könige zu melden.

Ferner werde ich, um mich in der Form zu halten, Ew. Excellenz mein an Se. M. gerichtetes Abschiedsgesuch versiegelt sowie eine Abschrift desselben mit der Bitte der Abgabe des Briefes überreichen. Sollten Se. M. den Brief nicht öffnen oder überhaupt nicht annehmen wollen, dann bitte ich ebenmäßig die Abschrift Allerhöchstdemselben vorzulesen."

Ein zweiter Brief des Kriegsministers an Manteuffel vom gleichen Tage lautet: „Bis zu diesem Moment haben mich Vorträge ꝛc. in Anspruch genommen, ich habe deshalb dem neuesten Verfahren Sr. M. des Königs gegen mich eine weitere Folge nicht geben können, muß dies aber nun thun. Seitdem das Faktum stattgefunden hat, daß Se. M. eigenhändige Briefe Allerhöchstihres Kriegsministers uneröffnet zurücksendet,*) tritt dieses allein in den Vordergrund, alles Uebrige in den Hintergrund, auch die Gehaltsangelegenheit der beiden Garde-Regimenter. Die einzige Verbindung, welche ich nun mit Sr. M. noch habe, ist die durch Ew. Excellenz, und bitte ich Hochdieselben, daß Sie noch heute mein Gesuch um den Abschied bei des Königs M. einreichen, welchen Allerhöchstdieselben mir um so bereitwilliger ertheilen werden, als Se. M. mich für krank, mithin für unfähig halten, meinem bisherigen Amte fernerhin vorzustehen. Die Gehaltsangelegenheit der beiden Regimenter bitte ich Ew. Excellenz, gegenüber Sr. M. ganz außer Anregung zu lassen, da dieser Gegenstand in Betreff meiner nicht mehr in Betracht kommt."

Nach diesem Schreiben konnte Manteuffel nicht anders handeln, als Stockhausens Entlassungsgesuch der Allerhöchsten Stelle zu unterbreiten. Als Antwort verfügte der König am 2. Dez. aus Charlottenburg:

„Theuerster Manteuffel. Sie sagen in meinem Namen dem Generalleutnant v. Stockhausen: »Ich hätte von seinem Patriotismus eine zu hohe Idee, um nicht zu wissen, daß ein Schritt, der Schatten auf seine lichtvolle Laufbahn werfen würde, ihn nicht bald bitterst gereuen würde. Mich jetzt zu verlassen, das Staatsministerium in **diesem** Augenblick zu verlassen, würde aber diesen Effect haben, denn es wäre ein gefahrbringender Staatsmannsfehler. Was es aber sei mir gegenüber, möge er sich selbst, ehe es zu spät sei, sagen.« Vale!

Friedrich Wilhelm."

Am Abend desselben Tages begab sich noch Gerlach zu Stockhausen, den er bei guter Laune fand. Er schilderte die unsichere Position eines Kriegsministers Friedrich Wilhelms IV. sehr komisch; wenn Wäsche wäre, wüßte man nicht, ob sie

*) Gemeint ist wohl der oben S. 166 erwähnte Stockhausensche Brief, d. d. 29. Nov. Es war nichts Ungewöhnliches, daß der König Briefe seiner Minister, die ihm nichts Erwünschtes oder übereilte Entschließungen zu enthalten schienen, uneröffnet den Absendern zurücksandte. Auch Manteuffel erfuhr dies.

noch zu rechter Zeit trocken werden würde ꝛc. Daß Stockhausen aber trotz seines Humors noch immer ernstlich an seinen Rücktritt dachte, beweist ein an demselben Tage an Manteuffel gerichtetes Schreiben, worin er demselben eine Liste von den zehn Kandidaten mittheilte, welche für den Kriegsministerposten in Frage kommen könnten.

Der Umstand, daß zwischen dem König und Stockhausen demnächst nur schriftlich verhandelt wurde, verhinderte eine Beendigung der Krisis. Ein Königliches Handschreiben, welches der Kriegsminister am 9. Dez. aus Bellevue zugeschickt erhielt, lautet:

„Ihr Brief, den ich gestern erhalten, ist mir bis zu hohem Grade unverständlich. Ich muß diese Behauptung begründen. Sie machen Ihr Verbleiben im Amte von der Bedingung abhängig, »daß ich über die Gehaltsangelegenheit der betreffenden zwei Garde-Regimenter im Sinne der den Kammern gemachten Eröffnungen entscheide«. Aber gerade das, dies Entscheiden in diesem Sinne, ist es ja, was ich von Ihnen, lieber Herr General, fordere. Dem Wortlaut nach wären also alle Irrungen zwischen uns beseitigt. Dennoch kann ich mich dieser schönen Hoffnung nicht hingeben, da Sie bis heut eine andere als die dem Buchstaben nach gewünschte Entscheidung von mir auf das Festeste verlangt haben.

Auf die Gefahr hin, Sie zu langweilen, werde ich heut noch einmal meine unwiderrufliche Forderung, »daß Sie in dieser Sache im Sinne der an die Kammern gemachten Eröffnungen jetzt konsequent zu verfahren haben«, aktenmäßig feststellen.

Ihre Erklärung vor den Kammern lautet wörtlich: »Daß die Staatsregierung den fraglichen Gegenstand keineswegs aus den Augen verloren, vielmehr die Aussicht habe, daß Se. M. der König die Gewährung der Residenzzulage für die Subalternoffiziere in den Residenzen dadurch ermöglichen werde, daß Allerhöchstderselbe den Offizieren des I. Garde-Regiments und des Regiments Garde du Corps aus Allerhöchstihrer Schatulle (soll heißen Kronfideikommiß) eine angemessene Entschädigung zu Theil werden lassen wollen, sobald die gegenwärtig mit Subventionen für verschiedene Institute belastete Schatulle (soll heißen Kronfideikommiß) in letzter Beziehung eine Erleichterung erfahre.«

Diese Aeußerung ist aber zufolge meines Befehls und nach vielen Weiterungen gegeben worden, was Sie, Herr General, am besten wissen. Und die »Institute«, die gemeint sind, sind die, deren Gesammtheit das Theater oder die Königl. Schauspiele bilden, darüber hab' ich Sie nie auch nur einen Augenblick in Zweifel gelassen. Ebenso unzweifelhaft ist es Ihnen wie mir, daß ich das Theater nicht los geworden bin bis heut. Ich fordere also die volle Konsequenz der vorjährigen Eröffnungen an die Kammern für dieses Jahr. Diese volle Konsequenz kann nur zwei Resultate haben: 1. entweder den Gebrauch eines gesetzmäßigen Rechts von Seiten des Landtages i. e. »Absetzung vom Budget der Zulagesumme an die zwei Garde-Regimenter« oder 2. bescheidenes Abwarten des Zeitpunktes, wenn ich die eine Last los bin und die andere auf mich genommen haben werde.

Nach meinen Befehlen über den Modus der Budgetvorlage hat Ihr Bevollmächtigter bei der Budgetkommission ruhig abzuwarten, ob das an sich unschickliche Monitum wirklich zum dritten Male, und diesmal zwar aus den Akten mühsam hervorgesucht werden wird, und dann zu erklären, »die vorjährige Mittheilung schließe selbstredend jegliche Nachforschung des Departements oder der Staatsregierung aus und könnte dieselbe nur den Zeitpunkt meiner Erklärung abwarten«.

Ich darf natürlich nicht voraussetzen, daß Sie, lieber Stockhausen, über die richtigen und meinen Befehlen entsprechenden Aeußerungen Ihres Ministerii hinaus irgendwie Erklärungen an Kammermitglieder gemacht haben, die meinen so deutlich gegebenen Befehlen und so klar und oft ausgesprochenen Intentionen widersprächen. Es bedarf auch keiner Erläuterung, daß solche Aeußerungen weder mich noch meinen Kriegsminister binden könnten. Das Eingeständniß eines Irrthums würde in diesem Falle zur unabweisbaren Pflicht. Doch ehe ich endige, noch einen kurzen Blick auf die Lage der Sache, welche mir zugewandt ist. Ich habe aus Liebe und Achtung gegen Sie, Herr General, das Bollwerk der vorjährigen Erklärung, nämlich »das Königl. Theater«, überschritten und mit dem besten Willen mich nach anderer Art, Ihre Wünsche zu erfüllen, umgesehen. In zwei Jahren kann ich über etwa 40 000 Rthlr. durch den Heimfall der Dotation meines theuren seligen Onkels Wilhelm disponiren. Die will ich dem Zweck weihen. Tritt aber, was nicht ganz unwahrscheinlich ist, unterdessen eine neue jährliche Last von 80 000 Rthlr. für das Etablissement eines meiner Neffen und die Dotation von 100 000 Rthlr. einer Nichte den Lasten des Kronfideikommisses hinzu, so bin ich natürlich vollkommen außer Stande, meinen Wunsch und Willen zu erfüllen; es sei denn, daß mein jetzt etwas modifizirtes Vorhaben mit dem leidigen Theater zu Stande käme, was ich leider kaum hoffen darf.

Ich autorisire Sie aber, der oben befohlenen eventuellen Aeußerung bei der Budgetkommission ꝛc. noch folgende hinzuzufügen: »Sie wüßten gewiß und dürften es sagen, daß der beste Wille vorhanden sei, die Angelegenheit in den angeregten Weg zu leiten. Die Unmöglichkeit, zu präftiren, könne allein einen Aufschub oder Aufgeben der Sache machen.«

Unter den vorliegenden Umständen und bei der eingetretenen europäischen Krise kann ich es ausschließlich Ihrem Gewissen und Ehrgefühl überlassen, ob Sie mich verlassen. Friedrich Wilhelm."

Nach Empfang dieses Handbillets schrieb Stockhausen am 11. Dez. an Manteuffel:

„Einen Standpunkt aufzufinden, von dem aus eine Verständigung, oder auch nur ein Verstehen, zwischen Sr. M. und mir möglich wäre, muß ich nun gänzlich aufgeben. Unter so unheilvollen Verhältnissen ist meine Sehnsucht nach dem letzten meiner Tage natürlich sehr groß."*)

*) Am 12. Dez. notirt Gerlach (Bd. I, S. 704), die Stockhausen-Krisis dauere fort. Gerlach verhandelt weiter mit Stockhausen, 17. Dez.: „Mit Stockhausen Alles auf dem alten Fleck." S. 708.

Am 26. Dez. schrieb Gerlach an Manteuffel:

„Eben war ich bei Stockhausen, um, durch Stolberg dazu bewogen, noch einen letzten Versuch mit ihm zu machen. Ich stellte ihm nochmals alle Nachtheile vor, die mit seinem Austritt verbunden wären, brachte ihn aber zu keiner bestimmten Erklärung. Aber es schien mir auch so, als wenn er sein Amt noch nicht aufgegeben hätte. Zuletzt gab ich ihm den Rath, dem Könige zu antworten, er würde sich seinen Befehlen fügen und im Amte bleiben, aber er hielte sich für verpflichtet, gleichzeitig zu erklären, daß er nur mit diesen Maßregeln (hier folgte eine Art von Programm mit einer Erklärung über sein Verfahren gegenüber der Kammer über die Garde-Zulagen an der Spitze) ferner das Ministerium verwalten könnte. Wenn Se. M. diese Maßregeln nicht genehmigten, so stelle er seine Verabschiedung anheim. Hierauf antwortete mir Stockhausen, er erwarte noch eine Antwort, d. h. wie ich es verstand eine mündliche, von Sr. M. und würde dann das Weitere sehen."

Am 29. Dez. verhandelte Gerlach bereits mit dem König über Stockhausens Nachfolger und empfahl Bonin, worauf der König einging,*) seine Hinneigung zu der Gothaischen Politik ignorirend. Am Neujahrstag erhielt Stockhausen endlich den Abschied, als er mit der Klage kam, daß der König über die Strafverwandlungs-Verordnung statt mit ihm mit Schöler**) verhandelt habe.***)

Am 12. Jan. schrieb der König aus Charlottenburg:

„Theuerster Manteuffel. Nach 2 langen und inhaltsschweren Unterredungen mit General-Major v. Bonin hab' ich beschlossen, denselben zu meinem Kriegsminister zu ernennen. Er wird wahrscheinlich schon heute Vormittag Ihnen seine Aufwartung machen. Wenn Ihnen zu Folge Ihrer Gespräche mit ihm nicht Bedenken aufsteigen, so erwarte ich, daß Sie die ernennende Cabinett-Ordre contrasigniren, damit Schöler sie mir morgen früh zum Zeichnen bringen könnte. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Am 15. Jan. hatte der neue Kriegsminister bereits den ersten Vortrag beim König.

* * *

Die Krise in Paris hatte einige Ordnungsmänner Berlins dazu gedrängt, dem Ministerpräsidenten von gefährlicher Aufregung 2c. zu sprechen und ihm

*) Am 31. Dez. notirt Gerlach: „Stockhausen ist nicht zu halten". A. a. O. Bd. I, S. 714.

**) General v. Schöler war Chef des Militärkabinets.

***) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 716. Am 30. Dez. schrieb der Königliche Gesandte v. Rochow in Petersburg privatim an Manteuffel: „Nun droht immer noch der Abgang des Ministers v. Stockhausen. Ich habe mich, ehrlich gestanden, gewundert, daß er so lange hat ausgehalten. Will derselbe nicht bleiben, wäre alsdann nicht an General v. Werder zu denken? Er ist ein einsichtsvoller Militär und ein den König ernst behandelnder Mann; kein politischer Charakter, aber ehrlich und fleißig, die Bedürfnisse der Armee kennend."

namentlich ein Lokal in der Linienstraße, wo sich allsonnabendlich die Maschinenbau-Arbeiter gesellig zu versammeln pflegten, als einen Herd der politischen Agitationen zu bezeichnen. Dies veranlaßte Manteuffel, am Abend des 6. Dez. eine Rundschau in Berlin persönlich abzuhalten. Zu dem Ende begab sich derselbe in Begleitung eines Herrn zunächst nach dem Schneiderschen Bierlokale in der Prenzlauer Straße, wo im konservativen Sinne viel über Politik gekannegießert zu werden pflegte, und danach in das Herzogsche Lokal in der Linienstraße 66, wo der Minister indeß nur eine kleine Zahl Arbeiter anwesend traf, sich aber in seiner Erwartung, eine politische Gesellschaft zu finden, der Art getäuscht fand, daß er sich wohl 3/4 Stunden lang recht freundlich unterhielt, da die mancherlei Anfechtungen des Gesundheitspflege-Vereins und überhaupt gewerbliche Verhältnisse den Gegenstand des Gesprächs bildeten.*) Mit sichtlicher Befriedigung schied Manteuffel von den verdächtigten Arbeitern und begab sich nach dem Hillreimerschen Lokale nach der Großen Frankfurter Straße. Bei Hillreimer gab das dortige Gesellschafts-Theater und die Besichtigung desselben den Stoff zum Gespräche mit mehreren Personen ab. — Jedenfalls schien die Umschau Manteuffels in jenen Stadttheilen alle die ihm gemachten Zuflüsterungen wirkungslos gemacht zu haben.**)

Am 16. Dez. sprach der Minister des Königlichen Hauses Graf zu Stolberg-Wernigerode Manteuffel gegenüber die Ansicht aus, „daß wir von der kommunistisch rothen Partei jetzt wenig, desto mehr aber von der vornehmen Gothaer Partei zu befürchten hätten, und daß der indirekte und direkte Kampf gegen diese Herren die Hauptaufgabe der Gegenwart sein dürfte.“

Am 13. Dez. 1851 schrieb der König eigenhändig aus Charlottenburg:

„Theuerster Manteuffel. Anliegender Aufsatz, der rein meine Gedanken enthält, habe ich von Niebuhrs Hand schreiben lassen und übersende Ihnen denselben. Sein Zweck ist, 1. abgedruckt zu werden, und zwar so bald als möglich, 2. soll er als Gegengift dienen gegen das Vorwort zur angeblich Präsidenziellen Brochure „Die Revision der Verfassung“. Dies Vorwort wird, das hör' ich leider! von allen Seiten als eine Aeußerung meiner Regierung vom Publicum aufgenommen, betrachtet und critisirt. Die unseelige Druckerfirma — „Königl. Geh. Ob. Hof-Buchdruckerei“ — läßt bei Tausenden keinen Zweifel über das, was ich allerdings mehr als bezweifle. Das Gift ist nun einmal hinaus. Das Gegengift — allerdings eine immer bedenkliche Maßregel — muß also folgen. Um Gottes Willen! keine Dénégazion. Dann

*) Nach der „Nat.-Ztg.“ bildete den Gegenstand der Unterhaltung die Verwaltung der Krankenkassen der Innungen, denen viele der Anwesenden als Schlosser, Tischler, Drechsler rc. bisher angehörten und nach der Ansicht des Magistrats auch ferner zwangsweise angehören sollten. Der Minister dürfte in den Aeußerungen der Einzelnen die Bestätigung der durch eine Deputation der Gesammtheit bereits vorgetragenen Beschwerden gefunden haben, und die Maschinenbauer hofften deshalb auf eine günstige Entscheidung derselben.

**) Vgl. Bd. I, S. 184 und oben Bd. II, S. 82.

erst glauben auch die Ungläubigen an die Richtigkeit des Gerüchts; sondern einige Worte, die in Festigkeit und Entschiedenheit das Gekrächz übertönen und verstummen machen.

Der Sinn des Aufsatzes ist in wenig Worten folgender: Das »Vorwort« fordert Preußen auf, sich, anlehnend an den Staatsstreich Napoléons, aus dem Zustande von 48 zu erheben. Mein Aufsatz dénégirt den Vergleich mit Frankreich und weist nach, daß wir unbeirrt durch französische oder andere ausländische Zustände den mächtig betretenen Weg der Reform der falsch zugeschnittenen Institutionen vorlängst begonnen haben und fortführen werden.

Ich übergebe den Aufsatz Ihrer Pflege, bester Manteuffel. Sollten Sie, was ich ernstlich nicht glaube, Bedenkliches darin finden, so ändern sie die bedenklichen Stellen. Sorgen Sie aber dafür, daß er, ohne Entstellung, schleunig erscheine, ehe es zu spät ist. Vale!

Friedrich Wilhelm."

P. S. „Ist das Gerücht gegründet, »daß Rhyno Quehl der Autor des Vorwortes ist«, so muß ich es Ihrer Erwägung überlassen, ob eine Reise ohne Wiederkehr in sein heimisches Danzig, oder sein Eintritt in K. K. Dienste (dessen er »en cas d'havarie« gewiß sein soll) nicht von Ihrer Seite befördert werden könnte."

Am 18. Dez. richtete Manteuffel an den Oberpräsidenten Eichmann in Königsberg das nachstehende Privatschreiben:

„Ew. Hochwohlgeboren haben wegen der der »Ostpreußischen Zeitung« zu gewährenden Unterstützung an General v. Gerlach geschrieben, von anderer Seite hat man sich an des Königs Majestät gewandt und endlich habe ich vom General Grafen Dohna über diesen Gegenstand ein sehr ausführliches Schreiben erhalten, welches zu beantworten ich mir vorbehalten muß, da es mir dazu in diesem Augenblicke an Zeit gebricht.

Mir würde es nun allerdings am liebsten gewesen sein, wenn Ew. Hochwohlgeboren die Güte gehabt hätten, direkt an mich zu schreiben und mir die Gründe darzulegen, welche der in meiner letzten Verfügung enthaltenen Ausführung ungeachtet Sie zu dem Wunsche bestimmen, gegen Ihre frühere Erklärung, daß es sich nur um eine Unterstützung auf ein Jahr handele, noch ferner eine so bedeutende Subvention zu erhalten. Mir würden damit manche Klatschereien und Unannehmlichkeiten erspart worden sein, welche gewiß nicht die Folge absichtlicher Entstellungen, wohl aber, wie ich glaube, mangelnder Kenntniß und unrichtiger Darstellung gewesen sind.

In der Sache selbst halte ich nun meine Verfügung noch in diesem Augenblicke für begründet. Ich habe mich zu einem Mehreren als zu der gewährten einjährigen Unterstützung nicht für verpflichtet gehalten; letztere ist aber mit Rücksicht darauf, daß sie nur eine einjährige sein soll, so hoch gegriffen worden, denn wenn man erwägt, daß ich 87 Zeitungen subventionire und dazu einen verwendbaren Fonds von 17 000 Rthlrn. habe, so ergiebt ein einfaches Rechenexempel, wieviel auf den Einzelnen kommt.

Dennoch will ich, theils um diese Sache, welche mir mehr Unannehmlichkeiten veranlaßt hat, als sie verdient, theils aber, und namentlich, um den Wunsch des von mir sehr hochgeachteten Generals Grafen Dohna zu erfüllen, für das nächste Jahr noch eine Unterstützung von 1500 Rthlrn. gewähren, welche ich gegen Ew. Hochwohlgeboren Quittung vierteljährlich senden werde.

Gern spräche ich mich an dieser Stelle über das gesammte Zeitungswesen, worin ich nachgerade einige Erfahrung habe, aus, allein die Zeit drängt, daher hier nur eine Erwiderung auf die in der That etwas abenteuerliche Behauptung, daß man hier darauf ausgehe, die konservative Presse im Stiche zu lassen und die schlechte Presse, auf welche zur Zeit der Gefahr doch nicht zu rechnen sei, zu begünstigen.

Das ganze Preßwesen ist meines Erachtens nicht auf dem Standpunkte, auf welchem es auf die Dauer wird bleiben können. Wenn ich einerseits die Unmöglichkeit und Widersinnigkeit der Einführung der Zensur (ganz abgesehen von dem Verfassungsparagraphen) zugestehe, so bezweifele ich andererseits, daß mit einer ungeregelten Presse überhaupt auf die Dauer zu regieren ist. Wie diese Regel zu appliziren, ist eine andere Frage, deren Beantwortung zu weit führen würde. Manches läßt sich allerdings dafür anführen, die Tagespresse überhaupt als Staatsanstalt hinzustellen oder wenigstens unter Staatskontrolle zu nehmen, doch würde das Organisationen voraussetzen, die jetzt noch nicht vorhanden sind. Auf die sogenannte konservative Presse ist in sehr kritischen Momenten nach den gegenwärtigen Verhältnissen keineswegs unbedingt zu rechnen; die schlagendsten Beweise habe ich vor Jahresfrist erfahren; die »Rheinisch-Westfälische Zeitung«, welche von mir ganz unverhältnißmäßig hohe baare Unterstützungen verlangt und zum Theil auch erlangt und vor ihrem Eingehen den Betheiligten 30 000 Rthlr. gekostet hat, liefert davon den schlagendsten Beweis. Anderer Beispiele in Ew. Hochwohlgeboren Nähe will ich gar nicht gedenken. Es versteht sich von selbst, daß ich den innerlich schlechten Zeitungen, welche nur äußerlich klein beigeben, noch weniger traue als den konservativen. Sobald indeß wiederum sehr bedenkliche Zeitverhältnisse eintreten sollten, was ich zu Gott nicht hoffe, bin ich fest entschlossen, mein Amt nur unter der Bedingung zu behalten, daß dann ebenso wenig das Leben sogenannter Verführter als das Scheinleben der Presse, welche freilich Herr Simson das Athemholen des Volkes nennt (dieses müßte denn lungenfaul sein, was es in der That nicht ist), geschont werde.

Dann wird es darauf ankommen, ganz durchgreifende Maßregeln zur Anwendung zu bringen. So lange dieser hoffentlich nicht zu befürchtende Fall nicht eingetreten und noch die meines Erachtens für friedliche Zustände auch erforderliche Garantie für das Preßwesen nicht gewonnen ist, wird es darauf ankommen, die Schäden der Presse möglichst abzuwenden.*) Den größten Schaden können aber

*) Am 20. Dez. 1851 schrieb der Polizeipräsident v. Hinckeldey privatim an Manteuffel: „In dem Bethmann-Hollwegschen Blatt von heute ist ein ganz niederträchtiger Artikel gebracht von »gutgesinnt«. Ich habe ihn schon heute früh halb vier Uhr gelesen, habe ihn dem Staatsanwalt überwiesen, aber das Blatt absichtlich nicht weggenommen, wie ich leicht konnte, weil es entschieden

die am weitesten verbreiteten Organe thun; gelingt es, diese auch nur zeitweise unschädlich zu machen, so ist zwar nicht viel, aber doch etwas gewonnen; gelingt es, diese Organe durch konservative Blätter zu verdrängen, so ist damit etwas mehr, aber noch nicht viel gewonnen. Daß Ihre Zeitung die »Hartungsche« ganz verdrängen werde, dürfte dort selbst nicht angenommen werden, denn es ist sehr schwer, gegen ein Gewohnheitsblatt anzukämpfen, und die gemachte Erfahrung, daß die »Hartungsche Zeitung« an Abonnenten nicht wesentlich abgenommen, die ihr entgegengestellte Zeitung aber immer noch Zuschüsse braucht, spricht gegen eine solche Hoffnung. Unter solchen Umständen mußte es als ein Gewinn erscheinen, mit der »Hartungschen Zeitung« ein Abkommen zu treffen, welches, ohne ihr positive Vortheile zu gewähren, sie in eine Abhängigkeit von der Regierung, namentlich bezüglich der Bestellung eines Redakteurs, brächte. Aehnliches ist schon früher mit der »Cölnischen Zeitung« nicht ohne Erfolg geschehen. Das beliebt man aber Bevorzugung der subversiven Presse zu nennen! Ich weiß sehr wohl, daß man den schlechten Zeitungen allenfalls mit Konzessionsentziehung zu Leibe gehen kann, und ich bin der Erste, der zur Anwendung dieses Mittels da, wo es unerläßlich erscheint, räth, aber ich glaube, man würde mir darin Recht geben, daß es immer ein Aeußerstes ist, zu dem man namentlich mit Rücksicht auf die bei einem großen Blatte beschäftigten Drucker nur ungern greift und welches in der Allgemeinheit kaum anzuwenden ist.

Ich will zugeben, daß ich darin irren kann, so lange ich aber ein Amt führe, werde ich auch das, was ich für richtig halte, auszuführen haben. Besonders betrübt hat es mich, daß man die Schuld von dem, was geschehen, nicht mir, sondern einem unter mir stehenden Beamten zur Last legt und gegen diesen Beschuldigungen häuft.

Ich kenne den Dr. Quehl, dessen Vergangenheit und gegenwärtige Verhältnisse, seine guten und weniger guten Eigenschaften so genau wie irgend Jemand, und wenn man mich für nicht ganz leichtsinnig hält, wird man wohl annehmen können, daß ich von einem Beamten, der seit länger als zwei Jahren unter mir arbeitet, mir selbst ein Urtheil gebildet haben werde. Thatsache ist, daß er der einzige Beamte ist, der mit einigem Erfolge Preßangelegenheiten behandelt, da er rastlos thätig und ganz uneigennützig ist. Die Einen schildern ihn aber als einen Mann, der mit den Londoner Republikanern in Verbindung steht, die Andern versichern, er werde von Oesterreich bezahlt. Wollte ich auf alle solche Insinuationen eingehen, so hätte ich noch mehr zu thun als jetzt, und das ist schon zu viel. Es ist mir z. B. von dort geschrieben worden, Ew. Hochwohlgeboren trachteten, das gegenwärtige Ministerium zu stürzen; ich habe den Brief zerrissen und Ihnen nicht ein Wort darüber gesagt, weil ich Grund habe, dieser Nachricht nicht zu glauben, aber gefreut habe ich mich über die Nachricht auch nicht, weil sie entweder wahr sein muß, und dann thäte es mir leid, oder weil sie falsch sein muß, dann bedauere ich, daß man dergleichen Dinge erfindet. —

darauf abgesehen ist, durch die Konfiskation das Blatt zu heben. — Straft das Gericht, so werde ich dann den Redakteur herausjagen und gegen Drucker und Verleger mit Konzessionsentziehung vorgehen! Auch hierüber erbitte ich mir hochdero Befehle."

Doch genug von diesem unangenehmen Thema. Ich habe schon mehr geschrieben, als ich wollte, und muß sowohl dieserhalb als wegen der Eile, mit welcher ich geschrieben, um Entschuldigung bitten."

Der Oberpräsident Eichmann bemerkte in einem privaten Erwiderungsschreiben, d. d. Königsberg, 20. Dez.:

„Meinen besonderen Dank erstatte ich Ew. Excellenz, daß Sie mich unterrichten, es sei von hier aus geschrieben, ich trachte nach dem Sturze des gegenwärtigen Ministeriums. Ich bin mir bewußt, daß nie ein Wort des Tadels gegen das Ministerium von mir ausgegangen ist, daß ich vielmehr stets die Verdienste des Ministeriums, vor allen Ew. Excellenz hohe Verdienste um das Vaterland im Nov. 1848, im Mai 1849, im Nov. 1850 aus vollster Ueberzeugung gepriesen, daß ich stets die Absichten des Ministeriums besonders in Bezug auf Wahlen, auf Kreis- und Provinzialständische Versammlungen auf das Eifrigste unterstützt, daß ich mich immer als Feind der Feinde des Ministeriums gezeigt, daß ich mit keinen äußern Potenzen, außer den Herren Ministern eine Korrespondenz unterhalte, nur an den General zwei oder drei Briefe geschrieben, auch an die sich neu aufthuende Fraktion der Herren v. Bethmann-Hollweg und Mathis, alte Freunde von mir, nicht eine Zeile geschrieben habe.

Mit meiner amtlichen Stellung bin ich vollkommen zufrieden, und jeder Gedanke an eine Veränderung liegt mir fern. Der Zustand der Provinz hat sich unter meiner Verwaltung gebessert, davon giebt Zeugniß der herzliche Empfang Sr. M. des Königs in der Provinz, der günstige Verlauf der Kreistage und noch mehr der Provinzialständischen Versammlung, zuletzt der erwünschte Ausfall der Wahlen zum hiesigen Gemeinderath. Mein Bestreben geht unausgesetzt dahin, die Beamten in Erfüllung ihrer Pflicht gegen König und Land und in Disziplin zu halten, auf Kirche und Schule vortheilhaft einzuwirken. Ich habe keinen anderen Ehrgeiz, als meine Amtspflichten zum Wohle der Provinz, zur Zufriedenheit Sr. M. des Königs und Allerhöchstdessen Regierung zu erfüllen. Ich gehe dabei mit den bewährtesten Dienern Sr. M., namentlich mit dem General Grafen Dohna, Hand in Hand."

Der Gedanke, den Staatsrath wieder zu beleben,*) nahm bald nach Berufung der Kammern eine festere Gestalt an. Am 19. Dez. legte der Minister des Innern, v. Westphalen, Manteuffel ein fünf Seiten langes, eigenhändig abgefaßtes Votum vor, worin er die nächsten dringlichen legislativen Arbeiten aufzählte, zu deren Erledigung die Kräfte seines Ressorts nicht ausreichten. Daran knüpfte Westphalen den Antrag auf schleunige Berufung des Staatsraths, welche Körperschaft nach der Verordnung vom 6. Jan. 1848 noch unaufgehoben fortbestehe. Tags darauf schrieb Gerlach aus Charlottenburg an Manteuffel:

„Gestern hatte ich ein ausführliches Gespräch mit Sr. M., über die Vorschläge Ew. Excellenz, namentlich über den Vorschlag, den Staatsrath zu revivisciren

*) Vgl. oben S. 58.

und von ihm eine Reform der Verfassung ausgehen zu lassen.*) Ich will nicht die Raisonnements des Königs hier ausführen, die Ew. Excellenz ja bekannt sind, sondern statt dessen nur bemerken, daß ich in Ihrer Stelle jedenfalls, und zwar so schnell als möglich, vielleicht wie das Ihre Absicht war, eine Wiederherstellung des Staatsraths vorschlüge. Dadurch wird eine neue, nicht konstitutionelle Potenz in das Leben gerufen, die von großem Nutzen und von großer Hülfe für das Ministerium sein kann. Es müßten aber freilich 10 bis 12 ordentliche Leute noch hineingesetzt werden, die man unter den Spitzen der Ministerialräthe ꝛc. leicht auffinden könnte. Dies wäre auch eine Gelegenheit, die Ministerkandidaten zu prüfen. Haben Sie erst den Staatsrath, so werden Sie ihn auch zu den Dingen brauchen können, die Sie für ihn angemessen halten; ist es nicht die ganze Verfassung, so sind es einzelne Abschnitte derselben, z. B. die Finanzen ꝛc."

Während Manteuffel sich den Staatsrath, ähnlich wie später Bismarck, nur als berathendes Organ dachte, verlangte der Geh. Legationsrath Küpfer, daß derselbe die Kammern ersetzen sollte. Der Vorschlag, den Küpfer hierüber dem Minister Manteuffel am 28. Dez. unterbreitete, ist noch heute lesenswerth, schon um der geschichtlichen Rückblicke wegen, die darin zerstreut sind. Davon ausgehend, daß die reine Kabinetsregierung nur bei einer solchen Persönlichkeit der Herrscher heilsam sei, wie die Natur selbige zu schaffen sich nicht immer gefällt, bemerkte Küpfer:

„Preußen ist ein so künstliches politisches Gebäude, daß es, wenn es eine Macht bleiben soll, durchaus auf die Dauer nicht die Schwächungsmittel verträgt, die in halbsouveränen Kammern sowie in den mit dem Kammerwesen unzertrennlich verbundenen Parteiorganisationen liegen. Es bedarf vielmehr vor Allem einer kräftigen, regierungstüchtigen obersten Gewalt. Es muß zugleich eine sehr centralisirte Verwaltung und also, was man auch gegen die Bureaukratie sagen mag, einen starken und einflußreichen Beamtenstand, der aber von oben her einer sehr scharfen Kontrolle unterworfen und streng disziplinirt ist, haben. Ständische Versammlungen taugen für sein System nur als Kontrolle der lokalen Verwaltung und um die Stimmung der Provinzen sicherer zu erkennen. Auf die allgemeinen Staatsgeschäfte nützlich einzuwirken, sind solche Versammlungen unfähig.

Das Staatsproblem Preußens bleibt, der Leitung der obersten Gewalt ununterbrochen die erforderliche Kraft, Konsequenz und Haltung zu sichern. Die Erfahrungen von 1797 bis 1807 und dann vom Tode Hardenbergs bis 1848 haben sattsam über den Werth der sogenannten Kabinetsregierung in Preußen gerichtet. Ebenso wenig wie Kammern verträgt Preußen auf die Dauer die Herrschaft persönlicher Günstlinge oder sich um die höchste Gewalt schlingender Koterien. Ist der Souverän in Preußen nicht (was immer eine Ausnahme bleibt) von der Natur zum wirklichen Führer des Heeres und zum Autokraten gestempelt, so muß er einem tüchtigen Ministerium sein Vertrauen zu schenken wissen. Ein Ministerium

*) Näheres über den Verlauf dieses Gesprächs findet man in Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 708. Das obenstehende Schreiben ist erwähnt a. a. O., S. 710.

bleibt aber ein Körper, der ein leitendes Haupt haben muß. Ein Präsident des Konseils, ein Premierminister, ein Staatskanzler oder wie man jenes Haupt selbst nennen mag, ist also unerläßlich als einheitlicher Leiter der obersten Staatsgeschäfte. Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß derselbe möglichst wenig gewechselt werden darf. Wie aber soll ihm und seinem System ein dauernder Halt gegen die im Palaste sich geltend machenden Bestrebungen der persönlichen Günstlinge, der Koterien und der Parteien geschaffen werden?

Wenn man nun für diesen Zweck nicht nach Kammern oder Generalständen greifen darf, so haben doch alle großen und dauernden wirklichen Monarchien, welche die Geschichte zeigt, stets einen Körper gehabt, der, aus den in der Kenntniß der höheren Staatsgeschäfte bewandertsten und hervorragendsten, relativ unabhängigsten, das Vertrauen des Landes besitzenden Männern zusammengesetzt, gewissermaßen den Ballast des Regierungsschiffs bildete, als Bewahrer der fundamentalen und traditionellen Staatsmaximen diente, der Regierung als zu befragender Rathgeber, ja als Warner zur Seite stand und dem Minister, Staatsmanne ebenso eine Stütze bot, wie er den Auswüchsen der Palastregierung, der Koterien- und Günstlingsherrschaft einen Damm entgegensetzte. Sein Name war bald Senat, bald Geheimerath, bald Konseil von Kastilien, bald Staats-Konsulta, bald Divan, bald Reichs- oder Staatsrath. Er wurde aber überall als ein nützliches, ja nothwendiges Rad in der Maschinerie der eigentlichen Monarchie, im Orient wie im Occident, in der Türkei und Rußland wie in Spanien ꝛc. angesehen. Eines solchen politischen Körpers dürfte nun auch Preußen dringend bedürfen, oder, um genauer zu sprechen, es dürfte räthlich sein, denselben an die Stelle der jetzigen Kammern zu setzen.

Hardenberg erkannte dieses Bedürfniß auch vollständig an, und das Gesetz vom 20. März 1817*) schuf einen Staatsrath, der mit Rücksicht darauf, daß neben ihm eine sogenannte Landesrepräsentation, mit der er sogar direkt zu verhandeln bestimmt war, bestehen sollte, und aus andern Rücksichten auf die damals obwaltenden Verhältnisse eigentlich nur eine die Gesetzesfassung berathende sowie Kontrollbehörde der Verwaltung war. Man muß es daher als zweckmäßig anerkennen, daß er ausschließlich aus im aktiven Dienste befindlichen Staatsdienern bestand, deren erste Auswahl als eine höchst sorgsame erwähnt zu werden verdient. Der Staatsrath von 1817 hat dennoch die auf ihn gesetzten Erwartungen nicht alle erfüllt und zwar infolge von Verhältnissen, die es hier zu entwickeln zu weit führen würde. Auch wurde seine Personalzusammensetzung im Laufe der Zeit schwächer. Dennoch hat er unverkennbar manches Gute gestiftet.

Der politische Körper, um den es sich jetzt für Preußen handelte, dürfte, wie schon oben angedeutet wurde, wesentlich andere Zwecke wie der Staatsrath von 1817 zu erfüllen haben. Einmal würde er gewissermaßen der Bewahrer eines festen Regierungs- und politischen Systems, eine Art von »Senat Conservateur« sein müssen. Dann wäre seine Aufgabe, die Auswüchse der Palastregierung sowie das Getreibe der politischen Parteien in ihren staatsverderblichen Wirkungen

*) Gesetzsammlung 1817, S. 67.

wesentlich zu neutralisiren. Endlich müßte er nach einer anderen Seite hin dem Lande eine Gewähr geben, daß die Handhabung der Staatsverwaltung eine rationelle wäre, und daß die Regierung im Stillen sich allmählich nicht gewissermaßen zersetzte. Mit einem Worte, er würde praktisch dasjenige zu leisten haben, was man früher allgemein von der Landesrepräsentation erwartete, wozu sich aber Generalstände und noch mehr aus Censuswahlen hervorgegangene Kammern faktisch als eine völlig unbrauchbare und daneben sehr ernste Uebelstände mit sich führende Maschinerie erwiesen haben. Soll der fragliche Körper diese ihm gestellten Aufgaben lösen, so muß er ausschließlich aus den wirklich politischen Notabilitäten des Staates zusammengesetzt sein. Zwei Kategorien von Männern würden also wesentlich zur Bildung des fraglichen Körpers benutzt werden müssen. Einmal und vor allen Anderen diejenigen nicht mehr im aktiven Staatsdienste befindlichen Männer, die in demselben früher Einsicht in die höheren Staatsgeschäfte und gereifte Erfahrungen zu erwerben in dem Falle waren, daneben mit einer erprobten persönlichen Selbständigkeit und einem hingebenden Patriotismus staatsmännische Ansichten und einen echt gouvernementalen, das heißt vom Wesen der Autorität durchdrungenen Geist sowie die Achtung des Landes besäßen, den Parteien wesentlich fremd ständen, und von denen keine faktiöse Opposition gegen das Ministerium irgend vorherzusehen wäre. Die sich vorfindende Zahl der diese Bedingung vereinigenden Männer dürfte sehr beschränkt sein und nicht zur Bildung des fraglichen Körpers hinreichen.*) Es dürfte daher die noch fehlende Zahl durch solche aus den Provinzen zu nehmende Personen zu ergänzen sein, welche wahren preußischen Patriotismus, erprobte persönliche Selbständigkeit, einen gouvernementalen Geist und eine gewisse Geschäftskenntniß besäßen und zu den allgemein anerkannten, wirklichen moralischen Autoritäten ihrer Provinzen gehörten. Eine gleiche Repartition auf die verschiedenen Provinzen erschiene hierbei nicht zweckmäßig, wohl aber daß jede Provinz doch gewissermaßen einen Repräsentanten erhielte.

Um alle diese Männer mit der möglichst großen moralischen Autorität zu umgeben, dürfte ihre Ernennung auf Lebenszeit stattzufinden haben. Sie erhielten, wenn es irgend durchführbar, keine besondere Besoldung. Ihre politische Laufbahn würde grundsätzlich als eine völlig abgeschlossene angesehen, und sie höchstens neben ihrer Stellung im fraglichen Körper zu zeitweisen außerordentlichen Aufträgen in höheren Staatsgeschäften verwendet. Um dem Körper das Vertrauen des Mittelstandes nicht zu entfremden, würde bei den Wahlen dazu Sorge zu tragen sein, daß sie nicht fast ausschließlich in einem Stande getroffen würden. Dem Körper gehörten ferner an die Königlichen Prinzen, die Minister mit Portefeuille, der Chef des Generalstabes der Armee und der erste Präsident des Obertribunals sowie, wenn sie besonders von der Regierung nach Berlin berufen wären, die komman-

*) In dem Schreiben, mit dem Küpfer dem Ministerpräsidenten das obige Promemoria übersandte, legte er noch besonderen Werth auf die Rekrutirung des Staatsraths aus zähen Charakteren, wie z. B. Graf Alvensleben, die über Furcht und Hoffnung ständen; in diesem Falle könnte die Institution wohl sehr wirksam dazu beitragen, „den Schwung einer zu reichen Phantasie auf die Forderungen der preußischen Staatspolitik herabzuführen, die, so sehr wie irgend eine, eine scharfe, ruhige und kalte Berechnung erfordert".

direnden Generale, die Oberpräsidenten und die Königlichen Gesandten bei den vier großen Mächten. Doch nähmen alle diese Personen nur an den Plenarberathungen theil. Es stände aber den Ressortministern nicht allein frei, den Sitzungen der ihrem Ressort entsprechenden Abtheilungen beizuwohnen, sondern zu denselben für die einzelnen Berathungsgegenstände auch noch besondere Ministerialkommissare abzuordnen, die dann auch, ohne mit zu votiren, der Berathung des Gegenstandes im Pleno beiwohnen könnten.

Die Vertheilung der Mitglieder in die Abtheilungen geschähe durch die Regierung, so daß allenfalls ein Mitglied zu mehreren Abtheilungen gehören könnte. Diese Abtheilungen entsprächen den bestehenden Ministerialdepartements. Es würde daneben aber noch eine besondere Abtheilung geschaffen, die mit der Ueberwachung der Fälle beauftragt wäre, wo die Staatsregierung sich von den traditionellen politischen Maximen und dem politischen Grundsystem des Staates zu entfernen schiene. Diese Abtheilung erstattete mindestens jährlich einen ihre Beobachtungen enthaltenden Bericht. Die Berathungen in den Abtheilungen bereiteten die Gegenstände für das Plenum vor. Nur die Abtheilungen für die auswärtigen Angelegenheiten und für die Ueberwachung der Beobachtung des politischen Grundsystems des Staates richteten ihre Berichte durch den Ministerpräsidenten direkt an den König, es sei denn, daß die Regierung selbst eine Berathung im Pleno verlange. Beide Abtheilungen wären ganz besonders zur Bewahrung des strengsten Geheimnisses sowohl in Betreff der ihnen von der Regierung gemachten Mittheilungen wie hinsichtlich ihrer Berathungen verbunden. Der Ministerpräsident wäre zugleich der Präsident des fraglichen Körpers. Ein Staatssekretär versähe die Funktionen des Protokollführers.

Dem Körper müßte jedes von der Regierung zu erlassende neue politische oder civilrechtliche Gesetz oder Gesetzesdeklaration, jeder zu ratifizirende Staatsvertrag und das zu vollziehende Staatseinnahme- und Ausgabebudget zur Begutachtung vorgelegt werden. Er beriethe diese Gegenstände indeß nicht in ihren einzelnen Spezialitäten und hinsichtlich der Fassung, sondern wesentlich nur aus dem Standpunkte der allgemeinen Staatspolitik und faßte seine Gutachten vorzugsweise in diesem Sinne ab, ohne daß jedoch beiläufige Bemerkungen in Betreff von Spezialitäten auszuschließen wären. Die Körperschaft beriethe ferner alle Gegenstände, worüber die Regierung ihr Gutachten verlangte. Sie bildete endlich die Untersuchungsbehörde, falls der König das Benehmen eines Staatsdieners, der an der Spitze eines Ministerialdepartements oder einer Armee gestanden, ihr zur Prüfung überwiese. Ein Ministerium oder ein Ministerpräsident, der nur einigermaßen das Vertrauen einer solchen Körperschaft besäße, würde dieselbe voraussichtlich ohne besondere Mühe leiten können, aber vorzüglich in der Abtheilung zur Wahrung des politischen Grundsystems des Staates, die gewissermaßen ein Staatscensorat bildete und aus den allerverläßlichsten Männern zusammenzusetzen wäre, einen Hebel finden, um in den obersten Regionen eingewurzelte irrige Ansichten wirksam zu bekämpfen.

Da die Verhandlungen eines solchen Körpers nicht der Oeffentlichkeit anheimfielen, und da er überhaupt nur rathgebend aufträte, könnte er nie ein wirkliches

Geheimniß für den Gang der Staatsverwaltung abgeben. Er böte nur eine Gewähr dafür dar, daß alle allgemeinen Maßregeln der Regierung wirklich reiflich erwogen worden seien, und sicherte dadurch das Vertrauen des Landes in selbige. Vorzüglich der Minister, welcher die erste Zusammensetzung der Körperschaft leitete, könnte darin, falls er sich nicht ganz in seinen Wahlen vergriffe, eine höchst kräftige Stütze finden."

Am 5. Jan. 1852 schrieb Gerlach aus Potsdam an Manteuffel:*)

„Als heute der Geheime Regierungsrath Niebuhr die (scil. auf den Staatsrath bezüglichen) Anlagen Sr. M. dem Könige in meiner Gegenwart zur Vollziehung, nach abgesagtem ausführlichen Vortrage, vorlegte, äußerte Se. M. sich dahin, daß Sie doch Bedenken fänden, diese Ordre vor nochmaliger Rücksprache mit Ew. Excellenz zu vollziehen. Erstens fand der König die Eile nicht für nöthig, ja nicht einmal nützlich, indem dadurch die Gerüchte von einer beabsichtigten Aufhebung der Verfassung durch den Staatsrath verstärkt werden könnten. Sodann waren Se. M. zwar bereit, vorläufig das Präsidium des Staatsraths mit dem des Staatsministeriums zu verbinden, glaubten aber, daß dies keine definitive Anordnung sein dürfte, indem es dem Wesen eines konstitutionellen Staates widerspräche, wenn diese beiden Funktionen vereinigt würden. Ich unterstand mich, Se. M. darauf aufmerksam zu machen, daß die Minister F. Hardenberg und v. Voß beide Premierminister und Präsidenten des Staatsraths gewesen wären, und daß in England der Lord Präsident jedesmal Mitglied des Kabinets sei. Se. M. wollten aber jedenfalls hierüber noch mit Ew. Excellenz sprechen.

Der König erwähnte noch bei dieser Veranlassung, daß, wenn der Staatsrath wieder in das Leben gerufen würde, dabei mit der größten Offenheit verfahren und den Kammern der Zweck dieser Maßregel, gründliche Vorbereitung der vorzulegenden Gesetze, angezeigt werden müßte.

Endlich befahlen mir Se. M., Ew. Excellenz von Obigem Nachricht zu geben."

Erst am 12. Jan. gab der König seinen Widerspruch auf, indem er in Charlottenburg nachstehenden Erlaß zeichnete:

„Nachdem Ich, auf den Antrag des Staatsministeriums, beschlossen habe, den Staatsrath wieder in Wirksamkeit treten zu lassen, will Ich Ihnen hierdurch die seit längerer Zeit erledigte Stelle des Präsidenten des Staatsraths für jetzt übertragen und habe das Staatsministerium davon in Kenntniß gesetzt.

Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel. v. der Heydt. Simons. v. Raumer. v. Westphalen.
v. Bodelschwingh.

An den Präsidenten des Staatsministeriums Freiherrn v. Manteuffel."

Am 23. Dez. besichtigte Manteuffel die Bureaus und sonstigen Lokalitäten des Berliner Polizeipräsidii und der mit demselben verbundenen Institute. Manteuffel

*) Näheres über diesen Vorgang auch in Gerlach, a. a. O., S. 719.

ließ sich in einzelnen Bureaus die Bücher aufschlagen. In dem Bureau, in welchem die Einwohner der Stadt Berlin, ihre Verhältnisse ꝛc. verzeichnet sind, stellte der Minister dem Bureauchef die Frage, ob er über die Person, die Verhältnisse ꝛc. jedes Einwohners der Residenz Aufschluß zu geben vermöge? Es wurde dem Minister geantwortet, daß er irgend eine beliebige Person nennen möge. Der Minister nannte sich selbst und er erhielt darauf die detaillirteste Auskunft über seine ganze amtliche Karriere, von der Zeit an, wo er hier als Assessor beschäftigt war, bis zu seiner späteren Ernennung zum Ministerpräsidenten. Manteuffel nannte darauf seinen Bruder, den Unterstaatssekretär v. Manteuffel, und erhielt nicht minder detaillirte Angaben über denselben. Die Telegraphenstation im Polizeipräsidium besah der Ministerpräsident genau, und es wurden in seiner Gegenwart verschiedene Versuche angestellt, die zu seiner Befriedigung ausfielen.*)

An dieser Stelle mag das folgende Billet des Königs Platz finden:

„Charlottenburg, Christtag 1851 früh. Auf Ihr Christgeschenk muß man mit dem Weihnachtsruf antworten: Gloria in excelsis Deo et in terra pax hominibus bonae voluntatis. Wenn's man wahr ist.

Friedrich Wilhelm.

Für den Minister Manteuffel."

Am 5. Jan. 1852 empfing Manteuffel eine Deputation von Handwerkern, welche im Auftrage von 21 Berliner Gewerken kamen, demselben eine Denkschrift über die einzelnen Kassen- und Gewerksverhältnisse und die mehrfachen Streitfragen zwischen der Gewerbeabtheilung des Magistrats und den Gewerksvorständen zu überreichen. In dem mündlichen Vortrage der einzelnen Abgeordneten trat besonders gegen einen Gewerksassessor eine entschiedene Abneigung zu Tage. Der Ministerpräsident konnte natürlich nicht beurtheilend auftreten, gab aber die Versicherung, daß, nachdem er sich überzeugt haben würde, Alles geschehen werde, was sich von seiner Seite thun lasse, diesen Uebelständen abzuhelfen, da er in dem Wohle des Arbeiterstandes das Wohl des Staates gesichert fühle; wenigstens gehe die Regierung von diesen Grundsätzen aus, und wenn andere Behörden anders verfahren sollten, müsse er dies besonders bedauern.

Auf die Veröffentlichung eines über die gehaltenen Reden aufgenommenen stenographischen Berichts drohte der Magistrat mit gerichtlicher Verfolgung. Außerdem nahm der Oberbürgermeister Krausnick Veranlassung, sich direkt an Manteuffel mit dem Gesuche zu wenden, dem Magistrate die von der Deputation vorgetragenen Beschwerden näher zu bezeichnen, damit ein aktenmäßiger Bericht erstattet werden könne. Auf dieses Gesuch wurde von dem Ministerpräsidenten folgende Antwort an den Oberbürgermeister Krausnick ertheilt:

„Der Magistrat hierselbst hat sich durch die Mittheilungen öffentlicher Blätter über eine Deputation mehrerer Gesellschaften hiesiger Innungen, die ich empfangen,

*) Am 24. Dez. dankte der General der Kavallerie v. Wrangel Manteuffel in seinem Namen und in dem der Soldaten für die ihm übersandten 500 Exemplare des Werkes „Preußenbuch", eines ebenso erfreulichen wie patriotischen Geschenkes.

und über die mir von dieser Deputation in Betreff der gewerblichen Verwaltung des Magistrats vorgetragenen Beschwerden veranlaßt gefunden, in dem Bericht vom 6. d. Mts. mich um nähere Bezeichnung dieser Beschwerden zu bitten, um demnächst seinerseits mir darüber einen aktenmäßigen Bericht zu erstatten. Ich finde es indessen, wie ich Ew. Hochwohlgeboren hierdurch bemerklich mache, nicht angemessen, mich über diesen Gegenstand mit dem Magistrat in einen Schriftwechsel einzulassen, theils weil ich auf Grund von Zeitungsnachrichten meinerseits niemals Erklärungen abgebe, theils weil es dem Ressortverhältniß nicht entsprechen würde, wenn ich über eine Angelegenheit, in welcher die Regierung zu Potsdam die vorgesetzte Behörde des Magistrats ist, mit diesem unmittelbar in Erörterungen eingehen wollte. So wenig es mir aber beikommt, in dieser oder in irgend einer anderen Dienstsache den gesetzlich vorgeschriebenen Behandlungsweg zu unterbrechen, ebenso halte ich mich für verpflichtet, Beschwerden aller Art, welche an mich gelangen, entgegenzunehmen und deren Prüfung sowie erforderlichenfalls deren Abstellung herbeizuführen. Ganz besonders lasse ich mir diese Pflicht angelegen sein, wenn die Beschwerden gegen bureaukratische Bedrückung gerichtet sind, denn ich weiß aus Erfahrung, daß diese nicht selten achtungswerthen Klassen der Gesellschaft gerechte Ursache zur Unzufriedenheit giebt und daß dieselben Beamten, von denen sie ausgeübt wird, gewöhnlich zugleich diejenigen sind, welche den Anordnungen ihrer Vorgesetzten Widerstand entgegenstellen. Beide Richtungen aber müssen — das ist meine Ueberzeugung — kräftigst bekämpft werden. Indem ich nun, was den vorliegenden Fall betrifft, mein Urtheil natürlich bis nach vollständiger Erörterung der Sache suspendire, bemerke ich, daß ich die bezeichneten Beschwerden hiesiger Gesellenschaften dem Herrn Handelsminister zur weiteren Veranlassung zugestellt habe, durch welchen auch der Magistrat behufs der gewünschten Berichterstattung davon Kenntniß erhalten wird. Meinerseits werde ich die Sache aber fortwährend im Auge behalten und zweifle nicht, daß auch Ew. Hochwohlgeboren derselben dasjenige lebhafte Interesse zuwenden werden, welches sie aus allgemeinen Rücksichten, ganz besonders aber für die dabei zunächst betheiligte hiesige Stadt verdient.

Berlin, den 22. Jan. 1852.

Der Ministerpräsident v. Manteuffel."

Ein zweiter, gleichfalls an den Oberbürgermeister von Berlin, Geh. Ober Regierungsrath Krausnick, gerichteter Manteuffelscher Erlaß lautet:

„Ew. Hochwohlgeboren erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 28. v. Mts. ergebenst, daß ich das darin dargelegte Bedauern über die Veröffentlichung meines Erlasses vom 22. v. Mts. und der Erklärung des Magistrats vom 28. v. Mts. nicht theile. Was die erste betrifft, so ist die Veröffentlichung ohne meine Veranlassung geschehen, ich habe aber keinen Grund, sie zu bedauern, weil sie mein Schreiben und meine Ansichten richtig wiedergiebt, und ich aus meinen Intentionen niemals ein Hehl gemacht habe. Diese Intentionen beruhen auf den ausdrücklichen Befehlen Sr. M. des Königs, Allerhöchstwelcher es mir besonders zur Pflicht gemacht hat, dahin zu sehen, daß auch dem Geringsten im Volke kein Unrecht geschehe, und daß alle Beschwerden gründlich erörtert werden, nicht zu dem Zwecke, um die

Behörde, über welche Klage geführt wird, zu rechtfertigen, sondern um die Wahrheit zu ermitteln und vielleicht nicht richtig ausgedrückten, nichtsdestoweniger begründeten Verlangen Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen. Anlangend die Erklärung des Magistrats vom 28. v. Mts., so freue ich mich stets, wenn ich vortheilhafte Zeugnisse über öffentliche Behörden vernehme. Das Gewicht dieses Zeugnisses wird in meinen Augen im vorliegenden Falle allerdings dadurch in Etwas beeinträchtigt, als es von dem Magistrate sich selbst und seinen Mitgliedern ausgestellt wird. Immerhin weiß ich auch den Werth eines edlen Selbstbewußtseins zu ehren, wennschon die am Schlusse des Aufsatzes vom 28. v. Mts. ausgesprochene Versicherung: »der Magistrat wisse, daß er stets darauf bedacht gewesen, das Ansehen der Behörden mit aller Kraft und Berufstreue zu wahren«, in den Thatsachen, wie sie mein Gedächtniß mir darstellt, nur eine bedingte Bestätigung findet und die Staatsregierung nicht von der Verpflichtung entbinden kann, vorsorglich dahin zu wirken, daß die genügende Kraft im rechten Augenblicke auch wirklich vorhanden sei. Dazu wird es ganz besonders beitragen, wenn Beschwerden, wie die vorliegenden, recht gründlich geprüft und entweder als unbegründet dargethan oder abgestellt werden. — Die mit dem Berichte vom 22. v. Mts. mir vorgelegten Verhandlungen, welche ich einer sorgfältigen Durchsicht unterzogen habe, scheinen mir in dieser Beziehung noch keineswegs genügendes Material zu gewähren; ich suspendire indeß auch hierüber mein Urtheil bis nach ressortmäßigem Austrag der Sache. Ich stelle ganz ergebenst anheim, auch dieses mein Schreiben, falls es für angemessen erachtet werden möchte, veröffentlichen zu lassen.

Berlin, den 7. Febr. 1852.

Der Ministerpräsident v. Manteuffel."

Der Polizeipräsident v. Hinckeldey, der von 1848 her gewohnt war, überall Angehörige der rothen Demokratie zu wittern, ging am 6. Jan. so weit, selbst Manteuffels treu ergebenen und wohlerprobten Geheimsekretär Nipprasch zu verdächtigen.

„Er thut Ihnen in der öffentlichen Meinung den entschiedensten Schaden. Zum Beweis für diese Behauptung mache ich Ew. Excellenz darauf aufmerksam, daß neulich der Maschinenbauarbeiter Stein durch N. in Ihre Vorzimmer gebracht worden ist, ein so hochrother Demokrat, daß er wahrscheinlich noch heute der Aufbewahrer bedeutender Munitionsvorräthe ist. Ich führe ferner an, wie ich bestimmt weiß, daß N. in der intimsten Verbindung mit dem gefährlichsten Demokratenführer hierselbst, dem Kaufmann N., früher in der Alexanderstraße, steht, durch welchen alle Klatschereien Ihres Vorzimmers brühwarm in die demokratische Küche kommen. Ich darf Ew. Excellenz schließlich nicht verschweigen, daß die fabelhaftesten Geschwätze darüber kursiren, wenn Ew. Excellenz zuweilen einen Umgang mit N. in verschiedenen öffentlichen Lokalen machen.*) Man versichert mich, daß Alles vorbereitet sei. Ich habe mit Ew. Excellenz und unter Ihrer speziellen Leitung die schwersten

*) Gemeint sind die oben S. 82 u. 171 erwähnten Besuche Manteuffels in Wirthschaften zur Orientirung über die Stimmung und die Wünsche der arbeitenden und mittleren Klassen.

Zeiten durchgemacht; Hochdieselben sind noch der einzige Mann, an den mich das persönlichste Interesse, warme Verehrung und, wenn Sie mir den Ausdruck erlauben, herzliche Freundschaft knüpft! Mögen Ew. Excellenz auch an mir irre gemacht worden sein, Gott und der König werden es bezeugen — ich habe es stets redlich mit Hochdemselben gemeint. Darum verzeihen Sie mir auch die vielleicht ungebührliche Wärme und Lebhaftigkeit dieses Briefes. Kein Mensch in der Stadt wagt dies vielleicht. Ich wage es! Ich weiß, daß ich Sie lieb habe und daß ich es redlich meine mit dem König und mit meinem Vaterlande. Prüfen Ew. Excellenz meine Verwaltung, lassen Sie solche prüfen durch wen sie wollen! Ich finde darin nur eine Ehre, denn ich lebe, wie jener Römer, in einem gläsernen Hause. Aber ich will nicht, daß ein Mann, wie N. mir Ihre Achtung, Ihr Wohlwollen, vielleicht Ihre Freundschaft rauben darf. Uebrigens bin ich mit der Behandlung der Innungssachen seitens des Magistrats durchaus nicht einverstanden und werde mir gelegentlich erlauben, Ew. Excellenz darüber Vortrag zu halten."

Die massenhaften Ausweisungen politisch verdächtiger Personen, welche **Hinckeldey** vornahm, hielt Manteuffel für unpolitisch. Die Gründe, womit Hinckeldey sein Vorgehen zu rechtfertigen suchte, faßte derselbe in einem Briefe vom 25. April in Folgendem zusammen:

„Es sind hier durchaus keine Spuren vorhanden von einer akuten, d. h. in kurzer Zeit ausbrechenden Bewegung, um so unleugbarer, fester, tiefer und nachhaltiger sind aber die Spuren vorhanden von Bestrebungen, welche dahin gehen, eine vollkommen feste demokratische Organisation gegen die Regierung unter dem Handwerkerstande und besonders unter den Maschinenbauern zu organisiren und für diese Organisation schlagfertige, entschlossene und zuverlässige Menschen heranzuziehen. Man weiß sehr wohl, daß es eine Thorheit sein würde, jetzt sich irgendwie auf dem champ de bataille zu zeigen. Gewinnt aber die Sache solchen Fortgang, wie dies leider seit den letzten drei Monaten der Fall gewesen ist, so sehe ich mit Bestimmtheit voraus, daß die Königliche Regierung in dem Augenblicke, wo, wie im Jahre 1848, irgend eine unvermuthete Staatserschütterung in Frankreich eintritt — und dieser Fall liegt doch durchaus nicht außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeit, zumal bei einem plötzlichen Hingang Bonapartes — daß die Königl. Regierung, sage ich, in diesem Augenblick hier einen mehr oder weniger geordneten Widerstand von Seiten der Innungen und Gewerke erfahren wird. Und bilden diese einmal ein unter Leitung einer Behörde — deren Elemente vollständig vorliegen — geschlossenes Korps, so krystallisiren sich daran sehr leicht die in der Organisation heimlich noch komplett bestehenden Volksvereine. Dies ist die Macht, welche uns s. Z. gegenübertreten wird. Sie besitzt große Mittel, sie besitzt noch größeren Verstand, noch größeres Organisationstalent. Ihr Vorhandensein ist juristisch unerweislich und sie versteckt sich auf das Geschickteste und in völlig unangreifbarer Weise hinter den Formen unseres Vereinsgesetzes.

Die Operationen der Polizei können sich nur darauf beschränken, dieser Organisation die Quellen abzugraben und Diejenigen aus Berlin zu weisen, auf welche jene Leute ihr Augenmerk gerichtet haben, welche tüchtige und

entschlossene Führer abgeben. Die wesentlichsten Kräfte bezieht jene Organisation 1. aus dem Gesundheitspflegeverein, 2. aus verschiedenen Sparkassenvereinen, 3. aus den Gesellenkassen und aus den freien Verbindungen der Gesellen unter sich zu den verschiedensten Zwecken. Ich habe mit Aufwendung aller meiner Kräfte dahin zu wirken gesucht, daß die Ortsstatuten für die verschiedenen Gesellenkassen ins Leben treten möchten, weil darin das wesentlichste Mittel zu finden ist, um die Gesellenkassen und besonders die Gesundheitspflegevereine zu ruiniren und die Gesellenkassen unter die Aufsicht des Magistrats zu bringen.

Diese Maßregel traf. Denn sofort erhob sich, zum Theil infolge ausdrücklicher Beschlußnahme der demokratischen Führer, die heftigste Opposition von Seiten der Gesellen gegen diese Maßregel, welche Opposition leider ihren zum Theil durchaus begründeten Vorwand in der schlechten Verwaltung verschiedener Gesellenkassen von Seiten des Magistrats und in manchen anderen Mißbräuchen hatte, welche die Gewerke gegen den Magistrat vorzubringen wußten. Man verstand es mit großer Geschicklichkeit, das hohe Rechtsgefühl Ew. Excellenz für diese ganze Angelegenheit zu interessiren und dadurch Differenzen herbeizuführen, welche indirekt die Massen erregt haben und dadurch der Demokratie sehr förderlich gewesen sind, — deren wesentliches Ziel dermalen insbesondere darauf gerichtet ist, Uneinigkeit und Mißtrauen zwischen den höchststehenden und den ausführenden Behörden zu stiften und zu verbreiten.

Dies, hochzuverehrender Herr Ministerpräsident, ist meine Ansicht über die Lage der Dinge. Ew. Excellenz mögen solche vielleicht zu schwarz finden. Ich glaube aber nicht, daß ich bei Ihnen im Rufe zu großer Besorgniß oder Aengstlichkeit stehe. Ich glaube mich in dieser Beziehung auf das Jahr 1848 berufen zu dürfen. Auch liegt durchaus nichts vor, was zu akuten Maßregeln irgend einer Art berechtigen könnte. In der tiefsten Tiefe liegen die Dinge so: ich glaube in meinen Gegenoperationen auf dem richtigen Wege zu sein und bitte Ew. Excellenz wenigstens den Umstand als feststehend anzunehmen, daß ich mich vom Magistrat nicht als Handhabe brauchen lasse, um Subjekte fortzuschicken, welche diesem unangenehm sind oder dessen Mißbräuche aufgedeckt haben."

Am 10. Jan. hielt der Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths v. Uechtritz dem Minister Manteuffel mündlich Vortrag über die Lage der kirchlichen Verfassungsfrage in Preußen und entwickelte dabei folgenden Gedankengang:*)

„Die evangelische Kirche in Preußen hat sich bis zum Jahre 1808 der Leitung aller ihrer Angelegenheiten — Interna, Externa, Schul- und Armenwesen — durch selbständige vom Landesherrn eingesetzte Kirchenbehörden zu erfreuen gehabt. Das Jahr 1808 brachte die bis dahin in der Geschichte der christlichen Kirche nicht dagewesene Erscheinung hervor, daß die evangelische Kirche als ein Departement der allgemeinen Staatsverwaltung behandelt und dem Ressort der Landes-, Finanz- und Polizeibehörden zugewiesen wurde. Aber schon vom Jahre

*) Es lag Herrn v. Uechtritz daran, dem Ministerpräsidenten Gelegenheit zu geben, zu der durch das heiligste Interesse für Kirche und Staat gleichmäßig gebotenen weiteren friedlichen Entwickelung beizutragen.

1815 ging das Bestreben des neu erwachenden christlichen Lebens dahin, die evangelische Kirche aus dieser unnatürlichen, für Staat und Kirche verderblichen Verbindung wieder zu befreien. Die Verordnung vom 30. April 1815, Instruktion vom 23. Okt. 1817, Allerhöchste Ordre vom 3. Nov. 1817, Allerhöchste Ordre vom 31. Dez. 1825, Verordnung vom 27. Juni 1845 und Verordnung vom 28. Jan. 1849, sind, wenn auch schwache, doch von diesem Geiste und Bestreben getragene Versuche und Anfänge.

Das Ministerium Schwerin negirte diese ganze Entwickelungsreihe von 1815 bis 1848 und stellte sich, mit Zertrümmerung des Oberkonsistoriums und ministerieller Willkürherrschaft über die Konsistorien auf kurze Zeit wieder ganz auf den Standpunkt von 1808. Aber schon die Verfassungsurkunde vom 5. Dez. 1848 lenkte wieder in die alte Bahn zurück und sicherte der Kirche eine selbständige Verwaltung wieder zu. Sie ging sogar noch einen guten Schritt weiter, als man im Jahre 1845 und Anfang 1848 hatte thun können, indem sie der Kirche die Verwaltung ihrer Externa gleichfalls zugestand — ein Zugeständniß, welches bei den früheren Berathungen über die Reorganisation der Konsistorien (1845) und über die Errichtung des Oberkonsistoriums (1848) von der bürgerlichen Staatsverwaltung hartnäckig verweigert worden war.

Seitdem wurden in den Ordern vom 26. Jan. 1849 und 29. Juni 1850 durch Wiederherstellung einer obersten Kirchenbehörde für die Interna die ersten Schritte zur Ausführung der Verfassungsurkunde gethan. Bei dem Punkte der sogenannten Externa aber stieß die Kirchenbehörde auf neuen Widerstand von Seiten des Staatsministers v. Ladenberg, welcher derselbe überall den Einwand der mangelnden Legitimation entgegenhielt und sich hinter seine Verantwortlichkeit vor den Kammern zurückzog; während er den katholischen Bischöfen die der katholischen Kirche zugesagte Verwaltung der Externa überall bereitwillig überlieferte.

Im Dezember 1850 bei dem Rücktritte des Staatsministers v. Ladenberg war die Differenz soweit klar geworden, daß der evangelische Oberkirchenrath dem Könige eine umfassende Denkschrift vorlegen konnte, in welcher er die rechtliche Nothwendigkeit nachwies, das Mandat zur Verwaltung der Externa von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten zurückzunehmen und dasselbe einer selbständigen kirchlichen Behörde zu übertragen.

Mit diesem Rechtsprinzip erklärte sich Se. M. der König und ebenso der neue Kultusminister v. Raumer einverstanden. Auch erfolgten einige Schritte zur weiteren Realisirung des Prinzips, namentlich: 1. die Ausstattung des Evangelischen Oberkirchenraths mit einer eigenen Dotation und 2. die Ueberweisung einer Summe von 15 000 Thalern an denselben für das Jahr 1851 zur Unterstützung hülfsbedürftiger und würdiger Geistlicher.

Die weitere Entwickelung der Sache stieß jedoch auf neue Hindernisse. Die Vorlagen des Evangelischen Oberkirchenraths, behufs einer Revision des Ressortreglements zwischen ihm und dem Minister, wurden mit dem Einwande vertagt, daß Oberkirchenrath und Konsistorium noch nicht hinreichend mit Kräften ausgestattet seien, um diese Mehrarbeit übernehmen zu können. Die Revision der

rheinisch-westfälischen Kirchenordnung, welche zu ihrem Hauptzwecke hat, die Grundsätze der Verfassungsurkunde für diese beiden Provinzen in Ausführung zu bringen und die Konsistorien dergestalt mit Mitteln und Kräften und mit Vollmachten auszurüsten, daß sie dieser Aufgabe genügen können, wurde von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten, in der ausgesprochenen Ansicht, daß er ein Hinausschieben derselben für heilsam erachte, in die Länge gezogen. Anträge auf Vermehrung der Dotationsmittel der evangelischen Kirche wurden nicht gestellt. Den Anträgen des Evangelischen Oberkirchenraths auf Verstärkung seiner Mitgliederzahl setzte der Minister den Einwand entgegen, daß er bei diesen Anträgen zur Zeit noch eine entscheidende Stimme mitzuführen habe. Dagegen ergriff er in der Besetzung erledigter Stellen bei den Konsistorien selbständig die Initiative und versagte dem Evangelischen Oberkirchenrathe die Kenntniß der einleitenden Vorverhandlungen.

Faßt man diese Thatsachen zusammen, so ergiebt sich als leitender Gesichtspunkt auf Seiten des Ministers der geistlichen Angelegenheiten dieser, »daß zwar prinzipiell der Uebertragung der gesammten Kirchenverwaltung auf den Oberkirchenrath nicht widersprochen werde, daß aber der Zeitpunkt der Ausführung in eine unbestimmte Ferne geschoben wird«. Welcher Endzweck dabei im Hintergrunde liegt, ist nicht klar ersichtlich. Es könnte angenommen werden, daß die Herstellung einer selbständigen evangelischen Kirchenverwaltung jetzt überhaupt als verderblich und als ein revolutionäres Prinzip erscheine — wie sich Stimmen der Art selbst in der Presse haben laut werden lassen. Alsdann aber müßte ein Widerspruch mit den Erklärungen bei dem Antritte des Amtes und eine Auffassung vorausgesetzt werden, welche die Gesetzgebung von 1808 für legitimer erachtet als die ganze Geschichte der Kirche von den Zeiten der Apostel bis zum Jahre 1808. Dagegen scheint die Annahme eine größere Wahrscheinlichkeit zu haben, daß jenes absichtliche Zögern nicht sowohl in einem Wechsel des Prinzips, als vielmehr in konkreten Verhältnissen und insbesondere darin seinen Grund habe, daß der Evangelische Oberkirchenrath noch nicht so komponirt sei, um ihm mit Vertrauen die gesammte Leitung des Kirchenwesens übergeben zu können.

Welches aber auch immer das leitende Motiv sein möge, so ist es im Interesse der Kirche unerläßlich, daß Klarheit in die Sache komme. Die gegenwärtige Duplicität des Regiments, in welcher sich die besten Kräfte aneinander nutzlos verzehren und das Vertrauen in der Kirche, die Sicherheit und Klarheit der Einzelnen unrettbar verloren geht, ist der verderblichste Zustand, den es giebt.

Der Evangelische Oberkirchenrath hat von seiner Seite Alles gethan, was er vermocht hat, um sein System offen an den Tag zu legen. Er hat das Prinzip der Kirchenleitung in Beziehung auf Union und Konfession in einen festen Ausdruck gebracht. Er hat sich über die Qualifikation der Personen, welche für die Kirchenleitung taugen, sowohl in allgemeinen Grundsätzen als auch in Beziehung auf die einzelnen, für den Oberkirchenrath und für die Konsistorien in Aussicht genommenen Persönlichkeiten bestimmt ausgesprochen. Er hat die Grundzüge der künftigen definitiven Ressortverhältnisse dargelegt. Er hat die Anwendung derselben in Beziehung auf die besonderen Verhältnisse in der Rheinprovinz und

in Westfalen in seinem Votum über die Revision derselben dargelegt. Er hat endlich das vermehrte Dotationsbedürfniß der evangelischen Kirche als eine Kardinal- und Lebensfrage für Staat und Kirche ausführlich entwickelt.

Hiermit ist der Evangelische Oberkirchenrath an dem Ziele angelangt, welches er für sich allein zu erreichen im Stande gewesen. Zugleich liegt darin ein vollständiges Material, um zu beurtheilen, wessen man sich von ihm zu versehen hat.

Das oberste Kirchenregiment in der Person des Königs wird jetzt zu beurtheilen im Stande sein, ob der Oberkirchenrath in diesen Vorlagen und Schritten den Allerhöchsten Intentionen entsprochen hat oder nicht. Glauben Se. M., daß das Kollegium das Interesse der evangelischen Kirche auf dem richtigen Wege wahrgenommen hat, so wird diesen Einleitungen nunmehr auch die weitere Folge zu Theil werden müssen, damit nicht durch ein nutzloses Zögern Zeit und Kraft verloren gehe und die eigenwilligen Elemente in der evangelischen Kirche Raum gewinnen.

Eine Unterordnung der Kirche unter das ungetheilte Regiment des Ministers der geistlichen Angelegenheiten ist nach der klaren Bestimmung des Artikels 15 der Verfassung nicht mehr möglich und würde, vorausgesetzt, daß dann allein die katholische Kirche im Besitze der verfassungsmäßigen Rechte bliebe, die jetzt die evangelische Kirche bedrohenden Gefahren entschieden vermehren."*)

Auf der anderen Seite machte Gerlach in einem an Manteuffel gerichteten Schreiben, d. d. Charlottenburg, 17. April 1852, auf die von der katholischen Kirche drohenden Gefahren aufmerksam. „Der Katholizismus ist sehr gefährlich, weil sich ein Durst nach Autorität schon jetzt zeigt nach Allem, was wir erlebt haben, und sich noch viel mehr zeigen wird. Es giebt dagegen nur ein Mittel, dieser falschen Autorität die echte der heiligen Schrift entgegenzustellen, und dies mit rücksichtsloser Entschiedenheit zu thun."

Am 13. Jan. schrieb der König aus Charlottenburg, 3/46 Uhr abends:

„Ich fahre nach Berlin um zwei Akte der Olympia zu sehen. Hätten Sie, bester Manteuffel, Nothwendiges etwa mit mir zu besprechen, so kennen Sie den kleinen rothen Salon an meiner Loge, in welchem ich für den Fall bereit sein würde, Sie im Entreact zwischen dem 1. und 2. Theil der Olympia zu empfangen. Antworten Sie nur für den Fall, daß Sie kommen sollten, damit ich die kurz zugemessene Zeit nicht mit Complimentirung von Damen verschwende. Vale! Friedrich Wilhelm.

P. S. Pardon, Pardon, Pardon! ich sehe mit Entsetzen, daß ich ein Couvert statt Briefbogens beschrieben habe."

*) Vgl. die Broschüre: Die Grundlagen der preußischen Kirchenpolitik unter König Friedrich Wilhelm IV. von Emil Friedberg, Leipzig 1882. (Von dem Fürsten Bismarck wurden dem Verfasser 1874 die Akten des Auswärtigen Amts bei Ausarbeitung dieser Schrift zur Verfügung gestellt.)

Am 20. Jan. schrieb der König abends an Manteuffel:

„Ich bin daran erinnert worden, daß unter dem Hochseligen König (und wahrscheinlich bei ihm aus früherer Tradizion) die Diplomaten zuerst bei und dann erst nach der Cour gesehen worden sind. Um dieser Ursach allein werd' ich und die Königin heut Abend noch nicht das große Vergnügen haben, Sie zu besuchen. Zum nächsten Dienstag hingegen haben wir Beide die Intenzion, Ihre Soiree durch unsere Gegenwart in hellsten Mittagsglanz zu verwandeln. Meine Frau grüßt Sie und Ihre Frau aufs Freundlichste. Vale Mandeville!

Friedrich Wilhelm."

Am 7. Febr. schrieb der König:

„Bester Manteuffel! Schönsten Dank für Ihre Nachrichten vom Attentat gegen die Reyna Isabel. Setzen Sie schnell einen »Antheilnehmungs«-Brief an dieselbe auf, damit ich denselben zeichne und durch seine Ueberreichung dem Grafen Raczynski eine große Stunde bereite. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Auch mit dem Prinzen von Preußen blieb Manteuffel in fortwährendem brieflichen Verkehr. Am 5. Febr. schrieb der hohe Herr an den Premier:

„Gestern auf dem Ball erfuhr ich, daß der König von Hannover heute in Dresden einen Besuch macht. Ist nicht von seinem Besuch in Berlin die Rede? Ich sollte glauben, nachdem unser König mit 60 Offizieren und fast allen Prinzen in Hannover zur Beisetzung war, müßte man Georg V. es etwas nahe legen, daß er hierher komme. Könnte Graf Galen*) nicht einige Worte der Art fallen lassen? Denn wenn unser König dem Georg V. in Altenburg begegnet, müßte Letzterer schon darauf aufmerksam gemacht sein, daß sein Besuch in Dresden, fünf Stunden von Berlin, auffällig sein müsse, so daß eine Einladung unseres Königs einen vorbereiteten Boden fände.

Natürlich müßten Sie den König wegen einer noch heute an Graf Galen zu richtenden telegraphischen Instruktion befragen."

Und drei Tage später (8. Febr.):

„Der Oberpräsident Posens, v. Puttkamer, hat schriftlich um eine Audienz bei mir gebeten; da ich weiß, wie rücksichtslos er sich im Jahre 1848 gegen mich persönlich ausgesprochen und gegen mich gehandelt hat, so habe ich seitdem, außer der gebotenen gesellschaftlichen Höflichkeit, jede Berührung mit ihm vermieden.

Seine jetzige Forderung könnte vielleicht in Verbindung mit jenem seinem Verfahren stehen und eine Entschuldigung bezwecken. Sie werden einsehen, daß dies eine sehr unangenehme Explikation nach sich ziehen könnte, die ich vermieden zu sehen wünschen muß.

Ich wollte Sie daher bitten, mir zu sagen, ob Sie etwa wissen, weshalb v. Puttkamer mich zu sprechen wünscht, und ob Sie es für rathsam halten, falls meine Annahme die richtige ist, daß ich ihn empfange."

*) Der preußische Gesandte in Dresden.

Welch hohen Werth der Prinz von Preußen darauf legte, über den Gang der auswärtigen Politik fortwährend auf dem Laufenden erhalten zu werden, erhellt aus einem von demselben, d. d. Coblenz, 5. April, an Manteuffel gerichteten Handbillet:

„Da ich nun bald vier Wochen Berlin verlassen habe, so muß ich Ihnen doch bemerken, daß ich noch keinen einzigen Depeschenextrakt erhalten habe. Ich ersuche Sie daher, dem auswärtigen Departement gütigst die Anweisung zu ertheilen, daß mir wenigstens wöchentlich einmal diese Extrakte zugehen, und zwar, wie ich Ihnen dies beim Abschiede mündlich sagte, die Gegenstände namentlich der Gesandten bei den Großmächten, welche eine weitere Portée haben, — in etwas ausführlicherer Art, als dies in der letzten Zeit geschah. Die Extrakte, welche Herr v. Chambrier im Jahre 1850 lieferte, entsprachen ganz meinen Wünschen; ich erhielt sie fast zweimal wöchentlich. . . .

Graf Hatzfeldt bittet um Entscheidung über Erstattung von 200 Louisd'or, was Sie zu arrangiren versprachen."

Am 18. April theilte der Kabinetsrath Niebuhr Manteuffel aus Potsdam in einem eigenhändigen Privatschreiben mit:

„Der Redakteur der »Neuen Preußischen Zeitung«, Assessor a. D. Wagner, sei tags vorher bei ihm gewesen und habe ihm von dem Stand der Untersuchung erzählt, in die er wegen seiner Angriffe auf den Seehandlungspräsidenten Bloch verwickelt war.*) »Er ist nun auf der einen Seite überzeugt, den vollen Beweis für die behauptete Verschleuderung von Staatseigenthum führen zu können, da er vieles neue Material dazu gesammelt habe — auf der anderen Seite ebenso überzeugt, daß er verurtheilt werden wird, und zwar zu mehreren Jahren. In jedem Falle wird v. Wagner, was man ihm auch nicht verdenken kann, sich so vertheidigen, daß in der öffentlichen Meinung noch mehr auf dem Präsidenten Bloch sitzen bleibt, als schon jetzt auf ihm sitzt; das Resultat des Prozesses ist dann a) Diskreditirung eines in sehr wichtiger Vertrauensstelle stehenden Beamten, und doch wahrscheinlich ohne die Möglichkeit einer Disziplinaruntersuchung, b) langes Gefängniß eines Mannes, der der Regierung zwar viele Dienste leistet, der Mittelpunkt einer großen und wichtigen Partei ist, und dessen Muth- und Hingebung in den Monaten der Gefahr man nie vergessen sollte. Sollte dies nicht Grund sein für die Regierung, durch die ganze Sache einen Strich zu machen? Zwar eine Zurücknahme der Klage ist nach den jetzigen Grundsätzen nicht möglich; aber der Staatsanwalt kann die Sache einschlafen lassen, indem er den Audienztermin aufheben läßt und die Anberaumung eines neuen Termins nicht weiter beantragt, bis der Prozeß verjährt ist, und der Staatsanwalt würde dies auf Ew. Excellenz Wunsch gewiß thun. Darf ich wagen, im Vertrauen auf Ew. Excellenz gewohnte Güte und Nachsicht diese Sache Ihrer freundlichen Erwägung zu empfehlen? Allerdings ist große Eile nöthig, denn der Audienztermin steht schon am Dienstag, den 20. d. Mts., an."

*) Vgl. oben S. 61.

Manteuffel fühlte sich nicht berufen, in den Gang des Prozesses, wie Niebuhr es wünschte, einzugreifen.

Eine gereizte Korrespondenz spielte sich ab, als der mecklenburgische Minister B. v. Bülow am 19. April dem preußischen Ministerpräsidenten den Wunsch des Großherzogs von Mecklenburg eröffnete, denselben nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr zu empfangen. Darauf antwortete Manteuffel am selben Tage:

„Ew. Hochwohlgeboren erwidere ich auf das Schreiben von heute, daß ich leider wegen eines heute Nachmittag Sr. K. M. zu haltenden Vortrags mich außer Stande sehe, in der Zeit zwischen 5 und 6 Uhr Sr. K. H. dem Großherzog aufzuwarten. Darüber, ob ich hoffen darf, Se. K. H. um 9 Uhr abends anzutreffen, darf ich wohl noch einer Mittheilung entgegensehen, da meine höchst beschränkte Zeit mir nicht gestattet, aufs Ungewisse hin mich einzufinden. Ich bedauere übrigens, daß der Gegenstand, über welchen Se. K. H. mich zu sprechen wünschen, mir nicht näher bezeichnet ist. Sollte derselbe sich auf die bewußte Differenz wegen der Berlin—Hamburger Eisenbahn beziehen, so möchte ich es kaum für möglich halten, eine Sache mit einem Souverain zu besprechen, über welche ich solche Noten, wie es Ew. Hochwohlgeboren gefallen hat, mir zugehen zu lassen, empfangen habe."

Darauf antwortete B. v. Bülow am 20. April 1852: „Ew. Excellenz bitte ich entschuldigen zu wollen, wenn ich Sie gestern von den weiteren Entschließungen Sr. K. H. des Großherzogs wegen Ihres Besuches bei Allerhöchstdemselben nicht in Kenntniß gesetzt habe; doch gingen mir die Befehle, welche ich meines Befindens wegen nicht persönlich einholen konnte, zu spät zu. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Ew. Excellenz das Schweigen nicht anders gedeutet haben, als daß Se. K. H. der Großherzog, wie es der Fall war, Sich veranlaßt gesehen haben, auf das Vergnügen Ihres Besuches zu verzichten."

Am 3. Mai 1852 richtete der erste Präsident des Appellationsgerichts zu Breslau, Staatsminister Uhden, an den kurhessischen Ministerpräsidenten Hassenpflug aus Anlaß eines gegen denselben von einem preußischen Gericht zweiter Instanz gefällten strafgerichtlichen Urtheils,*) ein eigenhändiges Privatschreiben, worin sich derselbe über die Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde seitens Hassenpflugs bezw. ein Begnadigungsgesuch desselben äußerte. „Leider kann ich Ihnen aber nicht verhehlen, daß für den Augenblick die, selbst Allerhöchsten Orts, vorherrschende Stimmung nicht all zu günstig für Sie ist. Die obschwebenden Differenzen wegen des Zollvereins schreibt man in Beziehung auf Kurhessen besonders Ihrem Einflusse zu, und namentlich scheinen Se. M. durch die Darmstädter Verhandlung sehr empfindlich verletzt zu sein. Offiziell habe ich jedoch

*) Es handelte sich um die angebliche Ausstellung zweier Abnahmeatteste über Beträge von 11 und 7 Rthlr. und um eine Unterschlagung bei Gelegenheit einer unbedeutenden Unternehmung. Die Sache wurde vor dem Kreisgericht in Stralsund verhandelt.

durchaus keine Kunde davon, es sind nur Vermuthungen. Ein günstiges Resultat von diesem Schritte würde daher m. E. nur zu erwarten sein, wenn Sie möglichst dahin wirkten, daß Kurhessen alle Schwierigkeiten, die es bei dieser Angelegenheit Preußen entgegenstellt, fallen ließe und sich namentlich von der gedachten Verhandlung gänzlich lossagte. Dann stehe ich aber für den günstigen Ausfall. Wäre ich nicht von der festen Ueberzeugung durchdrungen, daß für Ihr eigenes Vaterland nur Segen aus der innigsten Verbindung mit Preußen auch in dieser Hinsicht erwachsen dürfte, so würde ich mir ganz gewiß auch nicht einmal diese Andeutung erlaubt haben. Diese Ueberzeugung habe ich mir aber durch meinen vorjährigen Aufenthalt in Cassel erworben, und die Geschichte liefert die bündigsten Beweise dazu. Einem Staatsmann, wie Sie sind, kann das unmöglich verborgen geblieben sein."

Am 14. Mai setzte der Kabinetsrath Niebuhr aus Potsdam den Minister Manteuffel in Kenntniß von dem Wunsche des Königs, es möchten 50 000 Rthlr. extraordinär, und zwar so, daß dieselben nöthigenfalls von der Krone gefordert werden, zum Ankauf von Bildern aus der Southschen Bildergallerie-Auktion verwendet werden, „so, daß zuerst das Hauptbild von Murillo Nr. 51. Conception de la Vierge, um jeden Preis bis zum Limitum von 50 000 Rthlrn. erstanden wird; dann aber die übrigen Bilder nach einer von Herrn v. Olfers zu bestimmenden Reihenfolge — in jedem Falle der Sebastian del Piombo zuletzt, da der Hauptzweck ist, eine vollständige spanische Sammlung zu schaffen. Zur Leistung eines Vorschusses sind Se. M. gern bereit; die definitive Uebernahme der Zahlung können aber Se. M. um so weniger zugestehen, da es sich wesentlich um einen Staatszweck, die Vervollständigung der Landes-Bildergallerie, handelt".

III. Kapitel.

Aus der Zeit zwischen der II. und III. Legislaturperiode (20. Mai bis 28. November 1852).

1. Auswärtige Politik.

Wenn der politische Horizont des preußischen Staats im Sommer 1852 dem oberflächlichen Beobachter klar und heiter erschien, so vermochte ein geübterer Blick ernstlich drohende Wolken im Hintergrunde eben dieses Horizonts zu entdecken. In einer für Manteuffel bestimmten Denkschrift aus der zweiten Hälfte des Monats Juni sprach sich der Geh. Legationsrath Küpfer über die augenblickliche politische Lage Preußens, wie folgt, aus:

„Nachdem das System der Restauration von 1815 in Frankreich sowie später das Orleanssche System als Transaktionssystem die Revolution nicht bleibend zu neutralisiren vermochten, ist seit dem 2. Dez. 1851 die Macht in Frankreich

einem reinen Träger der Revolution, dem Erben Napoleons, zugefallen. Die großen Kontinentalhöfe haben es nicht für zweckmäßig gefunden, die Revolution in diesem ihrem Repräsentanten dadurch zu neutralisiren zu suchen, daß sie, vermittelst Begünstigung der dynastischen Pläne Louis Napoleons, denselben bis auf einen gewissen Punkt in das altdynastische System Europas hinüberzuziehen und ihn diesem weniger schroff gegenüberzustellen suchten. Es ist danach fast mit Sicherheit vorherzusehen, daß eine bestimmte Spaltung zwischen dem alten dynastisch-aristokratischen Etablissement von Europa und dem System der Revolution oder dem demokratischen System, verkörpert in der ihm die meiste Kraft verleihenden Form, in der Diktatur Louis Napoleons, wie die plebejistische Sache Roms in Cäsar und später in dessen Neffen Oktavian verkörpert war, hervortreten wird. Um die Macht des Systems der Revolution in Europa richtig zu beurtheilen, muß man nicht allein die materielle Macht Frankreichs, sondern alle diejenigen Elemente in Anschlag bringen, über welche jenes System auch außerhalb der Grenzen Frankreichs verfügt, und man darf bei dieser Schätzung nicht die Erwägung der Thatsache vernachlässigen, daß, nachdem das System der Revolution 1812 auf dem Punkte angelangt war, seine Herrschaft fast über das ganze Festland von Europa auszudehnen, es von den alten Höfen ein paar Jahre darauf nur infolge besonderer Glücksfälle und einer Art von europäischer Volksbewegung gründlich besiegt wurde. Aber obgleich 1815 vollständig zu Boden geworfen, vermochten dennoch die Kräfte des verbundenen Europas nicht, es dauernd niederzuhalten. Es sprengte 1830 und 1848 alle ihm aufgelegten Fesseln und fand beide Male einen weiten Widerhall auch außerhalb der Grenzen Frankreichs. Allerdings ist bei der heutigen Sachlage nicht ein unmittelbarer Bruch zu befürchten, indem es nicht im Interesse der verbundenen großen Höfe liegen kann, ihrerseits den Angriff zu beginnen, Ludwig Napoleon seinerseits aber noch einer gewissen Zeit bedarf, um sich in seiner Stellung gehörig zu befestigen. Der Zusammenstoß in einer nicht sehr entfernten Zukunft bleibt aber darum nicht minder fast eine Nothwendigkeit.

Bei diesem Zusammenstoße nun wird Preußen recht eigentlich die Avantgarde des alten Systems und bei Unfällen dessen Arrieregarde zu bilden haben. Der Kampf wird voraussichtlich um so heißer werden,*) als Ludwig Napoleon aus bekannten, auch aus der jüngsten Zeit herrührenden Ursachen („Kreuzzeitung“ 2c.)**) ganz besonders gegen Preußen gereizt ist. Wie äußerst schwierig und erschöpfend ein am Rhein zu führender Krieg überhaupt schon ist, dürfte hier besonders aus

*) Auch Manteuffel sah die politische Lage nicht rosig an und bemerkte im Laufe eines am 8. August geführten Gespräches mit Gerlach, daß es nicht auf die Kammerfraktionen ankäme, und daß man lieber daran denken sollte, wie Louis Bonaparte eines schönen Tages uns, die ganz Isolirten, überfallen könnte. Oesterreich ließe uns im Stich, Rußland wäre zu weit, England unsicher. Manteuffel setzte hinzu, Jemand hätte ihm gesagt, Preußen würde wohl anfangs das linke Rhein-Ufer verlieren. Gerlach, a. a. O., S. 791.

**) Merkwürdig war, daß Napoleon die in der „Kreuzzeitung“ gegen ihn gerichteten Angriffe dem König zur Last legte, und als der Gesandte Hatzfeldt Napoleon auf die offiziellen Erklärungen des preußischen Kabinets verwies, einwandte: „Ce n'est pas Mr. de Manteuffel mais le roi qui gouverne la Prusse“. Gerlach, a. a. O., S. 804.

zuführen überflüssig sein. Preußen hat heute von England dabei wahrscheinlich nur eine Unterstützung zur See, aber keine vermittelst Landtruppen, ja nicht einmal Subsidien zu erwarten. Die Haltung der süddeutschen Mittelstaaten und Sachsens ist bekannt. Was die österreichische Hülfe betrifft, so ist wohl zu erwägen, ob die österreichische Hülfe nicht vorzieht, zuerst den Nebenbuhler Preußen einer starken Schlappe auszusetzen, welche dem Einflusse Oesterreichs in Deutschland nicht ungünstig wäre. Also nur von Rußland dürfte eine aufrichtige Hülfe mit einiger Sicherheit vorherzusehen sein. Bei der Entfernung Rußlands würde aber Preußen immer längere Zeit hindurch seinen eigenen Kräften überlassen bleiben.

Die Frage des Kampfes von Preußen mit Frankreich wäre dabei aber eine nicht bloß militärische. Auch der Hebel der Revolution würde dabei voraussichtlich von Ludwig Napoleon in Bewegung gesetzt werden. Die demokratische und zugleich die katholische Partei wird überall mehr oder weniger von Frankreich influenzirt. Auf die Bevölkerung Belgiens, der Rheinprovinz, ja eines Theils von Westfalen dürfte Preußen wahrscheinlich wenig zählen können. Die polnische Bevölkerung dürfte wahrscheinlich in Gährung gerathen. Nur auf den guten Willen der alten Kernprovinzen würde unbedingt gerechnet werden können. Die großen Lasten des Krieges dürften dieselben aber auch auf die Dauer nicht günstig für einen Krieg stimmen, der nicht direkt zu ihrer Vertheidigung geführt zu werden schiene.

Allen diesen Schwierigkeiten und Gefahren, die wahrlich nicht zu schwarz ausgemalt sind, hätte Preußen entgegenzusetzen einen ziemlich leeren Schatz, einen Kredit, den der Krieg bald vernichten würde, und eine Armee, deren militärische Organisation manchen Kritiken unterlegen hat, und welche jedenfalls des großen Krieges ungewohnt ist und im Kriege erprobter Führer ermangelt. Dabei ist der eigentliche Nerv der früheren preußischen Macht, die strenge Einheit der Regierungsgewalt, seit 1848 in Preußen durch innere, sich ausgebildet habende politische Parteien und durch ein diese Parteien nährendes Kammersystem durchschnitten. Beide Parteien und Kammern vermögen die Regierung in einer ernsten Krise nicht zu kräftigen und zu stützen, wohl aber drohen sie dieselbe zu lähmen und zu hemmen und können nur als ein wesentliches Schwächungsmittel betrachtet werden.

Fragte man nun, was die Regierung thun könne, um sich auf den Eintritt der drohenden Gefahren vorzubereiten, so dürften die zu diesem Zwecke dienlichen Maßregeln darin bestehen: 1. Vor Allem der Regierungsgewalt wieder thunlichst Kraft und Einheit zu sichern. Dies erheischte Homogenität des Ministeriums und die nöthige Vollmacht für das wesentlich leitende und ausführende Organ desselben. Diesem Organe müßten die Mittel gegeben werden, um die Parteien gehörig zügeln und in den Staatsgeschäften die Seiteneinflüsse neutralisiren zu können. 2. Vorbereitung der finanziellen Mittel, um bei einem ausbrechenden Kriege das erforderliche Geld nicht allein zur Mobilmachung der Armee, sondern auch zur Bestreitung der Kosten des ersten Feldzuges verfügbar zu haben. 3. In der Stille bewirkte Inbereitschaftsetzung der Armee. Also an der Spitze des Kriegsministeriums den zugleich erfahrensten und kräftigsten Mann, den man in der Armee für diesen

Punkt aufzufinden vermöchte, und welcher dabei in seiner Partei gegen alle Seiteneinflüsse sichergestellt werden müßte.

Nur bei Annahme dieser Maßregeln dürfte die Zukunft der preußischen Monarchie einigermaßen zu verbürgen sein."

Die Ansichten Küpfers stimmten mit jenen des Ministers des Innern, v. Westphalen, überein. Am 4. August schrieb derselbe Manteuffel privatim aus dem Bade Soden:

„Was ich von dem Verhältniß zu Oesterreich gehört und gesehen, insbesondere in den Bundesangelegenheiten und den militärischen Beziehungen (Mainz, Frankfurt), zielt stark auf Wiedererlangung der Domination Habsburgs in Deutschland. Crügers förmliche Einführung in das Bundes-Kassendepartement ist noch immer nicht zu realisiren gewesen. Im engeren Rath steht Preußen in der Minorität. Auf ein Heer von 500 000 Mann und blutige Schlachten gestützt, mit jugendlichen Generalen an der Spitze, macht sich der soldatische Uebermuth der Oesterreicher sichtlich geltend, und die Bayern haben gut sekundiren. Es ist längst meine Meinung gewesen, daß Preußens militärische Organisation, auf 1813 bis 1815 gegründet, für die Jetztzeit nicht mehr ausreicht; wir bedürfen eines weit zahlreicheren stehenden Heeres. Die seit einem Jahre gethanen Schritte in dieser Richtung und unsere disponiblen finanziellen Mittel stehen noch weit hinter dem Erforderniß zurück, welches, wie ich richtig sehe, in nicht ferner Zeit eintreten wird. Jetzt ist es noch Zeit, bedeutende Mittel in einen Kriegsschatz zu legen."

Am 23. Sept. präzisirte Westphalen Manteuffel gegenüber seine politischen Beklemmungen noch näher:

„Sehe ich zu schwarz, so werde ich froh sein, wenn mich die Thatsachen bald eines Anderen belehren, sollte ich dann auch die Beschämung einernten, ein untauglicher politischer Rathgeber zu sein. Die Aeußerung des Herrn Finanzministers: »sollten die Oesterreicher zur Unterdrückung etwaiger Aufruhre in Sachsen einrücken, so würden wir das ruhig mit ansehen«, erscheint mir höchst bedenklich. Ständen die politischen Beziehungen der Höfe, namentlich von Oesterreich und Preußen, so, wie sie ein ungetrübtes Bundesverhältniß voraussetzt, und so, wie sie vor 1848 oder selbst vor 1850 der Revolution gegenüber noch beschaffen waren, so würde ich eine dergleichen Hülfeleistung auf Requisition für ebenso ungefährlich für uns als im Recht und in der Bundespflicht beruhend betrachten. Aber nach allen den Dingen, die seit zwei Jahren geschehen sind, und im Angesicht der vom Herrn Kriegsminister noch gestern näher beschriebenen militärischen Stellungen der Mächte muß ich gestehen, daß mir eine österreichische Armee von 20000 bis 30000 Mann (sie pflegen immer ziemlich stark anzukommen; Kurhessen, Hamburg) in Dresden und Chemnitz und 50 000 Mann auf dem Marchfelde in demselben Moment vielleicht, wo wir auf unsere Garnisonwachmannschaften reduzirt sind, unter solchen auseinander und gegeneinander laufenden, mehr politischen als zoll- und handelsamtlichen Unterhandlungen, wie die seit einem Jahre schwebenden, als eine Krisis in der Geschichte Preußens erscheint, die einer um-

gekehrten Okkupation Sachsens, wie vor 100 Jahren, nicht unähnlich sieht und weitere Folgen für unsere europäische Bedeutung sehr leicht nach sich ziehen kann. Ist es wirklich Thatsache, daß die österreichische Armee noch immer an 500 000 Mann stark ist und durch Bildung neuer Kavallerie-Regimenter und zahlreicher Bataillone und Batterien verstärkt wird, daß auch die anderen europäischen Großmächte, selbst England, bedeutende Verstärkungen ihres bewaffneten Friedensetats ausgeführt haben, so kann es, in Betracht der an nahe Wahrscheinlichkeit grenzenden Möglichkeit, daß die Kaiserkrone auf den republikanischen Präsidentenhut in Frankreich folgt, und der daraus und aus dem gespannten Verhältnisse mit Belgien entstehenden Entfernung von den Verträgen 1815 unmöglich hier mit Gleichgültigkeit angesehen werden, wenn Oesterreich aus Veranlassung von Bewegungen, die infolge der Auflösung des Zollvereins etwa eintreten, das in strategischer Bedeutung so wichtige Vorland an der Elbe vor uns militärisch besetzt, mag auch der nächste ostensible oder Rechtsgrund sein, welcher er will. Ein Blick auf die Karte genügt statt weiterer Ausführung. Die veränderten politischen Verhältnisse, welche Ew. Excellenz in der Berathung andeuteten und, um nur noch einen Faktor hinzuzusetzen, dessen Einfluß bereits 1850 fühlbar geworden, die Eisenbahnen, lassen die Situation als eine um so ernstlichere erkennen. So sehr ich auch erwäge, wie nachtheilig für die Finanzen und die häuslichen Verhältnisse der Armeepflichtigen, wie Aufsehen erregend, ja selbst wie herausfordernd bei Vielen ein längeres Zurückhalten der zur Kriegsreserve ausscheidenden Mannschaften bei den Fahnen am 1. Oktober sein oder erscheinen mag, so darf doch meines Erachtens nicht ohne die zuverlässigste Aufklärung über die nächsten Intentionen in Wien, wenn darüber nicht schon die beruhigendsten Beweise in Ew. Excellenz Händen sich befinden, zu so erheblicher Verminderung unseres Präsenzstandes bei der Fahne gerade in dem Augenblick übergegangen werden, der vielleicht der entscheidende ist. Wie es überhaupt eine unmittelbar nachtheilige Lage ist, in der wir uns bei den in dieser Weise, die wir erleben, sich entrollenden Zollvereinsverhandlungen befinden, daß Oesterreich und seine Koalisirten sich auf mehr als 500 000 Bajonette im Hintergrunde stützen, während wir unser auf Napoleon 2c. berechnetes Militärsystem von 1813 bis 1815 unverändert in seinem Friedensstande beibehalten (so hat es ja selbst der als Vermittler hier erschienene hannoversche Ministerpräsident dem Herrn Finanzminister geradezu zu verstehen zu geben die Aufrichtigkeit gehabt), so scheint der Bruch von München aus und event. die Verweisung der ganzen Zollvereinsfrage an den Bundestag nach den neuesten Zeitungsnachrichten (Voßsche) schon so gut wie entschieden und demnächst also ein Bundes-Exekutionsverfahren in Aussicht zu stehen, zu welchem eine österreichische Okkupation Sachsens nur das Vorspiel und Bestätigungssiegel, etwa schon antizipirt, wie vorlängst in Kurhessen, sein würde. Ich will einräumen, daß alle diese Besorgnisse 2c. unbegründet und als ganz müßige Kombinationen bei Seite zu lassen sein würden, wenn feststände, daß Rußland entschieden, überhaupt und aus Anlaß der Zollvereinsfrage insbesondere, auf Preußens Seite stände, wenn das Verhältniß dieser beiden Höfe ein ungetrübt befreundetes wäre. Sollten hierin, sollten in diesem überaus wichtigen Verhältniß, welches noch vor zwei Monaten bei der Anwesenheit des

Kaisers aller Reußen so gehoben und neubesiegelt erschien, seitdem erhebliche Störungen eingetreten sein und gar ein näheres Zuneigen zu dem Kaiser von Oesterreich an dessen Stelle, nun dann scheint mir der Moment so verhängnißschwer, daß die Frage in ihrer ganzen Bedeutung und Tragweite aufgestellt und in die ernstlichste Prüfung schleunig eingegangen, event. die Entscheidung Sr. M. vorbereitet werden müßte, was weiter geschehen soll, um nicht durch unvorhergesehene Ereignisse plötzlich überrascht und zu Entschließungen nach der einen oder nach der anderen Seite fortgedrängt zu werden. Zunächst, das ist die Auffassung, welche ich mir aus dem Gange der Verhandlungen und der allgemeinen Lage, soweit ich sie übersehen kann, gebildet habe, löst der bisherige Zollverein Preußens und der ihm verbündeten Staaten sich auf, weil Oesterreich ihn nicht will und beträchtliche deutsche Staaten sich diesem Willen schon gefügt haben, bezw. nicht länger widerstehen werden, sodann wird zur Konstituirung eines neuen Zollvereins, Oesterreich an der Spitze, geschritten, dem die übrigen deutschen Staaten nacheinander beitreten, Preußen bleibt allein übrig. Preußen würde sich also zu fragen haben, ob es seine selbständige, europäische Großstaatenstellung behaupten oder zunächst zwar nur in zollamtlicher und handelspolitischer Beziehung (doch auch dadurch, wie in vielen anderen Dingen unter Bundeseinfluß Oesterreichs) unter den Frankfurter (Wiener) Zolltarif stellen wolle. Im letzteren Falle würde der Friede in Deutschland, vor der Hand wenigstens, ungestört bleiben, im ersteren scheint uns eine Bundesexekution, also Krieg, zu drohen. Wer würde alsdann unser Bundesgenosse sein? — ich glaube, allein England und vielleicht Nordamerika. Darauf würde ich es wagen; aber zu solchem Entschluß gehören die größten Mittel in Armee und Finanzen, die zeitig zu sichern, je nachdem die Entschließung ausfällt, kein Augenblick zu verlieren wäre.

Eine Nachrichtenquelle an der österreichischen Grenze und in Sachsen möchte jedenfalls schleunig zu eröffnen sein; ob dies durch das hiesige Polizeipräsidium geschehen kann, stelle ich anheim."

Am 24. Okt. fuhr Westphalen in seinen Betrachtungen fort:

„Die politischen Verhältnisse haben eine Entwickelung genommen, die den preußischen Staat aus der Stellung einer europäischen Großmacht zu verdrängen und zu einer Macht zweiten Ranges in Deutschland zu erniedrigen droht. Das Militärsystem Preußens, wesentlich defensiver Natur, als Vaterlandsvertheidigung gegen außerdeutsche Dränger gedacht und organisirt, gewährte dem ungünstig begrenzten Staate inmitten der arrondirten größeren Kontinentalmächte unter dem Schutze der heiligen Allianz eine Machtentfaltung, die im entscheidenden Augenblick, der Bundesgenossen aus dem Befreiungskriege sicher, dem einzigen möglichen Feinde, Frankreich, dreist entgegenzutreten vermochte. Die Revolution von 1848 hat andere Konjunkturen erzeugt; das neue, centralisirte Oesterreich ist nicht mehr der alte Freund von Kulm und Leipzig. Rußland scheint sich ihm vorwiegend zuzuneigen. Der Kaiser von Oesterreich, ein jugendlicher Kriegsherr, kommandirt ein durch sieggekrönte Campagnen abgehärtetes Heer, geführt von jungen, eroberungslustigen Generalen. Oesterreichs Militärherrschaft und ein entschiedener kaiserlicher

Wille haben seinen Kredit gehoben — auf 80 hat man ihm 106 Millionen gezeichnet. Durch Machterweiterung nach außen scheint es dem Bankerott im Innern entgehen zu wollen. Kann Preußen mit seinem Landwehrsystem, der großen Schlachten nach 37 Friedensjahren entwöhnt, ohne Schatz, den ihm die Revolution geraubt, zwischen den zahlreichen stehenden Heeren der ihm abgeneigten oder zweifelhaften Großmächte, seine europäische Stellung länger behaupten?

Bei einer gerechten Sache soll man die Feinde nicht zählen — ein guter Spruch für patriotische Herzen; aber die Pflicht der verantwortlichen Räthe der Krone fordert: »Si vis pacem para bellum«. —

Nur durch die Offensive kann der Schwächere zu siegen hoffen. Damit Preußen das Fridericianische: »Aut vincere, aut mori« auf seine Fahnen schreiben könne, muß das Volk vertrauen, daß die preußischen Armeen die ersten auf dem Plan sein werden, in Sachsen, Polen, Belgien, sobald die Situation klar ist. Dazu gehört, wie ich glaube, die Vermehrung unserer Infanterie-Regimenter auf die doppelte Zahl und große Verstärkung der Artillerie, sodann ein Kriegsschatz von wenigstens 30 Millionen Thalern. Diesen würde man durch eine Anleihe im In- und Ausland (allgemeiner Reservefonds zur Bildung eines Staatsschatzes, für Eisenbahnen und Landesmeliorationen 2c.) beschaffen. Jene wäre durch Avancements zu Offizieren und Unteroffizieren für die doppelte Infanteriestärke vorzubereiten. Die männliche Bevölkerung Preußens vom 20. bis zum 32. Jahre zählt 1 810 000 Köpfe, die vom 33. bis 39. Jahre 756 000 Köpfe. Die Armee kann also auf 450 000 Mann gebracht werden, außer dem zweiten Aufgebot der Landwehr. Die Artillerie wird besonders mit 12 pfündigen Batterien stark vermehrt werden müssen. Die letzten Feldzüge in Oberitalien und Ungarn haben eine beträchtliche Entfaltung der Artillerie von schwerstem Kaliber gezeigt. Die Eisenbahnnetze, welche das mittlere Europa durchziehen, scheinen die Entscheidungen noch überwiegender als schon in den letzten Kriegen in Infanterie- und Artilleriemassen, als in die der Kavallerie, zu legen. Dazu kommt die Ueberlegenheit unserer neueren Infanteriewaffen.

Nur auf eine außer den bisherigen Systemen und Berechnungen liegende, die gesammte waffenfähige Mannschaft in Kriegsdisposition versetzende Rüstung gestützt, scheint Preußen ferner Unterhandlungen über Handels- und Zollverträge und politische Allianzen mit Erfolg fortsetzen und einer Invasion vorbeugen zu können. Kriegsbrauchbare Schiffe, wenn sie von der deutschen Flotte zu haben sind, zu kaufen, scheint rathsam. Norddeutschland würde darin einen feststehenden Plan für die Zukunft, auf welchen es bei einer Kriegsmarine vor Allem ankommt, und Kraft erkennen. Eine Kriegsmarine ist die nothwendige Konsequenz entfesselterer Handelspolitik eines Landes, welches wie Preußen Meeresküsten, Seehäfen und geübte Seeleute hat.

Die bevorstehende Erhebung Louis Napoleons zum Kaiser der Franzosen und die Idee des Empire kann auch die Territorialverhältnisse in Kurzem in Frage stellen. Die orientalischen Angelegenheiten scheinen sich neuen Bewegungen zuzuwenden. Alles dies fordert eine stärkere Heeresorganisation für Preußen."

Die Promemorias, welche der Geheime Legationsrath Küpfer seit zwei Jahren dem Minister Manteuffel unterbreitet hatte, zeichnen sich alle durch einen glühenden Patriotismus und durch einen weiten politischen Blick aus. Allen lag nur der eine Gedanke zu Grunde, was beginnen, um das gefährdete und um sein Ansehen gebrachte Vaterland wieder auf die Höhe zu bringen, welche es vor Olmütz eingenommen hatte. Daß sich bei der Wahl der Mittel mitunter auch das geübteste Auge täuscht, beweist ein Vorschlag, welchen Küpfer am 6. Okt. 1852 dem Minister unterbreitete und welcher darauf hinauslief, im politischen Interesse Preußens eine ausgesprochene protestantische Bewegung in Deutschland zu organisiren. Vermittelst einer solchen Bewegung glaubte derselbe manche schädlichen Elemente beseitigen zu können. Auch die Lage des sächsischen Hofes würde dann nicht gerade eine angenehme werden. Wer nach Oesterreich und Bayern herüberneigte, würde für einen schlechten Protestanten gelten. Es wäre allerdings zu bedauern, wenn sich der Septembervertrag mit Hannover auflösen sollte. Aber selbst dann wäre Preußen nur in die Lage von 1830 zurückversetzt, bei der es doch noch ganz gut bestand. Uebrigens würde die dann eintretende völlige Isolirung Preußens noch einen Grund mehr abgeben, um eine nachhaltige protestantische Bewegung hervorzurufen.

Die Küpfersche Staatsschrift, welche trotz ihrer verfehlten Folgerungen noch heute lesenswerth ist, lautet:

„Als Friedrich der Große Preußen zum Range einer selbständigen europäischen Macht erhob, gab er seiner Schöpfung zwei wesentliche Unterlagen, nämlich den Militärstaat und die Führerschaft des Protestantismus in Deutschland und auf dem festen Lande überhaupt, in welcher letzteren Rolle Preußen an die Stelle trat, welche Schweden seit dem Dreißigjährigen Kriege eingenommen hatte. Infolge des Zusammenbrechens des bereits seit dem Dreißigjährigen Kriege in Agonie verfallenen heiligen römischen und deutschen Reichs im Jahre 1806, und aus den durch seinen Sturz beschädigten Interessen entwickelte sich eine gesammtdeutsche Partei, als deren Typus damals der Minister Stein betrachtet werden konnte. Diese Partei wollte das dem Marasmus erlegene Deutsche Reich wieder beleben und verjüngen und dadurch der Souveränität der deutschen Mittel- und Kleinstaaten ein sicheres Bett bereiten. Sie trug der tiefen Spaltung zwischen dem protestantischen und katholischen Deutschland, dem das frühere Reich erlegen, keine Rechnung, und da Preußen bei der territorialen Lage, die es 1814 gewonnen hatte, nicht füglich umgangen werden konnte, erwies jene Partei ihm die Ehre, Preußen zur Ausführung ihrer Pläne einzuladen. Auf dem Wiener Kongresse gewann die gesammtdeutsche Partei beim preußischen Kabinet nur sehr wenig Boden, da in diesem die Maximen Friedrichs des Großen und die Idee des spezifischen Preußens noch zu sehr vorherrschten. Preußen wollte seine junge und lebenskräftige staatliche Organisation dem abgestorbenen, zu Lebensäußerungen nur künstlich herangalvanisirten deutschen Reichssystem nicht unterordnen.

Inzwischen hatten die deutschen Professoren die gesammtdeutsche Idee mit Wärme aufgefaßt und dem deutschen Publikum gepredigt, während im preußischen

Kabinet selbst der Einfluß gereifter Staatsmänner den Eingebungen phantasiereicher Theoretiker Platz machte. So ward dieses Kabinet zum Aufgeben seiner ererbten Traditionen veranlaßt und in die bodenlose gesammtdeutsche Politik fortgezogen. Eine sehr wenig geschickte Ausführung krönte obenein das fehlerhafte System, und auf diese Weise ist Preußen in seine heutige politische Lage gerathen, isolirt von den europäischen Großmächten und von fast allen deutschen Mittelstaaten, selbst von europäischen Mittelstaaten, die früher seine natürlichen Bundesgenossen waren, wie Dänemark, Sardinien rc., von den Katholiken ziemlich unverhohlen als eine gehoffte Eroberung angestrebt; endlich des Vertrauens des (namentlich englischen) Protestantismus beraubt, welcher, wenn auch mit Unrecht, dem preußischen Hofe kryptokatholische Tendenzen unterschiebt.

Einer der großen Uebelstände der gesammtdeutschen Politik bestand für Preußen darin, daß dieses, um das protestantische und katholische Deutschland verschmelzen zu können, einer völligen Gleichberechtigung der katholischen und protestantischen Kirche, die faktisch nur zum Vortheil des Katholizismus ausschlagen konnte, die Hand bieten und so die protestantische Fahne unentfaltet lassen zu müssen glaubte. Ein triviales, aber darum doch passendes Gleichniß dürfte hier das des Knochens sein, den man ins Wasser fallen ließ, um nach dessen vergrößerter Abspiegelung im Wasser zu haschen. Zu dieser Ursache des Sinkens der Macht Preußens traten demnächst noch andere, die hier zu erörtern nicht der Platz ist. Wir wollen nur auf die Erschlaffung seiner Militärverfassung, Folge eines 37jährigen tiefen Friedens, hindeuten.

Oesterreich, durch die unzeitigen Versuche Preußens im gesammtdeutschen Sinne aufgereizt, während es Preußen politisch völlig isolirt und in den Grundlagen seiner Macht erschüttert zu erblicken glaubte, konnte so zu der Hoffnung, die der Wiener Hof offenbar hegt, hingeleitet werden, Preußen von der gewonnenen Stufe einer unabhängigen europäischen Macht wieder herabzudrücken und dagegen ihm in Deutschland eine Oesterreich untergeordnete Stellung anzuweisen, in welcher es wiederum, wie von 1648 bis 1740, in den europäischen Verhältnissen ein gefügiges Werkzeug Oesterreichs würde. Um diesen Plan des österreichischen Kabinets wirksam zu vereiteln und der wankenden politischen Lage Preußens wieder eine feste Grundlage zu geben, dürfte sich dem Königlichen Hofe kein sichereres Mittel darbieten, als mit der äußersten Entschiedenheit wieder die protestantische Fahne als das Banner Preußens zu entfalten. Indem Preußen die konfessionelle Kontroverse in Deutschland wieder gehörig belebt, ist es sicher, mit einiger Geduld und nach Verfluß einer gewissen Zeit sich wieder unter den deutschen Höfen und in der Masse des deutschen Volkes eine mächtige Partei zu bilden, die ihm zu entfremden nicht mehr in der Macht Oesterreichs stände, eine Partei, die eine weit festere Grundlage hätte, als jemals konstitutionelle Gefühle und gesammtdeutsche Träume zu schaffen vermöchten. Auch den skandinavischen Norden, dessen Bundesgenossenschaft für Preußen einen so hohen Werth hat, würde dieses auf dem gedachten Wege allmählich wieder für sich gewinnen und kräftige Sympathien im englischen Volke zu seinen Gunsten wecken. Um das vorgesetzte Ziel zu erreichen, müßte Preußen seine heutige konfessionelle Stellung, die gewissermaßen diejenige eines paritätischen

Staates ist, gegen die eines wesentlich protestantischen vertauschen und in diesem Sinne die Bestimmungen der Bundesakte und der preußischen Verfassung wegen Gleichberechtigung der Konfessionen auslegen, wobei es, wenn auch im entgegengesetzten Sinne, in Oesterreich und Bayern geeignete Vorgänge fände. Die freie Religionsübung der Katholiken brauchte es dabei in keiner Weise zu beeinträchtigen, wohl aber müßte es die Anmaßungen der katholischen Hierarchie und ihren Zusammenhang mit Rom, wo dieser das dogmatische Feld verließe, um auf das politische überzugehen, mit Festigkeit zu zügeln wissen. Wir untersagen uns natürlich, in die Einzelheiten des für diesen Zweck zu verfolgenden Ganges einzugehen, da dieser Gang in vielen protestantischen Staaten seit Jahrhunderten an der Hand der Erfahrung sich ausgebildet hat und es sich nur darum handelt, in bemessener Weise zu dem in dieser Beziehung in Preußen selbst früher Bestandenen zurückzukehren.

Man wird einwenden, daß die Katholiken heute in Preußen fast 2/5 der Bevölkerung ausmachten, dadurch der protestantische Staat fast unmöglich gemacht und dagegen der wirklich paritätische Staat bedingt würde. Aber die Erwiderung liegt auf der Hand, daß die in den alten preußischen Provinzen, einschließlich Schlesien, eingestreuten Katholiken an den protestantischen Staat gewöhnt und ganz gute Unterthanen waren, als er noch ungeschwächt bestand. Das katholische Bevölkerungselement in Westfalen, in der Rheinprovinz und in Posen wird aber Preußen wahrlich nicht dadurch gewinnen, daß es der katholischen Hierarchie Konzessionen macht. Nur so lange es der Stärkere ist, wird Preußen auf diesen Theil seiner Katholiken rechnen können. Warum also, um ihnen zu schmeicheln, wesentliche Rücksichten seiner allgemeinen Politik opfern? Die beste Miliz zur Erwärmung des protestantischen Geistes bleibt natürlich die protestantische Geistlichkeit. Es handelt sich nur darum, dieselbe indirekt anzufeuern und sich nicht zu erschrecken, wenn die konfessionelle Kontroverse sich belebt und selbst heftig wird. Aber man muß dabei sehr wohl zwischen Pietismus und Protestantismus unterscheiden. Der erstere ist als politisches Werkzeug nicht zu brauchen und nur geeignet, Verlegenheiten zu bereiten; der zweite dagegen bleibt für Preußen eine mächtige Handhabe.

Wir schließen mit der Bemerkung, daß die Idee des Aufgebens der Staatsreligion, das heißt der Beseitigung der Kirche als Regierungshebel, von der französischen Revolution ausging. Ludwig Napoleon, der wahrlich der Repräsentant der Revolution ist, hat jene Idee derselben, wie früher sein Onkel, zu den wesentlich unpraktischen gezählt und gründlich beseitigt. Großbritannien, nach langen Versuchen, seine Katholiken zu gewinnen, ist wieder auf dem Wege, streng protestantisch zu werden. Was folgt daraus für Preußen, welches als Staat und Macht recht eigentlich aus dem Protestantismus herausgewachsen ist? Wenn Preußen heute in Deutschland und am Bundestage mit Berechnung eine wesentlich neutralisirte Stellung einnimmt, von den deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die sich von ihm trennen wollen, gar keine Notiz zu nehmen scheint und sie einfach als Ausland behandelt, ruhig die erste durchgreifende politische Krise in Mitteleuropa abwartet, den von seinen Festungen umfaßten Theil von Deutschland doch seinem Einflusse unterwerfen muß und daneben entschieden die protestantische Fahne entfaltet, so

werden nicht viele Jahre vorübergehen, bevor Preußen in Deutschland die ihm gebührende Stellung wieder eingenommen und den politischen Boden wiedergewonnen haben wird, den seine ganz fehlgegriffene gesammtdeutsche Politik ihm entzogen hat." —

Welche Stellung Manteuffel zu den im Bundestag schwebenden Fragen einnahm, ist aus „Preußen im Bundestag" zu ersehen.*) Im Sommer erfuhr das gute Verhältniß, welches bisher zwischen Manteuffel und Bismarck bestanden hatte, eine Trübung. Ein scherzendes Gespräch, welches Bismarck in Wien mit dem hannoverschen Gesandten daselbst, dem Grafen Platen, geführt hatte, war von diesem nach Hannover berichtet worden und dort zur Kenntniß des General-Steuerdirektors Klenze gekommen, der mit Manteuffel über Zollsachen verhandelte und in Bismarck den Junker im Sinne der liberalen Bureaukraten haßte. „Er hatte nichts Eiligeres zu thun," so berichtet Bismarck in seinen Gedanken und Erinnerungen,**) „als entstellte Angaben aus Platens Bericht an Manteuffel mitzutheilen in dem Sinne, als ob ich an dessen Sturze arbeitete. Bei meiner Rückkehr von Wien nach Berlin (8. Juli) hatte ich an Aeußerlichem die Wirkung dieser Einbläserei wahrzunehmen. Sie bestand in einer Abkühlung meiner Beziehungen zu meinem Chef, und ich wurde nicht mehr wie bis dahin gebeten, bei ihm zu wohnen, wenn ich nach Berlin kam. Verdacht wurden mir dabei auch meine freundschaftlichen Beziehungen zu dem General v. Gerlach".

Ueber Bismarcks Verkehr mit dem Grafen Platen sprach sich Manteuffel allerdings auch Gerlach gegenüber ungünstig aus.***) Das Unterlassen einer Einladung, bei dem Ministerpräsidenten abzusteigen, hatte aber andere Gründe, und jedenfalls war das gute Einvernehmen bald wieder hergestellt. Als Bismarck nach Verlauf weniger Wochen den Chef bat, seinen Jüngstgeborenen†) aus der Taufe zu heben, antwortete dieser am 8. August:

*) Ich verweise auf den Erlaß Manteuffels an Bismarck vom 14. Juni 1852, betr. die Aushändigung eines Königlichen Handschreibens an den Kaiser von Oesterreich — „Preußen im Bundestag", Bd. IV, S. 81. Telegramme und Erlasse Manteuffels an Bismarck vom 19. und 25. Juli, 16. und 30. Aug., 31. Okt. und 23. Nov. 1852, betr. die holsteinische Angelegenheit und den Herzog von Augustenburg, Bd. I, S. 113, Note 2; S. 115, Note 1; S. 117, Note 1; S. 128, Note 2; S. 132, Note 2; S. 157, Note 1; S. 159, Note 2. Schreiben vom 20. Juli betr. die Erfindungen über Zukunftspläne Bismarcks, Bd. IV, S. 99. Die Erlasse bezw. Telegramme Manteuffels an Bismarck vom 30. Aug. 1852, betr. die Feststellung der Stärke und Zusammensetzung der Bundeskontingente, Bd. I, S. 128, Note 1; 18. Sept. und 15. Okt. 1852, betr. die Abberufung des Grafen Thun und dessen Qualifikation für Berlin, Bd. IV, S. 112 und 120; 26. Sept. 1852, betr. die Indiskretionen des „Preußischen Wochenblattes" und die Luxemburger Angelegenheit, Bd. IV, S. 114, Note 3; 20. Okt. 1852, betr. die Unterdrückung des „Frankfurter Volksblattes", Bd. I, S. 131, Note 1; 25. Nov. 1852, betr. die Reform der Bundeskanzleiverwaltung, Bd. I, S. 151, Note 1; 27. Nov. 1852, betr. den Gesandten v. Holzhausen, Bd. I, S. 155, Note 1.

**) Bd. I, S. 86 f.

***) Gerlach, a. a. O., S. 777. Am 2. Aug. verwahrte sich Bismarck Gerlach gegenüber gegen den Verdacht, er habe den Kreuzzeitungskonflikt eingerührt, um Manteuffel zu stürzen. „Ich müßte ein rechter Narr sein, wenn ich jetzt und freiwillig mit M. tauschen wollte." „Bismarcks Briefe an Gerlach", Ausgabe von Kohl, S. 36.

†) Wilhelm, der jetzige Oberpräsident in Königsberg.

„Gratulor ex anima, acceptire dankbar die Pathenstelle,*) vor der Hand aber reise ich mit seit einer Stunde wartenden Courierpferden nach Crossen, von wo ich am 14. d. Mts. hierher zurückkehre. Unverändert Manteuffel."

Die Verhandlungen zwischen Preußen und den Darmstädter Verbündeten wegen der Rekonstruktion des Zollvereins auf der Basis des Septembervertrages nahmen im Laufe des Sommers 1852 eine bedenkliche Wendung. Zwar über den sachlichen Streitpunkt wurde die Verständigung beinahe vollständig erzielt, allein über die Frage der Priorität des Zollvereins und der österreichischen Verhandlung schärfte sich der Gegensatz in solchem Maße, daß Preußen im September die Berliner Konferenzen abbrach. Aus der großen Zahl privater Zuschriften, welche dem Minister Manteuffel**) in der kritischen Zeit zugingen, mögen die bedeutsameren in chronologischer Reihenfolge erwähnt werden.

20. Juni 1852. Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Karl v. Manteuffel, berichtet dem von Berlin abwesenden Bruder: „Herr v. der Pfordten ist hier eingetroffen; ich habe seine persönliche Bekanntschaft noch nicht gemacht, auch werde ich ihm die Initiative hierbei überlassen. Bei Wrangel hat er erzählt, daß der Abschluß des hannoverschen Vertrages ohne Benachrichtigung der übrigen Vereinsstaaten eine tiefe Ehrenkränkung gewesen sei, daß indessen am Ende dieses Jahres ein Arrangement getroffen sein werde, das Oesterreich und Preußen befriedige; er hofft also noch immer auf unsere Nachgiebigkeit. Ein Glaswaarenhändler hat hier in seinem Laden erzählt, daß in den Gasthäusern in Bayern das Politisiren, ganz besonders aber das Sprechen über den Zollverein, verboten sei, er hat hinzugefügt, die Auflösung des Zollvereins sei tief zu beklagen, indessen müsse er doch zugeben, daß der Minister v. Manteuffel die Ehre der übrigen Vereinsstaaten durch den hannoverschen Vertrag tief verletzt habe, also ist die Pfordtensche Auffassung schon ins Volk gedrungen und die Auszugslinie zu erkennen. Ich sollte meinen, es müsse leicht sein, von Frankfurt a. M. aus auf die süddeutsche Presse zu wirken und diese Auffassung lächerlich zu machen bezw. gründlich zu widerlegen."

28. Juni. Der frühere nassauische Minister v. Winzingerode schreibt aus Wiesbaden: „In den Regionen der Darmstädter Koalition hält man noch den Anschein fest, wenigstens in hiesiger Gegend, als scheide man aus dem Zollverein, falls Oesterreich nicht in diesen aufgenommen werde. Schließlich, so scheint es mir doch nach wie vor, wird man lediglich suchen, sich für einige Schutzzollbewilligungen zu verkaufen und glauben, damit eine Handvoll extravaganter Industrieller und alliirter Kapitalisten abzufinden und zugleich ohne Unehre aus dem Abgrunde zu kommen. Der Austritt Süd- und Mitteldeutschlands aus dem Zollverein ist ein solcher Widersinn, daß man, so glaube ich, mit jeder noch so mageren Ehren-

*) „Bismarck-Jahrbücher", Bd. IV, S. 167.

**) Der Manteuffelsche Standpunkt erhellt aus den Erlassen desselben an Bismarck, d. d. 25. und 26. Juni, 8. Juli, 30. Okt. und 19. Nov. 1852, „Preußen im Bundestag", Bd. IV, S. 92 und 129; Bd. I, S. 116, Note 1 und S. 153, Note 1.

rettung schließlich gern darin bleiben wird. Dieses Mal spielt doch wohl die österreichisch-sächsisch-bayerische rc. Zollverfassung die Rolle, welche die Erfurter Unionsverfassung gespielt hat. Die Irrthümer und Mißgriffe beider beruhen vielfach auf den gleichen Motiven und Berechnungen, und es ist, meine ich, ein ganz behagliches Verhältniß, daß die Gegner Preußens und seiner Stellung in Deutschland jetzt sehr krank an denselben Fehlern sind, über welche sie bei dem Unionsunternehmen nicht genug und nicht schonungslos genug herzufallen wußten. Und doch war Preußen in den Jahren 1849/50 nur auf abstraktem und politischem Gebiete geblieben, während die jetzigen Unirten ohne Weiteres mit allen konservativen materiellen Interessen brechen. »Quem dii volunt perdere, dementant«."

30. Juni. Der sächsische Minister v. Zeschau, welcher im Jahre 1833 den Zollvereinsvertrag für Sachsen verhandelt hatte, schlägt vor: „Man vermittele zunächst, daß seitens derjenigen Regierungen, welche sich bei den Darmstädter Verhandlungen betheiligt haben, eine Erklärung dahin abgegeben werde, daß sie sich nach dem Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen über den hannoverschen Vertrag der Erwartung hingeben zu können glaubten, daß dessen Annahme in der Hauptsache keine Schwierigkeiten darbieten werde, wenn die Königlich preußische Regierung sich nur bereit erkläre, mit der Kaiserlich österreichischen Regierung jetzt, von den Zollkonferenzen abgesonderte Verhandlungen zu eröffnen, indem dann zu hoffen sei, daß dadurch eine Ausgleichung der mancherlei Nachtheile, welche mit Annahme des Septembervertrages verbunden sein dürften, sich darbieten werde. Eine derartige Erklärung würde, nach meiner Ansicht, als ein solches Zugeständniß anzusehen sein, das der Königlich preußischen Regierung wohl hinreichenden Grund geben könnte, als Gegenzugeständniß die Verhandlungen mit Oesterreich zu eröffnen, ohne solche als ehrverletzend zu betrachten; zumal in der Bereitwilligkeit, auf den Septembervertrag einzugehen, eine indirekte Kundgebung des ernsten Willens, den Zollverein fortzusetzen, erblickt werden müßte. Die Verhandlungen mit Oesterreich dürften zunächst auf Abschluß eines Handelsvertrages zu richten sein und in abgesonderten Konferenzen stattfinden. Sollte bei denselben, wie allerdings bei der jetzigen Lage der Sache zu erwarten ist, die Frage wegen Eintritt Oesterreichs in den Zollverein zur Sprache kommen, so wäre selbige bis zum Schluß der Verhandlungen hinauszuschieben und dann, wie ich hoffe, mit einer allgemeinen Zusicherung, dahingehend, daß einige Jahre vor Ablauf des Handelsvertrages dieser Gegenstand wieder aufgenommen werden solle, zur Erledigung gebracht werden. Nähmen gleichzeitig, was dann keinen weiteren Anstand finden würde, die Verhandlungen über Fortsetzung des Zollvereins ihren Fortgang, so würde man sich wahrscheinlich dem Zeitpunkte nähern, der den durch den Darmstädter Vertrag verbundenen Regierungen die Möglichkeit gewährte, den vorläufig getroffenen Verabredungen ihre definitive Beistimmung zu ertheilen. Nur einen Wunsch erlaube ich mir hierbei noch auszusprechen, es ist der, daß die Königlich preußische Regierung sich möge bereit finden, dem Handelsvertrage mit Oesterreich eine möglichst große Ausdehnung zu geben, weil ich darin den sichersten Weg erblicke, zur Beurtheilung der Zollvereinsfrage möglichst sichere Daten zu

sammeln, indem sich, wie ich zu vermuthen wage, vielleicht bald eine übereinstimmende Ansicht ergeben könnte, daß ein umfassender Handelsvertrag den gegenseitigen Bedürfnissen entspreche und einer späteren Zeit das Weitere zu überlassen sei."

4. Juli. Der Minister v. Schele in Hannover hegt die zuversichtliche Hoffnung, daß es bald gelingen werde, eine Lösung der handelspolitischen Frage herbeizuführen. „Dazu würde aber unerläßlich sein, die Darmstädter jetzt nicht weiter zu drängen, insbesondere ihnen keine Frist zur Erklärung zu setzen, sondern zunächst das Resultat der Mission des Herrn v. Bismarck*) zu erwarten. Hannover kann dies nur dringend wünschen, damit nicht einige Darmstädter, nur um einer Demüthigung zu entgehen, einen Entschluß der Verzweiflung fassen. Nach Erledigung der Mission des Herrn v. Bismarck wird die Sache allerdings rasch zum Schlusse gelangen müssen.

*) Am 4. Juli schrieb Dr. Quehl, der Leiter der Königl. Centralstelle für die Presse, an Manteuffel:

„Die »Neue Preuß. Zeitung« hat zuerst die Nachricht gebracht von einer außerordentlichen Mission des Herrn v. Bismarck in der handelspolitischen Frage und von einem auf Kosten Preußens bereits zu Stande gekommenen Verständnisse — eine Nachricht, die von der inländischen und auswärtigen Presse in der allerverschiedensten Weise, aber immer zum Nachtheile Preußens ausgebeutet worden ist. Diese Mittheilung sowie die anderweite über die Instruktionen des Herrn v. Bismarck sind von mir in der »Preuß. Zeitung« sowie in anderen Blättern mehrfach auf das Allerbestimmteste desavouirt worden. Es ist namentlich, und auf besonderen Befehl Ew. Excellenz, ausdrücklich erklärt, daß Herr v. Bismarck weder einen Auftrag zum Abschluß eines Vertrages noch schriftliche Instruktionen empfangen habe. Jetzt bringt der Magdeburger Korrespondent einen Brief des bei der »Neuen Preuß. Zeitung« beschäftigten Litteraten Langbein, worin gegenüber allen diesen amtlichen Desaveus ausdrücklich erklärt wird, »daß Herr v. Bismarck lediglich eine außerordentliche Mission wegen der handelspolitischen Frage habe, ja, daß er der österreichischen Regierung bestimmt formulirte Vorschläge in Betreff einer Handelsverbindung zwischen Oesterreich und dem Zollverein überbringe«.

Während also die preußische Regierung amtlich mehrfach erklärt, daß sie mit Oesterreich nicht eher über den Zollvertrag verhandeln werde, bis der Zollverein abgeschlossen sei, wird ihr hier und zwar von einer Seite, die man gewöhnlich als sehr gut von den Verhältnissen unterrichtet kennt, vorgeworfen, daß sie mit Oesterreich unterhandle und bestimmt formulirte Vorschläge überreichen lasse. Nimmt man aber nun diese Behauptung mit einem bekannten Leitartikel der »Neuen Preuß. Zeitung« zusammen, in dem Ew. Excellenz vorgeworfen wird, daß Sie zur Nachgiebigkeit gegen Oesterreich neigten, so wird jeder unbefangene Mensch diese Insinuation nach solchen mitgetheilten Thatsachen für wahr halten, zumal ja allgemein bekannt ist, daß die Redaktion der »Neuen Preuß. Zeitung« sich der besonderen Protektion hoher Personen erfreut und von diesen selbst Mittheilungen empfängt. Es ist ferner eine bewiesene Thatsache, daß die preußenfeindlichste Zeitung, die »Augsb. Postzeitung«, ein ultramontanes Blatt, was häufig die allerperfidesten Artikel gegen Ew. Excellenz und das Gouvernement bringt, ebenfalls von einem gewissen, auch bei der »Neuen Preuß. Zeitung« angestellten Herrn Dietz seine Korrespondenzen empfängt, und es ist nicht zweifelhaft, daß von dieser Seite in der neuesten Zeit sogar liberale Blätter, wie die »Weserzeitung«, benutzt worden sind, um die allerboshaftesten und niederträchtigsten Lügen zu verbreiten. Endlich — es ist unerhört — hat ein Mitarbeiter an diesem Blatte in der Wächterschen Weinhandlung, als ihm von einem Bürger bemerkbar gemacht wurde, solche Angriffe könnten Ew. Excellenz Stellung erschüttern, laut gesagt: »Ja, wir wollen auch Herrn v. Manteuffel stürzen!« und andere dieser Herren renommiren, daß nur die Abreise der Kaiserin bezw. des Kaisers Majestäten abgewartet werde, um diese Absicht ins Werk zu setzen."

Ist überall guter Wille vorhanden, so wird die so vielfach erörterte Angelegenheit leicht sich ordnen lassen. Verlängerung des Zollvereins, Annahme des Septembervertrages in seinen wesentlichen Grundlagen, gleichzeitiger Abschluß eines Handelsvertrages mit Oesterreich mit dem Hinzufügen, daß dieser Vertrag zur Erleichterung und Anbahnung einer demnächstigen Zolleinigung dienen solle, darauf scheint am Ende das praktische Resultat der langen Verhandlungen hinauszulaufen. Die glückliche Lösung dieser wichtigen Angelegenheit hängt wesentlich von Ew. Excellenz fernerer Entschließung ab, von der ich auch dieses Mal die Erhaltung der guten Eintracht in Deutschland zuversichtlich hoffe."

13. Juli. Der Führer der Konservativen, Stahl, glaubt Manteuffel nicht verhehlen zu dürfen, wie sehr die immer mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnenden Gerüchte in Betreff der Zollvereinsfrage ihn mit Betrübniß erfüllen, und daß es ihm, so er wieder in die Kammer gewählt werden sollte, nicht möglich sein würde, auf Seiten des Ministeriums zu stehen, wenn in dieser Angelegenheit den Gegnern nachgegeben und von dem feierlich verkündeten Ultimatum Preußens in was immer für einer Form zurückgewichen werde. „Ich bitte Ew. Excellenz, nicht vorauszusetzen, daß Ueberschätzung meiner Stellung mich zu dieser Aussprache bewegt. Aber einestheils wollte ich nicht unterlassen, Ew. Excellenz ein Kennzeichen für die Stimmung derjenigen im Lande zu geben, welche am wenigsten zur Opposition geneigt und jeder persönlichen Intrigue und Machination völlig fremd sind. Anderntheils halte ich es für meine Pflicht, nachdem ich Jahre lang Ew. Excellenz Verwaltung nach Kräften in der Kammer vertreten habe, Ew. Excellenz im voraus meine Gesinnung für diesen Fall darzulegen." Stahl hoffte, der Minister Manteuffel werde in dieser, die Ehre und die Stellung des preußischen Staates für lange Zeiten entscheidenden Angelegenheit die Schritte thun, welche seine Anhänger sehnlich von ihm erwarteten.*)

Am 4. Aug. schrieb Manteuffel an Bismarck:**) „Animiren Sie den Canitz, in der Zollsache derb aufzutreten, namentlich in Nassau, da kann er geradezu drohen."

13. Aug. Dr. Quehl, der Leiter der Preßcentralstelle, theilt aus Cösen Manteuffel mit, der bekannte Industrielle Oechelhäuser habe ihm geschrieben: „Das ebenso besonnene als feste Verhalten Herrn v. Manteuffels in der Zollsache hat dem Ministerpräsidenten hier selbst die Sympathien derjenigen in hohem Grade gewonnen, die sich zu seinen entschiedensten Gegnern zählten. Ja, man kann sagen, seitdem Herr v. Manteuffel gezeigt hat, daß er kein Paukenregiment will, und seitdem sich die Ueberzeugung mehr und mehr befestigt, daß er sich zu Konzessionen keinerlei Art nach dieser Seite hin verstehen wird, hat er am Rhein überhaupt keinen Feind mehr, und es steht, vorausgesetzt, daß es ihm gelingt, die ihm feindlichen Elemente in der Regierung selbst zu paralysiren, nicht zu bezweifeln,

*) Auch an Gerlach schrieb Stahl in diesem Sinne. A. a. O., Bd. I, S. 783.
**) „Bismarck-Jahrbücher", Bd. IV, S. 167.

daß er auch alle inneren Fragen im konservativsten und preußischsten Sinne zur glücklichen Lösung führen wird." — „Es wird selten ein Urtheil geben", — so fügte Quehl hinzu — „in welchem die große Mehrheit einer — eigentlich doch sehr zusammengewürfelten Nation so übereinstimmt als in dem eben angeführten."

17. Sept. Der Finanzminister v. Bodelschwingh theilt in einem an Manteuffel gerichteten eigenhändigen Privatschreiben die Ansicht dieses Letzteren dahin, daß durch das neueste Kabinetsschreiben des Königs von Württemberg die gestern gefaßten Beschlüsse in keiner Weise alterirt werden könnten. „Ganz abgesehen davon, daß unsere bisherigen Erfahrungen eben nicht geeignet sind, auf die aus Württemberg kommenden Versicherungen zu fest zu bauen, enthält die jetzt eingegangene auch nichts Bestimmtes und namentlich nicht die unumwundene Erklärung auf die unsrige vom 30. v. Mts., und das feste Versprechen, von jetzt an fest zu uns sich halten zu wollen; sie läßt vielmehr sehr wohl zu, daß erneut Bedingungen gestellt und Unterhandlungen begehrt werden sollen, auf die wir unmöglich eingehen dürfen. Daß die heutige Konferenz im Wesentlichen genau so verlaufen, wie wir gestern annahmen, wird Herr v. Philipsborn wohl bereits gemeldet haben. Meinerseits wünsche ich nun von deren Abhaltung und dem dadurch thatsächlich erfolgten Abbruch der Verhandlungen mit allen den Staaten, welche die gewünschte Erklärung nicht binnen der gestellten Frist abgegeben, die Vereinsbevollmächtigten ungesäumt in Kenntniß zu setzen, weil ich auf deren treue und umsichtige Mitwirkung glaube viel Gewicht legen zu dürfen, zumal sie alle unausgesetzt das entschiedene Auftreten Preußens als das einzige Mittel bezeichnet haben, ehrenvoll und vielleicht auch siegreich aus dem Zollfragenkampf mit Oesterreich hervorzugehen. Selbstredend glaube ich aber zu einer solchen Mittheilung nicht übergehen zu dürfen, bevor Ew. Excellenz die gestern verabredete Note an die betreffenden Gesandtschaften erlassen haben. Nach meiner Ansicht erscheint es mehr als wünschenswerth, daß die fragliche Mittheilung den heutigen Schritt als eine unser Festhalten und Nichtwanken entschieden charakterisirende That bezeichne und nicht entfernt die Möglichkeit durchblicken lasse, als würden wir uns mit den koalirten Staaten noch weiter auf Verhandlungen in bisheriger Weise einlassen. Jede Andeutung entgegengesetzter Art, glaube ich als sehr bedenklich bezeichnen zu dürfen, da sie gewiß als ein Zeichen des dennoch beabsichtigten Nachgebens angesehen werden dürfte. — Je bestimmter und entschiedener wir jetzt auftreten und unsere Gesandten instruiren, je besser wird — so hoffe ich fest — unsere ganze Situation in dieser hochwichtigen und folgenreichen Angelegenheit."

Auch der Geh. Legationsrath Küpfer zog die Auflösung des bisherigen Zollvereins einer Aufnahme Oesterreichs in denselben entschieden vor. „Selbst in dem Abfalle der Koalitionsstaaten vom preußischen Zollverein erblicke ich keinen wirklichen politischen Nachtheil für Preußen, wenn dieses dann nur seine ganze Stellung zu Deutschland angemessen modifizirt. Nur die Schuld des Bruches würde, in den Augen des deutschen Publikums, den Koalitionsstaaten thunlichst zuzuwenden sein." (Schreiben an Manteuffel vom 17. Sept. 1852.)

Der zur großen Ueberraschung der Koalitionsstaaten erfolgte Abbruch der Berliner Zollkonferenz am 28. Sept. vollzog sich in folgender Weise: Nachdem die Bevollmächtigten bezüglich der Uebergabe der Münchener Erklärung Instruktionen empfangen hatten, richteten sie folgendes Schreiben an den Vorsitzenden der Konferenz, den preußischen Generaldirektor der Steuern, v. Pommer-Esche: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich zu benachrichtigen, daß ich und die Konferenzbevollmächtigten von Sachsen, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau nunmehr mit Instruktion versehen sind, auf die in der Konferenzsitzung vom 30. Aug. erfolgte Erklärung der Königlich preußischen Regierung eine Erwiderung abzugeben. Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich daher, zugleich im Auftrage der vorgedachten Herren Kollegen, zur Abgabe unserer Erklärung eine Konferenzsitzung veranlassen zu wollen. Meixner, Berlin, am 28. Sept. 1852."

v. Pommer-Esche erwiderte ihnen an demselben Tage, wie folgt: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die Zuschrift vom heutigen Tage zu erwidern, daß ich mit Rücksicht auf den Inhalt der in Abschrift anliegenden, am gestrigen Tage an die Königlich preußischen Gesandten in München, Dresden, Kassel, Darmstadt und Wiesbaden erlassenen und den hier akkreditirten Vertretern der Zollvereinsstaaten kommunizirten Depesche, in Uebereinstimmung mit welcher auch eine Mittheilung an die Königlich württembergische Regierung erfolgt ist, mich außer Stande sehe, die gewünschte Konferenzsitzung zu veranlassen."

Die hier erwähnte Depesche Manteuffels, d. d. 27. Sept., lautet:

„In der Erklärung, welche preußischerseits in der Sitzung der hiesigen Zollkonferenz vom 30. Aug. d. Js. abgegeben worden, ist die Nothwendigkeit dargethan, die Frage über den Umfang des künftigen Vereins rechtzeitig bindend festzustellen, und es ist in Verbindung hiermit die Hoffnung ausgesprochen, daß in einer in der ersten Hälfte des Monats September anzuberaumenden Sitzung die wegen einer gemeinschaftlichen Grundlage der Verhandlungen gewünschte Rückäußerung erfolgen werde, ohne welche man diesseits in weitere Verhandlungen mit der Gesammtheit der Zollverbündeten nicht würde eintreten können.

Indem wir jene Hoffnung aussprachen, glaubten wir uns des allseitigen Einverständnisses damit um so mehr versichert halten zu dürfen, als wir überzeugt waren, man werde von allen Seiten erkennen, daß es durch die ganze Lage der Sache und durch Gründe der inneren Nothwendigkeit geboten sei, einer Ungewißheit ein Ziel zu setzen, welche unleugbar nachtheilig auf alle Verhältnisse einwirken und deren baldigste Beseitigung im gemeinsamen Interesse liegen muß: wir befinden uns indeß, zu unserem aufrichtigen Bedauern, auch bis heute noch seitens der dortigen Regierung ohne eine zustimmende Erklärung dazu, daß die Verhandlungen mit Oesterreich über einen Zoll- und Handelsvertrag erst nach Abschluß des Vertrages über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zu eröffnen seien.

Wir sind somit in der Unmöglichkeit, die Verhandlungen der Zollkonferenz mit der Gesammtheit fortzusetzen, und haben deshalb diese Verhandlungen nur mit denjenigen Staaten wieder aufgenommen, welche sich bereits der diesseitigen Erklärung vom 30. Aug. d. Js. angeschlossen haben.

Von dem Wunsche geleitet, wie bisher, so auch ferner Alles zu thun, was zur Förderung und Erreichung des Zieles, der Erneuerung des Zollvereins unter Hinzutritt des Steuervereins, möglich und mit dem allseitigen wie mit dem Interesse des eigenen Landes vereinbar ist, werden wir indessen, so lange es der Zeit nach überhaupt zulässig erscheint, nicht Anstand nehmen, auch mit der dortigen Regierung wieder in Verhandlung zu treten, sofern dieselbe uns dazu durch eine zustimmende Erklärung über die oben erwähnte Frage in den Stand gesetzt haben wird. Ich werde gern bereit sein, eine solche Erklärung entgegenzunehmen, und ersuche Sie, sich hiernach gegen die dortige Regierung zu äußern, auch, wenn es gewünscht wird, Abschrift gegenwärtiger Depesche mitzutheilen.

Manteuffel."

Am 8. Okt. ergänzte Manteuffel diese Depesche durch nachstehende weitere Mittheilung an die preußischen Gesandtschaften bei den Zollvereinsregierungen:

„Nachdem meine Depesche vom 27. v. Mts. in der Zollangelegenheit zum Abgang befördert worden, machte der Königlich bayerische Bevollmächtigte bei der hiesigen Zollkonferenz, zugleich im Namen der Bevollmächtigten von Sachsen, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau, dem Vorsitzenden die Anzeige, daß sie nunmehr mit Instruktionen versehen seien, um auf die in der Konferenzsitzung vom 30. Aug. d. Js. erfolgte Erklärung der preußischen Regierung eine Erwiderung abzugeben. Zugleich wurde das Ersuchen gestellt, zur Abgabe der Erklärung eine Konferenzsitzung zu veranlassen. Der Vorsitzende erwiderte darauf, daß er mit Rücksicht auf den Inhalt der inzwischen ergangenen, oben erwähnten Depesche — welche dabei mitgetheilt wurde — sich außer Stande sähe, die gewünschte Konferenzsitzung zu veranlassen. Die gedachten Bevollmächtigten gaben in einem fernerweiten an den Vorsitzenden gerichteten Schreiben ihr Bedauern hierüber zu erkennen und theilten zugleich unter dem Bemerken, daß es für die Königlich preußische Regierung von Interesse sein könnte, von den Intentionen ihrer Regierungen Kenntniß zu erhalten, die abschriftlich anliegende Erklärung, zu deren Abgabe sie beauftragt waren, zur Notiz in Abschrift mit.

Hiernächst haben die gedachten Bevollmächtigten Berlin verlassen. Dieser Verlauf hat uns nicht überraschen können. Alle unsere Voraussetzungen über die in München beschlossene Erklärung haben sich durch die zuletzt von den hiesigen Bevollmächtigten gemachte Mittheilung vollständig bestätigt. Abgesehen von der Frage über die Annahme des mit Hannover am 7. Sept. v. Js. abgeschlossenen Vertrages und über die Dauer des neu zu konstituirenden Zollvereins, war in den diesseitigen Auslassungen als leitender Grundsatz aufgestellt:

daß der Abschluß der Verträge über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins der Verhandlung mit Oesterreich über den mit dieser Macht abzuschließenden Handels- und Zollvertrag vorhergehen müsse.

Indem wir diesen, uns durch die klare Sachlage gebotenen Grundsatz festhielten, hatten wir in der Sitzung vom 30. Aug. die von uns gewünschte Auskunft über den Inhalt des nach Abschluß der Verträge mit unseren Zollverbündeten mit Oesterreich zu unterhandelnden Handels- und Zollvertrages ertheilt. Allein das

Verlangen der in München vertreten gewesenen Regierungen geht weiter. Noch in der uns jetzt vorliegenden Erklärung heißt es wörtlich:

Nun hat aber die Königlich preußische Regierung nicht die Annahme des unterm 25. Mai d. Js. vorgelegten Vertragsentwurfs in Aussicht gestellt, sondern nur zugestimmt, daß derselbe den Verhandlungen mit der Kaiserlich österreichischen Regierung zum Grunde gelegt werde, und sie hat dabei schon im voraus neben dem Ausschlusse der auf den Zolleinigungsvertrag bezüglichen Bestimmungen wesentliche Sätze des Entwurfs des Zoll- und Handelsvertrages beanstandet und insbesondere die so wichtige Beilage I. im Ganzen späterer Entschließung vorbehalten. Das Zustandekommen des Vertrages erscheint daher um so weniger gesichert, als, wie die Königlich preußische Regierung nicht verkennen wird, Niemand es in seiner Hand hat, allen den Wechselfällen vorzubeugen, welche zwischen dem Beginne von Verhandlungen und deren Abschluß eintreten können.

Hiernach soll also Preußen, damit seine bisherigen Zollverbündeten die Zollvereinsverträge erneuern, nicht nur angeben, zu welchen Bedingungen es mit Oesterreich verhandeln will, sondern sich auch von vornherein den Bedingungen unterwerfen, welche Oesterreich selbst an den Abschluß des Vertrages knüpfen wird. Somit wird also die Erneuerung des Zollvereins nicht nur von der freiwilligen Zustimmung der Paciszenten, sondern auch von der Einwilligung einer dritten, dem Zollverein nicht angehörigen Macht abhängig gemacht. Diese Betrachtung allein reicht hin, um das Festhalten des diesseitigen Grundsatzes zu rechtfertigen. Allein Preußen verzichtet auch noch jetzt nicht auf die Hoffnung, den Zollverein erhalten zu sehen. Freilich hat es bei der bisherigen Haltung der zuerst in Darmstadt, zuletzt in München konferirenden Regierungen die Aussicht aufgeben müssen, auf dem Wege der hier eröffneten Verhandlungen zum Ziele zu gelangen. Allein, indem es dieser Aussicht entsagte, hat es sogleich seinen jetzigen Zollverbündeten seine Bereitwilligkeit erklärt, die Verhandlungen fortzusetzen, sobald ihm von einer oder der anderen Regierung die Entschließung zu erkennen gegeben wird, den von ihm selbst als unabweisbar erkannten Grundsatz der Unabhängigkeit der Verhandlungen von dem Einverständniß einer dabei nicht betheiligten Macht gelten zu lassen. Somit kann von einem Abbrechen der Verhandlungen seitens Preußens in keiner Weise die Rede sein, so wie dasselbe denn überhaupt von Anfang an seinen ernsten Willen bethätigt hat, die für die Gesammtheit aller Zollvereinsstaaten segensreiche Verbindung in jeder Beziehung und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten und neu zu beleben.

Ein Rückblick auf den bisherigen Gang der Sache wird diesen Satz auf das Bündigste belegen. Nachdem der Vertrag vom 7. Sept. 1851 zum Abschluß gediehen, machte sich das allgemeine Anerkenntniß Bahn, daß damit ein Ziel erreicht worden, dessen Verwirklichung seitens aller zum Zollverein verbundenen Regierungen oftmals herbeigewünscht war. Nicht minder geltend machte sich die Ueberzeugung, daß zur Erreichung des Zieles ein anderer Weg schwerlich geführt haben würde. Preußen vertraute auf unbefangene Erwägung der schwierigen Umstände und schritt demnächst zu der formellen Kündigung der Zollvereinsverträge, nicht um langbestandene Verhältnisse zu lösen, sondern einzig und allein, um unter

Befestigung derselben die Bahn zu öffnen für die Verhandlungen, welche nothwendig waren sowohl um des Septembervertrages willen als auch, um andere bei dem Uebergang in eine neue Vereinsperiode der Verständigung bedürfende Punkte zu reguliren. Preußen erfüllte mit diesem Schritt eine Pflicht, es nahm solche auf sich zugleich in der Voraussetzung, daß sonst doch von der einen oder anderen Seite eine Kündigung eingetreten wäre. Gern hätte Preußen damals sofort die Verhandlungen angeknüpft, allein es konnte diesen unleugbar günstigeren Weg nicht betreten, weil annoch die Zustimmungen der Landesvertretungen zum Septembervertrage in Preußen wie in Hannover und der Anschluß Oldenburgs zu bewirken war. Sobald indeß auch diese Anstände gehoben waren, erfolgte die Einladung zu den Konferenzen. Inzwischen war die Kaiserlich österreichische Regierung mit der Emanation eines neuen Tarifs vorgegangen und hatte den Zeitpunkt zwischen der erfolgten formellen Kündigung der Zollvereinsverträge und dem Beginn der Berliner Konferenzen gewählt, um zu handelspolitischen Berathungen nach Wien einzuladen. Preußen, welches wiederholt nicht nur die Zweckmäßigkeit, sondern auch das Bedürfniß einer befriedigenden, den Verhältnissen entsprechenden kommerziellen Verständigung mit Oesterreich aufrichtig anerkannt hatte, konnte sich jedoch aus den damals dargelegten Gründen nicht dazu verstehen, an den Wiener Berathungen theilzunehmen. Ehe diese Berathungen zu Ende gingen, trafen sieben der Zollvereinsregierungen zu Darmstadt die bekannten Verabredungen vom 6. April d. Js. und übernahmen demgemäß in Wien nach Inhalt des Schlußprotokolls vom 20. April d. Js. die Verpflichtung, für den Abschluß eines Handels- und Zollvertrages und Zolleinigungsvertrages bei den übrigen Zollvereinsregierungen sich zu verwenden; im Falle aber die unveränderte Annahme der Wiener Entwürfe von Seiten der Letzteren nicht erfolgen sollte, dahin zu wirken, daß, unter Zugrundelegung dieser Entwürfe über einen Zoll- und Handelsvertrag verhandelt werde, und daß diese Verträge gleichzeitig mit denjenigen über die Erneuerung oder Neugestaltung des Zollvereins zu Stande kämen.

Die Berliner Konferenzen wurden am 19. April 1852 eröffnet. In der ersten Sitzung vom 26. April begannen die zu dem Darmstädter Bündniß gehörenden Regierungen mit der Erklärung, daß in Verbindung mit den Verhandlungen wegen Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zugleich auch eine Verhandlung mit Oesterreich, unter Zugrundelegung der Wiener Vertragsentwürfe, deren Vorlage an die Konferenz demnächst erfolgen solle, für nothwendig gehalten werde. Preußen vermochte diese Nothwendigkeit nicht anzuerkennen und begründete in der Sitzung vom 1. Mai, in Uebereinstimmung mit seinen bereits wiederholt gemachten Mittheilungen die Ansicht, daß zunächst die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins unter Hinzutritt des Steuervereins zu sichern und erst alsdann zu Verhandlungen mit Oesterreich über einen Handelsvertrag zu schreiten sein werde. Die erwähnten Vereinsregierungen, welche inzwischen wiederum zusammengetreten waren, stellten hierauf in der Kollektiverklärung vom 25. Mai unter Vorlage der bei den Berathungen in Wien entworfenen Verträge den Antrag: daß während der Verhandlungen über die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins auch die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der sämmtlichen bei der hiesigen

Konferenz vertretenen Regierungen über die übergebenen beiden Vertragsentwürfe, unter Beiziehung und Theilnahme von Bevollmächtigten der Kaiserlich österreichischen Regierung, eröffnet würden. Preußen antwortete am 7. Juni, legte ausführlich die dem Abschlusse eines Zolleinigungsvertrages mit dem Kaiserstaat zur Zeit entgegenstehenden entscheidenden Hindernisse dar und sprach aufs Neue die wohlbegründete Ueberzeugung aus, daß das Interesse des gesammten Zollvereins, so wie aller einzelnen demselben zugehörigen Staaten es erheische, Unterhandlungen mit Oesterreich über einen Zoll- und Handelsvertrag erst dann zu beginnen, wenn die Fortdauer des Zollvereins unter Hinzutritt des Steuervereins gesichert sei. Preußen mußte, da bis zum 1. Juli keine Antwort erfolgt war, auf den Gegenstand zurückkommen und das dringende Bedürfniß der Herbeiführung einer baldigen Verständigung darüber geltend machen, daß die Verhandlungen mit Oesterreich erst zu eröffnen seien, wenn die Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins als gesichert anzusehen, also der Vertrag hierüber zum Abschlusse gebracht worden sei. Hierauf erfolgte in der Sitzung vom 20. Juli eine Rückäußerung von den zu Darmstadt verbündeten Regierungen, mit Ausnahme von Württemberg und Baden, worin eine Erklärung darüber beantragt wurde, wann nach Ansicht der preußischen Regierung die Sicherung der Fortdauer des Zollvereins unter Hinzutritt des Steuervereins als gegeben anzunehmen sein werde, also über eine Frage, welche durch die preußische Erklärung vom 1. Juli bereits ihre Beantwortung gefunden hatte. — Inzwischen war das für die hiesigen Verhandlungen vorhandene Material für den Augenblick erschöpft. Unter diesen Umständen wurde preußischerseits ebenfalls in der Sitzung vom 20. Juli erklärt, daß eine zeitweise Unterbrechung der Verhandlungen unvermeidlich und für den ferneren Gang der Verhandlungen selbst förderlich sein werde, um, unter dem Rückblick auf die Gesammtheit der gewonnenen Resultate, die Entscheidung darüber herbeizuführen, ob eine gemeinschaftliche Grundlage der Verhandlungen und damit die Möglichkeit einer Verständigung vorhanden sei; zugleich wurde zur Wiederaufnahme der Verhandlungen am 16. August unter dem Bemerken eingeladen, daß man preußischerseits auch zu einem früheren Termine, sofern solcher gewünscht werden sollte, bereit sei. In der Sitzung vom 21. Aug., mit welcher die Zollkonferenz wieder begann, gaben die in Darmstadt verbündeten Regierungen wiederum sämmtlich eine Kollektiverklärung ab, worin — an Stelle einer Antwort auf beide von Preußen aufgestellte Fragen — eine Zwischenfrage aufgeworfen wurde, nämlich darüber: inwieweit Preußen die Wiener Entwürfe und insbesondere den Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrages als Grundlagen der Verhandlungen mit der Kaiserlich österreichischen Regierung anzuerkennen und in welcher Fassung es den erwähnten Zoll- und Handelsvertrag demnächst anzunehmen bereit sei. Von Seiten des Königlich hannoverschen Bevollmächtigten wurde aus dieser Erklärung sofort konstatirt, daß der Septembervertrag nicht ferner als Hinderniß einer Rekonsolidirung des Zollvereins betrachtet werden könne. Preußen erklärte in der Sitzung vom 30. Aug., daß es den Punkt wegen Annahme des Septembervertrages als erledigt betrachten dürfe, zugleich nahm es keinen Anstand, die erwähnte Zwischenfrage vollständig zu beantworten, in der Hoffnung, nach einer sofortigen Rückäußerung zu einer Fortsetzung der

Unterhandlungen schreiten zu können, und mit dem Bemerken, daß bei dem Drängen der Umstände und dem Vorrücken der Zeit baldmöglichst und jedenfalls noch in der ersten Hälfte des September eine bestimmte Beantwortung der Frage, ob eine gemeinschaftliche Grundlage der Verhandlungen vorhanden sei, werde erfolgen müssen, indem man sonst in weitere Verhandlungen mit der Gesammtheit der Zollverbündeten nicht würde eintreten können. Die Bevollmächtigten der bei der Kollektiverklärung vom 21. Aug. betheiligten Regierungen erklärten sich indeß außer Stande, die gewünschte Rückäußerung sofort zu ertheilen; auch in der auf den 15. Sept. anberaumten Sitzung erklärten diese Kommissarien, sich noch ohne Instruktion zu befinden. Preußen konnte hierauf zunächst nur mit den anderen Regierungen die Verhandlung wieder aufnehmen, es wartete auf die gewünschte Rückäußerung der bei der Kollektiverklärung vom 21. Aug. betheiligten Regierungen noch bis zum 27. Sept.; an diesem Tage endlich vermochte es keinen anderen Weg zu betreten als denjenigen, welcher durch die Depesche vom 27. Sept. eröffnet ist. Eine weitere Verhandlung im Schoße der hiesigen Konferenzen konnte, wenn es nach mehrmonatlichen Verhandlungen noch nicht gelungen war, sich über eine gemeinschaftliche Grundlage zu vereinigen, zu einem Erfolg nicht führen, und wie wenig die in München vereinbarte Erklärung nach unserer Auffassung geeignet gewesen wäre, eine Verständigung zu erzielen, ist bereits oben näher dargethan.

Daß der nunmehr noch übrige Weg zu einem günstigeren Ergebnisse führen möge als der bisher verfolgte, ist das Ziel unsrer aufrichtigsten Wünsche. Wie aber auch die endliche Entscheidung dieser für die Zukunft Deutschlands folgenschweren Angelegenheit ausfallen möge, so können wir auf das Anerkenntniß zählen, daß wir während des ganzen bisherigen Verlaufes derselben in gleicher Weise wie bei allen unsern Bemühungen um Bildung, Erhaltung und Erweiterung des Zollvereins, neben dem Interesse des eigenen Landes, stets das Interesse der Gesammtheit im Auge gehabt haben. Wir dürfen uns mit Zuversicht auf die Geschichte des Zollvereins berufen, um den Beweis zu führen, daß uns weder die Achtung vor den Ueberzeugungen unserer gleichberechtigten Vereinsgenossen, noch der ernstliche Wille jemals gefehlt hat, diesen Ueberzeugungen, soweit es das Interesse des eigenen Landes irgend gestattete, entgegenzukommen. Wir dürfen deshalb auch auf das Vertrauen Anspruch machen, daß nicht der Mangel an Achtung vor fremder Ueberzeugung, nicht die Scheu vor dem Aufgeben einer einmal ausgesprochenen Ansicht uns von dem Verlassen der bis jetzt von uns innegehaltenen Gesichtspunkte zurückgehalten haben, sondern die tief begründete und im Verlaufe der Unterhandlungen nicht erschütterte, sondern nur befestigte Ueberzeugung, daß ein Abweichen von dem bisher befolgten Wege weder den allgemeinen Zweck fördern, noch mit den wichtigsten Interessen des eigenen Landes vereinbar sein würde.

Wir überlassen uns daher gern der Hoffnung, daß auch auf Seiten der andern betheiligten Regierungen eine anderweite Erwägung dahin führen möge, eine Meinungsverschiedenheit zu beseitigen, bei deren Fortdauer die Wohlfahrt deutscher Staaten erschüttert und untergraben wird. Den Weg haben wir offen und unzweideutig in der Depesche vom 27. Sept. bezeichnet, und ich wiederhole

gern das darin Gesagte, daß wir nicht Anstand nehmen werden, auch mit der dortigen Regierung wieder in Unterhandlung zu treten, sofern dieselbe uns dazu durch eine zustimmende Erklärung über den Punkt, daß die Verhandlungen mit Oesterreich über einen Zoll- und Handelsvertrag erst nach Abschluß des Vertrages über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zu eröffnen seien, in den Stand gesetzt haben wird.

Ew. ꝛc. wollen sich nach Inhalt gegenwärtiger Depesche dort gefälligst äußern und, wenn es gewünscht wird, Abschrift davon mittheilen.

Manteuffel."*)

Tags vorher (7. Okt.) hatte der König aus Sanssouci geschrieben:

„Bester Manteuffel. Die Erhaltung unsres Zollvereins mit Oldenburg ist, das sehen Sie ein, von überwiegender Wichtigkeit. Ich wünsche, daß Sie thätig darauf wirken wollen, sei's durch Noten, sei's durch Sendung eines gewiegten Mannes, der uns vor Allem Sicherheit schafft über die Absichten des Großherzogs. Ist derselbe zu bewegen, Hannover rundweg zu erklären, »er träte nicht aus dem Zollverein und »träte in den Neuen Verein entschieden **nicht wieder ein**«, so treten dem Verlassen Hannovers enorme Schwierigkeiten entgegen, die wir ihm nicht ersparen wollen. Ueberlegen Sie sich das und besprechen Sie es mit Alvensleben. Er ißt heut hier. Wollen auch Sie hier essen, so sind Sie, wie immer, willkommen. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Mit dem Abbruche der Berliner Konferenzverhandlungen war die Zollvereinskrisis in ihrem Kulminationspunkte angekommen; Preußen stand vor der Isolirung, wenn dasselbe es nicht räthlich fand, durch einige Nachgiebigkeit einen Ausgleich zu ermöglichen. Bald nachher machte sich das Bedürfniß des Einlenkens auf allen Seiten fühlbar. Sehr bald nach dem Schlusse der Konferenzen wurde die preußische Regierung inne, daß die Basis ihres neuen Systems, der Vertrag mit dem Steuerverein, brüchig zu werden drohe, da sich in Hannover bedenkliche Symptome eines Gesinnungswechsels zeigten. In Wien aber hatte man sich überzeugt, daß ein Zollverein mit den Darmstädter Koalirten ohne Preußen nicht zu erreichen sei, und verschiedene Momente der europäischen Politik wirkten darauf ein, Preußens Freundschaft dem Kaiserlichen Kabinette aufs Neue werthvoll erscheinen zu lassen. Demnach wandte sich Graf Buol Mitte Oktober in einem Privatschreiben an Manteuffel, erklärte die obwaltenden Differenzen zwischen beiden Höfen

*) Am 11. Okt. schrieb der Landrathsverweser in Prüm, v. Holleufer (vgl. oben S. 119), aus Sondershausen an Manteuffel: „Unsere kleinen thüringer Verhältnisse verschwinden jetzt vor dem einen großen Gedanken, der Deutschland bewegt; ich schreibe deshalb heute nicht darüber, obgleich ich Manches mittheilen könnte, was beweist, daß kräftige Männer am Ruder in diesen Kleinstaaten viel konservativere Gesinnungen im Volke finden würden, als die letzte Vergangenheit vermuthen läßt. Eins aber mag ich nicht verschweigen, daß Alles, Preuße oder nicht, sich Deiner Entschiedenheit gegen die Koalirten freut. Die letzte Zeit hat bewiesen, daß die Bevölkerung Thüringens sehr gut preußisch ist."

für geringfügig und betonte das allseitige Interesse an dem baldigen Zustandekommen eines österreichisch-preußischen Handelsvertrages. Am 26. Okt. wies darauf Manteuffel den Gesandten in Wien an, vertraulich und mündlich dem kaiserlichen Minister Preußens Bereitwilligkeit zu erklären, sobald Oesterreich offiziell und schriftlich den Wunsch einer in Berlin zu führenden Verhandlung nicht mit dem Zollverein, sondern mit Preußen und dessen Zollverbündeten zu erkennen gebe. Die frühere Streitfrage über die Priorität der beiden Verhandlungen sei durch das Erlöschen der preußisch-darmstädtischen Negotiation von selbst erledigt. Hierauf griff Oesterreich mit beiden Händen zu.

Am 17. Nov. wandte sich der sächsische Finanzminister Behr an Kleist-Retzow mit dem Wunsch, durch diesen die persönliche Begegnung mit Manteuffel in Sachen des Abschlusses des Zollvereins erwirkt zu erhalten. Kleist-Retzow befürwortete Behrs Wunsch: „Der Minister ist konform mit dem König, aber genirt durch die antipreußische Partei. . . . Minister Behr wird gewiß Alles geheim halten, da er die österreichische Partei, die leider in Sachsen die konservative ist, gegen sich hat."

Am 23. Nov. erwidert Manteuffel Herrn v. Kleist-Retzow:

„Obwohl es mir immer zur Freude und Ehre gereichen wird, mit einem von mir hochgeachteten Staatsmanne, wie Finanzminister Behr, zu persönlicher Besprechung zusammenzutreten, so war ich doch meinerseits entschlossen, die in Aussicht genommene Konferenz lediglich um deshalb abzulehnen, weil ich die Möglichkeit irgend eines Erfolges davon kaum abzusehen, andererseits die Besorgniß nicht zu beseitigen vermochte, daß mein Schritt der Aufmerksamkeit der Preußen so feindseligen sächsischen Presse nicht entgehen und nicht nur gegen mich persönlich — worauf ich keinen Werth lege — sondern auch zum Nachtheil der Sache werde ausgebeutet werden. Nichtsdestoweniger habe ich mich für verpflichtet erachtet, Sr. M. dem Könige, meinem Herrn, von dem Gedanken einer solchen Zusammenkunft zu sprechen, und Allerhöchstdieselben, obschon meine Bedenken theilend, haben mir befohlen, eingehend zu antworten und als Motiv namentlich angeführt, kein Mittel unversucht lassen zu wollen, welches geeignet wäre, eine Eventualität von Sachsen abzuwenden, an welche man dort nicht zu glauben scheine, welche aber nichtsdestoweniger sich immer mehr als unabwendbar darstelle. Se. M. hoben dabei ganz besonders hervor, wie sich Allerhöchstihrer bei der letzten Anwesenheit des Königs von Sachsen in Sanssouci ein wahrer Seelenschmerz bemächtigt habe, sich sagen zu müssen, daß dieser mit Recht hochverehrte Monarch im Begriffe stehe, Preußen zu zwingen, die Zollschranken wieder aufzurichten und dadurch Sachsen einen schweren Schaden zuzufügen. Indem ich nun in Gemäßheit dieses Befehles mich zu einer persönlichen Zusammenkunft bereit erkläre, erlaube ich mir doch zu bemerken, daß, bevor die diesfälligen Modalitäten näher festgestellt werden, mir es nothwendig erscheint, wenigstens im Allgemeinen den Gegenstand der Besprechung zu kennen. Geht die Absicht nämlich dahin, mir die Nachtheile, welche eine Auflösung des Zollvereins für Preußen hat, auseinanderzusetzen, mir v. der Pfordtensche Theorien vorzulegen und dergl., dann unterbliebe die Besprechung gewiß besser; denn diese Dinge sind hier sämmtlich so vielfach besprochen und wir sind so voll-

ständig darauf gefaßt, unter Umständen mit den uns gebliebenen Bundesgenossen, wozu jetzt die thüringischen Staaten und Braunschweig gehören, allein zu bleiben, daß selbst, wenn es einer mir überlegenen Einsicht gelänge, mich eines Anderen zu belehren, ich doch gänzlich außer Stande sein würde, die hier gefaßten Entschließungen und eventuellen Maßregeln rückgängig zu machen. Handelt es sich dagegen um die Frage, wie Preußen und Sachsen als beiderseits souveräne Staaten sich noch jetzt annähern und verständigen möchten, so dürfte die Möglichkeit eines Erfolges davon abhängen, inwieweit man dort zu solchen annähernden Schritten noch die Freiheit hat. Hierüber maße ich mir kein Urtheil an.

Als Ort der Zusammenkunft erscheint mir der Bahnhof zu Herzberg nicht recht geeignet, da ich dort sehr bekannt bin, und würde ich es vorziehen, wenn Ew. Hochwohlgeboren es gestatten, nach Wachau zu kommen. Ich würde demnächst von dort nach Crossen über Dahme und hierher zurückfahren. In dieser Woche kann ich hier nicht abkommen, wohl aber würde dies von Dienstag nächster Woche an möglich sein."

Ein paar Tage vorher (19. Nov.) hatte Manteuffel an Bismarck nach Frankfurt geschrieben:*)

„Ew. Hochwohlgeboren Schreiben von vorgestern**) veranlaßt mich, Ihnen einige Worte über den Stand unserer Zollangelegenheit zu sagen. Als Herr Prokesch sich hier in hochtönenden Phrasen erging, daß man in Oesterreich, von höheren politischen Rücksichten geleitet, unter allen Umständen eine Verständigung mit Preußen wolle, daß man jeden Handelsvertrag, der von den feindseligsten Federn des Finanzministerii redigirt sein möchte, unterzeichnen wolle, daß aber nur das auf Revolution spekulirende Preußen an der Nichtzustandebringung eines so naheliegenden Arrangements schuld sei, als ähnliche Klänge auch aus Petersburg und aus Meyendorffs Feder mir zukamen, beauftragte ich Graf Arnim in Wien, an rechter Stelle zu fragen, was es mit diesen Redensarten für eine Bewandtniß habe. Es waltete dabei das doppelte Interesse vor, einmal uns vor ungerechten Beschuldigungen zu bewahren, zweitens aber auch die uns namentlich von Hannover in ungünstiger Weise angebotene Vermittelung abzuwehren. Graf Arnim hat denn im Allgemeinen Graf Buol ganz außerordentlich herabgestimmt gefunden; man offerirt: Aufgeben der Zolleinigung, zwölfjährige Dauer und Beschränkung auf einen beiden Theilen vortheilhaften, die gegenseitige Freiheit nicht beeinträchtigenden Handelsvertrag, man verlangt nicht, daß wir nach Wien kommen, sondern will nach Berlin, oder wohin wir sonst wollen, senden. Man will nur für Oesterreich und nicht für die Koalitionsstaaten, aber nur mit Preußen verhandeln und den übrigen Staaten Accession vorbehalten. Es bleibt also eigentlich nur die allerdings bedeutungsvolle Frage der Zeit als Schwierigkeit zurück. Aber auch über diese hinfortzukommen, zeigt sich Aussicht. Wir haben nämlich mit Braun-

*) „Bismarck-Jahrbücher," Bd. IV, S. 167.

**) Gemeint ist wohl Bismarcks Bericht vom 15. Nov. 1852 (Preußen im Bundestag, IV, 126 ff., Nr. 52), der am 17. in Berlin einging.

schweig schon abgeschlossen und gedenken in den nächsten Tagen mit den thüringischen Staaten abzuschließen. Sobald das geschehen ist, können wir den Zollverein als rekonstruirt, d. h. die Koalitionsstaaten als ausgeschieden betrachten, und dann können wir ohne Inkonsequenz mit Oesterreich verhandeln. Graf Buol hat deshalb bereits eine Note an Graf Arnim gerichtet, diese ist indeß noch nicht beantwortet, und wird die Erwiderung hier entworfen, aber nicht eher abgelassen werden, als bis jene Voraussetzung, nämlich Rekonstruirung des Zollvereins, erfolgt ist. So liegt die Sache. Alles, was Herr v. Dalwigk von Verhandlungen fabelt, ist gelogen; man kann es keine Verhandlung nennen, wenn Oesterreich den Wunsch, mit uns zu verhandeln, zu erkennen giebt und wir noch nicht einmal geantwortet haben. Daß, wenn wir niemals zu Verhandlungen kommen, die Sache sehr schnell erledigt sein kann, vielleicht, um das Resultat zu sichern, erledigt sein muß, ist richtig. Eine sehr schlimme Rolle bei der ganzen Sache spielt Hannover, und ich muß an mich halten, dies nicht zum Schaden des Einverständnisses Herrn v. Schele derb zu sagen. Dort weigert man sich nicht nur, einen Bevollmächtigten hierher zu senden, sondern hat sich auch nicht entblödet, in Oldenburg ganz schlimm gegen uns zu agitiren und Braunschweig geradezu von Ratifikation der Traktate abzumahnen. In Oldenburg hat man tüchtig geantwortet; in Braunschweig scheint man zu schwanken. Die Herren Hannoveraner wünschen, daß wir mit Oesterreich direkt verhandeln; sollten sie denn wirklich nicht einsehen, daß zur Erreichung dieses Wunsches die Vorbedingung in der Möglichkeit der Verhandlung beruht? Ich werde Ihnen, geehrter Freund, dankbar sein, wenn Sie mir bald hierüber Ihre Meinung sagen und Sie sich namentlich darüber aussprechen, ob Sie in meinem Gange Bedenken sehn.

(Nachschrift am Rand der ersten Seite:)

Wenn ein Arrangement mit Oesterreich gelingen soll,*) so ist es nothwendig, daß nicht davon gesprochen werde und Leidenschaften und Zeitungen davon fern bleiben. Deshalb finde ich es sehr thöricht, daß Herr Dalwigk solche Reden führt, und würde sie lieber desavouiren als genehmigen."

2. Innere Politik.

Mitte Mai brachte die ministerielle „Zeit" Artikel gegen Westphalen, Kleist und Bismarck, die großes Aufsehen erregten, da man sich sagte, daß Dr. Quehl, der Leiter der Centralpreßstelle,**) dieselben doch nicht ohne Manteuffels

*) Nach einem Briefe, welchen Graf v. Kleist-Loß aus Wachau bei Herzberg am 25. Nov. 1852 an Manteuffel richtete, war Graf Thuns Ernennung (scil. zum Gesandten in Berlin) dem Einigungswerke günstig. „Er ist loyal, groß an Ansichten, zugänglich, sehr konservativ, sonst etwas schroff, fast burschikos. Richtig genommen, werden ihn Ew. Excellenz sehr bequem finden, da er leichter durch die Cigarre als durch diplomspitze Feder, der er überhaupt nicht sehr mächtig ist, zu leiten wäre. Es ist aber sonst ein ganz integrer ehrenwerther Charakter."

**) Auch zu Bismarck hatte Quehl ganz dreist gesagt, er habe Manteuffel entschieden abgerathen, sich von der Junkerpartei beherrschen zu lassen, diese Partei suche das Ihre und verdürbe den Staat. Westphalen sei unfähig zu seinem Posten und am besten durch Manteuffel selbst zu ersetzen. Gerlach, a. a. O., S. 768.

Wissen geschrieben, er aber andererseits dieselben doch unmöglich inspirirt haben konnte.

In einem Briefe Bismarcks an Gerlach vom 15. Mai*) bemerkt Ersterer, er werde schriftlich oder mündlich das Thema Quehl besprechen und die Diskretion abschütteln, die ihn bisher verhindert, darüber zu sprechen. „Dieser Letztere ist Manteuffels böser Genius, er bringt M.'s im Grunde des Herzens noblen Charakter (ich kenne allen entgegenstehenden Anschein) um Ehre und Reputation." Mit seiner Taktlosigkeit bezw. einem einzigen Artikel in der „Zeit" habe Quehl Manteuffel einen schwereren Stoß versetzt, als alle Vinckeschen Reden, „denn wieviele Leute sind, die zwischen der »Zeit«, v. M. und Quehl einen Unterschied machen?"

Die weitere Entwickelung des Konflikts zwischen Manteuffel und Quehl auf der einen, der „Kreuzzeitung" und der Kamarilla auf der anderen Seite, und die ganze innere Situation wird aus den nachstehenden, in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen"**) übergegangenen, brieflichen Aeußerungen von Gerlach ersichtlich:

„Potsdam, 17. Mai 1852. Ich halte Manteuffel für einen braven Mann, aber ein sonderbares politisches Leben ist das seinige doch. Er hat die Dezemberverfassung unterzeichnet, sich zur Unionspolitik bekannt, Gemeindeordnung und Ablösungsgesetz mit Rücksichtslosigkeit durchgesetzt, den Bonapartismus amnestirt 2c. Daß er in diesen Dingen nicht konsequent gewesen, gereicht ihm zum Ruhme, aber wenn auch Se. M. einmal sagten, die Konsequenz sei die elendeste aller Tugenden, so ist die Manteuffelsche Inkonsequenz doch etwas stark. Man spricht gegen die Kammern und gegen den Konstitutionalismus. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bis jetzt aber sind alle Regierungen revolutionär gewesen, außer England bis zur Reform und Preußen in geringen Unterbrechungen, 1823 und 1847. Die „Kreuzzeitung" hat in ihren kleinen Apologien der Kammern in Wahrheit nicht Unrecht, und doch sehnt sich unser Premier nach dem Bonapartismus, der doch ganz gewiß keine Zukunft hat. Manteuffel sagte übrigens gestern, er wolle Sie herbescheiden, wenn Sie nur noch zur rechten Zeit kämen, um den Kaiser und den Grafen Nesselrode kennen zu lernen. Wichtiger als alles das ist, daß Sie Manteuffel von Quehl befreien, denn er ist jetzt noch unentbehrlich und mit Quehl nicht zu halten. Es wird ihn nichts kosten zu behaupten, er wisse nichts von dem Artikel der »Zeit«, ja, daß dieses Blatt ihn nichts anginge, aber damit kann man sich nicht abfertigen lassen, da Thile, der Redakteur, durch Quehl und Manteuffel angestellt ist. Ich fürchte auch die absolutistischen Velleitäten von Manteuffel jun."

Am 18. Mai hatte Gerlach mit Manteuffel in der Quehlschen Angelegenheit eine Auseinandersetzung. Manteuffel***) fing damit an, den gegen Westphalen gerichteten Zeitungsartikel als eine Kleinigkeit zu behandeln, dann zu versichern, er habe nichts mit der „Zeit" zu thun. Zu ihrer Entstehung habe er 700 Thaler gegeben, ein reicher Kaufmann habe sie unterstützt und jetzt sei sie ganz selbständig;

*) Bismarcks Briefe an Gerlach, Kohlsche Ausgabe, S. 30.
**) Gerlach, a. a. O., S. 131 ff.
***) Ebenda, S. 765.

sie repräsentire den milden Absolutismus, eine Ansicht, die auch ihre Berechtigung habe und die glaube, daß mit einer kräftigen Regierung mehr ausgerichtet sei als mit einer Kreisordnung. Von der „Kreuzzeitung" wolle er sich nicht tyrannisiren lassen, auch nicht ihre Wege gehen. Es gebe Parteien, die ebenso berechtigt seien als die Junkerpartei. Daß Quehl diesem Zeitungsartikel fremd sei, sagte er nicht deutlich heraus. Gerlach machte Manteuffel auf den Schaden aufmerksam, den ihm Quehl verursache, und nannte ihm Alle, die über sein Verhältniß zu ihm indignirt wären, darunter auch Bismarck.

Am 19. Mai schrieb Gerlach an Bismarck:*)

„Infolge des Zeitungsartikels, von dem Ihr letztes Schreiben an mich handelt, ist wiederum von mehreren Seiten in Manteuffel eingeredet worden, um ihn zu bewegen, sich von Quehl zu trennen. Ich hatte mich hierbei nicht betheiligt, weil ich schon einmal über diesen Mann mit ihm aneinander gewesen war und wir damals gewissermaßen einen Vertrag geschlossen hatten, dieses Thema nicht zu berühren. Gestern fing jedoch Manteuffel selbst mit mir davon an, vertheidigte Quehl auf das Entschiedenste, erklärte lieber abtreten, als sich von ihm trennen zu wollen, sprach seinen Haß gegen die „Kreuzzeitung" unverhohlen aus und machte auch einige bedenkliche Aeußerungen über den Gang des Ministeriums des Innern und über einige uns gleichwerthige Persönlichkeiten."

Am 26. Mai kam Manteuffel zu Gerlach: „Sie halten mich für einen Abtrünnigen"; dann zur Rechtfertigung seines Verhältnisses mit Quehl: „Man könne nicht mit der Fahne der „Kreuzzeitung" gehen." Gerlach demonstrirte Manteuffel seine Unentbehrlichkeit und die Gefahr bei jeder Spaltung des Ministeriums.**)

Am 15. Juni notirte Gerlach, er habe seit Manteuffels Auftreten im Bunde mit Quehl gegen die Kreuzzeitungs- und Junkerpartei das rechte Vertrauen zu ihm verloren. „Wie kann das aber auch anders sein, nachdem ich mit ihm die wichtigsten Dinge gemeinschaftlich durchgemacht habe, haben wir uns in dem Zeitraum von drei Jahren fast nicht um einen Schritt genähert. — Und dabei soll ich Manteuffel dem Könige gegenüber halten, der jetzt nach allen Seiten hin den Vortheil mir abgewinnen kann und außerdem den festen Vorsatz hat, jetzt gegen seine Minister zu regieren." Gerlach setzt hinzu, Westphalen habe Manteuffel Alles vergeben und sei bereit, mit ihm gemeinschaftlich zu gehen. Dagegen habe Bodelschwingh die Vorwürfe gegen Manteuffel schärfer genommen.***) —

Bei der am 25. Mai vor dem Kriminalgericht in Berlin erfolgten Verhandlung des Sensationsprozesses Bloch gegen Wagner†) machte der Letztere in Betreff sämmtlicher von ihm aufgestellten Behauptungen den Einwand der Wahrheit

*) Auch dieses Schreiben ist in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" übergegangen. Gerlachs Parole lautet am 24. Mai: abwarten, für den Augenblick Westphalen zwar halten, aber doch nicht auf Manteuffels Sturz hinarbeiten. Ein paar Tage später klagte Gerlach wieder über die absolutistische Richtung Manteuffels. Gerlach, a. a. O., S. 767.

**) Gerlach, a. a. O., S. 769.

***) Ebenda, S. 772.

†) Vgl. oben S. 61, 190.

und beschwerte sich darüber, daß der Gerichtshof nicht auf seine desfallsigen Anträge in der Voruntersuchung eingegangen sei. Er behauptete, daß er vor Verfassung der Broschüre Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten Manteuffel genommen, und daß sich auch dieser in Verfolg seiner Mittheilungen mißbilligend über den Präsidenten Bloch und das ganze Verfahren beim Verkauf der Schiffe ausgesprochen, auch dabei geäußert habe, daß er ebenfalls die Entfernung des Bloch aus seiner Stellung wünsche, daß dieselbe aber während der Dienstzeit des früheren Finanzministers v. Rabe, welcher Bloch begünstigte, nicht zu bewirken gewesen sei.

Diese Erklärung glaubte sich der Präsident Bloch nicht gefallen lassen zu dürfen, und er ging Manteuffel jetzt scharf zu Leibe. In einem ersten Briefe, d. d. Berlin, 1. Juni, bemerkte Bloch: Auslassungen, wie die vorstehend mitgetheilten, seien mindestens geeignet, auf den Gang des schwebenden Prozesses einzuwirken und Richter wie Publikum irrezuführen, „indem es wohl Niemand für möglich halten wird, daß Jemand die Frechheit so weit treiben kann, Behauptungen dieser Art gänzlich aus der Luft zu greifen. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht darauf, daß die neuesten Aussagen des Wagner in allen Kreisen das größte Aufsehen erregt haben, halte ich eine durchgreifende Widerlegung für unbedingt nothwendig, und würde ich auch keinen Augenblick zögern dürfen, die geeignetsten Maßregeln sofort zu ergreifen, wenn ich meine Person allein berücksichtigen wollte. Allein auch mit Rücksicht auf Ew. Excellenz hohe Stellung scheint es mir dringend nothwendig zu sein, daß der immer weiter um sich greifenden Frechheit des Wagner, welcher in den gegen ihn eingeleiteten Prozessen stets mit neuen Lügen und Entstellungen Richter und Publikum auf das Unverschämteste täuscht, endlich auf das Entschiedenste gesteuert werde. Ich erlaube mir daher Ew. Excellenz vorzuschlagen, daß Hochdieselben dem betreffenden Gerichtshofe oder, wozu eine spezielle Veranlassung vorliegen dürfte, dem Königlichen Staatsanwalte die bestimmte Eröffnung zugehen lassen möge, daß die in Rede stehenden Angaben des Wagner durchaus auf Unwahrheit beruhen. Eine dergleichen offizielle Erklärung geeigneten Orts scheint mir der Würde angemessen und schlägt jeden Zeitungskampf nieder."

Da der Seehandlungspräsident Bloch bis zum 21. Juni ohne Antwort Manteuffels blieb, andererseits aber das Gericht am 26. d. Mts. über die Wagnersche Beleidigungsaffaire verhandeln wollte, so sah sich Bloch gezwungen, sein obenerwähntes Gesuch um schleunigste Mittheilung von dem Geschehenen zu wiederholen: „Nach den gemachten Erfahrungen muß ich mir leider die Bemerkung gestatten, wie ich bei dem ferneren Ausbleiben der erbetenen Nachricht binnen wenigen Tagen zu der freilich sehr betrübenden Annahme genöthigt sein werde, daß Ew. Excellenz es nicht für angemessen erachten, den einen oder den anderen der in meinem obengedachten Schreiben angedeuteten Schritte zu thun, und ich alsdann die zur Rettung meiner öffentlichen Ehre nöthig erscheinenden Maßregeln ergreifen muß."

Noch am gleichen Tage ermächtigte Manteuffel den Staatsanwalt Meyer in Berlin, die von Wagner bei Gelegenheit einer Prozeßverhandlung gemachte

Auslassung in Bezug auf die Entfernung des Seehandlungspräsidenten Bloch als unwahr zu bezeichnen.

„Da ich indeß für meine Person auf diese Sache kein Gewicht lege, vielmehr den Wunsch habe, in diesem Prozesse möglichst wenig erwähnt zu werden, so wollen Sie von dieser Ermächtigung nur in dem Falle Gebrauch machen, wenn Sie glauben, daß jene Aeußerung oder deren Widerlegung irgend welchen Einfluß auf die Entscheidung der Richter in der Sache selbst üben könnte."

Ein von Manteuffel an demselben Tage an Bloch aufgesetztes Schreiben ist nicht zum Abgang gelangt. Gleichwohl soll der Wortlaut hier mitgetheilt werden: „Ew. Hochwohlgeboren erwidere ich auf das Schreiben von heute, daß in der bewußten Sache dasjenige meinerseits bereits geschehen ist, was ich für nothwendig erachtete. Ew. Hochwohlgeboren habe ich davon nur deshalb absichtlich keine Mittheilung gemacht, weil Sie eine solche unter Hinzufügung einer Drohung verlangt hatten. Sollten Ew. Hochwohlgeboren die Veröffentlichung von Briefen, die nicht zu diesem Zwecke geschrieben waren, zur Rettung Ihrer Ehre für angemessen und erforderlich halten, so kann und will ich Sie davon nicht abhalten. Ew. Hochwohlgeboren werden es aber unter solchen Umständen erklärlich finden, wenn ich Sie ersuche, fortan jede Privatkorrespondenz mit mir zu unterlassen."

Der Ausgang des Prozesses setzte Hermann Wagner stark ins Unrecht. Durch schwurgerichtliches Erkenntniß vom 21. April 1853 wurde der Ober-Gerichtsassessor a. D. Wagner wegen öffentlicher bezw. verleumderischer Beleidigung zu zehn Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt. —

In der letzten Sitzungsperiode der Kammern war das im Art. 65 der Verfassung vorgesehene Wahlgesetz der ersten Kammer nicht zu Stande gekommen; ebenso wenig war die Zustimmung der beiden Kammern erfolgt zu dem Vorschlage, welchen die Regierung vorgelegt hatte über eine anderweitige Bildung der ersten Kammer. Mit Rücksicht auf den nahe bevorstehenden Endpunkt der letzten Legislaturperiode, den 7. August, befand sich die Regierung in der Nothwendigkeit, schleunig einen Entschluß zu fassen, welcher das drohende Vakuum beseitigte. Am 3. Juni schrieb der Prinz von Preußen an Manteuffel:

„Auch von dem ersten Kammergesetz sprach der König und sagte, es sei Alles parat gelegt. Kann ich dies nicht einsehen? Die lebenslänglichen Ernennungen sind höchst wichtig, und möchte ich gern meinen Rath zugeben."

Und am 7. Juni aus Schlangenbad:

„Ein zweites Fieber verursacht allgemein die Lösung der ersten Kammerfrage! Vielleicht machen Sie mir eine Mittheilung wie die heutige, wenn ein Entschluß gefaßt ist, der noch schwerer ist als die Konsequenz in der Zollfrage! Oktroyiren ist sehr contrecour. Nochmaliges Zusammenrufen der Kammer ist bei der Zerfahrenheit der Parteien unsicher! Also was?"

Die Regierung hatte, als der Prinz so schrieb, bereits beschlossen, durch eine mit Gesetzeskraft zu erlassende Königliche Verordnung (vom 4. August) diejenigen Bestimmungen zu erfüllen, welche die Verfassungsurkunde im Art. 65 hinsichtlich der Wahl der Mitglieder der ersten Kammer vorgeschrieben hatte.*) —

Am 11. Juni schrieb Manteuffel an den Gesandten, Grafen Hatzfeldt, in Paris:

„Von Dr. Frantz habe ich lange nichts gehört; ich wünschte, daß er bald hierher käme. Ist er noch dort, so bitte ich, ihm zu sagen, daß ich hier mit ihm über eine Umgestaltung unserer Verfassungsverhältnisse**) zu sprechen wünschte und ihm anheimgäbe, auf der Rückreise in Bonn dem Professor Walther einen Besuch zu machen, um dies Thema mit ihm zu behandeln. Walther hat eine Broschüre geschrieben, in welcher er die Auflösung der Verfassung in Spezialgesetze in sehr geschickter Weise als das Ziel hinstellt.“***)

Am 20. Juni theilte der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Carl Manteuffel seinem Bruder (dem Ministerpräsidenten) mit: „Heute früh habe ich mich der Königin von Württemberg empfohlen, die morgen von hier nach Schlangenbad geht; dieselbe hat heute nochmals den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß Sydow nicht nach Stuttgart kommen möge; ich dächte, dies könnte eine schickliche Veranlassung sein, denselben überhaupt auf eine unschädliche Stelle zu bringen. Nipprasch k†) schreibt, daß der König die Ernennung von Rabe (scil. zum Oberpräsidenten in Pommern) abgelehnt habe und auf Herrn v. Senfft losgehe. Die Wahl des Letzteren halte ich für sehr bedenklich, und mein einziger Trost hierbei ist, daß Westphalen auch gegen ihn sich erklärt hat; dagegen schmeckt die Ernennung sehr nach Bodelschwingh; Dir persönlich ist Senfft nicht zugethan, wie ich bestimmt versichern kann; ist er erst Oberpräsident,††) wird er auch mehr

*) Am 7. Dez. 1852 legte die Regierung die oktroyirte Verordnung den Kammern zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vor. Sten. Bericht der zweiten Kammer, Bd. I, S. 23. Die Verordnung selbst ist abgedruckt als Drucksache Nr. 17 der zweiten Kammer, III. Legislaturperiode, I. Session.

**) Am 30. Juni 1852 dankte Manteuffel dem Schriftsteller G. Zimmermann für die Ueberreichung seiner Schrift über die Polizei. Mit Interesse hatte Zimmermann die Versuche Manteuffels verfolgt, die preußische Verfassung theilweise abzuändern. „Ew. Excellenz Plan, stufenweise von dem konstitutionellen Wesen wegzukommen und die ständische Mitwirkung auf solches Maß zu reduziren, daß ein monarchisches Regiment allenfalls damit bestehen kann, glaubte ich in dem dortigen Gange zu erkennen.“

***) Am 8. August äußerte sich der Schriftsteller C. Frantz Manteuffel gegenüber über die bevorstehende Heranziehung einiger Professoren zur Verfassungsberathung. Es schien demselben vortheilhaft, „die vorliegenden Projekte der Restaurationspartei durch den Beistand unserer Professoren kritisiren und bezw. vernichten zu lassen, was nicht schwer sein wird“. Am 26. Juni theilte der Schriftsteller C. Frantz Manteuffel seine Gedanken über den Vorschlag des Grafen v. Bocholtz, betr. die Bildung der ersten Kammer, mit.

†) Der Sekretär des Ministerpräsidenten v. Manteuffel.

††) Wozu er später ernannt wurde.

werden wollen, und eines schönen Tages können wir ein Ministerium erhalten, in dem Raumer, Bodelschwingh und Westphalen bleiben, Senfft, Kleist und Bismarck nöthigenfalls eintreten würden. Ich rathe daher sehr gegen diese Ernennung, halte sie aber nicht für wichtig genug, um Dich mit dem Könige zu brouilliren, zumal derselbe leicht einen casus pro fratre hierin erblicken könnte. Ich würde, wenn ein Anderer nicht zu finden ist, mich immer noch lieber mit Westphalen für Selchow associiren; ist B. gar nicht mehr zu gebrauchen, event. nicht lieber noch Hinckeldey nach Pommern zu schicken? Der Letztere wird dort sehr bald Fiasko machen und hierdurch am schicklichsten beseitigt werden? Wenn Hinckeldey eine Theilnahme an dem Ministerium des Innern verlangt, so bitte ich Dich, Westphalen daran zu erinnern, daß ich ausdrücklich unter der Bedingung in meine jetzige Stellung getreten bin, daß H. fern bleibe, ferner, daß es für Westphalen selbst einer Beseitigung gleich kommen würde, da H. doch die regelmäßigen Vorträge bei dem Könige behalten, und also dieser, nicht Westphalen, dem Könige auch über die Angelegenheiten des Ministerii des Innern Bericht erstatten würde; endlich glaube ich berechtigt zu sein, zu verlangen, daß Hinckeldey, selbst wenn eine Betheiligung desselben bei dem Ministerium des Innern zugegeben werden sollte, nicht unmittelbar unter den Minister, sondern zunächst unter mich gestellt werde." —

Den nächsten Prozeßskandal hatte die „Kreuzzeitung" auf dem Gewissen. Am 9. Juli sprach der König Gerlach über einen besonders heftigen Artikel derselben gegen Manteuffel. Gerlach notirt dazu, denselben mißbilligend: „Kann man einen Minister nicht ersetzen, so muß man seine Angriffe auf die Sachen beschränken, und die Vorhersagungen über den Zollverein, die nicht einmal wahr sind, kann man gar nicht vertheidigen. Man denke sich aber in Wagners Lage, der sich malträtiren ließ und sein Amt daran gab für die gute Sache, während Quehl von der Demokratie bezahlt wurde; der soll sich jetzt von diesem mißhandeln lassen, er soll seine Drohungen hinnehmen, daß er die konservative Partei sprengen würde, und daß das Ministerium damit einig wäre und dergleichen mehr. Es ist schrecklich zu sehen, wie Alles daran gearbeitet hat, diese liberalen Bureaukraten wieder in die Höhe zu bringen."*)

Einen Augenblick scheint die Absicht bestanden zu haben, gegen die Mitarbeiter der „Kreuzzeitung" rücksichtslos vorzugehen. Am 10. Juli überreichte Hinckeldey dem Ministerpräsidenten die Akten der Redakteure Gödsche und Hermann Wagner und bemerkte in dem privaten Uebersendungsschreiben: „Hoch-

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 780 f. Auch unter dem 15. Juli bezeichnete Gerlach Wagners Angriffe auf Manteuffel als unwahr. „Den aktuellen Premier darf man nicht angreifen, wenn man nicht gleichzeitig von allen Personen im Amt verlangt, daß sie abtreten sollen. Sonst: **matters not men.** Aber was sind das für Kleinigkeiten, wenn man die Lage der Dinge im Ganzen überblickt. Der König ohne Vertrauen und aufgebracht gegen seinen Premier, arbeitet mit diesem, zugleich aber keineswegs vereint an dem Sturze der konservativen Partei, die das Land gerettet, Beide mit Erfolg. Se. M. reizt oder treibt Hinckeldey gegen die »Kreuzzeitung«; Manteuffel verfolgt Wagner, wie er es schon that, als dieser ihn gegen Radowitz hielt, und giebt ihn Demokraten und Gotteslästerern preis."

dieselben wollen ersehen, daß ich nicht im Stande bin, den Gödsche auszuweisen, weil derselbe im August 1849, wie ich jetzt sicher weiß, hinter meinem Rücken durch Vermittelung des Assessors Birkenfeld die Niederlassung hierselbst erhalten hat. Nachdem mir ein ganz ähnlicher Fall mit dem Redakteur Zabel passirt ist, habe ich schon vor Jahr und Tag nicht nur eine Aenderung im Dezernat vorgenommen, sondern zeichne dermalen auch alle Niederlassungen persönlich. Wagner ist dagegen vollkommen ausweisbar.*) Den Redakteur des preußischen Wochenblatts, v. Jasmund, habe ich wegen seiner heutigen Artikel c. termino von drei Tagen ausgewiesen."

Am 14. Juli zeigte der Minister des Innern, v. Westphalen, dem Ministerpräsidenten in einem eigenhändigen Privatschreiben an, daß der Polizeipräsident an diesem Tage die „Kreuzzeitung" zum dritten Mal habe wegnehmen lassen, weil sie den gestrigen und vorgestrigen Artikel abermals abgedruckt habe. „Er hat auch bestimmt erklärt, daß er morgen wieder das Blatt in Beschlag nehmen lassen werde, wenn es dieselben Artikel wiederholt bringen sollte. Wenn nun dessen ungeachtet Exemplare ausgegeben worden sind, so kann dies nur in einer unvollständig gelungenen Ausführung der Beschlagnahme seine Erklärung finden. So tief ich es beklage, daß die »Neue Preußische Zeitung« sich zu ihren Angriffen hinreißen läßt, so scheint mir doch kein weiteres Mittel und kein zweckmäßigeres gesetzlich übrig zu sein, dagegen einzuwirken, als eben die Verfolgung vor Gericht, die vom Polizeipräsidenten eingeleitet ist. Zur Konzessionsentziehung ist nach den bestehenden Gesetzen und bisher beobachteten Vorschriften diese Sache nicht angethan. Für Ausweisungsmaßregeln in solchen Fällen kann ich nicht stimmen; sie sind nach meiner Ueberzeugung dem Sinn der bestehenden Gesetze und Instruktionen in diesem Falle nicht entsprechend und schaden der Regierung mehr als sie nützen. Ebenso habe ich in der Sache mit dem Redakteur des »Berliner Wochenblatts« mich ausgesprochen. Das Dringendste scheint mir zu sein, daß das Gericht so schleunig als möglich über die ersten Beschlagnahmen entscheiden möge."

Tags darauf (15. Juli) schrieb Hinckeldey privatim an Manteuffel: „Eben ist der P. Lt. Groß, in dessen Revier das Bureau der »Kreuzzeitung« liegt und der dort genaue Verbindungen hat, bei mir, um mir zu sagen, daß heute nicht nur abermals alle inkriminirten Artikel abgedruckt werden würden, sondern daß dazu eine Einleitung gegen Ew. Excellenz geschrieben sei, schärfer als jemals. Gleichzeitig habe ich die, fast möchte man sagen betrügerische Art und Weise ermittelt, welche die gedachte Zeitung bei ihrer Versendung beobachtet. Ich werde nun fest vorwärts gehn, — auch gegen den Drucker. Mag kommen was da wolle!"

Am 17. Juli folgte die weitere private Meldung Hinckeldeys über die an diesem Morgen ausgegebene Nummer des „Preußischen Wochenblatts": „Es ist

*) Gerlach gegenüber leugnet später Hinckeldey die Absicht, Wagner ausweisen zu wollen. A. a. O., Bd. I, S. 784.

durchaus nicht besser als früher, und ich würde es sicher mit Beschlag belegt haben, wüßte ich nicht ebenso sicher, daß gerade damit seine Absicht erreicht wird. Die einzig richtige, durchgreifende und dermalen sogar völlig gedeckte Maßregel ist die Ausweisung des Redakteurs. — Gegen diese hat sich aber Herr v. Westphalen durchaus erklärt. Ich habe, wie Hochdieselben wissen, versprochen, davon Abstand zu nehmen, in der Voraussetzung, daß das Blatt gemäßigtere Seiten aufziehen würde. Diese Erwartung ist nicht erfüllt worden — sie ist nicht erfüllt worden, wie man mir erzählt (ich kann es nicht verbürgen), infolge bestimmter Zusicherungen, welche Herr v. Jasmund, von wem? weiß ich nicht, im Ministerium des Innern über sein Verbleiben erhalten haben soll. Ich kann dies, wie bemerkt, in keiner Weise beweisen. Allein es ist sehr bedenklich, dermalen auf halbem Wege stehen zu bleiben. Ich stelle daher anheim, sich über die weitere Fortsetzung der Maßregel im Laufe des Tages mit Minister v. Westphalen zu verständigen und werde mir heute gegen Abend weitere Belehrung von Ihnen persönlich erbitten."

Der leidenschaftliche Vorstoß der „Kreuzzeitung" gegen Manteuffel verursachte naturgemäß eine Aussprache desselben mit Gerlach, welcher noch immer die Hoffnung nicht aufgab, den Ministerpräsidenten in das Lager der kleinen aber mächtigen Partei herüberzuziehen. Am 12. Juli schrieb er dem Premier aus Sanssouci:

„Ew. Excellenz haben es mir gestattet, über die jetzige Lage der Dinge und über Ihr und mein Verhältniß dazu mein Herz ausschütten zu dürfen.

Ew. Excellenz wissen, daß ich Ihren Eintritt in das Ministerium 1848 mit Freuden begrüßte, und daß ich das Meinige dazu beigetragen habe, ihn durchzusetzen. Ich kann noch hinzufügen, daß ich Sie für den einsichtsvollsten Mann im Ministerium hielt und daß Sie bei der unseligen Verfassungssache nur der Nothwendigkeit gewichen sind. Bei dem Kommunal- und Ablösungsgesetz begriff ich Sie nicht und stand Ihnen scharf entgegen. Sie und einige Ihrer Kollegen drangen auf meine Verabschiedung; ich aber hielt Ihre Person im Ministerium für so wichtig, daß ich es war, der zuletzt den König bewog, diese Gesetze zu vollziehen.

Vor der Verfassungsbeeidigung, als noch Hoffnung war, dieselbe zu hintertreiben oder zu verzögern, waren Sie des seligen Rauchs und meine letzte Hoffnung. Der Radowitzschen Politik war ich stets entgegen. Als Sie sich zu einer thätigen Opposition dagegen entschlossen, stand ich Ihnen bei und hielt in den schweren Krisen des November, bis Sie von Olmütz wiederkamen, treulich zu Ihnen. Mein Vertrauen und meine Liebe zu Ihnen war so gewachsen, daß ich damals mit Zuversicht auf eine dauernde Allianz rechnete. Ich vertheidigte Sie nach Kräften und habe dafür, wie Sie wissen, oft viel zu leiden gehabt. Ich erinnere mich keiner erheblichen Differenzen zwischen uns als einmal über Herrn Quehl, als ich die Behandlung dieses bedenklichen Mannes in der »Kreuzzeitung« vertheidigte. Dies ging aber vorüber. Die erste reelle Differenz unter uns trat mir, obschon noch sehr ungewiß, entgegen, als ich sah und hörte, wie der angeblich das Haupt erhebende sogenannte Pietismus, der nach meiner Ueberzeugung das

Christenthum ist, Ihnen bedenklich geworden war,*) denn ich hatte schon längst die Erfahrung gemacht, daß ein Gegensatz auf diesem Felde einen auf dem politischen nothwendig nach sich zieht, und ich fürchtete daher, daß auch hier Ihr Haß gegen die Kreuzzeitungspartei läge. Noch mehr aber trat der Gegensatz hervor nach dem Staatsstreich des Louis Bonaparte. Ich verließ mich aber hier auf die Entwickelung der Begebenheiten, obschon der unselige Quehl auch hier die Avantgarde für Ew. Excellenz vielleicht ohne Ihren Willen auf eine verderbliche Art führte und dadurch Ew. Excellenz viel Schaden that. Bei der Frage über die erste Kammer war ich in der Hauptsache mit Ihnen einig, aber sowohl hierbei als bei ihrer Ansicht vom Bonapartismus erkannte ich Ihrerseits zu meiner tiefen Betrübniß ein Spekuliren auf den Pessimismus. Doch auch hierbei verließ ich mich auf die Macht der Begebenheiten und auf den reinen und edlen Charakter Ew. Excellenz, da Ihnen stets jeder Egoismus, jede Anmaßung fremd war. Ich hoffte und hoffe noch, daß der Herr Ihnen helfen würde.

Nun aber kamen die unglücklichen Artikel in der »Zeit« rc. über Westphalen, Kleist, Bismarck. Quehl schickte mir selbst seine Rede an seine Wähler, wo er sich ziemlich deutlich als ein Gegner der Westphalenschen Politik bekannte und dabei doch auf seinen Zusammenhang mit den Ministerien hindeutet. Dazu kam, daß Ew. Excellenz gleichzeitig aussprachen, Sie seien der Kreuzzeitungspolitik entgegen und würden sich von ihr nicht regieren lassen. Hätten Sie aber eine Einigkeit in den Prinzipien mit dieser Partei gesucht, so würden Sie sie gefunden haben und dann hätten Sie der Partei, diese aber nicht Ihnen Gesetze gemacht. Sie versuchten aber nie, auch nicht einmal durch mich, eine Verständigung mit den Männern, die doch der von Ihnen geführten Sache die wesentlichsten Dienste geleistet hatten und noch leisten konnten. Sie gaben vielmehr die »Kreuzzeitung«, welche noch immer das Panier der konservativen Partei im Lande ist, und die durch venale Schreiber, selbst wenn sie der Tausendkünstler Hinckeldey aufsucht, nicht ersetzt werden wird und welche, eben weil sie 1850 für Ew. Excellenz Sache gekämpft, die Königliche Gunst eingebüßt hat, Herrn Quehl und Konsorten preis. Ich mißbillige die persönlichen Angriffe auf Ew. Excellenz entschieden, sie sind ebenso unrecht als thöricht; das Geschrei über das schwächliche Nachgeben in den Zollverhandlungen**) ist mir in der Seele zuwider und beruht außerdem noch auf faktischen Irrthümern. Würden solche Dinge nicht leider öffentlich behandelt, durch unsere und unserer Gegner Schuld, so hätte man m. E. viel nachgiebiger sein können in der Form. Aber hat man es auch nur versucht, die »Kreuzzeitung« zu belehren?

*) Auch in seinen „Denkwürdigkeiten" konstatirt Gerlach (Bd. I, S. 790), daß zwischen ihm und Manteuffel der eigentliche Gegensatz der kirchliche, der Widerwille gegen den Pietismus sei. „Nur aus Pietistenhaß wird Manteuffel stets mißtrauisch gegen Raumer bleiben, obschon er den selbst zum Minister gemacht hat, und aus demselben Grunde sagte er zu mir, er könne Ladenberg weder für so übel noch so gefährlich halten als ich; dabei vergißt er völlig dessen **anteriora**, sein Präsidium im Nov. 1850, sein Kirchenregiment, zu dem ihn Manteuffel selbst als Atheisten für unfähig erklärte."

**) Am 15. Juli versichert Manteuffel Gerlach, daß von einem Nachgeben bei den Zollverhandlungen nicht die Rede sei. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 782.

Im Allgemeinen erkenne ich aber vollkommen an, daß ich Ihnen viel Dank schuldig bin für das Vertrauen, was Sie mir in den zwei Jahren, die wir zusammen gegangen, bewiesen haben, obschon ich es ewig bedaure, nie von Ihnen zu einem unbefangenen Verhältniß zugelassen worden zu sein. Gehe ich von dieser persönlichen Auseinandersetzung zu den vorliegenden Fragen über, so bekenne ich, daß wir weder den Bonapartismus noch die russische Autokratie gebrauchen können. Der erste ist die legalisirte Revolution, das Aufgeben jedes Rechts von oben an das Forum der Volkssouveränität, die andere ist der Militärdespotismus, der auf die Dauer in Deutschland nicht bestehen kann, am wenigsten bei uns. Oesterreich trachtet nach russischen Zuständen, die deutschen Fürsten nach dem Bonapartismus des Rheinbundes. Wir dürfen keins von beiden mitmachen. Der Weg, den wir im Jahre 1851 angefangen haben zu gehen, ist für uns der einzig richtige. Festhalten unserer alten Kommunal- und Patrimonialverhältnisse, soweit sie noch bestehen, Erstarkung und Veredelung der Bureaukratie durch ständischen Beisatz, was eine alte schon von Friedrich II., der Landräthe zu Ministern, Offiziere zu Kammerpräsidenten machte, befolgte preußische Maxime ist, strenge Ueberwachung der Treue und Integrität der Beamten, Ueberlassung der Provinzialgesetzgebung an die Provinzialstände, Reduktion der Kammer auf Finanzkontrolle und Abgabenbewilligungen und auf Enregistrement und Bestätigung der oktroyirten Gesetze. Das jetzige Kammerregiment hat keine Zukunft. Es wäre schon in seine Schranken gewiesen, wenn es nicht sich an den Zwisten des Königs mit seinen Ministern und an den Zwisten des Königs und der Minister mit der konservativen Partei gestärkt hätte. König und Minister, die Konservativen im Lande leitend, wozu sich die Letzteren gerne hergeben würden, hätten längst den Konstitutionalismus auf eine dann ganz nützliche Formalität reduzirt. Meinen Gefühlen widerspricht der Konstitutionalismus so, daß ich noch keiner Kammersitzung beigewohnt habe, dessenungeachtet ist er mir lieber als die lederne, hochmüthige, in den Zeiten der Noth ebenso dumme als schwache Bureaukratie und auch ohne Rechtsbruch (ein gefährliches Experiment) nicht zu beseitigen.

Schließlich erlauben mir Ew. Excellenz noch als Mensch zum Menschen, als Christ zum Christen sprechen zu dürfen. Ich habe Ihnen sehr nahe gestanden und Sie nie auf Egoismus, Eitelkeit oder Eigennutz, auch nicht im feineren Sinne, ertappt. Darum aber habe ich mir das Abspringende Ihrer Politik in den Kommunalsachen, in den deutschen Sachen und jetzt um so weniger erklären können. Ich fürchte, der Grund davon ist, daß Sie nicht an die Wahrheit glauben? Sie fragen wie Pilatus dem Heiland gegenüber, der sich selbst via, vita, veritas nennt: „Was ist Wahrheit?" Sie glauben daher oft, daß es einerlei ist, ob man es so oder so macht. Sie halten unsere Zustände im gewissen Sinne für desperat und glauben pessimistisch durch schlechte Zustände zu guten gelangen zu können. So darf aber ein Christ nicht denken. Der Christ hat eine Wahrheit, die ein Licht am dunkeln Ort, die seines Fußes Leuchte ist, ein festes, prophetisches Wort, wonach er die Erscheinungen der Zeit beurtheilt, die Zweifel aber gehen nothwendig von Sachen auf Menschen über; sie machen gleichgültig gegen sie, so daß Quehl als ebenso gut erscheint als die treuesten und rechtlichsten Männer. Er taugt am

Ende auch nichts! ist dann das Urtheil über Letzteren, die Zweifel machen aber schwankend und verhindern den Anschluß an Gleichgesinnte. Aber, Ew. Excellenz, wir bedürfen in Wahrheit der angestrengtesten Thätigkeit mehr als je. Noch sind Sie im Amte, und ich bin nach Allem, was geschehen, und nach reiflichem Nachdenken doch überzeugt, daß Sie darin bleiben müssen. Sie sind im November 1848 und im November 1850 mit Kraft von Oben begnadigt worden, das ist kein Zufall, das ist nicht etwas, was Sie, undankbar gegen Gott, ignoriren dürfen. Schließen Sie sich eng und offen an die Leute an, die es mit dem Könige und dem Lande ehrlich meinen, das macht Sie mächtig und ist wichtiger als eine Entlassung Quehls. Lassen Sie sich nicht durch Nebensachen von der Hauptsache ablenken. Sie sagten mir beim Abschiede scherzhaft, ich möchte jetzt ein anderes Ministerium bilden. Ich erwiderte, ich wüßte kein anderes. Aber das weiß ich, daß Andere, die andern Sinnes als ich und Sie sind, wohl ein anderes Ministerium, ja mehrere andere wissen und daß von diesen, wie hier die Dinge einmal stehen, das schlimmste das wahrscheinlichste ist. Ich kann nicht sagen, warum ich sehr schwarz über die Dinge, die uns bevorstehen, sehe. Ich bitte Sie, behaupten Sie sich in ihrem Amte, brechen Sie aber nicht mit den Treuen im Lande. Die vorhandenen Mißverständnisse sind jetzt noch zu beseitigen, stärken Sie sich nach allen Seiten durch Alliance. Lassen Sie sich nicht von den Parteien beherrschen, beherrschen Sie vielmehr dieselben, behalten Sie sie im Dienste und glauben Sie, Niemand wird dem Premierminister, dem unentbehrlichen Premierminister, den Gehorsam verweigern.

Verzeihen Sie Ihrem zweijährigen Waffengefährten seine Freimüthigkeit."

Am 17. Juli notirt Gerlach, Manteuffel sei erbittert gegen die „Kreuzzeitung". Kurze Zeit später waren Versuche der Einigung Wagners mit Matthis und Bethmann-Hollweg, Manteuffel zu stürzen und die Minister des Wochenblatts zu unterstützen, im Gange. Die „Kreuzzeitung" wies aber diese Alliance von sich. (Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 782, 783.)

Mit welcher Sicherheit die liberale Hofpartei auf Manteuffels baldigen Abgang hoffte, ersieht man aus einem Schreiben, welches der Geh. Legationsrath Küpfer am 4. Juli aus Czaycze bei Bialoslиwe an den Ministerpräsidenten richtete. „Herr v. Bethmann-Hollweg, der sich wegen eines beabsichtigten Gutskaufs in der hiesigen Nachbarschaft einige Wochen aufgehalten hat, äußerte sich ganz laut, daß seine Partei spätestens nach drei Monaten zu Berlin am Ruder sein würde, indem eine längere Dauer des jetzigen Ministeriums unmöglich sei. Er hat schon Protektionen für die Zeit, wo seine Partei im Besitz der Gewalt sein würde, versprochen. Die nämliche Partei streut aus, daß Ew. Excellenz für die im hiesigen Kreise belegene Herrschaft Colseno über 400 000 Rthlr. hätten bieten lassen, und knüpft daran leicht zu ermessende Insinuationen."

Manteuffel hatte vor, den obenstehenden Brief Gerlachs schriftlich zu beantworten, er kam aber über die erste Seite der schriftlichen Antwort nicht hinaus und scheint es vorgezogen zu haben, die Gerlachsche Expektoration mündlich zu beantworten. Das torsoartige Konzept zu der Manteuffelschen Erwiderung knüpft an der oben angeführten Stelle an und lautet: „Ew. Excellenz sagen mir, ich wüßte,

daß Sie das Ihrige dazu beigetragen, meinen Eintritt in das Ministerium 1848 durchzusetzen. Ich gestehe, daß ich dies bisher nicht gewußt habe.*) Nach meiner Erinnerung suchte man damals in der Zeit der Gefahr sehr ängstlich nach Ministern und konnte keine finden; wenigstens habe ich selbst in jenen Tagen bei drei Beamten vergeblich Versuche gemacht, sie zur Annahme des Justizministeriums zu bewegen, und bei zweien ist es mir mit dem Finanzministerium so gegangen. Ich selbst übernahm sehr ungern das Ministerium des Innern, nicht weil ich die Gefahr scheute, denn dieser werde ich mich, wenn der König es verlangt, immer gern unterziehen, sondern weil ich aus dem Programm des Grafen Brandenburg entnahm, daß die Königl. Verheißungen erfüllt werden sollten und ich mich dazu für wenig geeignet hielt, namentlich mit Rücksicht auf die Stellung, welche ich beim vereinigten Landtage eingenommen und den Ruf, den ich dadurch begründet hatte. Es ist dies die einzige Einwendung gewesen, die Sr. M. ich damals entgegengesetzt habe; als sich aber Niemand anders fand, habe ich sie fallen lassen."

Weiter ist Manteuffel mit seiner Erwiderung nicht gediehen.

Am 21. Juli schrieb Gerlach aus Sanssouci an Bismarck:**) „Wagners Auftreten gegen Manteuffel ist nicht zu rechtfertigen, wenn er sich nicht ganz von der Partei isoliren will. Ein Blatt, wie die »Kreuzzeitung«, darf nur dann gegen einen Premierminister auftreten, wenn die ganze Partei in die Opposition geworfen ist, wie das bei Radowitz der Fall war.... Ein solches bellum omnium contra omnes kann nicht bleiben. Wagner wird nolens volens müssen mit dem »Preußischen Wochenblatt« Chorus machen, was ein großes Uebel ist; Hinckeldey und der kleine Manteuffel, sonst entschiedene Feinde, alliiren sich über die Kreuzzeitung wie Herodes und Pilatus. Das Traurigste ist mir der Minister Manteuffel, der kaum zu halten ist und doch gehalten werden muß, denn seine präsumtiven Nachfolger sind schrecklich. Alles schreit, er soll Quehl entlassen. Ich glaube, damit wird wenig gewonnen sein, Quehls etwaiger Nachfolger Fr.***) ist vielleicht noch schlimmer. Wenn Manteuffel sich nicht zu Allianceen mit honetten Leuten entschließt, ist ihm nicht zu helfen."

Am 31. Juli fand eine erste Explikation zwischen Manteuffel und Gerlach statt, bei welcher Gelegenheit der Premier eine engere Einigkeit mit seinen Kollegen und Geltendmachen seines Präsidiums abwies und ein Bekenntniß zur lutherischen Lehre gegen den Pietismus, der die Menschen leiten und bevormunden wolle, abgab.†) Darauf folgte unterm 4. August eine zweite Aussprache, die aber wiederum nicht zur Anbahnung eines gründlichen Verhältnisses führte.††) Am 14. Aug. kam Gerlach zu dem Schlusse, er thue gut, sich unabhängiger und freier noch mehr Manteuffel als dem König gegenüber zu stellen.†††) Am 17. Aug. spricht er be-

*) Vgl. über diesen Punkt auch Gerlach, a. a. O., Bd I, S. 790.
**) In Bismarcks Gedanken und Erinnerungen übergangen.
***) Dr. Frantz.
†) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 788.
††) Ebenda, S. 790.
†††) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 792.

reits verblümt den Satz aus, Manteuffel könne nicht bleiben und er, Gerlach, solle in das Ministerium treten.*) Dies war indessen, wie wir weiter unten sehen werden, nur eine vorübergehende Anwandlung. —

Nach Gerlachs Denkwürdigkeiten gab Manteuffel am 15. Juli Gerlach ein Promemoria über den Staatsrath, das allen Maximen des Königs entgegen war. In dem Schreiben, d. d. Sanssouci, den 17. Juli, womit Gerlach dasselbe Manteuffel zurücksandte, bemerkt derselbe:

„Die Staatsmänner, welche die Idee des Staatsraths von 1817 nach der Darstellung des Promemoria nicht fortbildeten, waren die, welche die untergegangenen ständischen Verfassungen 1823 wieder in das Leben riefen und auf deren Wegen das jetzige Ministerium, besonders Herr v. Westphalen, gewandelt ist. Eine Wiederbelebung des Staatsraths in diesem Sinne würde also eine völlige Umkehr des jetzigen Systems sein. Die Staatsmänner von 1817 huldigten aber ungeachtet des Staatsraths dem vulgären Konstitutionalismus, wie das Edikt vom 22. Mai 1815 und das auf dem Vereinigten Landtag breitgetretene Edikt von 1826 beweist. Das Promemoria spricht gegen die Herrschaft der Majoritäten, der alte Staatsrath hatte auch seine entscheidende Majorität. Ich erinnere mich sehr wohl, welchen Werth man auf die Abstimmungen legte und wie die Regierung sich daran gebunden hielt, was auch natürlich ist, wenn der Staatsrath in Ansehen steht. Ist dies nicht der Fall, so ist er unnütz.

Politische Parteien sind nicht ein Erzeugniß der Konstitution, sie sind den Republiken nicht mehr eigenthümlich als den Monarchien, sie sind ein Ergebniß der Entwickelung von Gegensätzen, die bei gewissen Begebenheiten sich geltend machen. Die katholische und protestantische Partei in der Christenheit kann weder durch einen Staatsrath noch durch eine Konstitution vertheidigt werden, auch nicht durch Bureaukratie und Absolutismus. Ich bin überzeugt, daß in dem projektirten Staatsrath diese Parteien sich so gut geltend machen würden als in den Kammern. Bei den Debatten über das Ehescheidungsgesetz im Staatsrath traten die Parteien scharf gegeneinander auf. In Rußland, was doch eine Autokratie der entschiedensten Art ist, treten die Parteien der alten Russen und der modernen oder deutschen Kultur bei jeder Verwickelung, z. B. 1812, 1826 bei dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, so heftig gegeneinander auf, daß eine Partei die andere todtzuschlagen versuchte. In der Republik Venedig wurden die Parteien mehr niedergehalten als in irgend einer Monarchie. Ebenso in der Republik Bern. Miltiades, Kimon, Perikles waren keine Parteichefs, sondern Männer, die sich einen Anhang geschaffen, zum Theil Tyrannen. Niemals hat aber ein Staatsrath die Grundlage der preußischen Monarchie gebildet, weder unter den Kurfürsten Friedrich I. und Friedrich II., noch unter dem Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. Wenn diejenigen, welche die Art und Weise dieser Fürsten, zu regieren, veraltet finden, Revolutionärs sind, so möchte ich fragen, ob seit 50 Jahren so regiert worden ist und ob jetzt noch so regiert werden kann. Eine solche Lage der Dinge rechtfertigt aber das Urtheil »veraltet« über diese Zustände.

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 793.

Unser Adel ist keine Partei, unsere Städte sind es auch nicht, das ist wider den Sprachgebrauch und auch wider eine klare, historische Einsicht in diese Verhältnisse. Mit mehr Recht könnte man von einer rheinischen, posenschen, katholischen, pietistischen Partei sprechen. Jedenfalls aber wird Niemand behaupten, daß der Konstitutionalismus diese Parteien erzeugt hat, nicht einmal, daß er sie gestärkt hat. Oft ist es ihm gelungen, solche Parteien zu erwischen. Wenn die alten Grundlagen der preußischen Monarchie sich ändern, was einmal nicht zu leugnen und nicht zu verhindern ist, so bleiben allerdings die Prinzipien, welche die »Neue Preußische Zeitung« gepredigt hat (und die Hinckeldey schwerlich mit derselben Wirksamkeit durch Schutzmänner oder subventionirte Zeitung wird predigen lassen) übrig, nämlich die Obrigkeit von Oben statt der von Unten, der christliche Staat in der Ehe, in der Kirche, die Autorität statt der Majorität 2c. Daß große Monarchen oft genöthigt sind, die Parteien zu bekämpfen, ist gewiß richtig, sie thun es aber selten oder nie ohne Partei. Heinrich IV. bekämpfte die Ligue mit den Hugenotten. — Richelieu und Mazarin bekämpften nicht die Parteien, sondern zerstörten die Stände in Frankreich, wodurch die Revolution hervorgerufen wurde. Sie und die, welche ihnen folgten, schufen die Bureaukratie und isolirten den absoluten König, weswegen er 1792 auf dem Schaffot endete. Wir befanden uns 1848 in einer ähnlichen Lage. Die Parteien des vereinigten Landtags hatten nicht den Aufruhr gemacht, die Parteichefs führten die Rebellen nicht an, und dennoch wich die ganze Bureaukratie im Vollbesitz ihrer Macht, mit der Disposition über 12 000 Mann treuer Truppen den Bummlern. — Die Grundlagen aber, die wahren Grundlagen der preußischen Monarchie, die Stände, Adel, Bürger und Bauern retteten das Land, und deren Organ war die jetzt unterdrückte »Neue Preußische Zeitung«. Ihre jetzigen Verfolger waren damals zum Theil bezahlte Demokraten. — Damals verlangte Niemand nach dem Staatsrath, aber ich bin noch heute davon überzeugt, daß ohne die Erhebung und Unterstützung der alten Stände in und außer den Kammern weder das Ministerium Brandenburg-Manteuffel im November 1848, noch das Ministerium Manteuffel im November 1850, noch die ständische Reaktion gegen die Revolutionirung der Kommunen zu Stande gekommen wäre. — Es scheint, daß es der Wille Gottes ist, daß wir aus der Monarchie nicht herauskommen sollen. Ich sehe im Staatsrath den Abgang der Bureaukratie und, wie das Ew. Excellenz auch zugeben, solange als wir in unserer jetzigen Lage sind, ein neues Element der Opposition und der Verwirrung. Der Konstitutionalismus ist freilich auch unhaltbar."

Die Erwiderung Manteuffels ist nicht erhalten.*) —

Die wenigst beneidenswerthe Stellung unter den preußischen Oberpräsidenten hatte entschieden v. Puttkamer in Posen. Am 20. Juli wandte sich derselbe an Manteuffel mit einem Privatschreiben, worin er bemerkt:

*) Doch kommt folgende Stelle Gerlachs, a. a. O., Bd. I., S. 787 in Erwägung: „In Manteuffels Briefe an mich wegen des Staatsraths citirt er eine Stelle aus dem Marwitzschen Buch zur Rechtfertigung seiner Staatsrathsidee, die aber nicht paßt. Marwitz will ein provinzialständisches Regiment und einen Staatsrath, bestehend aus den Ministern und angesessenen

„Ew. Excellenz Unterstützung nehme ich nicht anders in Anspruch, als wenn es wirklich Noth thut. Sie haben sie mir dann stets und immer mit Erfolg gewährt. Sie kennen die Brandtschen Demarchen gegen meine Verwaltung und die wunderbaren Schicksale eines gewissen, von ihm geschriebenen Memoire, welches, aus dem Kabinet remittirt, zum Gegenstand von Erörterungen ohne meine Zuziehung, ja ohne daß ich auch nur eine Silbe davon zu sehen bekam, gemacht worden ist, während es doch fast nur Gegenstände meiner Verantwortlichkeit berührt haben soll. Der Minister des Innern hat infolge der Besprechungen mit dem General v. Brandt während dessen letzter Anwesenheit in Berlin ein vertrauliches Schreiben an mich gerichtet, dessen Beantwortung ich gestern habe abgehen lassen. Sie enthält die Bitte, Ew. Excellenz vorgelegt zu werden, und ich darf mich deshalb auf den ausführlichen Inhalt beziehen. Doch kann ich nicht umhin, einige vertrauliche Bemerkungen für Ew. Excellenz hinzuzufügen. Der General v. Brandt dessen Charakter Ihnen ja wohl bekannt ist, scheint seit seiner Rückkehr aus Berlin die politische Balance ganz verloren zu haben. Er ist fast ohne Rücksicht zur Opposition übergegangen,*) fraternisirt mit den regierungsfeindlichen Elementen und läßt deutlich merken, daß mein Sturz sicher sei. Ich kann und will es nicht verlangen, daß Sie ein besonderes Gewicht auf meine Person legen. Allein die Pflicht gebeut mir, Ew. Excellenz — was ich bereits damals, als von meiner Versetzung nach Pommern die Rede war, zu meinem persönlichen Nachtheil gethan habe — darauf aufmerksam zu machen, daß meine Entfernung gerade jetzt eine Niederlage für die Regierung sein und eine Entmuthigung der schwarz-weißen Partei nach sich ziehen würde. Selbst mein Ersatz durch eine dieser Partei angehörende Persönlichkeit würde jene Wirkung nicht verhindern können, da mein Nachfolger vielleicht nicht so bald die Gelegenheit haben würde, durch Thaten die günstige Position wiederzugewinnen, welche ich jetzt einnehme. Ich habe den Minister des Innern gebeten, hierüber bei meinen Feinden Erkundigung einzuziehen. Dieselbe Bitte richtete ich an Ew. Excellenz. Solche zu finden wird Ihnen nicht schwer werden. Aus dem Gesagten geht hervor, wie doppelt nothwendig die Versetzung des Generals v. Brandt wird. Ich habe diese Sache, wie Sie wissen, aus rein sachlichen Gründen und in einer Weise angeregt, welche dem General persönlich nur förderlich war. Daß sie es nicht geworden ist, war nicht meine Schuld. Noch heute spreche ich nicht anders als damals. Man befördere den v. Brandt ganz nach seinen militärischen Verdiensten, aber man entferne ihn möglichst bald aus der Provinz, wo er im höchsten Grade schädlich ist." —

Nachdem am 2. April 1852 nach heißen Kämpfen die Auflösung der Nordseeflotte beschlossen worden war, auch in Hannibal Fischer ein zur Uebernahme des Flottenverkaufs bereiter Kommissar gefunden worden war, übernahm Preußen

Leuten. Solch einen Staatsrath, das Gegentheil von einem aus Beamten zusammengesetzten, könnte man vielleicht mit Nutzen und zunächst ohne alle Form bilden, indem man die zuverlässigsten Kammermitglieder in eine Konferenz mit den Ministern riefe."

*) Nach Inhalt eines an den Unterstaatssekretär Manteuffel gerichteten Schreibens Puttkamers, d. d. 26. Juli, beklagte sich derselbe darüber, daß v. Brandt seine Verwaltung „durch seine Pfuel-Eichmann-Radowitzsche Politik" störte.

gemäß der Bundesrathsbeschlüsse vom 16. Febr. und 2. April die beiden Schiffe „Barbarossa" und „Gefion-Eckernförde". Weiteren Erwerbungen war die preußische Regierung abgeneigt, um nicht der gehässigen Beschuldigung Raum zu geben, als hätte Preußen die Geldverlegenheit der Flotte gefördert, um dieselbe schließlich wohlfeil an sich zu bringen. Anfang August 1852 hieß es, daß Oesterreich den ganzen Rest der deutschen Flotte übernehmen wolle. Angesichts dieses Gerüchts wandte sich der Geheime Regierungsrath Gäbler an Manteuffel mit der Bitte um Intervention.

„Die Erwerbung der Nordseeflotte durch Oesterreich wäre wirklich der Gnadenstoß für Preußen in der öffentlichen Meinung und welcher Triumph für das Kaiserreich. Hier im Norden namentlich würden wir positiv allen Boden verlieren und Oesterreich schon dafür sorgen, daß wir ihn nicht wiederbekommen. Der Gedanke ist geradezu unerträglich, er ist überhaupt undenkbar. Und nun, welcher Erfolg für uns, wenn wir die 2- bis 300 000 Thaler daran wenden und dafür eine prächtige kleine Flottille erhalten, die der österreichischen sogar überlegen ist. Die öffentliche Meinung in ganz Deutschland wird wieder zu Gunsten Preußens gestimmt, und Ihnen, Excellenz, wird der Ruhm bleiben, diese Eroberung für Preußen gemacht zu haben. Ja, es ist eine Eroberung; denn selbst wenn es nicht gelingen sollte, ein eigenes Kriegshafenterrain mit voller Souveränität zu gewinnen (es ist aber die Hoffnung dafür da), so täuscht sich hier Niemand, daß, wenn Preußen die Flotte erwirbt, man ihm auch in jeder Beziehung entgegenkommen wird, um sie hier irgendwo bleibend stationiren zu können. Geht man aber preußischerseits nicht darauf ein, so werden freilich auch die künftigen Verhandlungen wegen eines Kriegshafens schwerlich zu einem Resultate führen. Beides geht Hand in Hand. Ich beschwöre Sie, Excellenz, hier einmal wieder schnell und ohne den Finanzminister zu handeln. Es ist Gefahr im Verzuge vorhanden! Geben Sie sofort Ordre, das Gebot zu thun. Man wird in Frankfurt stutzen, in Berlin wird die Kreuzzeitungspartei grollen, es wird einige Pourparlers geben, aber Deutschland wird Ihnen zujauchzen, und Preußens Name wird hochstrahlen. Diese Ordre ist die nächste Stufe des Klimax, den Sie verfolgen. Zuerst kam der Abschluß des Septembervertrages, sodann mit der Erklärung vom 16. v. Mts. die Durchführung desselben und die Niederlage Oesterreichs, nunmehr muß die Erwerbung der Flotte kommen, und daran wird sich zum Erstaunen der Welt die Thatsache reihen, daß Preußen aufhört, zu den Binnenstaaten zu zählen, daß es in die Reihe der Nordseestaaten eintritt und nunmehr eigentlich erst beginnt, europäische Großmacht zu sein, die Erwerbung eines Nordseehafens. . . .

Die Kreuzzeitungspartei ist aus bekannten und unbekannten Gründen eine prinzipielle Gegnerin der Flotte. Von ihr ist noch jede Maßregel zu Gunsten derselben kontrekarrirt worden; sollte die Sache den schriftlichen Weg gehen, so würden Herr v. Gerlach und Herr Niebuhr sicher dafür sorgen, daß eine ablehnende Antwort käme. Denn nimmermehr würde man, selbst wenn man endlich der Nothwendigkeit einer Flottenanschaffung weichen sollte, Ihnen, Excellenz, den Ruhm gönnen, der Schöpfer der preußischen Flotte und der maritimen Bedeutung Preußens

zu werden, einen Ruhm, der bei Mit- und Nachwelt Ihnen bleiben muß, und den bekanntlich bereits Herr v. Schleinitz so hoch achtete, daß er vor Allem danach strebte, indem er die deutsche Flotte an Preußen bringen wollte. Ich beschwöre Ew. Excellenz nochmals: geben Sie sofortige Ordre. Die knirschende Wuth der Kreuzzeitungsmänner wird Ihnen bald genug sagen, wie richtig diese Maßregel für die deutsche Machtstellung Preußens und für Ihre Position gewesen ist. Ich bin so durchdrungen von der Opposition der Kreuzzeitungspartei, daß ich mich sogar des Gedankens nicht erwehren kann, Herr v. Bismarck werde, ehe er Ihre selbst noch so kategorisch gefaßte Ordre exekutirt, erst noch in Berlin bei gewissen Leuten anfragen. Ich weiß dies nicht, aber ich fürchte von den dieser Partei Affiliirten Alles. Ob Herr v. Bismarck in letzter Zeit etwas weniger zu diesen gehört, ist mir zwar bisweilen so erschienen, kann ich aber nicht beurtheilen. Jedenfalls aber ist es, um das fait accompli herzustellen, nothwendig, daß der hiesige Bundeskommissar gleichzeitig von dem Gebote amtlich in Kenntniß gesetzt werde. Dann ist der Schritt unwiderruflich, und dann mögen Ihre Feinde heulen, und bei Ihrem Triumphe blaß werden!

Dies der Grund mit, weshalb ich auch gebeten habe, mir Vollmacht zu senden, diese Eröffnung dem Fischer zu machen."

Aus welchen Gründen dem Gäblerschen Antrag nicht stattgegeben werden konnte, ist nicht festzustellen. Vermuthlich wird der Finanzminister das entscheidende Wort gesprochen haben. —

Man sollte meinen, Dr. Quehl würde, nachdem er sich durch seine leidenschaftliche Preßpolemik bei den einflußreichsten Männern im Staat unmöglich gemacht hatte, sich nun endlich beruhigen. Das Raisonniren war demselben aber bereits so sehr zur zweiten Natur geworden, daß er selbst aus dem kleinen Badeort Kösen Manteuffel mit seinen politischen Betrachtungen verfolgte. Am 13. Aug. schrieb er dem Chef:

„So staatsmännisch auch die Meinung des Herrn v. Bismarck, es komme auf das öffentliche Urtheil doch zuletzt nichts an, klingen mag — in Wahrheit bleibt das immer eine Redensart, mit der man einen sehr wahren und tiefen Sinn oder das gerade Gegentheil verbinden kann. Denn wenn es fast nichts giebt, womit so vielfacher und grober Mißbrauch getrieben als mit der »öffentlichen Meinung«, so giebt es doch immer eine durch seine Geschichte, seine Zustände, ja ich möchte sagen durch den Instinkt seiner Selbsterhaltung hervorgerufene und genährte Meinung eines Volkes, welche nicht in sein Kalkül gezogen zu haben jeder Fürst oder Staatsmann zuletzt bitter beklagen wird. Wenn Herr v. Gerlach in seiner letzten »Rundschau« in seiner burlesken Manier proklamirt, daß allerdings eine Partei regieren müsse, so zeigt er eben, daß er das A und O der öffentlichen Meinung in Preußen entweder nicht kennt oder daß er sie in das Gesicht schlagen will — etwas, was freilich nur ihm zum Schaden gereichen würde, wenn es nicht unglücklicherweise fast ein stehender Glaubensartikel wäre, daß die Ideen dieses Mannes und seiner Werkzeuge wenn auch nur zu einer kurzen Herrschaft gekommen seien.

Ich beklage übrigens nichts mehr, als daß es eigentlich zwischen der Regierung und dem Volke an aller wahren Vermittelung fehlt. Denn wenn auch Ew. Excellenz die erste und allerwichtigste Eigenschaft eines großen Staatsmannes, diejenige, durch welche alle anderen erst ihren Werth für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten erhalten, nämlich die Fähigkeit, die Dinge zu sehen, wie sie sind, in hohem Grade besitzen, so würden Sie doch denjenigen gegenüber, denen diese Fähigkeit abgeht und die daher auch das reichste Herz, der feinste Verstand und der beste Wille nicht vor den allerernstesten Gefahren für sich und das Land bewahren kann, mächtiger sein, wenn Sie auf diesen und jenen Bericht über die vorhandenen Zustände, auf diese und jene Aeußerung einer wahren, daher auch nicht zu verachtenden öffentliche Meinung verweisen könnten. Aber wo spricht sie sich aus? Wenn die Presse auch in keiner Weise beschränkt wäre, in ihrer heutigen Beschaffenheit würde sie doch immer nur ein sehr bedenklicher und unsicherer Spiegel der öffentlichen Meinung sein. Kammern aber, auf der Basis der unsrigen, mit Parteien, welche politischen Doktrinen mehr als dem Fingerzeige praktischer Zustände und Bedürfnisse folgen und die so leicht in Gefahr kommen, sich selbst für den Zweck halten, sind nicht allein ein unsicherer Thermometer, sondern es liegt selbst, wenn der glückliche Fall eintritt, daß sie die wahren Repräsentanten der öffentlichen Meinung in dem obigen Sinne wären, die Gefahr nahe, daß sie dann zu einer Stellung gelangen, wie sie mit der Erhaltung der Monarchie, d. i. Preußens, auf die Dauer unvereinbar ist. Es bleiben als die natürlichste Verbindung der Regierung mit dem Volke die Beamten derselben, namentlich die Landräthe, übrig. Aber wenn sonst schon aus hundert Gründen, so muß man gerade im Hinblick hierauf bitter beklagen, daß Ew. Excellenz nicht mehr Minister des Innern sind und daß die Löffler—Klützows vielleicht nicht den Willen, aber sicher nicht die Fähigkeit haben, das von Ew. Excellenz begonnene Werk einer Belebung und Reformirung der inneren Verwaltung fortzusetzen. Wenn vor einigen Tagen Jemand als einen Beweis dafür, daß Sie ein großer preußischer Minister hätten werden müssen, anführte, daß Sie als Landrath von jeder alten Frau im ganzen Luckauer Kreise gekannt worden wären, so kann ich als trauriges Gegenstück dazu nur anführen, daß Herr v. Westphalen Landräthe angestellt hat, welche seit 1½ Jahren von 39 Dörfern erst in zweien persönlich gewesen sind, die nur in den Stuben hocken und höchstens mit — Rittergutsbesitzern zusammenkommen. Als mir Denzin am Schlusse der Session von der tiefen Spaltung erzählte, die durch das Ministerium Westphalen zwischen adligen und bürgerlichen Gutsbesitzern und Gutsbesitzern und Bauern in Preußen hervorgerufen sei, so hielt ich das entweder für partiell oder doch sehr übertrieben. Ich muß leider bekennen, daß ich Alles, was er gesagt hat, nicht allein hier bestätigt gefunden habe, sondern daß auch Alles damit übereinstimmt, was man von anderen urtheilsfähigen und wohlmeinenden Leuten darüber von anderer Seite hört. Wie die Dinge heute liegen, so muß und wird es entweder in der nächsten Session gelingen, auf dem von Ew. Excellenz schon das vorige Mal beabsichtigten Wege mit der konstitutionellen Wirthschaft auch die unglückselige Zwietracht los zu werden, oder wir gehen, und zwar dann trotz der vielleicht nothwendig werdenden Staatsstreiche, der allerunerfreulichsten Entwickelung entgegen.

Die religiösen Angelegenheiten nehmen wie immer in Sachsen vorzugsweise die Theilnahme in Anspruch. Die freien Gemeinden sind aber, soweit ich die Sachen hier beobachtet, gänzlich unten durch. Das Jahr 1848 scheint die Menschen über die Bedeutung dieses Schwindels völlig aufgeklärt zu haben. Aber natürlicherweise hat das engere Anschließen an die Kirche auch den Sinn für die Gefahren geschärft, die man für sie befürchtet, und ist das Mißtrauen gegen die Umgebung Sr. M., namentlich aber gegen v. Raumer, den man gänzlich in den Händen der Irvingianer glaubt, sehr groß. Ich werde mündlich hierfür noch manche Belege anzuführen haben."

Einmal im Politisiren, setzte Quehl drei Tage später (15. Aug.) dies Geschäft in dem kleinen Badeort fort, nur mit dem Unterschied, daß er im Eingang des Briefes dieses Mal nicht Manteuffel, sondern sich selbst etwas Angenehmes sagte.

„Ew. Excellenz äußerten einmal, es hätte Ihnen doch vielleicht manche Unannehmlichkeit erspart werden können, wenn Sie die Preßsachen nicht in Ihr Ressort mit herübergenommen hätten. Freilich, fügten Hochdieselben zu, es lag das in den Verhältnissen. Ich habe oft über jene Aeußerung und recht unbefangen nachgedacht, ich kam immer zu dem Ende im Allgemeinen, daß ich Ew. Excellenz trotz meiner Fehler und Irrthümer nicht zum Schaden gedient habe, daß vielmehr der Kampf gegen mich nur ein Vorwand und das Symptom eines ganz anderen Kampfes war, und im Besonderen, daß, wenn Ew. Excellenz die Preßsachen nicht übernommen oder wieder aufgegeben hätten, Sie sich hiermit nicht allein selbst eines gewissen Einflusses begeben, sondern, wie sich immer deutlicher herausstellt, den gefährlichsten Gegnern die Waffen in die Hand geliefert haben würden. So tröste ich mich denn auch, daß alle großen und kleinen Verdrießlichkeiten, die Ew. Excellenz hieraus erwachsen sind und erwachsen mögen, ganz nothwendig zu dem Kampfe gehören, den Ihnen gegen Unverstand, Herrschsucht und Bosheit für König und Vaterland zu führen Gott auferlegt hat.

Ein neues, sehr bezeichnendes Symptom für die Stellung des Ministeriums und der Partei, welche die Nothwendigkeit ihrer Herrschaft zu proklamiren so kühn war, ist der Bericht des Oberpräsidenten v. Kleist vom 21. v. Mts., zusammengehalten mit einem Briefe des Dr. Röhrdanz, der neben vielen Mängeln die gute Eigenschaft besitzt, sehr wahr zu sein. Als ich im vorigen Jahre in Frankfurt war, fiel mir eine Aeußerung eines Diplomaten auf, aus der ziemlich unverblümt hervorging, wie er überzeugt war, daß v. Kleist die eigentliche Hauptperson einer Clique sei, von deren gutem Willen eigentlich das Ministerium abhinge. Da indeß diese Aeußerung mit vielen Versicherungen von Ergebenheit für Ihre Person verbrämt war und ich mir auch eine Verblendung, wie sie jetzt immer mehr hervortritt, nicht denken konnte, legte ich wenig Gewicht darauf — ich sehe jetzt, was man schon damals gewollt hat, und wenn ich bisher — im Gegensatze z. B. zu Herrn v. Ladenberg — nicht an dem guten Willen dieser Leute zweifelte, wenn ich wirklich an ihren Patriotismus und die Aufrichtigkeit ihrer religiösen Gesinnung glaubte, so bin ich wenigstens jetzt dazu gekommen, die Mehrzahl Ihrer Gegner

auf dieser Seite für Leute zu halten, deren Herrschsucht nur von ihrer Verblendung übertroffen wird und deren Religion mehr von Selbstvergötterung als von christlicher Demuth hat. Schade, daß sich der liebe Gott nicht belügen, auch nicht bestechen läßt durch fromme Worte und Geberden!

Ein Beispiel jenes Hochmuthes, für den natürlich der Standpunkt der Kritik der allerbequemste ist, namentlich für Leute, die noch nie selbst etwas zu Stande gebracht haben, ist denn auch dieser Bericht und ich glaube, daß — abgesehen von allem Anderen, namentlich von der inneren Unhaltbarkeit der Schatzowschen Kritik — das Interesse des Dienstes, der ohne Subordination nicht denkbar ist, eine ernste und entschiedene Zurückweisung erheischt. Sie mag allerdings das Signal eines ernsten Kampfes sein, aber dann auch der Anfang einer entscheidenden Niederlage dieser Partei. Und die Zeit mahnt dringend, sich mit den Herren auseinanderzusetzen. Gleichviel, ob man auf verfassungsmäßigem Wege oder mit Staatsstreichen wieder zu einer preußischen Entwickelung kommen will, dieses Ziel wird nie oder nur nach sehr betrübenden, Preußen schwächenden Erfahrungen erreicht, wenn man länger zögert, auch der Schlange der Revolution Gerlach-Kleist den Kopf zu zertreten. Nur dann wird man auch im Stande sein, wohlbegründete Rechte sicherzustellen und das Unrecht gut zu machen, was, ich räume es ein, auch nach Seiten der Rechten und der Kirche geschehen ist. Die Wahlen sind vor der Thür — kann man wirklich erwarten, daß das System Westphalen-Manner eine wirklich preußisch-konservative Majorität in der Kammer bringen wird? Vergebliche Hoffnung, und selbst wenn es Ew. Excellenz Einfluß und den Anstrengungen Ihrer Verehrer gelingt, erträgliche Wahlen zu Stande zu bringen, so lange man nicht jenes System, mit anderen Worten das Kreuzzeitungs-Regiment, im Ministerium beseitigt hat, wird sich mit dieser Kammer nichts anfangen lassen. Schon eine Session ist versäumt, und wir haben jetzt vielleicht die letzte, die zu versäumen oder zu benutzen ist! Louis Napoleon wird bald genug seine Karte ausspielen, eine Karte, die Preußen mit Trumpf nur stechen kann, wenn es im Innern stark und einig ist. Wenn man Ew. Excellenz weise und gemäßigte Politik ihm gegenüber nicht in einer wirklich zum Theil kindischen Weise paralysirt hätte, ständen wir anders. Und man glaube doch nicht, daß sich, wenn es zum Aeußersten kommt, Alles finden wird, ja es würde sich so finden, wie es sich ohne Olmütz wahrscheinlich gefunden hätte! Ich fürchte nicht etwa den Krieg; kommt er zu uns, wenn die Nation vor allen Dingen in ihrem Herzen wohl gerüstet ist, so wird uns auch der beste Alliirte, der da Oben, nicht fehlen. Aber so süß es auch sein mag, für das Preußen der Hohenzollern zu sterben — für dasjenige der Gerlachs, der Kleists, der Lewys ꝛc. werden Wenige danach Verlangen tragen, und wenn auch früher auf Niederlagen herrliche Siege gefolgt sind, es wiederholt sich Alles und doch — nichts in der Welt. Die Niederlagen scheinen mir leider sicherer als die Siege, wenn man nicht bald den Entschluß faßt, aus einem zerrissenen Volke wieder ein Ganzes zu machen und dem Könige für eine „Partei" sein Volk wiederzugeben. Halten Ew. Excellenz das nicht für Aeußerungen einer krankhaften Stimmung. Sie sehen zu hell und scharf, um das Richtige daran zu verkennen, und der Kassandra hat die Klage über sich selbst es nicht erspart, daß sie ihr

Vaterland beklagen mußte! Noch ist zwar Manches versäumt, aber Nichts verloren, und es liegt zum guten Theile in Ew. Excellenz Hand, Alles zu gewinnen." —

Die Tage der Ruhe in Putbus benutzte Gerlach, um die neueste politische Publikation des Dr. Constantin Frantz, betitelt „Die Staatskrankheit", Berlin 1852, zu lesen, welche wichtige Fragen der Tagespolitik behandelte. Am 21. Aug. fühlte sich Gerlach gedrungen, dem Ministerpräsidenten einige Gedanken mitzutheilen, die sich ihm bei der Lektüre des Buches aufgedrängt hatten:

„Richtig ist es, wenn Frantz räth, sich nicht an etwas Vergangenes, an etwas Zukünftiges, sondern an das Vorhandene, Gegenwärtige zu halten. Gedeckt durch diese Wahrheit, glaubt er den sogenannten Feudalstaat auf der einen und die liberalen Theorien auf der anderen Seite unterwerfen und aufgeben zu können. Das, was ihm übrig bleibt, ist, wenn er es auch nicht geradezu eingesteht, der bonapartische Absolutismus. Hier fragt es sich aber, ist es denn schon erwiesen, daß der sogenannte Feudalstaat vergangen ist, hat man es schon versucht, ihn auch nur zu prüfen und gegen den Andrang der Revolution in Wahrheit zu vertheidigen. Das einzige Land, wo etwas der Art, und wie Frantz selbst zugiebt, mit Erfolg geschehen ist, England, beseitigt er mit der Redensart, England sei eine Welt für sich, und führt für seine Behauptung die Popularität des Bonapartismus im Elsaß und in Lothringen an,*) obschon dies deutsche und auch einigermaßen deutsch gesinnte Provinzen unter fremder Herrschaft sind.

Dies Raisonnement beruht aber auf falscher Grundlage. Der Feudalstaat ist, allgemein und richtig aufgefaßt, ein Staat, in dem das Grundeigenthum nicht nur materiell, sondern auch juristisch getheilt ist, so daß der dominus utilis von dem dominus directus verschieden, und dadurch, was nothwendig ist, ein wirkliches oder quasi obrigkeitliches Verhältniß zwischen ersterem und letzterem begründet ist, und wo die domini directi, meist unter dem Namen Stände, einen Antheil an der Regierung haben. Ein ähnliches Recht und ähnliche Verhältnisse bestehen oder bestanden auch in dem Feudalstaat, in den Städten, in denen es abhängige und unabhängige Einwohner, abhängige und unabhängige Korporationen giebt, so aber, daß die Städte selbst als ein Ganzes, als eine unabhängige Korporation, Antheil am ständischen Regiment haben. Es leuchtet ein, daß dadurch, ohne von dem ständischen Prinzip abzugehen, auch dem mobilen Eigenthum sein Antheil an der Vertretung des Landes gesichert werden kann. Ich kann mich nicht überzeugen, daß diese Verhältnisse, die aus der Natur der Sache hervorgehen, veraltet sind. Dies ist vielmehr so wenig der Fall, daß alle Ablösungsgesetze verbieten müssen, irgendwie das getheilte Eigenthum wiederherzustellen, durch Servitute, Jagdgerechtigkeit, Erbpacht, Erbzins, Heimfall 2c. Darin aber hat Frantz ganz Recht, daß mit der gänzlichen Beseitigung des Feudalstaats die Monarchie schwierig, ja

*) Am 6. Nov. schrieb Bismarck an Gerlach, er habe Manteuffel vor den Bonapartistischen Phantastereien von Frantz gewarnt, Manteuffel behaupte aber, daß er aus diesem an Ideen fruchtbaren Kopf cum grano salis für seinen Bedarf entnehme. Bismarcks Briefe an Gerlach, Ausgabe von Kohl, S. 41.

ich sage unmöglich wird, und daß die Ausdehnung der Königlichen Macht, nach dieser Seite hin, zu ihrer Festigkeit im umgekehrten Verhältniß steht. Dieser sogenannten feudalen, richtiger ständischen Monarchie steht die konsequente Befreiung des Grundeigenthums von jeder Oberherrlichkeit, in den Städten die jeden Einwohners von jeder Abhängigkeit, wie z. B. von dem Meister der Korporation ꝛc. und der dadurch nothwendig gewordene folgerechte Offiziantenstaat, das Regieren durch bezahlte Diener der obersten Staatsgewalt, die Bureaukratie entgegen. Ein Drittes giebt es in diesen Kreisen nicht. Daß aber dieser Offiziantenstaat bei denen, die durch Zerstörung des Feudalstaates bereichert worden sind, populär ist, wie z. B. im Elsaß und in Lothringen ist ganz natürlich sowie auch, daß die alten Grundherren, die man fortwährend als Räuber dargestellt hat, und die meist durch ihre Schuld ihre Macht verloren haben, ohne Autorität sind, ist nothwendig, obschon das Verlangen nach Autorität nie größer als jetzt gewesen ist, was sich besonders auf dem kirchlichen Gebiet zeigt. Das böse Gewissen derer, die beim Umsturz gewonnen haben, läßt sie stets die Rückkehr der alten Zeit fürchten.

Die furchtbaren Konsequenzen der Einführung des Offiziantenstaates und der Zerstörung des alten Feudalstaates sind aber auch nicht ausgeblieben. Eine der wichtigsten sieht Frantz selbst ein, die Isolirung der Dynastien; er hält sie aber für nothwendig und schlägt, um ihr abzuhelfen, den Fürsten sehr elende, fast lächerliche Mittel, wie Errichtung von Banden und dergl., vor. Eine aber noch wichtigere Konsequenz dieses Verfahrens ist die Zerstörung der Autorität des Rechts und damit, wie das nothwendig ist, aller Autorität. Auch diese Konsequenz erkennt Frantz an, aber ohne daß er die Ursache zugiebt. England hat noch Autorität und ist eben darum kräftig und mächtig, weil es nie solche Ungerechtigkeiten wie die, wodurch an der Zerstörung des Feudalstaats gearbeitet worden ist, anerkannt hat. Nicht allein die Autorität, sondern auch die Sicherheit hat durch diese von der Obrigkeit ausgehenden Ungerechtigkeiten bei uns aufgehört. Die Demokraten, durch ihre Erfolge kühn gemacht, müssen konsequenterweise eine Theilung des nunmehr isolirten großen Grundbesitzes verlangen, wozu ihnen der Vorwand geboten wird, indem allen Verboten ungeachtet stets neues, getheiltes Eigenthum entsteht und entstehen muß, wie z. B. durch Ansetzung von Tagelöhnern mit Land, durch Zeitpächter ꝛc. Dem Andrange gegen den großen Grundbesitz kann daher auch nur zeitweise durch eine kräftige Despotie entgegengetreten werden, und das ist 1800 und 1851 auch wirklich durch den Bonapartismus geschehen, worin auch ein, und sogar ein gerechter Grund der Popularität dieser Regierungsart liegt. Unsere alten Dynastien werden es aber nie lernen, bonapartistisch zu regieren, was Herr Frantz wohl auch zugeben würde, ja schon andeutet.

Darum müssen wir, meiner festen Ueberzeugung nach, ohne Reaktion, ohne Contrerevolution mit vollständiger Anerkennung des fait accompli, was ein relatives Recht geworden, auf die ständische Monarchie zurückkommen. Oesterreich muß auf seinem jetzigen Wege Fiasko machen, es irrt sich, wenn es sich auf das Beispiel Rußlands verläßt, was in seiner Kirche, Nationalität und Kommunalverfassung ganz andere Grundlagen hat. Der Rheinbunds-Bonapartismus hat da, wo er in Deutschland zur Ausführung gekommen, in Nassau, Baden, Darmstadt, in Neu-

Württemberg und Neu-Bayern alle Autorität der Obrigkeit zerstört. Leider sind wir auch auf dem Wege zu diesem Ziel!

Verzeihen Sie diese flüchtigen Bemerkungen, die Sie vielleicht als ein Bekenntniß von mir hinnehmen."

Vorstehende Gerlach'sche Expektoration gab dem Minister Manteuffel Anlaß zu folgender Erwiderung:

„Ew. Excellenz erlaube ich mir in Erwiderung auf Ihr geehrtes Schreiben vom 21. Aug., mit Rücksicht auf die praktische Wichtigkeit der darin aufgestellten Behauptungen, und da es mir wünschenswerth erscheint, daß Sie auch meine Ansichten darüber erfahren, nachfolgende Bemerkungen vorzulegen.

1. Sehe ich mit besonderer Freude, daß Ew. Excellenz selbst den Grundsatz anerkennen, sich nicht an das Vergangene, sondern an das Gegenwärtige zu halten, und also die Reaktion als solche zu verwerfen. Auf dieser Grundlage werden Sie auch den Feudalismus nicht halten können, welcher nach Ihrer eigenen Erklärung in dem juristisch getheilten Besitz, d. h. in dem Vorhandensein eines Obereigenthümers, besteht. Denn alle dahin gehörigen Verhältnisse sind bis auf geringe Ueberreste bei uns schon verschwunden, sowohl gesetzlich als faktisch. Unsere Bauern sind sowohl in Beziehung auf ihre Person wie in der Disposition über ihr Eigenthum vollkommen ebenso frei wie die Rittergutsbesitzer. Desgleichen finden sich in unseren Städten wie in der gewerblichen Bevölkerung überhaupt keine privilegirten Korporationen mehr. In den Fabriken wie in den Handwerken ist das Verhältniß des Arbeitgebers zu dem Arbeiter ein reines Kontraktsverhältniß geworden, welches dem Arbeitgeber keinerlei obrigkeitliche Gewalt über den Arbeiter gewährt, außer mit ganz geringen Ausnahmen, welche durch polizeiliche und pädagogische Zwecke bedingt sind. Dies ist die Lage unserer heutigen Gesetzgebung wie zugleich der thatsächliche Zustand unserer heutigen Gesellschaft, und man kann wohl beklagen, aber nicht in Abrede stellen, daß darin der Feudalismus keine Stätte mehr habe. Wer aber unser Staatswesen auf dem Feudalismus basiren will, der muß in Widerspruch mit den eingangs gedachten Grundsätzen in die Vergangenheit zurückgreifen, den Versuch machen, Altes wieder einzuführen, Bestehendes zu beseitigen und namentlich auf dem Lande die Ablösungsgesetze wieder rückgängig machen und die Erbunterthänigkeit wieder einführen sowie in den Städten die Zünfte restituiren und dabei gleichzeitig ein Patriziat in Aussicht nehmen — kurz, man müßte zu einer Reihe von Maßregeln greifen, die man gemeinhin Reaktion nennt. In dieser Hinsicht ist nun in der Frantz'schen Schrift nachgewiesen, daß solche Reaktion, wenn man sie auch mit allen Kräften versuchen wollte, an dem Widerstand der Thatsachen scheitert, da die gesammte neuere Zivilisation mit einer unabwendbaren Nothwendigkeit zur Auflösung des Feudalismus führt.

2. Da aber infolge dieser Auflösung des Feudalismus die frühere Gliederung der Gesellschaft aufgelöst, das Autoritätsprinzip abgeschwächt und die Fürsten isolirt werden, so wird man wohl auf Mittel denken müssen, um in diese lose Gesellschaft einen neuen Zusammenhang zu bringen und die Fürsten durch neue Bande mit dieser neuen Gesellschaft zu verbinden. Dies ist der Grundgedanke der Frantz

schen Schrift, der mir, so lange die Vordersätze eingeräumt werden müssen, vollständig berechtigt und der ernstesten Erwägung bedürftig erscheint. Denn wenn dabei auch im Einzelnen Manches vergriffen sein mag, so ist es doch ganz unbestreitbar, daß, wenn die Lebensbedingungen der Gesellschaft wirklich verändert sind und durch keine Macht der Welt in ihre frühere Gestalt zurückgeschraubt werden können, entweder die Stellung der Fürsten sich diesen Verhältnissen akkommodiren oder ihre Ablösung von den thatsächlich bestehenden Verhältnissen immer mehr zunehmen muß. Hatte sich nun die alte feudale Gesellschaft vorzugsweise zu kriegerischen Zwecken organisirt, wie denn auch die alten Feudalstaaten durch Eroberung entstanden, während heute hiergegen überall die Friedenszwecke präponderiren und die Interessen des bürgerlichen Lebens im Vordergrund stehen, d. h. Ackerbau, Handel, Industrie, Künste und Wissenschaften, so erscheint es als eine naheliegende Folge, daß sich die Fürsten selbst mit den vornehmsten Thätigkeitszweigen der bürgerlichen Gesellschaft beschäftigen und sich womöglich zum Konzentrationspunkt derselben machen müssen, worauf die Frantz'schen Vorschläge gerichtet sind.

3. Dies scheint mir auch der Idee des christlichen Staates zu entsprechen, denn Ew. Excellenz werden mir zugeben, daß Eroberung und Säbelherrschaft, woraus der Feudalismus ursprünglich hervorgegangen, keineswegs christliche, sondern heidnische Dinge sind. Das Evangelium basirt die Gesellschaft nicht auf den Säbel, sondern auf die Arbeit, welche es zur Pflicht macht und zugleich heiligt. Für einen christlichen Fürsten schickt es sich also wohl, an den verschiedenen Zweigen der menschlichen Thätigkeit theilzunehmen und auf die Hauptzweige derselben im Ganzen und Großen einen leitenden Einfluß zu üben, damit die verschiedenen Geschäfte im rechten gegenseitigen Verhältniß betrieben werden, wie es zur menschlichen Wohlfahrt dient und Gott wohlgefällig ist. Die Beschäftigung mit dem Heereswesen ist dadurch nicht ausgeschlossen, sondern sie gewinnt erst eigentlich ihre Bedeutung. Der große Friedrich wußte das Oder-Bruch mit dem Spaten trockenzulegen und mit dem Schwert zu schützen.

4. Meinen endlich Ew. Excellenz, daß uns diese Ideen in den Bonapartismus hineinführen möchten, so scheint mir im Gegentheil, daß sie das wirksamste Mittel sein könnten, unser Staatswesen neu zu kräftigen und dadurch vor dem Bonapartismus zu bewahren, dem wir andererseits unvermeidlich erliegen würden, wenn wir uns auf unhaltbare und nur noch in der Erinnerung vorhandene Ueberreste des Feudalismus stützen wollten. Ich lege hier noch besonders Verwahrung gegen einen mir oft gemachten Vorwurf ein, als rüste ich zum Bonapartismus. Ich erkenne ihn als eine Macht an, welche uns von außen und bei fernerer parlamentarischer Schwankung auch von innen bedroht, und die man nicht durch Ignoriren, sondern durch eine gesunde Volksvertretung sich vom Leibe halten kann.

Ew. Excellenz wollen in Vorstehendem nicht eine Vertheidigung der Frantz'schen Schrift, mit der ich mich keineswegs identifiziren will, sondern nur die Darlegung der Gründe erkennen, weshalb ich abweichend von Ihrer Auffassung sie nicht als revolutionär betrachten kann. Schließlich bitte ich um Entschuldigung, daß ich gegenwärtige Zeilen nicht selbst geschrieben, sondern zur Ersparung von Zeit diktirt habe."

Die geistige Ueberlegenheit Manteuffels über Gerlach tritt aus diesem Schriftenwechsel schlagend hervor; mit wenigen klaren, unwiderleglichen Sätzen vernichtet der Vertreter der modernen Staatsidee den unglücklichen Versuch, den alten Feudalstaat noch einmal künstlich zu etabliren, selbst auf die Gefahr hin, den Mächtigsten der Kamarilla sich auf immer zum Feinde zu machen. So weit kam es indessen nicht, Gerlach mochte wohl selbst fühlen, daß er nicht der Mann war, seinen Theorien als Minister zum Siege zu verhelfen, und deshalb kapitulirte er und war unbefangen genug, dankbar anzuerkennen, was Manteuffel in den letzten vier Jahren für die Rettung des Vaterlandes gethan hatte.*) —

Ende August tauchte urplötzlich wie aus einer Versenkung ein Mann wieder auf, den man seit zwei Jahren zu den politisch Todten gerechnet hatte, der nunmehr durch die Gnade des Königs an die Spitze der Militärbildungsanstalten berufene frühere Staatsminister v. Radowitz. Die Berufung war hinter dem Rücken der Minister erfolgt, der Initiative des Monarchen entsprungen, noch dazu zu einer Zeit, da die Stellung des Ministeriums durch innere Kämpfe und Preßmanöver aller Art äußerst schwierig geworden war. Gelang es Radowitz, den alten Einfluß über den König wieder zu gewinnen, so war er sicher der Nagel am Sarge des Ministeriums. Dies war auch der erste Eindruck von Manteuffel, der über die Anstellung außer sich war, schlechte politische Folgen derselben prophezeite und einen oppositionellen Salon mehr in Berlin entstehen sah.**)

Der Erste, der den Beruf fühlte, sich mit Manteuffel über das politische Ereigniß auszusprechen, war Dr. Quehl, augenblicklich (20. Aug.) in Kösen: „Seine Majestät mögen vielleicht gedacht haben: die Kreuzzeitungspartei ist so verhaßt in Deinem Lande, daß es die Berufung von Radowitz als eine Niederlage jener Partei betrachten und daher willkommen heißen wird. Aber die Rechnung ist leider unrichtig. Denn so verhaßt auch jene Partei ist, Herr v. Radowitz ist es nicht weniger, und wenn ihn die »Kreuzzeitung« von ihrem Standpunkte angreift, sie ist es nicht gewesen, die ihn verhaßt gemacht hat, sondern die Meinung, die unvertilgbare Meinung ist es, daß er ein Jesuit ist und Preußen ihm alle Schmach, ja auch die katholische Richtung des Hofes zu verdanken hat. . . . Politik ist nichts Anderes, als die Fähigkeit, Thatsachen zu begreifen und zu benutzen, und ist die Ernennung des Herrn v. Radowitz eine Thatsache, so muß sie sich, sie mag so schlimm sein, wie sie will, auch benutzen lassen."

Einige Tage später (25. Aug.) meldete Gerlach aus Stettin dem Minister Manteuffel die am Abend vorher daselbst erfolgte glückliche Ankunft des Königs und fuhr dann fort:

---

*) Am 4. Sept. 1852 notirt Gerlach, sein Bruder Ludwig sage sehr richtig, Manteuffel sei von Gott selbst ebenso zum Vaterlandserretter ernannt, wie Andere den Grafentitel erben oder von einem rechtmäßigen König das Prädikat Excellenz bekommen. Jetzt hat er wieder in den Zollverhandlungen einen großen Sieg erfochten; denn wenn wir nicht Alles wieder verderben, so stehen die Dinge vortrefflich.

**) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 794.

„Ihren Auftrag an den General Bonin habe ich schon den Tag vorher, den 23., auszurichten Gelegenheit gehabt. Bonin faßte die Anstellung von Radowitz ebenso auf, wie Sie und ich, und sah sie für ein großes Unglück an, bemerkte aber sofort, es müßten sich um so mehr Alle, die es mit dem Könige und dem Lande gut meinten, um Ew. Excellenz scharen und die jetzige Politik, die er für die einzig mögliche erklärte, aufrecht halten. Ich stimmte ihm darin bei und sagte ihm, daß Ew. Excellenz wünschten, daß er dem Könige vorschlüge, Radowitz in Erfurt ungeachtet seiner Wiederanstellung zu belassen. Bonin war hiermit nicht ganz einverstanden, hielt dies für eine halbe Maßregel, die etwas Unpassendes für den König habe 2c. Ich versuchte, ihn zu widerlegen, obschon einige Wahrheit in seiner Meinung war, und bemerkte zuletzt noch, er müßte dies schon thun, weil Sie es wollten, und weil man Ihnen jede mögliche Satisfaktion*) beschaffen müßte. Dies gab er dann zu und hat gestern dem König in Ihrem Sinne die Sache vorgestellt. Der König hat darauf gesagt, man solle Radowitz freistellen, in Erfurt zu bleiben, was er, da er dort ein eigen Haus hätte, gewiß thun würde. Außerdem hat der König von Neuem versichert, daß in dieser Anstellung in keiner Weise die Absicht einer Veränderung der Politik läge, daß er von der Unentbehrlichkeit Ew. Excellenz überzeugt wäre 2c. Ich für meinen Theil habe mir vorgenommen, für jetzt mit dem Könige gar nicht von Radowitz zu reden. Einen Brief von Nostitz an mich, der die üblen Folgen dieser Anstellung auf die Zollpolitik schildert, habe ich aber Sr. M. vorgelesen. Man muß nun das Weitere abwarten, und ich komme auf meinen früheren Rath zurück, Ew. Excellenz müssen sich selbst durch sehr entschiedene Anstellungen im entgegengesetzten Sinne Satisfaktion verschaffen und da, wo es sein kann, auch durch Entfernung der Radowitzisch gesinnten Diplomaten und Offizianten im auswärtigen Ministerium.

Alle Menschen, selbst General Neumann, von dem ich es nicht erwartet hätte, sind außer sich über Radowitz' Anstellung. Gegen die Fremden muß man die Sache möglichst leicht und unbedeutend machen, was sie vielleicht auch ist, denn, den Skandal abgerechnet, halte ich Radowitz wirklich nicht für gefährlich, ich glaube aber, wir müssen wieder recht fest zusammenhalten.

Anbei übersende ich Ew. Excellenz noch zwei sehr interessante Briefe von dem bekannten Korrespondenten aus Paris auf Befehl Sr. M. sub pet. remiss." **)

Der Königliche Gesandte in St. Petersburg, v. Rochow, schrieb von dort am 1. Sept. privatim an Manteuffel:

---

*) Als man Manteuffel sagte, er würde, wenn er sich Radowitz' Wiederanstellung gefallen ließe, verbraucht werden, erwiderte derselbe: „Es ist vielleicht Gottes Wille, daß ich mich soll verbrauchen lassen." Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 812 (27. Okt. 1852).

**) Von allen Seiten rieth man Manteuffel, den Abschied zu nehmen, so allein sei es möglich, daß er später wieder einträte. — Gerlach sagte zu Manteuffel, er würde Alles thun, um ihn im Amte zu erhalten, glaubte aber, daß es zweckmäßig wäre, wenn er von dem Könige ein neues Bekenntniß zu ihm verlangte. . . . „Höchst liebenswürdig war der Minister, als er sagte, das Feilschen mit dem Könige sei seiner Natur zuwider, wenn er bliebe, so bliebe er ohne alle Bedingungen und würde dann glauben, es sei seine Bestimmung, verbraucht zu werden." A. a. O., Bd. I, S. 797.

„Ew. Excellenz vertrauliche Zuschrift vom 27. v. Mts. habe ich gestern Abend zu erhalten die Ehre gehabt; gern möchte ich gleichzeitig sagen: »die Freude«, allein der Inhalt Ihrer Mittheilungen ist im höchsten Grade schmerzlich und für das Herz eines Patrioten niederdrückend.

Durch die letzten sicheren Gelegenheiten habe ich Ew. Excellenz nicht konfidentiell geschrieben, weil ich besorgte, meine Briefe könnten in fremde Hände fallen; doch sprach ich nicht nur dem Herrn General v. Gerlach meinen Kummer aus über die Wiederanstellung des Herrn Generals v. Radowitz, sondern gab auch in einem Privatschreiben dem Könige die Bedenken zu erkennen, welche diese Maßregel hier hervorgerufen. Die Rehabilitirung dieses Mannes ist ein verhängnißvoller Beschluß, und ich theile in dieser Hinsicht vollkommen Ew. Excellenz mir gemachte Aeußerungen. In der Entfernung des Generals v. Radowitz erblickten die verbündeten Mächte eine sichere Bürgschaft des Friedens. Seitdem er die Staatsgeschäfte verließ, hat derselbe seine Grundsätze und unausführbaren politischen Träume dem Publikum durch seine neuesten Schriften kennen gelehrt, so daß jetzt Niemand mehr in Zweifel ist, daß Alles, was der 18. März 1848 herbeigeführt und was der König damals erklärt, das beklagenswerthe Werk der Radowitzschen Grübeleien war oder, was noch schlimmer ist, daß des Königs Ideen sich mit denen seines Freundes identifiziren. Es bleibt eine nicht abzuleugnende Thatsache, daß die Reaktivirung des Generals v. Radowitz das mühsam wiedergewonnene oder im Wiederaufleben begriffene Vertrauen zu dem preußischen Kabinet gänzlich erschüttert. Daß eine solche wichtige Anstellung ohne Ew. Excellenz Vorwissen und Mitübereinstimmung hat erfolgen können, ist für Hochdieselben zuverlässig ein wichtiges Motiv, Sr. M. dem Könige zu erklären, unter solchen Umständen Allerhöchstdemselben nicht mehr mit Erfolg dienen zu können. Ein solches Gefühl würde sich, befände ich mich in Ew. Excellenz Lage, auch meiner bemächtigt haben, und ich verehre mit voller Hochachtung die warmen Empfindungen Ihrer gnädigen Frau Gemahlin. Wie man aber auch die Lage der Dinge, wie sie sich uns jetzt zeigt, beurtheilt, so darf man sich einem solchen Gefühl doch nicht hingeben. Verstatten Sie mir, mein Hochverehrter Herr Chef, ohne allen Rückhalt zu reden, so wiederhole ich, was ich Ew. Excellenz im Laufe des letzten Maimonats mir zu sagen erlaubt: »Sie hätten damals, als die Kreuzzeitung so rücksichtslos Ihr Ministerium anfeindete, sich Sr. M. gegenüber bestimmter aussprechen und die Stellung als Ministerpräsident mehr präzisiren müssen. Sie zählten damals noch auf die unbedingte Unterstützung sonst so hochverdienter und edler Männer; allein der Parteigeist, die Parteileidenschaften, die subjektiven Auffassungen haben schon zu sehr überhand genommen, und so sind wir leider dahin gelangt, wo wir uns heut befinden; d. h. dahin, daß der König eine so einflußreiche Anstellung, ohne Ew. Excellenz vorher zu avertiren, vornehmen, der Kriegsminister sich hergab, dieselbe ungeachtet dessen zu kontrasigniren, und die Männer, die dem Könige täglich nahestehen, nicht Alles daran setzten, einen so gefährlichen Schritt Sr. M. zu verhindern. Jetzt nun freilich liegt diesen sonst so trefflichen Männern Alles daran, Ew. Excellenz am Platze zu erhalten, und auch der König geriethe in große Verlegenheit, wollten Sie auf Ihrem Vorsatz beharren, denn Se. M. könnte unmöglich

gleich die Zuflucht zu dem Minister v. Ladenberg nehmen, und das wird der König in dem Augenblick nicht thun wollen, wo Allerhöchstderselbe betheuert, daß die Anstellung des Herrn v. Radowitz durchaus keine politische Bedeutung habe. In der That werden Ew. Excellenz sich sagen müssen, daß Hochdero Verbleiben das einzigste Schild gegen politische Namen ist, wie die Herren v. Ladenberg, Bethmann-Hollweg, Gr. Golz, Mathis und Herr v. Sydow.

Sie, Hochgeschätzter Herr Minister, haben dem Vaterlande glänzende Beweise ihrer Treue gegeben und dabei Opfer gebracht — das fühlen alle redlichen wohldenkenden Männer mit mir. Daher müssen Sie, entschuldigen Ew. Excellenz wohlwollend diese freie Sprache, auch jetzt noch bleiben, allein diesen kritischen Moment unbedingt benutzen, um Sich eine wirkliche Premierministerstelle zu erwirken. Der König wird, um den General v. Radowitz zu behalten und doch Ew. Excellenz nicht fortzulassen, zu Konzessionen die Hand bieten, diejenigen Herren aber, denen es hauptsächlich darauf ankommt, dem Könige das Leben angenehm zu machen (eine Aufgabe, die wir uns Alle stellen), würden auch sehr froh sein, Ew. Excellenz ferner im Amte zu sehen, und daher ebenfalls Ihre Ansprüche und Bedingungen zu fördern sich befleißigen. . . ."

General v. Wrangel theilte am 3. Sept. Manteuffel aus Peterhof mit, er habe mit tiefem Schmerz die Wiederanstellung des Generalleutnants v. Radowitz erfahren. „Seine Rückberufung raubt unserer Regierung das erst mühsam erworbene Vertrauen im Auslande, und unser armes Vaterland wird mit Besorgniß den Mann an der Spitze unserer Militär-Bildungsanstalten sehen, der seinen eigenen Sohn einer Jesuitenanstalt zur Erziehung übergeben hat. Ihre Stellung, meine verehrte Excellenz, ist durch die Nähe des Herrn v. Radowitz eine höchst unangenehme geworden, aber würden Sie in diesem Augenblicke vom Steuerruder des Staats abtreten, so sähe ich hierin dem größten Unglück für unser armes Vaterland entgegen, — ich bitte, ich beschwöre Sie, folgen Sie nicht Ihren Gefühlen, sondern folgen Sie der Pflicht und opfern Ihr Glück dem Wohle des Staats. Bleiben Sie auf der Bresche fest und männiglich. Gott ist stets mit dem Starken, das Vaterland wird Ihrer Hingebung Dank und Anerkennung zollen."

Der Geh. Legationsrath Küpfer schrieb am 5. Sept. aus Czaycze: „Herr v. Radowitz kehrt also nach Berlin zurück. Wie die Dinge liegen, möchte ich glauben, daß er keine Aenderung in dem einmal angenommenen System der äußeren Politik hervorzubringen im Stande sein dürfte. Aber eine Beunruhigung wird er doch bei den Höfen erregen, die sein System früher so sehr aufregte; wie viel kann er dadurch schaden. Wenn die deutschen Angelegenheiten und die Zollverhandlungen nicht ganz den gewünschten Gang nehmen sollten, dann würde man mit Recht geltend machen können, daß die Rückkehr des Herrn v. Radowitz wesentlich zu diesem Resultate beigetragen habe, indem jene Rückkehr am Wiener und an den deutschen Höfen aufregend habe wirken müssen."

Der Prinz von Preußen ließ sich am 8. Sept., wie folgt, vernehmen:

„Radowitz' Ernennung macht in Petersburg und Wien böses Blut; sie hätte bis nach Abschluß der Zollfrage ausgesetzt werden müssen. Doch R.'s eigene

Aeußerungen gegen mich, daß er verdiene, nach der Charité geschickt zu werden, wenn er auf die Politik von 1850 zurückführen wolle, geben volle Garantie für seine Ansicht, das heißt in meinen Augen jedoch nicht, daß man deshalb die Aufgabe, die Friedrich II. Preußen gestellt hat, selbständig in Deutschland und Europa zu stehen und **seiner Zeit** an die Spitze Deutschlands zu kommen, — vergißt oder hintenansetzt. Die bisherigen Versuche dieser Art waren verfrüht, aber niemals falsch im Prinzipe.

In dieser Art habe ich den Großfürsten-Thronfolger gesprochen. Generalleutnant v. Liven muß heute aus Petersburg hier ankommen, wahrscheinlich in der preußisch-österreichischen Zoll- und Radowitz-Angelegenheit. Obiges muß Ihre Antwort sein."

Was der Prinz von Preußen in diesem bedeutungsvollen Briefe vorausgesetzt hat, traf auch zu. Radowitz trat politisch nicht mehr hervor;*) der König hatte offenbar bei der Wiederanstellung von Radowitz nur den Wunsch, demselben eine äußere Satisfaktion zu geben und den hochgeschätzten Freund mehr in seine Nähe zu ziehen, ähnlich wie er es später mit dem gefallenen Bunsen gemacht hat. Wie sehr übrigens der hohe Herr bedacht war, seinem Premier mit Radowitz keine Verlegenheiten zu bereiten, erhellt aus dem nachstehenden Handbillet, d. d. Sanssouci, 10. Okt., abends:

„Da ich soeben erfahre, daß Illaire bat, wegen Familienangelegenheiten vom morgenden Vortrage dispensiret zu sein, so steht Ihnen, theuerster Manteuffel, der ganze Vormittag und Nachmittag inclusive diné zu Befehl. Ich höre, daß Radowitz sich morgen meldet. Ist das wahr, so werde ich ihn natürlich zu Mittag laden. Das thu ich Ihnen zu wissen, da es möglich wäre, daß ein diné mit ihm Ihnen nicht erwünscht käme. Lassen Sie mich wissen, wann ich Sie erwarten darf und ob Sie hier diniren oder nicht. Ich wünschte spätestens um 9 Uhr morgen früh die Nachricht zu haben, um mein Spazieren vor Tisch berechnen zu können. Vale! Friedrich Wilhelm."

Wie erwähnt, erachteten Gerlach und Rochow es für nöthig, daß dem Minister Manteuffel aus Anlaß des Falles Radowitz eine Satisfaktion irgend welcher Art von dem Könige ertheilt würde. Aus diesem Gedankengang entstand die vor Bismarcks Entlassung plötzlich wieder zu Ehren und Berühmtheit gelangte Kabinets-Ordre vom 8. Sept. 1852. Die ungenügende Machtvollkommenheit Manteuffels im Ministerium beruhte zum großen Theil auf dem Umstande, daß die Befugnisse des Ministerpräsidenten bis dahin nicht näher präzisirt waren. Jeder Minister war berechtigt, auch Gesetze oder sonstige Maßregeln beim Könige in Vorschlag zu bringen, ohne seinen Kollegen davon Mittheilung zu machen.

Noch kürzlich (15. Juli) hatte der Minister v. der Heydt an Manteuffel geschrieben:

*) Am 6. Nov. 1852 theilte Bismarck an Gerlach brieflich mit, Manteuffel habe über Radowitz bisher nur in Bezug auf die katholischen Wirren geklagt.

„Ich halte eine Fortführung der Geschäfte in bisheriger Weise in der That nicht möglich. Zunächst muß in den einzelnen Departements unbedingt nur ein Wille herrschen. Daß dies geschehe, dafür muß der Chef aufkommen. Ein Zustand der Dinge, wobei der Chef durch seine Räthe paralysirt oder gar verrathen wird, ist ganz unerträglich und demoralisirt die Verwaltung. Was die gemeinsame Politik betrifft, so ist's auch hier unmöglich, daß eine prinzipielle Spaltung auf die Dauer fortbestehe.*) Das Vertrauen in die Kraft der Regierung kann nur durch Kraftentwickelung begründet werden. Dieses Vertrauen, das mehr wirkt als die Kraftanwendung selbst, ist, wie nicht zu verkennen, etwas geschwächt, nachdem die Spaltung offenbar geworden ist. Ein festes, konsequentes Regiment beherrscht Kammern und Stände, wenn nur Gerechtigkeit und Moralität erkennbar sind. Es wirkt mehr als Gesetze und Institutionen, während ein laxes, schwankendes Regiment weder Achtung noch Erfolg findet. Nachdem Herr v. W. in der letzten Konseilsitzung sich bestimmt dahin erklärt hat, daß er prinzipielle Meinungsverschiedenheiten künftig nicht mehr ruhen lassen, sondern zum Austrag bringen werde, erachte ich es für Pflicht, daß hierauf nunmehr von allen Seiten im Interesse eines einheitlichen Regiments mit aller Konsequenz gehalten werde. Wie die Sachen liegen, dürfte eine definitive Entscheidung, wenn sie sachliche Differenzen betrifft, den allseitigen Verhältnissen auch besser entsprechen als eine Entscheidung in persönlichen Fragen von vornherein. Ew. Excellenz werden an Körper und Geist gleich die alte Kraft fühlen, wenn Sie den nöthigen Entschluß einmal gefaßt haben. Die jetzige Situation muß Sie aufreiben. Die Fortführung der Geschäfte wird aber auch die Entfernung solcher Persönlichkeiten bedingen, deren Benutzung auch bei Ihren Freunden in Ihrem Interesse ungern gesehen wird.

Nehmen Ew. Excellenz diese wahrhaft treu gemeinten Zeilen wohlwollend auf. Ich habe manche Veranlassung, gern auszuscheiden. Wenn es aber gilt, so helfe ich auch noch gern kräftig anfassen."

Manteuffel hatte zunächst nur das für ihn Erreichbare im Auge und das Bedürfniß, über Vorträge seiner Minister nicht nur unterrichtet, sondern bei ihnen auch gegenwärtig zu sein, um dem Könige die etwaigen Gegengründe vorzutragen. Die Entscheidung blieb ja immer beim Könige, der nach der preußischen Verfassung diejenige Stellung einnimmt, die man vielfach irrthümlicherweise dem Ministerpräsidenten zuschreibt. Der König hatte dem dringenden Verlangen seines Ministerpräsidenten nach der Ordre von 1852 schließlich widerstrebend nachgegeben.**) Dieselbe lautet:

„Ich finde es nöthig, daß dem Ministerpräsidenten mehr als bisher eine allgemeine Uebersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und

---

*) Dem Standpunkt Westphalens standen am nächsten Raumer und Bodelschwingh.

**) „Hamburger Nachrichten" vom 24. Nov. 1895. Neuere Preßstimmen über diese Kabinets-Ordre finden sich im „Fränkischen Courier" Nr. 307 vom 6. Aug. 1898, „Vossische Zeitung" Nr. 367 vom 9. Aug. 1898, die „Königsberger Hartungsche Zeitung" Nr. 183 vom 7. Aug. 1898, Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 799.

dadurch die Möglichkeit gewährt werde, die nothwendige Einheit darin, seiner Stellung gemäß, aufrecht zu erhalten und Mir über alle wichtigen Verwaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. Zu dem Ende bestimme Ich Folgendes: 1. Ueber alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Berathung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Berichterstattung darüber an Mich zu veranlassen. 2. Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art, nach den bestehenden Grundsätzen, Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzutheilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat. 3. Wenn ein Verwaltungschef sich bewogen findet, Mir in Angelegenheiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten davon zeitig vorher in Kenntniß zu setzen, damit derselbe, wenn er es nöthig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. — Die regelmäßigen Immediatvorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen.

Charlottenburg, den 8. Sept. 1852.

Friedrich Wilhelm.
Manteuffel."

Am 11. Sept. 1852 richtete Edwin v. Manteuffel an seinen Vetter, den Ministerpräsidenten, noch ohne Kenntniß der Kabinets-Ordre vom 8. Sept., die nachstehenden eigenhändigen Zeilen:

„Lieber Otto,*) ... Als Radowitz wieder angestellt worden war, hast Du mit mir über die Bedeutung dieses Ereignisses gesprochen; als Du von Putbus zurückkamst, hast Du mir Deine Unterredung mit dem Könige erzählt. Seitdem

*) Das obenstehende Schreiben beweist, welche Bedeutung Radowitz selbst nach seinem Sturze beigemessen wurde. Er war in dem im ersten Bande geschilderten politischen Duell Manteuffel contra Radowitz unterlegen, weil er ein System verfolgte, wofür die Zeit noch nicht reif war. Unter Friedrich Wilhelm IV. war, zumal bei ganz unfertigen militärischen Rüstungen, ein Krieg mit Oesterreich unmöglich. Wenn seine Theorien verfehlt waren, so war er darum doch ein außergewöhnlicher Mann. Sehr interessant ist die Charakteristik, welche Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen in seinem Werke: „Aus meinem Leben", Bd. I S. 191 über denselben giebt: „Es ist unglaublich viel über ihn gefabelt worden. Die Verleumdung dichtete ihm jede erdenkliche schlechte Eigenschaft an. Er hatte eine Legion von Feinden und fast gar keine Freunde. Es traute ihm Niemand. Er wußte das und lachte darüber. Einst, als er eine schwere Krankheit überwunden hatte, sagte er: »Wenn ich jetzt gestorben wäre, hätte man sich den Kopf zerbrochen, was ich wohl damit hätte erreichen wollen.« Prinz Hohenlohe will nie etwas Falsches an ihm entdeckt haben; er hat ihn stets für einen Ehrenmann gehalten und bezweifelt, daß Radowitz ein sehr schwärmerischer Katholik gewesen sei, der versucht haben möchte, den König zur katholischen Kirche herüberzuziehen. „Seine Gelehrsamkeit und seine Kenntnisse erstreckten sich auf alle Gebiete aller Wissenschaften." — Er war ganz die geeignete Persönlichkeit im Rathe eines Monarchen, der von seinen Ideen das Praktische auswählte und festhielt. Er war aber nicht am Platz da, wo er selbst hätte schaffen müssen.

hast Du mir nicht wieder über die Sache gesprochen, und was ich über den Stand der Angelegenheit weiß, habe ich nur durch Erzählungen von Bekannten, die wieder Dich oder Freunde oder Gegner von Dir gesprochen hatten, erfahren. Wie Du daher gegenwärtig zu der Sache stehst, weiß ich nicht bestimmt — ich habe mir nur aus den obigen Notaten meine Ansicht bilden können, und möglich ist es, daß diese mit der Deinen zusammentrifft, und daß ich meinen ganzen Brief vollständig umsonst schreibe; dennoch schreibe ich ihn.

Ueber die politische Bedeutung von Radowitzens Wiederanstellung spreche ich nicht — Du weißt ihr Gewicht richtiger zu erkennen, als ich es Dir aussprechen könnte. Nur die rein persönliche Seite, welche die Sache hat, möchte ich hervorheben.

Hertha*) behauptet immer, Du hättest etwas von einem klassischen Charakter und stelltest die res publica hoch über Dich. Die möglichen Folgen dieses Charakterzuges machen mich zittern; Du kannst in dem Selbstvergessen zu weit gehen! Radowitz ist Dein Gegner geworden; vergegenwärtige Dir alle Kämpfe, welche Du nach dem Tode des Grafen Brandenburg hast durchkämpfen müssen: Sein Fortgehen nach Potsdam, seine Nichternennung zum Generaladjutanten ꝛc. — alle diese Verwicklungen und Entwicklungen nahmen in den Augen des Königs und in denen der Welt einen rein persönlichen Charakter zwischen Dir und Radowitz an. Du bliebst der Sieger, und Radowitz wurde entfernt! Hat sich in den Verhältnissen zwischen Dir und ihm etwas geändert? Nichts. Und doch stellt der König jetzt Radowitz wieder an und thut es, ohne Dir ein Wort davon zu sagen; er unterschreibt die Ordre an dem Tage, an welchem Du vom Lande hereingekommen bist, um Vortrag zu halten, und sagt Dir auch nach der Unterschrift nichts. Alle diese Data sind bekannt, und man sieht darin eine Nichtachtung des Königs gegen Dich und sieht darin, daß Du die Stellung des Premierministers gegen den König nicht aufrecht erhalten kannst. — Dein Kollege, ein unter Deinem Präsidium arbeitender Minister, kontrasignirt die Ordre und hält die Sache vor Dir geheim und theilt sie Dir erst 14 Tage darauf unter dem Vorwande, daß es sich um eine rein militärische Maßregel gehandelt habe, mit — und Du erwiderst ihm nichts Bestimmtes darauf und gehst ruhig über die Sache hin. Man sieht darin, daß Du dem Kriegsminister gegenüber nicht persönlichen Charakter gezeigt und die Stellung des Premierministers nicht aufrecht erhalten hast. — Du sprichst dann mit dem russischen Gesandten und sagst ihm, Du würdest Deinen Abschied nehmen und er könne das nach Petersburg schreiben; Du kommst aus Putbus zurück und theilst ihm das Resultat Deiner Unterredung mit dem Könige mit und sagst ihm dann, daß Du bei der Rückkehr des Königs auf die Sache zurückkommen würdest — mir schreibt man aus Petersburg unter dem 30. Aug.: »Nach Budbergs Depeschen, die der Kaiser gezeigt und in denen Manteuffels Worte angeführt werden, muß morgen die Entscheidung sein, ob er geht oder ob der König nachgiebt.« Man sieht hierin Rathlosigkeit und eine ungewöhnliche Ver-

*) Die Gemahlin Edwin v. Manteuffels, des späteren Feldmarschalls, geb. v. Witzleben; Tochter des früheren Chefs des Militärkabinets unter Friedrich Wilhelm III.



traulichkeit mit dem russischen Gesandten. Fürst Schwarzenberg hatte zehn Punkte notirt, bei denen Du von ursprünglichen Zusagen zurückgekommen wärst, und hatte diese Punkte an Meyendorff mitgetheilt. Kommt jetzt die Radowitzsche Sache und der Widerspruch Deines Handelns mit Deinen Aeußerungen an Budberg hinzu, so wird man in den auswärtigen Kabinetten Rathlosigkeit und Unzuverlässigkeit darin sehen.

Alle diese Details, die verbreiteter sind, als Du es vielleicht glaubst, führen zu einem Urtheile, das Deinem Charakter und Deiner Persönlichkeit nachtheilig ist und das, einmal festgestellt, nicht vergeht wie vieles Andere in der Welt, sondern weiterfrißt und untergräbt. Von allen Personen, die Dir gerathen haben, im Amte zu bleiben, ist keine, die sich in Deinen Standpunkt ganz hineindenkt und fühlt und von ihm aus Deine Stellung beurtheilt. Sie sind entweder in Deine Existenz verwoben oder verfolgen Parteizwecke. Was ist die Folge, wenn Manteuffel geht? ist die erste Frage, die sie sich hinstellen, und dieses: was ist die Folge, was wird daraus? ist der Grund zu ihrem Wunsche, Dich im Amte zu erhalten; sie vergessen gänzlich, daß ein Mann, der das öffentliche Vertrauen zu seinem Charakter verliert, nichts wahrhaft Großes leisten kann.

Nun weiß ich sehr wohl, daß Du Alles dies fühlst wie ich, und wenn ich mir Dein Schwanken und nicht bestimmtes Auftreten in der Sache zu erklären suche, so sehe ich den Grund eben in Herthas Ausspruch über Dich. Du weißt nicht, wem Du das Heft übergeben sollst, Du siehst Verwirrung nach allen Seiten; man berichtet Dir aus Wien, daß man auf Deinen Rücktritt warte, um den Krieg zu beginnen; man sagt Dir, daß die Koalition nicht nur zusammenhalten, sondern Hannover auch noch abfallen würde, wenn Du nicht mehr Minister wärst ꝛc. Alles dies mag wahr sein, aber bist Du nach der Erschütterung des Vertrauens zu Deinem Charakter in drei Monaten noch der Mann, der Du heute bist? Wirst Du das Alles hindern können unter solchen Verhältnissen?

Der vorliegende Fall ist rein persönlicher Natur — es geht um Deine Ehre; es ist einer von den Fällen, wo die menschliche Klugheit nicht ausreicht, wo man sich verliert, wenn man sie allein entscheiden lassen will. Du hast hier keine Verantwortlichkeit zu tragen; die Handlung des Königs hat die Deinige zur nothwendigen Folge; was daraus entsteht, das liegt in Gottes Hand. Und dann, dienst Du dem Könige wirklich durch Dein Bleiben? Du kannst es ja nur rechtfertigen auf Kosten seiner Person; — indem Du Dich für ihn opfern willst, vernichtest Du ihn, denn Du erklärst ihn öffentlich für regierungsunfähig, weil, wenn das nicht, Du Dir solche Behandlung nicht würdest gefallen lassen. Du hast meinem seligen Vater einmal zu seinem Geburtstage ein Wort aus Wallenstein geschrieben, das ihn sehr erfreut hat und das Du wahr gemacht hast; ich möchte Dir heute auch ein Wort des Max zurufen, es heißt: »o falle, falle würdig, wie Du standest!«

Ich bin nun weit davon entfernt, darauf zu rechnen, daß, wenn Du heute den Abschied nimmst, Du in sechs Monaten oder in Jahr und Tag wieder als Minister berufen werden würdest. Wie sich das Alles gestaltet, kann kein Mensch wissen — das aber ist gewiß, daß unser König und unser Vaterland noch ernsten Krisen entgegengehen, daß Du diese durch Dein jetziges Verbleiben im Amte

vielleicht für den Augenblick aufschieben, nie aber verhindern und abwenden wirst, — daß Du aber, wenn Du Dir die Integrität Deines Charakters bewahrt hast, in den Krisen selbst nochmals als Retter auftreten kannst, was Du für immer unmöglich machst, wenn Du Dich jetzt vernichten läßt. Denke ich mich so ganz in Deine Lage, so würde ich folgendes Verfahren einschlagen, und ich glaube fast, daß Deine eigenen Entschlüsse damit übereinstimmen. Ich würde das Thema Radowitz vorläufig gar nicht berühren und Niemandem darüber Rede stehen; ich würde aber die Zollvereinsfrage sehr energisch betreiben und sie in schnellster Zeit zum Austrage bringen. Wäre die Entscheidung hier eingetreten, so würde ich an den König schreiben: »Ew. &c. habe ich bereits in Putbus und bei mehreren späteren Gelegenheiten meine Ansicht über die Wiederanstellung des Radowitz ausgesprochen, und je mehr ich die Sache durchdacht habe, je fester hat sich in mir die Ueberzeugung festgestellt, daß ich Ew. &c. unter diesen Verhältnissen nicht mit Erfolg dienen kann. Die Verhandlungen über die Zollfrage machten es mir jedoch zur Pflicht, für den Augenblick nicht auf meiner Entlassung zu bestehen; mein Rücktritt hätte störend in dieselben eingreifen müssen. Jetzt sind sie geschlossen, und jetzt kann ich den Schritt thun, den mein Gewissen mir zur Pflicht macht. Ich bitte Ew. &c., mir den Abschied zu geben, und danke Ew. &c.«

Die Zollfrage muß bis zum 1. Oktober entschieden sein, und erst von diesem Datum an ist Radowitz wirklich im Dienste; Du bleibst durch Festhaltung dieses Termins in Uebereinstimmung mit Dir selbst. Von diesem Gesuche ließe ich mich dann durch kein Zureden, durch keine Phrasen und Versprechungen abbringen; nur die Entlassung des Generals v. Radowitz und des Ministers, der hinter meinem Rücken gehandelt hätte, könnte mich vielleicht bewegen, über die Rücknahme derselben nachzudenken.

Sei nicht bös, wenn ich Dir so ausführlich geschrieben habe, aber ich bin wirklich angegriffen und matt, und da wird mir das kürzere Fassen dessen, was ich sagen will, schwer. Ich hätte Dir noch viel, viel über die ganze Sache, über die Stellung der Parteien, der Umgebungen beim Könige, über die wahrscheinlichen Folgen für Dich und ich weiß nicht was Alles, zu schreiben, aber Du weißt das zuletzt besser als ich; nur diesen einen Punkt mußte ich berühren; Du kannst Dich über das Ziel, das Du im Auge hast, vergessen, und zur Erreichung desselben gehört es doch, daß Du Du bleibst; Du stehst außerdem seit Jahren schon so hoch, daß alle Leute Dir entweder gar nicht mehr oder doch nur in großen Umhüllungen die Wahrheit sagen. Thue Du nun, was Du für recht hältst, und dann wird es recht sein, und weiß ich Dich in der Sache mit Dir selbst ganz einig, so will ich auch Vertrauen zu Deinem Entschlusse haben und Gott bitten, daß er ihn segne für Dich, für den König und das Land. Dein Edwin."

Es sei hier ein Brief eingeschaltet, welchen der Großherzog August von Oldenburg am 2. Sept. 1852 aus Cöln an den König Friedrich Wilhelm IV. richtete:

„Ew. Majestät haben mir in diesen Tagen durch einen Abgeordneten Anträge machen lassen, welche sich auf Erwerbung eines Terrains zur Begründung

einer Flottenstation beziehen. An denselben knüpft sich ein Plan Ew. Majestät, den Bentinckschen Prozeß,*) dessen Schlichtung schon so lange vergeblich erstrebt ist, endlich in einer befriedigenden Weise zu Ende zu bringen. Bereitwillig bin ich auf die Vorschläge eingegangen, und wenn auch der Abtretung von Hoheitsrechten im Herzen meines Landes manche Bedenken entgegenstanden, so habe ich doch den Standpunkt festgehalten, welcher meine Politik Preußen, Ew. M. gegenüber stets geleitet hat. Die feste Hoffnung, daß das, was rücksichtlich der Entwickelung der maritimen Bedeutung Deutschlands in jetziger Zeit nicht erreicht werden konnte, durch Ew. M. in der Zukunft angestrebt werden wird, hat meinen Entschluß wesentlich erleichtert. Die Marinestation in der Nordsee wird den Ausgangspunkt bilden, um das sich Größeres schart. Ew. M. werden in dem vertrauensvollen Eingehen auf die mir gemachten Vorschläge nur eine Konsequenz der Ueberzeugung finden, welche ich so oft Höchstdenselben gegenüber ausgesprochen habe. Das neue Band, welches zwischen Preußen und Oldenburg geknüpft werden soll, wird, das hoffe ich, zum Segen beider Länder gereichen, es wird das Wohl Deutschlands fördern und dadurch das Opfer rechtfertigen, was ich wenigstens in den Augen mancher meiner ... (unleserlich) zu bringen mich bereit erklärt habe. Es ist mir ein Bedürfniß gewesen, mich in dieser so wichtigen Angelegenheit gegen Ew. Majestät selbst auszusprechen und auch bei dieser Gelegenheit Höchstihnen die Gesinnungen laut werden zu lassen, die mich bewogen, auf diesen Wunsch Preußens einzugehen und dadurch die Gesinnungen von Neuem zu bethätigen, die mich gegen Ew. M. beleben und mit denen ich die Ehre habe zu verharren

Ew. Majestät ganz dienstwilligster treuer Bruder und Vetter

August."

In den vorstehenden Zeilen manifestirt sich der hohe, auf Deutschlands maritime Entwickelung gerichtete Sinn des Großherzogs von Oldenburg und sein prophetischer Blick, der ihm richtig sagte, Preußens Marinestation an der Nordsee werde der Ausgangspunkt für eine große Entwickelung sein. Ohne das Entgegenkommen dieses deutschen Fürsten wäre Preußen bis 1864 auf die Ostsee angewiesen geblieben, da bekanntlich die Westküste Schleswig-Holsteins wegen der zahlreichen Untiefen zur Anlage von Kriegshäfen ungeeignet ist.

Am 16. Sept. schrieb der Gesandte v. Rochow aus Petersburg abermals privatim an Manteuffel:

„Der König hat mein an Se. M. in der Radowitzschen Sache gerichtetes Schreiben sehr ungnädig aufgenommen. Die Unzufriedenheit Sr. M. auf mich geladen zu haben, kann ich nur aufrichtig beklagen, ich hielt es aber für Pflicht, Sr. M. nicht zu verbergen, daß diese Anstellung auf den Kaiser den allerübelsten

*) Der Vertrag wegen Anlegung eines preußischen Kriegshafens am Jadebusen, wonach Oldenburg ein Gebiet von 5500 Morgen für die Summe von 500 000 Thaler an Preußen abtrat, wurde erst am 19. Jan. 1854 vom oldenburgischen Landtag bestätigt, die mit dem gräflich Bentinckschen Hause wegen Abtretung des Bentinckschen Fideikommisses gegen die ratenweise zu zahlende Summe von 2 Millionen Thaler abgeschlossene Uebereinkunft am 31. Juli 1854.

Eindruck gemacht. Die jetzige Stimmung gegen den König kann ihre Folgen haben; es war daher nöthig, Se. M. darauf vorzubereiten. Ew. Excellenz kann ich betheuern, daß ich die harten Aeußerungen des Kaisers mit vorsichtiger Milderung referirte. Es ist aber nicht der Kaiser von Rußland allein, den diese Reaktivirung beunruhigt; die Berichte aus Wien, London und Paris sagen ganz unumwunden, daß man jetzt auf Dinge von Seiten des preußischen Kabinets gefaßt sein müsse, welche große Verlegenheiten bereiten könnten. In England sind zwar J. M. die Königin und Prinz Albert sehr für Herrn v. Radowitz portirt. Die Minister indessen denken anders. Es ist weniger die Gefährlichkeit des Herrn Generals, welche auswärts Besorgniß erweckt, als die Beharrlichkeit Sr. M. des Königs, einen Mann wieder anzustellen, welcher nach der Ansicht fast aller Kabinette soviel Unheil angerichtet.

Der Kaiser hat mir den letzten Brief des Thronfolgers aus Berlin übersetzt. Als Se. K. H. den König fragten, ob Allerhöchstderselbe nichts an den Kaiser zu bestellen hätten, antwortete der König: »Sage dem Kaiser, daß ich des Ministers Manteuffel Befugnisse erweitert (ausgedehnt) hätte.« Auch in dem Schreiben an mich vom 6. d. Mts. bemerkt der König: »Manteuffel nimmt die Sache als ein echter Staatsmann, treuer Diener seines Königs und weit besser als ein bloßer Diplomat. Das wird mein gutes Verhältniß zu Manteuffel noch um 100 Proz. besser und fester machen. Sagen Sie das dem Kaiser. Ich bin das Manteuffel schuldig.«

Ich erlaube mir über jene Hochdero erweiterte Befugnisse aussprechende Kabinets-Ordre noch nicht zu urtheilen, bevor ich die Details nicht kenne, hoffe aber, daß sie genügende Garantie für die Zukunft enthalten werden. In solchem Falle würde ich eine friedliche Lösung mit Freuden begrüßen. Es bleibt aber gewiß nothwendig, die Augen nach allen Seiten offen zu behalten und genau zu wissen, was vorgeht!

Am Abend vor der Abreise des Kaisers habe ich Sr. M. den Inhalt des Schreibens unsers allergnädigsten Königs mitgetheilt. Was darin der König mir befiehlt, dem Kaiser zu sagen, hatte ich demselben schon längst und viel stärker ausgesprochen, aber der Kaiser ist kein Charakter, der sich durch bloße Worte beruhigen läßt.

Als ich nicht Anstand nahm, dem König zu schreiben, wußte ich leider, daß mein Brief Se. M. höchst unangenehm betreffen werde. Das durfte mich aber nicht abhalten, offen zu reden. Man kann nicht immer gefallen! Vielmehr muß der redliche Diener die Wahrheit ohne Scheu und gerade auf die Gefahr hin, zu mißfallen, aussprechen. Ich bin immer so zu Werke gegangen und ziehe mich lieber auf der Stelle zurück, als heimliche Wege zu gehen oder Dinge zu verschweigen oder zu unterdrücken, die doch ans Tageslicht kommen."

Und einen Tag später (17. Sept.) schrieb der Geh. Legationsrath Küpfer aus Czayeze bei Bialoslime an Manteuffel:

„Soeben ersehe ich aus den Zeitungen den Inhalt der Königlichen Ordre ans Staatsministerium vom 8. d. Mts., betreffend die Ausdehnung von Ew. Excellenz

amtlichem Wirkungskreis. Hochdieselben gestatten mir wohl mit Güte, Ihnen bei dieser Veranlassung meine Glückwünsche darzubringen, deren Aufrichtigkeit Sie gewiß nicht bezweifeln. Ew. Excellenz wissen, daß ich seit Jahren die Herstellung eines festen Mittelpunkts für die Staatsverwaltung als das erste Bedürfniß unseres Vaterlandes betrachtet habe. Hardenberg, sobald er Staatskanzler geworden, umgab sich mit einem sogenannten »Bureau des Staatskanzlers«, in dem er die tüchtigsten Männer der verschiedensten Verwaltungszweige vereinigte, und worin sich bald der Centralpunkt der obersten Verwaltung feststellte. Ein ähnliches Bureau und ein passend organisirter Staatsrath dürften Ew. Excellenz nützliche Werkzeuge gewähren." *)

* * *

Im Sommer 1852 ereignete sich in Florenz ein Vorfall, welcher vielen Staub aufwirbelte und ein unangenehmes Aufsehen erregte. Ein Ehepaar Namens Madiai, der Mann vormals Courier, die Frau Bonne in englischen Familien, war im Jahre 1851 wegen Proselytenmacherei vor Gericht gestellt worden. Nach zehnmonatlicher Untersuchungshaft wurden sie schuldig erklärt, in ihrer Wohnung auf Piazza Sta. Maria Novella heterodoxe oder, wie man sie bezeichnete, „evangelische" Konventikel gehalten zu haben, und dem Manne wurden 56 Monate Zuchthaus (Casa di forza), der Frau 42 Monate in einem Arbeitshause (Ergastolo), Beiden überdies drei Jahre Polizeiaufsicht dekretirt. Begreiflicherweise fand die Sache großen Widerhall.

Da die Vorstellungen, welche der preußische Geschäftsträger, Alfred v. Reumont, wegen dieser an das Mittelalter erinnernden grausamen Behandlung bei der toskanischen Regierung erhob, ergebnißlos waren,**) so beschloß der König Friedrich Wilhelm IV., einen stärkeren Druck auf das Kabinet in Florenz auszuüben.***)

Am 4. Sept. schrieb er aus Sanssouci an Manteuffel:

„Hier ist mein Brief an die Königin Victoria. Ich schicke das Original natürlich nicht eher ab, als bis ich Ihre Meinung weiß. Ich habe Bethmann-Hollwegs Namen als den der Person genannt, die ich für die Spezial-Mission am geeignetsten hielte. Ich habe die Wahrheit gesagt. Im Hintergrunde liegt vielleicht der Wunsch, diesen, in religiöser Hinsicht untadelhaften und höchst berücksichtigenswerthen Mann auf einige Zeit aus Preußen zu entfernen. Ich weiß nicht, wie Sie darüber denken, bester Manteuffel? Die Einleitungen durch Bunsen

*) Am 1. Okt. 1852 sagte der König zu Gerlach, er habe sich überzeugt, daß Manteuffel unentbehrlich wäre, und seitdem habe er eine ordentliche Liebe zu ihm gefaßt. Gerlach, a. a. O., Bd. I., S. 803.

**) Vgl. dessen Werk „Aus König Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen", S. 387 ff.

***) Die Gründe, weshalb dies weder durch Alfred v. Reumont, noch durch Usedom geschehen sollte, ersieht man aus dem Briefe Friedrich Wilhelms IV. an Alfred v. Reumont, d. d. 25. Okt. 1852, a. a. O., S. 394.

müßten Sie übernehmen. Um Bunsen aber sehr electrisch zu laden, will ich ihm noch selbst schreiben. Wegen Bethmann ist der erste Einleitungsversuch wohl allein durch mich denkbar. Wer weiß, ob die nothwendige Berührung, in die er mit Ihnen unwillkürlich dadurch kommt, den an Geist, Edelmuth und Geld reichen Mann nicht mehr als jetzt unserer Sache gewinnt?

Bedenken Sie sich die Sache unter dem Gesichtspunkte. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Am 5. Sept. bekämpfte Manteuffel zwar beim Könige Hollwegs Mission nach Florenz zum Schutz der Protestanten; am 13. d. Mts. gab er insoweit nach, daß er mit Hollweg wegen der — ohnedem aussichtslosen — Florentiner Mission in Verhandlung trat, um dem Könige nicht zuwider zu handeln,*) und richtete darauf am 17. Sept. die nachstehenden Zeilen an Bethmann-Hollweg:

„Ew. Hochwohlgeboren werden aus den öffentlichen Blättern Kenntniß erhalten haben von den Bedrückungen, welche die toskanische Regierung sich gegen evangelische Christen zu Schulden kommen läßt. Die gemeldeten Thatsachen sind leider nur zu wahr, namentlich steht es fest, daß die Madiaischen Eheleute, welche sich des besten Rufes erfreuen und von Politik und Proselytenmacherei sich ganz entfernt gehalten haben, lediglich um deshalb gerichtlich verurtheilt und eingekerkert worden sind, weil sie mit Gleichgesinnten Andachtstunden in ihrem Hause gehalten haben, worin man sich mit Lesen der heiligen Schrift beschäftigte. Eine von dem diesseitigen Geschäftsträger, Herrn v. Reumont, persönlich beim Großherzoge eingelegte Bitte um Begnadigung ist ganz erfolglos geblieben.

Des Königs Majestät wollen die Sache aber hiermit nicht als erledigt erachten, vielmehr Allerhöchstihre persönliche Intercession mit einem Gewicht, so groß es nach den bestehenden Verhältnissen immer gegeben werden kann, eintreten lassen. Es sind wegen einer Mitwirkung in diesem Sinne bereits Schritte in England geschehen, deren Ergebniß indeß noch nicht bekannt ist. — Se. M. beabsichtigen nun, mit der Mission an den Großherzog von Toskana einen besonderen Abgesandten zu betrauen, einmal weil Allerhöchstsie zu diesem Auftrage weder Herrn v. Usedom noch auch Herrn v. Reumont für ganz geeignet halten, sodann aber weil dadurch dem Schritte eine größere Bedeutung beigelegt werden würde. — Se. M. halten nun dafür, daß Ew. Hochwohlgeboren vorzugsweise die geeignete Persönlichkeit seien, die erwähnte Mission mit Erfolg zu übernehmen, und haben mich gefragt, ob ich meinerseits dagegen ein Bedenken hätte. Es wird der Erörterung nicht bedürfen, welche Gründe mich bestimmen könnten, nicht zu wünschen, daß Ew. Hochwohlgeboren gerade jetzt ein so manifester Beweis Königlichen Vertrauens zu Theil werde. Ich habe sie wohl erwogen, bin aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß in Dingen von so großer und heiliger Bedeutung jede andere Erwägung vor der Sache zurücktreten muß und nehme daher keinen Anstand, Ew. Hochwohlgeboren, nicht irgend einem Zwange folgend, sondern aus freier

*) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 799.

Entschließung die Uebernahme jenes Auftrages anzutragen. Ich verkenne nicht, daß der Auftrag ein schwieriger, sein Erfolg ein sehr zweifelhafter ist, und maße mir nicht an, auf Ihren Beschluß irgend einen Einfluß üben zu wollen, nur das glaube ich voraussetzen zu dürfen, daß der Umstand, daß der Antrag Ihnen von mir gemacht wird, kein Motiv abgeben wird, die Uebernahme abzulehnen.

Einer Rückäußerung darf ich ganz ergebenst entgegensehen."

Hierauf antwortete v. Bethmann-Hollweg von Burg Rheineck am 21. Sept. eigenhändig:

„Ew. Excellenz haben mittelst Schreibens vom 17. d. Mts., welches mir im Augenblick meiner Abreise von Bremen zukam, mich davon in Kenntniß gesetzt, daß Se. M. der König beabsichtigen, in Gemeinschaft mit dem englischen Gouvernement zu Gunsten der verfolgten evangelischen Christen in Toskana eine Intercession eintreten zu lassen und zu dem Ende mich als Allerhöchstihren besonderen Abgesandten mit der Mission an den Großherzog von Toskana zu betrauen.

Es wird weder der Bemerkung bedürfen, ein wie warmes Interesse ich an dem Schicksal jener Unglücklichen nehme, noch des Beweises meiner Bereitwilligkeit, Sr. M. dem Könige zu dienen. Auch die Schwierigkeit der Aufgabe und die Ungewißheit des Erfolges würden diesen Motiven gegenüber mich nicht abschrecken. Wenn ich dennoch mich verpflichtet glaube, diesen mich hochehrenden Auftrag abzulehnen, so geschieht es aus Interesse für die heilige Sache und aus Treue gegen den König, meinen allergnädigsten Herrn, weil ich die Ueberzeugung habe, daß ich nicht der rechte Mann für dieses Geschäft sei, daß sein Gelingen daher in meinen Händen noch zweifelhafter werden müsse. Ich bin stets der Meinung gewesen und habe sie nie verhehlt, daß nichts dem öffentlichen Dienste schädlicher sei, als der Dilettantismus solcher, die für diesen bestimmten Geschäftszweig weder durch Vorbildung noch durch Erfahrung geschickt gemacht sind. Das in Frage stehende Geschäft nun betrifft seinem Gegenstande nach die Kirche, ist aber durch die dabei anzuwendenden Mittel ein durchaus diplomatisches, und seine glückliche Durchführung daher von Fertigkeiten abhängig, die mir abgehen. Aber auch abgesehen hiervon würde meine öffentliche Parteistellung mir bei Ausführung dieses Auftrages unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg legen. Es wird der Erörterung nicht bedürfen, daß ich vermöge derselben an einem Hofe, wo der österreichische Einfluß unbedingt entscheidet, nicht persona grata sein könne. Daß ich unter Ew. Excellenz freier Mitwirkung zu diesem ehrenvollen Posten berufen worden, vermindert diese Schwierigkeiten nicht, sondern vergrößert sie. Denn wenngleich dieser Umstand, wie Ew. Excellenz richtig voraussetzen, mich nicht abhalten würde, einer hochwichtigen Angelegenheit der evangelischen Kirche meine Kräfte zu widmen, so wird doch von der Gegenseite nicht unerwogen bleiben, daß ich zwar das Glück habe, der Mann des persönlichen Vertrauens meines Königs zu sein, nicht aber der seines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Wie unsicher aber in solchem Falle die Stellung eines Bevollmächtigten sei, welche Gefahr daraus für sein Geschäft erwachse, werden Ew. Excellenz am besten zu würdigen wissen.

Es bleibt mir daher nur übrig, Ew. Excellenz für die Offenheit Ihrer Mittheilung meinen Dank zu sagen mit der Bitte, Sr. M. dem Könige ausdrücken zu wollen, wie schmerzlich es mir ist, daß ich dem Allerhöchsten Vertrauen, welches mich so tief verpflichtet, nicht entsprechen kann."

Nach dieser Absage wurde der Oberschloßhauptmann Graf Arnim Blumberg mit der bewußten Mission betraut und am 14. Okt. von Manteuffel selbst in Gerlachs Zimmer mit Instruktion versehen.*)

Böses Blut hatte unter den Katholiken — um zu den kirchlichen Fragen überzugehen — ein Erlaß des Kultusministers v. Raumer gemacht, welcher das Verbot, im collegio germanico zu studiren, als noch fortwährend gültig bezeichnete.**)

Am 16. Sept. lenkte der Minister des Innern, v. Westphalen, Manteuffels Aufmerksamkeit auf diesen Erlaß und setzte hinzu: „Ich sehe die Sache so an, daß man überhaupt und namentlich die Herren vom westfälischen Landtage, die Sache durch ein starkes Vergrößerungsglas betrachtet. Nach meinem Dafürhalten ist es nicht zu hindern, daß die Stände sich bei ihrer dermaligen Versammlung über den Gegenstand, wenn er durch Petition an sie gelangt, berathen und auch, wenn's sein muß, recht tüchtig streiten. Unterdessen wird die beschwichtigende Verfügung des Ministers v. Raumer ergehen. Aber, — und ich will es von vornherein, nach älteren Erfahrungen, schon annehmen — wenn auch dieser Erlaß nicht die Folge haben wird, die Gemüther zu beruhigen, so ist es meines Erachtens jedenfalls besser, man warte das Weitere ruhig, im Bewußtsein, nach den bestehenden Gesetzen zu handeln, ab und lasse die Leute durch die weitere Entwickelung der Dinge sich selbst eines Besseren belehren, als irgendwie, und am allerwenigsten von Seiten des Thrones, zu retraktiren."

Am 9. Okt. schrieb der Königl. Gesandte v. Rochow aus St. Petersburg privatim an Manteuffel: „Die religiösen Wirren kommen mir sehr bedenklich vor; ich schrieb darüber heut an General v. Gerlach. Ein Jeder glaubt, diese kirchliche Angelegenheit am besten zu verstehen; doch sind sie gerade die allerschwierigsten Verhältnisse im Staatsleben. Das, was jetzt vorgeht, führt uns auf das Jahr 1837 zurück, wo auch ein Jeder schlichten wollte und Niemand geschlichtet, sondern nachgegeben hat."

Am 21. Okt. rieth Gerlach Manteuffel, er möchte sich bei den katholischen Sachen in Acht nehmen,***) und am 26. dess. Mts. schrieb er demselben aus Sans-

*) Vgl. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 805.

**) Am 8. Aug. schrieb der Finanzminister Bodelschwingh aus Haus Heydt an Manteuffel: „Die in neuerer Zeit ergangenen kirchlichen Erlasse haben, wie ich von Düesberg, dem Generalsuperintendenten, und anderen zuverlässigen Männern erfahren, sowohl unter den Katholiken als unter den unirten Evangelischen nicht geringe Mißstimmung hervorgerufen, von der Düesberg auch sehr üblen Einfluß auf die bevorstehenden Wahlen fürchtet.

***) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 808.

souci:*) „Ew. Excellenz erwiderten mir, als ich in unserer jüngsten Unterredung auf die Wichtigkeit der Kirchenfragen, namentlich gegenüber der römisch-katholischen Kirche, aufmerksam machte und es für dringend nöthig hielt, daß Sie stets damit im Zusammenhang blieben, daß Raumer gesagt hätte, es wäre doch wohl besser, wenn er die Verantwortung dieser Dinge allein behielte. Ich bin ganz Raumers Meinung und halte es, abgesehen von aller Persönlichkeit, für durchaus wichtig, daß Ew. Excellenz sich nur indirekt in die Kirchenfragen mischen, schon damit nicht die Politik damit verwebt wird, was immer zu Inkonveniensen führt. Raumer muß auch schon darum allein die Verantwortlichkeit behalten, damit, wenn er über eine Kirchenfrage zu Falle kommt, was leicht möglich ist, dies nicht den Sturz des ganzen Ministeriums nach sich zieht. Dies schließt aber eine genauere Kenntnißnahme seitens Ew. Excellenz nicht aus, bei der Sie aber, wenn Sie es für angemessen finden, eigens erklären können, Sie wollten dieser oder jener Maßregel nicht widersprechen, keineswegs aber die Verantwortung dafür mit übernehmen." –

Kurz vor den Kammerwahlen**) mußte die „Kreuzzeitung" wegen eines ungemein gehässigen Leitartikels gegen das Ministerium aufs Neue konfiszirt werden. Hinckeldey schrieb am 4. Okt. privatim an Manteuffel:

„Die Stellung dieser Zeitung und ihrer Partei ist mir dermalen überhaupt nicht klar; daß sie eine der Regierung durchaus feindliche ist, davon habe ich mich heute klar überzeugt, und daß sie uns im Auslande den größten Schaden thut, habe ich auf meinen Reisen gelernt. Unter diesen Umständen halte ich es, als ehrlicher Mann und als guter Patriot, für meine Pflicht, mit diesem Blatte gar keine Umstände mehr zu machen und es ebenso wegzunehmen, wie ich die übrigen Blätter wegnehmen würde, wenn sie solche ähnlichen Dinge sagten. Ich weiß zwar sehr genau, daß man aus diesen häufigen Beschlagnahmen, aus der großen Theuerung meiner Verwaltung, aus der strengen Kontrolle auf den Eisenbahnhöfen, aus den häufigen Ausweisungen einen Donnerkeil gegen mich zusammenzuschmieden sucht, der mich vernichten soll, und wirklich hat der von Sanssouci von gewissen Personen kommende Luftzug mir Herrn v. Westphalen recht ordentlich auf den Hals gehetzt.***) Ich habe aber die vollständige Ueberzeugung, daß ich mit meinen Maßregeln der Strenge ziemlich genau auf dem Niveau stehe, welches unsere dermaligen Verhältnisse dringend bedürfen und ohne welche eine nur halbwegs ordentliche Polizei geradezu unmöglich ist. Ich habe sehr, sehr viel nachgelassen, und jeder Fremde, welcher die hiesigen Zustände mit denen von München, Wien und Prag vergleicht, wird mir zugeben, daß die äußerste Grenze der Möglichkeit gewährt wird. Aber man weiß es sehr wohl, daß dies eine zugängliche Seite unseres

*) Gerlach erwähnt das Gespräch auch in seinen „Denkwürdigkeiten", Bd. I, S. 810.

**) Am 27. Okt. wurde Manteuffel in der Wahlversammlung der Wahlmänner des dritten Berliner Wahlbezirks auf die Kandidatenliste zur Wahl der Abgeordneten für die zweite Kammer gesetzt und demnächst auch gewählt.

***) Am 7. Aug. klagte Hinckeldey Manteuffel nach Vorbringung verschiedener polizeilicher Fragen: „Es ist wahrlich ein trauriges Amt, das meinige, und doppelt mißlich, peinigend und ergreifend zu einer Zeit, wo man Freund und Feind so schwer unterscheiden kann!"

Allergnädigsten Herrn und Königs ist, man benutzt dies, um mir den Boden zu nehmen — einen Boden, den ich übrigens gern und mit Freuden verlasse und auf dem ich mich nur gegen unwürdige Intriguen zu vertheidigen suche, solange mich der Befehl Sr. M. auf demselben hält. Ew. Excellenz bitte ich, Sich in diesen Dingen meiner anzunehmen.

Lichtenhein hat nichts gestanden und geht morgen nach Hamburg, da sich die Fortsetzung seiner Haft ferner nicht begründen läßt. Er behauptet, Alles von einem bei der hiesigen Gesandtschaft beschäftigten hannoverschen Beamten zu wissen.

P. S. Ich habe Ew. Excellenz heute eine kleine Notiz zugehen lassen wegen Agenten, welche Hochdieselben angeblich verwenden sollen, — es ist dies auch wieder eine boshafte Insinuation, welche ich nicht gering zu schätzen bitte."*)

Gerlach, welcher natürlich die „Kreuzzeitung" in Schutz nahm, schrieb ein paar Tage später (8. Okt.) an Bismarck:**) „Ich habe Manteuffels sonderbares Benehmen mit seinen Kreaturen, ich habe die Anstellung von Radowitz benutzt, um offen mit ihm zu reden, es ist aber nichts dabei herausgekommen. Ich habe ihm gesagt, daß ich nicht zu denen gehöre, welche Quehl in das Elend schicken wollten, aber er möge sich doch mit ordentlichen Leuten in Verbindung setzen und sich in der Gemeinschaft mit ihnen stärken. Aber vergebens. Jetzt treibt er wieder sein Wesen mit dem Bonapartisten Frantz. Ich will das, was Wagner thut, nicht rechtfertigen, besonders nicht sein eigensinniges Widerstreben gegen jeden Rath und jede Warnung, die ihm zukommt, aber darin hat er Recht, daß Manteuffel die konservative Partei gründlich zerstört und ihn, Wagner, auf das Aeußerste reizt. Es ist doch eine merkwürdige Erscheinung, daß die »Kreuzzeitung« die einzige Zeitung in Deutschland ist, die verfolgt und konfiszirt wird. Von dem, was mich bei dem Allen am meisten affizirt, von der Wirkung dieser Lage der Dinge auf Se. M., will ich gar nicht reden. Sinnen Sie doch auf Mittel, Menschen heranzuziehen, die das Ministerium stärken. Kommen Sie doch einmal wieder her und sehen Sie sich selbst die Dinge an."***)

---

*) Die Verhaftung Lichtenheins hatte Hinckeldey Manteuffel bereits tags vorher am 3. Okt. gemeldet und dabei zugefügt: „Durch die in Wien geschlossenen Verbindungen, über die ich Ew. Excellenz weiteren Vortrag halten werde, bin ich dahinter gekommen, daß ein angeblicher Professor Wuttke aus Leipzig und ein gewisser Isidor Heller hier die hauptsächlichsten Korrespondenten der österreichischen Zeitungen und im österreichischen Sinne sind. Haben Sie doch die Gnade, über beide mit Herrn Quehl zu sprechen, ob er diese Leute etwa kennt und ob es gerathen ist, sie fortzujagen? Mein Horizont hat sich in diesen Dingen seit der Wiener Reise, Gottlob! sehr erweitert."

**) „Bismarcks Briefwechsel mit Gerlach", S. 93, Ausgabe von Kohl, übergegangen in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen".

***) In seinen „Denkwürdigkeiten" schreibt Gerlach unterm 12. Okt. (Bd. I, S. 803): „Wagner, vielfach gereizt dadurch, daß die Minister ihn nicht allein hatten stecken lassen, sondern verfolgt, griff Manteuffel persönlich an und eben an dem Tage, an dem Radowitz hier ankam. Die »Kreuzzeitung« wurde wiederholt konfiszirt, bedroht ꝛc. und nicht ohne Recht. Valentini, Massow, Niebuhr, Ludwig, Alles stürmt auf Wagner ein, und dieser sagt endlich pater peccavi und verspricht, die Persönlichkeiten aufzugeben. Dies ist nach vielen Seiten hin eine merkwürdige Begebenheit, die recht unsere Zustände charakterisirt. Von allen hiesigen Zeitungen ist die »Kreuz-

Kaum hatte sich Wagner beruhigt, da fing Quehl wieder sein Handwerk an. Am 15. Nov. theilte derselbe dem Minister Manteuffel Nachstehendes als Beitrag zu den Agitationen einer bezahlten Litteratenklique mit: *)

Zu dem Kaufmann Barthol sei vor einigen Tagen ein Mitarbeiter der „Neuen Preuß. Zeitung“, Namens Heibold, gekommen und habe geäußert, er (Barthol) solle doch aufhören, ministeriell zu sein und für das Ministerium zu wirken, es helfe doch Alles nichts, und wenn er auf seinen guten Rath nicht hören werde, so werde er nächstens in den „Zuschauer“ kommen und täglich schlecht gemacht werden. „In ähnlicher Weise sprechen sich Mitarbeiter der »Neuen Preuß. Zeitung« und die Litteratenklique des »Preuß. Wochenblatts« an öffentlichen Orten aus, und es bestätigt sich vollständig — was ich schon früher Ew. Excellenz mitgetheilt habe —, daß zwischen Herrn Wagner und Herrn Jasmund darin ein Einverständniß besteht, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, Ew. Excellenz zu beseitigen. Ja, die Herren rühmen sich sogar, daß die Geschichten, die sie in der Stadt verbreiten, in Sanssouci selbst erzählt und geglaubt werden! ohne zu bedenken, daß der Eindruck solcher Mittheilungen am meisten dem Hofe selbst ungünstig ist; daß sich unabhängige und treu gesinnte Bürger natürlich fragen: was das am Hofe für eine Wirthschaft sein müsse, wenn dergleichen plumpe Lügen und Verleumdungen, die zuletzt von einer sehr miserablen Klique ausgegangen, doch ein so williges Gehör finden.

Auch darauf glaube ich Ew. Excellenz noch aufmerksam machen zu müssen, daß sich andererseits die Ansicht geltend macht, daß dieses ganze Treiben nur möglich sei, wenn der Minister des Innern, wenigstens indirekt, damit einverstanden wäre. Man vergleicht nämlich das Verfahren des Ministers des Innern gegen die Ausschreitungen der demokratischen Presse und gegen die Agitationen der Konstitutionellen mit dem Verfahren, welches er diesen Leuten gegenüber beobachtet, und findet, daß die letzteren allerdings in einer Weise privilegirt sind, welche sich mit dem Sinne für Gerechtigkeit und Ordnung nicht vertragen kann. Nach meinem Dafürhalten werden diese Hetzereien zu einem jedenfalls sehr unangenehmen Ende führen, während ein einigermaßen kräftiges Auftreten nur gegen einige dieser Personen den andern bald das Handwerk legen würde. Dieses kräftige Auftreten scheint mir aber ebenso sehr durch die Rücksicht auf die Allerhöchste Person des Königs als auf die Würde des Ministeriums dringend geboten zu sein.“

Der Minister des Innern, v. Westphalen, welchem der Ministerpräsident den Quehlschen Bericht mitgetheilt hatte, erklärte in einem eigenhändigen, privaten Antwortschreiben, d. d. 15. Nov., sein Bedauern darüber, daß unter den Litteraten

zeitung« die einzige, die konsequent verfolgt worden ist, und zwar von demselben König, der, als er zur Regierung kam, seine alten Freunde und Minister mit Begünstigung der Preßfreiheit quälte. Manteuffel, Hinckeldey und auch der König sind gegen diese Zeitung, die einzige, die Farbe gehalten hat und in Wahrheit das ursprüngliche politische System des Königs vertheidigt. Und welchen Feinden erliegt die »Kreuzzeitung« — Quehl, Frantz 2c. —“

*) Auch in diesem Quehlschen Briefe zeigt sich der unglückliche Hang desselben zur Verhetzung.

bei den gedachten Zeitungen solche Abscheulichkeiten vorkommen, wie die angezeigten, er sei bereit, durch den Polizeipräsidenten gegen den Heibold einschreiten zu lassen. „Wenn aber Herr Quehl in seinem Schreiben bemerkt, wie sich die Ansicht geltend mache, daß ich mit jenem gemeinen Treiben, wenigstens indirekt, einverstanden sei, indem man mein Verfahren gegen die Ausschreitungen der demokratischen Presse ꝛc. mit dem Verfahren, »welches ich diesen Leuten gegenüber beobachte«, vergleiche, so begreife ich kaum, wie Herr Quehl sich berechtigt halten kann, nur eine dergleichen Ansicht gegen mich aufzunehmen. Mir ist von verleumderischen und verunglimpfenden Umtrieben bestimmter, bei der »Neuen Preuß. Zeitung« und dem »Wochenblatt« beschäftigter Personen gar nichts bekannt. Werden mir darüber spezielle Thatsachen von irgend Jemandem mitgetheilt werden, so soll es nicht daran fehlen, daß ich sie durch die Polizeiinstanz vernehmen und weiter gegen sie nach den bestehenden Vorschriften verfahren lassen werde, sofern sich nur die Beschuldigung substantiiren und genügend darthun läßt. Unmittelbar darüber Aufsicht zu führen und einzuschreiten, wird nicht als meines Amtes erachtet werden können, und ist auch gegen irgendwelche Demokraten oder konstitutionelle Zeitschrift meinerseits nicht geschehen. Wohl aber habe ich den Polizeipräsidenten wiederholt angewiesen, gegen die »Neue Preuß. Zeitung« ebenso wie gegen jede andere zu verfahren, was er denn auch in letzter Zeit gegen dieses Blatt rücksichts der äußeren Politik ꝛc. gethan hat. Soll gegen einzelne Personen eingeschritten werden, und ich werde nicht unterlassen, auch dazu den Polizeipräsidenten noch besonders aufzufordern, so wird es nur darauf ankommen, daß die näheren Umstände angegeben und die Namen bezeichnet werden. Was den Fall des Jasmund betrifft, über dessen nicht bestätigte Ausweisung der Präsident v. Hinckeldey eine Bemerkung macht,*) so erschien solche in dem Falle (im verflossenen Sommer) keineswegs genügend motivirt, und ich nahm damals überdies deshalb Anstand, die Vertheidigung des Jasmund zurückzuweisen, als das »Wochenblatt« sich gerade in der Zeit vielfach über meine Wirksamkeit polemisch ergangen hatte. Unterfängt dasselbe sich aber, wie jetzt von Herrn v. Hinckeldey gemeldet wird, mit Wagner in der bezeichneten Weise zu konspiriren, so werde ich, sofern Ew. Excellenz nichts dagegen zu erinnern finden, Hinckeldey selbst auffordern, die Frage wieder aufzunehmen und, wenn er sonst kein Bedenken hat, nunmehr mit der Ausweisung des Jasmund zu verfahren so wie jedes anderen hier nicht wohnhaften Zeitungskonspirateurs."

Ein paar Tage später lief eine neue Klage über Quehl bei Manteuffel ein. Am 17. Nov. theilte Gerlach aus Sanssouci dem Ministerpräsidenten einen Zeitungsartikel mit, der ihm von einem sehr achtbaren und vortrefflichen Manne zugekommen war, um den Abdruck desselben in einer hiesigen Zeitung zu veranlassen. Es handelte sich um einen für die „Kreuzzeitung" bestimmten Brief

*) Auf einem anderen Quehlschen Preßbericht, wonach Herr v. Jasmund den Sturz Manteuffels durch die Kammer vorbereite, verfügte der Polizeipräsident v. Hinckeldey eigenhändig in margine: „Alles Folgen der höheren Orts untersagten Ausweisung des Herrn v. Jasmund. Ich wußte damals sehr genau, was ich that."

aus dem Ascherslebener Kreise, dessen Aufnahme von der Redaktion nicht beliebt worden war. Der Brief behandelte die Wahlkampagne im IV. Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg, aus der Quehl Anfang Oktober als gewählter Abgeordneter hervorgegangen war. „Ich habe es aber für angemessen gehalten, diese Erzählung lediglich Ew. Excellenz zur Kenntnißnahme mitzutheilen. Ich fürchte sehr, daß Herr Quehl Ew. Excellenz und dadurch dem Lande noch viele Unannehmlichkeiten bereiten wird." *) —

Wir lernten oben eine Denkschrift des Ministers Westphalen über die auswärtige Politik Preußens, d. d. 24. Okt., kennen, in deren zweitem Theil er auch die inneren Verhältnisse zum Gegenstand seiner Betrachtungen machte.

„Im Innern wird Preußen die verfassungsmäßige Monarchie im Geiste seiner eigenthümlichen Geschichte und seiner Bildung sowie seinen provinziellen Zuständen entsprechend unbeirrt ausbauen und den Frieden zwischen den kirchlichen Parteien zu erhalten suchen müssen. In sich selbst stark, geordnet, seiner Kraft wie seinem Recht vertrauend und entschlossen, für seine Unabhängigkeit als europäischer Staat keinen Kampf zu scheuen, würde Preußen auf gleichem Fuß mit den Großmächten weiter verhandeln können. Leider! birgt aber Preußen in seinem Innern noch große Schäden und Gefahren: aus der Revolution entsprungene Verfassungsgrundgesetze, welche seiner Geschichte, seinen Sitten und Interessen, der praktischen Entwickelung seiner Staatsverwaltung fremdartig und widerspruchsvoll entgegentreten. Bedenklich droht der wiedererwachte Zwist zwischen den verschiedenen Konfessionen seiner Bevölkerung. — Nach seiner Verfassung ist Preußen jetzt der demokratischste Staat unter den Großmächten Europas. Dies innerliche Mißverhältniß unterhält die politische Spannung und kann den Bruch mit Rußland und Oesterreich beschleunigen. Die Restauration der Verfassung**) ist dringend, wenn nicht Passivität und Pessimismus die Oberhand gewinnen sollen. Die Schwierigkeit ist, eine gründliche Aenderung der Verfassung mit Kammern zu erreichen, welche auf demokratischer Basis aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehen. Gerade jetzt, in einer politischen Krise, schreitet Preußen noch einmal zu einer solchen allgemeinen Urwahl! Gleichzeitig mit den politischen Operationen Oesterreichs und Bayerns gegen Preußen, welche die Zollvereinsverhandlungen gleichsam als Mittel zum Zweck sich ausgesucht, tritt die katholische Kirche (Jesuitenmissionen, Klösterstiftungen, dreiste Uebergriffe und Einmischungen der Bischöfe in Westfalen, am Rhein und in Posen) aggressiv mit rücksichtslosen Ansprüchen, auf eben diese Verfassung gestützt, auf, und es erneuert sich das Schauspiel, welches vor Jahren Belgien zum Abfall reizte, daß die katholische Geistlichkeit mit den demokratischen Prinzipien der allgemeinen Volkswahlen gemeinschaftliche Sache macht.

*) Dr. Quehl suchte sich in einem an Manteuffel erstatteten Berichte vom 18. Nov. von den ihm gemachten Vorwürfen nach Kräften zu reinigen.

**) Nach Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 811, schalt der König am 27. Okt. auf die Minister und Manteuffel im Besonderen, „Manteuffel kann doch etwas thun, um von der nichtsnutzigen Verfassung, die er selbst gemacht, loszukommen".

Unter solchen Umständen wird entschiedenes, auf ein bestimmtes Ziel gerichtetes Handeln der Staatsregierung zur Pflicht. Die Umleitung der Verfassung vom 31. Jan. 1850 von dem demokratisch-konstitutionellen Zweikammersystem zu einer preußischen, mit dem angestammten hohenzollernschen Regentenhause sich einer und derselben, König und Volk eng umschließenden Bestimmung bewußten Landesvertretung, die Aufhebung unverträglicher, die Staatsverwaltung Sr. Majestät lähmender doktrinärer Prinzipien, mit den bevorstehenden Kammern festzustellen und zur Geltung zu bringen, wird die unvermeidliche Aufgabe der Staatsregierung werden. Ist es nicht zu vermeiden, die Verfassungsbestimmungen über das Verhältniß des Staats zur Kirche in Frage zu ziehen, so werden dieselben im Sinne des historischen Berufs des preußischen Staats hinzustellen — mit gleicher Gerechtigkeit jedoch die Rechte der Evangelischen und der Katholischen zu wahren sein. Der Ausfall der Kammerwahlen, die Gestaltung der äußeren Verhältnisse — Beides wird nicht ohne Einfluß sein, ob die Regierung zuvörderst sich beschränkt, von den Kammern die Unterstützung durch Bewilligung des Budgets und ihre Zustimmung zu einer Anleihe zu fordern — und bis zum Frühjahr die Verfassungs- und andere Gesetzgebungs-Verhandlungen vertagt — oder ob sie sofort mit diesen hervortritt. — Eine Darlegung der Grundsätze und Bestrebungen der inneren und äußeren Politik des Preußischen Staats in der Thronrede bei Eröffnung der Kammern wird der Haltung und bereitwilligen Mitwirkung derselben förderlich sein."

Wie sich Westphalen die Revision der Verfassung dachte, wissen wir aus Gerlachs Denkwürdigkeiten;*) sein Programm war: Oktroyirung der Kommunalgesetze und dann die weitumfassendsten Anträge auf Veränderung, eigentlich auf Abschaffung der Verfassung. Die Verfassungsurkunde wird in einen Freibrief verwandelt, die zweite Kammer wird zu einer Repräsentation der Interessen, die erste Kammer ein Senat oder ein Staatsrath mit einem aristokratischen Beisatz. Im Gegensatz hierzu behauptete Manteuffel, man sei in Bezug auf die Verfassung unfähig zu einer großen Maßregel, zunächst käme es auf Befestigung von Kreis- und Provinzialständen an. Die Verfassungs-Kommissionsarbeiten wären bedenklich, das Westphalensche Projekt über die zweite Kammer gut, nicht so das über die erste Kammer. Bei den städtischen Wahlen wäre auf den Reichthum ein zu großes Gewicht gelegt, die Reichen wären die wahre schlechte Bourgeoisie. Das Kompetenzgesetz hielt er auch nicht für zeitgemäß. Aus schlechten Wahlen mache er sich nichts; an einen Staatsstreich denke er nicht.**)

Als das Staatsministerium am 13. Nov. über die den nächsten Kammern zu proponirenden Verfassungsvorschläge berieth, zeigte sich, daß die Ansichten Manteuffels und diejenigen Westphalens weit auseinandergingen. Infolge dieses Umstandes stellte der Letztere am folgenden Tage dem König sein Portefeuille zur Verfügung. Am 15. theilte er Manteuffel eine Abschrift dieser Vorstellung mit und fügte privatim bei:

*) Vgl. Bd. I, S. 678 und 770.
**) Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 815 und 823.

„Die Berathung und insbesondere Ew. Excellenz ausgesprochene Ansicht über die Vorschläge der Kommission, ohne daß Ew. Excellenz meine davon abweichenden oder dieselben ergänzenden Vorschläge zu berücksichtigen geneigten, hat in mir die Auffassung, zu meinem größten Bedauern sage ich es, hervorgerufen, daß ich mich leider desjenigen Vertrauens Ew. Excellenz in dieser hochwichtigen Angelegenheit nicht zu erfreuen habe, dessen ich nothwendig bedarf, um vor den bevorstehenden Kammern die Vertretung der Staatsregierung in meinem Ressort mit Aussicht auf Erfolg zu übernehmen. Ew. Excellenz haben in der heutigen Unterredung, in welcher ich den Gegenstand zur Sprache brachte, die Güte gehabt, meine vorbemerkte Auffassung mit einer ablehnenden Aeußerung zu erwidern.*) Bei der für das Staatsinteresse unter den obwaltenden Umständen in Betracht der nahe bevorstehenden Kammereröffnung so hervortretenden Wichtigkeit der Behebung aller wesentlichen Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Staatsministerii, gerade in der in Rede stehenden Frage, halte ich es indessen für zweckmäßig und nöthig, daß Se. M. auch von meiner Auffassung in Kenntniß sei, und daß meine Ansicht, wenn sie irrig ist, durch eine bestimmte Entgegnung widerlegt werde, meinerseits für höchst wünschenswerth. — Mit Ew. Excellenz Vertrauen**) wird es mir an Kraft und Muth nicht fehlen, unter den schwierigsten Umständen die Sache der Regierung Sr. M. ferner vertreten zu helfen, — ohne dasselbe vermag ich nichts in meinem Amte zu leisten."***)

Da Westphalen im Amte blieb, so scheint die Beilegung der Differenz keine Schwierigkeiten gemacht zu haben.

Ich schließe das Kapitel mit einigen an Manteuffel†) gerichteten Briefen von hoher Hand, zunächst des Königs:

Sanssouci, 17. Mai 1852.

„Bester Manteuffel! Aus Zeitungs- und anderen Nachrichten, zuletzt noch (wenn ich recht verstanden), aus einem Wildenbruchschen Bericht scheint hervor-

*) Nach Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 820, warf Manteuffel Westphalen vor, er sei zu sehr der Rechten unterwürfig, so daß das übrige Ministerium nicht mit ihm gehen könne.

**) Gerlach bemerkt a. a. O., der König sei sehr böse darüber gewesen, daß Westphalen, statt von dem Vertrauen des Königs, stets von dem des Ministerpräsidenten spreche.

***) Zwischen dem 23. und 26. Nov. 1852 hatte sich Westphalen bei dem König bitter über Manteuffel beklagt; auch Gerlach beklagte sich über den stillschweigenden Eigensinn und passiven Widerstand Manteuffels (Bd. I, S. 826). Auch darüber klagte Westphalen, daß Manteuffel Alles, was man schriftlich an ihn gelangen ließe, Quehl mittheile. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 826 und 828.

†) Im Sommer erfolgten mehrere Ordensverleihungen an Manteuffel. Am 8. Juli bedankte sich derselbe bei dem dänischen Minister Bluhme für die Verleihung des Elephantenordens. Am 12. Juli verlieh ihm der König der Niederlande den Civilverdienstorden vom Niederländischen Löwen. Am 22. Aug. bedankte sich Manteuffel bei dem spanischen Gesandten in Berlin, Marquis de Benalua, für die Verleihung des spanischen Ordens Karls des Dritten, und bei dem oldenburgischen Staatsrath Krell für den Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig. Anlaß zu der Verleihung war der Beitritt des Herzogthums Oldenburg zu dem am 7. Sept. 1851 zwischen Preußen und Hannover zur Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein abgeschlossene Vertrag.

zugehen, daß Rosen*) noch immer nicht von Konstantinopel fort und an seinen Bestimmungsort Jerusalem gelangt ist. Da Sie sich aus den Schreiben, durch welche ich Rosens Ernennung anordnete, erinnern werden, daß ich auf seine schleunige Beförderung nach Jerusalem großen Werth legte, damit er mit Bischof Gobat noch vor dessen Abreise nach Europa bekannt werden könne, so begreifen Sie meine nicht angenehme Ueberraschung. Ich lege noch heute (obgleich der Bischof schon lange in London weilt), denselben Werth auf Rosens baldige Translazion in Terra santa und wünsche ich schleunig zu wissen, was sich denn der Ausführung meines Willens feindlich entgegengestellt und wer sich dem widersetzt hat? Ich zähle auf Sie, bester Manteuffel, daß Sie schleunig die Reise Rosens nach Jerusalem besorgen. Vale! Friedrich Wilhelm."

Schönwalde, 9. Sept. 1852.

„Bester Manteuffel! Im vorigen Jahr hat König Otto den Wunsch geäußert, daß ich Schinas den großen Rothen Adler geben möchte. Ich ließ ihm wissen, es sollte bei nächster passender Gelegenheit geschehen. Dieselbe ist nun dagewesen, und ich beauftrage Sie, ihm die Decorazion zustellen zu lassen. Vale!

Friedrich Wilhelm.

P. S. Hätten Sie große Bedenken, gleich mit dem Bande anzufangen, so mag er mit dem Stern vorlieb nehmen. Ich habe kein Bedenken gegen das Band. Dann muß ihm aber mit schielendem Blicke auf meine Nichte Luise gesagt werden: Ich hoffe, daß das Band sehr bald nachfolgen würde."**)

Sanssouci, 25. Sept., abends 8 Uhr.

„Zu Ersatz meiner heutigen Vergeßlichkeit, theil' ich Ihnen, bester Manteuffel, anliegend die Copie eines Briefes von mir an meinen Vetter Boguslaw Radziwill mit, welcher da von denen Reden des Fürstleins Sulkowsky tractiret.

Es steht Ihnen frei, ob Sie davon Copie nehmen lassen wollen. Das Uebersandte erbitt' ich mir aber zurück. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Sanssouci, 30. Sept. 1852.

„Es ist sehr glücklich, daß Sie nicht auf dem Bahnhofe in Berlin waren, denn wir haben uns so gut wie gar nicht aufgehalten und es regnete und stürmte gründlich — auch haben wir nicht erwartet, daß irgend Jemand sich dort präsentiren würde. Tausend Dank für Ihre freundliche Absicht, bester Manteuffel. Was morgen betrifft, so schlag' ich Ihnen vor, bei uns um 3 Uhr zu diniren, wo wir dann bequem arbeiten können. Vale! Friedrich Wilhelm."

*) Georg Rosen, Orientalist, seit 1844 Dragoman bei der preußischen Gesandtschaft in Konstantinopel, seit 1853 Konsul in Konstantinopel.

**) Manteuffel vermerkte auf dem Handbillet: Se. M. habe vergessen, daß Herr Schinas den Stern schon hat, worüber damals viel gesprochen wurde. Jetzt muß man ihm also das Großkreuz geben.

Sanssouci, 26. Okt. 1852.

„Bester Manteuffel! Ich werde Schinas morgen 27. empfangen und speisen. Wollen Sie mit ihm hier essen, so wird mir's sehr recht sein. Schinas bleibt doch länger hier, so daß man ihn nach meiner Rückkehr noch einmal sehen kann? etwa 4. November. – Lassen Sie ihn wissen, er möge mit Uebergeben der Orden nicht warten bis morgen, falls er den Wunsch hätte, es bald zu thun. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Sanssouci, 9. Nov. 1852.

„Beiliegenden Aufsatz meines Bruders, des Prinzen von Preußen, hat er mir zugeschickt mit der Bitte, Ihnen, bester Manteuffel, denselben mitzutheilen, damit er durch Sie Beantwortung der aufgestellten Fragen erhalte. Sie haben wohl die Güte, meinen Bruder zu besuchen und ihm die sehr kurzen und leichten Antworten zu geben. Ich bitte Sie zugleich, ihm dann den Aufsatz zurückzureichen. Vale! Friedrich Wilhelm."

Die in dem vorstehenden Handbillet erwähnte Anfrage des Prinzen von Preußen ist nicht erhalten.

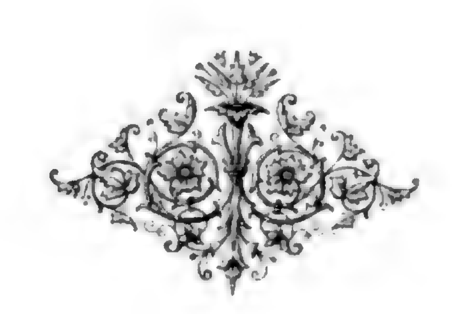
Aus allen diesen Briefen ersieht man, daß die Stellung Manteuffels beim König fester denn je geworden war, und daß die Befürchtung seines Vetters Edwin sich als grundlos erwiesen hatte. Letztere (vgl. oben S. 248) war zu Papier gebracht, noch ehe er von dem Erlaß der Kabinets-Ordre vom 8. Sept. Kenntniß erhalten hatte. Durch diese Ordre war Manteuffels Position als Ministerpräsident klar umschrieben; von einer störenden Beeinträchtigung seiner Befugnisse konnte nicht mehr die Rede sein, und die Folge hat gelehrt, daß er Recht gethan hat, sich als ein Mann zu beweisen, der die res publica über die eigenen Wünsche und Gefühle stellt. Der Einfluß des Generals v. Radowitz trat fürderhin nicht störend zu Tage, seine Rolle war ausgespielt, längst bevor er die Wiederanstellung durch Friedrich Wilhem IV. erhielt.

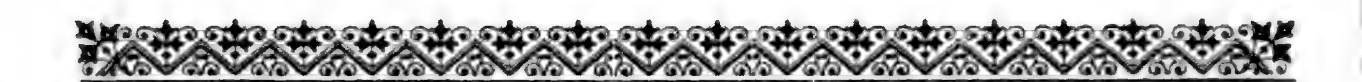
Nur einmal erschien die Lage kritisch, worüber Gerlach, a. a. O., S. 832, unterm 5. Dez. 1852 berichtet:

„Gestern Mittag war Radowitz zur Tafel befohlen und hatte nach der Tafel Audienz im Kabinet. Er blieb so lange, daß Se. M. in das Domchorkonzert fast eine halbe Stunde zu spät kam. — Also Radowitz a consiliis in den katholischen Kirchensachen, und das in der jetzigen Zeit; etwas Gefährlicheres konnte sich Se. M. nicht ausdenken. Ich beabsichtige folgenden Brief: »Ew. M. werden mir gnädigst gestatten, selbst auf die Gefahr hin, mir Ihr Mißfallen zuzuziehen, heut, wo ich nicht die Ehre haben werde, Ihnen aufzuwarten, ein sorgenvolles Herz schriftlich gegen Allerhöchstdieselben auszuschütten. Ich bin verpflichtet, dies zu thun, da ich als Soldat und Vasall geschworen habe, Schaden und Nachtheil von Ew. M. abzuwenden. — Es ist jetzt ein Konflikt mit der Römischen Kirche entstanden; die Stimmung ist darüber im höchsten Grade aufgeregt, einmal unter den Römisch-Katholischen, dann aber auch unter den Evangelischen, die den Kern der Preußischen Monarchie ausmachen. Ew. M. kennen die boshaft verbreiteten

Gerüchte über Ihre Hinneigung zur Römischen Kirche, wissen auch, daß man dadurch mit Erfolg versucht hat, die Treue und Liebe Ihrer Unterthanen zu untergraben. Ew. M. werden zugeben, daß dies eine von den Aufrührern geschickt gefundene Angriffsfront ist, indem da, wo die Religion im Spiele ist, der Mensch glaubt sich über Treue, Pflicht, ja über Alles, was ihm sonst heilig ist, hinwegsetzen zu dürfen. Ew. M. kennen ebenfalls die Gerüchte und Reden, die man über Radowitz' Jesuitismus verbreitet, wissen endlich, daß viele fromme evangelische Prediger, die gewiß täglich für Ew. M. beten, ernstlich fürchten, daß es Radowitz gelingen könnte, Ew. M. in die Römische Kirche zu ziehen. Hierauf gestützt, wage ich auf die Gefahr hin, daß mir Ew. M. wiederum wie schon früher einmal »meiner unwürdige Motive zutrauen«, die dringende Bitte, in der jetzt schwebenden Differenz mit der Römischen Kirche sich keinenfalls seines Rathes zu bedienen und selbst den Schein davon zu vermeiden, indem ein solches Verfahren jedenfalls einmal Radowitz' Glaubensgenossen Waffen in die Hände geben und dann von den Evangelischen zu den schwersten Beschuldigungen gegen Ew. Majestät benutzt werden würde.«"

Bei der nächsten Begegnung des Königs mit Gerlach sagte der Erstere, er wisse nicht, was Gerlach wolle; Radowitz denke in der katholischen Sache durchaus korrekt, tadle das Fectöse seiner Partei; er (der König) werde sich nicht in die Sache mischen.





Sechster Abschnitt.

Von der Aufrollung der orientalischen Frage bis Ende 1854.

I. Kapitel.

Aus der Zeit der ersten Session der III. Legislaturperiode. (29. November 1852 bis 13. Mai 1853.)

1. Auswärtige Politik.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik bildete die am 21. und 22. Nov. 1853 erfolgte Wahl Louis Napoleons zum Kaiser der Franzosen das große Ereigniß.

„Das neu erstehende französische Kaiserreich — bemerkt der Geh. Legationsrath Küpfer in einer nur für Manteuffel bestimmten Denkschrift — ist unbezweifelt als eine höchst bedeutende Macht zu betrachten, deren Bewegungen die schärfste Aufmerksamkeit seiner Nachbarn und aller anderen Mächte verdienen. Seine ganze Stellung drängt es dahin, dem französischen Volke zu zeigen, daß es im europäischen System den politischen Einfluß Frankreichs in einer dessen wirklicher Macht entsprechenden Weise geltend zu machen versteht. Erbe des ersten französischen Kaiserreichs, muß es daneben naturgemäß ein Gefühl der Rache für dasjenige, was in den Jahren 1814 und 1815 der Napoleonschen Dynastie und der Partei der Revolution in Frankreich widerfuhr, hegen. Ist es aber darum wahrscheinlich, daß Napoleon III. alsbald nach seiner Anerkennung Europa den Handschuh hinwerfen und den bei Belle Alliance beendigten Kampf wieder aufnehmen wird? — Dies schiene sehr unwahrscheinlich. Ludwig Napoleon hat sich bis jetzt stets als ein kalt berechnender vorsichtiger Charakter, der den richtigen Zeitpunkt wohl abzuwarten versteht, und als durchaus nicht zu Uebereilungen geneigt gezeigt. Es ist daher anzunehmen, daß er die territorialen Bestimmungen der Verträge von 1814 und 1815 förmlich anerkennen, noch längere Zeit in die von ihm angestimmte Friedenstrompete zu blasen fortfahren und die Zeit zu benutzen suchen wird, um seine Ge-

walt in Frankreich noch mehr zu begründen. In seiner vom Auslande her fast unangreifbaren Stellung wird er dann mit Ruhe abwarten, bis sich eine Spaltung unter seinen Gegnern zeigt, oder bis die Ereignisse sich sonst in einer Art entwickeln, daß er einen oder auch mehrere seiner Gegner zugleich mit hinlänglicher Sicherheit und Aussicht auf Erfolg anfassen kann. Freiwillig und absichtlich wird er sich nie von vornhinein in die Wechselfälle eines allgemeinen Prinzipienkampfes stürzen.

Welches dürfte dieser Sachlage gegenüber die Politik Preußens sein? — Es ist nicht wahrscheinlich, daß Napoleon III. Preußen zum Gegenstande seines ersten Angriffs wählte; es sei denn, daß er direkt dazu herausgefordert würde, oder daß er dem Angriffe Preußens, welches er bestimmt in ein gegen ihn gerichtetes Bündniß eingetreten wüßte, nur zuvorkommen wollte. Sonst weiß Napoleon sehr wohl, daß Preußen seine natürlichen Interessen weniger wie die anderen Großmächte zum Gegner Frankreichs machen, und daß in der Incidenzperiode von 1806 bis 1815 die Rechnungen von 1806 und 1807 einerseits und von 1813 bis 1815 andererseits sich gegenseitig kompensiren. Allerdings ist der heutigen französischen Politik die Tendenz einer Gebietsausdehnung nach dem Rheine zu eingeimpft. Man möchte indeß glauben, daß der sehr vorsichtige Ludwig Napoleon, falls er seinen Angriffspunkt zu wählen Herr ist, nicht mit einem seine Gefahren habenden Sprunge sofort bis an den Mittel- und Unterrhein vorgehen, sondern nach und nach (zuerst vielleicht ein Stück von Belgien) das Land nach dem Rheine zu zu erwerben trachten würde. Man weiß übrigens zu Paris sehr wohl, daß Preußen seine jenseitsrheinischen Besitzungen nicht gesucht hat, sondern daß sie ihm aufgedrungen wurden. Der Plan könnte also dort nahe liegen, dieselben seiner Zeit von Preußen durch auf dem rechten Rhein-Ufer zu nehmende Entschädigungen, die eine territoriale Umgestaltung Deutschlands verfügbar machte, zu erwerben. Jedenfalls bliebe die Erwerbung der Rheinprovinzen die schwierigste derjenigen Unternehmungen, die in den Plänen Napoleons liegen möchten, und er dürfte daher versucht sein, zuvörderst mit den leichteren und sichereren Unternehmungen zu beginnen. — Wie dem Allen aber auch sei, es bleibt, wir wagen es zu wiederholen, sehr unwahrscheinlich, daß Napoleon unprovozirt zuerst Preußen anfiele. Auf der anderen Seite ist ein Kampf Preußens mit Frankreich für Ersteres sehr gefährlich und verspricht demselben im Falle des Erfolges durchaus keine, den bestandenen Gefahren auch nur einigermaßen entsprechenden Vortheile. Er ist sehr gefährlich, weil, wenn infolge der Wechselfälle des Krieges große militärische Unfälle Preußen am Rheine beträfen, oder wenn es durch die Erschöpfung seiner Mittel, wie 1794, an einer kräftigen Fortsetzung des Kampfes gehindert würde, es fast rettungslos von der nur noch mühsam behaupteten Stufe einer Großmacht hinabstiege. Nicht die Gefahr zu erwähnen, daß es, als Vorderster auf dem Schlachtfelde, von seinen Bundesgenossen nur lau unterstützt oder gar bald verlassen würde.

Es dürfte daher als eine Grundregel für die preußische Politik anzunehmen sein, daß Preußen einen Krieg mit Frankreich nach Kräften zu vermeiden und einen solchen nur in dem Falle aufzunehmen hätte, wo 1. es von Frankreich angegriffen würde; 2. oder wo kein anderes Mittel übrig bliebe, um Frankreich von

einer solchen Bedrohung des europäischen Gleichgewichts, welche Preußen eigenen direkten und wirklichen Gefahren aussetzte, abzubringen; 3. endlich wo Preußen solche Geldsubsidien und solche ihm gelegenen Gebietsvergrößerungen nicht etwa bloß im Hintergrunde gezeigt, sondern ihm sofort eingeräumt würden, daß es darin eine vollständige Kompensation für alle Kosten und Gefahren fände, die es aus einem Kriege mit Frankreich vorhersehen müßte — mit anderen Worten, wo Preußen in einem Kriege mit Frankreich eine gute und hinlänglich sichere Spekulation erblickte.

Ganz seiner traditionellen Politik entgegengesetzt würde Preußen aber dann handeln, wenn es sich von vornhinein durch schöne Worte und prinzipielle Raisonnements in eine bewaffnete Koalition gegen Frankreich fortziehen ließe, für welche es den Vorkämpfer machen und in jedem Falle das Schlachtfeld zu liefern hätte. Es ist für Preußen von einem untergeordneten Interesse, wer in Frankreich herrscht, so lange dieses nur es nicht direkt bedroht und nicht der Strom der staatlichen und gesellschaftlichen Auflösung sich von dort über die Nachbarstaaten zu ergießen Miene macht. Ein bis zu einem gewissen Punkte mächtiges Frankreich kann sogar der preußischen Politik zusagen. Es zügelt die Pläne Oesterreichs und erhöht zu Petersburg und London den Werth der Beziehungen mit Preußen, und kann sogar eine nützliche Hülfe gewähren, wenn Preußen einmal in dem Kerne der Monarchie, in den Provinzen östlich der Weser, ernstlich bedroht oder angegriffen wäre. Welchen Lohn hat Preußen für seine fortgesetzte grenzenlose Hingebung an die Allianz der vier Mächte, nachdem seine spezielle Frage ja bei Leipzig bereits entschieden war, davongetragen? — Eine Abgrenzung, bei der es auf die Dauer nicht zu bestehen vermag, und wobei seine geheimen Neider sich gewissermaßen die Aufgabe gestellt hatten, Preußen auf ein politisches Prokrustes-Bett zu spannen. — Soll Preußen heute sich opfern, damit die damals angestellten Berechnungen seiner Feinde sich als richtig erweisen? — Es ist überflüssig, von den Absichten Oesterreichs in Bezug auf Preußen zu sprechen. — Wird aber auch England jemals freiwillig die Hand dazu bieten, Preußen an der Elb- und Weser-Mündung festen Fuß fassen zu lassen? Wird Rußland jemals aufrichtig eine wirkliche Verstärkung des östlichen Kerns Preußens begünstigen? Preußen darf nach den Lehren der Vergangenheit die zu seinem Fortbestande unerläßliche territoriale Arrondirung von dem freien, guten Willen seiner Nachbarn nicht erwarten. Es hat nur die Aussicht, dieselbe durch eine kluge und vorsichtige Benutzung der Umstände, gewissermaßen gegen den Wunsch seiner Nachbarn, zu erringen. Preußens ganze Lage, als einer noch in der Ausbildung begriffenen und des Wachsthums bedürftigen Macht, macht es nicht zu einem Anhänger des absoluten territorialen Stabilitätssystems und räth ihm am allerwenigsten an, seine besten Kräfte für den Zweck zu verschwenden, um jenes System intakt aufrechtzuerhalten und, was die Folge davon ist, in seinem jetzigen unhaltbaren territorialen Zustande zu verbleiben. Wenn die nächste große Krise auf dem festen Lande ausbricht, möchte es demnach die Aufgabe Preußens sein, vorerst allen Lockungen zum Beitritt zu einer der Parteien unerschütterlich zu widerstehen, erst den Kampf gehörig entbrennen zu lassen und dann sein Gewicht dahin zu werfen, wo ihm die besten und sichersten Be-

dingungen geboten werden. Je gründlicher der Kampf der streitenden Theile engagirt ist, mit desto mehr Sicherheit hinsichtlich der Folgen wird Preußen seinen Zutritt wählen und um desto höheren Preis ihn verkaufen können. Preußen muß also abzuwarten wissen.

Man wird hier einwenden, daß allerdings der oben empfohlene Gang genau den Grundsätzen der früheren traditionellen Politik Preußens entspreche, daß aber die Umstände sich seitdem wesentlich geändert hätten, daß Rußland, Preußen gegenüber, 1815 eine Abgrenzung erhalten habe, welche Letzteres in eine bedingte Abhängigkeit von Ersterem setze, so lange die ungetheilte Masse der russischen Armee gegen Westen Front mache und noch nicht durch Kriege, zum Theil nach anderen Seiten hin, abgelenkt worden sei, daß eine sich bildende Koalition gegen Frankreich Preußen keine Neutralität gestatten würde, endlich, daß Preußen von der Allianz der Throne sich nicht trennen dürfe. Hierauf wäre zu erwidern, daß allerdings Preußen durch die Stellung Rußlands, so lange die Masse von dessen Armee noch unbeschäftigt nach Westen zu Front macht, in der Freiheit seiner Bewegung sich einigermaßen gehemmt befindet. Die Aufgabe der preußischen Politik ist indessen gerade, diese Freiheit nicht unbedingt aufzugeben, weil Preußen dann zur Rolle eines bloßen Trabanten von Rußland herabsinken würde. Die Politik Preußens räth vielmehr an, Rußland mit Freundschaftsdemonstrationen zu überhäufen, dem Petersburger Hofe stets zu wiederholen, daß Preußen es für unmöglich halte, jemals den Degen gegen Rußland zu ziehen, die verwandtschaftlichen Verhältnisse beider Höfe möglichst hervorzuheben; es sorgfältig zu vermeiden, Rußland bestimmt unangenehmen Personen faktisch oder formell die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Preußens anzuvertrauen 2c. Alle diese systematisch gehäuften Rücksichten Rußland gegenüber muß aber Preußen eskomptiren, um in den wesentlich preußischen Fragen der Politik seine Unabhängigkeit zu bewahren.

Die Sprache, die Preußen Rußland, England und jede Koalition Frankreich gegenüber zu führen hätte, dürfte sein: daß, indem man 1815 Preußen jenseits des Rheins etablirt habe, mit der Absicht, es zur Barriere gegen Frankreich zu machen, man ihm zugleich die zur Durchführung dieser Rolle unerläßlichen Mittel, die hinlängliche Kräftigung und vor Allem die territoriale Kontinuität entzogen habe, daß Preußen demzufolge aus finanziellen Gründen ein Militärsystem habe annehmen müssen, welches ihm nur nationale Kriege zu führen gestatte und ihm jede nachhaltige Kriegführung am Rheine sehr schwierig mache. Daß ihm daher, um überhaupt Anstrengungen am Rheine machen zu können, Geld und der Enthusiasmus der Bevölkerung seiner östlichen Provinzen für einen solchen Krieg nothwendig sei. Eine wahre Theilnahme jener Bevölkerung sei aber nur zu erwarten, falls Preußen der direkt angegriffene Theil wäre oder seinem Volke augenfällige, aus einem derartigen Kriege zu erwartende materielle Vortheile zu zeigen vermöge; daß ihm sonach die Neutralität streng geboten sei, was aber nicht hindern würde, daß alle seine Wünsche mit seinen alten Alliirten wären.

Man möchte bezweifeln, daß bei einer angemessenen Haltung und Festigkeit des preußischen Kabinets seine Nachbarn zu dem Versuche schreiten würden, es wirklich und direkt zum Kriege zwingen zu wollen. Die Furcht, durch einen solchen,

seine Selbständigkeit verletzenden Schritt es in die Reihen des Gegners zu werfen, dürfte in dieser Beziehung hinlänglich abschreckend wirken. Wohl aber würden voraussichtlich alle Ueberredungskünste und alle sonstigen diplomatischen Mittel angewendet werden, um es in Schritte zu verwickeln, die später Preußen, selbst gegen dessen Absicht, zum Kriege führten. Auf diesem Felde sich gehörig zu vertheidigen, bliebe Sache des Kabinets.

In der Wirklichkeit bieten sich dem neuen Kaiser der Franzosen, wenn für ihn der Augenblick, die Macht Frankreichs auf dem Schlachtfelde zu versuchen, gekommen ist, zwei Angriffspläne dar. Der erste, wesentlich den Seekrieg herbeiführend, gegen England als den gefährlichsten und gehaßtesten Gegner Frankreichs, gegen den die Dynastie Napoleons vor allen anderen von Gefühlen der Rache und Vergeltung durchdrungen sein muß. Der zweite, wesentlich den Landkrieg herbeiführend, gegen die kontinentalen Nachbarn Frankreichs. Entschließt sich Ludwig Napoleon, sich zuvörderst wesentlich gegen England zu wenden, so wird er zuvörderst sich der Nordamerikaner als Bundesgenossen zu versichern trachten und daneben die Politik wieder aufnehmen, die Frankreich im Kriege von 1756 bis 1762 gegen England versuchte und in demjenigen von 1778 bis 1782 wirklich mit Erfolg ausführte, nämlich den Kontinentalkrieg zu vermeiden, um seine Kräfte ungetheilt dem Seekriege und seinen Angriffsplänen gegen England zuwenden zu können; was inzwischen vielleicht nicht hindern dürfte, daß er Belgien und selbst Holland durch Drohungen zur strengsten Neutralität zu nöthigen trachtete. Wenden sich aber die Pläne Ludwig Napoleons auf die kontinentalen Grenzen Frankreichs, so ist es sehr wahrscheinlich, daß er nicht zuerst seine Augen auf eine feindliche Ueberziehung Belgiens richtete, die unfehlbar England alsbald mit in den Kampf verwickeln würde, sondern vorzüglich, falls er dabei Preußens Neutralität vorerst als gesichert voraussetzen zu dürfen glaubte, sich nach der Seite von Italien zuwendete, wo ihn im Beginne des Kampfes ziemlich sichere Erfolge erwarteten, und wo er die Aussicht haben dürfte, bei der bestehenden Spannung zwischen England und Oesterreich und bei der Stimmung des englischen Volkes in Betreff der Herrschaft Oesterreichs in Italien, zuerst nur Oesterreich und vielleicht eine russische Hülfsarmee gegen sich zu haben, welche letztere aber für sich gerade in Italien, wegen der sehr durchschnittenen Beschaffenheit des Landes und wegen der Menge der dort vorhandenen Festungen ein sehr ungünstiges Kriegstheater fände. In beiden Fällen dürfte die angegriffene Macht, sei es England, sei es Oesterreich, Alles aufbieten, um Frankreich Diversionen zu bereiten, und beide würden für diesen Zweck zuvörderst ihr Augenmerk auf den Königlichen Hof richten.

Weder ein Seekrieg Frankreichs mit England, selbst wenn er mit Landungsdrohungen in England, mit Insurrektionsversuchen in Irland, ja mit Demonstrationen gegen Belgien, um dieses zu einer aufrichtigen Neutralität zu nöthigen, verbunden wäre, noch ein Krieg jenseits der Alpen und auf den Küsten des Mittelländischen Meeres bedrohen das kontinentale Gleichgewicht auf eine Preußen mit bedrohende Weise. Läßt sich Preußen bestimmen, in den angegebenen Fällen eine Diversion zu Gunsten Englands oder Oesterreichs zu machen, so muß es darauf vorbereitet sein, daß Napoleon alsbald die gegen England zusammengezogene

Armee auf Preußen wirft, wie sein Onkel dies im Jahre 1805 in Bezug auf Oesterreich that, oder aber im Falle eines italienischen Krieges sich dort auf die Defensive setzt, um die Masse seiner Kräfte dem das Herz von Frankreich mehr bedrohenden Preußen entgegenzustellen, welches letztere so die Hauptlast des weiter zu führenden Kampfes zu tragen haben würde, statt die Zeit und die günstige Gelegenheit zur Befestigung seines Systems in Deutschland verwenden zu können. Die Preußen wahrlich nicht freundlichen Berechnungen, welche es ungeachtet seines Widerstrebens 1815 an die Saar und die Maas vorschoben, würden ihren Triumph feiern!!!

Die Irrwege, auf welche die äußere Politik Preußens 1848 gerathen war, haben seiner mehr oder weniger künstlichen Stellung als Großmacht bereits einen harten Schlag versetzt. Hat das preußische Kabinet die Kraft und die Geschicklichkeit, in den sich etwa durch das Auftreten des neuen französischen Kaiserreichs entwickelnden europäischen Krisen in den oben angegebenen Grenzen und Bedingungen vorerst, wie der hochselige König es 1830 that, eine feste Neutralität zu bewahren, so wird es seine Stellung als selbständige Macht aufs Neue befestigen. Läßt Preußen sich dagegen so fort gegen Frankreich in die erste Reihe vorschieben, so wird es immer mehr und mehr zur Stellung einer wesentlich unselbständigen Macht hinabgleiten."

Am 16. Dez. ließ der Geh. Legationsrath Küpfer diesen Ausführungen eine zweite Denkschrift folgen, worin derselbe zwei vorher nur flüchtig berührte Punkte ausführlich behandelte. Erstens die Gründe, warum Napoleon, sobald er voraussetze, daß Preußen event. Verpflichtungen gegen ihn eingegangen sei, alle seine moralischen und materiellen Mittel zuvörderst für den Zweck verwenden müsse, den Boden Preußens zu untergraben und es thunlichst kampfunfähig zu machen. Zweitens den Gang, den Preußen, falls es sich für eine selbständige und abwartende Politik entschiede, einzuschlagen habe, um es dabei mit Rußland und Oesterreich nicht gerade zu verderben.

„Selbst der kälteste politische Beobachter wird die Wahl des Zeitpunktes für die Reise des Kaisers von Oesterreich nach Berlin*) auffallend finden und kann zu der Vermuthung hingeleitet werden, daß die Thatsache der Reise in diesem Augenblicke allein schon darauf berechnet ist, um Preußen mit Paris zu kompromittiren. Ja, Excellenz, die preußischen Patrioten sind alarmirt! Man denkt unwillkürlich an die bitteren Folgen der Pillnitzer Zusammenkunft und des Besuchs des Kaisers Alexander zu Berlin im Herbste 1805. Der Königliche Hof hat zwei mächtige Argumente, um das Eingehen auf jede event. bindende Verpflichtung gegen Frankreich abzulehnen. Das eine ist die Haltung Englands, ohne welches eine Koalition gegen Frankreich fast unmöglich ist. Das zweite ist Preußens Stellung im Deutschen Bunde. Es grenzt an Frankreich nur mit Bundesgebiet. Jeder Krieg von seiner Seite mit Frankreich verwickelt also darin den Deutschen

*) Der Kaiserbesuch erfolgte am 17. Dez. 1852, also 14 Tage nach der Ausrufung Napoleons zum Kaiser der Franzosen als Napoleon III.

Bund. Solange dieser neutral ist, muß auch Preußen seine Neutralität streng bewahren. Wenn ein Bundeskrieg erklärt wird, wird auch Preußen seine Verpflichtung als Bundesglied pünktlich erfüllen. Bei der Frage eines Krieges mit Frankreich, der von Seiten Preußens nicht wesentlich defensiv wäre, dürfte das Königliche Kabinet sehr reiflich den Zustand und die Stimmung des Innern des Bundes mit in Erwägung ziehen müssen. Ein Krieg, der durch den Besuch des Kaisers von Oesterreich auch nur indirekt eingeleitet schiene, dürfte nie populär sein. Italien liegt Preußen zu fern. Man sagt, Oesterreich will Preußen kompromittiren, um den Blitz auf dieses und von Italien abzulenken. Mein Gefühl sagt mir, daß ich ein treuer Anhänger von Ew. Excellenz und Ihrem Ministerium bin. Meiner Ansicht würde die größte Gefahr, der letzteres sich aussetzen könnte, darin bestehen, wenn es aufgefordert würde, eine nicht rein preußische Politik nach außen zu vertreten. — Der Prinzipienkampf auf dem Kontinent ist vielleicht drohender, als es dem oberflächlichen Beobachter scheint. Preußen kann durch eine vorsichtige Politik demselben wahrscheinlich vorbauen. — Jedenfalls scheint der Wendepunkt zu nahen. — Es wäre ein gefährlicher Irrthum, meiner Ueberzeugung nach, wenn man zu Petersburg und Wien glaubte, daß man den jetzigen Herrscher Frankreichs wie Louis Philipp seiner Zeit behandeln könnte. Napoleon hat das Gefühl seiner Macht und weiß, warum Ludwig Philipp gefallen ist."

Die im Eingange des vorstehenden Küpferschen Schreibens erwähnte Denkschrift desselben (d. d. 17. Dez. 1852) lautet:

„Zum ersten Male seit dem Utrechter Frieden, der Oesterreich das Königreich beider Sizilien, die Lombardei und Belgien zuwandte, war der Wiener Hof 1792 in dem Falle, Belgien gegen ein kräftiges Frankreich vertheidigen zu müssen. Ohngeachtet seiner großen Hülfsmittel fand Oesterreich die Barriererolle an der Maas gegen Frankreich so lästig und erschöpfend, daß es bereits 1797 durch den Frieden von Campo Formio den Besitz von Belgien gegen denjenigen von Venedig zu vertauschen beflissen war.

Als die große Allianz 1814 vollständig gesiegt und Frankreich in seine Grenzen von 1792 zurückgeführt hatte, mußten die großen Anstrengungen Preußens, die dieses Resultat herbeizuführen wesentlich mit beigetragen hatten, traktatenmäßig durch seinen territorialen Wiederaufbau auf dem Fuß von 1806 anerkannt werden. Solange der Sieg noch zweifelhaft war, hatte man Preußen im Austausche für diejenige seiner früheren Provinzen, über welche bereits anderweitig und definitiv verfügt worden war, eine wesentliche Arrondirung an der Elbe hoffen lassen. Auf dem Wiener Kongresse beschränkte man diese Arrondirung und setzte Preußen in die Alternative, eine unzulängliche Bevölkerungsentschädigung zu empfangen oder Besitzungen auf dem linken Rhein-Ufer annehmen zu müssen. Die definitive Abgrenzung Preußens wurde nun so geordnet, daß man es auf der einen Seite mit einer Spitze bis an die Saar vorschob, auf der anderen Seite aber ihm den Maas-Lauf in einer nahen Entfernung zeigte. Es ist bekannt, mit welchem Widerwillen Preußen diese ihm oktroyirte territoriale Stellung annahm. Es fühlte vollkommen, daß man ihm auf diese Weise gegen Frankreich wesentlich die Barriere-

rolle zuzutheilen beabsichtigte, welche das weit mächtigere Oesterreich zu lästig und seine Kräfte übersteigend gefunden hatte. Nie konnte es in der Absicht Preußens liegen, als europäische Macht eine Stellung anzunehmen, welche es nöthigte, hundert Meilen vom Kerne der Monarchie entfernt, Barriere gegen den Theil der Kontinentalgrenze Frankreichs zu machen, der dessen Hauptstadt und Haupt-Militärdepots zunächst liegt, und wo es stets die ersten und kräftigsten Stöße Frankreichs zu empfangen hatte. Es konnte seinen alten Stammunterthanen nicht zumuthen, an der Saar und Maas für Interessen, die ihnen zum Theil fremd waren, und ohne materielle Vortheile für den Staat gewissermaßen stehend, ihr Blut und ihr Vermögen zum Opfer zu bringen. Aber als Mitglied des Deutschen Bundes, dem die preußische Rheinprovinz einverleibt wurde, konnte und wollte Preußen nicht ablehnen, zur Vertheidigung auch dieses Theils der Bundesgrenze in dem Umfange seiner Pflichten und Kräfte redlich mitzuwirken. Dies bezeichnet klar die Stellung Preußens: als Glied des Deutschen Bundes wird es treu und eifrig zur Vertheidigung der Bundesgrenzen beitragen. Als europäische Macht muß es den größeren Mächten überlassen, Frankreich überhaupt innerhalb der gebührenden Grenzen zu beschränken. Seine Macht und Hülfsmittel reichen dazu in keiner Weise aus, vorzüglich, nachdem durch die 1830 erfolgte Trennung Belgiens von Holland das Vertheidigungssystem an der Maas und Schelde, welches man 1815 gegen Frankreich entworfen hatte, in seinen Grundlagen erschüttert worden ist.

Der Deutsche Bund ist seiner Natur nach eine wesentlich defensive Macht. Seine Lage ist von der Art, daß, solange das deutsche Bundesgebiet nicht von Frankreich verletzt wird, keine Gefahr für das kontinentale Gleichgewicht von dieser Seite her vorhanden ist. Preußen befindet sich daneben Frankreich gegenüber in einer von den übrigen europäischen Mächten wesentlich verschiedenen Lage. Es begrenzt Frankreich mit zum Deutschen Bunde gehörigem Gebiete, und nur mit solchem Gebiete. Preußen würde also seine Pflicht gegen den Deutschen Bund verletzen, wenn es einseitig und ohne Theilnahme des Bundes solche Schritte vornähme, welche Frankreich zu einem Angriffe auf das preußische Gebiet provoziren könnten. Preußen wäre nicht im Rechte, sich zu beklagen, wenn in diesem Falle alle oder ein Theil der Bundesstaaten ihm ihre bundesmäßige Hülfe versagten. Dieser Gefahr kann und darf Preußen sich nicht aussetzen.

Preußen wird stets in Gemeinschaft mit dem Deutschen Bunde, aber auch nur in dieser Gemeinschaft, bei Fragen handeln, die Krieg mit Frankreich im Gefolge haben könnten. Mag das deutsche Bundesgebiet an der Lauter oder an der oberen Etsch verletzt werden und der Bundestag deshalb den Bundeskrieg beschließen, Preußen wird freudig und rasch der ganzen Ausdehnung seiner Bundespflichten nachkommen. — Aber ein Krieg in dem Bunde fremden Gegenden, an dem Frankreich theilnähme, kann es nicht veranlassen, an der Saar und Mosel sofort die Initiative gegen Frankreich zu ergreifen und dadurch unberechtigt den Deutschen Bund in einen nicht von demselben beschlossenen Krieg zu verwickeln.". —

Am 28. Dez. richtete Manteuffel an den preußischen Gesandten in Paris, den Grafen Hatzfeldt, zwei Depeschen, welche das persönliche Antwortschreiben des

Königs auf die von Louis Napoleon geschehene persönliche Anzeige seiner Thronbesteigung begleiteten. Das eine dieser Schriftstücke enthielt die Erwiderung des preußischen Kabinets auf das Schreiben vom 3. Dez., durch welches der französische Gesandte in Berlin, v. Varennes, v. Manteuffel von der „Erhebung des Prinzen Louis Napoleon zur kaiserlichen Würde" offiziell in Kenntniß gesetzt hatte. Das zweite bezog sich auf die dem genannten französischen Dokument beigelegten Abschriften des Senatuskonsults und des Plebiscits, durch welche Napoleon als der „Dritte" seines Namens auf den Thron erhoben wurde. Die beiden Manteuffelschen Depeschen*) lauten:

„Berlin, den 28. Dez. Herr Graf! Ich habe den Augen des Königs, unseres erhabenen Herrn, das Schreiben vom 3. d. Mts. unterbreitet, durch welches der Baron v. Varennes mich von der Erhebung des Prinzen Louis Napoleon zur kaiserlichen Würde (à la dignité impériale) unterrichtet hat — ein Schreiben, vollkommen entsprechend der Mittheilung, welche Herr Drouyn de L'Huys unter dem 1. d. Mts. Ihnen über diesen Gegenstand hatte zukommen lassen.

Auf Befehl des Königs, unseres erhabenen Herrn, zögere ich nicht, Herr Graf, Sie von den Entschließungen in Kenntniß zu setzen, welche Se. M. im Einverständniß mit JJ. MM. den Kaisern von Oesterreich und Rußland infolge dieses Ereignisses gefaßt hat.

Indem das französische Gouvernement uns Anzeige macht von der neuen Form, welche für die Zukunft der Ausübung der souveränen Gewalt in Frankreich gegeben worden, spricht es zugleich positiv aus, daß diese Umbildung (transformation) seine Stellung gegenüber den fremden Mächten in Nichts verändern werde. Nach Inhalt der Eröffnungen, die uns gemacht worden sind, erkennt an und genehmigt (approuve) der Kaiser der Franzosen Alles, was der Präsident der Republik seit vier Jahren anerkannt und genehmigt hat, und giebt durch das Organ seines Ministers die Versicherung, daß die Bemühungen des französischen Gouvernements, unter Wahrnehmung seiner Rechte, der Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens geweiht sein werden, indem es gleicherweise die Rechte der Andern respektirt. Da diese friedlichen Intentionen mit den Empfindungen der andern Souveräne sich in Uebereinstimmung befinden, so spricht der französische Minister das feste Vertrauen aus, daß die Ruhe der Welt gesichert sein werde.

Diese Kundgebungen, bestätigt durch die feierlichen und öffentlichen Aussprüche des Staatsoberhaupts, sind vom Könige, unserem erhabenen Herrn, mit einer lebhaften Genugthuung aufgenommen worden. Se. M., indem Sie die von dem Prinzen Louis Napoleon der Sache der Ordnung geleisteten Dienste würdigen, wie dieselben es verdienen, werden die obenerwähnten Erklärungen des neuen Gouvernements betrachten als ein Pfand seiner Absicht: in der friedlichen Politik zu verharren, welche es bis jetzt befolgt hat. Denn indem dasselbe eine

*) England, die Schweiz, Sardinien, Holland, Neapel und Spanien erkannten den neuen Kaiser sogleich an; die drei nordischen Mächte wollten anfangs Bedingungen stellen, hielten es aber doch für rathsamer, dies zu unterlassen. Die Anerkennung von Rußland erfolgte am 5. Jan. 1853.

aufrichtige Achtung für die Rechte Aller an den Tag legt, macht es sich gleichzeitig verbindlich zur Beobachtung der bestehenden Verträge sowie zur Aufrechterhaltung der territorialen Umgrenzung (circonscription territoriale), auf welcher das unter die Obhut (sauvegarde) aller Mächte Europas gestellte politische System beruht.

Da sich diese Darlegungen im vollständigen Einklang mit den Intentionen des Königs, unseres erhabenen Herrn, befinden, so erkennen Se. M. — dieselben annehmend als eine Garantie des allgemeinen Friedens — die Erhebung des Präsidenten der französischen Republik zur kaiserlichen Würde an und werden fortfahren, mit der Regierung des Kaisers der Franzosen die Beziehungen der Freundschaft und guten Nachbarschaft zu unterhalten, welche so glücklicherweise zwischen den beiden Ländern bestehen.

Ich ersuche Sie, Herr Graf, diese Entschließung des Königs zur Kenntniß des französischen Gouvernements zu bringen, indem Ew. Excellenz dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten diese Depesche vorlesen und Abschrift davon geben. Belieben Sie zu gleicher Zeit dem Herrn Drouyn de L'Huys zu sagen, daß Sie autorisirt sind, um die Ehre zu bitten, Ihre neuen Beglaubigungsschreiben Sr. M. dem Kaiser der Franzosen zu überreichen, sobald dieser Minister Sie davon unterrichtet haben wird, daß diejenigen Schreiben, welche der Baron v. Varennes dem Könige, unserem erhabenen Herrn, zu überreichen beauftragt sein wird, demselben übersendet worden seien. Empfangen Ew. 2c.

v. Manteuffel."

„Berlin, den 28. Dez. 1852. Herr Graf! Indem das französische Kabinet uns die Erhebung des Prinzen Louis Napoleon zur kaiserlichen Würde anzeigt, hat es uns Abschrift von dem Senatuskonsult und dem Plebiscit übersendet, durch welche diese Umbildung des Gouvernements in Frankreich zu Stande gekommen ist. Diese beiden Akte haben sich im Innern vollzogen (se sont accomplis); es kommt uns also in keiner Weise zu, uns über ihren Inhalt auszusprechen. Aber aus demselben Grund bleiben auch die Feststellungen (dispositions), welche sie enthalten, gänzlich außer dem Bereich der Beziehungen Frankreichs zu den fremden Mächten. Es folgt daraus, daß Preußen, indem es zu der Regierung Sr. M. des Kaisers der Franzosen dieselben Freundschaftsbeziehungen fortsetzt, welche bis dahin zwischen ihm und Frankreich bestanden haben, nicht beabsichtigt, irgend eine Meinung über die Prinzipien auszulassen (emettre), welche durch das jetzt in ein Staatsgesetz verwandelte Plebiscit sanktionirt worden sind, noch die Konsequenzen anzunehmen, welche in Zukunft etwa aus diesem Akt der inneren Gesetzgebung gezogen werden könnten.

Das französische Kabinet wird ohne Zweifel die Beweggründe würdigen, welche uns bei dieser Gelegenheit geleitet haben. Indem wir uns enthalten, die Eventualitäten dieser Akte unter dem Gesichtspunkt der äußeren Politik zu erörtern, glauben wir einen neuen Beweis von den freundschaftlichen Gesinnungen zu geben, die uns beseelen und die uns den Wunsch einflößen, Alles zu vermeiden, was dazu angethan wäre, den Beziehungen guten Vernehmens (de bonne intelligence)

zwischen den beiden Regierungen, auf deren unversehrte Erhaltung wir im Interesse der sozialen Ordnung und des allgemeinen Friedens den größten Werth legen, Eintrag zu thun.

Ew. werden ersucht, gegenwärtige Depesche vorzulesen und Herrn Drouyn de l'Huys Abschrift davon zu lassen. v. Manteuffel."*)

Bald nach der Ausrufung zum Kaiser vermählte sich Napoleon mit der spanischen Gräfin Eugenie von Montijo. Geh. Legationsrath Küpfer schrieb darüber in einem für den Minister Manteuffel bestimmten, sehr vertraulichen Exposé vom 23. Jan.:

„Ohne Zweifel ist diese Vermählung nicht bloß, ja nicht einmal wesentlich eine Gefühlsdemonstration, sondern es liegt ihr vor Allem eine politische Berechnung zu Grunde. Sie ist eine Antwort, und zwar eine bedeutungsvolle, auf die Versagung des Titels »mon frère«; auf die Aenderung des Familiennamens der Kinder des Herzogs von Leuchtenberg, auf den »blocus matrimonial«. Die beiden Hauptwortführer des alten dynastischen Systems von Europa zeigten entschieden den Willen, Napoleon nicht aufrichtig in dessen Mitte aufzunehmen, selbst die äußere Form desselben wollen sie Napoleon nur um den Preis berechneter moralischer Demüthigungen einräumen. Napoleon nimmt durch seine Heirath und durch seine bei dieser Veranlassung an den Senat gerichtete Rede den Handschuh auf; er trennt sich offen von diesem System und nimmt als Haupt der großen Partei der Revolution von 1789 seine Stellung außerhalb desselben. — Was seinem Onkel nach dessen Niederlage widerfuhr — dessen Trennung von der mit ihm vermählten Erzherzogin von Oesterreich und der nachträgliche Desaveu dieser Verbindung durch den österreichischen Hof — mag dazu beigetragen haben, Napoleon III. in seinem Entschlusse zu bestärken, indem jenes Verfahren ihm zeigte, wie er eigentlich von einer Verbindung mit einem der ihm im Grunde feindseligen großen Häuser Europas im Falle des Unglücks nicht einmal eine persönliche Stütze zu erwarten habe.

Das System von Petersburg und Wien hat, man muß es einräumen, Napoleon absichtlich in die von ihm eingeschlagene Richtung getrieben. Dieser konnte sich nicht unter die ihm zu Theil werdenden Zurücksetzungen beugen, ohne sich bei seiner eigenen Partei zu diskreditiren. Man muß voraussetzen, daß die Kabinette von Petersburg und Wien diesmal richtiger wie 1804 gerechnet und die Macht Napoleons hinsichtlich ihrer Dauer und Ausdehnung nicht zu gering angeschlagen haben. Sie und besonders das Kabinet von Wien dürften sonst künftige und herbe Repressalien zu erwarten haben. Mag auch infolge der Heirath Napoleons die Rente zu Paris bedeutend gesunken sein, diese Heirath wird der Partei der Revolution von 1789 wesentlich gefallen und sie noch fester an Napoleon III. knüpfen. Beim Sturze Napoleons I. wurde es allgemein anerkannt,

*) Dem Abgang obiger Depeschen waren schriftliche und telegraphische Weisungen Manteuffels an Bismarck vorausgegangen, d. d. 5., 6., 18., 22. und 18. Dez. 1852 und 7. Jan. 1853. Vgl. „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 160 Note 1, 163 Note 1, 165 Note 1, 171 Note 1, 173 Note 1, 184 Note 1.

daß dessen Heirath mit Marie Louise ihm manche seiner alten Anhänger entfremdet und durchaus keine neuen verläßlichen zugeführt habe. Warum Napoleon füglich weder eine Französin, noch eine protestantische Prinzessin heirathen konnte und eine fremde, aber strenge Katholikin wählen mußte, hat er in seiner Rede an den Senat sattsam angedeutet.

Betrachtet man nun jene Heirath aus dem Standpunkte der Politik Preußens, so kann es dem Königl. Hofe unangenehm sein, daß die Ansichten und das Verfahren von Petersburg und Wien die Frage im dynastischen Interesse auf eine so äußerste Spitze getrieben haben. Für die reine Stammespolitik Preußens ist es aber jedenfalls wichtig, daß keine mit Rußland oder Oesterreich näher verbundene Prinzessin, ja keine Prinzessin aus den regierenden Familien der deutschen Mittelstaaten auf den französischen Thron berufen worden ist. Der protestantischen Macht des festen Landes kann es nur willkommen sein, wenn die französische Herrscherfamilie recht gründlich katholisch wird. Es ist eine Garantie mehr gegen territoriale Uebergriffe Frankreichs auf das protestantische Gebiet. Eine große Gefahr für Preußen lag in einer engen Verbindung Frankreichs mit Oesterreich. Diese Gefahr ist jetzt wohl beseitigt. Oesterreich wird noch einmal das Gewicht des revolutionären oder vielmehr Neu-Frankreichs zu erproben in den Fall kommen; andere Sorgen wie die Bekämpfung des Einflusses Preußens in Deutschland werden das Wiener Kabinet beschäftigen. Der Riß zwischen Petersburg und Paris wird Preußen von Beiden emsig suchen lassen, falls dieses seine unabhängige Zwischenstellung zu behaupten weiß.

Preußen muß nur nie vergessen, daß es ein neutraler Boden zwischen dem dynastischen Ultraismus und dem System des strengen status quo einerseits und dem französischen Kaisersystem andererseits ist. Seine Stellung als protestantische Macht, als Militärstaat, als noch junger auf Wachsthum angewiesener Staat, ist eine ihm durchaus eigenthümliche. Schon herrschte der große Friedrich, und der dynastische Ultraismus spottete noch über den Markgrafen von Brandenburg und betrachtete den großen König als eine Art von »Parvenü«. — Das System der orthodoxen anatolischen Kirche und das System des strengen Katholizismus sind dem innersten Wesen Preußens gleich fremd. Wollen die beiden Vertreter des Katholizismus untereinander und der mächtigste derselben sich noch obenein mit dem Vertreter der orthodoxen anatolischen Kirche streiten, so ist Preußens Rolle die des ruhigen Zuschauers, der die Umstände für sich zu benutzen sucht.

Das Wesentliche scheint mir, daß Preußen die Heirath Napoleons als eine Sache, die es nicht überrasche und welche jedenfalls eine rein innere Angelegenheit Frankreichs sei, in den Kommunikationen mit Paris betrachtet. Graf Hatzfeldt müßte natürlich alle bei solchen Vorkommnissen gewöhnlichen Formen streng zu beobachten angewiesen sein." —

In den letzten Tagen des Januar zog sich ein Gewitter über das Haupt der „Kreuzzeitung" zusammen, weil sich dieselbe eine immer mehr herausfordernde Sprache gegen Napoleon erlaubte. Manteuffel hatte diesem Treiben lange zugesehen, endlich riß ihm aber die Geduld; nicht länger wollte er die Politik der

Regierung durch dieses einflußreiche Blatt schädigen lassen, und so reifte in ihm der Entschluß, demselben die Konzession zu entziehen. Die Maßregel konnte nur von dem Ministerium des Innern ausgehen. Manteuffels erste Zumuthung lehnte der Minister Westphalen ab, weil er Quehls Stil darin wollte gefunden haben, der zweiten hatte er geglaubt, Folge geben zu müssen, da Manteuffel das Verfahren der „Kreuzzeitung" für staatsgefährlich erklärt.*)

Als Gerlach von diesem rigorosen Vorgehen Kenntniß erhielt, wandte er sich sofort (1. Febr.) an Manteuffel:

„Ich habe gestern erfahren, daß auf Veranlassung Ew. Excellenz mit einer Konzessionsentziehung gegen die »Kreuzzeitung« vorgegangen werden soll. Diese Maßregel ist von unzweifelhafter Wirksamkeit; sie vernichtet die Zeitung. Ich erkenne an, daß Ew. Excellenz vielfach von dieser Zeitung auf eine Art gereizt worden sind, die ich entschieden mißbillige; ich gebe zu, daß sie sich in ihren antibonapartistischen Artikeln mäßigen muß, und habe auch das Meinige gethan, dies zu bewirken. Ich glaube auch, daß sie es thun wird, wenn sie am Leben bleibt. Aber ich gebe auf der anderen Seite Ew. Excellenz zu bedenken, daß mit Vernichtung der »Kreuzzeitung«, dem anerkannten und einflußreichen Organ der konservativen Partei im Lande, der Partei, welche Wesentliches gethan hat, den Thron wieder aufzurichten und die verderbliche Politik des Jahres 1849 zu beseitigen, diese konservative Partei auseinanderfällt, und daß alsdann die Fragmente derselben in die bedenklichsten Richtungen gerathen können — und das zu einer Zeit, wo die Veranlassungen zu diesen Richtungen nahe bevorstehen. Ich erinnere an 1805 und 1806, an den Jugendbund, an Schill, an York — Verhältnisse, die bei mir noch in der frischesten Erinnerung leben.

Außerdem möchte ich Ew. Excellenz überzeugen, daß wir eine kräftige Zeitung gegen den andringenden Bonapartismus nicht entbehren können, da wir doch genöthigt sein werden, außerordentliche Kräfte von Ehre, Nationalstolz, Patriotismus, Treue in das Gefecht zu führen. Welche Wirkung hatten 1805 und 1806 ꝛc. die wenigen kräftigen Schriften, die sich durch den Despotismus durchstahlen, auf die Erhebung von 1813. Jetzt schon sind die meisten Zeitungen neutral oder bonapartistisch. Ein Theil fällt noch Bonaparte zu, wenn er erst anfängt, wie er es jetzt bei den Begnadigungen thut, der Demokratie sich entschieden zuzuwenden. Es ist eine schwere Verantwortung, kurz vor der Schlacht die Avantgarde aufzugeben und dem Feinde zu weichen. Das macht böses Blut und schwächt den Muth. Die Vernichtung der »Kreuzzeitung« aber wird als ein Opfer, Bonaparten gebracht, und das nicht mit Unrecht, angesehen werden; sie wird durch Sprengung einer jetzt noch festen Partei die monströsesten Allianzen gegen die Regierung und eine ungeregelte Opposition erzeugen, sie wird das Mißtrauen gegen König und Minister auf eine bedenkliche Art steigern, den Rheinbundsgelüsten Muth einflößen und das Vertrauen auf Preußen, das

*) Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 5 f.

die Politik Ew. Excellenz mit Mühe wieder erworben hat, von Neuem zerstören."*)

Manteuffel scheint dieses Schreiben Gerlachs mündlich beantwortet zu haben. Es findet sich in seinen Akten nur der Ansatz zu einer Erwiderung, worin der Minister zunächst gegen die Unterstellung Verwahrung einlegen zu müssen glaubt, als seien seine Schritte gegen die „Kreuzzeitung" Folge einer gereizten Stimmung seinerseits. „Ich kann versichern, daß eine solche Stimmung mir fern ist und daß selbst, wenn sie vorhanden sein möchte, sie keinen Einfluß auf meine amtlichen Schritte haben würde. Daß ich aber auf das erwähnte Blatt selbst eingegangen bin, hat eben seinen besonderen Grund in der exceptionellen Stellung des Blattes", weil man wisse, daß dasselbe in unmittelbaren Beziehungen zu den nächsten Umgebungen des Königs stehe.

Das Ergebniß war, daß die „Kreuzzeitung" nicht unterdrückt wurde, und daß sich Gerlach mehr und mehr die Ueberzeugung aufdrängte, man müsse Manteuffel die Presse nehmen und dieselbe Westphalen unterordnen. Für den Kreuzzeitungsredakteur Wagner hoffte Gerlach — als Entschädigung für die Manteuffelschen Verfolgungen — sogar den Hohenzollern-Orden zu erwirken.**) —

Die Aufrollung der orientalischen Frage kann man vom 9. Jan. 1853 ab datiren, an welchem Tage der Kaiser von Rußland mit dem englischen Gesandten in St. Petersburg, Lord Seymour, über den Zerfall des türkischen Reichs ergebnißlos verhandelte; daran reihte sich am 30. Jan. die außerordentliche Sendung des Grafen Leiningen als außerordentlichen österreichischen Gesandten nach Konstantinopel mit der Forderung der Räumung Montenegros, Internirung der österreichischen Flüchtlinge und besserer Behandlung der Christen in Bosnien. Die Pforte sträubte sich anfangs, als aber das österreichische Heer an der türkischen Grenze nach und nach auf 50 000 Mann gebracht wurde, bewilligte sie am 23. Febr. alle Forderungen. Am 2. März erschien der russische Admiral Fürst Mentschikoff als außerordentlicher Gesandter in Konstantinopel mit dem Verlangen, daß die Pforte den Ferman zu

---

*) Am 23. Febr. 1853 erklärte auch Bismarck die „Kreuzzeitung" „für die vorzüglichste Stütze der gegenwärtigen Regierung und sogar Manteuffels selbst". Bismarcks Briefe an Gerlach, Ausgabe Kohls, S. 59.

**) Es dauerte noch geraume Zeit, bis sich Gerlach wegen dieses Preßstreites beruhigen konnte. Sein Unmuth über Manteuffel spricht aus den in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 135, übergegangenen Briefen desselben an Bismarck, d. d. 25. und 28. Febr. 1853: „Manteuffel hat eine Tendenz nach unten, via Quehl, Levinstein rc., weil er an den Wahrheiten, die von oben kommen, zweifelt, statt daran zu glauben. Er sagt mit Pilatus: Was ist Wahrheit? und sucht sie bei Quehl und Konsorten. Er läßt sich ja schon jetzt bei jeder Gelegenheit durch Quehl zu einer sehr üblen heimlichen und passiven Opposition gegen Westphalen und dessen Maßregeln, die doch das Muthigste und Beste enthalten, was in unserer Administration seit 1848 geschehen ist, bewegen. Er leidet, daß Quehl die Presse auf das Schamloseste gegen Westphalen, Raumer rc. benutzt und, wie man mich versichert, sich dafür bezahlen läßt. So kann es fast nicht ausbleiben, daß Quehl und Konsorten zuletzt Manteuffels Sturz bewirken, den ich schon aus dem einfachen Grunde für ein Unglück halte, daß ich durchaus keinen möglichen Nachfolger weiß."

Gunsten Frankreichs bezüglich der heiligen Stätten zurücknehme, daß sie an Rußland 40 Millionen Piaster Entschädigung für die von Russen und Türken gemeinschaftlich vollzogene Besetzung der Wallachei bezahle und dem Kaiser von Rußland das Protektorat über die griechischen Christen in der Türkei einräume. Die Pforte wies die Forderung Mentschikoffs ab, Letzterer verließ am 21. Mai Konstantinopel mit der Drohung, das erste Mal sei er im Paletot gekommen, das zweite Mal werde er in Uniform erscheinen.

„Was soll man — so schrieb der Geh. Legationsrath Küpfer unter dem Eindrucke dieser Vorgänge an Manteuffel — von allen den schönen und hochtrabenden Versicherungen halten, mit denen die Höfe von Petersburg und Wien so verschwenderisch sind, und wodurch sie sich vorzugsweise als die Bewahrer des europäischen status quo und des europäischen Friedens hinstellen, wenn jene Höfe für Zwecke, die nur allzuklar vor Augen liegen, so leichtsinnig das eigentliche Sensorium der europäischen Politik, die türkische Frage, in einem Augenblicke anregen, wo ihrer eigenen Versicherung nach es nur eines Funkens bedarf, um einen nicht zu berechnenden Brand hervorzubringen. Wenn man dies Alles allenfalls von Seiten Rußlands begreift, wie soll man die Politik des Wiener Hofes erklären. Es scheint wirklich, daß dieser Hof in eine Art von Abhängigkeit von Petersburg gefallen und dabei doch von einem krankhaften Eroberungsgelüste geplagt wird. Die Deklamationen der österreichischen Organe über die leidende Christenheit in der Türkei grenzen ans Hochkomische, wenn man sich erinnert, wie Fürst Metternich zur Zeit des griechischen Aufstandes die Maßregeln der Pforte gegen die Rebellen viel zu milde fand und Letzterer stets ein durchgreifenderes Verfahren empfahl. Zu der Höhe der Maßregeln, die Oesterreich gegen die ungarischen und italienischen Insurgenten ergriffen hat, haben die Türken, ihren empörten Rajahs gegenüber, sich noch nicht zu erheben vermocht. Es würde interessant sein zu ermitteln, wer den Türken 1821 die Hinrichtung des griechischen Patriarchen anrieth und ihnen später den Rechtfertigungsgrund suppeditirte, daß ja Peter der Große auch den konspirirenden griechischen Patriarchen habe aufhängen lassen."

Nach Ansicht Küpfers kam es vor Allem darauf an, bereits jetzt die Grundlinien für Preußens Politik in der orientalischen Frage festzulegen. Er unterzog sich dieser Aufgabe in folgenden, dem Minister Manteuffel eingereichten Denkschriften:

22. Febr. 1853: „Das Ziel der russischen Politik dem ottomanischen Reiche gegenüber ist bekannt. Während der Zeit, wo die allgemeine europäische Politik Rußland am offenen Angriff der Pforte hindert, beschäftigt es sich rastlos, den Aufstand ihrer christlichen, der griechischen Kirche angehörigen Unterthanen, Rajahs genannt, im Stillen vorzubereiten und anzuschüren. Glaubt dann Rußland den Augenblick gekommen, wo die abendländischen Mächte sattsam in ihrem Innern beschäftigt oder durch Streitigkeiten untereinander gelähmt sind und so zeitweise ihre Augen von Rußlands Plänen auf die Türken abgewendet haben, so greift es alsbald offen die Türkei an, um derselben Gebiet zu entreißen oder um die quasi Unabhängigkeit eines empörten Rajahstammes durchzusetzen und sein Schutzrecht über die der griechischen Kirche angehörigen Rajahs überhaupt auszudehnen. Es sucht so, Schritt

vor Schritt aber unablässig, die Vernichtung der türkischen Herrschaft in Europa zu befördern, und es verhehlt selbst kaum diese Absicht.

Nach dem Frieden von Kutschuk-Kainardschi, der zuerst 1774 die Ueberlegenheit der russischen Waffen über die türkischen feststellte, dachte Katharina sofort an weitere Kriege gegen die Pforte. Sie ließ die ihr für diesen Zweck weniger nützliche preußische Alliance fahren und verband sich mit Oesterreich zur Theilung der Türkei, nachdem sie der Letzteren im Frieden schon die Abtretung der Krim abgepreßt hatte. Der Krieg begann 1788, Oesterreich machte aber fast gar keine und Rußland nur unerhebliche Fortschritte, und als Preußen und England sich verbanden, um nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand Frieden zu stiften, mußten Oesterreich 1791 auf die Bedingung des status quo ante bellum, Rußland mit sehr unbedeutenden Erwerbungen denselben mit den Türken abschließen. Rußland war durch den Krieg sehr erschöpft. Zwar glückte es Katharina, ihre Nachbarn zum Kampfe gegen das revolutionäre Frankreich anzuregen, während sie selbst ruhige Zuschauerin blieb. Aber die zweite und dritte Theilung Polens beschäftigten sie; sie war überdies alt und fühlte ihr Ende nahen. Ihr Nachfolger Paul regierte nur kurze Zeit und ließ sich durch seinen heftigen Geist zum Kriege gegen Frankreich verleiten, dabei suchte er aber doch, der Traditionen der russischen Politik eingedenk, in Malta und in den Jonischen Inseln wichtige Waffenplätze gegen die Türkei zu erwerben. So verschob sich der offene Angriff Rußlands gegen die Türkei bis nach dem Regierungsantritte des Kaisers Alexander. Kaum hatte dieser eine Koalition gegen Frankreich zu Wege gebracht, so bereitete er, der Neutralität Englands dabei sich versichert haltend, sich zum Kriege gegen die Türken vor, und nach der Schlacht von Jena, statt seine ganze Streitmacht Preußen, wie er versprochen, zur Hülfe zu senden, verwendete er einen Theil derselben zum Angriffe gegen die Türken. Dies war eine der wesentlichen Ursachen des schlechten Erfolges der Russen im Feldzuge von 1806/1807 in Preußen. Zu Tilsit alliirte sich Alexander plötzlich mit Napoleon, weil dieser ihn mit Aussichten auf die Theilung der Türkei köderte. Die Russen machten indeß in dem von ihnen nun lebhaft fortgesetzten Kriege gegen die Türken nicht bedeutende Fortschritte, und als die französische Alliance sich auflöste und Napoleon seinen Angriff gegen Rußland vorbereitete, verdankte es Letzteres nur einer Art Glücksfall, daß die Türken ihm in dem Frieden von 1812 noch Bessarabien abtraten. Kaum war der Krieg gegen Napoleon durch dessen Sturz siegreich beendigt, so nahm Rußland seine Pläne gegen die Türkei sofort wieder auf. Schon auf dem Wiener Kongresse legte Capo d'Istrias durch die Stiftung der Hetairie den Grund zum Aufstande der Griechen gegen die Türken. Das christliche Prinzip, auf welches die heilige Alliance gebaut wurde, knüpfte sich unbezweifelt an die Pläne der Hetärie. Als Rußland 1821 sich von den Kriegen von 1805 bis 1815 einigermaßen wieder erholt hatte und den europäischen Westen durch die Revolution in Spanien und durch die Gährung in Italien hinlänglich beschäftigt glaubte, wurde das Signal zum Ausbruche des griechischen Aufstandes gegeben. Die Pforte schien in ihren Grundfesten zu wanken. Aber die Haltung Englands und der westlichen Mächte hielt das Schwert Rußlands in der Scheide fest. Capo d'Istrias wurde desavouirt und fiel. Als der

Kaiser Nikolaus 1826 den Thron bestiegen hatte, erklärte er, alle Streitpunkte Rußlands mit der Türkei durch eine Konvention schlichten zu wollen. Diese Konvention ward zu Akjerman abgeschlossen. Der russischen Friedensbotschaft, die demzufolge mit einer Art vom Pomp nun nach Konstantinopel gesandt wurde, waren dennoch schon die Offiziere (darunter der jetzige General Berg) attachirt, die den Feldzugsplan gegen die Türkei entwerfen sollten. Der Londoner Julivertrag, die Schlacht von Navarin und die irrige Politik Metternichs gaben Rußland einen willkommenen Vorwand zum Kriege gegen die Türkei. Mit den feierlichsten Versicherungen der vollkommenen Uneigennützigkeit, um Europa zu beschwichtigen, begann Rußland 1828 den Angriff. Der erste Feldzug kostete Rußland sehr große Opfer und schlug dennoch im Wesentlichen fehl. Im Feldzuge von 1829 ergriff die im Uebergange von der alten zu der noch nicht befestigten neuen Militärorganisation befindlichen Türken ein plötzlicher panischer Schrecken, und der Marschall Diebitsch gelangte bis Adrianopel. Die Lage der russischen Armee blieb nichtsdestoweniger eine sehr schwierige. Die damalige Schwäche der englischen und österreichischen Regierung wußte nur den Türken unbedingte Unterwerfung anzurathen. Der Friede von Adrianopel legte der Pforte die schwersten Opfer auf und dieselbe zu den Füßen Rußlands. Die Protektionsstellung dieser letzteren Macht schien durch die bewaffnete Hülfe besiegelt, welche Rußland bald darauf in den Bosporus sandte, um die Pforte gegen Mehemed Ali zu unterstützen. Da entwickelte sich zu London der bestimmte Entschluß, die Türkei zu retten. Lord Palmerston zeigte zu Petersburg für gewisse Fälle den Krieg, Rußland wich zurück, räumte Silistria, und Lord Ponsonby ward nach Konstantinopel gesandt, um der Pforte die nöthige Haltung wiederzugeben.

Bis dahin, und seit dem Frieden von Kainardschi 1774, war gewissermaßen periodisch, ungefähr alle 14 Jahre nach dem letzten vorhergehenden Frieden, ein offener Angriff Rußlands gegen die Türkei erfolgt (zuerst 1788, dann nach dem zu Jassy 1792 abgeschlossenen Frieden, 1806, endlich nach dem Bukarester Frieden von 1812, 1828). Der Grund dieser Periodizität lag zum Theil wohl darin, daß die Türkenkriege Rußland verhältnißmäßig weit mehr wie andere erschöpften, und weil die nöthigen Vorbereitungen zu einem neuen Türkenkriege stets längere Zeit erforderten. Die kritische, in die 1840er Jahre fallende Periode ging indeß ruhig vorüber, ohne Zweifel wesentlich mit infolge der damaligen festen und wachsamen Haltung Englands. — Als die Revolution von 1848 über Mitteleuropa dahinbrauste, richteten die politischen Beobachter mit Spannung ihre Augen auf Rußland, um dessen Haltung der Türkei gegenüber zu prüfen. Es blieb indeß dort Alles ruhig, weil Englands Hände noch frei waren, und mit Rücksicht auf die Gährung in Deutschland, Polen und Ungarn sowie auf die bewaffnete Intervention Rußlands in letzterem Lande. Mit dem Jahre 1851 zeigten sich inzwischen dem der orientalischen Verhältnisse kundigen Beobachter die bekannten Vorläufer einer sich vorbereitenden russisch-türkischen Krise, die obligaten, fast komisch-lächerlichen Jeremiaden über das Loos der Rajahs in der Türkei, die Anrufung des christlichen Prinzips und das Bestreben, der öffentlichen Meinung in Europa die Türkei als einen bereits in der Agonie befindlichen, rettungslosen Kranken darzustellen. Bald

machte Rußland auch einen direkten Eingriff in die montenegrinischen Angelegenheiten, zu dem die Traktate wenigstens ihm auch nicht den Schein einer Berechtigung gaben.

Dies Alles konnte indessen von Seiten Rußlands nicht überraschen. Wohl aber mußte einige Verwunderung die Politik erregen, die Oesterreich seit dem Tode des Fürsten Schwarzenberg einzuschlagen schien und welche, im schneidendsten Widerspruche mit dem vom Wiener Hofe seit 1792 der Pforte gegenüber verfolgten System, wenigstens nach allen äußeren Anzeichen, auf eine gegen die Türkei gebildete Verständigung der beiden Kaiserhöfe hindeutete. Es muß dabei dem ferner stehenden Beobachter scheinen, als ob in den gegen die Türkei gerichteten Berechnungen Rußlands und der beiden Kaiserhöfe überhaupt wesentliche Störungen vorgefallen wären, deren eigentliche Beschaffenheit nur dem zunächststehenden Beobachter klarer vorliegen dürfte. Bei der Haltung, welche Napoleon ziemlich offen seit der Mitte des Jahres 1852 zur Frage der Erhaltung der Türkei einnahm, und bei den Schritten, welche man von einem englischen Ministerium vorhersehen muß, in dem Lord Palmerston eines der einflußreichsten Mitglieder ist, darf nämlich vorausgesetzt werden, daß England und Frankreich, wenn nicht vereinigt, doch jedenfalls eine jede dieser beiden Mächte für sich, den gegen die Türkei gerichteten Plänen der beiden Kaiserhöfe, falls diese jene Pläne nicht bald fallen lassen, offen entgegenzutreten nicht lange zögern werden. Namentlich läßt sich nicht voraussetzen, daß Napoleon eine Gelegenheit, wo er als Advokat des europäischen Gleichgewichts und mit voller Berechtigung die Stimme Frankreichs, ohne alle Gefahr für sich kräftig erheben könnte, ungenützt vorbeigehen lassen dürfte. Wer aber die Verhältnisse der orientalischen Frage genau kennt, weiß vollkommen, daß nicht bloß England, sondern selbst Frankreich allein, vorausgesetzt, daß England (was aber wohl kaum anzunehmen sein dürfte) nur ruhiger Zuschauer bliebe, mit Sicherheit alle Pläne Rußlands und Oesterreichs auf die Türkei zu vereiteln im Stande ist. Sechs, höchstens acht Linienschiffe, welche die türkische Flotte verstärkten und dieser dadurch die Herrschaft im Schwarzen Meere sicherten, würden genügen, um Rußland den Türken gegenüber wesentlich die Hände in militärischer Rücksicht zu binden. (Dieses Sachverhältniß erklärt es, warum eine Bewegung der ungefähr sechs Linienschiffe starken englischen Mittelmeerflotte nach den Dardanellen zu als Demonstration ihre Wirkung auf das Petersburger Kabinet nie verfehlt hat.) 80 000 Franzosen aber, auf der Alpengrenze konzentrirt und bereit, den Sardiniern und Italienern die Hände zu bieten, dürften mehr als hinreichen, um alle gegen Bosnien und Serbien gerichteten Invasionspläne des Wiener Hofes zu hemmen. Nur wenn Preußen und der Deutsche Bund ihre Aufopferung so weit trieben, sich selbst Frankreich entgegenzuwerfen, um dieses von Italien fernzuhalten, dürfte für die türkischen Pläne Oesterreichs sich überhaupt irgend eine Aussicht von Erfolg zeigen.

Das Interesse Preußens in der orientalischen Frage ist nicht zweideutig. Preußen ist, falls es eine selbständige Macht bleiben will, vielleicht in einem noch höheren Grade als England und Frankreich bei der Erhaltung der Türkei interessirt, die bis jetzt das unablässige und fieberhafte Vergrößerungsstreben Rußlands vorzugs-

weise auf sich gerichtet und dadurch von der Richtung der Weichsel abgelenkt hat. Wäre die Türkei gebrochen, so würde Rußland mit seinem ganzen Gewichte vorzugsweise auf den Westen und folglich auf Preußen zu bohren beginnen. Das Königliche Kabinet hat zu allen Zeiten diese Stellung bestimmt aufgefaßt; 1791 bedrohte Preußen mit den Waffen Oesterreich und selbst Rußland, um diese beiden Mächte zu nöthigen, von der Türkei abzulassen.

Da inzwischen heute England und Frankreich vollkommen genügen, um die Sicherstellung der Türkei zu bewerkstelligen, so dürfte die Politik Preußen anrathen, sich in der orientalischen Frage zurückzuhalten, um nicht ohne Noth Rußland und Oesterreich zu reizen und um jedenfalls sich nicht vor der Zeit zu engagiren. Preußen dürfte vorerst nicht weiter zu gehen haben, als allenfalls Oesterreich und Rußland sehr freundschaftlich darauf aufmerksam zu machen, welche unvorhergesehenen Folgen Störungen in dem freundschaftlichen Verhältnisse der Großmächte herbeiführen könnten. Blieben diese Vorstellungen unbeachtet, so schwiege Preußen, hütete sich aber sorgfältig, irgend eine Billigung der Pläne Rußlands und Oesterreichs auszusprechen. Gegen England und Frankreich erklärte sich Preußen mit dem Ziele der Erhaltung der Türkei vollkommen einverstanden, lehnte aber vorerst mit Hinweisung auf seine geographische Lage alle Theilnahme an gemeinschaftlichen Schritten, den beiden Kaiserhöfen gegenüber, ab. Preußen hielte sich so für den Fall, wo die Verwicklungen einen ernsten Charakter annähmen, die Rolle eines Vermittlers offen."

3. März 1853: „Um mit einiger Sicherheit das Resultat der Sendung des Grafen Leiningen beurtheilen zu können, müßte man den Text der Antwort der Pforte, die bekanntlich Meisterin in der Kunst ausweichender und Hinterthüren offenhaltender Erklärungen ist, sowie deren Absichten hinsichtlich der Auslegung und Ausführung dieser Antwort kennen.

Aber angenommen, daß die Pforte den Drohungen Oesterreichs, die unbezweifelt die Sprache der russischen Gesandtschaft zu Konstantinopel unterstützte, nachgegeben und, was man sagt, sich unterworfen hat, so ist eine doppelte Folge einer solchen Lösung vorauszusehen. Einerseits dürften Rußland und Oesterreich, weit entfernt, dadurch (wenn dies auch anfangs scheinbar geschähe) in ihrem aggressiven Gange gegen die Pforte wirklich aufgehalten zu werden, nur noch mehr darin befeuert werden. Andererseits ist es nicht wahrscheinlich, daß England und Frankreich den durch Ueberraschung erlittenen Echec, ruhig hinnehmen und Rußland und Oesterreich nun das Feld zu Konstantinopel räumen würden.

In der That Herren der Situation, dürften sie vielmehr dort nächstens eine Reaktion einleiten, welche die Russen und Oesterreicher wieder zurückdrückte, wie dies in den 1830er Jahren nach der Landung der Russen im Bosporus, und als diese sich schon als Herren des Feldes ansahen, in einer eklatanten Weise erfolgte. — Ein vollständiger Sieg Leiningens dürfte daher, wenn nicht unvorherzusehende Ereignisse einrollen, die Entwickelung der orientalischen Krise beschleunigen. Es schiene, daß das Interesse Preußens ihm bestimmt verböte, weitere oder engere Theilungspläne des türkischen Gebiets zu begünstigen. Es ist äußerst

schwierig, Preußen für den Schaden, den es durch eine solche Theilung erlitte, ein wirklich entsprechendes Aequivalent zu gewähren. Nur Erwerbungen mit einer protestantischen Bevölkerung und zwischen Weichsel und Rhein können wirklich Preußen nützen. Eine Vermehrung seiner polnischen Bevölkerung schwächte es nur.

Das destruktive System Oesterreichs gegenüber der Pforte hat zwei charakteristische Kennzeichen. Einmal sucht es den Gehorsam der türkischen Rajahs zu untergraben, indem es ihnen fremde Hülfe zeigt, dann unterhandelt es mit der Pforte, in der Regel mit der Pistole auf der Brust, um sie moralisch auch in den Augen ihrer Unterthanen herabzuwürdigen. In der Lage, worin sich Oesterreich befindet, mit dem gährenden Italien und Ungarn und bei den Gefahren der russischen Umarmungen, bleiben seine Politik der Türkei gegenüber sowie seine offene Feindschaft mit England jedem unbefangenen Beobachter unbegreiflich. Auch Kabinette werden bisweilen von Leidenschaften geleitet, »et fata trahunt!« — Möge sich nur Preußen von aller Solidarität an den politischen Bewegungen und dem gewagten Spiele Oesterreichs völlig frei zu erhalten wissen!!" —

13. April 1853: „Es ist klar, daß der russische Hof den Augenblick für günstig erachtet hat, um gegen die Pforte einen diplomatischen Ausfall zu versuchen, zu dem die Stellung Oesterreichs zur Pforte ihn einlud, und welcher berechnet war, ihm das Ganze oder wenigstens einen Theil des Bodens zu Konstantinopel wiederzugeben, den England ihm in den 1830er Jahren dort entzogen hatte. Um das Ergebniß dieses diplomatischen Ausfalls zu beurtheilen, dürfte es aber viel weniger darauf ankommen, was Rußland zu verlangen für gut befände, als was die westlichen Mächte ihm einzuräumen für angemessen erachten.

Herr v. Wildenbruch*) hat Recht, wenn man die Rajah-Frage als den eigentlichen Hebel der russischen Politik gegen die europäische Türkei ansieht. Er hat ebenso Recht, wenn er behauptet, daß (unverdaute) liberale Ideen auf die türkischen Rajahs mehr Einfluß ausüben als die gouvernementalen russischen Ansichten. Wahrscheinlich beunruhigen die liberalen Ideen der türkischen Rajahs den russischen Hof indeß sehr wenig, und dieser sieht ziemlich gleichgültig diese Propaganda der Engländer und Franzosen an. Er hat die Polen von den liberalen Ideen kurirt und weiß, daß ihm dies weit leichter mit den der orthodoxen griechischen Kirche angehörigen türkischen Rajahs gelingen würde, sobald nur die Türken entfernt wären, die allein ihm Widerstand zu leisten vermögen. Für Rußland handelt es sich also nur um die Entfernung der Türken.

Diese Entfernung dürfte aber nicht so leicht und nahe sein, wie viele Personen, darunter auch Herr v. Wildenbruch, es zu glauben scheinen. . . Ich möchte glauben, daß der Gedanke, sich nach Keniak (in Kleinasien am Taurus) zurückzuziehen, noch nie seit der Eroberung Konstantinopels durch den Kopf eines Sultans gegangen ist. Von 1777 bis 1788, 1821 beim Ausbruche des griechischen Aufstandes und 1833 nach dem Traktate von Hunkiar Iskelessi wurde der nahe Fall der Pforte

*) Der preußische Gesandte in Konstantinopel.

mit noch weit größerer Zuversicht als heute angekündigt. Nach der Schlacht von Nisib und der Desertion der Flotte nach Alexandrien befand sie sich in weit größerer Gefahr als heute.

Es ist richtig, daß Stratford Canning mit dem jetzigen Großvezier (der übrigens weit geeigneter für seinen Posten als Reschid Pascha sein soll) verfeindet ist. Es ist ebenso richtig, daß Stratford Canning glaubt, daß er die Türkei stärkt und die russischen Pläne durchkreuzt, indem er die türkischen Rajahs zugleich zu emanzipiren und zu liberalisiren sucht. Diese Neigung wird aber durch die nüchternen Franzosen beschränkt werden. Stratford Canning hat die doppelte Aufgabe, die russischen Pläne zu hemmen und den französischen Einfluß zu Konstantinopel nicht zu stark werden zu lassen. Das Letztere kann er aber nur dadurch verhindern, daß er sich den Türken nicht zu unangenehm macht. Das französische Kabinet scheint die Wiedergewinnung des alten Einflusses Frankreichs zu Konstantinopel ins Auge gefaßt zu haben. Die Sendung der französischen Flotte in den Archipel dürfte mehr ein berechneter Plan als eine Uebereilung sein und La Cour von jedem Fehlgriffe Cannings Vortheil zu ziehen suchen. Nach der Sprache der französischen Organe zu schließen, schiene das Pariser Kabinet sehr richtig von dem Gesichtspunkte auszugehen, daß, was der Pforte Noth thut, nicht humanitarische Pläne für die Regierung und ihre Rajahs, sondern die Stärkung ihrer Armee und Finanzen sind.

Was Herr v. Wildenbruch über Serbien berichtet, hat meist schon in den Zeitungen gestanden. In diesem Lande bekämpfen sich nicht allein der russische und österreichische Einfluß, sondern die Engländer, ja auch die Franzosen haben dort einen gewissen Einfluß. Serbien blieb im letzten russisch-türkischen Kriege neutral. Es wird übrigens durch das ihm feindliche Bosnien paralysirt. Auch in Bezug auf Serbien würden die Russen mit ihren Forderungen nur dann durchdringen, wenn die westlichen Mächte dazu konnivirten.“ —

In der Zollsache hatte sich, wie erinnerlich, Anfang Nov. 1852 ein versöhnlicher Umschwung vollzogen. Da Oesterreich auf den von Preußen vorgeschlagenen Weg zur Eröffnung von Separatverhandlungen einging, so erfolgte schon in den ersten Tagen des Dezember die Absendung eines österreichischen Bevollmächtigten nach Berlin, und zwar wurde hierzu der Minister v. Bruck gewählt, was hinreichend bezeugt, welchen Werth Oesterreich auf diese Verhandlung und den beschleunigten Abschluß derselben legte. Bald darauf — jedenfalls nicht ohne Zusammenhang mit der handelspolitischen Frage und der dadurch bewirkten allgemeinen politischen Spannung — traf der Kaiser Franz Joseph von Oesterreich zum Besuche des Königs Friedrich Wilhelm IV. in Berlin ein. (17. Dez.)

An demselben Tage schrieb Manteuffel dem Prinzen von Preußen nach Koblenz:

„Der Kaiser von Oesterreich ist hier angekommen; ich habe ihn soeben bei meinem Fenster vorüber zu des Prinzen Karl K. H. fahren sehen. Daß ich mich über diese Reise sehr freute, kann ich nicht sagen, aber Dinge, die man nicht

hindern kann, muß man meines unmaßgeblichen Erachtens nicht dadurch noch schlimmer machen, daß man darüber einen gereizten Zustand an den Tag legt, welcher doch in der Sache nichts ändert. Ew. K. H. kann ich versichern, daß, wenn diese Lehre mir nicht täglich vor Augen schwebte, ich schon längst den Platz, auf dem ich stehe und wahrhaftig nicht zu meinem Vergnügen stehe, verlassen haben würde. Für die Zollsache fürchte ich vom Kaiser nichts; wie ich ihn zu kennen glaube, wird er darüber kein Wort sprechen; thut er es aber auch, so müßte es um unsere Position schlecht bestellt sein, wenn wir uns von einem 22jährigen jungen Herrn wollten über den Haufen laufen lassen. Ich denke, wir werden auf unserem guten Rechte feststehen und ohne besondere Schwierigkeit unsere Stellung bewahren, auf die Gefahr hin, die Ungnade eines Monarchen zu verdienen, der nicht unser Landesherr ist. Unsere Stärke beruht — abgesehen von unserem Rechte — darin, daß Se. M. der König in dieser Beziehung ganz fest sind. Wenigstens sind die Eröffnungen, die des Königs Majestät Herrn v. Bruck über diese Dinge gemacht haben, eher zu stark als zu schwach gewesen.

Ew. K. H. bitte ich übrigens, diese Mittheilungen, worin ich meine Ansichten mit einer Offenheit, die ich sonst zu vermeiden für Pflicht halte, nur für Höchstdieselbe persönlich bestimmt zu betrachten und dieses Schreiben mir zu remittiren."*)

In Erwiderung auf diese Zeilen schrieb der Prinz von Preußen am 1. Jan. 1853 aus Coblenz an Manteuffel:

„Empfangen Sie meine Wünsche beim Jahreswechsel. Wir haben das Jahr prächtig beendigt durch Ihre Konsequenz und Festigkeit. Möge das neue Jahr die Früchte dieses Auftretens uns reichlich bescheeren! Allgemein ist die Anerkennung, daß wir als Sieger aus der Kaiservisite hervorgehen; aber fieberhaft ist dennoch die Furcht, daß wir doch noch Konzession im Zollgebiet machen könnten, so nahe dem Siege. Ich lausche nach allen Seiten nach meiner zu Berlin geschöpften Ueberzeugung.

Nassau verdient eine derbe Lektion, und Wittgenstein müßte auf unser Verlangen springen, als Preis des Friedens, sammt v. der Pfordten und Beust."

*) Geheimrath Abeken schreibt über den Besuch des Kaisers von Oesterreich in Berlin am 22. Dez. „Mir ist dieser Besuch erfreulich, denn ich theilte von Anfang an nicht das weit verbreitete Mißtrauen unserer Minister, daß seine Anwesenheit uns zur Nachgiebigkeit in der Zolllebensfrage bewegen könnte, und in den allgemeinen politischen Verhältnissen, namentlich dem Westen gegenüber, ist diese Demonstration eines innigen und freundlichen Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Großmächten sehr bedeutsam und wichtig und wird in Paris wie an den kleinen deutschen Höfen ihres Eindrucks nicht verfehlen. In dieser Einigkeit liegt jedenfalls die beste Bürgschaft des Friedens. Ich glaube auch, daß die Zollfragen sich auf eine befriedigende Weise lösen werden. Weniger optimistisch bin ich in Bezug auf unsere inneren Verhältnisse, wo ich noch immer die sichere und schöpferische Hand vermisse. Die äußere Politik hat in diesem Augenblick ihre ziemlich gewiesenen Wege, in der inneren werden wir noch lange in ungewissen und schwankenden Uebergangszuständen bleiben; das ist traurig genug."

Die Situation war aber noch keineswegs danach angethan, daß Preußen die Köpfe der ihm feindseligsten süddeutschen Minister verlangen konnte. Auch dem Bundestagsgesandten v. Bismarck kam zwar dieser Gedanke, jedoch erst 2½ Monate später, als im Febr. 1853 ein endgültiger modus vivendi zwischen Oesterreich und Preußen gefunden worden war.*) Bis es dazu kam, waren bei den österreichisch-preußischen Separatverhandlungen noch endlose Schwierigkeiten zu beseitigen, da Preußen sich nur schwer in die Konsequenzen der neuen Richtung zu finden vermochte und namentlich fortgesetzt eine lebhafte Animosität gegen die Darmstädter Verbündeten bekundete, welche Letzteren hinwiederum Oesterreich nicht vor den Kopf stoßen konnte.

Einen Einblick in das Detail der Kontroversen geben zwei Privatschreiben, welche der Generaldirektor der Steuern, v. Pommer-Esche, zur Orientirung des Ministers Manteuffel an diesen richtete. Am 6. Jan. meldete derselbe, daß zwischen ihm und dem Minister v. Bruck starke Meinungsverschiedenheiten über die Dauer des Vertrags sowie über den Artikel 25 des Entwurfes aufgetreten seien, welcher von der Feststellung der zukünftigen Zolleinigung handelte. Er (Pommer-Esche) habe Herrn v. Bruck erklärt, bei der Fassung des preußischen gedruckten Entwurfes stehen bleiben zu müssen. „Ich motivirte diese Mittheilung im Wesentlichen durch die Absicht Preußens, nur wirklich Ausführbares und Nützliches zu verabreden, nicht aber sich zu etwas zu verpflichten (jährliche Erleichterung, Zolleinigung), über dessen Möglichkeit zur Zeit kein Sterblicher ein begründetes Urtheil fällen könne. Ich wies wiederholt darauf hin, daß Preußen, was es lieber wolle und könne, in seinem Entwurf bereits niedergelegt habe, daß dieses Erbieten viele Konzessionen enthalte und daß von der Ausführung eines Vertrages, welcher den wirklich bestehenden Verhältnissen entspreche, die angemessenste Entwicklung der gegenseitigen kommerziellen und industriellen Verhältnisse zu erwarten sei ꝛc. Herr v. Bruck wird sich zu Ew. Excellenz begeben, um von Hochdemselben eine Eröffnung über den Gegenstand zu erbitten. Er schlug selbst vor, die sonstigen Verhandlungen einstweilen zu sistiren, so daß ich nicht nöthig hatte, denselben Vorschlag zu machen."

Am 9. Jan. meldete v. Pommer-Esche, daß, obwohl Herr v. Bruck ihm am Mittwoch mitgetheilt hatte, daß, bei der von Pommer-Esche ihm hinsichtlich der Dauer des Vertrages ꝛc. gemachten Eröffnung, die weiteren Verhandlungen auch seines Erachtens zu sistiren sein würden, Herr v. Bruck ihn doch am folgenden Tage ersucht habe, die Verhandlungen fortzusetzen, namentlich die Tariffragen in gemeinschaftliche Erwägung zu nehmen, da mit Rücksicht auf seine Unterredung mit dem Minister Manteuffel ihm die Unterbrechung der Besprechungen doch nicht wünschenswerth erscheine.

„Gestern haben wir, unter Theilnahme des Herrn Delbrück, die Verhandlungen über die durch Zollerlaß und Zollermäßigung dem Verkehr zwischen

*) Vgl. Bismarcks Privatschreiben an den Minister Manteuffel, d. d. 7. Mai 1853, in dem Werk: „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 237 f.

Oesterreich und Preußen ꝛc. zu gewährenden Erleichterungen begonnen. Unsererseits ist vorweg der preußische Standpunkt in dieser Beziehung bezeichnet. Preußen hat das zur Zeit Ausführbare mit Berücksichtigung der österreichischen Vorschläge (Anlage 1 des Entwurfs A) in seinem Entwurfe zusammengestellt; nimmt weitere Erleichterungen für spätere Verhandlungen (1853) in Aussicht; wünscht aus bekannten Gründen den baldigen Abschluß des Vertrages und hält schon deshalb ein spezielles Eingehen auf die sehr umfassenden österreichischen Vorschläge für nicht zweckmäßig, indem bei dem Zusammenhange zwischen dem Tarif für den Zwischenverkehr und dem österreichischen und dem Vereinszolltarif die Erörterung über diese Vorschläge einer Revision beider Zolltarife gleichkommen würde; endlich ist Preußen nicht gewillt, mit Nichtberücksichtigung des Rechtsverhältnisses zu Hannover, Thüringen ꝛc., Oesterreich gegenüber Verpflichtungen zu übernehmen, welche zu Aenderungen des Zollvereinstarifs ohne zuvorige Zustimmung von Hannover ꝛc. nöthigen würden.

Herr v. Bruck meinte, die vorbehaltenen Verhandlungen könnten doch sogleich beginnen, da die südlichen Vereinsstaaten ja bereits mit den Tarifvorschlägen einverstanden, die nördlichen würden Preußen und Oesterreich unzweifelhaft beistimmen, jedenfalls würden wir doch die Besprechung über die österreichischen Vorschläge nicht ganz von der Hand weisen wollen.

Diese Entgegnung konnte uns nur bestimmen, den preußischen Standpunkt nochmals hervorzuheben. Wir nahmen jedoch um so weniger Anstand, auf die Besprechung des fertigen Theiles einer übersichtlichen Zusammenstellung der preußischen und österreichischen Vorschläge sogleich einzugehen, als dieser Theil eigentlich nur die preußischen Vorschläge enthält. Ueberdies ist es wohl ganz unbedenklich, daß das Anhören und Besprechen spezieller österreichischer Tarifanträge von dem preußischen Kommissarius von vornherein gar nicht abgelehnt werden kann. Wir fahren morgen in der Tarifbesprechung fort."

Tags vorher (8. Jan.) hatte sich der hannoversche Minister v. Schele in einem Privatschreiben an Manteuffel gewandt:

„Es bedarf keiner weiteren Versicherung, mit wie großem Interesse man hier auf die gegenwärtig in Berlin gepflogenen Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich sieht, und wie sehnlich man einen baldigen, allerseits befriedigenden Ausgang derselben hoffen zu dürfen glaubte. Gleichwohl darf ich nicht verschweigen, daß das Ausbleiben einer Entscheidung hier zu beunruhigen beginnt, und daß unerfreuliche, auf anderem Wege hierher gelangte Nachrichten die Ungewißheit über den endlichen Erfolg höchst peinlich gemacht haben. Für so zweckmäßig ich es erkennen muß, daß der Gang der Verhandlungen, der Stand der bisher gewonnenen Erfolge und der noch etwa gebliebenen Differenzpunkte an und für sich Geheimniß bleibe, so werden Ew. Excellenz doch ermessen, daß es für mich im Hinblick auf das nahe Interesse Hannovers von der allergrößten Wichtigkeit ist, einigermaßen den gegenwärtigen Stand der Sache übersehen zu können. Wenn ich daher mir erlaube, Ew. Excellenz um eine baldmöglichst zu ertheilende Auskunft in dieser Beziehung zu ersuchen, so glaube ich damit einen um so begründeteren Wunsch zu

äußern, als Ew. Excellenz in Ihrer Mittheilung vom 8. Nov. v. Js. in Aussicht zu stellen die Geneigtheit hatten, es werde eine fortdauernde gemeinschaftliche Erwägung des Gegenstandes der Berathungen eintreten können. War dabei auch zunächst die Anwesenheit eines speziell zu diesem Zwecke nach Berlin gesandten hannoverschen Bevollmächtigten vorausgesetzt, so wird doch daraus, daß diese Sendung unterblieben, sicherlich kein Grund gegen die Mittheilung der wichtigen Nachrichten entnommen werden dürfen. Ew. Excellenz würden mich auf das Verbindlichste verpflichten, wenn dieselben mir die geeigneten Nachrichten vertraulich so bald als thunlich zugehen und wo möglich mich diejenigen Punkte wissen lassen wollten, über welche eine vollständige Verständigung bis jetzt nicht hat erreicht werden können."

Der Minister Manteuffel theilte hierauf dem Minister v. Schele in Hannover in einem eigenhändigen Privatschreiben vom 13. Jan. mit, daß die in Berlin mit dem Minister v. Bruck gepflogenen Verhandlungen einen erwünschten Fortgang nähmen und er daher außer Stande sei, Punkte zu bezeichnen, welche eine Verständigung ausschlössen. „Man verhandelt gegenwärtig über den Tarif und braucht dazu allerdings Zeit. Später wird die Form, unter welcher der Abschluß den Koalitionsstaaten bekannt zu geben und die Wiener Konferenz aufzulösen sein möchte, noch der Verständigung bedürfen, es ist aber kein Grund vorhanden anzunehmen, daß daran die Verhandlung scheitern werde."

Das Interesse an der Zollfrage bekundete der Prinz von Preußen durch zwei fernere Schreiben an Manteuffel.

Coblenz, den 21. Jan. 1853.

„Es verbreiten sich seit einigen Tagen so alarmirende Gerüchte über den Stand der Zollunterhandlungen, daß ich Sie ersuche, nur zu meiner alleinigen Kenntniß, mir einige Notizen geben zu lassen, was an unserer Konzessionsleistung Wahres ist. Ich halte es zwar für unmöglich, daß daran etwas Wahrheit sein kann, aber es wird erzählt, daß man von allen Seiten in uns dringt, im Angesicht der sich nach und nach thürmenden äußeren Gefahren in der Zollangelegenheit rasch durch Nachgiebigkeit zum Abschluß zu gelangen. Auch wird hinzugesetzt, der böse Eindruck von Prokeschs Ernennung wäre bereits verwischt, und die durch dieselbe auch auf die Zollverhandlungen nachtheilige Einwirkung sei von uns vergessen."

Coblenz, den 5. Febr. 1853.

„Soeben sendet mir Oberst Griesheim Ihr gefälliges Schreiben, und danke ich Ihnen bestens für seinen Inhalt, der mich im Allgemeinen über das Zollresultat beruhigt. Details könnte ich Ihnen über die von uns gemachten Konzessionen nicht angeben; nur was die Zeitungen 4 bis 5 Tage hintereinander aussprengten und was meine Anfrage bei Ihnen veranlaßte, wußte und kannte ich, und dies mußte ich annehmen, sei auch Ihnen bekannt. Im Prinzip bin ich ganz mit Ihnen einverstanden, daß, wenn man zu einem Verständniß kommen will, man sich entgegen kommen muß, und es kommt dann nur auf die Bedingungen an. Die von

Ihnen gestellten und festgehaltenen erscheinen völlig nach wie vor die richtigen, so daß es nur sich einst zeigen wird, ob die Tarifkonzessionen theilweise onéreux sein werden."

Nachdem die Fragen, welche längere Zeit hindurch die Erzielung eines Einverständnisses bedroht hatten (Dauer des Vertrages mit Oesterreich sowie des Zollvereinsvertrages auf 12 Jahre, und daß die Verhandlungen über den Eintritt von Oesterreich in den Zollverein nach Ablauf von sechs Jahren begonnen werden sollten), konnten die Verhandlungen am 3. Febr. in Berlin beendigt und das Resultat derselben von Herrn v. Bruck nach Wien zur definitiven Entscheidung abgesendet werden.

Aus Anlaß der Unterzeichnung entstand noch ein Etikettenstreit im preußischen Lager, indem der Generaldirektor der Steuern, v. Pommer-Esche, den Minister Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben darum bat, ihn mit Rücksicht auf seine amtliche Stellung von der Vollziehung des Vertrages mit Herrn v. Bruck nicht ausschließen zu wollen:

„Meines Wissens besteht die konstante Praxis, daß, wenn ein Ministerialdirektor über einen Vertrag verhandelt, derselbe demnächst auch den Vertrag selbst vollzieht; der General-Steuerdirektor hat durch die von Sr. M. unterm 12. Aug. 1825 genehmigte Dienstanweisung vor anderen Ministerialdirektoren insofern eine bevorzugte Stellung, als er für manche Sachen die Ministerialinstanz bildet, und es ist noch nicht vorgekommen, daß ein preußischer General-Steuerdirektor zwar über einen Vertrag verhandelt, demnächst aber den Vertrag nicht vollzogen hätte. Ueberdies sind gerade die handelspolitischen und Zollverträge, wie der Vertrag mit Bayern vom 22. März 1833 (Ges. Samml. für 1833, S. 145), der Vertrag mit Sachsen vom 30. März 1833 (Ges. Samml. für 1833, S. 200) und überhaupt die Zollvereinigungsverträge von 1833 gemeinschaftlich von einem Königl. Geh. Staatsminister (Maaßen) und einem Königl. Ministerialdirektor (Eichhorn) vollzogen. Sollte ich nunmehr, zumal bei der Publizität, welche meine Verhandlungen mit Herrn v. Bruck erlangt haben, von der Vertragsvollziehung ausgeschlossen werden, so müßte dies allen mit den Verhältnissen bekannten Personen und namentlich den mir untergebenen zahlreichen Zollbeamten und den Kommissarien und Gesandten der Zollvereinsstaaten befremdend auffallen. Ja, ich darf nicht zweifeln, daß eine solche Ausschließung, welche ich meines Wissens nicht verschuldet habe, nicht anders als zu meinem Nachtheile ausgelegt werden würde, und daß durch dieselbe meine Stellung den Steuerbeamten und den Kommissarien der Zollvereinsstaaten gegenüber leicht eine sehr unerwünschte werden könnte."

Der Minister v. Manteuffel dachte groß in der Sache, indem er erwiderte, daß er allein darauf Werth lege, daß der in Rede stehende Vertrag abgeschlossen werde, und gar keinen darauf, wer ihn abschließe.

„Da Ew. Hochwohlgeboren nun wünschen, bei der Vollziehung zu konkurriren, so habe ich mich über die Bedenken, welche die Kenner diplomatischer Formen



dagegen angeregt, gern hinweggesetzt und die Genehmigung Sr. M. zu Ihrer Zuziehung eingeholt. — Ew. Hochwohlgeboren hiervon benachrichtigen zu können, ist mir um so erfreulicher, als Ew. Hochwohlgeboren nach dem Inhalte Ihres Schreibens darin eine Anerkennung Ihrer Leistungen und Bemühungen in dieser Angelegenheit finden, welche zu gewähren ich mit Ueberzeugung und gern bereit bin."

Daß der Vertrag noch in letzter Stunde zu scheitern drohte, erfahren wir aus folgendem eigenhändigen Privatschreiben des Ministers v. Bruck an den Minister v. Manteuffel, d. d. 19. Febr. 1853:

„Der Herr Minister v. der Heydt glaubt eine Aenderung im Verzeichnisse der Zollermäßigungen nicht genehmigen zu können, während ich nicht davon abzugehen in der Lage bin. Ich bedaure also, den Vertrag nicht unterzeichnen zu können, wenn Herr v. der Heydt auf seiner Weigerung beharren wollte, was mir erst in diesem Augenblicke durch den Minist.-Rath Delbrück gemeldet wurde."

Wer in der Sache schließlich nachgegeben hat, läßt sich ohne Kenntniß der Akten nicht sagen. Mit Genugthuung legte Manteuffel den Kammern die Verträge vor, durch welche der Anschluß an den Vertrag mit dem Königreich Hannover vom 7. Sept. 1851, die Fortdauer des Zollvereins für eine neue, zwölfjährige Periode gesichert und die Handelsbeziehungen desselben zu Oesterreich in einer Weise geordnet wurden, welche allen dabei betheiligten Ländern Vortheile versprach.*) Zur Rechtfertigung des mit Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrages vom 19. Febr. bemerkte Manteuffel u. A.:

„Der Vertrag bestimmt weiter nichts, als daß die Regierung mit Oesterreich im Jahre 1860 in Unterhandlung treten soll. Dies ist ein pactum de praecisendo, welcher nicht bindet, sondern der gegenwärtigen oder der folgenden Regierung völlige Freiheit läßt, zu beschließen, was dem Lande heilsam ist. Was die Zolleinigung mit Oesterreich betrifft, so glaube ich, daß Alle, welche die Verhältnisse kennen, von der Unmöglichkeit überzeugt sind, jetzt eine Zolleinigung zu Stande zu bringen. Es handelt sich um so heterogene Größen, daß diese in eine Einheit jetzt nimmermehr zu bringen sein würden. Wir haben geglaubt, in dem Bestreben, Oesterreichs Wünschen entgegenzukommen, so weit gehen zu müssen, als es irgend die Verhältnisse gestatten. Dies ist geschehen, und die Zukunft wird vielleicht für den Grenzverkehr noch weitere Erleichterungen möglich machen. Man mußte dabei auf das System der Zwischenzölle hingewiesen werden. Dieses System mag seine Bedenken haben, es wird aber dem Grenzverkehr wesentliche Vortheile bringen und ist als ein Auskunftsmittel zu betrachten, an dem man weiter anknüpfen kann. Im Allgemeinen stelle ich den Ausführungen des Vorredners entgegen, daß die Regierung erreicht hat, was zu erreichen möglich war."

*) Zu vergleichen die Reden Manteuffels in der zweiten Kammer am 18. März, 5., 9., 18. und 30 April 1853. Sten. Bericht, Bd. II, S. 706, 743, 800, Bd. III, S. 1003 und 1220 Noch am 11. Febr. 1853 fürchtete Manteuffel die Verlegenheiten, in die Preußen in der Zollfrage durch einen Traktatenbruch Hannovers versetzt würde. (Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 9.) Manteuffel richtete an Bodelschwingh die Frage, was man thun wolle, wenn Hannover die Traktate bräche; es sich gefallen lassen, bei dem Bunde klagen oder Krieg anfangen? (Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 10.) Vorlage des Gesetzentwurfs, betreffend die Bestrafung der Zollvergehen gegen fremde Staaten, durch Manteuffel in der zweiten Kammer am 16. April 1853. Sten. Bericht, Bd. II, S. 935.

Und dann an einer anderen Stelle:*) Der Vertrag erreiche nicht Alles, was zu wünschen ist, aber er sei als ein erfreulicher Anfang zu betrachten. Er zeige überdies, daß Preußen, wenn es mit Festigkeit auf eingeschlagenen Wegen beharre, immer zum Ziele gelange.

Drei Tage nach dem Abschlusse des Vertrages (22. Febr.) theilte der Minister v. Schele in Hannover Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben die beruhigende Nachricht mit, daß die zur Ausführung des Separatartikels 11 des Septembervertrages erforderlichen Gesetze von des Königs Majestät vollzogen seien und rechtzeitig veröffentlicht werden würden.

„Daß Ew. Excellenz durch eine anfänglich mißverstandene Aeußerung des Prinzen Isenburg in Betreff der Einführung des Tarifs vom 12. März unangenehm berührt worden sind, begreife ich um so mehr, als ich im vollsten Maße die Verdienste zu würdigen weiß, welche Hochdieselben um die jetzt gesicherte Lösung der Zollwirren Sich erworben haben. Mögen auch unsere Ansichten über die Mittel und Wege zu dem gemeinsam erstrebten Ziele mitunter sich getrennt haben, die auf die Erreichung des Ziels gerichtete Absicht war sicher dieselbe. Auch werden Ew. Excellenz der hiesigen Regierung das Zeugniß gewiß nicht versagen, daß in allen Fällen, in denen es sich um treue Erfüllung von Recht und Pflicht gehandelt, sie nie gewankt habe.

Hinsichtlich der von Ew. Excellenz gewünschten Aenderung des erhöhten hiesigen Tarifs, insoweit dabei die Grenze gegen den Zollverein in Betracht kommt, wird eine Verständigung bei den in Berlin wieder zu eröffnenden Verhandlungen hoffentlich leicht und bald sich erzielen lassen. Nach den darüber abgegebenen Erklärungen der hiesigen Stände würde die hiesige Regierung nicht in der Lage sein, den Wünschen Ew. Excellenz ohne Weiteres zu willfahren.

Die von Ew. Excellenz an die Staaten des Zollvereins erlassene Cirkulardepesche hat meinen vollsten Beifall. Sie ist durchaus versöhnlich gehalten und faßt das praktische Bedürfniß, »die rasche Erledigung der Sache«, völlig richtig auf."

Manteuffel hatte durch die ebenerwähnte Depesche den Vertrag mit Oesterreich vom 19. Febr. durch eine vom gleichen Tage datirte Depesche den sämmtlichen Zollvereinsregierungen mitgetheilt und dieselben eingeladen, den Verhandlungen über Erneuerung der Zollvereinsverträge am 10. März in Berlin wieder fortzusetzen. Diese Verhandlungen verliefen so glatt, daß am 4. April 1853 der neue Zollvereinsvertrag unterzeichnet werden konnte, wodurch nach mehrjährigem Hader endlich wieder Friede im Zollverein eintrat.

Infolge dieser großen Errungenschaft richtete der Großherzog Friedrich von Baden am 20. April aus Karlsruhe an Manteuffel das nachstehende Handschreiben:

„Die in den letzten Monaten erfolgte befriedigende Lösung der für die Interessen Deutschlands so überaus wichtigen Zoll- und Handelsangelegenheit, an deren Entwickelung Ich den lebhaftesten Antheil genommen, hat Mich mit großer

*) Rede in der ersten Kammer am 9. Mai 1853, Sten. Bericht, S. 1059.

Freude erfüllt. Mit wahrem Wohlgefallen habe Ich vernommen, daß die Erzielung dieses höchst erfreulichen Resultats hauptsächlich den unermüdlichen und aufopfernden Bemühungen Ew. Excellenz zuzuschreiben ist. Die vorzügliche Hochachtung, welche Ich den ausgezeichneten Verdiensten Ew. Excellenz schon längst widmete, ist hierdurch wesentlich erhöht und der lebhafte Wunsch in Mir rege geworden, Ihnen einen bleibenden, öffentlichen Beweis Meines Dankes und Meiner Anerkennung zu geben. Als einen solchen ersuche Ich Ew. Excellenz, Meinen Hausorden der Treue sowie das Großkreuz des Zähringer Löwen-Ordens anzunehmen, deren Insignien Ich Ihnen in der Anlage zugehen lasse. Empfangen Sie zugleich die Versicherung aufrichtiger Wohlgeneigtheit."*)

Daran reihte sich**) (19. Mai) das nachstehende Handbillet des Herzogs von Braunschweig:

„Ew. Excellenz sind die Gesinnungen der aufrichtigen Anerkennung längst bekannt, welche Ich Ihren ausgezeichneten staatsmännischen Eigenschaften und Ihren großen Verdiensten um ganz Deutschland widme. Diese Verdienste haben Ew. Excellenz durch die weise Festigkeit und Umsicht, durch welche es Ihnen gelungen ist, die für ganz Deutschland und besonders für Mein Herzogthum so segensreiche Erweiterung und Erneuerung des Zollvereins zu Stande zu bringen, in so bedeutender Weise erhöht, daß Ich Mich aufgefordert fühle, Ew. Excellenz einen offenkundigen Beweis Meiner wahren Verehrung zu geben, indem Ich Ew. Excellenz ersuche, die Insignien des Großkreuzes Meines Ordens Heinrichs des Löwen anzunehmen, welches Ich Ew. Excellenz sammt den Statuten hierbei übersenden lasse, und welches Ich Ew. Excellenz bitte, als ein ganz besonderes Merkmal der ausgezeichneten Hochachtung zu betrachten."

Am 30. Nov. berichtete Graf Eulenburg, der spätere Minister des Innern, damals Generalkonsul in Antwerpen, von dort privatim dem Minister Manteuffel:

„Bisher habe ich mich auf große Handelsberichte noch nicht eingelassen, ich wollte nicht, wie Minutoli, damit anfangen, nach einigen Monaten Aufenthalts in Belgien Bücher und Abhandlungen über das Land zu schreiben. Außerdem ist mir die Sache so neu, daß ich aller Anstrengung bedarf, um mich nur einigermaßen hineinzuarbeiten. Ich hoffe aber, es wird mir mit der Zeit gelingen, freilich nur durch Selbststudium, denn hier in Antwerpen ist es mir bisher noch nicht gelungen, auch unter den angesehensten Kaufleuten einen zu finden, der seinen Blick über Häute, Farbholz oder Kaffee zu erheben vermag. Dagegen schwelgen sie in Selbstbewunderung, halten Antwerpen für den ersten Ort der Welt und den Bürgermeister für unfehlbar. Es übersteigt überhaupt alle Begriffe, was hier im Lande mit seinen Institutionen, mit Loyalität, Patriotismus und politischer Einsicht ge

*) Am 2. Mai bedankte sich Manteuffel bei dem Großherzog für diese Auszeichnung.

**) Von Sachsen-Weimar wurde Manteuffel durch Verleihung des Hausordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken ausgezeichnet.

prahlt wird. Der Umstand, daß Belgien im Jahre 1848 ruhig geblieben ist, hat ihnen die Köpfe verdreht; aber sicherlich war wirklicher Patriotismus und Anhänglichkeit an das Königliche Haus der Grund nicht, warum Belgien damals von heftigen Erschütterungen befreit blieb. Dieser Grund lag vielmehr darin, daß die geschicktesten und ehrgeizigsten Agitatoren, wie Rogier, an der Spitze des Ministeriums standen, ihre ganze Kunst anwendeten, am Ruder zu bleiben, und ihren Einfluß und ihre Verbindungen anwendeten, noch mehr als bisher den Schwerpunkt der Gewalt in das Parlament, höchstens in ein aus diesem hervorgegangenes Ministerium zu legen. Es ist ihnen gelungen. Die Königliche Gewalt ist hier ein Schatten und wird es bleiben, es mag eine Partei ans Ruder kommen, welche da wolle. Am allerwenigsten ist von der katholischen Partei zu erwarten. Sie ringt mit den Liberalen um die Herrschaft, lediglich um der Herrschaft willen, aber nicht, um dann ein wirklich konservatives Regiment einzuführen. Das weiß der König auch recht gut, er möchte sich von diesem Parteien- und Parlamentszwange losmachen; er wollte, als das Ministerium Rogier seine Entlassung gegeben hatte, ein ganz außerparlamentarisches Ministerium bilden und mit diesem andere Saiten aufziehen. Aber er hat in ganz Belgien auch nicht einen Mann gefunden, der geneigt gewesen wäre, sich für ihn zu opfern; er wird auch nie einen finden. Jeder Mann von irgend welcher Bedeutung steckt tief in irgend welcher Koterie; er thut nichts ohne ihre Beistimmung, ohne die Versicherung ihrer Unterstützung, und eine Koterie, Königlich und konservativ, wie bei uns, giebt es nicht. Hier sieht man erst recht lebhaft das konstitutionelle Wesen in seiner Blüthe, und das mag in einem kleinen Ländchen wie Belgien, mit einer Bevölkerung, die sich leicht selbst regiert, noch gehen. Was würde aber aus Preußen werden, wenn man nur noch aus Schicklichkeitsrücksichten des Königs zuweilen erwähnte und ihm nichts zu hören gäbe als: Sieh', König, was Du für vortreffliche Unterthanen hast, und nimm ein Beispiel daran! Trotz all' diesem Selbstbewußtsein haben die guten Leute aber doch eine gewaltige Angst vor Frankreich, was sich aufs Neue dadurch bekunden wird, daß sie à tout prix einen Handelsvertrag mit Frankreich abschließen werden, obwohl sie sich materiell sicherlich ohne eine solchen viel besser befinden würden. Für den Fall einer feindlichen Invasion scheint ihre ganze Hoffnung auf Preußen gesetzt zu sein, denn bei der Hoffnung auf England gruselt es ihnen ein wenig. Sie fürchten, wenn die Engländer einmal in Antwerpen seien, würden sie so leicht sich nicht wieder zum Räumen entschließen.

Graf Seckendorff geht morgen nach Stuttgart ab, und Herr v. Brockhausen hat, wie ich höre, seine Reise nach Neapel aufgegeben, um möglichst bald den Grafen Seckendorff zu ersetzen. Ob ich bei Herrn v. Brockhausen freundliche Unterstützung finden werde, ist mir zweifelhaft; er ist mit Mißtrauen gegen mich hergekommen, hat geäußert, ich sei ehrgeizig und intriguant, und er sei nicht sicher, daß ich neben ihm politische Berichte machen werde. Ich bin gezwungen gewesen, hier ein ganzes Haus zu miethen und mich vollständig einzurichten, anders war es gar nicht möglich, das Bureau unterzubringen. Manchmal bin ich in dieser Kaufmannsstadt ganz melancholisch; ich hoffe aber, es wird mit der Zeit besser werden." —

Manteuffels Stellung zu den in Frankfurt a. M. verhandelten Bundestagsfragen ist aus „Preußen im Bundestag“ zu entnehmen.*)

Am 14. Jan. theilte der herzogliche Minister v. Schätzell aus Bernburg in einem eigenhändigen Privatschreiben dem Minister Manteuffel mit: „Unser Landtag bezeigt sich ziemlich ungebärdig, so daß an ein friedliches Zustandekommen des Revisionswerks der Verfassung gar nicht zu denken ist. — Eine wesentliche Schuld trägt hierbei allerdings mein Kollege, der, mit einer starken Inklination zum Konstitutionalismus behaftet, von dem Mißtrauen beseelt ist, welches in der Atmosphäre dieses Jahres zu liegen scheint, und sich daher mit einiger Aengstlichkeit an unsere ganz ungenießbaren Verfassungszustände anklammert. Meine Hoffnung ist allein auf den Protest der alten Stände gegen unsere jetzige Verfassung gerichtet, der dem Vernehmen nach unter der Aegide des Geheimraths Pernice ehestens zu Stande kommen wird. Dieser Moment möchte aber auch wohl derjenige sein, wo mein und meines Kollegen Wege völlig auseinandergehen werden, da nicht zu bezweifeln ist, daß er sich diesem Proteste gegenüber zum Retter unserer Verfassung aufwerfen wird, während ich nur wünschen kann, daß er zu einer bundeskommissarischen Regelung derselben führen möge.“

2. Innere Politik.

Die Richtung, nach welcher die Regierung die Reform der Verfassung bewirken wollte, war in der Eröffnungsrede Manteuffels vom 29. Nov. durch folgende Sätze charakterisirt: „Die Regierung ist weit davon entfernt, Freiheiten in Frage zu stellen, deren weisen Gebrauch sie für die sittliche Entwickelung des Volkes selbst für nöthig erachtet, aber die Geschichte des Landes sowie seine gegenwärtigen Verhältnisse machen es unzweifelhaft, daß die Königliche Gewalt in Preußen durch Theilung nicht gelähmt und geschwächt werden darf. Die Einheit von Thron und Land, der Beruf einer von Parteibestrebungen unabhängigen Regierung zur Gerechtigkeit gegen Alle, die Eintracht aller Theile des Volkes in der Hingebung an das Vaterland, diese Grundlagen der Wohlfahrt Preußens im Innern und der Erhaltung seiner europäischen Stellung müssen vielmehr durch die Verfassung

*) Erlasse Manteuffels an Bismarck, betr. die Stärke und Zusammensetzung des Bundesheeres, d. d. 27. Dez. 1852 und 28. Febr. 1853, Bd. I, S. 176 Note 1 und S. 197 Note 1. Vertrauliches Schreiben Manteuffels an B., betr. die Verleihung des Titels „Hofbankier“ an Herrn v. Rothschild, d. d. 30. Dez. 1852, Bd. IV, S. 132. Erlaß, betr. die Billigung von Bismarcks Verfahren gegen die Uebergriffe von Prokesch, d. d. 13. Febr. 1853, Bd. I, S. 194 Note 1. Telegramm, betr. das Attentat auf den Kaiser von Oesterreich, Bd. I, S. 200 Note. Erlaß, betr. die Verhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg vom 21. Febr. 1853, Bd. I, S. 202 Note 1. Erlaß, betr. die Revision der Geschäftsordnung vom 23. April 1853, Bd. I, S. 220 Note 1. Telegramm in der Ulm-Rastatter Festungsbausache vom 9. Mai 1853, Bd. I, S. 237 Note 1. Erlaß, betr. die Bildung eines technischen Bureaus der Militärkommission vom 13. Mai 1853, Bd. I. S. 227 Note 1.

der Monarchie feste und sichere Bürgschaften empfangen.“ Im Einzelnen ist Nachstehendes zu bemerken:*)

Am Schlusse der vorigen Session war eine Einigung über eine anderweite Bildung der ersten Kammer nicht erzielt worden. Die Regierung sah sich daher veranlaßt, nach Maßgabe des Art. 65 eine provisorische Anordnung zu treffen, welche sie den Kammern zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorlegte.**) Zugleich (9. Dez.) brachte der Minister des Innern, v. Westphalen, in beiden Kammern einen Gesetzesvorschlag über die Bildung der ersten Kammern ein, welcher den Zweck hatte, die Krone in dieser Beziehung von Beschränkungen zu befreien, die in den Interessen des Landes keine hinreichende Begründung fanden.***)

Am 20. Dez. 1852 theilte der Minister v. Westphalen Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben die schweren Bedenken mit, welche sich ihm in der Frage der ersten Kammer vor der Abgabe seiner weiteren Erklärungen in der Kommission aufdrängten.

„Die ganze Sache ist so überaus wichtig, daß ich die Verantwortlichkeit für die gute Vertretung des Willens Sr. M. des Königs und Seiner Regierung in dieser schwierigen Angelegenheit nicht hoch genug anschlagen kann. Ich habe den ernstlichsten Vorsatz, zur Durchführung dieses Willens an meinem Theil gewiß Alles beizutragen, was in meinen Kräften liegt; aber ich verberge mir nicht, daß meine Fähigkeit den Erwartungen, welche man mit Recht von mir hegen mag, nicht gewachsen ist. Jedes Wort, welches ich den einflußhabenden Mitgliedern der Kammern in und außer den Kommissionen zu sagen habe, kann auf die Bestimmung ihrer Entschließungen von Folgen sein; das geringste Versehen, das kleinste zu viel oder zu wenig kann zu Resultaten Veranlassung geben, die Niemand aufrichtiger vermieden sehen kann als ich selbst. Meine bisherigen Auslassungen haben die Kommission noch zu keinen Entschließungen gelangen lassen, sie nicht befriedigt, und sie sieht bestimmten Erklärungen der Staatsregierung entgegen. Nach dem mir übertragenen Ressort sehe ich ein, daß mir die Pflicht obliegt, diese schließlichen Erklärungen zu geben, ich will mich derselben auch nicht entziehen; aber ich habe die lebhafteste Besorgniß, daß es mir nicht gelingen wird, dies in einer Sr. M. und die Herren Staatsminister befriedigenden Weise zu thun und zu erwünschtem Ziele zu führen. In dieser Bedrängniß wende ich mich an Ew. Excellenz. Hochdieselben übersehen am vollständigsten und richtigsten die ganze Situation. Von wem könnten die Mitglieder der Kommission das beste, das entscheidende Wort der Regierung Sr. M. erwarten als von Ew. Excellenz. Gestatten Sie mir daher, verehrter Herr Ministerpräsident, die angelegentliche Bitte, daß Ew. Excellenz

*) Manteuffel eröffnete und schloß die Kammern. (Sten. Berichte der zweiten Kammer, Bd. I, S. 1 und Bd. III, S. 1555.) Er sprach in der zweiten Kammer 32 mal, in der ersten Kammer 6 mal.

**) Vgl. oben S. 222.

***) Sten. Bericht der zweiten Kammer, Bd. I, S. 72 und Drucksachen dieser Kammer Nr. 15.

die Geneigtheit haben möchten, der Kommissionssitzung (welche um 10 Uhr heute Vormittag stattfindet) selbst beizuwohnen und Namens der Staatsregierung diejenige Mittheilung über deren Intention bei der Vorlage über die künftige Bildung der ersten Kammer zu machen, welche Sie in Ihrer Weisheit für die geeignetste erachten. Ich zweifle keinen Augenblick, daß dies mit der lebhaftesten Dankbarkeit von den Kammermitgliedern entgegengenommen werden und daß eine Entscheidung aus Ew. Excellenz Munde dieselben zur richtigen Würdigung ihrer Pflicht und ihrer Aufgabe leiten und das ersehnte Resultat der Kommissionsberathung und des Plenums am besten sichern würde."

Manteuffel konnte sich aber zur Theilnahme an den Kommissionsberathungen nicht entschließen, überließ vielmehr die Vertretung des Regierungsstandpunktes ausschließlich dem Minister Westphalen.*)

Die Aussichten für das Zustandekommen dieses Gesetzes waren zu Anfang nicht günstig.

„Die erste Kammerfrage — so schrieb der Prinz von Preußen am 5. Febr. 1853 aus Coblenz an Manteuffel — nimmt genau die Allüren des vorigen Jahres!!!!"

Und dann am 24. Febr. gleichfalls aus Coblenz:

„Wenn die erste Kammerfrage auch in der zweiten Kammer durchginge, dann kommt der ebenso wichtige Moment der Konstituirung derselben durch den König. Ich habe den König gebeten, mich dabei hören zu wollen, weil die Sache wegen der Prinzipien und Persönlichkeiten so enorm wichtig für die ganze Zukunft Preußens ist. Ich hoffe, Sie werden nichts gegen diesen Wunsch haben. Ich glaube u. A., daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn die Prinzen des Königlichen Hauses nicht Mitglieder wären, weil ihre Position zum König und Gouvernement oft eine sehr schiefe werden kann; und dann der Eid! Wir Prinzen schwören keinen Militäreid, können also auch keinen Konstitutionseid schwören!"

Am 10. März bemerkte Manteuffel bei Berathung des Gesetzentwurfs in der zweiten Kammer:**)

„Es sind gegen die Regierungsvorlage Bedenken von zweierlei Art geltend gemacht worden: formelle, insofern es sich um eine Aenderung der Verfassung handelt, und materielle, in Bezug auf den Inhalt der Verfassungsartikel, die zur Annahme vorgeschlagen sind.

Was die formellen Bedenken betrifft, so glaube ich, haben die wiederholten Beschlüsse dieses hohen Hauses, welche von der Mehrheit angenommen worden sind, den Beweis geliefert, daß, so hohe Achtung man auch für die Bestimmungen der Verfassung hat, man doch bereit ist, sie zu verbessern und auszubauen, und daß das gerade im wärmsten Interesse für die Verfassung geschehen kann. Ich darf also über diesen formellen Standpunkt hinweggehen. Was die materielle Seite der Sache betrifft, so legt allerdings die Vorlage der Regierung ebenso, wie die veränderte Fassung, in der sie aus der ersten Kammer hervorgegangen ist, eine wichtige Festsetzung lediglich in die Hand der Krone, und insofern ist dann wesentlich eine Verstärkung der

*) Der Kommissionsbericht findet sich unter den Drucksachen der ersten Kammer Nr. 81.
**) Sten. Bericht, Bd. II, S. 631.

Königlichen Gewalt zu erkennen, welche von Beschränkungen und Satzungen befreit wird, an welche sie bisher gebunden war; die bisherige in der Verfassung vorgezeichnete Bildung der ersten Kammer ist von keiner Seite als genügend bezeichnet worden, und sie ist es in der That nicht. Es würde aber kaum möglich sein, im legislativen Wege diejenigen Festsetzungen zu treffen, welche zur Bildung einer Körperschaft, wie die erste Kammer es sein soll, nöthig wäre, und deshalb hat man geglaubt, im wohlverstandenen Interesse des Landes diese Befugnisse in die Hände der Krone legen zu müssen.

Es ist nun darauf hingedeutet worden, daß bei dieser Schöpfung doch das Ministerium eine wesentliche Mitwirkung haben werde. Es ist auf die Verantwortlichkeit der Minister hingewiesen worden, es ist von Vertrauen oder Mißtrauen, welches man zu dem jetzigen Ministerium habe, gesprochen. Es ist mit dem Vertrauen ein eigen Ding. Am wenigsten kann man es sich mit Worten erbitten, und das ist auch nicht meine Absicht. Aber wenn ich auch im vollen Sinne die Verantwortlichkeit der Minister anerkenne, so glaube ich doch, daß in einem Lande, wie Preußen, welches durch seine Monarchen groß und stark geworden und von jeher zusammengehalten worden ist, welches deshalb in untrennbarem Zusammenhange mit seinem Regentenstamme steht, auch eine Verantwortlichkeit der Krone besteht und nie aufhören kann. Die Könige von Preußen werden das Loos ihres Landes immerhin zu theilen haben, und wenn ihre Entschließungen den Landesinteressen zuwider sind, so werden sie ihren eigenen Interessen zuwider sein. Was sind wir Minister denn? Ein Wink des Königs entfernt uns, und ich meinestheils küsse die Hand, die mir diesen Wink giebt. Ich glaube also, wenn bei diesem entscheidenden Moment auf die jeweiligen Minister hingewiesen ist, so trifft diese Hinweisung nicht zu. Die Krone hat ein zu starkes inniges Interesse, welches mit dieser ganzen Frage zusammenhängt; ihre eigene Existenz ist zu innig damit verwebt, als daß man da von Ministerverantwortlichkeit und von Rücksichten sprechen könnte, die in ihrer Person beruhte.

Es ist von einer Seite auf eine Stelle der Thronrede hingedeutet worden, aus welcher ein Bedenken gegen die Annahme der Proposition hergeleitet worden ist, welche als eine bedenkliche bezeichnet und als ein Motiv angeführt worden ist, gegen die Regierungsvorlage zu stimmen. Ich glaube nicht, daß es hier der Ort ist, einen Kommentar zur Thronrede nachträglich zu geben. Mir scheint es übrigens, daß jene Stelle falsch verstanden worden ist. Wenn ich mich nicht irre, so hieß sie:

»Die Königliche Gewalt in Preußen darf nicht getheilt werden.«

Es ist, soviel ich weiß, noch keinem der hohen Häuser eingefallen, Theil an der Königlichen Gewalt in Preußen zu nehmen. Ich glaube, die hohe Bedeutung, welche die beiden Häuser haben, ist durch jene Aeußerung in keiner Weise verletzt worden. Ich kann Ihnen nur dringend rathen und Sie bitten, daß Sie dieser Vorlage Ihre Zustimmung geben, daß Sie das Vertrauen nicht zu den Ministern, sondern zur Krone — haben, daß sie das, was ihr hiermit übertragen wird, in einer Weise ausführen werde, die ihr und dem Lande zum Heile und zum Frommen gereicht."

Noch in derselben Sitzung stimmte die zweite Kammer dem Entwurfe mit einer überwältigenden Majorität zu (241 gegen 70 Stimmen). Die Frage war damit hauptsächlich durch Manteuffels Verdienst endlich nach langen und heißen Kämpfen zu einer alle Theile befriedigenden Lösung gelangt. —

Bereits in der letzten Legislaturperiode war durch die Uebereinstimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung das Hauptprinzip, welches der Gemeindeordnung vom 11. März zu Grunde lag, wonach eine allgemeine Gemeindeordnung für den ganzen Staat erlassen war, aufgegeben worden. Hierauf faßte die Regierung im Juni*) den Entschluß, die weitere Einführung der Gemeindeordnung und der

*) Am 19. Juni 1852, wo im Konseil die Manteuffelschen Ideen über die Kommunalgesetze ungefähr durchgingen, ging Gerlach dem Premier zu Leibe über seine Offenheit gegen seine Kollegen und die Leute, zu denen er Zutrauen habe. Manteuffel beklagt sich, daß diese ihn tyrannisiren wollten. Gerlach, a. a. O., Bd. I, S. 774.

darauf begründeten Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung zu sistiren und den Kammern neue Vorlagen zu unterbreiten, gestützt auf den Rechtszustand vor dem 11. März 1850.

In Verfolg dieses Beschlusses legte der Minister Westphalen am 9. Dez. der zweiten Kammer zwei Gesetzentwürfe vor; der eine betraf die Aufhebung des Art. 105 der Verfassungsurkunde, der andere sprach aus, daß die darauf basirte Gemeindeordnung vom 11. März 1850 und die Kreis- und Provinzialordnungen von demselben Tage aufgehoben seien, und daß auf der Grundlage der früheren Gesetze in diesem Gebiete speziell provinzielle Gesetze ergehen sollten.*)

Bei Berathung der neuen Vorlagen erklärte Manteuffel:**) Er habe die Gemeindeordnung gegeben, aber nicht in ruhigen Zeiten. Es seien einmal gewisse Verheißungen gewesen, die ihn dazu vermocht, andererseits das Bedürfniß, nur einigermaßen einen gesetzlichen Zustand zu begründen. Gegenwärtig sei ein ganz anderer Zustand als 1850. Damals hätte wesentlich nur die Königliche Gewalt bestanden, und man habe kein anderes Material zur Verwendung gehabt als die Bureaukratie. Seit jener Zeit hätten sich die Verhältnisse wesentlich abgeklärt, und der Minister des Innern habe sich der Mühe unterzogen, die neuen Zustände durch Gesetze zu befestigen. Er müsse der Kammer abrathen, in der vorliegenden Frage der Regierung Hindernisse entgegenzulegen. Wenn man ihm Inkonsequenz vorwerfe, so gebe es Fälle, wo Konsequenz ein Verbrechen sei, und er habe das Wohl des Vaterlandes immer einer unnützen Konsequenzmacherei vorgezogen.

Als dem Ministerpräsidenten noch einmal Aeußerungen aus älterer Zeit vorgehalten wurden, bemerkte derselbe:***) Er sei fern von pharisäischer Selbstgenügsamkeit, die immer Recht zu haben glaube. Es sei den Ministern vorgeworfen, sie wollten auf alte Zustände zurück, die gerade die Revolution hervorgebracht hätten, jene Revolution sei von Allen verschuldet worden. Es müsse indeß nicht mit den Schlagworten Revolution, Reaktion umhergeworfen, sondern das wahre Bedürfniß des Landes berücksichtigt werden.

Bei Bekämpfung der versteckten Stimmenabgabe bemerkte Manteuffel:

„Der Abgeordnete Lette wünscht Aufrichtigkeit und Wahrheit bei der Wahl. Aufrichtigkeit wünschen wir auch und darum Offenheit. Ich kann nicht einsehen, wie das sittliche Gefühl an einem verdeckten Stimmzettel sich manifestire. Wenn der Redner sich auf England beruft, so frage ich Sie nur, welche Partei dort für geheime Stimmgebung ist. Ich habe nie geleugnet, daß jede Art der Stimmgebung ihre Bedenken hat. Dennoch bin ich für die öffentliche, da die geheime von denen am meisten gewünscht wird, die ihre Absichten im Finstern zu erreichen streben.“ †)

*) Sten. Bericht der zweiten Kammer, Bd. I. S. 72. — Drucksachen derselben Nr. 13 und 14.

**) In der zweiten Kammer vom 1. Febr. 1853. Sten. Bericht, Bd. I, S. 191, 200.

***) In derselben Kammer vom 3. Febr. Sten. Bericht, Bd. I, S. 203, 223. Erklärung Manteuffels, a. a. O., über eine Abstimmung, Bd. I, S. 345.

†) In der zweiten Kammer vom 15. April 1853. Sten. Bericht, Bd. II, S. 904 und 912. Wunsch Manteuffels, in Betreff einer baldigen Erledigung des ersten Gesetzes, Sten. Bericht über die Sitzung der zweiten Kammer vom 3. März, Sten. Bericht, S. 550. Bemerkungen Manteuffels bei der Schlußberathung, Sten. Bericht uber die Sitzung in der zweiten Kammer vom 4. März 1853, Bd. II, S. 553; daselbst auch eine frühere kurze Erklärung Manteuffels gegenüber dem Abgeordneten Grafen Cieszkowski.

Eine dritte Verfassungsvorlage bezweckte an Stelle der bisher vorgeschriebenen einjährigen Einberufung der Kammern eine solche alle zwei Jahre. Bei Berathung dieses Gesetzentwurfs begegnete **Manteuffel** zuerst dem Einwande,*) daß es bedenklich erscheine, die beschworene Verfassung aus Gründen der Zweckmäßigkeit zu verändern.

„Wir sind neulich eine in die Verfassung eingeschworene Kammer genannt worden. Mag der Ausdruck ungewöhnlich erscheinen, ich acceptire ihn vollkommen. Ich räume Niemandem in diesem Hause ein, daß er einen höheren Begriff von der Heiligkeit und Wichtigkeit eines Eides habe als ich. Aber, meine Herren, indem wir die Verfassung beschworen haben, haben wir auch den Artikel 107 beschworen, der eben den Weg andeutet, auf welchem wir in verfassungsmäßiger Weise die Verfassung ändern können. Sind wir also in die Verfassung eingeschworen, so sind wir auch in den Artikel 107 eingeschworen.

Es hat uns in der gestrigen Sitzung ein Mitglied dieses Hauses, welches früher unter anderer Landeshoheit stand, gesagt, wie zweckmäßig es doch gewesen sei, daß man in seiner früheren Heimath während einer langen Reihe von Jahren an der Verfassung nichts geändert habe; es habe das einen höchst glücklichen Zustand herbeigeführt, eine Versöhnung habe stattgefunden, die Verfassung habe tiefe Wurzeln im Volke geschlagen ꝛc.

Mag die Verfassung Wurzel geschlagen haben in jenem Lande, der Baum, welcher darauf wuchs, hat doch keine zwei Dezennien ausgehalten, und die Frucht, die er zuletzt getragen, ist eine ziemlich bittere gewesen. Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn man zeitig sachgemäße Aenderungen vorgenommen hätte. Ich will keine Parallele ziehen zwischen uns und jenem Nachbarlande. Es mag seine Vorzüge vor uns haben, wir haben vielleicht das vor ihm voraus, daß wir frischer und schneller zum Entschlusse und zur Ausführung schreiten, als es dort zu geschehen pflegt, und das ist uns meist gut bekommen. Man begegnet zuweilen einer pessimistischen Auffassung der Verfassungszustände; ich bekenne, daß das nicht die meinige ist, aber vielfach in den verschiedensten Theilen des Landes habe ich gehört, man ändere doch gar nichts an der Verfassung, man führe sie vollständig in ihrer Rigorosität aus, dann wird sie sich selber todtlaufen, es wird der Fall nicht eintreten, daß sie todtgehetzt zu werden braucht. Das ist nicht meine Auffassung; ich wünsche lebhaft und vor allen Dingen, daß in unserem Vaterlande die Rechtskontinuität bewahrt werde; ich halte dafür, daß das für die Bedeutung Preußens im In- und Auslande von höchster Wichtigkeit ist. Aber gerade weil ich von diesem Gesichtspunkte geleitet werde, deshalb verschließe ich mich nicht zweck- und sachgemäßen Aenderungen, ich glaube, das ist der Weg, wie wir unsere Zustände am besten befestigen können, und der Eid, den wir geleistet, hält uns nicht ab, sondern er führt uns dahin.

Daß im Lande der Wunsch einer sehr fortgesetzten Thätigkeit der Kammern vorhanden sei, das, glaube ich, läßt sich nicht behaupten. Ich räume vollständig ein, daß man unseren Berathungen mit Interesse folgt; aber ich frage Sie Alle, wenn wir so alljährlich in den vierten und fünften Monat hinein hier sitzen, reden und beschließen, ob dann dies Interesse nicht einigermaßen abgeschwächt und in das Gegentheil verwandelt wird. Nun, wenn dem so ist, wenn man seitens der Regierung und im Lande der Ueberzeugung ist, daß ohne Nachtheil der Krone für die Berufung der Kammern eine freiere Fristbestimmung gewährt werden kann, warum wollen Sie auf den Vorschlag nicht eingehen, der in den verfassungsmäßigen Rechten der Kammern nicht das Geringste ändert?

Es ist von dem ersten Redner angeführt worden, es würde zweckmäßig sein, die Thätigkeit des Staatsrathes eintreten zu lassen. Der Regierungskommissar ist hierauf bereits eingegangen, ich kann nur noch thatsächlich anführen, daß es mein ernster Wunsch und Wille gewesen ist, die Einberufung des Staatsrathes im Laufe des vorigen Jahres eintreten zu lassen, ich glaube, es wäre das **einmal** mit Rücksicht auf die wichtigen Vorlagen, die der Kammer in dieser Session gemacht worden sind, von hoher Wichtigkeit gewesen; zweitens aber auch würde es für die Ver-

*) Rede in der zweiten Kammer vom 10. Febr. 1853. Sten. Bericht, Bd. I, S. 368.

waltung gute und ersprießliche Wirkung gehabt haben. Gerade in dem Staatsrath, der die Spitzen der Behörden umfaßt, und der mit tüchtigen und frischen Elementen aus dem Lande versehen ist, da würde am ersten und am sachgemäßesten der so vielbesprochenen Bureaukratie in zweckmäßiger Weise entgegengewirkt werden können, da würde die höhere Einheit gefunden werden können, welche nöthig ist, um die Auswüchse der Verwaltung, die man mit dem Namen Bureaukratie bezeichnet, zu vermeiden. Mein Wille ist aber gescheitert einfach an der Zeit; es war nicht möglich, im Laufe des Herbstes irgendwie eine Staatsrathsberathung beginnen zu können.

Wenn der Redner, der zuerst gesprochen hat, anführte, daß die Kammern permanent sein müssen, dann möchte ich fast argwöhnen, daß er selbst jener pessimistischen Auffassung des Kammerwesens Raum giebt, denn das würde der sicherste Weg sein, dasselbe bei uns zu ruiniren. Deshalb bitte ich Sie im Interesse des Landes und der Kammer, den Vorschlag der Regierung anzunehmen."

Am folgenden Tage (11. Febr.) bemerkte Manteuffel zur Widerlegung einer Rede des Abgeordneten Riedel:*)

„Der Redner hat diejenigen Beschlüsse getadelt, die in den letzten Sitzungen von dem hohen Hause gefaßt worden sind, er hat sie wiederholentlich als reaktionär, als verderblich bezeichnet. Ja, daß die Beschlüsse dem Redner nicht zusagen, das war vorauszusehen, und er hat dagegen gestimmt. Es sind aber Beschlüsse der Mehrheit des hohen Hauses, und deshalb gültig und zu Recht bestehend, sie sind der Ausspruch des Hauses. Wenn nun in jenen Beschlüssen, wie der Redner anführte, gewisse Vorrechte konstituirt sind für einzelne Theile der Gesellschaft 2c., so glaube ich, ist es bei Weitem unverfänglicher, den jetzt zur Berathung stehenden Gesetzvorschlag anzunehmen, durch welchen die verschiedenen Klassen der Gesellschaft als solche gar nicht berührt werden, und der allein darin besteht, wie ich bereits anzuführen die Ehre hatte, daß der Regierung eine Fakultät verliehen werde, von der sie unter Umständen Gebrauch machen kann.

Der Redner hat von dem Kampfe und Zwiespalt gesprochen, zu welchem durch Ihre früheren Beschlüsse der Grund gelegt sei. Ich glaube, es ist eine Illusion, wenn man annimmt, daß Kampf und Zwiespalt sich überhaupt vermeiden lassen, am wenigsten durch eine Verfassung, durch diesen oder jenen Verfassungsparagraphen; das Leben ist einmal aus Kampf zusammengesetzt, und so lange wir in der menschlichen Gesellschaft leben, wird es Kampf und Reibungen geben. Ich meine nicht, daß durch den Beschluß, den Sie gefaßt haben, etwas beigetragen sei, noch viel weniger aber durch den, welchen jetzt zu fassen ich Ihnen anrathe. Dieser Grund erscheint also ganz hinfällig. Sodann hat der Redner angeführt, der ganze Zweck der Vorlage sei, das Kammerwesen in Vergessenheit zu bringen. Ich weiß sehr wohl, daß unsere Zeit im Vergessen es zu einer ziemlichen Fertigkeit gebracht hat; Viele haben das, was im Jahre 1848 schwer auf ihnen lastete, sehr bald vergessen, sie haben auch die Quellen vergessen, aus denen das gekommen ist, was wir 1848 erlebt haben. Aber, für so vergeßlich halte ich unser Volk nicht, daß es, wenn die Kammern alle zwei Jahre zusammentreten, wenn die Gesetze mit Zustimmung der Kammern erlassen werden, wenn die Wahlen stattfinden, die gewählten Abgeordneten unter ihren Mitbürgern wohnen, die Existenz der Kammern vergessen sollte. Die Kammern werden immer — und das hoffe und wünsche ich — ein wichtiges Moment in unserem Staatsleben sein, und sollten sie dennoch je vergessen werden, so wird der Umstand, daß die Regierung sie nur in zweijährigen Fristen zusammenzuberufen braucht, wahrlich nichts dazu beitragen.

Der Redner ist sodann auf das Kapitel der Oktroyirung gekommen. Da möchte ich doch einen Ausdruck, den er gebraucht hat, zu notiren mir erlauben, nämlich den Ausdruck, die Oktroyirung, welche von der Regierung in einzelnen Fällen geübt worden ist, sei ein Eingriff. Meines Wissens ist die Oktroyirung eine verfassungsmäßige Befugniß der Regierung; diese verfassungsmäßige Befugniß ist von ihr in einzelnen Fällen ausgeübt worden, die hohen Häuser haben ihre Zustimmung dazu erklärt. Ich glaube also, ein Eingriff ist in dem, was bisher geschehen ist, nicht zu erkennen; vielleicht in der Auffassung Einzelner, aber nicht nach der Auf-

*) Sten. Bericht, Bd. I, S. 375 und 382.

fassung der Majoritäten der Häuser. Der Redner hat ferner gesagt: wer heißt denn den Gutsbesitzern, den Geschäftsleuten, in diesem Hause zu sitzen? Ja, da frage ich, will denn der Herr Redner keine Gutsbesitzer, will er besitz- und geschäftslose Leute hier haben? Das kann wohl auch nicht die Absicht sein. Der Redner hat ferner gesagt, man solle doch die Verfassung nun endlich einmal als etwas Fertiges betrachten und auf ihr weiter bauen. Ich glaube, daß in politischen Dingen fertig und abgeschlossen eigentlich nichts ist. Ich glaube, daß das Leben in seiner Wandelbarkeit immer neue Formen verlangt, und daß man einer Verfassung nicht mehr schaden kann, als dadurch, daß man sie als etwas Verknöchertes und ein- für allemal Feststehendes betrachtet, daß man die in der Erfahrung begründeten und an sich unverfänglichen Verbesserungen von ihr abweist. Der Redner hat nun endlich hingewiesen auf den Untergang, dem wir wie Ilion entgegengehen. Es ist dies eine Vorhaltung, die uns zu anderen Zeiten auch schon gemacht worden ist. Natürlich trägt das Ministerium die Schuld dieses Unterganges, und in sehr kurzer Frist wird man in den schrecklichen Abgrund hinabrollen. Vor der Hand ist das noch nicht geschehen; ich glaube, wir können mit einiger Zuversicht weiter gehen und wollen abwarten, ob die traurigen Vorhersagungen eintreten werden.

Die Frage, die uns jetzt beschäftigt, ist, wie mir scheint, nicht von der enormen Tragweite; ich glaube nicht, daß das Land und die Verfassung dadurch untergehen, daß unter Umständen die Kammern einmal 10 oder 11 Monate später als bisher zusammentreten, und der Vorredner hat dies nach meinem Dafürhalten in keiner Weise dargethan, weshalb ich annehme, daß er es überall nicht konnte. Möge Ihre Entscheidung ausfallen, wie sie wolle, — ich glaube, die Frage wird früher oder später wieder einmal vor Sie treten."

Der Antrag auf zweijährige Berufung der Kammern wurde schließlich mit großer Majorität, 182 gegen 130 Stimmen, abgelehnt.

Am 9. Febr. schrieb der König — vermuthlich im Zusammenhang mit der vorstehenden Regierungsvorlage — eigenhändig:

„Theuerster Manteuffel! Soeben erfahr' ich, daß Quehl heut wieder in der zweiten Kammer erschienen ist.*) Ich hoffte, das würde nie mehr geschehen, weil er sich die letzten Male ferngehalten hatte. Ich begrüßte in diesem Umstande freudig den Akt, wodurch das Aergerniß, welches er gegeben hatte, gesühnt werden muß. Das Stimmen gegen die Regierungsvorlage ist noch das wenigst Bedenkliche seines jüngsten Betragens in der zweiten Kammer. Bei Weitem das Aergste ist sein Umhergehen unter den Deputirten und »sein Werben **in Ihrem Namen**« um Stimmen **wider** die Vorlage. Ich halte ehrlich dafür, daß er nicht »freien Geistes« ist. Aber auch mit dieser meiner mildernden Ansicht verlangt die Würde meiner Regierung einen Akt . . . Diesen Akt begrüßte ich in seinem Wegbleiben aus den Sitzungen. Heut nun steht's anders. Sein etwaiges Wegbleiben von heut an kann unmöglich mehr für den nothwendig gewordenen Akt gelten. Es muß zu Anderm geschritten werden. Nach vielfacher Erwägung Ihrer, des Ministerii und meiner eigenen Lage zu dem Aergerniß, ist mir eingefallen, daß Sie sich so oft über die Verlegenheiten gegen mich beklagen, welche vor Allem Varennes' Klagen über die Presse (und, wie Sie wissen, auch anderen Diplomaten) Ihnen, theuerster Manteuffel, verursachen. Ich gebe Ihnen daher hier zur Erwägung, ob folgendes Arrangement nicht zwei Fliegen mit einer

*) Trifft nach den namentlichen Abstimmungen, die am 9. Febr. erfolgten, zu. An diesem Tage stimmte derselbe aber für die Regierung.

Klappe schlüge, d. h. die diplomat. Klagen über die Presse in ein ganz und wesentlich verschiedenes Verhältniß (ohne alle Molestirung der Person meines auswärtigen Ministers) hinüberleiten, zugleich den unabweislichen Akt wider Quehl schaffen könnte: Sie schrieben und ich zeichnete eine Kabinets-Ordre, durch welche die Beaufsichtigung und der Beaufsichtiger der Presse (das Centralbureau für Preßangelegenheiten) vom auswärtigen Departement an das Departement des Innern überwiesen würde. Ihr höchster und entscheidender Einfluß auf diese Partie muß Ihnen, als Präsidenten des Staatsministerii natürlich bleiben. Der aber tritt von der Sichtbarkeit zurück und wird durch eine geheime Ordre geregelt.

Den außerordentlichen Vortheil, der Ihnen und Ihrer Stellung im Minister rath sowohl als dem diplomat. Corps gegenüber aus diesem arrangement erwachsen muß, sehen Sie ohne Zweifel klar ein. Lassen Sie mich nur Ihre Meinung bald wissen. Ich würde sie heut schon eingefordert haben, wenn wir uns gesehen hätten. Zum Schlusse noch mein Ehrenwort, daß **Niemand** von diesen Zeilen eine Ahnung hat.

Das aber bin ich Ihnen und unserm Verhältnisse schuldig zu erwähnen, daß ich nur mit Mühe und durch die Hülfe Gerlachs und Uhdens es habe hinter treiben können, 1. daß eine zahlreiche Deputazion der Kammern, 2. daß eine sehr zahlreiche Adresse aus deren Schoß »die Absetzung und Entfernung Quehls«, direct von mir gefordert hat. Das ist leider völlig unleugbar, daß Quehls Stimmen und Werben gegen die Regierungsvorlagen, mit schnödem Compromittiren Ihres Namens, das Ansehen der Regierung und das Vertrauen zu ihr erschüttert hat! — Helfen Sie! Auf Wiedersehen.

Friedrich Wilhelm."*)

Am 15. Febr. fühlte sich Niebuhr verpflichtet, dem Minister Manteuffel auseinanderzusetzen, aus welchen Gründen er und mehrere andere Mitglieder der Rechten, welche früher für das Grundsteuergesetz stimmen wollten, dies nicht mehr könnten.**)

„Nachdem Herr v. Ketteler am Donnerstag erklärt, er und seine Freunde würden gegen jede, auch ihnen erwünscht scheinende Veränderung der Verfassung stimmen, so lange die »Grundsteuer-Ausgleichung« nicht ausgeführt sei, und am Sonnabend Graf Stolberg-Stolberg mit glücklicher Naivetät die wahren Gesinnungen der Katholiken der westlichen Provinzen enthüllt hat, fühlen die Vertreter der alten evangelischen Provinzen sich in offenem Kriege gegen den katholischen —

*) Die namentlichen Abstimmungen vom 10. und 11. Febr. lassen ersehen, daß Quehl sich auch ferner an den Abgeordnetenhaus-Verhandlungen betheiligt hat; indessen stimmte derselbe durchweg für die Regierungsanträge.

**) Gerlach, das Haupt der Kreuzzeitungspartei, hatte mit folgenden Bemerkungen den Stab darüber gebrochen. „Das Grundsteuergesetz ist sehr übel, weil es nichts einbringt, nichts beruhigt, nichts abmacht, sondern nur der Gleichheit huldigt, und dann auch, weil es Patow ausgearbeitet hat. Im Staatsministerium hatte Bodelschwingh die anderen Minister aufgefordert, ihn bei der Sache zu unterstützen, aber nur wenig Anklang gefunden. Ludwig will ihm geradezu den Krieg erklären." Gerlach, a. a. O., Bd. II., S. 10, 14, 16.

überwiegenden — Theil der westlichen Provinzen. Nun hat die „Grundsteuer-Ausgleichung“ den Charakter einer Konsequenz des Sieges, den 1848 die westlichen Provinzen über die alten Provinzen erfochten haben, und nachdem wir diesen Sieg vergolten, und die westlichen Provinzen, selbst die getreue Grafschaft Mark buchstäblich wiedererobert haben — man gedenke Iserlohns — wollen wir nicht als Eroberte behandelt werden. Die „Grundsteuer-Ausgleichung“ trifft aber gerade die besten Provinzen am härtesten, Preußen ausgenommen, dessen Grundsteuerbetrag fast gar nicht alterirt wird. . . (Letzteres wird von Niebuhr des Weiteren ziffermäßig ausgeführt). Also hat die Maßregel recht eigentlich den Charakter einer Bedrückung der besten Provinzen. Erwägt man nun, wie bei allen Verwendungen von Staatsgeldern die westlichen Provinzen seit 1815 bevorzugt worden sind, daß die östlichen Provinzen die Kriegsschuldensteuer, fast die ganze Branntwein- und Rübenzuckersteuer tragen, so erscheint das Mißverhältniß noch greller. Vorzüglich sind die Städte durch den Gesetzentwurf gravirt. Die Kriminalkosten, zu deren Zahlung sie rechtlich sich nicht verpflichtet erachten, werden ihnen auf die Entschädigung abgerechnet, nach § 32 b die ihnen gehörigen Gebäude konfiszirt.

Ew. Excellenz wollen aus diesen kurzen Zügen ersehen, daß kein faktiöser Oppositionsgeist, sondern wohlerwogene Gründe uns bewegen werden, gegen die „Grundsteuer-Ausgleichung“, welche in Wahrheit eine „Grundsteuer-Ueberbürdung“ der alten und besten Provinzen ist, zu stimmen.

Für meine Person erlaube ich mir noch zu bemerken, daß ich keiner Provinz angehöre und von der Maßregel gar nicht betroffen werde, daß aber die beiden märkischen Kreise, die zu vertreten ich die Ehre habe, Westhavelland und Zauche-Belzig von 44 732 Rthlr. neuer Grundsteuer und nach Abzug der wegfallenden alten Steuern von 19 679 Rthlr. Erhöhung, d. i. 27,17 Prozent der bisherigen Steuer, betroffen worden und 24 Sgr. 4 Pfg., also 6 Pfg. mehr als die westlichen Provinzen pro Kopf tragen werden — die Kriegsschuldensteuer event. nicht gerechnet.“

In seiner Antipathie gegen den Gesetzesvorschlag durch Niebuhr und Gerlach bestärkt, verlangte der König Ende Februar von dem Finanzminister geradezu, daß jede Kammerdebatte darüber vermieden und dessen Zurückziehung unter irgend einem Vorwande sogleich herbeigeführt werde, worauf Bodelschwingh mit der Bitte um Bewilligung einer Audienz in Charlottenburg antwortete. Bei Gelegenheit derselben hoffte er den König zu überzeugen, daß es kein Unglück für die Regierung und keine Existenzfrage für das Ministerium, wohl aber sehr zu bedauern sei, ganz besonders für die von dem Gesetz materiell unangenehm berührten Grundeigenthümer, wenn die Kammern sich gegen die Regierungsvorlage aussprechen sollten. Eine Garantie für den Ausfall der Kammervoten vermöge Niemand zu übernehmen, er selbst erachte aber einen günstigen, d. h. Annahme der Gesetze, mindestens eben so wahrscheinlich als das Gegentheil. Falls das Gesetz undebattirt und sogleich zurückgezogen werden sollte, könne er unmöglich in seiner jetzigen Stellung verbleiben. Die Gründe für diese feste Ueberzeugung erbat sich der Minister mündlich vortragen zu dürfen.

Nach Eingang dieser Vorstellung schrieb der König am 25. Febr. aus Charlottenburg:

„Ich sende Ihnen, bester Manteuffel, anliegend Bodelschwinghs Brief. Derselbe hat mich sehr unangenehm berührt. Man zwingt mich, wenn die Debatte stattfindet und die Vorlage durchgeht, zu einem unkonstituzionellen Schritt. Ich werde dem errungenen Gesetz die Ausführung versagen.*) Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß dies, immer höchst bedenkliche und theilweise echt revoluzionaire Gesetz (denn es zertrümmert heilige Verträge und Gelöbnisse) mir die Herzen des so wohlbewährten, treuen, festen Bauernstandes entfremden wird. Jedenfalls ist es eine Lotterie, was den Eindruck betrifft und keine Epoche ist so übel gewählt zu Experimenten als die jetzige, wo die bösen Kräfte wieder gähren. Diese finden neuen Vorwand. Ich halte es für unvereinbar mit meinen Regenten-Pflichten, dies Gesetz ausführen zu lassen, und werde danach handeln. Mein Entschluß ist gefaßt. Will nun der Finanzminister dennoch Vortrag halten, so bitt' ich ihn, morgen um 1/24 Uhr mit Ihnen hier zu diniren. Nach Tisch mag er dann, auf die Gefahr, mich krank zu machen, den aufregenden und vergeblichen Vortrag in Ihrer Gegenwart versuchen. Westphalen, den ich heut gesprochen, theilt meine Bedenken. Der muß auch gehört werden. Ich verstand Sie gestern anders, als Bodelschwinghs Brief es andeutet. Der Ministerrath entscheide aber, ehe wir morgen debattiren, ob »die Zurücknahme« (die mir würdiger scheint) oder »die unausbleibliche Sistirung der Ausführung« vorzuziehen ist? Vale!

Friedrich Wilhelm."

Auch Manteuffel wollte die Schlacht nicht schon jetzt als verloren geben, wie er denn überhaupt kein Freund davon war, Vorlagen der Regierung zurückzuziehen, bevor die Kammern definitiv Stellung dazu genommen hatten; deshalb sprang er dem bedrängten Finanzminister in der Sitzung der zweiten Kammer vom 1. März kräftig bei.**)

„Der Gesetzentwurf bezeichnet Ihnen den Weg, welchen die Regierung vorschlägt, um das Ziel, welches sie als ein nothwendiges betrachtet, zu erreichen. Dieser Weg ist, wie schon von vielen Seiten hervorgehoben ist, ein Weg der Vermittelung, ich darf hinzusetzen, ein Weg des Wohlwollens. Es ist leicht, entweder Alles beim Alten zu lassen oder Alles zu ignoriren und etwas ganz Neues ohne Rücksicht auf thatsächlich Bestehendes herzustellen. Die Regierung hat sich der unangenehmen und schwierigen Aufgabe unterzogen, einen vermittelnden Vorschlag zu machen, und sie muß die Folgen dieses Verfahrens insofern tragen, als sie Angriffe von Rechts und Links auszuhalten hat. Ich beschränke mich in diesem gegenwärtigen Stadium der Berathung auf zwei Bemerkungen. Zuerst, daß die Vorlage in der That eine Vorlage der Regierung ist, und daß die Regierung einen Werth darauf legt, daß sie angenommen werde, sonst würde sie dieselbe nicht vorgelegt haben; zweitens aber auf die, daß die Regierung gleichweit davon entfernt ist, durch diese Vorlage irgend Jemand drohen zu wollen, noch auch, daß sie von einem Bestreben der Gleichmacherei geleitet wird. Die Regierung hat sich bemüht, unter schwierigen Verhältnissen und entgegenstehenden Ansichten einen Weg zweckmäßiger und versöhnender Ausgleichung vorzuschlagen. Wenn bessere Vorschläge gemacht werden, so wird die Regierung gern darauf eingehen, sie wird

*) Ludwig v. Gerlach hatte den Plan, der König solle das Gesetz event. nicht bestätigen, und den Finanzminister entlassen. Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 18.

**) Sten. Bericht, Bd. II. S. 515.

Mängel, die von ihr gemacht, willig anerkennen, aber nicht auf Grund prinzipieller Deduktionen, sondern auf Grund thatsächlicher und rechtlicher Begründung. Die Spezialberathung wird hierzu das Feld öffnen, bisher habe ich andere und bessere Vorschläge, als die Regierung sie gemacht hat, noch nicht vernommen; solange dies nicht geschieht, die unsrigen nicht widerlegt sind, werden wir diese aufrecht zu erhalten uns bemühen."

Der Gesetzentwurf wurde am 8. März von dem Finanzminister zurückgezogen, nachdem die zweite Kammer tags vorher das Prinzip, welches demselben zu Grunde lag, verworfen hatte. Nicht ganz befriedigt durch diese Wendung, schrieb der Prinz von Preußen am folgenden Tage aus Coblenz an Manteuffel:

„Die Grundsteuerfrage hat ein schnelles Ende genommen. Ich bin zwar immer gegen die Einbringung des zurückgezogenen Gesetzes gewesen; indessen da es einmal eingebracht war, so schien es mir so gefaßt zu sein, daß es gut gewesen wäre, wenn durch seine Annahme die Frage aus der Welt geschafft worden wäre. Wenn die unfehlbare Gereiztheit der Gemüther nur nicht nachtheilig auf die inneren organischen Gesetze einwirkt. Es wäre ein unberechenbares Unglück, wenn diese Gesetze in dieser Legislation wieder nicht ins Leben träten! Graf Schwerin scheint auf bestem Wege zu sein, dahin zu trachten!"

Am 16. März stand auf der Tagesordnung der zweiten Kammer der Bericht der Agrarkommission über den Antrag der Abgeordneten v. Gerlach und Genossen, betreffend die Befreiung des Grundeigenthums von denjenigen Dispositionsbeschränkungen, welche die Gesetzgebung seit 1848 demselben auferlegt hatte.*) Daß das Ministerium auf einen Antrag nicht eingehen wollte, welcher der konsequenten Fortentwickelung der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung, der Preußen seine Regeneration verdankte, entgegentrat, ersehen wir aus der Rede des Ministers v. Westphalen (Sten. Bericht, Bd. II, S. 701), und daß auch die zweite Kammer Gerlachs Antrag so schnell als möglich aus der Welt schaffen wollte, ergiebt die Abstimmung über den Antrag des Grafen v. der Goltz, darüber zur Tagesordnung überzugehen, wofür sich 182 Abgeordnete gegen 98 aussprachen. Der König war durch diese Abstimmung überrascht und schrieb am 17. März aus Charlottenburg:

„Bester Manteuffel — Sie wissen durch Westphalen von meinem gestrigen Briefe an ihn. Hinsichts der Unterstützung des Gerlachschen Antrages »auf Befreiung des Grundeigenthums von den Beschränkungen des Gesetzes von anno 1850«. Der Brief ist unseliger Weise zu spät gekommen! und ich hatte (mirabile dictu!) erst am gestrigen Morgen von Gerlachs Antrag gehört. Ich gestehe offen, daß ich mir die Opposizion des Staats-Ministerii dagegen nicht habe träumen lassen. Die Ursache ist klar. Denn ich habe über dieses revoluzionaire Eingreifen der Legislazion in die Eigenthumsverhältnisse mich so oft, so klar und so warm ausgesprochen, daß ich berechtigt war, dieselbe nicht zu erwarten. Anträge von der Wichtigkeit müssen mir aber zuvor angezeigt werden, damit ich mit Ihnen oder dem ganzen Ministerio deren Behandlung durch meine Regierung verabrede. Ich erwarte, daß Sie das Ministerium danach anweisen werden. Jetzt

*) Drucksache Nr. 56.

kommt's beim vorliegenden Punkt nur darauf an, den Gerlachschen Antrag so bald als möglich zu dem Unsrigen zu machen. Und darüber ersuch' ich Sie, bester Manteuffel, schleunige Berathung mit dem Staats-Ministerio zu pflegen, und zwar unter Angabe, »daß dieselbe von mir befohlen sei«.

Auf baldiges Wiedersehen! Friedrich Wilhelm."

Im Hinblick auf den nahen Schluß der Kammern konnte auch beim besten Willen des Ministeriums von einer Wiedereinbringung des Antrags keine Rede sein, und so blieb derselbe denn auf immer begraben. —

Manteuffel sprach außerdem noch zu den Gesetzentwürfen, betreffend die Zerstückelung von Grundstücken,*) und die Maischsteuer-Regulirung,**) über die Inopportunität, eine Sache vor Erschöpfung des Instanzenwegs vor die Kammer zu bringen,***) über die Nothwendigkeit eines Schutzes der Minister gegen Angriffe aus der Mitte des Hauses,†) über die Berechtigung verschiedener Petitionen,††) über die Organisation des Gendarmeriekorps,†††) die Anlage überseeischer Kolonien zur Deportation von Verbrechern,†*) die Erweiterung des »Staatsanzeigers«, die bessere Ausstattung der Staatsarchive rc.†**)

Bevor wir von den Kammern Abschied nehmen und einige Vorkommnisse der inneren Politik Preußens besprechen, möge noch ein Brief erwähnt werden, welchen Manteuffel am 4. Dez. 1852, also fünf Tage nach dem Zusammentritt derselben, an den Königlichen Gesandten in St. Petersburg, v. Rochow, richtete:

„Unsere inneren Verhältnisse sind — im Vertrauen gesagt — recht erbärmlich; wir sitzen inmitten der Kammerwirthschaft, und es wird darauf viel zu viel Gewicht gelegt. Das giebt der ganzen Sache Kraft, die sie selbst von Natur nicht hat. Aus Posen habe ich heute von Herrn v. Puttkamer die Nachricht, daß die Polen mit Rücksicht auf die Kaisergerüchte sehr rührig seien und der Dinge warteten, die da kommen sollten. Er versichert übrigens, daß er auf der Hut, auch mit russischen und österreichischen Behörden in Verbindung sei. Ein merkwürdiges Symptom unserer Zeit ist die Stellung der Katholiken in unserer

*) In der zweiten Kammer am 3. und 4. Mai 1853, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1292, 1330, 1333.

**) In der zweiten Kammer am 10. Mai, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1498 und in der ersten Kammer am 12. Mai 1853, Sten. Bericht, Bd. II, S. 1099. Erklärung in der zweiten Kammer am 25. April über die Wiederaufnahme in einer Session nicht erledigter Gesetzesvorlagen in der folgenden Session, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1072.

***) In der zweiten Kammer am 21. Dez., Sten. Bericht, Bd. I, S. 104.

†) In der zweiten Kammer am 3. Febr., Sten. Bericht, Bd. I, S. 203, vom 29. April über die Verfolgung des Abgeordneten Rösdechen, Bd. III, S. 1094.

††) In der zweiten Kammer am 17. Febr., Sten. Bericht, Bd. I, S. 443, und am 26. April. Bd. III, S. 1097. Bestreitung, daß „Die Zeit" ein offiziöses Blatt sei, in der zweiten Kammer am 14. April 1853, Sten. Bericht, Bd. II, S. 898, desgleichen daß die „Kreuzzeitung" Staatsunterstützung erhalte, in der zweiten Kammer am 21. April, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1008.

†††) In der zweiten Kammer am 21. April 1853, Sten. Bericht, Bd. III, S. 1020.

†*) In der ersten Kammer am 9. Mai 1853, Sten. Bericht, Bd. II, S. 1069.

†**) In der ersten Kammer am 13. Mai 1853, Sten. Bericht, Bd. II, S. 1127 und 1128.

Kammer.*) Sie sind 60 bis 70 Personen stark, nehmen ohne Weiteres die Entscheidung aller wichtigen Fragen für sich in Anspruch und verlangen z. B., daß der Präsident der Kammer aus ihrer Mitte gewählt werde.

Verzeihen Ew. Excellenz die Konfusion dieses in der Kammer geschriebenen Briefes, legen Sie Ihre Reise glücklich zurück und genehmigen Sie die Versicherung ausgezeichneter Hochachtung, womit ich verharre . . ."

Auch Rochow war von den Berliner Parteiverhältnissen wenig erbaut. Am 13. Mai, also am Tage des Kammerschlusses, schrieb derselbe aus Dresden privatim an Manteuffel:

„Dagegen blicke ich mit tiefem Kummer auf die Gefährlichkeit der Partei, die neben dem jetzigen hochachtbaren Ministerium herrschen will. Diese Partei schlägt mit Worten um sich, in denen Preußen verbluten kann, und vergißt die Thatsachen. Am allerbedenklichsten erscheint mir der Umstand, daß sie fortwährend sich über sich selbst in einen exaltirten Zustand zu versetzen sucht und dabei in einen Paroxysmus verfällt, der sie die gewöhnlichsten Vorschriften der Moral und Klugheit vergessen macht, ohne sich dieses Vergessens bewußt zu werden. Man sieht, wie schwer es ist, die gesunde Vernunft als Autorität angewendet zu sehen, ja, wie schwer es ist, denjenigen Ansichten Eingang zu verschaffen, welche die Politik leiten, ohne die gesunde Vernunft zu beschränken. Kummer und Scham bemeistert sich meiner, wenn ich an all dieses Parteigetriebe denke! Ich halte nicht viel von der Sorte von Staatsleitern, die ehrgeizig und tief verschleiert sind und oftmals das Netz so fest zusammenziehen, daß sie keinen klaren, natürlichen Ausweg wissen: ich ziehe die Männer vor, deren Leben hindurch nur Pflicht und der gerade Weg zur Lösung ihrer Aufgabe führt. Wer diesen Weg einschlägt, wird auch heute noch weit kommen und um so sicherer allen Konflikten entgehen, wenn er das Mittel, das Parteiprinzip, dem großen Endzweck unterordnet, die Volksgunst verachtet, nicht aber das Volk. Um deshalb reiche ich auch Ew. Excellenz so vertrauensvoll die Hand und empfehle mich Ihrer Wohlgewogenheit."

* * *

Am 16. Jan. 1853 reichte der Minister des Innern, v. Westphalen, Manteuffel einen neuen Anlehensplan mit dem Bemerken zurück, er habe es schon seit Jahr und Tag bedauert, daß die preußische Finanzpolitik nicht der Bestimmung noch der Lebenskraft des preußischen Staates entspreche — sie sei zu kurz gegriffen. „Eine gewisse Kühnheit, d. h. eine solche, die auf durch Erfahrung bewährte Entwickelungsmittel der Nationalkraft (wie unstreitig die Eisenbahnen sind) ihre Berechnungen stützt, ist in der Politik der Völker heutzutage der beste Rechenmeister.

*) Anfang Dez. 1852 hatte eine Deputation der katholischen Fraktion eine Audienz bei Manteuffel, um demselben in aller Loyalität die Beschwerden der Katholiken vorzulegen und ihn von den Schritten in Kenntniß zu setzen, welche dieselbe in der Kammer zu thun gedachte. Manteuffel nahm die Herren gut auf und gab auf alle Mittheilungen ziemlich beruhigende Antworten. August Reichensperger an Ludwig Pastor, Bd. I, S. 344



Eine Zeit lang kann man's geduldig ertragen, wenn die widerstrebende Ansicht beim Alten, d. i. bei der Balance des Einnahme- und Ausgabeetats in den Grenzen der bisher normirten Hülfsmittel, beharrt. Aber — sunt certi denique fines — in dem Sinne, daß die Sparsamkeit, welche unbestreitbare Vortheile in der Stärkung der Nationalkraft, den gefahrvollsten Eventualitäten zum Trotz, von der Hand weist, auf den Namen keinen Anspruch mehr machen kann. Man hat es so oft gesagt und vernommen: »zeige nur die Regierung Kraft und Entschlossenheit, so werde auch das Vertrauen und die bereitwillige Mitwirkung der Kammern und des ganzen Volkes nicht fehlen«; — dies ist gewiß gerade in dem in Rede stehenden Gebiete die Wahrheit. Warum weist ein Staat, wie der preußische, diesem Wege den Rücken?! Von Nichts wird Nichts, — legen wir die Hände in den Schoß, so mag es uns nicht Wunder nehmen, wenn die größeren, kühner vorschreitenden Nachbarn ehebaldigst über unsere unentschlossenen Häupter hinwegsehen."

Der Plan, ein preußisches Anlehen zu kontrahiren, verschwand nun nicht mehr von der Tagesordnung und fand bald eine Unterstützung durch die an dem politischen Himmel aufsteigenden drohenden Gewitterwolken.

Am 6. Febr. schrieb der König:

„Mein lieber Ministerpräsident, Freiherr v. Manteuffel, Staatsminister v. Bodelschwingh! — Bei der ernsten Verwickelung der orientalischen Angelegenheiten und der bedenklicher werdenden Lage der europäischen Geldmärkte erscheint es als eine dringende Nothwendigkeit, den Abschluß der projektirten Anleihe, für welche ein günstiger Zeitpunkt bereits verstrichen zu sein scheint, aufs Aeußerste zu beschleunigen, und sehe ich daher Ihrem desfallsigen Berichte sobald als möglich entgegen. Eine längere Verzögerung dieser Angelegenheit würde nach Meiner Ueberzeugung die bedenklichsten Folgen haben, und empfehle Ich Ihnen daher auf das Allerdringendste die Beschleunigung derselben."

Am 15. Febr. gab Manteuffel Gerlach ein von ihm aufgesetztes Promemoria, das darauf hinaus kam, daß man eine Eisenbahnanleihe machen solle, indem die Kriegsaussichten zu ungewiß und zu problematisch wären.*)

Endlich schrieb der Prinz von Preußen am 12. März an Manteuffel:

„Herr v. Rosenberg hat mir vorgestern geschrieben, daß Sie mich noch vor Vorlage der Kreditforderung an die Kammern zu sprechen wünschen. Da ich denselben Wunsch dringend empfinde, so frage ich, da, wie ich höre, morgen schon die Kreditforderung erfolgen wird, wann Sie mich heute besuchen wollen, zwischen $^1/_2$ und 3 Uhr, oder nachmittags? Lassen Sie mich nur mündlich die Stunde wissen."

Die Annahme des Prinzen, daß die Kammern mit einer Anleihe befaßt würden, traf für unsere Session nicht zu. —

*) Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 10.

Ueber die Nachfolge des am 20. Jan. 1853 verstorbenen Fürstbischofs von Breslau, Kardinal Melchior Frhr. v. Diepenbrock, entbrannte ein heißer Kampf.*) Der Papst, welcher keinen Pietisten wollte, neigte für den Fürsten Hohenlohe, Bogislav Radziwill, Gerlach für Förster; außerdem kam noch der Bischof Ketteler von Mainz in Frage, jedoch nicht ernstlich, da derselbe Mainz nicht verlassen wollte. Der König hätte nichts gegen den Letzteren einzuwenden gehabt. Auch der Prinz von Preußen interessirte sich für die Neubesetzung. Die nachstehenden, von ihm an Manteuffel gerichteten Schreiben bekunden dies:

Coblenz, den 21. Jan. 1853.

„Was augenblicklich für Preußen von ungeheurer Wichtigkeit ist, ist die Besetzung der Stelle des nicht genug zu bedauernden Fürstbischofs Kardinal Diepenbrock. Hier nennt man allgemein Ketteler und . . . . . als Nachfolger, was eine zweite fausse corde sein würde, wie einst Droste in Cöln. Um Alles, bewahren Sie uns . . . . . vor **dieser Wahl!!!**"

Coblenz, den 5. Febr. 1853.

„Was die Fürstbischofswahl betrifft, so bin ich durch den Grafen v. Achoff auf den Domherrn Neukirch in Breslau aufmerksam gemacht worden, der sich zu der Stelle eignen soll und die rechte Hand des verstorbenen Diepenbrock gewesen wäre. Ich kenne ihn gar nicht, doch wollte ich seinen Namen nicht ungenannt lassen. Daß Sie und Bunsen auch gegen Ketteler sind, ist sehr erfreulich, und müssen nur Hinterthüren verstopft werden!"

Coblenz, den 9. März 1853.

„Anliegendes anonymes Schreiben**) sende ich Ihnen. Allerlei Aeußerungen scheinen mir zu beweisen, daß der D. Förster allerdings fanatisch sein soll und zugleich Hypochonder, was Beides zusammengenommen wohl keine Persona grata geben kann. Wenn der Fürstbischof von Breslau mit der Führung der katholischen Militärgeistlichkeit betraut bleibt, so ist seine Wahl eine doppelt schwere. Sollte der Ihnen von mir genannte Neukirch nicht der Beste sein?"

Die Wahl fiel später, 19. Mai 1853, gleichwohl auf Heinrich Förster. —

*) Vgl. Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 20, 28.

) Es war darin ausgeführt, der Domherr Förster sei auf Einwirkung des Kardinals Fürsten Schwarzenberg zum Verweser des Bisthums erwählt worden; derselbe werde muthmaßlich mit den meisten Stimmen in die enge Wahl kommen. Man behauptet hier, und sogar ein öffentliches Blatt (Correspondenzblatt) deutet an, das Kultusministerium wolle sich der Schwierigkeiten halber gar nicht in die Wahl mischen; der Erfolg würde sein, daß dem Fanatismus ein neues Thor geöffnet wäre. Wie sehr man die Bestrebungen Försters kennt (der auch bereits bei der vorletzten Wahl mit seinen Anhängern Ritter, Brinkmann, früher Propst in Berlin, und Fischer unter den **„minus grati" von der Regierung notirt war) zeigt der Umstand, daß selbst das Kapitel in Salzburg, dem der Kardinal Fürst Schwarzenberg den Förster zu seinem Nachfolger warm empfohlen, diesem nur vier Stimmen gab. Außer seinem bedeutenden Einfluß auf einen großen Theil der Monarchie hat der Fürstbischof von Breslau auch die obere Führung der katholischen Militärgeistlichen.

Am 6. März richtete Manteuffel aus Anlaß des Todes des Großherzogs von Oldenburg an den oldenburgischen Minister v. Roeßing ein längeres Privatschreiben:

„Darf ich mir für meine Person auch noch erlauben, Ew. Excellenz eine Bitte vorzulegen, so besteht sie darin, daß Dieselben geneigen wollen, Sr. K. H. dem Großherzog meine unterthänige Huldigung zu Füßen zu legen, mit der Versicherung, daß ich in Höchstdemselben auch den Erben der hochherzigen, echt deutschen Gesinnungen Höchstihres erlauchten Herrn Vaters verehre und daß mir, dies zu können, zu einem wahren Trost gereicht. Meine geringen Kräfte und meine Gedanken sind unausgesetzt dahin gerichtet, dem großen Ziele näher zu treten, dessen Verfehlung die unglücklichsten Folgen haben müßte, dessen Erreichung man aber in dem Maße erschwert, in welchem man sich über die Grenzen des für den Moment Möglichen täuscht. Es drohen für die nächste Zukunft große Gefahren. Die sozialistische Revolution einerseits und der jesuitische Ultramontanismus andererseits trüben den Blick und hemmen den Schritt; nur die Sicherheit des Gewissens, kaltblütige Ruhe und Entschiedenheit im rechten Augenblick können Erfolge sichern."

Der jüngere Manteuffel (Karl) hatte im Juli 1851 die Stelle des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern nur unter der Bedingung angenommen, daß von einer Betheiligung des Polizeipräsidenten v. Hinckeldey bei Gegenständen der Verwaltung des Ministeriums des Innern keine Rede sei. Derselbe war daher auf das Unangenehmste berührt, als der Minister v. Westphalen am 13. März 1853 eine derartige Betheiligung gleichwohl verfügte, ohne sich mit seinem Unterstaatssekretär über diese noch dazu sein persönliches Ressort berührende Neuerung vorher benommen zu haben. Noch mehr mußte es ihn verletzen, daß ihm die Hinckeldeysche Ernennung erst einen Tag später bekannt wurde, als Herrn v. Hinckeldey und den Regierungspräsidien in den Provinzen.

Karl Manteuffels erster Schritt war, seinem Chef zu erklären, daß er bei dieser Neuerung die Verantwortlichkeit für den ordnungsmäßigen Geschäftsgang des Ministeriums des Innern nicht ferner zu tragen vermöge, und er bat demgemäß den Minister v. Westphalen, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob nicht seine Dispositionsstellung im Interesse des Dienstes geboten sei.

Einige Tage später (21. März) wandte er sich in der Sache auch an seinen Bruder, den Ministerpräsidenten:

„Daß die Verfügungen des Ministers v. Westphalen vom 13. März aus der Welt geschafft werden, halte ich für eine Nothwendigkeit nicht bloß meinetwegen, sondern auch um des Geschäftsganges willen. Bei Schritten, die hierzu etwa führen könnten, wird immer das neue Bedenken stehen bleiben, daß Hinckeldey*) gegen die neue Instruktion protestiren wird, nöthigenfalls beim Könige, und daß daher die gegenwärtige Verlegenheit nur auf Kosten neuer beseitigt werden würde.

*) Bereits am 14. März hatte Hinckeldey Westphalen geantwortet und die Annahme seiner neuen Rechte und Pflichten ausdrücklich ausgesprochen, freilich unter gleichzeitiger Hervorhebung der Schwierigkeiten, welche sich ihm entgegenstellen würden.

Ich gebe daher der Erwägung anheim, ob es nicht immer noch das Beste und das Ehrenvollste sein möchte, die Sache, wie sie jetzt einmal liegt, gehen zu lassen; alsdann wird ein Rücktritt von meiner Seite auch das Gehässige verlieren, was sonst allerdings vom Könige hineingelegt werden würde. Solltest Du dagegen glauben, daß jene Verfügungen Westphalens in irgend einer geschickten Weise modifizirt werden können, was den Regierungspräsidien gegenüber sehr leicht, in Beziehung auf Hinckeldey sehr schwer sein wird, so bin ich bereit, zu bleiben; es würde mir aber erwünscht sein, wenn man, etwa das Staatsministerium oder Herr v. Westphalen im Auftrage desselben, mir in dieser Beziehung ein gutes Wort und die Verheißung geben wollte, auf meine Versetzung Bedacht zu nehmen. — Bei der Berathung im Staatsministerium bitte ich meinen persönlichen Fall nicht in den Vordergrund zu stellen. Ich würde die Sache immer dahin erfassen, daß Du es den übrigen Ministern schuldig seiest, das Verfahren Westphalens zu beseitigen und daß Du, hiervon abgesehen, dasselbe schon um deshalb für nicht durchführbar hältst, weil die Bestimmungen der Regierungsinstruktion von 1817 und der Oberpräsidialinstruktion von 1825, welche beide in der Gesetzsammlung abgedruckt, einseitig abgeändert seien. Herr v. Hinckeldey kann Dezernent in den höheren polizeilichen Angelegenheiten sein, wie jeder Hülfsarbeiter, nicht aber selbständiger Vertreter des Ministeriums, so lange er nicht Mitglied dieses Ministeriums ist; wäre das Letztere der Fall, alsdann würde allein meine persönliche Zurücksetzung zu betrachten sein. Behandelst Du die Angelegenheit in dieser Weise prinzipiell, so muß sich mein persönlicher Fall nebenbei nach der einen oder anderen Richtung hin erledigen."

Bevor Manteuffel sich über die mit Hinckeldey geplante Neuorganisation schlüssig machte, ersuchte er den Oberpräsidenten Eichmann in Königsberg um eine gutachtliche Aeußerung, die dieser am 26. März in Form eines Privatschreibens abgab. Niemand könne, so meinte derselbe, die neue Einrichtung besser beurtheilen, als der Ministerpräsident selbst.

„Ew. Excellenz haben zur schwierigsten Zeit das Ministerium des Innern als Direktor und als Minister geleitet; als Direktor zu einer Zeit, als beim Ministerium die Polizeiangelegenheiten in einer besonderen Abtheilung unter einem besonderen Dirigenten bearbeitet wurden. Die Abtheilung beschäftigte sich aber mit der gesammten Polizei, gegenwärtig soll davon nur die höhere Sicherheitspolizei ausgesondert werden. In der Aussonderung dieser polizeilichen Branche möchte die Schwierigkeit mehr noch beim Ministerium als bei den Behörden liegen. Ew. Excellenz wollen mir aber erlauben, nach meinem Standpunkte auf die Frage einzugehen, ob die in Preußen vorliegenden Thatumstände eine neue Einrichtung, eine größere Centralisation der politischen Polizei als ein Bedürfniß darthun.

Ich habe dabei vorzugsweise die Rheinprovinz und die Provinz Preußen im Auge. Ich bin verpflichtet, über den politischen Zustand meiner Provinz zu wachen, und bin dazu durch den Herrn Minister unter dem 8. d. Mts. ganz insbesondere angewiesen, weil »nicht zweifelhaft sei, daß diejenigen, von welchen die

scheußlichen Verbrechen in Mailand und in Wien ausgegangen sind, ihre Pläne nicht auf Deutschland und Preußen ausdehnten. Die Erfahrung hat sich bei Polen bewährt, wie gefährlich für die innere Reife eines Landes eine zahlreiche und einflußreiche Emigration ist. Eine solche Emigration hat leider aus Ungarn und Italien stattgefunden, und blutige Unruhen in diesen Ländern werden noch lange die Folge davon sein. Auch aus fast allen Ländern Deutschlands, auch aus Preußen finden sich Flüchtlinge im Auslande, und es ist bekannt, daß sie die Revolution des Vaterlandes nicht aufgegeben haben. Aber wie elend, ohnmächtig, einflußlos ist die deutsche Emigration; ganz insbesondere für Preußen. Für die Provinz Preußen möchte der entschiedenste und geistig bedeutendste Feind der Regierung der bekannte Dr. Jakoby sein, der sich gegenwärtig ganz zurückzieht, sich ganz ruhig verhält. Allein Einfluß übt der Mann in keiner Weise aus. Mit den deutschen Flüchtlingen wird er sich aus Klugheit und auch aus Hochmuth nicht einlassen. Mit den verdorbenen Litteraten, welche sich hier herumtreiben, hält er keine Art Gemeinschaft.

Konspirationen pflegen die Folge und Begleiter einer im Lande weit verbreiteten Unzufriedenheit zu sein. Giebt sich nun in Preußen eine solche Unzufriedenheit kund? Die Regierung übt keine Art materiellen oder geistigen Druck aus. Für die untere Volksklasse sind die Abgaben nicht erhöht und sie gehen ohne Schwierigkeit ein, die Presse ist frei, politische Prozesse, selbst Preßprozesse haben fast gänzlich aufgehört. Weder in den Kammern noch im Lande zeigt sich irgend eine Art politischer Erregtheit, im Lande vielmehr große politische Theilnahmlosigkeit. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß sich in den polnischen Kreisen der Provinz, unter den polnischen Gutsbesitzern, keine Art politischen Umgangs bemerkbar macht, wie dies nach dem polnischen Nationalcharakter sonst bei allen die Polen betreffenden politischen Ereignissen der Fall gewesen ist.

Die Zeit liegt nicht so fern, in der die politische Opposition aller deutschen Länder unter sich in Verbindung stand. Dahin, vielleicht auch in die Kategorie der Konspirationen, gehören die Versammlungen auf dem J.schen Gute im Rheingau, die Versammlung in Heppenheim im Jahre 1848; auch ist mir zufällig bekannt, daß im Nov. 1850 die konstitutionellen Kurhessen unsere Konstitutionellen bearbeiteten. Allein, ich wage nicht, gegenwärtig eine solche Verbindung anzunehmen. Ew. Excellenz haben es vor Augen, daß im Lande eine Partei besteht, die nach der Regierungsmacht strebt, aber in Gestalt von Ministerialumänderung. Leider ist diese Partei in meiner Provinz nicht ohne Einfluß, dies hat sich in mehreren Kreisen zur Genüge gezeigt, allein diese Partei konspirirt nicht.

Es ist aber auch gewiß nicht die Meinung, Wahlagitationen und dergleichen unter das Bereich der politischen Polizei zu stellen.

Ein Verein, der gefährlich werden kann, weil er unter dem Deckmantel der Religion die Negation aller Religion und in seiner fanatischen Irreligiosität Feindschaft gegen Kirche und Staat mit mannigfachen kommunistischen Gedanken versteckt, ist der der freien Gemeinden. Durch die in diesen Tagen von dem Appellationsgerichte zusammengestellten Urtheile ist der Verein im Bezirke dieses Berichts, also im Regierungsbezirk Königsberg, verboten, im Regierungsbezirk

Gumbinnen und Marienwerder ist der Verein nach dem Urtheile der betreffenden Gerichte erlaubt. Ich habe diese Vereine im Auge, allein unter den Bereich der politischen Polizei möchte ich auch sie nicht stellen. Innerhalb der Provinz Preußen vermag ich daher für jetzt ein Feld für die Thätigkeit der politischen Polizei nicht zu erkennen.*)

Die Amtswirksamkeit der Oberpräsidenten, welche für die Sicherheit der ihrer Verwaltung anvertrauten Provinzen Sr. M. dem Könige verantwortlich sind, wird man selbstredend auch bei der politischen Polizei nicht ausschließen.

Ein sehr wunder Fleck bleibt bei unseren militärischen Einrichtungen, daß gerade zur Zeit großer Aufregung, sei es durch kriegerische Aspekte, oder noch viel schlimmer zur Zeit innerer Bewegung die Kriegsreserve- und die Landwehr-Mannschaften eingezogen werden müssen. Durch plötzliche Einziehung der Reserve, durch welche die Bataillone von 500 auf 1000 Mann ohne Vorbereitung kamen, wurde im März 1848 die Disziplin in mehreren rheinischen Regimentern gelockert. An der Schwierigkeit, in unruhigen Zeiten ein Landwehr-Bataillon zu organisiren, ist aber die Kraft nicht weniger Stabsoffiziere im Jahre 1849 gebrochen. Dann bleibt ein sehr gefährlicher Umstand, daß sich Landwehr-Zeughäuser noch immer in mehreren ganz offenen und mit keiner Garnison versehenen Orten befinden. Sobald Veranlassung vorliegt, die Waffen aus solchen Zeughäusern in Sicherheit zu bringen, dürfte es meist schon zu spät sein."

Dem Konflikt wurde dadurch die Spitze benommen, daß für Karl Manteuffel eine anderweitige dienstliche Stellung (im landwirthschaftlichen Ministerium) gesucht wurde. Der Minister Manteuffel aber hatte die Genugthuung, daß der dem Thron Nahestehende in dieser Sache offen für ihn Partei ergriff. Am 5. April schrieb der **Prinz von Preußen** aus Coblenz an ihn:

*) Am 26. März 1853 benachrichtigte der Minister des Innern, v. **Westphalen**, den Ministerpräsidenten in einem eigenhändigen Privatschreiben, daß eine erhebliche Zahl von neugegossenen Granaten und gefüllte neu gefertigte Raketen, Patronen, Zundsätze, erst kürzlich gegossene Bleistücke, Schießpulver, mehrere Infanteriegewehre, Jagdflinten und Seitengewehre verschiedener Art bei den an diesem Tage durch die Polizei vorgenommenen Haussuchungen bei den demokratischer Verbindungen verdächtigen Personen aufgefunden und konfiszirt worden seien. Auch seien verschiedene Druckschriften und andere Schriftstücke mit Beschlag belegt worden; der Zeugschmidt G. und F. befänden sich unter den Verhafteten. „Die Granaten haben auf dem obersten Dachboden des Maschinenfabrikanten Hauschild, eines streng konservativen Mannes gelegen, wo sie die Demokraten ohne sein Wissen verborgen haben. Er soll darüber ganz in Verzweiflung sein." — Der Vorgang veranlaßte **Hinckeldey**, am 29. März eine große Razzia zu veranstalten, über deren Ergebniß derselbe sofort Manteuffel privatim berichtete: „In der N.'schen Fabrik, Neanderstraße 3, sind 56 sehr schöne Handgranaten, ungefüllt, ferner 2 Raketen, gefüllt, viele Gewehre, Quantitäten Pulver und Kugeln gefunden worden. Bei dem Gasmesserschmidt N. eine Kiste mit Hirschfangern. Auch bei N. in Moabit sind starke Pulver- und Kugelvorräthe, auch die Raketensätze aus Spandau gefunden worden. Ueber die letztere Haussuchung habe ich aber noch keinen Bericht. Es sind jetzt etwa 18 Verhaftungen von Personen vorgenommen, die mehr oder weniger bei der Sache kompromittirt zu sein scheinen. Es stürmt und strömt so Alles auf mich zu, daß ich mit dieser vorläufigen Anzeige schließen muß. Dr. Ladendorf ist gestern Abend abgereist und von seinem Aufruf an das Volk noch nichts gefunden. Den Gesundheitspflegeverein werde ich morgen schließen."



„Der Schluß Ihres Schreibens hat mich unangenehm überrascht, da Sie von Ihrem Austritt als einer nahen Möglichkeit sprechen. Ich kann mir, obgleich Sie die Gründe nicht anführen, dieselben doch denken. Die Disharmonien im Schoße des Staatsministeriums sind zu offenkundig und haben sich bei der Grundsteuerfrage so klar herausgestellt, daß jede Verständigung nur eine momentane sein kann. Sie sind in der äußeren Politik, wie ich jetzt mehrere Male anerkennen konnte, auf völlig richtigem Wege; ebenso sind Sie es für die inneren Verhältnisse, denn Sie haben erkannt, was von den Auswüchsen des Jahres 1848 auszuscheiden ist, und was sich als Wahrheit aus jener Katastrophe herausstellt, und darum wollen Sie in der inneren Gesetzgebung nicht in die Extreme willigen, welche die kleine aber mächtige Partei, die nichts gelernt und nichts vergessen hat, — anstrebt. Hierin liegt also ein Glaubensbekenntniß, wenn es sich um gründliche Beilegung des Schismas handelt, welches im Centrum des Gouvernements obwaltet, und was demselben Achtung und Vertrauen rauben muß. Sie müssen sich von Westphalen und Raumer frei machen; man sagt, Schleinitz in Breslau würde vermöge Charakter und Fähigkeit ein sehr guter Minister des Innern sein. Da Ladenberg nicht wieder eintreten will, so weiß ich Niemand für den Kultus, da Bethmann-Hollweg doch nicht ganz persona grata zu sein scheint. Ich muß Sie daher auffordern, fest gegen jene Ultra-Reaktionäre aufzutreten und sehr entschieden der kleinen Partei entgegenzutreten, denn nur dann wird der König endlich einwilligen, Leute zu entfernen, die ihn um Liebe und Vertrauen beim Volke bringen. Ich habe in diesem Sinne selbst dem König und also sehr offen geschrieben und bin sehr begierig, was ich erfahren werde. Hinckeldeys Stellung ist mir nicht ganz genehm, weil sie nach Aengstlichkeit aussieht, und das ist nicht gut."

Am 31. März schrieb der König aus Charlottenburg:

„Ich schreibe diese Zeilen sowohl für Sie, bester Manteuffel, als für die Minister v. Westphalen, v. Raumer und v. Bodelschwingh. Sie sollen ihnen einen Gedanken mittheilen, auf dessen Realisazion ich den allergrößten Werth lege und den ich sehr oberflächlich bereits dem Minister v. Raumer mitgetheilt habe. Ich bin auf den Gedanken geführt worden durch die ärgerliche Noth an Geld, die der Erfüllung jedes, auch des unabweislichsten kirchlichen Bedürfnisses entgegensteht. Ich fühle lebhaft, daß das Geld, welches ich für die Zukunft schaffen will, mit einem Tropfen in dem Eimer verglichen werden kann. Dennoch ist das kirchliche Gebiet von der Art, daß es zur Pflicht macht, auch den Tropfen, der die brennende Zunge erquickt, nicht zu verschmähen. Der Umstand, daß hier beiden Bekenntnissen etwas zu Gute kommen kann, spricht, abgesehen von anderen Wahrscheinlichkeiten dafür, daß ein solcher Antrag an die Kammern sich einer günstigen Abstimmung erfreuen wird. Alles wohlerwogen, verlange ich also vom Staatsministerium eine Vorlage an die Kammern (und zwar alsbald), durch welche bestimmt wird:

»Daß alle Stiftspensionen, die von Anfang dieses Jahres noch zahlbar sind, an die ehemaligen Stiftsmitglieder (männliche und weibliche), die durch den Reichs-Deputazions-Hauptschluß von 1803 sowie durch Saecularisirungen, die sowohl durch Frankreich, Königreich Westfalen, Großherzogthum Berg und die

inländische Gesetzgebung auf unsere Cassen lasten, sobald sie einsterben, nicht eingezogen werden, sondern je nach der Confession, zu einem Evangelisch- oder Römisch-kirchlichen Fonds gesammelt werden sollen.«

Ich habe aus dem Staatskalender allein, nach oberflächlicher Uebersicht die Ueberzeugung gewonnen, daß die künftig heimfallende jährliche Summe wohl zwischen 30 000 und 40 000 Rthlr. betragen mag, denn ich zähle dahin alle Dom- und Collegiat- und alle Fräulein-Stifter beider Confessionen (die Hohenzollernschen inclusive) und die Teutschordens- und Johanniter-Maltheser-Pensionen. Kommen so nur 20 000 Rthlr. auf jedes Bekenntniß, so ist das immer so viel, daß künftig in jedem derselben eine Kirche gebaut werden kann, und das allein ist, meine ich, schon der Mühe werth. Das völlig Unbedenkliche der Maßregel beruht aber auf dem Umstande, daß selbstredend dem Staats-Haushalt dadurch keine neue Last auferlegt, sondern allein eine langsam heranreifende Ersparniß versagt wird. Dann aber lächelt mich, wenn ich so sagen darf, die Dezenz der Maßregel besonders an. Ich erwarte nun schleunige Berathung und schnelle Ausführung der Sache. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Zu einer Verwirklichung dieser hochherzigen Anregung kam es nicht.

Gleichfalls am letzten März übersandte Niebuhr Manteuffel ein Promemoria, welches sich die Aufgabe stellte, nachzuweisen, daß durch eine, die bisherigen Schuldenverhältnisse (Konvertirung der $4\frac{1}{2}$ prozentigen Schuldverschreibungen) in einem gewissen Umfange alterirende Operation eine nicht unerhebliche Baarsumme zur Verstärkung des Staatsschatzes ohne alle Erhöhung des derzeitigen Staatsschuldenetats beschafft werden könne.*)

Manteuffel erwiderte unterm 6. April, Niebuhrs Mittheilung sei ihm wiederum ein erfreulicher Beweis seines einsichtigen Strebens für bessere Gestaltung der finanziellen Verhältnisse Preußens gewesen.

„Ihren angestrengten Mühen auf diesem für die Volkswohlfahrt wichtigsten Gebiete wünsche ich aufrichtig den besten Erfolg und begegne ihm immer um so mehr mit dankbarer Anerkennung, als ich mir selbst den Vorwurf nicht erspare, daß unsere Staatsverwaltung in dieser Beziehung nicht die erforderliche Regsamkeit entwickelt. Meinerseits theile ich nach wie vor die Ansicht, daß eine Zinsreduktion von sehr erheblichem Nutzen für das Land ist. Wenn ich mich aber nicht täusche, so sind die günstigen Momente für diese Maßregel unbenutzt geblieben, und jetzt scheint die Zeit nicht dafür geeignet. — Bei einer so wichtigen Operation mußte ich mir die Frage vorlegen:

»1. ob sie ganz zweifellos durchzuführen und 2. ob nicht Gründe höherer politischer Natur dagegen sprechen.«

Wenn man nun zu ad 1 in Betracht zieht, daß in der Nächstzeit zu den projektirten Eisenbahnbauten — mit und ohne Zinsgarantie — bezw. zur Vollendung

*) Bereits unterm 18. Jan., 17. und 18. Febr. hatte Niebuhr dem Ministerpräsidenten Vorschläge in Betreff einer Konvertirung der preußischen Staatsschuld und speziell der gekündigten Niederschlesisch-Märkischen Prioritäts-Obligationen unterbreitet.



bestehender Schienenwege über 30 Millionen Thaler gebraucht werden, und daß weiter auch die Nachbarstaaten zu gleichen und andern Zwecken viele Kapitalien gebrauchen (wie z. B. jetzt zur Gründung einer großen süddeutschen Bank von etwa 30 Millionen, Oesterreich zum Rehabilitiren seiner Zustände), so ist hierdurch bei einer Reduktion des Zinsfußes von Staatspapieren den Inhabern von 4½ prozentigen Schuldverschreibungen anderweitig ausreichende Gelegenheit zur Anlage ihrer Kapitalien geboten; es dürfte daher zu fürchten sein, daß viele Inhaber die Kündigung der Konversion vorziehen und die Staatskassen in den Fall bringen werden, Barzahlungen von enormer Höhe leisten zu müssen. Der Umstand, daß wir unser wohl nur imaginäres Defizit leider, wie geschehen, veröffentlichten, und man daher, gestützt auf amtliche Urkunden, annimmt, daß wir wenig bare Mittel hinter uns haben, fördert auch die Konversion nicht. Dazu kommt, daß die politischen Verhältnisse der Jetztzeit wenigstens nicht von der Art sind, um Störungen des Weltfriedens für lange zu den Unmöglichkeiten zählen zu können. Sollten aber dergleichen Störungen während der Konversions- oder Aversirungsperiode eintreten oder wahrscheinlicher werden, dann möchten weder 20 bis 30 Millionen 4 prozentiger Papiere zu 98½, noch 3½ prozentige zu 91 pCt. zu placiren sein. Man würde dann also zu Maßregeln genöthigt, welche den Staatskredit gefährden oder doch große Opfer kosten könnten und um so mehr, als dann auch die vorhandenen Geldkräfte schon nach Ihrer, sonst, wie mir scheint, sehr richtigen Idee zum Hochhalten der Kurse in Anspruch genommen sein würden. Dies ist bisher meines Erachtens viel zu wenig geschehen, und auch die Flüssigmachung der letzten 5 Millionenanleihe durch die Seehandlung in einer Weise bewirkt worden, welche eher dazu geeignet ist, die Kurse zu drücken als zu heben. Es bedarf nämlich wohl keines Beweises, daß die Bank und Seehandlung für kritische Zeiten geschont bleiben müssen. — —

Aus diesen Gründen nehme ich Anstand, eine Konversion im gegenwärtigen Momente zu empfehlen.

Zu ad 2 glaube ich Ew. Hochwohlgeboren gegenüber auf die Andeutung mich beschränken zu dürfen, daß »die Verhältnisse zwischen Frankreich und England, die Wirren im Orient, die Verhältnisse Oesterreichs im Innern und nach außen, namentlich zu dem von England und Frankreich protegirten Sardinien noch zu undurchsichtig, die Bestrebungen des Katholizismus dagegen, Verlegenheiten für Preußen zu bereiten, nur zu klar sind«. Angesichts dieser Lage jetzt Schritte zu thun, welche zur wenn auch nur momentanen Verminderung unserer Kraft gerade für den Moment führen, wo es des Vollmaßes der Kraft bedarf, ja, welche in weiterer Folge geeignet sein könnten, den Feinden Preußens Mittel zuzuwenden, wäre ein Wagniß, zu dem Ew. Hochwohlgeboren gewiß nicht werden rathen wollen. Inwiefern dieser Erfolg mir wenigstens als ein möglicher erscheint, werden die nachstehenden Bemerkungen ergeben. Ich halte dafür, daß es gegenwärtig, wo Rüstungen auswärtiger Mächte gegeneinander, wie z. B. Frankreich gegen England, nicht außer Berechnung zu lassen sind (eine Eventualität, die wir schon im Interesse des Protestantismus zu verhindern bemüht sein müßten), und daß jetzt, wo die Zustände im Orient, in Italien Unberechenbares in ihrem Schoße bergen, Preußens Aufgabe sein muß, jenen Ländern Kapitalien zu entziehen und sich in

möglichstem Umfange deren Besitz zu sichern. Denn Kapital ist Macht. Ich möchte daher Anstand nehmen, einer Behauptung mit Ueberzeugung entgegenzutreten, welche dahin ginge, daß eine Zinsreduktion unter den obigen Voraussetzungen dieselbe vielleicht sogar eine noch weiter reichende nachtheilige Wirkung äußern dürfte als eine unzeitige Reduktion der Armee.

Dagegen bin ich nach wie vor für ein baldiges Negociiren einer Anleihe von 20 bis 30 Millionen; noch dürfte es leicht sein, dieselbe gegen 4 pCt. zu 98½ gegen 3½ pCt. zu 91 bis 91½ und sogar gegen 3 pCt. zu 82½ bis 84 zu realisiren. Der letztere Modus dürfte nützlicher sein als ein Anlehen von 4 und 2 pCt.; indem 3 prozentige Papiere die Wirkung haben würden, den Zins im Allgemeinen auf 3½ pCt. für erste Sicherheit zu fixiren, was bei 2 prozentigen Papieren nicht oder doch weniger der Fall sein würde.

Wollte man aber die im vorliegenden Projekte enthaltene, schon in dem Plane zur Kapitalisirung des Eisenbahnfonds ausgesprochene Grundidee durchführen, d. h. konvertiren und aus den ersparten Zinsen ein Kapital bilden, so erscheint es mir einfacher, von den Kammern die Ermächtigung zu fordern, etwa 800 000 bis 900 000 Rthlr. aus dem Eisenbahn- und 115 000 Rthlr. aus dem Danziger Tilgungsfonds kapitalisiren und bezw. die so zu gewinnenden Geldmittel für Landeszwecke verwenden zu dürfen. Im Besitz dieses Kapitals könnte mit Sicherheit konvertirt, die demnächst zu erzielende Zinsersparniß aber wieder dem Eisenbahnfonds zugewiesen und dieser hierdurch ergänzt werden. Auf diesem Wege wäre für das Geldbedürfniß bei möglichen Eventualitäten unter Schonung der Fonds der Bank &c. und der Fonds zum Hochhalten der Kurse gesorgt.

Endlich aber könnte die Konversion à 4 pCt. durchgeführt und die Kräfte der Seehandlung und der Bank geschont werden, wenn mit einem geeigneten Bankhause das Abkommen getroffen würde, daß dasselbe gegen eine Provision von etwa 1½ pCt., allenfalls sogar 2 pCt., die Konversion à 4 pCt. pari auf eigenes Risiko bewirke. Da Ew. Hochwohlgeboren bei den 4 pCt. auf einen Satz von 98½ bis 98 rechneten, so würde durch ein derartiges Arrangement für die Staatskasse kein Nachtheil entstehen und die Ausführbarkeit der Maßregel verbürgt sein.

Ich bitte übrigens, die vorstehenden sehr flüchtigen Bemerkungen lediglich als zu Ihrer persönlichen Kenntniß bestimmt und als einen Beweis zu betrachten, durch den gegenseitigen Austausch der Ideen dasjenige zu finden, was unserm theuren Vaterlande wahrhaft frommt."

Niebuhr dankte dem Minister Manteuffel für dessen Schreiben, das ihm für manchen anderen Kummer ein großer Trost gewesen sei. Demnächst kam Niebuhr auf Manteuffels Einwendungen gegen seinen Plan zur Konvertirung einzelner Theile der preußischen Staatsschuld zurück und empfahl, doch wenigstens den Versuch mit der 4½ prozentigen Schuld der Niederschlesisch-Märkischen Bahn zu machen; daran reihten sich Vorschläge hinsichtlich der Verwendung eines Theils der Eisenbahnfonds zur Fundirung einer neuen Anleihe und der Einnahmeverstärkung ohne Mitwirkung der Kammern aus der Lotterie. (Schreiben Niebuhrs, d. d. Berlin, 10. April, und Charlottenburg, 22. April 1853.)

Aus der Antwort, welche Manteuffel hierauf am 30. April ertheilte, zeigt sich so recht seine Beherrschung des Finanzwesens und überhaupt die Größe seiner Gesichtspunkte in allen Fragen, die er zum Gegenstand seines Nachdenkens machte. Nachdem Manteuffel noch einmal dem einsichtigen und ausdauernden Streben Niebuhrs für finanzielle Reformen Gerechtigkeit hatte widerfahren lassen,*) fuhr derselbe fort:

„Auch Ihren gefälligen weiteren Mittheilungen vom 10. und 22. d. Mts. bin ich mit lebhaftem Interesse gefolgt. Gern fand ich, daß Ew. Hochwohlgeboren jetzt (mehr und mehr) denselben Weg mit mir gehen, dieselben Mittel, die gleichen Weisen wollen, um ein richtiges volkswirthschaftliches System und hierdurch gesunde, natürliche Verkehrsverhältnisse herzustellen. Wenn Ew. Hochwohlgeboren von trüben Erfahrungen in Ihrem redlichen Wirken für das Bessere sprechen, so kann ich nur wünschen, daß Sie sich durch dieselben nicht beirren lassen und Ihre Thätigkeit weiter einem Gebiete widmen mögen, auf welchem vorzugsweise nur ein gründlicher Sieg über alle anarchischen Bestrebungen und daher ein dauernder gesellschaftlicher Friede zu erlangen ist. Auch ich bin reich an jenen unerfreulichen Erfahrungen, indeß gerade durch sie zu der Erkenntniß gebracht worden, daß ohne Ausdauer im Kampfe eine bessere Zukunft niemals zu erreichen ist. Das Ziel fest im Auge behaltend, schöpfe ich aus jener Ueberzeugung stets neue Kraft. Wer überhaupt in unserer Zeit seinem Könige und seinem Lande aufrichtig ergeben ist, die Interessen beider für identisch hält und daher nicht von heute auf morgen leben, vielmehr seiner Ueberzeugung nach handeln und der Zukunft Rechnung tragen will, der wird nicht eben sanft, nicht auf Rosen gebettet.

Ew. Hochwohlgeboren Bemerkung, daß die Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung manches Nützlichen entgegenstellen, mehr in Personen als in den Verhältnissen liegen, halte ich für vollkommen richtig.

Für eine Pacifikation der Zustände durch zweckmäßige finanzielle Maßnahmen geschieht hier meines Erachtens nicht genug, die politischen Gestaltungen erhalten nicht die nothwendige Stütze durch gesunde, haushälterische Organisationen. Es werden freilich die Einnahmen gehütet, aber das bloße Ueberwachen kann sie doch nicht vermehren — nichts zu ihnen hinzuthun. Die volkswirthschaftlichen Begriffe sind leider und besonders an einflußreicher Stelle noch in den ersten Stadien der Entwickelung. Was Wissenschaft und Erfahrung lange verworfen, wird vielfach ohne Prüfung noch als vortrefflich, als feststehend, als unabänderlich betrachtet. Und weil die Meisterschaft, weil die richtige Erkenntniß fehlt, weil man nicht Herr des Themas ist, deshalb werden auch die einfachen, natürlichen Mittel, die richtigen Wege zum Bessern nicht gewählt, wird die Unbehaglichkeit im Verkehrsleben nicht gehoben; deshalb sehen wir häufig einen Geldüberfluß an den Börsen, während ein Geldmangel im Lande ist, deshalb aber auch die zunehmende Verarmung des

*) Die Niebuhrschen Vorschläge stießen auf den heftigen Widerspruch des Präsidenten der Seehandlung, Bloch, und des Finanzministers v. Bodelschwingh. Der Letztere bat unter dem 24. April 1853 Manteuffel, von jeder weiteren Erörterung des Niebuhrschen Finanzplanes abzusehen.



Mittelstandes, deshalb auch das Defizit in unserem als finanzielles Muster geltenden Lande.

Aus jener Unkenntniß erklären sich ebenmäßig nur die ungeschickten Anlehensweisen, die doppelt auf Kosten der Steuerzahlenden geschehen. Einmal, indem diese die hohen Zinsen tragen müssen, und dann, weil ihnen die Erlangung von Kapitalien zu mäßigen Zinsen erschwert wird. Aus jener Ursache erklärt sich weiter die Furcht vor einer Zinsreduktion (die man unter den sonderbarsten Vorwänden zu verbergen sucht), erklärt sich nicht minder die Furcht vor Anlehen, durch welche sowohl Nützliches als ein Fonds für außergewöhnliche Ereignisse gewonnen werden könnten.

Wenn man für solche Eventualitäten auf die Mittel der Bank und der Seehandlung hinweist, welche im Momente der Gefahr zu Kriegsrüstungen zu verwenden wären, so kann ich das von meinem Standpunkte aus nur bedauern, denn das hieße nur schon vor dem Beginne irgend ernster Ereignisse die Verkehrsverhältnisse des Landes, dessen Steuerfähigkeit gründlich lähmen, den Bankrott desselben noch vor dem Ausbruche eines Krieges herbeiführen, sich aller Mittel zur etwaigen Fortführung desselben im voraus berauben zu wollen. In der That im Angesicht weltbedrohlicher Ereignisse, in Zeiten religiöser, nationaler und sozialer Wirren sollte man mit solchen Tröstungen vorsichtig sein! Man hüte sich doch, dem Kampfe der Armuth mit dem Besitze, der in dem wahnwitzigen sozialistischen und kommunistischen Treiben seinen Ausdruck findet, neue Nahrung zu geben.

Ich gehe nunmehr zur Beantwortung Ew. Hochwohlgeboren Aufstellungen selbst über. Die Ansicht, aus Ersparnissen bei einzelnen Titeln des Staatshaushalts einen Fonds bilden zu wollen, dürfte Widerspruch finden. Es würde voraussichtlich dagegen eingewendet werden, daß man diese Titel um den Betrag der Ersparnisse niedriger im Etat normiren und die erzielten Ueberschüsse zur Bildung neuer Etatstitel für nützliche Zwecke benutzen müsse. Denn der Staatshaushalt unterscheidet sich von dem der Privaten ja eben dadurch, daß hier nicht, wie in letzterem, die Ausgaben nach den Einnahmen, sondern vielmehr die Einnahmen nach den Ausgaben bemessen werden. Deshalb erschien mir auch die Kapitalisirung des Eisenbahnfonds einfacher und um so mehr vorzuziehen, als man darauf die hierzu ebenso wie zum Kapitalisiren oder Verwenden der verschiedenen Ersparnisse erforderliche Genehmigung der Kammern sicherer zu erhalten hoffen darf.

In Bezug auf die Reduktion des Zinses durch Konversion bezw. Arrosement theile ich Ew. Hochwohlgeboren Ansichten vollkommen. Manche Umstände lassen es mir aber gerathen erscheinen, etwas vorsichtiger und doch zugleich energischer und weitreichender zu Werke zu gehen. Ew. Hochwohlgeboren bieten bei der Konversion (bezw. dem Arrosement) den Betheiligten Vortheile, die auf 1½ bis 2 pCt. zu veranschlagen sind. Hiergegen habe ich auch durchaus nichts, ich halte aber dafür, daß diese Operation durch einen bedeutenden Unternehmer **ohne** größere Opfer und jedenfalls in **einfacher** und **sicherer** Weise durchzuführen.

Ew. Hochwohlgeboren wollen 3 pCt. zu 80 konvertiren (arrosiren). Sie wollen den Inhabern von 10000 Rthlrn. ein **halb** Prozent, den von 50000 Rthlrn.

aber Ein Prozent Konversionsprämie zugestehen; geschieht dies, so werden voraussichtlich mehrere Inhaber von je 10 000 Rthlrn. 4 ½ pCt. zusammenlegen und wird also durchschnittlich wohl etwa 1 pCt. gezahlt werden müssen. Weiter werden so auch nur erst etwa 7 Millionen konvertirt, und selbst die Umwandelung dieses Betrages würde noch immer nicht vollständig gesichert sein.

Dagegen glaube ich annehmen zu dürfen, daß wenn — und zwar für jetzt auf Höhe von 15 bis 20 Millionen Thaler — mit einem geeigneten Bankhause kontrahirt würde, dieses die Konversion (Arrosement) zu 3 pCt. à 80 pure und ohne weitere Provision übernehmen dürfte; leicht möglich auch, daß man uns 81, sogar 82 bewilligte. Hierdurch hätte man einen mehrfachen Vortheil erlangt. Einmal den, daß die Gefahr eines Mißlingens ꝛc. beseitigt, dann den, daß eine weit größere, mehr als die doppelte Summe konvertirt wäre, und endlich den, daß auch selbst schon bei 15 Millionen Thaler 1 pCt. Provision, also 18 000 Rthlr. 3 prozentige und 600 Rthlr. bar gegen das Konvertiren mit vielen Einzelnen erspart und zugleich die Weiterungen und Schreibereien, welche sonst viele kleine Inhaber machen, ganz wegfallen würden.

Sollten aber, wie ich glaube, 81 zu bedingen sein, so werden dann noch etwa 230 000 Rthlr. an Kapital, und also an jährlichen Zinszahlungen noch etwa 7000 Rthlr. gewonnen. Bei 82 würde diese Summe sich natürlich verdoppeln, also etwa 465 000 Rthlr. betragen. Ew. Hochwohlgeboren führen selbst und ganz richtig an, daß der Kurs der 3 prozentigen bald auf 83 à 85 steigen werde. Weshalb sollten wir also nicht jetzt über 80, oder doch mindestens 80 netto und ohne alle weiteren Prozeduren und Rechnungsdifferenzen zu erlangen suchen? Nach meinem Dafürhalten möchte der Kurs der 3 ½ prozentigen sich bald noch höher, vielleicht auf 87 bis 88 stellen, besonders wenn, wie Ew. Hochwohlgeboren bemerken, der Kurs unserer 3 ½ prozentigen Staatsschuldscheine möglichst hochgehalten wird, wozu man jetzt, so viel ich weiß, gar nichts thut.

Diese Kurssteigerung dürfte aber um so leichter sein, sobald durch Ueberlassen der Konversion (des Arrosements) an Privatunternehmer diese ein Hauptinteresse mit haben, sich am Steigen der 3 ½ prozentigen zu betheiligen. Durch die vereinigten Kräfte werden diese bald einen Kurs von 97 bis 98 erreichen, und hierdurch wird eine Konversion (Arrosement) der noch übrigen Summe 4 ½ prozentiger Schuldverschreibungen um so leichter werden. — Man könnte gleichzeitig allen Inhabern 4 ½ prozentiger Papiere die Wahl lassen, sich bei dieser Umwandlung zu betheiligen, oder event. die Konversion unter weniger günstigen Bedingungen zu erwarten.

Hoffentlich werden Ew. Hochwohlgeboren diese Ausführungsweise bequemer finden, die sich übrigens im Wesentlichen Ihren Aufstellungen meist anschließt. Ew. Hochwohlgeboren müssen dem älteren Geschäftsmanne schon etwas mehr Bedächtigkeit zu gute halten, zumal Sie gewiß nicht verkennen, daß unser Publikum sich bei einem regierungsseitig ausgegebenen Papiere zu 3 ½ pCt., als etwas Ungewohntem, scheu zeigen möchte. (Die Bankiers verstehen ihm das plausibler zu machen.)

Uebrigens erkenne ich, insoweit in obiger Weise die Ersparnisse nicht noch vermehrt werden, die Summen als richtig an, welche Ew. Hochwohlgeboren als

aus der vorgeschlagenen Operation rc. folgend, berechnen; auch glaube ich, daß die Kammern seiner Zeit dagegen nichts einwenden werden, auf Grund der erreichten Ersparnisse Kapitalanlehen für Landeszwecke zu bewilligen, sei es zu Bauten von Landstraßen, Kanälen rc., oder auch im Interesse der Landesvertheidigung.

Ihre Bemerkungen in Beziehung auf das Kapitalisiren der Eisenbahnfonds, der dort sich ergebenden Ersparnisse im Bau, wie der Mehreinnahmen rc. halte ich für richtig und wünsche nur, daß Ihre Ausführungen bei den konkurrirenden Persönlichkeiten nicht ungebührlichen Widerstand finden mögen.

Bin ich gleich in Bezug auf die Proposition zur Erhöhung des Staatsantheils an dem Lotteriegeschäfte nicht eben dafür, Geld um jeden Preis zu erlangen, so bin ich doch dafür, möglichst der Spielwuth Schranken zu setzen, und da in Erreichung dieses Zweckes mit Ihrem Vorschlage sich eine Mehreinnahme von 292 000 Rthlrn. verbindet, so finde ich um so weniger etwas dagegen zu erinnern.

Mit aufrichtigem Danke werde ich es jederzeit erkennen, wenn Ew. Hochwohlgeboren in der baldigen Verwirklichung heilbringender finanzieller Operationen Ihre freundliche Unterstützung mir leihen wollen."

Niebuhr schloß die Korrespondenz am 7. Mai mit dem Bemerken, er könne sich leider der Ueberzeugung nicht verschließen, daß Preußen mit seinen Finanzen in eine „kommißartige" Manier hineingekommen sei, die er die Maßensche nennen möchte. „Diese Manier ist eine Nothwendigkeit gewesen, als Unordnung, Leichtsinn und Planmachereien uns ruinirt hatten; darum aber darf sie nicht den Anspruch auf ewige Herrschaft machen. Kühne und Patow, und in gedankenloserer Weise Herr Horn, sind die ächten Repräsentanten dieser Schule. Recht mit dieser »kommißartigen« Manier hängt die falsche Auffassung der Bestimmung der Bank und Seehandlung zusammen, deren Ew. Excellenz in Ihrem Schreiben Erwähnung thun. Ew. Excellenz muß ich vollkommen zugeben, daß die Durchführung des Plans, auf Ersparnisse bei einzelnen Titeln des Staatshaushalts eine Anleihe zu gründen, auf heftigen und vielleicht unbesiegbaren Widerspruch stoßen würde. Obwohl ich jenen Plan für richtig halte, möchte ich daher auf ihn verzichten und statt dessen die Ersparnisse aus der Anleihenkonvertirung, die Einziehung des Danziger Fonds und die von mir proponirte Erhöhung des Lotterieeinkommens als einen Fonds zur Steuerherabsetzung behandeln. Wenn gleichzeitig die Erhöhung der Rübenzucker- und Maischsteuer als Deckung für die infolge der Zollverträge eintretenden Ausfälle und des Defizits behandelt werden, so gewinnt man damit so viele Kraft, daß man mit um so größerem Ernste an eine theilweise Kapitalisirung des Eisenbahnfonds denken kann." Niebuhr machte sodann noch seine Bemerkungen zu dem Manteuffelschen Vorschlage eines Arrosements der 4½ prozentigen und der 5 prozentigen Schuld, welches der neuen 3 prozentigen Anleihe vorauszugehen hätte, und rieth schließlich zu einer kleinen Konvertirung als Vorläufer einer größeren. —

Am 17. April schrieb der König aus Charlottenburg:

„Theuerster Manteuffel. Ich erfahre soeben, daß ein falsches Gerücht Sie vom Besuch und Vortrage bei mir heut Nachmittag abgehalten hat, was ich sehr

regrettire. — Ich gedenke heut Abend 9 Uhr nach Potsdam zu dampfen und dort meinen Bruder Wilhelm zu empfangen und morgen von 9 bis pp. Mittag drei Bataillone en detail zu inspiziren, um 2 Uhr zu diniren und um 5 Uhr zurückzudampfen. Nun glaub' ich Ihnen angenehm zu sein, wenn ich gerades Wegs nach Bellevue fahre, wo ich spätestens um 6 Uhr einzutreffen gedenke. Dann können wir beide ungestört 1½ Stunden zusammen arbeiten. Um 8 Uhr laß ich hier tanzen, wozu ich Sie nicht einlade, wenn Sie nicht wünschen sollten, mit dem Kurfürsten zusammengeführt zu werden oder eine Sarabande zu executiren.

Der so wichtige, augenblickliche Abgang Nörners und Stiebers nach London, wegen dessen ich Ihnen so schönes Lob für Westphalen auftrug, hat ja eine wahrhaft empörende Verzögerung erfahren, über die ich ausführlichen Vortrag durch Sie, bester Manteuffel, in Bellevue erwarte! Es scheint wirklich, daß auf alle Dinge von so momentaner Wichtigkeit mein Lob vergiftend wirkt. So die Expedition gegen Marokko, so die Sendung nach London. Ich bitte Sie wiederholt auf das Allerdringendste, daß Sie das wichtige Amt des Ministervorstandes, welches ich Ihnen anvertraut habe, dazu benutzen, um Ihre große Autorität, durch die meine verstärkt, zur Förderung von Dingen gebrauchen, die Sie und die Departementschefs angeordnet und die ich mit besonderem Lobe und aus bewegendsten Gründen gutgeheißen und so zu meiner eigenen gemacht habe. Ich gestehe Ihnen, daß das Eingreifen der Justizbehörde, durch welches sie zwar nichts effektuirt, wohl aber sehr üble Verzögerung hervorgebracht hat, mir hier außer allem und jedem Spaß ist. Nicht bloß, daß wichtige zwei Tage an eine abscheuliche, fortgesponnene Intrigue verloren gegangen sind, sondern der Brief, den ich Ihnen zur Besorgung für die „Sendlinge" gesendet hatte, und in welchem ich über die orientalische Frage Wichtiges an Bunsens Prüfung und Handeln übergeben hatte, war ganz auf die sichere und schnelle Besorgung berechnet. Ich bin über das neue Zeichen verwerflicher Ränke, die mich umgeben, ganz ungemein aufgeregt und wünsche, daß Sie Simons darüber kein Geheimniß machen. Solche Wirthschaft ist auch mit der gemäßigtsten **Monarchie** nicht verträglich. — Auf Wiedersehen morgen um 6 Uhr in Bellevue. Vale! Friedrich Wilhelm."

Für die Hülfsbereitwilligkeit Manteuffels ließen sich zahlreiche Belege beibringen. Auch an den Antecedentien einer Persönlichkeit stieß sich der Minister nicht, wenn er das Bewußtsein hatte, daß nachträglich eine Umkehr stattgefunden hatte.

II. Kapitel.

Aus der kammerlosen Zeit vom 13. Mai bis 27. November 1853.

1. Auswärtige Politik.

Im Monat Mai war die Frage der heiligen Stätten mit Zustimmung Frankreichs in einer Weise gelöst, über welche das russische Kabinet gegen die

anderen Höfe seine Befriedigung aussprach. Unmittelbar darauf trat jedoch der Fürst Mentschikoff in Konstantinopel mit einer neuen Forderung auf, dahingehend, daß die Pforte in einer obligatorischen Form dem russischen Kabinet Bürgschaften dafür gewähre, daß die Rechte, welche die Kirche, die milden Stiftungen und orthodoxe Geistlichkeit in den Staaten des Sultans von Alters her genossen hätten, denselben auf ewige Zeiten, streng auf der Grundlage des gegenwärtigen status quo, zugesichert würden. Die Pforte lehnte dieses Ansinnen ebenso wie ein Ultimatum des russischen Botschafters, welches eine mildere Form für die einzugehende Verbindlichkeit verlangte, ab, und das russische Kabinet brach den diplomatischen Verkehr mit der Pforte ab. Diesem Schritte folgte am 31. Mai eine erneute Aufforderung des russischen Kabinets an die Pforte, binnen acht Tagen das letzte Notenprojekt des Fürsten Mentschikoff zu zeichnen, verbunden mit der deutlich ausgesprochenen Drohung, daß anderenfalls russische Truppen in die Donau-Fürstenthümer einrücken würden. Dieser Entschluß wurde durch ein russisches Cirkular vom 11. Juni den europäischen Höfen angekündigt. Einige Tage später warf eine englisch-französische Flotte in der Besika-Bai vor dem Eingange der Dardanellen Anker. Am 28. Juni erließ der Kaiser von Rußland ein Manifest, in welchem er an die religiösen Gefühle seines Volkes appellirte; am 2. Juli überschritten russische Truppen ohne vorgängige Kriegserklärung den Pruth. Die Pforte begnügte sich auf den Rath der anderen Mächte zunächst mit einem Protest gegen diesen Akt. Erst nachdem eine wiederholte Aufforderung, die Donau-Fürstenthümer, in deren Besitz sich inzwischen Rußland gesetzt hatte, wieder zu räumen, fruchtlos geblieben war, erklärte die Pforte den Krieg. Die Feindseligkeiten begannen in der letzten Hälfte des Monats Oktober.

Seit dem Beginn der russisch-türkischen Differenz hat die preußische Regierung ebenso wie die Kabinette von Wien, Paris und London ihre Bestrebungen dahin gerichtet, auf beide Theile mäßigend einzuwirken und hierdurch womöglich den Frieden auf billiger und gerechter Grundlage zu erhalten. Diese Bestrebungen der vier Mächte fanden in Wien einen Vereinigungspunkt, indem daselbst die Gesandten von Preußen, Frankreich und England in gemeinsamen Konferenzen mit dem Kaiserlich österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten die zur Beseitigung des Streites geeigneten Vermittelungsvorschläge in Erwägung zogen (24. Juli Eröffnung der Wiener Konferenzen). Das russische Kabinet hatte den Charakter dieser Konferenz als solcher, sowie überhaupt den europäischen Charakter seiner Differenz mit der Pforte niemals anerkannt, vielmehr stets den Standpunkt festgehalten, daß es seinen Streit mit dieser Macht allein und ohne fremde Einmischung auszutragen habe. Es nahm jedoch die guten Dienste des österreichischen Kabinets an, und von diesem wurden denn auch die Vermittelungsvorschläge der vier Mächte nach Petersburg übermacht. Dahin gehört vor Allem ein in den letzten Tagen des Juli von den vier in Wien vereinigten Vertretern vereinbarter Notenentwurf, von dessen Unterzeichnung durch die Pforte die vier Mächte eine Beilegung der Differenz erwarteten, und welcher während einer längeren Periode die Grundlage für alle Vergleichsvorschläge abgab. In der That schien auch das Petersburger Kabinet bereit, sich mit einer solchen Genugthuung zufrieden zu er-

klären. Die Pforte ging jedoch auf den Vorschlag nur unter Modifikationen ein, welche zwar von den vier Mächten nur als Redaktionsveränderungen angesehen und als solche in Petersburg empfohlen wurden, hier aber nicht allein keine Annahme fanden, sondern auch dem russischen Kabinet Veranlassung gaben, in einem (wie später erklärt worden) gegen seinen Wunsch in die Oeffentlichkeit gelangten Aktenstück dem ursprünglichen Projekt eine Auslegung zu geben, welche nach der Ansicht der Westmächte die Souveränität des Sultans bedrohte und daher diese Grundlage einer Vermittelung nicht mehr annehmbar erscheinen ließ. Spätere Vergleichsvorschläge, über welche eine Vereinigung der vier Mächte nicht stattfand, hatten kein günstigeres Schicksal. Inzwischen hatte der zwischen den beiden streitenden Theilen erklärte Kriegszustand Frankreich und England die Veranlassung und die rechtliche Möglichkeit gegeben, ihre Flotten durch die Dardanellen segeln und am Eingange des Bosporus vor Anker gehen zu lassen.*)

Während der ganzen orientalischen Verwickelung stand dem Minister Manteuffel der außerdienstliche Rath des Geh. Legationsraths Küpfer zur Seite. Da Manteuffel auf diesen viel hielt, so lasse ich nachstehend Auszüge aus einigen für ihn bestimmten Briefen und Denkschriften Küpfers folgen:

11. Juni 1853, Paris. „Eine Zeitung, die mir soeben zu Gesicht kommt, spricht von einer Sendung des Herrn v. Meyendorf nach Berlin. Will Rußland dem Bündnisse Englands und Frankreichs seinerseits ein anderes entgegensetzen, in dem Preußen einen Platz einnehmen soll? Preußen würde dann die Ehre haben, zur Förderung der orientalischen Pläne Rußlands, die so sehr dem preußischen Interesse zuwider sind, den ersten Streichen der westlichen Allianz ausgesetzt zu sein. Es würde eine im Innern des Landes durchaus unpopuläre Sache zu verfechten haben. Ich glaube, daß Alles, was Rußland von Preußen mit Billigkeit erwarten darf, strenge Neutralität ist, welche die russische Grenze von Kalisch bis an die Ostsee deckte. Hoffentlich würde Herr v. Meyendorf von Berlin, wenn er dahin käme, nur Versicherungen aber keinerlei Verpflichtungen mitnehmen."

„Welche Wendung auch die Angelegenheiten im Oriente nähmen, so schiene Preußen dieselbe mit vollkommener Ruhe betrachten zu können. Einmal gründlich auf jener Seite engagirt, verliert Rußland seine Druckkraft an der Weichsel und wird sich dort wesentlich gefügig zeigen. Die Politik schiene daher Preußen anzurathen, seine Theilnahme an der Erhaltung und Integrität der Pforte auch fortan nicht zu verhehlen, daneben aber vorerst faktisch eine Art streng neutraler und abwartender Stellung zwischen Rußland und den beiden westlichen Mächten innezuhalten, welche Letzteren bereits überreichlich die Mittel besitzen, wenn sie es ernstlich wollen, Rußland im Oriente zu zügeln, ohne daß dadurch die Gefahr eines Krieges in Mitteleuropa herbeigeführt würde.

Eine zu Konstantinopel zu versuchende Vermittelung des Königlichen Hofes zwischen Rußland und der Pforte würde heute voraussichtlich völlig resultatlos bleiben, wenn die westlichen Mächte, in deren Arme sich die Pforte vollständig

*) Aktenstück der zweiten Kammer Nr. 118, Kommissionsbericht vom März 1854.

geworfen zu haben scheint, nicht damit im Stillen vollkommen einverstanden wären. Die Umstände sind heute vollständig von denen, die zur Zeit der Sendung des Generals Müffling nach Konstantinopel stattfanden, verschieden, und jedem direkten Vermittelungsversuche zwischen Rußland und der Pforte ungünstiger. Selbst die Müfflingsche Sendung glückte nur, weil, wie der Verfasser dieser Notiz, der sich damals zu Konstantinopel befand und es in der Nähe zu beobachten Gelegenheit hatte, der Marschall Diebitsch inzwischen den Balkan überschritten hatte, und der vollkommen eingeschüchterte englische Botschafter die Anträge des Generals Müffling bei der Pforte entschieden unterstützte.

Wahrscheinlich wird der österreichische Hof den Königlichen dahin zu vermögen suchen, sich ihm zu Konstantinopel nahe und entschieden anzuschließen. Oesterreich hat durch die Leiningensche Sendung und seine offen an den Tag gelegte, der Pforte entschieden ungünstige Gesinnung alles Vertrauen bei der Pforte verloren, die es innerlich haßt aber nicht fürchtet, weil sie sehr wohl weiß, daß die Haltung Frankreichs den Wiener Hof völlig fesselt. Oesterreich möchte ohne Zweifel gern den preußischen Kredit zu Konstantinopel für die Wiederherstellung seines eigenen verbrauchen. Es liegt ihm daran, sein eigenes Relief zu erhöhen, indem es Preußen gewissermaßen à sa suite zeigt. Vorbehaltlich, wie es dies von 1821 bis 1828 zu Konstantinopel that, und wie Herr v. Canitz die Beweise davon sammelte, die Hingebung Preußens dazu zu benutzen, um ihm das Vertrauen aller anderen Mächte zu rauben. Oesterreich strebt für seine eigene Rechnung nach der Vermittelungsrolle zwischen Rußland und seinen Gegnern, die, wenn sie seiner Zeit möglich werden sollte, Preußen naturgemäß gehörte; es möchte Preußen davon entfernen und dieses vielmehr als Werkzeug für seine Pläne benutzen. Preußen dürfte daher weise daran thun, statt auf ähnliche Einflüsterungen Oesterreichs einzugehen, die isolirte und schwebende Rolle, die seiner Politik in den allgemeinen europäischen Verhältnissen zusagt, auch zu Konstantinopel fest zu behaupten. Will Preußen seine Stellung als selbständige europäische Macht behaupten, so muß es vor Allem das seit 1815 hervorgetretene und seitdem unablässig verfolgte Streben Oesterreichs überwachen, Preußen als seinen politischen Trabanten in der Art wie das Verhältniß von 1740 bestand, zuerst zu zeigen und allmählich faktisch dazu zu machen und so die Schöpfung Friedrichs des Großen wieder zu vernichten."

Ende Juni 1853. Küpfer räth, Rußland gegenüber in der orientalischen Angelegenheit folgende Sprache zu führen:

„Die Gesinnungen des preußischen Hofes dem Kaiserlich russischen gegenüber sind unverändert die nämlichen geblieben, welche sie seit 1815 waren; wie sie sich während des Türkenkrieges von 1828 und 1829 und zur Zeit des polnischen Aufstandes von 1830 und 1831 bewährten und wie sie in den nahen verwandtschaftlichen Verhältnissen beider Höfe sowie in der natürlichen Lage beider Staaten begründet sind. Rußland kann, welche Krisen auch künftig eintreten mögen, und unter allen Umständen auf die volle Sicherheit seiner Westgrenze von Kalisch bis zur Ostsee zählen, und eine gleiche Hoffnung für die Sicherheit seiner dortigen Grenze hegt Preußen seinerseits. Dies ist die natürliche Grundlage der Ver

bindung beider Nachbarstaaten. Bei der territorialen Gestaltung, welche die Verträge von 1815 ganz gegen seinen Wunsch Preußen gaben, würde Preußen die Avantgarde in allen großen kriegerischen Konflikten auf dem Festlande Europas bilden, wenn es an jedem solchen Konflikte theilnehmen wollte. Zu einer solchen Rolle reichen aber seine Kräfte bei Weitem nicht aus. Es gehört überdies mit dem bei Weitem größten Theile seiner Staaten dem Deutschen Bunde an, der wesentlich einen rein defensiven Charakter hat. Die Neutralität ist daher Preußen gebieterisch für alle solche Fälle vorgeschrieben, wo es nicht für die Sicherheit seines eigenes Herdes zu fechten gezwungen ist. Seine eigenthümliche Militärverfassung, die seine Bewaffnung bis zu einem gewissen Punkte von der Zustimmung seiner Bevölkerung abhängig macht, verstärkt noch die übrigens schon durch seine ganze Lage ihm aufgelegte Nothwendigkeit, nur mit größter Vorsicht, Berechnung und Berücksichtigung der Stimmung seiner Bevölkerung große, zu einem Kriege führen mögende Beschlüsse zu fassen. Die jetzigen bedauernswerthen Zerwürfnisse in der orientalischen Frage berühren Preußen direkt nicht. Seine Rolle dabei ist also eine gegebene, diejenige der Neutralität. Diese Neutralität wird eine wahre, vollständige und durchaus loyale sein. Das Ziel Preußens wird sich darauf beschränken, das Feuer des Krieges, falls ein solcher unglücklicherweise ausbrechen sollte, von seinen Grenzen möglichst fern zu halten. Rußland wird bei allen Ereignissen auf die guten Wünsche seines alten Bundesgenossen zählen können, und nur gebieterische, und seiner besonderen Lage entspringende Umstände nöthigen Preußen zu seinem Bedauern, sich auf diese Wünsche und solche Dienste, die mit einer Neutralität vereinbar sind, zu beschränken."

30. Juli 1853. Czaycze bei Bialosliwe:

„Es scheint, daß Rußland dieses Mal nicht, wie 1823 und 1835, als England den Krieg durchblicken ließ, sich einfach nur in der Stille zurückzuziehen gewillt ist, sondern eine feste Haltung annimmt. Sei es, um diejenige seiner Gegner zu erproben und, wenn sie sich bewährt, den allerdings dann schwierigen Rückzug mit möglichster Wahrung aller äußeren Würde anzutreten, oder sei es, um schließlich zum Kriege gegen die Türkei zu schreiten, für welchen der Petersburger Hof vielleicht nicht so leicht wiederkehrende Vortheile aus der Konnivenz Oesterreichs zu ziehen hofft. Wie dem aber auch sei, so scheint das offene Zusammenstoßen Englands mit Rußland durch die jetzige orientalische Krise, selbst wenn dieselbe noch einmal diplomatisch verkleistert würde, überhaupt um ein Bedeutendes näher gerückt worden zu sein. Es möchte also bedünken, als ob die strenge Neutralität, die der Königliche Hof angenommen zu haben scheint, unter allen Umständen und wie die Krise sich entwickeln mag, der einzig richtige Weg wäre. Es handelt sich darum, dem Königlichen Hofe vor Allem völlig freie Hand bis zum offenen Ausbruche jenes Zusammenstoßes zu bewahren, welcher, wenn er eintritt, das östliche und Mitteleuropa in seinen Grundfesten erschüttern wird. Auch Preußen wird dann einen verhängnißvollen und über seine Zukunft entscheidenden Entschluß nicht umgehen können. Es kommt aber darauf an, daß es ihn erst zur rechten Zeit, wenn es die schon entwickelte Sachlage völlig übersehen

kann, faßt und für die Gefahren, die es übernimmt, sich entsprechende materielle Vortheile stipulirt. Mögen die Zeitungen immerhin die Neutralität Preußens eine unthätige oder gar »faule« nennen. Es ist das höchste Lob, welches sie, in den Augen der Politiker, dem Gange des Königlichen Hofes spenden können; wie der wahre Ruhm eines jungen Mädchens darin besteht, daß man möglichst wenig von ihm spricht.

Innig freut es mich, daß ich in den Zeitungen nichts von gemeinsamen Schritten Oesterreichs und Preußens lese. Die Fledermauspolitik Oesterreichs ist nicht eine Sache, an welcher theilzunehmen besonders rühmlich wäre. Wenn, wie der Koran sagt, die prüfende und klopfende Stunde kommen wird, dann wird es sich zeigen, wie Oesterreich bei der Prüfung bestehen wird! Als einer der Zeugen der orientalischen Krise, die bei Gelegenheit der griechischen Insurrektion ausbrach, muß ich bemerken, daß Rußland damals das religiöse Prinzip noch weit entschiedener als heute voranstellte, und der auf christlichen Rath zu Konstantinopel gehängte griechische Patriarch gab wahrscheinlich dazu einen genügenden Anhaltspunkt. Dennoch zog sich der Kaiser Alexander völlig und plötzlich zurück, als Jedermann von ihm eine Kriegserklärung erwartete. Es glaubte sich nicht England gewachsen."

Am 24. Sept. hatte der Kaiser von Rußland in Olmütz eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oesterreich. Es war beabsichtigt, eine Allianz mit Oesterreich und Preußen gegen England und Frankreich zu Stande zu bringen. Der Prinz von Preußen und sein Sohn Friedrich Wilhelm waren gleichfalls in Olmütz, Ersterer im Auftrage des Bundes, als Inspekteur der österreichischen Truppen. In seinem Gefolge befand sich auch der bekannte Hofrath Louis Schneider, welcher über diesen Aufenthalt von Olmütz dem Minister Manteuffel mehrere Briefe schrieb, die hier im Auszug mitgetheilt werden sollen.*)

25. Sept. 1853. „Man kann kaum anderwärts gespannter auf die Lösung der türkischen Frage sein als hier, in nächster Nähe der sich vorbereitenden Entscheidung. Die russischen Herren, die ich bis jetzt gesprochen, sind alle sehr zuversichtlich und meinen, die Sache wäre abgemacht. Wenn man sie auf die Möglichkeit einer Revolution in der Türkei selbst aufmerksam macht, so haben sie gleich eine Antwort bei der Hand: »Dann wird die Türkei getheilt und dann wird man sehen, daß England und Frankreich am bereitwilligsten zugreifen werden.« Ist auf der einen Seite dieser zuversichtliche Ton erfreulich, weil die Fortdauer des Friedens dadurch in Europa nicht gefährdet erscheint, so hat er auf der andern Seite doch viel Verletzendes, weil daraus das Bewußtsein eines Uebergewichtes und einer Ausschließlichkeit hervorgeht, die für die Zukunft eben nicht viel Erfreuliches hat.

Nachdem heute, Sonntag, die große Parade und der Feldgottesdienst stattgefunden hat, sollen morgen die Konferenzen zwischen den Ministern Nesselrode und Buol-Schauenstein beginnen. An politisch wichtigen und vielleicht darauf

*) Um so mehr, als Louis Schneider in seinen verschiedenen Schriften diese Episode meines Wissens nicht erwähnt hat. Vgl. übrigens dessen Werk: „Aus meinem Leben", Bd. II, S. 324. Berlin 1879, E. S. Mittler & Sohn.

influirenden Personen sind hier: Baron v. Meyendorf, Lord Westmoreland, General Graf Benckendorff, Minister General Orloff, die russischen Geheimräthe Maltsoff und Nicolai. Auch einige türkische Offiziere befanden sich hier.

Die Courtoisie zwischen den beiden Kaisern ist eine vollendete. Der Kaiser Nikolaus erscheint wie ein wohlwollender Vater und Kaiser Franz Joseph wie ein bereitwilliger und verehrender Sohn. Nicht dasselbe Verhältniß scheint zwischen den übrigen russischen und österreichischen Herren zu herrschen. Man haßt sich so wie Leute, die einander Dank schuldig sind und Dank verlangen. Indessen ist das nur in untergeordneten Sphären von Gewicht. Der durchaus selbstständige Wille der beiden Monarchen bricht diesem gereizten Verhältnisse jede Spitze ab. Der Prinz von Preußen und Höchstdessen Sohn werden mit ungemeiner Auszeichnung und ausgesuchter Aufmerksamkeit behandelt. Dies begann an der österreichischen Grenze und setzt sich hier bei jeder Gelegenheit fort. Hin und wieder stellen sich indessen auch Unterschiede heraus. Man hatte erwartet, daß Prinz Friedrich Wilhelm ein Regiment verliehen erhalten würde. Dies ist bis heute nicht geschehen, kommt aber vielleicht noch in Wien. Auch sind die zur Aufwartung bei den russischen Großfürsten kommandirten Offiziere durchweg höheren Ranges als die bei den preußischen Prinzen. Man wollte heute wissen, Kaiser Nikolaus würde den Kaiser Franz Joseph einladen, sogleich nach Beendigung der hiesigen Manöver mit nach Warschau zu kommen, um dort den Manövern des zweiten Infanteriekorps beizuwohnen. Heute abend findet nach dem Theater der Thee beim Kaiser von Rußland statt, wo sich alle Fürstlichkeiten versammeln werden.

In der Privatkanzlei des Grafen Grünne war ich heute Zeuge folgenden Vorfalls. Ein Hauptmann Friedl, Sekretär des Grafen, brachte aus dem Kabinet Sr. Excellenz ein Zeitungsblatt, in welchem aus Mailand die Verurtheilung und Bestrafung zweier angesehener Italiener mitgetheilt war, weil sie die verlangten Freudenbezeigungen beim Geburtstage des Kaisers unterlassen. Hauptmann Friedl war außer sich über die Sache, nicht weil sie überhaupt geschehen, sondern weil sie so ungeschickt veröffentlicht sei. Offenbar war er nur das Echo des eben im Kabinette Vernommenen.

Die hier anwesenden französischen Offiziere drängen sich auffallend an die Russen und machen ihnen die Cour. Die Bayern steifen sich auf die Heirath des Kaisers und nehmen einen erstaunlich allürten Ton an."

27. Sept. 1853. Louis Schneider setzte voraus, daß Manteuffel bereits von der Einladung unterrichtet sei, welche der Kaiser von Rußland an den Kaiser von Oesterreich und den König von Preußen zu einer Zusammenkunft in Warschau habe ergehen lassen.

„Die ganze Angelegenheit wird hier mit so großem Geheimniß behandelt, daß selbst die Umgebung des Prinzen von Preußen nichts davon weiß; auch hoch stehende österreichische Persönlichkeiten, wie Fürst Windischgrätz, scheinen noch keine Ahnung davon zu haben. Minister Graf Orloff sagte mir heute morgen, daß der Kaiser von Oesterreich anfangs Schwierigkeiten gemacht, aber auf die Aeußerung des Kaisers Nikolaus: Es käme jetzt darauf an, zu zeigen und vor ganz Europa

zu beweisen, daß die Erben der heiligen Allianz ebenso fest zusammenhalten als die Stifter derselben, sein Erscheinen in Warschau zugesagt. — Die Entscheidung dieser wichtigen Frage liegt demnach für den Augenblick in Berlin. Graf Grünne, den ich ebenfalls heute morgen sprach und der sichtlich erstaunt war, daß ich durch den Grafen Orloff bereits unterrichtet worden, hielt das Hingehen des Kaisers Franz Joseph nach Warschau für ganz gewiß, meint aber, es wäre gut, wenn die Sache hier in Olmütz nicht eher bekannt würde, als bis eine Antwort aus Berlin da sei.

Graf Westmoreland giebt sich die größte Mühe, au courant der Vorgänge zu bleiben, und ist sogar bei der katholischen Feldmesse am letzten Sonntage so weit gegangen, mit allen Katholiken bei der Wandlung dreimal niederzuknien, seine Erfolge scheinen aber dessenungeachtet sehr schwach zu sein.

Der Kaiser von Rußland benutzt jeden Augenblick, den Festlichkeiten und Höflichkeiten übrig lassen, um zu schreiben. Die Beamten der Kriegskanzlei haben so viel zu thun, daß noch keiner von ihnen hier aus dem Zimmer gekommen ist. Gestern habe ich einige zwanzig Depeschen an Truppentheile des 3. Infanteriekorps absenden sehen, welches bekanntlich in der Mobilmachung begriffen und im Fall ernster Ereignisse zum Nachrücken in die Fürstenthümer bestimmt ist.

General Graf Schlier äußerte vorgestern abend, daß die neuesten Nachrichten aus Konstantinopel sehr schlecht lauteten. Die Thätigkeit der dort zusammenströmenden Flüchtlinge soll außerordentlich groß und geeignet sein, schwere Verwickelungen herbeizuführen. Auch frappirte mich die Aeußerung: »Den Sultan kann die Sache so wie so den Thron kosten!«

Die Stellung des Prinzen von Preußen ist durch die Anwesenheit des Kaisers von Rußland insofern verschoben worden, als der Landesinspekteur militärisch eigentlich die Hauptperson bei der Truppenversammlung sein müßte, von dem die Leistungen verlangt und bestimmt werden, und an den sich alle Produktionen richten. Stattdessen richtet sich sehr begreiflich Alles an den Kaiser von Rußland, und jede Aufmerksamkeit konzentrirt sich dort. Dies wird sich nach der Abreise des Kaisers Nikolaus anders gestalten, was schon deshalb zu wünschen wäre, damit Se. K. H. möglichst günstige Eindrücke aus Oesterreich mit nach Hause brächte. — Der Thronfolger von Rußland reist schon heute nach Warschau zurück. Die Abreise des Kaisers ist auf Morgen (Mittwoch) Abend festgesetzt.

Der Baron Anselm v. Rothschild ist hier angekommen. Man sagte mir gestern, zwei Barone Rothschild wären hier angekommen, offiziell finde ich aber heute nur einen angekündigt.

Der eigentliche Mittelpunkt aller in Oesterreich maßgebenden Verhältnisse würde immer noch in der Person des Grafen Grünne zu suchen sein. Mit großem Nachdruck macht er Alles, und mit großer Vorsicht bemüht er sich, dem Kaiser zu erscheinen, als ob er gar nichts machte. Wie es scheint, arbeitet eine Partei dahin, womöglich den Flügeladjutanten Grafen O'Donnel an die Stelle des Grafen Grünne zu bringen, und zwar durch die künftige Kaiserin. Bei dem überwiegenden Geiste und Talente des Grafen Grünne dürfte sich manche Intrigue aber verrechnen."

30. Sept. 1853. „Bereits heute Abend findet die Abreise des Prinzen von Preußen sowie dessen Sohnes und der Bundesinspektoren zusammen mit dem Kaiser nach Wien statt. Nachdem der Kaiser Nikolaus vorgestern Abend abgereist war, fand gestern Vormittag noch eine Konferenz zwischen dem Grafen Nesselrode, dem Minister Buol-Schauenstein und dem Baron v. Meyendorf in den Zimmern des Letzteren statt, worauf die Abreise der Herren nach Warschau und Wien erfolgte. —

Ich habe seit meinem vorigen Briefe wiederholt Unterredungen mit dem Grafen Grünne, dessen vertrauten Offizieren, dem Grafen Orloff, dem Fürsten Windischgrätz und dem Baron v. Meyendorf gehabt, und die gnädige Aufnahme, welche ich in Gegenwart vieler österreichischen und russischen Generale bei dem Kaiser von Rußland bei einer befohlenen Aufwartung gefunden, hat den Verkehr mit den genannten Personen sehr erleichtert und Vertrauen zu mir erweckt.

Ich erlaube mir, in dem Folgenden das Resumé alles Gehörten mitzutheilen: Die projektirte und von dem Kaiser von Rußland vorgeschlagene Zusammenkunft in Warschau soll keineswegs den Charakter eines Kongresses tragen, was sich schon darin ausspricht, daß der Kaiser von Oesterreich keinen Minister mitbringt und auch wahrscheinlich (?) Graf Nesselrode nicht in Warschau sein wird. — Da die ganze Anwesenheit dort nur 1½ Tag dauern soll, so kann eigentlich nur von einem Besuche die Rede sein.*) Der Kaiser von Rußland ist zweimal in Berlin und dreimal in Olmütz gewesen, während der Kaiser von Oesterreich und unser Allergnädigster Herr nur einmal in Warschau gewesen sind. — Wenn der Kaiser von Oesterreich sein Erscheinen in Warschau von der Einwilligung des Königs von Preußen hätte abhängen lassen, so würde die Entscheidung in Berlin liegen, da die Zusage aber unbedingt erfolgt ist, so dürfte an der Sache selbst nichts mehr zu ändern sein, und die Zusammenkunft der beiden zunächst bei der türkischen Frage betheiligten Herrscher könnte dann allerdings in einem besonderen politischen Lichte erscheinen. Gerade darum wäre es gut, wenn Preußen, welches bisher die vorsichtigsten und versöhnlichsten Wege gegangen, dort erschiene.

Der Hauptzweck sei, und darin waren sämmtliche oben genannte Personen einig, daß die drei Monarchen, welche als die Träger des konservativen Prinzips in Europa gelten, endlich einmal zusammenkommen und dadurch beweisen müßten, daß sie prinzipiell einig wären, wenn auch noch nebensächliche Punkte zwischen ihnen selbst einstweilen unerledigt blieben. Die Revolution könne eigentlich nicht eher für geschlossen gehalten werden, bis die drei Monarchen, welche die Erben der heiligen Allianz sind, offenkundig ein Zeichen ihrer Einigkeit gegeben hätten. Ferner wäre es auch wünschenswerth, daß der Prinz von Preußen dorthin käme, weil der Kaiser von Oesterreich zwei Erzherzöge mitnähme und der Thronfolger von Rußland dort sei, wodurch vielleicht eine große Konsolidirung der Verhältnisse erreicht würde.

*) Die Reise des Königs nach Warschau mißbilligt Manteuffel, weil dieselbe Preußen fest halte und engagire, wo dasselbe hätte frei sein müssen. Gerlach, a. a. O., Bd. II. S. 76 (2. Okt. 1853.)

Am eifrigsten in Darlegung dieser Verhältnisse erschienen mir der Baron v. Meyendorf, den ich seit langer Zeit als einen aufrichtigen Freund Preußens kenne, und der Fürst Windischgrätz, der zwar kein so warmer Freund unseres Vaterlandes, aber dafür ein desto ernsterer Feind aller Umsturzideen ist.

Graf Orloff behandelte die Sache gleichgültiger, und war der Sinn seiner Aeußerungen: Les absents ont tort! — Die erste telegraphische Antwort aus Berlin an den Prinzen von Preußen, welche das Kommen des Königs ablehnte, hat hier den Glauben an die spätere Zusage nicht verwischt, wenn erst die eigenhändige Einladung des Kaisers Nikolaus in den Händen des Königs sein würde."

4. Okt. 1853. Der Hofrath Louis Schneider berichtet Manteuffel aus Wien, daß die dort bekannt gewordene Nachricht von der Zusammenkunft der drei Monarchen von Rußland, Oesterreich und Preußen einen ganz außerordentlichen Eindruck gemacht habe und für das bedeutendste Ereigniß seit dem Jahre 1848 gehalten werde.

„Jeder konservative Oesterreicher freut sich über die Thatsache; ist er aber gegen Preußen oder Rußland eingenommen, so mischt sich auch wohl Tadel ein. Der Liberale tadelt natürlich, ist aber ein kleiner Beigeschmack von dem jetzt allgemeinen Haß gegen England dabei, so freut er sich doch darüber. Alle erkennen indessen die außerordentliche Wichtigkeit des Vorganges gerade in diesem Augenblicke. In der diplomatischen und militärischen Welt machte die vorgestern Abend eingetroffene telegraphische Depesche aus Paris großen Eindruck, welche den französischen Offizieren, die im Lager bei Olmütz anwesend gewesen und vom Kaiser von Rußland persönlich eingeladen worden sind, nach Warschau zu kommen, dies definitiv verbietet. Die Offiziere hatten bereits von Olmütz aus in Paris angefragt und bereits eine erste abschlägige Antwort erhalten. Sie scheinen aber nicht recht an den Ernst dieser Verweigerung geglaubt zu haben, gingen von Olmütz mit nach Wien und fragten von hier aus durch die Gesandtschaft noch einmal an, worauf denn die definitiv ablehnende Antwort erfolgte. — Es ist dies ein eigenthümlicher Fall, der kaum in ähnlicher Art dagewesen sein möchte, da von einer direkten und persönlichen Einladung des Kaisers Nikolaus die Rede ist.

Die Verleihung des Kaiserlichen Infanterie-Regiments Nr. 20, vacat: Welden, an den Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen ist gerade noch zu rechter Zeit gekommen, um eine vorhandene Mißstimmung zu beseitigen, die daraus hervorging, daß Se. K. H. sich in äußeren Ehrenbezeigungen und Rücksichten zurückgesetzt glaubte; namentlich im Verhältnisse zu dem Großfürsten Nikolaus von Rußland. Es hat allerdings in der Anwesenheit des Kaisers von Rußland und selbst des Kaisers von Oesterreich als Landes- und Kriegsherr, während der Bundesinspektion durch den Prinzen von Preußen, manche Veranlassung zu einer Verschiebung der Verhältnisse gegeben. Da bei Anwesenheit des Kaisers von Oesterreich in Berlin der Erzherzog Max ein preußisches Regiment erhalten, so wäre die Verletztheit des Prinzen Friedrich Wilhelm auch eine gerechtfertigte gewesen. Man hat es übrigens am Kaiserlichen Hofe übel genommen, daß man dem Erzherzog Leopold bei seiner letzten Anwesenheit als Bundesinspekteur in Berlin nicht einen

Extrazug auf der Eisenbahn zur Verfügung gestellt, wie dies bei anderen Fürstlichkeiten geschehen ist.

Die Aufregung und Erbitterung gegen England und neuerdings gegen Nordamerika hat hier in denjenigen Schichten, die dem Hofe und der Regierung irgendwie näher stehen, sowie bei allen Schwarzgelben einen hohen Grad erreicht, und bei dem Gefühl wiedergewonnener staatlicher Kraft, welches sich gegenwärtig bei jeder Veranlassung ausspricht, ist diese Aufregung beachtenswerth.

In der türkischen Frage habe ich hier fast einstimmig die Ueberzeugung oder doch wenigstens den Wunsch aussprechen hören, daß es zur Theilung der Türkei kommen möge. Dieser Wunsch und diese Ueberzeugung hat hier einen unzweifelhaft religiösen Boden, wie denn überhaupt durch die Sankt Severins-Vereine die auch in anderen Ländern vorhandene Reue über die Revolution hier einen vorzugsweise religiösen Charakter trägt. Um Vergrößerung oder Machtausdehnung scheint es Niemandem zu thun zu sein, wohl aber um ein Gegengewicht gegen die ausschließliche Machtentfaltung der griechischen Kirche im Orient. Die Armee, welche sich jetzt in einem vorzüglichen Zustande befindet, brennt vor Begierde, die erlangte allgemeine Anerkennung so bald als möglich gegen einen Feind zu bethätigen. Am liebsten wäre ihr als solcher Preußen. En attendant würde sie gern mit den Türken anbinden, aber allein oder wenigstens unabhängig von den Russen, deren Hülfe ihr, nach den ungarischen Erfahrungen, ein Dorn im Auge ist.

Der Witz der Wiener, sonst so harmlos, ist auffallend bitter und beißend geworden, immer ein böses Zeichen für die Stimmung der Massen. Ueberhaupt verlasse ich Wien diesmal mit der Ueberzeugung, daß man nicht nach der Gendarmerie- und Verwarnungs-Oberfläche urtheilen darf, wenn man die Gesinnung und innerliche Stimmung der Massen erkennen will. Vor der Hand ist man so weit, daß trotz der vortrefflichen 16 Regimenter Gendarmen doch noch einige mehr errichtet werden sollen."

Alsbald nach der Monarchenbegegnung in Olmütz und Warschau griff auch der Geh. Legationsrath **Küpfer**, z. Z. in Berlin, wieder zur Feder, um dem Minister Manteuffel in der orientalischen Krise weiter zu berichten:

4. Okt. 1853. „Es scheint, daß man zu London und Paris entschlossen ist, wo möglich ohne Krieg, sonst aber auch selbst auf die Gefahr eines solchen hin den Kaiser von Rußland von dem Ausfalle gegen die Türkei, der mit der Sendung des Fürsten Mentschikoff begann, schließlich keinen Vortheil ernten zu lassen, der Se. K. M. zur Unternehmung künftiger ähnlicher Ausfälle anfeuern könnte, während der Kaiser Nikolaus als Resultat seiner Unternehmung, wenn auch in milderer Form, als es die Note des Fürsten Mentschikoff forderte, doch einen bestimmten Gewinn zeigen können will.

Es wird fortan eine schwierige Aufgabe sein, diese einander direkt entgegen stehenden Ansichten auszugleichen. Die von der Wiener Konferenz vorgeschlagene Note hat das Problem nicht gelöst, und der zu Olmütz formulirte deklarative Entwurf dürfte es ebenso wenig lösen. Die Wirksamkeit Oesterreichs für den Zweck der Ausgleichung ist, durch das Mißtrauen, welchem der Wiener Hof gleichmäßig

zu London, Konstantinopel und Paris begegnet, wesentlich gelähmt. Man hält in diesen drei Hauptstädten dafür, daß die Fäden, welche den Grafen Buol in Bewegung setzen, wesentlich von der Hand seines Schwagers Meyendorf auslaufen. Der innerste Glaube ist wohl zu London und Paris, daß der Kaiser Nikolaus, im Gefühle der Ueberlegenheit seiner Gegner, in der letzten Stunde nachgeben wird. Der Kaiser Nikolaus seinerseits sucht den beiden westlichen Mächten durch die gezeigte Vereinigung der drei östlichen Mächte zu imponiren und sie zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Daher die Reise nach Olmütz und die eingefädelte Zusammenkunft der drei Monarchen zu Warschau. Die Frage bleibt nur, ob diese Demonstration des Einflusses, den Rußland zu Wien und Berlin ausübt, zu London und Paris die beabsichtigte Wirkung hervorbringen, oder ob sie nicht vielmehr in den letztgenannten beiden Hauptstädten das Gefühl verstärken wird, wie nöthig es sei, der Präponderanz Rußlands — die so mächtig sei, um die Souveräne von Preußen und Oesterreich, deren Staaten in der orientalischen Frage eigentlich ein dem russischen ganz entgegengesetztes Interesse haben, nach Warschau ins Gefolge des Kaisers von Rußland zu führen — feste Schranken zu setzen.

Die Zusammenkunft zu Warschau, wenn der König und der Kaiser von dort keine entscheidenden Konzessionen des Kaisers von Rußland mit zurückbringen, und so das Ereigniß als ein Paroli Rußlands auf das Einlaufen englischer und französischer Kriegsschiffe in die Dardanellen zu London und Paris angesehen würde — könnte daher leicht die Folge haben, daß die beiden westlichen Mächte sich ihrerseits zu noch ausgesprocheneren Schritten entschlössen, welche die Dinge noch mehr der Spitze zuführten. Denn zu London und Paris weiß man sehr wohl, daß Rußland, selbst wenn es Oesterreich und Preußen in sein Gefolge mit fortzöge, doch der Verbindung von England und Frankreich nicht gewachsen ist. Das Resultat des Anschlusses von Oesterreich und Preußen an Rußland würde nur den Kampf, falls er ausbräche, verwickelter machen und einen guten Theil der Streiche der westlichen Mächte zwar von Rußland abwenden, aber nur, um sie auf dessen in das erste Treffen gestellte Verbündete hinabzuleiten. England kann in seiner Stellung und wird nie vor Rußland zurückweichen und diesem das Supremat des Kontinents ohne einen Kampf überlassen, der jedenfalls die Staaten des Kontinents in ihren innersten Tiefen aufwühlen würde. Jedes Kabinet, welches dem Ausbruche eines solchen Kampfes vorzubauen wünscht, muß daher Rußland zur Nachgiebigkeit zu stimmen suchen, und dies kann passend nur dadurch geschehen, indem man ihm für den Fall des Entbrennens des Kampfes nur Neutrale aber keine Bundesgenossen zeigt. Von diesem Gesichtspunkte aus haben stets die Neutralität und die Isolirung die Preußen zusagendste Rolle in der jetzigen Verwickelung geschienen. Wir fürchten, daß Oesterreich durch den Gang, den es innegehalten, der Erhaltung des Friedens, die ohne Zweifel sein Wunsch ist, keine nützlichen Dienste geleistet hat.

Hat Preußen seine bisherige Politik nicht geändert, so dürfte es zweckmäßig sein, sofort nach der Rückkehr Sr. M. des Königs von Warschau eine offene und bestimmte Zusicherung in diesem Sinne zu London und Paris zu geben.

Beginnt der Kampf zwischen England und Rußland, so ist es nicht zweifelhaft, daß Großbritannien alle seine Schätze daran setzen und alle gewaltigen

Federn seiner Politik spielen lassen wird, um, wie es das Supremat Ludwigs XIV. und Napoleons I. gebrochen, auch dasjenige, welches Rußland zu beanspruchen scheint, zu brechen. Daß dieses Supremat gebrochen werde, ist auch das Interesse Napoleons III. Wir möchten glauben, daß alle diejenigen, die dazu beitrügen, Rußland direkt oder indirekt zur Annahme dieses Kampfes zu ermuthigen, demselben den schlechtesten Dienst leisten."

12. Okt. 1853. „Indem Preußen sich in dem Streite der Westmächte mit Rußland für die Neutralität (und zwar für eine von der zweifelhaften Stellung Oesterreichs unabhängige) aussprach, hat es: 1. im europäischen System die völlig selbständige Stellung wiedergewonnen, welche es seit 1850 in Mancher Augen verloren zu haben schien. 2. Daneben hat es die Sympathien der Bevölkerung von Nord- und Mitteldeutschland gewonnen, die entschieden von Rußland abgewendet ist. 3. Hat es seinen Unterthanen, mindestens für die zunächst berechenbare Zukunft, die Vortheile des Friedens gesichert.

Fremde Organe und ihre Nachbeter in Preußen behaupten zwar, daß Preußen durch die von ihm gewählte neutrale Stellung sich künftigen gefährlichen Angriffen aussetze. Uns scheint gerade das Gegentheil der Fall zu sein. Wer sollte Preußen angreifen? — Frankreich? Die westliche Allianz verlangt von Preußen nichts als eine aufrichtige Neutralität. Ueberdies bietet die Thatsache einer Allianz zwischen Frankreich und England allein schon, im Falle einer solchen aufrichtigen Neutralität Preußens, genügende Garantie für die Sicherheit Belgiens und des preußischen linken Rhein-Ufers. Endlich räth sein eigenes klares Interesse Frankreich, angenommen, daß es preußisches Gebiet auf dem linken Rhein-Ufer zu erwerben wünschte, dies durch einen Preußen zufriedenstellenden Austausch, nicht aber durch Waffengewalt zu erreichen zu suchen. — Rußland? Bricht der Krieg zwischen dieser Macht und den Westmächten aus, so wird Rußland überflüssige Beschäftigung finden, um nicht noch an einen Krieg mit Preußen zu denken. — Oesterreich? Es ist heute wahrlich nicht im Stande, wenn es auch wollte, einen Krieg mit Preußen zu führen. — — Nicht gegen offene Angriffe seiner Nachbarn dürfte das neutrale Preußen sich zu wehren haben, wohl aber voraussichtlich gegen alle möglichen politischen Manöver, vermittelst deren man es von Petersburg und Wien aus von dem Boden der strengen und selbständigen Neutralität, den es eingenommen, wegzulocken versuchen wird. Die behaupteten Interessen des monarchischen Prinzips und des Konservatismus dürften dabei eine Hauptrolle spielen, obschon in dem gegenwärtigen Konflikte es sich wesentlich und ausschließlich um Interessen des kontinentalen Gleichgewichts handelt. — Auch die Solidarität in Betreff des polnischen Prinzips möchte bei Preußen geltend gemacht werden, um vielleicht von Seiten desselben eine Garantie der Aufrechterhaltung der Ruhe im Königreiche Polen zu beanspruchen. Eine solche Garantie — für die Preußen kein Aequivalent geboten werden könnte, denn um im Großherzogthum Posen die Ruhe zu erhalten, bedarf Preußen keines fremden Beistandes — kompromittirte faktisch die Neutralität Preußens, und ließe der Antrag sich leicht durch die Hinweisung darauf ablehnen, wie des hochseligen Königs Majestät bei dem an den Grenzen Preußens

tobenden polnischen Aufstande von 1830/31 dennoch die Neutralität bewahren zu müssen glaubte, obschon damals England nicht so aufgeregt, wie es heute ist, war, und das Frankreich Ludwig Philipps bei Weitem nicht die militärische Spannkraft des heutigen Kaiserreiches besaß.

Auch Oesterreich dürfte im Falle des Kriegsausbruches auf allen Wegen Preußen Versprechungen und Garantien zu entlocken suchen, in deren Austausch es nichts oder nur einen Schein von Reziprozität böte. Preußen dürfte auch hier sich gegen alle Verpflichtungen zu hüten haben. Beobachtet Oesterreich eine wirkliche Neutralität, so sichert schon das Wesen der englisch-französischen Allianz dasselbe gegen unprovozirte Angriffe, veranlaßt aber der Reiz, an der Spoliation der Türkei theilzunehmen, Oesterreich, aus einer strengen Neutralität hinauszutreten, so ist es nicht billig, daß Preußen für die Folgen davon aufkommen soll.

Warum überhaupt von Seiten Preußens die Uebernahme eventueller Verpflichtungen, die faktisch immer einseitige sein würden? Dem Königlichen Hofe bleibt es ja immer unbenommen, wenn die Ereignisse eintreten, seine Entschlüsse denselben gemäß und dann mit voller Uebersicht der zeitigen Sachlage zu fassen. Ob Preußen Recht daran gethan, sich bisher in der orientalischen Krise von einer Solidarität des politischen Ganges mit Oesterreich freizuhalten? Darüber kann heute schon ein auf die Thatsachen gebautes Urtheil gefällt werden. Ob in dem Gange Oesterreichs seit vier Monaten sich Würde, Aufrichtigkeit und ein Festhalten am allgemeinen europäischen Interesse finden, wird leicht zu entscheiden sein.

Ein Nachgeben Rußlands im letzten entscheidenden Augenblicke erscheint übrigens immer noch wahrscheinlich. Nur ein mißverstandener Stolz könnte den Kaiser Nikolaus veranlassen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Erfolges Wahrscheinlichkeiten allen politischen und militärischen Berechnungen nach gegen ihn lägen."

2. Nov. 1853. „Der neueste Versuch des österreichischen Hofes, den Deutschen Bund in die orientalische Frage zu mischen,*) ist ein Beweis, daß Oesterreich noch immer fest an dem System hält, das seinen vollsten Ausdruck in dem gescheiterten Plane des Eintritts des österreichischen Gesammtstaates in den Deutschen Bund fand, und welches seitdem rastlos durch alle möglichen Mittel und unter allen möglichen Vorwänden dahin arbeitet, Preußen in Betreff der äußeren Politik in eine Art Kommandite mit Oesterreich hineinzulocken, deren Leitung sich natürlich der Wiener Hof vorzubehalten gedenkt, und die unter der Firma von deutscher Bundespolitik Preußen für die Zwecke der Hauspolitik des österreichischen Kaiserstaates auszubeuten beabsichtigt. — Was Oesterreich durch den Siebenjährigen Krieg nicht vermochte, das Werk Friedrichs des Großen, Preußen als selbständige Macht zu vernichten, soll jetzt auf dem Wege diplomatischer Manöver und durch auf Gefühle gebaute Hofintriguen erreicht werden. Das

*) Telegramme Manteuffels an Bismarck in dieser Angelegenheit, d. d. 2. und 9. Nov. 1853, findet man in „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 303 Note 2 und S. 307 Note 2.

Königliche Kabinet dürfte daher jeden von Wien ausgehenden Vorschlag nicht mit genug Vorsicht aufnehmen können, und sich vor allen eventuellen Verpflichtungen gegen Oesterreich aufs Sorgfältigste zu hüten haben.

Oesterreich ist durch eine Reihe von Fehlern und Verwickelungen ganz aus der ihm durch seine territoriale Lage vorgeschriebenen Politik heraus- und in eine Art Avantürenpolitik hineingeleitet worden. Durch die inneren Zustände des Reiches und durch seine bodenlose Finanzlage in eine schwierige Lage gebracht, balancirt es, um nicht zu fallen, gewissermaßen auf einem schlaffen Seile und greift nach Auskunftsmitteln. — Soll Preußen allen diesen Schwankungen blindlings folgen? — Zwanzig Jahre hindurch von 1820 bis 1840 hat das österreichische Kabinet mit einem geringen Zwischenraume das preußische geleitet. Oesterreich war damals in seinem Innern noch weit befestigter, als es heute ist, und ward von der geschickten Hand Metternichs geführt. Das Seil, womit dieser das Königliche Kabinet leitete, war die Furcht vor der Revolution, wogegen er das Spezifikum zu besitzen behauptete. Das Jahr 1848 bewies, daß mit diesem Spezifikum gerade Oesterreich am schwersten krank geworden war. Das ganze Metternichsche System, auf welches man zu Berlin so lange geschworen hatte, zeigte sich schließlich, als es zur Erprobung kam, wie eine große Täuschung.

Preußen dürfte daher am sichersten gehen, wenn es, in seinen Beziehungen zu Oesterreich unveränderlich am Standpunkte des rein preußischen Interesses festhaltend, stets auf eigenen Füßen ginge. Hinter hochtönenden Phrasen von Freundschaft und Solidarität hat Oesterreich in der That unveränderlich Preußen nur Neid und Mißgunst gezeigt und daneben Fallen zu legen gestrebt. Es liegt eine tiefe Wahrheit in dem Ausspruche Friedrichs des Großen (Oeuvres historiques. Tom. V, pag. 114): »Les Autrichiens sont les ennemis naturels et irréconciliables des Prussiens.« Nie hat im innersten Gefühle des österreichischen Hofes die Ueberzeugung aufgehört, daß, damit Oesterreich steigen könne, Preußen sinken müsse. Zu Berlin dürfte der Satz umzukehren sein."

15. Nov. 1853. „In Konstantinopel und Petersburg sind die Kriegsmanifeste erschienen, und von der Donau und Asien hallt Kanonendonner herüber. In seinem Geräusche, fürchten wir, werden die Friedenstöne, die von Wien herüberlispeln, verhallen. Man mag zu Wien Manches wünschen und zu Petersburg manches Geschehene aufrichtig bedauern. Aber Wien kann zu London, Paris und Konstantinopel nur Wünsche aussprechen, die an keinem dieser Orte mit besonderer Gunst aufgenommen werden, und zu Petersburg ist man, allerdings durch große eigene Schuld, zu tief engagirt. Zwischen Rußland und der Türkei waltet nicht ein bloßer Formenstreit ob, sondern es stehen die tiefsten gegenseitigen Interessen in Frage. Für Rußland handelt es sich darum, statt der bisherigen Türkei, in der man noch vor neun Monaten zu Petersburg einen Agonisirenden zu erblicken wähnte, dessen Kuratel man vorläufig übernehmen wollte, um später dessen Erbschaft anzutreten, — künftig als Grenznachbar eine Türkei zu haben, die durchaus vom russischen Einflusse emanzipirt, neben Rußland auf der ganzen Strecke, von der persischen bis zur österreichischen Grenze eine effektive Militär-

macht bildete, und welche bleibend gegen Rußland ponderirte. Für die Türkei dagegen steht die Frage der Wiedergewinnung ihrer Selbständigkeit auf dem Spiele.

Solche Interessen erster Ordnung lassen sich nicht durch eine Notenphrase ausgleichen. Ein Kampf muß darüber entscheiden, und wir fürchten, er wird hartnäckig und langdauernd sein. Die Hand, welche hinter dem Vorhange die Pforte leitete, hat nicht die Stämme des fernen Asiens und Afrikas aufs Schlachtfeld geführt, bloß, um mit ihnen Parade zu machen. Analysirt man ruhig die Maßnahmen Englands und des sich ihm anschließenden Frankreichs, so deutet Alles seit dem vorigen Juli auf einen tiefen Ernst und festen Plan der Westmächte hin. Man will zu London den Einfluß des Kaisers Nikolaus auf den europäischen Kontinent von der präpotenten Stellung, welche Letzterer infolge der Ereignisse von 1849 und 1850 einnahm, in bescheidenere Grenzen zurückführen. Das Geschwür war zum Aufgehen reif; die Sendung Mentschikoffs nach Konstantinopel hat es zum Aufgehen gebracht. Hätte der Kaiser Nikolaus nach dem Scheitern Mentschikoffs und nach dem Abgange der englischen und französischen Flotten nach der Besika-Bai das System rasch gewendet, wie der Kaiser Alexander im Beginn des griechischen Aufstandes es nach dem Scheitern Stroganofs zu Konstantinopel that, so wäre für diesmal die Krise wahrscheinlich vermieden worden. Die Besetzung der Fürstenthümer, das erste Manifest und die Note Nesselrodes haben sie zur Entscheidung gebracht; die Reise des russischen Kaisers nach Olmütz und Berlin hat nicht besänftigend gewirkt. Wenn die Westmächte nach der Nesselrodeschen Note noch die Miene zu unterhandeln, annahmen, so geschah es wohl nur, um den Türken volle Zeit zu ihren Rüstungen zu verschaffen und um Rußland zu nöthigen, die durch den Krieg nothwendig werdenden Truppenbewegungen in der ungünstigsten Jahreszeit vorzunehmen. — Der demnächst zwischen der Pforte und Rußland abzuschließende Friede, an dem vermuthlich Lord Redcliffe als Vermittler theilnehmen wird, dürfte voraussichtlich in manchen Punkten von den Traktaten von Kainardschi und Adrianopel abweichen.

Wird nun der russisch-türkische Krieg lokalisirt bleiben oder eine allgemeine europäische Krise herbeiführen? Das dürfte wahrscheinlich von dem Gange des Krieges abhängen. Behaupten die Türken darin unter der Begünstigung der alliirten Flotte sowie der Schwierigkeiten des Kriegstheaters, eine Art von Gleichgewicht Rußland gegenüber, so hat England kein direktes Interesse, den Krieg weiter zu verbreiten. Haben aber die Russen bedeutende, sie selbst aber auch jedenfalls äußerst schwächende Erfolge, so kann England, um sie zum Nachgeben zu vermögen, zu Diversionen in der Ostsee und anderswo greifen wollen. Denn England und Frankreich werden um so weniger zum Nachgeben gegen Rußland und zu einem Aufgeben ihrer Pläne geneigt sein, da sie sich wohl bewußt sind, daß bei einem gründlichen Austrage des Kampfes sie aller Wahrscheinlichkeit nach die endlichen Sieger bleiben würden.

Hätte nun Preußen das Eintreten einer solchen durchgreifenden Krise zu fürchten? — Bei dem Festhalten an einer richtigen Politik schwerlich. — Wenn Preußen ein noch nicht abgeschlossener Staat ist, der naturgemäß nach Ausdehnung und Abrundung streben muß, so kann er dahin nur auf dem Wege von Krisen

gelangen. — Ob ihm eine Krise willkommen oder nicht sein muß? Hängt davon ab, ob er darin seine Stellung als gewissermaßen den Ausschlag gebendes Gewicht bis zum entscheidenden Augenblicke zu behaupten und dann seinen Beitritt um einen angemessenen Preis verkaufen zu können die Aussicht hat. Wir möchten glauben, daß in der jetzigen Verwicklung, welche Ausdehnung dieselbe auch gewänne, die Lage Preußens nicht eine sehr schwierige werden könnte, wenn es nur bis zum Eintritt des entscheidenden Augenblickes an seiner aufrichtigen Neutralität und vollkommenen Isolirung festzuhalten versteht. Der Kampf im Orient und was sich daran knüpft, wird die Völker beschäftigen und die Bewegungen der Demokratie neutralisiren, falls nicht Oesterreich oder Preußen dieselben durch Parteinahme für Rußland heraufbeschwören. Denn zur Bekämpfung Rußlands ist die Demokratie ein völlig nutzloses Werkzeug, sie könnte höchstens im äußersten Falle gegen Verbündete Rußlands angewendet werden. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die von der Königl. Regierung angenommene Politik die Billigung fast aller Parteien des Landes gefunden hat. Selbst die extremste Rechte hat sich dabei der Evidenz der Dinge gefügt. Diese allgemeine Billigung ist die Folge davon, daß man darin die Wiederaufnahme einer rein auf die Staatsinteressen Preußens gebauten Politik, einen Akt der Wiederherstellung der völligen politischen Selbständigkeit Preußens zu erblicken glaubt. Olmütz, wenn auch die tiefer Blickenden die dort obwaltenden Gebote der Nothwendigkeit vollständig anerkannten, hatte dennoch die Gefühle des noch jugendlich aufstrebenden, patriotischen preußischen Volkes tief verwundet, und die Wunde eiterte im Stillen fort. Die dokumentirte Selbständigkeit der preußischen Politik Rußland und Oesterreich gegenüber hat wie Balsam auf diese Wunde gewirkt und den moralischen Halt der Regierung in der Masse der Nation bedeutend gestärkt. Verschiedene Ursachen, die hier zu spezifiziren unnöthig erscheint, hatten seit dem Beginn dieses Jahres unleugbar verstimmend im Lande gewirkt, und diese Verstimmung hätte sich wahrscheinlich bei dem bevorstehenden Zusammentritt der Kammern mehr oder weniger kundgegeben. Diesen weniger günstigen Eindruck hat aber die von der Regierung angenommene äußere Politik vollständig verwischt. Wir glauben, daß das preußisch-protestantische Element seit längerer Zeit nicht einstimmiger als heute in dem Vertrauen gewesen ist, welches es in die Königl. Regierung setzt.

So befriedigend aber auch diese Sachlage bleibt, so darf doch nicht übersehen werden, daß dabei die Königliche Regierung sich die Bedingung des Verharrens in der selbständigen und nationalen Politik oder in dem, was der Bevölkerung als solche erscheint, aufgelegt hat. Sollte sich in der Meinung des Landes der Glaube festsetzen, daß die Königliche Regierung die angekündigte Richtung verlassen habe und wieder in das, wenn auch verhüllte Schlepptau fremder Einflüsse gerathen sei, so würde künftig der daraus entstehende Rückschlag in der Volksstimmung um so empfindlicher werden. — Die äußere Politik Preußens kann bei der eigenthümlichen Militärorganisation des Staates und bei seinen Finanzverhältnissen nur dann wirkliche Spannkraft entwickeln, wenn sie in Uebereinstimmung mit den Gefühlen des Landes ist; verläßt sie diese Grundlage, so ist sie ausgesetzt, in ein gefährliches Labyrinth zu gerathen. Preußen kann dabei nach seinen Mitteln

und nach seiner Lage zwar kräftige, aber nur kurze kriegerische Stöße führen. Dabei wird die preußische Politik zunächst so zu manövriren haben, daß bei dem nächsten großen militärischen Chok, den Preußen liefert oder empfängt, nicht sofort die Existenz des Staates gewissermaßen aufs Spiel gestellt werde; denn mit einer Armee, die seit fast 40 Jahren keinen ernstlichen Krieg gesehen hat, darf das Schicksal des Staates nicht auf der Karte einer großen Schlacht gespielt werden. Allen diesen Bedingungen entspricht, soweit es thunlich ist, die Politik der Neutralität und Isolirung oder Selbständigkeit, wenn dieser Ausdruck besser gefällt." —

Um die Zeit des Ausbruchs des Orientkrieges, also etwa Nov. 1853, meldete der frühere Kriegsminister v. Stockhausen privatim dem Minister Manteuffel, man habe in Petersburg beschlossen, im Geheimen den Berliner Hof (von dem die Initiative auszugehen haben würde) zu veranlassen, daß drei bis vier preußische Offiziere, deren Auswahl der Kaiser von Rußland sich vorbehalten wollte, dem russischen Kriegshauptquartiere zugewiesen würden.

„Der Zweck liegt auf der Hand. Wenn meine Vermuthungen, die ich für sehr begründet zu erachten Ursache habe, nicht täuschen, so ist die Negociation durch Damenhände bei der Königin eingeleitet, und ist es selbst wahrscheinlich, daß dem Könige bis heute die Sache noch unbekannt ist. Der Kaiser selbst will vor Allem den Oberstleutnant Graf Münster (!) und den Oberst v. Moltke (!), welcher auf Spezialbefehl des Königs im Jahre 1838 den Sultan auf seiner Reise nach dem Schwarzen Meere und nach der Donau begleitete und während derselben den Vertheidigungsplan der Türkei gegen Rußland für zukünftige Eventualitäten entwarf und dem Sultan einhändigte, im nächsten Jahre aber im türkischen Heere die Schlacht von Nisib gegen Ibrahim mitmachte. — Man sieht, die Intrigue ist nicht ganz ordinär. Als einen Dritten hat Graf Benckendorff dem Kaiser den hiesigen Major v. Bergh, als einen Vierten aber der Graf Münster den Oberstleutnant v. Etzel (Chef des Generalstabes in Stettin) vorgeschlagen. Der preußische Militärbevollmächtigte in Petersburg und der frühere vertraute Rathgeber des Sultans würden niemals, preußische Offiziere überhaupt aber wohl nur dann in das russische Hauptquartier geschickt werden können, wenn gleichzeitig eine gleiche Anzahl in das türkische Hauptquartier geschickt würde. Ich spreche sonst mit Niemand von der Sache, um nicht meine Quelle zu kompromittiren; aber in Betreff des Obersten v. Moltke (Chef des Generalstabes beim Fürsten Radziwill, der ihn protegirt) würde vielleicht vorbeugend gewirkt werden müssen, bevor er selbst Kunde erhält.

* * *

Kurze Zeit bevor Dr. Quehl das Preßdezernat abgab, machte er eine Orientirungsreise nach Frankreich, und es zeugt von der Bedeutung, welche ihm dort beigemessen wurde, daß ihm der französische Minister des Innern, Graf v. Persigny, eine lange Audienz bewilligte. Was Dr. Quehl seinem Chef über diesen am 18. Juli erfolgten Empfang privatim berichtete, darf heute noch zur Illustration der Verhältnisse bei Beginn des zweiten Kaiserreichs Interesse beanspruchen. Lassen wir ihn selbst erzählen:

„Persignys erste Frage war, ob ich Frankreich früher gekannt und Paris schon besucht habe. Ich erwiderte, daß ich glaubte, Frankreich soweit zu kennen, als man es ohne persönliche Anschauung kennen lerne, daß ich zum ersten Male in Paris sei, und daß ich nicht leugnen könne, wie die beiden Tage, die ich hier verlebte, mich in vielfacher Beziehung mit Staunen erfüllt hätten. Es sei nicht allein die kolossale Stadt, die diesen Eindruck auf mich hervorgebracht, sondern auch die Ordnung, die überall herrsche, und die ich besonders am Tage zuvor, wo vielleicht 20 000 Menschen in Versailles bei dem Anblick der großen Wasser und in den Galerien der Schlösser versammelt gewesen, zu bewundern Gelegenheit gefunden hätte. Was die Ruhe bei der Besichtigung der Galerien durch eine so namhafte Menschenmasse beträfe, so habe es auf mich einen großen Eindruck gemacht, wie die lebhaften Franzosen, die alten und jungen Soldaten aller Waffengattungen, mit schweigender Bewunderung durch die Jahrhunderte ihrer Geschichte schritten. Es scheine aber auch, als ob hier in Paris in dem Centrum des Kaiserreichs eine zwar nicht äußerlich bemerkbare aber doch sehr starke Macht die Zügel der Ordnung halte.

Persigny: Sie haben Recht und erkennen unsere Absichten, wenn Sie von einer starken Macht im Centrum reden. Aber Sie würden sie verkennen, wenn Sie glaubten, daß wir deshalb eine stärkere Centralisation wollen. Im Gegentheil, so sehr es Bedürfniß für Frankreich ist, daß die Regierung eine centrale puissance sei, so ist es doch auf der andern Seite ein nicht geringes Bedürfniß, daß man der eigenthümlichen Entwickelung der Provinzen den möglichsten Spielraum gewährt und sich soweit als möglich des Regierens von hier aus enthält. Sie finden, wie Sie sagen, hier viel Ordnung bei vielem Leben. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß sowohl im Inlande als im Auslande gegen die gegenwärtige Regierung viele und große Vorurtheile bestehen. Sie haben selbst, was ich dankbar anerkenne, das Ihrige gethan, um einer mäßigeren und besonneneren Auffassung hiesiger Verhältnisse Bahn zu brechen.

Ich: Das habe ich allerdings, und aus innigster Ueberzeugung habe ich namentlich den Staatsstreich vertheidigt, obwohl mir der Ausdruck dieser Ueberzeugung von bekannter Seite den empfindlichsten Vorwurf zugezogen, daß ich im französischen Solde stände.

Persigny: Gewiß von den Herren der »Neuen Preußischen Zeitung«. Sie sollten Gott danken, daß es noch Menschen giebt, die in ihrer Liebe zu dem eigenen Vaterlande es vor Verwirrung und Verwickelungen mit einem mächtigen Nachbar zu bewahren suchen, mit einem Nachbar, der nicht daran denkt, diesem Lande feindlich zu sein, der aber auch seinerseits wünschen muß, in Ruhe gelassen zu werden. Ich sprach Ihnen von Vorurtheilen im In- und Auslande. Ich werde, da es für Sie von Interesse sein muß, unsere Lage kennen zu lernen, mich weiter darüber aussprechen. Die Regierungen haben heutzutage einen ganz besonders wichtigen Beruf, in dem sie sich nicht stören lassen dürfen durch die alten Parteien, welche todt sind und die nur noch selbst an ihr Leben glauben. Wenn jeder Bürger Frankreichs 100 000 Franken Renten hätte, so bedürfte es überhaupt keiner Regierung. Die Regierungen sind nicht da, wenigstens nicht vor Allem da,

für die Reichen und Wohlhabenden, sondern sie sind vor Allem nothwendig und müssen daher auch vor Allem wirksam sein für die Massen, welche nicht der Mittelmäßigkeit (médiocrité), sondern der Misere (misère) preisgegeben sind, welche auch außer der Religion, die sie auf den Himmel weist, noch etwas Anderes auf Erden haben müssen, das sie über diese Misere erhebt. Dieses hat eine Nation in demjenigen, was ich ihren Kultus nennen möchte. Er ist doppelter Art, ein Kultus des Vaterlandes und ein Glaube an die Regierung. Die französische so gut wie die preußische hat den ersteren Kultus, der sich an eine Persönlichkeit knüpft. Für Sie ist diese Persönlichkeit Friedrich der Große, für uns Napoleon I. Ihre Väter haben sich gegen ihn geschlagen, brav geschlagen, aber Sie werden besonnen genug sein, um über ihn unbefangen urtheilen zu können. Die Revolution von 1789, so beklagenswerth die Gräuel sind, die in ihrem Gefolge waren, so schwer sie das Land büßen ließ, für das Blut eines Königs, mit dem sie sich befleckte, ist nichtsdestoweniger eine unwiderrufliche und für Frankreich heilbringende Thatsache. Sie hat eine große Idee und für immer verwirklicht, die Idee der Gleichheit des Rechts für Alle, der einzigen Gleichheit, welche es vernünftigerweise in einem Staate geben kann. Und mitten in allen den Gräueln und Verirrungen, die in ihrem Gefolge waren, erstand ein Mann, bewundernswerth als Feldherr, noch größer vielleicht als Staatsmann, ein Mann, der diesen wilden Strom in ein festes und sicheres Bett lenkte, welcher der allgemeinen Rechtsunsicherheit durch seine großen, gesetzgeberischen Akte ein Ende machte, und der sich schon hierdurch auf die Dankbarkeit des ganzen französischen Volkes einigen Anspruch erwarb. Die Massen haben aber hierfür ein sehr gutes Verständniß, und die französische Nation, wie Sie bemerken werden, in jeder Galerie, bei jedem Bauwerk, ist dankbar gegen ihre großen Persönlichkeiten. Aber der große Napoleon wußte die Massen noch anders an sich zu ketten; er hatte eine italische, hispanische, eine deutsche Armee. Diese Armeen vereinigten alle Kräfte Frankreichs, aus jeder Stadt, aus jedem Weiler, aus jedem Dorfe, ja man kann sagen aus jeder Hütte waren Männer mit diesen Armeen in die Fremde gezogen, und das Bild des Kaisers war in diesen Hütten, in diesen Häusern und Palästen zurückgeblieben. Aber freilich, so groß wie Napoleon war, er blieb ein Mensch, er war unterworfen menschlichen Irrthümern und menschlichem Unglück. Nachdem er Frankreichs Ruhm in einer Weise begründet und verherrlicht, wie nie zuvor, wurde er geschlagen. Die Soldaten kehrten als Besiegte heim mit dem bitteren Bewußtsein der erlittenen Demüthigung, ein Bewußtsein, dem man eine ganz besondere Bitterkeit noch dadurch verlieh, daß ein Bourbon an der Spitze fremder Heere sich auf den erledigten Thron setzte, und daß man den Haß gegen Napoleon soweit trieb, seine legitimen Erben vom Throne auszuschließen. Es ist dieses eine Handlung, die man vielleicht noch später bitter zu bereuen haben wird. Die Bourbons waren nicht im Stande, die Ruhe zu erhalten. Wenn ihre Aufgabe schon durch das Gefühl erschwert wurde, daß es fremde Mächte waren, die sie dem Lande wieder aufgedrängt hatten, so waren sie auch verblendet genug, zu meinen, man habe die Reihe von Jahren, die zwischen ihrem Sturze und der Restauration verflossen waren, gänzlich vergessen. Sie thaten nichts für die Masse, sie überließen sich, wie es vorher

geschehen war, der Meinung, daß es nur der Privilegirten bedürfe, um einen Thron zu stützen, oder, wie ein späterer Fürst, daß man mit der Bourgeoisie einen Thron erhalten könne. Es geschah, wie gesagt, nichts für die unteren Volksklassen, welche im Gegentheil durch das ewige Schauspiel von Zänkereien zwischen sogenannten Vertretern des Volkes und der Krone einen Haß gegen Beide erhalten und bei sich nähren mußten.

So geschah es, daß das Andenken an das Unglück, welches Napoleon gehabt und welches Frankreich mit ihm getheilt hatte, mehr und mehr erlosch, daß aber seine eminenten Verdienste immer heller und heller ins Licht traten und daß die Sehnsucht nach einem Napoleon, der Frankreich im Innern ruhig und nach außen hin mächtig und stark machen könne, zu einem Fetisch der Nation wurde. Der Napoleonismus war vorhanden, ehe mein Kaiser den Thron wieder bestieg. Trotz aller seiner Eigenschaften, deren Vorzug ich anerkenne, wäre er doch nie im Stande gewesen, diesen Thron einzunehmen, wenn er es nicht auf der breiten Basis des Napoleonismus gethan hätte. Und weil dem so ist, so werden auch die Fehler, die er im Einzelnen begangen hat oder begehen wird, nicht seine Stellung erschüttern. Der Mann, der diese Stellung ihm gemacht und befestigt hat, ist todt — er kann nicht mehr Böses thun. Als man mir in Berlin und von freundlicher Seite sagte, die Stellung des Präsidenten erscheine immer gesicherter und mächtiger, weil diese und jene parlamentarischen Führer ihm ihre Unterstützung angeboten oder schon zugewendet hätten, habe ich oft gelächelt und gesagt: »Glauben Sie mir, Napoleon wird erst recht mächtig werden und mächtig sein, wenn er diese Unterstützung nicht mehr hat.« — Der Kaiser aber ist ein Mann von großem Wohlwollen, er hoffte in diesem Wohlwollen, daß die parlamentarischen Parteien erkennen würden, wie sie nur gemeinsam mit ihm und in ihm ihre Kraft und Wirkung hätten; er sah daher lange ihrem Spiele zu. Aber als sie immer von Neuem seine Hoffnung täuschten, erkannte er es für eine Pflicht gegen Frankreich, die ihm von Gott auferlegt sei, diesem Spiel ein Ende zu machen, und siehe da, der Staatsstreich, den er, und zwar unter den schwierigsten Umständen machte, hat es aufs Glänzendste bewahrheitet, wie tief und festgewurzelt seine Macht war. Der General Changarnier, klug genug, um zu sehen, daß Napoleon sich niemals zum Spielball dieser Parteien hergeben werde, hatte in der letzten Zeit alle wichtigen Stellen in der Armee von Paris mit Feinden Napoleons besetzt; er, populär durch die Junischlacht, glaubte der Armee von Paris fest versichert sein zu dürfen, weil er ihrer Führer versichert war. Siehe da, wir haben den General Changarnier durch seine eigenen Soldaten verhaften lassen, wir haben die Probe auf das Exempel gemacht und den Beweis geliefert, daß der Napoleonismus stärker ist als alle Popularität eines Einzelnen, und daß er vor Allem mächtig ist in der Armee, dieser großen Vertretung des französischen Volkes. Es ist auch kein einziger Soldat, der für diese Führer auch nur seine Hand erhoben hätte. Und was man im Ausland überhaupt sagt, die französische Armee werde das und das thun und wollen, sie sei in dieser oder jener Stimmung, glauben Sie mir, das ist Alles puéril: die französische Armee ist die alte und erste Trägerin des Napoleonismus, sie hängt an dem Kaiser gerade so viel und so wenig wie irgend

eine andere an der Person des Monarchen. Zudem versteht der Kaiser vortrefflich, sie zu behandeln, und sie wird im In- und Auslande pariren zu jeder Zeit. — Nun wohlan, Sie sehen, Napoleon hat auf der einen Seite die demokratische Grundlage erhalten, er hat den großen Grundsatz der Gleichheit des Rechts öffentlich anerkannt und er wird ihn niemals verletzen. Er hat auf der andern Seite durch eine energische und strenge Regierung aber auch gezeigt, daß er ein entschiedener und unversöhnlicher Feind der ehrgeizigen Demagogie ist. Er denkt nicht daran, sozialistischen und kommunistischen Utopien zu folgen, aber er hält es für seine Pflicht, mit aller Sorge und Kraft für die Massen des Volkes thätig zu sein. Er mag sich dabei in den Mitteln zuweilen vergreifen, aber er ist der Mann, der von falschem Wege dann entschlossen umkehrt, und vor Allem wird er das Ehrgefühl der Nation zu schonen wissen. Er ist das Glied einer Familie, welche, wie man doch nicht leugnen kann, von allen legitimen Monarchen Europas als legitime Herrscherin in Frankreich anerkannt worden war, er versöhnte also — und das ist sein großer Beruf — die menschlichen Rechte mit dem göttlichen Recht, ein Beruf, dessen Schwierigkeit er anerkennt, von dem er aber nie ablassen wird. Wie haben sich nun die auswärtigen Monarchen ihm gegenüber benommen? In schwärmerischen und unfruchtbaren Ideen befangen, ohne einen klaren Blick für die Wirklichkeit der Dinge, haben sie ihn anerkannt, aber contre coeur, mit Reserven, nach langem Zögern. Sie hätten sich sagen müssen, daß sie doch nie daran denken können, Frankreich einen König zu geben oder einen Herrscher einzusetzen, und daß es gut sein müßte, mit einem Herrscher auf freundlichem Fuße zu stehen, in dem sie, wenn sie anders nur einiges fähige Urtheil haben, einen starken Wall gegen revolutionäre Demagogie finden müßten. Aber die Vorurtheile machen die Regierungen blind wie die Einzelnen. Namentlich — ich sage das mit tiefem Bedauern — hat auch Ihr Kabinet fortdauernd geglaubt, Kränkungen auf Kränkungen gegen den Monarchen dieses Landes häufen zu müssen. Ja, man hat geglaubt, den Kaiser gewissermaßen aus den Herrscherfamilien ausschließen zu müssen, man hat ihm Körbe geben lassen und durch die »Neue Preußische Zeitung« in die Welt ausposaunt, daß er keine Prinzessin heirathen könne. Während Alles von Besuchen voll ist, während man bald da, bald dort Einladungen erläßt oder Einladungen annimmt, glaubt Niemand dem Kaiser von Frankreich eine ähnliche Aufmerksamkeit erweisen zu dürfen. Nun, er ist groß genug, um sie entbehren zu können, aber er ist auch mächtig genug, um zu zeigen, daß man ihn ungestraft nicht beleidigen darf. So darf das nicht fortgehen, es hat schon zu lange gedauert. Wenn die Regierungen fortfahren, uns so zu behandeln, wenn sie, verblendet durch ihre Vorurtheile, sich der Meinung hingeben, mit legitimistischen Phantasien oder der bloßen Restauration in ihrem eigenen Lande oder in Frankreich Etwas vorwärts bringen zu können, so werden — ich sage es Ihnen aus voller Ueberzeugung voraus — die alten Dynastien das Schicksal der alten Parteien theilen. Als ich dieses letztere Schicksal in Berlin voraussagte, hat man erwidert: »Monsieur de Persigny est un fou, un aventurier«. Nun, Sie werden mir das jetzt nicht sagen, vielleicht aber auch heute bei sich dasselbe denken; aber ich sage Ihnen nichtsdestoweniger nochmals: die Monarchien des Kontinents und vor Allem die preußische Monarchie

sind unhaltbar, wenn sie sich nicht zu einem System verstehen, das sie Eins mit ihrer Nation macht, und wenn sie glauben, subjektiver Neigungen und Wünsche wegen Nationen zusammenhetzen zu können.

Ich: Gestatten Ew. Excellenz, daß ich bemerke, wie auch ich das Schicksal der alten Parteien vorausgesagt, daß ich aber den Vergleich dieser Parteien mit den Dynastien nicht stichhaltig finden kann, am allerwenigsten mit der preußischen. Vor Allem bekenne ich, nicht zu wissen, daß das Berliner Kabinet sich feindselig gegen das Ihrige oder gegen die Person Ihres Souveräns gezeigt habe und jene Vorwürfe verdiene, die Sie ihm machen. Noch vor Kurzem hat der Prinz von Preußen — wie ich wenigstens in der Zeitung gelesen — sich über die Beziehungen der beiden Länder gegen den Kriegsminister v. St. Arnaud so freundlich ausgesprochen, daß schon hierin der Beweis des Gegentheils gesehen werden kann. Ich will nicht leugnen, daß es bei uns eine kleine Partei giebt, welcher die Vorwürfe gebühren, wie Sie dieselben machten. Aber diese Partei ist nicht die Regierung, und wenn man eine andere Persönlichkeit als diejenige Sr. Majestät selbst in Betracht nehmen will, so scheint es mir besser, auf das zu hören, was der Prinz von Preußen gesagt hat.

Persigny: Ah, der Prinz von Preußen. Das ist eine andere Sache. Der Prinz von Preußen ist die Zukunft Preußens. Er und die Prinzessin, diese Frau von so großem Geist und Gemüth, haben begriffen, was Preußen ist und was es sein könnte. Aber ich kann nicht annehmen, daß das, was heute der Prinz sagt und denkt, der Gedanke Ihres Kabinets sei. Lassen Sie das. Wir sprechen hier nicht als Diplomaten, sondern als Männer von Herz, die ihr Vaterland lieben, und ich täusche mich nicht und lasse mich nicht täuschen.

Ich: Aber Ew. Excellenz können überzeugt sein, der Prinz von Preußen würde nichts sagen, was nicht übereinstimmte mit den Intentionen seines Königlichen Bruders. Möglich, daß Beider Ansichten über diese oder jene Frage verschieden sind. Aber der Preuße fragt in solchen Sachen nicht nach persönlichen Sympathien und persönlicher Uebereinstimmung. Ich wenigstens würde für meinen König auch dann in den Tod gehen, solange er mein König ist, wenn auch seine innere oder äußere Politik nicht meiner persönlichen Ueberzeugung entspräche. Und der Prinz ist nichts Anderes in Preußen — wie er oft selbst ausgedrückt hat — als der erste Unterthan Sr. Majestät.

Persigny: Sehr schön gesagt, aber leider wird man mit all diesen schönen Gefühlen Dinge nicht vermeiden können, die unabweisbar hereinbrechen. Es ist richtig, es sind in Frankreich selbst wieder Gährungen. Wir kennen sie genau. Aber diese Gährungen im Innern werden niedergehalten werden, sie sind unbedeutend und ohnmächtig. Und was das Ausland, was Deutschland betrifft, so will ich Ihnen gerade heraussagen, wir werden zur rechten Zeit zu handeln wissen, wir werden aber Europa die Ueberzeugung geben, daß wir es nicht waren, die den Krieg gewollt haben, sondern daß man uns zum Kriege herausgefordert hat. Und auch abgesehen von kriegerischen Eventualitäten werden wir Mittel finden, um Kabinetten, welche uns fortdauernd reizen, den Beweis zu geben, daß Frankreich ihrer nicht bedarf. Ich zittere vor dem Augenblick, wo wir alle unsere Mittel

entfalten werden. Denn es werden nicht Kanonen sein, mit denen wir allein siegen, es werden menschliche Ideen sein, die unwiderstehlich sind und die auch bei Ihnen das Eigenthum der Nation sind; ich sage es noch einmal, nicht sozialistische und utopische Theorien, aber Regierungsgrundsätze, wie sie heute das Eigenthum der ganzen gebildeten Welt sind. Und selbst die Reichen und Wohlhabenden werden sich einer Regierung gern anschließen, welche allerdings niemals den Schein auf sich laden darf und kann, daß sie im Namen einer Klasse des Volkes oder im Interesse der elevirten Klassen herrsche, welche aber gerade selbst dann das sicherste Schutzmittel gegen die hereinbrechenden Ströme des Kommunismus und der Barbarei ist, wenn sie den Schein hat, als ob sie die unteren Klassen in ihrer Sorge bevorzuge. Ich will Ihnen sagen, Napoleon ist keine Person, keine Eigenschaft, Napoleon ist ein großes und gewaltiges Prinzip. Und wenn diese Herren, die auch in Preußen Gott im Munde und den Teufel im Herzen haben, heute mit den Meuchelmördern in Frankreich gemeinschaftliche Sache machen — ich erinnere Sie nur an den Schmachartikel der »Neuen Preußischen Zeitung«, der sich auf den „Flintenschuß zur rechten Zeit" freute — wenn sie die Kabinette zur Zurückhaltung aus dem Motive auffordern, daß man ja nicht wissen könne, wie lange Napoleon regiere, daß er morgen erschossen sein könne, so will ich Ihnen sagen: Es ist allerdings möglich, daß der Kaiser morgen erschossen wird. Haben wir doch erst vor einigen Tagen zehn Personen verhaftet, die mit dem ausgesprochenen Zweck, Hand an den Kaiser zu legen, nach der Opéra comique gezogen waren. Aber einmal ist noch keine Dynastie durch einen Meuchelmord aus der Welt geschafft, und zum Andern wird man nur eine Person, aber nie das große politische Prinzip vernichten, das sie repräsentirt hat. Im Gegentheil, ich sage Ihnen, die napoleonische Dynastie wird durch einen Meuchelmord mehr befestigt werden. Denn man wird nicht etwa den sogenannten Heinrich V., keinen Grafen von Paris, keinen Prinzen Joinville auf den erledigten Thron setzen, sondern wenn man erst diejenigen gemordet hat, auf denen der Verdacht ruht, die intellektuellen Urheber oder Werkzeuge dieses Meuchelmordes gewesen zu sein, so wird man ein Mitglied der Familie Napoleon zum Kaiser ausrufen. Und die Mächte mögen bedenken, daß dieses Mitglied vielleicht nicht die ausgezeichneten Eigenschaften des gegenwärtigen Kaisers, nicht seine Umsicht, nicht seine Mäßigung, nicht sein Wohlwollen hat, daß er aber eine fanatische Nation hinter sich haben wird, weil ein Märtyrer einem großen Prinzip zum Opfer gefallen ist, einem großen Prinzip, das den Kaiser Napoleon auf den Thron setzte. Denn in dem Augenblicke, wo er eintrat in die assemblée nationale, comme député, il était déjà l'empereur.

Im Uebrigen legt Frankreich den größten Werth auf freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland, namentlich zu Preußen, dessen Entwickelung für uns schon immer ein Gegenstand der Bewunderung gewesen ist, einer Bewunderung, der ich keinen Eintrag zu thun glaube, wenn ich hinzufüge, daß ich es allerdings für unendlich schwer halte, einen solchen Staat, der nur durch die Intelligenz seiner Fürsten und durch die Traditionen Friedrichs des Großen zusammengehalten wird, auf lange hin mit Prinzipien zu regieren, entgegengesetzt denjenigen, denen

er seine Entstehung und seine Größe verdankt hat. Preußen ist nicht Rußland oder Oesterreich, es ist eben Preußen.

Ich: Bei dem hohen Werthe, den Ew. Excellenz auf ein freundliches Einvernehmen zwischen Deutschland, insbesondere Preußen, und Frankreich legen, wird es Ihnen vielleicht gefallen, mir eine Frage über einen Punkt zu beantworten, der bei diesem Einvernehmen eine sehr wesentliche Rolle spielen dürfte. Ich habe nämlich mit Interesse jene riesigen Vorarbeiten gesehen für die Industrieausstellung in Paris im Jahre 1855. Aber ich fürchte fast, daß diese Ausstellung seitens preußischer Aussteller wenig besucht werden wird, da die Produzenten — wie mir mehrere selbst gesagt haben — von der Furcht abgehalten werden, daß, selbst wenn ihre Erzeugnisse sich als zweckmäßig und praktisch bewähren sollten, und wenn dieser Umstand eine Masse von Bestellungen für sie nach sich zöge, das in Frankreich fast für die meisten Artikel bestehende Prohibitivsystem eine solche Aussicht abschneidet und daher die Aussteller der Gefahr aussetzt, alle ihre Bemühungen und Kosten ohne Aussicht auf hinreichenden Lohn verschwendet zu haben. Es wäre mir von höchstem Interesse, über diesen Punkt die Absichten Ew. Excellenz zu vernehmen.

Persigny: Ich bin mit Vergnügen hierzu bereit, und obschon ich weder im Namen des Kaisers, noch in demjenigen des französischen Ministeriums eine Erklärung abgeben kann, so glaube ich doch in meinem Rechte zu sein, wenn ich Ihnen sage und Sie ermächtige, von dieser Erklärung Ihren industriellen Freunden gegenüber Gebrauch zu machen, daß der Kaiser ernstlich mit dem Plane einer liberalen Revision der Zollgesetzgebung umgeht, und daß in kürzester Frist auch in Bezug auf die Ausstellung bedeutende Erlasse bekannt werden sollen. Auch abgesehen von dieser Ausstellung, wird es das Bestreben sein, immer mehr den Verkehr zwischen beiden Ländern zu erleichtern und zu vergrößern. Aber leider wird der Erfolg dieses unseres guten Willens und Bestrebens zum größten Theil mit von denjenigen Umständen abhängen, die ich Ihnen bereits vorhin ausführlich dargelegt habe.

Hiermit schloß der Hauptheil des Gesprächs."

Auf der Rückreise in die Heimath machte Quehl in Frankfurt a. M. Station und schrieb von dort am 2. Aug., die Ergebnisse seiner Pariser Erfahrungen zusammenfassend, an Manteuffel:

„Die „Kreuzzeitung“ hat mich bekanntlich nach Paris gehen lassen, um den Dank für meine angebliche Unterstützung bonapartistischer Intentionen zu holen — nun denn, ich kann nicht leugnen, daß man mich in Paris mit einer Rücksicht und Zuvorkommenheit behandelt hat, welche es nicht zweifelhaft lassen, daß die französische Regierung sehr gut unterrichtet ist, und daß sie diejenigen zu schätzen weiß, die mit rückhaltlosester Wärme und Treue ihrem Vaterlande und ihrem Fürsten ergeben sind, die aber keinen Gewinn darin sehen, daß man Regierungen zusammenhetzt und schöner Theorien wegen seine Augen vor dem wirklichen Zustande eines fremden Landes verschließt. Ich verspare jedoch alles Andere, sei es auf spätere schriftliche, sei es auf mündliche Mittheilungen und will hier nur das Resultat meiner Beobachtungen, die sich natürlich nicht auf einseitige Aussagen stützen, in einige Sätze zusammenzufassen mir erlauben.

1. Die französische Regierung kennt ihre Lage ihrem Lande wie den fremden Mächten und Ländern gegenüber sehr wohl. Sie unterschätzt ihre Stellung nicht und sie überschätzt sie nicht. Es mögen zum Theil Parvenus sein, die Diener Napoleons, aber es sind weder Schwärmer noch Phantasten, noch Doktrinäre — die leitenden Männer unter ihnen sind fähige und bedeutende Persönlichkeiten.

2. Napoleon wird durch eine Revolution nicht gestürzt, und wenn er morgen ermordet wird, so wird weder der gute Heinrich noch ein Prinz Orleans, sondern ein Mitglied der Familie Bonaparte zum Kaiser ausgerufen werden, der Napoleonismus wird dann nur mächtiger und furchtbarer werden: die Ruhe und Ordnung in unseren Staaten wird von einer Regierungsveränderung nichts gewinnen.

3. Die Stimmung gegen das preußische Kabinet — nicht gegen Preußen — ist eine sehr gereizte, nicht etwa, als ob man ein Bündniß mit diesem Kabinet verlange, im Gegentheil, man ist auch in seinen Wünschen sehr objektiv, aber gewisse Kränkungen sind zu tief empfunden, um vergessen zu werden, und man hat einen bestimmten Plan, und zwar ohne kriegerische Eventualitäten, nach dem man, wenn eine Aenderung nicht eintritt, gegen das preußische Kabinet sicherlich nicht ohne Erfolg operiren wird.

4. In einem wirklich erstaunlich geringen Grade von Achtung steht die preußische politische Polizei, die man nämlich mit der Berliner identifizirt. Die Sendung gewisser Persönlichkeiten nach Paris hat unser Gouvernement in einem Lichte erscheinen lassen, das es wahrlich nicht verdient, und ich bin überzeugt, daß, wenn Se. M. gewisse Dinge erfahren, Allerhöchstihm wirklich einmal die Augen aufgehen und er alle die Intriguen und die Nichtswürdigkeiten da suchen würde, wo sie wirklich zu finden sind.

5. Ew. Excellenz stehen bei den leitenden Persönlichkeiten in hoher Achtung, selbst bei derjenigen, von der man annehmen müßte, daß sie aus einem früheren Aufenthalt in Berlin und dem Umgang mit damaligen Gegnern manche falsche Meinung angenommen hätte. Man verfolgt die Krise, die man gegenwärtig vorhanden glaubt, mit großer Spannung. Ihr Abgang wird vortrefflich in die oben angedeutete französische Rechnung passen — Ihr Bleiben, aber ohne daß Personen aus der Nähe Sr. M. gehen, von denen man glaubt, daß sie mit den Feinden der Regierung geradezu konspiriren, wird freilich Manches nicht verhindern können.

6. Graf Hatzfeldt hat eine ziemlich gute Position, und obschon man zu wissen glaubt, daß er nicht zu den Bewunderern und energischen Vertretern der dermaligen Regierung gehört, so traut man ihm doch viel Objektivität und die gute Absicht zu, Schwierigkeiten zu heben und ein besseres Einvernehmen herzustellen. Wunderbarerweise vermuthet man übrigens, daß man in Berlin mit dem Grafen gar nicht sehr zufrieden sei." —

Fast gleichzeitig mit Dr. Quehl hielt sich auch der Geh. Legationsrath Küpfer fünf Wochen in Paris auf, welchem das Terrain von Paris und Frankreich schon von früher her kein fremdes war. Er hatte es schon zur Zeit des ersten Reiches besucht, während der Restaurationsperiode daselbst verschiedene längere Aufenthalte gemacht und bald nach der Julirevolution dort siebzehn

Monate mit dem Auftrage zugebracht, die damalige politische Situation in den Departements und in der Hauptstadt zu beobachten. Küpfer schickte dem Minister Manteuffel zwei Berichte über seine Pariser Wahrnehmungen, wovon die folgende, d. d. Paris, 1. Juni 1853, den Totaleindruck schildert, den auf ihn die belgischen und französischen Zustände gemacht hatten:

„Während meiner Durchreise durch Belgien und während des Tages, den ich zu Brüssel verweilte, hatte ich Gelegenheit, verhältnißmäßig viel belgisches Militär zu sehen. Ich fand es sehr gut ausgerüstet, seine militärische Haltung erschien mir aber schlechter als diejenige der belgischen Truppen, die ich 1833 sah. Im Falle eines Krieges von Belgien, vorzüglich mit Frankreich, würde es mir sehr wenig Vertrauen einflößen. Die kriegerischen Eigenschaften, welche die Belgier einst besaßen, scheinen durch die vorzugsweise industrielle und materielle Richtung, die ihnen die frühere niederländische, besonders aber die jetzige Regierung gegeben, sich wesentlich abgeschwächt zu haben. Und wenn auch die Stimmung, vorzüglich des flamländischen Theils von Belgien, gegen ein Aufgehen in Frankreich ausgesprochen sein soll, so hat doch unverkennbar der achtzehnjährige enge Anschluß an Frankreich, den König Leopold seinen dynastischen Interessen für zuträglich hielt, eine eigentliche Antipathie zwischen den beiden benachbarten Bevölkerungen zu verwischen beigetragen. Es ist begreiflich, daß König Leopold, nachdem er seine ganze Politik auf die Dauer der Herrschaft des Hauses Orleans in Frankreich gestellt hatte, sich nach dessen Sturze und infolge seiner falschen Berechnung in eine unbequeme Stellung versetzt befindet. Unverkennbar hat die letzte Reise des Königs nach Berlin und Wien in Paris im Stillen Ombrage gegeben. Man versichert indeß, keine Belgien gefährlichen Absichten zu haben, die ja schon durch das zeitweise zwischen Frankreich und England bestehende gute Einverständniß ausgeschlossen wären. Man knüpft daran die Insinuation, daß König Leopold die großen Besorgnisse gegen die jetzige französische Regierung, die er an den Tag legt, eigentlich selbst nicht hege, und man läßt einen Zweifel durchblicken, ob nicht vielleicht jener Fürst im Geheimen an eine europäische Koalition gegen Frankreich arbeite, mit dem stillen Rückgedanken, daraus vielleicht eine günstige Chance für die orleanistische Sache entspringen zu sehen. Ew. Excellenz werden durch den Herrn v. Brockhausen unterrichtet sein, ob König Leopold hinsichtlich der Ueberwachung der zahlreichen in Belgien verweilenden französischen Flüchtlinge und ihrer Umtriebe alle die Vorsicht anwendet, die ihm seine Lage gegen seinen mächtigen Nachbar vorzuschreiben schiene. Mich frappirte bei der Durchreise durch Mons der dort zur Schau gestellte Luxus militärischer Vorkehrungen, als wenn der Feind auf dem Glacis der Festung stände, was reizend auf die französische Regierung wirken muß, da der Zweck, insofern er überhaupt zu erreichen, auf eine weniger auffallende Weise erzielt werden könnte.

In Frankreich habe ich eine die Parteien mit fester Hand zügelnde, dabei aber keineswegs gewaltsame Regierung gefunden. Ich halte die jetzige Regierung für befestigt und entdecke keine Ursache ihres Sturzes in einer nahen und berechenbaren Entfernung. Die ruhigeren und erfahreneren unter den jetzigen Gegnern der Regierung erkennen selbst an, daß Napoleon III. die Aussicht habe, so lange

er lebe, sich in der obersten Gewalt zu behaupten. Ihre Hoffnungen beschränken sich daher auf die Zufälle, die sein Leben abkürzen könnten, und auf die Krise, die seine Dynastie bei seinem Ableben zu bestehen haben dürfte. In dieser Ansicht liegt allerdings manches Begründete. Die Frage bleibt aber, ob in einem solchen Falle die ältere oder jüngere bourbonische Linie oder nur die Anarchie und der Cäsarismus in ihrem Gefolge überhaupt wirkliche Chancen hätten? Ich höre die ruhigen, außerhalb der Parteien stehenden Beobachter sich fast nur für das letzte Glied der Alternative aussprechen. Die französische Armee, darüber sind alle Parteien einverstanden, war hinsichtlich ihrer Organisation und ihres militärischen Geistes seit dem Sturze des früheren Reichs zu keinem Zeitpunkte tüchtiger wie heute. Doch glaube ich nicht, daß die Regierung für jetzt an irgend einen ernsten Angriffskrieg denkt. Ich schließe dies aus den sehr großen und weitausschauenden Bauunternehmungen und anderen, die Finanzen in Anspruch nehmenden Maßregeln, welche sie begonnen hat. Aber es dürfte dennoch vorherzusehen sein, daß sie, falls sie irgend provozirt würde, entschieden aufträte. Es ist dies wohl eine Nothwendigkeit der Lage, die dem neuen Kaiser verbietet, in der Leitung der äußeren Politik Frankreichs, wie dies wohl die Restauration und Ludwig Philipp bisweilen thaten, Schwäche zu zeigen. Auch scheint er bis jetzt keinen der moralischen Hebel, über welche er für den Fall einer allgemeinen Koalition der europäischen Mächte gegen Frankreich und des dann unvermeidlichen Prinzipienkampfes auf dem Kontinente mit Nutzen verfügen könnte, bestimmt aus den Händen gegeben zu haben. Unverkennbar ist das Streben der Tuilerien dahin gerichtet, die Frankreich benachbarten Mittelstaaten, wie die Schweiz, Sardinien rc., an sich zu ziehen. Man erwartet hier aus dem Abbrechen der diplomatischen Verbindungen Oesterreichs mit der Schweiz keinen Ersatz für Ersteres, sieht aber im Stillen die Sache vielleicht recht gern, da sie nur zur Verstärkung des französischen Einflusses in der Schweiz beitragen kann. Charakteristisch ist es, daß man die Antipathie des französischen Volkes vorzüglich gegen die Oesterreicher, demnächst gegen die Russen und Engländer, am wenigsten gegen die Preußen aufzuregen sucht. Offenbar schmeichelt man sich mit der Hoffnung, daß die Politik der Interessen zu Berlin über die Politik des Gefühls die Oberhand behaupten werde.

Bei aller Unparteilichkeit, der ich mir in Beurtheilung der hiesigen Regierung bewußt bin, darf ich doch Ew. Excellenz nicht verhehlen, daß in dem nämlichen Maße, wie ich dieselbe hinsichtlich ihrer politischen Spannkraft der Restauration und der orleanistischen Regierung überlegen glaube, sie mir dennoch dem System des früheren Kaiserreichs nachzustehen scheint. Ich habe mehrere Male den Marquis de Moustier, der unverzüglich nach Berlin abgehen wird, zu sprechen Gelegenheit gehabt. Er scheint vor Allem von dem Wunsche beseelt, sich zu Berlin den Ruf eines konziliaten Benehmens zu erwerben und dort zu gefallen. Er ist sehr reich und wird später ein großes Haus machen. Wie ich erfahre, ist er mehrfach gewarnt und ihm empfohlen worden, sich von allen Verbindungen mit der ultramontanen Partei bei uns fernzuhalten, und ich finde einen Beweis, daß er diesen Rath zu befolgen gedenkt, darin, daß er es vermeidet, bei seiner Reise nach Berlin zu Brüssel irgend einen Aufenthalt zu nehmen, um dort jeder Berührung

mit seinen ultramontanen Verwandten zu entgehen. Der Marquis de Moustier scheint in den Geschäften noch verhältnißmäßig neu zu sein, aber fest entschlossen, Ew. Excellenz mit allem Vertrauen entgegenzukommen und Ihren Rath zu benutzen. Die Marquise ist eine noch junge, sehr liebenswürdige Dame, die eine der Zierden des diplomatischen Korps zu Berlin sein wird."

In seine ländliche Zurückgezogenheit (Czaycze bei Bialosliwe) wieder zurückgekehrt, vervollständigte Küpfer Ende Juli den vorstehenden Reisebericht, wie folgt:

„Der vorherrschende Eindruck, den ich bei meinem jüngsten Aufenthalt in Paris erhielt, war, daß die jetzige Regierung eine feste und dabei keineswegs gewaltsame sei, und daß sie im Allgemeinen auf das Land einen weit größeren moralischen Einfluß ausübe, als dies mit der Restauration und dem Bürgerkönigthum der Fall gewesen war. Allerdings fand ich noch viel Aufregung in den bekannten in Frankreich bestehenden politischen Parteien. Aber in jedem von langen Revolutionen durchfurchten Lande mit alten Parteien bilden bekanntlich die Armee und die großen Massen der Bevölkerung den eigentlichen Schwerpunkt und dieser ponderirte unzweifelhaft für die jetzige Regierung Frankreichs. Nimmt man dazu, daß dieselbe von den besitzenden Klassen überhaupt als die beste, wenn nicht einzig wirksame Schutzwehr gegen die soziale und kommunistische Bewegung angesehen wird, so kann es nicht überraschen, daß die jetzige Regierung für die Gegenwart und für die Dauer derjenigen Zukunft, welche einer näheren Berechnung unterliegt, vollkommen befestigt erscheint."

Küpfer hatte über diesen Punkt die Meinung einer nicht unbedeutenden Zahl unparteiischer Fremder von verschiedenen Nationen gehört und dieselbe fast einstimmig in der beregten Beziehung gefunden. Selbst die besonnenen Häupter der Oppositionsparteien, die er zu hören in dem Falle war, ließen die Ueberzeugung durchblicken, daß Napoleon III. vermuthlich im Besitze der Gewalt sterben würde, und daß sie ihre Hoffnungen bis nach dessen natürlichem oder gewaltsamem Tode zu vertagen genöthigt sein würden.

„Dieses bestehende Sachverhältniß erklärt sich auch vollkommen durch die allgemeine Lage und die Antecedenzien der jetzigen Regierung. Ein Regierungssystem und eine Dynastie, die in einem großen Reiche, ohne von außen kommende Gewalt durch ihre eigenen und inneren Fehler gestürzt wurden, hatten zu allen Zeiten und in allen Ländern nur sehr beschränkte Aussichten auf eine dauernde Wiederherstellung. Die Schwäche der legitimistischen Partei in Frankreich, obgleich sie viele höchst achtbare Familien und Männer in ihrer Mitte zählt, bedarf wohl nicht mehr des Beweises. Sie ist seit 65 Jahren in einer Reihe von Kämpfen stets der weit mächtigeren Partei der Revolution, die eine entschiedene und tiefe Antipathie gegen sie gefaßt hat, unterlegen. — Die orleanistische Sache ihrerseits, ohne natürliche Wurzeln in Frankreich, hatte diese Wurzeln in der sogenannten parlamentarischen Regierung gesucht. Diese parlamentarische Regierung hat aber

in Frankreich einen vollständigen Fehlschlag auch in der Meinung des Landes erlitten, welches sie heute in dem durch und durch demokratischen Frankreich, vielleicht mit Recht, für vollkommen unpassend ansieht, ihren Wirkungen, die zeitweise soziale Auflösung von 1848 zuschreibt und auf eine im Innern gut und kräftig verwaltende, gegen außen Frankreichs Ansehen fest vertretende Regierung einen weit höheren Werth als auf das parlamentarische Treiben mit seinen Intriguen legt. — Die kommunistische und soziale Partei, die augenblicklich vielleicht noch das der Regierung gefährlichste Oppositionselement bildet, hat aber einen Haupthebel dadurch verloren, daß das Landvolk vor Allem bonapartistisch ist, und daß sie bei der Anhänglichkeit, welche die französische Armee an den Erben Napoleons I. zeigt, dort keine Stütze zu finden hoffen darf. Selbst unter dem Proletariate der großen Städte hat Napoleon III. einen nicht unbedeutenden Anhang, und sogar die Kommunisten und Sozialisten, wenn sie ihn auch gründlich hassen, ziehen ihn doch den Bourbonen beider Linien vor.

Bei diesem Stande der Parteien hat Napoleon III. die Geschicklichkeit gehabt, sich dem französischen Volke als den eigentlichen Vertreter der Revolution, seine Herrschaft als eine thatsächliche Protestation gegen die das Nationalgefühl der Franzosen so tief verletzende Einmischung der Fremden in die inneren Angelegenheiten Frankreichs und sein System als dasjenige darzustellen, welches die einzig praktische und Dauer versprechende Organisation der Demokratie im weiteren Sinne des Wortes enthalte und ihre dauernde Herrschaft begründe. Und es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß es Napoleon wesentlich gelungen ist, diese Ansichten bei den Massen in Frankreich zu begründen. Daneben besitzt Napoleon III. beim französischen Volke ein großes Kapital von Einfluß in den Erinnerungen an Napoleon I., an den und an dessen Organisation er sein System, wo er es nur kann, anzuknüpfen sucht. Napoleon I. ist, nachdem das Grab und ein Menschenalter die Leidenschaften abgekühlt haben, bei der Masse der Franzosen gewissermaßen eine Mythe geworden und ist für sie als eins der größten militärischen und politischen Genies, die Frankreich hervorgebracht, ein Gegenstand des Nationalstolzes. Wenn die Erinnerungen an den großen Cäsar hinreichten, um dem weit weniger glänzenden Neffen desselben die Herrschaft Roms zu sichern, obgleich die ihm feindselige Optimatenpartei und die dem Antonius angehangen habende Fraktion der plebejischen Partei zusammen wohl mächtiger als die vereinigten heutigen Oppositionsparteien Frankreichs waren, so besitzt die Herrschaft Napoleons III. in den Erinnerungen an seinen Onkel wohl keine geringere Stütze, und wenn er den imponirenden Herrschergenius seines Onkels nur in einem beschränkten Maße zurückruft, so mangelt ihm, nach der Versicherung unparteiischer Männer, die ihn in der Nähe zu beobachten Gelegenheit hatten, doch gleichfalls nicht jene zähe Festigkeit, jene tiefe Verschlossenheit, jene große Ruhe und Berechnung, vermittelst welcher es dem Oktavian glückte, die Römer lange und bis zu seinem Tode zu beherrschen und für die Alleinherrschaft vorzubereiten. Hätte demnach Napoleon III. die Aussicht, so lange er lebt, sich am Ruder Frankreichs zu behaupten, so bliebe immer noch die weitere Frage übrig, welche begründete Hoffnung er auf die Gründung einer Dynastie haben möchte. Die Beantwortung dieser Frage dürfte von der Dauer

seines Lebens und von den Eigenschaften seines Nachfolgers abhängen — Faktoren, die heute nicht vorher zu berechnen sind; denn selbst über den Prinzen Napoleon, Sohn Jérômes, sind die Ansichten sehr getheilt. Daß derselbe zur Zeit der Republik der äußersten Linken angehörte, war wohl eine mit dem jetzigen Kaiser konzertirte Rolle. Er hat aber durch diese Rolle, wenn auch Sympathien in einer in Frankreich mächtigen Partei gewonnen, doch auch viele Stimmen gegen sich geschart, und es ist noch nicht zu berechnen, inwieweit sein vom Kaiser gebilligtes Streben, sich in der Armee beliebt zu machen, Erfolg haben wird, und von welchem Nutzen ihm seine auffallende physische Aehnlichkeit mit seinem Onkel Napoleon sein könnte. Wenn es unter den schwierigen Verhältnissen der ersten Zeit des römischen Kaiserthums der persönlichen Unzulänglichkeit des Caligula und Nero bedurfte, um erst in der vierten Generation die Macht der Erinnerungen des Cäsar zu verwischen und dessen Dynastie vom Throne zu entfernen, so müssen dabei doch unbezweifelt die lange Regierung des Augustus und die tiefe Geschicklichkeit des Tiberius in Anschlag gebracht werden. Wir möchten glauben, daß auch die Dynastie Napoleons wie diejenige des Cäsar nur solange sich zu behaupten Aussicht hat, als sie ausgezeichnete Regenten liefert.

Die Revolution und die ganze Ideenrichtung des heutigen Frankreichs haben nämlich dort alle monarchischen Traditionen und die Grundlagen einer erblichen Regierungsgewalt gründlich vernichtet. Nur eine sehr feste, sehr geschickte, dem Lande moralisch imponirene Hand, wie die Erblichkeit sie nicht ohne Unterbrechung liefern kann, vermag unseres Erachtens das heutige Frankreich zu leiten. Wenn dieses Sachverhältniß die Hoffnungen, welche die Bourbonen beider Linien hegen mögen, sehr beschränkt, so bedroht es auch gleichmäßig die Zukunft der Napoleoniden, sobald der heute noch magische Zauber des Namens Napoleon durch die Wirkung der Zeit und die erwiesene Regierungsschwäche eines seiner Nachfolger einmal sich aufgehoben findet. Wie unter ähnlichen Verhältnissen im alten Rom dürfte daher der Cäsarismus mit den Entwickelungen, wie ihn die römische Geschichte zeigt, das wahrscheinlich Frankreich schließlich beschiedene Loos sein.

Natürlich maßen wir uns nicht an, vorhersagen zu wollen, in welcher Weise die jetzige Gestaltung der französischen Revolution und ihre Aussichten für die Zukunft auf das monarchische System des festen Landes von Europa einwirken dürften. Wohl aber möchte eine richtige Politik dem altmonarchischen System in Europa anrathen, nicht ohne Noth die noch bestehenden Gegensätze mit der neuen Gestaltung in Frankreich besonders hervorzuheben, welche, Alles wohl erwogen, mit dem altmonarchischen System weniger Inkompatibilitäten darbieten möchte, als dies mit der republikanischen und parlamentarisch-monarchischen Verpuppung der Revolution der Fall war. Das sicherste Gegenmittel gegen die Verbreitung des Cäsarismus auf dem festen Lande dürfte sich nicht in der offenen und gefährlichen Bekämpfung des Prinzips welches sich dann sofort wieder mit einer ausgesprochenen revolutionären Form und Propaganda bewaffnen dürfte, sondern darin finden, daß die Regierungen der erblichen Fürsten sich als praktisch vorzüglicher wie diejenigen der Cäsaren erweisen.

Wären die obigen Voraussetzungen richtig, so dürfte, da Napoleon III. erst 45 Jahr alt ist und eine kräftige Leibeskonstitution zu besitzen scheint, die Politik derjenigen Mächte, die mit Frankreich nähere Beziehungen besitzen, Veranlassung haben, denselben als den dauernden Herrscher von Frankreich zu betrachten und den Fall der Wiederherstellung der Bourbonen beider Linien für jetzt völlig außerhalb der Linie ihrer Berechnungen zu lassen. Da es sich um eine Macht von dem Gewichte von Frankreich handelt, dürften Fehlgriffe in dieser Beziehung mindestens für die Grenzmächte Frankreichs sehr ernste Folgen haben können.

Die Ausdehnung der materiellen Mittel und der sich darauf begründenden materiellen Macht Frankreichs ist zu bekannt, als daß es hier noch auf eine Erörterung darüber einzugehen an der Stelle schiene. Es möchte jedoch nicht zu übersehen sein, in welchem Maße die streng konzentrirte Form der jetzigen Regierung sowie ihre Popularität bei der Armee und den Massen der Bevölkerung diese materielle Macht Frankreichs in ihren Händen steigert, ganz abgesehen von den Sympathien, die sie infolge ihres Ursprunges unleugbar in Italien, in der Schweiz, in Ungarn und in Polen besitzt.

Hinsichtlich des Zustandes der heutigen Militärorganisation Frankreichs beschränkt man sich auf die Bemerkung, daß er ein sehr achtunggebietender ist. Der erste große Krieg, den Frankreich zu bestehen haben wird, dürfte als Prüfstein der obigen Andeutungen hinsichtlich der politischen Macht des heutigen Frankreichs dienen können. Wie bedeutend wir aber auch diese Macht erachten, so dürfte dieselbe dennoch nicht an die Machtentwickelung Frankreichs unter dem ersten Kaiserreiche, selbst wenn man davon das Gewicht der seit 1792 damals schon gemachten Eroberungen abrechnet, hinanreichen. Eine Erscheinung, wie diejenige Napoleons I. bleibt in der Geschichte ein seltenes Phänomen und verdoppelt das Gewicht des Reiches, welches ein solches Phänomen an seiner Spitze hat. Napoleon III., soweit man sich eine Meinung über ihn zu bilden vermochte, erscheint als ein tüchtiger Regent; er ist indeß nicht sein Onkel, und die ihn umgebenden Werkzeuge stehen neben denen wesentlich zurück, die Napoleon I. mit seinem tiefen Kennerblick unter den Männern, welche die tief aufrührende Bewegung der ersten französischen Revolution in Evidenz gestellt hatte, auszuwählen wußte. Wir glauben hier auf keine besondere persönliche Würdigung der Hauptwerkzeuge der Regierung des jetzigen Kaisers der Franzosen eingehen zu müssen, da, obschon ganz tüchtige Männer darunter sein sollen, keiner derselben nach der allgemeinen Ansicht einen beherrschenden Einfluß auf den Kaiser auszuüben scheint.

Was die Richtung der auswärtigen Politik Napoleons III. anbetrifft, so ist es wohl klar, daß die ganze Lage Napoleons ihm das Gebot auflegt, niemals Schwäche in der auswärtigen Politik zu zeigen und die äußere Würde und die Interessen Frankreichs, wenn auch nur zeitweise, aus einer persönlichen Rücksicht aufzugeben. Er konnte und kann nicht Zurücksetzungen ungeahndet annehmen, um sich einen Platz in den Reihen der anderen europäischen Souveräne gewissermaßen zu erbitten. — Dabei scheint Napoleon III. aber auch sorgfältigst jede Provokation von seiner Seite vermeiden zu wollen, welche die Bildung einer gegen ihn gerichteten europäischen Koalition befördern könnte. Er scheint vielmehr Alles, was

mit seiner Lage und Würde irgend vereinbar ist, anzuwenden, um die von anderen Seiten vielleicht versuchten Bestrebungen zur Bildung einer solchen Koalition zu lähmen, die ihn nöthigen würde, die jetzt von ihm gebannten Geister der Revolution zu seiner Vertheidigung wieder heraufzubeschwören, welche, aufs Neue entfesselt, seiner Herrschaft selbst gefährlich sein würden.

Sein System scheint also zu sein, vorerst mit Festigkeit, aber gleichzeitig auch mit der größten Mäßigung aufzutreten und Alles zu vermeiden, was die Einflüsterungen seiner Gegner begünstigen möchte, als ob er ein Eroberungssystem im Hintergrunde hielte. Daneben ist es wohl unverkennbar, daß Napoleon ein eigenes System auswärtiger und näherer politischer Verbindungen allmählich zu bilden sucht, und hierbei scheint er vorzugsweise die alte traditionelle Politik Frankreichs zum Leitfaden zu nehmen. Offenbar bietet er Alles auf, um Spanien, Regierung wie Volk, zu gewinnen und sich so vorerst eine gesicherte Rückendeckung zu schaffen. Seine Bestrebungen zu Turin und in der Schweiz sind offenkundig. Von den innersten Gedanken der süddeutschen Höfe ist man zu Paris unbezweifelt unterrichtet. Ueberhaupt sucht man dort sich wohl Eingang bei den Höfen sämmtlicher anderer europäischer Mittelstaaten, Belgien ausgeschlossen und Schweden dagegen an der Spitze, zu verschaffen.

Von den Mächten hält man zu Paris nach der Lage der Interessen die Bildung dauernder und näherer Verhältnisse mit Preußen und der Türkei möglich. Man wirft dort hin, daß man um den Preis einer Annäherung des Königl. Hofes an Frankreich das Supremat Preußens über Norddeutschland in jeder von Preußen selbst gewünschten Ausdehnung zu fördern geneigt sei, daß, während Rußland aus Preußen sich nur einen protegirten Staat zu schaffen die Absicht habe, das Interesse Frankreichs erheische, Preußen zu stärken, um dieses zu einem effektiven Gegengewicht gegen Rußland und zu der selbständigen nordischen Macht, die früher Schweden in seiner Glanzperiode bildete, zu machen. In Bezug auf die Türkei scheint man ganz von den Spoliationsplänen, welchen die Restauration aus Condescendenz gegen Rußland und die Orleans infolge einer falschen politischen Berechnung das Ohr geliehen hatten, zurückgekommen und zu dem altfranzösischen System der Erhaltung der Pforte zurückgekehrt zu sein. Wahrscheinlich wird England zu Konstantinopel künftig einen Nebenbuhler des Einflusses in Frankreich finden.

Als seine eigentlichen, gewissermaßen unversöhnlichen Gegner scheint Napoleon III. auf dem festen Lande Rußland und Oesterreich anzusehen, denn Oesterreich gilt zu Paris als faktisch bereits der russischen Protektion verfallen. Auch ist es vorzugsweise gegen Rußland und Oesterreich, daß die jetzige Regierung den Nationalhaß des französischen Volkes zu richten sucht. Täuscht nicht Alles, so bereitet Napoleon III. sich vor, gegen das russisch-österreichische System bleibend und vorzugsweise Front zu machen, wie die alte französische Politik es gegen das spanisch-österreichische System that. Die Lage Oesterreichs würde dabei allerdings keine angenehme werden. Mit England scheint vorerst Napoleon jede Kollision vermeiden und dessen Pläne zur Ueberwachung Rußlands aufrichtig befördern zu wollen, um zuvörderst unter Begünstigung der englischen Allianz und unter der

Firma der Vertheidigung des kontinentalen Gleichgewichts, das frühere kontinentale Allianz- und Einflußsystem Frankreichs allmählich und einigermaßen wiederherstellen zu können.

Bei der Stellung, die Frankreich gegen das russisch-österreichische System zu beabsichtigen scheint, dürfte zu bezweifeln sein, daß es die Fäden der italienischen, ungarischen und polnischen, mit anderen Worten der nationalen Propaganda ganz aus den Händen gäbe, um sie ausschließlich England zu überlassen." —

In Betreff der Stellung Manteuffels zu den am Bundestag schwebenden Fragen darf auf „Preußen im Bundestag" verwiesen werden.*)

2. Innere Politik.

Von den Männern, welchen der König am 8. Nov. 1848 den Bruch mit der Revolution anbefohlen hatte, waren dahingegangen Brandenburg, Strotha, Ladenberg, Kühne, Kisker, nur Manteuffel stand noch fest wie eine Säule da, etwas tiefer seitwärts der Polizeipräsident v. Hinckeldey. Gewiß war es ein zielbewußter, energischer Verwaltungsbeamter, wie er in den Tagen der Revolution ganz erwünscht war; je mehr das Staatsleben indessen in das Geleise der normalen Entwickelung zurückkehrte, um so mehr stellten sich die Schattenseiten seiner Verwaltung heraus, seine Neigung zu Willkür und seine politische Leidenschaftlichkeit. Die Konflikte waren bei ihm an der Tagesordnung, und Manteuffel war es in der Regel, der zuletzt die Sache wieder in das richtige Geleise zu bringen hatte. Am 14. Mai klagte Hinckeldey dem Premier, in der Angelegenheit wegen der ihm zu übertragenden Oberaufsicht über die demokratischen Umtriebe gehe es ihm recht übel.

„Die letzte Verfügung des Herrn v. Westphalen, welche ich bekanntlich nicht annehmen konnte, ist, wie ich höre, auf Grund eines Beschlusses des Staatsministeriums, abermals den sämmtlichen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten,

---

*) Erlasse und Telegramme Manteuffels an Bismarck vom 22., 29. Mai, 21., 27. Juni, 13., 18. Juli 1853, betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Hessen wegen des Falles Canitz, „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 247 Note 1 und 2, S. 269, 277 Note 2, S. 279 Note 1, S. 281 Note 1. Erlasse desgleichen vom 25. Mai, 25. Juni und 6. Nov. 1853, betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht, Bd. I, S. 232 Note 1, S. 289 Note 1; Erlasse vom 27. und 31. Mai 1853, betreffend die Ulm-Rastatter Festungsangelegenheit, Bd. I, S. 241 Note 1 und Bd. II, S. 27 Note 2; Erlaß vom 28. Juni 1853, betreffend die mecklenburgische Beschwerdesache, Bd. I. S. 254 Note 1; Erlaß vom 26. Juni 1853, betreffend die Entlassung von überzahligen Bundesbeamten, Bd. I, S. 287 Note 1; Erlaß vom 31. Juli 1853, betreffend die Klage Oesterreichs über preußische Uebergriffe, Bd. I, S. 292 Note 1; Erlaß vom 4. Aug. 1853, betreffend die Einsetzung einer technischen Abtheilung für die Bundesfestungen, Bd. I, S. 291 Note 1; Erlaß vom 11. Nov. 1853, betreffend die Zollvereinsverträge mit Luxemburg, Bd. I, S. 307 Note 1; Erlaß vom 11. Nov. 1853, betreffend die Haltung der österreichischen Presse und Frhrn. v. Prokesch, Bd. I, S. 311 Note 1; Erlaß vom 21. Nov. 1853, betreffend die österreichischen Präsidialübergriffe, Bd. I, S. 315 Note 1.

von diesen aber wieder kaskadenmäßig sämmtlichen Unterbehörden mitgetheilt worden. — Daraus sind wieder entstanden die unangenehmsten Korrespondenzen in den fremden Zeitungen, unter anderen im »Nürnberger Korrespondenten«, welcher erzählt, daß des Königs Majestät geruht haben, »mich von der mir übertragenen Oberleitung der höheren Polizei wieder zu entheben« — ferner in den schlesischen Zeitungen. Noch übler in der Sache sind aber die in der »Zeit« und in anderen Blättern enthaltenen Berichtigungen. — Unter allen Umständen stehe ich im ganzen Lande blamirt und als ein Mensch da, der einen höheren Posten erstrebt, damit aber aus irgend welchem bedenklichen Grunde mit éclat zurückgewiesen worden ist. In dieser Weise sieht die Sache meine Familie und in dieser Weise erblicken sie alle meine Freunde, denn ich werde mit Briefen überschwemmt, die sich erkundigen, weshalb ich denn von meinem neuen angeblichen Amte wieder entlassen sei? — Ich habe jene, lediglich von dem König ausgehende und bei richtiger Handhabung durchaus realisirbare Idee weder erstrebt noch gewollt; ich habe von dem bekannten Reskript des Herrn v. Westphalen vom 13. März d. Js. nicht einen einzigen Gebrauch, geschweige denn einen Mißbrauch gemacht, welcher dem Königlichen Staatsministerium zu einer zweiten Publikation, die mich offenbar höchst kompromittiren mußte, irgend ein Fundament gegeben hätte; ich komme mit andern Worten ganz unschuldigerweise zu einer großen Blamage in der ganzen Welt, und Ew. Excellenz werden mir nicht ungnädig nehmen, wenn ich die Sache nicht ruhig hinnehmen kann. Ich werde im offiziellen Weg bei dem Königlichen Staatsministerium beschwerend einkommen und bitte Ew. Excellenz um Unterstützung dahin, daß seitens des Königlichen Staatsministeriums oder des Ministers des Innern durch eine mich vollkommen beruhigende und rechtfertigende dritte Bekanntmachung an die Behörden der wahre Hergang der Sache dargelegt wird." *)

Am 23. Juni macht Hinckeldey Manteuffel privatim Meldung von der seinerseits verfügten Sistirung der Ausweisung des Dr. N.:

„Grund zur Ausweisung waren die eigenen, sehr dringenden Notizen des Herzogs von Nassau über den N. Er wurde mir als einer der gefährlichsten Demokraten des Nassauer Landes geschildert und um so gefährlicher, weil er sehr vermögend sei und sich unter dem Schein von Güterkäufen im Lande umhertreibe! Gerade so geht es mir mit den Litteraten. Heute wird mir einer aus ganz zuverlässiger Quelle als blutroth, morgen aus ebenfalls untrüglicher Quelle schwarz-weiß geschildert. Demokraten des Jahres 1848 giebt es allerdings nur noch sehr wenig, — denn Niemand will es mehr gewesen sein und bringt darüber, daß er ein loyaler Mann, die vortrefflichsten Zeugnisse! Glauben mir Ew. Excellenz, es ist ein scheußliches Amt, was ich bekleide; es ist mit Verdrießlichkeiten und mit persönlichen Entbehrungen für mich und meine Familie verbunden, die mich noch nöthigen werden, mit Imstichlassen meiner Pension aus dem Königlichen Dienst zu scheiden und lieber Kommis bei Hansemann zu werden, als länger in diesem Joch zu ziehen, wo mir jede Freude und Anerkennung abgeht." —

*) Am 30. Mai klagte Hinckeldey Manteuffel, der Untersuchungsrichter wolle in einer gerichtlichen Sache „aus rancune gegen ihn nicht gehörig anbeißen".

Am 15. Mai sandte Niebuhr dem Minister Manteuffel aus Potsdam die ihm von dem Letzteren zugänglich gemachten Noten des Präsidenten der Seehandlung Bloch und des Finanzministers v. Bodelschwingh zu den von Niebuhr am 31. März gemachten Finanzvorschlägen*) mit Dank zurück.

„Mir ist die Animosität des Herrn Bloch sehr begreiflich, die Haltung des Finanzministers ist mir nur dadurch begreiflich, weil irgend Jemand ihm in den Kopf gesetzt hat, ich arbeite an seinem Sturze, um mich an seine Stelle zu setzen. Dies hat er mir selbst gesagt. So ist auch die Auffassung zu erklären, welche er einem von mir an ihn gerichteten Briefe entgegenhält. Dieser war dadurch veranlaßt, daß der Minister sich gegen Bekannte darüber beschwert hatte, daß ich in finanziellen Dingen an Ew. Excellenz und nicht an ihn schriebe. Ich setzte ihm die Entstehungsursache dieser meiner Briefe an Ew. Excellenz auseinander und rekapitulirte den Inhalt derselben mit alleiniger Zufügung einiger Gedanken über die eventuelle Erleichterung mehrerer Steuern. Eine Andeutung, daß »auch ich die direkte Besprechung dieser Angelegenheiten mit ihm für den geeigneten Weg der Behandlung erachte«, ist nicht darin enthalten und kann ich mir auch nicht eine Beschränkung meines Briefwechsels in Dingen, die nicht unmittelbar meine dienstliche Stellung betreffen, gefallen lassen. Bei Ew. Excellenz habe ich stets eine eingehende Aufnahme meiner Vorstellungen in finanziellen Dingen gefunden, während der Finanzminister sie stets als ideologisch bei Seite gesetzt hat, während ich nie etwas vorgeschlagen habe, was nicht in anderen Staaten ausgeführt und gelungen wäre. Wenn Herr Bloch meine Gedanken durch die Bank als unpraktisch betrachtet, so muß er eben das, was anderswo gelungen ist, nicht kennen. Uebrigens habe ich bei den heftigen Bankbewegungen 1845 und 1846 dieselbe Beurtheilung in noch viel kränkenderer Weise erfahren und habe Recht behalten.“ —

Von der Annahme ausgehend, daß der Minister Manteuffel die Entwickelung nicht ohne Interesse verfolge, welche die von David Hansemann ins Leben gerufene Diskonto-Gesellschaft genommen hatte, übersandte der genannte Leiter des Instituts am 20. Mai dem Ministerpräsidenten den letzten Geschäftsbericht, unter besonderem Hinweise auf die dem Statut (auf Seite 34 bis 43) beigefügte Darstellung der Geschäfte und der Sicherheit der Gesellschaft. Die Zweifel, die bei der Gründung hinsichtlich des Erfolges des Instituts ausgesprochen worden waren, seien nach nunmehr eineinhalbjähriger Thätigkeit desselben gehoben.

„Die Gesellschaft wird immer größer; Personen aus allen Ständen, auch Gutsbesitzer, treten immer mehr bei, ohne Rücksicht auf ihren politischen Glauben: Junker, Fromme, Ministerielle, Katholiken, Konstitutionelle, Demokraten, — Alle sind hier associirt, und man fragt bei der Aufnahme nur danach, ob Jemand durch sein Betragen, seine Geschäfte und sein Vermögen Vertrauen verdient. Dies Fernhalten von jeder politischen Färbung, verbunden mit dem Prinzip der Gegenseitig-

*) Vgl. oben S. 319.

keit, wonach der Reiche mit dem Manne von kleinem Vermögen associirt ist, wird als das Charakteristische dieser Schöpfung zu betrachten sein, die als eine Nachbildung (im großen Maßstabe) des vor fünf Jahren in Brüssel errichteten Kreditvereins entstanden ist. Zur Erklärung des Berichtes füge ich noch die Bemerkung hinzu, daß der danach noch »vereinzelt stattfindende Mangel an geschäftlichem Wohlwollen« auf die von der Königlichen Bank eingenommene Stellung zur Diskonto-Gesellschaft sich bezieht. Ich würde auch diese leise Andeutung unterlassen haben, wenn nicht eine Erklärung über die zu überwindenden Schwierigkeiten nothwendig gewesen wäre."

Unter den von Manteuffel hinterlassenen Papieren findet sich der Entwurf zu einem Erwiderungsschreiben von Manteuffel, von dem ich gleich vorausschicke, daß der Minister ihn schließlich verwarf, vermuthlich weil die Fassung bei erneuter Erwägung als zu unfreundlich erachtet wurde. Immerhin ist aber das Schriftstück so charakteristisch, daß es hier in der Hauptsache mitgetheilt zu werden verdient. Im Eingang bedankte sich Manteuffel bei dem Direktor der Diskonto-Gesellschaft für die überreichten Drucksachen und bemerkte sodann:

„Das Resultat der bisherigen Geschäftsthätigkeit der Diskonto-Gesellschaft ist mir insofern nicht neu, als ich schon seit längerer Zeit der Entwickelung und dem Gange des fraglichen Unternehmens folgte und gern sah, daß beide in den Grenzen geblieben, welche für jetzt zu ernsten Besorgnissen hinsichtlich der Sicherheit keinen Anlaß bieten. Nur eine zu große Ausdehnung würde ich der Gesellschaft und in ihrem eigenen Interesse nicht wünschen, schon weil solche die Uebersichtlichkeit verkümmern würde. In einer zu großen Zahl von Associirten liegt auch nicht sowohl mehr Assekuranz als vielmehr Gefahr. Ob aber überhaupt die Diskonto-Gesellschaft, welche sich von dem Belgischen Kreditverein nur dem Namen nach unterscheidet, auch in bewegten Zeiten unzweifelhafte Sicherheit gewähren möchte, darüber wird endgültig nur die Erfahrung entscheiden, wenn auch Seite 42 des Statuts versucht ist, die Sicherheit als eine in allen Fällen vollkommene darzustellen. Die nützliche Wirksamkeit der Gesellschaft muß und besonders solange anerkannt werden, als das Bankverhältniß hier nicht den entsprechenden Umfang gewinnt. Im Uebrigen wäre es mir erwünscht gewesen, wenn Ew. Hochwohlgeboren den Geschäftsbericht mit anderen als einfach sachlichen Bemerkungen nicht begleitet hätten.

Ew. Hochwohlgeboren belieben mir mitzutheilen, daß Personen aus allen Ständen, ohne Rücksicht auf politischen Glauben, bei der Diskonto-Gesellschaft Aufnahme finden, dort associirt sind, und bezeichnen die Kategorien der ihr Angehörigen mit: Junker, Fromme, Ministerielle, Katholiken, Konstitutionelle, Demokraten; man muß hiernach annehmen, daß als eigentlich Königlich Gesinnte nur die ersten Kategorien gelten sollen. Wenn ich nun schon die gewählte Bezeichnung überhaupt nicht zu billigen vermag, da ich nur Unterthanen Sr. M. des Königs, nur preußische Staatsbürger als Interessenten kenne, so ist mir auch zugleich gänzlich unklar geblieben, auf welche Anerkennung die betreffende Eintheilung 2c. und die Folgerung aus derselben Anspruch zu machen berechtigt wäre. Das ganze Ver-

kehrsleben ist eine Association. Alle Genossenschaften verkehren in seinem Bereich als allgemeine Theilnehmer pro rata mit- und nebeneinander, und wo es dem Verkehre, wo es dem Austausch der materiellen wie der geistigen Produkte eines Jeden gilt, da fragt Niemand nach dem religiösen oder politischen Glauben des Tauschenden. Befremdend ist es nur, daß man auf der Seite, wo die Verschmelzung der materiellen Interessen als wohlthätig anerkannt und als versöhnlich bezeichnet wird, vorzugsweise eine solche Amalgamirung und die weitere gedeihliche Wirksamkeit des Tausches durch Staatsmaßnahmen, als z. B. durch Schutzzölle 2c. gefördert wissen will. Hätte man nicht von dorther derartige Verkehrsbeschränkungen stets und fast immer in höherem Grade beansprucht, so wäre der bürgerliche Friede hier wahrlich nicht gestört worden. Politische Ursachen waren nicht gegeben. Für Ew. Hochwohlgeboren als Direktor der Diskonto-Gesellschaft und vermöge Ihres erheblichen persönlichen Interesses mag es nützlich sein, daß Sie Personen aller politischen Farben zulassen; mir will es aber scheinen, daß die Mißgesinnten unter ihnen die Gesellschaft leicht gefährden können. Es darf der Staat auch im Gesammtinteresse, zumal in unserer Zeit, nicht billigen, daß seinen Gegnern Waffen geliehen, daß diejenigen favorisirt werden, die an seiner eigenen Existenz rütteln. Die Staatsverwaltung kann und muß jedem Stand und Glauben gleichmäßigen Schutz gewähren, aber sie würde unverantwortlich handeln, wollte sie diejenigen protegiren, die gegen das Bestehende und Regelmäßige, die gegen das Gesetz ankämpfen, und die auf dem Wege ewigen Reformirens nur Anarchie an die Stelle der gesetzlichen Ordnung setzen würden, wenn dieses Resultat auch ursprünglich nicht in der Absicht liegen sollte. Individuen bezeichneter Art wollen überdies nur stets nach obenhin nivelliren, während sie nach untenhin die schlimmsten Tyrannen sind.

Ob daher die Königliche Bank, die bekanntlich meinem Ressort nicht angehört, aus der angedeuteten Ursache Anstand nimmt, gegen den Kreditverein coulant zu sein und demselben geschäftliches Wohlwollen zu beweisen, oder aus diesen oder anderen Gründen ihm kein volles Vertrauen gewährt, kann ich nicht beurtheilen. Jedenfalls muß, wie ich Ew. Hochwohlgeboren nicht erst sagen darf, Vertrauen verdient, es kann nicht erzwungen werden." —

Am 1. Juni wandte sich Niebuhr aus Sanssouci mit folgendem Privatschreiben an Manteuffel:

„Da es mir unmöglich ist, zu übersehen, wann es gelingen wird, die von Sr. M. dem Könige befohlene Besprechung über die Marineangelegenheiten herbeizuführen, so will ich mir erlauben, schriftlich die Hauptpunkte im voraus anzudeuten, welche ich Ew. Excellenz hervorheben und erläutern soll, indem ich nochmals die Bitte mir erlaube, nichts von der ganzen Sache erwähnen zu wollen. 1. Se. M. der König sind entschlossen, die einmal begonnene Kriegsmarine nicht fallen zu lassen, sondern sie zu entwickeln, und namentlich in der Richtung, daß der Seehandel davon Nutzen zieht. 2. Se. M. glauben die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß die bisherige Verwaltung der Marine keineswegs die wünschenswerthe gedeihliche Entwickelung derselben in Aussicht stelle; daß sie: a) zu sehr auf den Schein einer effektiven Wehrkraft hinstrebe, b) daher die Grund-

lagen einer gesunden und dauernden Entwickelung aa) in der Erziehung von Offizieren und Unteroffizieren, bb) in der Anlage und Ausbildung der Werften zu sehr verabsäume; c) im Einzelnen große Mißgriffe gemacht habe, z. B. bei dem Kaufe des Barbarossa; d) aus allen diesen Gründen zugleich auch viel zu viel Geld ausgebe, ohne irgend ein Fundament für die Zukunft zu gewinnen. 3. Se. M. der König können diese Fehler und die ganze fehlerhafte Richtung weit weniger den einzelnen betheiligten Individuen als überhaupt dem Umstande zuschreiben, daß die Marineverwaltung mit der Armeeverwaltung verbunden sei,*) da allen Erfahrungen nach Landoffiziere stets das Seewesen schief beurtheilen, dabei aber nicht davon zu überzeugen seien, daß die Beurtheilung desselben außer ihrer Sphäre liege. 4. Se. M. wollen daher: a) eine besondere Marinebehörde (Admiralität) bilden, die eine ähnliche Selbständigkeit erhalten soll, wie die Bank, die Staatsschuldenverwaltung 2c.; b) derselben zur Aufgabe stellen: aa) Werftanlagen zu begründen, bb) das Marine-Erziehungswesen gründlich auszubilden."

Dem General Gerlach wollte dieser Organisationsplan, insoweit derselbe die Trennung der Marineverwaltung von dem Landheere ins Auge faßte, nicht gefallen. „Was die Organisation der zu bildenden Marine-Centralbehörde anbetrifft — schrieb derselbe am 18. Aug. aus Putbus an Manteuffel — so ist mir die Sache zu neu, um ein irgend reifes Urtheil darüber abgeben zu können. Ich glaube auch, daß die Klagen über die schleppende und theure Verwaltung der Marine durch das Kriegsministerium wohl begründet sein können, aber es kommt mir doch vor, als wenn man das Kind mit dem Bade verschüttete, indem man statt des Kriegsministers, der doch offenbar der Nächste ist, um als Kurator der Marine aufzutreten, den Ministerpräsidenten mit diesem Geschäft betraut. Es mag ganz angemessen sein, die »Admiralität« viel unabhängiger zu stellen, damit die Administration einen Seemannscharakter erhält, aber den Kriegsminister ganz davon auszuschließen und so auch das letzte Band zu zerreißen, was die Marine mit der Armee verbindet, kann ich nicht für zweckmäßig halten. Sollen denn die Marinesoldaten ebenfalls von der Armee definitiv getrennt werden, und ist es wohl wahrscheinlich, daß unsere kleine, junge Marine bestehen und sich bilden kann, wenn sie nicht alte bewährte Tradition von Ehre, Subordination, Dienst 2c. von der Armee in sich aufnimmt?"

Dieser Einwendungen ungeachtet wurde durch Allerhöchsten Erlaß vom 14. Nov. 1853 (G. S. 1853, S. 908) eine besondere, von dem Kriegsministerium getrennte Centralbehörde unter dem Namen „Admiralität" gebildet, welche zugleich Kommando- und Verwaltungsbehörde war, und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten wurde Chef derselben.

Zwei Tage vor der Sanktion dieser Organisationsveränderung (12. Nov.) hatte Niebuhr aus Potsdam dem Minister Manteuffel auf Allerhöchsten Befehl einen Brief des Prinzen Adalbert zur vertraulichen Benutzung gesandt: „Die darin

*) Durch Allerhöchsten Erlaß vom 5. Sept. 1848 war die Leitung der preußischen Kriegsmarine provisorisch dem Kriegsministerium übertragen worden.

aufgestellte Behauptung, daß das Marinedepartement des Kriegsministeriums jetzt noch vor dem Schlusse in aller Eile alle disponiblen Fonds festzulegen sucht, um die neue Verwaltung (scil. die Admiralität) in Verlegenheit zu bringen, habe ich auch von anderer Seite bereits vernommen, und an innerer Wahrscheinlichkeit fehlt es wohl der Sache nicht. Se. M. wünschen nun, daß Ew. Excellenz Sich vertraulich mit dem Kriegsminister in Verbindung setzen möchten, um ihm anzudeuten, daß man wohl erwarten könne, daß das Marinedepartement nun nicht noch Dispositionen treffen werde, welche der neuen Verwaltung die Hände binden würden, und daß es Ew. Excellenz wohl bekannt sei, wie dies Sr. M. dem Könige sehr unangenehm sein werde."

Endlich benachrichtigte Niebuhr Manteuffel aus Potsdam am 19. Nov., der König habe befohlen, daß die Immediatvorträge in Marinesachen, sofern sie nicht von dem Chef der Admiralität oder dem Oberkommandeur selbst gehalten würden, einem besonderen Rathe übertragen werden sollten. In Zukunft würde dies ein Marineoffizier sein; für jetzt aber könnte er (Niebuhr) die Vorträge übernehmen, sofern der Minister Manteuffel und der Prinz Adalbert damit einverstanden seien. Das Einverständniß des Letzteren liege vor. Auch Manteuffel konnte sich nur freuen, daß Niebuhr auf diese Weise einen bedeutsameren Wirkungskreis erlangte. —

Am 7. Juni schrieb der König aus Sanssouci:

„Theuerster Manteuffel — Ich erfahre, daß die »Konservative Schlesische Zeitung« auf dem Punkt ist, einzugehen. Dies zu verhindern, ist eine Pflicht meiner Regierung. Ich fordere Sie also auf, Gewisses über diese Sache zu erkunden. Ist meine Nachricht kein leeres Gerücht oder Klatscherei, so muß geholfen werden, was ich hiermit in Ihre Hände lege. Vale! Friedrich Wilhelm."

Der Begründer der „Konservativen Zeitung für Schlesien" war Dr. Hahn, der spätere Herausgeber der Provinzialkorrespondenz, entschieden das größte litterarische Talent, welches wir unter Bismarck kennen. Als derselbe zu Anfang des Jahres 1851 der Regierung die Absicht, das erstgedachte Unternehmen ins Leben zu rufen, anzeigte, erklärte er ausdrücklich, seitens des Gouvernements auf eine Geldunterstützung Verzicht zu leisten, da das Unternehmen hinlänglich fundirt sei, um sich selbst Bahn zu brechen. Dagegen wünschte er — was ihm auch zu Theil wurde — von Berlin aus durch Nachrichten und Korrespondenzen, bezw. Leitartikel unterstützt zu werden. Trotzdem, daß nun die Zeitung außerdem die kräftigste Unterstützung seitens der Behörden durch die Zuweisung aller Inserate gefunden hatte, wandten sich Dr. Hahn, bezw. Graf v. Zedlitz-Trützschler und der Oberpräsident v. Schleinitz schon nach Verlauf etwa eines Jahres an den Minister des Innern, um eine pekuniäre Unterstützung der Zeitung zu erlangen. Es wurde diese Bitte u. A. dadurch motivirt, daß die Zeitung nicht allein, wie zu erwarten gewesen sei, mit ihrem längeren Bestehen an Abonnenten nicht zugenommen habe, sondern, daß sie sogar wiederum eine nicht geringe Zahl Abonnenten verloren hätte, ja daß selbst nicht wenige von denjenigen Personen, die ursprünglich zu ihrer pekuniären Unterstützung sich verpflichtet hätten, zurückgetreten seien. In einer

Eingabe vom 1. Mai wurde sogar bemerkt, daß die Zahl der Abonnenten sich nur noch auf gegen 800 belaufe.

Obschon man sich nun sagen mußte, daß ein Organ, das sich nicht die unbedingte Vertretung der Königlichen Autorität und der Maßregeln der Regierung zum Zweck setzte, sondern das eine selbständige sogenannte Parteipolitik machen wollte, nicht gut seitens des Staates Unterstützung empfangen könne, so erklärte sich der Minister Manteuffel doch in Ansehung der Thatsache, daß das Erscheinen der „Konservativen Zeitung für Schlesien" auf andere Blätter, namentlich auf die „Schlesische Zeitung" einen günstigen Einfluß geübt hatte, bereit, 1500 Thlr. zur Unterstützung der Zeitung zu gewähren. Der Minister mußte diese Unterstützung für hinreichend halten, da ihm Dr. Hahn in seiner Eingabe vom 1. Mai erklärt hatte, es handle sich nicht um ein großes und bleibendes Opfer, sondern um eine vorübergehende Unterstützung. Aber bereits am 29. Mai folgte eine weitere Vorstellung des Dr. Hahn, welche meldete, daß der Verleger der Zeitung bei einer Konferenz mit dem Grafen v. Zedlitz-Trützschler und ihm erklärt habe: daß diese Unterstützung, selbst wenn man die Zeitung in ihren Ausgaben wesentlich beschränken wolle und dadurch den Ausfall für das nächste Quartal decken könne, doch das Unternehmen keineswegs sichern werde.

In die Zeit, da der Minister des Innern sich mit dem Oberpräsidenten von Schlesien über die weiteren Maßnahmen der Regierung berieth, fiel das nachfolgende Excitatorium des Königs, d. d. Charlottenburg, 25. Juni:

„Theuerster Manteuffel. — Ich habe heut vergessen, Ihnen von einer Sache erneuert zu sprechen, die mir nach wie vor ungemein am Herzen liegt. Dies ist der bevorstehende Untergang der conservativen »Schlesischen Zeitung«. Der allgemeine Blick auf die Zeit, in der wir leben, überwiegt parzielle Bedenken über Persönlichkeiten, welche Sie mir sehr klar und erschöpfend vorgetragen haben. Dieser Blick belehrt mich, daß es geradezu nicht erlaubt, nicht zulässig ist, irgend ein conservatives Blatt eingehen zu lassen. Sie haben also, theuerster Manteuffel, vorerst und vor Allem Sorge zu tragen, daß die gedachte Zeitung **am 1. Juli nicht eingehe.** Das schließt selbstredend nicht aus, Maßregeln zu nehmen, der Zeitung eine bessere Verwaltung zu geben, versteht sich — conditio sine qua non — daß der Geist des Blattes derselbe bleibe, wie unter der gegenwärtigen Verwaltung. Ich bitte dringendst darum, diese Sache noch vor Ihrer Abreise zu besorgen. Mich im voraus auf das Wiedersehen mit Ihnen freuend, wünsche ich glückliche Reise und Heimkehr. Vale!

Friedrich Wilhelm.

P. S. Sie erwähnten gegen mich beim Vortrag über die qu. Zeitungssache der Thätigkeit Quehls in derselben. Ich habe seitdem Bestätigung eines Argwohns gewonnen, daß der p. Quehl diesen sowie anderen conservativen Blättern den Tod wünscht, und warne Sie in aufrichtigster und wärmster Freundschaft davor, daß die genannte Person nicht wiederholt versuche, meinen Willen und Ihre redlichen Bemühungen, denselben zu erfüllen, in der Ausführung zu untergraben. Ich werde Ihnen schwarz auf weiß Dinge mittheilen, die die Wahrheit

meiner Befürchtungen (wenn auch nicht grade in dieser schlesischen Angelegenheit) klar darlegen."

Am 26. Juni meldete Manteuffel dem König, es sei bisher zur Erhaltung des bewußten Blattes Alles geschehen, was irgend verlangt wurde und geschehen konnte, und danach würde auch in Zukunft verfahren.

„Es ist aber mit der Tagespresse ein eigen Ding, man kann da mit Befehlen nichts, mit vielem Gelde nur wenig ausrichten. Denn selbst wenn man das Halten einer Zeitung erzwingen möchte, so ist doch ihre Wirkung wesentlich davon abhängig, daß sie gelesen wird, und dazu kann man nicht zwingen. Die »Konservative Zeitung für Schlesien«, deren Entstehen ich mit Freude begrüßt habe, hat sich, wie ich bei sorgfältigem Beobachten ihres Auftretens vorhergesehen und vorhergesagt habe, ihr Grab selbst gegraben, und es bedurfte in der That von anderer Seite keiner Anstrengung, ihr dies zu bereiten. Die »Kreuzzeitung«, welche den immensen Vortheil hat, auf ihre von mir durchaus nicht verkannten großen Verdienste des Jahres 1848 mit Recht sich stützen zu können und, ob mit Recht oder Unrecht, ist ganz gleichgültig, als ein Hofjournal zu gelten, verliert von Quartal zu Quartal an Abonnenten; die in ähnlichem Sinne geschriebene »Hallische Zeitung« ist auf 200 Exemplare, wenn ich nicht irre, herabgesunken, und die »Konservative Zeitung für Schlesien« hat im Laufe der kurzen Zeit ihres Bestehens fast die Hälfte ihrer Abonnenten eingebüßt, obwohl sie durch Inserate der Behörden und sonst auf jede mögliche Weise gefördert wurde. Das sind Zeichen der Zeit, die man von einem gewissen Standpunkt aus beklagen, die man aber nicht ändern kann und die man nicht ignoriren darf. Ich gehöre, wie Ew. M. bekannt ist, nicht zu der kleinen, aber mächtigen Partei und halte mich davon zurück, nicht aus Popularitätsjägerei, auch nicht aus Abneigung gegen diejenigen, welche sie bilden, denn ich finde darunter Männer, deren Trefflichkeit ich anerkenne, sondern weil ich die Bestrebungen dieser Partei für unpreußisch und Ew. M. sehr gefährlich halte. Ew. M. wollen mir in Gnaden gestatten, darüber mich nächstens ausführlicher und mit derjenigen Offenheit auszusprechen, welche meinem Könige und Herrn gegenüber ich für Pflicht halte.

Den von Ew. M. mir in Aussicht gestellten Eröffnungen in Betreff des Dr. Quehl sehe ich in tiefster Ehrfurcht entgegen. Sollte dieselbe sich auf ein gewisses, von Herrn v. Usedom aufgenommenes Protokoll beziehen, so werde ich im Stande sein, dazu einen Kommentar zu liefern, und möchten vielleicht auch die von General v. Gerlach angestellten Recherchen nach der Privatkorrespondenz des Dr. Quehl u. dergl. nicht ohne Interesse sein. — Der Dr. Quehl, welcher dazu infolge seiner aufreibenden Thätigkeit sich in sehr traurigen Gesundheitsumständen befindet und mich um sechswöchentlichen Urlaub gebeten hat, wird, verzeihen Ew. M. mir den Ausdruck, von manchen Leuten als mein Prügeljunge betrachtet, d. h. die, welche mir eine nach ihrer Ansicht verdiente Züchtigung angedeihen lassen wollen, schlagen anstatt auf meinen Rücken auf den seinigen. —

Daß das Verhältniß den Dank, den ich ihm für seine mit seltener Befähigung und Unermüdlichkeit geleisteten Dienste schulde, erhöhen muß, versteht sich von selbst.

Ich kenne seine Fehler, die früheren sowie die noch vorhandenen, sehr wohl und rüge sie, wo sie vorkommen, aber Falsch habe ich an ihm noch nicht erfunden, und so wenig er, wie es nach früheren Beschuldigungen der Fall sein sollte, bald im französischen, bald im österreichischen Solde gestanden, ebenso wenig arbeitet er wider meinen Willen auf Vernichtung der konservativen Presse.*) Jedenfalls wird Ew. M. hohe Gerechtigkeit, die schönste Tugend der Könige, ihn, wenn Allerhöchstdieselben ihn auch noch so gering schätzen, nicht ungehört verurtheilen wollen.

Verzeihen Ew. M. diese längere, dem Beginn einer Marienbader Kur vorangehende Expektoration."

Am 11. Juni schrieb der König aus Bellevue:

„Ich höre, bester Manteuffel, daß Wagner, Kreuzzeitüngler, wegen Artikel über die Ehegesetzgebung ex officio verklagt wird. Angriffe auf unmoralische Gesetze müssen so frei sein wie alle Angriffe auf innere Zustände, wenn sie nicht in Injurien und Rebellion ausarten. Besprechen Sie mit Simons und Westphalen, wie mein ernster Wille, »diese Sache unangefochten zu lassen«, am besten erfüllt werden könne. Vale! Friedrich Wilhelm."

Gleichzeitig erhielt auch der Justizminister Simons ein Allerhöchstes Handschreiben, wonach die Anklage wegen der „Rundschau" vom 29. April d. Js. (Nr. 98 der „Neuen Preußischen [Kreuz-] Zeitung") pro 1853 inhibirt werden solle. „Ob die Sache", so schrieb Simons am 13. Juni dem Ministerpräsidenten, „sich noch in der Lage befindet, um formell die Zurücknahme der Verfolgung zuzulassen, darüber werde ich im Laufe des Tages genauere Auskunft erhalten. Was das Materielle betrifft, so sind die Aeußerungen über das Allgemeine Landrecht allerdings sehr stark, und man wird der obseitigen Kritik sehr weiten Spielraum zugestehen müssen, wenn man in solchen Fällen eine strafrechtliche Verantwortlichkeit dafür ausgeschlossen wissen will." —

Am 18. Juni berichtete der Oberpräsident v. Witzleben an Manteuffel aus Magdeburg über einen dem König, gemeinschaftlich mit Herrn v. Hinckeldey, während einer Eisenbahnfahrt gehaltenen Vortrag über die religiösen Stimmungen in der Provinz Sachsen:

„Der König war an diesem Tage sehr ruhig und mild gestimmt, unterhielt sich aber in sehr eingehender Weise beinahe 1½ Stunden mit mir und Herrn v. Hinckeldey über die Unionsangelegenheiten. Ich habe mich bemüht, Sr. M. die Lage der Sache in hiesiger Provinz so objektiv und ruhig wie möglich darzulegen, konnte und durfte aber freilich nicht verschweigen, daß, wenn die Taktik, mit welcher bisher von der streng konfessionellen, extremen Seite gegen die Union angekämpft worden sei, fortgesetzt und wenn diese Taktik, wie es anscheinend nach einigen von

*) Am 10. Juli 1853 behauptete Dr. Quehl von sich, daß er zwar der entschiedene Vertreter einer konservativen preußischen Politik, aber auch zu den entschiedenen Gegnern einer Richtung und einer Clique gehöre, von der man im In- und Ausland nur Unheil erwarte (Kreuzzeitungspartei).

mir näher bezeichneten Maßregeln der höheren Behörden der Fall sei, ferner von oben herab begünstigt werde, nur zu leicht in hiesiger Provinz eine gehässige, unmuthige, geheime Opposition provozirt werden könne, mit der dann, wie die Erfahrung vor dem Jahre 1848 gelehrt habe, sehr schwer fertig zu werden sei. Se. M. äußerten in einem meiner Auffassung ganz entsprechenden Sinne, daß Allerhöchstdieselben die Union, diese theure Errungenschaft des Hochseligen Königs durchaus nicht verdrängt und beseitigt wissen wollten, und daß die Allerhöchste Ordre vom 6. März v. Js. nur für die leidenschaftlichen und kranken Gegner der Union zur Beruhigung ihrer Gewissensskrupel erlassen worden sei.

Herr v. Hinckeldey, dem ich bezeugen muß, daß er sich mit großer Offenheit und Bestimmtheit dem Könige gegenüber aussprach, richtete darauf an den König die Bitte, daß Se. M. Allerhöchstihre Ansichten als Befehle in einer Konferenz, zu welcher außer dem Ministerpräsidenten, dem Minister v. Raumer und dem Präsidenten v. Uechtritz auch die Oberpräsidenten von Sachsen und Brandenburg zuzuziehen sein würden, zu Protokoll geben und die Mittheilung dieses Protokolls an alle höheren kirchlichen Behörden anordnen möge. Der König verhieß Gewährung dieser Bitte, und Herr v. Hinckeldey sagte mir, daß er gleich nach seiner Rückkehr Dir über die Sache Vortrag halten werde."

Wenige Tage später (24. Juni) versammelte der König die Minister ꝛc. zu einer Kirchenkonferenz in Bellevue. Mit Bezug hierauf schrieb tags darauf Gerlach von Rohrbeck bei Königsberg i. N. an den König:

„Meine Gedanken waren mitten unter dem Taxiren der Ochsen und Schafe dort (scil. bei der gedachten Konferenz), denn die Kirchenangelegenheiten werden auch für das weltliche Regiment immer wichtiger und entscheidender. Wenn ich nur die Beredsamkeit und das Ansehen hätte, Ew. M. zu bewegen, das zu beachten, was der Heilige Geist jetzt in der Kirche des Herrn anregt. Die Menschen, selbst die Könige, können hier nur etwas ausrichten, wenn sie diesen Spuren nachgehen." —

Am 23. Juni theilte Prinz Carl von Preußen dem Minister Manteuffel aus Glienicke ein Schreiben des Prinzen Friedrich von Preußen, d. d. Marienbad, 8. Juni 1853, mit, worin sich derselbe über die Frage der Zugehörigkeit der Königlichen Prinzen zur ersten Kammer aussprach. Die Ansicht des Prinzen Carl, der sich alle in Potsdam weilenden Prinzen des Königlichen Hauses anschlossen, ging dahin, das Räthlichste sei, die Prinzen des Königlichen Hauses gehörten gar nicht zur ersten Kammer. Wolle man dieselben aber dazu zählen, so möge man sagen, von Rechts wegen gehörten dieselben dazu, sie seien aber nicht gehalten, den Sitzungen und Verhandlungen beizuwohnen.

Am 30. Aug. theilte Westphalen dem Ministerpräsidenten in einem eigenhändigen Privatschreiben mit, der König habe ihm durch den Geh. Regierungsrath Niebuhr einen Entwurf über die Kategorien, aus welchen die erste Kammer zusammenzusetzen, zur Prüfung zugehen lassen und in einer ihm Anfang Juli bewilligten Audienz seine Ansicht darüber zu vernehmen geruht. Es sei danach eine Fassung von ihm (Westphalen) aufgestellt worden, die er dem Geh. Regierungsrath Niebuhr vor Antritt seiner Urlaubsreise übergeben habe mit dem Bemerken,

daß er nur anheimstellen könne, das Projekt, falls dasselbe Sr. M. Intentionen entspreche, dem Königlichen Staatsministerium zur Begutachtung mitzutheilen. Der Minister Westphalen überreichte nunmehr dem Ministerpräsidenten eine Reinschrift des gedachten Projekts und fügte hinzu, daß er sich in Bad Kreuth mit einem speziellen Versuche, in welcher Art die nach den Absichten Sr. M. den Wahlbezirken des alten und befestigten Grundbesitzes für das Herrenhaus zu Grunde zu legenden historischen Landschaftsdistrikte abgegrenzt werden könnten, beschäftigt habe. Die Materialien dazu erschienen ihm zwar noch unzureichend, jedoch für den Zweck der zu erlassenden allgemeinen Königlichen Anordnung genügend, weshalb er dem König anheimgestellt habe, das Projekt nunmehr an das Staatsministerium gelangen zu lassen. —

Seit Mitte Juni hatten die Beziehungen Gerlachs zu Manteuffel aufs Neue eine bedenkliche Trübung erfahren. Gerlach hatte den Ministerpräsidenten in Verdacht, ihn stürzen*) und das Ministerium umbilden zu wollen. An Gerlachs Stelle sollte Radowitz Generaladjutant werden; auch über die Anstellung des Grafen Goltz im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten bestand eine Meinungsverschiedenheit zwischen Gerlach und Manteuffel. Zu alledem kam, daß der König Gerlach Manteuffels obenerwähntes Schreiben vom 26. Juni mitgetheilt hatte, worin er dem Generaladjutanten vorwarf, sich um die Privatkorrespondenz des Dr. Quehl zu schaffen gemacht zu haben.**) Den Verlauf der Krisis, die schließlich zu einem Abschiedsgesuch Manteuffels***) führte, entnehmen wir dem nachstehenden Briefe Gerlachs an Manteuffel:

„Berlin, 30. Juni 1853.

Kurz nach meiner vorgestern erfolgten Ankunft in Sanssouci†) sprach der König mit mir über die beabsichtigte Wiederanstellung des Grafen Goltz. So viele

*) Am 18. Mai besuchte der König Friedrich Wilhelm IV. den Kaiser Franz Joseph in Wien. Der Umstand, daß der Premier in Berlin zurückblieb, gab einem verständigen, besonnenen Manne Anlaß zum Tadel, und auf Manteuffels Versicherung, daß er mit Absicht den Monarchen nicht begleitet habe, um den Schein einer politischen Maßregel zu vermeiden, gab jener zur Antwort, er möge bedenken, daß der König nur von Manteuffels Feinden begleitet sei. Darauf Manteuffel: „Der General Gerlach ist doch nicht mein Feind", und dann jener Mann: „Der bringt Sie sofort weg, wenn es zu seinen Plänen paßt." Als Manteuffel dieses Zwiegespräch am 17. Mai dem General Gerlach erzählte, bemerkte dieser Letztere, Manteuffel wisse wohl, daß er nicht sein Feind sei, er hätte ihm nie Opposition gemacht, worauf er ihm dann noch sein mißtrauisches und wenig offenes Wesen vorhielt. Gerlach schließt (Bd. II, S. 36), die Wiedergabe dieser Aussprache mit folgenden Bemerkungen: „Eine Haupteigenschaft Manteuffels ist, daß er eine selbständige Macht, ein selbständiges Ansehen hat, und ohne diese Dinge kann der König keine Minister gebrauchen. Manteuffel ist wie ein General, der Schlachten gewonnen hat (im Nov. 1848, im Nov. 1850 bei Olmütz, dann die Zollsiege in Hannover und mit Oesterreich)."

**) Vgl. oben S. 367.

***) Bereits am 26. Juni schrieb der preußische Gesandte in Wien, Graf H. Arnim, aus Marienbad privatim dem Minister Manteuffel: „Die Zeitungen sprechen viel davon, Ew. Excellenz wollen sich zurückziehen. Ich hoffe, daß dies nur leeres Zeitungsgeschwätz ist; wäre etwas Grund darin, so würde ich dies auf das Lebhafteste bedauern."

†) Nach einem Aufenthalt in Rohrbeck. Ueber die Anstellung von Goltz durch Manteuffel vgl. auch Leopold v. Gerlachs Brief an Bismarck, d. d. 13. Juni 1853, in Kohls „Bismarck-Jahrbücher", Bd. V, S. 177 und 198.

Bedenken auch gegen diesen Mann vorliegen, so konnte ich doch nicht absolut gegen seine Wiederanstellung sein, indem derselbe in seiner jetzigen oppositionellen Stellung ein sehr übles Element in der Umgebung der Prinzeß von Preußen bildet; als ich aber hörte, daß die Absicht vorliegt, ihn im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten als Rath zu placiren, konnte ich nicht umhin, zu bemerken, daß dies doch im höchsten Grade gefährlich sei. Graf Goltz ist stets ein entschiedener Gegner nicht allein des von Ew. Excellenz befolgten politischen Systems, sondern selbst von Ihrer Person gewesen, er wird es daher kaum unterlassen können, dagegen zu handeln und zu sprechen und so nicht allein kein Förderer, sondern vielmehr ein Aufenthalt für die Zwecke des Gouvernements zu sein. Ich fragte Se. M., ob der Vorschlag zu dieser Anstellung etwa von Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen ausgegangen sei, was Se. M. jedoch verneinten.

Der König überzeugte sich auch von der Triftigkeit meiner Gründe und ermächtigte mich, Ew. Excellenz zu schreiben, »daß Allerhöchstdieselben keinesfalls wollten, daß der Graf Goltz eine Anstellung im auswärtigen Ministerium erhielte«. Se. M. faßten hierauf die Idee auf, dem Grafen Goltz die Stelle als Zollvereins-Bevollmächtigter in München zu geben, welche durch den Tod des Herrn v. Reutern erledigt, und die gegenwärtig nur interimistisch von dem Geheimrath Augustin versehen werden soll. Mir kommt dieses Projekt als sehr zweckmäßig vor. Die Stelle ist wichtig, ehrenvoll, aber außer Berührung mit der Diplomatie, so daß Graf Goltz, wenn er diese Anstellung erhält, außer aller unmittelbaren Berührung mit Ew. Excellenz und der Politik bleibt.

Ich bitte Ew. Excellenz dringend, in der ersten Zeit wenigstens, den Grafen Goltz von dem Ministerium und von der Politik überhaupt fernzuhalten. Es ist schon eine große Selbstverleugnung von Ihrer Seite, wenn Sie in seine Wiederanstellung willigen, und erinnere ich mich sehr wohl, wie Sie es mit Recht mit Ihrer Ehre für unverträglich erklärten, auch nur eine Anstellung in Lissabon für Goltz zu genehmigen."*)

Manteuffels Antwort ist nicht erhalten, einen Rückschluß darauf gestattet Gerlachs zweiter Brief, d. d. Sanssouci, 3. Juli, nachmittags 3 Uhr:

„Ew. Excellenz Schreiben vom 2. d. Mts. ist mir ein neuer Beweis, welche unrichtige Anschauung Sie sich von meiner Gesinnung zu Ihnen gebildet haben, denn sonst wären bei aller unvollständigen und schiefen Darstellung von meiner Seite die Mißverständnisse nicht möglich, um welche, wenn ich sie veranlaßt habe, ich um Verzeihung bitte.

Ich habe niemals das, was ich Ew. Excellenz in Beziehung auf Aeußerungen Sr. M. über die künftige Wiederanstellung des Grafen Goltz gemeldet habe, als von mir extrahirte Entscheidungen angesehen und finde es vielmehr ganz in der Ordnung, daß diese Sache erst nach einem Vortrage von Ew. Excellenz entschieden wird. Ew. Excellenz haben sich nie gegen mich geäußert, daß Sie eine Anstellung

*) Noch offener sprach sich Gerlach über Manteuffel in zwei an Bismarck gerichteten, in dessen „Gedanken und Erinnerungen" übergegangenen Briefen, d. d. 20. und 30. Juni 1853, aus.

des Grafen Goltz als Zollvereins-Bevollmächtigter für unangemessen und unthunlich halten. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte ich nicht allein selbst von dieser Idee abstrahirt, sondern auch Se. M. davon abzubringen gesucht. Ew. Excellenz haben bis jetzt noch nie mit mir über die Wiederanstellung des Grafen Goltz gesprochen. Daß Sie keine persönlichen Opfer scheuen, wenn es gilt, damit etwas Gutes zu erreichen, weiß Niemand besser als ich. Ich habe das im November 1848, in den Tagen vor Olmütz, in der Zeit nach der Anstellung von Herrn v. Radowitz im vorigen Jahre gesehen. Ich muß mich sehr schief ausgedrückt haben, wenn Sie meine Erinnerung an die Zeit, wo Sie eine Anstellung des Grafen Goltz Ihrer Ehre entgegen hielten, so aufgefaßt haben, als hielte ich seine jetzige Wiederanstellung ebenfalls Ihrer Ehre entgegen. Das ist so wenig der Fall, daß ich im Gegentheil finde, daß es Ihnen viel Ehre bringt, auf diesen Gedanken eingegangen zu sein. Auch bin ich selbst für die Anstellung des Grafen Goltz, obschon ich weiß, daß er mir sehr feindlich gesinnt ist. Ich wollte nur sagen, daß ich wegen der früheren Verhältnisse eine Anstellung des Grafen Goltz im Ministerium für in hohem Grade bedenklich halte,*) weswegen ich mich auch für verpflichtet halte, dem König davon abzurathen, solange als ich mich in meinem jetzigen Posten befinde. Der Schluß des Briefes Ew. Excellenz ist mir, ich möchte sagen Gott sei Dank, völlig unverständlich. Mir ist es gänzlich unbekannt, wer Notaten über Sie geführt, um sie dereinst zu gebrauchen, wer Privatkorrespondenzen kontrollirt und polizeiliche Gewaltthätigkeiten versucht hat, um Entdeckungen gegen Sie zu machen. Ich fürchte, daß hier Irrthümer im Hintergrunde sind.

Ich wiederhole bei dieser Veranlassung die dringende Bitte, mit mir offen zu reden. Ich werde auf klare Fragen und klare Beschuldigungen ganz offen antworten. Ich weiß auch nicht, wo ich Ihnen Ursache zum Mißtrauen gegeben habe. Ich habe Sie, solange ich Sie näher kenne, stets aufrichtig verehrt und geliebt,**) wenn ich auch oft verschiedener Ansicht mit Ihnen gewesen bin.

Auch das Schreiben vom 2. v. Mts. soll mich nicht irre machen, mich mit treuer Verehrung zu nennen

Ew. Excellenz treu ergebenen Diener v. Gerlach.

*) Am 9. Juli 1853 schreibt Bismarck an Gerlach: „Goltz hege innerlich Haß und Verachtung gegen Manteuffel und würde auf die Dauer nicht im Stande sein, diese Gefühle zu verbergen (scil. als vortragender Rath im Auswärtigen Ministerium). Bismarcks Briefe an Gerlach, Ausgabe von Kohl, S. 82 und 87.

**) Daß dies keine bloße Redensart war, erhellt aus einem Briefe, welchen der Kammerherr und Landrath v. Roeder am 10. Juli 1853 aus Angermünde an Manteuffel richtet. Danach sprach sich der General Gerlach am 27. Juni auf seinem Gute Rohrbeck Roeder gegenüber, wie folgt, aus: „Ich liebe eigentlich die Manteuffels, auch den kleinen Unterstaatssekretär. Der Ministerpräsident ist vor Allem ein Mann von politischem Muth, er besitzt eine große Bescheidenheit mit einer an Pfiffigkeit grenzenden Feinheit. Er hat ferner das Verdienst vollständiger Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit und ist in allen bürgerlichen Beziehungen des Lebens, was für einen Premierminister von unendlichem Werth, ein durchaus nobler Mann. Ich halte ihn in seiner jetzigen Stellung für durchaus unentbehrlich und unersetzlich, und muß er allen Parteien gegenüber mit Kraft getragen und gestützt werden. Hierüber, daß Manteuffel unentbehrlich unter allen Umständen gehalten werden muß, lebe ich mit meinem Bruder, dem Präsidenten, stets im heftigsten Streit."

Diesen Brief hatte ich schon vollendet und wollte ihn heute Abend auf die Post geben, als mir Se. M. der König den Brief von Ew. Excellenz vom 26. v. Mts. über die konservative Zeitung von Schlesien*) mittheilte. In diesem Briefe sprechen Sie von den »von General v. Gerlach angestellten Recherchen nach der Privatkorrespondenz des p. Quehl und dergl.,« so daß ich daraus deutlich entnehme, daß sich die obigen »Notaten« und »polizeilichen Gewaltthätigkeiten« ebenfalls auf mich beziehen. Da Ew. Excellenz diese Beschuldigungen gegen mich also sogar gegen meinen König und Herrn ausgesprochen haben, so muß ich Hochdieselben ernstlich auffordern, mir den Menschen zu nennen, der sich unterstanden hat, zu behaupten, ich hätte Recherchen nach der Privatkorrespondenz des Quehl angestellt, und der also höchstwahrscheinlich auch die anderen Verleumdungen gegen mich bei Ew. Excellenz angebracht hat.

Bis dies geschehen, kann ich nicht umhin, Ew. Excellenz selbst für diese zu dem Könige ausgesprochenen Beschuldigungen über mich verantwortlich zu machen und muß mir daher die weiteren Schritte vorbehalten, indem ich noch schließlich erkläre, mich nie um die Privatkorrespondenz des p. Quehl bekümmert zu haben.

Sanssouci, den 3. Juli 1853, abends 7 Uhr. v. Gerlach."

In seiner Indignation über den bösen Klatsch und auch von der allgemeinen Lage des Ministeriums wenig erbaut,**) scheint Manteuffel Gerlach gegenüber rückhaltslos ausgesprochen zu haben, daß er gewillt sei, sein Portefeuille dem König zur Verfügung zu stellen. Umgehend (noch am 3. Juli) antwortete Gerlach aus Sanssouci:

„Was Ew. Excellenz von Ihrem möglichen Rückzuge sagen, hat mich mit Sorgen erfüllt, da wohl Niemand eine klarere Ueberzeugung hat als ich, wie nöthig es ist, daß Sie im Amte bleiben. Ich habe Ihnen das bei jeder Gelegenheit bewiesen, von früheren Verhältnissen zu schweigen, noch zuletzt bei Veranlassung der Anstellung von Herrn v. Radowitz, wo ich Ew. Excellenz auf das Dringendste bat, sich nicht durch einen, wenn auch vollkommen gerechten Unmuth zu einem für das Land verderblichen Schritt treiben zu lassen. Daß es mir dessenungeachtet nicht gelungen ist, mir Ihr Vertrauen zu erwerben, habe ich leider deutlich erkannt. Die Ursachen aber dieses Mangels an Vertrauen meinerseits zu beseitigen, ist mir unmöglich, da ich dieselben nicht kenne und Hochdieselben mich auch nicht damit bekannt machen. Eine andere Meinung über mehrere, wenn auch wichtige Gegenstände kann ich nicht dahin rechnen, weil ich weiß, daß Sie so etwas nicht übelnehmen. Ich kann daher nur auf fremde Einflüsse schließen, werde mich aber meinerseits nicht irre machen lassen, mich mit aufrichtiger Verehrung zu nennen

Ew. Excellenz treu ergebenen Diener v. Gerlach."***)

---

*) Vgl. oben S. 366.

**) Der Kriegsminister thäte, was er wollte, und was ihm der König befehle, ohne zu fragen, was der Premier und seine Kollegen dazu sagten; ebenso der Minister des Innern und bald auch der Finanzminister. Eingriffe von oben wie jetzt, hätten früher nicht stattgefunden. (Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 61.

***) Am 6. Juli schrieb Gerlach an Bismarck: „Von Manteuffel hörte ich, daß Goltz ihm erklärt hat, nur dann in das Ministerium eintreten zu können, wenn die Umgebung des Königs

Am 9. Juli richtete **Manteuffel** aus Drahnsdorf an den König die nachstehenden, eigenhändigen Zeilen*):

„Ew. Königliche Majestät bitte ich allerunterthänigst, mir den Abschied aus Allerhöchstihren Diensten huldreichst ertheilen zu wollen.

Ew. Königliche Majestät wollen in Gnaden eine Begründung dieses Gesuchs nicht von mir verlangen, sondern mir nur gestatten, ehrfurchtsvollst zu bemerken, daß mein Antrag auf einer sehr wohl erwogenen Entschließung beruht und daß derselbe die erste Bitte ist, welche ich in einer mich persönlich berührenden Angelegenheit an Ew. Majestät richte.

In tiefster Ehrerbietung Ew. Königlichen Majestät allerunterthänigster Diener
v. **Manteuffel**."

Auf den Kopf des Manteuffelschen Schreibens verfügte demnächst der **König** eigenhändig aus Sanssouci am 10. Juli:

„Als die einzige, Ihrer und meiner würdige Antwort erfolgt dies unbegreifliche Blatt in Ihre Hände zurück, aus welchen es nie fortgekommen sein sollte. Vale! **Friedrich Wilhelm**."

Manteuffel antwortete dem König, er könne über das, was für ihn würdig oder unwürdig, nur dem höchsten Richter jenseits ein Urtheil einräumen. Er bemühe sich, alle irdischen Dinge immer im Lichte der Ewigkeit und als einen kleinen Anfang einer großen Zeit zu betrachten und zu würdigen. Daher sehe er die Dinge oft anders an als andere Menschen. — Von Sr. M. verlange er keine Anerkennung, kein Lob, keinen Dank, keine Ehre; seine Bitte ginge nur dahin, daß der König ihn gehen ließe, wenn nicht in Gnaden, doch in Frieden. Es wäre nicht Sehnsucht nach fauler Ruhe, nicht verletzte Eitelkeit oder der Wunsch, sich für die Zukunft zu konserviren, sondern die Ueberzeugung, daß sein ferneres Bleiben im Amte, wie die Verhältnisse einmal wären und er sie nicht ändern könnte und wollte, Sr. M. und dem Vaterlande mehr schade als nütze, ihn aber erfolglos aufreibe.**)

---

geändert, d. h. ich fortgeschickt würde. Ich glaube übrigens, ja ich könnte sagen, ich weiß es, daß Manteuffel Goltz als Rath in das Auswärtige Ministerium hat haben wollen, um gegen andere Personen dort, wie Le Coq (wohl eher gegen Gerlach und dessen Freunde am Hofe) 2c. ein Gegengewicht zu haben, was nun, Gott sei Dank, durch Goltzens Trotz vereitelt ist. — Ich denke mir, daß ein Plan im Werke ist, ein Ministerium unter den Auspicien des Prinzen von Preußen zu formiren, in dem — nach Entfernung von Raumer, Westphalen, Bodelschwingh — Manteuffel als Präses, Ladenberg als Kultus, Goltz als Auswärtiger funktioniren soll, und welches sich die Kammermajorität verschafft, was ich nicht für sehr schwierig halte. Damit sitzt der arme König zwischen der Kammermajorität und seinem Nachfolger und kann sich nicht rühren. Alles, was Westphalen und Raumer zu Stande gebracht, und sie sind die einzigen Menschen, die etwas gethan, würde wieder verloren gehen, von den übrigen Folgen zu schweigen. Manteuffel als doppelter Novembermann wäre wie schon jetzt inévitable." Der vorstehende Brief ist in **Bismarcks** „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 95 übergegangen.

*) Der Schriftenwechsel ist erwähnt in **Gerlach**, a. a. O., Bd. II, S. 55.

) **Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 56. Am 10. Juli erwähnt **Bismarck** Gerlach gegenüber das falsche Gerücht, daß Manteuffel die Hülfe des Prinzen von Preußen vergeblich gesucht hätte.

Am 12. Juli kam der König in einem aus Sanssouci an Manteuffel gerichteten Handbillet auf dessen Entlassungsgesuch noch einmal in den gnädigsten Ausdrücken zurück:

„Von dem anderen Brief*) im selben Couvert wollen wir einst mündlich reden, wenn Sie, theuerster Freund, dann noch davon reden wollen. Bis dahin müssen Sie mir gestatten, meinen Ersten Minister so zu nehmen, wie er sich während der Freitags-Conferenz und unmittelbar nach dem Auseinandergehen derselben ausgesprochen hat, nicht aber so, wie er 24 Stunden darauf von Drahnsdorf her geschrieben hat. In Bellevue hab' ich mit Rührung und wärmster Anerkennung, Dank und Hochachtung die Worte gehört: Ich leugne nicht, daß ich nicht in allen und jeden Punkten mit Ew. M. einverstanden bin. Ich hänge nicht an meiner Stellung und bin jeden Augenblick bereit, sie in Ihre Hände zurückzugeben. Ich trage aber nicht auf meinen Abschied an, weil ich das bei der Lage der Dinge »für nicht richtig und nicht recht halte«. Ich denke, wir verschieben jede Explicazion über »diesen heißen Brei«, bis daß derselbe eiskalt geworden. So bewahren Sie mir am schönsten Ihre alte Treue und die meinige gegen Sie wird vor jedem Anspruch bewahrt. Gott segne Ihnen die ländliche Stille und das Wunderwasser des Kreuzbrunnens. Von diesem schreibt der berühmte Badearzt zu Marienbad, »daß es, wenn es recht efficace anschlägt und ganz vortrefflich wirkt, am 7. oder 14. Tage eine Crise erzeuge, während welcher der Brunnengast tief hypochonder und sogar durch Todesgedanken geplagt wird«. Ich freue mich herzinnig, daß die Kur bei Ihnen, bester Manteuffel, so gut anschlägt, und meine auch hier, daß »an Gottes Segen Alles gelegen«. Vale! Friedrich Wilhelm."

Nachträglich zeigte sich, daß Gerlach bei der Suche nach den Quehlschen Papieren doch nicht unbetheiligt war.**) Am 15. Juli drückte nämlich Hinckeldey Manteuffel sein Bedauern darüber aus, in der Sache auch zu einer Rolle verurtheilt gewesen zu sein.

„Ew. Excellenz Stellung und Ihre Expektorationen zu Herrn v. Gerlach sind mir bekannt geworden und bei dieser Gelegenheit haben Ew. Excellenz entweder ihm selbst oder einem Dritten erzählt, daß Herr v. Gerlach mit mir darüber konferirt habe, ob ich mich nicht der Papiere des Dr. Quehl und der von demselben angeblich abgeschriebenen politischen Depeschen bemächtigen wolle. Es ist richtig, daß ich Ew. Excellenz dies mit dem Bemerken erzählt habe — ich habe einen derartigen Schritt vollständig zurückgewiesen. Auch dies ist wahr! — Herr v. Gerlach hat diese ganze Geschichte wieder erfahren, und Hochdieselben mögen sich nun meine Situation selbst denken! Mich trifft unzweifelhaft der große Vorwurf, daß ich Ew. Excellenz von jener Unterredung mit Herrn v. Gerlach

um Westphalen zu stürzen. Das Gerücht habe es darauf abgesehen, ihn, Bismarck, mit Manteuffel zu entzweien. Bismarcks Briefe an Gerlach, Kohls Ausgabe S. 88.

*) Der Anfang des Königlichen Handbillets bezieht sich auf die orientalische Verwickelung.

**) Man kann dies bereits den „Denkwürdigkeiten" Gerlachs, Bd. II, S. 62 f., entnehmen.

überhaupt nur ein Wort gesagt habe! Es war dies eine Indiskretion, deren schwere Folgen ich jetzt zu tragen habe! Allein ich bereue jenen Schritt noch nicht und würde ihn wahrscheinlich noch einmal thun im Interesse des Königs und des Landes, weil es die einzige Möglichkeit war, Ew. Excellenz vor einer schweren Verwickelung zu warnen, welche Ihnen damals zu drohen schien, und Hochdieselben abzuhalten, dem p. Quehl irgendwie politische Dinge oder Depeschen zu geben! — Dies war mein Motiv — es war ein rechtschaffenes — es war eine Handlungsweise, wie ich sie einem Manne schuldig war, mit dem ich die schwersten Zeiten getragen habe und dem ich in den wichtigsten Momenten meines Lebens stets fest gefolgt bin.

Was der König auf Ew. Excellenz zweites Schreiben*) beschlossen hat, habe ich noch nicht erfahren. Herr v. Alvensleben-Erxleben**) war hier und wahrscheinlich auch in Potsdam. Ich habe dringend gebeten, Sie so bald als möglich kommen zu lassen! — Die Motive des Entlassungsgesuchs Ew. Excellenz sind mir nur sehr unvollkommen, und soweit sie die letzte Staatsministerialsitzung und die Differenzen mit Herrn v. Gerlach angehen, bekannt. — Danach lag nach meiner bescheidenen Ansicht die Sache noch nicht so, um bis zu diesem Schritt zu gehen. Ich bescheide mich aber gern, daß mir darüber kein Urtheil zusteht. Sobald Hochdieselben Ihren Abschied haben, werde ich den meinigen ebenfalls einreichen, denn dann ist mir der einzige Halt genommen, den ich bisher noch gehabt habe. Ew. Excellenz bitte ich, in der erwähnten Differenz mit Herrn v. Gerlach gar nichts zu thun. — Was ich gefehlt habe, muß ich selbst ausbaden.

Gott segne Ew. Excellenz und Ihre ganze Familie. Stärken Sie sich zu neuer Thatkraft und bedenken Sie, daß Sie dem König und dem Vaterlande zur Zeit rein unentbehrlich und darum schuldig sind zu bleiben. Gott wolle Ihren Entschluß leiten und segnen.

P. S. Nach Putbus bin ich eingeladen! — Da ich aber seit der Affaire mit Herrn v. Gerlach bei Hofe eigentlich nicht gern gesehen bin, so werde ich machen, daß ich bald wieder fortkomme, oder gar nicht hingehen."***)

Am 27. Juli kam Bismarck von einem Besuche Manteuffels in Drahnsdorf nach Berlin zurück und brachte einen für den General Gerlach bestimmten Zettel des Inhalts mit: „Aus meinen Unterredungen mit Manteuffel schließe ich, daß er

*) Vgl. oben S. 375.

**) Derselbe war zum Nachfolger Manteuffels designirt.

***) Am 17. Juli schrieb Gerlach an Bismarck aus Sanssouci: „Quehl wird jetzt schon der Hof gemacht und er hat Excellenzen in seinem Vorzimmer und auf seinem Sopha. Auf der andern Seite halte ich es nicht für unmöglich, daß Manteuffel eines Tags Quehl darangiebt, denn Dankbarkeit ist keine charakteristische Eigenschaft dieses zweifelnden und daher oft desperirenden Staatsmannes. Was soll aber werden, wenn Manteuffel geht? Es wäre ein Ministerium zu finden, aber schwerlich eines, was auch nur vier Wochen mit Sr. M. sich hielte. Aus diesen Gründen und bei meiner aufrichtigen Achtung und Liebe, die ich für Manteuffel habe, möchte ich es nicht auf mein Gewissen nehmen, seinen Sturz veranlaßt zu haben. Denken Sie einmal über diese Dinge nach und schreiben Sie mir." Aufgenommen in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 136.

geneigt ist, zu bleiben und dies als den wahrscheinlichen Ausgang der Krisis betrachtet." So kam es auch, und wenige Tage später erfolgte auch die Versöhnung Manteuffels mit Gerlach.*) Bald darauf sprach es sich herum, daß Dr. Quehl auf Betreiben Manteuffels ein Konsulat erhalten sollte, was man als einen Fall nach oben, verbunden mit Kaltstellung, bezeichnen konnte.**)

Ich lasse noch die übersichtliche Darstellung folgen, welche **Bismarck** in seinen „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 137, über diese Episode giebt:

„Bald nach dem Datum des letzten Briefes (scil. Gerlach an Bismarck, d. d. 17. Juli)***) war die Verstimmung zwischen dem Könige und Manteuffel so akut geworden, daß der Letztere sich schmollend auf sein Gut Drahnsdorf zurückzog. Um ihn zu einem »gehorsamen Minister« zu machen, benutzte der König diesmal nicht meine Ministerkandidatur als Schreckbild, sondern beauftragte mich, den Grafen Albrecht v. Alvensleben, den »alten Lerchenfresser«, wie er ihn nannte, in Erxleben aufzusuchen und zu fragen, ob er den Vorsitz in einem neuen Ministerium übernehmen wolle, in dem ich das auswärtige Ressort erhalten solle. Der Graf hatte kurz vorher mir unter sehr abfälligen Aeußerungen über den König erklärt, daß er während der Regierung Sr. M. unter keinen Umständen in irgend ein Kabinet treten werde. Ich sagte dies dem Könige, und meine Reise unterblieb. Später aber, als dieselbe Kombination wieder auftauchte, hat er sich doch bereit erklärt, sie zu acceptiren; der König vertrug sich dann aber mit Manteuffel, der inzwischen »Gehorsam« gelobt hatte. Statt der Sendung nach Erxleben reiste ich aus eigenem Antrieb zu Manteuffel aufs Land und redete ihm zu, sich von Quehl zu trennen und stillschweigend ohne Explikation mit Sr. M. seine amtliche Funktion wieder auf-

*) Am 3. Aug. 1853 schreibt **Bismarck**, es sei ihm unzweifelhaft, daß Fra Diavolo (scil. Manteuffel) nicht rechnete, abzugehen, und er habe ihn in dieser Disposition zu kräftigen gesucht. (**Kohl**, „Bismarck-Jahrbücher", Bd. II, S. 147.)

) Am 29. Juli 1853 notirt **Gerlach: „Manteuffel hier; sehr gekniffen gegen mich. Der König verneint, daß Manteuffel irgend von einem Entfernen seiner Umgebung gegen ihn gesprochen, und lobt ihn wegen seiner klugen und richtigen Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten." Am 30. d. Mts. sprach Manteuffel vor der Tafel Gerlach selbst an und versicherte, daß es ihm nie eingefallen wäre, Bedingungen zu machen wegen seiner und Niebuhrs Entfernung. „Wir kamen uns etwas näher, und meine Liebe zu Manteuffel erwachte wieder. Am Abend erzählte ich Einiges davon der Königin, die sich darüber freute und sagte, Manteuffel habe doch so etwas Primitives. Von Bismarck ist Manteuffel sehr eingenommen." **Gerlach**, a. a. O., Bd. II, S. 62 f.

Am 24. Sept. 1853 notirt **Gerlach**: „Merkwürdig ist doch die Behandlung der Menschen durch Manteuffel, er nimmt sie, gebraucht sie, verläßt sie, ohne Schmerz. Was ist das für ein trauriges Streben in den hohen Regionen? Am 4. Okt. 1853 bemerkt Büchsel zu Gerlach, er fände es auffallend, daß so verschiedene Menschen, wie der König und Manteuffel, das Land zusammen regierten. Gerlach entgegnete ihm, Manteuffels Fehler sei, daß er wie Pilatus fragte: „Was ist Wahrheit?" und daß ihm deshalb Menschen wie Sachen gleichgültig wären. Büchsel bemerkte, Manteuffels Unglück sei, daß er über den Parteien stehen wollte, was an sich Unsinn sei. Daher hörte er auch nicht und traute noch viel weniger, sondern suchte immer das zu errathen, was zwischen den Worten und Zeilen stünde. Außerdem gab er ihm Lust am Regieren Schuld. „Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 70 und 76.

***) Vgl. oben S. 376, Note ***).

zunehmen. Er erwiderte in dem Sinne seines Briefes vom 11. Juli 1851, daß er den fähigen, ihm mit Hingebung dienenden Mann nicht fallen lassen könne. Da ich herauszuhören glaubte, daß Manteuffel wohl noch andere Gründe habe, Quehl zu schonen, so sagte ich: »Vertrauen Sie mir die Vollmacht an, Sie von Quehl zu erlösen, ohne daß es zu einem Bruche zwischen Ihnen Beiden kommt: wenn mir das gelingt, so bringen Sie dem Könige die Nachricht von Quehls Abgange und führen die Geschäfte fort, als wenn kein Dissensus zwischen Sr. M. und Ihnen vorgekommen wäre.« Er ging auf diesen Gedanken ein, und wir verabredeten, daß er Quehl, der sich gerade auf einer Reise in Frankreich befand, veranlassen werde, auf der Rückkehr mich in Frankfurt aufzusuchen, was geschah. Ich benutzte die Pläne des Königs mit Alvensleben, um Quehl zu überzeugen, daß er, wenn er nicht abginge, schuld an dem Sturze seines Gönners sein werde, und empfahl ihm, die Macht desselben, so lange es noch Zeit sei, zu benutzen. Ich sagte ihm: »Schneiden Sie Ihre Pfeifen, wo Sie noch im Rohre sitzen, es dauert nicht lange mehr«, und ich brachte ihn dahin, seine Wünsche zu präzisiren: das Generalkonsulat in Kopenhagen mit einer starken Gehaltserhöhung. Ich benachrichtigte Manteuffel, und die Sache schien erledigt, zog sich aber bis zur endlichen Lösung noch einige Zeit hin, weil man in Berlin so ungeschickt gewesen war, die Sicherung der Stellung Manteuffels früher zu verlautbaren als das Ausscheiden Quehls. Letzterer hatte in Berlin seine und Manteuffels Stellung nicht so unsicher gefunden, wie ich sie geschildert hatte, und machte dann einige Schwierigkeiten, die verbessernd auf seine Stellung in Kopenhagen wirkten." —

Am 1. Juli berichtete der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Eichmann, dem Minister Manteuffel privatim aus Schloß Olion über das Ergebniß einer kürzlichen Dienstreise: „In dem vorigen Monat habe ich auch zweimal in Elbing verweilt, um womöglich den politischen Zustand der Stadt zum Besseren zu kehren. Ew. Excellenz haben auch die Gnade gehabt, den Konsul Dickmann, Elbings Abgeordneten zur ersten Kammer, anzuhören. Ich beklage, daß Elbing zur Zeit (von allen Städten der Provinz die einzige) die Allerhöchste Gnade des Königs noch immer nicht verdient. Der Oberbürgermeister Philipps will nicht erkennen und bekennen, daß der Beschluß der Berliner Nationalversammlung oder Fraktion Unruh, die schuldigen Steuern zu verweigern, revolutionär und ganz eigentlich hochverrätherisch gewesen sei; die Stadt will ihn zu einer entgegengesetzten Erklärung nicht drängen oder moralisch zwingen, aus Besorgniß, daß der Mann sonst sein Amt niederlegen möchte; sie hat also ihren Bürgermeister lieber als die Allerhöchste Gnade, möchte eher diese als jenen verlieren. Bei dem Vorherrschen einer solchen Gesinnung habe ich ihnen zur Wiedererlangung der Königlichen Gnade Hoffnung nicht machen können. Dessenungeachtet wollen sie eine Deputation nach Berlin senden und auch bei Ew. Excellenz um Hochderen Befürwortung bitten." —

Nach einer Mittheilung, welche Karl v. Manteuffel seinem Bruder, dem Ministerpräsidenten, am 21. Juli nach Drahnsdorf machte, hat sein in den Urlaub gehender Chef v. Westphalen tags vorher von ihm verlangt, daß der Bürger

meister Philipps in Elbing zur Disziplinaruntersuchung gezogen und sofort suspendirt werden solle. „Dies sollte geschehen, ohne daß aus neuerer Zeit, d. h. seit dem Jahre 1849, etwas besonders Gravirendes vorliegt und nachdem man ihn Jahre lang hat verwalten lassen; die Suspension würde sonach gar nicht motivirt und gerade 14 Tage vor dem Besuche des Königs diesem als ein Akt der Rache imputirt worden sein. Das Schlimmste war dabei, daß ich die Sache durch meine Unterschrift auf mich nehmen sollte; ich habe es dahin gebracht, daß Philipps zu seinem völligen Rücktritt aufgefordert werden soll." —

Am 11. Juli übergab der Chefredakteur der „Neuen Preußischen Zeitung" Wagner dem ihm politisch nahestehenden Regierungsassessor Rudloff eine Vorladung auf das Königl. Polizeipräsidium vor den Regierungsrath Dr. Gäbler mit dem Bemerken, daß er der Vorladung wegen Mangel an Zeit nicht Folge leisten könne und deshalb Rudloff bitte, ihn doch vorläufig bei seiner Anwesenheit auf dem Präsidium über den Grund zu dieser Citation zu informiren. Rudloff entsprach diesem Ersuchen, zeigte dem Dr. Gäbler zunächst die Verhinderung Wagners wegen Abwesenheit seines Stellvertreters an und stellte demnächst die Anfrage, ob die Ursache der Vorladung, da solche in dem amtlichen Schreiben nicht erwähnt sei, ihm nicht behufs weiterer Mittheilung an Wagner angegeben werden könne. Regierungsrath Gäbler meinte darauf, die Angelegenheit sei nur mit Wagner persönlich zu erledigen, wenn Rudloff diesen jedoch genauer kenne und eine bezügliche Bestellung an ihn übernehmen wolle, so nehme er keinen Anstand, ihm die Mittheilung zu machen. Nachdem Rudloff seiner langjährigen Freundschaft mit Wagner gedacht hatte, eröffnete Gäbler demselben in Befolgung eines ihm von Hinckeldey ertheilten allgemeinen Befehls Folgendes:

Das Staatsministerium beobachte in der orientalischen Frage für jetzt Neutralität, wünsche daher auch, daß durch die in Preußen erscheinenden öffentlichen Organe jeder Anstoß sorgfältig vermieden werde, welcher wegen einer gereizten und in Worten übertriebenen Polemik leicht entstehen könne. Deshalb seien die Berliner Zeitungen, welche eine antirussische Politik bisher befolgten, zur Einstellung ihrer Anfeindungen in der Art veranlaßt worden, daß sie Maß in Worten und Ausdrücken zu halten hätten, ohne daß man sonst auf die Richtung ihrer politischen Auffassung irgend einen Einfluß ausüben wolle. Um nach allen Seiten gerecht zu werden, müsse auch gewünscht werden, daß die „Neue Preußische Zeitung" gleichfalls ihre Invektiven einstelle. Er, Dr. Gäbler, ersuche Rudloff daher, dem Wagner als Redakteur der „Kreuzzeitung" freundschaftlich mitzutheilen, daß so wenig das Polizeipräsidium irgendwie gewillt sei, ihm seine Politik vorzuschreiben und ihn in seinen russenfreundlichen Gesinnungen zu beschränken, es doch der Gerechtigkeit wegen wünschen müsse, daß auch in der „Kreuzzeitung" Invektiven und Schimpfereien unterblieben, namentlich der von ihr angegriffenen Partei eine mala fides, Perfidie und ähnliche Motive unterzulegen. In seiner Auffassung, wiederholte Dr. Gäbler, brauche Wagner nichts zu ändern, er könne fortfahren, für Rußland zu schreiben, wie denn auch von den andern Zeitungen eine Aenderung nicht verlangt sei. Er sei bisher mit Wagner gut fertig geworden

und zweifele nicht, daß er vorstehender Auffassung aus eigener Ueberzeugung beitreten werde; füge sich derselbe wider Erwarten nicht, so wisse er natürlich, was er zu thun habe.

Als Rudloff diese Eröffnung dem Assessor Wagner mittheilte, zeigte sich derselbe darüber sehr erbittert, indem er dieselbe als eine neue, ihm auferlegte Beschränkung und Warnung hinstellte, darauf gebe es nur eine Antwort und die sei, sofort mit einer auf den Vorfall Bezug nehmenden Erklärung die Redaktion niederzulegen. Diesen Vorsatz führte Wagner trotz aller Gegenvorstellungen des Assessors Rudloff thatsächlich aus, und am 12. Juli war die politische Welt Berlins von der Nachricht überrascht, daß die „Kreuzzeitung" aufgehört habe, zu erscheinen, weil das Ministerium eine andere Haltung in den Artikeln über die orientalische Frage verlangt hätte.*)

Der König, der von der Verwarnung der Zeitungen kein Wort erfahren hatte, war über den Vorgang äußerst aufgebracht, ließ sofort an Wagner schreiben, und schrieb außerdem am 12. Juli aus Sanssouci:

„Bester Hinckeldey! — Ist es wahr, 1. daß der Redaktion der »Kreuzzeitung« gestern der Befehl zugegangen ist, ihre Politik in der orientalischen Frage zu ändern, 2. daß dieser Befehl durch Sie übermacht worden ist, 3. daß die »Kreuzzeitung« heut zu erscheinen aufhört?

Ich erwarte ungesäumt erschöpfenden Bericht darüber von Ihrer Hand und in demselben insonderheit die Nachricht, wer den Befehl ad 1 gegeben hat? Ist 1. gegründet, so haben Sie in meinem Namen ungesäumt der Redaktion der »Kreuzzeitung« anzuzeigen, »daß sie ungestört in ihrer Politik fortzufahren habe«. Ich erwartete aber, um der kritischen Umstände willen, daß die Redaktion es sorgfältigst vermeiden wird, den französischen Kaiser persönlich und direkt zu attackiren, was unsinnig ist, weil es nichts hilft und nur schadet und nur Verlegenheiten bereitet.

Wie hochverwundert ich über die Nachricht en question bin, werden Sie ermessen, da wir uns heut über eine Stunde gesprochen und Sie mir auch nicht die leiseste Andeutung über diese Angelegenheit gegeben haben. . . Der Redaktion der »Kreuzzeitung« aber haben Sie klar und unumwunden meinen Willen und Befehl zu insinuiren, daß sie unbeirrt fortzuerscheinen und in ihrer Politik nichts zu ändern habe, nur »vorsichtig« gegen Frankreich sein solle.

Besorgen Sie mir das, mit der Meisterschaft, in der Niemand in preußischen Landen Ihnen gleichkommt. Vale! Friedrich Wilhelm."

An demselben Tage schrieb der König:

„Bester Manteuffel! — Ich hole mein Versäumniß nach, indem ich den 1. confidenzl. Brief Bunsens, den ich heut früh verloddert hatte, noch heut meinem

*) Gerlach schreibt a. a. O. Bd. II, S. 58: „Wagners Erklärung über Niederlegung der Redaktion und von dem bevorstehenden Aufhören der »Kreuzzeitung«, fängt gewaltig an zu ziehen. Von allen Seiten wird man befragt, und es ist vielleicht recht gut, daß so das Interesse wieder angefrischt und aufgeregt wird."

anderen Briefe von heut früh nach expedire. Möge Ersterer Sie zur guten Stunde (für Preußen) angetroffen haben!

Hier ist Ihre Abwesenheit zu einem die Regierung kompromittirenden Schritte gegen die »Kreuzzeitung« benutzt worden, den ich aber hoffe, bereits unwirksam gemacht zu haben. Die geforderte Auskunft über das »Unbegreifliche« werd' ich Ihnen, theuerster Freund, sogleich comuniziren lassen. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Am folgenden Tage (13. Juli) schrieb der König ferner aus Sanssouci:

„Eben (9 Uhr früh) find' ich mit Schrecken anliegenden Brief Bunsens an Sie. Gott weiß, wie der auf meinen Tisch kommt, nachdem ich Ihnen denselben gestern zurückgesandt zu haben glaubte. Ohne Zweifel ist einer der zwei übersandten Briefe ein falscher, ich denke immer an mich. Klären Sie mir dies Mißverständniß auf und damit Gott befohlen, theuerster Manteuffel.

Friedrich Wilhelm."

Dem erhaltenen Auftrage nachkommend, schrieb Hinckeldey sofort dem König den Sachverhalt in Betreff der „Kreuzzeitung" und hatte sich demnächst am 15. Juli in Potsdam noch persönlich zu rechtfertigen, eine Aufgabe, die ihm nicht leicht geworden war. An demselben Tage wandte sich Hinckeldey in einem Privatschreiben auch an Manteuffel, indem er den Motiven der Kreuzzeitungs-Erklärung auf die Spur zu kommen suchte. „Daß es" — obgleich ich dermalen sehr schlecht mit Herrn v. Gerlach stehe — „keine persönliche Attacke gegen meine Person sein konnte, liegt auf der Hand, denn die Intrigue war dazu zu ungeschickt und zu leicht aufzuklären. Wahrscheinlicher ist es, daß man dem König damit die Pistole auf die Brust hat setzen und zu irgend einer Deklaration und Parteinahme zu Gunsten der »Kreuzzeitung« implicite Rußlands hat reizen wollen. — Auch dies genügt mir nicht. Die eigentliche Ursache des Skandals ist die formelle Verurtheilung des Wagner im Blochschen Prozeß und vor Allem drückende Schulden, welche die Zeitung haben soll. — Man nennt 13 000 Thlr. fälliger Wechselschulden. Es kommt also darauf an, den Wagner durch die Zusicherung seiner Begnadigung und durch die Bezahlung der Kreuzzeitungsschulden zum Bleiben zu bewegen; daneben spielt noch der Hohenzollern-Orden und ein Titel für Wagner, der sich heute zum zweiten Male verheirathet. Ich glaube, daß man alle diese Dinge beim König durchsetzen wird — nur der Geldpunkt dürfte sehr schwer halten, da der Allergnädigste Herr erst noch in diesem Frühjahr große Opfer gebracht haben soll. Die unbedingte Begnadigung des Wagner wird nicht nur sehr böses Blut machen, sondern auch den Abschied des Bloch herbeiführen, der für das Finanzministerium, da er allein etwas von der Börse versteht, ganz unentbehrlich ist. Haben Sie also die Gnade, hier zur rechten Zeit vermittelnd einzutreten und dahin zu wirken, daß, wenn der König einmal begnadigen will, auch dem Bloch eine Reparation d'honneur geschieht." —

Am 24. Juli theilte der Unterstaatssekretär Karl v. Manteuffel seinem von Berlin abwesenden Bruder, dem Ministerpräsidenten, brieflich mit, er sei tags

vorher dadurch überrascht worden, daß der König von Bayern ihm sagen ließ, er wünsche ihn zu sprechen.

„Ich bin ungefähr eine halbe Stunde bei ihm gewesen; als ich hinfuhr, hatte ich die Ueberzeugung, er wolle über unsere inneren Zustände Auskunft haben, und ich war schon in Verlegenheit, wie ich ihm dieselben als gesichert darstellen sollte, ohne den Hinckeldeyschen Verschwörungen zu nahe zu treten; von alledem war aber keine Rede, vielmehr erzählte er mir fortwährend Sachen, die er offenbar Dir beibringen wollte, über Bundestag, die Stellung Preußens und Bayerns, seine Freundschaft ꝛc., ließ sich auch nicht irre machen, obgleich ich ihm wiederholt versicherte, daß mich diese Sachen gar nichts angingen.

Einmal frug er mich vertraulich und privatim, wie sein Gesandter v. Malzen*) sich betrage; ich habe ihm geantwortet, daß ich direkte Abneigung gegen ihn nicht wahrgenommen habe, daß er aber auch diejenige Stellung andererseits nicht einzunehmen scheine, die der beabsichtigten großen Intimität entsprechen würde; der König selbst schien Malzen nicht hoch anzuschlagen, in Bezug auf Bockelberg**) äußerte ich, daß dieser gewiß den verlangten größeren Verkehr befördern würde, da er meines Wissens sehr schreiblustig sei. Der König wollte aber von Bockelberg gar nichts wissen.“ —

Am 2. Aug. schrieb Dr. Quehl von Frankfurt a. M. an Manteuffel. Derselbe habe in der Presse an Zitelmann einen sehr treuen und fleißigen Arbeiter, der zur Organisation und zur Erhaltung des Betriebes dieser Dinge Talent und Unermüdlichkeit habe. „Bismarck hat mich sehr freundlich und herzlich empfangen, mir aber von seinem letzten Aufenthalt dort und bei Ew. Excellenz Dinge erzählt, namentlich ein Gespräch mit Sr. M., die mich wirklich verzweifeln lassen könnten, wenn ich nicht an Gott und — an Preußen glaubte. Heute soll ich bei Bismarck mit Schulenburg und v. Roeder, dem »neuen Freunde«, essen.

Von Frankfurt wandte Quehl seine Schritte nach Kösen, wo ihn die Nachricht überraschte, der Herzog habe die Jagd auf fremdem Boden pure wiederhergestellt.***) „Ich halte ihre Aufhebung — so schrieb er am 31. Aug. an Manteuffel — dort wie bei uns ohne Entschädigung für einen Raub, ich halte es ferner für Ew. Excellenz heilige Pflicht, daß auch der nächsten Kammer ein Gesetz über die nachträgliche Entschädigung vorgelegt werde (womöglich auch noch eine Erweiterung der Jagdbezirke auf ein Minimum von 600 Morgen und Erhöhung der Jagdscheine zu einem Friedrichsdor). Aber nichtsdestoweniger halte ich doch das Verfahren des Herzogs von Köthen für ein ganz verwerfliches und die ganze Verordnung für recht dazu angethan, um die Fürsten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Ich glaube, das preußische Kabinet darf einen solchen Mißbrauch

*) In Berlin.

**) Der preußische Gesandte in München.

***) Erfolgte durch das Gesetz vom 24. Aug. 1853, betreffend die Wiederherstellung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden sowie den Ersatz des Wildschadens. Ges. Samml. für das Herzogthum Anhalt-Dessau, Bd. VIII, S. 2391.

der Souveränitätsrechte, der eben nur eintritt, weil der gute Herzog weiß, daß im letzten Falle preußische Truppen ihm helfen würden, in seinem eigenen Interesse nicht ruhig zusehen."*) —

Am 10. Aug. schrieb der König aus Putbus:

„Theuerster Manteuffel! In der Hoffnung, Sie hier am 13. oder 14. zu empfangen, noch ein paar recht eilige Dinge. Bringen Sie mir die Ernennung des Oberregierungsraths Bodelschwingh als Vicepräsident von Stettin mit. Ich hatte dieselbe als eilend und dringlich (wegen des vollen Mangels an Arbeitskräften) dem Staatsministerium befohlen und erwartete, die nöthige Ausfertigung hier vorzufinden. Da jetzt schon 10. Aug. ist und nichts eingegangen, muß ich moniren und excitiren und erwarte Ihre Mitwirkung. Dann bitte ich, dem Finanzminister zu sagen, daß es mich freuen würde, ihn bald hier zu sehen. Er wollte wegen Minden mit mir sprechen. Das kann aber gleich abgemacht werden. Findet das Staatsministerium Herrn v. Möller entschieden bedenklich in Minden, so will ich auf meiner Anweisung, »ihn zu befragen«, nicht bestehen. Findet er ferner Winzingerode vor der Hand nicht wünschenswerth als Präsident, so cedire ich gern und erneune hiermit Peters zum Präsidenten von Minden und autorisire Sie, mir auch die dahin abzielenden Ausfertigungen mitzubringen. Bringen Sie auch Minister Bodelschwingh mit, so ist mir's lieb.

Ich gehe, so Gott will, morgen 11. über Wolgast, Gützkow und Jarmen nach Strelitz, will dort den 12. feiern und am 13. über Carlsburg und Eldena heimkehren. Vale. Friedrich Wilhelm.

Ich habe den Wunsch und die Hoffnung, daß der Finanzminister seine Anwesenheit in Pommern zu einer kleinen Inspektion von Hinterpommern benutzen wird. Ich lege einen großen Werth darauf."

Dieser Einladung folgend, kam Manteuffel am 13. Aug. nach Putbus und hatte bei dieser Gelegenheit auch mit Gerlach längere Aussprachen, die einen »quasi Frieden« zu Stande brachten.**) Die Annahme Manteuffels, daß der König ihn los sein wolle, wies Gerlach als unbegründet zurück. Manteuffel sprach darauf von Plänen, die auf Bodelschwingh I und auf Eichmann gerichtet seien. Von Bodelschwingh hatte der König wirklich mit Bismarck gesprochen, aber nur für den Fall, daß Manteuffel ihm den Stuhl vor die Thüre setzte. Eichmann wies der König ganz ab. Von Gerlach gedrängt, auf dem Wege der Reaktion nicht stille zu stehen, sagte Manteuffel, daß er mit Westphalens Plänen der Hauptsache nach einverstanden sei. Er, nicht Westphalen, habe zu den Provinzialständen

*) Unterm 24. Sept. notirt Gerlach: „Manteuffel rechtfertigt sich unaufgefordert gegen mich über Quehls Verweilen in Berlin."

**) Unterm 18. Sept. notirt Gerlach: „Mit Manteuffel ist also Frieden geschlossen, aber ein Friede, wie der mit Dänemark, ohne Bedingungen." Ein Brief Bismarcks an Gerlach, d. d. 23. Sept., verbreitet sich über die Kombination eines Abgangs von Manteuffel, die deshalb geäußerten Befürchtungen des Prinzen von Preußen und Gerlachs Ansicht von der Nothwendigkeit, Manteuffel zu stützen. Bismarcks Briefe an Gerlach, Kohls Ausgabe, S. 100.



zuerst gerathen, er wolle nur nicht die Wahlgeschichte mit den ständischen Sachen vermengen. Demnächst rieth Gerlach dem Ministerpräsidenten, die Initiative in den Verfassungssachen zu nehmen; so würde er sich am ersten mit dem Könige und Westphalen einigen. Manteuffel bestritt mit Recht, die Ansicht ausgesprochen zu haben, daß die Bildung der neuen ersten Kammer nicht aufgeschoben werden könnte. Dagegen führte derselbe aus, wie unrichtig der Weg sei, welchen die erste Kammer in der letzten Zeit eingeschlagen habe, man müsse sich vor den beiden Klippen hüten, Kopfzahlwahlen und inamovibele Deputirte.*)

Am 23. Aug. schrieb der König aus Putbus:

„Theuerster Manteuffel! Mein Vorhaben ist, morgen früh über die Greifswalder Oye nach Stralsund zu schiffen und von dort zu Lande nach Doberan zu meiner Schwester zu fahren, dort den 25. zuzubringen und mittags am 26. nach Charlottenburg aufzubrechen. Sollten Sie also Wichtiges oder Dringendes in der Tasche haben, so erwarte ich Sie daselbst so um 9 Uhr abends und hoffe, daß Sie zum Nachtessen bleiben. Am 27. gedenke ich um Mittag nach Breslau aufzubrechen und hoffe am 2. Sept. wieder in Charlottenburg anzukommen. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Am 10. Sept. schrieb Hinckeldey an Manteuffel, man spreche in Berlin von dessen Annäherung an Goltz und Mathis:

„Meine Maßregel gegen die Pfuschmakler ist rein lokal und durchaus nicht auf den ordinären Gang des Handels gerichtet. Ich habe den Leuten durch Stieber ohne Weiteres die Bücher nehmen lassen, die Beweise der Kontravention dadurch in den Händen und werde 15 vor Gericht stellen. — Weiter kann ich vorläufig zur Säuberung der Börse nichts thun. Aber auch diese Maßregel wird ungemein verschieden beurtheilt, je nachdem das Interesse sich da- oder dorthin neigt."

Und am 25. Sept. aus Frankfurt a. M.:

„Meine Agenten haben mit ziemlicher Sicherheit ermittelt, daß bei einem berüchtigten Demokraten in dem Orte Oberlahnstein in Nassau, unweit Coblenz, dem Stolzenfels gegenüber, wichtige Dokumente aufbewahrt würden, welche interessante Aufschlüsse nicht nur über das Treiben in den Jahren 1848/49 geben würden, sondern auch die unausgesetzte Verbindung des Londoner Kommunistenklubs mit Cöln, Coblenz und dem sehr unterwühlten nassauischen Lande beweisen würden. Die Agenten wissen Person, Haus, ja sogar den Ort, wo die Briefschaften verborgen werden, mit einer Genauigkeit, welche die Wahrscheinlichkeit des Gelingens verspricht. Allein es ist sehr schwierig, diesen Papieren beizukommen. Das ganze Herzogthum Nassau ist von Demokraten und Kommunisten in einer unglaublichen Weise unterwühlt. Fast alle unteren Beamten halten es schon aus Furcht mit

*) Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 66.

diesen Leuten, und oben ist ein moralisch durch und durch zerrüttetes, verlottertes, von einem bodenlosen Grimm gegen Preußen erfülltes Regiment. Abgesehen von dieser Episode, handelt es sich darum, wie mit guter Manier zu jenen Papieren zu kommen? Herr v. Bismarck ist nicht hier, hat auch in Wiesbaden gar keinen Einfluß. Offiziell auftreten hieße die Sache gründlichst verderben. Es handelt sich also darum, ob Ew. Excellenz nicht im Stande sind, mir sichere und gewichtige Empfehlungen an uns wohlgesinnte, mächtige Leute nach Wiesbaden zu schaffen, welche ich benutzen könnte, da ich entschlossen bin, nach meiner Rückkehr von Stuttgart einen Coup de main gegen Oberlahnstein auszuführen, eventuell werde ich sehen, ob ich den Herzog von Nassau durch unmittelbare persönliche Unterhandlung dahin bringe, mir einen Immediatkommissarius zu den Haussuchungen in Oberlahnstein mitzugeben.

Die äußeren Zustände am Rheine sind wie ein glatter, schöner Bogen Papier. Alles anscheinend vortrefflich, gedeihlich — unglaublich fortgeschritten an Wohlhabenheit und Kultur. Nie hat Rheinland so geblüht! Aber dieser Bogen Papier ist mit Zügen von chemischer Tinte beschrieben, die augenblicklich hervortreten werden, sobald das Reagens (ein Krieg oder anderer Unglücksfall) darauf kommen wird. In Cöln und Coblenz droht uns ein jesuitischer Katholizismus; in Mainz und Frankfurt eine sehr starke und anscheinend wohlgerüstete Demokratie. Beide machen unter Umständen gern gemeinschaftliche Sache! Die Polizei, welche diese geheimen Zeichen lesen, sie verstehen und ihnen bei Zeiten entgegenwirken sollte, existirt so gut als gar nicht, und wir leben in Berlin zum Theil in der holdesten Unschuld, zum Theil auch durch Berichte eingeschläfert, welche theils persönliches Interesse, theils Mangel an Fassungskraft eingegeben haben!

Glauben Ew. Excellenz ja nicht, daß ich nach einer Centralpolizei lüstern bin! Ich weiß, was dieser Posten mit sich bringt. Ich habe niemals danach gestrebt, und nach den schweren und mit nichts ausgeglichenen Verletzungen, welche meine Person von Seiten des Staatsministeriums — ohne alles Verschulden — durch das Cirkularreskript erlitten hat, welches Herr v. Westphalen am 13. April d. Js. erlassen mußte, bin ich nicht Willens, jemals solche Funktionen anzunehmen. Fest steht aber, daß ich vom Jahre 1848 bis zum Frühjahr dieses Jahres die Fäden der politischen Polizei in Preußen in der Hand hatte, daß sie durch die von mir nicht gewünschte heillose General-Direktoriatsgeschichte zerrissen sind und daß seit jener Zeit gar nichts geschehen ist, als daß die politische Polizei bei uns in drei für sich selbst operirende Theile geht — von denen einen Theil Ew. Excellenz haben, der zweite im Ministerium des Innern sich befindet, das größte Material aber im Polizeipräsidium ist. Ich selbst habe mir keinen Begriff davon machen können, wie sehr ich unter den Folgen jenes Reskripts nicht nur persönlich, sondern noch mehr der Sache nach leiden würde! Jetzt weiß ich es!"

Bei Erwähnung seines Aufenthalts in Hannover im Sept. 1853 bemerkt Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 90, einen Vorgang, der ihm nie klar geworden ist. „Dem preußischen Kommissarius, der in Hannover

über die schwebenden Zollangelegenheiten zu verhandeln hatte, war von Berlin aus ein Konsul Spiegelthal zur Aushülfe beigeordnet worden. Als ich desselben als eines preußischen Beamten im Gespräche mit dem mir befreundeten Minister v. Schele erwähnte, gab dieser lachend sein Erstaunen zu erkennen: »Er hätte den Mann nach seiner Thätigkeit für einen österreichischen Agenten gehalten. Ich telegraphirte chiffrirt an den Minister v. Manteuffel und rieth, das Gepäck des Spiegelthal, der in den nächsten Tagen nach Berlin zurückreisen wollte, bei der Zollrevision an der Grenze untersuchen und seine Papiere in Beschlag nehmen zu lassen. Meine Erwartung, in den folgenden Tagen davon zu lesen oder zu hören, erfüllte sich nicht. Während ich die letzten Oktobertage in Berlin und Potsdam zubrachte, erzählte der General v. Gerlach mir u. A.: »Manteuffel habe zuweilen ganz sonderbare Einfälle; so habe er vor Kurzem verlangt, daß der Konsul Spiegelthal zur Königlichen Tafel gezogen werde, und unter Stellung der Kabinetsfrage sein Verlangen durchgesetzt«." —

Am 9. Okt. trat der Oberpräsident v. Witzleben in einem aus Magdeburg an Manteuffel gerichteten Briefe lebhaft für den von einer gewissen Seite hintertriebenen Besuch des Königs in Magdeburg ein. „Ich täusche mich nicht über die hiesige Stimmung und weiß, daß wir hier noch recht schlechte Elemente haben, und daß der Handels- und Handwerkerstand der großen Mehrzahl nach nur von materiellen Interessen und nicht von höheren Ideen beherrscht wird. Aber mit dem ewigen Schimpfen über Rationalismus und Indifferentismus richtet man auch nichts aus, wie die Erfahrung hinlänglich bewiesen hat, und das steht fest, daß die Gesinnung hier im Ganzen nicht schlechter, sondern besser ist als in Düsseldorf, Königsberg und Breslau, wo der König auch einen gastlichen Empfang angenommen hat. Geht hier Alles gut während der Anwesenheit des Königs, so werden wir sicher wenigstens den Erfolg haben, daß viele laue Herzen wieder warm werden." —

Am 25. Okt. beklagte sich der Minister des Innern, v. Westphalen,*) bei dem Ministerpräsidenten in einem vier Seiten langen, eigenhändigen Privatschreiben über die Schwierigkeiten, welche ihm der Finanzminister v. Bodelschwingh unausgesetzt in Anstellungssachen verursache. Er überzeuge sich mehr und mehr, daß ihm systematisch entgegengetreten werde. „Die Begünstigung der Provinz Westfalen tritt dabei augenscheinlich hervor." —

Am 1. Nov. schrieb der König aus Sanssouci:

„Mein theuerster Manteuffel! Sie erinnern sich wohl eines oder mehrerer Gespräche im Winter über die Räthlichkeit der Wiederherstellung der »Berliner

*) Ueber die Schwierigkeiten, die Bodelschwingh Manteuffel durch seinen Eigensinn bereitete, vgl. Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 87. Unter dem 6. Okt. meldet Gerlach, Westphalen habe mit Manteuffel Frieden geschlossen. A. a. O., Bd. II, S. 77.

Regierung«*) bei Gelegenheit des Streites über Hinckeldeys Stellung. Ich habe mir die Sache überlegt und nach vielen Détails der jetzigen Organisazion geforscht und bin zu dem resultat gelangt, daß »bei gutem Willen« diese Reorganisazion nicht allein vielen Mißständen, ja geradezu Mißbräuchen abhelfen wird, sondern ohne Mehrausgabe zu machen ist, wenn man die Sache vertrauensvoll in Hinckeldeys Hände legt. Ich gebe übrigens mein **Ehrenwort**, daß Hinckeldey diese Sache weder im Winter noch jetzt zur Anregung gebracht hat, und daß ich heute zum ersten Male mit ihm die Sache ordentlich besprochen habe.

Ich bin nunmehr zu dem Entschluß gekommen, die Berliner Regierung wiederherzustellen. Der Umstand, daß Berlin von 170 000 auf 450 000 Einwohner seit Auflösung der Regierung gekommen und das 3fache der Stralsunder Bezirksbevölkerung enthält, spricht lauter für meinen Entschluß als viele Worte und Gründe. Ich bitte Sie, die Sache herzhaft und energisch in die Hand zu nehmen und sie bei den betreffenden Ministerien nicht mit der Frage: ob? sondern mit der Frage: wie? einzuleiten.

Ebenso ernst nehme ich die Ausführung meines Willens in Betreff Horns,**) worüber ich die nöthigen Ausfertigungen erwarte. Diese Sache steht so, daß es heißt: entweder Horn oder Bodelschwingh. Ich entschließe mich für die Erhaltung des Letzteren, durch Beseitigung des Ersteren aus den Personal-Verhältnissen hinaus.

Am Freitag bin ich bereit, Plenum Ministerii zu halten. Die herannahende Fieberepoche der Kammern (!) leidet wohl nicht, die so nöthigen Besprechungen über unsern Behandlungsgang und dessen Protokollirung aufzuschieben. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Aus dem folgenden Briefe Hinckeldeys an Manteuffel, ohne Datum, ersehen wir, daß Hinckeldey für den Posten eines Regierungspräsidenten in Berlin ausersehen war. Im Eingang erwähnt Hinckeldey einen Artikel des „Journal de Francfort", welcher für ihn eine so abgeschmackte, herabwürdigende, für Manteuffel eine so alberne Lobhudelei enthalte, daß man in der That auch hier wieder an den bekannten Ausspruch denke „Gott beschütze uns vor unseren Freunden ꝛc."

„Auch dieser Aufsatz ist, wie mir aus Frankfurt a. M. mitgetheilt wird, aus einer Quelle, die der Centralstelle für Preßangelegenheiten nicht fern liegt, und wenn ich gleich gern anerkenne, daß in der bekannten podolischen Ochsengeschichte gar nichts liegt, was des besonderen Lobes irgend werth ist, wenn ich daher auf mein Ehrenwort versichern kann, daß alle Artikel der hiesigen Blätter, welche darüber erschienen sind, ohne die entfernteste Mitwissenschaft meinerseits entstanden sind, daß ich allen Blättern habe sagen lassen, dergleichen zu unterlassen, so muß es doch unter allen Umständen sehr auffallend erscheinen, daß die Centralpreßstelle

*) Ueber das Eingehen der vormaligen Regierung in Berlin vgl. Rönne, „Das Staatsrecht der preußischen Monarchie", Bd. III, S. 188, Note 3.

**) Horn war Direktor im Finanzministerium, also der nächste Untergebene Bodelschwinghs.

gerade gegen mich in auswärtigen Blättern manövrirt und überdies auf eine in der That sehr ungeschickte Weise, welche ich mir gern gefallen lassen könnte, wäre es nicht gerade jene Stelle, von der die Artikel ausgehen, und ließe sich dadurch in der That nicht auf Differenzen schließen, welche, wenigstens so viel ich es vermuthen kann, in der That nicht vorhanden sind. Wie man mir erzählt, ermangeln die Herren in der Centralstelle dermalen einer scharfen Aufsicht und machen stark Geschäfte auf eigene Rechnung; denn daß der Artikel aus einer mit den Verhältnissen sehr bekannten Feder herrühren muß, erhellt aus der ganz verkehrten Darstellung des Hergangs in einer Sitzung des Staatsministeriums, welcher beizuwohnen ich die Ehre hatte. Ich bin daher sehr geneigt zu vermuthen, daß alle diese Artikel, mit welchen einige Notizen der Kreuzzeitung Hand in Hand gehen, auf der etwas plumpen Intrigue beruhen, den Samen der Zwietracht auszustreuen.

Von derselben Seite kommen auch, wie ich zu glauben alle Ursache habe, die lebhaften Anregungen zur Errichtung einer Regierung in Berlin. Es ist dies eine Sache, der ich ebenso fern bin, und von der ich dieselben Nackenschläge erleiden werde, wie von der verunglückten General-Polizeidirektorstelle, deren nähere Beweggründe und Autoren ich auch durch Klatschereien erfahren habe. Ich habe die volle Ueberzeugung, daß die Errichtung einer Regierung in Berlin mit einem entscheidenden Präsidenten an der Spitze für die Stadt ein Glück sein würde; ich habe ferner die Ansicht, daß dieser Plan sich ohne erhebliche Kosten ausführen läßt. Er ist aber bei dem entschlossenen Widerstande aller hiesigen Unterbehörden und der dabei betheiligten Ministerien ohne eine furchtlose Triebkraft nicht zu realisiren, und ich leugne nicht, daß ich diese Triebkraft gern auf manchen andern Punkt verwendet sehen möchte, wo wir ihrer mehr bedürfen als in dieser Sache, welche erst in ruhigeren Zeiten entschieden werden mag. Sollte man auf mich als Präsidenten reflektiren, so deprecire ich von vorn herein. Ich habe ein Patent für eine der schönsten Regierungen im Lande; ich habe alle Bedingungen erfüllt, welche mir bei Behändigung dieses Patents gestellt wurden; bei großer Sparsamkeit und bei einem sehr geregelten Haushalte habe ich hier einen Aufwand von 5500 bis 5800 Thlrn. — ohne die Kosten meiner Equipage — für welche ich, da ich drei Wagenpferde und ein Reitpferd im Stall habe, 1600 bis 1700 Thlr. brauche; hätte ich nicht, hätte nicht meine Frau einiges Vermögen, ich würde in der unglücklichsten Lage sein. Ew. Excellenz wollen die Gnade haben zu erwägen, wie ich in Liegnitz, wo ich der Erste bin und mir alle Verhältnisse legen kann, mit einem solchen Zuschuß aus eigenen Mitteln zu leben im Stande bin! Dazu kommt, daß ich dermalen sieben Kinder habe und in Liegnitz unzweifelhaft 15 Jahre länger leben dürfte als hier. Ich bin der Einzige, welcher im Jahre 1848 die Hand mit auf den Tisch legte und für den nichts geschehen ist, als daß mir Herr v. Westphalen aus seinem Dispositionsfonds noch die Mittel gewährt, um wenigstens meine Equipage erhalten zu können, für welche ich eben wieder zur Anschaffung eines neuen Wagens 500 Thlr. habe auf einem Brett verwenden müssen. Mein Nachfolger soll noch Herrn Horn 500 Thlr. Miethsentschädigung zahlen — er wird also nur 2500 Thlr. beziehen. Ein weiser Mann nimmt dieses Amt nicht an, ein wohlhabender Mann

nur in der sichern Aussicht, baldigst befördert zu werden, ein armer Mann muß stehlen oder niederlegen.

Ew. Excellenz bitte ich daher unterthänigst, als einzige Wohlthat, die Sie mir erzeigen können, meinen Abgang nach Liegnitz zu unterstützen. Ich bin bereit, jeden offiziellen Schritt zu thun, der dahin führen könnte. Ich trage manchen schönen Lohn durch mein Bewußtsein und durch die Anerkennung vieler meiner Mitbürger; ich habe auch manches schöne Wort von oben vernommen, aber wenn ich heute vom Pferd falle und nicht mehr fort kann, so wird mich Herr Horn nach meinem dermaligen Gehalt pensioniren, und ich mit meinen sieben Kindern — wir werden verschwinden."

Am 1. Nov. schrieb der Prinz von Preußen an Manteuffel:

„Ich muß Sie ersuchen, wegen der Reise meines Sohnes dem König recht bald Vortrag zu halten, indem leider die eingetretene rauhere Luft nachtheilig auf die Respirationswerkzeuge desselben wirkt, so daß die Reise nothwendig erscheint." *)

Ende des Monats wurde die Reise des Prinzen, des nachmaligen Kaisers Friedrich, nach Italien in Begleitung von Schreckenstein und Alvensleben beschlossen.

Die außerordentliche Gewandtheit des Königs in der Beherrschung der französischen Sprache und der diplomatischen Formen möge aus dem Briefe ersehen werden, mittelst dessen der König seinen Neffen im November 1853 dem Papste empfahl. Die Abänderungen und Zusätze von der Hand des Königs in dem ihm vorgelegten Entwurfe sind hier kursiv gedruckt.

„C'est avec une satisfaction sensible que je saisis l'occasion qui s'offre à moi pour me rappeler au bon souvenir de Votre Sainteté. Mon neveu, le Prince Frédéric Guillaume, *fils du Prince de Prusse,* compte passer l'hiver (à Venise) *en Italie* (à cause de sa santé et c'est lui qui aura l'honneur de remettre ces lignes à Votre Sainteté) *(et aura l'honneur de Lui remettre ces lignes).* (Le jeune Prince a le coeur bienfait et beaucoup de piété.) *(C'est un jeune homme bon, noble et pur, et j'ose dire, digne des augustes bontés de V. S.)* (C'est à ce double titre que je le recommande instamment aux bontés paternelles de Votre Sainteté) *(auxquelles je le recommande instamment).* (Je n'ai pas envie d'abuser des moments du Saint Père. Mais qu'il me permette pourtant de toucher) *(Sans abuser des précieux moments de V. S. qu'il me soit permis de toucher)* ici une corde à laquelle mon coeur est très-sensible. (Je parle de faux jugements qu'on porte souvent contre mon Gouvernement) *(Je veux parler*

*) Vom 24. Okt. datirt aus Babelsberg nachstehendes Handbillet an Manteuffel:

„Wenngleich die Anlage s. p. r. für Sie nicht gerade Neues enthalten mag, so ist eine dergl. private Nachricht doch immer orientirend, weshalb ich Ihnen dieselbe mittheile.

Prinz von Preußen."



des faux jugements de la méfiance que l'on propage souvent et même à Rome contre mon Gouvernement) en ce qui regarde les affaires de l'Eglise (catholique de mon Royaume) *(romaine dans mes Etats).* Il n'est malheureusement que trop vrai que la lutte *morale* entre les différents confessions est (aujourd'hui partout très ardente) *(ardente)* en Allemagne, et la (situation extrêmement difficile dans laquelle tous les gouvernements de la Confédération se trouvent plus ou moins placés au milieu des populations mixtes en fait de foi) *(et que la situation des Gouvernements de religion mixte est devenu extrêmement difficile. Selon mes convictions c'est une lutte à contre-temps, c'est une calamité terrible et dangereuse; car dans cette autre lutte de puissances vraiment infernales contre tout ce qui est sacré et vénérable, rien ne peut assurer la victoire à la bonne cause que l'union cordiale de tous ceux qui confessent le Très-Saint nom de Notre Seigneur).* Cependant, j'ose dire que pour (mon compte) *(ma part)*, j'ai donné tant de preuves sincères de ma justice et de ma (bienveillance envers le culte catholique, que je ne crains plus que personne m'ôte le prix de ma sollicitude constante à ce sujet) *(bienveillante sollicitude envers l'église de Rome, que je ne crains pas les accusations injustes et les viles calomnies à ce sujet).* Aussi Votre Sainteté peut Elle être fermement convaincue (qu'au travers toutes les accusations fausses et les imputations injustes) *(que malgré toutes les fausses imputations, dont un parti aveugle et passionné se plait à me charger)* je continuerai d'apporter tous mes soins assidues au bien-être de cette même Eglise, et ne manquerai pas d'accomplir ce que ma conscience de Chrétien et de Souverain *et d'honnête homme* exige de moi à cet égard. *Sainteté*! Les Eglises et les (Gouvernements) *(Rois)* ont aujourd'hui les (mêmes obstacles à vaincre et les mêmes adversaires à combattre) *(ennemis à combattre).* (Ce sont les doctrines subversives de toute religion et de tout ordre politique et civil; c'est cette secte impie et nombreuse partout qui vise, à la fois, à la destruction de l'autel et de l'Etat) *(Ils nous menacent en Allemagne et ils ont réussi à miner tous les trônes de l'Italie.)* Plus je regarde comme certain que Votre Sainteté partage entièrement mon opinion là-dessus, plus je suis intimement persuadé qu'Elle désapprouve la conduite de ceux de mes sujets, qui, tout en professant la foi de l'Eglise catholique *romaine*, font cause commune avec les partisans du désordre (comme [cela se voit] *[par exemple]* dans mon Grand-Duché de Posen) et transportent à la seconde Chambre de mes Etats une opposition (aussi radicale que hostile à mon Gouvernement) *(perfide au nom de la religion. Le Lt. G. Baron Roth de Schreckenstein, bon catholique, excellent officier et qui accompagne mon neveu pourra, si Elle l'ordonne, fournir à V. S. des renseignements dignes de Son attention).*

En priant Votre Sainteté de me conserver Ses sentiments d'affection et de (bienveillance) *(bon vouloir)* auxquels j'attache un si grand prix *et dont je ne me sens pas tout-à-fait indigne,* je profite de cette occasion

pour Lui renouveler l'assurance de ma haute estime, *de ma parfaite considération* et de ma constante amitié. *Dieu protège V. S.*

F. G. R.

Nov. 1853.

(A Sa Sainteté le Pape Pie IX)

A la Sainteté du Souverain Pontife."

Am Vorabend des fünften Jahrestages seines Ministeriums, also am 7. Nov., wurde dem Ministerpräsidenten ein Ständchen gebracht. Drei Gesangvereine und ein stark besetztes Musikkorps hatten sich eingefunden. Nach dem Vortrage mehrerer Stücke erschien Manteuffel inmitten der Sänger. Musikdirektor Salleneuve hielt eine kurze Anrede und überreichte zugleich den Text der zum Vortrage gekommenen Gesänge. Manteuffel erwiderte: „Ich nehme dies Ständchen mit derselben freundlichen Herzlichkeit entgegen, mit der es mir gebracht wird; ich nehme es entgegen als eine gute Vorbedeutung für mein neu beginnendes Amtsjahr und hoffe, daß dieselbe Theilnahme und Liebe des Volkes mich auch ferner in meiner Wirksamkeit begleiten und unterstützen werde." Ein dreimaliges „Hoch!" folgte diesen Worten.

An dem Jahrestage selbst wurde Manteuffel von zahlreichen in Berlin eingetroffenen Deputationen beglückwünscht. Bei dieser Gelegenheit rechtfertigte derselbe auch seine in den orientalischen Wirren beobachtete Friedens- und Neutralitätspolitik, mit den Worten schließend: „So muß es und nicht anders darf es sein, soll Preußens Wohlfahrt ganz gedeihen."

An ein Komitee, welches ihm zu demselben Ehrentage eine Huldigung bereiten wollte, richtete Manteuffel das nachstehende Schreiben:

„Dem verehrlichen Komitee, welches, wie ich vernehme, zu dem Zwecke sich vereinigt hat, mir ein Denkzeichen der Anerkennung meiner amtlichen Wirksamkeit zu geben, sage ich hiermit meinen aufrichtigen Dank für die mir dadurch bezeugte Aufmerksamkeit. Das Komitee kann sich versichert halten, daß ich persönlich besonderen Werth auf diese Gesinnungen lege und die vollkommenste Gerechtigkeit den guten Absichten zu Theil werden lasse, welche jene für mich schmeichelhafte Meinungsäußerung hervorgerufen haben. Indeß wünsche ich, aus den bereits mündlich von mir ausgesprochenen Gründen, ebenso lebhaft als aufrichtig, daß derselben von Seiten des verehrlichen Komitees überall keine Folge gegeben werden möge und ich verlasse mich auf die freundschaftliche und taktvolle Mitwirkung der Herren, daß diese von mir hier ausgedrückte Bitte ihre vollständige Erfüllung erhalte. Das verehrliche Komitee mag davon überzeugt sein, daß die bei diesem Anlaß an den Tag gelegte wohlwollende Gesinnung den vollen Werth einer entschiedenen Thatsache für mich gehabt hat und daß ein dankbares Andenken dafür mir gegenwärtig bleiben wird."

In Erwiderung einer ihm aus Königsberg zugegangenen, von einem Eichenkranze begleiteten Adresse richtete Manteuffel (21. Nov.) das folgende Schreiben an den Kaufmann O. W. Fischer in Königsberg:

„Die Adresse, an welcher sich die am Schlusse derselben unterzeichneten Bürger von Königsberg betheiligt haben, um mir unter Ueberreichung eines Ehrengeschenkes den fünften Jahrestag meiner ministeriellen Amtsthätigkeit auf eine so herzliche Weise ins Gedächtniß zu rufen, hat mir eine ebenso unerwartete als schmeichelhafte Ueberraschung bereitet. Es knüpfen sich für mich sehr werthe Erinnerungen meines früheren Aufenthalts an die alte Haupt- und Residenzstadt von Preußen. Mit um so größerer Freude durfte ich daher in diesem Beweise von Aufmerksamkeit vieler seiner achtbaren Bürger ein Wahrzeichen dafür erblicken, daß ich in Königsberg jene entschiedene Anhänglichkeit und treue Ergebenheit für den König, unsern allergnädigsten Herrn, und Sein erhabenes Königshaus wiederfinde, durch welche sich diese Stadt in den großen geschichtlichen Ehrentagen des preußischen Namens auf eine für alle künftigen Zeiten so ruhmwürdige Weise ausgezeichnet hat. — Ew. Wohlgeboren ersuche ich ergebenst, den Herren Mitunterzeichneten der Adresse meine angelegentlichsten Wünsche für das fernere Emporblühen Königsbergs und meinen herzlichsten Dank geneigtest ausdrücken zu wollen." —

Kurz nach seiner Uebersiedelung als Generalkonsul nach Kopenhagen schrieb Dr. Quehl, welcher Bismarck offenbar im Verdachte hatte, an seinem Sturze mitgearbeitet zu haben, an Manteuffel (11. Nov.):

„Ich lese in den Zeitungen, daß neuerdings wieder beabsichtigt wird, Herrn v. Bismarck nach Wien zu senden. Ich würde das für eine sehr glückliche Idee halten, denn bei aller Bewunderung für die vorzüglichen Eigenschaften des Herrn v. Bismarck, bin ich zu aufrichtig gegen Ew. Excellenz gewöhnt, als daß ich Ihnen verhehlen könnte, daß ich denselben für Frankfurt sehr ungeeignet halte. Wenn auch Prokesch wegkommt — und nebenbei glaube ich, daß dieser Mann sehr viele Seiten hat, die es möglich machen, von ihm Vortheil zu ziehen, z. B. gerade seine Eitelkeit, seine Heftigkeit, sein Haß gegen die Kleinstaaten ꝛc. — so wird hiermit das schiefe Verhältniß, das Preußen jetzt am Bundestage hat, nicht gelöst sein. Herrn v. Bismarcks Auffassungen sind gewiß sehr preußisch — das war auch ein neulicher Artikel der »Neuen Preußischen Zeitung«, welcher die gesperrt gedruckte »europäische Großmacht«, Preußen, zur Rache gegen Darmstadt aufforderte! — aber damit ist man noch lange kein guter Diplomat an einem Orte, an dem es besonders darauf ankommt, durch Ruhe und Geschicklichkeit zu wirken. Herr v. Bismarck wird es nie ertragen wollen, der Zweite zu sein — ein Umstand, der es nicht erleichtert, der Erste zu werden."

Und am 12. Nov. aus Kopenhagen:

„Wie mir es scheint, verwickeln sich die Verhältnisse bei uns mehr und mehr, und die unangenehmsten Katastrophen nahen unerbittlich. Dagegen wird freilich Herr v. Westphalen in der »Vossischen Zeitung« besungen von einem Geiste, der dem Publikum ganz naiv sagt, daß es — die kleinen Leute sind, die mit ihrer Hände Arbeit die Großen ernähren!! — Ein Gedicht, das lebhaft an die Fabel erinnert: »Doch wenn er gar des Narren Lob erhält, dann ist es Zeit ihn auszustreichen«." —

Am 12. Nov. brachte die Wochenschrift der „Kladderadatsch" einen Artikel über Hassenpflugk, der nach Ansicht des Ministers v. Westphalen die Grenzen der erlaubten Kritik weit überschritt und deshalb zu einer Beschlagnahme des berühmten Wochenblattes hätte führen müssen, die um deswillen nicht erfolgte, weil der zu dieser Maßregel zuständige Polizeipräsident v. Hinckeldey nicht hatte aufgefunden werden können.

Der Minister des Innern hielt dies Hinckeldey vor und bemerkte im Anschluß daran, der „Kladderadatsch" habe schon oft gerechten Anstoß erregt, und man müsse leider einräumen, daß die Ungezügeltheit seiner Satyre, die fast in jeder Nummer ohne Rücksicht hervortrete, durch die ins sechste Jahr gehende Duldung, welche man diesem Preßerzeugniß, wie es scheint, aus dem eigenthümlichen Standpunkte der vorausgesetzten Harmlosigkeit des Berliner Witzes hätte angedeihen lassen, demselben faktisch allmählich eine Art von Privilegium geschaffen habe. Es dürfte kaum noch irgend ein Spott oder eine Verhöhnung, selbst des Geachtetsten und Heiligsten in diesem Blatte mehr gefunden werden, welche nicht mit zehnfachen Ergüssen des Hohns und der Lascivität entschuldigt werden könnte, die die Behörden, unter deren Augen dieses Blatt erschien, seit Jahren tolerirt hätten. Inzwischen fahre der „Kladderadatsch" in seiner Zügellosigkeit in einer Weise fort, die nicht länger stillschweigend mit angesehen werden könne. Dazu komme, daß der „Kladderadatsch", da er gerade nur des Sonntags erscheine, bei seiner Haltung nach Form und Stoff, ganz abgesehen von strafbaren Verhöhnungen, die er sich erlaube, eine Ironie der Sonntagsheiligung darstelle, die im Gebiet der öffentlichen Presse wenigstens nicht rücksichtsloser gedacht werden könne.

Nach Eingang dieser strengen Kundgebung ließ Hinckeldey sowohl den Verleger des „Kladderadatsch", Hoffmann, wie auch den Direktor verwarnen, von weitergehenden Maßregeln rieth er dagegen entschieden ab. Eine gewaltsame Unterdrückung des Witzblattes lag zwar in den Händen der Polizeimacht, denn sie durfte solches nur ohne Umstände bei dem jedesmaligen Erscheinen wegnehmen und dem Staatsanwalt vorlegen. Ein solches Verfahren vermochte aber Hinckeldey nicht zu billigen; in seinen Augen trug der „Kladderadatsch", als ein sehr wesentliches Ableitungsmittel, die besten Früchte, eine Verspottung des Staates und der Kirche, irgend eine Verhöhnung des Geachtetsten und Geheiligtsten hatte er darin nirgends gefunden. Außerdem waren alle Veranstaltungen getroffen, um das Blatt, sobald es in Berlin zu erscheinen aufhörte, in Dessau erscheinen zu lassen.

Nach Lage der Preßgesetzgebung stand man alsdann in Berlin diesem Blatte völlig machtlos gegenüber. Eine ebenso bedenkliche Bewandtniß hatte es mit der Entziehung der Konzession gegen den Drucker. Mit dieser Maßregel glaubte Hinckeldey wie mit einem glühenden Eisen umgehen zu sollen, welches man mit einem kalten Griff in der Hand hält, um durch den Schreck wirken zu lassen, und sehr selten auflegt. Die Rechtsfrage über die Konzessionsentziehung sei überdies sehr bestritten; die Kreuzzeitungs-, die Vinckesche, die Bethmann-Holl-

wegsche und die katholische Partei zögen hier an einem Strang und warteten nur auf einen recht eklatanten Fall dieser Art, um dem Ministerium in den Kammern die bittersten Verlegenheiten zu bereiten. Die Entziehung der Konzession an den Verleger und Drucker des „Kladderadatsch" über die berüchtigte Hassenpflugksche Geschichte würde für die Opposition mehr als ein gefundenes Essen sein. Hinckeldey verkannte nicht, daß die Ausbeutung dieser Affaire durch die demokratische Presse für das monarchische Prinzip sehr nachtheilig gewesen sei; ein viel größeres Unglück sei aber die Affaire selbst.

Um bei dem Ministerpräsidenten eine Unterstützung gegenüber allenfallsigen weitergehenden Anforderungen des Ministers des Innern zu haben, theilte Hinckeldey demselben am 17. Nov. den ganzen Sachverhalt mit. „Konfidentiell — ob es aber wahr ist oder nicht, kann ich nicht verbürgen — wird mir mitgetheilt, daß die Kreuzzeitungspartei Alles daran setze, um den »Kladderadatsch« todt zu machen, und daß der Erlaß des Ministers die Folge eines Berichts des Generals v. Gerlach sei. Die Sache kann für unsere Situation von Bedeutung werden, darum habe ich ein großes Interesse daran, daß Hochdieselben bei Zeiten von Allem Kenntniß erhalten." —

Gleichfalls am 12. Nov. theilte Kabinetsrath Niebuhr aus Potsdam Manteuffel privatim mit, er habe Allerhöchsten Orts Auftrag bekommen, demselben über die vom Finanzminister geplanten Personalveränderungen in der Königlichen Seehandlung Vortrag zu halten:*)

„Der Geheime Oberfinanzrath Camphausen**) — an ihn war in erster Linie gedacht — ist, ohne seiner ausgezeichneten Tüchtigkeit zu nahe zu treten, einer der Hauptrepräsentanten jener finanziellen Schule, welcher Herr Kühne und Herr v. Patow angehören. Sein Liberalismus ist in der zweiten Kammer der Wahlperiode von 1849 klar an den Tag getreten. Es erscheint im Allgemeinen bedenklich, schon jetzt vor dem definitiven Abgange von Bloch die Direktion der Seehandlung, eine Stelle, die höchst bequem ist, um sonst tüchtige, aber an gewissen Stellen unpassende Beamte zu versorgen, ohne daß sie ein Recht erhalten, sich zu beklagen, zu vergeben, wie hier geschieht, indem dem Camphausen durch Königliche Kabinets-Ordre die Anwartschaft auf die oberste Leitung der Seehandlung ertheilt werden soll. Dies erscheint aber doppelt bedenklich, wenn der zu Befördernde einer Richtung angehört, welche voraussichtlich die Seehandlung in eine der mächtigsten Stützen der beschränkten bureaukratischen Auffassung der Finanzen, wie sie jetzt im Finanzministerium obwaltet, verwandeln und bei Kriegszeiten eine — um mit einem Worte es auszudrücken — geistreiche Benutzung dieses Instituts unmöglich machen wird.

*) Am 24. Okt. hatte Niebuhr Manteuffel aus Potsdam in einem eigenhändigen Privatschreiben Vorschläge hinsichtlich des Hohenzollernschen Schuldenwesens gemacht.

**) Gemeint ist Otto Camphausen, der spätere Finanzminister, bis dahin vortragender Rath im Finanzministerium.

Bei allen Fehlern des Herrn Bloch hat er doch das eine Gute gehabt, daß er jener Auffassung vielfach entgegentrat und beweglicher Natur war; nun soll dies einzige Gegengewicht gegen das Finanzministerium wegfallen und die Richtung, welche jede Vermehrung der Staatseinnahmen außer durch Erhöhung der Abgabensätze und schärfere Einziehung der Steuern für eine kindische und unpraktische Chimäre hält, völlig freies Feld erhalten. Es muß auf den Geist der Beamten und die öffentliche Meinung beirrend und verwirrend wirken, wenn ein der Opposition angehörender Beamter durch Uebertragung einer so bedeutenden Stelle belohnt wird. Außerdem muß es aber die Bewohner der östlichen Provinzen tief betrüben, wenn von Neuem ein Westländer befördert wird, da schon die Meinung sich sehr festgesetzt hat, daß der Herr Finanzminister nur Landsleute und Rheinländer anstelle."*)

Gleichwohl wurde Camphausen 1854 zum Präsidenten der Seehandlung ernannt. —

Am 20. Nov. schrieb der König aus Potsdam:

„Ich melde, bester Manteuffel, daß ich gedenke morgen 8 Uhr nach Charlottenburg zu fahren, woselbst wir den ganzen Tag zu bleiben gedenken und nur Abends zum Schauspiel nach Berlin kommen wollen. Auch Dienstag wollen wir bis Nachmittag daselbst und zu Berlin bleiben. Suchen Sie sich nun die Ihnen genehmste Stunde zum Vortrag, morgen und übermorgen, aus. Es versteht sich von selbst, daß es mir égal ist, ob das Vormittag zu Charlottenburg oder Nachmittag zu Berlin stattfindet, wünsche aber beizeiten Nachricht darüber. Vale!

Friedrich Wilhelm.

P. S. Heut bleiben wir hier. Wollen Sie kommen, so bitt' ich, beizeiten mich zu benachrichtigen."

Am 22. Nov. dankte der Herzog von Augustenburg Manteuffel aus Primkenau für dessen freundliche Theilnahme in Veranlassung des Ankaufs der Herrschaft Primkenau wie auch seiner Wiederherstellung: „Der Ankauf der Herrschaft Primkenau ist allerdings als ein gutes Geschäft zu betrachten, indessen fehlt es hier noch fast an Allem, um die Herrschaft für den Besitzer angenehm und einträglich zu machen, weshalb auch sehr bedeutende Summen hierauf verwendet werden müssen. Es ist daher noch nicht möglich, über den Ankauf ein ganz begründetes Urtheil zu fällen, im Allgemeinen bin ich mit demselben aber doch ganz zufrieden."

*) Noch am 14. Jan. 1854 wandte sich Bloch an Manteuffel mit der Bitte, endlich eine Allerhöchste Entscheidung über die bereits seit sechs Monaten schwebende Frage herbeizuführen, ihm, dem 73jahrigen Seehandlungspräsidenten, in der Person des Geh. Oberfinanzraths Camphausen einen Adlatus cum spe succedendi beizugeben.

Am 24. Nov. schrieb der König aus Charlottenburg:

„Ich habe Westphalen befohlen, den Oberpräsidenten v. Puttkamer aus Posen sofort herkommen zu lassen, um so klar, als es eben möglich ist, über die geistlichen und weltlichen Umtriebe in der Provinz zu werden.

Mit Rom müssen wir schleunig reden. Könnte Klindworth*) vielleicht Schreckensteins**) Vorläufer machen. Vale!

Friedrich Wilhelm."

III. Kapitel.

Aus der Zeit der zweiten Session der III. Legislaturperiode. (28. Nov. 1853 — 29. April 1854.)

In der zweiten Session der III. Legislaturperiode betheiligte sich Manteuffel mit gewohnter Lebhaftigkeit an den Kammerdebatten.***) Im Vordergrund des Interesses stand

1. Die auswärtige Politik,

welche gerade bei der Eröffnung der Kammern zu ernsten Befürchtungen in Betreff der Erhaltung des Friedens Anlaß gab. Ein kurzer Ueberblick über die weitere Entwickelung des orientalischen Streites†) wird nicht umgangen werden können. Auch nach dem Beginn der kriegerischen Operationen zwischen Rußland und der Türkei ließen Preußen und Oesterreich im Verein mit Frankreich und England in ihren friedlichen Bemühungen nicht nach, für welche durch das Wiener Konferenzprotokoll vom 5. Dez. eine neue Grundlage gewonnen ward.††)

In diesem Protokoll, durch welches sich die Vertreter der vier Mächte förmlich zu einer Konferenz konstituirten, sprachen dieselben den Entschluß ihrer Souveräne aus, den beiden kriegführenden Theilen ihre guten Dienste anzubieten. Sie nahmen Akt von den wiederholten Versicherungen des Kaisers von Rußland, welche den Gedanken, seinerseits die Integrität des ottomanischen Reiches beeinträchtigen zu wollen, ausschlössen. Sie erklärten die Existenz der Türkei in den ihr von den Traktaten angewiesenen Grenzen für eine nothwendige Bedingung des europäischen Gleichgewichts und konstatirten, daß der gegenwärtige Krieg in keinem Falle in

*) Der bekannte politische Agent, Staatsrath v. Klindworth.

**) Vgl. oben S. 389.

***) Derselbe eröffnete und schloß die Kammern und sprach in der zweiten Kammer 16 mal und in der ersten Kammer 9 mal. Ankündigung des Schlusses der Kammer am 28. April 1854 in der ersten Kammer. Sten. Bericht, Bd. II, S. 705, in der zweiten Kammer Sten. Bericht, Bd. II, S. 976.

†) Vgl. oben S. 337.

††) Aktenstücke der zweiten Kammer Nr. 118, Kommissionsbericht vom März 1854. Ich verweise noch auf die Broschüren: „Die englisch-französische Politik und einige weitere Worte in der orientalischen Frage", deutsch von Amand. v. Struve, Leipzig 1854, und „Kann Preußen fernerhin neutral bleiben?" Leipzig 1854.

der Begrenzung der beiden Reiche Veränderungen des Besitzstandes herbeiführen dürfe, den die Zeit im Orient geheiligt habe und der für die Ruhe aller anderen Mächte ebenso nothwendig sei. Sie erklärten für das geeignetste Mittel, den von ihren Höfen beabsichtigten Zweck zu erreichen, eine gemeinschaftlich an die Pforte zu richtende Eröffnung des Inhalts, ihr die freundschaftliche Intervention der vier Mächte zur Herstellung des Friedens anzubieten und von ihr die Bedingungen, unter welchen sie zu verhandeln geneigt sei, entgegenzunehmen.

Eine Kollektivnote in diesem Sinne wurde nach Konstantinopel erlassen und mit gleichlautenden Instruktionen für die dortigen Vertreter der vier Höfe begleitet.

Schon vor dem Eingange dieser Note war eine solche ähnlichen Inhalts von den vier Vertretern in Konstantinopel übergeben worden. Die Antwort, welche die Pforte auf dieselbe am 31. Dez. erließ, begegnete sich mit dem in dem Protokoll vom 5. Dez. ausgesprochenen Wunsche. Die Konferenz erklärte in einem Protokoll vom 13. Jan. 1854 die Bedingungen, unter welchen sich die Pforte bereit erkläre, mit Rußland zu unterhandeln, für entsprechend den Wünschen der vier Höfe und für geeignet, dem Petersburger Kabinet mitgetheilt zu werden. Sie sprach zugleich die Dringlichkeit, der so ernsten Situation ein Ende zu machen, und das Vertrauen aus, daß Rußland die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf den Grundlagen annehmen werde, welche nach ihrer Meinung deren Erfolg sicherten und den beiden kriegführenden Theilen die Gelegenheit darböten, sich einander in würdiger und ehrenvoller Weise zu nähern. Die von der Pforte aufgestellten Bedingungen waren im Wesentlichen folgende:

1. Vor Allem Räumung der Donau-Fürstenthümer in der möglichen kürzesten Frist. Sodann 2. Erneuerung der Verträge zwischen beiden Reichen. 3. Eine feierliche, an alle Mächte zu richtende Erklärung der Pforte, wodurch dieselbe die feste Absicht ausspricht, die religiösen Privilegien der verschiedenen Konfessionen ihrer Unterthanen auf ewige Zeiten aufrecht erhalten, auch unter ihnen auf deren Wunsch die Gleichheit herstellen zu wollen, begleitet von Exemplaren der in diesem Sinne zu erlassenden Firmane. 4. Definitive Annahme der ergänzenden Festsetzungen wegen des heiligen Grabes und einiger gottesdienstlichen Bauten. 5. Bereitwilligkeit der Pforte, demnächst den Frieden in dem von den Mächten bezeichneten Wege abzuschließen. Daber Verhandlungen zwischen Bevollmächtigten beider Theile in einer neutralen Stadt unter Assistenz von Vertretern der vier Mächte und alsbaldiger Abschluß eines Waffenstillstandes für eine bestimmte Frist. 6. Bestätigung und Ergänzung des Traktats von 1841 im Sinne des Eintritts des ottomanischen Reiches in die solidarische Gemeinschaft der europäischen Staaten. 7. Frist von 40 Tagen für den Eingang der russischen Antwort. 8. Eröffnung der Aussicht auf fortgesetzte Verbesserung der rechtlichen Stellung aller Klassen der Unterthanen des Sultans.

Auch diese von der Konferenz gebilligten Grundlagen einer Verständigung wurden auf den Wunsch der ersteren durch das Organ des österreichischen Kabinets dem russischen Hofe mitgetheilt.

Rußland ging indessen auf diese Vorschläge nicht ein. Der Kaiser erklärte vielmehr, auf der Sendung eines türkischen Botschafters in das russische Haupt-

quartier oder nach Petersburg bestehen zu müssen, unmittelbar und ohne die Dazwischenkunft der vermittelnden Mächte mit der Pforte verhandeln und besondere Privilegien für die orthodoxe Kirche im Orient in Anspruch nehmen zu wollen. Die Wiener Konferenz erklärte in einem Protokoll vom 2. Febr. diese russische Antwort nicht für geeignet, nach Konstantinopel gesendet zu werden.

Inzwischen hatte die Zerstörung einer türkischen Flottenabtheilung bei Sinope durch die russische Flotte die beiden Westmächte auf Anrufen der Pforte veranlaßt, ihre Flotten in das Schwarze Meer segeln zu lassen. (3. Jan.) Als Zweck dieser Maßregel bezeichneten die Vertreter der beiden Mächte in Petersburg den Schutz der türkischen Küsten und Fahrzeuge gegen russische Angriffe. Das Petersburger Kabinet verlangte hierüber in London und Paris nähere Erläuterungen, welche dasselbe jedoch so wenig befriedigten, daß es seinen diplomatischen Verkehr mit Frankreich und England abbrach. Auf diesen Schritt antworteten die beiden Mächte durch die an Rußland erlassene Aufforderung, die Donau-Fürstenthümer im Laufe des Monats April zu räumen, indem die Weigerung oder Nichtbeantwortung binnen sechs Tagen als eine Kriegserklärung angesehen werden würde. Der Courier, welcher diese Aufforderung nach Petersburg bringen sollte, reiste über Wien, wo gerade ein russischer Entwurf zu Präliminarien in Verfolg eines dem Grafen Orloff bei seiner dortigen Anwesenheit vom kaiserlich österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemachten Vorschlages eingegangen war. Das österreichische Kabinet legte jenen Entwurf, bevor der Courier seine Reise nach Petersburg fortsetzte, der Konferenz vor. Nach Inhalt des Konferenzprotokolles vom 6. März konstatirten die Bevollmächtigten von Frankreich und England, daß zwischen den von ihren Regierungen genehmigten Erklärungen und Dokumenten einerseits und den von dem russischen Gouvernement vorgeschlagenen Präliminarien andererseits folgende wesentliche Unterschiede stattfänden:

1. In den Präliminarien werde die Räumung der Donau-Fürstenthümer abhängig gemacht von der Zurückziehung der englisch-französischen Flotte nicht allein aus dem Schwarzen Meere, sondern auch aus dem Bosporus und den Dardanellen, während die Westmächte erklärt hätten, sich zu Letzterem erst nach Abschluß des definitiven Friedensvertrages entschließen zu können. 2. Es liege in der Absicht der Präliminarien, die Festsetzungen in Bezug auf die Privilegien der Angehörigen der griechischen Kirche in die strenge Form eines Vertrages zu bringen, welcher nur die Verhältnisse der zur griechischen Konfession gehörigen Unterthanen der Pforte zum Gegenstande haben solle; diese Bestimmung sollte demnächst in den definitiven Vertrag aufgenommen und in Bezug auf sie eine offizielle Note, welche jene Privilegien bestätige, an das russische Gouvernement gerichtet, und es solle schließlich diese Note dem definitiven Friedensinstrument annektirt werden, in der Art, daß sie mit dem Vertrage selbst gleiche verbindliche Kraft erhalte. Daß dieses Verlangen ebenso wie die beiden folgenden Punkte mit den in den Konferenzprotokollen niedergelegten Ansichten und Wünschen der übrigen Mächte kontrastire, liege auf der Hand. 3. Sollten nämlich die Präliminarien von Rußland zwar nicht ausdrücklich, aber doch der Sache nach der Berathung der Konferenz entzogen werden. 4. Während es nach den Konferenzprotokollen in der Absicht liege,

die Türkei an den völkerrechtlichen Garantien Europas theilnehmen zu lassen, werde diese Absicht in den Präliminarien stillschweigend abgelehnt.

Die Gesandten von Preußen und Oesterreich erkannten das Gewicht dieser Bemerkungen und der bezeichneten Divergenzen an.

Nach diesem Resultat der Konferenzberathung ließ das österreichische Kabinet der Aufforderung der Westmächte freien Lauf. Preußen und Oesterreich schlossen sich diesem Schritt insoweit an, als sie das Petersburger Kabinet durch ihre Gesandten beschwören ließen, die Folgen einer Weigerung zu bedenken und durch Räumung der Fürstenthümer einen unheilvollen Krieg abzuwenden. Rußland ließ die französisch-englische Aufforderung unbeantwortet, worauf die beiden Westmächte ihm infolgedessen den Krieg erklärten (28. März).

Am 9. April unterzeichnete Preußen in Wien ein neues Protokoll, in welchem es sich mit den andern drei Mächten zu folgenden gemeinsamen Grundsätzen und Zielpunkten bekannte:

1. Aufrechthaltung der Integrität des osmanischen Reiches. 2. Konsolidirung der bürgerlichen und religiösen Rechte der christlichen Unterthanen der Pforte durch alle mit der Unabhängigkeit und Souveränität des Sultans verträglichen Mittel. 3. Aufsuchung von Bürgschaften, welche am meisten geeignet seien, das Dasein des osmanischen Reiches an das europäische Gleichgewicht zu knüpfen. 4. Erklärte Bereitwilligkeit zur Verständigung über die zur Erreichung des Zweckes dienenden Mittel, und endlich 5. Verpflichtung, mit Rußland kein definitives, den oben angegebenen Zwecken widersprechendes Arrangement ohne vorherige gemeinschaftliche Berathung abzuschließen.

Um das Bild über die bisherige preußische Politik zu vervollständigen, ist es nöthig, auf die sonstigen Erklärungen der Regierung sowie die Verhandlungen einzugehen, welche außerhalb der Konferenzen zwischen derselben und anderen Kabinetten stattfanden.

Es ist hier zunächst an den österreichischen Vorschlag zu erinnern, durch einen gemeinsamen Schritt der beiden deutschen Großmächte eine Neutralitätserklärung des Deutschen Bundes herbeizuführen. Nachdem derselbe von Seiten der preußischen Regierung abgelehnt worden war, gab der kaiserliche Präsidialgesandte im Monat November 1853 eine Erklärung über die österreichische Politik in der orientalischen Frage im Schoße der Bundesversammlung ab. Der preußische Gesandte erklärte bei dieser Gelegenheit, „daß die Königliche Regierung auch ferner fortfahren werde, die Freiheit der Entschließung, welche sie sich bisher vorbehalten, zu benutzen, um im Verein mit den erhabenen Verbündeten Sr. M. des Königs alle ihre Kräfte der Sicherung des Friedens zu widmen."

Ende Jan. 1854 wurde in Berlin vom russischen Gesandten, während gleichzeitig der Graf Orloff in außerordentlicher Mission dem Wiener Hofe Vorschläge überbrachte, eine Proposition übergeben, welche dahin ging, zwischen den drei Höfen von Oesterreich, Preußen und Rußland ein Protokoll zu unterzeichnen. Der Eingang des Entwurfs zu diesem Protokoll bezeichnete als Beweggrund des beabsichtigten Uebereinkommens den gemeinsamen Wunsch, die Verbindung der drei Mächte angesichts der den Weltfrieden bedrohenden Gefahren enger zu schließen,

und als Zweck desselben die Vereinbarung der in den bevorstehenden Konjunkturen sowohl unter sich als den Westmächten gegenüber zu beobachtenden Haltung. Demgemäß sollten:

1. Die beiden deutschen Mächte sich für den Fall einer aktiven Betheiligung Englands und Frankreichs in dem Kriege gegen Rußland förmlich verpflichten, die strengste Neutralität zu beobachten und im Falle erneuerten Drängens oder Drohungen von Seiten der Westmächte zu erklären, daß sie entschlossen seien, diese Neutralität nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand gegen Jeden, der sie verletzen sollte, zu vertheidigen. 2. Die drei Mächte sollten jeden Angriff Frankreichs oder Englands gegen das Gebiet Oesterreichs, Preußens oder eines andern deutschen Staats wie einen Angriff auf ihr eigenes Gebiet betrachten und sich zur Abwehr gegenseitig nach Erforderniß der Umstände und nach weiterer Verabredung militärischer Kommissarien Beistand leisten. 3. Der Kaiser von Rußland wiederholte die Versicherung, den Krieg beendigen zu wollen, sobald es seine Würde und das wohlverstandene Interesse seines Reiches gestatten würden. In Erwägung jedoch, daß die weitere Entwickelung der Ereignisse den Zustand der Dinge in der Türkei verändern könnte, verpflichtete sich Se. M., bei den diesfälligen Vereinbarungen mit den Seemächten in dieser Beziehung keinen Entschluß ohne vorgängige Verständigung mit seinen Verbündeten zu fassen.

Dieser Protokollentwurf war mit einer abschriftlich übergebenen Depesche begleitet, in welcher der russische Reichskanzler an die Triple-Allianz erinnert, welche so lange Zeit der Schirm Europas gewesen. Angesichts des bevorstehenden Krieges halte sich sein Souverain für verpflichtet, an seine Freunde und Verbündeten einen ernsten Ruf ergehen zu lassen. Ihr gemeinsames Interesse mache es nothwendig, nunmehr die Stellung zu bezeichnen, welche sie in den bevorstehenden Eventualitäten beobachten wollten. Indem auf das einseitige Vorgehen der Westmächte verwiesen wurde, wurde vor ihrer Nichtachtung der Interessen der deutschen Mächte gewarnt. Nicht so wolle Rußland handeln; es sei entschlossen, die Last des Krieges allein zu tragen, und verlange von seinen Freunden und Verbündeten weder Opfer noch Hülfe. Das Heil beider Mächte und Deutschlands hänge von ihrer Einigkeit ab. Auf diesem Wege würde es ihnen gelingen, die Krise sich nicht weiter entwickeln zu lassen, vielleicht dieselbe abzukürzen. Es wurden darauf drei verschiedene Stellungen beleuchtet, welche die vereinigten deutschen Staaten annehmen könnten: Gemeinschaftliches Auftreten mit Rußland gegen die Seemächte, Verbindung mit den Letzteren gegen Rußland, endlich strenge Neutralität. Das russische Kabinet machte keinen Anspruch auf ersteres und hielt das zweite für unmöglich, wenn die deutschen Mächte nicht den Drohungen des Westens nachgäben. Es hieße dies, sich jetzt einer schimpflichen Nothwendigkeit unterwerfen, um einer bejammernswerthen Zukunft entgegenzugehen. Rußland, bei sich unangreifbar, fürchte weder militärische Invasionen, noch die verderblicheren des revolutionären Geistes. Wenn seine Alliirten es verließen, so würde es sich gesagt sein lassen, sich auf sich selbst zurückzuziehen und sich so einzurichten, ihrer in Zukunft entbehren zu können. Der Kaiser vertraue den bewährten Gesinnungen seiner Freunde und Verbündeten und denjenigen ihrer tapferen Armeen, welche mit denen Ruß-

lands seit so langer Zeit durch die Bluttaufe und durch eine unverleugbare Identität der Grundsätze verbunden seien. Nur die dritte Alternative hielt das russische Kabinet der deutschen Höfe für würdig und ihren Interessen entsprechend sowie für geeignet, durch Fortsetzung ihrer Vermittlerrolle die besonderen Wünsche Rußlands zu verwirklichen. Doch dürfe diese Neutralität keine unbestimmte und schwebende, auch keine abwartende sein, — denn eine solche Haltung würde ohne Zweifel von beiden kriegführenden Theilen, namentlich von Rußland, als eine feindliche angesehen werden — sie müsse vielmehr auf den Prinzipien beruhen, welche während langer Proben die allgemeine Ruhe und den Weltfrieden erhalten hätten; diese Grundlage ihrer Politik müßten sie nöthigenfalls durch die Waffen zur Geltung zu bringen wissen. Sollte eine der beiden Seemächte einen Angriff wagen, so würde die andere ihre politische Stellung ändern. Eintretendenfalls werde jedoch Rußland mit allen seinen Kräften zu Hülfe kommen.

Dieser Vorschlag wurde in Berlin und wenige Tage später auch in Wien abgelehnt. In einem ostensiblen Erlasse an den Königlichen Gesandten in Petersburg vom 31. Jan. sprach Manteuffel die Ansicht aus, daß das Protokoll vom 5. Dez. und die darauf folgenden Unterhandlungen unter den vier Mächten eine gegenseitige Verpflichtung begründeten, von der sich Preußen nicht einseitig lossagen könne. Sodann sei das Resultat der auf Grund der Wiener Konferenzberathungen nach Petersburg geschickten Propositionen abzuwarten, und in keinem Falle könne die Königliche Regierung auf das mit den anderen Mächten unternommene gemeinsame Werk verzichten und durch einen Abfall den Erfolg dieser Bestrebungen vereiteln. Jetzt eine bewaffnete Neutralität zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland proklamiren, hieße sich die Hände gegenüber von Eventualitäten binden, deren Tragweite unübersehbar sei. In einer anderen Depesche von demselben Tage wies Manteuffel darauf hin, daß durch den russischen Vorschlag einer Art von defensiver Triple-Allianz unsere Hülfeleistung, auf die man zu verzichten behaupte, in einer anderen Form beansprucht werde. Den revolutionären Geist, den Rußland nicht zu fürchten habe, hätte Preußen auch bei sich ohne fremde Hülfe überwunden. Uebrigens werde zwischen den deutschen Staaten Einigkeit herrschen.

In den letzten Tagen des Monats Februar ließ das österreichische Kabinet der preußischen Regierung den Entwurf einer zwischen den vier in der Wiener Konferenz vertretenen Mächten abzuschließenden Konvention vorlegen. Eine am 5. März an den Grafen Arnim erlassene Depesche enthielt die Motive, aus welchen Manteuffel diesen Vorschlag ablehnen zu müssen glaubte. Es war darin gesagt, daß Preußen, obgleich vom Schauplatz der Ereignisse entfernt und vergleichungsweise bei dem Streite um den Einfluß im Orient weniger interessirt als Oesterreich, England und Frankreich, sich doch an den Bemühungen der Mächte, den Frieden unter Wahrung der Interessen des europäischen Gleichgewichts herzustellen, ohne Zögern betheiligt habe. Bei ihrer Mitwirkung in den Wiener Konferenzen sei sich die Königliche Regierung der Folgen, welche aus der Unterzeichnung der Akte derselben herzuleiten, vollkommen bewußt gewesen. Stets habe sie sich dabei die Freiheit ihres Handelns vorbehalten, um ihre Stelle in dem durch die Wiener Konferenz kon-

statirten Konzert gut ausfüllen zu können. Eben deshalb aber und da die vorgeschlagene Konvention prinzipiell den wesentlichen Inhalt dessen, was die Protokolle als Zweck der vereinten Bestrebungen und als Grundlage der Vereinigung hinstellten, in keiner Weise ändere, so schiene sich die feierliche Form einer Konvention nicht in einem Augenblicke zu empfehlen, wo die praktische Tragweite der Stipulationen im Begriff stehe, sich nicht mehr bloß an die durch die Protokolle hinlänglich als übereinstimmend konstatirten Grundsätze, sondern an die Ausführungsmaßregeln zu knüpfen. Bei der besonderen Stellung Preußens würde dieses daher nur unter ausdrücklichen Vorbehalten, welche in die Konvention aufzunehmen oder ihr beizufügen wären, beitreten können. Hierdurch würde der eigentliche Zweck, die moralische Wirkung, welche die feierlichere Form mit sich bringe, eher geschwächt werden. Deshalb dürfte die Beibehaltung der Form der Protokolle vorzuziehen und die Konferenz für alle diejenigen Gegenstände beizubehalten sein, welche vor die durch das Konventionsprojekt vorgeschlagene neue Konferenz gehören würden. Indem sie dieses Projekt hiernach zur Zeit ablehne, betrachte die Königliche Regierung nach wie vor das Konzert der vier Mächte als das beste Mittel zu einer befriedigenden Lösung der Verwickelung.

Das Verhältniß, in welches Preußen zu dem Wiener Kabinet und zu den deutschen Staaten zu treten wünschte, ergab sich aus einem Erlasse Manteuffels an den Grafen Arnim vom 16. März, worin es hieß:

„Man habe mit Interesse von den Maßregeln Kenntniß genommen, welche Oesterreich zur Wahrung seiner Interessen an seiner südöstlichen Grenze getroffen habe. Zwar werde Preußen gleich den übrigen deutschen Staaten den besonderen Standpunkt zu wahren haben, den es einnehme. Darin solle aber kein Hinderniß der Verständigung mit Oesterreich liegen. Vielmehr sei man zu einer solchen Verständigung bereit, soweit es sich um die Wahrung deutscher Interessen handle. Es werde daher eine nähere Mittheilung darüber erwartet:

a) ob Oesterreich im Interesse der Ruhe seiner eigenen Grenzprovinzen erforderlichenfalls die anstoßenden türkischen Lande besetzen oder b) ob es Letztere als Pfand bis zur Herstellung des Friedens in Besitz nehmen, oder endlich c) ob es sich aktiv an dem Kampfe betheiligen wolle?

Nach dem Ausfalle der diesfälligen Erklärungen würde Preußen in der Lage sein, zu beurtheilen, inwieweit es sich um Wahrung deutscher Interessen handele, und ob Preußen etwa dazu beitragen könnte, den etwa von den Westmächten zu übenden Druck auf Oesterreich zu mildern."

Ein Cirkular Manteuffels an die Königlichen Missionen bei den deutschen Höfen vom 14. März besagte im Wesentlichen: die Königliche Regierung habe mit Genugthuung von den Maßregeln Kenntniß genommen, welche Oesterreich an seiner südöstlichen Grenze getroffen, insbesondere insoweit es sich dabei auch um die Wahrung deutscher Interessen handle. Sie erblicke in jenen Maßregeln eine Bürgschaft mehr für die Hoffnung, daß der bevorstehende Kampf seinen lokalen Charakter bewahren werde. Eine gleiche Auffassung dürfe sie auf Seiten der übrigen deutschen Staaten voraussetzen. Es werde vorbehalten, weiterhin in nähere Er-

wägung zu ziehen, inwieweit die deutsche Bundesversammlung, insofern es sich um Wahrung deutscher Interessen handle, sich auch ihrerseits bei der Sache zu betheiligen habe.

Eine österreichische Cirkulardepesche vom 14. März warf zunächst einen Rückblick auf die bisherige Politik des Kaiserlichen Kabinets in der orientalischen Frage, bedauerte das Fehlschlagen seiner eifrigen Vermittelungsversuche und fuhr dann ungefähr folgendermaßen fort:

„Oesterreich verhehle sich nicht, daß der bevorstehende Kampf eine Wendung nehmen könne, die auch seine Interessen nahe berührte. Solange seine Verhältnisse es ihm gestatteten, würde es an dem Kampfe keinen Theil nehmen; es müsse aber auch den Fall einer aktiven Betheiligung ins Auge fassen. Die Interessen, um die es sich hierbei handle, seien auch diejenigen der deutschen Staaten. Darum glaube das Kaiserliche Kabinet sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß in diesem Falle Preußen und die übrigen deutschen Staaten ihre Kräfte mit denen Oesterreichs vereinigen würden. Es würde alsdann der deutsche Bund berufen sein, zu beweisen, daß er über seine vorwiegend defensive Stellung im europäischen Staatensystem hinaus auch eine thätig eingreifende Rolle auszufüllen wissen werde. Sobald die Kriegserklärung zwischen Rußland und den Westmächten erfolgt sei, werde Oesterreich eine weitere Erklärung am Bunde abgeben. Gäbe es aber überhaupt noch ein Mittel, dem weiteren Umsichgreifen der Gefahren zu begegnen, von denen Europa bedroht werde, so liege es in dem gemeinschaftlichen Auftreten Oesterreichs und Preußens in Verbindung mit ihren deutschen Bundesgenossen." —

Nachdem die beiden Westmächte am 10. April ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen hatten, kam unter dem 20. April ein Schutz- und Trutzbündniß auch zwischen Preußen und Oesterreich zu Stande.*) Dasselbe enthielt in Verbindung mit dem ihm angefügten Zusatzartikel und der an demselben Tage abgeschlossenen Militärkonvention und zwar für die Dauer des gegenwärtigen, zwischen Rußland einerseits und der Türkei, Frankreich und England andererseits ausgebrochenen Krieges, folgende wesentliche Bestimmungen:

1. Jeder auf das Ländergebiet des einen kontrahirenden Theils gerichtete Angriff, woher er auch komme, soll auch von dem andern als ein gegen das eigene Gebiet gerichtetes feindliches Unternehmen angesehen werden (Art. 1); 2. betrachten die Kontrahenten sich zur gemeinsamen Abwehr jedes Angriffs auf

*) Die Unterzeichnung erfolgte am 20. April 1854 zu Berlin durch Manteuffel, v. Heß und den Grafen Thun. Augenscheinlich war in Manteuffels Anschauung in den letzten Monaten ein starker Umschwung eingetreten. Noch am 17. Dez. 1853 notirte Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 94, „Manteuffel sagte, wenn die österreichische Alliance erneuert würde, so nähme er den Abschied. Ich halte das pure Abweisen derselben für eine Thorheit und finde das sehr gefährlich, nicht aber, wenn man Oesterreich Bedingungen macht." Noch am 27. Jan. 1854 klagte Budberg Gerlach gegenüber über Manteuffels antiösterreichische Richtung, er sprenge die heilige Alliance; a. a. O., S. 103.

irgend einen Theil ihrer Gebiete auch in dem Falle als verbunden, wenn der eine Theil im Einverständniß mit dem andern zur Wahrung deutscher Interessen aktiv vorzugehen sich veranlaßt findet (Art. 2); 3. der dem Vertrage angehängte Zusatzartikel setzte noch speziell fest: es seien in Petersburg Befehle gegen jedes weitere Vorrücken der russischen Armee auf türkischem Gebiete sowie vollgültige Zusicherung wegen baldiger Räumung der Donau-Fürstenthümer zu begehren. Ist — heißt es wörtlich weiter — die auf diese Schritte der Kabinette von Wien und Berlin erfolgte Antwort des Kaiserlich russischen Hofes wider Verhoffen von der Art, daß sie ihnen nicht volle Beruhigung über die erwähnten beiden Punkte gewährt, so werden die von einem der kontrahirenden Theile zur Erreichung derselben zu ergreifenden Maßregeln unter die Bestimmung des Artikels 2 des am heutigen Tage abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisses mit der Maßgabe fallen, daß jeder feindliche Angriff auf das Gebiet einer der beiden hohen kontrahirenden Mächte von der andern mit allen dieser zu Gebote stehenden militärischen Kräften abgewehrt wird; 4. bestimmte derselbe Zusatzartikel am Schlusse: ein offensives beiderseitiges Vorgehen werde erst durch eine Inkorporation der Fürstenthümer sowie durch einen Angriff oder Uebergang des Balkans von Seiten Rußlands bedingt; 5. in der zugleich mit dem Vertrage für den Eintritt der vorstehenden Eventualitäten abgeschlossenen Militärkonvention verpflichtete sich (Art. 2) Preußen, unter Umständen 100 000 Mann in der Zeit von 36 Tagen zu konzentriren, nämlich ein Drittel in Ostpreußen und die beiden andern Drittel zu Posen oder zu Breslau, sowie ferner, sein Heer, wenn die Umstände es erheischen, auf 200 000 Mann zu bringen und sich behufs Alles dessen mit Oesterreich zu verständigen; 6. schließlich (Art. 6) setzte dieselbe Militärkonvention fest: „die Richtung, welche den beiden Heeren gegeben werden soll, sobald sie beisammen sind, wird nach dem Grundsatze festgestellt werden, daß die Unterstützung, welche sich die beiden Mächte leihen, einfach den Zweck hat, einen Angriff zurückzuweisen." —

Bismarck war der Vertrag vom 20. April zu russenfeindlich, nachdem aber der Abschluß erfolgt war, fand er auch mit dem Scharfblick des Diplomaten von Gottes Gnaden die Handhabe, um ihn unschädlich zu machen. In dem Artikel 2, wo von dem „aktiven" Vorgehen des einen der beiden Theile die Rede war, entdeckte er die Worte: „im Einverständniß mit dem andern", und dieser Vorbehalt bot einem Manne seines Schlages das Mittel, um den Thatendrang Oesterreichs an die Kette zu legen und all seine Rechnungen auf die Landsknechtsdienste Preußens zu vereiteln. Die Aussicht, die ihm das eine Wort eröffnete, flößte ihm solchen Trost ein, daß er an Gerlach schrieb: „Wenn über solch ein ›Einverständniß‹ eine anderweitige Verständigung noch nicht getroffen sei, dann sei das Ganze für Oesterreich doch nur eine hohle Nuß, ein pactum de contrahendo, aber eine nützliche Handhabe für uns, wenn wir sie nur entschlossen anpacken und brauchen."*) —

*) Wilhelm Oncken, „Ein staatsmännisches Meisterstück Bismarcks", in der „Kölnischen Zeitung" Nr. 766 vom 12. Aug. 1898.

Im Hinblick auf die alsbald auch in der Presse auftretenden Versuche, an dem Aprilvertrage herumzudeuteln, schrieb der Generalkonsul Dr. Quehl am 28. April aus Kopenhagen an Manteuffel:

„Das Schutz- und Trutzbündniß mit Oesterreich ist, — wie die Dinge nun einmal gekommen waren — eine große und gute That für Preußen. Es ist nun wenigstens aus dem Nebel einer scheinbaren Unsicherheit und Schwankung auf einen klaren und festeren Standpunkt getreten. Aber ein guter Theil dieses errungenen Vortheils geht gänzlich verloren, wenn man der russischen — winzig kleinen, aber mächtigen und durch Beihülfe russischen Geldes in der »Kreuzzeitung« trefflich vertretenen Partei erlaubt, durch ihre Auslegungen diesem Bündnisse seine Bedeutung zu nehmen und seinen Eindruck zu schwächen. Hiergegen müßte durchaus keine russenfresserische oder mit Frankreich-England liebäugelnde, aber mit Geist, Takt und Energie geleitete Presse des Gouvernements wirken. Ich vermisse diese Wirkung, sehe aber zu meinem Schrecken, wie nicht allein Mißtrauen und Haß gegen die Kreuzzeitungspartei, mit der man bereits die »Edelleute« zu identifiziren anfängt, gewaltig zunehmen und die Furcht, daß Se. M. in den Händen dieser Partei sei. Herr v. Gerlach hat vielen geistreichen Unsinn gesprochen und geschrieben, aber noch nie eine frechere Lüge als »daß der pommersche Bauer sage, der König könne nicht gegen den Kaiser von Rußland, seinen Schwager, ziehen«." —

Deutlicher noch als aus der erwähnten Geschichtserzählung erhellt Manteuffels Orientpolitik aus den darüber in den preußischen Kammern geführten Verhandlungen. Die Kammern hatten sich seit ihrer Existenz wohl ab und zu mit politischen Fragen, mit Olmütz und der dänischen und kurhessischen Verwickelung beschäftigt, noch nie aber eine solche Wißbegierde und Lust zur Kritik des auswärtigen Ministers gezeigt, wie jetzt bei der orientalischen Frage.

An die Spitze mögen die Worte gestellt werden, womit Manteuffel am 28. Nov. 1853 im Auftrage des Königs die Kammern eröffnete.

„Preußen wird," so hieß es in dieser Rede, „gestützt auf seine eigene Kraft und sich vollkommen derselben bewußt, wie bisher so auch fernerweit nach allen Seiten seine aufrichtigen und thätigen Bestrebungen fortsetzen, um der Sache des Friedens und der Mäßigung in dieser folgenschweren Frage seine ebenso unabhängige als unparteiische Sprache zu leihen. Welche Wendung die Ereignisse aber auch nehmen mögen, die Vorsehung hat den König, unsern Allergnädigsten Herrn, an die Spitze eines wehrhaften, durch Vaterlandsliebe gehobenen und einigen Volkes gestellt, und die Regierung Sr. M. — dessen seien Sie fest überzeugt — wird bei Allem, was sie hierunter vorzunehmen berufen sein möchte, das wahre Interesse des Landes, welches von demjenigen der Krone ganz unzertrennlich ist, zur ausschließlichen Richtschnur ihrer Bestrebungen und Handlungen nehmen."

Am 11. März schrieb der König aus Potsdam eigenhändig an Manteuffel:

„Dem Landtage ist etwa Folgendes durch Königliche Botschaft mitzutheilen:

Seine Majestät ist entschlossen, seinen Völkern und, wenn möglich, ganz Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, mitten in dem Kriegsunglück, das einen großen Theil Europas, wie es zu erwarten steht, überziehen wird. Preußen bleibt also neutral und wird seine Neutralität feierlich verkündigen und hat gegründete Hoffnung, daß Oesterreich und ganz Deutschland dasselbe thun. Preußens Neutralität wird keine schwankende, keine unentschlossene sein. Sie soll wahr, fest, treu, aufrichtig, selbstbewußt und unbewaffnet sein. Der König wird dieselbe nur in einem einzigen, Gottlob! unwahrscheinlichen Falle in eine bewaffnete verwandeln: »Wenn eine Macht Preußen zwingen wollte, seine autonome Neutralität zu brechen. Das ist dann in dem ganzen Konflikt, der Europa betrübt, die einzige gute Sache, für die Preußen die Waffen ergreifen kann und darf, die eigene Unabhängigkeit und Ehre.«

(Folgt die eventuelle Forderung des Kredits.)

Friedrich Wilhelm."

Am 10. März theilte der Abgeordnete Friedrich Harkort Manteuffel mit, seine Parteigenossen hätten im Parlament in Sachen der orientalischen Verwickelung bisher geschwiegen, um nicht voreilig der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten; man erwarte indessen bündige Aufschlüsse über Preußens Stellung, bevor man die Mittel bewilligen könne.

„Die Kunde einer bevorstehenden Anleihe hat seitdem die Runde gemacht, und ich halte mich für verpflichtet, eine nachträgliche Bemerkung zu liefern. Nach stattgefundenen Unterredungen mit den Abgeordneten für Rheinland und Westfalen finde ich, daß man sehr positive Auskunft verlangen wird. Man argumentirt in folgender Weise: »Gesetzt den Fall, Herr v. Manteuffel versichert uns: Preußen geht unter keiner Bedingung mit Rußland, denn es ist notorisch ein Unrecht — und wir bewilligen die 30 Millionen. Wer bürgt uns dafür, daß nicht der Premier später zurücktritt und die Russenfreunde, mit jenem Gelde ausgestattet, ans Ruder kommen? Ist nicht die Elite der Ultras, Kleist, Crassow, Bismarck und Andere, hier unter dem Vorwande versammelt, Gerlachs Geburtstag zu feiern?«

Demnach schließe ich, daß man sich nicht mit allgemeinen Redensarten befriedigt sehen wird und die Debatte sehr scharf werden könnte!"

Am 12. März trug der Minister des Innern, v. Westphalen, Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben die erheblichen Bedenken vor, welche sich ihm gegen die von dem Ministerpräsidenten vorgeschlagene Fassung der Erklärung bei der Kreditgewährung aufdrängten. „Von der Ansicht ausgehend, welche ich aus den Zeitungen und aus den Verhandlungen, soweit sie bisher zu meiner Kenntniß gelangt sind, geschöpft, und in welcher ich mich insonders auch aus einer gelegentlichen Aeußerung, die ich Anfang vorigen Monats (in der zweiten Kammer) aus Ew. Excellenz Munde vernahm, — daß, nachdem die Anträge Rußlands abgelehnt worden, es nun darauf ankomme, auch dem Drängen der Westmächte entgegenzutreten, — bestärkt gefunden, entspricht meines Dafürhaltens die Fassung des Entwurfs der Erklärung derjenigen Stellung nicht, welche Preußen nicht auf-

geben kann, ohne sich den unberechenbarsten Konsequenzen hinzugeben, nämlich der Stellung, welche sich streng in der Vertheidigung seiner eigenen und Deutschlands Sicherheit und Unabhängigkeit charakterisiren lassen dürfte. Denn der Entwurf gestattet die Auffassung einer bevorstehenden aktiven Kooperation gemeinschaftlich mit den Westmächten in der türkischen Frage, wenngleich nicht in erster, — also doch in zweiter Linie. Ich vermag ihn nicht zu vereinigen mit den von mir nachgelesenen Erklärungen, welche als der Ansicht der Regierung entsprechend kürzlich in mehreren Artikeln der »Preußischen Korrespondenz« der Oeffentlichkeit übergeben worden sind, namentlich nicht mit derjenigen in Nr. 56 vom 8. März d. Js. Der beruhigende Eindruck, welchen diese Veröffentlichungen bereits im Lande verbreitet haben, würde durch die entworfene Erklärung wieder erschüttert werden." —

Am 13. März beantwortete Manteuffel in der zweiten Kammer die Interpellation des Grafen Schwerin, betreffend die Stellung der Regierung in der orientalischen Frage;*) die demnächst der Volksvertretung unterbreitete Vorlage würde Gelegenheit geben, sich über die politische Lage auszusprechen. Die in den nächsten Tagen in die Ostsee einlaufende Flotte**) (scil. Englands und Frankreichs) gehörte Staaten an, mit denen Preußen in gutem Einvernehmen stehe.***)

Am 18. März verlas Manteuffel sowohl in der zweiten als in der ersten Kammer nachstehende Kundgebung:†)

„Die Regierung des Königs ist den Ereignissen, durch welche der Frieden im Orient gestört und in weiterem Umfange bedroht ist, mit der ernstesten Aufmerksamkeit gefolgt und hat sich in jedem Augenblick die Pflichten gegenwärtig gehalten, welche ihr einerseits durch die Stellung Preußens im europäischen Staatensystem, andererseits durch die speziellen Verhältnisse dieses Landes und durch seine Beziehungen zu dem übrigen Deutschland auferlegt werden.

In den zuerst genannten Pflichten lag der Beruf Preußens, seine Anstrengungen der Aufrechthaltung des europäischen Friedens zu widmen, und die Regierung darf sich dem beruhigenden Bewußtsein hingeben, zur Erreichung dieses Zweckes keins der sich darbietenden Mittel unversucht gelassen zu haben. Sie hat

*) Vgl. hierüber Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 122 und 124 (Beschwerde Westphalens über Manteuffels Benehmen bei Beantwortung dieser Interpellation).

**) Am 20. März schrieb der Generalkonsul Dr. Quehl aus Kopenhagen an Manteuffel über den Befehlshaber der englischen Flotte: „Heute Morgen ist Napier hier angelangt. Ich sah ihn zufällig; er sieht noch sehr frisch für sein Alter und wie ein Mensch aus, dem alles Mögliche in dem Gebiete der Tollkühnheit zuzutrauen ist."

***) Bismarck hatte damals (13. März) Manteuffel in dem Verdacht, Preußen in die Alliance mit den Westmächten zu treiben. Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 121. Nach einem Brief, den Bismarck am 18. Dez. 1853 an Gerlach gerichtet hatte, war Manteuffels Benehmen zu Bismarck noch immer kein kordiales. Wenn er mit ihm zusammen komme, so sei er genirt und ersetze durch Höflichkeit, was ihm an Vertrauen fehle. Bismarck war sich bewußt, stets rechtschaffen gegen Manteuffel gehandelt zu haben, was des Weiteren ausgeführt wird in „Bismarcks Briefe an Gerlach", Kohls Ausgabe, S. 111.

†) Sten. Bericht der zweiten Kammer, Bd. II, S. 619, und der ersten Kammer, S. 451.

in dieser Richtung nicht nur den Einfluß und das Vertrauen, dessen sie sich bei den auswärtigen Mächten erfreut, in selbständiger Thätigkeit geltend gemacht, sondern auch auf den Konferenzen zu Wien ihre eifrigsten Bemühungen mit denen Oesterreichs und der westlichen Mächte vereinigt, um den zwischen Rußland und der Pforte entstandenen Streit zu einem friedlichen Austrag zu bringen. Die Regierung hat keinen Anstand genommen, bei dieser Gelegenheit ihre rechtliche Ansicht von der Sache in den Protokollen niederzulegen und den zur Erhaltung des Friedens gethanen Schritten der Konferenz durch ihre Mitwirkung das volle Gewicht der Gemeinschaftlichkeit zu verleihen. Sie hat aber geglaubt, bevor sie über dieses Maß hinaus der Freiheit ihrer Entschließungen entsagte, bevor sie namentlich Verbindlichkeiten einging, deren unmittelbare oder mittelbare Folge die Verpflichtung zu thätiger Betheiligung an dem ausgebrochenen Streit sein konnte, die Opfer, welche sie dem Lande dadurch auferlegen würde, und die eigenen Interessen Preußens, welche auf dem Spiele stehen, mit gewissenhafter Sorgfalt gegeneinander abwägen zu sollen.

Die Regierung ist entschlossen, Preußen unter allen Umständen die ihm gebührende Mitwirkung zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts zu wahren, bisher aber liegt uns, das müssen wir uns sagen, nicht in demselben Maße wie anderen Mächten vermöge ihrer geographischen Lage und maritimen Hülfsquellen der Beruf ob, zum Schutze der Integrität des türkischen Reiches handelnd in einen seiner ganzen Tragweite nach noch nicht zu übersehenden Streit einzugreifen, dessen ursprünglichen Gegenstand nicht die Interessen unseres Vaterlandes, sondern die Privilegien und der Einfluß bilden, welche andere Mächte in den Ländern der Pforte in Anspruch nehmen. Wenn wir hiernach zu einer thatsächlichen Betheiligung bei dem gegenwärtigen Kampf jetzt uns nicht für berufen erachten können, so thut es dem landesväterlichen Herzen des Königs wohl, Preußen und seinen deutschen Bundesgenossen die Segnungen des Friedens noch länger zu erhalten, als es den unmittelbarer betheiligten Mächten ihrerseits für sich thunlich erscheint.

In diesem Sinne hat sich der König entschlossen, dem preußischen Volke die von jedem Kriege unzertrennlichen schweren Opfer nur dann anzusinnen, wenn die wahren und eigenthümlichen Interessen unseres Landes, unter denen die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands obenan stehen, einen solchen Entschluß gebieterisch fordern.

Wir halten nach wie vor an der durch die Wiener Protokolle eingenommenen Stellung fest. Denn wenn die Erhaltung und die Herbeiführung des Friedens der wesentliche Zweck der Wiener Konferenzen bleibt, so werden wir mit demselben nicht dadurch in Widerspruch treten, daß wir erneuten Anbahnungen friedlicher Bestrebungen, so lange es unsere besonderen Verhältnisse erlauben, auch dann noch eine Stätte bewahren, wenn andere Staaten durch ihre von der unsrigen verschiedene Lage sich veranlaßt sehen, zu den Waffen zu greifen. Wir dürfen für unser Verhalten auf eine gerechte und unbefangene Würdigung und deshalb auf die Zustimmung der auswärtigen Mächte rechnen; insbesondere aber sind es die Rücksichten auf unsere deutschen Bundesgenossen und die Zuversicht der von uns bereits eingeleiteten Verständigung mit diesen und vor Allem mit Oesterreich,

welche einen hervorragenden Antheil an den Entschließungen der Regierung haben. In demselben Maße, wie Se. M. von der Königlichen Pflicht durchdrungen sind, Preußen und Deutschland vor den Leiden des Krieges so lange zu bewahren, als die Würde und Wohlfahrt beider es gestatten, ebenso fest sind Allerhöchstdieselben auch entschlossen, dem hohen Berufe, welcher die europäische Machtstellung Preußens in sich trägt, unter allen Umständen gerecht zu werden und jedem Bundesgenossen treu zur Seite zu stehen, der durch seine geographische Lage früher als Preußen berufen sein möchte, zur Vertheidigung deutscher Interessen das Schwert zu ziehen.

Die Königl. Regierung darf hoffen, auf diesem Wege einer selbständigen und nationalen Politik der vollen Zustimmung des Landes und insbesondere dieses hohen Hauses zu begegnen. Sie darf sich aber auch nicht verhehlen, daß eine glückliche Durchführung ihrer Absichten nur dann gesichert erscheint, wenn dieselben mit dem festen und deutlich ausgesprochenen Entschlusse gepaart sind, einem jeden Versuch, von welcher Seite er auch käme, der dahin gerichtet wäre, Preußen aus der in freier Selbstbestimmung gewählten Bahn zu drängen und die Kräfte dieses Landes anderen Interessen, als den von ihm selbst als entscheidend anerkannten, dienstbar zu machen, mit allen Mitteln entgegenzutreten, welche Gott zur Wahrung deutscher Unabhängigkeit in die Hände der Könige von Preußen gelegt hat. Diesen festen Entschluß glaubt der König im jetzigen Augenblick dadurch bethätigen zu sollen, daß Allerhöchstdieselben von den Kammern die Mittel fordern, um auch in der gegenwärtigen ernsten Lage der europäischen Politik eine der Macht und der Geschichte Preußens entsprechende Rolle mit Würde und Nachdruck durchführen zu können.

Ich lege daher dem hohen Hause auf Grund einer Allerhöchsten Ermächtigung, die ich zugleich übergeben werde, einen Gesetzentwurf wegen einer Kreditbewilligung von 30 Millionen Thalern zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vor. Es wird sich unmittelbar hieran eine Vorlage knüpfen, die den Zweck hat, für den hoffentlich nicht eintretenden, aber doch möglichen Fall, daß die Regierung von der Kreditbewilligung sollte Gebrauch machen müssen, durch eine vorübergehende Steuererhöhung die Mittel zur Verzinsung und Amortisation der neuen Anleihe zu gewähren.

Die Königl. Regierung legt Ihnen den Weg, welchen sie gehen will, offen dar, und je unzweideutiger in der Bewilligung der begehrten Mittel die Entschlossenheit hervortritt, mit welcher das ganze Land eine freie und feste Haltung seiner Regierung zu stützen bereit ist, um so geringer wird die Wahrscheinlichkeit, daß Preußen solchen Anmuthungen ausgesetzt sein wird, welche die Regierung nöthigen würden, zur Flüssigmachung der verlangten Mittel zu schreiten, und wir rechnen um so zuversichtlicher auf eine rückhaltlose Unterstützung von Seiten der Landesvertretung, als wir Ihnen die Gewißheit geben können, daß die Allerhöchsten Entschließungen, welche zur Benutzung des verlangten Kredits führen könnten, keiner Rücksichtnahme einen Einfluß gestatten werden, welche nicht streng innerhalb des Kreises der eigenen Interessen Preußens und seiner deutschen Bundesgenossen liegt.

Noch niemals haben die Regenten Preußens, wenn sie im Namen der höchsten irdischen Güter, im Namen der Ehre und Selbständigkeit des Vaterlandes, von demselben ein Opfer und ein Pfand des Vertrauens gefordert haben, eine andere Antwort von ihrem Volke erhalten, als den Ausdruck freudiger Hingebung mit Gut und Blut, und auch Sie werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß Ihre Stimme treu die Gesinnung des ganzen Landes wiedergiebt, wenn Sie in die Hände der Regierung Sr. M. des Königs vertrauensvoll die Mittel legen, die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung zu schützen, und wenn Sie Europa die Ueberzeugung gewähren, daß die volle Kraft des Landes auch heut und jederzeit ohne Zaudern bereit ist, einzustehen, sobald es gelten sollte, das Erbtheil ehrenvoller Selbständigkeit, welches der Heldenmuth unserer Väter erworben hat, ungeschmälert und unbefleckt durch den Sturm der Zeiten zu tragen." —

Am 20. März schrieb Dr. Quehl aus Kopenhagen an Manteuffel:

„Eben bringen die dänischen Zeitungen Ew. Excellenz Rede ihrem Hauptinhalte nach telegraphisch. Der eingenommene Standpunkt ist gewiß der allein richtige, aber nach meinem beschränkten Dafürhalten nur haltbar, wenn man den Westmächten die Furcht nimmt, daß es der russischen Partei gelingen könne, Se. M. doch — etwa bei dem Eintreten ungünstiger Ereignisse für die Westmächte — zu einem Anschluß an Rußland zu bewegen. Eine Sache von großem Einflusse auf die Meinung über die Stellung der Regierung im In- und Auslande würde es immer sein, wenn man die »Kreuzzeitung« unterdrückte und ihren Freunden in der Kammer geradezu erklärte, daß die Regierung keiner Partei und keinem Organe irgend einer Partei gestatten werde, ihr in dieser Weise Verlegenheiten zu bereiten und Intentionen unterzuschieben. Daß die »Times« heute so niederträchtig sind, ist nur eine Folge der ewigen Schimpfereien der »Kreuzzeitung«, deren letzte Nummern bei der Stellung dieses Blattes auch das französische Gouvernement wieder auf das Empfindlichste reizen mußten." —

Die zur Vorprüfung der Kreditvorlage gewählte Kommission hielt es für angemessen, den Inhalt der Manteuffelschen Erklärung einer gründlichen Erörterung zu unterziehen und sich möglichst diejenige Auskunft und Aufklärung zu verschaffen, welche dieselbe ihr nicht in genügender Vollständigkeit oder Bestimmtheit zu gewähren schien. Sie hielt es für eine unabweisliche Pflicht der Kammer, bevor sie auf Grund ihres verfassungsmäßigen Rechtes den Staat und seine Angehörigen mit erheblichen Lasten beschwere, sich sowohl von dem Vorhandensein eines unabweislichen Bedürfnisses als auch davon, daß die von der Staatsregierung beabsichtigten Schritte geeignet seien, dasselbe in zweckmäßiger Weise zu befriedigen, mit anderen Worten: sich darüber, daß die von der Landesvertretung zu bewilligenden Mittel nur in einer den Interessen der Krone und des Landes entsprechenden Richtung verwendet würden, eine möglichst sichere Ueberzeugung zu verschaffen. Zu diesem Behufe war von Mitgliedern der Kommission im Laufe der Diskussion die Regierung um die Mittheilung verschiedener diplomatischer

Aktenstücke ersucht worden, ein Verlangen, dem Manteuffel jedoch nur theilweise nachgeben zu können glaubte.*)

Im weiteren Laufe der Kommissionsverhandlungen erklärte Manteuffel, daß Oesterreich nach der von Seiten Preußens erfolgten Ablehnung des Ende Februar von Wien ausgehenden Konventionsprojektes ebenfalls auf den Abschluß der Konvention verzichtet habe, und daß Grund vorhanden sei, anzunehmen, daß auch die Westmächte nicht länger darauf bestehen würden. Dagegen würden die vier Mächte fortfahren, in Wien im Wege von Protokollen die bisherige Gemeinschaft fortzusetzen. Namentlich stehe der Abschluß eines neuen Protokolls in Aussicht, welches das fortdauernde Einverständniß der vier Mächte konstatiren werde.**) Im weiteren Verlaufe stellte Manteuffel entschieden in Abrede, daß in der Politik der Königl. Regierung irgend eine Wendung eingetreten, insbesondere auch, daß die preußische Ablehnung des Konventionsprojektes für eine solche Wendung zu erachten sei. Es sei auf diesen Akt ein übertriebener Werth gelegt worden. Die Bedeutung der Konvention würde eine vorwiegend formelle gewesen sein. Auch ohne gerade diese Form hoffe die Regierung dasselbe Ziel auf dem fortgesetzten Wege der Protokolle zu erreichen. Die Regierung stehe hiernach unerschütterlich auf dem Boden der Wiener Konferenzen, aus denen sie nicht ausgeschieden sei. Wie sie unbeirrt durch die Verhältnisse, welche damals einen Druck auf Preußen ausgeübt, im Sommer und Herbst vorigen Jahres ihren selbständigen Gang verfolgt habe, so werde sie — davon dürfe man überzeugt sein — denselben auch jetzt innehalten. Sie halte nach wie vor an der Verständigung mit Oesterreich und den Westmächten fest; daraus folge aber keineswegs, daß sie ohne Weiteres Allem beizutreten habe, was ihr von den Vertretern derselben proponirt werde. Wie die Seemächte, ihrer Theilnahme an den Konferenzen unbeschadet, ohne vorherige Verständigung mit den deutschen Mächten ihre Flotten in das Schwarze Meer hätten einlaufen lassen, so müsse auch Preußen unbenommen bleiben, neben den Konferenzen diejenigen Schritte zu thun, welche es einer gerechten Beilegung des Streits für förderlich erachte. Die Kreditforderung der Regierung stütze sich wesentlich auf die Gefahren der gegenwärtigen europäischen Situation. Zu den bereits vorhandenen Gefahren sei noch während der Kommissionsberathung die Kriegserklärung der Westmächte gekommen. Unter solchen Umständen und während alle Nachbarstaaten rüsteten, könne Preußen nicht ungerüstet bleiben; vielmehr habe die Regierung die Pflicht, eine starke und kräftige Stellung einzunehmen.

Diese Ausführungen befriedigten jene Kommissionsmitglieder, welche eine russenfreundliche Schwenkung der preußischen Regierung befürchteten, keineswegs; solange nicht eine Sicherheit dafür gewährt werde, daß die dem Lande aufzuer-

*) Das Nähere ist dem Aktenstück Nr. 118 der zweiten Kammer zu entnehmen.

**) Auf die Frage eines Mitgliedes: Ob dem Preußischen Kabinet seiner Zeit über den Gegenstand, auf welchen sich die neuerlichst dem englischen Parlament vorgelegte geheime Korrespondenz beziehe, nämlich über die für den Fall einer Auflösung des ottomanischen Reiches zu verabredenden Maßnahmen, Eröffnungen, zugegangen seien, erklärte Manteuffel, daß solche Eröffnungen an ihn nicht erfolgt seien.

legenden schweren Lasten nicht gegen seine Interessen (d. h. im Sinne einer russenfreundlichen Politik) verwendet würden, müsse die Kommission sich veranlaßt finden, ihre Berichterstattung aufzuschieben oder der Kammer zu empfehlen, ihre Beschlußnahme auszusetzen. Ein Kredit in blanco könne dagegen der Regierung nicht bewilligt werden.

In Beziehung auf den zuletzt berührten Punkt bemerkte Manteuffel, daß die Regierung ein Aufschieben der Berichterstattung und ein Aussetzen der Beschlußnahme durch die Kammer einer definitiven Verweigerung gleichachten werde. Anlangend die Besorgniß vor einem sofortigen oder späteren Anschluß an Rußland, so liege in der bisher von der Regierung befolgten Politik die beste und sicherste Garantie gegen einen solchen Schritt derselben. Preußen halte an seiner Ansicht über die Rechtsfrage in dem vorliegenden Streite unverrückbar fest, aber eine volle Sicherheit, daß es seine Stellung niemals ändern werde, könne nicht gegeben werden, da sich im Laufe der Begebenheiten Recht leicht in Unrecht verwandeln könne. Beispielsweise würde in dem zwar aller Wahrscheinlichkeit entbehrenden, aber doch denkbaren Fall, daß Frankreich ein Heer in die Rheinprovinz marschiren lasse, die Nation ein solches Verfahren als ein ungerechtes abweisen müssen, Rußland möchte in der ursprünglichen Veranlassung des Streites noch so entschieden Unrecht haben. Wenn endlich die Regierung auch höhere Interessen als die materiellen anerkennen müsse, so werde sie doch diesen in ihrer Politik die vollste Berücksichtigung angedeihen lassen.

Auf die Bemängelung, daß die von der Regierung beliebte Neutralitätspolitik der Würde einer Großmacht wenig entspreche und große Gefahren mit sich bringe, erklärte Manteuffel, die Regierung habe allerdings den Standpunkt des Abwartens und des Vermittelns eingenommen; von keiner auswärtigen Macht sei aber auch bisher ein aktives Einschreiten von Seiten Preußens verlangt worden. Die gegenwärtige Politik Preußens sei übrigens mit der auf einseitige Sicherstellung gerichteten, welche zu Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts befolgt worden, in keiner Weise zu vergleichen, da man sich ja jetzt gerade mit Oesterreich und den übrigen Bundesregierungen über eine übereinstimmende Politik verständigen wolle.

Von einem Kommissionsmitgliede war bemängelt worden, daß die preußische Depesche an den Grafen Arnim in Wien, den 16. März, die Richtung, in welcher Preußen mit Oesterreich gehen wolle, völlig im Zweifel lasse, weshalb derselbe darum bat, daß die Staatsregierung die Grundlagen der beabsichtigten Verständigung mit Oesterreich bezeichne.

Manteuffel bezog sich zur Bezeichnung der von dem österreichischen Kabinet verfolgten Richtung auf die Theilnahme desselben an den Wiener Konferenzen und auf die oben mitgetheilte Cirkulardepesche des Grafen Buol vom 14. März und bemerkte, daß man auch seiner Meinung nach den Ausdruck „deutsche Interessen" nicht zu eng aufzufassen habe, daß man aber überhaupt seitens der Regierung zuerst die Rückäußerung Oesterreichs auf die diesseitige Eröffnung abwarten müsse, bevor man die speziellen Basen einer demnächstigen Verständigung mit Sicherheit angeben könne. In einer späteren Sitzung fügte Manteuffel hinzu,

daß man mit Oesterreich in voller Unterhandlung stehe; aber selbst, wenn bereits abgeschlossen wäre, würden die getroffenen Vereinbarungen nicht veröffentlicht werden können. Denn die gegenwärtigen Verhandlungen mit Oesterreich würden sich der Natur der Sache nach auf sehr bestimmte Eventualitäten zu beziehen haben. Daß aber solche Verabredungen den Charakter der Geheimhaltung an sich tragen müßten, werde wohl von keiner Seite bestritten werden.

Ein Mitglied der Kommission richtete noch an die Staatsregierung die Frage, ob, wenn man für ausschließlich deutsche Interessen die Waffen ergriffe, auch die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Ostprovinzen und namentlich die polnische Bevölkerung des Großherzogthums Posen zu den daraus erwachsenden Lasten würden beitragen müssen? — Manteuffel erwiderte hierauf, es handle sich um deutsche und preußische Interessen, und wo diese in Betracht kämen, würden sich Sr. M. Unterthanen polnischer Nationalität gewiß nicht der Theilnahme an den Opfern entziehen wollen, welche von allen Staatsangehörigen gebracht werden müßten.

Auf den Antrag eines Mitgliedes, die Staatsregierung möge doch die eben vernommenen Grundsätze, nach welchen sie ihre Politik zu regeln beabsichtige und welche, wie es scheine, von der Majorität der Kommission getheilt würden, in eine kurze Erklärung zusammenfassen und die Aufnahme der letzteren in den Kommissionsbericht gestatten, genehmigte Manteuffel, daß diese Grundsätze der Regierungspolitik in nachstehender Fassung in den Kommissionsbericht aufgenommen würden: „Fernere Uebereinstimmung und Verständigung mit den anderen drei Mächten zur schleunigen Herstellung des Friedens auf der Grundlage des Rechtes, wie solche in den Wiener Konferenzprotokollen ausgesprochen ist. Freiheit der Entschließung zum aktiven Einschreiten für Preußen und inniges Zusammenwirken mit Oesterreich und den übrigen deutschen Staaten innerhalb jener Gemeinschaft."

Unter den Amendements, mit welchen man die Politik der Regierung vinkuliren wollte, nahm das Auerswaldsche die wichtigste Stellung ein. Dasselbe lautete:

Die Kammer wolle beschließen: a) In dem Augenblicke drohender Kriegsgefahren fühlt die Kammer die Pflicht, auszusprechen, daß sie die Erklärung der Regierung Sr. M. des Königs, auch ferner in der bisher verfolgten Politik zu beharren und demgemäß im Verein mit den Kabinetten von Wien, London und Paris und insbesondere im innigen Zusammenwirken mit Oesterreich und den übrigen deutschen Staaten auf die schleunige Herstellung des Friedens auf der Grundlage des Rechtes, wie solche in den Wiener Konferenzprotokollen ausgesprochen ist, unter Wahrung der Freiheit ihrer Entschließung für aktives Einschreiten hinwirken zu wollen, mit Befriedigung empfangen habe; b) dagegen dem Antrage der Kommission: die Seite 31 des Berichts aufgeführten Erwägungsgründe in dem Beschlusse über die Annahme des ganzen Gesetzes mit aufzunehmen, nicht beizutreten.

Der König hatte den Gang der Kommissionsverhandlungen mit dem größten Interesse verfolgt und mit Unwillen wahrgenommen, wie die Opposition der

Politik seiner Regierung immer neue Schwierigkeiten zu machen versuchte. Aus dieser Stimmung entsprang nachstehendes Schreiben, d. d. Berlin, 21. März:

„Bester Manteuffel! Die Sache wegen der Kammerschwierigkeiten, die sich bereiten, ist meiner Ueberzeugung nach von so enormer Wichtigkeit, daß ich in einer Art Besorgniß, die ich nicht recht caracterisiren kann, noch einmal darauf zurückkomme. Ich mache es Ihnen zur heiligsten Pflicht, weder in der Kommission noch in der Kammer sich irgendwie in Eingehen auf die insidiosen Zumuthungen einzulassen. Ich dulde keine solche Zumuthung, als: gegen die Verfassung und gegen den Begriff des Königthums. Sie haben sie, falls der Hochmuth und Schwindel der Constituzionellen sie vorbringen, ernst zurückzuweisen und, ist es Noth, rundheraus zu erklären, Sie würden fortan keine Antwort mehr geben. Ich aber und meine Regierung, wir wären einmüthig und auf jeden Ausgang völlig gerüstet. Vale!
Friedrich Wilhelm."

Und als die Entscheidung im Plenum der zweiten Kammer heranrückte, schrieb der König am 7. April aus Charlottenburg:

„Bester Manteuffel! Ich habe mir die Sache wegen Auerswalds Erklärungsprojektes überlegt und bin zu folgendem Schlusse gekommen, der allerdings durch einen einstimmigen Beschluß des Staatsministerii modifizirt werden dürfte.

Das Ministerium hat sich weder für noch gegen das Projekt auszusprechen, sondern dasselbe mit **Schweigen** anzuhören. Kommt es demnächst zur Abstimmung, so stimmt das Ministerium mit der Rechten — als mit der sicheren Seite der Kammer. Vale! Friedrich Wilhelm.

P. S. Ein gute Majoritaet ist mir nämlich lieber als ein große."

Und dann am folgenden Tage (gleichfalls aus Charlottenburg):

„Ich habe die gewisse Nachricht, daß sich vorläufig 160 bis 170 Stimmen verbunden haben, die Kreditbewilligung pure ohne »Erwägungen« anzunehmen.

Das Staatsministerium wird also infolge unserer letzten Berathung diesen Stimmen seine Stimmen gesellen. Friedrich Wilhelm."

Bei Berathung des Kommissionsberichtes in der zweiten Kammer bemerkt Manteuffel am 8. April:*)

„Die Regierung Sr. M. ist auf Veranlassung der großen politischen Ereignisse, in denen Europa sich befindet, und der drohenden Kriegsgefahren, mit dem Verlangen vor das hohe Haus getreten, ihr den Kredit zu bewilligen, dessen sie bedarf, um die volle Wehrkraft des Landes in Thätigkeit zu setzen. Von dem Vorhandensein dieser Gefahr hätte vielleicht, als ich die Vorlage heute vor drei Wochen einbrachte, der Nachweis verlangt werden können; heute, wo jedes Zeitungsblatt die großen kriegerischen Rüstungen anzeigt, in welchen sich die Staaten Europas befinden, bedarf es des Nachweises nicht mehr, und es tritt die einfache, nicht mehr zu begründende Frage vor Sie, wollen Sie inmitten dieser Gefahr der Regierung die Mittel gewähren, um derselben

*) Sten. Bericht, Bd. II, S. 819.

mit Kraft zu begegnen, oder wollen Sie dieselben verweigern; zu Jedem haben Sie das volle Recht. Ich habe in Ihrer Kommission Aufschlüsse über den Gang der politischen Ereignisse und über die Stellung Preußens gegeben, mit aller Ausführlichkeit und Offenheit. Ich habe das gethan, weil ich der Meinung war, es könnte ohne Nachtheil für das Land geschehen, weil ich Ihnen nichts vorenthalten wollte, was auf Ihre Abstimmung von Einfluß sein könnte, weil ich es für nützlich hielt, irrigen Vorstellungen entgegenzutreten und die Politik Preußens als eine selbständige, von Anfang an auf Herstellung des Friedens gerichtete in das wahre Licht zu stellen. Ich will das, was in dem Kommissionsbericht enthalten, nicht wiederholen; nur eine Thatsache füge ich hinzu, die bei den Kommissionsberathungen zur Sprache zu bringen ich mich außer Stande befand, weil ich sie noch nicht kannte. Es ist die, daß zwischen den Bevollmächtigten der vier Mächte zu Wien ein neues die Gemeinsamkeit ihrer Bestrebungen konstatirendes Protokoll zu Stande gebracht ist, welches zu unterzeichnen der diesseitige Gesandte in Wien vor zwei Tagen ermächtigt worden ist. Indem Sie in diese Berathungen eintreten, will die Regierung keinen Zweifel lassen, wie sie event. Ihre Abstimmungen ansehen würde. Die Regierung wird eine bedingte Bewilligung als eine ablehnende betrachten müssen, denn zur Erreichung ihres Zweckes hält die Regierung es für wichtig, daß gerade im gegenwärtigen Augenblicke ihr die verlangten Mittel gewährt werden, denn der Zweck würde verfehlt werden, wenn der Regierung die Hände gebunden würden, in einer Zeit, wo es vor Allem darauf ankommt, sie frei zu haben. Die Regierung kann und darf eine bindende Politik der Zukunft nicht verfolgen, weil sie dies dem Lande als schädlich betrachtet. Vertrauen Sie der Regierung, daß sie von dem Kredit den richtigen Gebrauch machen werde. Verlangen Sie Verpflichtungen, suchen Sie andere als die Vergangenheit und Gegenwart sie bieten, so haben Sie das Recht, auf das Verlangen der Regierung mit »Nein« zu antworten. Welchen Einfluß dieses Nein ausüben würde, brauche ich nicht zu sagen. Andernfalls geben Sie uns ein starkes, kräftiges »Ja« zum Beweise, daß, wie auch die Ansichten sich theilen und auseinandergehen, doch die drohende Gefahr allerseits ein einiges Preußen finde.

Ich muß noch einige Worte über die Amendements äußern. Was das des Herrn v. Vincke betrifft, so liegt die Erklärung der Regierung darüber vor; die beiden andern, die den Namen v. Manteuffel und Fürst Hohenlohe an der Spitze tragen, schließen sich der Regierungsvorlage an. Das des Herrn v. Auerswald spricht eine Billigung des bisherigen Ganges der Politik der Regierung aus, nach Allem, was bisher in dieser Sache verhandelt, erklärt und festgestellt worden ist. Dies kann die Regierung nur mit Befriedigung erfüllen. Ich glaube indessen, daß diese Billigung auch in der einfachen Bewilligung der Anleihe gefunden werden muß."

Die Regierungsvorlage wurde darauf einfach angenommen, nachdem der Auerswaldsche Antrag mit 182 gegen 131 Stimmen abgelehnt worden war. Das Stimmenverhältniß hatte sich also noch etwas günstiger gestaltet, als der König angenommen hatte. —

In der zur Berathung der Kreditvorlage niedergesetzten Kommission der ersten Kammer gab Manteuffel etwas später folgende Erklärung ab:*)

„Die Verwickelungen zwischen Rußland und der Türkei und in weiterer Ausdehnung derselben zwischen Rußland und den Westmächten seien bekannt. Die Regierung habe geglaubt, daß es in Preußens Stellung und Interesse liege, diese Verwickelungen zu entwirren und die entstandenen Differenzen auszugleichen. Alle ihre Anstrengungen und Bemühungen seien jedoch gescheitert. Es habe ein eigener Unstern über diesen Angelegenheiten geschwebt. Vieles, was zum friedlichen Austrag der Differenzen wohl geeignet gewesen sei, habe kein Resultat gehabt, theils weil es nicht in geeigneter Weise, theils weil es nicht zur rechten Zeit geschehen sei, und so hätten sich die Mißhelligkeiten bis zum Kriege gesteigert und erweitert. Aus den Bemühungen

*) Vgl. die Anlage (Nr. 55) zur vierzigsten Sitzung des Herrenhauses vom 25. April 1854.

Preußens und Oesterreichs, den Frieden zu erhalten, habe sich von selbst ein leitender Faden herausgebildet, an den immer wieder angeknüpft sei. Dies sei die Wiener Konferenz. In dieser Konferenz habe die Regierung stets und unablässig zum Frieden hingewirkt. Sie sei, wenn auch versöhnlich, doch ernst und entschieden und im Bewußtsein ihrer Stellung als Großmacht bei diesen Bemühungen aufgetreten. Gerade weil sie uninteressirt sei, und weil dies von den andern Mächten anerkannt werde, habe sie eine kräftige und offene Sprache führen können. Ihre Bemühungen und Leistungen seien von beiden Theilen bald mit Dank, bald mit Unzufriedenheit aufgenommen. Dies habe die Regierung aber nicht beirrt. Die erste Bedingung einer Großmacht bestehe in der Selbständigkeit. Diese Selbständigkeit habe die Regierung aber dadurch bethätigt, daß sie die Schritte, die zum Frieden führen konnten, gethan, unbekümmert darum, ob sie dieser oder jener Macht gerade genehm seien oder nicht. Nachdem sich jedoch die Verhältnisse drohender gestaltet hätten, habe die Regierung geglaubt, neben ihren allgemeinen Friedensbemühungen die preußischen und deutschen Interessen insbesondere in das Auge fassen zu müssen. Zu diesem Zweck sei eine Vereinigung mit Oesterreich angebahnt, die in Kurzem zum Abschluß kommen dürfte. Dieser Einigung werden hoffentlich auch die übrigen deutschen Bundesstaaten beitreten, so daß auf ein Zusammengehen mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland zu rechnen sei. Hierin ruhe nach der Ansicht der Regierung zunächst der sicherste Schutz der vereinigten deutschen Mächte. Neben dieser engeren Vereinigung bleibe die weitere Gemeinschaft Preußens und Oesterreichs mit den Westmächten auf Grund der Wiener Konferenz fortbestehen. Preußen habe sich von den Westmächten nicht entfernt. Was auch die englische Presse Gegentheiliges behauptet habe, das Konzert mit diesen Mächten sei noch vorhanden. Das dieses Konzert manifestirende Protokoll sei bereits von dem diesseitigen Gesandten in Wien unterzeichnet, könne jedoch noch nicht vorgelegt werden. Es sei darin die bisherige Stellung der vier Mächte zu einander festgehalten, und die Bemühungen zur Herbeiführung des Friedens würden fortgesetzt, obwohl zwei dieser Mächte schon zu kriegerischen Mitteln geschritten wären. Was Rußland anbetreffe, so seien in neuester Zeit von demselben versöhnlichere und eingehende Erklärungen abgegeben, die, wenn sie auch zur Zeit nur schwache Friedenshoffnungen darböten, doch Anknüpfungspunkte für neue Friedensunterhandlungen abgeben könnten. Die preußische Regierung werde sich den Friedenshoffnungen bis zum letzten Moment geneigt zeigen; sie werde, so lange noch ein Schimmer von Hoffnung zum Frieden bleibe, diesen zu erzielen, ihre Bemühungen und Bestrebungen fortsetzen. Wenn der entscheidende Moment für Preußen gekommen sei, dann werde die Regierung ohne Verzug und mit aller Entschiedenheit handeln. Auf diesen Moment müsse sie schon jetzt gefaßt sein; ihr Wort werde am gewichtigsten sein, wenn sie gerüstet sei, ihr Schwert zu ziehen."

Auf die Bemerkungen, welche im Schoße der Kommission über den im Juli v. Js. von den in Wien vereinigten Vertretern Oesterreichs, Preußens, Englands und Frankreichs vereinbarten Entwurf einer zur Ausgleichung der Differenzen zwischen Rußland und der Pforte von dieser zu unterzeichnenden Note, über den Vorschlag Oesterreichs wegen Herbeiführung einer Neutralitätserklärung des deutschen Bundes und über das Verhältniß der engeren Gemeinschaft mit Oesterreich, sowohl in Beziehung auf die Konferenz der vier Mächte als in Beziehung auf die Bewahrung der freien Entschließung für Preußen zum aktiven Einschreiten, gemacht wurden, sprach sich Manteuffel weiter dahin aus:

„Als der Konflikt zwischen Rußland und der Türkei ausbrach, seien die Westmächte ganz entschieden aufgetreten und hätten die Pforte gestärkt. Preußen habe bei diesem Konflikt kein Richteramt zu üben; es habe außer dem verletzten Recht einer dritten Macht vor Allem das Wohl seines eigenes Landes in Erwägung zu nehmen. Sein Interesse in der orientalischen Frage sei ein entfernteres; Oesterreich habe ein viel näheres Interesse und habe Preußen dringend ersucht, seine Mitwirkung nicht zu versagen. Preußen und Oesterreich hätten den Zweck verfolgt, nach beiden Seiten hin zu weit gehende und das Friedenswerk erschwerende Anstrengungen zu

mäßigen. Aus diesen Bemühungen sei die Wiener Konferenz hervorgegangen, die damals als ein Glück betrachtet sei. Die Regierung sei noch immer bemüht, nicht aus einem Verhältniß herauszutreten, welches noch Einfluß auf die Westmächte gestatte. Es sei damit ein Mittelglied für die Westmächte vorhanden, welches als Träger der Friedenshoffnungen gelten könne. Was den der russischen Regierung von den vier Mächten mitgetheilten Notenentwurf anbelange, so müßte darauf aufmerksam gemacht werden, daß einerseits Rußland die Konferenz nicht anerkannt, andererseits dieser Notenentwurf infolge hinzugetretener anderweitiger Umstände für die Türkei nicht annehmbar geworden sei. Durch das neueste Wiener Protokoll sei von Neuem eine Verständigung angebahnt, und die Fernhaltung des Krieges von Preußen und Deutschland möglich gemacht. Anlangend die frühere Forderung Oesterreichs, dem Bundestag die Wahrung einer strengen, Preußen ebenfalls bindenden Neutralität vorzuschlagen, so habe selbstredend Preußen darauf nicht eingehen können, wenn es seine selbständige Stellung als Großmacht und die Freiheit seiner Entschließung nicht aufgeben wollte. Außerdem hätte man durch eine solche Neutralität den anderen Mächten einen Vorwand zu einer feindlichen Haltung, wenn sie solche ihren Zwecken für entsprechend erachtet hätten, suppeditirt. Die Sache sei heut durch das Engagement der Westmächte eine wesentlich andere wie damals. Im ungünstigsten Fall werde freilich der Frieden auch durch alle diese Bemühungen nicht erreicht werden; im günstigeren Fall werden aber alle die großen Kalamitäten, die der Krieg mit sich führe, von unserem Vaterlande abgewendet, und dies sei ein großer und unschätzbarer Vortheil."

Die obigen Aeußerungen wurden von Manteuffel mit der Bemerkung eingeleitet, daß die Staatsregierung für ihre Politik volle Freiheit in Anspruch nehme, dabei aber das Recht der Kammern, die verlangten Gelder zu bewilligen oder zu versagen, vollständig annerkenne. Um die Nothwendigkeit der beantragten Geldbewilligung darzuthun, würde es genügt haben, darauf hinzuweisen, daß infolge der zwischen Rußland und den Westmächten eingetretenen Zerwürfnisse und der in der Ostsee wie im Schwarzen Meere in Aussicht stehenden kriegerischen Eventualitäten die politischen Konstellationen sich so gestaltet hätten, daß Preußen bei seiner Stellung als Großmacht und bei seiner geographischen Lage darauf Bedacht nehmen müsse, sich die Mittel bereit zu halten, um seine Interessen nöthigenfalls durch die Gewalt der Waffen zu wahren und zu schützen; die Staatsregierung habe jedoch die Vergangenheit nicht zu scheuen und erkenne es für einen Vortheil, daß sie sich darüber offen aussprechen könne. Schließlich gab Manteuffel, welcher bereits in dem andern Hause die umlaufenden Gerüchte von einer Mobilmachung des Heeres als unbegründet bezeichnet hatte, noch die Erklärung ab, daß nach den zur Zeit obwaltenden Verhältnissen die Nothwendigkeit zu einer solchen Maßregel, auch wenn die Geldmittel hierzu bewilligt und das Bündniß mit Oesterreich zum Abschluß gebracht wäre, nicht als vorhanden zu betrachten sei.

Die Kommission nahm die ihr von dem Ministerpräsidenten gemachten Eröffnungen mit besonderer Genugthuung entgegen und war einmüthig der Ansicht, daß die von der Staatsregierung in der orientalischen Frage befolgte Politik der Stellung und den Interessen Preußens vollkommen entspreche.

Bei Berathung des Kommissionsberichts im Plenum der ersten Kammer am 25. April erklärte Manteuffel noch zur Einleitung der Debatte:*)

„Die Regierung ist mit der Forderung eines außerordentlichen Kredits vor die Kammern getreten. Die Motive liegen in den bedrohlichen Verhältnissen der politischen Lage, in welcher

*) Sten. Bericht, Bd. II, S. 648.

Europa sich gegenwärtig befindet. Näheren Nachweis über die bestehenden Gefahren habe ich nicht zu führen, es ist weltkundig, daß die größten Truppenmassen sich bewegen, um feindlich einander gegenüberzutreten. Es ist weltkundig, daß große Flotten in zwei Meeren sich bewegen. Die Regierung hat geglaubt, daß inmitten dieser Gefahren Preußen wehrhaft dastehen müsse. Die Regierung hat keinen Anstand genommen, ihre Politik in der vorberathenden Kommission offen darzulegen. Es ist dies geschehen, nicht um sich eine Politik der Zukunft vorzubereiten, sondern um offen vor Ihnen auszusprechen, wie die Regierung ihrerseits es an nichts hat fehlen lassen, drohende Gefahren fern zu halten. Diese Bestrebungen der Regierung zur Erhaltung des Friedens dauern noch fort, aber sie ist des Spruches »si vis pacem, para bellum« wohl bewußt. Seit der Beendigung der Kommissionsberathung ist ein wichtiger Akt vor sich gegangen. Es hat der Abschluß eines Vertrages mit Oesterreich stattgefunden, dessen Ratifikation in Kurzem bevorsteht. Auch dieser Vertrag hat den Zweck, den Frieden möglichst zu erhalten; aber auch dieser Vertrag hat kriegerische Eventualitäten im Auge; aber auch dieser Vertrag erfordert, daß Preußen gerüstet dastehe. Er erweckt die Hoffnung, daß eine Einigung zwischen Preußen und Oesterreich, an welcher hoffentlich auch die übrigen deutschen Regierungen theilnehmen werden, dem Zwecke der Erhaltung des Friedens förderlich sein wird. Aber es lag in der Nothwendigkeit, daß Preußen für gewisse Eventualitäten Verpflichtungen ernster Art übernehmen mußte. Denn in ernster Zeit ist es Pflicht, mit einem ernsten Wort und einer ernsten That zur Stelle zu sein. Deshalb bitte ich, in Ihrem Votum dieser Pflicht zu gedenken und der Regierung den geforderten Kredit nicht zu versagen." *)

Zum Schluß konstatirte Manteuffel, daß er in dem anderen Hause auf den Rechtspunkt nicht eingegangen sei und dies auch hier nicht thun werde.

„Ich kann nur versichern, daß die Regierung Sr. M. des Königs nicht auf den Kompaß des Journalismus hinsehen und nicht ihre Interessen für einen Händedruck der »Times« verkaufen wird. Wir werden die allgemeine Sachlage ins Auge fassen, und die Weisheit Sr. M. des Königs wird den Augenblick bestimmen, in welchem Preußen handelnd an dem Kampfe theilnehmen wird."

Daraufhin bewilligte auch die erste Kammer den geforderten außerordentlichen Kredit. —

In der Rede, mit welcher Manteuffel im Auftrage des Königs die Kammern am 29. April schloß, heißt es:

„Sie haben diesen Kredit mit Hingebung und Vertrauen bewilligt; der Regierung sind dadurch die Mittel gewährt, auf dem von ihr bisher befolgten Wege in voller Einigkeit mit Oesterreich und ganz Deutschland und im Einvernehmen mit den anderen europäischen Großmächten fortzuschreiten und in allen Wechselfällen der Zukunft Preußens Könige und seinem treuen, jederzeit kampfbereiten Volke die Stellung zu wahren, die ihm bei der Lösung der großen europäischen Frage der Gegenwart gebührt."

*) Ueber Manteuffels Politik der orientalischen Krisis schreibt Sybel, Bd. II, S. 181: „Der leitende Minister, Herr v. Manteuffel, welcher seinen Olmützer Vertrag durchaus nicht als eine Niederlage betrachtete, fühlte sich durch die schmetternden Signale der liberalen Kriegslust weit mehr abgestoßen als angefeuert. Immerhin erkannte er und noch entschiedener sein damals einflußreichster Referent, Balan, Rußlands schweres Unrecht an und hatte mithin ohne Zaudern Preußen in die Wiener Konferenz eintreten, allen Beschlüssen derselben zustimmen lassen und gedachte damit ferner fortzufahren. Ob auch mit gewaffneter Hand? wer will es sagen? Gewiß ist, daß er nach seiner kühlen, oft apathischen Natur nicht eine kühne, sondern eine gefahrlose Politik zu machen wünschte, und so lag der Gedanke nahe, daß eine feste Einmüthigkeit der vier Mächte auch ohne Kriegsdrohung schließlich den russischen Monarchen zur Nachgiebigkeit bestimmen, und so die Herstellung des Friedens bewirken würde."

Zu den Sorgen über die auswärtige Politik gesellten sich in jener Zeit allerlei persönliche Intriguen, die Manteuffel das Leben so sauer machten, daß er ganz ernstlich an seinen Rücktritt dachte.

Der Prinz von Preußen, welcher damals eine entschieden russenfeindliche Stellung einnahm, von der ihn erst Bismarck loszumachen suchte,*) schrieb nach dem Abgang des Unterstaatssekretärs Lecoq an Manteuffel eine Anzahl Briefe, welche sehr deutlich sprechen:

Berlin, den 8. Febr. 1854.

„Soeben erst erfahre ich die erfolgte Ernennung des Herrn v. Werther zum Unterstaatssekretär. Nach dem, was ich Ihnen über diese Ernennung mündlich sagte, können Sie sich denken, daß ich mich über dieselbe nicht freuen kann. Er mag ein braver, guter Mann für Gesandtschaftsposten zweiten Ranges sein, aber zum Unterstaatssekretär und noch dazu in diesem Moment, paßt er wahrhaftig nicht. Kaum haben Sie sich aus den Kreuzzeitungsklauen von Lecoq befreit, als sie in dieselben Klauen durch Werther gerathen! Welch eine reiche Auswahl hatten Sie gerade in diesem Momente hier unter Pourtalès, Usedom, Goltz, lauter Männern von überlegenen Fähigkeiten, tüchtiger, gerader, konsequenter, offener Gesinnung, von denen Pourtalès dem König und Ihnen die eklatantesten Beweise seiner Fähigkeiten in diesem kritischen Momente gegeben hatte. — Wenn ich also die Fähigkeiten des v. Werther sehr gering anschlage, so schlage ich seine Tendenzen viel höher an; er ist ein matter, schwankender Mann, der also ganz weiches Wachs in den Gerlach-Nikolaus-Händen sein wird, so daß Zehn gegen Eins zu wetten ist, daß mit dieser Ernennung in der Umgebung des Königs der Triumph des — Systemwechsels — gefeiert wird.

Sollte dies eintreten, dann wissen Sie, was Sie mir in die Hand versprochen: Ihre Stellung aufzugeben. Auch ich weiß, was ich alsdann zu thun habe. Daß die preußische Politik eine wetterwendische wieder werden soll, werde ich nie zugeben, eher thue ich einen eklatanten Schritt, um der Welt zu beweisen, daß ich mit solcher Inkonsequenz nichts zu thun haben will und werde.

Ist es denn nicht möglich, daß die Werther-Ernennung noch rückgängig gemacht werde? Es ist ja keine bessere Gelegenheit zu finden, um Leute, wie die genannten, in diese richtige Stellung zu bringen. Die vortreffliche Haltung, die Preußen in den letzten Monaten angenommen hat und bis heute konsequent durchführt, hat ihm Vertrauen und Achtung wiedergewonnen. Kräfte, wie die der Genannten, zu denen noch Prinz Löwenstein kommt, der mir seinen Wunsch zum Wiedereintritt in die diplomatische Laufbahn ausgesprochen, und den ich Ihnen nicht warm und dringend genug empfehlen kann, da er eine höchst ausgezeichnete Individualität ist, die ich 1848 in London völlig und durch und durch schätzen lernte — solche Kräfte also bieten alle ihre Thätigkeit von Neuem an, sind auch angenommen — und nun riskiren Sie, daß durch Werthers Ernennung eine Umkehr eintritt, die im In- und Auslande uns schaden muß."

*) Durch eine in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 113 f., erwähnte Unterredung mit Bismarck.

Berlin, den 12. Febr. 1854.

„Von verschiedenen Seiten höre ich, daß die Ernennung des v. Werther, als ich Ihnen meine Bemerkung gegen dieselbe schrieb, noch nicht vollzogen war, und ich würde mich freuen, wenn meine ausgesprochene Ansicht mit zur mindestens ajournirten Ausführung des Planes beigetragen hätte.

Wenngleich ich keine Antwort von Ihnen erhielt, so muß ich doch sogleich jetzt meine Ansicht Ihnen aussprechen. Ohne Unterstaatssekretär können Sie in einem so wichtigen Moment nicht bleiben. Die zwei fähigsten Männer zu dem Posten sind hier Pourtalès und Usedom. Ersterer leiht Ihnen seine Talente bereits auf die erfolgreichste Art, aber wenn er die quest. Stelle nicht erhalten soll wegen bevorstehender Spezialmission, so muß er doch eine fixirte Position im Auswärtigen Ministerium erhalten, wenn nicht Rekriminationen erfolgen sollen, so daß er unter dem zu wählenden, wenn auch nur für jetzt ad hoc zu wählenden Unterstaatssekretär ferner arbeiten kann. Zu dieser ad hoc-Stellung eignet sich nun gerade aus diesem Grunde der andere Genannte, Usedom. Da durch die Art der Anstellung sein Posten in Rom ihm von selbst reservirt bleibt, und er, wie er mir selbst versichert hat, die Excellenz nur beansprucht, wenn er jene Anstellung zur Zufriedenheit ausgefüllt haben wird, als ein Anerkenntniß für Leistungen, so sind die Bedenken, welche Sie gegen seine Wahl früher hatten, gänzlich gehoben. Dann schlägt man nicht zwei, sondern drei Fliegen mit einer Klappe. Werther bleibt (leider) en perspective; Pourtalès bekommt eine fixirte Stellung. Usedom führt die Geschäfte seiner Position mit Excellenz en perspective und reservirtem Rom. Ein besseres Arrangement zum Wohle des Königs, des Staats und Ihrer läßt sich nicht denken. Aber Eile ist nöthig, damit eine gewisse Partei nicht siegt mit Pernice."

Berlin, 14. Febr. 1854, 7 Uhr nachmittags.

„Also noch kein Unterstaatssekretär? Da Sie mir mündlich sagten, es sei durchaus nöthig, die Stelle gerade jetzt zu besetzen, so konnte ich dem nur völlig beistimmen. Es komme nur auf die Person an. Der nun wochenlange Aufschub, von dem Sie schreiben, kommt mir daher sehr überraschend und erscheint nicht konsequent; ich muß und kann Ihnen daher nur meine Proposition von vorvorgestern wiederholen. Unsicherheit und Halbheit in solchen Momenten kann, muß Preußen Nachtheil bringen!!"*)

Pourtalès und Usedom, die der Prinz so sehr in Schutz nahm, gewannen in der allernächsten Zeit einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf Manteuffel, und Beide suchten den Ministerpräsidenten immer mehr in das Lager der Westmächte hinüberzuziehen. Daher der Zorn der Partei Gerlach gegen diese Männer, die sich bei Usedom im Hotel des Princes zu versammeln pflegten. Senfft ging so weit, dem König den Abschied Manteuffels zu rathen, während dieser in Erinnerung an dessen Verdienste seit 1848 davon nichts wissen wollte, vielmehr Manteuffel befahl,

*) Erwähnt ist dieser Brief in Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 109. Nach Gerlach wollte Manteuffel die Unterstaatssekretärstelle nicht besetzen, weil man ihm Pourtalès aufdrängen wollte, „was er sich nicht will gefallen lassen".

Pourtalès fortzuschicken, weil er eine andere Ansicht als die des Königs habe.*) In denselben Tagen (Anfang März) hatte sich auch Bunsen in London unmöglich gemacht**) durch das unglaubliche Verlangen, Preußen solle sich an dem Kriege gegen Rußland betheiligen, wenn man ihm eine bessere Grenze gegen Oesterreich gebe und die russische Uebermacht in der Ostsee vernichte.

In diese Zeit fällt der nachstehende ungemein gereizte Brief des **Prinzen von Preußen** an Manteuffel, d. d. Berlin, 8. März:

„Ich wende mich nun aber zu einer anderen Seite dieser Angelegenheit, und das ist das Personelle und die Intrigue, welche in einem grandiosen Stil gegen mich gespielt worden ist. Sie fing an mit der Freimaurergeschichte vor sechs Wochen und hat nun kulminirt. Man wußte sehr wohl, daß ich Sie auf der Bahn unterstützte, die Sie namentlich in der orientalischen Frage seit vier Monaten eingeschlagen hatten. Sie hatten sich, ohne mein Zuthun, Werkzeuge zu dieser Bahn herangezogen, die seit Jahren mein Vertrauen besitzen.***) Wem ich einmal mein Vertrauen geschenkt habe, dem entziehe ich es nicht, er müßte sich dessen etwa unwerth gezeigt haben. Diese Werkzeuge gehörten ebenso wenig wie Sie und ich zur Kamarilla. Dieser sind aber Alle, die nicht zu ihrer Fahne schwören, ein Dorn im Auge. Da sie mich vor sechs Wochen nicht hatten von Berlin fortbringen können, so mußte der Plan feiner angelegt werden. Die Leute meiner Grundsätze, die Sie nach und nach herangezogen hatten, und mit deren Hülfe Sie beim Könige die einzig nationale Politik mit Glück verfolgten, die Preußens Ehre, Würde und seinen Interessen entspricht — die mußten beseitigt werden. Es ist geschehen! Soeben sagt mir Fürst Hohenzollern, daß Usedom und Pourtalès entfernt werden sollen, wie ihm Herr v. Gerlach gesagt hat. Als mir vorgestern der Fürst sagte, er habe den König gefragt, mit wem er hier offen sprechen könne, und er erwartete, meinen Namen nennen zu hören, sagte der König: »Mit meinem Bruder Karl, der ist von Allem unterrichtet«, da war es mir klar, wohin es kommen sollte und wohin es gekommen ist! Eine ähnliche Andeutung hatte mir auch schon der Herzog von Koburg gemacht.

Somit ist denn diese kolossale Intrigue vollkommen reüssirt. Ich, der Thronerbe mit Antecedenzien, die das Licht der Welt nicht zu scheuen brauchen, werde das Spiel einer Clique, die sich nicht scheut, meine Person zu mißbrauchen, und meinen Bruder zu ihrem Werkzeuge macht, dessen Antecedenzien den meinigen wenigstens nicht gleichen.

Und zu dieser ganzen Intrigue haben Sie nicht den Schlüssel gefunden? Sie sind mit in dieselbe gezogen worden und haben sie nicht entdeckt? Ja, Sie bieten jetzt die Hand, um sie zu Ende zu führen, indem Sie die Männer entfernen, die ich Ihnen stets als die einzigen würdigen, passenden, ehrenwerthen Mitarbeiter bezeichnet hatte, die Sie bis vor wenig Tagen mit Ihrem vollsten Vertrauen be-

*) Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 113, 115ff.
**) Vgl. hierzu Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 112f.
***) Anspielung auf Pourtalès und Usedom.

handelten, die der König ebenfalls bis dahin mit Lob und Gnade überhäufte. Was haben denn diese Leute verbrochen, daß sie so behandelt werden müssen? Sie haben eine Meinung geäußert wie Andere, und wenn dies nicht die des Königs war, nun, so ist das schon oft dagewesen.

Das Verborgene liegt aber darin, daß mein Einfluß gebrochen werden sollte. Und darum müssen Jene büßen, die meine Farben tragen, damit diese Farben auch bei Ihnen verdunkelt werden. Und ist dies Alles erst fertig, dann wird der Erfolg des russischen Goldes, was bis in die Vorkammer des Königs rollt, klar dastehen und Preußen ins russische Lager verkauft sein, gegen öffentliche Meinung und gegen Preußens Interessen.

Dahin hat es die Kamarilla gebracht.

Ich darf und werde dies nicht ruhig mit ansehen. Ich verlange als eine öffentliche Satisfaktion jener Clique gegenüber, daß Graf Pourtalès nicht beseitigt werde und v. Usedom nicht eher nach Bonn gewiesen werde, als bis zu Ostern, wo mein Sohn wieder nach Bonn kommt.

Ich halte mich für zu gut, als daß ich, ein Opfer jener Menschen, falle, die dem König die Wahrheit verdunkeln, um ihre nichtsnutzigen Pläne durchzuführen. Kann man die Frechheit kühner und weiter treiben, als diese Leute sie jetzt gegen mich, den Thronerben, geschleudert haben??

Weder Pourtalès noch Usedom wissen durch mich, was ihnen bevorsteht: vielleicht wissen sie es noch gar nicht. Keiner von Beiden hat mir ein Wort über diese mir dennoch klar gewordene Intrigue gegen mich gesagt, so daß sie also an diesen Zeilen nicht schuld sind.

Ich erwarte eine baldige Erklärung von Ihnen, ob Sie die von mir verlangte Satisfaktion einleiten werden; Eile aber ist sehr nothwendig, denn die Kamarilla ist sehr thätig und schläft nicht. Ihr Prinz von Preußen."

Manteuffels Antwort ist nicht erhalten, erhellt aber zum Theil aus dem einlenkenden Billet, welches der Prinz am folgenden Tage an denselben richtete:

„Aus Ihrer Antwort ersehe ich mit Bedauern, daß mein Brief Sie in einem Moment erreicht hat, in welchem Sie noch an schmerzlichen Eindrücken leiden, die Ihnen gestern wiederum vom Könige gekommen sein müssen. Ihre Gründe zum erneuten Antrag zur Niederlegung Ihres Amtes*) kenne ich nicht; ahnen aber kann ich sie, indem hinter Ihrem Rücken Politik von derselben Partei gemacht wird, die mich so schwer verletzt. Ein solcher Dualismus ist aufreibend. Wer aber leidet mehr darunter als der König und — Preußen! Diese Partei sich nicht über den Kopf wachsen zu lassen, das ist meine ganze Forderung, sie wird aber das Feld behaupten und nach ihrer Seite exploitiren, wenn die Personen systematisch entfernt werden, die ihr noch im Wege stehen.

Sie sagen: Grafen Pourtalès hätten Sie niemals die Thür gewiesen, und Usedom habe keinen Befehl von Ihnen, abzureisen. Beides hat aber Gerlach

*) Am 9. hatte Manteuffel auch Gerlach gegenüber höchst ärgerlich und unzufrieden von seinem Abschied gesprochen. „Ich werde noch heute dem König die Ordre vorlegen, und ich rechne darauf, daß er sie unterzeichnet." Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 120.

gestern dem Fürsten Hohenzollern versichert, werde geschehen, folglich ein klarer und klarster Beweis, daß hinter Ihrem Rücken intriguirt wird und Sie zuletzt erfahren und thun müssen, was die Kamarilla will, selbst wenn Sie es nicht gewollt hätten.

Auf diese Dinge, die nun auch mich getroffen haben, wollte und mußte ich Sie aufmerksam machen, und ist es mir ganz recht, wenn Sie die Befehle des Königs einholen, wenn Ihnen jene Ausweisungsbefehle zugehen werden. Daß Sie, solange Sie dem König dienen, Seine Politik machen, d. h. solange sich dies mit Ihren Grundsätzen verträgt, versteht sich ganz von selbst. O, warum habe ich Ihnen je auch meine Anerkennung über die Expedition nach Wien ausgesprochen und zwar zweimal.

Uebrigens irren Sie in Ihrer Antwort, wenn Sie meinen, ich hätte Ihnen vorgeworfen, die Schlüssel der Intrigue gegen mich in Händen zu haben, denn ich habe gerade das Gegentheil gesagt, nämlich, daß Sie diese Schlüssel nicht gefunden hätten. Jetzt habe ich sie Ihnen aufgedeckt, und nun kommt es nur darauf an, sich dieser Schlüssel zum Zu- und nicht Aufschließen der Intrigue zu bedienen, d. h. daß Sie sich nicht der Arbeitskräfte berauben lassen, die die Kamarilla nicht will! Gerlachs Aeußerung an den Fürsten von Hohenzollern nahm ich gestern als von Ihnen ausgehende Maßregel an, weshalb ich äußerte, Sie böten jetzt die Hand zur Vollendung der Intrigue. Nach Ihrem Brief klärt sich diese Annahme von mir als falsch auf. Nun erst werde ich den betreffenden Herren Mittheilung von meinem Schritte gegen Sie machen.

Wenn Pourtalès das Bureau gemieden hat, ist dies zu verwundern, da seine Ernennung acht Tage unpublizirt an ihn blieb und jetzt ganz sistirt? Seien Sie überzeugt, daß Niemand Ihre Lage mehr sich zu Herzen nimmt als ich und durch diese Korrespondenz Ihnen Stärkung statt Schmerz geben will."

Mit diesen Zeilen war das Verhältniß Manteuffels zu dem Prinzen von Preußen zwar wieder hergestellt; er ersehnte aber, wie er noch am 18. März zu Gerlach sagte, nur die jetzige Krisis, um seinen Abschied zu nehmen. Er diene nicht um das Geld, denn er habe etwas mehr, als er bedürfe, auch nicht um die Ehre, auch nicht um den Dank, sondern nur, weil er es für seine Pflicht halte.*)

Die orientalische Verwickelung kam, wie erwähnt, auch im Bundestag zur Sprache. Welche Stellung Manteuffel hier**) und zu den übrigen in Frankfurt a. M. verhandelten Fragen***) einnahm, ist aus „Preußen im Bundestag" zu ersehen.

*) Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 125. In diesem Zusammenhange mag auch an folgende Stelle in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 146 erinnert werden: „Im Winter 1853 zu 1854 ließ mich der König wiederholt kommen und hielt mich oft lange fest; ich verfiel dadurch äußerlich in die Kategorie der Streber, die am Sturze Manteuffels arbeiteten, den Prinzen von Preußen gegen seinen Bruder einzunehmen, für sich Stellen oder wenigstens Aufträge herauszuschlagen suchten und dann und wann von dem Könige als Rivalen Manteuffels cum spe succedendi behandelt wurden."

**) Ich verweise auf die Erlasse und Telegramme Manteuffels an Bismarck, d. d. 24. Febr. und 21. April 1854, betr. die orientalische Frage „Preußen im Bundestag", Bd. IV, S. 181, Note 6 und Bd. II, S. 3 Note 1 und 2 und S. 4 Note 1.

***) Erlasse und Telegramme Manteuffels an Bismarck, d. d. 9. Dez. 1853, betr. die Verfassungsangelegenheit der Stadt Frankfurt a. M., „Preußen im Bundestag", Bd. I, S. 332.

2. Innere Politik.

Um der Finanzverwaltung die Lösung ihrer durch die orientalischen Wirren noch erhöhten Aufgabe zu erleichtern,*) beantragte die Regierung eine Erhöhung des bereits vorhandenen Steuermodus für Branntwein. Am 7. März bat der Finanzminister v. Bodelschwingh Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben, soviel als thunlich für die Annahme dieses Gesetzes in der ersten Kammer vorwirken zu wollen. „Soeben verläßt mich der Oberforstmeister v. Steffens, der durch Aufzählung vieler Spezialien mir bestätigte, daß und wie in der unlautersten Weise um Stimmen gegen das Gesetz geworben würde. Ständen wir nicht politisch so, wie wir stehen, ich würde wahrlich auf die Entscheidung dieser Frage viel weniger Gewicht legen, — jetzt scheint sie mir von der allergrößten politischen und finanziellen Bedeutung zu sein. — Nach meiner innigsten Ueberzeugung würde es den allerübelsten Eindruck machen und für die Regierung von den böseften Folgen sein, setzten die Herren v. Meding, v. Waldow und Genossen ihren Willen durch. Verzeihen Ew. Excellenz, daß ich Sie mit diesen Zeilen und der darin ausgedrückten Bitte behellige; ich halte mich aber in meinem Gewissen für verpflichtet, nichts zu versäumen, um das Votum der ersten Kammer zu sichern."

Manteuffel entsprach diesem Ersuchen in weitgehendstem Maße durch seine Rede in der ersten Kammer vom 29. März,**) in welcher er ausführte:

„Das Steuerzahlen ist an sich keine angenehme Sache, eine Steuererhöhung hat ihre besonderen Unannehmlichkeiten, sollte es sich auch nur darum handeln, die erhöhten Steuern vorzuschießen. Es ist deshalb auch kein sehr dankbares Geschäft, eine solche Steuererhöhung, zu vertheidigen. Wenn ich es dennoch thue, in einer Sache thue, die meinem Ressort fern steht, so geschieht es, um keinen Zweifel darüber übrig zu lassen, daß ich meinestheils einen hohen Werth darauf lege, daß die von der Regierung proponirte Maßregel Ihren Beifall finde. Die Maßregel rechtfertigt sich durch das Bedürfniß des Landes. Dies Bedürfniß ist freilich mehrfach in Abrede gestellt worden. Der letzte Herr Redner hat das, was heute als Bedürfniß erachtet

---

Note 1; 9. und 29. Dez. 1853, betr. die lippesche Verfassungsangelegenheit, Bd. I, S. 327 Note 2 und S. 343 Note 1; 17. Dez. 1853, betr. den fortifikatorischen Zustand der Festung Mastricht. Bd. IV, S. 169 Note 5; 24. Dez. 1853 und 27. Jan. 1854, betr. den Frhrn. v. Prokesch-Osten. Bd. I, S. 335 Note 2 und S. 361 Note 3; 12. Jan. 1854, betr. die Arlon—Luxemburger Eisenbahnfrage, Bd. I, S. 344 Note 1; 15., 24., 28. Jan., 2. und 7. Febr. 1854, betr. den badischen Kirchenkonflikt, Bd. I, S. 350 Note 1, S. 358, S. 361 Note 1 und Bd. IV, S. 166 Note 1; 25. Jan. 1854, betr. die Besatzung 2c. der Festung Mainz, Bd. IV, S. 170 Note 3; 18. und 25. März 1854, betr. die Ulm-Rastatter Festungsbausache, Bd. I, S. 366 Note 2 und S. 369 Note 2; 19. April 1854, betr. die Revision der Geschäftsordnung des Bundestags, Bd. I, S. 382 Note 2. Ein in der Bentinckschen Angelegenheit im Auftrage Manteuffels ertheilter Bescheid des Geh. Regierungsraths Gäbler an Bismarck d. d. 6. Febr. 1854 findet sich in Bismarcks „Jahrbücher", Bd. II, S. 51.

*) Am 28. Nov. schrieb Niebuhr an Manteuffel aus Potsdam: „Wenn bei den obwaltenden Verhältnissen kuhne Experimente nicht sicher dem Scheitern ausgesetzt wären und das finanzielle Objekt nicht allzu bedeutend wäre, möchte sogar eine temporäre Ermäßigung der Zucker- und Kaffeezölle als Theuerungsmaßregel in Erwägung genommen werden können. Damit aber würde man nur Zeit und Papier verderben, womit ich schon den besten Anfang mache."

**) Sten. Bericht, Bd. II, S. 512. Vgl. auch die Reden Manteuffels in der zweiten Kammer am 23. und 24. Febr. 1854. Sten. Bericht, Bd. I, S. 418 und 430.

werden müsse, sehr kurz charakterisirt. Er hat gesagt, es handle sich um die Verzinsung der Staatsschulden und die Bedürfnisse der Armee, alle andern Ausgaben müßten nach den Einnahmen ermäßigt werden. Das ist eine einfache Art, mit der Frage fertig zu werden. Im Staatsministerium haben die Berathungen der Etats und Budgets zahlreiche und mühselige Sitzungen in Anspruch genommen; wir haben jede einzelne Position sorgfältig geprüft und viele Positionen zurückgestellt, die wir für sehr nothwendig hielten, aus dem Grunde, weil die Mittel dazu nicht vorhanden waren. Ich erlaube mir nur, auf wenige Gegenstände, die nicht unter diese zweite Kategorie gehören, hinzuweisen. Es ist die große Zahl der dem Fiskus obliegenden Kirchen- und Schulbauten, es sind diejenigen Summen, die für Landesmeliorationen verwendet werden müssen; es sind diejenigen Beträge, die für Eisenbahnbauten und dergleichen Dinge auszugeben sind. Das sind Ausgaben, in welchen zurückzubleiben nicht in der Willkür der Verwaltung steht; es sind das dringende und unabweisliche Bedürfnisse. Ich frage Sie, wenn irgend eine dem Lande heilsame Maßregel zur Sprache kommt, wenn ein Eisenbahnprojekt z. B. hier zur Berathung gestellt wird, welches namentlich auch dem Landbau einen Absatzweg sichert, geben die Kammern da nicht bereitwillig ihre Unterstützung? Wenn aber zur Ausführung geschritten werden soll, muß das Geld vorhanden sein. Nun hat gestern ein Redner angeführt, unsere Finanzverwaltung habe den großen Vorzug der Ehrlichkeit. Das wäre das Wesentliche, und deshalb könne man ihr schon vertrauen, daß sie mit den vorhandenen Mitteln auskomme. Ich verkenne diesen großen Vorzug, der zum wesentlichen Theil in der Integrität unserer Unterbeamten besteht, keineswegs und ergreife jede Gelegenheit, diesem ehrenwerthen Stande meine volle Anerkennung auszusprechen. Aber eine Ehrlichkeit, die darin bestände, Geld, das nicht vorhanden ist, hervorzubringen, ist mir bis jetzt nicht bekannt geworden.

Die Ehrlichkeit steht wohl dafür, daß kein Geld durch die Finger läuft, aber wenn keines in der Hand ist, kommt auch keines hinein. Ich glaube in der That, daß die große Mehrheit dieser Versammlung darüber nicht im Zweifel ist, daß das Geld wirklich gebraucht wird. Aus politischen Rücksichten halte ich es aber gerade in dem gegenwärtigen Moment für außerordentlich wichtig, daß das Gleichgewicht in den laufenden Ausgaben gegen die laufenden Einnahmen hergestellt werde, und zwar sobald als möglich. Gerade mit Rücksicht darauf, daß wir möglicherweise bald in den Fall kommen dürften, außerordentliche Ausgaben zu machen, daß das Land gerüstet sein muß für kriegerische Eventualitäten, gerade darin liegt eine dringende Aufforderung, den ordentlichen Staatshaushalt in vollständiges Gleichgewicht zu setzen, denn es darf auch das nicht übersehen werden, daß ein solches Gleichgewicht die Bedingung dafür ist, daß wir das Geld, was zu solchen außerordentlichen Zwecken gebraucht werden soll, durch billige Bedingungen und durch solche Bedingungen erlangen, die das Land nicht zu sehr drücken.

Auf die Frage der Zweckmäßigkeit dieser Steuer näher einzugehen, scheint mir nach den vielfachen Erörterungen, die hier stattgefunden haben, überflüssig. Ich fasse nun kurz zusammen, daß ich mich für die Steuer erkläre, einmal, weil ich glaube, daß sie ein Objekt trifft, welches die Steuer allerdings tragen kann, zweitens, weil ich glaube, daß die Konsumtion des Branntweins, der auch zu vielen gewerblichen Zwecken verwendet wird, eine ziemlich gesicherte ist, und daß die Regierung daher keine falsche Rechnung macht, wenn sie durch die Steuererhöhung eine erhebliche Mehreinnahme für die Staatskasse herbeizuführen beabsichtigt, und drittens, weil ich der Ueberzeugung bin, daß bei uns im Lande der Spiritus billiger als anderswo hergestellt wird, daß also mit Rücksicht auf den Rückzoll nicht zu fürchten sein wird, daß die Branntweinproduktion im Lande durch die Steuer werde vermindert werden. Sollte der Konsumtion des Branntweins — also dem Branntweintrinken — durch die Steuer Abbruch geschehen, so würde mich das freuen, ich glaube es aber nicht.

Wenn nun von der Zweckmäßigkeit des gegenwärtigen Moments, die Steuer aufzulegen, gesprochen ist, so komme ich auf das zurück, was ich bereits erwähnte. Ich halte es für dringend nothwendig, daß jetzt der Staatskasse eine dauernde Mehreinnahme zugeführt werde.

Eine andere Steuer ist von keiner Seite vorgeschlagen. Wenn man also heute diese Steuer verwirft, so heißt das mit anderen Worten nichts Anderes, als daß man jetzt der Staatskasse diese Mehreinnahme nicht gewähren will.

Es ist nun die Annahme ausgesprochen worden, Grund und Boden würden durch diese Steuer in ihrem Werth vermindert werden, und es ist namentlich darauf hingewiesen worden, daß eine Ungleichmäßigkeit in der Steuer mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit des Bodens es besonders bedenklich mache, sie einzuführen. Ist aber der Werth der Güter wohl seit der letzten Steuererhöhung im Jahre 1838 zurückgegangen? Nun, diese Ungleichmäßigkeit des Bodens, die besteht allerdings, aber die tritt in anderer Beziehung in die Erscheinung. Bekanntlich haben wir auch eine Weizensteuer, denn ich kann die Mahlsteuer doch nicht anders bezeichnen, denn als eine Weizensteuer. Der größte Theil des Weizens, der im Lande verzehrt wird, findet bekanntlich in den großen Städten seine Verwendung und muß dort Steuer zahlen. Ich baue auch einigen Weizen, aber ich baue mit viel geringerem Erfolge als der Gutsbesitzer in der Magdeburger Gegend und ich werde daher in Bezug auf die Steuer auch ungünstiger behandelt werden als der Gutsbesitzer in der Provinz Sachsen, denn mir bringt der Morgen Land viel weniger Weizen als dem Gutsbesitzer in der Magdeburger Gegend. Von einer Seite ist gestern darauf hinge wiesen worden, daß es eine Steuer sei, welche wesentlich darauf abziele, den großen Grund besitzern Eintrag zu thun, und es ist dabei angeführt worden, daß dies wohl bei Manchen, die sich für die Steuer erklären, die ausgesprochene Absicht sei. Der Regierung, und darin wird sie wohl auf Ihre Anerkennung zählen können, liegt diese Absicht fern; im Gegentheil, die Regierung weiß sehr wohl, welches wichtige Element in unserem Staatsleben der große Grundbesitz ist; sie weiß auch, daß, wie heute mit Recht angeführt ist, der große Grundbesitz unter Umständen schwere Lasten zu tragen haben wird, aber einmal ist die Regierung der Meinung, daß die Lasten im vorliegenden Fall nicht dem großen Grundbesitz, sondern den Konsumenten auferlegt werden, und zweitens weiß die Regierung auch, daß der große Grundbesitz durch viele andere Dinge mehr gefördert werden kann als durch höhere oder geringere Steuer auf die Spiritusproduktion. Ich bin der Meinung, daß die Verbesserung der Kommunikation, wofür namentlich in einigen Provinzen in den letzten Jahren sehr namhafte Summen aufgewendet sind, die Anlage von Eisenbahnen — ich nenne nur die Ostbahn — ganz andere Hebel sind als eine Ermäßigung der Spiritussteuer. Ich glaube, die Regierung wird unter allen Umständen auf den großen Grundbesitz rechnen können, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß auch diejenigen Herren, welche mit Widerstreben ihre Bedenken zurückdrängen möchten gegen die Steuer, dieselben doch fallen lassen werden gegenüber den wesentlichen Bedürfnissen des Landes, welche hier vor Augen gelegt worden sind." —

Aus der Zahl der übrigen Landtagsreden Manteuffels*) wäre jene hervorzuheben, in der er sein Interesse für die Marine bethätigte.**) „Er habe sich der Verwaltung der Admiralität unterzogen, nicht weil es ihm an anderen Geschäften gefehlt, sondern weil er ihr nützlich zu sein geglaubt und weil er gern an Allem Antheil nehme, was zur erfreulichen Entwickelung Preußens beitragen könne." —

*) Der Minister sprach in der zweiten Kammer am 2. Dez. 1853, 25. und 30. Jan. und 27. März 1854 bei Einbringung zollpolitischer Vorlagen, Sten. Bericht Bd. I, S. 12, 182, 198, Bd. II, S. 701, zu den Gesetzentwürfen, betreffend die Beschäftigung von Strafgefangenen mit Feld- und anderer Arbeit außerhalb der Anstalt, vom 3. Febr., Sten. Bericht Bd. I, S. 248, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, vom 28. Febr., Sten. Bericht Bd. I, S. 465, und zu der Position des Gehalts des Generalkonsuls in Helsingör vom 8. März 1854, Sten. Bericht Bd. I, S. 559.

**) Rede in der zweiten Kammer am 22. April 1854, Sten. Bericht Bd. II, S. 917 und 918. — Auf die Mittheilung von einer Personalernennung in der Admiralität referirte Prinz Adalbert dem Minister Manteuffel am 4. Dez. 1853: „Auch ich wünsche von Herzen, daß das Glück der Admiralität — dieser neuen großartigen Schöpfung, die Preußen Ihrem kräftigen Handeln verdankt — treu bleiben wird. Solange wir Ew. Excellenz an unserer Spitze zu sehen die Ehre haben, werden Sie, davon sind wir durchdrungen, dasselbe zu bannen verstehen."

Es erübrigt, noch über verschiedene Vorgänge außerhalb des parlamentarischen Lebens in der bisher üblichen chronologischen Weise zu berichten:

In den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz, Württemberg, Baden, beiden Hessen, Nassau war seit dem Anfange des Jahrhunderts eine Gesetzgebung in ununterbrochenem Bestande gewesen, welche, wesentlich nach französischem Muster, das jus circa sacra des Staates in vollem Umfange zur Geltung brachte, die Wirksamkeit kirchlicher Erlasse dem landesherrlichen Placet unterstellte, den recursus ab abusu zuließ, die Anstellung der Pfarrer von der Entschließung der Staatsregierung abhängig machte, die Studirenden der Theologie an die Landesuniversität verwies, das gesammte Schulwesen als staatliche Veranstaltung bezeichnete und demnach regulirte. Gegen diesen seit fünfzig Jahren geltenden Rechtszustand erhoben im März 1851 der Erzbischof von Freiburg und die Bischöfe von Rottenburg, Limburg, Mainz und Fulda gemeinsamen Einspruch auf Grund des von Gott geordneten Rechtes der Kirche, des westfälischen Friedens, des Reichsdeputationshauptschlusses und der Bullen der Päpste Pius VII. und Pius VIII. Als hierauf die Regierungen von Württemberg, Baden, Darmstadt und Nassau ihnen am 5. März 1853 nicht unbedeutende Konzessionen machten, im Uebrigen aber sie abschlägig beschieden, erklärte der Erzbischof von Freiburg, daß er trotz der Regierung und ihrer Gesetze fortan nach der von ihm behaupteten kirchlichen Ordnung verfahren werde, und rasch genug erfüllte sich der katholische Theil Badens mit dem Lärm eines heftig geführten kirchenpolitischen Kampfes. Es gelang nun dem streitenden Klerus allerdings nicht, die große Masse der katholischen Bevölkerung mit dem eigenen Feuer zu erfüllen, wohl aber hatte die badische Regierung Veranlassung zu der Annahme, daß der klerikale Angriff gegen die Landesgesetze durch die österreichische Regierung und durch unmittelbaren Verkehr des österreichischen Bundestagsgesandten mit dem Erzbischof ermuntert und unterstützt werde.

Am 2. Dez. theilte der Gesandte in London, Bunsen, dem Minister Manteuffel in einem eigenhändigen Privatschreiben mit, die badischen Vorfälle hätten in England zu manchen Bedenken Anlaß gegeben.

„Eine schwache Regierung wird im Kampfe mit den die Welt umschlingenden Jesuiten*) allein gelassen und, wie es scheint, ohne Rath, selbst von ihren Nachbarn. Sie mag Fehler begangen haben, allein daß sie die Jesuiten verjagt, welche (unbefugterweise, denn sie sind nie hergestellt) das Land überschwemmt und das Feuer geschürt, war ein Schritt, den nur die Männer der »Kreuzzeitung« aus blinder politischer Leidenschaft tadeln konnten. Hier fand man die Schritte der Regierung vernünftig und hoffte darin einen Anfang zu sehen für einen Rückschlag gegen die Pfaffenherrschaft unter den Katholiken selbst. Wie die alte Pfarrgeistlichkeit denkt, weiß man durch ihre Erklärungen im Jahre 1845, wo eine große Anzahl von Männern über 70 Jahre im Namen der Sittlichkeit und des Glaubens auf die Aufhebung des Cölibats antrug. Freiburg war die Schule frommer, gelehrter und dabei

*) Es ist über die Jesuiten bereits so viel Schlimmes gesagt und geschrieben worden, daß dieselben auch die obenstehenden leidenschaftlichen und weit über das Ziel hinausschießenden Ergießungen des auch in anderen Fragen oft kein Maß kennenden Bunsen überleben werden.

freisinniger Männer, wie Hug, und der noch lebende edle Hirscher. Ich kann also dem Bedauern, welches man hier fühlt, daß die Regierung unterliegt, nur beistimmen. Wohl begreife ich, daß es Preußen schwer ist, im protestantischen Sinne mit Nachdruck durch das Organ eines Gesandten zu reden, dessen Neigungen, Gefühle und Freunde alle auf der Jesuitenseite sind, und der einem ihm unbekannten und englischen Missionar gerade heraus gesagt hat: »es sei kein Heil für Baden als in den Jesuiten« (auch Lord A. Loftus kann viel davon erzählen). Allein man wird es doch, ehe zehn Jahre vorbei sind, bereuen, daß man die Pfalz den Jesuiten geöffnet hat. Es ist dies eine der unseligsten Täuschungen. Natürlich werden jetzt alle jüngeren Geistlichen ultramontan, weil sie sehen, daß von dort Schutz und Ehre kommt.

Die Jesuiten (die »Jesuwider«, wie Fischart sagt) haben den Dreißigjährigen Krieg hervorgebracht (und verewigt), sie werden (und können) nicht ruhen, bis sie Deutschland, das schon so zerrissen, gänzlich auseinanderreißen und alle Religiosität und Glauben ans Evangelium mit Stumpf und Stiel ausrotten. Dabei treibt der Unmuth über das Fallenlassen der Union (wie der hochselige König sie verstand, und wie ganz Deutschland sie verstand, nicht im Sinne des Berliner Kirchentages) die ersten, angesehensten und einflußreichsten Theologen aus dem Lande (wie Dorner, der nach Göttingen ausgewandert ist, und Rotte, das Landeskind, der sich wieder nach Heidelberg flüchtet, vor dem allmächtigen Hengstenbergismus), und selbständige Männer, wie Niedner und Hagenbach (die beiden ersten Kirchenhistoriker mit Hundeshagen), und durch Geist und Gesinnung mächtige Männer schlagen jeden Ruf nach Preußen ab, »wo man die Wahrheit nicht wolle, sondern Heuchler bilde«. Ich rede Ihnen, was ich nicht vom Hörensagen, sondern von jenen Männern selbst weiß.

Sie sind ein Staatsmann und haben ein preußisches Herz; die Kreuzmänner sind blinde Parteimänner und haben, wenn irgend eines, nur ein brandenburgisches Junkerherz. Diese thun Alles, dem theuersten und edelsten Könige Leben und Regierung zu verderben. Was die Nachwelt sagen wird, sehe ich klar vor Augen; es ist aber schon schlimm genug, was die Mitwelt nicht allein denkt, sondern auch sagt. Niemand weiß besser als ich, daß der König Geist und Freiheit will, welche ja beide sein eigentliches Wesen ausmachen; allein ein König wird beurtheilt nach dem, was er thut oder thun läßt.

Das Schöne und Gute im letzten Kirchentage erkenne ich gern an und habe es Herrn v. Hollweg ausdrücklich ausgesprochen, allein der jüdisch-starre Stahl hat durch seine starre Formulirung doch wahr gemacht, was der katholische Korrespondent der »Augsburger Allgem. Zeitung« sagt: »Die preußische Landeskirche ging als Eine in den Kirchentag und kam als Drei heraus, nur über das einig, worin sie nicht übereinstimmten.« — Es ist ein bloßer Wahn, daß man mit dem alten Pflaster der Augustana, welches schon in Melanchthons Händen zerriß, die klaffenden Wunden der Zeit heilen will. Die Formel Friedrich Wilhelms III. ist die einzig richtige: Augsburger Bekenntniß und Luthers Katechismus — Heidelberger Katechismus und Genfer Bekenntniß in der Schule je nach dem Bekenntnisse, aber Union auf Grund der gemeinsamen Abendmahlsfeier.

Der Fehler, den seine Adjutantur nicht einsehen konnte, war, daß er nicht gleichzeitig (wie er 1817 vorhatte, ehe die große Reaktion eintrat) der Kirche eine organische Verfassung gab und das Gemeindeleben in der Laienschaft pflegte. Aber die Formel ist richtig, nur daß die Union auf zwei Beinen stehen sollte und nicht auf einem. Selbst mit dem Berliner Kirchentage ließe sich noch etwas Vernünftiges anfangen, wenn man die Augustana nur als Fahne betrachtet, um die Zerstreuten und Entmuthigten zu sammeln; allein, wie die Sachen in Berlin stehen, erscheint dieser Beschluß als Anfang eines todten und heuchlerischen, also tyrannischen Formalismus. Kein gewissenhafter und gelehrter Theologe kann die Augustana buchstäblich unterschreiben; er weiß, daß sie Irrthümer enthält (nicht als Bekenntniß, sondern als Glaubensregel); aber man kann sie als erstes geschichtliches Bekenntniß verehren und in dem wesentlichen Punkte von der Rechtfertigung annehmen. Aber nur die Bibel ist Glaubensregel und das Gewissen der Richter. — Jetzt erzieht man die Jugend, die hungert, zur Heuchelei; die jungen Leute sagen das selbst; man vergiftet ihren Glauben in der Wurzel, der Wahrhaftigkeit der Gesinnung, und bereitet eine furchtbare Reaktion vor, die gerade das Gegentheil ist von dem, was man will. Furcht, Sklavensinn, Unmuth und Schmeichelei vereinigen sich, um das Aussprechen der Wahrheit zurückzuhalten; allein die Vorfälle in Baden mahnen daran, wohin wir geführt werden.

Verzeihen deshalb Ew. Excellenz diese lange Ergießung!"

In einem späteren Privatschreiben (vom 30. Dez.) kam Bunsen noch einmal auf die preußische und badische Kirchenfrage zurück; die Unterhandlung mit Rom sei und bleibe von Anfang bis zu Ende ein Fehler und ein Unglück, der Papst könne nur im Wesentlichen für den Erzbischof entscheiden, auch in der Hauptsache, der Stellung zur bürgerlichen, d. h. der allein hier geltenden staatlichen Gesetzgebung.

„Es ist möglich, daß er es gelegen findet, die Sache nicht zum Aeußersten kommen zu lassen, im gegenwärtigen Augenblick, ebenso wie Oesterreich vielleicht jetzt in demselben Sinne räth, obwohl wir nur zu gut wissen, was es eigentlich will und beabsichtigt. Und warum ist jene scheinbare Nachgiebigkeit wahrscheinlich? Weil die katholische Bevölkerung noch nicht so begeistert und fanatisirt ist, als die Jesuiten es wollen. Warum fing der Dreißigjährige Krieg erst 1618 an? Weil man alle Hoffnung verloren hatte, im Frieden die Reformation zu überwinden! Das steht uns bevor: denn Niemand ist bis jetzt fanatisch als die Pfaffen, die Jesuiten, die ihnen ergebenen katholischen Dynastien und — Professor Leo, der Günstling des Herrn v. Gerlach und Schoßkind des Königl. Kurators! um Verzeihung, die »Kreuzzeitung« selbst hat nur die Krallen eingezogen, nachdem sie sie gezeigt! — Man muß also suchen, jetzt die Sache beizulegen, so gut man kann. Oesterreich vermittelt. Der Prinzregent*) heirathet am Ende doch eine katholische Prinzessin, während er früher (wie die Großherzogin Stephanie mir zur Zeit vertraut hat) eine preußische zu heirathen wünschte;**) der ihm in

*) scil. von Baden.

**) Vermählte sich bekanntlich später mit der Tochter des Prinzen von Preußen.

Potsdam gewordene Empfang war ihm (wie er der Großherzogin sagte) hinlänglich abschreckend und brachte ihn zu Oesterreich. Ich begreife daher wohl, wie ein unverhohlen gläubiger Jesuit (so äußerte er sich gegen mich) wie Herr v. S.*) doch jetzt auch zu dieser Nachgiebigkeit räth. Es ist im Interesse seiner Sache, nach seinem eigenen Berichte. Warum verhinderte er nicht die Unterhandlung mit Rom? oder warum wußte er nichts davon zur rechten Zeit?

Was nun Preußens Stellung betrifft, so halte ich die Idee des Corpus Evangelicorum für eine vollkommen abgelebte. Erstlich, weil Sachsen unter der Botmäßigkeit einer starr katholischen Dynastie steht. Zweitens, weil die Zeit lange vorbei ist, wo eine Verbindung evangelischer Dynastien (wenn sie aufrichtig möglich, was mindestens aufrichtig gläubige Nachfolger von Philipp von Hessen und dergl. voraussetzt) die Weltereignisse leiten kann. Keine Regierung, selbst nicht die preußische, kann dies, ohne sich auf das Volk, also auf eine organisirte, dem Volke aus Fleisch und Blut hervorgewachsene Kirche und auf freisinnige Kammern zu stützen. Das ist der zweite Fehler, welchen Herr v. S. gemacht. Er mußte so gestellt sein als preußischer Gesandter, daß man die Verhandlung mit Rom nicht anfing, ohne Preußen zu Rathe gezogen zu haben, und er mußte zweitens anrathen, sogleich die Stände zu berufen und ihnen offen die Sachlage vorzulegen, würdig, aber vertrauensvoll das katholische wie das evangelische Volk und dessen Gewissen und Rechtsgefühl zu Zeugen und Schiedsrichtern aufrufend, seinen Entschluß vorher verkündend: bei der Gesetzlichkeit zu bleiben.

Die Regierung selbst scheint noch so viel Lebensinstinkt zu haben, daß sie dergleichen gewollt; Herr v. S. sagt aber in seinem Berichte: »eine eingehende Diskussion würde aber vor noch eröffneten Verhandlungen mit Rom gänzlich unstatthaft sein«.

Unselige Verblendung, deren sich der jüngste evangelische Legationssekretär nicht schuldig gemacht haben würde! Man hätte nie die Unterhandlungen mit Rom anknüpfen sollen, aber da man sie angeknüpft, so ist das einzige Mittel, ohne Schande und Untergang aus dem Kampfe oder vielmehr aus der Schlinge sich herauszuziehen, daß die Regierung sich an Kammern, Land und öffentliche Meinung wendet. Es bedarf gar nicht einmal einer erfahrungsmäßigen Kenntniß des römischen Hofes, wie ich sie mir zuschreiben muß, sondern nur des gesunden protestantischen Menschenverstandes, welcher in Deutschland Niemandem fehlt als allen Kreuzrittern und leider! den meisten deutschen protestantischen Fürsten, um einzusehen, daß Rom nur das nicht thut gegen uns, was es nicht — kann, und daß es sein Gewissen nur dann dahin beschwichtigt, daß es (nach seiner eigenen Sprache) »dissimulirt«, wenn es die Stimmung der Völker sich entgegen sieht.

Ich kann Ew. Excellenz selbst für Preußen nichts Anderes sagen. Ich habe so gedacht, gesprochen und geschrieben, auch, soviel ich konnte, gehandelt, in den Jahren von 1834 bis 1838, und die bisherigen Ereignisse stehen meiner Ansicht zur Seite. Die katholische Geistlichkeit kann nur dann in ihren nationalen Pflichten und — bei den Meisten — Gefühlen erhalten werden, mit Zügelung der

*) v. Savigny, preußischer Gesandter in Karlsruhe.

jesuitischen, d. h. ultramontanen, Richtungen und Wühlereien, wenn man die aufgeklärte katholische Bevölkerung im Mittel- und Bauernstande und die katholischen Gelehrten vollkommen ebenbürtig und freisinnig behandelt. 1837 sahen die Katholiken, zum Theile auch in Preußen, im Papstthume eine Freiheit, und viele zugleich ein Mittel der liberalen Opposition; Alles das hat man 1848 zu Boden gestürzt, und jetzt pflanzt man es wieder, baut es künstlich auf, einigen schlauen Jesuiten und einfältigen Pietisten oder Heuchlern zu Gefallen, weil man in den Jesuiten und in der Hierarchie einen Hebel der Gewalt, Gehülfen gegen die Revolution sieht!*) Man liebäugelt selbst mit den Jesuiten und giebt der Hierarchie Kardinäle, Hofhaltungen, fürstliches Ansehen, während die katholische Bevölkerung in ihrer ungeheuren Mehrheit dergleichen nicht will, sondern nach dem Halse greift, damit die Schlinge nicht noch fester gezogen werde. Sehr bald wird man es merken, daß dem Pfarrgeistlichen, ja selbst dem angesehenen Laien wie dem Bauer nichts übrig bleibt, als den Eminenzen und gnädigen Herren und vor Allem den Ehrwürdigen Patres den Hof zu machen!

Es giebt aber zwei Corpora Evangelicorum, von denen jedes 100mal mehr werth ist als jenes in die alte Reichsverfassung hineingebaute Schwalbennest der verfolgten Protestanten. Das erste heißt Zollverein, in möglichster Ausdehnung der Förderung des gemeinsamen Verkehrs und des Wohlstandes, unter Preußens Leitung. Diese große Vereinskraft ist leider! durch Oesterreichs unversöhnlichen Haß und unheilbare Blindheit gelähmt, aber das Gerüst ist noch da, trotz der „Ligue“ der Regierungen. Das zweite heißt Evangelische Union, im Sinne Friedrich Wilhelms III.; Neutralisirung (nicht deshalb Indifferenzirung im Sinne von Gleichgültigkeit) des Gegensatzes der spekulativen Systeme der lutheranischen und reformirten Geistlichen, durch Gemeinsamkeit im Gottesdienst und insbesondere im Abendmahle, als communio vivens. Dem Gedanken des Königs fehlte nichts als die Befestigung und Besiegelung dieser liturgischen Union durch die Verfassungsunion. Dies wollte die „introuvable“ Generalsynode; mein und meiner Freunde Rath wurde damals verworfen. — Stattdessen hat die Regierung sie durch Herrn Stahl und Konsorten tödten lassen, und ich weiß nicht, ob die vortreffliche, aber ganz wirkungslos gebliebene Kabinets-Ordre mehr als ein Todtenlied für die Bestattung sein wird.

In Baden wie in der Pfalz, wo die Union freudig begrüßt war, in jedem Sinne, hat man sie untergraben lassen, einigen schwärmerischen Ultra-Lutheranern zu Gefallen. Aber, gesetzt die Union wäre nicht todt oder gelähmt (der Kirchen-

*) Ich kann es unmöglich mit Stillschweigen übergehen, daß Herr v. S. in seinem Berichte sagte: „Die ältesten Geistlichen sind noch aus der Weßenbergschen Schule, und die mittlere, darauffolgende Schicht ist in dem Grade, der Gesinnung und auch den Sitten nach, verweltlicht, daß unter ihr der Gedanke an ein eventuelles Märtyrerthum sehr wenig Anklang findet.“ Was die Geistlichen aus der Weßenbergschen Schule betrifft, so sind sie ihrer aufrichtigen Gesinnung und reinen Sitten wegen anerkanntermaßen berühmt, und ihr Märtyrerthum ist ihnen bereits geworden, indem sie (ja selbst der edle, erzkatholische, aber nationale Hirscher) verfolgt werden. Die jüngeren aber heißen weltlich und unsittlich, es wird aber zugleich zugegeben, daß sie gegen den Erzbischof sind und auf diejenige Stimmung der Gemeinden Einfluß haben, welche doch wieder, als der Regierung zur Seite stehend, gelobt wird! Das stimmt nicht!

tag von 1853 hat sie wahrlich nicht wieder erweckt, obgleich das Unheilvollste abgewandt ist), glauben Ew. Excellenz, daß Preußen seinen Einfluß in dem politisch wie religiös am meisten gefährdeten Punkte, in Baden, ausüben oder erhalten kann, wenn der Königliche Gesandte auch nur ein Katholik, geschweige wenn er ein jesuitisch-gläubiger, eifriger Katholik ist? Ich werde das nie glauben, und daß Niemand in Preußen und Deutschland es glaubt, als wer muß oder will, glaube ich auch. Gerade weil die Angelegenheit meinen amtlichen Wirkungskreis nur so weit berührt, daß sie unsere Schwäche hier zur Sprache gebracht, habe ich rücksichtslos meine Ueberzeugung gegen Ew. Excellenz ausgesprochen, wie ich sie, wenn aufgefordert, Sr. M. aussprechen würde."

Bunsen scheint damals über die kirchlichen Fragen auch mit dem König*) und dem Prinzen von Preußen direkt korrespondirt zu haben. Indem der Letztere am 4. Dez. an Manteuffel ein Schreiben Bunsens übersandte, fügte er bei:

„Nicht minder richtig und wahr, wenn vielleicht auch etwas kraß, sind Bunsens Betrachtungen auf dem religiösen Felde, dem schwierigsten und gefährlichsten unserer Zeit, auf dem jedes Anpacken so schwierig ist — und doch muß etwas geschehen!

Hier hat Kleist-Retzow das Heiligste wieder einmal profanirt. Nach einem großen Konzert bei ihm geht man zum Souper; viele Personen sitzen schon, andere kommen sprechend auf ihren Plätzen an und hüpfend, weil es sehr kalt im Saal ist — als er mit einmal — ein Tischgebet hält! Der Mann macht hier alles Gute, was er wo anders leisten könnte, unmöglich durch seine Taktlosigkeiten und Fanatismus." —

Schlimmes Blut machte am Rhein die Berufung der Jesuiten nach Cöln; der dortige Erzbischof hatte einen auf hoher Stufe der Bildung stehenden Klerus, in dem nicht allein gute Seelsorger sondern auch gute Kanzelredner waren; das hinderte ihn nicht, die Jesuiten zu berufen, angeblich um die noch immer unter der Asche glühende Hydra der Demokratie durch Predigt und Ermahnung zu unterdrücken. Einzelne verdächtige Jesuiten, so den aus Freiburg berufenen Pater Prof. Southie, wies der Kommandant von Cöln, General v. Engel, aus, wodurch er den Unwillen des Erzbischofs erregte, welcher wissen zu können glaubte, daß der König den Jesuiten ihrer konservativen Grundsätze halber nicht gar so abhold sei.

Am 9. Dez. theilte Hinckeldey den Vorgang dem Minister Manteuffel mit, daran die Bitte knüpfend, er möge den alten ehrlichen Engel in Schutz nehmen, da derselbe in Cöln die einzige wahrhafte Stütze der Regierung sei. „Ich höre, daß der König das Verfahren des Kommandanten billigt, und daß der hiesige französische

*) Derselbe schrieb aus Freienwalde am 10. Jan. 1854 nachts:

„Bester Manteuffel — Hier noch ein Briefchen an Bunsen, mit der Bitte ihn dem Briefe beizulegen falls er noch nicht fort ist. Sein Inhalt bezieht sich auf einige schwebende kirchliche Fragen des Augenblicks. Wie schade, daß Sie nicht herkommen!!! Vale!

Friedrich Wilhelm."

Gesandte gegen die Ausweisung mehrerer französischer Jesuiten aus Cöln reklamirt hat.

Die Haltung der »Kreuzzeitung« in der katholischen Sache, besonders in Baden, soll sich durch die bedeutenden Aktienantheile erklären, welche in den Händen rheinischer Autonomen sind.

P. S. Die beiden Reichensperger haben den Engel bei Bonin*) heftig verklagt." —

Am 19. Dez. beschloß die Stadt Colberg zur Erinnerung an den Tag, an welchem vor drei Jahren Manteuffel das Präsidium des Staatsministeriums übernommen hatte, eine Kranken- und Pensionskasse zu begründen und dieser den Namen Manteuffel-Stiftung zu geben. An demselben Tage gingen Manteuffel von verschiedenen Seiten, namentlich von Stadtbehörden, Adressen zu, und die Städte Danzig, Stettin und Schwedt setzten denselben durch Deputationen von der ihm zu Theil gewordenen Verleihung des Ehrenbürgerrechts in Kenntniß.

Der Oberbürgermeister Grodbeck, welcher die Danziger Deputation anführte, hielt bei dieser Gelegenheit nachstehende Ansprache:

„Ew. Excellenz dankend nahen zu dürfen, bittet die Stadt Danzig durch uns um Erlaubniß. Durch ihre Lage seit Jahrhunderten darauf hingewiesen, ihre Existenz, ihren Wohlstand in dem überseeischen Verkehre und der Theilnahme an dem Welthandel zu suchen und zu finden, hängt unsere Stadt von dem Zustande der politischen wie der Handelswelt ab. Der Friede nach außen, die staatliche Ordnung im Innern bilden die Grundpfeiler ihres Gedeihens. Die wilde Sturmfluth, welche vor fünf Jahren die Throne erschütterte, den Weltfrieden störte, den Gewerbefleiß und den Handelsverkehr lähmte, traf Danzig schwer, schwerer als viele andere Städte, sie schlug uns tiefe, dauernde Wunden. Die Fluth ist abgeleitet, der Friede ist wiedergekehrt, das erschütterte Vertrauen hat sich neu belebt, eine schöne Blüthezeit begonnen. Wir fühlen unser Glück; wir vermögen uns desselben aber nicht ganz, nicht vollkommen zu erfreuen, ehe wir dem Manne unseren Dank dargebracht haben, den Gott unserem Königlichen Herrn gesendet, um des Vaterlandes jähen Sturz zu hemmen, uns neu aufzurichten in altgewohnter Pracht und Stärke. Ew. Excellenz haben den Dank des Vaterlandes durch den König, Sie haben ihn von fern und nah ausgesprochen erhalten, er lebt in den Herzen von Millionen, auch wenn die Lippen ihn nicht verkünden. Gestatten Ew. Excellenz aber auch einer alten, treuen Stadt, ihren Dank offen Ihnen darzulegen. Für denselben haben wir keinen anderen Ausdruck, als eine Bitte, die Bitte, durch Annahme unseres Bürgerrechtes einzutreten in unseren schlichten Kreis. Ihre gewohnte Güte läßt die Gewährung unserer Bitte uns zuversichtlich hoffen. Wir wagen es, Ihnen den Bürgerbrief zu überreichen. Wir bitten Gott, wir bitten unseren Königlichen Herrn, Sie noch lange dem Vaterlande zu erhalten; wir bitten Ew. Excellenz, wohlwollend auf unsere Stadt zu blicken und unseren Mitbürgern, sobald die Umstände es gestatten, Gelegenheit zu geben, Sie in unseren altehrwürdigen Mauern jubelnd zu begrüßen."

Auf die gehaltene Anrede erwiderte Manteuffel Folgendes:

„Ich danke Ihnen, meine Herren! ich danke der Stadt Danzig für das mir gemachte Geschenk. Danzig hat sich stets bewährt als ein Muster der Treue und des Fortschreitens. Preußen hat eine schwere Zeit hinter sich, es ist das nicht mein Werk, ich habe nur meine Pflicht gethan, und es ist mir mehr geglückt, als ich gehofft habe. Ich sehe das als einen Wink der Vorsehung an. Es ist erreicht durch das Zusammenwirken des treuen Bürgerstandes, wie des braven Landmannes. Preußen ist ein eigenthümlicher Staat, der König und der Glanz des

*) Der Kriegsminister.

Thrones sind völlig eins mit dem Volke. Wir haben viel erreicht, allein es ist noch viel zu thun. Unsere Marine, auch für Danzig so bedeutungsvoll, ist zwar noch im Entstehen, allein mit Gottes Hülfe wird sie dahin gelangen, dem Handel Preußens einen ausreichenden Schutz zu gewähren. Einen großen Aufschwung haben die materiellen Interessen genommen, allein auch ihre weitere Fortbildung thut noch dringend noth. Die Städte sorgen für deren Hebung, und Danzig geht dabei rüstig voran. Dazu ist freilich die Erhaltung des Friedens nothwendig. Ich hoffe, daß sie möglich sein wird, wie drohend auch die politischen Verhältnisse sich gestaltet haben. Ich halte daran fest, und Se. M. der König hat diesen Standpunkt gebilligt, daß Preußen sich nicht in Dinge mische, die es nichts angehen, und hoffe, daß es von den politischen Verwickelungen unberührt bleiben werde. Ich werde aber auch nie vergessen, daß es seine Ehre und seine politische Stellung, wenn es Noth thun sollte, zu wahren hat. Ich hoffe, bald, mindestens im Frühling, Zeit zu gewinnen, Danzig zu besuchen und dessen Bürgern, nun meinen Mitbürgern, die Hand reichen zu können. Grüßen Sie Alle herzlich von mir und bringen Sie ihnen meinen Dank für ihr schönes Geschenk."

Demnächst richtete der Bürgermeister Hering von Stettin als Führer der dortigen Deputation nachstehende Ansprache an Manteuffel:

Der heutige Tag sei für die Ueberreichung des dortigen Ehrenbürgerbriefs gewählt worden als ein besonders bedeutungsvoller für Preußen, man habe aber über denselben nicht vergessen, was der Ministerpräsident zum Heile des Staates mit seltener Aufopferung in der vorhergehenden Zeit Großes geleistet habe. Stettin sei der Ort des Verkehrs, welcher aber nur unter den Fittichen des Friedens besonders blühen könne. Möge es Ew. Excellenz gelingen, diesen zu erhalten.

Der Ministerpräsident äußerte hierauf seine Erkenntlichkeit und seine Freude, mit der Stadt Stettin durch das Geschenk derselben wieder in nähere Verbindung*) zu treten.

Der Bürgermeister von Schwedt wies in seiner Ansprache darauf hin, daß vor Manteuffel noch Niemand das Ehrenbürgerrecht der Stadt Schwedt erhalten habe. —

Am 22. Dez. dankte Hermann Wagner dem Minister Manteuffel, daß derselbe auf seine Bestrafung verzichtet und zu seinem Begnadigungsgesuch die Zustimmung gegeben habe:**) „Es war nicht meine Absicht, Ew. Excellenz persönlich zu verletzen, und verfehle ich nicht, Hochdieselben nachträglich um Verzeihung zu bitten, wenn die gereizte Stimmung des Augenblicks in den gewählten Worten einer solchen Vermuthung Raum gegeben hat." —

Am 30. Dez. theilte der Polizeipräsident v. Hinckeldey eigenhändig und privat dem Minister Manteuffel mit, er schicke am folgenden Tage den Agenten Goldheim nach Brüssel, um dort die Verbindung mit dem französischen Agenten anzuknüpfen. „Diese dürfte schon deshalb über Alles wichtig sein, um hinter die angeblichen Ländertheilungsprojekte zu kommen, welche wirklich effektiv zwischen England, Frankreich und merkwürdigerweise auch Oesterreich schweben sollen. Möglicherweise auch über unsere Haut, d. h. die Rheinprovinzen, die ich übrigens für Sachsen und Hannover gern verlieren würde. Nach allen Nachrichten,

*) Manteuffel war früher dort Vicepräsident der Regierung.
**) Das Nähere bei Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 96.

die ich habe, geht etwas in der Luft vor — der politische Himmel trübt sich sehr. Es wird darauf ankommen, eine Partie zu ergreifen und in dieser Partie nicht willenlos Werkzeug zu sein — dazu gehören aber Geld und Rüstungen!" —

Zum Jahreswechsel schrieb Hinckeldey am 31. Dez. an Manteuffel:

„Gott wolle Ew. Excellenz dem König und dem Vaterlande erhalten, mir aber Ihr volles Vertrauen schenken, was ich mir in der bevorstehenden, wie ich fürchte, recht schweren Zeit zu verdienen suchen werde. Ew. Excellenz können sich vollkommen auf mich verlassen, ich werde fester zu Ihnen stehen als jemals. Merkwürdigerweise erfahre ich heute auf russischem Wege, d. h. durch die Aeußerung eines Beamten bei der russischen Gesandtschaft, daß wir von Frankreich aus nächstens kategisirt werden sollen, mit wem wir es bei dem bevorstehenden Streit halten würden. Ich bin der Letzte, der sich unterstehen wird, Ew. Excellenz die Antwort auf eine solche Impertinenz zu empfehlen — aber eine Bitte, eine recht flehentliche, habe ich beim Beginn des neuen Jahres — hochverehrter Herr Ministerpräsident, treten Sie alle Zäune nieder, welche sich Ihnen entgegenstellen, und zwar auf die rücksichtsloseste Weise! Der König und das Land brauchen es, denn wir kommen sonst in schwere Gefahr." —

Am 3. Jan. theilte Hinckeldey dem Minister Manteuffel mit, er habe die heutige „Kreuzzeitung" wegen der Rundschau in Beschlag nehmen lassen.*) Zur Erläuterung seines Vorgehens bemerkte der Polizeipräsident in dem eigenhändigen Privatschreiben, es fänden sich in dem bewußten Artikel einige Stellen vor, welche offenbar die Großherzoglich badensche Regierung, ein befreundetes Gouvernement, beleidigten und diskreditirten.

„Ich sehe inzwischen vorher, daß, wenn nach der weisen Einrichtung unserer Gesetzgebung zur Begründung eines Preßprozesses die vorgängige Genehmigung der Großherzoglich badenschen Regierung zur Einleitung der Sache erforderlich ist, der Staatsanwalt schon aus diesem Grunde das Blatt wieder freigeben wird.

Gestatten Ew. Excellenz eine ehrliche und freimüthige Bemerkung: das Publikum spricht davon, daß Herr v. Raumer nicht im Stande sein soll, sein Ministerium zu verwalten, und daß auf der einen Seite Herr Geheimrath Bindewald und durch diesen Herr Wagner, auf der andern Seite der Oberlandesgerichtspräsident v. Gerlach die entschiedensten Einflüsse in diesem Ministerium üben. Herr v. Gerlach ist bekanntlich der Verfasser der Rundschaunotizen, und sein Bruder ist Generaladjutant bei Sr. M. dem König. Nach dieser Komposition ist man weiter in der ganzen Stadt der Ansicht, wiewohl völlig mit Unrecht, daß die »Kreuzzeitung« das persönliche Organ Sr. M. des Königs sei und dessen Allerhöchstpersönliche Meinungen enthalte. Diese Meinung ist in ganz Deutschland, ja sie ist noch mehr im Auslande verbreitet, und ich berufe mich auf Ew. Excellenz eigenes Zeugniß, welche schlimmen Dienste uns diese Meinung im Auslande schon

*) Zu vgl. über Hinckeldeys Vorgehen gegen die „Kreuzzeitung" Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 98 ff. Gemeint ist die Neujahrsrundschau 1854 auf der ersten Spalte der Nr. 3 vom 4. Jan. 1854.

geleistet hat, sowie ich auch ferner der festen Ueberzeugung bin, daß gerade der vorliegende Artikel der Rundschau — eben der oben angedeuteten persönlichen Verhältnisse wegen — nur dazu geeignet sein wird, uns nicht nur in den Augen der Großherzoglich badenschen Regierung alles Vertrauen zu entziehen, sondern auch die Allerhöchsteigene Person meines Allergnädigsten Königs und Herrn, der nun einmal fortgesetzt das unglückliche Schicksal hat, in diesen Schlamm gezogen zu werden — bei der entschiedenen Mehrzahl seiner Unterthanen zu diskreditiren.

Ew. Excellenz wollen hieraus entnehmen, weshalb ich heute gegen die »Kreuzzeitung« eingeschritten bin. Ich weiß, daß Se. M. der König in dem Großherzoglich badenschen Kirchenstreit den Ansichten der »Kreuzzeitung« nicht huldigt, ich weiß ein Gleiches von Ew. Excellenz und ich bin es Ihnen darum schuldig, wenigstens seitens des Gouvernements zu thun, was möglich ist, um eine Identifizirung derselben mit jenem Aufsatz zu verhindern. Was mich aber bei der Sache am bittersten schmerzt, das ist, daß durch die obigen, im Publikum allgemein angenommenen persönlichen Kombinationen — gleichviel ob dieselben wahr oder unwahr sind — das Ansehen und die Kraft der Gouvernements entschieden geschwächt wird! — Und dies wird, ich fürchte es, in nicht gar langer Zeit seine bitteren Früchte tragen."

Am 5. Jan. erfolgte die weitere private Meldung **Hinckeldeys**, er habe auch die gestrige oder eigentlich die heutige Nummer der „Kreuzzeitung" (3 und 4) wegnehmen lassen.

„Es sind darin wieder (scil. in der Fortsetzung der Neujahrsrundschau 1854) die häßlichsten Dinge gegen die Großherzoglich badensche Regierung gesagt, daneben findet sich auch eine Stelle, welche am französischen Hofe die tiefste Erbitterung erregen muß.*) Leider war das fragliche Exemplar der »Kreuzzeitung« auch gestern wieder vor der Beschlagnahme in der ganzen Stadt verbreitet. Ich habe bei dieser Gelegenheit ermittelt, daß die Austheilung des Blattes schon früher beginnt, als die Deposition des Pflichtexemplars bei dem Polizeipräsidium erfüllt ist, und werde deshalb Anklage erheben. Man hat sich sogar nicht gescheut, die Zeitung durch Droschken zu versenden, um auf diese Weise der Polizei eine Nase zu drehen und die Distribution zu decken. Ich bin aber nun aufmerksam geworden.

Ew. Excellenz Ermessen habe ich anheimzustellen, ob Hochdieselben nicht wegen der Sottise gegen Frankreich bei Gelegenheit Herrn de Moustier über die seitens des Gouvernements ergriffenen Maßregeln ein paar Worte sagen wollten."

Das Vorgehen Hinckeldeys fand indessen an Allerhöchster Stelle keinen Beifall. Am 26. Jan. erhielt derselbe ein Allerhöchstes Handschreiben, welches demselben befahl, dahin zu wirken, daß wegen der bewußten Artikel eine Anklage nicht erhoben werde. Dies entsprach auch dem Wunsche Manteuffels, welcher meinte, daß politisch nichts daran liegen könne, über jene vollkommen ausreichend geahndete Rundschau nun auch noch einen großen Krieg vor Gericht zu eröffnen!

*) Es war daselbst Ney und implicite Napoleon ein Meineid vorgeworfen.

Am 16. Febr. theilte Hinckeldey Manteuffel wiederum privatim mit, er habe die an diesem Tage erschienene „Kreuzzeitung“ deshalb wegnehmen lassen, weil die Rundschau pro 1854, Nr. 3 und 4 (über den badischen Kirchenstreit) wörtlich abgedruckt war.*)

„Ew. Excellenz wissen, daß das Gericht die Beschlagnahme der Nummer 4 verfügt hatte, und daß deshalb der Preßprozeß gegen Herrn v. Gerlach eingeleitet werden sollte, daß dieser Preßprozeß aber auf Grund wiederholter Allerhöchster Befehle nicht eingeleitet wurde, das Gericht vielmehr seine Meinung änderte und die Freigebung der Zeitung (Nr. 4) zuließ.

Das ist nun der Dank für den König! Wie ich nun mit der Sache durchkommen werde — das weiß ich noch nicht recht — aber ich will lieber vom Amte kommen, als mir solch schmählichen Hohn gefallen lassen! Ich habe aber auch an Se. M. geschrieben und bitte, die Sache in dem heutigen Vortrage zur Sprache zu bringen. Sollte ich die Zeitung wieder freigeben müssen, so bitte ich, mir doch heute Abend noch einen Wink zu geben! Benutzen Ew. Excellenz diesen nicht unwichtigen Vorfall in Ihrer Weisheit.“

Hermann Wagner wollte darauf die Rundschau zum dritten Male abdrucken lassen. Auf Veranlassung von Niebuhr und Senfft unterließ derselbe schließlich diese Provokation. —

Am 8. Jan. schrieb der König aus Charlottenburg:

„Bester Manteuffel! Trotz alles Mahnens (auf deutsch Excitirens) wegen der Ermeländischen Dotation kann ich vom Ministerium kein Wort herausbekommen. Ich verlasse jetzt den offiziellen Weg und gebe Ihnen auf, den betreffenden Ministerien nunmehr sub rosa in meinem Namen zu insinuiren, daß ich ihnen befehle, binnen hier und 14 Tagen anzuzeigen, was diese unerhörte Verzögerung!! veranlasse? Falls die Departements unter sich nicht einig werden könnten, mir ein jedes seine Ansicht darzulegen habe, worauf ich sogleich entscheiden würde. Vale! Friedrich Wilhelm.

P. S. Die Sache liegt mir gewaltig am Herzen, sie gehört zu denen, an welche Rom viel Unheil anzuknüpfen unzweifelhaft Gelegenheit hat, und die sie benutzen wird. — Auch abgesehen von meinen wiederholten, dringenden Mahnungen ist die Verschleppung dieser eigentlich recht einfachen Sache empörend und — ein Werk der Beschränktheit des H. Machen Sie, ich bitte dringend, heiliges Feuer dahinter und ersparen Sie mir einen eclat gegen zwei Minister, die ich achte und liebe.“ —

Am 10. Jan. machte der Minister des Innern, v. Westphalen, dem Ministerpräsidenten in einem eigenhändigen Privatschreiben die Mittheilung über cirkulirende und geglaubte Gerüchte von einer in Berlin für Rußland wirkenden Kamarilla: „Nach meiner Auffassung ist darin ein Zeichen derselben Stimmung zu erblicken, welche im Jahre 1848 diejenigen, welche Sr. M. dem Könige und dem

*) Gemeint ist die Beilage zu Nr. 41 der „Neuen Preußischen Zeitung“ vom 17. Febr. 1854.

Vaterlande treu dienten, zu verdächtigen suchte, überall Furcht verbreitete, und unter deren lähmendem Einfluß sich dem Strome des Zeitgeistes überließen. Wenn solche, überdies unsubstantiirte Schilderungen Sr. M. vor Augen gelegt werden sollten, so würde ich das für unverantwortlich erachten. Vielmehr glaube ich, wäre es Pflicht des Herrn Polizeipräsidenten, solchen Insinuationen entschieden entgegenzutreten." —

Unter den Eisenbahnprojekten, welche zu Anfang des Jahres 1854 ventilirt wurden, nahm das von Saarbrücken über Saarlouis bis zur Landesgrenze nach Luxemburg, mit einer Zweigbahn nach Trier, eine hervorragende Stellung ein. Die Unternehmer verlangten vom Staate für diese Linie eine Zinsgarantie von 4 pCt., welche der Finanzminister v. Bodelschwingh als unangemessen erachtete. Konnte die Finanzlage des Staates auch verhältnißmäßig eine zufriedenstellende, in mancher Hinsicht, nämlich mit Rücksicht auf die erfolgte Deckung aller Ausgaben der verflossenen Jahre und der Zunahme einzelner Einnahmezweige sogar eine günstige genannt werden, so war dieselbe doch im Hinblick auf die nächste Zukunft bei den zahlreichen, die gegenwärtig disponiblen Mittel weit überschreitenden Exigenzen eine sehr ernste, und der Finanzminister glaubte unbedingt daran festhalten zu müssen, daß nicht zu Operationen übergegangen werde, welche sie in erhebliche Gefahr brächten. Besonders jetzt, wo die politischen Verhältnisse sehr verwickelt und keineswegs mit Sicherheit darauf zu rechnen war, ob dem Lande die Segnungen des Friedens erhalten würden, trat die Wichtigkeit der Finanzen und mithin die Pflicht für den Finanzminister in den Vordergrund, Alles zu vermeiden, was die Finanzverwaltung in Verlegenheit bringen und ihr erschweren mußte, auf außerordentlichem Wege bedeutende Summen zu beschaffen und über die Mittel für deren Verzinsung rc. disponiren zu können. Es schien deshalb Bodelschwingh jetzt mehr noch als im vorigen Jahre nothwendig, mit aller Vorsicht bei Bewilligung jeder Unterstützung von Eisenbahnprojekten zu Werke zu gehen, damit nicht die unabwendbaren Konsequenzen zu einer für die Finanzverwaltung zur Zeit höchst bedenklichen Festlegung des Eisenbahnfonds über das Jahr 1855 hinausführten.

Höchst ärgerlich über die von dem Finanzminister ausgehende Verzögerung des wichtigen Bahnprojektes, schrieb der König am 19. Jan. 1854 aus Charlottenburg:

„Bester Manteuffel! Ich habe die Sache mit Bodelschwinghs Renitenz zum Zeichnen des Berichtes des Staatsministerii »wegen der Trier—Luxemburger Bahn« vielfach überlegt und bin zu dem logischen Schluß gelangt, »daß wer einen Bericht nicht mit vollziehen will, wider die Geschäftsordnung des Ministeriums, auch selbstredend das Recht aufgiebt, in diesem Berichte mit seiner abweichenden Meinung aufgenommen zu werden«.

Sie haben diese Sache nach nochmals gehörtem Bodelschwinghe dieser Norm gemäß zu ordnen. Vale! Friedrich Wilhelm."

Im Hinblick auf diese Allerhöchste Kundgebung sah sich der Minister Bodelschwingh noch einmal veranlaßt, dem Könige alle gegen die Gewährung

der vierprozentigen Zinsgarantie sprechenden Gründe vorzutragen. Ein so weitgehendes Zugeständniß für die Trier—Luxemburger Bahn habe nach seiner Ansicht unbedingt die Folge, daß auch andere Bahnprojekte in den westlichen und östlichen Provinzen, welche als berechtigt anerkannt werden mußten und deren Ausführung ohne Staatsunterstützung mehr als unwahrscheinlich war, mit Energie verfolgt und von den Kammern in untrennbare Verbindung mit dem erstgedachten gebracht würden. Augenblicklich sei der Geldmarkt so gedrückt, daß jedes große Summen erfordernde Unternehmen nur unter viel ungünstigeren Bedingungen abgeschlossen werden könne als zu einer späteren Zeit, in welcher der Friedenszustand gesichert gehalten werde. Sei dies aber unverkennbar wahr, so empfehle sich auch aus finanziellen Gründen, welche in wichtigen und folgereichen Angelegenheiten nie ungestraft bei Seite gesetzt oder als unwesentlich bezeichnet werden könnten — mit größter Ruhe und Besonnenheit die Eisenbahnprojekte zu erwägen und den ersten gefahrvollen Schritt unbedingt zu vermeiden, um so vor dessen bösen und ganz unvermeidlichen Folgen sich sicherzustellen.

Für den unverhofften Fall, daß mit dem Garantiesatz von 3½ pCt. nicht zum Ziele zu gelangen sein möchte, bleibe ja immer noch vorbehalten, den Bahnbau auf Staatskosten in Erwägung zu ziehen und zur Ausführung zu bringen. Hierzu werde freilich jetzt nicht übergegangen werden können, da augenblicklich nicht daran gedacht werden dürfe, Staatsanleihen zu Eisenbahnbauten zu kontrahiren, womit auch der Minister v. der Heydt einverstanden sei. Es werde aber — Gott gebe bald — die Zeit wiederkehren, wo es der Regierung möglich sei, das Geld zum fraglichen Bahnbau zu 4 pCt. zu beschaffen, und würde es in dieser Voraussicht gar nicht zu rechtfertigen sein, 4 pCt. zu garantiren und den Aktionärs die Aussicht auf Gewinn zu lassen, statt diese Aussicht für den Staat zu reserviren, indem man äußersten Falls auf den Selbstbau eingehe. Ein Zeitverlust dürfte auch nicht entfernt zu besorgen sein, wenn jetzt nur 3½ pCt. Zinsgarantie offerirt und eventualiter zum Selbstbau geschritten werde, da nicht anzunehmen sei, daß Private früher den Bahnbau wirklich in Angriff nehmen sollten, als bis der politische Horizont wieder frei und klar, wo dann auch der Staat zu 4 pCt. Geld werde beschaffen können.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 7. Mai 1856 (Gesetzsamml. S. 402) wurde der Bau der Saarbrücken—Trier—Luxemburger Bahn auf Staatskosten ausgeführt. —

Am 26. Jan. richtete der Herzog Leopold aus Dessau an den Minister Manteuffel das nachstehende Handschreiben:

„Ew. Excellenz haben nicht nur schon häufig meiner Regierung dankenswerthe Dienste geleistet, sondern namentlich auch bei der kürzlich stattgehabten Erneuerung des Zollvertrages in so anerkennungswerther Weise mitgewirkt, daß ich mich bewogen gefunden habe, meinen Dank Ihnen noch besonders zu erkennen zu geben. Demnach übersende ich Ihnen, mit Zustimmung des Gesammthauses Anhalt, das Großkreuz unseres Herzoglichen Gesammthaus-Ordens Albrecht des Bären und wünsche ich, daß Sie hierin ein Zeichen der besonderen Anerkennung Ihrer Verdienste sowohl im Allgemeinen, wie

namentlich auch um Anhalt erblicken, auch überzeugt sein mögen, daß es mir zum Vergnügen gereicht hat, meiner Anerkennung in dieser Weise einen öffentlichen Ausdruck geben zu können."

Am 8. Febr. bedankte sich Manteuffel für das Großkreuz. Hierauf bezieht sich das nachstehende Handbillet des Königs an Manteuffel, d. d. 11. Febr. 1854:

„Die Frage der Reciprocitaet mit Dessauischen Ordensverleihungen, die der Herzog selbst in einem (Ihnen mitgetheilten) Briefe an mich in Anregung gebracht hat, ist noch unerledigt. Ich bitte um Ihren Vortrag darüber, bester Manteuffel. Vale! Friedrich Wilhelm."

Daran schloß sich am 26. März das nachstehende Handbillet des Großherzogs von Oldenburg:

„Ew. Excellenz haben sich durch Ihre Wirksamkeit beim Abschluß des Vertrags vom 20. Juli 1853 wegen Anlegung eines Kriegshafens am Jade-Busen, auf welchen ich mit Ihnen sowohl in partikularem als in allgemeinem deutschen Interesse so hohen Werth setze, einen neuen Anspruch auf meine dankbare Anerkennung erworben. Um Ew. Excellenz diese Gesinnung durch einen öffentlichen Beweis zu bethätigen, verleihe ich Ihnen hierdurch das Großkreuz meines Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig mit der goldenen Krone."*) —

Am 28. März schrieb der greise Geh. Legationsrath Küpfer**) an Manteuffel: „Ich bezweifele, daß die sogenannte neupreußische Partei ihren vorwiegenden Einfluß bis zum Schlusse der eben begonnenen Krise Europas behaupten wird. Neben anderen Ursachen, welche die Dauer dieses Einflusses begrenzen, dürften die Verwicklungen der äußeren Politik schon genügen, um ihn binnen einer nicht sehr fernen Zukunft bei Seite zu schieben. Es hat sich bisher in allen Parteien, mit

*) Am 31. März bedankte sich Manteuffel bei dem Großherzog für die Dekoration.

**) In einem Feuilleton der „Nationalzeitung" Nr. 94 vom 10. Febr. 1901, „Fünf Wochen Minister unter Friedrich Wilhelm IV.", äußert sich Emil Daniels sehr von oben herab über den ersten Band des Manteuffel-Werkes. Ich möchte Herrn Daniels an das Sprichwort erinnern: „Wer in einem Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen." Herr Daniels schreibt im weiteren Verlaufe seines Artikels: „Nach Lecoq verführte Manteuffel noch einen zweiten Untergebenen von Radowitz, den Geh. Legationsrath Küpfer, ihn mit Ideen zu versorgen, welche den Radowitzschen feindlich entgegenstanden. In den Ausführungen, welche Küpfer für Manteuffel zu Papier brachte und welche bei Poschinger zu lesen sind, scheute sich der genannte Geh. Legationsrath nicht, von seinem Chef zu sagen: »Wir möchten auch glauben und hoffen, daß dem Könige die . . . Ueberzeugung sich aufdringen wird, wie ein gründlicher Systemwechsel nothwendig die Entfernung des Ministers v. Radowitz von der Leitung der Geschäfte bedingt, und wie im Interesse der Krone es dringend räthlich ist, die Stürme zu vermeiden, welche in beiden Kammern und nicht ohne ein allgemeines Echo im Lande auszubrechen drohen, wenn Herr v. Radowitz noch als Minister vor dieselben träte.«" — Herr Daniels irrt. Manteuffel verführte Küpfer nicht zu einer Handlungsweise gegen seinen Chef Radowitz, weil Küpfer, als er seine Berichte an Manteuffel schrieb, bereits jahrelang aus dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ausgetreten war, wie sich Herr Daniels aus dem Staatshandbuch leicht hätte überzeugen können.

denen Preußen beschenkt worden ist, der beklagenswerthe Mangel an Männern kundgegeben, die wirklich gouvernementalen Geist besäßen und die Regierungsmaschine mit einigem Geschicke zusammenzuhalten versprächen. Ohne alle Schmeichelei, die ich nicht kenne, ist unter den handelnden Männern, die seit 1848 in Preußen die Staatsbühne betraten, Ew. Excellenz der einzige, dem dieser gouvernementale Geist zuerkannt werden dürfte. Ebenso treuer Verehrer von Ew. Excellenz wie von meinem Vaterlande, wünsche ich, daß Hochdieselben das Ruder auch nach der Katastrophe fortführen möchten, die vermuthlich der Partei bevorsteht, die unsere äußere Politik, wenn auch nicht leitet, doch bedeutend von der Seite her und vom Norden ihre Inspirationen empfangend, beeinflußt."

IV. Kapitel.

Zwischen der vorletzten und letzten Session des Landtags. (30. April bis 30. November 1854.)

1. Auswärtige Politik.

Bereits seit Anfang April war die Stellung des Kriegsministers v. Bonin erschüttert, weil er offenbar darauf hinarbeitete, den König zum Krieg mit Rußland zu treiben.*) Am 4. Mai hatte Gerlach eine Unterredung mit Manteuffel über denselben, wobei der Ministerpräsident ihn gewissermaßen bereits aufgab; er sei leichtsinnig, ein schwaches Mitglied des Staatsministeriums, sogar in seinem eigenen Departement ohne Sachkenntniß. „Der König — so setzt der Premier hinzu — solle sich aber nicht verhehlen, daß Bonins Entlassung eine politische Begebenheit sei, welche der Prinz von Preußen ihm, Manteuffel, Schuld geben würde; daraus mache er sich aber nichts."**) Am 4. Mai stand bei dem König der Entschluß, Bonin zu entlassen, fest, und zwar hauptsächlich wegen seiner politischen Haltung. Graf Dohna erhielt den Auftrag, den Allerhöchsten Entschluß dem Kriegsminister mitzutheilen. Am 5. Mai vollzog der König die betreffende Kabinets-Ordre.

An demselben Tage schrieb der Prinz von Preußen an Manteuffel:

„Immer habe ich gewartet seit heute Vormittag, daß Sie mir mittheilen würden, Bonins Abgang sei zurückgenommen, denn das mußte ich von Ihrer Ein-

*) Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 135.

**) Ebenda, S. 145. Bei dem Exerziren in Potsdam hatte Wrangel gesagt, Bonin verdürbe ihm die ganze Armee. — Mit Rücksicht auf die in der Kommission des Abgeordnetenhauses im Frühjahr 1855 enthaltene Hindeutung auf den Umstand, daß die Allerhöchste Kabinets-Ordre, welche die Entlassung des früheren Kriegsministers, Herrn v. Bonin, verfugte, von ihm gegengezeichnet worden sei, gab Manteuffel die Erklärung ab, daß er auf Sr. M. Befehl die Entlassung jedes Ministers gegenzuzeichnen bereit sein werde. Aktenstück der zweiten Kammer Nr. 73, S. 312

wirkung erwarten, nach den Worten, die Sie gestern Abend dem Kriegsminister gesagt haben. Da ich nichts erhalten habe, so frage ich an, ob Sie etwa Ihre Einwilligung zu diesem horrenden zweiten Ungerechtigkeitsschritt des Königs*) geben wollen? Dann ist der dritte Schritt Ihre Entlassung!

Sie dürfen und können als Premierminister zu einer solchen Intrigue Ihre Mitwirkung nicht bieten. Stehen denn die »vatermörderischen« Worte des Herrn v. Bonin mit den Handlungen des Königs in Widerspruch? Hat er nicht das Wiener Protokoll und das Bündniß ratifizirt? Es ist also Uebereinstimmung zwischen König und Kriegsminister. Warum ist er also zu entlassen?? Der Feldmarschall giebt dazu die Auskunft in den Worten an Bonin: »Der König will eben einen Weg gehen, der mit Ihren gebrauchten Worten gerade im Widerspruch steht!« Also es soll umgelenkt werden. Ich verlasse morgen Berlin, wenn nicht von Ihnen dahin gewirkt wird, daß ein an den**) König abgehendes Schreiben um Zurücknahme des Schritts unterstützt und durchgesetzt wird."

Umgehend (5. Mai) antwortete Manteuffel, er könne dem Prinzen die am Schlusse seines Handschreibens verlangte Zusicherung nicht geben.

„Nachdem des Königs Majestät mir die bestimmte Versicherung ertheilt, daß mit der Entlassung des Herrn Kriegsministers v. Bonin aus seinem Posten eine Veränderung des bisherigen Ganges der Politik nicht verbunden, der Entschluß aber, diesen Posten anderweit zu besetzen, unwiderruflich gefaßt sei, liegt es, meine Person mag darüber denken, was sie will, außerhalb meiner Befugniß, der Allerhöchsten Intention hindernd entgegenzutreten. Ew. K. H. würden, wenn Höchstdieselben auf dem Throne säßen, wohin der Wille Gottes Höchstsie ja in jedem Augenblicke berufen kann, es gewiß mit Recht mißbilligen, wenn ein Diener denjenigen Entschließungen, welche der Monarch in seinem vollen Rechte fassen kann, Schwierigkeiten entgegenstellen wollte. Ob im vorliegenden Falle Intriguen im Spiele sind, ignorire ich und weiß nur so viel, daß ich denselben fremd bin; ebenso wenig weiß ich, ob und wann meine Entlassung der des Generals v. Bonin folgen wird; darin aber weiche ich von Ew. K. H. Auffassung — Höchstdieselben wollen mir gestatten, dies offen auszusprechen — entschieden ab, daß ich die Entlassung von einem Ministerposten nicht als ein Unglück und noch weniger als eine Ungerechtigkeit betrachte. Sei es mein gegenwärtiger König oder Herr oder ein künftiger, so werde ich jedem Winke, mich zurückzuziehen, gern in jedem Augenblick folgen und das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung, welches ich mit mir zu nehmen hoffe, würde ich für beeinträchtigt erachten, wenn ich mir sagen müßte, eine durch zufällige Umstände herbeigeführte Situation zur Beeinträchtigung der unbestrittenen Rechte meines Königs und Herrn gemißbraucht zu haben. Ew. K. H. einen Rath zu ertheilen, habe ich kein Recht, wenn aber Höchstdieselben mir gestatten wollen, eine Bitte vorzutragen, so geht sie dahin, daß Ew. K. H. in dieser kritischen und für das Vaterland höchst gefährlichen Zeit durch Ausführung rascher Entschließungen die Lage der Dinge nicht noch schlimmer machen wollen, als sie an sich schon ist."

*) Der erste bestand in der Kaltstellung von Usedom und Pourtalès.

**) In dem Briefe steht versehentlich „von dem".

Der Prinz von Preußen antwortete sofort (5. Mai):

„Ihre Antwort von heute Abend thut mir ungemein leid! Eine solche Passivität seitens des Premierministers bei einem Wechsel eines seiner Minister ist diametralement im Widerspruch mit meiner Ansicht. Nach Ihrer Auffassung kann ja über Nacht ein Minister nach dem andern Ihnen genommen werden. Daß der König das Recht hat, seine Minister zu wechseln, weiß ich sehr wohl. Wenn aber Intriguen und Parteizwecke den König nöthigen, zu solchen Mitteln, wie wir sie seit einigen Tagen erleben, zu greifen, dann ist es nicht an der Zeit, sich mit Anerkenntniß der Intriguen zu begnügen. Wo sie so offenkundig zu Tage liegt wie heute, da darf man seine Augen nicht verschließen, sondern man muß die Augen des Königs öffnen, damit auch er die Intriguen siehet. Einmal muß es doch tagen. Drei Jahre habe ich geschwiegen, heute habe ich gesprochen, wo die Intrigue mich trifft. Wenn Sie sagen, der König erkläre, Bonins Entlassung involvire keinen Systemwechsel, so ist die Entlassung Unsinn und erst recht klare Intrigue! Denn was ist dann für ein Grund zu dieser Entlassung noch übrig? Gar keiner als — Laune und Parteizweck! Daß die Intrigue mich trifft, ist doch sonnenklar. Alle Personen, die mit mir vertraut sind, sind in wenig Wochen beseitigt, verabschiedet, fortgeschickt;*) weil man mir nicht direkt zu Leibe konnte, so mußten Jene büßen. Das lasse ich mir nicht gefallen. Ich habe dem König bereits angezeigt, daß ich Berlin verlasse, und Ihr gütiger Rath, in dieser kritischen Zeit hier zu bleiben, kann nichts helfen, denn meine Einwirkung ist nur gleich Null, man will und soll mich nicht hören, und da komme ich gern den Leuten entgegen, die nur auf Umwegen mich zu paralysiren suchen. Ich habe vier Monate hier ausgehalten, und jetzt empfange ich den Lohn, einen Freund entsetzt zu sehen, den ich empfohlen hatte, ohne daß man mir auch nur ein Wort sagte! Das geht über die Geduld!"

Dieses Schreiben des Prinzen von Preußen blieb seitens Manteuffels unbeantwortet. Der neue Kriegsminister, Graf Waldersee, war bei dessen Eingang wohl bereits ernannt. Immerhin ist zu konstatiren, daß der Prinz von Preußen in seiner Korrespondenz mit Manteuffel jetzt eine mehrmonatliche Pause eintreten ließ.**) Nach Sybel wurde derselbe wegen seiner Opposition nicht bloß von allen seinen militärischen Aemtern beurlaubt, sondern sogar mit Festungshaft bedroht. —

Da der neue Kriegsminister Anfang Mai zur Mobilmachung drängte, der Finanzminister v. Bodelschwingh aber aus fiskalischen Erwägungen mit den dazu benöthigten Geldern zurückhielt, so schrieb der König am 9. Mai aus Charlottenburg:

„Bester Manteuffel! Da der Finanzminister seinen Steinkopf aufsetzt und den wider seinen Willen geschafften Kredit nunmehr nicht gebrauchen will, so müssen ganz ernste Maßregeln getroffen werden, denn ein Kind sieht ein, daß das

*) Anspielung auf die Entlassung von Bunsen in London.

**) Der nächste Brief des Prinzen von Preußen an Manteuffel datirt von Baden, 18. Aug. 1854.

Eigensinn ist. Sie werden also das Staatsministerium versammeln und den Herren in meinem Namen befehlen, die Ursachen des Verzögerns sich durch den Herrn v. Bodelschwingh vortragen zu lassen; demnächst aber mir **schleunig** Bericht zu erstatten. Es muß ein **Beschluß** nach Stimmenmehrheit gefaßt und der Antrag auf seine Ausführung mir vorgelegt werden. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Der Entlassung des Kriegsministers v. Bonin, welchen man als den Hauptträger der antirussischen Strömung in dem Kabinet Manteuffel angesehen hatte, folgten bald andere Symptome, die deutlich bekundeten, daß Preußen nicht gewillt war, sich weiter in das Schlepptau der Westmächte und Oesterreichs nehmen zu lassen, und sich, so gut es ging, von den Fesseln des Aprilvertrages loszumachen versuchte.

Der Zusatzartikel zum Aprilvertrage hatte wörtlich festgesetzt: „Die österreichische Regierung wird auch ihrerseits an den russischen Hof eine Eröffnung zu dem Zwecke richten, um von dem Kaiser von Rußland die nöthigen Befehle zu erwirken, damit sofort jedem weiteren Vorrücken seiner Armee auf türkischem Gebiete Einhalt geschehe, sowie um vollgültige Zusicherungen wegen baldiger Räumung der Donau-Fürstenthümer von Sr. M. zu begehren, und die preußische Regierung wird diese Eröffnungen mit Rücksicht auf ihre bereits nach Petersburg gegangenen Vorschläge wiederholt auf das Nachdrücklichste unterstützen."

Die nach Petersburg bestimmte österreichische Depesche vom 3. Juni sprach die verabredete Aufforderung aus, fügte aber sofort den ausdrücklichen Wunsch hinzu, daß die Räumung nicht an Bedingungen geknüpft werden möchte, deren Erfüllung nicht von Oesterreich abhänge. Die preußische Depesche vom 12. Juni unterstützte den österreichischen Antrag, äußerte aber gleichzeitig den Wunsch: „die streitigen Fragen durch Versicherungen, welche der gerechten Fürsorge der Höfe von Berlin und Wien entsprächen, auf ein Gebiet versetzt zu sehen, welches praktische Ausgangspunkte darbiete, um durch Verkürzung und Einschränkung der **beiderseitigen** Kriegführung eine befriedigende Lösung anzubahnen." Dieser Zusatz war geeignet, die Meinung zu erwecken, als setzte Preußen jetzt in der Art, wie in ihren zu Bamberg gefaßten Beschlüssen die deutschen Mittelstaaten es gethan, beide kriegführende Theile auf eine Linie, während es doch in den Wiener Konferenzprotokollen die Okkupation der Donau-Fürstenthümer als einen unzweifelhaft rechtswidrigen und vor allen Dingen wieder zu beseitigenden Akt bezeichnet hatte. In jenem Sinne faßte auch das Petersburger Kabinet die preußische Aeußerung auf; denn während die Erwiderung Rußlands nach Wien vom 29. Juni vor Allem die Frage beantwortet wissen wollte, welche Sicherheiten Oesterreich dem Petersburger Hofe für den Fall der Räumung der Donau-Fürstenthümer zu bieten vermöge, bevor Rußland in Verhandlungen über einen bestimmten Zeitpunkt der Räumung eintreten könne, enthielt die nach Berlin gerichtete russische Depesche vom 30. Juni*) folgende Stelle: „Wir sehen übrigens mit Befriedigung, daß das

*) Vollständig abgedruckt in der „Nationalzeitung" Nr. 399 vom 27. Aug. 1854.

preußische Kabinet selbst von der Richtigkeit dieses Gesichtspunktes durchdrungen scheint, weil, indem es den Wunsch ausspricht, daß die Feindseligkeiten abgekürzt und beschränkt würden, es im voraus anerkennt, daß dies von beiden Seiten zu geschehen habe. Infolge der in unserer Antwort ausgesprochenen persönlichen Neigung hängt es jetzt von ihm ab, in Wien und anderweitig seinen Einfluß geltend zu machen, um uns die unumgänglich nothwendigen Garantien zu verschaffen." Die Manteuffelsche Entgegnung vom 17. Juli beschränkte sich darauf, den friedfertigen Geist der russischen Antwort anzuerkennen und die Erneuerung der preußischen Friedensbestrebungen in Wien und bei den Westmächten in Aussicht zu stellen. Gegen die von dem Petersburger Kabinet in der oben angeführten Stelle gegebene Auslegung enthielt die Depesche vom 17. Juli keine Verwahrung und gestand daher ihrerseits die Richtigkeit derselben zu — d. h. sie gab die dem Sinne des Aprilvertrages entsprechende Forderung auf unbedingte Räumung auf und erkannte damit das Verlangen Rußlands wegen vorheriger Gewährung geeigneter Garantien als gerechtfertigt an.

Die betreffende Depesche an den preußischen Gesandten in St. Petersburg, Baron v. Werther, lautete:

„Berlin, den 17. Juli 1854.

Sie kennen bereits die letzte, von dem Kabinet von St. Petersburg uns zugegangene Mittheilung, in Beantwortung meiner Depesche vom 12. Juni, durch welche auf Befehl des Königs, unsers erhabenen Gebieters, ich die Forderungen Oesterreichs, die in der Depesche an den Grafen Esterhazy vom 3. desselben Monats enthalten sind, unterstützt hatte. Demungeachtet füge ich eine Abschrift hier bei, sowohl von der dem Kabinet zu Wien in Form einer an den Fürsten v. Gortschakoff gerichteten Depesche ertheilten Antwort, als von der an den Baron v. Budberg adressirten, wovon der russische Gesandte für mich eine Abschrift hat nehmen lassen.

Ihr Verweilen bei uns hat Ihnen, Herr Baron, die Ueberzeugung geben müssen, daß der aufrichtige und beständige Wunsch des Königlichen Kabinets, ungeachtet der äußersten Spannung der Lage zu einem Ausgangspunkt für weitere Unterhandlungen zu gelangen, sich in der gewissenhaften und unparteiischen Prüfung nicht verleugnet hat, der wir die Erklärungen des Kabinets von St. Petersburg unterzogen haben. Sie könnten, Herr Baron, nicht besser die wichtigen Funktionen, zu denen das Vertrauen des Königs Sie berufen hat, einweihen, als indem Sie laut bei Sr. M. dem Kaiser und bei dem Herrn Reichskanzler zum Organ des Eindrucks sich machen, den die letzten russischen Mittheilungen auf unsern erhabenen Souverän hervorgebracht haben. Der König würdigt vollkommen den Geist der Mäßigung und Versöhnung, welche die Redaktion derselben geleitet hat. Se. M. erkennt nach seinem wahren Werth den aufrichtigen Wunsch, den die Sprache des Herrn Grafen v. Nesselrode bekundet, so umfassend als möglich den Wünschen und Verpflichtungen der alten Bundesgenossen Rußlands sowie den Interessen, welche sie zu schirmen dringend sich veranlaßt finden, Rechnung zu tragen. So wird denn auch, geleitet von dieser befriedigenden Würdigung, der König, indem er bei den in meiner Depesche an den Baron Werther, vom 12. Juni, angedeuteten Gesichtspunkten beharrt, auf die russische Antwort sich stützen, und sowohl in Wien als in Uebereinstimmung mit dem österreichischen Hofe zu Paris und zu London seine Bestrebungen erneuern, um auf billigen und praktischen Grundlagen zu neuen Chancen der Verständigung und der Friedensstiftung zu gelangen.

Wir verbergen uns nicht, daß dies eine außerordentlich schwierige Aufgabe ist. Wir müßten sie im voraus als unmöglich betrachten, wenn wir uns nicht berechtigt hielten, von der Weisheit und Loyalität Sr. M. des Kaisers Nikolaus zu erwarten, daß die Dispositionen, welche die letzten Erklärungen seines Kabinets diktirt haben, ebenfalls seine fernere Haltung bestimmen und, indem sie in Thatsachen sich verwandeln, die deutschen Mächte in den Stand setzen werden,

als hinlänglich gesichert vor jeder Verletzung die ihnen anvertrauten Interessen zu betrachten, deren Vertheidigung der Gegenstand ihrer Verpflichtungen, sei es unter sich gegenseitig, sei es mit den Kabinetten von Paris und London, ist.

Bringen Sie, Herr Baron, die gegenwärtige Depesche zur Kenntniß des Herrn Grafen v. Nesselrode und empfangen Sie die erneuerte Versicherung 2c. v. Manteuffel."

Noch russenfreundlicher sprach sich folgende, an Graf v. Bernstorff in London und Graf v. Brandenburg in Paris gerichtete Manteuffelsche Depesche vom 24. Juli aus, welche bestimmt war, die russischen Eröffnungen als Basis der Verständigung den Westmächten zu empfehlen:

„Berlin, den 24. Juli 1854.

Das Kabinet von London hat seiner Zeit Kenntniß gehabt von der Depesche, welche ich unterm 12. Juni an den Königlichen Geschäftsträger in St. Petersburg gerichtet hatte, um darauf hinzuwirken, daß die Operationen der russischen Armee jenseits der Donau eingestellt und die Fürstenthümer so bald als möglich geräumt würden.

Das Kabinet von St. Petersburg hat diese Mittheilung durch die abschriftlich hier beigefügte, an den Baron v. Budberg adressirte Depesche beantwortet, der die ebenfalls hier angebogene Instruktion, welche der Fürst v. Gortschakoff nach Wien zu bringen hatte, beigegeben war.

Wir haben sofort, Herr Graf, diesen Schriftstücken die volle Aufmerksamkeit gewidmet, die die Wichtigkeit der Krisis erfordert, auf welche dieselben uns Einfluß auszuüben schienen. Wir haben den uns vorgelegten Erklärungen nicht das Zeugniß versagen können, daß sie den Stempel des aufrichtigen Wunsches an sich tragen, in möglichst ausgedehnter Weise dem Verlangen, welches wir in Uebereinstimmung mit dem Wiener Kabinet an das von St. Petersburg gerichtet haben, um die speziell den deutschen Mächten anvertrauten Interessen zu schützen, Rechnung zu tragen.

Ich habe diesen Eindruck in die abschriftlich hier anliegende Depesche übertragen, welche der Baron v. Werther, der sich auf seinen neuen Posten begiebt, mit sich nimmt. Theilen Sie, Herr Graf, dieselbe dem Londoner Kabinet mit, und drücken Sie Lord Clarendon die Hoffnung aus, daß er die Beweggründe, welche unsere Sprache uns eingegeben haben, würdigen werde. Wir beharren bei den in meiner Depesche vom 12. Juni angegebenen Gesichtspunkten, aber indem wir uns von dem Ensemble der von Rußland gebotenen friedfertigen Gesinnungen durchdringen, würden wir glauben, gegen die Aufgabe, welche der Zweck des unwandelbaren Strebens des Königs, unsers erhabenen Gebieters, ist, zu verstoßen, wenn wir uns nicht bemühten, mit unserm ganzen Einflusse im Interesse des allgemeinen Friedens die Verständigungselemente geltend zu machen, welche die russische Antwort umschließt, und die, unabhängig von dem, was wir von Rußland begehrten, einen praktischen Werth zu erlangen verdienen.

Indem sich das Kabinet von St. Petersburg sowohl zu Friedensunterhandlungen als zu einem vorläufigen Waffenstillstand bereit erklärt, hat es gänzlich auf den ausnahmsweisen Charakter verzichtet, den es bisher für die Besetzung der Fürstenthümer durch die Kaiserlichen Armeen beanspruchte. Es betrachtet dieselbe nur noch als eine militärische Position und ist bereit, sie aufzugeben, sobald gewisse militärische Sicherheiten ihm garantirt werden. Es bestimmt die Modalitäten nicht, sondern beruft sich auf die Billigkeit der Kabinette, denen es antwortet. Der König, unser erhabener Gebieter, kann seinerseits diesem Verfahren seinen Beifall nicht versagen, weil es ihm gleichzeitig von Klugheit und militärischer Ehre eingegeben scheint. Aber sollte er, indem er bei den Westmächten als Vermittler dieser Dispositionen Rußlands auftritt, sich aussetzen, diesem nur eine einfache Ablehnung (une simple fin de non recevoir) zu übertragen? Wir können uns nicht entschließen, das zu glauben, weil wir der Ansicht sind, daß, wie überreizt die Gemüther auf beiden Seiten, wie weit vorgeschritten die kriegführenden Parteien auf dem Wege kriegerischer Unternehmungen und militärischer Vorbereitungen auch seien, es ihnen doch selbst darauf ankommen müsse, genau die von ihnen verfolgten Zwecke, die von ihnen angenommenen Bedingungen, die von ihnen geforderten Garantien zu bestimmen.

Wir schmeicheln uns also mit der Hoffnung, daß das Londoner Kabinet mit Ruhe und Unparteilichkeit die letzten Eröffnungen Rußlands erwägen werde, und daß, wie es dieselben auch beurtheilen möge, es daraus genügende Beweggründe entnehmen werde, um seinerseits die Punkte zu formuliren, von denen es ein fernerweites Uebereinkommen abhängig machen zu können glaubt, mithin solchergestalt dazu beizutragen, die wirklichen Intentionen der verschiedenen Regierungen klar zu machen und vom Ungewissen die Zwecke auszuscheiden, welche man durch den Krieg zu erreichen beabsichtigt.

Wir halten uns um so mehr berechtigt, dieser Hoffnung uns zu überlassen, als die russische Erklärung, insoweit sie sich auf das Protokoll vom 9. April bezieht, das die Kabinette von Berlin und Wien dem von St. Petersburg mitgetheilt hatten, die aufrichtige Absicht des letztern nicht bezweifeln läßt, den darin aufgestellten drei Prinzipien beizustimmen, nämlich: der Integrität der Türkei, der Räumung der Fürstenthümer und der Befestigung der bürgerlichen und religiösen Rechte aller christlichen Unterthanen der Pforte — welche drei Grundsätze an sich die Substanz der Garantien bilden, die dasselbe Protokoll der Fürsorge der Mächte empfiehlt, um den Fortbestand dieses Reiches mit dem allgemeinen europäischen Gleichgewicht noch fester zu verknüpfen.

Die vorstehenden Bemerkungen werden hinreichen, um Ihnen, Herr Graf, den Gesichtspunkt zu vergegenwärtigen, aus welchem das Königliche Kabinet die letzten russischen Eröffnungen betrachtet, und die sie ebenso von dem Londoner Kabinet ermessen zu sehen wünscht. Machen Sie deshalb, indem Sie die gegenwärtige Depesche zur Kenntniß des Lord Clarendon bringen, bei Sr. Excellenz sich zum Organ des hohen Werthes, den wir darauf legen, mit einer Antwort versehen zu werden, welche uns beweise, daß die Erwägungen, die unsern Schritt uns vorgeschrieben, in London eine unsern Wünschen entsprechende Aufnahme solcher Art gefunden haben, daß die Chancen zur Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens dadurch vermehrt worden sind. Empfangen Sie 2c. v. Manteuffel."

Mit einer vom 3. Aug. datirten Depesche an die bei den deutschen Mittelstaaten akkreditirten preußischen Gesandten übersandte Manteuffel diesen zur Mittheilung an die betreffenden Regierungen alle auf die orientalische Politik bezüglichen Dokumente. Gleichzeitig sprach Preußen in derselben Depesche sein Erstaunen über die Absicht Oesterreichs wegen Mobilisirung eines Theils der Bundesarmee aus:

„Mehrere unserer Gesandten bei den deutschen Höfen benachrichtigten uns vor Kurzem, daß letztere, infolge eines an die österreichischen Gesandten bei den deutschen Höfen gerichteten Cirkulars, ersucht wurden, ihre Repräsentanten in Frankfurt mit ausgedehnten Vollmachten zu versehen, um sobald als möglich dem Vorschlag, welchen Oesterreich und Preußen der Bundesversammlung machen würden, in Betreff der Mobilmachung der Hälfte des Bundeskontingents, beitreten zu können. Da wir vorher nichts Bestimmtes über diesen Vorschlag vernommen hatten, und die Frage bezüglich der militärischen Leistungen des Bundes seit den Konferenzen und Stipulationen zu Zeit des Abschlusses der Konvention vom 20. April, welche diesen Punkt auch berührt, zwischen uns und dem österreichischen Kabinet nicht mehr erörtert wurde, so hatten wir allen Grund, bei der gedachten Mittheilung überrascht zu sein. Seitdem hat uns das österreichische Kabinet benachrichtigt, es erachte die besagten militärischen Rüstungen der deutschen Bundesstaaten als geboten, sowohl durch die allgemeine politische Lage, als durch die strategische Stellung Rußlands, und daß, infolge des Beitritts des Bundes zur Konvention vom 20. April, es die Ausführung derselben in kurzester Zeit durch die Vermittlung der Bundesversammlung hoffe. Se. M. der König, unser allergnädigster Herr, ist überzeugt von der großen Wichtigkeit, welche die Ausdehnung besagter Konvention auf die Gesammtheit des Deutschen Bundes erlangen kann. Deshalb betrachtet Se. M. die bis jetzt getroffenen militärischen Maßregeln, die Komplettirung der Artillerie und der Kavallerie betreffend, nur als die Folge eines freiwilligen und selbständigen Entschlusses, welcher keinen anderen Zweck hat als die Wahrung der Macht und der Würde Preußens, der

jetzigen Krisis gegenüber. Se. M. wünscht jedoch, daß die militärischen Fragen, insofern sie die Bundesversammlung angehen, einer gründlichen und gewissenhaften Prüfung unterzogen werden. Deshalb und gemäß der gemeinschaftlichen Erklärung Oesterreichs und Preußens vom 20. Juli ist Königlicher Bundestagsgesandte beauftragt worden, der Bundesversammlung sowie ihrem Ausschuß die Dokumente vorzulegen, deren Kenntniß unumgänglich nöthig ist, um die Sachlage würdigen zu können. Baron v. Prokesch ist gleichfalls beauftragt, die entsprechenden österreichischen Dokumente der Bundesversammlung vorzulegen. Unseren Verbündeten glauben wir jedoch keinen besseren Beweis des Vertrauens geben zu können, mit welchem wir auf eine den Interessen Deutschlands entsprechende Verständigung rechnen, als indem wir ihnen jetzt schon, und zwar direkt, die Dokumente mittheilen, welche der Bundesversammlung vorgelegt werden sollen, und indem wir die Hoffnung aussprechen, daß die von dem Könige, unserm allergnädigsten Herrn, in dieser Hinsicht anerkannten Grundsätze von den deutschen Regierungen gewürdigt und angenommen werden. Sie werden demnach die Ehre haben, der Regierung, bei welcher Sie akkreditirt sind, die beigefügten Dokumente im Vertrauen und indem Sie den bezeichneten Standpunkt besonders hervorheben, zu überreichen. (Hierbei die Liste der mitgetheilten Aktenstücke.) Wir wünschen von den den Gesandten der deutschen Höfe in Frankfurt, infolge dieser vertraulichen Mittheilung, gegebenen Instruktionen in Kenntniß gesetzt zu werden. v. Manteuffel."

Die Konsequenzen der Meinungsverschiedenheit zwischen Oesterreich und Preußen konnten nicht ausbleiben. Nachdem am 7. Aug. der russische Gesandte in Wien die Bereitwilligkeit seiner Regierung zur Räumung der Donau-Fürstenthümer ausgesprochen hatte, einigten sich am 8. desselben Monats mittelst Notenaustausches Oesterreich, Frankreich und England als nothwendige Grundlagen des künftigen Friedens über folgende vier Punkte: 1. Aufhören des bisher von Rußland über die Wallachei, Moldau und Serbien ausgeübten Protektorats und Stellung der diesen Provinzen verliehenen Privilegien unter die Garantie der fünf Großmächte; 2. Befreiung der Donau-Schifffahrt von allen Hemmnissen und Ausdehnung derjenigen Prinzipien, welche durch die Wiener Kongreßakte für die das Gebiet mehrerer Staaten durchfließenden Ströme aufgestellt sind, auf die Verhältnisse der Donau; 3. Revision des Traktates vom 13. Juli 1841 im Interesse des europäischen Gleichgewichts, und 4. Verzicht Rußlands auf die beanspruchte Schirmherrschaft über die griechischen Unterthanen des osmanischen Reiches unter Sicherstellung der Privilegien dieser letzteren in einer mit der Würde und der Souveränität des Sultans zu vereinbarenden Weise. — Preußen setzte sich, indem es sich an diesem Schritte nicht betheiligte, außerhalb der Gemeinschaft der Mächte, accentuirte also noch schärfer den Gedanken einer selbständigen Neutralität. Dies schloß nicht aus, daß es in Petersburg eindringlich zur Annahme der vier Punkte rieth.

Die betreffende Manteuffelsche Depesche an den preußischen Gesandten, Baron v. Werther, in Petersburg lautete:

„Berlin, den 13. Aug. 1854.

Ich hatte die Ehre, Ihnen mit meiner Depesche vom 5. d. Mts. eine Abschrift von der zu übermitteln, welche ich unterm 24. v. Mts. an die Vertreter des Königs in Paris und in London gerichtet hatte, damit sie diesen Kabinetten unsere Eindrücke über die russischen Antworten vom 29. und 30. Juni mittheilten und denselben unsere Hoffnung ausdrückten, daß sie darin mit uns Verständigungskeime und Unterhandlungselemente gewahren würden.

Obgleich eine direkte Antwort auf diese Eröffnungen weder von Paris noch von London uns zugekommen ist, haben wir doch, nach uns gemachten vertraulichen und mündlichen Mittheilungen, die sich zum Theil mit den von uns selbst gethanen Schritten durchkreuzt haben, uns

nicht verbergen können, daß die Würdigung der Regierungen Frankreichs und Englands bezüglich der russischen Eröffnungen wesentlich von der unsrigen verschieden und nicht von der Art sei, einen gemeinsamen Ausgangspunkt zu bieten. Vorzüglich war es der verlängerte Aufenthalt der russischen Truppen in den Fürstenthümern, der nach der Ansicht der Westmächte sie verhindern mußte, den friedfertigen Aeußerungen des Kabinets von St. Petersburg einen praktischen Werth zuzugestehen. Die Beistimmung zu den in dem Protokoll vom 9. April festgestellten Prinzipien schien ihnen außerdem noch nicht ausgedehnt genug, weil sie der Garantien nicht erwähnte, die nach demselben Protokoll gesucht werden müssen, um den Fortbestand der Türkei noch mehr mit dem allgemeinen Gleichgewicht Europas zu verbinden. Die Kabinette von Paris und London haben uns nicht ignoriren lassen, daß nach ihrem Ermessen diese Garantien mehrere Hauptpunkte in sich begreifen müßten, die, natürlich mit Vorbehalt aller von den Ereignissen vorgeschriebenen Modifikationen, die unumgangliche Basis aller Friedens- oder Waffenstillstands-Unterhandlungen bilden würden. Diese Punkte sind später in gleichlautenden Noten formulirt worden, welche die Vertreter Frankreichs und Englands dem Wiener Kabinet übermittelt haben und denen letzteres in seiner Antwort beigetreten ist. Indem es uns davon benachrichtigt, kündigt es uns zugleich an, daß es sie als den in dem Protokoll vom 9. April aufgestellten Prinzipien entflossen betrachtet und sie folglich nicht warm genug der rückhaltlosen Annahme des Kabinets von St. Petersburg empfehlen zu können glaubt.

Auf Befehl des Königs lade ich Sie, Herr Baron, ein, mit allen Ihren Bestrebungen diesen Schritt des österreichischen Hofes zu unterstützen. Unser erhabener Gebieter hält ihn von dem aufrichtigen Wunsche eingegeben, den Weg zu Unterhandlungen und zu einem beiderseitigen Waffenstillstand anzubahnen. Se. M. hält ihn auch für geeignet, dies Ergebniß zu erleichtern. Indem Allerhöchstdieselben von dem Ensemble der in der vorgedachten Note enthaltenen vier Punkte sich durchdrungen und mit dem Geist der letzten russischen Erklärungen sie verglichen haben, vermag Se. M. darin nichts Unvereinbares mit dem zu finden, was Ihr erhabener Schwager nicht schon als Ausgangspunkt zu einer friedlichen Ausgleichung anzunehmen sich bereit erklärt hat. Der Kaiser selbst wird sich von der Nothwendigkeit überzeugt haben, künftig den Unannehmlichkeiten und Gefahren vorzubeugen, welche für Rußland wie für die Ruhe Europas mit den Institutionen verknüpft waren, welche das Staatsrecht der Donau-Fürstenthümer und Serbiens bildeten, und die erleuchtete Sorgfalt Sr. kaiserlichen Majestät für diese Länder wird nicht die Vortheile und Wohlthaten verkennen, welche eine Gesammtgarantie ihrer Privilegien von Seiten der europäischen Mächte ihnen gewähren kann. Die freie Donau-Schifffahrt könnte nur den wirklichen Interessen des russischen Handels entsprechen, und obgleich die Hindernisse, welche sich ihr an der Mündung dieses Flusses entgegenstellen, noch nicht ganz beseitigt sind, so lassen der hohe Geist des Kaisers und die wiederholten Erklärungen seines Kabinets keinen Zweifel über ihre entschiedene Absicht, denselben ein rasches Ende zu machen. Was die Privilegien der christlichen Unterthanen des Sultans anbelangt, so hat nicht allein durch Annahme des Protokolls vom 9. April Se. kaiserliche Majestät sich einverstanden mit dem Prinzip einer solidarischen und kollektivischen Sorgfalt der Mächte für die Lage unserer Glaubensgenossen erklärt, sondern derselbe Gedanke war schon vorwaltend bei den von dem Kabinet von St. Petersburg vor einiger Zeit dem von Berlin in dieser Beziehung gemachten Eröffnungen, und da die Unabhängigkeit und Souveränität des Sultans so oft und so laut als konform mit den politischen Ansichten des Kaisers proklamirt worden ist, so wird Se. M. den vereinten Bemühungen der Mächte nicht vorenthalten, die Verbesserung der Lage der christlichen Rajahs mit den Interessen der ottomanischen Regierung in Einklang zu bringen, indem dieser letzteren die Initiative gesichert wird, welche sie zur Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit und Würde bedarf.

Der Vertrag vom 13. Juli 1841 endlich ist das Resultat so besonderer Umstände gewesen, daß seine Revision durch alle kontrahirenden Mächte im Prinzip keiner Schwierigkeit begegnen durfte, und Rußland als Grenzmacht des Schwarzen Meeres scheint selbst ganz besonders berufen, theilzunehmen an der Prüfung der damit in Berührung stehenden wichtigen Fragen.

Solches sind, Herr Baron, die allgemeinen Erwägungen, welche den König, unseren erhabenen Gebieter, veranlaßten, dringend die Annahme der vorangedeuteten Punkte von Seiten des Hofes von St. Petersburg als Basis einer fernerweiten Unterhandlung zu wünschen, wie Oesterreich übereinstimmend mit den Kabinetten von London und Paris dieselben formulirt hat. Benutzen

Sie also das hohe Wohlwollen, womit der Kaiser gleich nach Ihrem Eintreffen in St. Petersburg Sie zu beehren geruht, und das Vertrauen, welches der Herr Graf Nesselrode Ihnen zugestanden hat, um das kaiserliche Kabinet von der unermeßlichen Tragweite zu überzeugen, welche diesmal noch mit seinen Entscheidungen verbunden sein wird, von der ausgedehnten Friedensaussicht, welche sie Europa öffnen können, und von der siegenden Wirkung, welche sie auf die Lästerer der russischen Politik hervorbringen müssen, wenn sie ihren erbittertsten Widersachern augenscheinlich beweisen, auf welcher Seite wahrhaft friedfertige Gesinnungen sind.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, Herr Baron, mit welcher Ungeduld wir den Nachrichten entgegensehen über die Aufnahme und Wirkung der gegenwärtigen Depesche, von der Sie unverweilt den Herrn Reichskanzler in Kenntniß setzen wollen. Empfangen Sie 2c. 2c.

v. Manteuffel."

Unter dem 26. desselben Monats erfolgte von St. Petersburg aus nach Berlin die Ablehnung, und in der an demselben Tage nach Wien zu gleichem Zwecke gerichteten russischen Depesche wurde die Erklärung abgegeben, daß nur ein durch langen Kampf geschwächtes Rußland, und auch dieses nur vorübergehend, die vier Punkte werde annehmen können. Wenige Tage darauf erklärte die preußische Regierung den deutschen Höfen mittelst Cirkulardepesche vom 3. Sept., die vier Punkte entsprächen nicht in dem Maße dem deutschen Interesse, daß sie als ausschließliche Grundlage der künftigen Friedensverhandlungen zu betrachten wären.

Die betreffende Depesche lautete:

„Kurz bevor die Bundesversammlung ihre Sitzungen auf einige Wochen ausgesetzt, ist in den betreffenden Ausschüssen die orientalische Angelegenheit zur Sprache gebracht, ein Beschluß jedoch nicht gefaßt worden, da die einzelnen Gesandten nicht mit ausreichenden Instruktionen versehen waren. Da somit zu erwarten ist, daß nach Wiederaufnahme der Bundestagssitzungen auch die vereinigten Ausschüsse sich mit dieser wichtigen Angelegenheit wieder beschäftigen werden, so halten Se. M. der König, unser Allergnädigster Herr, es für eine durch Ihre vertrauensvollen Beziehungen zu Ihren deutschen Mitverbündeten gebotene Pflicht, deren Regierungen mit voller Offenheit die Ansichten mitzutheilen, welche für Allerhöchstdieselben in Betreff der ferneren Behandlung der Sache leitend sind und bleiben werden.

Seit der eben erwähnten Ausschußsitzung ist der königlichen Regierung von dem Kabinet von St. Petersburg die Antwort auf die österreichische, diesseits unter dem 13. v. Mts. unterstützte Depesche vom 10. Aug. zugekommen. Sie ist in einer an den Fürsten Gortschakoff gerichteten Depesche des Grafen Nesselrode vom 26. v. Mts. enthalten, welche uns mittelst kurzer Uebersendungsdepesche als Erwiderung auf unsere eigenen in St. Petersburg gethanen Schritte mitgetheilt ist. Eine Abschrift der erwähnten Depesche an Fürst Gortschakoff füge ich ergebenst hierbei und ersuche Ew. . . . dieselbe vertraulich zur Kenntniß der Regierung zu bringen, bei welcher beglaubigt zu sein Sie die Ehre haben.

Wir bedauern, daß Se. M. der Kaiser Nikolaus nicht geglaubt hat, eine Grundlage von Friedensverhandlungen annehmen zu können, die, wenn dies geschehen und insofern dadurch wirklich den Feindseligkeiten ein Ende gemacht und der Friede vorbereitet wäre, den Wünschen und Bestrebungen unseres allergnädigsten Herrn entsprochen hätte und eben deshalb von Allerhöchstdemselben in St. Petersburg empfohlen worden war. Indem wir aber die durch diese Ablehnung herbeigeführte Sachlage unbefangen prüfen und indem wir namentlich die am Schluß der russischen Depesche enthaltene Erklärung, wonach die russischen Truppen auf das Gebiet des Kaiserreichs zurückgekehrt, sich dort in rein defensiver Stellung halten werden, ins Auge fassen, können wir doch die hohe Bedeutung nicht verkennen, welche derselben beizulegen ist, sowohl für die militärische, als auch für die politische Würdigung der Situation vom Standpunkte der deutschen, durch unser Bündniß mit Oesterreich und den übrigen deutschen Staaten zu wahrenden Interessen.

Wir glauben durch eine so bestimmte Erklärung die Besorgniß vor einem russischen Angriff überhaupt und insbesondere auf Oesterreich als völlig ausgeschlossen betrachten zu sollen. Daß

Rußland auch jetzt noch strategische Motive als maßgebend für sein Zurückgehen anführt, kann den praktischen Werth dieses letzteren nicht schmälern. Von der früheren Theorie der Pfandnahme hatte das St. Petersburger Kabinet schon in seiner Erklärung vom 29. Juni abstrahirt, indem es das Besetzthalten der Fürstenthümer lediglich als militärische Position bezeichnete. Jetzt räumt es dieselben nicht nur faktisch, sondern es erklärt auch, daß es sich lediglich auf der Defensive innerhalb des russischen Territoriums halten werde. Wollte man trotzdem die Gefahr vor einer möglichen Reokkupation der Fürstenthümer als eine dauernde Gefährdung der deutschen Interessen betrachten und daraus militärische Verpflichtungen herleiten, so würde dies zu dem paradoxen Ergebniß führen, daß, während ganz Europa, einschließlich der westlichen Mächte, seiner Zeit die Thatsache der Besetzung der Fürstenthümer durch russische Truppen noch nicht als casus belli ansah, man jetzt einen solchen in dem Umstande, daß sie darin gewesen sind, finden zu müssen glaubte.

Von diesen Erwägungen ausgehend, sind Se. M. der König der Ueberzeugung, daß der Zusatzartikel des Bündnisses, welcher sich auf ganz bestimmte faktische Voraussetzungen bezog, als erledigt anzusehen, die Beantwortung der Frage aber nach dem Bedürfniß anderweitigen Schutzes wirklich gefährdeter deutscher Interessen, der Bestimmung des Art. 2 des Bündnisses gemäß, eine vorgängige Verständigung der Kontrahenten voraussetzt.

Wendet man dies auf die bekannten vier Punkte an, so entsteht die Frage, ob dieselben in dem Maße dem deutschen Interesse entsprechen, daß es sich für die Kontrahenten des Bündnisses empfiehlt, sie sich als ausschließliche Grundlage künftiger Verhandlungen anzueignen. Könnte man die Annahme dieser Basis nicht nur seitens Rußlands, sondern auch seitens der Westmächte (welche letztere im Hinblick auf vielfache Symptome mehr als zweifelhaft erscheint) voraussetzen, und hätten sich jetzt Friedensunterhandlungen unter Suspendirung der Feindseligkeiten daran geknüpft, so wäre ein solches Resultat wohl geeignet gewesen, die Unbestimmtheit aufzuwiegen, die zur Zeit noch über der praktischen Bedeutung der vier Punkte für die deutschen Interessen waltet. Ich enthalte mich jedes näheren Eingehens auf die Bedenken, die in dieser Beziehung erhoben werden können. Ich erinnere nur daran, daß die Schwierigkeiten, die mit dem gemeinsamen Protektorat, sowohl über die Fürstenthümer als über die christlichen Rajahs verbunden sein dürften, leicht einen Charakter annehmen können, der gerade den deutschen Interessen nichts weniger als günstig sein würde, und ich bemerke ferner, daß, wenngleich wir in dem Einrücken österreichischer Truppen in die Fürstenthümer gern eine Gewähr dafür sehen, daß dort auch die allgemeinen deutschen Interessen mit Nachdruck werden geltend gemacht werden, doch das gleichzeitige Vordringen türkischer, ja vielleicht auch anderer fremder Truppen in diese Länder und das Festsetzen solcher Elemente daselbst, auch abgesehen von den militärischen Komplikationen, die daraus entstehen können, als eine den deutschen Interessen günstige Gestaltung der Dinge wohl nicht betrachtet werden kann.

Nachdem nun diese Grundlage russischerseits abgelehnt ist, nachdem mithin feststeht, daß, selbst wenn — was nicht der Fall ist — dieselbe von den Westmächten als für sie bindend anerkannt würde, eine unmittelbar sich daran knüpfende Friedensverhandlung nicht zu erreichen wäre, würde Se. M. der König, so lebhaft Allerhöchstdieselben eine sofortige Verhandlung auf dieser Basis gewünscht hätten und deshalb mit besonderer Genugthuung die hierauf gerichtete Depesche des Wiener Kabinets in St. Petersburg unterstützt haben, es doch nicht mit Allerhöchstihrer Ueberzeugung vereinbar finden, seinen deutschen Verbündeten die Aneignung der vier Punkte in einer Weise zu empfehlen, die Lasten und Verpflichtungen für sie zur Folge haben könnte und müßte, welche durch Geist und Zweck des Bündnisses nicht geboten erscheinen.

Je treuer Se. M. der König auf der festen und nachhaltigen Durchführung des Bündnisses als einer Gewähr selbständiger deutscher Machtentfaltung zu beharren entschlossen sind, um so gewissenhafter glauben Allerhöchstdieselben von der Sphäre desselben Verpflichtungen fern halten zu müssen, die nicht aus klar erkannten, allgemeinen deutschen Interessen hergeleitet werden können.

Se. M. hoffen, sich in dieser Auffassung mit ihren deutschen Verbündeten zu begegnen. Allerhöchstdieselben hegen namentlich die feste Zuversicht, daß Se. M. der Kaiser von Oesterreich dieselbe nicht nur mit Geist und Herz würdigen, sondern auch als deutscher Fürst theilen werde. Die Weisheit, Mäßigung und Friedensliebe Sr. kaiserlichen M. geben dem König, unserm Aller-

gnädigsten Herrn, eine erhöhte Bürgschaft dafür, daß Oesterreich, durch die Erklärungen Rußlands vor jedem Angriff desselben gesichert, auch seinerseits sich vor jeder aggressiven Stellung gegen dasselbe fern halten und dadurch Komplikationen vermeiden werde, zu denen die Nöthigung im Schutze der deutschen Interessen nicht gefunden werden, und auf welche deshalb der Art. 2 des Bündnisses nicht anwendbar sein könnte.

Im Sinne vorstehender Erwägungen wird der königliche Bundestagsgesandte angewiesen werden, sich sowohl in den Ausschüssen als in der Bundesversammlung selbst auszusprechen und auf deren Geltendmachung hinzuwirken.

Indem Ew. . . . dies, unter Mittheilung des gegenwärtigen Erlasses zur Kenntniß der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, bringen, wollen Sie zugleich dem hohen Werthe Ausdruck verleihen, den wir darauf legen würden, möglichst bald davon benachrichtigt zu werden, daß auch der dortseitige Vertreter in der Bundesversammlung mit einer von denselben Grundsätzen ausgehenden Weisung versehen sei. v. Manteuffel."

Das Petersburger Kabinet hatte die Empfehlung der vier Garantiepunkte durch Preußen nicht unmittelbar in ausführlicherer Weise beantwortet, sondern sich begnügt, die in dieser Angelegenheit nach Wien übersandte Depesche vom 26. Aug. in Berlin mitzutheilen. Es geschah dies vermittelst eines vom Grafen Nesselrode an den Baron Budberg, russischen Gesandten in Berlin, gerichteten Begleitschreibens, d. d. St. Petersburg, 14. (26.) Aug. 1854, worin Manteuffel Inkonsequenz vorgeworfen wurde; denn Preußen habe die früheren, von Rußland abgegebenen Erklärungen im Wesentlichen selbst inspirirt, zeige sich aber nachher von denselben dennoch nicht befriedigt, sondern unterstütze die nachträglich erhobenen weitergehenden Forderungen.

Als Antwort hierauf erging an den Baron v. Werther, preußischen Gesandten in St. Petersburg, folgende Depesche:

Berlin, den 5. Sept. 1854.

„Herr Baron! Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit die Abschrift der Depesche zu übersenden, welche der Baron v. Budberg mir mitgetheilt hat, um uns von dem sie begleitenden Schriftstücke in Kenntniß zu setzen, welches dasselbe Datum, 14. (26.) Aug., trägt und an den Fürsten Gortschakoff gerichtet ist. Ich würde mich heute darauf beschränken, Ihnen mein Bedauern auszudrücken über die Weigerung des kaiserlichen Kabinets, die ihm vorgeschlagenen Grundlagen zu Unterhandlungen anzunehmen, wenn nicht einige Stellen in der Depesche des Barons v. Budberg mir die Pflicht der Antwort auferlegten. Die russische Depesche giebt zu verstehen, daß die letzten Eröffnungen des Kabinets von St. Petersburg, d. h. die Depesche vom 17. (29.) Juni an den Fürsten Gortschakoff, gleichsam von uns diktirt worden seien, und daß man sich deshalb der Hoffnung habe hingeben dürfen, daß wir nach Gutheißung dieser Depesche Rußland keine von derselben wesentlich verschiedenen Grundlagen zu Unterhandlungen vorschlagen würden. Allerdings haben wir, als es sich darum handelte, durch unsern Rath den Entscheidungen des kaiserlichen Kabinets einen Anstoß zu geben, dies unserer Ueberzeugung gemäß gethan, allein ohne in dieser Hinsicht irgend welche Verantwortlichkeit zu übernehmen, sondern im Sinne der Versöhnung und der Rücksicht auf die Forderungen der deutschen Mächte. Was die russischen Erklärungen in dieser Beziehung Befriedigendes boten, haben wir vollkommen gewürdigt, und während wir die Solidarität ablehnen, an welche man uns erinnern zu wollen scheint, indem man daran den Vorwurf der Inkonsequenz knüpft, haben wir Grund zu der Annahme, daß unser Urtheil über die Eröffnungen Rußlands nicht ohne Einfluß auf die ihnen gegebenen Folgen geblieben ist. Unsere Auffassung der Sache ließ sich jedoch nicht völlig in Einklang mit der von den anderen Mächten angenommenen Haltung bringen, woraus folgt, daß wir dem in Wien stattgehabten Notenaustausch fremd geblieben sind. War damit gesagt, daß das Kabinet des Königs darauf verzichtete, sich irgend einem Schritte beizugesellen, welcher Aus-

sicht darauf bot, eine Unterhandlungsgrundlage oder einen Ausgangspunkt für die Suspension der Feindseligkeiten zu gewinnen? Ganz gewiß nicht. Wir nehmen für die vier Punkte, welche Rußland als Negotiationsbasis verworfen hat, keineswegs das Monopol in Anspruch, als seien sie ausschließlich zur Erreichung jenes Zieles geeignet; allein noch immer finden wir darin, wenn wir die Schale einer Empfindlichkeit abstreifen, von welcher wir nicht bestreiten wollen, daß sie natürlich ist, einen Kern, der dazu bestimmt ist, früher oder später mit dieser oder jener Modifikation als Basis des Arrangements wieder aufzutreten, welches Europa die Wohlthaten des Friedens sichert. Sie wissen, Herr Baron, daß dies das Ziel ist, auf welches alle Bemühungen des Königs, unseres erhabenen Gebieters, gerichtet sind, und ich habe nicht nöthig, Ihnen zu wiederholen, daß Se. M. von demselben nicht abweichen wird. Sie wollen, Herr Baron, diese Depesche dem Herrn Grafen v. Nesselrode zur Kenntnißnahme mittheilen. Empfangen Sie zc. v. Manteuffel."

An demselben Tage (5. Sept.) richtete Manteuffel in derselben Angelegenheit auch eine aufklärende Depesche an den preußischen Gesandten in London, Grafen Bernstorff:

Berlin, den 5. Sept. 1854.

„Herr Graf! Die Depesche des Grafen v. Nesselrode an den Fürsten Gortschakoff vom 14. (26.) August, welche Ew. Excellenz zu übersenden ich bereits die Ehre gehabt habe, ist uns durch den Gesandten Rußlands als Anlage zu einer anderen an den Baron v. Budberg gerichteten und gleichfalls hier beiliegenden Depesche vom selben Tage mitgetheilt worden. Wir haben Grund gehabt, uns über die Art von Solidarität zu wundern, welche man uns darin in Bezug auf die früheren Erklärungen des Kabinets von St. Petersburg auferlegen will, und welche ich in der abschriftlich beiliegenden Depesche an den Baron v. Werther ablehnen zu müssen geglaubt habe. Die beiden Anlagen sind vornehmlich nur zur persönlichen Kenntnißnahme Ew. Excellenz bestimmt; allein ich muß es Ihnen anheimstellen, derselben in Ihren Unterredungen mit Lord Clarendon Erwähnung zu thun. Dieser Minister wird durch die Weise, in der ich mich dem Baron v. Werther gegenüber in Bezug auf die vier Punkte ausgesprochen habe, die Ueberzeugung gewinnen, daß der König, unser erhabener Gebieter, ohne sie als ausschließliche Grundlage jeder Unterhandlung zu betrachten und ohne mithin in dieser Beziehung neue Verbindlichkeiten einzugehen, nichtsdestoweniger der Ansicht ist, daß sie geeignet sind, den Kern zu einem zukünftigen Vergleich zu bilden, und daß Se. M. unter diesem Gesichtspunkte stets bereit ist und bereit sein wird, ihnen seine moralische Unterstützung angedeihen zu lassen und dadurch kund zu thun, welchen Werth er darauf lege, den gemeinsamen, auf einen baldigen aber dauernden Frieden gerichteten Bemühungen der Mächte innerhalb der durch die Interessen Preußens gezogenen Grenzen seine Mitwirkung jetzt an den Tag zu legen und auch in Zukunft zu bethätigen. Mehr als einmal, Herr Graf, habe ich Veranlassung gehabt, Ihnen zu sagen, daß es nicht das Kabinet des Königs ist, welches sich einem neuen Zusammentritt der vier Vertreter in Wien widersetzt, und wenn ich Sie heute nochmals daran erinnern zu müssen glaube, so geschieht dies nur, um hinzuzufügen, daß, wenn nur die anderen Mächte den Wiederzusammentritt der Konferenz wünschen sollten, der König keinen Anstand nehmen würde, in ihren Protokollen eine Erklärung in dem oben erwähnten Sinne niederzulegen, welche, während sie den vier Punkten die moralische Unterstützung und die guten Dienste Preußens sicherte, doch zugleich als unzweifelhaft hinstellen würde, daß Preußen keine vertragsmäßige Verbindlichkeit anerkennt, sie durch eine militärische Kooperation gegen Rußland zur Geltung zu bringen. Ew. Excellenz wird uns davon in Kenntniß setzen, welchen Gebrauch Sie von diesen Bemerkungen zu machen für angemessen erachtet haben und wie dieselben aufgenommen worden sind. Empfangen Sie zc.

v. Manteuffel."

Ein österreichisches Cirkular an die kaiserlichen Gesandten bei den deutschen Regierungen vom 21. Sept. 1854 lautete:

„Sie werden, wenn Sie von dem Schreiben des Frhrn. v. Manteuffel an den Grafen v. Arnim vom 3. d. Mts., dem meine letzten Mittheilungen in Abschrift beigefügt sind, Kenntniß

genommen, bemerkt haben, daß hinsichtlich der Fragen, die in der Sitzung der vereinigten Komitees vom 25. d. Mts. durch den kaiserlichen Bundestags-Präsidialgesandten mit Bezug auf die orientalische Angelegenheit vorgelegt wurden, gesagt ist, daß ein vorhergängiges Verständniß in dieser Hinsicht zwischen dem Frhrn. v. Prokesch und dem preußischen Gesandten bei dem Bundestage nicht stattgefunden habe. Da wir annehmen, daß die preußische Regierung in gleicher Weise an andern Orten ihr Erstaunen über den angeblichen Mangel eines Einverständnisses zwischen dem Baron Prokesch und seinem preußischen Kollegen bei dieser Gelegenheit ausgedrückt hat, können wir nicht umhin, Ew. Excellenz zu beauftragen, bei passender Gelegenheit hervorzuheben, daß dieser gegen das Verfahren des kaiserlichen Bundestags-Präsidialgesandten erhobene Vorwurf eines Grundes entbehrt. Vor der Sitzung, um die es sich handelt, fragte Herr v. Prokesch Herrn v. Bismarck um seine Meinung; aber dieser war der Ansicht, sich für den Augenblick mit keiner Mittheilung an die Komitees zu beschäftigen. Herr v. Prokesch konnte und wollte einem ähnlichen Verzug in den Geschäften seine Zustimmung nicht geben, indem er diesen weder dem Sinn seiner Instruktionen, noch der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessen hielt. Als Leiter der Debatten des Komitees war es seine Pflicht, bei Vorlage einer Angelegenheit seine Ansicht über die Weise auszudrücken, in welcher sie verhandelt werden sollte, und jedem Mitglied des Komitees stand es frei, Einwürfe zu erheben oder einen anderen Weg vorzuschlagen. In der Komiteesitzung mußte Herr v. Prokesch die Sache unter diesem Gesichtspunkt ansehen. Was die Sache selbst anbetrifft, so konnte der kaiserliche Gesandte sie nur von dem Gesichtspunkt aus behandeln, unter welchem wir sie schon so oft dem preußischen Kabinet gezeigt hatten, ohne daß es uns gelungen wäre, es für unsere Ansichten zu gewinnen. Nach dieser Auseinandersetzung konnte es sich nur um divergirende Ansichten und nicht um Klagen handeln, die auf einen isolirten Schritt ohne vorhergehende Uebereinstimmung gegründet waren. Wir haben geglaubt, uns um so weniger davon enthalten zu müssen, diese Thatsachen zu konstatiren, als wir glauben, in dem Falle eine vollständige Einigung zwischen Oesterreich und Preußen ungeachtet unserer ausdauernden Anstrengungen nicht herzustellen sein sollte, und wenn die beiden Höfe eine getrennte Stellung einnähmen, uns diese Berechtigung und das Recht, unsern Bundesgenossen unser Verhalten zu erklären, zu reserviren, um dem Vorwurf, isolirt gehandelt zu haben, keinen Anhalt zu geben. Graf Buol."

Als Antwort erging folgendes preußisches Cirkular vom 24. Sept.:

„Das österreichische Kabinet hat uns die beigefügte, unter dem 21. d. Mts. an seine Vertreter bei den deutschen Höfen gerichtete Cirkularnote mitgetheilt. Dieses Aktenstück veranlaßt mich zu folgenden Bemerkungen: Nachdem der Baron v. Prokesch nur wenige Tage vor der Komiteesitzung am 25. Aug. dem königlichen Gesandten bei dem Bundestage erklärt hatte, daß auch er es nicht für zweckmäßig halte, die Komitees vor der Vereinigung der Bundesversammlung zusammenzurufen, da die Mitglieder der Komitees sich ohne Instruktion befänden, änderte er plötzlich seine Ansicht und beraumte eine Sitzung an, ohne Herrn v. Bismarck seine Absicht, den Komitees auf genaue Weise formulirte Fragen vorzulegen, noch auch diese Fragen selbst mitzutheilen. Später bezeichnete er gleichfalls die sieben bekannten Fragen als jedes offiziellen Charakters entbehrend. Gleichwohl wurden diese, wie wir von verschiedenen Seiten, aber nicht durch direkte Mittheilung aus Wien, erfuhren, den kaiserlichen Gesandtschaften durch ein Cirkular mitgetheilt, in welchem man im Prinzip eine Interpretation der Tragweite der Konvention vom 20. April, keineswegs in Uebereinstimmung mit unseren Meinungen, als unzweifelhaft hinstellt und in dringlicher Weise in diesem Sinne eine Beantwortung der Fragen verlangt. Wir wiederholen es, daß uns dieses Cirkular nicht zu gleicher Zeit mitgetheilt wurde, sondern wir erfuhren dessen Inhalt nur annäherungsweise, indem unser Vertreter desselben in der Voraussetzung, daß es uns direkt von Wien zugekommen wäre, Erwähnung that. Aber dies war erst 14 Tage später durch eine dem Grafen Esterhazy gemachte Mittheilung der Fall, nachdem ich den Grafen Arnim in Wien beauftragt hatte, mit dem Grafen Buol über diesen Gegenstand zu sprechen. Dies ist die einfache Erzählung der Thatsachen. Wir sind weit entfernt, dem österreichischen Kabinet das Recht zu bestreiten, an seine Repräsentanten Cirkulare zu richten, ohne uns davon Mittheilung zu machen, aber unabhängig davon erheben wir die Frage, ob es in dem Fall, um

den es sich handelt und im Allgemeinen, wenn es eine gemeinschaftliche, möglichst einstimmige Handlung betrifft, nicht wünschenswerther wäre, sich gegenseitig im voraus oder gleichzeitig von Schritten in der Art der in den sieben Fragen oder in dem hier beigefügten Cirkular vom 31. Aug. ausgedrückten zu unterrichten, selbst wenn eine Meinungsdifferenz nicht ganz vermieden sein sollte. Das österreichische Rundschreiben, indem es sagt, daß wir unser Erstaunen über den Mangel an Uebereinstimmung mit uns ausgedrückt haben, hat die Thatsachen nicht vollkommen genau dargestellt. Denn indem wir den Voraussetzungen der deutschen Regierungen oder ihrer Vertreter in Berlin, daß wir von den sieben Fragen, ehe sie dem Komitee vorgelegt wurden, und von dem Cirkular unmittelbar nach seinem Erscheinen unterrichtet worden seien, antworteten, waren wir weniger in der Lage, ihnen unser Erstaunen auszudrücken, als sie, es uns ausdrücken zu hören. Aber unter allen Umständen und in Betracht der hohen Wichtigkeit, welche wir an unsere Uebereinstimmung mit dem Wiener Kabinet knüpfen, werden wir fortfahren, wenn es sich um Ansichten handelt, welchen wir uns anschließen zu müssen glauben und welche wir zur Kenntniß unserer Verbündeten bringen, sie gleichzeitig in Wien mitzutheilen. Wollen Sie &c.

v. Manteuffel."

In der nächsten Zeit gruppirte sich das Interesse hauptsächlich um die Verhandlungen über das Verlangen Oesterreichs: 1. daß Preußen und der Deutsche Bund die Bestimmungen des Aprilbündnisses auf die nunmehr zum größten Theil mit österreichischen Truppen besetzten Donau-Fürstenthümer ausdehne, und 2. daß beide sich die vier Punkte als nothwendige Friedensbasis aneignen möchten. — Was zunächst die Frage wegen des Schutzes der Donau-Fürstenthümer betreffe, so spräche die österreichische Cirkulardepesche vom 14. Sept.*) den Wunsch aus, daß Rußland, so lange Oesterreich es nicht angreife, aus der österreichischen Besetzung der Fürstenthümer nicht einen Grund zum Angriff gegen Oesterreich machen könne, ohne das gesammte Deutschland mit Oesterreich vereinigt zu finden. Oesterreich knüpfte daran den Wunsch, der Bund möge auf den gemeinschaftlichen Antrag Oesterreichs und Preußens konstatiren, daß jede Besorgniß eines Angriffs Rußlands auf das Gebiet Oesterreichs die in dem Bündniß vom 20. April vereinigten Regierungen zur gemeinsamen Vertheidigung aufrufen werde. Diesem Verlangen gegenüber wünschte die preußische Regierung zunächst Aufklärungen. Sie forderte Erläuterungen darüber, ob auch die deutschen Interessen an der unteren Donau durch das Vorgehen Oesterreichs wirklich geschützt würden, wenn dadurch nicht dem Festsetzen fremder Elemente in den Fürstenthümern vorgebeugt werde, und ferner inwieweit die Fürstenthümer durch die österreichische Besetzung kriegerischen Operationen überhaupt verschlossen würden, und ob dieselben namentlich zum Ausgangspunkte eines Angriffes auf das russische Gebiet für andere als österreichische Truppen in Zukunft benutzt werden könnten, so daß auch die von Rußland zugesicherte Defensivhaltung russische Truppen beim Zurückschlagen eines Angriffes in Berührung mit kaiserlich-österreichischen Heerestheilen bringen könnte, welche die Fürstenthümer besetzt hielten.

Der an den preußischen Gesandten in Wien, Grafen Arnim, unterm 21. Sept. gerichtete Manteuffelsche Erlaß lautete:

„Das kaiserlich österreichische Kabinet hat uns mittelst des abschriftlichen anliegenden Erlasses an Graf Esterhazy vom 14. d. Mts., das größtentheils wörtlich damit übereinstimmende

*) Abgedruckt in der „Nationalzeitung" Nr. 451 vom 27. Sept. 1854.

Cirkular mitgetheilt, das es an die kaiserlichen Gesandtschaften bei den deutschen Regierungen gerichtet hat und von welchem eine metallographische Abschrift ebenfalls hier beigefügt ist.

Ew. rc. werden in diesem Aktenstücke eine Reihe von Erklärungen des kaiserlichen Kabinets finden, welche Sr. M. dem Könige zur lebhaftesten Befriedigung gereicht haben und in welchem wir ein wesentliches Fortschreiten zu dem Ziele erblicken, für das Einverständniß beider Mächte auch in jeder einzelnen Frage einen Ausdruck zu gewinnen, welcher die Grundlage einer neuen Kundgebung der Einmüthigkeit aller deutschen Bundesgenossen abzugeben geeignet wäre.

Das kaiserliche Kabinet erblickt in der Räumung der Fürstenthümer, in Verbindung mit den russischen Erklärungen vom 26. Aug. und 29. Juni die Beseitigung der Thatsache, welche von den deutschen Höfen für unvereinbar mit den Interessen Deutschlands und Oesterreichs erklärt und welche die Ursache des Krieges war.

Indem das kaiserliche Kabinet auch seinerseits die Ueberzeugung theilt, daß die Gefahr eines Konfliktes zwischen beiden Kaiserreichen nunmehr aus dem Wege geräumt sei, knüpft es daran die Zusage, nichts zu unterlassen, was dazu beitragen kann, daß dieses Ereigniß alle seine der Versöhnung günstigen Wirkungen äußere. Als das nächste und bereits gewonnene Resultat in dieser Richtung hebt das kaiserliche Kabinet die Beschränkung des Kriegsschauplatzes zu Lande hervor. Dieser Auffassung schließen wir uns gern an, indem wir anerkennen, daß die Sicherstellung der Interessen, welche Oesterreich und Deutschland an der unteren Donau haben, wesentlich dadurch gefördert wird, daß die Donau-Fürstenthümer aus dem für kriegerische Operationen zugänglichen Gebiete ausscheiden. Wenn außerdem die Beseitigung jeder Besorgniß vor einem russischen Angriff auf das Gebiet Oesterreichs, in Verbindung mit dem Zurückziehen der russischen Truppen, eine Ausbietung der Wehrkraft des Bundes für jetzt unnöthig erscheinen läßt, so geben diese Erfolge ein erfreuliches Zeugniß von der Schwerkraft, mit welcher die auf Grund des Bündnisses vom 20. April d. Js. einmüthigen Glieder des Deutschen Bundes ihrer gemeinsamen Politik Geltung zu verschaffen im Stande sind, und wir entnehmen mit dem kaiserlichen Kabinet aus dieser Wahrnehmung eine neue Aufforderung, die Urtheile zu würdigen und nutzbar zu machen, welche jenes Bündniß allen Kontrahenten desselben gewährt.

In diesem Sinn begegnen wir mit lebhafter Befriedigung in der Depesche vom 14. d. Mts. dem Wunsche des kaiserlichen Kabinets, in Betreff der Besetzung der Fürstenthümer durch kaiserliche Truppen, das Einverständniß der übrigen Genossen des Vertrages vom 20. April konstatirt und in verpflichtender Weise bekundet zu sehen, daß Rußland, solange Oesterreich dasselbe nicht angreift, aus der österreichischen Besetzung der Fürstenthümer nicht einen Kriegsfall gegen den Kaiserstaat machen könne, ohne das gesammte Deutschland mit Oesterreich vereinigt zu finden. Es entspricht dem Geiste und dem Wortlaut des Bündnisses vollkommen, daß ein Theilnehmer desselben, welcher den Augenblick für eingetreten hält, seinerseits aktiv vorzugehen, eine Erklärung der übrigen Verbündeten über ihr Einverständniß verlangt und für diese ist es durch den Inhalt des Bündnisses indizirt, sich bei ihren Entschlüssen durch die Bedeutung der in Frage kommenden deutschen Interessen leiten zu lassen. Je gewissenhafter wir unter Festhaltung dieses Standpunktes unsere Verpflichtungen zu erfüllen bestrebt sein werden, um so mehr bedürfen wir, bevor wir im Stande sind, unsere Ansichten und Entschließungen festzustellen und gegen unsere Bundesgenossen auszusprechen, einiger Erläuterungen der Depesche vom 14., welche Ew. rc. von dem Grafen Buol zu erhalten Gelegenheit nehmen wollen. Die Interessen, welche Deutschland an der unteren Donau hat, werden durch das Einrücken der kaiserlichen Truppen in dem Maße geschützt sein, als durch dasselbe der Festsetzung fremder Elemente in den Fürstenthümern vorgebeugt würde. Aus dem mitgetheilten Cirkular an die deutschen Regierungen vom 14. würden wir entnehmen müssen, daß in dieser Beziehung eine Garantie der deutschen Interessen durch das Vorgehen Oesterreichs nicht gegeben ist, wenn nicht das kaiserliche Kabinet in der Lage ist, uns eine anderweite Erläuterung hierüber zu geben. Außerdem vermögen wir bisher nicht klar zu übersehen, inwieweit die Fürstenthümer durch die österreichische Besetzung kriegerischen Operationen überhaupt verschlossen werden, und ob dieselben zum Ausgangspunkte eines Angriffs auf das russische Gebiet für andere als österreichische Truppen in Zukunft benutzt werden können; so daß auch die von Rußland zugesicherte defensive Haltung, russische Truppen beim Zurückschlagen eines Angriffs in Berührungen mit den kaiserlich österreichischen Heerestheilen, welche die Fürsten-

thümer besetzt halten, bringen könnte. Es wird durch eine derartige Eventualität die Beruhigung, welche Deutschland aus den Versicherungen Preußens und Oesterreichs in Betreff der Beseitigung der Gefahr eines Konflikts zwischen beiden Kaiserreichen geschöpft hat, eine Beeinträchtigung erleiden, welche dazu führen müßte, die Bedeutung der lokalen Interessen Deutschlands, welche an der unteren Donau durch das Einrücken der österreichischen Truppen zu schützen sind, gegen das allgemeine deutsche Interesse abzuwägen, welches in der Frage von der Theilnahme Deutschlands an einem europäischen Kriege seinen Ausdruck findet. Unter dem ausschließlichen Schutze der kaiserlichen Truppen würden wir die Interessen, welche Deutschland in jenen Gegenden hat, für vollkommen gesichert halten, und wir zweifeln nicht, daß das kaiserliche Kabinet diese unsere Ansicht theilt, vermögen aber nicht zu übersehen, inwieweit die Lage der Dinge der kaiserlichen Regierung die praktische Durchführung derselben als möglich erscheinen läßt. Wir würden es dankbar erkennen, wenn das kaiserliche Kabinet die Materialien, welche sich uns zur Würdigung der durch die Besetzung der Fürstenthümer geschützten deutschen Interessen bisher bieten, durch einige Erläuterungen über die vorstehend berührten Punkte vervollständigen wollte.

Mit freudiger Genugthuung haben wir den Ausdruck des unumwundenen Vertrauens entgegengenommen, mit welchem Graf Buol der Zusicherung des preußischen Beistandes für alle Fälle gedenkt, wo das österreichische Gebiet angegriffen werden sollte, ohne daß Oesterreich zuvor zur Theilnahme am Kriege übergegangen wäre. — Auch dürfen wir überzeugt sein, daß schon jetzt in Petersburg sowohl als in Frankfurt kein Zweifel in Betreff dieser Zusicherung besteht.

Ohnehin giebt die bewährte Fürsorge, mit welcher Se. M. der Kaiser von Oesterreich jeder Zeit das Heil und den Frieden Deutschlands im Auge behalten hat, Sr. M. dem Könige die Zuversicht, daß die Versicherungen des Kaisers von Rußland, Oesterreich nicht angreifen zu wollen, ihr Echo in den erhabenen Gesinnungen Sr. M. des Kaisers Franz Joseph finden werden.

Diese Zuversicht, welche gewiß von allen unsern Bundesgenossen getheilt wird, hat eine neue Bürgschaft erhalten durch die Erklärung des kaiserlichen Kabinets, daß Oesterreich keine Verbindlichkeiten übernommen hat, durch aktives Vorgehen gegen Rußland eine Entscheidung herbeizuführen und namentlich auch keine bindende Pflicht für sich anerkennt, seine militärische Mitwirkung für die Annahme der von Rußland abgelehnten vier Punkte eintreten zu lassen.

In dem Vorschlage des kaiserlichen Kabinets, uns eines bestimmten Antrages bei der Bundesversammlung auf Aneignung der vier Punkte im Sinne der von Oesterreich eingegangenen Verpflichtungen zu enthalten, erblicken wir mit Vergnügen das Mittel zu einer wesentlichen Annäherung der beiderseitigen Stellung zu der Hoffnung hin, daß die etwa noch bevorstehenden Abweichungen sich durch eine demnächstige vermittelnde Erörterung in Frankfurt bis zu völliger Uebereinstimmung ausgleichen lassen möchten. Zuvörderst dürfte es sich freilich fragen, ob der jetzige Moment zu diesem Zwecke richtig gewählt sein würde, nachdem die russische Ablehnung so eben erfolgt ist, und wir nach mehrfachen Anzeichen zu bezweifeln berechtigt sind, daß die Westmächte bereit sind, in den vier Punkten ausreichende und verpflichtende Friedensbedingungen anzuerkennen.

Wir können uns in diesem Augenblicke einen praktischen Erfolg von einer Verhandlung über die vier Punkte beim Bunde kaum versprechen. Sollte indeß die Bundesversammlung eine solche dennoch für zeitgemäß und wünschenswerth halten, so würde, mit Rücksicht auf den von Sr. M. dem Könige genommenen und uns in einem Erlaß vom 3. d. Mts. näher bezeichneten Standpunkt unsere Mitwirkung bei der Berathung wesentlich dahin zielen, daß die Bundesversammlung ihre Bereitwilligkeit ausspreche, das Gewicht ihrer moralischen Unterstützung zu Gunsten der vier Punkte eintreten zu lassen, sobald sich eine neue Gelegenheit bietet, Verhandlungen auf Grund derselben einzuleiten. Eine striktere Verpflichtung für die vier Punkte einzustehen, liegt, wie auch der Erlaß des Grafen v. Buol erkennt, für uns nicht vor, und können wir sie dem Bunde um so weniger ansinnen, als das kaiserliche Kabinet selbst dieser Ansicht ist, weil der Bund nicht in der Lage sei, mit Rußland über die Grundlagen des Friedens zu unterhandeln. Aus meinem Erlaß vom 3. werden Ew. Excellenz schon entnommen haben, daß wir uns die Bedenken, welchen die Punkte theilweise unterliegen, nicht verhehlen; indessen, wir können dem Herrn Grafen v. Buol nur beipflichten, wenn er auf den Spielraum Gewicht legt, welchen dieselben den Unterhandlungen gewähren, und wir sehen in ihnen, so lange nicht

anderweite und mehr versprechende Basen der Unterhandlung in den Vordergrund treten, auch noch jetzt einen Rahmen, der durch die Ausfüllung, welche ihm gegeben wird, sehr wohl nutzbar gemacht werden kann.

Ew. Excellenz wollen dem Herrn Grafen v. Buol von dem gegenwärtigen Erlaß durch abschriftliche Mittheilung desselben gefälligst Kenntniß geben, und an den Ausdruck des lebhaften Interesses, mit welchem wir den Rückäußerungen des kaiserlichen Kabinets auf unsere offenen und vertrauensvollen Bemerkungen entgegensehen, zugleich die Benachrichtigung anknüpfen, daß wir dem Wunsche desselben, unser Cirkular an die deutschen Regierungen vom 3. d. Mts. durch einen Nachtrag ergänzt zu sehen, nicht besser entsprechen zu können glauben, als indem wir den gegenwärtigen Erlaß selbst vertraulich zu deren Kenntniß bringen. v. Manteuffel."

Die österreichische Depesche vom 30. Sept.*) gab die verlangte Aufklärung dahin, daß Oesterreich kein Recht habe, die Pforte und ihre Alliirten aus den Fürstenthümern auszuschließen und sie an kriegerischen Zügen aus den Fürstenthümern zu hindern. Schließlich behielt sich Oesterreich die weitere Beschlußnahme darüber vor, ob es den beabsichtigten Antrag am Bunde allein stellen oder denselben vorläufig auf sich beruhen lassen wolle. In einer vertraulichen Depesche von demselben Tage sprach das Wiener Kabinet sich weitläufiger dahin aus: „Zwei Punkte sind es, die man von Berlin aus mehr oder weniger ausdrücklich von uns verlangt — man glaubt, daß wir die Fürstenthümer etwaigen offensiven Operationen der Türken und ihrer Verbündeten gegen Rußland verschließen sollten, und man wünscht von uns eine Zusage zu [illegible], daß wir, wenn Rußland uns nicht angreift, unsernfalls nicht zum Angriff übergehen werden." Beide Wünsche lehnte Oesterreich mit Entschiedenheit ab. Auf dies hin erkannte eine Manteuffelsche Depesche vom 13. Okt.**) ihrerseits an, daß allerdings die Freiheit der Donau-Schifffahrt ein deutsches Interesse sei, ebenso wie die bisherigen Protektoratsverhältnisse der Donau-Fürstenthümer einer deutschen Verhältnissen günstigeren Gestaltung Platz machen könnten. Dieselbe erklärte die Geneigtheit Preußens, dies in geeigneter Form in der Bundesversammlung ausgesprochen zu sehen, sofern Oesterreich und die anderen Verbündeten Werth darauf legten. Nachstehend der Wortlaut dieser Depesche:

Berlin, den 13. Okt. 1854.

„Graf Esterhazy hat mir am 4. abends eine sehr umfassende Mittheilung seitens des kaiserlich österreichischen Kabinets gemacht. Sie besteht aus zwei an ihn gerichteten Depeschen des Grafen Buol vom 30. Sept. sowie aus zwei Cirkularen vom 1. d. Mts., durch welche diese Depeschen zur Kenntniß der deutschen Regierungen gebracht worden sind. Ich füge diese Schrift

*) Abgedruckt in der „Nationalzeitung" Nr. 470 vom 7. Okt. 1854.

**) In Wien war am 28. Sept. eine Depesche aus Bukarest eingelaufen, ein Tatar habe dorthin die Nachricht gebracht, daß nach einer großen Niederlage der Russen Sebastopol in die Hände der Verbündeten gefallen sei. Mit Bezug hierauf schrieb der Finanzminister v. Bodelschwingh am 6. Okt. dem Minister Manteuffel aus Münster: „Verbindlichst danke ich für die gütigen Mittheilungen über Sebastopol und die österreichischen Depeschen. Es ist stark, daß die lügenhaften Siegesnachrichten mit solcher Frechheit verbreitet wurden, aber hocherfreulich, daß das Unglaubliche sich als unwahr jetzt herausgestellt. Die unliebsamen Wiener Depeschen können kaum überraschen nach allen bisherigen Erfahrungen. Ew. Excellenz werden aber gewiß an der ernsten Erwiderung es nicht fehlen lassen und immer mehr Oesterreich zu der Ueberzeugung zu bringen wissen, daß wir nicht gemeint sind, seinen Interessen zu dienen und ihm das Recht zugestehen, uns zu bevormunden und für uns auf seine eigene Hand Politik zu machen."

füge in Abschrift ganz ergebenst hier bei, obgleich die erste der erwähnten Depeschen Ew. Excellenz schon bekannt sein wird, da sie bereits am 6., wenige Stunden, nachdem ich sie Sr. M. dem Könige hatte vorlegen können, in einem Wiener Blatte abgedruckt war.

Ew. Excellenz werden ermessen, daß es nicht jene einzelne Depesche, sondern die Gesammtheit der letzten österreichischen Mittheilungen war, welche den Gegenstand der Erwägung für Se. M. und Allerhöchstdero Regierung zu bilden hatte.

Wir mußten der Offenheit Anerkennung zollen, mit welcher das österreichische Kabinet das Minimum der Ansprüche bezeichnet, die es, nach der gegenwärtigen Sachlage, d. h. also unter dem Vorbehalt weitergehender Anträge, an die deutschen Regierungen erheben zu sollen glaubt, und da Oesterreich an diese ausdrücklich die Frage gerichtet, ob sie sich im Sinne dieser Ansprüche am Bunde aussprechen würden, selbst wenn Preußen sich einem dahin zielenden Antrage nicht anschlösse, so hielten wir es, im Hinblick auf unsere früheren Mittheilungen, welche die diesseitige Auffassung nicht in Zweifel lassen konnten, und geleitet durch den Wunsch, selbst den Schein zu vermeiden, als wollten wir den freien Entschließungen unserer Verbündeten durch erneute Darlegung unseres Standpunktes irgendwie vorgreifen, für der Würde des Bundes sowie unserer eigenen am meisten entsprechend und eben deshalb gerathen, auf diese Entschließungen durch keine diesseitige Aeußerung einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Selbst die ungewöhnlich frühe Veröffentlichung der erwähnten Depesche würde uns nicht veranlaßt haben, dies abwartende Schweigen aufzugeben. Dagegen haben wir Werth auf den Umstand legen zu müssen geglaubt, daß seitens eines großen Theils unserer deutschen Verbündeten, nicht nur die Frage an uns gerichtet, sondern uns auch der vertrauensvolle Wunsch ausgesprochen ist, davon unterrichtet zu werden, ob und wie wir die neuesten österreichischen Mittheilungen beantworten und welche Stellung wir infolge derselben einnehmen würden.

Dem Befehle Sr. M. des Königs gemäß habe ich demzufolge die Ehre, die nachstehenden Bemerkungen an Ew. Excellenz zu richten, welche Sie durch abschriftliche Mittheilung dieses Erlasses zur Kenntniß des Herrn Grafen v. Buol bringen wollen, wie wir sie in gleicher Weise auch vertraulich an unsere übrigen deutschen Verbündeten gelangen lassen.

Der Zweck meines Erlasses vom 21. v. Mts. war, das k. k. österreichische Kabinet um einige nähere Erläuterungen in Betreff des von ihm auf die Fürstenthümer durch deren Besetzung auszuübenden Einflusses, in militärischer und politischer Hinsicht zu ersuchen. Wir hielten dieselben für erforderlich und sind, nachdem wir sie erhalten, in dieser Ansicht bestätigt, um beurtheilen zu können, inwiefern wir uns am Bunde in der von Oesterreich beantragten Weise aussprechen und dadurch anerkennen könnten, daß alle an die Besetzung der Fürstenthümer durch österreichische Truppen sich knüpfende Eventualitäten unter den Art. 2 des Bündnisses vom 20. April und Bundesbeschlusses vom 24. Juli fielen.

Wir waren weit entfernt, dem Wiener Kabinet eine Entstellung seiner Beziehungen zur Türkei und ihren Verbündeten zuzumuthen, aber wir wollten klar sehen darüber, wie es sie auffaßt, welche Rechte und Pflichten es sich auf Grund seines Vertrages mit der Pforte, der ohne unsere und des Bundes Hinzuziehung abgeschlossen ist, beimißt, und welche militärische Uebereinkommen getroffen sein mochten, um den Schutz der Fürstenthümer gegen die durch Rußlands Erklärungen in die Ferne gerückten Eventualitäten eines erneuten Einrückens russischer Truppen Oesterreich allein zu übertragen. Das Befremden, welches die Depesche des Grafen Buol darüber andeutet, daß wir auf diese ausschließliche Wirksamkeit Oesterreichs Werth legen zu müssen glaubten, hat uns überrascht. Wir wußten nicht, daß es eines besondern Titels bedürfte, um das Vertrauen auszusprechen, daß Oesterreich, selbst wenn seine Interessen mit denen Deutschlands in den Fürstenthümern nicht immer identisch sein mögen, doch je größer sein Einfluß dort ist, um so mehr auch Deutschlands Interessen daselbst zur Geltung zu bringen suchen werde. Auch denken wir uns dieses Vertrauen durch die Bemerkung des Grafen Buol nicht erschüttern zu lassen, so lange die Thatsachen mit denselben nicht in Widerspruch treten. — Andererseits können wir aber nunmehr darüber keinen Zweifel mehr hegen, daß die Frage, ob und in welcher Weise die Fürstenthümer wieder der Schauplatz des Krieges werden werden, von militärischen Maßregeln abhängt, bei deren Ausführung die Wahrung deutscher Interessen auch nicht im Entferntesten in Betracht kommen dürfte und deren Konsequenzen daher als unter den Art. 2 des

Bündnisses fallend zu bezeichnen wir außer Stande sind. Diese Auffassung steht keineswegs, wie die österreichische Depesche andeuten zu wollen scheint, mit unseren früheren Erklärungen im Widerspruche. Diese haben, dem Geist und Wort der Bundesgesetze sowie des Art. 1 des Bündnisses gemäß, stets nur den Fall unprovozirten Angriffs auf österreichisches Gebiet zum Gegenstande gehabt. Wir vermögen nicht, die Besorgniß vor einem solchen als zur Zeit begründet anzuerkennen, und wenn in dieser Beziehung das eine österreichische Cirkular an den Marsch der russischen Garden nach Polen erinnert, so möchten wir doch dem unparteiischen Urtheil selbst derjenigen Mächte, die mit Rußland im Kriege sind, die Frage hingeben, ob daraus, daß dasselbe den feindlichen Streitkräften gegenüber, die theils auf seinem Gebiete entfaltet sind, theils dasselbe bedrohen, auch seine militärische Macht seinen Grenzen näher rückt, die Absicht gefolgert werden kann, es wolle aus der von ihm angenommenen defensiven Stellung wieder in die offensive übergehen. Nichtsdestoweniger erkennen wir in vollem Maße den ganzen Ernst der gegenwärtigen Lage, und Se. M. der König sind sich namentlich auch in ihrem ganzen Umfange der Pflichten bewußt, die die Fürsorge für Deutschlands Sicherstellung im Osten auf alle Eventualitäten hin Allerhöchstdemselben auferlegt.

Was die bekannten vier Punkte betrifft, welche die Grundlage des künftigen Friedens bilden sollen, so ist die von der Königlichen Regierung zu denselben eingenommene Stellung vielfach einer falschen und mißwollenden Beurtheilung unterworfen worden. Wir haben dieselben in Petersburg unterstützt, obgleich, wie dies mein Cirkular vom 3. Sept. anführt, wir bei ihrer Allgemeinheit und Unbestimmtheit nicht vollständig übersehen, ob und wie weit sie praktisch den Interessen Deutschlands zu Gute kommen würden. Wir haben es gethan, weil wir dessenungeachtet in ihnen den Kern künftiger, die dauernde Ruhe Europas bezweckender Friedensverhandlungen zu erkennen glaubten. Wir haben auch, nachdem Rußland diese Grundlage — und zwar vielleicht mehr aus formellen — als materiellen Gründen, abgelehnt — unbeirrt durch die Empfindlichkeit, mit welcher das Kabinet von St. Petersburg sich über unsere erste Unterstützung geäußert, demselben wiederholt erklärt, wie wir diese Ablehnung nur bedauern könnten, da wir die vier Punkte zwar nicht als die einzig mögliche Friedensgrundlage, wohl aber als solche Elemente enthaltend betrachten, die früher oder später wieder zur Geltung kommen würden.

Wir haben hiervon den Kabinetten von London und Paris in vertraulicher Weise Kenntniß gegeben und daran den Ausdruck der Bereitwilligkeit geknüpft, uns, wenn es die übrigen Mächte wünschen, in diesem Sinne auch in einem neuen Protokolle der Wiener Konferenz zu erklären, jedoch mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß wir eine kontraktliche Verpflichtung zur militärischen Kooperation gegen Rußland hierin ebenso wenig, wie in der Unterzeichnung der früheren Protokolle erkennen könnten. Dies sind die Eröffnungen vom 6. v. Mts., deren die österreichische Depesche in einem Zusammenhange Erwähnung thut, als ständen sie im Widerspruche mit unserer beabsichtigten Haltung in der Bundesversammlung. Wir weisen diese Andeutung vollständig zurück. Die Bedenken, die die vier Punkte uns vom deutschen Standpunkte nicht genügend auszuschließen scheinen, um diese der Bundesversammlung zur verpflichtenden Annahme zu empfehlen, können, zumal bei der von Oesterreich selbst hervorgehobenen Elastizität der einzelnen Bestimmungen, uns vom europäischen Standpunkte nicht abhalten, ihnen unsere moralische Unterstützung in jedem einzelnen sich darbietenden Falle und unter den von uns selbst zu bestimmenden Modalitäten zu Theil werden zu lassen, und wir legten um so viel mehr Werth darauf, unsere Bereitwilligkeit, dies zu erklären, in förmlicher Weise zu konstatiren, als nicht nur im Gebiete der Oeffentlichkeit, sondern bis in die Kabinette hinein, die fast nur durch absichtliches Mißverständniß erklärliche irrthümliche Ansicht sich geltend gemacht hat, Preußen habe das Zusammentreten der Wiener Konferenz verhindert. — Gerade seitens der europäischen Mächte wird uns nicht selten unser deutscher Standpunkt in einer Weise vorgehalten, als thue dessen Festhaltung der Eigenschaft Preußens als europäische Großmacht Abbruch. Wir haben die Diskussion hierüber absichtlich vermieden. Wir sind uns unserer Rechte und Pflichten als europäische Großmacht sehr wohl bewußt und werden nicht nur diese zu erfüllen, sondern auch jene mit ungeschwächter Macht vor jeder Beeinträchtigung zu wahren wissen. Allein, wir denken zu groß von dem Beruf des mit seinen beiden Großmächten eng verbundenen Deutschlands, um eine Schmälerung unserer europäischen

Machtstellung darin zu erblicken, daß wir in den jetzigen politischen Verwickelungen die Wahrung der Interessen Deutschlands für eine unserer ersten Pflichten halten.

Da das Wiener Kabinet jetzt die vier Punkte trennt und nur zwei derselben den deutschen Regierungen zur Aneignung empfiehlt, so erkennt es damit an, daß die vier Punkte als ein Ganzes, so wie es durch den Notenaustausch vom 8. Aug. formulirt worden, durch die Interessen, als deren Organ sich die Bundesversammlung zu betrachten und zu äußern hat, nicht erheischt werden. Daß die Freiheit der Donau-Schifffahrt ein deutsches Interesse ist, wird wohl keine deutsche Regierung leugnen; ebenso wenig, wie daß die bisherigen Protektoratsverhältnisse der Donau-Fürstenthümer einer den deutschen Interessen günstigeren Gestaltung Platz machen können. — Dies in geeigneter Form in der Bundesversammlung ausgesprochen zu sehen, kann daher, wenn Oesterreich und unsere Verbündeten einen Werth darauf legen, mit der Auffassung und den Intentionen Preußens nur übereinstimmen.

Wenn dagegen in dem vertraulichen Cirkular des Grafen Buol darauf hingedeutet ist, daß die Würde des Bundes es erheische, zu dieser europäischen Frage schon jetzt eine bestimmte Stellung einzunehmen und eine bindende Erklärung abzugeben, um nicht eine völlige Apathie und Unthätigkeit seines Centralorgans zu bekunden, so können wir dieser Ansicht doch nur sehr bedingt beipflichten. Se. M. der König haben bei mehr als einer Veranlassung Ihr Bestreben, dem Deutschen Bunde in dem europäischen Staatenverbande eine höhere Bedeutung zu vindiziren, bethätigt. Mehr als einmal ist diesen Bemühungen entgegengetreten worden, und dieselben sind noch zuletzt in einer Angelegenheit, die Deutschland wohl näher anging, als die jetzige orientalische Frage in ihrer ursprünglichen Umgrenzung, an dem fast einmüthigen Widerstand Europas gescheitert. Aber auch in den jetzigen europäischen Verwickelungen halten Se. M. an der Ansicht fest, daß dem Deutschen Bunde eine ehrenvolle entscheidungsreiche Stellung gebührt. Gerade dies war und ist der Grundgedanke, der Sr. M. das Bündniß vom 30. April eingegeben hat. Aber Allerhöchstdieselben glauben Anstand nehmen zu müssen, diese Stellung als gewahrt und gefördert dadurch anzusehen, daß die Bundesversammlung im Gefolge ohne ihre Mitwirkung vollendeter und in ihrer Tragweite nicht vollständig von ihr übersehener Thatsachen in verpflichtender Weise Verdikte ausspricht, deren praktische Bedeutung für Deutschland, weder was das zu erreichende Ziel, noch was die dazu in Anwendung zu bringenden Mittel betrifft, hinlänglich aufgeklärt ist.

Wir glauben, daß es eine Ruhe giebt, die nicht das Zeichen der Schwäche, sondern vielmehr die Gewähr ungeschwächter Kraft ist, und wir hegen die Zuversicht, daß diese Kraft, wenn wirklich gefährdete Rechte und Interessen des gemeinsamen Vaterlandes sie in Anspruch nehmen, sich in Einmüthigkeit und Treue bethätigen wird.

Vorstehende Bemerkungen werden dem kaiserlich österreichischen Kabinet genügend bezeichnen, wie wir die durch seine letzte Mittheilung angekündigte Stellung beurtheilen. Zu unserm aufrichtigen Bedauern können wir uns nicht verhehlen, daß Verschiedenheiten bei der beiderseitigen Auffassung hervortreten. Wir glauben uns aber nicht zu irren — und die österreichische Depesche selbst scheint dieser Ansicht zur Seite zu stehen — wenn wir annehmen, daß diese Verschiedenheiten weniger aus einer abweichenden Auslegung des Vertrages vom 20. April selbst als daraus hervorgegangen sind, daß Oesterreich ohne unsere und des Bundes Zuziehung Entschließungen gefaßt hat und Verpflichtungen eingegangen ist, deren maßgebende Bedeutung für den Kaiserstaat anerkannt werden kann, ohne daß ein Gleiches für die übrigen Theilnehmer des Bündnisses der Fall ist. Es scheint uns dies nicht der Weg zu sein, das Bündniß auf eine, dem großen Zweck, zu welchem es geschlossen wurde, entsprechende Weise für die im Laufe der Ereignisse sich ergebenden Eventualitäten nutzbar zu machen. Wir unsererseits sind entschlossen, unbeirrt durch Vorwürfe und Insinuationen, die wir am liebsten unbeantwortet lassen, am Bündnisse und namentlich am Art. 2 desselben festzuhalten. Werden von anderer Seite Modifikationen desselben gewünscht, so werden wir hierauf bezügliche, an uns gerichtete Vorschläge mit Gewissenhaftigkeit prüfen, und hierbei ebenso unsere eigenen und Deutschlands Interessen berücksichtigen, welche wir nicht nur der gesicherten Stellung Oesterreichs, sondern auch dem möglichst engen Anschluß des übrigen Deutschlands an dasselbe beilegen.

Ob nun aber Oesterreich demnächst allein seine Anträge am Bunde stellen wird, oder ob die Rückäußerungen der übrigen deutschen Verbündeten etwa, wie es unserem eigenen Wunsche

nur entsprechen könnte, für gemeinschaftliche Erklärungen beider Kabinette Stoff und Form bieten, darüber glauben wir, mit Rücksicht auf die österreichischerseits mit so großer Bestimmtheit den deutschen Regierungen gegenüber formulirten Fragen, uns unsererseits jeder Initiative enthalten und uns vielmehr in Bezug auf etwaige dahinzielende Anträge unsere weiteren Entschließungen vorbehalten zu müssen.

Wie ich bereits oben bemerkt, wollen Ew. ꝛc. dem Herrn Grafen Buol Abschrift des gegenwärtigen Erlasses mittheilen. v. Manteuffel."

Aus dieser Mittheilung nahm Oesterreich unter dem 23. Okt. Veranlassung, die für den kaiserlichen Präsidialgesandten bestimmte eventuelle Instruktion wegen des von Oesterreich am Bundestage beabsichtigten Antrages der Königlichen Regierung zur Kenntnißnahme und Aeußerung mitzutheilen.*)

Auf dies hin proponirte eine Manteuffel-Depesche vom 30. Okt., Oesterreich solle sich durch eine förmliche Uebereinkunft verpflichten, gemeinschaftlich mit den anderen kontrahirenden Theilen an Rußland eine neue Aufforderung zu richten, die Grundlagen des Friedens anzunehmen, und nur das Ergebniß eines solchen Schrittes solle darüber entscheiden: erstens, ob Deutschland sich verpflichte oder nicht, die Position Oesterreichs in den Fürstenthümern zu vertheidigen, und zweitens, ob Deutschland ihm seine ganze Freiheit der Handlungsweise gegen Rußland freistellen wollte oder nicht.

Auch hierauf antwortete Oesterreich unterm 9. Nov. ablehnend**) und sprach sich zugleich in einer vertraulichen Depesche von demselben Tage über seine Absichten und Intentionen Rußland gegenüber, wie folgt, aus: „1. Oesterreich wünsche noch immer die Vereinbarung der Friedensbedingnisse auf Grundlage der im Sinne der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts redlich auszulegenden vier Punkte; 2. es werde bei den Unterhandlungen selbst darauf hinwirken, den Präliminargrundlagen in ihrer Entwickelung zu förmlichen Friedensbedingungen eine loyale und nach allen Seiten hin billige Auslegung zu geben; 3. weiteren im Laufe der Verhandlungen von anderer Seite her gestellten Anforderungen gegenüber werde Oesterreich einen versöhnenden und mäßigenden Einfluß geltend machen; 4. solange Rußland die vier Punkte nicht angenommen hätte, müßte Oesterreich sich das Recht vorbehalten, selbstthätig zur Erzwingung derselben einschreiten zu können. Es würde übrigens einen desfallsigen Beschluß nicht fassen, ohne zuvor und zwar rechtzeitig mit seinen Bundesgenossen in vertrauliche Berathung zu treten; 5. in keinem Falle werde es mit irgend einer fremden Macht ein Uebereinkommen treffen, welches dem Geiste des Aprilvertrages, den Bundespflichten oder auch nur den Interessen Deutschlands zuwider wäre. Das Recht zu solchen Verabredungen aber müsse es sich wahren, die ihm zur Erreichung des gemeinsamen Zieles ersprießlich sein und von denen es übrigens seine deutschen Verbündeten in Kenntniß setzen würde."

*) Der an den Grafen Esterhazy in Berlin gerichtete Erlaß vom 23. Okt. findet sich abgedruckt in der „Nationalzeitung" Nr. 526 vom 9. Nov. 1854. Die dem Erlaß beigefügte eventuelle Instruktion für den kaiserlichen Bundespräsidialgesandten findet sich abgedruckt in der Nr. 536 vom 15. Nov. 1854.

**) Der Wortlaut der an den Grafen Esterhazy in Berlin gerichteten Note findet sich abgedruckt in der „Nationalzeitung" Nr. 539 vom 29. Nov. 1854.

Nach dieser Erklärung nahm die preußische Regierung nicht länger Anstand, die von ihr bis dahin aufgestellten Bedenken, Wünsche und Forderungen fallen zu lassen, jedoch unter der Bedingung, daß — wie es in dem nach Wien gerichteten Erlasse vom 15. Nov. laute — „man österreichischerseits die Form eines dem Bundesbeschlusse vorhergehenden Zusatzartikels genehmigen werde".

Der Wortlaut der an den Grafen Arnim, preußischen Gesandten in Wien, gerichteten Depesche vom 15. Nov. ist folgender:

Berlin, 15. Nov. 1854.

„Ew. Excellenz kennen bereits durch die Güte des Herrn Grafen v. Buol die Erwiderung des kaiserlichen Kabinets auf unsere Eröffnungen vom 30. v. Mts. Graf Esterhazy hat mir inzwischen den unter dem 9. d. Mts. an ihn gerichteten Erlaß ebenfalls mitgetheilt, und ich füge Abschrift desselben zur Vervollständigung der dortigen Gesandtschaftsakten ganz ergebenst hier bei. Es hat uns zu großer Genugthuung gereicht, den aufrichtigen Wunsch der Verständigung, der uns bei unseren Vorschlägen vom 30. Okt. geleitet, von dem kaiserlich österreichischen Kabinet gewürdigt zu sehen, und unsere Befriedigung hierüber hat um so lebhafter sein können, als wir aus dem Gesammteindruck, den seine erwidernden Bemerkungen auf uns gemacht, die erwünschte und gehoffte Ueberzeugung schöpfen zu können glauben, daß die beiden Allerhöchsten Höfe über Mittel und Zweck ihrer gemeinsamen Stellung zu den großen Fragen, die sich an die orientalische Verwickelung knüpfen, hinlänglich einig sind, um demnächst auch gemeinschaftlich ihren übrigen Verbündeten im Schoße der Bundesversammlung weitere Vorschläge zu machen. Von dem Wunsche geleitet, dies in möglichst kurzer Frist thun zu können, haben wir die Gründe, die das österreichische Kabinet unserer früheren Formulirung eines eventuellen Bundesbeschlusses im Ganzen und Einzelnen von seinem Standpunkte aus entgegensetzen zu müssen geglaubt hat, auf das Eingehendste geprüft. Wir haben dabei den Rücksichten, die Oesterreich seiner europäischen Stellung und den daraus hervorgegangenen Verpflichtungen schuldig ist, in ausgedehntester Weise Rechnung getragen. Das Einzelne glaube ich hier übergehen zu können. Nur die Annahme muß ich doch im Allgemeinen als auf einem Mißverständnisse beruhend bezeichnen, als hätten wir die vier Punkte unter allen Umständen als für uns und unsere Verbundeten ausschließlich verpflichtend erklären und daher Oesterreich in diesem Umfange binden wollen. Der Art. 3 unseres Entwurfs hatte im Gegentheil den Fall im Auge, wo neue Forderungen im Interesse des mitteleuropäischen Länderkomplexes gestellt werden müßten, und setzte für diesen Fall nur einen vorgängigen gemeinschaftlichen Beschluß fest. Wir halten dafür, daß Oesterreich, wenn es sich hierzu in Form eines Bundesbeschlusses bereit erklärte, nur im Geiste des Vertrages vom 20. April handeln würde. Aber wir würdigen, wie gesagt, die von dem Wiener Kabinet erhobenen Bedenken und haben es uns daher angelegen sein lassen, so weit es die Festhaltung unserer eigenen Ueberzeugung gestattete, aus dem neuen Entwurfe, der hier beigefügt ist, und den Se. M. der König ausdrücklich genehmigt, Alles zu entfernen, was mit der österreichischen Auffassung im Widerspruch stehen könnte; dagegen die drei Punkte, wie sie Oesterreich in dem uns mitgetheilten Entwurfe einer Instruktion für den kaiserlichen Bundestagsgesandten selbst formulirt, fast wörtlich darin aufzunehmen, so daß wir wohl mit Zuversicht darauf rechnen können, den Freiherrn v. Prokesch autorisirt zu sehen, sich im Ausschuß für die Annahme dieses Entwurfs auszusprechen.

Indem Se. M. der König, wie ich bereits oben bemerkt, sich mit einem solchen Bundesbeschluß einverstanden zu erklären geruht, sind Allerhöchstdieselben jedoch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß derselbe, um Diskussionen und dissentirende Vota zu vermeiden, erst wird gefaßt werden können, wenn die Feststellung eines Zusatzartikels vorangegangen, der den Schutz Oesterreichs in den Fürstenthümern, welcher von dem kaiserlichen Kabinet selbst als über das ursprüngliche Prinzip des Aprilvertrages hinausgehend anerkannt wird, ausspricht. Auch bei der Fassung dieses Zusatzartikels haben Se. M. befohlen, Alles, was die Verständigung hinausschieben könnte, thunlichst zu vermeiden. Aus dieser leitenden Erwägung ist der anliegende ebenfalls von Sr. M. genehmigte Entwurf hervorgegangen, den Ew. Excellenz dem Herrn Grafen v. Buol mit dem Bemerken mittheilen wollen, daß, wenn Se. M. der Kaiser von Oesterreich damit einver-

standen ist, Ew. Excellenz ermächtigt sind, ohne Zeitverlust mit dem Grafen Buol zu unterzeichnen. Sollte man in Wien vorziehen, die Unterzeichnung hier erfolgen zu sehen, so würde Graf Esterhazy leicht telegraphisch zu ermächtigen zu sein, mit mir zu unterzeichnen. Die Formalien der Bevollmächtigung würden nachträglich erledigt werden können. Ist aber die Unterzeichnung des Zusatzartikels erfolgt, so würde derselbe sowohl unseren deutschen Verbündeten, als unseren Vertretern in Frankfurt sogleich mitgetheilt werden, und die allseitige Annahme derselben gewiß nicht nur mit keinen Weiterungen verknüpft sein, sondern auch die sich gleich daran anschließende Arbeit des Ausschusses wesentlich vereinfachen; denn letzterer würde nur unter Bezugnahme darauf seine Anträge zu formuliren haben, die, wenn sie nach Maßgabe eines von Preußen und Oesterreich vereinbarten Entwurfs erfolgten, der einstimmigen Annahme sowohl im Ausschusse selbst als in der Bundesversammlung wohl gewiß sein würden.

Ew. Excellenz wollen gegenwärtigen Erlaß und seine Beilagen unverzüglich zur Kenntniß des kaiserlichen Kabinets bringen. Se. M. der König legen einen großen Werth darauf, diese wichtige Angelegenheit, bei der Allerhöchstdieselben von der lebendigsten Fürsorge für die preußischen und deutschen, damit aber auch zugleich für die allgemein europäischen Interessen geleitet werden, in der oben angedeuteten Art ihrer schnellen Erledigung zugeführt zu sehen, und rechnen dabei mit Zuversicht auf die fördernde und eingehende Mitwirkung ihres erhabenen Verbündeten, Sr. M. des Kaisers von Oesterreich.

Ew. Excellenz Berichten über das Ergebniß Ihrer Schritte sehe ich daher mit dem größten Interesse entgegen.

Empfangen Sie 2c. 2c. 2c. v. Manteuffel."

Dem vorstehenden Erlasse waren mehrere vertrauliche Dokumente beigefügt, von denen der „Hamb. C." zwei in folgender Fassung mittheilt:

1. Berlin, den 15. Nov. 1854.

„Ew. Excellenz unterlasse ich nicht, zu Ihrer gefälligen persönlichen Kenntnißnahme auch den zweiten der vier vom Grafen Esterhazy mitgetheilten Erlasse vom 9. d. abschriftlich ganz ergebenst zu übersenden. Wenn das kaiserliche Kabinet danach Werth darauf legt, die Worte: »nach allen Seiten hin festzuhaltende« aus dem event. Bundesbeschlusse fortfallen zu sehen, so wird es sich aus dem meinem Erlasse Nr. 1 von heute beiliegenden Entwurfe überzeugen, daß wir auf diesen Wunsch bereitwillig eingegangen sind. Ebenso haben wir die österreichischerseits vorgeschlagene Motivirung durch die bedrohliche Lage der europäischen Angelegenheiten sowohl in dem Zusatzartikel als in dem Bundesbeschlusse angenommen. Wir haben überhaupt — das österreichische Kabinet selbst wird sich dieser Ueberzeugung nicht verschließen können — unter Aufgebung mancher dringender Wünsche und Anliegen so viel als irgend möglich Alles vermieden und beseitigt, was bei dem im Wesentlichen erzielten materiellen Einverständnisse beider Kabinette eine fortgesetzte und verlängerte Divergenz über Nebenpunkte hätte zur Folge haben können. Um so zuversichtlicher glauben wir nun aber auch erwarten zu dürfen, daß man österreichischerseits die Form eines dem Bundesbeschlusse vorhergehenden Zusatzartikels . . . ." (vermuthlich „genehmigen werde." Die Schlußworte fehlen im Manuskript.)

2. Berlin, den 15. Nov. 1854.

„Ew. Excellenz werden leicht ermessen, daß die offene und vertrauensvolle Weise, in welcher das kaiserlich österreichische Kabinet unsere Anfragen vom 30. v. Mts. mittels eines konfidentiellen Erlasses an Graf Esterhazy vom 9. d. Mts. beantwortet hat, unser warmes und dankbares Interesse in Anspruch nimmt. Wie hoch wir diese Mittheilungen anschlagen und einen wie großen Einfluß Se. M. der König ihnen auf seine Entschließungen einräumt, beweisen am besten meine heutigen offiziellen Erlasse an Ew. Excellenz und deren Beilagen. Wir erkennen in der That in der vertrauensvollen Darlegung, die uns das kaiserliche Kabinet von seinen Intentionen giebt, eine freudig von uns begrüßte Bürgschaft dafür, daß, wenn es gelingt, die Annahme der vier Punkte als Friedensgrundlagen seitens Rußlands zu erreichen, hiermit eine Basis gewonnen wäre, um der Wiederherstellung des allgemeinen Friedens näher zutreten, und daß die schwerwiegende Mitwirkung des kaiserlich österreichischen Hofes zu diesem

großen und Seiner würdigen Ziele den darauf gerichteten Bestrebungen eine erhöhte Aussicht auf Erfolg sichert. Sollten unsere letzten Schritte in St. Petersburg wider Erwarten dort eine Aufnahme finden, die eine Erneuerung derselben, und zwar seitens aller deutschen Verbündeten, erforderlich erscheinen ließe, so verkennen Se. M. der König nicht, daß der ganze Ernst der Folgen vorher allseitig festgestellt werden müßte, die sich an eine wiederholte abschlägige Antwort zu knüpfen haben würden.

Se. M. der König sehen gerade darin die segensreiche Aufgabe dieses großen mitteleuropäischen Bundes, daß er das Gewicht seines versöhnenden und mäßigenden Einflusses mit Ruhe und Wohlwollen in die Wagschale der Entscheidungen lege und dadurch selbst den durch die Leidenschaften des Krieges gesteigerten Anforderungen allseitig den Stempel des Maßes aufdrücke. Zu diesem Behufe ist gewiß nichts förderlicher als die vorgängige und rechtzeitige vertrauliche Berathung unter den Verbündeten über die Entschlüsse, welche die Verhältnisse zu erheischen scheinen, und es ist daher von besonderem Werthe für uns, wiederholt die Versicherung zu empfangen, daß das kaiserlich österreichische Kabinet, dem Geiste des Aprilvertrages, den bundesgesetzlichen Bestimmungen und den Interessen Deutschlands gemäß, ein vertrauensvolles Einvernehmen mit uns und seinen übrigen deutschen Verbündeten in dieser Beziehung sich zur Vorschrift gemacht hat.

Ew. Excellenz wollen dem Herrn Grafen Buol für seine wichtige vertrauliche Mittheilung, deren ganzen Werth wir, sowohl nach der Gesinnung, aus der sie hervorgegangen, als nach den Hoffnungen, zu denen sie für das Friedenswerk berechtigt, zu schätzen wissen, wiederholt unsern angelegentlichen Dank ausdrücken und die erneute Versicherung 2c.

v. Manteuffel."

Am 26. Nov. wurde zu Wien dem Vertrage vom 20. April 1854 ein Zusatzartikel beigefügt, der die weitgehende Verpflichtung für Preußen enthielt, gegen die Russen loszuschlagen, wenn die österreichischen Truppen, die in die Donau-Fürstenthümer eingerückt waren, von den Russen angegriffen würden, und die Erwartung aussprach, daß auch die übrigen Bundesregierungen bereit sein würden, dieselbe Verpflichtung zu übernehmen.*) Eine Zusage kriegerischer Mittel aber im Falle der Ablehnung oder bewaffneter Hülfe bei einer österreichischen Offensive war wie früher streng vermieden. Auch schien sie sofort überflüssig, denn schon am 28. Nov. meldete der Gesandte Fürst Gortschakoff dem Grafen Buol, daß Kaiser Nikolaus die vier Punkte in ihrer wörtlichen Fassung genehmige. Man konnte annehmen, daß damit der Weg zu einer erfolgreichen Friedensverhandlung eröffnet sei.**)

Die Instruktionen, welche Manteuffel in der orientalischen Frage***) und in den sonst in Frankfurt a/M. verhandelten Angelegenheiten†) an Bismarck schickte, finden sich in „Preußen im Bundestag".

*) Nach Oncken hat Bismarck den Zusatzartikel vom 26. Nov. (abgedruckt in der „Nationalzeitung" Nr. 564 vom 1. Dez. 1854) als ein persönliches Werk des Königs angesehen, „Kölnische Zeitung" Nr. 766 vom 12. Aug. 1898. Zwei dem Zusatzvertrage vom 26. Nov. vorausgehende Noten Buols an den Grafen Esterhazy in Berlin findet man in der „Nationalzeitung" Nr. 583 vom 13. Dez. 1854.

**) Sybel, Bd. II, S. 211.

***) Vgl. Erlasse und Telegramme Manteuffels an Bismarck, d. d. 5. Mai, 9. Juni, 6., 17., 24., 29. Juli, 6., 9., 12., 21. Aug., 6., 11., 14. und 17. Okt., 27. Nov. 1854. „Preußen im Bundestag", Bd. II, S. 14 Note 2; S. 38 Note 2; S. 42 Note 2; S. 58 Note 1 und 3; S. 62 Note 2; S. 70 Note; S. 88 Note 1; S. 91 Note 1; S. 93, S. 99 Note 1; S. 105 Note; Bd. IV, S. 192, 201 Note 5; S. 210 Note 1.

†) Erlasse Manteuffels an Bismarck vom 30. April 1854, betreffend eine neue Eintheilung des Bundesheeres, a. a. O., Bd. II, S. 12 Note 1, 24. Juni 1854, betreffend die Ulm-

Der Bundestagsgesandte kam übrigens damals häufiger nach Berlin als es Manteuffel lieb war,*) mitunter geradezu zum Beistande des Königs gegen Manteuffel.

Bismarck schrieb in seinen „Gedanken und Erinnerungen" (Bd. I. S. 128):

„Der König forderte nicht nur meine Ansicht über Fragen der deutschen und der auswärtigen Politik, sondern beauftragte mich auch gelegentlich, wenn ihm Entwürfe des Auswärtigen Amtes vorlagen, mit der Ausarbeitung von Gegenprojekten.

Ich besprach diese Aufträge und meine entsprechenden Redaktionen dann mit Manteuffel, der es in der Regel ablehnte, Aenderungen daran vorzunehmen, wenn auch unsere politischen Ansichten auseinandergingen. Er hatte mehr Entgegenkommen für die Westmächte und die österreichischen Wünsche, während ich, ohne russische Politik zu vertreten, keinen Grund sah, unsern langjährigen Frieden mit Rußland für andere als preußische Interessen in Frage zu stellen, und ein etwaiges Eintreten Preußens gegen Rußland für Interessen, die uns fern lagen, als das Ergebniß unserer Furcht vor den Westmächten und unseres bescheidenen Respekts vor England betrachtete. Manteuffel vermied es, durch schärferes Vertreten seiner Auffassung den König noch mehr zu verstimmen oder durch Eintreten für meine angeblich russische Auffassung die Westmächte und Oesterreich zu reizen, er effacirte sich lieber. Marquis Moustier kannte diese Stellung, und mein Chef überließ ihm gelegentlich die Aufgabe, mich zur westmächtlichen Politik und zur Vertretung derselben beim Könige zu bekehren. . . . Es kam vor, daß nothwendige Depeschen nicht von Manteuffel, sondern von dem Grafen Albert Pourtalès entworfen wurden, daß der König mir dessen Entwürfe zur Revision gab, daß ich über die Amendirung wieder mit Manteuffel Fühlung nahm, daß der den Unterstaatssekretär Lecoq zuzog, daß dieser die Fassung aber lediglich von dem Standpunkte französischer Statistik prüfte und eine tagelange Verzögerung mit der Anführung rechtfertigte, er habe den genau angemessenen französischen

---

Rastatter Festungsbausache, Bd. II, S. 29 Note 2, 28. Juni 1854, betreffend den diplomatischen Konflikt mit Hessen, Bd. II, S. 25 Note 1, 27. Sept. 1854, betreffend die Gouvernementswohnung in Mainz, Bd. IV, S. 230, 2. und 22. Nov. 1854, betreffend die Pensionsangelegenheit der Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee, Bd. II, S. 103 Note 2, und 104 Note 2, 19. Nov. 1854, betreffend die Liquidation der Kosten für die militärischen Leistungen einzelner Bundesregierungen, Bd. II, S. 103 Note 1.

*) Am 3. Mai 1854 schrieb Manteuffel an Bismarck folgenden, in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 97, aufgenommenen pikirten Brief: „General v. Gerlach theilt mir soeben mit, daß des Königs Majestät Ew. Hochwohlgeboren behufs Besprechung über die Behandlung des österreichisch-preußischen Bündnisses am Bunde hier anwesend zu sehen befohlen und daß der Herr General in diesem Sinne Ew. Hochwohlgeboren bereits geschrieben habe. In Gemäßheit dieses Allerhöchsten Befehls, von dem mir übrigens vorher nichts bekannt gewesen, darf ich keinen Anstand nehmen, Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenst zu veranlassen, sich unverzüglich hierher zu verfugen. Mit Rucksicht auf die beim Bundestage bevorstehenden Verhandlungen dürfte Ihr Aufenthalt hierselbst nicht von langer Dauer sein können."

Ausdruck noch nicht gefunden, der zwischen dunkel, unklar, zweifelhaft und bedenklich die richtige Mitte hielte — als ob es auf solche Lappalien damals angekommen wäre."

Bei dieser Art der Behandlung der Geschäfte durch den König begreift man, wenn Bismarck, a. a. O., Bd. I, S. 379, bemerkt:

„Es ist schwer zu sagen, wie die Verantwortlichkeit für unsere Politik während der Regierung Friedrich Wilhelms IV. mit Gerechtigkeit zu vertheilen sei. Rein menschlich gesprochen, wird sie in der Hauptsache auf dem Könige selbst beruhen bleiben, denn er hat überlegene, ihn und die Geschäfte leitende Rathgeber zu keiner Zeit gehabt. Er behielt sich die Auswahl unter den Rathschlägen nicht nur jedes einzelnen Ministers, sondern auch unter den viel zahlreicheren vor, die ihm von mehr oder weniger geistreichen Adjutanten, Kabinetsräthen, Gelehrten, unehrlichen Strebern, ehrlichen Phantasten und Höflingen vorgetragen wurden. Und diese Auswahl behielt er sich oft lange vor."

Daß Bismarck unter diesen Verhältnissen sich der verantwortlichen Ministerstellung unter Friedrich Wilhelm IV. entzog, wird man begreiflich finden, um so größer ist das Verdienst Manteuffels, der trotz der sich ihm von allen Seiten entgegenstellenden Hindernisse nicht vom Steuerruder wich und schließlich das Schiff durch die wogende Brandung doch sicher und unbeschädigt in den Hafen leitete.

2. Innere Politik.

Es ist viel über die Knebelung der Presse unter Manteuffel gefabelt worden. Nach dem Urtheile des Königlichen Gesandten, Grafen Hatzfeldt in Paris, eines sehr gemäßigten Mannes, waren der Regierung eher Unterlassungssünden vorzuwerfen.

Am 24. Mai schrieb derselbe privatim an seinen Chef: „Ich muß Ew. Excellenz gestehen, daß ich mich manchmal darüber wundere, wie man unseren Zeitungen erlaubt, nicht allein das Verfahren der Regierung, sondern auch persönliche Handlungen des Königs und die Verhältnisse der Königlichen Familie in sich in einer Art zu besprechen, die gewiß keine guten Folgen haben kann. Ich glaubte, daß, wenn auch Preßfreiheit bestünde, die Regierung doch immer gewisse Mittel hätte, um indirekt die Presse im Zaum zu halten."

Am 27. Mai theilte L. Metzel, welcher in der offiziösen politischen Presse unter dem Geh. Regierungsrath Hegel arbeitete, Manteuffel brieflich das Ergebniß eines Besuches bei dem Polizeipräsidenten v. Hinckeldey mit, welches die Frage betraf, ob der in Cöln erscheinenden „Deutschen Volkshalle" die Konzession entzogen werden solle. v. Kleist-Retzow hatte bei dem Ministerium des Innern beantragt und persönlich bei dem König befürwortet, mittelst einer Subvention von jährlich 4000 Thlrn. ein neues katholisches Blatt unter v. Florencourt ins Leben zu rufen. Hinckeldey war der

Ansicht, daß die 4000 Thlr. für ein Blatt unter Florencourt verwenden, so viel heiße, als das Geld zum Fenster hinauswerfen. Dagegen meinte er, daß die Begründung eines neuen katholischen (nicht ultramontanen) Blattes in Cöln in hohem Grade wünschenswerth sei, einmal, weil damit ermöglicht werde, gegen die „Deutsche Volkshalle" mit Administrativmaßregeln vorzugehen. Hinckeldey sprach die Ansicht aus, daß bei einer Konzessionsentziehung die „Deutsche Volkshalle" sofort unter irgend einer anderen Firma entstehen würde, wenn kein anderes katholisches Blatt vorhanden wäre. Die Hauptsache sei, einen geeigneten Redakteur für das neue Blatt zu finden. Diese Aufgabe wies er Metzel zu. Eventuell sollte derselbe sofort nach Cöln gehen, Hinckeldey wollte die Reisekosten bestreiten. — Nach Metzels Ansicht kam es vor Allem darauf an, der „Deutschen Volkshalle" das Licht auszublasen; daß dieselbe Preußen in Ungelegenheiten mit den übrigen deutschen Staaten bringe, beweise schon der Umstand, daß Bayern derselben den Postdebit entzogen habe. Außerdem sei ihr zum Vorwurf zu machen, daß sie den katholischen Klerus in Preußen aufstachele und die Bischöfe einschüchtere. Metzel stellte anheim, hierüber die Berichte der Oberpräsidenten von Posen und Preußen zu erfordern. Dies wurde als zweckmäßig erkannt. — —

Nachdem die letzten Kammern der Regierung zur Aufrechthaltung von Preußens Stellung in Europa einen ausgedehnten Kredit bewilligt hatten, wurde der Kabinetsrath Niebuhr von dem König und Manteuffel beauftragt, das Haus Rothschild wegen eines bei demselben aufzunehmenden Anlehens, zunächst im Betrage von 15 Millionen Thalern, zu sondiren.

Am 27. Mai traf derselbe in Frankfurt a/M. ein. Da er erfuhr, daß der Chef des Frankfurter Hauses, M. Carl v. Rothschild, in Heidelberg sei und dieser Ort Niebuhr zu einer vertraulichen Besprechung geeigneter erschien als Frankfurt, schrieb er sogleich an ihn und meldete sich zum 28., vormittags, zu einer „Besprechung" dort an. Als Niebuhr in Heidelberg eintraf, fand derselbe den Frankfurter M. C. v. Rothschild und den Londoner Nathanael v. Rothschild vor, welch Letzterer zwar sehr krank war, aber doch verschiedentlich am Gespräche theilnahm. Wiewohl Niebuhr den Zweck seines Besuchs sehr bestimmt angegeben hatte, hatten doch die Herren v. Rothschild geglaubt, es werde zu einem Abschlusse kommen, und ihren Onkel James zu Paris aufgefordert, sogleich nach Baden-Baden zu kommen. Dieser Umstand sowie das ganze Benehmen des Frankfurter Chefs gaben Niebuhr sogleich die Ueberzeugung, daß dem Hause viel daran liege, das Geschäft zu machen, erleichterten also sein taktisches Vorgehen. Nach Niebuhr gab es drei Gründe, warum das Haus die Anleihe zu übernehmen wünschte:

1. Waren es Eitelkeit und Ehrgeiz. Das Haus wünschte offenbar als der Bankier sämmtlicher deutscher Staaten zu erscheinen, sämmtliche Gouvernements sich zu verbinden und in Bezug auf Preußen insbesondere den Echec wieder gut zu machen, den es bei der 1851er Anleihe erlitten hatte. 2. Wollte das Haus seinen Groll gegen gewisse Personen befriedigen. a) Sollte Herrn Moritz Bethmann gezeigt werden, daß der preußische Hofbankier seine Aufgabe besser erfülle als der preußische Generalkonsul und daß, während dieser sein Geld für ein

Preußen feindliches Institut, die Darmstädter Bank, hergegeben, der Hofbankier die preußischen Geschäfte mache; b) wollten Rothschilds den Cölnern, namentlich Herrn Oppenheim und Herrn Bloch, etwas Unangenehmes anthun.

So unvorsichtig beide Rothschilds, namentlich der Frankfurter, in Bezug auf ihre Neigung waren, das Geschäft überhaupt abzuschließen, so vorsichtig waren sie in Bezug auf die Bedingungen. Beide hatten offenbar nicht den Muth, ohne ihren Pariser Vetter sich klar auszusprechen. Obwohl Niebuhr daher sehr gewünscht hätte, Letzteren zu sprechen, bat er doch selbst, seine Reise zu kontremandiren, um auch jeden Schein des Empressements von seiner Seite zu vermeiden. Nachdem man sich fast drei Stunden lang von der Schwierigkeit des Geschäfts, den Bedenken, welche Preußens politische Stellung einflöße, von den Gefahren, welche der Neid der Cölner und des Herrn Bloch dem Hause bei der Ausführung des Geschäfts bringen werde, unterhalten, stellte Niebuhr die Frage, „ob Rothschilds überhaupt das Geschäft machen wollten?" Wenn nicht, so möchten sie „Nein" sagen; es handle sich ja um keine Höflichkeitssache, sondern um ein Geschäft, und er bitte, keine Rücksichten zu nehmen. Er müsse aber wissen, ob das Gouvernement noch weiter auf sie reflektiren könne oder nicht. Hierauf erhielt Niebuhr von beiden Herren ein sehr lebhaftes „Ja! Das Haus werde das Geschäft sehr gern machen und unter denselben Bedingungen, wie jedes andere, das seine Offerte ernstlich nähme." Niebuhr ließ darauf einige Zeit verfließen, ließ beide Vettern allein und bekam sodann auf die Frage: „Wenn sie ernstlich an das Geschäft dächten, müßten sie aber auch wissen, welchen Kurs sie offeriren könnten", sogleich zur Antwort: „Heute würden sie 4½ pCt. zu 92 mit 2 pCt. Provision, also 90 netto offeriren. Natürlich werde diese Offerte je nach dem Kursstande zur Zeit des wirklichen Abschlusses um etwas variiren." Auf diese Antwort war Niebuhr vorbereitet, denn man hatte sehr ausführlich darüber gesprochen, daß der Kurs der Anleihe nicht nach den Notirungen für effektive Verkäufe (zuletzt 95½) sich bestimmen könne, sondern nach den Notirungen für Lieferung nach zwei Monaten, die auf 92½ zurückgegangen waren. Niebuhr antwortete: „Eine solche Offerte werde Niemand annehmen können."

Nachdem beide Vettern ihr Anerbieten längere Zeit vertheidigt hatten, fragten sie, was Niebuhrs Meinung sei? Niebuhr bemerkte, von seiner Meinung sei nicht die Rede, sondern von dem, was die Finanzverwaltung thun dürfe. Diese aber werde nie nach Lieferungspreisen sich richten können, sondern nur nach den effektiven Kursen, und schwerlich sich dazu verstehen, mehr als 2½ pCt. Abschlag zu bewilligen. Ein solcher Preis, nämlich 93 netto, sei auch schon angeboten.

Darauf erklärten Rothschilds, sie hielten es für unmöglich, daß eine solche Offerte von Leuten ausgegangen sei, die das Geschäft ernstlich meinten. Die Anleihe würde nicht bei Spekulanten placirt werden können, da preußische Fonds zu schwerfällig und die Spekulanten zu verwöhnt seien, sondern nur in wirklichen Kapitalanlagen. Kapitalisten würden aber die neuen Obligationen nur dann kaufen, wenn sie Vortheil gegen die alten 4½prozentigen Obligationen böten. Nun aber müßten sie sich mindestens 2 pCt. Kosten berechnen, und die alten

Obligationen würden geworfen werden, sowie die neue Anleihe herauskomme. Niebuhr bemerkte hierauf nur, daß jedes Prozent 150 000 Thlr. weniger in die Staatskasse bringen werde, die Sache also ernsthaft sei, und daß Herr Bloch das Geschäft gerne machen werde, und brach ab. Man setzte sich zu Tisch, und da die Rothschilds nicht weiter von dem Geschäfte zu sprechen anfingen, schwieg auch Niebuhr und fuhr gleich nach Tisch wieder nach Frankfurt zurück, von wo aus er dem Minister Manteuffel privatim am folgenden Tag (29. Mai) berichtete.

Bei den an diesem Tage in Frankfurt mit dem Chef des dortigen Hauses Rothschild geführten Gespräch ließ Niebuhr noch einfließen, daß der Minister Manteuffel zwar aus „Achtung" vor dem Hause Rothschild und in der Ueberzeugung, mit ihm ein sauberes und sicheres Geschäft zu machen, gerne das Anlehen bei ihm machen würde, daß aber dazu ein gewisser Muth gehöre, da einmal das öffentliche Vorurtheil gegen Geschäfte mit seinem Hause sei. Zur Fortsetzung der Verhandlungen hatte sich Niebuhr am 8. Juni nach Hannover begeben, traf daselbst aber nur den Pariser und Frankfurter Rothschild, der Chef des Londoner Hauses war aus Furcht vor der Seefahrt ausgeblieben. Bei dieser zweiten Zusammenkunft mußte Niebuhr Alles noch einmal hören, was er bereits in Heidelberg gehört hatte, und es kostete nicht geringe Mühe, die Ansichten der beiden Finanzgrößen wenigstens vorläufig formulirt zu erhalten. Um demnächst freie Hand zu behalten, nahm Niebuhr alle Punkte nur ad referendum und stellte sich den Rothschilds gegenüber auf den Standpunkt, er müsse ihre Offerte vertheidigen, also müßten sie gleich ihre Offerte so einrichten, daß er sie vertheidigen könne, und dazu müsse sie so beschaffen sein, daß kein anderes Haus sie machen könne. Andere Offerten möchten sie, wenn sie es versuchen wollten, auf anderem Wege einreichen, durch ihn (Niebuhr) aber würden sie nicht eingereicht werden.

Beide Herren waren politisch sehr aufgeregt: 1. wegen der Zusammenkunft in Tetschen, von der Herr Reculot, französischer Gesandter in Hannover, ihnen fabelhafte Sachen erzählt zu haben schien; 2. wegen der Möglichkeit einer preußischen Mobilmachung. Sie verlangten sogar als erste Kontraktsbedingung, daß bis zum Schlusse der Subskription, also etwa 14 Tage nach dem Kontraktsabschluß, keine Mobilmachung oder Truppenaufstellung erfolgen dürfe. Als Niebuhr das Ungebührliche dieser Forderung verwies, baten sie um ein mündliches Versprechen der Art, da sonst das ganze Geschäft unmöglich werde. Niebuhr hielt ihnen das Unangemessene auch dieses Wunsches vor, aber leider hatten sie materiell Recht. Wenn vor Schluß der Subskription ein stärkeres Fallen der Kurse eintrat, so war die ganze Anleihe verunglückt, und Preußen bekam so bald nicht wieder eine Anleihe zu Stande weder bei Rothschild, Oppenheim, noch bei der Seehandlung. Eben dieser Umstand machte die größte Eile nothwendig.

Zwei Tage später (11. Juni) wurde in Potsdam von Niebuhr mit dem Frhrn. v. Rothschild eine bestimmte Vereinbarung in der Sache getroffen. Als der Finanzminister v. Bodelschwingh von den hinter seinem Rücken geführten Separatverhandlungen Kenntniß erhielt, entlud sich sein ganzer Zorn über Niebuhr, Manteuffel und die Rothschilds; die Offerte der Letzteren wies er als ganz un-

genügend zurück und beschritt dafür den Weg der Privatsubskription auf das an der Börse aufgelegte Anlehen,*) eine Operation, die auch leidlich gelang. Die Folge war eine tödliche Feindschaft zwischen Niebuhr und Bodelschwingh, von denen Jeder Recht zu haben behauptete.**)

Am 27. Juni richtete Niebuhr aus Potsdam das nachstehende geharnischte Schreiben an den Finanzminister:

„Ew. Excellenz sind schon seit 1½ Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten so rücksichtslos gegen mich verfahren, daß ich wohl berechtigt bin, offenen Krieg gegen Hochdieselben zu führen. Ich werde dies auch von nun an thun, da die Anleihesache von Neuem bewiesen hat, daß Ew. Excellenz Ihrer Räthe nicht Herr sind, und bitte Hochdieselben, dies als offenen Fehdebrief zu betrachten. Auf alle unangenehmen Folgen für mich bin ich vollständig gefaßt.

Ich bin nur Feind der verknöcherten Routine, die seit 1825 sich bei uns der Finanzen bemächtigt hat, und habe keine Ursache, irgend einen in Finanzsachen von mir gemachten Vorschlag zu bereuen. Daß die Konvertirung der 4½prozentigen Eisenbahnschulden so vollständig verunglückt ist, kann mich nicht irre machen. Sie ist lediglich deshalb verunglückt, weil Herr Bloch sie sechs Monate zu spät vornahm und so unglaublich lange Fristen setzte. So ungeschickt gemacht, wie sie es ist, hat sie freilich unglaublichen Schaden gethan. Erlauben mir Ew. Excellenz nun von der neuesten Anleihe zu sprechen, die Herr Camphausen Hochdemselben als gelungen schildert. Ew. Excellenz haben sich 1½ Jahre lang der Anleihe widersetzt und haben dadurch der Zukunft unnütze Ausgaben aufgebürdet. Anfang 1852 hätte man eine 3prozentige Anleihe zu 85, eine 4prozentige zu 98 kontrahiren können. Ich lasse die 3prozentige Anleihe ganz außer Augen, da die preußischen Finanziers nie die Vortheile niedrig verzinster Anleihen begriffen haben. Wenn eine 4prozentige negoziirt worden wäre, so hätte man für 30 Millionen Nominalschuld 29400000 Thlr. erhalten, die jährlich

*) Gerlach notirt unter dem 12. Juni: „Auch kamen Bodelschwingh, Manteuffel, Niebuhr wegen der Anleihe zum Könige. Bodelschwingh empört, wie man ihn bei dieser Sache behandelt; man habe hinter seinem Rücken mit den Rothschilds verkehrt, Manteuffel habe ihm berichtet, als wenn er von Niebuhrs Verhandlungen nichts wisse ꝛc. Er sagte, er sei entschlossen, zu gehen, was ich ihm als unmöglich auszureden suchte" (Bd. II, S. 166), und unterm 21. Juni: „Bodelschwingh ist ganz außer sich über Manteuffels und Niebuhrs Benehmen wegen der Anleihe bei den Rothschilds. Diese Männer hätten ganz nichtsnutzige Bedingungen gemacht, Annahme bestimmter Geldsorten und dergl. Er habe sie ablaufen lassen und hoffe mit Bestimmtheit, ohne sie fertig zu werden."

**) Am 23. Juni sprach sich Bodelschwingh Gerlach gegenüber triumphirend aus über die gelungene Anleihe unter besseren Bedingungen als den von Manteuffel und Niebuhr protegirten Rothschildschen; dabei verlangte er Satisfaktion über das Verfahren, das man durch Einmischung in sein Departement beobachtet und gegen ihn geduldet. Bodelschwingh versicherte, noch viel bessere Bedingungen erlangt zu haben, wenn man ihm Zeit gelassen und nicht noch von Gumbinnen durch Ordres gedrängt hätte. Niebuhr behauptete dagegen, es sei ein Unsinn, die Seehandlung zu Hülfe zu nehmen und sie in jetziger Zeit von Geld entblößen zu lassen, die Zeichnungen seien unsicher, es fehlten auch noch einige Millionen ꝛc. (Gerlach, a. a. O., Bd. II S. 168 f.

einschließlich Tilgung 1 500 000 Thlr., also 5^{102} pCt., gekostet hätten. Jetzt erhält man, vorausgesetzt, daß die zweite Emission im November zu gleichen Bedingungen erfolgt wie die jetzige, nur 27 900 000 Thlr., die jährlich mit Tilgung 1 650 000 Thlr., also 5^{911} pCt., kosten. Man hat nun immer gegen die frühe Kontrahirung einer Anleihe den Zinsenmehraufwand eingewendet. Eine Anfang 1853 negozìirte Anleihe hätte, den Anfang der Verzinsung durchschnittlich vom 1. April ab gerechnet, bis Ende 1854 gekostet 2 625 000 Thlr. Die jetzige wird bis Ende 1854 etwa kosten für 15 Millionen durchschnittlich vom 1. Aug., für 15 Millionen durchschnittlich vom 1. Dez. Zinsen Summa 337 500 Thlr., ferner Tilgung bezw. für 6 und 2 Monate 100 000 Thlr., Sa. tot. 437 500 Thlr. Allerdings sind also an den Zinsen 2 187 500 Thlr. erspart, und wenn man den Kursverlust abzieht, noch immer 687 500 Thlr. Aber schon in 4 ½ Jahren wäre bei Kontrahirung der Anleihe Anfang 1853 dieser Verlust wieder eingebracht. Die Tilgung wäre trotz des niedrigeren Zinses nicht viel später vollendet, und in der Zwischenzeit wären auch ohne Zinseszins an 4 Millionen erspart worden. Man hätte endlich eine Anleihe zu einem günstigen Kurse geschlossen, der spätere Anleihen wesentlich erleichtert haben würde.

Gegen den Abschluß einer Anleihe 1853 hatten Ew. Excellenz sehr beherzigenswerthe Gründe in der Besorgniß, daß der Ertrag der Anleihe verschleudert werden könnte. Diese Gründe bestanden aber im Spätsommer 1853 nicht mehr, als die Aussicht auf Krieg ziemlich ebenso gewiß war wie jetzt. Noch damals hätte eine 4prozentige Anleihe zu 96 gemacht werden können. Ew. Excellenz haben sich aber erst gegen das Frühjahr 1854 herbeigelassen, in die Anleihe zu willigen, als die größte Aussicht war, daß die Begebenheiten sich so schnell entwickeln würden, daß sie gar nicht mehr gelingen werde. Daß es nicht so gekommen ist, verdanken wir wahrhaftig nicht der Weisheit der Herren Horn, Bloch, Seydel, Camphausen, Kühne und Patow.

Als nun endlich der Gesetzentwurf an die Kammern kam, war er so abgefaßt, daß eine Anleihe fast nur noch in einer Form möglich war. Er war auf den Nominalbetrag gestellt, statt, wie unter solchen Umständen hätte geschehen müssen, auf den durch das Geschäft zu erlangenden Baarbetrag und auf eine bestimmte Tilgung. Und statt daß nun gleich die Negozìirung hätte vorbereitet werden müssen, ließ man über zehn Wochen ungenutzt verstreichen. Erst am 8. Juni hat die Seehandlung die Umfrage an die Bankiers erlassen. Wären Rothschilds nicht gekommen und hätten nicht infolgedessen Se. M. der König vom 12. befohlen, die Anleihe bis zum 17. abzuschließen, so wäre noch jetzt nichts Ernsthaftes geschehen. Se. M. der König hatten befohlen, bis zum 17. abzuschließen. Abgeschlossen ist aber bis heute noch nichts. Denn wer verbürgt, daß die vorläufigen Zeichner nun wirklich zeichnen werden, wenn es zur Einzahlung kommt? Ich habe allerdings die Ueberzeugung, daß die meisten es thun werden — aber irgend ein unerwartetes Ereigniß kann auch die ganze Zeichnung frustriren — und daß Einzelne abgehen werden, ist wohl gewiß, da Oppenheims ihre Zeichnungen zu 93 ¼ ausbieten und man in Berlin soviel, als man will, zu 93 ½ kaufen kann. Von ein paar Leuten weiß ich es sogar schon. Und in keinem Falle ist ein Ge-

schäft abgeschlossen, wie Se. M. der König es befohlen hatten. Allerhöchstdieselben wollten ein solches Geschäft, das das Aequivalent von 15 Millonen Schuld aus fremden Taschen in die Staatskassen bringe. Ew. Excellenz selbst aber haben dem Gen. Lt. v. Gerlach gesagt, daß die Seehandlung 2 Millionen reservirt habe. Auf der Berliner Börse berechnet man, daß 3 bis 5 Millionen ihr zur Last geblieben seien, weil sie Manches durch Strohmänner habe zeichnen lassen, was natürlich Ew. Excellenz verheimlicht sein würde. Außerdem hat sie nicht unerhebliche Posten alter Anleihen kaufen müssen, um die Zeichnung nicht ganz scheitern zu lassen. Ich will aber bloß die direkte Reservirung von 2 Millionen berücksichtigen. Es fließt also nicht das Aequivalent von 15 Millionen, sondern nur das von 13 Millionen aus fremden Taschen bei dem gegenwärtigen Geschäfte in die Staatskasse; 2 Millionen bleiben zu ecouliren, sind jetzt nicht gemacht und unterliegen allen späteren Risikos — abgesehen davon, daß der Staat durch diese Spekulation — denn die bleibt es — sich den Preis der zweiten Serie und spätere Anleihen verderben wird.

Die beiden größeren Blochschen Anleihen von 1850 und 1852, die nach diesem Systeme gemacht waren, sind als Anleihen gründlich gescheitert. Dies hat materiell nichts geschadet, weil gute Zeiten folgten. Aber dieser zufällige Erfolg rechtfertigt doch wahrhaftig nicht die Anwendung eines schon zweimal als an sich schlecht befundenen Systems zu einer Zeit, wo nachfolgende gute Zeiten sehr unwahrscheinlich, schlechte ziemlich gewiß sind und wo die Politik es erfordert, das Geld gleich zusammen zu haben. Was nun diesen letzten Punkt betrifft, so war die schlechteste von den Rothschildschen Propositionen entschieden die Forderung der Verbindlichkeit, die zweite Serie nicht vor dem 1. Nov. zu emittiren. Und gerade diese soll Herr Camphausen festgehalten haben! Woher weiß Herr Camphausen, daß Se. M. der König die zweiten 15 Millionen nicht eher befiehlt?

Ich habe Herrn Camphausens Anstellung lebhaft bedauert, weil er liberal ist und aus einem Cölner Hause, die alle mit Herrn Hansemann, Fould, Oppenheim, Morny, Crédit mobilier, Darmstädter Bank rc. in Verbindung sind; ich sehe jetzt, daß er ebenso unfähig als politisch bedenklich ist. Daß man mit Oppenheim nicht kontrahirt hat, was identisch gewesen wäre mit einem Abschluß mit dem Paris-Darmstädter Schwindel, erkenne ich mit großer Freude an. Ich halte dies aber auch für den einzigen Vortheil dieser Anleihe. Denn das eine Prozent, das man bei den Privatsubskriptionen gewonnen hat, wiegt mir nichts gegen das Risiko bei der Spekulation der Seehandlung und das Risiko bei der definitiven Zeichnung sowie gegen das Verderben des Marktes für die neue Anleihe.

Ich bin kein Jüngling mehr und die Hälfte meines Lebens hindurch habe ich mich mit Finanzen beschäftigt, nachdem ich schon von Kindheit auf soviel davon hatte sprechen hören, daß ich sagen kann, ich habe sie gelernt wie der Litthauer das Reiten. Früher hat man mir auch ein Urtheil darin zugetraut, und ich glaube nicht, seitdem stumpfer geworden zu sein. Ich glaube daher, nicht vermessen zu sein, wenn ich sage, daß die ganze jetzige preußische Finanzroutine — denn ein System ist nicht darin zu finden — gar nichts taugt und das Defizit verewigen wird. Nicht übermäßige Ausgaben, nicht Noth des Landes sind die Ursache des

Defizits, sondern daß man das, was 1818 bis 1820 vortrefflich war, auch jetzt noch gelten lassen will. Hansemann fing die Sache wie ein Thor an, wer sie aber mit Bedacht, Ernst und voller Hingebung anfängt, wird ein ganz neues Wesen schaffen können, das nicht minder streng ist wie das alte.

Diejenigen aber, die die alte Routine durchaus festhalten wollen, aufs Aeußerste zu bekämpfen, halte ich für meine Pflicht, ebenso wie ich Hansemann 1848 mit Gefahr meines Amtes auf denjenigen Wegen, die mir damals zugänglich waren, bekämpft habe. Leider weiß ich, daß Ew. Excellenz glauben, ich strebe danach, Sie zu supplantiren; ich kann versichern, daß ich aus meiner jetzigen Stellung nicht anders als durch Invalidität herauskommen werde."

Vorstehenden Brief legte der Finanzminister am 29. Juni dem König im Original mit der Bitte vor, ihm eine Genugthuung gewähren zu wollen. Wie dieselbe ausfiel, darüber hat nichts festgestellt werden können. Eines Besseren überzeugt wurde Niebuhr jedenfalls nicht, und seine Gesundheit wurde unter der Aufregung, die ihm die Sache verursacht hatte, auch nicht besser. Noch unterm 27. Juli schrieb derselbe aus Paderborn an Manteuffel:

„In der völligen Ruhe dieses kleinen Orts und allein mit meiner kranken Frau beschäftigt, merke ich jetzt erst, wie krank ich selbst bin. Die Anleihe hat mir wohl den letzten Stoß gegeben, nicht wegen des einzelnen Vorfalls, sondern weil man dabei wiederum so recht gewahr wurde, nach wie beschränkten Grundsätzen unsere Finanzen verwaltet werden. Namentlich die Beschränkung der Emission der zweiten Serie macht mich ganz trostlos. Wie verkehrt es gewesen, daß die Seehandlung sich auf eine Spekulation, auf ein Kurssteigen der neuen Anleihe, eingelassen, wird nun wohl nachgerade Jedermann einsehen."

Wie Manteuffel über die Sache dachte, ersehen wir aus einem Privatschreiben, welches er am 4. Juli an den Königlichen Gesandten in Paris, den Grafen Hatzfeldt, richtete, worin es heißt:

„Es ist richtig, daß ich mich für den Abschluß mit Rothschild interessirt habe, und ich bin noch der Meinung, daß es gut gewesen wäre, wenn wir es gethan hätten, obwohl das Geschäft jetzt zu einem etwas besseren Prozentsatze gemacht ist, als er anbot. Ich bin indeß der Ansicht, daß es in Verhältnissen wie den jetzigen nicht sowohl auf 5 pCt. mehr oder weniger als vielmehr darauf ankommt, das Geld recht sicher zu haben und den Kredit zu heben. Hätten wir mit Rothschild abgeschlossen, so ständen heute gewiß unsere 4½ prozentigen Papiere 97, und wir könnten auf die ferneren 15 Millionen mit Zuversicht zählen. Der Finanzminister war anderer Meinung, und da er Ressortminister ist und des Königs Majestät für ihn entschieden, so mußte ich meinen Widerspruch fallen lassen. Richtig ist es übrigens, daß der Abschluß des Geschäfts mit Rothschild zumal bei einem zu erwartenden Steigen der Kurse ein großes Geschrei der inländischen Bankiers zur Folge gehabt haben würde; dies scheute der Finanzminister, und wohl nicht ganz mit Unrecht.

Ueber Politik im Zusammenhange mit finanziellen Operationen habe ich mit Rothschild gar nicht gesprochen, sondern nur als er mich in der Konversation über politische Dinge befragte, so weit meine Meinung gesagt, wie ich sie im Salon auszusprechen niemals Anstand nehme." —

Im Juni kam Rudolph v. Auerswald, welcher sich der Wochenblattspartei zurückhaltend angeschlossen hatte, zu Bismarck nach Frankfurt, um ihm zu sagen daß er seinen Feldzug der letzten Jahre für verloren halte, sich herauszuziehen wünsche und, wenn er den Gesandtenposten in Brasilien erhielte, versprechen wolle, sich um innere Politik nicht mehr zu kümmern.*) Obwohl Bismarck Manteuffel empfahl, in seinem Interesse darauf einzugehen und einen so feinen Kopf, erfahrenen und achtbaren Mann und Freund des Prinzen von Preußen auf diese ehrliche Weise zu neutralisiren, so war sein und des Generals v. Gerlach Mißtrauen oder Abneigung gegen Auerswald doch so stark, daß der Minister seine Ernennung ablehnte. Manteuffel und Gerlach waren überhaupt, obschon nicht untereinander, doch gegen die Partei Bethmann-Hollweg einig. Auerswald blieb im Lande und einer der Hauptträger der Beziehungen zwischen diesen antimanteuffelschen Elementen und dem Prinzen. Er hat später (1858) entschieden zum Sturze Manteuffels beigetragen und wurde sein direkter Nachfolger. —

Durch Königliche Ordre vom 27. Juni wurde die Wiedereröffnung des reaktivirten Staatsraths**) auf den 4. Juli angesetzt. Am 29. Juni schrieb der König aus Sanssouci:

„Bester Manteuffel! Ich habe mir die Liste der Staatsraths-Abtheilungen noch einmal vorlegen lassen, da ich noch immer einige Bedenken über die Zusammensetzung hatte. Ich will jetzt dieselben insoweit fahren lassen, daß ich Sie nur ersuche, die betreffenden Ministerien noch darüber zu vernehmen und mir dann zu berichten. Die Justizabtheilung ist eine der allerwichtigsten, und ich bedarf in derselben Männer, die mich verstehen. Darum soll der ehemalige Präsident v. Kleist noch dahinein gesetzt werden. Er ist, so viel ich weiß, aus besonderem Vertrauen ernannt und daher seine Wiedereinberufung unbedenklich. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Daran reihte sich das nachstehende Handbillet des Königs, d. d. Sanssouci, 5. Juli 1854:

„Bester Manteuffel! Am Lehr-Bataillons-Fest im Neuen Palais frug mich Flottwell, »ob bei Wiederherstellung des Staatsraths die Oberpräsidenten ausgeschlossen wären, da er nicht zur Wiedereröffnung befohlen sei.« Ich sagte ihm, »es sei nur von Zusammenberufung des noch zu Recht bestehenden ungeänderten Staatsraths die Rede und er habe sich dabei einzufinden«. Bei dieser meiner Ueberzeugung war ich gestern höchst verwundert, außer Flottwell

*) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. I, S. 94.
**) Vgl. oben S. 181.

keinen einzigen Oberpräsidenten zu sehen, obgleich Witzleben nur drei Stunden nach Berlin braucht und Senfft in der Stadt anwesend war. Ich bitte um Aufklärung. Vale! Friedrich Wilhelm."

Endlich schrieb der König aus Sanssouci am 17. Sept. 1854:

„Indem ich Ihnen, bester Manteuffel, die verabredete Antwort auf Ihre Staatsraths-Vorschläge sende, bemerke ich, wie ich für Sie persönlich sowohl als für das Allgemeine die baldige Ernennung eines gesinnungstüchtigen Vicepräsidenten als unumgänglich nothwendig erachte. Ich trage seit ein paar Tagen einen gewiß vortrefflichen Candidaten dazu in petto ohne irgend Jemand davon gesprochen zu haben als in dieser Viertelstunde gegen Niebuhr, der, wie ich selbst, nur eine Schwierigkeit — die seiner Remuneration*) — dabei erkennt. Es ist dies der Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode. Da mir aber scheint, daß seine Anwesenheit in Berlin keine ständige zu sein braucht, so meine ich, daß vor der Hand durch eine Anweisung auf hohe Diäten während seiner Residenz dahier geholfen werden könnte. Vale! Friedrich Wilhelm."

Am 2. Juli schrieb der Direktor im Ministerium des Innern, Frhr. v. Manteuffel, seiner Schwägerin, der Gemahlin des Ministerpräsidenten, aus Homburg v. d. Höhe, die daselbst anwesende Königin von Württemberg habe vor einigen Tagen den österreichischen Bundestagsgesandten Frhrn. v. Prokesch nebst einigen anderen Frankfurter Diplomaten bewirthet. „Bismarck ist von der Königin ignorirt worden, Alles dies ist wohl Bambergisch**), mag aber Otto (scil. dem Ministerpräsidenten) ein Zeichen sein, daß sich die deutschen Mittelstaaten bemühen, sich wieder mit Oesterreich zu versöhnen." — —

Indiskretionen der „Kreuzzeitung" hatten Mitte Juli ein polizeiliches Einschreiten gegen dieses Blatt zur Folge.***) Als das Blatt durch eine wahrheitswidrige Darstellung die amtliche Wirksamkeit des Polizeipräsidenten v. Hinckeldey anzugreifen suchte, veröffentlichte der Letztere am 16. Juli in der „Kreuzzeitung" und in der „Vossischen Zeitung" eine das Vorgehen der Polizei rechtfertigende Bekanntmachung.

Mit Bezug auf diesen Vorgang schrieb Hinckeldey am 17. Juli privatim an Manteuffel: „Ew. Excellenz ist es bereits bekannt, daß die »Neue Preußische Zeitung« in ihrer Nummer vom Freitag eine völlig wahrheitswidrige Darstellung des Sachverhältnisses über die Verhaftung ihres Redakteurs enthielt, eine Darstellung, welche geeignet war, die unrichtigsten Vorstellungen über die Zustände unserer Preßverhältnisse überall zu verbreiten. — Ich habe daher in voller Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt, mit meinem Stellvertreter und mit den mir zugeordneten Räthen gestern eine amtliche Bekanntmachung des wahren Sachverhältnisses in den Zeitungen erscheinen lassen, welche die Entstellungen der »Kreuz-

*) Nach § 6 der Verordnung vom 20. März 1817 bezogen die Mitglieder des Staatsraths als solche keine besonderen Besoldungen.

**) Die ehedem in Darmstadt versammelten Regierungen, welche die preußische Zollvereinspolitik bekämpften, hatten sich später in Bamberg versammelt.

***) Vgl. Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 180.

zeitung« aufgenommen hatten. Es konnte mir natürlich nicht in den Sinn kommen, in irgend ein weiteres Zeitungsgeträtsch mit Herrn Wagner mich einzulassen! — Dennoch erhalte ich gestern Abend spät das abschriftlich beigefügte Reskript des Herrn Ministers v. Westphalen, welches mich meiner Funktionen theilweise und ohne weiteren Tadel enthebt. Ich habe darauf die ebenfalls abschriftlich beigefügte Antwort an Herrn v. Westphalen erlassen*) und bitte, sich meiner in einer Sache anzunehmen, in der ich mir durch die Durchführung eines wichtigen Prinzips ein nicht unerhebliches Verdienst zuschreibe. Sämmtliche Gerichte und die ganze Stadt sind einverstanden, daß diesem Unwesen mit dem Verrath amtlicher Notizen gesteuert werden müsse. Ich bin daher gern bereit, in dieser ehrlichen Sache den siegreichen Kampf gegen eine übermächtige Partei mit meiner Versetzung zu bezahlen. Die Behandlung des Herrn v. Westphalen kann ich mir aber nicht gefallen lassen."

Die Differenz zwischen Westphalen und Hinckeldey wurde gütlich beigelegt. —

Am 17. Juli berichtete der Regierungspräsident Frhr. v. Schleinitz aus Bromberg Manteuffel brieflich über die inneren politischen Zustände seines Amtsbezirks:

„Die Stimmung der Polen ist im Allgemeinen noch ganz unverändert, sie nähern sich entschieden den Deutschen und der Regierung, sind aber mehr als je von der Hoffnung auf die Herstellung eines Königreichs Polen erfüllt. Sie glauben, daß diese Hoffnung ohne ihr Zuthun von England, Frankreich und Preußen erfüllt werden wird. Die gemäßigten Polen sagen zwar, daß sie zu der Einsicht gelangt seien, daß Preußen das Großherzogthum Posen nicht zurückgeben könne; auf diese Worte kann man aber durchaus nicht bauen. Sollte es zu einer Wiederherstellung Polens kommen, so werden die Polen kein Mittel unversucht lassen, um das Großherzogthum Preußen zu entreißen. Für den Augenblick würden preußische Truppen, wenn es zum Einrücken in das Königreich Polen kommen sollte, von den Bewohnern mit großer Freude aufgenommen werden, indem man sie als Befreier von schwerem Druck und als Vorboten eines selbständigen Königreichs Polen begrüßen würde.

Während ich in Berlin weilte, war auch mehrfach zur Sprache gekommen, daß der Polonismus, namentlich durch Ankauf größerer Güter, in letzter Zeit in der Provinz wiederum Fortschritte gemacht haben solle. Für den Bezirk Bromberg konnte ich diese Angabe zwar bestimmt in Abrede stellen, jedoch die speziellen Thatsachen nicht näher angeben. Nach den von mir inzwischen angestellten genauen Ermittelungen hat sich ergeben, daß in den Jahren 1853 und 1854 im ganzen Bezirke nur zwei Rittergüter im Kreise Wongrowitz von Deutschen an Polen verkauft sind, dagegen sind in demselben Zeitraume im Kreise Wongrowitz 4, im Kreise Inowrazlaw 2, im Kreise Schubin 3, im Kreise Gnesen 3, im Kreise Mogilno eine Herrschaft von 3 Rittergütern, also im Ganzen 15 Rittergüter aus polnischen in deutsche Hände übergegangen. Außerdem habe ich erfahren,

*) Hinckeldey bat darin um sofortige Versetzung als Regierungspräsident nach Liegnitz.

daß gegenwärtig mehrere Käufe von Rittergütern für deutsche Besitzer dem Abschlusse nahe sind. Es ist mithin unbegründet, daß in neuerer Zeit der Polonismus hier wieder mehr festen Fuß fassen sollte." —

Durch Allerhöchste Ordre vom 4. August wurde der Wirkliche Geheime Oberregierungsrath v. Hinckeldey zum Generalpolizeidirektor im Ministerium des Innern und mit der Leitung der höheren Sicherheitspolizei-Angelegenheiten im ganzen Umfange des Staates betraut;*) die Ernennung desselben zum Unterstaatssekretär in dem gedachten Ministerium war für später in Aussicht genommen; da nun aber die letztere Stelle zur Zeit noch von dem Bruder des Ministerpräsidenten, Karl v. Manteuffel, bekleidet wurde, so nahm der König gleichzeitig in Aussicht, Karl v. Manteuffel die Leitung des Landwirthschaftlichen Ministeriums mit möglichst ausgedehnten Befugnissen zu übertragen, nämlich so weit unbeschränkt, als nicht die Mitwirkung des vorgesetzten Ministers (also Westphalens) unbedingt erforderlich sei.

Ich schalte hier ein, daß die Machtvermehrung Hinckeldeys schon längere Zeit vorher Gegenstand von Verhandlungen im Schoße der Regierung war. Nach einem Briefe, welchen Hinckeldey am 26. Juni an Manteuffel gerichtet hatte, schien Ersterer entschlossen, die ihm zugedachte Stelle abzulehnen. „Ich würde in eine mit schwerer Verantwortung verbundene wahrhaft schreckliche Lage gerathen und schlimmer als der selige Tschoppe in wenigen Monaten den Fluch des ganzen Landes auf mich laden, ohne ihm einigen Segen zu bringen. Ueber die Sicherheit der politischen Zustände des Landes können die Ansichten sehr getheilt sein! — Für Berlin, worauf ich streng meine Wirksamkeit beschränken werde, hoffe ich in dieser Beziehung überall meinen Pflichten entsprechen zu können. — Aber gerade hier kann ich das Ziel meiner Wirksamkeit nur dadurch erlangen, daß ich bestrebt bin, mich dem Publikum nicht als Plage, sondern als einen Schutz erscheinen zu lassen, welcher es mit nützlichen Instituten aller Art umgiebt. — Gerade darin, hochverehrter Herr Ministerpräsident, besteht meine Hauptstärke gegen die Demokratie in Berlin. — Ich habe sehr viel von diesen Demokraten gelernt! — Bei vollster Strenge gegen die Person dieser Menschen muß dahin gestrebt werden, daß sie ihren Einfluß vollkommen dadurch verlieren, daß die Polizei bessere Dinge bringt. — Die schärfste Verfolgung wird dadurch leicht."

Als nun Anfang August Hinckeldeys Ernennung zum Generalpolizeidirektor gleichwohl erfolgte, entstand auf ein Haar eine Ministerkrisis, da der Ministerpräsident, im Höchsten aufgebracht über das Verfahren, dem Könige darüber Vorstellungen machte und für den Fall deren Nichtbeachtung sogar sein Abschiedsgesuch in Aussicht stellte.**)

Mit Bezug hierauf schrieb der König am 15. Aug. aus Charlottenburg:

*) Gerlach, a. a. O., Bd. II, S. 196.
**) Ebenda, S. 199 f.

„Theuerster Manteuffel! Ich hätte, wie man zu sagen pflegt, eher des Himmels Einsturz erwartet, als Ihren soeben erhaltenen Brief. Die Lage eignet sich nicht für viele Worte und — viele Betheuerungen, flössen sie auch aus dem Brunnen der Wahrhaftigkeit selbst, erfordern viele Worte. Hier also das Factum. Von dem vorerwähnten Staatsministerialbericht, in welchem mir das abgerathen wird, was hier geschehen sein soll, erinnere ich mich — die Hand aufs Herz — nichts. Wahrscheinlich ist er in den Tagen der Abreise eingegangen und bei Illaire schlafen gegangen. Ich werde aber sogleich Illaire die Aufklärung darüber und Vorlegung des Berichts befehlen. Möglich, daß auch mein Gedächtniß mir einen Streich gespielt. Ich beklage die Sache, sie möge so oder so gekommen sein, sehr aufrichtig. Ich stelle diesem und dem fatalen Eindruck, den es auf Sie, Manteuffel, gemacht hat, doch eine Autoritaet entgegen. Der Minister v. Westphalen motivirte seinen Vorschlag der Ernennung Hinckeldeys zum Generalpolizeidirektor durch sehr solide Gründe, durch das größere Ansehen, die präzisere Gewalt 2c. 2c. Ihr Einwurf, den W.*) mir mittheilte, ohne ihn zu theilen, bewog mich (ich gestehe allein darum, um Ihnen einen Beweis der Aufmerksamkeit zu geben), die Worte »Generalpolizei« zu streichen. Ich habe das Befolgen dieser Regung fast augenblicklich bereut und das Gefühl, Westphalens Gründe sind unwiderleglich, plagte mich, bis ich die empörende Aufnahme erfuhr, die die Titel in Berlin gefunden, womit ich die Treue bis in den Tod eines Grenadiers ehren zu müssen geglaubt habe. Diese Infamien geben mir den Maßstab der Gefahren, denen wir ausgesetzt sind und welchen gegenüber außer Berlin so ganz und gar nichts geschieht. Ich habe also die Wiederherstellung der Westphalenschen Kabinets-Ordre in integro angeordnet. Ich fühle lebhaft alle Gründe gegen meine Auffassung und mein Verfahren von den Seiten, die meinem sehr alten Verlangen entgegenstehen. Ich ehre die Offenheit, die meinen Wünschen und Willen entgegengetragen wird. Ich habe aber ein Recht, dieselbe Ehre zu fordern für Anordnungen, die ich seit zwei Jahren befohlen und allein durch Beharrlichkeit in dem, was ich für recht und gut erkannt habe, endlich durchzusetzen vermochte. So lassen Sie uns über dieser ernsten Sache Freunde und Arbeitsgenossen bleiben. Es ist nicht recht von Ihnen, theuerster Manteuffel, diese Gelegenheit zu ergreifen, um — zu scheiden. Ich werfe Ihnen dies Verlangen ernstlich vor. Gäbe ich ihm nach, so beginge ich den unverzeihlichsten Fehler. Dazu dürfen Sie mich nicht veranlassen. Werfen Sie dies Blatt ins Feuer, wie ich Ihres con amore vernichte. Ich leiste Ihnen einen Freundesdienst damit. Vale!

Friedrich Wilhelm."

Gerlach, der in dieser Sache sich rückhaltlos auf die Seite des Königs stellte, beklagte den Vorgang lebhaft und befürchtete, daß im Falle der Nachgiebigkeit der König in ein übles Verhältniß zu seinem Ministerium und vielleicht auch in eine entschiedene Abhängigkeit von seinem Premier komme.**)

*) Westphalen, der Minister des Innern.

**) „Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 200.

Am 19. Aug. begab sich der König nach Putbus,*) noch immer verdrießlich über die Hinckeldeysche Sache, und mußte dort, sehr unwohl, das Bett hüten. —

Am 24. Aug. konnte Niebuhr Manteuffel bereits eine Besserung in dem Befinden des Königs melden: „Gestern Abend schon hatte das ruhige Liegen im Bette sehr gut gewirkt, so daß Se. M. gestern Abend ohne Schaden aufstehen und ein paar Personen zum Thee sehen konnten. Die Nacht war gut, und heute ist der König um 11 Uhr aufgestanden. So wie die Dinge jetzt stehen, würde der König sich sehr schnell erholen, wenn er spazieren gehen könnte. Aber heute sind die schlimmsten Wetteraspekten eingetreten. Ew. Excellenz haben die Güte gehabt, meine Ansicht über die Zweckmäßigkeit Ihrer Herkunft zum Dienstag, auch wenn die russische Antwort nicht gekommen, zu erfragen. Allerdings ist in diesem Falle die Gefahr, daß die unselige Hinckeldeysche Sache in den Vordergrund tritt, was nicht so sein würde, wenn Ew. Excellenz mit der russischen Antwort kommen. Aber diese unglückliche Sache beschäftigt den König schon fast ausschließlich und regt ihn so auf, daß für ihn kaum eine heftigere Aufregung möglich ist. Die Rücksicht auf die Gesundheit des Königs würde also meines unvorgreiflichen Erachtens einem Kommen Ew. Excellenz ohne die russische Antwort kaum entgegenstehen. Prinzipiell möchte auch dabei zu erwägen sein, ob nicht längere Trennungen des Königs von seinen Ministern, und namentlich dem der auswärtigen Angelegenheiten, möglichst zu vermeiden sind. — Herr v. Hinckeldey ist hier übrigens in einer verzagt trotzigen Stimmung, die manchmal Mitleiden einflößt. Seine heftigen Protestationen gegen die Meinung, als ob er sich entschieden an das Polizeipräsidium anklammere, lassen vermuthen, daß er dies wie ein Verzweifelter thun wird."

Am 25. Aug. schrieb Gerlach an Manteuffel: „Der König ist heute ganz wohl. Se. M. wollen noch allein speisen, werden aber heute, wo schönes Wetter ist, ausgehen. Für einen Wagen am Strande werde ich sorgen. Hinckeldey ist sehr konfuse. Es scheint mir aber doch durch alle seine Pläne der rothe Faden hindurchzugehen, im Besitz des Berliner Polizeipräsidiums zu bleiben."

Die bald darauf erfolgte Ankunft Manteuffels in Putbus (27. Aug.) war bereits ein Zeichen, daß er die bewußte Personalfrage nicht auf die Spitze treiben wollte. Später (13. Sept.) bestimmte der König, daß Hinckeldeys Ernennung zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern so lange ausgesetzt bleiben solle, bis für Hinckeldey in seiner Stellung als Polizeipräsident von Berlin ein Nachfolger ermittelt sein würde;**) dafür sollte aber Karl v. Manteuffel bereits jetzt die Verwaltung

—

*) Unterm 27. Juli hatte Niebuhr an Manteuffel aus Paderborn geschrieben: „Wenn nur unser allergnädigster Herr den Aufenthalt in Putbus aufgeben wollte! Ich fürchte, daß die schlimmsten Dinge aus der Langwierigkeit der Kommunikationen folgen können, und was die Wirkung auf die Gesundheit des Königs betrifft, so bin ich überzeugt, daß ein Aufenthalt in Sanssouci ohne die gewöhnliche Unruhe weit wohlthätiger sein würde."

**) Bei der Ernennung desselben zum Generalpolizeidirektor verblieb es aber.

des Landwirthschaftlichen Ministeriums mit voller Verantwortlichkeit übertragen und der Minister des Innern seinem Wunsche gemäß davon entbunden werden. Gerlach hatte also auch in diesem Falle Recht, wenn er zu Anfang der Krisis seine Ansicht dahin aussprach, die Suppe werde wohl nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht worden sei. —

Am 22. Sept. reichte der Kabinetsrath Niebuhr Manteuffel aus Sanssouci eine ihm zur Prüfung und zum Vortrag bei Sr. M. vorgelegte Nachweisung der Zollverwaltungsresultate pro I. Quartal 1854 mit dem Bemerken zurück, daß, wenn im Allgemeinen das Resultat dieser kurzen Frist die Richtigkeit der stattgehabten Zollermäßigungen bestätige, insonderheit das Resultat für den Artikel Wein ihm zu beweisen scheine, daß mit den Zollermäßigungen noch nicht weit genug hinuntergegangen worden sei. „Gott gebe nur, daß wir bald zu weiteren Ermäßigungen gelangen! Namentlich zunächst für den Zucker. Wenn für Raffinade der Zoll von 10 Thlr. auf 7½, für Farin und Rohzucker auf 6 (von 8 Thlr.) herabgesetzt würde, so bliebe für die Raffinadeurs noch immer ein Schutz von 2½ bezw. 1 Thlr., das Publikum aber bekäme den Zucker um mindestens 1 Thlr. (3½ Pfg. pro Pfund) billiger, also mindestens 6 pCt. des jetzigen Preises. Die Staatskassen riskiren dabei gar nichts, vielmehr können sie im Gegentheil nur dabei gewinnen, und die Raffinadeurs und Runkelrübenzucker-Fabrikanten können die Preisermäßigung recht gut vertragen. Wie furchtbar drückend unser Tarif, namentlich für manche Fabrikations-Hülfsstoffe und Hauptnahrungsmittel ist, wird aus der beifolgenden Vergleichung der hamburgischen Börsenpreise pro 1852 mit den Zollvereinstarif-Sätzen recht anschaulich. Die am unverständigsten belasteten Artikel habe ich darin angestrichen. Wie viele dieser Monstra ließen sich mit einem Risiko von 10—20 000 Thlrn. für die Staatskasse streichen!"*) —

Ende September konnte der Generalkonsul Dr. Quehl in Kopenhagen dem Minister Manteuffel einen edlen Zug der Gräfin Louise Danner, der Gemahlin des Königs von Dänemark, mittheilen. Am 25. Sept. hatte die hohe Frau aus Frederiksborg an Quehl geschrieben:

„Mit aufrichtiger Theilnahme habe ich von dem unermeßlichen Unglück**) gehört, das eine schöne Provinz Ihres Vaterlandes zu einer Stätte des Elends gemacht hat. Der Ruf, zur Milderung der traurigen Folgen eines solchen Verhängnisses beizutragen, ergeht an das menschliche Herz, gleichviel welcher Nationalität es angehört. Ich bitte Ew. Hochwohlgeboren daher, die beifolgenden 500 Thlr. Reichsmünze zu diesem Zwecke anzunehmen, und stelle Ihnen anheim, ob Sie diese kleine Gabe dem Berliner Komitee oder den Provinzialbehörden zugehen lassen wollen, jedoch werden Sie hierbei die Geberin unerwähnt lassen."

Das Gesetz vom 7. Mai 1853 hatte den König ermächtigt, die erste Kammer durch Königl. Verordnung zu bilden. Diese Verordnung erging unterm 12. Okt.

*) Am 14. Nov. übersandte Kabinetsrath Niebuhr dem Minister Manteuffel aus Potsdam Material zur Beurtheilung der Frage, ob ein Getreideausfuhr-Verbot für die westliche Grenze wünschenswerth erschiene.

**) Eine Ueberschwemmung.

1854. Am 6. Okt. hatte der Finanzminister v. Bodelschwingh Manteuffel aus Münster geschrieben: „Wohl habe ich gefürchtet, der Bericht wegen der ersten Kammer werde Sr. M. nicht genügen; — meine Besorgniß gründete aber nicht sowohl in der Fassung des Berichts als in der ganzen Konstruktion der ersten Kammer, welche ich vor wie nach für keine glückliche halte und deren Bedenken nothwendig mehr und mehr hervortreten mußten, je näher man der Ausführung rückt. Wir haben hier heute in langer Plenarsitzung das Gesetz wegen der ehelichen Gütergemeinschaft diskutirt. Nur mit etwa drei Stimmen Majorität ist es angenommen und würde unbedingt, und meines Erachtens mit Recht, verworfen sein, wenn alle Mitglieder des ersten und zweiten Standes anwesend gewesen. Von den Fürsten sind nur zwei persönlich anwesend und zwei vertreten; mehrere dieser Herren haben es nicht einmal der Mühe werth gehalten, sich bei dem Landtagskommissar über ihr Ausbleiben zu entschuldigen. Mir ist dies wieder ein Beleg für die Ansicht, daß in den Mediatisirten kein tüchtiges Element für irgend eine Vertretung zu finden ist." —

Am 17. Okt. schrieb der Prinz von Preußen an Manteuffel:

„Als ich gestern aus dem Theater kam, fand ich in dem »Staatsanzeiger« die erste Kammerverordnung. Gleich darauf erhielt ich Ihr Billet. Woher es kam, daß Sie in drei Wochen keine Minute Zeit fanden, den König mündlich wegen meines Begehrens zu befragen, bleibt mir ein Räthsel, dessen Folgen ich tragen, aber nicht vergessen werde."

Man wird die eigenthümliche Lage, in welche die Auffassung des Prinzen von Preußen über seine Theilnahme an der Regierungspolitik den Minister Manteuffel versetzte, nicht verkennen. Derselbe konnte oder wollte dem Nächststehenden am Throne nicht immer willfährig sein, sammelte aber auf diese Weise im Laufe der Jahre auf seinem Haupte manche Verstimmung, die bei einem Regierungswechsel ihm nothwendig verhängnißvoll werden mußte. —

In Bezug auf die Besetzung des Herrenhauses schrieb der König am 23. Nov. aus Charlottenburg an Manteuffel und Westphalen:

„Ich habe nach langer, und ich glaube nach reiflicher Ueberlegung den Entschluß gefaßt, Ihnen, meine Herren Minister, zwei Namen zur Berufung in das Herrenhaus (als Personalisten) zu nennen, die nicht ohne gewaltiges Aufsehen gelesen werden würden, gegen welche ich das Gewicht der Gründe in keiner Weise verkenne und für die ich mich nur darum erkläre, weil ihr Gewinn für eine solche Versammlung mir schwerwiegender erscheint als die dawiderstreitenden. Ich meine die Herren v. Bethmann-Hollweg und Bunsen. Beides sind höchst bedeutende Männer; darüber ist kein Zweifel. Gegen den Ersteren sind die Gegengründe überhaupt weniger inzisif als gegen den Letzteren. Ich verdanke den treuen und rastlosen Bemühungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg während zweier Jahre zum großen Theile das Durchgehen der mir gegebenen Freiheit, das Herrenhaus zu bilden. Es ist also für mich ein Akt der Dankbarkeit, ich möchte sagen ordinairster Art, ihn in das Haus zu berufen, welches er zum

großen Theil gebaut hat. Und warum nicht einige Männer der edleren Opposizion in solcher Versammlung? Bethmann-Hollweg ist allerdings selbstbewußtes Parteihaupt. Ich frage: ist das Herrenhaus der Wahrscheinlichkeit nach so schwach, daß dies Parteihaupt (welches nebenher noch dem thronenden Sitze in seinem bisherigen Elemente: der zweiten Kammer, entnommen wird) dem Hause gefährlich werden kann? Bunsen*) hingegen ist kein Parteihaupt, wohl aber ein vielfach gemißbrauchtes Parteiglied. Er kennt die Zustände in unserer Monarchie so gut wie nicht mehr. Er hat aber die schönsten Gaben, einen weitreichenden Litteraturruf, ein Herz zu mir und eine Empfänglichkeit für Realitäten, so daß ich mich der Hoffnung hingebe, daß das eigene Anschauen unserer Zustände (die er durch Parteibrillen sehend weniger als die von China kennt) ihn wieder zu gesunder Anschauung — ich möchte fast sagen zur Gesundheit zurückführen kann. Ich meine: wir bilden uns so und erhalten uns ein sehr wichtiges Werkzeug. Ich füge noch die Betrachtung hinzu, daß Bunsens Berufung ins Herrenhaus in England günstig genommen werden dürfte, und lege daher der Sache sogar eine gewisse politische Bedeutung bei.

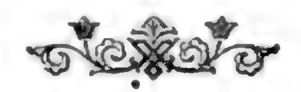
Ich wünsche also die Ausfertigung der Berufung Bethmann-Hollwegs und des Wirklichen Geheimen Rathes Bunsen in das Herrenhaus vorgelegt zu erhalten.

Sollten Sie Beide, meine Herren, noch wünschen, vorher darüber mit mir zu conferiren, so erwarte ich Ihren gemeinschaftlichen Besuch. Wo nicht, erwarte ich die Vorlage sobald als möglich. Vale! Friedrich Wilhelm."

Nur Dr. Christian Karl Frhr. v. Bunsen wurde durch Allerhöchsten Erlaß vom 18. Jan. 1858 aus besonderem Vertrauen in das Herrenhaus berufen; welche Gründe sich der Berufung Bethmann-Hollwegs entgegenstellten, ist nicht bekannt. —

Am 31. Oktober theilte der Bürgermeister von Guben Manteuffel mit, dessen große und unvergeßliche Verdienste um das Gesammtvaterland hätten in allen Städten der Provinz, welche den Minister einen ihrer Eingeborenen nennen dürfe, den Wunsch und das dringende Verlangen hervorgerufen, daß es demselben gefallen möge, das Ehrenbürgerrecht dieser Städte anzunehmen.

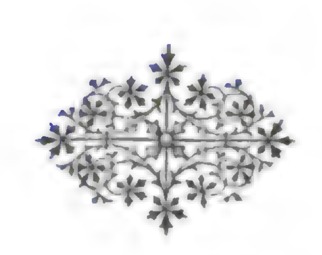
*) Bereits am 15. Febr. 1853 kündigte der Gesandte in London, Bunsen, dem Minister Manteuffel das Vorhaben an, einen durch statutarische Erbfolge gesicherten herrschaftlichen Grundbesitz als Bedingung eines erblichen Herrenhaussitzes zu erwerben. „Es würde jedoch zum Treffen der nöthigen Verabredungen mir sehr wünschenswerth sein, recht bald durch Ew. Excellenz vertrauliche Mittheilungen über folgende zwei Punkte aufgeklärt zu werden. 1. Welches die Art der mit einem solchen Besitze verbundenen statutarischen Erbfolge sein dürfte? Ob ein ewiges Majorat oder ein entail im englischen Sinne? 2. Welches Maß und welcher Ertrag dafür festgesetzt werden durfte?" Der Minister wisse, daß es nicht leicht sei, in dem westlichen Theil der Monarchie, der ihm (Bunsen) heimathlicher sei als der östliche, bedeutende Güter oder Herrschaften zu vernünftigen Preisen zu finden.





Namenverzeichniß.*)

*) König Friedrich Wilhelm IV. und Ministerpräsident Frhr. v. Manteuffel sind in dem Namenverzeichniß nicht aufgeführt.





Gedruckt in der Königl. Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn
Berlin SW., Kochstraße 68–71.



Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn, Berlin, Kochstr. 68—71.





